II
8013

D 000 819 343 5
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

Allgemeiner Kongreß
der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands

Vom 16. bis 21. Dezember 1918
im Abgeordnetenhause zu Berlin

Stenographische Berichte

Allgemeiner Kongreß
der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands

Vom 16. bis 21. Dezember 1918
im Abgeordnetenhause zu Berlin

✱

Stenographische Berichte

Herausgeber und Verleger:
Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin, Herrenhaus

Gedruckt im Admiralstab der Marine, Berlin W.

II
8013

Vorwort.

Die deutsche Revolution nahm ihren Ausgang in Kiel. Der Tatkraft der dortigen Matrosen gelang es bereits am 5. November, der Revolution den Sieg zu erkämpfen. Dabei kann ganz außer Betracht gelassen werden, welche Umstände zu dem Matrosenaufstand geführt haben. Die Zeit war eben da, es ging nicht mehr so weiter, das alte System hatte abgewirtschaftet und mußte Neuem Platz machen. Daraus erklärt es sich auch, daß die Revolution sich mit Windeseile fortpflanzte. Am 6. flatterten die revolutionären Fahnen in Bremen, am 7. wurde die Standarte der Revolution in Hannover gehißt, und der 9. November war der Tag, wo in Berlin das Proletariat endlich die Fesseln von sich abwarf. Nach wenigen Tagen brodelnder Gärung formten sich festere Gebilde als Organe der Revolution. Sie bekam eine Verfassung: die **Arbeiter- und Soldatenräte**, die die Verwaltung in politischer Beziehung kontrollierten. Am 11. November trat der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte mit einer Kundgebung hervor, worin er den Beginn seiner Tätigkeit anzeigte und erklärte:

„Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militär-Behörden setzen ihre Tätigkeit fort, alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten."

Damit hatte der Groß-Berliner Vollzugsrat **die öffentliche Gewalt für das ganze deutsche Reich ergriffen.** Der Rat der Volksbeauftragten war bereits am 9. November in der Versammlung im Zirkus Busch mit der Führung der Reichsgeschäfte betraut worden. Am 12. November wurden die preußischen Revolutionsminister in ihre Ämter eingesetzt. Was der Vollzugsrat geleistet hat, ist aus den Verhandlungen des Reichskongresses zu ersehen. Ebenso, welche Einschätzung seine Tätigkeit fand. Wegen allerlei Zuständigkeitsstreitigkeiten wurde durch Kundmachung vom 23. November, auf Grund vorangegangener Aussprache mit den Volksbeauftragten, die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte und der Volksbeauftragten genau abgegrenzt.

Im Reiche, und besonders in Süddeutschland, kam mit der Zeit ein Widerstand gegen Berlin, und namentlich gegen den Berliner Vollzugsrat, auf, dem man Anmaßung, diktatorische Gewalt usw. vorwarf. Diesen Beschwerden suchte der Vollzugsrat dadurch den Boden zu entziehen, daß er eine Anzahl Vertreter aus dem Reiche und der Fronttruppen kooptierte. Auf die Dauer konnte der so beschaffene Vollzugsrat sich jedoch nicht als oberste revolutionäre Zentrale genügend Geltung verschaffen. Darum mußte man durch Wahlen eine Körperschaft aus dem ganzen Reiche zusammenberufen, die autoritäre Beschlüsse fassen konnte. So kam es zu der umstehend abgedruckten Einladung zum Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Zwei Tage darauf wurde der Delegationsmodus für die einzelnen Wahlbezirke und Heeresverbände veröffentlicht. Es fanden auf Grund besonderer Richtlinien Neuwahlen aller Arbeiter- und Soldatenräte statt, und diese wählten nach dem bekanntgegebenen Wahlschlüssel die Delegierten zum Reichskongreß.

Der Kongreß tagte vom 16. bis 21. Dezember im Abgeordnetenhause zu Berlin und war so recht eigentlich ein Revolutionsparlament. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichskongresses war selbstverständlich voll gewährleistet, und die Berichterstattung durch die Presse erfolgte in gleicher Weise, wie bei den Tagungen des früheren Landtages. Bei der geschichtlichen Bedeutung des Kongresses war es dringendes Erfordernis, den Wortlaut der Verhandlungen festzulegen. Der Kongreß erklärte nachträglich seine Zustimmung und beschloß, die stenographischen Berichte im Druck zu veröffentlichen.

Die stenographische Niederschrift besorgte das stenographische Büro des früheren Abgeordnetenhauses. 10 Stenographen und etwa 15 Hilfskräfte wirkten dabei mit.

Daneben wurde noch ein amtliches Protokoll von 2 bewährten und journalistisch erfahrenen Kammerstenographen niedergeschrieben, das noch während der Sitzungen in Maschinenschrift vervielfältigt und an das Büro des Kongresses sowie unter die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten und des Groß-Berliner Vollzugsrates verteilt wurde. Auch ein parlamentarisches Büro (Bäckler), die Drahtnachrichten-Agentur „Telegraphen-Union" (Hirsch-Büro), sowie die Zeitungen „Vorwärts", „Freiheit" und „Republik" verwendeten diesen Bericht.

Organisiert und geleitet wurde der gesamte stenographische Dienst von dem Parlamentsredakteur Adolf **Kuntze**, Berlin-Wilmersdorf, dem auch die Sichtung und Bearbeitung des Kongreßmaterials und die Durchführung der Drucklegung vom Vorsitzenden des Kongresses übertragen worden sind.

Berlin, den 31. Januar 1919.

Robert Leinert,

Vorsitzender des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und des Zentralrates der sozialistischen Republik Deutschlands.

Einladung zur Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte.

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Genossen! Kameraden!

Vor zwei Wochen habt Ihr der Freiheit eine Gasse geöffnet. Euer Mut, Euere revolutionäre Tatkraft hat das alte System, die Militärdiktatur und den mittelalterlichen Monarchismus zertrümmert. Jetzt gilt es, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen. Jetzt gilt es, die Mächte der Gegenrevolution, die nach dem ersten Schrecken aus ihren Winkeln hervorkriechen, niederzuhalten.

Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte erblickte in dem Sturm und Drang der ersten Revolutionstage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen republikanischen Staatswesens in Deutschland und Preußen zu übernehmen hatte. Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte maßt sich aber

keine Diktaturgewalt über die Arbeiter- und Soldatenräte

Deutschlands an. Er ist vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können. Mißtrauen und Mißverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerschlagen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die **Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes.** Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindselige Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschlusse verbunden sind, Herr werde: er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, daß die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Reibung beseitigt werden.

Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrates von Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell wie möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine **gesetzgebende Versammlung** nicht das **letzte Wort** über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschland gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

Wir fordern Euch deshalb auf, so schnell als möglich zu einer

Delegiertenversammlung in Berlin

zusammenzutreten. Schnelles Handeln tut not. Es ist daher nicht möglich, ein einheitliches, allgemein gültiges Wahlsystem vorzuschlagen. Wir empfehlen vielmehr, aus den zurzeit bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten Delegierte zu wählen und nach Berlin zu senden. Die Delegierten-Versammlung darf, wenn sie arbeitsfähig sein soll, im Höchstfall nur 500 Mitglieder umfassen. Unter Zugrundelegung der Volkszählungsergebnisse vom Jahre 1910 würde auf rund 200 000 Seelen ein Delegierter kommen. Für die noch bestehenden großen Heeresverbände ist **auf je 100 000 Mann ein Delegierter** zu wählen. Die Wahlen müßten, um zu einem schnellen Ergebnis zu kommen, auf territorialer Grundlage erfolgen. Wir empfehlen, bei den Wahlen die Verhältniszahlen der in dem Bezirk vertretenen Arbeiter und Soldaten zu berücksichtigen.

Wir schlagen Euch vor, die Delegierten-Versammlung

spätestens am Montag, den 16. Dezember d. Js.

im Sitzungssaal des Preußischen Abgeordnetenhauses zu Berlin zusammentreten zu lassen. Ihre Aufgabe würde sein, die Wahl eines provisorischen Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzunehmen; die Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte maßgebenden Wahlsystems zu übernehmen; Entschließung **über die künftige gesetzgebende Versammlung** zu fassen und zu sonstigen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Genossen! Kameraden! Laßt uns schnell, laßt uns einmütig handeln. Nehmt unsern Vorschlag an und führt so schnell als möglich die Wahlen durch. Ihr habt die Revolution gemacht, laßt uns auch gemeinsam ihre Früchte ernten. Die genaue Aufstellung des Wahlschlüssels wird schnellstens veröffentlicht werden.

Berlin, den 23. November.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Richard Müller. Molkenbuhr.

Für die Ostfront:

Bermann. Georg Maier. Saar.

Inhalts-Uebersicht

Alphabetisches Rednerverzeichnis VI

Sachregister VIII

Spalte

Eröffnung des Kongresses 1

Berichte des Vollzugsrates und der Volksbeauftragten 13

Nationalversammlung oder Räteverfassung 209

Wahl des Vollzugsrates der Republik (Zentralrat) 300

Sozialisierung des Wirtschaftslebens 312

Schluß des Kongresses 358

Seite

Zusammenstellung aller erledigten Anträge 181

Anlagen (Geschäftsordnung, Kassenbericht des Vollzugsrats, eingelaufene Kundgebungen usw.) 185

Teilnehmerverzeichnis und Liste der für ungültig erklärten Mandate . 198

Verzeichnis der Redner.

Albers-Kiel: 301.

Albrecht-Berlin: 225.

Barth, Volksbeauftragter, Berlin: 106, 294 (Befugnisse des Zentralrats), 327 (Sozialisierung).
— zur Geschäftsordnung: 82, 105, 106, 305.
— zur Erklärung: 344.
— persönlich: 57, 148.

Bauer-Altenburg, zur Mandatsprüfung: 200.

Berten-Düsseldorf: 323.

Braß-Remscheid: 65 (Enthüllungen über Konterrevolution), 184.
— zur Geschäftsordnung: 65, 96, 179, 188, 189, 191, 253, 299, 300, 304, 306, 353, 354.
— persönlich: 308.

Brennecke-Wiesbaden, zur Geschäftsordnung: 105.

Burmann Greifswald: 349.
— zur Geschäftsordnung: 82.

Buhl-Potsdam, zur Geschäftsordnung: 113.

Bühler-Düsseldorf, zur Mandatsprüfung: 200, 286.

Cohen, Max-Berlin: 209 (Bericht über Nationalversammlung oder Rätesystem), 273 (Schlußwort dazu).
zur Geschäftsordnung: 118.

Däumig-Berlin: 137, 226 (Bericht über Nationalversammlung oder Rätesystem), 277 (Schlußwort dazu).

Dittmann-Hamburg, zur Mandatsprüfung: 285.

Dittmann, Volksbeauftragter, Steglitz: 37 (Bericht der Volksbeauftragten), 157 (Schlußwort dazu).
persönlich: 58, 171.

Dorenbach, Führer der Volksmarinedivision: 122 (Forderungen der Berliner Truppen).

Dröner-Elberfeld, zur Mandatsprüfung: 199, 287.

Ebert, Volksbeauftragter, Berlin: 3 (Begrüßungsrede), 14, 114, 289 (Befugnisse des Zentralrats).
zur Geschäftsordnung: 82, 192, 306.

Faust-Ukraine, zur Mandatsprüfung: 205.

Fiege-Breslau, zur Mandatsprüfung: 198.

Flügel-Berlin: 245.

Funk-Köln, zur Geschäftsordnung: 119.

Garbe-Kiel: 260.
zur Geschäftsordnung: 96, 119.

Gerber-Berlin: 47.

Dr. **Geyer**-Leipzig: 5, 6.
— zur Abstimmung: 190, 282.
zur Geschäftsordnung: 8, 11, 14, 142, 177, 178, 192, 252, 298, 299, 304.

Göbner-Wiesbaden, zur Mandatsprüfung: 206.

Göpfert-Rosenheim: 55.

Gottschalk-Königsberg: 5.
zur Geschäftsordnung: 97, 119.

Grzesinski Cassel, zur Geschäftsordnung: 117.

Haas-Köln: 237.
zur Geschäftsordnung: 306.

Haase, Volksbeauftragter, Berlin: 125, 180, 252, 253.
zur Geschäftsordnung: 118.

Haese Wiesbaden, zur Mandatsprüfung: 206.

Haltupp, Führer der Arbeiterabordnung: 147.

Hannach-Trier, zur Mandatsprüfung: 203.

Heckert-Chemnitz: 101, 239, 353.
zur Geschäftsordnung: 124.

Henke-Hamburg, zur Geschäftsordnung: 114.

Henseling-II. Armee, 241, 325.

Hesse-Braunschweig, zur Mandatsprüfung: 201.

Heydemann-Königsberg: 347.

Dr. **Hilferding**-Berlin: 312 (Bericht über Sozialisierung des Wirtschaftslebens), 341 (Schlußwort dazu).

Jäger-IV. Armee: 262.
— zur Mandatsprüfung: 204.

Kahmann-Dresden: 5, 309.
zur Geschäftsordnung: 119, 178, 188.

Kaul-Offenbach: 266, 311.

Knaus-Offenbach: 47.

Koenen-Halle: 337.
— zur Geschäftsordnung: 119.

Kohl-Wilmersdorf, zur Geschäftsordnung: 8.

Konm-IV. Armee: 6, 123.
— zur Geschäftsordnung: 351.

Krüger-Cövenick, zur Geschäftsordnung: 113.

Kuhnt-Ostfriesland, persönlich: 190.

Lamp'l-Hamburg: 128, 187, 264.

Landsberg, Volksbeauftragter, Berlin: 74, 250, 296.
— persönlich: 166.

Latuske-Prenzlau, zur Mandatsprüfung: 285.

Lau-IV. Armee, zur Mandatsprüfung: 201, 207, 208.

Dr. **Laufenberg**-Hamburg: 243.
zur Geschäftsordnung: 96, 97, 113, 177.

Ledebour-Zehlendorf: 81, 83, 349.
zur Erklärung: 321.
— zur Geschäftsordnung: 83, 124, 305.
— persönlich: 167, 172.

Leinert-Hannover, als Delegierter: 310.
— zur Geschäftsordnung: 65, 97, 101, 120.
als Vorsitzender: 7, 9, 12, 13, 14, 19, 20, 26, 27, 36, 38, 50, 53, 54, 57, 58, 127, 128, 134, 137, 140, 142, 143, 147, 165, 167, 168, 172, 173, 177, 178, 179, 180, 181, 184, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 224, 237, 241, 246, 247, 251, 252, 253, 272, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 296, 298, 299, 300, 303, 307, 308, 309, 311, 325, 333, 340, 344, 347, 352, 353, 354, 355, 356 (Schlußrede).

Leu-Danzig: 352.

Lewinsohn-IV. Armee: 141, 265.

Limbertz-Essen: 50.
persönlich: 170.

Lipinski-Leipzig: 251.

Löbe-Breslau, zur Geschäftsordnung: 113.
— zur Mandatsprüfung: 193 (Bericht darüber), 201, 284, 285, 286, 287, 288.

Löffler-Oppeln, zur Geschäftsordnung: 340.

Loos-Darmstadt: 259.
Lüdemann-Berlin: 355.
— zur Geschäftsordnung: 11, 12, 54, 189, 192, 307.
— persönlich: 58.
Malzahn-Berlin, zur Geschäftsordnung: 68.
Marck-Armeeabteilung A: 333.
Mainz-Berlin: 36 (Kassenbericht des Vollzugsrats).
Mehlich-Dortmund: 321.
Methner-X. Armee, zur Mandatsprüfung: 205.
Meurer-XVIII. A. K., zur Mandatsprüfung: 208.
Dr. Moses-Hamburg, zur Geschäftsordnung: 118.
Müller, Hermann-Berlin: 59.
Müller, Richard-Berlin, als Delegierter: 13 (Bericht des Vollzugsrats), 27 (Fortsetzung des Berichts), 148 (Schlußwort dazu).
— zur Geschäftsordnung: 127.
— zur Richtigstellung: 58.
— persönlich: 170.
— als Vorsitzender: 1 (Eröffnungsansprache), 5, 6, 7.
Nietsch-Augsburg: 62.
Noske-Kiel: 181.
Nowakowski-IX. A. K., zur Mandatsprüfung: 207.
Obuch-Berlin: 291.
Pfaff-Kiel: 182.
Plant-Mainz: 335.
Plottke-Leipzig, zur Geschäftsordnung: 120.
Preuß-Potsdam, zur Mandatsprüfung: 285.
Rabe-Brandenburg: 63.
Reese-Saarbrücken: 103.
Reich-Hamburg: 187.
— zur Geschäftsordnung: 124.
Reinartz-Cassel, persönlich: 172, 189.
Richter-Neumünster, zur Geschäftsordnung: 71.
Rickelt-Halensee: 263, 337.
— zur Geschäftsordnung: 82.
Ryssel-Leipzig, zur Geschäftsordnung: 299.
Saar-Etappe Bug: 132, 257.
Sauber-München: 98.
Schädlich-Hamburg, zur Geschäftsordnung: 11.
— zur Mandatsprüfung: 202.
Schauer-Pommern: 267.
Scheidemann, Volksbeauftragter-Berlin: 269, 351.
— zur Geschäftsordnung: 340.
— persönlich: 165.
Schiller-Waldenburg, zur Geschäftsordnung: 61.
Schliestedt-Remscheid: 331.
Schmidt-Düsseldorf: 355.
— zur Geschäftsordnung: 61, 98, 113.
Schmidthals-Schlesien: 326.
Schmitz-Borkum, zur Mandatsprüfung: 203, 204.
Schreck-Bielefeld: 329.
Schütz-Ludwigsburg: 309.
Seger-Leipzig, als Delegierter: 310.
— zur Geschäftsordnung: 283, 304, 347.
— als Vorsitzender: 57, 61, 62, 65, 68, 75, 78, 81, 82, 83, 89, 96, 97, 98, 100, 101, 105, 106, 113, 114, 117, 118, 119, 121, 123, 126, 321.
Severing-Bielefeld: 5, 210.
— zur Geschäftsordnung: 7, 347.
Sickert-Hamburg, zur Geschäftsordnung: 127, 347.
Stockmann-Neuruppin, zur Mandatsprüfung: 197.
Storbeck-Bergedorf, zur Mandatsprüfung: 285.
Thöne-Waldeck, zur Mandatsprüfung: 202.
Thomas-Wilhelmshaven, zur Mandatsprüfung: 203.
Tost-Berlin: 6, 131.
— persönlich: 189.
Trippe-Berlin, zur Erklärung: 251.
— zur Geschäftsordnung: 97.
Tschickert-X. Armee, zur Mandatsprüfung: 206.
Ucko, Gefreiter, zur Mandatsprüfung: 196.
Unfried-Württemberg, zur Geschäftsordnung: 13, 53.
Vietz-Berlin, zur Mandatsprüfung: 197.
Voigt-Breslau: 134.
— zur Geschäftsordnung: 105.
Wasilewitz-Waldeck, zur Mandatsprüfung: 202.
Wegmann-Berlin: 71.
— zur Richtigstellung: 209.
Weyer, Führer der Arbeiterabordnung: 19.
Zernicke-Stuttgart, zur Mandatsprüfung: 200.
Ziegler-Heilbronn, zur Geschäftsordnung: 120.
Zimmermann-Sachsen: 336.
Zumtobel-Baden: 256.

Sachverzeichnis.

Abordnungen, Empfang von —: 143, 144; siehe auch unter „Kundgebungen".

Arbeiter- und Soldatenräte, Aufgaben: 223, 269.
— Auflösung: 69, 158, 184, 247.
— Beschlagnahme von Lebensmittelsendungen: 355.
— Finanzwirtschaft: 77, 104, 153, 166.

Beamte, Stellung der — (Erklärung Barth): 344.

Beerdigung der Opfer des 6. Dezember, Spende: 353.

Begrüßungsansprache des Volksbeauftragten Ebert: 3.

Bericht der Volksbeauftragten (erstattet durch Dittmann): 37 ff., 157 ff. (Schlußwort).
— **des Vollzugsrats** (erstattet durch Richard Müller): 13 ff., 148 ff. (Schlußwort).
— Besprechung: 47 ff., 55 ff., 59, 71 ff., 83 ff., 98 ff., 101 ff.

Berliner Truppen, Forderungen: 121 ff., 128 ff., 180.

Bolschewismus: 215 ff., 232, 240, 243, 270, 79.

Bürobildung: 5 ff.

Diätenfrage: 58, 59, 209 f., 249.

Eröffnung des Kongresses: 1.

Eröffnungsansprache von Richard Müller: 1 ff.

Ettisch, Fall, Kassenangelegenheiten des Vollzugsrats: 173 f., 225, 247.

Finanzwirtschaft des Vollzugsrats siehe unter „Vollzugsrat".

Frau, Stellung der — zum Sozialismus: 352.

Gegenrevolution, Mitteilungen über gegenrevolutionäre Umtriebe und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung: 65 ff., 89, 99, 101 f., 157 f.

Geschäftsordnung des Kongresses: 10, 120, 127.

Grenzschutz im Osten und Westen: 107 ff., 112, 115 f., 140, 175.

Heimstättengesetz: 345.

Kassenbericht des Vollzugsrats: 36.

Kommandogewalt: 130, 136, 140, 141, 180, 183, 346.

Konterrevolution siehe unter „Gegenrevolution".

Kundgebungen, revolutionärer Arbeitervertreter: 19, 144 ff.
— Berliner Truppen: 121 ff.

Landtagswahlen, Aussprache über Einstellung der —: 309 ff.

Liebknecht: Antrag auf Zulassung von — und Rosa Luxemburg zum Kongreß: 12, 53 ff.

Mandatsprüfungen: 193 ff., 284 ff.

Mandatsprüfungskommission, Wahl: 12.

Marine, 53er Ausschuß: 131, 181 f., 189, 190, 192, 301 ff.

Nationalversammlung oder Räteverfassung 45 f., 209 ff. (Bericht Max Cohen), 226 ff. (Bericht Däumig), 273 ff. (Schlußwort Cohen), 277 ff. (Schlußwort Däumig).
— Besprechung: 237 ff., 253 ff.
— Abstimmung über die Anträge zur Einberufung der Nationalversammlung: 281 ff.

Parlamentarische Überwachung siehe unter „Zentralrat".

Rätesystem: 232 ff., 275, 279, sonst siehe unter „Nationalversammlung".

Rangabzeichen: 13, 123, 130, 140, 183.

Regierungsvertreter, Sprechrecht: 81 ff.

Revolution, Entstehung: 15, 92 ff., 171.

Rußland, Beziehungen Deutschlands zur Sowjetregierung: 353.

Schlußrede des Vorsitzenden Leinert: 356.

Separatistische Bestrebungen in Deutschland: 214, 238.

Sowjetregierung, Beziehungen zur —: 353.

Sozialisierung, Bericht Dr. Hilferding: 312 ff., 341 ff. (Schlußwort.)
— Besprechung: 321 ff.
— der Banken: 324, 339, 341.
— des Bergbaus: 332, 338, 342.
— der Landwirtschaft: 317, 323, 326.
— der Stickstoffindustrie: 337.
— des Theaters: 337.

Sozialistische Parteien, Einigungsversuche: 346 ff.

Tagesordnung, Festsetzung: 11.

Volksbeauftragte, Bericht der — (erstattet durch Dittmann): 37 ff.

Volkswehr: 13, 44, 103, 138.

Vollzugsrat Groß-Berlin, Bericht des — (erstattet durch Richard Müller): 13 ff.
— Entstehung des —: 17, 47 ff.
— Finanzwirtschaft und Kassenverhältnisse: 25 f., 78, 84 f., 151, 167, 249, 250 f.
— Kassenangelegenheit Fall Ettisch: 173 f., 225, 247.
— Kassenbericht (erstattet durch Maynz): 36; Entlastung 225.
— Mißstände beim —: 22.
— Verhältnis zum Rat der Volksbeauftragten: 28 ff., 39 f., 79 f., 156.

Wahlen, Ergebnis der Landtagswahl in Anhalt: 12.
— Ergebnis der Landtagswahl in Braunschweig: 100, 181.
— Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Strelitz: 27.

Wortmeldungen, Behandlung der —: 96 ff., 101, 121.

Zentralfunkleitung: 154, 165, 170.

Zentralrat, Befugnisse, Begriff „parlamentarische Überwachung": 176, 251 ff., 288.
— Wahl: 300 f.

1. Sitzung,

Montag, den 16. Dezember 1918, vormittags.

Eröffnung des Kongresses.

Die Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands traten im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses zu ihrer Tagung zusammen. Die Präsidial- und Redner-Tribünen waren mit rotem Tuch ausgeschlagen. An den Wänden hingen riesige Kränze aus dunkelgrünem Tannenlaub mit roten Schleifen und goldenen Borten. Auf der Zuschauertribüne hatte eine Anzahl Photographen ihre Apparate aufgebaut. Bereits vor 10 Uhr war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Man sah eine Reihe bekannter früherer Reichstagsmitglieder und Landtagsabgeordneter. Eine Scheidung nach Fraktionen war erst in großen Umrissen zu erkennen. Die Soldaten saßen verteilt. Als erste deutsche Parlamentarierinnen erblickte man zwei Frauen. Auf der Minister-Empore hatten die 6 Volksbeauftragten und die Mitglieder des Berliner Vollzugsrates Platz genommen.

1

Eröffnungsansprache.

Richard **Müller**, Vorsitzender des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr mit folgender Ansprache:

Geehrte Fremde, Genossen, verehrte Anwesende! Im Auftrage des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte begrüße ich Sie und heiße Sie herzlich willkommen, willkommen zu ernster, verantwortungsvoller Arbeit. Hier in diesem Saale, hier an dieser Stätte, wo ehemals die stärksten Stützen der alten, schuldbeladenen, gestürzten Regierungsgewalt zusammentraten, treten heute die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zusammen, um

das Fundament der deutschen sozialistischen Republik

zu legen; hier in diesem Saale, wo ehemals die brutalsten Herrenmenschen, die preußischen Krant- und Schlotjunker versuchten — und leider auch oft erreichten —, das deutsche Volk in Fesseln zu legen, hier an dieser Stätte ehemaliger schärfster Reaktion sollen Sie die

Errungenschaften der Revolution sichern,

die von den Arbeitern und Soldaten eroberte politische Macht für alle Zeiten fest verankern und dem deutschen werktätigen Volke den Weg zur Freiheit, zum Glück und Wohlergehen zeigen.

Darum heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen zu dieser großen, erhabenen, menschheitsbefreienden Arbeit.

Geehrte Freunde und Genossen! Ihnen ist eine große und schwere Aufgabe gestellt. In Ihren Händen liegt die Zukunft des deutschen Volkes. Ich weiß, ein jeder von Ihnen will das Beste, ein jeder von Ihnen ist beseelt von dem Gedanken, das deutsche Volk aus all dem Elend,

aus all der Not herauszuführen,

in die eine verbrecherische Regierung es gestürzt hat; wohl beseelt uns alle dieser Gedanke; wir wollen alle an diesem großen Werke mitarbeiten. Aber ich fürchte, wir sind uns nicht alle einig über den Weg, der am schnellsten und sichersten zu diesem Ziele führt; ich fürchte, der Kampf der Geister, der heute und die nächsten Tage in diesem Saale toben wird, wird hart und scharf sein. Aber, geehrte Freunde und Genossen, wenn wir uns alle von dem Gedanken leiten lassen, daß ein jeder die Errungenschaften der Revolution sichern helfen will — mögen auch die Meinungen über den Weg, der zu diesem Ziele führt, sachlich verschieden sein —, wenn jeder bestrebt ist, alles Persönliche auszuschalten, nur der Sache zu dienen, dann, glaube ich, werden wir fruchtbare Arbeit leisten und werden wir dem Wohle des Volkes dienen.

Das werktätige Volk Deutschlands, Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam mit den Soldaten, haben während des langen Krieges am schwersten, unsagbar schwer gelitten. Das gestürzte kapitalistische, militaristische

2

Regierungssystem ermöglichte es einer dünnen Oberschicht, ein Siebzigmillionenvolk politisch und wirtschaftlich zu knechten und für seine Zwecke abzuschlachten. Aber so stark und so fest dieses fluchwürdige System uns allen erschien, so morsch und faul war es, daß es nur eines Anstoßes bedurfte, um zusammenzubrechen. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die dieses verbrecherische Regime beseitigten. Die **Arbeiter und Soldaten** sind es, die heute **die politische Macht** in den Händen halten. Überall haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet als **Träger der Revolution**, als Vollstrecker des Willens der Arbeiter und Soldaten, und nun ist es in Ihre Hand gelegt, ob auch weiter die Arbeiter und Soldaten diese politische Macht in der Hand halten sollen.

Verehrte Anwesende, schon wenige Tage nach der Revolution begann die bürgerliche Presse den

Kampf gegen die Arbeiter- und Soldatenräte.

Dieser Kampf ist bis zum heutigen Tage geführt worden, er ist in einer Form geführt worden, die auf das allerschärfste zurückgewiesen werden muß. Man hat sich nicht mit sachlicher Bekämpfung begnügt, man hat **Verleumdung über Verleumdung** auf die Arbeiter- und Soldatenräte und ihre Vertreter gehäuft. Ich erwähne das nur, um Ihnen zu zeigen, mit welchen Blicken von außen unsere Taten betrachtet, welche Erwartungen von jener Seite dem Ausgang dieser Tage entgegengebracht werden. Aber niemand von uns wird sich von dieser Presse beeinflussen lassen. Wir werden den Weg beschreiten und den Weg weiter gehen, den uns die Revolution gezeigt hat. Das werktätige Volk, Hand- und Kopfarbeiter ganz Deutschlands, richten heute ihre Blicke auf diese Versammlung, das werktätige Volk Deutschlands, das in ein unermeßliches Unglück gestürzt worden ist, erwartet, von dieser Versammlung den Weg gewiesen zu erhalten, der es aus diesem Unglück herausführen kann. Gleich dem Ertrinkenden suchen sie Rettung, und hier, werte Freunde und Genossen, hier ist der Platz, hier ist die Stätte. Sie sind diejenigen, die den Weg zeigen sollen, Sie sind es, die **die Trümmer des zusammengestürzten Regimes** aufzuräumen haben, ein Fundament zu legen haben, auf dem ein neues Gebäude ersteht. Ihre Aufgabe ist es, die Grundlagen für die Deutsche sozialistische Republik zu legen, für ein Staatswesen, das keine Herrscher, noch Beherrschten, das keine Ausbeuter, noch Ausgebeuteten kennt, sondern nur freie, gleiche Brüder.

Genossen, bevor wir an unsere Arbeit gehen, an diese große, schöne und schwere Arbeit, wollen wir aber auch aller jener unglücklichen Menschen gedenken, die als Opfer des fluchbeladenen, gestürzten Systems gefallen sind,

(die Versammlung erhebt sich)

deren Gebeine draußen in kühler Erde ruhen. Wir wollen

aber auch jener gefallenen Freiheitskämpfer gedenken, die im Kampfe für die sozialistische Republik gefallen sind. Das gesamte arbeitende Volk dankt diesen Helden, unvergessen werden sie fortleben als

die großen Toten der sozialistischen Republik,

mit goldenen Lettern werden ihre Namen eingegraben sein in dem Buch der Geschichte. — Sie haben sich von Ihren Sitzen zu Ehren der Gefallenen erhoben, ich konstatiere das und danke Ihnen.

Das Wort hat Herr Ebert.

Begrüßung durch die Regierung.

Volksbeauftragter Ebert:

Soldaten, Arbeiter der Deutschen Volksrepublik!

Gestatten Sie mir im Namen des Rates der Volksbeauftragten einige Worte!

Mit einem Ruck leidenschaftlicher Entschlossenheit habt Ihr in den ersten Novembertagen zertrümmert, was im Laufe der Zeit morsch geworden war, habt Ihr die Abhängigkeit zerrissen, die man als gottgegeben ansah, und den deutschen Volksstaat volkkräftig ins Leben gesetzt. **Die Könige sind auf und davon.** Die Republik muß nach den Worten unseres großen französischen Genossen, des Friedensfreundes Jaurès, **eine Nation von Königen** sein. Alle alten Herrenrechte sind mit einem Schlage zerbrochen, das Recht des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staates.

Aber wir sind uns klar darüber, daß die Republik erst dann den Kern ihres Wesens erfüllt, wenn sie nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die tapferen Kämpfer der Revolution, die die Fürsten vom Thron, das Junkertum und die Schwerindustrie aus der Herrschaft des Staates vertrieben haben, sollen die Republik der Freiheit erobern, die freie sozialistische Volksrepublik. Diese junge Republik macht einstweilen noch einige Kinderkrankheiten durch.

3 Wochen nach der Revolution

ist der neue Staat noch nicht so gefestigt und geordnet, wie die alte fünfhundertjährige Herrschaft der Hohenzollern und die tausendjährige der Wittelsbacher war. Alle, die ein großes Geschrei darüber erheben, wir vermöchten der Anarchie nicht Herr zu werden und seien nicht imstande, einen normalen Verlauf des staatlichen Lebens herbeizuführen, waren gewiß nie am Aufbau auch nur der kleinsten Organisation beteiligt. (Sehr richtig!) Ihr Arbeiter und Soldaten, in der übergroßen Mehrzahl alte, tätige Mitglieder der Arbeiterbewegung, wißt, wieviel Mühe die Gründung des kleinsten Parteivereins oder der kleinsten Gewerkschaft macht, wie lange es dauert, ehe sie ihre Aufgaben richtig erfüllt, — und Ihr werdet Euch nicht wundern, wenn der gewaltige Umschwung der Novembertage nicht alsbald einen Apparat zustande gebracht hat, der reibungslos läuft und mit höchstem Nutzeffekt arbeitet. Gewiß drängt die Zeit. Nach den unsagbaren Verwüstungen des 51monatigen Mordens, nach der frivolen Leichtfertigkeit der früheren Gewalten, die alles auf eine Karte gesetzt haben und, als sie fehlschlug, ratlos dastanden und nicht mehr aus und ein wußten und schließlich feige desertierten, steht

die junge Volksrepublik vor den schwierigsten Aufgaben,

die je einem eben erst geschaffenen Staatswesen gestellt waren. (Sehr richtig!) Inmitten eines allgemeinen Mangels an Bedarfsgütern jeder Art soll sie für unge-

zählte Millionen Arbeit schaffen, während alle Rohstoffe fehlen; inmitten einer allgemeinen Auflösung der alten politischen und sozialen Ordnung muß sie unbedingt dafür sorgen, daß das öffentliche und wirtschaftliche Leben nicht einen Tag stillsteht, daß Sicherheit, Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung vorhanden sind. Die uns gestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch. Ihre Lösung ist unmöglich, wenn jeder nach eigenem Kopf drauflos wirtschaftet. (Sehr richtig!)

Nur **fester, einheitlicher Wille** kann der unendlichen Schwierigkeiten der Lage Herr werden! (Bravo!)

Die Arbeiterklasse im Waffenrock und in der Bluse, die im sozialistischen Kampfe die alten Götzen gestürzt und die neue Freiheit herbeigeführt, darf nicht dulden, daß Uneinigkeit, Zersplitterung, Eigensinn, Eigendünkel und Eigenmächtigkeiten sie um die Früchte der Revolution bringen! (Sehr richtig!) Sie muß unbedingt verlangen, daß ein einheitlicher Mehrheitswille gebildet wird und eine einheitliche Linie in allen praktischen Maßnahmen der Staatsverwaltung innegehalten wird, wie sie die Träger der Revolution vorschreiben.

Als am 9. November das Volk gesiegt hat, gab es keine regierende Gewalt in Deutschland mehr, alle alten Machthaber waren auseinandergestoben und verschwunden, wie weggeblasen und verweht im Winde. In diesem Augenblick mußten die Sieger die Gewalt ergreifen und die provisorische Regierung schaffen, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung jetzt neu zu regeln und zu bekräftigen Ihre Aufgabe ist. Dazu haben Sie sich hier zusammengefunden, Vertreter der Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands, Vertreter der Soldaten von allen Formationen; Ihr Zusammenschluß soll das Beieinanderbleiben des einigen Deutschlands verbürgen. Ihr Zusammenschluß soll die **Einheit im Wollen und Handeln** der Reichsleitung für die nächsten Wochen sicherstellen. Sie sollen aus der Gewalt der siegreichen Revolution heraus

den neuen Rechtsstaat errichten.

Denn, verehrte Anwesende, auf die Dauer kann es in Deutschland nur eine Rechtsquelle geben: das ist **der Wille des ganzen deutschen Volkes.** (Lebhafte Zustimmung.) Das war der Sinn der Revolution. (Sehr richtig!) Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben gestürzt; nun dulden wir **keinerlei Gewaltherrschaft** mehr, komme sie, von wem sie wolle. (Sehr richtig! Bravo!) Je eher wir dazu gelangen, unsern deutschen Volksstaat auf feste Rechtsgrundlagen des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Volksrepublik gesund und stark, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. (Bravo!) Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie und Nationalversammlung, die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft, **die dauernde Garantie der Selbstregierung des Volkes,** das muß in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein.

Die Demokratie ist der Fels, auf den allein die Arbeiterklasse das Haus der deutschen Zukunft stellen kann. Verrichten Sie, Arbeiter und Soldaten, hier ein großes Werk der Freiheit und der Demokratie, und die deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden und einer glücklichen Zukunft entgegensehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

5

Bildung des Büros.

Vorsitzender Richard Müller:

Die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands ist hiermit eröffnet.

Ich schlage vor, daß wir zunächst ein Büro wählen.

Ein diesbezüglicher **Antrag** ist bereits eingegangen. Es wird vorgeschlagen, **3 Vorsitzende** und **9 Schriftführer** zu wählen. Dieser Antrag des Genossen **Kahmann** steht zur Diskussion. Andere Vorschläge sind bisher nicht eingegangen. — Ich möchte ersuchen, daß sämtliche Redner von der Rednertribüne aus sprechen.

Hermann Kahmann-Dresden:

Parteifreunde und Parteigenossen! Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion und im Auftrage einer großen Anzahl Delegierter des Frontheeres und der Heimattruppen habe ich Ihnen in Vorschlag zu bringen, für die Leitung dieser Geschäfte 3 Vorsitzende zu wählen und darüber hinaus 9 Schriftführer. Ich sehe mich zunächst genötigt, nur die zwei Namen derer zu nennen, die von unserer Fraktion und von den Soldaten für die Leitung der Geschäfte gewählt werden sollen. Ich bringe in Vorschlag, erstens, den Genossen **Robert Leinert**, Hannover, und habe den Auftrag, weiter den Kameraden **Gomolka** vom Westheere vorzuschlagen. Ich bitte, diese beiden zu wählen.

Vorsitzender Richard Müller:

Wir müssen uns erst schlüssig werden, ob wir ein Büro aus 3 Vorsitzenden und 3 Schriftführern wählen wollen. Auf die Vorschläge kommen wir nachher zurück.

Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. (Zuruf: Jawohl!) — Dann melden Sie sich bitte zum Wort. (Zuruf: Abstimmen!)

Es wird Abstimmung beantragt.

Wer dafür ist, daß wir ein Büro, aus 3 Vorsitzenden und 9 Schriftführern bestehend, wählen, den ersuche ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe.

Soweit ich sehen kann, ist es **fast einstimmig beschlossen.**

Jetzt kommen wir zu Vorschlägen für dieses Büro. Vorgeschlagen sind bereits **Robert Leinert**-Hannover und **Josef Gomolka**, Vertreter der Westfront. Der Genosse **Geyer** hat das Wort.

Geyer:

Genossen! Namens der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten schlage ich Ihnen als Vorsitzenden den Genossen Richard **Müller** vom Vollzugsrat in Berlin vor. (Vereinzeltes Händeklatschen.)

Vorsitzender Richard Müller:

Es ist weiter vorgeschlagen Richard **Müller**. Das bin ich. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse **Severing**.

K. Severing-Minden:

Parteigenossen! Ich mache darauf aufmerksam, daß der von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie vorgeschlagene

Kandidat Richard Müller

Mitglied des Vollzugsrates ist. Ich meine, daß die Leitung der Versammlung nur aus Mitgliedern der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Müller ist zu gleicher Zeit auch Berichterstatter für den Vollzugsrat, und ich kann mir nicht denken, daß eine **objektive** Leitung in seinen Händen läge, der er zu gleicher Zeit die Tätigkeit des Vollzugsrates verteidigen müßte. (Sehr richtig.) Ich erhebe dieses Bedenken nicht aus persönlicher Animosität; es wäre mir schon recht, wenn wir dem Genossen Müller eine entsprechende Repräsentation einräumen könnten. Aber mit **parlamentarischen und objektiven Gepflogenheiten** verträgt es sich nicht, daß Genosse Richard Müller die Leitung der Versammlung hat. Ich möchte deswegen seinen Freunden von der Unabhängigen Sozialdemokratie anheimgeben, einen anderen Vorschlag zu machen.

Alfred Gottschalk-Königsberg:

Mir scheinen die Bedenken, die eben geltend gemacht worden sind, von Gewicht und Bedeutung zu sein. Ich möchte infolgedessen für das Amt des dritten Vorsitzenden den Genossen Richard **Lipinski** vorschlagen. (Zurufe.)

Es dürfte wohl allgemein — ich kann sagen, in Deutschland — bekannt sein, daß Genosse Richard Lipinski ein **führendes Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist.**

Ob er zu einer Fraktion dieser Versammlung gehört, weiß ich nicht. Ich habe bis vor kurzer Zeit auf dem Standpunkt gestanden, daß wir hier nicht von **Fraktionen** einberufen (Sehr richtig!), sondern von unseren Bezirken zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten hergeschickt sind; natürlich in dem

6

Sinne, daß jeder nach bestem Wissen und Gewissen sie von seinem politischen Standpunkte aus beurteilen und erledigen wird. Sollte es allerdings für angemessen und förderlich für die Fortführung der Geschäfte gehalten werden, daß die Delegierten sich zu den bisherigen beiden sozialdemokratischen politischen Richtungen — ich hoffe, daß andere in diesem Saale in wesentlicher Anzahl nicht vertreten sind — (Widerspruch) zusammenstellen, dann würde natürlich dem nichts entgegenstehen, daß ich mich der einen oder anderen Richtung mit denjenigen Freunden anschlösse, die bisher nicht das Bedürfnis gehabt haben, sich nach Fraktionen zu gruppieren.

Vorsitzender Richard Müller:

Genossen! Es ist parlamentarisch üblich, daß Vorschläge gemacht werden und dann die Vorgeschlagenen gefragt werden, ob sie annehmen. Ich weiß nicht, ob der Genosse Severing mit diesen parlamentarischen Gepflogenheiten vertraut ist. Er hätte sich seine ganzen Ausführungen sparen können; denn wenn ich gefragt worden wäre, ob ich annähme, hätte ich darauf verzichtet. (Zurufe.) Vorgeschlagen sind Robert **Leinert**, **Lipinski** und **Gomolka**. Das Wort hat Genosse Tost.

Mitglied des 53er Ausschusses der Marine **Otto Tost-Berlin:**

Kameraden und Genossen! Im Auftrage einer großen Anzahl von Vertretern der Soldaten schlage ich Ihnen den Genossen Bernhard **Kuhnt**, den **Präsidenten der Republik Oldenburg**, vor. (Große Heiterkeit.) Kameraden, der Genosse Kuhnt führt die Geschäfte der Republik Oldenburg. (Zurufe und wiederholte Heiterkeit.) Was darüber noch zu bemerken und entschieden wird, wird ja nachher im Verlauf der Debatte auch noch besprochen werden. Augenblicklich ist er der Vertreter der Kreise, die dort in den ersten Tagen der Revolution zusammengefaßt worden sind. (Zurufe.) Kameraden, nicht Vertreter der Marine allein sind es, die diesen Vorschlag machen, auch zum großen Teil die Kameraden der Ostfront. (Sehr richtig! — Widerspruch.) Ja, wenn Sie es nicht sind, so ist es eben ein anderer Teil der Ostfront gewesen, der dafür gestimmt hat. (Rufe: Schluß!) Deshalb bringen wir unter allen Umständen den Vorschlag zur Kenntnis.

Vorsitzender Richard Müller:

Ich möchte darum bitten, solange ich hier noch stehe, nicht mit Schlußrufen zu kommen. Das entspricht nicht der Würde dieses Parlaments. (Bravo!)

Geyer:

Genossen! Auch ich habe Ihnen namens der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten einen Vorschlag zu machen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß es sich bei der heutigen Versammlung nicht darum handelt, die alten Parteistreitigkeiten zwischen den Fraktionen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokraten auszutragen. (Bravo!) Aus diesem Grunde haben wir zur Besetzung des Büros Ihnen folgenden Vorschlag zu machen. Es haben sich hier **Gruppen** gebildet, die auf der Rechten und auf der Linken im großen und ganzen mit den beiden sozialdemokratischen Fraktionen übereinstimmen. Aber die Grenzen dieser Gruppen sind nicht fest. Bei den Verhandlungen, die hier über die Sicherung und Förderung der Revolution geführt werden müssen, werden sich die Geister über diese Fragen vielmehr scheiden. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, das Büro in einem gewissen **paritätischen** Sinne zu besetzen, indem wir ihnen sowohl für die Personen der Vorsitzenden, als auch für die Personen der Schriftführer vorschlagen, so vorzugehen, daß ein Drittel auf die große Gruppe der Rechtssozialisten fällt, ein weiteres Drittel auf die Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokraten und ein weiteres Drittel auf die Gruppe der Soldaten. (Zustimmung und Lachen.)

Das ist das Prinzip, das wir verfolgen. Ich erkläre hier noch einmal: Wir legen nicht Wert darauf, daß die alten Grenzen fest eingehalten werden. Wir legen vielmehr allen Wert und Nachdruck darauf, daß die Revolution gesichert und gefördert wird, und wir werden die Revolution nun sichern und fördern müssen.

Ich schlage Ihnen für die Person des Vorsitzenden seitens der Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokraten den Genossen Seger aus Leipzig vor. (Unruhe.)

Koym:

Kameraden von der West- und Ostfront präsentieren Ihnen den Kameraden **Gomolka** zum Vorstand. Wir sind weiter der Ansicht, daß wir als die **Frontsoldaten** es uns vorbehalten müssen, unsere Vorschläge selbst zu machen. (Sehr richtig!) Wir können auf die große Zusammenfassung der Soldatenräte der Front- und Heimatsoldaten noch nicht eingehen. (Lachen.) Wir verlangen, daß Sie uns als Frontvertreter berücksichtigen, und daß Sie unsere Vorschläge nach dieser Richtung hin hier verwerten.

Wir unterstützen den Vorschlag der alten sozialdemokratischen Partei, den Genossen Robert Leinert zu wählen. Wir werden auch, soweit es das Prinzip anlangt, für den Genossen Seger mitstimmen.

Vorsitzender Richard Müller:

Wir wollen so verfahren: erst die Vorschläge machen, dann die Kandidaten zur Diskussion stellen. Aber nicht beides zusammen; sonst kommen wir nicht vorwärts.

Vorgeschlagen sind: Leinert, Seger, Gomolka und Kuhnt; ich hatte abgelehnt. Weitere Vorschläge sind nicht gemacht.

Wünscht jemand das Wort zur Kandidatur Seger? — Das ist nicht der Fall. — Zur Kandidatur Gomolka? — Das ist nicht der Fall. — Zur Kandidatur Kuhnt? — Das ist auch nicht der Fall.

Dann kommen wir zur

Abstimmung.

Ich nehme an, daß die drei Vorsitzenden gleiche Rechte haben. (Zustimmung.)

Wer dafür ist, daß als Vorsitzender der Genosse **Leinert** gewählt wird, den ersuche ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist so beschlossen.

Wer dafür ist, daß Seger (Leipzig) gewählt wird, den ersuche ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist so beschlossen.

Wer dafür ist, daß Genosse Josef Gomolka (Westfront) in den Vorstand gewählt wird, den ersuche ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist so beschlossen.

Damit ist der Vorschlag Kuhnt erledigt.

Ich bitte nun den Genossen Leinert, die Geschäfte weiter zu führen. (Leinert übernimmt den Vorsitz.)

Übernahme des Vorsitz durch Genosse Leinert.

Vorsitzender Robert Leinert-Hannover:

Genossen! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zum Vorsitzenden bewiesen haben, und ich glaube, den Dank auch für die beiden Kollegen, die mit mir gewählt worden sind, zugleich aussprechen zu können.

Von der Stelle aus, auf der ich im gegenwärtigen Augenblicke stehe, ist die Sozialdemokratie in den zehn Jahren, in denen sie im preußischen Abgeordnetenhause die Interessen des Volkes vertreten hat, sehr oft zur Ordnung gerufen und durch die Tätigkeit manches Präsidenten, insbesondere des Herrn v. Kröcher, der uns nicht als Subjekt, sondern als

Objekt der Gesetzgebung

betrachtete, vergewaltigt worden. Jetzt soll, nachdem das revolutionäre Arbeiterparlament hier tagt, **keinerlei Vergewaltigung** bestehen, und ich bitte alle Teilnehmer dieses Kongresses, die Vorsitzenden in der Handhabung ihres Amtes zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß die Geschäfte unseres Kongresses ordnungsmäßig erledigt werden können.

Wir kommen nun zur

Wahl der Schriftführer.

Es ist vorgeschlagen, 9 Schriftführer zu wählen. Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Vorschläge sind mir bisher nicht eingereicht worden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Severing.

Severing:

Ich nehme Bezug auf eine Äußerung des Gen. Geyer, der davon sprach, daß nicht nur das Büro, nicht nur die Leitung der Versammlung durch die Vorsitzenden, sondern das Gesamtbüro mit Einschluß der Schriftführer paritätisch zusammengesetzt sein müsse. Meine engeren Freunde meinen, daß diese Parität sich auf die Zusammensetzung unserer heutigen Versammlung gründen muß. (Unruhe.) Diese Zusammensetzung steht noch nicht offiziell fest; aber wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der weiß ungefähr, daß die **Zusammensetzung der Versammlung** sich verhält wie 2:1, das heißt, daß diejenigen Delegierten, die auf dem Boden der Mehrheitspartei stehen, ungefähr doppelt so stark sind, wie die Genossen der Unabhängigen Partei. (Zurufe: Gleichgültig! Unruhe.) Genossen, je entschiedener und klarer wir von vornherein diese Dinge aussprechen, umso größer ist die Aussicht, daß wir die eigentlichen Arbeiten des Kongresses reibungslos fortführen können. Wir sind der Meinung gewesen, Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten zu sollen:

Die Kommissionen und die Schriftführerposten aus 6 Vertretern der Mehrheitspartei und 3 Vertretern der Genossen von den Unabhängigen zu besetzen. (Unruhe.) Genossen, das ist der Proporz, den wir Ihnen unterbreiten, das ist ein Vorschlag, der, wie Sie später sehen werden, aus der Zusammensetzung der Versammlung durchaus gerechtfertigt und begründet ist. Wir sind

der Meinung, Ihnen aber auch vorschlagen zu sollen, wieder entsprechend der Zusammensetzung der Versammlung, in den Vertretungen beider Parteien auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß hier nicht nur Arbeiter-, sondern auch Soldatenräte von den Teilnehmern des Kongresses vertreten sind. Die alte sozialdemokratische Partei schlägt Ihnen deswegen vor, **4 Mitglieder der Arbeiterräte** und **2 Mitglieder der Soldatenräte** aus ihr zu wählen. Die 3 Vertreter, die den Genossen von der Unabhängigen Partei überlassen sind, könnten dann entsprechend diesem Vorgange auch gewählt werden.

Parteigenossen, wir müssen gleich darauf aufmerksam machen, daß wir nicht glauben, daß die anwesenden Soldatenvertreter das unpolitische Element der Versammlung stellen. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung, daß sich in den grundlegenden Fragen, die der Kongreß zu entscheiden hat, jeder Soldat auch sein Urteil gebildet hat (sehr richtig!), daß **jeder Soldat auch Partei ergriffen** und Stellung zu den Fragen genommen hat, die uns beschäftigen. Uns ist es deswegen nicht schwer, für den Schriftführerposten Mehrheitssozialdemokraten aus den Reihen der Soldatenvertreter zu entsenden, und ich glaube, wenn das den Genossen von den Unabhängigen ebenso leicht ist, dann werden wir durch die Wahl nach der Vorschlagsliste, die ich Ihnen zu unterbreiten die Ehre habe, eine Vertretung bekommen, die der Zusammensetzung der Versammlung in jeder Beziehung entspricht, sowohl in der Berücksichtigung der politischen Strömungen, die in der Versammlung vertreten sind, als auch in dem Charakter der Einzelvertretungen, soweit sie sich in Arbeiter- und Soldatenräte scheiden. In der Voraussetzung, daß Sie grundsätzlich in der Mehrheit dieser Ansicht zustimmen, erlaube ich mir, Ihnen folgende Vorschlagsliste zu unterbreiten: ich bitte, mit dem Schriftführerposten zu betrauen die Genossen Hauschildt (Cassel), Geisler (Nürnberg), Lübbring (Königsberg), Wirth (Dresden), vom Ostheer den Genossen Lambrecht, vom Westheer den Genossen Bartsch.

Vorsitzender Leinert:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Kollege Geyer.

Geyer:

Genossen, der Proporz, den uns der Genosse Severing hier vorgeschlagen hat, ist für uns unmöglich. Wir haben ja noch gar nicht festgestellt, wie die Kräfte hier verteilt sind, und die Feststellung der

Verteilung der Kräfte

wird hier, meiner Meinung nach, nicht unter der Parole: hier Unabhängige, hier Rechtssozialisten, erfolgen, sondern unter der Parole der Sicherung und der Förderung der Revolution. (Sehr richtig!) Das ist es, was wir wollen, und deshalb können wir uns mit dem Vorschlag des Genossen Severing nicht einverstanden erklären, der von vornherein feststellen will, daß die Partei der Mehrheitssozialisten sich hier in der Majorität, d. h. im Verhältnis von 2 zu 1, befindet. Wir sehen die Soldaten nicht als das indifferente Element an (Zuruf: Wir doch auch nicht!), wir wissen wohl, daß die Soldaten Partei ergriffen haben, wir wissen aber auch, daß es sich für sie darum handelt, zur Frage der Stellungnahme zur Revolution und ihrer Förderung und Sicherung Partei zu ergreifen. Das ist für uns das Entscheidende, und deshalb machen wir Ihnen, entsprechend unserem Grundsatz, den Vorschlag, als Schriftführer zu wählen 3 Vertreter der rechtssozialistischen Gruppe, 3 Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Gruppe und 3 Vertreter der Soldaten. Im Namen der Unabhängigen schlage ich Ihnen als Schriftführer den Genossen **Braß**-Remscheid, den Genossen **Heckert**-Chemnitz und den Genossen **Kämpfer** aus München vor.

Robert Kohl-Wilmersdorf, 10. Armee:

Genossen, als wir vor Jahren ins Feld rückten, bestand Gott sei Dank in der Sozialdemokratie noch nicht die Trennung zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen. Wir, die wir draußen auf die tümmerlichen Nachrichten aus der Heimat angewiesen waren, haben uns wohl in unserm Innern schon überlegt, wie wir uns innerhalb der Sozialdemokratie zurecht finden können. Aber Genossen, gerade wir aus dem Felde haben das Bedürfnis, zu sagen, daß wir

nicht den alten Parteischimmel reiten

wollen, was hier eingerissen ist (bravo!), sondern wir müssen doch wieder einmal das einigende Moment hervorkehren, das ganz besonders in der jetzigen Zeit uns alle innerhalb der Sozialdemokratie zusammenführen muß. (Sehr richtig!) Genossen, aus diesem Grunde möchte ich die Wahl von 3 zu 3 Schriftführern und 3 aus dem Felde für die glücklichste halten. (Sehr richtig!) Wenn 3 Genossen aus dem Felde gewählt werden, so wird das bei allen Zusammensetzungen viel dazu beitragen, daß Lücken überbrückt werden, die sonst leider immer tiefer einreißen, und wir haben doch gerade jetzt alle Veranlassung, darauf hinzuwirken, daß wir eine geschlossene sozialdemokratische Arbeiterschaft sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

9

Vorsitzender Leinert:

Genossen, ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Es ist doch nicht notwendig, daß sich eine so große Zahl von Rednern meldet, um zu begründen, ob wir 3:3 und 3 aus dem Felde oder 6:3 wählen. Damit würden wir einen großen Teil unserer Zeit, meiner Ansicht nach, jedenfalls nicht nützlich verwenden. Ich möchte Ihnen daher den Vorschlag machen, die Debatte darüber abzubrechen und zur Abstimmung überzugehen. (Zustimmung.) Wir haben noch keine Geschäftsordnung, und ich kann Ihnen deshalb nur von mir aus diesen Vorschlag machen. Ich möchte daher darüber **abstimmen** lassen, ob die Debatte über die Wahl der Schriftführer weitergeführt werden soll oder nicht. Ich bitte diejenigen, die die Debatte weiterführen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Es erhebt sich niemand.) Der Antrag ist **einstimmig abgelehnt.** Die Debatte darüber ist geschlossen.

Wir kommen zur **Abstimmung über die Vorschläge.** Von dem Genossen **Severing** ist vorgeschlagen, daß 4 von der alten sozialdemokratischen Partei, 2 von den Soldaten, die zugleich von dieser Partei in Vorschlag gebracht worden sind, und 3 von den Unabhängigen gewählt werden. Ein anderer Vorschlag geht dahin, 3 von der sozialdemokratischen Partei, 3 von der unabhängigen Partei und 3 von den Frontsoldaten zu wählen. Diese 2 Vorschläge sind gemacht worden. Über andere Vorschläge, die Sie noch machen wollen, kann ich nicht abstimmen lassen. Ich glaube, es ist ganz gleichgültig, über welchen Vorschlag ich zuerst abstimmen lasse, da Sie ja doch alle wissen, worüber Sie abstimmen. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Antrag des Gen. Severing angenommen werden soll. Wer also dafür ist, daß **von der alten Partei vier Arbeiter und zwei Soldaten** gewählt werden und **drei den Unabhängigen** zufallen sollen, den ersuche ich, sich von seinem Platze zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. (Bravo! — Unruhe und Widerspruch.)

Sie bezweifeln es; dann werde ich durch Gegenprobe feststellen, ob ich mich getäuscht habe. (Die Gegenprobe erfolgt. — Rufe: Ah, ah!)

Es scheint mir, daß jetzt die Mehrheit steht. Der Antrag ist damit **abgelehnt.** Dann nehme ich an, da ein anderer Antrag nicht vorliegt, daß der Antrag angenommen worden ist, drei Frontsoldaten — (Zuruf: Drei Soldaten!)

— Drei Soldaten! ich bitte aber zu bedenken, daß der Unterschied zwischen Arbeitern und Soldaten doch nur insofern besteht, als die Delegierten der Ost- und Westfront hier vorhanden sind (Zuruf) und die Soldaten- und Arbeiterräte. (Zurufe: Marine auch!)

Wir wollen doch keinen künstlichen Gegensatz in unsere Versammlung hineinbringen.

(Zuruf des Gen. Ledebour.)

— Ich muß diese Ausführungen machen, um festzustellen, wie gewählt werden soll.

Es sind nun drei Vorschläge gemacht worden für die **sozialdemokratische** Partei: **Hauschild** (Cassel), **Geisler** (Nürnberg), **Löbbering** (Königsberg). Von den **Unabhängigen** sind in Vorschlag gebracht: **Braß** (Remscheid), **Heckert** (Chemnitz) und **Kämpfer** (München). Von den Soldaten sind mir bis jetzt in Vorschlag gebracht worden Kamerad Vietz (Berlin), Ernst (Hagen) und als Vertreter der Marine Gen. Reich (Hamburg). Ferner sind vom Ostheer in Vorschlag gebracht Lambrecht, vom Westheer Bartsch. Über **alle** kann natürlich nicht abgestimmt werden. Ich will zunächst einmal feststellen, daß **die sechs Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen,** da weitere Vorschläge nicht gemacht worden sind, **als gewählt gelten.**

Es kommen nun die **Vertreter der Soldaten.** Da sind in Vorschlag gebracht worden: **Lambrecht** vom Ostheer, **Bartsch** vom Westheer, für die Marine Gen. Reich, von den Heimatsoldaten Ernst aus Hagen, (Zuruf: Ist ja gar kein Soldat!) dann Kamerad Vietz (Berlin), Lamp'l (Hamburg), Saar vom Ostheer, Henseleit aus Rostock und für die Marine weiter **Antesberger.** (Zurufe.)

— Wir befinden uns in der Abstimmung; ich kann das Wort nicht mehr erteilen. — Ich will nun, damit wir keine unnütze Abstimmung vornehmen, zunächst einmal fragen, ob die Vorgeschlagenen das Amt auch **annehmen** wollen. Zunächst Lambrecht vom Ostheer! (Ja!)

Bartsch vom Westheer! (Ja!)

Dann Reich (Hamburg)! (Reich-Hamburg: Ich bin nicht von der Marine, kann infolgedessen nicht für die Marine gewählt werden.)

Dann lehnen Sie ab? (Zustimmung.)

Ernst (Hagen)! (Ja!)

Vietz (Berlin)! (Ja!)

Lamp'l (Hamburg)! (Verzichtet!)

Saar vom Ostheer! (Verzichtet!)

Henseleit (Rostock)! (Verzichtet!)

Dann haben wir zu wählen zwischen den Genossen Bartsch, Antesberger von der Marine! (Ich nehme an!)

10

Lambrecht, Ernst, Vietz und Antesberger. Ich werde über jeden einzelnen abstimmen lassen und bitte zunächst, daß diejenigen sich von ihrem Platze erheben, welche für **Bartsch** von der Westfront stimmen wollen. (Die Versammlung erhebt sich.) Ich stelle fest, daß das die Mehrheit ist.

Dann bitte ich diejenigen aufzustehen, die für **Lambrecht** von der Ostfront stimmen wollen. (Geschieht.) Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Wer für **Ernst** Hagen stimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platze zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit: er ist abgelehnt.

Wer für **Vietz**-Berlin ist, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht. Das ist auch die Minderheit.

Wer für **Antesberger** von der Marine ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. (Bravo!)

Es sind **also zu Schriftführern gewählt** worden die Genossen **Hauschild, Geißler, Löbbring, Braß, Heckert, Kämpfer, Bartsch, Lambrecht** und **Antesberger.** Ich bitte nun die Genossen Hauschild, Braß und Bartsch, hier heranzukommen und das Amt als Schriftführer zu übernehmen.

Nun möchte ich zunächst einige **geschäftliche Mitteilungen** machen.

Ich sehe, daß an den Türen eine Anzahl von Herren und Damen stehen, und kann mir nicht denken, daß es Delegierte sind, denn sonst würden sie im Saale Platz nehmen. Ich bitte, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Eintritt in den Sitzungssaal nur Delegierten gestattet wird, und daß draußen die genügende Kontrolle stattfindet.

Ferner bitte ich dringend, das Rauchen im Saale unter allen Umständen zu unterlassen.

Weiter möchte ich bitten, daß die Stühle, die den freien Verkehr der Delegierten hindern, aus den Gängen des Sitzungssaales entfernt werden.

Endlich bitte ich, auch hier neben den Herren Schriftführern den Platz freizumachen und den hier stehenden Tisch zu entfernen. Der freie Verkehr muß für die Delegierten, die Vertreter des Vollzugsrates usw. überall im Saale gesichert sein. Wer hier Journalistenarbeit zu machen hat, muß auf der Empore dort oben Platz nehmen. (Zuruf des Gen. Paul Scholze: Das ist der Pressetisch des Berliner Vollzugsrates!) Ja, dann muß der Vollzugsrat dafür sorgen, daß die Herren anderswo Platz finden; hier muß Platz geschaffen werden, damit die Verhandlungen sich ordnungsgemäß vollziehen können.

Nun kommen wir zur

Feststellung einer Geschäftsordnung.

Ich bedauere sehr, daß Ihnen eine Vorlage für die Geschäftsordnung nicht vorliegt, möchte Ihnen aber einen Geschäftsordnungs**entwurf** vorlesen, der mir überreicht worden ist. Ich bitte diejenigen, die zu einem der von mir verlesenen Paragraphen etwas bemerken wollen, sich sofort nach der Verlesung zum Worte zu melden. Die Meldungen haben bei den Schriftführern zu erfolgen.

§ 1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen. Die Redner erhalten nach der Reihenfolge das Wort.

§ 2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegierten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

§ 3.

Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegierten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder Vertagung erhält ein Redner für und ein Redner gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen

Ich stelle fest, daß Widerspruch nicht erhoben ist.

§ 4.

Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

Hierbei möchte ich betonen, daß es sich da nur um Anträge handeln kann, die eine neue Materie betreffen. Nicht jeder, der einen Antrag einbringt, kann dann 20 Minuten das Wort bekommen, denn sonst würde ja die Geschäftsordnung über den Haufen geworfen werden, dann brauchte nur jemand irgendeinen Antrag zu stellen und er würde dann statt 10 Minuten 20 Minuten reden können. — Ich stelle fest, daß der Kongreß mit meinen Vorschlägen einverstanden ist.

Zweiter Absatz des § 4:

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner, mit Ausnahme der Referenten und der Einbringer selbständiger Anträge, darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Ich möchte hierzu bemerken, daß es sich bei der Einbringung selbständiger Anträge nur um Gegenstände handeln kann, die nicht von den Referenten erledigt worden sind. Die Referenten erhalten das Schlußwort.

Ich stelle fest, daß Sie auch damit einverstanden sind.

§ 5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

§ 6.

Auf Antrag von mindestens 50 Mitgliedern der Delegiertenversammlung muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

§ 7.

Vor Schluß der Delegiertenversammlung abreisende Delegierte haben dies dem Büro anzuzeigen. Die Namen der Abreisenden sind im Protokoll zu vermerken.

Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich bitte nun diejenigen, die die Geschäftsordnung in der von mir verlesenen Form **annehmen** wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist **einstimmig.**

Die Geschäftsordnung werde ich in Druck geben, damit sie allen Delegierten vorliegt.

Damit nicht Unstimmigkeiten entstehen, möchte ich zunächst noch bemerken, daß alle Meldungen zur Geschäftsordnung an **dieser** Stelle geschehen müssen, weil Sie sonst, wenn die Anträge herübergereicht würden, vielleicht zu der Meinung kommen könnten, daß einer zurückgestellt worden sei.

Festsetzung der Tagesordnung.

Es liegt Ihnen ein Entwurf der Tagesordnung vor, der in dem Heft, das Sie im Büro erhalten haben, enthalten ist. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Vollzugsrats. Referent: Richard Müller. Bericht der Volksbeauftragten.
2. Nationalversammlung oder Rätesystem.
3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens.
4. Die Friedensregelung und deren Einfluß auf den neuen Aufbau der Republik.
5. Wahl des Vollzugsrats der Republik.

Zur Geschäftsordnung: Geyer. (Ich verzichte!!)

Zur Geschäftsordnung: Genosse Lüdemann

Lüdemann:

Genossen, wir möchten Ihnen vorschlagen, die Ihnen vorgelegte Tagesordnung etwas **umzustellen.** Es steht jetzt auf dem Ihnen unterbreiteten Vorschlag die **Wahl des Vollzugsrats der Republik** an letzter Stelle. Wir legen Wert darauf, daß dieser Vollzugsrat so früh wie möglich gewählt wird, (sehr richtig!) und wir halten den Augenblick dafür für gekommen, nachdem die Diskussion und die Entscheidung über Punkt 2: „Nationalversammlung oder Rätesystem" stattgefunden hat. Unser Vorschlag geht dahin, die Tagesordnung so umzustellen, daß **an dritter Stelle die Wahl des Vollzugsrats** behandelt wird und die übrigen Punkte entsprechend verrücken.

Vorsitzender Leinert:

Es ist außerdem folgender **Antrag** eingegangen:

Zur Tagesordnung soll folgender Punkt besonders behandelt werden: **Gegenrevolution, Auswärtiges Amt und Stellung des Rates der Volksbeauftragten** hierzu.

Geyer:

Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Wahl des Vollzugsrats nicht erst am Schluß der Tagung vorzunehmen. Ich meine, die Wahl des Vollzugsrats kann nur das Ergebnis unserer Beratungen und Auseinandersetzungen hier sein. Ich beantrage deshalb, die ursprüngliche Tagesordnung aufrecht zu erhalten.

Schädlich (Hamburg):

Genossen und Kameraden! Gegen die Tagesordnung oder deren Umstellung haben wir nichts einzuwenden. Es gibt aber eine Reihe anderer Fragen, die einmal im Plenum sehr schwer

behandelt werden könnten und andererseits die Verhandlung sehr in die Länge ziehen würden. So gehen z. B. die Fragen: **Volkswehr, Rangabzeichen, Zulagen** und andere Sachen mehr lediglich die Soldatenräte an. Ihre Verhandlung vertrödelt hier viel Zeit, und es kommt nicht viel dabei heraus, weil es sich um einseitige Fragen handelt. Bisher wurde uns von der Regierung einfach die Regelung mitgeteilt, ohne daß wir vorher dazu Stellung nehmen konnten, so daß wir in dauernde Differenzen kommen. Daher beantragen wir, daß **neben diesem Kongreß eine Tagung mit Regierungsvertretern und Soldatenräten** stattfindet, damit wir in allem konform gehen.

Vorsitzender Leinert:

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur **Abstimmung.**

Es ist beantragt worden, **den Punkt 5 als Punkt 3 der Tagesordnung zu setzen.** Ich bitte diejenigen, die den Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist **angenommen.**

Der Antrag, besonders zu verhandeln über „**Gegenrevolution, Auswärtiges Amt und Stellung des Rates der Volksbeauftragten hierzu**" ist gestellt von Kämpfer und unterstützt von Sauler (München), Toller (München), Ryssel (Leipzig) usw.; er ist genügend unterstützt.

Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist **abgelehnt.**

Die Tagesordnung steht somit fest.

Antrag auf Zulassung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Zuvor möchte ich Ihnen noch folgenden Antrag zur Abstimmung unterbreiten, der Antrag ist aber noch nicht genügend unterstützt:

Wir beantragen:

Der Rätekongreß möge beschließen, die Genossen **Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg,** die sich um die Revolution so außerordentlich verdient gemacht haben, (Lachen) zu den Sitzungen des Rätekongresses **als Gäste mit beratender Stimme** zu laden.

Der Antrag enthält nur vier Unterschriften. Ich bitte, daß diejenigen, die den Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Lebhafte Rufe! Begründung!) Das ist die Minderheit; der Antrag ist **abgelehnt.** (Unruhe. Unfried: **Begründung!**) Wenn Sie zur Begründung das Wort haben wollen, müssen Sie sich vorher melden, aber nicht während der Abstimmung! (Zustimmung und Widerspruch — Glocke des Präsidenten.)

Ich habe noch etwas mitzuteilen. Bei den **Wahlen zur Nationalversammlung im Freistaat Anhalt** wurden abgegeben an Stimmen für die sozialdemokratische Partei 92 229, für die demokratische Partei 54 447, für die konservative Partei 9225, für die Mittelstandspartei 3249. **Gewählt** sind auf Grund des Verhältnissystems **22 Sozialdemokraten, 12 Demokraten** und **2 Konservative.** (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Dieses Wahlresultat wird

ein gutes Omen

für die Tätigkeit des Rätekongresses sein.

Demnächst haben wir noch die **Tagungszeit** zu bestimmen. Vorschläge darüber sind nicht gemacht worden. Ich weiß nun nicht, wie die Delegierten sich entscheiden wollen; zweckmäßig wäre es schließlich, wenn wir fortgesetzt tagen würden bis zum Schluß. Es ist, wenn ich recht berichtet bin, dafür gesorgt, daß die Delegierten in der Lage sind, hier im Hause essen zu können.

Es ist nun noch die

Wahl der Mandatsprüfungskommission

vorzunehmen. Da sind Vorschläge gemacht worden, und zwar dahingehend, daß die Mandatsprüfungskommission aus **9 Delegierten** zu wählen ist. — Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Ich bitte nun um Vorschläge.

Lüdemann (zur Geschäftsordnung):

Genossen! Ich schlage vor, die Mandatsprüfungskommission in der gleichen Weise zusammenzusetzen, wie die Schriftführer (Beifall.) Ich schlage Ihnen vor zu wählen: als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen **Lorbe** (Breslau),

Dr. **Hirschler** (Mannheim) und **Zörgiebel** (Coblenz). Ich bin außerdem beauftragt, als Vertreter der Soldaten Ihnen vorzuschlagen Johannes **Lau** für das Westheer, Kamerad **Methner** für die Ostfront und Kamerad **Arzt** für die Heimattruppen.

Unfried (zur Geschäftsordnung):

Genossen, werte Anwesende! Ich muß mich vor allen Dingen dagegen wenden, wie die Geschäftsordnung hier gehandhabt wird inbezug auf den Antrag, die Genossen **Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** hier als Gäste zuzulassen. Ich habe hier beim Büro beantragt, daß ich als Unterzeichner zum Wort komme, das ist aber nicht geschehen. Mein Name war unterzeichnet, und ich hätte zur Begründung das Wort erhalten müssen. (Zurufe.) Ich glaube, die Genossen hätten dem Antrage zugestimmt, wenn sie die Begründung gehört hätten.

Vorsitzender Leinert:

Dieser Gegenstand ist erledigt.

Es sind folgende Vorschläge für die Mandatsprüfungskommission gemacht — das Wort wird nicht weiter verlangt —: **Loebe** (Breslau), Dr. **Hirschler** (Mannheim), **Zörgiebel** (Cöln) von der alten Partei, Johannes **Lau** vom Westheere, **Arzt** von den Heimattruppen und **Methner** von der Ostfront, ferner von der Unabhängigen Partei **Bühler** (Remscheid), **Horn** (Stettin) und **Ziegler** (Württemberg). Dann ist noch vorgeschlagen ein Soldat **Richter** (Leipzig) und von der Heeresgruppe Kiew **Zinnecke**.

Ich lasse zunächst über die **drei der alten Partei** Vorgeschlagenen abstimmen: **Loebe** (Breslau), **Hirschler** (Mannheim) und **Zörgiebel** (Coblenz). (Zuruf.) — Ich lasse jetzt abstimmen; dann bekommen Sie das Wort zur Abstimmung. (Erneuter Zuruf.) Es wird mir eben mitgeteilt, daß bei den Vorschlägen für die Unabhängige Partei ein Versehen unterlaufen sei. Also wer für diese drei der alten Partei stimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platze zu erheben. (Geschieht.) Das ist die **Mehrheit.**

Wir kommen zu den **3 Mitgliedern der Unabhängigen Partei.** Es sind vorgeschlagen **Bühler**-Remscheid, **Horn**-Stettin, **Albrecht**-Halle.

Wer für diese drei stimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platze zu erheben. (Geschieht.) Das ist auch **angenommen.**

Nun kommen wir zur Wahl der **Soldaten.** Da sind vorgeschlagen Johannes **Lau** vom Westheer, **Arzt** von der Heimattruppe, **Methner** von der Ostfront und ferner Richter-Leipzig und Zinnecke von der Ostfront, Heeresgruppe Kiew.

Ich lasse der Reihe nach abstimmen und bitte diejenigen, welche für Lau stimmen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die **Mehrheit.**

Ich bitte diejenigen, die für Arzt stimmen wollen, sich zu erheben oder stehen zu bleiben. (Geschieht.) Das ist auch die **Mehrheit.**

Ich bitte dann diejenigen, welche für Mädler von der Ostfront stimmen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist auch die Mehrheit. **Diese drei** sind damit **gewählt.** Und damit ist auch die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Ich bitte diese Kommission, möglichst bald zusammenzutreten und einen Vorsitzenden zu wählen, da hier verschiedene Telegramme eingegangen sind, die sie bald zu erledigen hätte Damit wären die geschäftlichen Angelegenheiten wohl erledigt.

Sondersitzung über Volkswehr, Rangabzeichen usw.

Es käme nur noch die Tagungszeit in Betracht und ein Antrag **Schädlich** aus Hamburg, den wir ja vor Eintritt in die Tagesordnung noch verhandeln können:

Zwecks Aussprache über Volkswehr, Rangabzeichen, Zulagen usw. beantragen die Sodatenräte eine Sondersitzung mit der Regierung.

Darüber müßte sich die Regierung mal aussprechen, ob sie eine solche Sondersitzung über diese Gegenstände für notwendig erachtet.

Das Wort hat der Volksbeauftragte **Ebert.**

Volksbeauftragter Ebert:

Genossen! Ich bitte Sie, dem Antrage nicht zuzustimmen Wir wären sehr gern bereit, in einer Parallelversammlung wichtige Fragen mit Ihnen zu besprechen. Das ist aber ein Ding der Unmöglichkeit. Wir sind durch diese Versammlung von der Erledigung unserer dringenden Geschäfte, die keinerlei Aufschub dulden, ohnedies schon überaus stark abgehalten, und haben uns verständigt, in den Nachtstunden unsere wichtigsten Arbeiten mit zu erledigen. Wir brauchen aber auch **Spielraum zu Besprechungen** der Regierung selbst, zu Konferenzen und zu wichtigen Entscheidungen. Es ist deshalb unmöglich, nun noch in eine dritte Körperschaft einen Teil von uns zu delegieren. Es wird deswegen zweckmäßiger sein, wenn die Fragen, die nach dem Antrage hier zur Debatte gestellt werden sollen, später von dem zu wählenden Vollzugsausschuß des Reiches gemeinsam mit der Reichsleitung beraten und erledigt werden. (Sehr richtig!) Das scheint mir ein zweckmäßiger und richtiger Weg zu sein: diese Verhandlungen könnten unverzüglich nach Schluß des Kongresses aufgenommen werden.

(**Schädlich**-Hamburg: Wir ziehen unsern **Antrag zurück!**)

Vorsitzender Leinert:

Der Antrag ist **zurückgezogen.**

Wir hätten nun darüber zu beschließen, ob wir eine Mittagspause machen oder durchtagen wollen. Erforderlich ist, daß wir abends nicht zu lange tagen, einmal wegen der Polizeistunde, zum andern aber auch, weil die Regierungsvertreter neben ihrer Teilnahme an dieser Versammlung noch wichtige Regierungsgeschäfte zu erledigen haben, die, wie Ebert sagte, nachts bewältigt werden sollen. Wenn die Versammlung einverstanden ist, schlage ich vor, zu versuchen, heute keine Mittagspause zu machen. Ich will aber erst feststellen, ob alle Delegierten hier essen können. Das werde ich nach dem Referat des Genossen Müller machen können. Ist das der Fall, dann könnten wir wohl **bis 6 Uhr durchtagen,** damit wir vorwärts kommen in unserer Behandlung der Geschäfte. (Zuruf.)

Es wird mir eben gesagt, daß das nicht geht. Dann möchte ich vorschlagen, eine **Mittagspause** eintreten zu lassen. Es handelt sich nur um die Zeit. Vielleicht können wir sie von 1 bis 3 Uhr eintreten lassen.

Geyer:

Genossen, ich schlage vor, die Mittagspause jetzt vor dem Eintritt in die Tagesordnung beginnen und sie bis 3 Uhr dauern zu lassen. (Zuruf: Bis 2 Uhr!)

Vorsitzender Leinert:

Es ist mir der Vorschlag gemacht worden, die **Mittagspause von 1 bis 3 Uhr** dauern zu lassen. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Um 1 Uhr ist Mittagspause.

Die Mandatsprüfungskommission bittet, während der Mittagspause die Mandate in Zimmer 7 abgeben zu wollen. Die Mandatsprüfungskommission wird gebeten, sich nach Schluß der Vormittagssitzung ebenfalls in Zimmer 7 einzufinden.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Erster Gegenstand der Tagesordnung:

Bericht des Vollzugsrates.

Berichterstatter Richard Müller-Berlin:

Werte Genossen, mein Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsrats kann selbstverständlich nicht alles umfassen, was innerhalb der letzten 6 Wochen den Vollzugsrat beschäftigte (Rufe lauter!), sondern muß sich auf die wichtigsten Fragen beschränken. Ich muß aber vorweg bemerken, daß es mir unmöglich ist, rein objektiv, ohne mein subjektives Empfinden hineinzulegen, Ihnen den Bericht zu geben. Das habe ich auch heute morgen dem Vollzugsrat vorgelegt, und die Genossen sahen das ein. Deshalb wird manches, was ich berichte, **nicht als die einheitliche Auffassung des Vollzugsrates** zu betrachten sein. Wir haben Ihnen die wichtigsten Beschlüsse und Kundgebungen vorgelegt. Ich werde sie nachher noch etwas weiter erläutern. Aber vorweg gestatten Sie mir **einige allgemeine Ausführungen.**

Der Berliner Vollzugsrat ist aus dem Reiche schwer angegriffen worden; **die ungeheuerlichsten Gerüchte** und angebliche Tatsachen sind über ihn verbreitet worden. Die bürgerliche Presse hat wochenlang in skrupelloser Weise gegen uns gehetzt. Leider muß ich konstatieren, daß sich an dieser Hetze auch sozialistische Blätter nicht nur beteiligt haben (Sehr richtig!), — dafür werde ich

nachher den Beweis erbringen —, sondern daß sie auch häufig die Quellen für diese Hetze abgaben.

Zuerst hat man die Behauptung aufgestellt,

der Berliner Vollzugsrat strebe die Diktatur an;

wir als Berliner Vollzugsrat wollten das gesamte Deutsche Reich unter unsere Diktatur bringen. Als sich dann diese Behauptungen nicht mehr aufrecht erhalten ließen, und auch andere Behauptungen nicht ausreichten, da wurde **zur Verleumdung gegriffen.** Das Gerücht wurde verbreitet, die Arbeiter- und Soldatenräte hätten innerhalb der ersten 14 Tage nach der Revolution bereits

800 Millionen Mark verausgabt

hört, hört!), und es dauerte gar nicht lange, da wurde behauptet, diese 800 Millionen Mark habe der Vollzugsrat **allein vergeudet.** Damit in Verbindung brachte man die **Vetternwirtschaft**, die angeblich beim Vollzugsrat bestehe, und weiter die hohen Gehälter und Löhne, die der Vollzugsrat seinen Angestellten bezahlt bezw. für sich selbst bewilligt hat, so hat man allmählich überall eine **starke Mißstimmung gegen den Berliner Vollzugsrat erzeugt**, und ich glaube, mancher von Ihnen wird mit vorgefaßter Meinung in der Absicht hierher gekommen sein, den Berliner Vollzugsratsmitgliedern gehörig den Kopf zu waschen, um dann gründlich mit diesen Personen aufzuräumen.

Nun, lieben Freunde, was mich betrifft, so haben Sie nicht viel aufzuräumen; denn ich verzichte auf diese Tätigkeit im Vollzugsrat und wünsche nur, daß der, der an meine Stelle kommt, es besser machen wird.

Genossen! Suchen wir zunächst einmal die Ursachen dieser Hetze gegen den Vollzugsrat! Da müssen wir etwas zurückgreifen und müssen uns die Entstehung des Vollzugsrats vor Augen halten und noch weiter zurückgreifen auf **die Vorbereitungen für den Ausbruch der Revolution.** Über das letztere sind ja die Allerwenigsten unterrichtet, es ist auch nicht meine Absicht, allzu ausführlich darauf einzugehen. Ich kann Ihnen aber mitteilen, daß die Vorbereitungen zur Revolution schon im **Juli 1916** getroffen worden sind. Wenn auch damals das Ziel und der Zeitpunkt, an dem es erreicht werden konnte, nicht so klar vor Augen lag, so stand doch für die Personen, die sich daran beteiligten, fest, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands durch den Krieg die Revolution zur Folge haben müßte. Fest steht, daß **diejenigen, die in hervorragendem Maße an den Vorbereitungen teilgenommen haben, auch Mitglieder des Vollzugsrates wurden.** Da nun die bürgerliche Gesellschaft diese Umwälzung gerade nicht begrüßt hat — denn sie hat die politische Macht den Arbeitern und Soldaten überlassen müssen —, so richtete sie ihre Hetze zunächst gegen diejenigen, die lebhaft bei der Vorbereitung dieser Revolution beteiligt waren. Natürlich hat man diese Personen auch entsprechend beschimpft und verleumdet; am meisten bin ja ich **verleumdet und beschimpft worden.** Ich bin gewiß nicht empfindlich gegen solche Verleumdungen und Beschimpfungen; aber was gestern sich ein bürgerliches Blatt geleistet hat, das geht doch zu weit, und ich werde mir erlauben, auch darauf nachher die richtige Antwort zu geben.

Diese Hetze aber hat noch **einen tieferen Grund**, und dieser Hauptgrund liegt wohl darin, daß die Arbeiter- und Soldatenräte und der Vollzugsrat, sozusagen, das einzig greifbare Ergebnis der Revolution sind. Die Revolution hat das alte Regierungssystem gestürzt, die **Arbeiter- und Soldatenräte** haben die politische Macht erobert, **in ihnen verkörpert sich die neue Staatsgewalt.** Die Herrschaft der Imperialisten, die Herrschaft der Bourgeoisie ist beseitigt, an ihre Stelle trat dann die Herr-

schaft der Arbeiter und Soldaten. Die Arbeiter- und Soldaten-Räte waren somit

die Träger der neuen Ordnung,

ihnen wird es zukommen, die sozialen und politischen Verhältnisse im sozialistischen Sinne auszubauen. Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldaten-Räte war **provisorisch das Zentralorgan** der Arbeiter- und Soldaten-Räte Deutschlands und als solcher nachher auch anerkannt. Zweifellos erkannte jeder, daß das das sichtbare Ergebnis der Revolution war, das die Arbeiter- und Soldaten-Räte hier verkörperten.

Sonst blieb, sozusagen, nach der Revolution, alles beim alten. Das ganze politische und wirtschaftliche Leben war dasselbe, nur daß die Arbeiter- und Soldaten-Räte, der Vollzugsrat, die Souveränität des Staates darstellten. Nun, diejenigen, die mit dieser Entwicklung nicht zufrieden waren, vor allem diejenigen, die ihre Herrschaft verloren hatten, also die bürgerlichen Parteien, richteten ganz selbstverständlich ihren Kampf gegen die Arbeiter- und Soldaten-Räte und vor allem gegen den Vollzugsrat, und heute noch führt die **gesamte bürgerliche Presse** den schärfsten Kampf gegen diese Arbeiter- und Soldaten-Räte, gegen den Vollzugsrat. In den ersten Tagen nach der Revolution ist das ja nicht so klar in die Erscheinung getreten, da war die Presse eingeschüchtert, sie fürchtete wohl die Macht der Arbeiter- und Soldaten-Räte. Aber, als sich herausstellte, daß diese ja gar nicht so gefährlich waren, ja, daß sie eine wahre Schafsgeduld an den Tag legten, da begann diese Hetze, die bis zur niederträchtigsten Verleumdung ausgeartet ist. Wir sehen hier eine ganz natürliche Entwicklung. Diejenigen, die das **alte Regierungssystem wiederherstellen** wollen, müssen bestrebt sein, die Arbeiter- und Soldaten-Räte zu beseitigen, und darum dieser Kampf, diese Verleumdung gegen die Räte und diese Verleumdung gegen den Vollzugsrat.

Nun steht ja zweifellos fest: die Arbeiter- und Soldaten-Räte sind heute die einzige Errungenschaft der Revolution. **Fallen die Arbeiter- und Soldaten-Räte, dann bleibt von der Revolution nichts übrig.** Diejenigen, die die Arbeiter- und Soldaten-Räte bekämpfen, wollen bewußt oder unbewußt den alten Zustand herbeiführen (Unruhe) und versuchen, den Arbeitern und Soldaten die politische Macht wieder zu entreißen. Wir sehen also, wie ganz von selbst aus den Verhältnissen heraus der Kampf gegen die Arbeiter- und Soldaten-Räte geboren wurde.

Nun haben wir allerdings im Vollzugsrat **durch unsere Kundgebungen wesentlich zur Verschärfung dieses Kampfes beigetragen.** Kraft revolutionärer Gewalt erklärten wir uns am 11. November als die oberste Kontrollinstanz. Wir erklärten: alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort, alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldaten-Räte, und jedermann hat diesen Anordnungen Folge zu leisten. Diese Kundgebung, gegen die damals von keiner Seite Einspruch erhoben wurde, bestimmte also den **Vollzugsrat als oberstes Kontrollorgan**, und diese oberste Behörde des Reiches legte dann am 17. November ihre **politischen Richtlinien** fest, die allerdings allen reaktionären Elementen einen Schreck einjagen mußten. Wir erklärten damals:

> Arbeiter und Soldaten haben das alte Regierungssystem beseitigt. In der revolutionären Organisation der Arbeiter- und Soldaten-Räte hat sich die neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen.

Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Republik, sondern in eine proletarische Republik auf sozialistisch-wirtschaftlicher Grundlage.

Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen.

Diese Entschließung vom 17. November sagte mit aller Schärfe, daß wir die Errungenschaften der Revolution erhalten und sichern wollen, daß wir uns nicht um die **Früchte** der Revolution bringen lassen, daß die politische Macht in den Händen der Hand- und Kopfarbeiter liegen muß, selbstverständlich auch in der Hand der Soldaten. Die Soldatenräte sind ja nur **vorübergehende** Erscheinungen; sie werden sehr bald verschwinden.

Weiter war in dieser Entschließung jene **Absage gegen eine übereilte Nationalversammlung** enthalten. Darauf will ich aber nicht eingehen, das ist ja der zweite Punkt unserer Tagesordnung. Aber werden wir uns doch klar: eine solche politische Kundgebung mußte die

Gegner der Revolution zum Kampf aufrufen.

Sie sind ja auch erschienen. Allerdings haben sie uns nicht mit sachlichen Mitteln bekämpft, sondern haben meistens mit Verleumdungen gearbeitet. Der tiefe Grund der Hetze gegen den Vollzugsrat, gegen die Arbeiter- und Soldatenräte überhaupt, liegt eben in der Tatsache, daß sie **Kinder der Revolution** sind, daß sie als sichtbare Errungenschaften der Revolution heute noch bestehen. Genossen, leider haben sich an dieser Hetze gegen den Vollzugsrat nicht nur bürgerliche Blätter, sondern auch rechtssozialistische Blätter unter Führung des „Vorwärts" beteiligt; ja, ich glaube, beweisen zu können, daß ein Teil des Materials, das gegen uns geschleudert wurde, von Personen stammt, die **dem Rate der Volksbeauftragten sehr nahe stehen.** Darauf werde ich nachher eingehen. Ich glaube aber auch, weiter den Beweis führen zu können — und er wird in der heutigen Debatte geführt werden —, daß selbst der Rat der Volksbeauftragten seine Aufgabe darin erblickt, den Vollzugsrat **zur Seite zu drücken** oder ganz zu erledigen.

Doch ehe ich darauf eingehe, möchte ich noch einmal betonen — selbstverständlich ist das meine persönliche Meinung; wie ich schon vorher sagte, daß ich meine persönliche Meinung auch einflechte —: Jedermann hat

das Recht, Kritik zu üben,

und er soll von diesem Rechte ausdrücklich Gebrauch machen. Wir wissen auch, daß vieles von dem, was wir getan haben, einer scharfen Kritik unterzogen werden muß. Unseren natürlichen Gegnern, den Bürgerlichen, verdenken wir es gar nicht, wenn sie versuchen, uns zu beseitigen, wenn ihre Kritik, ihre Handlungen darauf ausgehen, uns an die Wand zu drücken. Aber von sozialdemokratischen Genossen dürfte eine solche Kritik nicht geübt werden, eine Kritik, die letzten Endes zur vollständigen Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte führen müßte.

Die Entstehung des Vollzugsrates!

Genossen, ehe ich nunmehr auf die Tätigkeit des Vollzugsrates näher eingehe und im Anschluß daran erörtere, wie er und von wem er bekämpft wurde, muß ich noch kurz über seine Entstehung etwas sagen.

Die Revolution brach in anderen Orten, besonders an der Wasserkante, einige Tage früher aus als in Berlin. Wir hatten allerdings den Termin für den Ausbruch der Revolution bereits festgesetzt, ehe wir ahnen konnten, daß es an anderen Orten Deutschlands zum

Ausbruch der Revolution käme. Die **Wahnsinnstat der alten Machthaber**, die unsere gesamte Schlachtflotte mit Zehntausenden unserer besten Volksgenossen in einem letzten verzweifelten Kampfe gegen England vernichten wollten unter der Parole „Siegen oder in Ehren untergehen", wurde rechtzeitig entdeckt und vereitelt, und führte dann den Ausbruch der Revolution herbei, noch ehe wir in Berlin es glaubten. Aber am 9. November brach dann in Berlin die Revolution aus. Am Tage zuvor wurden ungeheure Massen von Soldaten nach Berlin geworfen; es hatte den Anschein, als ob der drohende Aufstand mit Waffengewalt unterdrückt werden sollte. Die bürgerliche Presse bis zum „Vorwärts" versuchte, mit allen Mitteln den **Ausbruch des Aufstandes zu verhindern.** Noch am 9. November beschwor der „Vorwärts" in seiner Morgenausgabe die Berliner Arbeiter, doch ja nicht zu streiken, bevor die Verhandlungen erschöpft seien. Nun, die Revolution brach aus. Die alten Machthaber hatten **nicht den Mut**, für ihre alten, angeblich angestammten und verbrieften Rechte **zu kämpfen**, wie nicht anders zu erwarten war, ging an jenem Tage alles drunter und drüber. Wir hatten nicht damit gerechnet, daß die alten Machthaber uns so schnell ihre Plätze überlassen würden. Bei diesem drunter und drüber waren diejenigen, die diese Vorbereitungen getroffen hatten, bestrebt, die **Ordnung aufrecht zu erhalten**, und sie waren es auch, die sofort am 10. November eine Versammlung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins nach dem Zirkus Busch einberufen haben.

Inzwischen hatte sich nun unter Verständigung der beiden sozialdemokratischen Parteien eine Regierung gebildet, der **„Rat der Volksbeauftragten"**, der sich ja zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der Unabhängigen und der Mehrheitspartei zusammensetzt. Diese Regierung, dieser Rat der Volksbeauftragten, wurde ja auch im Zirkus Busch bestätigt. Aber im Zirkus Busch wurde dann von den Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte auch der Vollzugsrat gewählt. Allerdings ging diese Wahl des Vollzugsrats nicht so glatt vonstatten, wie vorher erwartet worden war. Während über die Regierung eine Verständigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien zustande kam, weigerten sich die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, in einen Vollzugsrat einzutreten, der sich aus Mitgliedern beider Parteien zusammensetzte. (Hört, Hört!) Genossen! Ich habe mich auch geweigert, und

nur unter dem Drucke der Soldaten

habe ich mich bereit erklärt, dieses Amt zu übernehmen. Aber ich erkläre Ihnen offen: **ich bereue es**, daß ich mich dieser Diktatur der Soldaten gefügt habe.

Genossen! Aus der Revolution geboren, waren die im Reiche überall sich bildenden A.- und S.-Räte die Träger der Revolution, und wir als Vollzugsrat Berlins erblickten uns **als den Zentralrat der A.- und S.-Räte Deutschlands**, wie ich das vorher schon erwähnte. Wir waren der Meinung, daß es notwendig sei, auch einen Zentralrat für Deutschland zu schaffen. Die deutsche sozialistische Republik mußte ein **oberstes politisches Organ** haben, einen Träger der Souveränität des gesamten arbeitenden Volkes. In diesem Bewußtsein, daß der Berliner Vollzugsrat der Zentralrat der A.- und S.-Räte Deutschlands war, hatten wir dann auch unsere Kundgebung erlassen, auf die ich vorhin schon hinwies, die erklärte, daß alle Landes-, Reichs-, Militärbehörden usw. der Kontrolle dieses Zentralrates unterstehen. Damit hatten wir klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß der Vollzugsrat die ganze Fülle der politischen Macht in der Republik darstelle, daß alle andern Organe und Behörden des Reiches sich ihm unterzuordnen hätten.

Nun ist es ja unter den sich überstürzenden Ereignissen jener Zeit selbstverständlich, daß es sich hier nur um **ein Provisorium** handelt, das wiederum auf dem schnellsten Weg beseitigt werden mußte. Das haben wir allerdings auch überall erklärt, daß wir lediglich ein Provisorium sein wollen und uns möglichst schnell durch eine andere, auf einer breiteren Grundlage gewählte Körperschaft ablösen lassen wollen. Durch diese Stellung des Vollzugsrats konnte leicht der Anschein erweckt werden, als ob wir von Berlin aus **die Diktatur übers**

Reich ausüben wollten, und unsere Gegner haben ja auch diesen Gedanken nach Kräften genährt und schließlich auch erreicht, daß tatsächlich im Reiche der Glaube erweckt wurde, wir Berliner wollten das gesamte Reich beherrschen. Niemals ist uns dieser Gedanke gekommen, niemals haben wir solche Gedanken vertreten. Aber unter diesen Gegnern haben sich leider auch rechtssozialistische Blätter befunden, die diese unwahre Behauptung verbreiteten, die damit das Vertrauen der A.- und S.-Räte zum Berliner Vollzugsrat untergraben haben.

Kundgebung revolutionärer Arbeiter-Vertreter.

Vorsitzender Leinert-Hannover:

Es sind draußen vor dem Gebäude Tausende von Arbeitern erschienen, die eine Deputation hier hereingesandt haben. Diese Deputation soll uns ihre Forderungen vorlesen, damit sie zur Kenntnis des Kongresses kommen.

Weyer, Abgesandter der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins:

Genossen, Kameraden! Im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins, die heute demonstriert, und zwar in einer Anzahl von mindestens 250 000 Menschen, (Bravo!) habe ich dem Zentralkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte folgende

Forderungen

zu unterbreiten:

1. **Deutschland eine einheitliche, sozialistische Republik.** (Allgemeines Bravo!)
2. **Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!** (Bravo!)
3. **Der vom Zentralrat gewählte Vollzugsrat der A.- und S.-Räte als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt** (Bravo!), (durch das auch die Volksbeauftragten und alle Zentralreichsbehörden zu ernennen und abzusetzen sind).
4. **Beseitigung des Ebertschen Rates der Volksbeauftragten.** (Widerspruch und Pfuirufe. — Beifall!)
5. **Sofortige energische Durchführung aller zum Schutz der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem**
   Entwaffnung der Gegenrevolution, (Bravo! Zurufe: Wer ist das? Spartakus!)
   Bewaffnung des Proletariats,
   Bildung der roten Garde. (Lebhafte Rufe: Nein, nein!)
6. **Sofortiger Aufruf des Zentralrates an die Proletarier aller Länder zur Bildung von A.- und S.-Räten zwecks Durchführung der gemeinsamen Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution.** (Bravo!)

Wir bitten den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, dem so weit wie möglich die Zustimmung zu geben. (Bravo! — Widerspruch und Zurufe!)

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte, den Arbeitern draußen zu erklären, daß der Kongreß die

Forderungen zur Kenntnis genommen

hat und in seinen Verhandlungen **darüber entscheiden** wird.

Ich bitte den Genossen Müller, sein Referat fortzusetzen.

Bericht des Vollzugsrats (Fortsetzung).

Richard Müller (Berlin) fortfahrend:

Genossen, ich sprach soeben von dem Gerücht, das in der Provinz verbreitet war und dort auch Glauben gefunden hat, der Berliner Vollzugsrat wolle die Diktatur über das Reich ausüben. Da wurde hier bereits ein Zwischenruf gemacht, der darauf schließen ließ, daß auch hier Delegierte anwesend sind, die das heute noch glauben. Wir haben schon damals mit aller Schärfe diesen Vorwurf zurückgewiesen. In unserer Erklärung vom 25. November sagten wir:

> Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte erblickte in dem Sturm und Drang der ersten Revolutionstage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen republikanischen Staatswesens in Deutschland und Preußen zu übernehmen hatte. Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte maßt sich aber **keine Diktaturgewalt über die Arbeiter- und Soldatenräte** Deutschlands an. Er ist vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können. Mißtrauen und Mißverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerschlagen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die **Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes.** Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindselige Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschlusse verbunden sind, Herr werde; er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, daß die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Reibung beseitigt werden.
>
> Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrates von Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell als möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine gesetzgebende Versammlung nicht das letzte Wort über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschlands gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.
>
> Wir fordern Euch deshalb auf, so schnell als möglich zu einer **Delegiertenversammlung** in Berlin zusammenzutreten.

Genossen, wer nach dieser klaren Stellungnahme des Vollzugsrats noch behaupten will, wir Berliner wollen die Diktatur ausüben, dem ist wirklich nicht zu helfen. (Sehr richtig!) Nach dieser Erklärung haben wir an demselben Tage beschlossen:

Der Vollzugsrat der Berliner A.- und S.-Räte wird, soweit es sich um die Erledigung der ihm provisorisch für das ganze Gebiet der Republik zustehenden Geschäfte handelt,

durch Mitglieder aus dem Reiche ergänzt,

die von der Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte der nichtpreußischen Bundesstaaten zu wählen sind. Die näheren Bestimmungen über die Wahl der Delegierten und deren Verteilung auf die Einzelstaaten sind der einberufenen Delegiertenkonferenz der Bundesstaaten zu überlassen.

Wenn Sie, verehrte Genossen, die vor Ihnen liegende Zusammenstellung der Beschlüsse vor Augen nehmen, da finden Sie das Mitgliederverzeichnis des Vollzugsrats und werden daraus sehen, daß der Vollzugsrat in dem **weitesten Maße** ergänzt worden ist, so daß heute nicht mehr 28, sondern 45 delegierte Mitglieder im Vollzugsrat vertreten sind. Damit glaube ich wohl, den besten Beweis geliefert zu haben, daß wir **keine** Diktaturgewalt ausüben wollen, daß dieser Gedanke uns vollständig fern gelegen hat.

Der Berliner Vollzugsrat hatte sich **als oberste Reichsbehörde konstituiert**, und das in einer Zeit der größten politischen Umwälzung, in einer Zeit, wo das ganze Wirtschaftsleben stillgelegt war oder zu erwarten war, daß es stillgelegt werden könnte, also in einer Zeit, wo die öffentliche Ruhe und Sicherheit fast völlig in Frage gestellt war und wo außerdem damit zu rechnen war, daß die Errungenschaften der Revolution durch einen gegenrevolutionären Putsch wieder beseitigt werden konnten. Genossen, Sie mögen uns **kritisieren**, soviel Sie wollen, Sie werden uns heute, wo wir ja über diese Zeit hinweg sind, auch sagen, wie wir es besser hätten machen können. Das wissen wir heute übrigens selbst, aber niemand kann uns den Vorwurf machen, **daß wir nicht alles versucht haben**, um dieser ungeheuren Schwierigkeiten Herr zu werden. An unserm guten Willen kann niemand zweifeln. Wenn hier und da **die Verhältnisse stärker** waren als wir, dann lag das eben außerhalb unserer Kraft. Genossen, überlegen Sie sich eins! Es war eine Zeit, es waren Tage, wo aus allen Teilen Deutschlands **täglich Hunderte von Telegrammen und Briefen** eingingen. Wir wurden **förmlich belagert** von Menschen, die unsern Rat und unsere Hilfe suchten, und dazu kam eine Schwierigkeit: wir hatten

keinen technischen Apparat,

uns fehlten **geschulte**, eingearbeitete, **mit den Verhältnissen vertraute Beamte**. Daß unter solchen Zuständen mehrere Mitglieder des Vollzugsrats, auf denen die meiste Last lag, fast zusammengebrochen sind, brauche ich Ihnen nicht weiter zu sagen.

Sie müssen berücksichtigen, daß hier in Berlin doch die Dinge wesentlich anders aussahen, als in den meisten andern Orten. Wir hatten hier den Sitz der Reichsregierung, wir hatten den Sitz der preußischen Regierung, hier war der Sitz des Kriegsministeriums, des Großen Generalstabs und aller dieser Kommandobehörden, wir hatten hier das Auswärtige Amt, und wir hatten hier und haben heute noch hier den Sitz sämtlicher Reichsämter. Dazu kam, daß hier der Sitz der ungeheuer vielen und wichtigen Kriegsgesellschaften ist. Von überall kam man an uns heran, forderte von uns Rat und Hilfe, wir waren über Nacht die vorgesetzte Behörde geworden. Dazu kam noch, daß wir auch die **Soldaten und Arbeiter im Auge behalten** mußten, daß wir auch bei ihnen für Ruhe und Ordnung sorgen mußten. Wenn Sie sich dieses vergegenwärtigen, werden Sie zugeben, daß unter solchen Umständen nicht alles wie am Schnürchen gehen konnte. Wenn deshalb Dinge passiert sind, die sonst niemand verantworten kann, so ist das verständlich.

Dazu kam noch, daß bei der **Auswahl der Soldaten**, die in den Vollzugsrat gewählt waren, nicht die nötige

Vorsicht obwaltete. Es waren Leute darunter, die überall anders hin, nur

nicht in den Vollzugsrat gehörten.

Für die Fehler dieser Leute ist dann der gesamte Vollzugsrat verantwortlich gemacht worden. (Zuruf: Wer denn sonst?!) — Es wird gerufen: Wer denn sonst?! — Ich habe eben die ungeheuren Schwierigkeiten erklärt, die auf uns lasteten; da war es selbstverständlich, daß wir denen, die gewählt waren, auch zunächst ein gewisses Maß von Vertrauen entgegenbringen mußten. Wenn dieses **Vertrauen mißbraucht** worden ist, so können **wir** dafür nicht verantwortlich gemacht werden.

In der Presse ist viel über die großen

Mißstände in den Büros des Vollzugsrats

geredet worden. Ich gebe ohne weiteres zu: daran ist etwas Wahres. Mehrere Mitglieder von soldatischer Seite haben **ganz unverantwortlich gehandelt.** Es ist Personal eingestellt worden, wie es niemand verantworten kann (Hört, hört!), allerdings von den von mir eben gekennzeichneten Leuten. Die Gehälter, die wir zahlten, waren allerdings etwas höher als anderwärtig. Aber wir haben an diese Leute ganz ungewöhnliche Anforderungen gestellt, die die höheren Gehälter rechtfertigen. Wenn nun von diesen Leuten, die früher im Vollzugsrat waren, weiteres Personal eingestellt wurde, das wir nicht brauchten, und diese dann auch die höheren Gehälter erhielten, so ist das selbstverständlich auf das schärfste zu verurteilen und von uns auch verurteilt worden. Ich habe bereits am vierten Tage nach der Revolution, als wir noch ganz neu waren, mit aller Schärfe darauf hingewiesen, daß unberechtigt kein Personal eingestellt werden darf. Acht Tage später bin ich, obwohl ich fast unter der Arbeit zusammenbrach, im Hause herumgegangen, habe mir die Büros angesehen und ein ganz Teil dieser von einigen Mitgliedern eingerichteten **Büros ausgehoben** und die Leute auf die Straße gesetzt. Und wer war in diesen Büros? Es waren meist Leute, die den **Aktionsausschuß der Soldaten** gebildet hatten, den wir ja auch auflösen mußten, die sich nun in den Büros festsetzten und ihre Geschäfte weiter verrichten wollten. Es waren darunter Offiziere, deren Namen Ihnen auch bekannt sind: Hauptmann Kohler, Leutnant Willner usw. Diese machten Büros auf, stellten Personal ein und regierten lustig darauf los auf Rechnung und Gefahr des Vollzugsrats. Diese Leute sind sofort an die Luft gesetzt worden. Aber was taten die Leute? Sie gingen in die Versammlung der Soldatenräte und schimpften über die Mißstände im Vollzugsrat. Leider ist ihnen auch in der Soldatenratsversammlung geglaubt worden; man hat uns dort nicht zu Worte kommen lassen. Für die bürgerliche Presse war das ein

Stoff zur Hetze gegen den Vollzugsrat.

Hier muß ich auch betonen, daß auch der „Vorwärts" durch seine Berichte über diese Dinge wesentlich zur Herabsetzung des Vollzugsrats beigetragen hat.

Ich will Ihnen nur einen Fall mitteilen. Ein Mitglied des Vollzugsrats, **Colin-Roß**, hat auf diesem Gebiet das meiste gesündigt. Er hatte sich umfangreiche Büros für Presse und Propaganda eingerichtet. Dieser Mann trat an mich heran und verlangte einen Ausweis, daß er berechtigt sei, Geldanweisungen bis zur Höhe von 5000 Mark auszuschreiben, die ihm jederzeit auszuzahlen seien. (Hört, hört!) Selbstverständlich habe ich das abgelehnt. Der Mann hat mir dann andere Vollmachten unterbreitet; es ist ein ganzer Stoß. Ich will Ihnen daraus nur eine Vollmacht bekanntgeben, eine Blankovollmacht für einen Angehörigen der italienischen

Armee: für den forderte er überall freie Eisenbahnfahrt und die Gestellung von Automobilen und Flugzeugen. Mit solchen Ansinnen trat Colin-Roß an mich heran Ich habe dem Herrn gesagt, was nötig war. Es hat sehr scharfe Auseinandersetzungen gegeben. Und dann wurde von diesem Herrn dem Vollzugsrat ein Schriftstück, eine Erklärung unterbreitet, in der es folgendermaßen lautete:

> Da diese Anschauungen wahrscheinlich nicht diejenigen des Ersten Vorsitzenden des Vollzugsrates Genossen Müller entsprechen und dieser es für zweckmäßig und nötig erachtet, jede, auch die kleinste Presse- und Propagandaangelegenheit überwachen und prüfen zu müssen, so erkläre ich mich unter diesen Umständen außerstande, irgendwelche nützliche Tätigkeit im Sinne des Vollzugsrats zu leisten.

Daraus geht klar und deutlich hervor, daß ich eingeschritten bin, und die anderen Mitglieder des Vollzugsrats haben mich dann unterstützt. Der Herr hat es erleben müssen, daß der Vollzugsrat sich einmütig auf meinen Standpunkt gestellt hat. (Zuruf.) Aber gerade dieser Herr war es, der draußen in der Öffentlichkeit die **ungeheuerlichsten Gerüchte über die Finanzmißwirtschaft** des Vollzugsrats verbreitet hat. (Hört, hört!) Genossen, dieser Herr ist ja sozusagen der **Liebling der bürgerlichen Presse** geworden, die bürgerliche Presse hat daraus Kapital über Kapital geschlagen.

Genossen, diese Leute, die damals im Vollzugsrat waren, Colin-Roß, Gerhard, Walz usw. haben das Vertrauen, daß in sie gesetzt wurde, auf das schwerste gemißbraucht; (sehr richtig!) sie haben diese Mißstände, über die diese selben Leute dann in der Öffentlichkeit berichteten, selbst hier eingeführt und machen uns nun dafür verantwortlich.

Genossen, dabei möchte ich auch gleich noch auf eins hinweisen. Man hat den beiden Vorsitzenden, Molkenbuhr und mir, den Vorwurf gemacht, daß wir **Vollmachten** ausgestellt haben, die wir nicht verantworten können. (Sehr richtig!) Genossen, das stimmt, das gebe ich ohne weiteres zu. (Ruf: Aha!) Aber ehe Sie Ihr Aha rufen, müssen Sie sich in den Geschäftsgang des Vollzugsrats erst einmal hineinversetzen; dann, glaube ich, werden Sie anders urteilen, wenn Sie objektiv sind. Es war ganz selbstverständlich, und es ist physisch fast unmöglich, wenn ein Vorsitzender neben der auf ihm lastenden Arbeit noch täglich Hunderte und Aberhunderte ihm zur Unterschrift vorgelegte Schriftstücke alle durchlesen kann. Da muß man sich darauf verlassen, daß man seinen Mitarbeitern vertrauen kann. Das ist nicht nur hier der Fall, das ist in jedem größeren Geschäftsbetriebe notwendig; und wenn, wie ich Ihnen sagte, Mitglieder im Vollzugsrat waren wie dieser Colin-Roß, der mir eine solche Vollmacht zur Unterschrift vorlegt, dann werden Sie es verstehen, daß Vollmachten hinausgehen konnten, die wir eben nicht verantworten konnten. (Zuruf: Das waren aber Ihre Leute!) Das war eben aus den Verhältnissen heraus nicht anders möglich. Dieses Vertrauen, das ich in verschiedene dieser Mitglieder gesetzt habe, ist auf das allerschwerste mißbraucht worden. Wenn Sie mich deshalb zur Verantwortung ziehen, kann ich es nicht ändern. Ich habe schon vieles ertragen müssen und werde auch das noch ertragen. Genossen, aber soviel steht fest: **der Vollzugsrat hat alles versucht, sofort einzuschreiten**, wenn irgend etwas im Hause nicht in Ordnung war. Nachdem ich verschiedene Büros ausgeräumt hatte, wurde dann eine Kommission eingesetzt, die fast täglich die Büros durchging und, wenn es erforderlich war, eingeschritten ist. Allerdings muß erklärt werden: es ist außerordentlich schwer gewesen, **diese wilden Büros auszuräuchern**. Nicht nur hier, sondern auch außerhalb dieses Hauses haben sich solche Büros gebildet. Aber man sollte doch wohl auseinanderhalten: neben diesen unverantwortlichen Büros haben wir auch Büros errichten müssen, die eine sehr nützliche Aufgabe zu lösen haben. Es galt vor allen Dingen, die Lebensmittelbeschaffung für Berlin sicherzustellen. Es wurde uns mitgeteilt, daß diese **Lebensmittelbestände von Schleichhändlern ergriffen** wurden und auf diesem Wege Millionenwerte verschleudert worden sind, und daß **Heeresgerät** auch zu **Millionen** verschleudert worden ist.

Wenn wir solche Mitteilungen erhielten, haben wir sofort einzuschreiten versucht. Will uns deshalb jemand einen Vorwurf machen? Ich glaube, kein einziger kann das und wird das tun.

Und weiter, Genossen, haben wir Hunderte von Personen in die Provinzen, in alle Teile Deutschlands schicken müssen. Es war oft notwendig, **Differenzen zwischen örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten zu schlichten.** Wenn solche Rufe an uns ergingen, war es unsere Pflicht, jemand dorthin zu schicken, den wir selbstverständlich dann auch bezahlen mußten.

Dann mußten wir auch Leute unter die Bauern schicken. Auf dem Lande ist nicht alles so glatt gegangen, wie man vielleicht heute glaubt. Wir haben oftmals eingreifen müssen, um die **Bauern, die Lebensmittel zurückhielten**, zur Herausgabe zu veranlassen.

Zu all dieser Arbeit bedurfte es Arbeitskräfte, und wir mußten auch die notwendigen Mittel dafür bereitstellen. Dazu kam, daß wir auch **die heimkehrenden Fronttruppen**, die doch wenig geschult und aufgeklärt waren, **aufklären** mußten. Wir haben Leute nach außerhalb geschickt, die teils rednerisch tätig waren, teils durch Verbreitung von Flugblättern diese heimkehrenden Fronttruppen erst mal über das aufklärten, was gegenwärtig in Deutschland ist.

Genossen! Aber weiter dürfen Sie nicht vergessen, daß wir auch **innerhalb Berlins viel Arbeit zu verrichten** hatten. Auch hier kam es zu Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, und wir haben manche unserer Vertrauensleute hinausschicken müssen, um mitzuhelfen, diese Differenzen zu schlichten.

Dann möchte ich Ihnen noch eins vor Augen halten: Es galt doch auch für uns, **die wichtigsten Ämter in Berlin** zu besetzen. Ich erwähne nur das Kriegsministerium. Keiner unter Ihnen wird die Bedeutung dieses Amtes unterschätzen. Dahinein waren wir verpflichtet, Leute zu schicken, und wir mußten auch **die Mittel dafür bereitstellen.**

Also wollen wir wohl **unterscheiden zwischen berechtigten und unberechtigten Maßnahmen und Ausgaben.** Wo unberechtigte Ausgaben gemacht worden sind, sind wir die ersten, die es nicht nur bedauern, sondern auch aufs schärfste zurückweisen und auch dagegen eingeschritten sind. Übrigens dürfte doch wohl jedem klar sein: wenn eine solche Reichsbehörde wie der Vollzugsrat, mit solchen Machtvollkommenheiten ausgestattet, **über Nacht durch die Revolution aus dem Boden gewachsen** ist und ohne jeden Apparat arbeiten soll, dann kann nicht alles so gehen, wie es jeder wünschte, dann passieren auch Dinge, die der eine oder andere nicht verantworten kann

Die gesamte bürgerliche Presse ist über uns hergefallen

und hat uns Vorwürfe gemacht wegen der ungeheuren Ausgaben, die der Vollzugsrat gemacht hat. Erst hat man 800 Millionen Mark behauptet, und jetzt geht die Notiz durch die Presse, daß es nicht 800, sondern 1800 Millionen sind. Erst waren es die gesamten Arbeiter- und Soldatenräte, die das Geld so unverantwortlich verschleudert hatten; jetzt ist es der Berliner Vollzugsrat, der diese Millionen vergeudet hat.

Genossen! Es fällt einem schwer, bei diesen **niederträchtigen Verleumdungen** die Ruhe zu bewahren, wenn man täglich sieht, wie die Verleumdungen in den Blättern breitgetreten werden, wenn man sehen muß, daß die Öffentlichkeit täglich verhetzt und aufgereizt wird gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, wenn man erkennt, daß diese Blätter genau wissen, daß das Unwahrheiten sind. Es hat Blätter gegeben, die sich nicht geschent haben, täglich in dem **politischen Misthaufen** nach solchen Verleumdungen herumzuwühlen, und wenn sie keine anderen fanden, haben sie immer wieder die alten herausgegraben und in ihren Zeitungen verbreitet.

Genossen, man hat ja diesem Schwindel eine gewisse Autorität gegeben, indem man sich **auf den Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Schiffer berufen** hat. Herr Schiffer drückt sich zwar vorsichtig aus und will meines Erachtens nur beweisen, daß das **System der Räte viel kostspieliger ist**, als das alte, gestürzte System. Er hat also nur allgemeine Redewendungen angewandt. Ein Mann wie Schiffer, der an verantwortlicher Stelle steht, sollte aber, wenn er eine solche Behauptung ausspricht, auch die erforderlichen Belege vorlegen. Es geht nicht, daß ein solcher Mann Redewendungen gebraucht, aus denen zu entnehmen ist, diese Ausgaben seien tatsächlich gemacht worden. Deshalb ist es erforderlich, daß Schiffer recht bald mit seinem Material herausrückt. (Zuruf.) Wenn ein Mann wie Schiffer aber weiter erklärt, daß es weit schlimmer sei, daß man in **unverantwortlicher Weise Nationalvermögen vergeudet** habe usw., daß Waffen, Lebensmittel, Pferde, Ausrüstungen usw. vergeudet worden sind, — ja, waren denn das die A.- und S.-Räte? Gerade die A.- und S.-Räte waren es, die bestrebt waren, dieser Vergeudung Einhalt zu tun. (Sehr richtig! und Bravo!) Deshalb ist es von einem Mann an solch hervorragender Stelle unverantwortlich, solche Vorwürfe gegen die A.- und S.-Räte zu erheben. (Zuruf: Absetzen!) Genossen, aber Herr Schiffer mußte wissen, daß diese Behauptung, der Vollzugsrat hätte soviel Geld ausgegeben, purer Schwindel ist. Denn bis heute — das stelle ich fest — hat Schiffer

noch keinen Pfennig dem Vollzugsrat überwiesen,

(hört, hört!) und ich stelle weiter fest, daß bis zum heutigen Tage auch der Rat der Volksbeauftragten dem Vollzugsrat noch keinen Pfennig überwiesen hat. (Hört, hört!) **Und trotzdem wird dieser Schwindel verbreitet.**

Genossen, ich weiß nicht genau, wie hoch unsere Ausgaben sind, darüber kann nachher der Kassierer, der Genosse Maynz, Ihnen Rechenschaft ablegen. Soweit ich informiert bin, sind etwa an die

500 000 Mark für 6 Wochen ausgegeben

worden. Wenn Sie aber berücksichtigen, welche Arbeit wir in Berlin und außerhalb leisten mußten, dann werden Sie zur Überzeugung kommen, daß wir **sehr sparsam gewirtschaftet** haben. (Sehr richtig!) Ich will davon die Ausgaben ausschalten, die jene unverantwortlichen Leute gemacht haben, die ich vorhin in der schärfsten Weise gebrandmarkt habe; dafür treten wir nicht ein; aber für das, was wir ausgegeben haben, können wir einstehen, und das war nicht zuviel. So sieht **der 800 Millionenschwindel** in Wirklichkeit aus.

Nun, Genossen, gestatten Sie mir dazu auch **einige persönliche Bemerkungen.** Ich bin gestern in der unerhörtesten Weise in einem bürgerlichen Blatt heruntergerissen worden, und heute wird diese Nachricht auch in anderen Blättern verbreitet. Ich will nicht darauf eingehen, was man unter der **Überschrift „Leichenmüller"** mir alles an den Hals wirft. Ich soll das ganze **Rätesystem diskreditiert** haben. Ich soll den Spartakusleuten in Neukölln eine Vollmacht ausgestellt haben, trotzdem ich

dazu nicht berechtigt war. Ja, man macht mich sogar **verantwortlich für das Blutvergießen,** das am 6. Dezember **in der Chausseestraße** stattgefunden hat, (Rufe: Pfui!) und dafür, daß Stinnes und Thyssen in Mühlheim an der Ruhr verhaftet und hierher geschleppt worden sind. Doch das mögen die Leute ruhig tun; das lasse ich über mich ergehen. Aber wenn diese Blätter dann weiter behaupten, Richard Müller habe für sich, seine Frau und seine Kinder bis jetzt bereits mehrere 10 000 Mark, man spricht sogar von

80 000 Mark, vorschußweise auszahlen lassen,

wenn diese Blätter weiter behaupten, daß ich neben meinen Diäten noch umfangreiche Aufwandsentschädigungen erhalten habe, — das geht denn doch zu weit. (Sehr richtig!) Ich stelle fest, daß ich bis heute noch **keinen Pfennig Aufwandsentschädigung** erhalten habe, nicht einen Pfennig Spesen liquidiert habe, trotzdem ich von morgens bis Mitternacht hier gesessen und meinen ganzen Lebensunterhalt außerhalb des Hauses zu bestreiten habe. Wenn diese Blätter — es ist die „Berliner Volkszeitung", ein Blatt, das ich ehemals geachtet habe — zu solch verwerflichen Mitteln greifen, dann können Sie ermessen, wie weit es mit der Hetze gegen den Vollzugsrat und seine Mitglieder gediehen ist. Ich will nicht die gesamten bürgerlichen Schriftsteller in einen Topf werfen, ich erkenne an, daß darunter Männer von Charakter sind. Ich habe es stets meinen Gegnern gegenüber, gleichviel wo sie standen, **verschmäht, mit Verleumdungen zu arbeiten;** in den letzten Wochen aber hat sich gezeigt, daß **unter den bürgerlichen Schriftstellern recht viele Hallunken** sind, (Bravo!) die ihre Aufgabe darin sehen, die Männer der Revolution zu verleumden und herunterzureißen. (Lebhafte Rufe: Pfui!) Derjenige, der hinter diesen Artikeln zu stehen scheint, ist auch dieser **Colin-Roß, der als Gegenrevolutionär entlarvt ist,** dem nachgewiesen ist, daß er Geld erhalten hat, um in Berlin die Soldaten aufzuputschen und den Vollzugsrat auszuheben.*)

Nun, Genossen, der ganze 800-Millionen-Schwindel war ja nichts weiter als der Versuch, **die A.- und S.-Räte zu diskreditieren** und diejenigen, die diesen Schwindel unterstützen, bekämpfen damit die A.- und S.-Räte, sie versuchen, damit den Rest der revolutionären Errungenschaften zu beseitigen. Woher stammt dieser 800-Millionen-Schwindel? Er stammt aus der **Korrespondenz Hofrichter,** (Hört, hört!) ehemals Bakesche Korrespondenz, die enge Beziehungen zum Rat der Volksbeauftragten in der Wilhelmstraße hat. (Hört, hört!) Diese Korrespondenz hat diesen 800-Millionen-Schwindel in die Welt gesetzt, und Hofrichter hat noch vorgestern im „Vorwärts" diesen Schwindel wieder aufgewärmt.

Aber aus jener Stelle stammen auch die Verleumdungen, die gegen den Vollzugsrat hinsichtlich der **Zentralfunkleitung** geschleudert worden sind. Da ist behauptet worden, daß die Zentralfunkleitung durch den Vollzugsrat **in die Hände der Spartakusse geführt** worden sei. **Kein Wort davon ist wahr.** Aber an diesem Fall der Zentralfunkleitung, den ich mit großer Liebe behandelt habe, bei dem ich glaubte, den Funkern auch etwas für spätere Zeiten zu schaffen, es einmal möglich zu machen, daß das Reichsamt von diesen bürokratischen Maßnahmen befreit würde, die wir jetzt überall sehen, — an diesem Fall läßt sich auch nachweisen, daß wir von einigen Mitgliedern aus dem Rat der Volksbeauftragten in nicht gerade schöner Weise bekämpft worden sind. (Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Der Genosse Müller teilt mir eben mit, daß sein Referat noch dreiviertel Stunden dauern würde. (Unruhe.) Ich glaube,

*) Siehe Erklärung **Colin Roß'** in den Anlagen.

wir können mit der **Mittagspause** nicht so lange warten. Ich würde deshalb vorschlagen, daß wir jetzt in die Pause eintreten und der Genosse Müller sein Referat nach Beginn der Sitzung fortsetzen möge.

Ich bitte aber, noch einen Augenblick zu bleiben. Ich habe Ihnen noch etwas anderes mitzuteilen. Die **Mandate** sind in Zimmer Nr. 7 abzugeben, die **Mandatsprüfungskommission** muß sich sofort nach Schluß dieser Sitzung in das Zimmer 56 begeben. **Privatpost**, die einzelne Delegierte erwarten, ist in Zimmer 53 abzuholen.

Dann habe ich noch ein

Wahlresultat aus Mecklenburg-Strelitz

mitzuteilen. Für die verfassunggebende Versammlung in Mecklenburg-Strelitz sind gewählt worden: 22 **Sozialisten**,

16 Liberale, 3 Handwerker und 1 Bauernbündler. Die Mehrheit besteht also aus Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall.)

Die **Minister Hirsch und Ernst** telegraphieren von einer Dienstreise, daß sie uns **herzliche Grüße** senden und wünschen, daß die Beschlüsse die Errungenschaften der Revolution sichern mögen.

Beginn der Nachmittagssitzung 3¼ Uhr.

Die Sitzung ist **geschlossen**.

(Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.)

---

2. Sitzung,

Montag, den 16. Dezember 1918, nachmittags.

Beginn der Sitzung 3 Uhr 20 Minuten.

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist **eröffnet**.

Ich habe zunächst folgende **Mitteilungen** zu machen.

Für die **Festvorstellung**, die morgen abend 7½ Uhr im Theater der Volksbühne am Bülowplatz stattfindet, werden die Billette durch den Genossen Krause verteilt werden. Bei der Verteilung muß dem Genossen Krause die Legitimation vorgezeigt werden; dieser stempelt die Legitimation ab oder bestätigt irgendwie den Empfang der Karten.

Sympathiedrahtung italienischer Sozialisten.

Ich habe ferner folgendes **Telegramm** vorzulesen:

> Im Namen des Zentralorgans der italienischen Sozialdemokratischen Partei Avanti entbiete ich den aus allen Gauen Deutschlands zusammengetretenen Arbeiter- und Soldaten-Räten den herzlichsten Gruß brüderlicher Solidarität und wünsche Ihrer Tagung den besten Erfolg zur **Sicherung einer wirklich sozialistischen Republik**, zur Anfeuerung für die Proletarier aller Länder.
>
> **Es lebe die deutsche sozialistische Republik!**
>
> **Es lebe der internationale Sozialismus!**
>
> Gustav Sacerdote, Vertreter des Avanti.

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Wir treten in die **Tagesordnung** ein. Zur Fortsetzung seines Vortrages hat das Wort der Genosse Müller.

Berichterstatter **Rich. Müller** (Berlin) fortfahrend:

Genossen! Zunächst möchte ich, um Mißverständnissen vorzubeugen, auf folgendes aufmerksam machen. Ich habe heute morgen Mitglieder des Vollzugsrats, die von den Soldaten gewählt worden sind, wegen ihres Verhaltens scharf angegriffen. Damit nun nicht der Verdacht auf Unschuldige fällt, will ich feststellen, daß sich meine Ausführungen auf die ausgeschiedenen Mitglieder bezogen, die Sie ja auch in dem namentlichen Verzeichnis der Mitglieder des Vollzugsrats, das Ihnen vorliegt, finden werden. Es sind dies **Beerfelde, Walz, Colin-Roß, Strobel** und **Gerhard**. Selbstverständlich habe ich gegen die Mitglieder, die von der Westfront, die von der Ostfront zu uns kamen, und gegen die übrigen Mitglieder des Vollzugsrats keine Beschwerden vorbringen wollen.

Genossen! Ich habe mein Referat abbrechen müssen, es ist ja immer schwer, dann wieder von neuem zu beginnen, ohne auf das Gesagte zurückzukommen. Ich will dies aber trotzdem möglichst vermeiden. Ich habe Ihnen vorhin dargelegt, wie gegen die A.- und S.-Räte, insbesondere gegen den Vollzugsrat, gehetzt worden ist und noch gehetzt wird. Ich habe Ihnen bewiesen, daß diese Hetze jeder sachlichen, jeder berechtigten Grundlage entbehrt. Ich habe dargelegt, daß wir als Vollzugsrat versucht haben, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und den an uns gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Wir bedauern, daß das nicht überall zur Zufriedenheit gelungen ist. Die Verhältnisse waren oft stärker als wir. Ich habe **rücksichtslos zugegeben, daß Fehler gemacht worden sind**, wie es in Anbetracht der Verhältnisse auch gar nicht anders zu erwarten war.

Im Anschluß daran habe ich dann auf jenen ungeheuren Schwindel hingewiesen, indem man behauptete, 800 Millionen seien bereits von den Arbeiter- und Soldatenräten vergeudet worden. Wie ich schon vorhin sagte, ist dieser ganze Achthundert- oder, wie es letzthin hieß, Achtzehnhundert-Millionenschwindel nichts weiter als ein Mittel, die Arbeiter und Soldatenräte zu diskreditieren; diejenigen, die diesen Schwindel ausgeheckt haben, lieferten die Waffen zur Bekämpfung der Arbeiter- und Soldatenräte, und wer heute noch diesen Schwindel verbreitet, beweist damit, daß er die Arbeiter- und Soldatenräte, die letzte, noch übriggebliebene Errungenschaft der Revolution beseitigen will.

Genossen, ich habe darauf hingewiesen, daß dieser Schwindel aus der Korrespondenz Hofrichter hervorgegangen ist. Ich will darauf nicht noch einmal eingehen; ich überlasse es Ihnen, sich darüber Ihr Urteil zu bilden. Ich will vielmehr jetzt auf das **Verhältnis** zu sprechen kommen, das

zwischen dem Rate der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat

entstanden ist.

Ich erkläre Ihnen offen: so, wie es sich gegenwärtig gestaltet hat, ist es unerträglich geworden. Nur auf eins möchte ich hinweisen: es hat den Anschein, als ob der Rat der Volksbeauftragten sich nicht länger unter die Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte stellen will.

(Hört, hört!) Als der **konterrevolutionäre Putsch** am 6. Dezember versucht wurde, da hieß es ja auch: Für die Regierung Ebert-Haase, **gegen den Vollzugsrat!** Der Putsch richtete sich also **gegen die Errungenschaften der Revolution**; denn wenn der Vollzugsrat gefallen ist, werden die Arbeiter- und Soldatenräte sehr bald mitfallen.

Es hat mich auch gewundert, daß die Truppen nicht auf den Vollzugsrat oder auf die Arbeiter- und Soldatenräte **vereidigt** wurden, sondern auf den Rat der Volksbeauftragten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die Formel lautete:

> Wir geloben, zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, **den Rat der Volksbeauftragten**, einzusetzen.

(Sehr richtig! und Bravo!) Fest steht aber doch, daß die Souveränität des Volkes durch die Arbeiter- und Soldatenräte dargestellt wird; (Vereinzeltes Sehr richtig!) also mußten nach meiner Auffassung, die Soldaten auch darauf vereidigt werden. Man hat sie auf die „**deutsche Republik**" vereidigt, (Sehr richtig!) aber nicht auf die „deutsche **sozialistische** Republik". Das ist doch wohl ein Unterschied. Es mag ja mancher glauben: das sei dasselbe; ich glaube es allerdings nicht. Genossen, ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß durch unsere Kundgebung vom 11. November die Arbeiter- und Soldatenräte und deren Kontrollorgan, der Vollzugsrat, als Träger der Souveränität anerkannt worden sind. (Sehr richtig!) Auf diese oberste Staatsgewalt hätten nach meiner Überzeugung die Truppen vereidigt werden müssen. (Sehr richtig!) Doch das nur zum Beweis dafür, wie man allmählich die Errungenschaften der Revolution abzubauen versucht. (Zurufe — Widerspruch.)

Diese Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte zum Rate der Volksbeauftragten lag klar fest; da gibt es keinen Zweifel. Ich empfehle Ihnen, unsere gedruckten Beschlüsse zur Hand zu nehmen und sich einmal den Beschluß unter **Nr. 4** anzusehen.

> Alle kommunalen Landes-, Reichs- und Militär-Behörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen **im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats.** Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten.

Ich habe vorhin schon auf diesen Beschluß hingewiesen. Klarer und entschiedener konnte da nicht zum Ausdruck gebracht werden, wie das Verhältnis zwischen dem Rate der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat sein muß. Aber wir haben weiter — und da bitte ich, sich den Beschluß unter Nr. 7 einmal anzusehen — gesagt:

> Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat alle Behörden beauftragt, ihre Tätigkeit unter seiner Kontrolle weiterzuführen.

Also, der Beschluß vom 11. Nov. wird am 12. Nov. nochmals unterstrichen, und wenn Sie die Bekanntmachung unter Nr. 6 daneben betrachten, so sehen Sie, daß wir die Minister für Preußen ernannt haben. Niemand hat damals unsere Kompetenz bestritten, kein Mensch hat gegen diesen Beschluß Einspruch erhoben, und am 15. November erklärten wir uns nochmals als **oberste Kontrollinstanz.**

> Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die Stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen

> haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Reichsbehörden **unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrats** des Arbeiter- und Soldatenrats.

Sie finden das unter **Nr. 13.** Dort haben wir beschlossen, daß zu einer einheitlichen Regelung der Demobilisierung eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig ist, und wir haben die stellvertretenden Generalkommandos, den Generalstab und die Oberste Heeresleitung dem Kriegsministerium unterstellt. Niemand hat uns damals das Recht abgesprochen, wir haben das verlangt, aber glaube doch niemand, daß sich diese militärischen Instanzen uns gefügt haben. Ich werde ja nachher noch mitteilen, daß es diese militärischen Instanzen verstehen, auch dem Rate der Volksbeauftragten gegenüber ihren Willen genau so wie vor der Revolution durchzudrücken. (Sehr gut! — Zurufe.)

Wir versuchten dann weiter, den Arbeiter- und Soldatenräten den ihnen gebührenden Einfluß zu verschaffen auf Kommunal- und Landesbehörden. Am 16. November erließen wir eine diesbezügliche Bekanntmachung, die Sie unter **Nr. 19** finden:

> Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.
>
> Durch einen Erlaß der preußischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dies ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter **schärfster Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte** erfolgt.
>
> Alle **Landräte** und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen begehen oder unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen.
>
> Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizuordnen, denen die ständige Überwachung aller Maßnahmen obliegt.
>
> Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

In dieser Bekanntmachung ist klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte die schärfste Kontrolle der Landräte und Regierungspräsidenten ausüben sollen. Genossen, ich gebe ja zu, daß einige örtliche A.- und S.-Räte ihre Funktionen etwas überschritten hatten, und wir sahen uns veranlaßt, eine Erläuterung dieser Verordnung zu erlassen, die Sie unter **Nr. 24** finden:

> Unsere Bekanntmachung vom 16. d. M., betreffend **Kontrolle der Landräte** und sonstigen Beamten, hat vielfach zu Mißdeutungen Anlaß gegeben. Die Anordnung, daß Landräte, die ihre Tätigkeit nicht im Sinne der A.- und S.-Räte ausüben, unverzüglich durch den zuständigen A.- und S.-Rat abzusetzen sind, ist dahin zu verstehen, daß sie unverzüglich ihre Amtstätigkeit einzustellen haben.
>
> Der zuständige A.- und S.-Rat jedoch, der dies veranlaßt, hat unmittelbar dem Ministerium des Innern auf schleunigstem Wege Bericht zu erstatten. Dem Ministerium steht die endgültige Entscheidung über die weitere Verwendung des Beamten und die etwaige Neubesetzung des Postens zu.
>
> Zugleich werden die örtlichen A.- und S.-Räte dringend ersucht, von dem Recht, die Einstellung der Tätigkeit der Beamten zu verlangen, nur in ganz besonders zwingenden Fällen Gebrauch zu machen. Im übrigen empfiehlt sich das vorherige Angehen des Ministeriums des Innern.

Aber wir hielten eine durchgreifende Reform des ganzen reaktionären Regierungsapparates für die erste Aufgabe der A.- und S.-Räte. (Sehr richtig!) Allerdings sind wir da von dem Rate der Volksbeauftragten nicht unterstützt worden. (Hört, hört!) Im Gegenteil; seit jener Zeit haben wir die **Konflikte mit dem Rate der Volksbeauftragten.** Wir haben damals über die **Abgrenzung der Kompetenzen** verhandelt. Das waren keine leichten Verhandlungen; es lag nicht an dem Vollzugsrat, wenn man fünf Tage brauchte, ehe man sich überhaupt darüber einig wurde. Das Ergebnis dieser Verhandlungen finden Sie unter **Nr. 25.** Dort ist die staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte und der Volksbeauftragten in fünf Punkten festgelegt:

1. Die **politische Gewalt** liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.
2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat aus.
3. **Die Bestellung des Kabinetts durch den Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Berlins bedeutet die Übertragung der Exekutive.** (Zuruf: Na also!)
4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik — und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse auch Preußens — erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.
5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Bei den Verhandlungen hatten wir uns ausdrücklich vorbehalten — es ist uns auch zugestanden, das bitte ich besonders zu beachten —, daß

in konterrevolutionären Fällen

auch der Vollzugsrat berechtigt ist, die Exekutive auszuüben, (Sehr richtig!) und nicht nur der Vollzugsrat, **sondern auch die A.- und S.-Räte, die örtlichen A.- und S.-Räte.** (Sehr richtig!) Wenn also Gefahr in Verzug ist, hatten die A.- und S.-Räte das Recht, ihrerseits die Exekutive auszuüben. Wir hatten die Exekutive dem Kabinett übertragen und uns das Recht der Kontrolle vorbehalten. Das scheint ja schließlich auch die einzige Lösung zu sein, die nach meiner Überzeugung zu finden ist. Ich muß offen erklären: welche Mittel standen dem Vollzugsrat zur Verfügung, wenn die Regierung, der diese Exekutive überwiesen war, hiervon keinen Gebrauch machte! — Es war weiter kein Mittel, als diese Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu beseitigen. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß unser Einfluß auf die Regierung seit jenen Tagen verschwunden ist. Die Regierung hat die Beschlüsse, die Anregungen, die der Vollzugsrat ihr übermittelt hat, einfach nicht ausgeführt. Es entstand nicht nur einmal, sondern mehrere Male die Frage:

Kabinett oder Vollzugsrat!

Nur einen Fall! Unter **Nr. 31** finden Sie einen Beschluß des Vollzugsrats, der folgendermaßen lautet:

> Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin ersucht den Rat der Volksbeauftragten:
>
> 1. schleunigst zu veranlassen, daß **Herr Solf** aus seiner Stellung ausscheidet,
> 2. unter Zuziehung von Mitgliedern des Vollzugsrates für die **Beschlagnahme** und Bewachung aller die **auswärtigen Angelegenheiten** und aller das gestürzte Regierungssystem betreffenden **Akten** in verzüglich Sorge tragen zu wollen.

Genossen! Wir waren der Auffassung, daß die Beseitigung Solfs unbedingt notwendig ist. (Sehr richtig!) Ein Vertreter des alten Systems im Auswärtigen Amt kann unseres Erachtens unmöglich jetzt noch geduldet werden. **Wo die Friedensverhandlungen vor der Türe stehen, läßt man dieses wichtige Amt mit einem arg kompromittierten Mann des alten Systems besetzt!**

Wir haben auch weiter gefordert, daß man die Akten des Auswärtigen Amts beschlagnahmen soll, um einmal festzustellen, wer an dem Ausbruch dieses Krieges mitschuldig ist. Wir haben auch zuverlässige, erfahrene Leute dazu bestimmt. Aber auch hier sind uns sehr viel Schwierigkeiten gemacht worden.

Genossen! Unter **Nr. 40** finden Sie gleichfalls einen derartigen Beschluß. Es steht hier: „Berlin, ohne Datum." Dieser Beschluß ist am 2. Dezember gefaßt worden; ich bitte, das noch zu vermerken. Wir fordern ebenfalls, zum zweitenmal, den Rücktritt Solfs; wir fordern zweitens, daß an dessen Stelle ein Mann tritt, der stets als Gegner des alten Systems und dessen Kriegspolitik angesprochen werden kann, und wir forderten weiter,

daß Erzberger an den kommenden Friedensverhandlungen nicht teilnehmen soll.

(Bravo!)

Genossen, in der gleichen Frage haben wir zu der gleichen Zeit ein **Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten** gerichtet, das zwar nicht hier in den Beschlüssen enthalten ist, das ich Ihnen aber bekanntgeben muß. Wir teilten dem Rate der Volksbeauftragten folgendes mit:

> Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins erblickt in der Haltung verschiedener in der Regierung tätiger Personen eine schwere Gefahr für die Sicherung der sozialistischen Republik sowie für die Herbeiführung des Friedens. Vor allem gilt das für einige führende Personen im Auswärtigen Amt. Der Staatssekretär Solf wie der Unterstaatssekretär Dr. David sind während der ganzen Kriegsjahre hindurch Verteidiger der imperialistischen Kriegspolitik des alten Systems gewesen. Der Vollzugsrat hält es für ausgeschlossen, daß Deutschland
>
> **unter der Führung dieser kompromittierenden Politiker zu einem erträglichen Frieden**
>
> mit der Entente kommen kann. (Sehr richtig!) Der Vollzugsrat protestiert auf das entschiedenste gegen die Kundgebung des Auswärtigen Amtes, die sich gegen die **Veröffentlichung von Geheimdokumenten** durch die revolutionäre bayerische Regierung wendet. Er verlangt vielmehr, daß auch von Berlin aus schnellstens alle Geheimdokumente veröffentlicht werden, die die Schuld des alten Regierungssystems feststellen. Der Vollzugsrat erhebt Einspruch dagegen, daß ein Mann wie der **Unterstaatssekretär Dr. David** mit der Kontrolle der Geheimakten des Auswärtigen Amts betraut wird, da Dr. David durch sein Buch und durch sein ganzes politisches Wirken in den letzten Jahren stets den Nachweis versucht hat, daß Deutschland an dem Ausbruch des Weltkrieges unschuldig sei. Ein solcher Mann gibt nicht die Gewähr einer objektiven und zuverlässigen Überwachung der Geheimdokumente.

(Sehr richtig!) Genossen! Wir haben das verlangt; bis heute ist Solf noch im Amte. (Hört, hört!) Wir haben verlangt, wie ich Ihnen schon sagte, daß die Geheimakten des Auswärtigen Amts beschlagnahmt werden, damit nicht die Ofen damit geheizt werden, (Sehr gut!) sondern wir die Schuldigen am Weltkriege feststellen können. (Sehr richtig!) Wir haben unsererseits ver-

trauenswürdige Personen namhaft gemacht. Aber überall sind wir auf Schwierigkeiten gestoßen. Uns wird gesagt:

die Exekutive haben wir, der Rat der Volksbeauftragten.

Wir haben da nicht mitzureden. Genossen, fest steht, daß der größte Teil der Akten dieser reaktionären Regierungsgesellschaft verbrannt worden ist. (Lebhaftes Hört, hört!) **Die alten reaktionären Regierungsbeamten befinden sich bis auf wenige Ausnahmen noch heute in Amt und Würden,** (Hört, hört!) **darunter ganz bösartige Charaktere;** diese haben nun Zeit und Muße gehabt, alles verschwinden zu lassen, was sie kompromittiert. Tatsache ist ja — darüber kommen wir nicht hinweg:

das meiste von diesen Akten ist verbrannt worden.

Bei allen diesen Fragen, die wir mit dem Rate der Volksbeauftragten verhandeln wollten, sind wir auf Schwierigkeiten gestoßen.

(Zuruf des Volksbeauftragten Ebert: Ist ja nicht wahr!)

Wir haben dann verlangt —

(Erneuter Zuruf Eberts: Ist ja nicht wahr! — Hört, hört!)

Es wird ja nachher, wenn der Volksbeauftragte Ebert gesprochen hat, nachgewiesen werden, ob es wahr ist oder nicht. Ich muß erst einmal hören, was er dagegen vorzubringen hat. (Sehr gut!)

Wir haben versucht, die Frage der **Rangabzeichen der Offiziere** zu regeln. Bis heute ist unserem Drängen nicht entsprochen worden. (Großer Lärm. Lebhafte Zurufe.) Als die Fronttruppen zurückkehrten, haben wir deren Entwaffnung verlangt, damit diese zum Teil politisch unerfahrenen Leute — — **(Großer Lärm und Widerspruch bei den Frontsoldaten. Rufe: Unerhört! — Demonstratives Händeklatschen bei den Unabhängigen.)** Genossen! Ich habe gesagt: zum Teil, ich habe sie nicht alle gemeint, und Sie (Zu den Soldatendelegierten) werden mir nicht beweisen wollen, daß die **Leute, die 4 Jahre draußen gewesen sind,** über die politischen Verhältnisse so informiert sind, wie Sie. (Stürmische Zustimmung und Händeklatschen.) Das ist ganz unmöglich, und diejenigen, die das bestreiten wollen, hätten sich über die Stimmung informieren können, als vor den Toren Berlins die ankommenden Frontsoldaten einquartiert waren. (Sehr richtig!) Wir haben aufgeklärt, indem wir Millionen von Flugblättern und Hunderte von Rednern hingeschickt haben. (Zurufe: Wir auch!) — Auch Ihr habt es getan. Aber das war auch eine Tätigkeit des Vollzugsrats, über die man nicht spotten, sondern die man anerkennen sollte. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Genossen, wenn uns mitgeteilt wird, daß die Frontsoldaten — ich will nicht verallgemeinern, aber es sind Leute darunter, die noch voll und **ganz unter dem Einfluß ihrer Offiziere stehen;** (Lebhaftes Sehr richtig!) — das haben wir festgestellt —, daß diese Frontsoldaten bewaffnet werden, daß ihnen vor den Toren Berlins scharfe Munition in die Hand gedrückt wird und sie dann von Offizieren geführt werden, gegen die wir ein berechtigtes Mißtrauen haben, (Lebhaftes Sehr gut!) dann waren wir berechtigt, von dem Rate der Volksbeauftragten zu verlangen, dafür zu sorgen, daß die **Bewaffnung aufhört** und die Munition zurückgegeben wird. (Lebhafter Beifall und Gegenrufe: **Und die Maschinengewehre des Spartakus!)** Was ist geschehen? — **Der Kriegsminister hat dagegen Einspruch erhoben und der Rat der Volksbeauftragten hat sich gefügt.** (Hört, hört!)

Genossen, das sind nur einige Widerstände, auf die wir gestoßen sind, wenn wir vorwärtsdrängten, wenn

wir dieses oder jenes zur Sicherung der revolutionären Errungenschaften getan haben wollten. Wir sind auf den **Widerstand der Volksbeauftragten** gestoßen, und wenn Sie die Reden lesen, die Herr Ebert und Scheidemann gestern gehalten haben, (Sehr gut!) dann werden Sie mir zugeben, daß sich der Rat der Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrates nicht wohlgefühlt hat, (Zuruf: Da hat er recht!) daß er jetzt versucht, freie Hand zu bekommen. Wer da ruft: da hat er recht, der trägt dazu bei, daß die revolutionäre Kontrollinstanz, der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der Vollzugsrat, beseitigt wird und damit die Errungenschaften der Revolution beseitigt werden. (Sehr richtig.)

Es hat wirklich keinen Zweck, daß wir uns die Augen verbinden;

wir müssen rücksichtslos sagen, wie es ist. Genossen, hinter der Regierung der Volksbeauftragten steht **die gesamte bürgerliche Presse.** (Hört, hört!) Daran ist nicht zu zweifeln. Der Vollzugsrat ist in der furchtbarsten Weise verleumdet worden. Man hat Flugblätter unter die Masse geworfen, in denen der Vollzugsrat für alles verantwortlich gemacht wurde, auch für das, was das alte gestürzte fluchwürdige Regime verbrochen hat, und am Schlusse wurde auf den Vollzugsrat hingewiesen und erklärt:

> Kameraden, die Ihr 4 Jahre das Vaterland im Kampfe gegen eine Überzahl von Feinden verteidigt habt, befreit das deutsche Volk von dieser
>
> **Eiterbeule.**

(Pfui Teufel! und Entrüstungsrufe.) Ich will nicht auf diesen Zwischenruf eingehen. Fest steht ja auch, daß diese Hetze, die wochenlang gedauert hat, nicht ohne Erfolg geblieben ist. **Wochenlang hat man gehetzt** und gewühlt und Versammlungen abgehalten, **bis eines Tages der Putsch da war.** (Sehr richtig!) Auf die Einzelheiten dieses Putsches will ich nicht eingehen — es hat im Vollzugsrat und dann auch zwischen Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten sehr erregte Auseinandersetzungen gegeben —, aber eins möchte ich sagen, und darin glaube ich auch den größten Teil der Mitglieder des Vollzugsrates auf meiner Seite zu haben: mich hat das

Verhalten der Volksbeauftragten bei diesem Putsch arg befremdet.

(Hört, hört!) Dieser Putsch kam von rechts. Der Putsch von links ist gar nicht so schlimm, wie sich das hier einige vorstellen. (Na, na!) Die Urheber hatten wir alle festgestellt, und Beweismaterial lag in erdrückender Fülle gegen diese Leute vor. Alle diese konterrevolutionären Führer, **die Leiter dieses Putsches, sind heute wieder in Freiheit gesetzt.** (Hört, hört!) Sie können also ihr Werk von neuem beginnen. Der Hauptschuldige dieser Verschwörung, ein **Hauptmann Lorenz** aus dem Kriegsministerium, ist entlassen worden, weil es der Kriegsminister verlangte. (Lebhaftes Hört, hört! — **Scheidemann** und **Landsberg** rufen erregt: **Das ist ja nicht wahr!)**

Genosse Barth hat mir ausdrücklich durchs Telephon mitgeteilt, daß der Kriegsminister darauf besteht, selbst die Untersuchung gegen seine Beamten zu führen. (Zurufe des Volksbeauftragten **Barth:** Er wolle es der **Kommission** übergeben, die wir eingesetzt haben!) Tatsache ist, daß die **Kommission noch nicht eingesetzt** war, als man verlangte, den Hauptmann Lorenz wieder freizulassen. Es führte sogar so weit, daß hier die Kabinettsfrage gestellt wurde, weil sie nicht verstehen konnten, daß man so arg belastete Personen wieder in Freiheit setzte. Dieser Lorenz kann nun wieder beginnen mit der **Organisierung**

der Weißen Garde; die kann dabei helfen, wenn die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigt werden sollen.

Ich könnte noch ein ganzes Teil dieser Einzelheiten des Verhältnisses zwischen Rat der Volksbeauftragten und Vollzugsrat vortragen. Ich will darauf verzichten. Ich habe Ihnen jedenfalls gezeigt, unter welchen Schwierigkeiten der Vollzugsrat seine Tätigkeit aufnehmen mußte, welche Schwierigkeiten sich ihm täglich von neuem entgegenstellten, und wie wir mit natürlichen und unnatürlichen Gegnern kämpfen mußten. Der Vollzugsrat wie auch die A.- und S.-Räte sind Kinder der Revolution, und es gibt kein Kind, das aufwächst, ohne von Kinderkrankheiten gepackt zu werden. Diese Kinderkrankheiten hatte der Vollzugsrat wie auch die A.- und S.-Räte durchzumachen. Aber diese Kinderkrankheiten sind doch nichts gegenüber den scheußlichen Gebrechen des alten gestürzten Regimes. (Sehr richtig!) Uns wirft man vor, wir hätten das Nationalvermögen vergeudet. **Was bedeutet es, wenn der Vollzugsrat in 6 Wochen etwa 500 000 Mark für zumeist dringende, nützliche Zwecke ausgibt gegenüber der Verschleuderung von 2/3 des gesamten Nationalvermögens durch das alte Regime!** (Sehr gut!) Diejenigen, die uns Vergeudung, Verschwendung vorwerfen, haben das allergeringste Recht dazu, denn sie haben ja skrupellos Milliarden und Milliarden zur Abschlachtung der Menschheit bewilligt und geopfert. (Sehr richtig!) Die haben kein Recht, ein Geschrei anzustimmen über die Vergeudung der Gelder durch die A.- und S.-Räte. Wir haben reine Hände, und es wird sich ja erweisen, daß diese Lügen und Verleumdungen ohne Wirkung auf die Tätigkeit der A.- und S.-Räte bleiben werden. Aber, Genossen, diese Hetze gegen den Vollzugsrat, gegen die A.- und S.-Räte, hat uns doch sehr schwer geschadet, nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande. Im Auslande ist durch diese Hetze der Glaube erweckt worden, als herrsche seit Bestehen der A.- und S.-Räte in Deutschland die Anarchie. Fallen die A.- und S.-Räte — und darauf hat man es ja abgesehen —, dann fallen die letzten Errungenschaften der Revolution. (Sehr richtig!) Diejenigen sind schuld, die unvermeidliche kleine Fehler benutzt haben, um diese A.- und S.-Räte zu diskretieren. Mag der Kongreß darauf die richtige Antwort geben. Jedenfalls haben wir im Vollzugsrat versucht, die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Das ist uns nicht gelungen. Es muß ausgesprochen werden: **diese Errungenschaften sind in großer Gefahr!** (Sehr richtig!) Der Vollzugsrat — das gestehe ich ein — war unglücklich zusammengesetzt. Ich freue mich, daß diese Tage, die für einen politischen Charakter Leidenstage gewesen sind, endlich vorüber sind. Meine Freunde und ich haben versucht, die Revolution zu sichern. An unserem Willen hat es nicht gefehlt. Aber die Verhältnisse waren stärker als wir. Auch heute noch — und das bitte ich Sie, sich vor Augen zu halten, das ist mir so oft in den Revolutionstagen vor Augen getreten — sind

alle politischen Fragen letzten Endes Machtfragen.

(Sehr gut!) Genossen, Sie haben zu entscheiden. Blicken Sie nicht soviel zurück, blicken Sie in die Zukunft! Wir haben eine schwere Zeit hinter uns, reich an Erfahrungen, mit Sorgen blicken wir in die Zukunft.

Und nun übergeben wir **Ihnen** das Schicksal der Revolution mit der Hoffnung und dem Wunsche, daß **Sie** vermögen, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und noch weiter auszubauen. (Anhaltender stürmischer Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Kassenbericht des Vollzugsrates.

Vorsitzender Leinert:

Es ist mir ein Antrag überreicht worden, nach dem Genossen Müller dem Genossen Maynz zur **Erstattung des Kassenberichtes** das Wort zu geben. Auf unserer Tagesordnung steht der Punkt „Kassenbericht" nicht, und ich will deshalb **den Kongreß befragen**, ob er vor dem Bericht der Volksbeauftragten diesen Kassenbericht noch anhören will. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir können das nicht anders als durch **Abstimmung** erledigen. Ich bitte deshalb diejenigen, welche vor dem Bericht der Volksbeauftragten den Kassenbericht hören wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die **Mehrheit.** Das Wort zur Erstattung des Kassenberichts hat der Genosse Maynz.

Vollzugsratsmitglied Max Maynz-Berlin:

Parteigenossen und Kameraden! Es lag in der Absicht der internen Kommission des Vollzugsrats, Ihnen den Kassenbericht oder die Rechnungslegung gedruckt in die Hand zu geben. Wir können das im Augenblick nicht tun, bitten Sie vielmehr, den Bericht im Laufe des morgigen Tages gedruckt entgegenzunehmen. Weil zweifellos die Neigung besteht (Unruhe), im Anschluß an den Bericht des Genossen Müller doch auch den Bericht der Kasse entgegenzunehmen, wollen wir Ihnen den Bericht jetzt schon mündlich geben, damit Sie Gelegenheit haben, über beide Dinge gemeinsam zu diskutieren. Aus dem Grunde bat ich, dem Hause den Kassenbericht oder die Abrechnung vorlegen zu dürfen.

Ich möchte eins vorausschicken, und zwar betrifft es die **Ausführungen in der bürgerlichen Presse.** Wenn dort von einer Verschleuderung geredet wird — — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Es ist doch nicht notwendig, daß wiederholt wird, was Genosse Müller bereits gesagt hat. Es sollte und kann sich nur darum handeln, daß wir einen Bericht über die Kassenverhältnisse bekommen. Dazu aber noch politische Ausführungen zu machen, die sich zum Teil mit dem decken, was Genosse Müller gesagt hat, und es wiederholen, halte ich nicht für notwendig. Ich bitte Sie also, sich **auf den Kassenbericht zu beschränken.**

Max Maynz (fortfahrend):

Parteigenossen, ich werde dem Wunsch des Genossen Leinert entsprechen. Ich möchte allerdings betonen, daß kein Wort davon wahr ist, daß der Genosse Müller etwas für sich beansprucht oder aus der Kasse entnommen hat. Ich möchte vorausschicken, woher wir

die Mittel zur Finanzierung

unserer Geschäftsführung bisher gehabt haben. Einmal bekamen wir in den ersten Tagen der Revolution einen Fonds oder einen Betrag von **450 000 Francs Schweizer Noten** zugewiesen. Diese 450 000 Francs haben wir verkauft, das ergab einen Gesamtbetrag von 619 943,70 Mk. Die Noten standen zu 136. (Zuruf: Woher das Geld?) Diese 450 000 Francs wurden dem Vollzugsrat **von einem gewissen Ettisch überwiesen.** Ettisch war, glaube ich, ein junger Mann aus einem Bankinstitut; ich kenne ihn persönlich nicht näher, ich kann darüber keine Auskunft geben. Ich kann nur sagen, daß der Vollzugsrat die Summe beschlagnahmte und erklärte: Wir werden sie für unsere Zwecke verwenden.

Zu dem eben angeführten Betrag kam ein weiterer von rund 30 000 Mark in polnischem Gelde hinzu. 24 000 Mark davon wurden bei dem Oberleutnant Walz beschlagnahmt, 6000 Mark der polnischen Noten wurden einige Tage später gleichfalls bei dem genannten Walz beschlagnahmt.

Wir haben nunmehr **an Einnahmen** zu verzeichnen gehabt, und zwar insgesamt an barem Gelde, welches uns übermittelt wurde, den Betrag von 28 272,45 Mark.

Von der Nationalbank für Deutschland, wo das Geld hinterlegt wurde, haben wir 610 000 Mark abgehoben, an Rückzahlung vorschußweise verauslagter Gelder ergab sich der Betrag von 9 817,90 Mark. Der Soldatenrat Crauz bei Königsberg sandte uns den Betrag von 400 Mark. Es kamen weiter 1800 Mark hinzu, die bei dem ehemaligen Vollzugsratsmitgliede Colin-Roß beschlagnahmt wurden.

Damit hatten wir an Einnahmen 650 290,35 Mark zu verzeichnen. Dem standen an **Ausgaben** gegenüber: An Diäten für den Vollzugsrat im November 28 800 M. Für die weitere Zeit bis zum 15. Dezember oder bis zum 20. Dezember — weil wir immer eine Dekade zahlen — wurden 34 900 Mark gezahlt. Das macht insgesamt 63 700 **Mark Spesen an die Mitglieder des Vollzugsrats.** Für besondere Ausgaben 2 201,80 Mark. An Gehälter für Angestellte, Kuriere usw. wurden im November 241 186,82 M., im Dezember 172 992 M., insgesamt 414 178,82 M. verausgabt.

Parteigenossen und Kameraden, gestatten Sie mir zu dieser Position einige kurze Bemerkungen. Ich möchte bemerken, daß wir speziell in den Sitzungen unseres Plenums darauf hingewiesen haben, daß dieser Betrag bei weitem zu hoch ist, daß wir daran denken, alles das, was in den ersten Tagen der Revolution mit „heraufgezogen" wurde, was sich da anschloß, unbedingt einzuschränken. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß eine Reihe von ziemlich großen Büros hier im Hause eingerichtet worden sind, die mit den eigentlichen Aufgaben des Vollzugsrats gar nichts zu tun haben. Das haben wir wiederholt in den Sitzungen des Plenums zum Ausdruck gebracht, und die Genossen Richard Müller und Molkenbuhr haben mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß gar keine Rede davon sein kann, einen so umfangreichen Apparat aufrecht zu erhalten, und daß die Dinge eventuell dazu beitragen könnten, die Geschäfte des Vollzugsrats zu erschweren und zu belasten.

Ich muß allerdings bei dieser Gelegenheit aussprechen, daß **ein großer Teil der Schuld** an diesen hohen Ausgaben für Gehälter usw. zumeist **den soldatischen Mitgliedern des Vollzugsrats beizumessen ist.** Ich nenne hier in erster Linie den Oberleutnant Walz, Colin-Roß und Gerhard. Weitere Namen möchte ich vorläufig nicht nennen. Diese drei trugen dazu bei, in unnötigem Maße Büros einzurichten und zu erweitern. Daher rührt die kolossale Belastung des Ausgabekontos. Ich möchte weiter betonen, daß die beiden Vorsitzenden des Vollzugsrats wiederholt erklärt haben, daß diese Büros aus dem Hause heraus müssen. Es haben sich **einige wilde Büros** angegliedert, bei denen es beinahe unmöglich war, festzustellen, inwieweit sie Arbeiten für den Vollzugsrat verrichten. Kurzum, unsere Bemühungen nach dieser Richtung hin waren zunächst fruchtlos, und trotzdem wir wiederholt ansetzten und auch eine Kommission ernannten, die diese Übelstände beseitigen sollte, war es doch unmöglich, all' diese Leute und all' diese Einrichtungen aus dem Hause zu entfernen. Bis wir am letzten Sonnabend gesagt haben: **Nun ist es genug** mit

diesen Dingen; die müssen hinaus aus dem Hause. — Wir haben den Leuten restlos erklärt, daß **an eine Bezahlung nicht zu denken sei,** so lange sie sich auch noch in diesem Hause aufhalten. Die interne Kommission des Vollzugsrats wurde mit weitgehender Vollmacht in dieser Richtung ausgestattet. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Genosse Maynz, ich muß doch wiederholt bitten, nicht mehr Dinge vorzutragen, die Genosse Müller bereits vorgetragen hat. Die Wiederholung nimmt uns nur Zeit und bringt uns nicht weiter. (Sehr richtig!)

Max Maynz (fortfahrend):

Ich möchte mich dem fügen und zum Schluß nur betonen, daß es uns gelungen ist, am letzten Sonnabend, am 14. Dezember, das Haus nach dieser Richtung hin einigermaßen zu säubern und in Ordnung zu bringen.

Es kommen dann weitere Ausgabepositionen hinzu. Die Ausgaben für **„Verpflegung und Spesen für auswärtige Delegationen"** haben bis zum 15. Dezember den Gesamtbetrag von 3726,95 M. erreicht. Für **„Agitation und Propaganda"** wurden bis zum 15. Dezember ausgegeben 55 069,25 M., für **„Presse"** 1810,37 M., für **„Wachen und Sicherheitsdienst"** 2982,15 M., **„Reisen und Fahrgelder"** 8751,35 M., **„Flugzeugfahrten"** 380 M. An **„Saalmieten"** wurden bezahlt 1163,50 M., für **„Büroartikel"** wurden ausgegeben 13 335,91 M. Für die **„Rote Garde"** wurden verausgabt 30 991,20 M. Ich muß allerdings bei dieser Position bemerken, daß wir hier zur Doppelzahlung verpflichtet wurden, und ich glaube, um das richtig zu stellen, muß ich auch hier in aller Öffentlichkeit sagen, daß uns der betreffende Genosse, der mit der Auszahlung der Gelder für die Rote Garde beauftragt war, mit dem Betrage von 27 000 M. durchgebrannt ist. (Unruhe.)

An **„Sonstigen Ausgaben"** wurden gezahlt 2907,35 Mark. Die **„Auslagen für den Kongreß"** betrugen bis zum gestrigen Tage 10 969,55 M. Das ergibt also eine Gesamtausgabe bis zum 15. Dezember in Höhe von 613 963,45 M.

Ein **Vermögensbestand** ist noch vorhanden wie folgt: An barem **Kassenbestand** sind vorhanden 36 326,90 M. **Bei der Nationalbank** befinden sich 12 098,25 M. **Beschlagnahmte Gelder,** und zwar aus der Kasse Pleß in Oberschlesien, die uns hier von einem Zahlmeister übergeben wurden, 1235 M., insgesamt also 49 660,15 M. Außer den 1235 M. in deutschem Gelde fanden wir in der Kasse Pleß in Oberschlesien noch Kronen vor, und zwar **27 935,01 Kronen.** Insgesamt würden jetzt also vorhanden sein in deutschem Gelde 49 660,15 M. und in Kronen 27 935,01.

Die **Revisoren** haben die **Kassenbücher und Belege geprüft,** und vielleicht sind Sie gewillt, auch darüber noch einen kurzen Bericht der Revisoren zu hören.

Das ist die Darstellung unserer Kassenverhältnisse, und ich möchte Sie bitten, diesen Punkt im Anschluß an den Bericht des Genossen Müller gleichfalls mit zu diskutieren.

Bericht der Volksbeauftragten.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zum **Bericht der Volksbeauftragten.** Das Wort dazu hat Genosse Dittmann.

Volksbeauftragter Dittmann:

Kameraden und Genossen! Die deutsche Novemberrevolution hat die politischen Verhältnisse in Deutschland grundstürzend umgestaltet. Die preußisch-deutsche Militärautokratie gehört der Vergangenheit an. Mit ihr ist in allen Bundesstaaten und im Reiche die Monarchie beseitigt, Deutschland ist Republik, seine Regierung ist sozialistisch. Matrosen, Soldaten und Arbeiter haben das Werk vollbracht. Sie haben das Alte gestürzt, sie sind die Träger des Neuen, des Kom-

menden und Werdenden. In ihren Händen liegt jetzt die politische Macht. Sie haben im Reich und in den Einzelstaaten neue Regierungen eingesetzt, die ihrer Kontrolle unterstehen. Die Führung der Revolution lag überall in sozialistischen Händen, Sozialisten haben ihr Richtung und Ziel gegeben. Der friedliche und ruhige Verlauf der Bewegung ist eine **Frucht der sozialistischen Schulung der Massen** (Sehr richtig!) **und beruht auf dem Willen der Massen zu zielbewußter politischer Aktion.** Spontan und elementar, ohne Kommando und ohne Direktive von irgendwelchen Zentralen, haben die Arbeitermassen allerorts dazu gedrängt, die beiden sozialistischen Parteien, die alte sozialdemokratische Partei und die unabhängige sozialdemokratische Partei wurden durch den Massenwillen gezwungen, gemeinsam die Arbeiter- und Soldatenräte, gemeinsam die Regierungen zu bilden. Auch die gegenwärtige Reichsregierung, in deren Namen ich spreche, ist **eine Koalitionsregierung** aus beiden sozialistischen Parteien; sie wurde auf Grund einer Vereinbarung gebildet. Diese Vereinbarung und die auf Grund derselben zusammengesetzte Reichsregierung wurde von der ersten Versammlung der A.- und S.-Räte Großberlins am 10. November bestätigt. Die Reichsregierung, die den Namen „Rat der Volksbeauftragten" führt, ist im ganzen Reiche von dem Vertrauen getragen, das die beiden sozialistischen Parteien in den A.- und S.-Räten und in den Volksmassen genießen. Ohne dieses **allgemeine politische Vertrauen der beiden sozialistischen Parteien** im Reiche könnte die Reichsregierung über das Weichbild Großberlins hinaus keine Autorität beanspruchen. **Auch die moralische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte** beruht überall auf dem Vertrauen der Volksmassen zu den sozialistischen Parteien. (Sehr richtig!) Selbst die Vertreter des gestürzten Regimes erkennen heute unumwunden an, daß außer der Sozialdemokratie keine autoritative Macht in Deutschland vorhanden ist, die jetzt die Reichs- und Staatsgeschäfte führen könnte. Die Reichsregierung kann deshalb mit Fug und Recht vor In- und Ausland erklären, **Beauftragte und Vollstreckerin des Volkswillens** in Deutschland zu sein. (Sehr richtig!) Seit das Deutsche Reich besteht, hat es noch niemals eine Regierung gehabt, die **so fest im Volke verankert** und von seinem Vertrauen getragen gewesen wäre, wie die gegenwärtige deutsche Regierung. (Sehr richtig!) Ja, keine Regierung der Welt ist in höherem Maße eine Volksregierung, als sie.

Der Berliner Vollzugsrat der A.- und S.-Räte hat bisher das **Recht der Volkskontrolle über die Reichsregierung** ausgeübt. Erst allmählich ist es gelungen, die gegenseitigen Rechte völlig klarzustellen, Exekutive und Kontrolle voneinander zu scheiden. Im ersten Wirbel der Revolution hat der Vollzugsrat mancherlei Funktionen ausgeübt, die nicht Sache der Kontrolle, sondern Sache der Exekutive sein müssen. Daraus haben sich dann **allerlei Unstimmigkeiten** ergeben, die wieder ins Gleis zu bringen nicht immer leicht gewesen ist. Genosse Müller hat in seinem Bericht allerlei Einzelheiten darüber von seinem Standpunkt aus vorgetragen. Mir scheint keine Notwendigkeit dafür vorzuliegen, hier nachträglich in großer Breite auf Dinge einzugehen, die inzwischen geregelt sind. Nur einige Beispiele möchte ich doch erwähnen.

Das **Entlassungsgesuch des Staatssekretärs Solf** ist genehmigt. Staatssekretär Solf ist jedoch gebeten worden, das Amt solange weiterzuführen, bis die Verhandlungen mit der zu seinem Nachfolger bestimmten Person abgeschlossen sind. Diese Verhandlungen sind noch in der Schwebe.

David ist niemals vom Rat der Volksbeauftragten oder von irgend jemandem sonst mit der

Prüfung der Akten im Auswärtigen Amt

betraut worden. (Hört, hört!) Die Prüfung der Akten im Auswärtigen Amt ist zunächst dem Genossen **Karl Kautsky** übertragen worden, und dann ist dazu als weiterer der Genosse **Quarck aus Frankfurt am Main** hinzugezogen worden; diese beiden Genossen sind mit der Aufgabe betraut, die Akten im Auswärtigen Amt zu prüfen. Die Behauptung, die Genosse Müller hier vorgetragen hat, daß **wichtige Akten im Auswärtigen Amt vorher verbrannt** worden seien, ist auch uns zu Ohren gekommen, und wir haben sofort den Genossen Kautzky veranlaßt, nach dem Rechten zu sehen. Genosse Kautzky hat uns erklärt, er habe keinerlei Anzeichen dafür finden können, daß irgendwelche Akten vernichtet worden seien; (Hört, hört!) ja, er habe sogar **noch weit mehr gefunden, als er erwartet** hätte. (Heiterkeit. — Richard Müller: **Die belgischen Akten sind doch verbrannt worden!**) Das stelle ich lediglich in aller Ruhe fest.

Genosse Müller meinte, hinter dem Kabinett stehe die ganze **bürgerliche Presse.** Ich bedaure, daß dem Genossen Müller anscheinend stets andere bürgerliche Blätter zu Gesicht kommen, als mir und meinen Kollegen im Rate der Volksbeauftragten; denn die bürgerlichen Blätter, die uns zu Gesicht kommen, enthalten stets nur Angriffe und Vorwürfe gegen den Rat der Volksbeauftragten.

Ein Wort zum Falle Lorenz. Da ist lediglich festzustellen, daß der **Hauptmann Lorenz** nicht auf Grund des Verlangens des Kriegsministers freigelassen worden ist, sondern auf Grund des einstimmig gefaßten Beschlusses einer vom Vollzugsrat gewünschten, vom Rate der Volksbeauftragten eingesetzten aus drei Juristen bestehenden Untersuchungskommission, (Hört, hört!) und zwar auf einstimmigen Beschluß dieser Kommission. (Erneutes Hört, hört!) Also bedenken Sie: **drei Juristen waren sich einig!** Das nur zur tatsächlichen Feststellung.

Ich will es an diesen wenigen Beispielen genug sein lassen. Es ist schließlich eine Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat und dem Rate der Volksbeauftragten zustandegekommen, **eine Vereinbarung**, die **dem Vollzugsrat die Kontrolle** und das Recht der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Kabinetts zugesteht und **der Reichsregierung die Exekutive** zuweist. Auch dieses Provisorium erreicht nunmehr, wo die Reichsversammlung der A.- und S.-Räte hier tagt, sein Ende, soweit der Berliner Vollzugsrat in Frage kommt. An seine Stelle tritt der Zentralrat, der von Ihnen gewählt wird. Die Reichsregierung — das darf ich aussprechen — ist sich bewußt, bemüht gewesen zu sein, kameradschaftlich mit dem Vollzugsrat zu arbeiten, Reibungen zu vermeiden und Differenzen auszugleichen. Die Reichsregierung wird auch mit dem neuen Zentralrat im gleichen brüderlichen Geiste zusammenarbeiten, und sie ist überzeugt, daß auch seine Vertreter desselben Willens sein werden.

Das erste Werk der neuen Reichsregierung

war die **Einstellung der vierjährigen Menschenschlächterei**, der **Abschluß des Waffenstillstandes** mit der Entente. Die harten Bedingungen dieses Waffenstillstandes fallen mit voller Wucht auf die inzwischen gestürzten Träger des alten Systems. (Sehr richtig!) Sie haben Deutschland in den Zustand versetzt, in dem ihm solche Bedingungen gestellt werden konnten und gestellt wurden, und in dem uns keine andere Wahl blieb als die glatte Annahme, wollten wir unser Volk vor völliger Vernichtung bewahren. Unsere erste Regierungshandlung war also kein freiwilliger Akt, sondern war vom eisernen Zwang und

der unerbittlichen Notwendigkeit, die der verruchte Krieg uns auferlegt hat, diktiert. Dieser Vorgang war symptomatisch für unsere ganze Regierungstätigkeit. Wir waren auf Schritt und Tritt gefesselt durch die Folgen der verbrecherischen Politik, die vor der Revolution getrieben worden ist. (Sehr richtig!)

Was läge für uns als Sozialisten sonst wohl näher, als die ganze politische Macht, die in unsere Hände gelegt ist, sofort einzusetzen, um der politischen Revolution **die soziale Umgestaltung des Wirtschaftslebens** in unserm Sinne **unmittelbar folgen zu lassen? Ja, hätte das deutsche Volk vier Jahre früher**, im November 1914 statt im November 1918, reinen Tisch gemacht mit seinen Bedrückern, **so wäre für eine sozialistische Regierung die Sozialisierung ein Kinderspiel gewesen** gegenüber den Schwierigkeiten, die sich ihr heute entgegenstellen. Die Liquidierung der unheilvollen Kriegspolitik des alten Systems und ihre Folgen zwingen jetzt der Reichsregierung die Gesetze ihres Handelns gebieterisch auf, die Reichsregierung ist nicht Herr über sie. Zunächst ein Präliminarfriede, **ein Vorfriede, und dann ein schneller endgültiger Friede**: das ist die erste Voraussetzung für eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens und die **Hebung unserer Produktivität**, die wiederum für eine rationelle Sozialisierung unerläßlich ist. Diesen Frieden zu erreichen, ist daher das erste Ziel der neuen Reichsregierung. (Sehr gut!) In den vier Kriegsjahren ist ein systematischer Abbau unserer Produktionsmöglichkeiten betrieben worden, die ganze nationale Arbeit war schließlich restlos den Kriegszwecken dienstbar gemacht.

Nun diese Kriegsproduktion mit einem Schlage aufhört, stellt sich erst die ganze Größe der Verwüstung heraus, die der Krieg in unserm Wirtschaftsleben angerichtet hat. Die **Umstellung der Produktionsmaschinerie auf den Friedensbedarf** ist eine langwierige und dazu unproduktive Arbeit. Dazu kommt ein gewaltiger Mangel an Rohstoffen und Produktionshilfsmitteln aller Art und weiter das Fehlen von Aufträgen großen Stils zur Erzeugung von Bedarfsartikeln. Dabei sind **alle Läden und alle Läger leer** und in den Eingeweiden des Volkes wühlt der Hunger. Eine verzweifelte Situation, wie sie noch niemals für ein Volk und für eine Regierung vorhanden gewesen ist!

Neben der schnellen Herbeiführung des Friedens ist daher die

Herbeischaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande

die dringendste und nächste Forderung der Reichsregierung. (Sehr richtig!) Der Genosse Wurm, der neue Staatssekretär des Reichsernährungsamts, hat kürzlich erklärt, es müßten monatlich mindestens eingeführt werden 6700 t Fett, 180 000 t Fleisch oder Fleischwaren, 420 000 Tonnen Getreide, Mehl und Reis. Es besteht nun die Hoffnung, mit Hilfe Amerikas die notwendigen Lebensmittelmengen bald ins Land hereinzubekommen. Was die Regierung dazu tun kann, das ist geschehen und wird geschehen, so schnell wie möglich den Import solcher Lebensmittel zu ermöglichen.

Daneben gilt es dann, die Produktion wieder in Gang zu bringen,

wieder Gebrauchsgüter und Waren für den Volksbedarf und als Gegenwert zur Bezahlung der importierten Lebensmittel herzustellen. Das ist eine ungeheure schwierige Arbeit. Was an Produktion für diesen Zweck noch vorhanden ist, das muß sorgsam gehegt und gepflegt und ausgebaut werden. Neue Möglichkeiten müssen daneben geschaffen und jede Störung muß sorgsam vermieden werden. Ja, lebten wir wie vor dem Kriege auch heute in einer Welt voller Reichtümer an Waren und Gütern aller Art, dann brauchten wir selbst Störungen im Produktionsprozeß, die Wochen und Monate dauern, nicht zu fürchten. Anders aber jetzt, wo nichts da ist und alles nach Waren schreit. Daher kann auch die **Sozialisierung**, die naturgemäß zunächst eine Umstellung und Störung im Produktionsbetriebe mit sich bringen muß, **nur mit Vorsicht ins Werk gesetzt werden**, und sie kann ihre Überlegenheit über das kapitalistische System nicht in vollem Umfange zeigen.

Trotzdem aber — davon sind alle Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten durchdrungen — muß alles geschehen, dort, wo Industrien und Betriebe dafür reif sind, die Sozialisierung **ungesäumt in Angriff zu nehmen.** (Zuruf: Bergbau!) Die Regierung hat daher eine Kommission von namhaften Volkswirtschaftlern eingesetzt, um von ihnen schleunigst

Vorschläge für die Sozialisierung

zu bekommen. Es darf nicht mehr sein, daß aus der Arbeitskraft der Masse eine Handvoll Großkapitalisten Millionen und Milliarden an Profit herauspreßt; der Überfluß der Produktion muß der Volksgesamtheit zugute kommen. Das gilt für die Zukunft, und für die Vergangenheit der vier Kriegsjahre gilt es nunmehr, die **Milliarden an Kriegsgewinnen**, die Private eingesackt haben, wiederum der Reichskasse zuzuführen (Bravo!), die Opfer und die Lasten des Krieges damit abzubürden.

Die Patentpatrioten, die stets zur Fortführung des Krieges gehetzt haben, um ihren Geldsack zu füllen, suchen diesen Geldsack jetzt außer Landes in Sicherheit zu bringen. Die Regierung hat daher sofort Maßnahmen getroffen, die Verschleppung von Kapital ins Ausland zu verhindern. Durch ein neues Sicherungsgesetz sind die Erwerbsgesellschaften ferner gezwungen, 80 % ihres Mehrgewinnes für Steuerzwecke zu reservieren; **eine neue Kriegsgewinnsteuer ist in Vorbereitung**, um die großen Kriegsgewinne so gut wie restlos hinwegzusteuern. (Bravo!)

Außerdem muß ein **einheitliches Steuersystem für Reich, Staat und Gemeinde** geschaffen werden, wobei Vermögen, Einkommen und Erbschaft in weit, weit schärferem Maße zur Steuer herangezogen werden, als bisher geschehen ist.

All diese Dinge sind in Vorbereitung. Für die Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens ist ein neues Reichsamt, **das Demobilisierungsamt**, geschaffen worden, das gemeinsam mit den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen arbeitet und überall in der Provinz seine Hilfsstellen hat.

Von diesem Amte ist bereits eine Anzahl Verordnungen erlassen, die Wiederaufnahme der Friedensarbeit zu ermöglichen. In Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsamt sind weitere Verordnungen in Vorbereitung, die **Lohn- und Arbeitsbedingungen** durch Kollektivverträge **für die Übergangszeit** zu regeln. Als Maximalarbeitstag ist der 8-Stundentag festgelegt worden. Die seit Kriegsbeginn außer Kraft gesetzten **Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche** sind wieder in Kraft gesetzt. Reformen der sozialen Gesetze sind teils schon eingeführt, teils befinden sie sich in Arbeit. Hunderte von Millionen, vielleicht Milliarden, müssen verwendet werden, um **das Wirtschaftsleben zunächst einmal wieder anzukurbeln**, wieder in Gang zu setzen, und um die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, ist eine **Erwerbslosenunterstützung** eingeführt, die von Reich, Staat und Gemeinden gemeinsam zu tragen ist.

Alle diese wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen sind **geboren aus der Not der Zeit**, sind unmittelbare Kriegsfolgen. Erst wenn diese Zeit des Überganges überwunden sein wird, erst dann wird der Sozialismus sich

voll entwickeln und entfalten und dem arbeitenden Volke Kultur und Wohlstand bringen können. (Bravo!)

Zunächst ist des Volkes Los noch Arbeit und Entbehrung als Folge der vierjährigen verbrecherischen Kriegs- und Bankerottpolitik. Das ist eine schmerzliche Wahrheit, die die erste sozialistische Regierung Deutschlands bei der ersten Rechenschaftslegung vor Vertretern des werktätigen Volkes aussprechen muß, eine Wahrheit, schmerzlich für die Regierung, schmerzlich für die Arbeiter. So mancher von ihnen hat **mit glühender Seele** den Tag herbeigesehnt, an dem **das Proletariat seine Fesseln sprengen würde**, hat sein Leben lang dafür gearbeitet mit Hand und Hirn und fiebernden Nerven, in dem Glauben, der Tag der **politischen Befreiung** werde auch **der Tag der sozialen Erlösung** sein. Und nun **am Ziele die Enttäuschung**, die Erkenntnis, daß der vierjährige **kapitalistisch-militärische Totentanz alles verschlungen und vernichtet** hat, was an materiellen und kulturellen Werten in **jahrzehntelanger Fronarbeit** vom Proletariat geschaffen worden war. Jetzt, wo das Proletariat seinen Anteil fordert, ist nichts mehr da, ist **alles verwüstet.** Wer sich in die Seele des Arbeiters versetzen kann, den wundert es nicht, daß breite Schichten des Proletariats zunächst diese **grausame Wahrheit nicht fassen** wollen, daß sie auch jetzt wieder diejenigen sein sollen, die sich bescheiden müssen; der versteht, daß sich ihr Innerstes dagegen aufbäumt. Und doch, die Arbeitermassen müssen den **Tatsachen kühl** ins Auge sehen, sie **müssen** die ganze Furchtbarkeit der geschichtlichen Situation **erkennen**, in der sie zur politischen Macht gekommen sind. Sie waren **bisher die Enterbten, sie sind es auch jetzt.** Ihnen fällt kein Reichtum mühelos in den Schoß. Sie müssen durch neue Arbeit erst wieder neue Werte schaffen, ehe für sie die Zeit des Wohlstands winkt. Die durch die Arbeit der Vergangenheit erzeugten Werte, soweit sie überhaupt noch vorhanden sind, braucht die Volksgesamtheit zur Tilgung der Kriegslasten; ja, selbst die Arbeit der Zukunft wird noch dazu herangezogen werden müssen. Keine Reichsregierung, sie stehe so weit links, wie es überhaupt nur möglich ist, kann unter den vorliegenden Umständen daran irgend etwas ändern. (Sehr richtig!)

Aus dieser Sachlage ergibt sich für die Arbeiter die Notwendigkeit, auch ihrerseits alles zu tun, daß die Produktion wieder aufgenommen wird und ununterbrochen in Gang bleibt. Jeder **Streik** wendet jetzt letzten Endes seine **Spitze gegen die Arbeiter** selbst (Sehr richtig!), wenn er nicht vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus zu rechtfertigen ist. (Sehr richtig!) In diesem Sinne auf die Arbeiter einzuwirken, erachtet die Reichsregierung für die dringende und zwingende Pflicht all derer im Reiche, die sich für die Aufrechterhaltung und die Festigung unserer jungen sozialistischen Republik einsetzen. (Bravo! und Händeklatschen.) Im engsten Zusammenhange mit der Wiederbelebung des Wirtschaftslebens steht die **Frage der militärischen Demobilisation.** Die Reichsregierung hat sofort, nachdem sie die Geschäfte übernommen hatte, angeordnet, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten alle Truppen unverzüglich in die Heimat zurückzuführen seien. Um diesem Zwecke ihre Fach- und Sachkenntnis zu leihen, haben sich die Oberste Heeresleitung und der Kriegsminister bereit erklärt, bis zur Beendigung der Demobilisation im Amte zu bleiben. Unter ihrer Leitung erfolgt jetzt die Zurückführung der Heeresmassen von beiden Fronten, die im Osten noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte, während sie sich im Westen ihrem Ende nähert.

Zum Zwecke der geordneten

Zurückführung unserer Heere

hat die Reichsregierung in einem vielfach angefochtenen

falsch verstandenen Telegramm an die Oberste Heeresleitung ausgesprochen, daß bei der Zurückführung der Truppen Disziplin gehalten werden müßte. Man hat das dahin ausgelegt,

daß der alte Kadavergehorsam wieder in die Armee eingeführt werden sollte.

Uns von der Reichsleitung war es aber nur darum zu tun, die Millionenheere im Westen aus Nordfrankreich, Belgien und von der linken Rheinseite her planmäßig in der festgesetzten kurzen Frist über den Rhein zu bringen, damit nicht Hunderttausende unserer Volksgenossen im Waffenrock noch kurz vor Toresschluß abgefangen und als Kriegsgefangene im feindlichen Lande zurückbehalten würden. (Bravo!) Das aber wäre bei einem regellosen Zurückfluten der Heere zu befürchten gewesen.

Verschiedene Generale und andere Offiziere haben sich im Westen und auch in anderen Gegenden des Reiches beim Rückmarsch **gegen rote Fahnen und Abzeichen** gewandt, haben heimische Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst und teils verhaftet. Die Reichsleitung ist sofort dagegen eingeschritten, nachdem ihr davon Mitteilung gemacht worden war, und hat in einem Falle die **Absetzung des Generals** verfügt. Trotzdem kommen solche Dinge noch tagtäglich vor. Zweifellos herrscht in einem großen Teile des Offizierkorps noch ganz der alte reaktionäre Geist (lebhaftes Sehr richtig!), mancher Offizier hat zweifellos **konterrevolutionäre Gelüste** und manche Truppe ist noch unaufgeklärt und deshalb unter Umständen zu konterrevolutionären Zwecken zu mißbrauchen. Aber es hat sich bisher noch in allen solchen Fällen gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der Soldaten keine Konterrevolution will (Sehr richtig!), und daß die Soldaten, sobald sie in Fühlung mit dem Volk kamen, zum Volk übergegangen sind. Trotzdem muß man jedoch **vor allen solchen Putschmöglichkeiten auf der Hut sein**, denn es kann durch solchen Putsch namenloses Unglück angerichtet werden. Auch **außerhalb des Heeres** gibt es Kreise, die **durch die Revolution um die Macht gekommen** sind und nur auf eine ihnen günstige Gelegenheit warten, um wieder in die Macht hineinzukommen. Deshalb muß immer und immer wieder auf die Möglichkeit solcher konterrevolutionären Versuche aufmerksam gemacht werden. Andererseits jedoch darf nicht schon jeder lokale Vorfall als Beginn der allgemeinen Konterrevolution betrachtet werden. Man sei

wachsam, aber nicht überängstlich!

In **diesem** Sinne ist die Reichsleitung **bisher** tätig gewesen. Sie ist allen solchen Meldungen nachgegangen und hat die erforderlichen Maßregeln getroffen, hat aber dabei ruhig Blut bewahrt. So wird sie es auch in Zukunft halten.

Mit der fortschreitenden Demobilisierung des Heeres ergibt sich jetzt aber für die Regierung die Notwendigkeit, zur Sicherung der Revolution gegen alle Putschversuche, von wo sie auch kommen mögen,

eine Volkswehr

zur Seite zu haben. Das ist auch notwendig zur Sicherung der großen Heeresbestände aller Art und der öffentlichen Einrichtungen. Deshalb hat die Reichsregierung bereits eine Aufforderung zur Bildung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr beschlossen und auch eine Verordnung erlassen, nach der **entwendetes Heeresgut abzuliefern ist.**

Die neue Volkswehr soll auf demokratischer Basis organisiert werden, zunächst in Stärke von 11 000 Mann. Sie wird die Keimzelle bilden für die Volkswehr, die an Stelle des stehenden Heeres zu setzen sein wird.

45

Für das jetzige Heer hat die Regierung eine Verordnung erlassen, nach welcher **die Gerichtsbarkeit** unter entscheidender Heranziehung der Soldaten bei der Rechtssprechung demokratisch organisiert wird. Außerdem ist eine umfassende Amnestie für alle militärischen Delikte erlassen worden. Eine **Amnestie** auch für gewöhnliche zivile Delikte ist ebenfalls in Kraft getreten, nachdem für politische Delikte bereits sofort volle Amnestie verkündet worden war. Die Regierung hat **aufgeräumt mit dem Schutt des alten Regimes** und hielt sich für verpflichtet, den Opfern dieses Regimes die Kerkertore zu öffnen. Die Regierung hat auch sofort den **Belagerungszustand aufgehoben**, die **Vereins- und Versammlungsfreiheit** und die **Preßfreiheit** hergestellt, die Preßfreiheit, die jetzt von rechts und von links gegen die Regierung ausgenutzt wird, wie es diese nicht anders erwartet hatte. Die Regierung braucht die Kritik von rechts und von links, und die Regierung fürchtet sich davor nicht, selbst nicht vor dem offenkundigen Mißbrauch der Pressefreiheit. Die Regierung wird sich deshalb grundsätzlich gegen jede Unterbindung der Preßfreiheit wenden. (Bravo!) Ausnahmebestimmungen der bisherigen **Gesetzgebung gegen Gesinde- und Landarbeiter** hat die Regierung sofort aufgehoben, ebenso das **Hilfsdienstgesetz**.

Neben dieser Hinwegräumung aller Fesseln, die der Arbeiterbewegung angelegt waren, hat die Regierung auch sofort das wichtigste politische Recht, **das Wahlrecht**, in denkbar freiheitlicher Weise positiv ausgestaltet. Sie hat für alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, für alle Männer und Frauen vom 20. Lebensjahre an, proklamiert und das Verhältniswahlrecht eingeführt. Damit hat das sozialistische Deutschland

das freieste Wahlrecht der Welt.

Damit hat auch das deutsche Proletariat die Möglichkeit, in vollkommenster Demokratie sich seinen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu verschaffen und dauernd zu sichern. (Sehr richtig!)

In derselben Verordnung mit Gesetzeskraft, in der die Reichsregierung dieses Wahlrecht verkündete, am 12. November bereits, hat sie einstimmig die **Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung** in Aussicht gestellt. Leider ist die konstituierende Versammlung dadurch diskreditiert worden, daß die ganze Reaktion nach ihr geschrien hat. Das hat viele Arbeiter kopfscheu gemacht. **Für die Reaktion** ist die **Konstituante** die **einzige Möglichkeit, wenigstens einen Teil der verlorenen Macht zurückzugewinnen. Daher ihr Ruf nach der Konstituante.** Aber dadurch dürfen sich die **Arbeiter nicht beirren lassen.** Auf die Dauer kann sich keine Regierung im neuen Deutschland behaupten, hinter der nicht die Mehrheit des Volkes steht. (Sehr richtig!) Das **Vertrauen der Mehrheit des Volkes** muß das Fundament dieser Macht bilden. Ich habe schon zu Beginn meines Berichts gesagt, daß die gegenwärtige Regierung sich auf das Vertrauen der Volksmassen stützt, von dem sie getragen ist, und die Regierung hat das größte Interesse daran, diese Tatsache sobald als möglich vor aller Welt feststellen zu lassen. (Sehr richtig!) Daher ist sie einstimmig dafür, die Wahlen zur Nationalversammlung so zeitig stattfinden zu lassen, wie sie praktisch möglich sind.

Über diese letztere Frage bestehen allerdings **Meinungsverschiedenheiten**. Es wurde von einer Seite gesagt, die Nationalversammlung müsse schnellstens zusammentreten, erstens aus Rücksicht auf unsere internationale Lage, zweitens aus Rücksicht auf den Kredit des Reiches, drittens um den separatistischen Tendenzen entgegenzuwirken, viertens um die Übergangsdiktatur durch gesetzliche Zustände abzulösen.

46

Von anderer Seite in der Reichsregierung wurden diese Gründe als wichtig anerkannt, aber gegen eine zu frühe Einberufung eingewendet: erstens die Unmöglichkeit, die Kriegsgefangenen und die noch nicht zurückgeführten Truppen von der Wahl ausschließen zu können, zweitens die Ungewißheit, ob in Elsaß-Lothringen und den besetzten Gebieten am Rhein, sowie in den polnischen Landesteilen eine unbeeinflußte Wahlmöglichkeit sein werde, drittens die technische Unmöglichkeit, zuverlässige Wahllisten herzustellen, ehe die heimkehrenden Soldaten und die jetzt aus den großen Rüstungsbetrieben zurückwandernden Arbeitermassen wieder halbwegs seßhaft gemacht sind, viertens die Notwendigkeit, die aus dem Felde Heimgekehrten genügend aufzuklären über die Vorgänge, die sich inzwischen in der Heimat abgespielt haben. So wurden beiderseits ernste und wichtige Gründe ins Feld geführt. Schließlich einigte man sich im Kabinett dahin,

den Wahltermin provisorisch auf den 16. Februar festzusetzen,

die endgültige Entscheidung aber Ihrer Beschlußfassung vorzubehalten. Sie werden sich ja in einem besonderen Tagesordnungspunkte mit dieser Frage befassen und Ihre Entscheidung wird maßgebend sein. Die Reichsregierung erblickt in der Nationalversammlung den Ausdruck des Volkswillens, deshalb will sie alle Garantien dafür schaffen, daß die Wahlen als Ganzes von keiner Seite angefochten werden, daß ihre Grundlage und ihre Durchführung jeder Kritik standhalten kann. Das hält die Reichsregierung für um so notwendiger, als sie fest überzeugt ist, daß die Wahlen **eine sozialistische Mehrheit ergeben** werden, und daß das ganze deutsche Proletariat zusammenstehen muß, dieses Ziel zu erreichen. Daß dieses Ziel erreicht werden kann, zeigt der Wahlausfall in Mecklenburg, wo 22 Sozialdemokraten gegen 20 Bürgerliche gewählt sind, und nach den neuesten Meldungen sind in Anhalt ebenfalls 22 Sozialdemokraten gegen 14 Bürgerliche bei den Wahlen zur dortigen konstituierenden Versammlung für den Staat gewählt worden. Ich meine, was in Mecklenburg und in Anhalt möglich ist, sollte das im übrigen Deutschland unmöglich sein? Ach nein, Genossen,

habt Vertrauen zur Sieghaftigkeit des Sozialismus!

(Bravo! und Händeklatschen.)

Schon sammeln sich die aufgelösten bürgerlichen Parteien zur gemeinsamen Kampffront gegen die Parteien der Arbeiterklasse. Der Wahlkampf wird sich zu einem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf höchster Stufenleiter auswachsen. Hie Kapitalismus, hie Sozialismus! das wird die Losung sein. Über alles andere hinweg gilt es deshalb für das sozialistische Proletariat, in gemeinsamer Kampffront dem gemeinsamen Gegner gegenüberzutreten und ihn niederzuringen. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.)

Kein Atom von Kraft sollte im Bruderkampf vergeudet werden.

(Lebhaftes Bravo!)

Alle Kraft sollte gegen den gemeinsamen Feind gesammelt werden.

Die Nationalversammlung soll das künftige Grundgesetz, die künftige Verfassung für das deutsche Reich festlegen. In dieser Reichsverfassung die Errungenschaften der gemeinsam durchgeführten Revolution gemeinsam fest zu verankern, ist die logische Konsequenz der gemeinsamen Arbeit der A.- und S.-Räte und der Regierung. Deshalb muß das Proletariat darüber klar sein: **Jetzt geht es ums Ganze**, jetzt hat die deutsche Arbeiterklasse zu zeigen, daß sie willens und imstande

ist, das herrliche Wort Ferdinand Freiligraths wahr zu machen:
Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,

Die wir von Gottes Zorne sind, bis jetzt das Proletariat! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen in der ganzen Versammlung.)

Besprechung der Berichte.

Knaus (Offenbach):

Parteigenossen und Kameraden! Den Geschäftsbericht haben wir gehört, und ich glaube, Sie sind alle mit mir einig, wenn ich sage, er ist etwas über das Ziel hinausgeschossen. Wenn im Geschäftsbericht behauptet wurde, wir hätten schon lange beschlossen, Revolution zu machen, so ist das meines Erachtens nicht wahr. Denn nach der materialistischen Geschichtsauffassung, auf der wir alle stehen, läßt sich eine Revolution nicht machen, sondern sie muß reif sein, aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraus kommen;

niemals läßt sich eine Revolution Jahre lang voraus machen.

Man kann wohl **meinen, ein System breche zusammen**, aber **den Tag kann man nicht bestimmen.**

Des weiteren möchte ich darauf aufmerksam machen, daß der Wille des gesamten Volkes es war, eine Diktatur von sich zu wälzen. Gerade hier in diesem Hause, wo 50 Jahre auf Grund eines Staatsstreiches eine Diktatur herrschte, wollen wir sagen, daß die Revolution nur vom Volkswillen getragen war, dem ganzen Volke das Recht zu geben, an den Geschicken des Staates mitzuarbeiten. Und wenn wir diesem Volkswillen entgegenarbeiten, wenn wir ihn unterdrücken wollten, so würden wir genau so handeln, wie die alte Gesellschaft; wir würden das Denken und Fühlen der Menschen außer Rechnung stellen, und gerade das war der Grund, weshalb die alte Regierung gestürzt ist. Es kann sich keine Regierung auf die Dauer halten, ohne daß sie von dem gesamten Volkswillen getragen wird.

Dann müssen wir bedenken, daß wir **eine soziale Revolution** haben. Von der bürgerlichen Revolution des Jahres 1789 sagte man ganz mit Recht: nach dieser Revolution beginnt der Kampf. Heute aber beginnt nach einer sozialen Revolution die **Arbeit.** Vor uns liegt, wie schon Genosse Dittmann sagte, ein alter, morscher, fauler Staat, der aufzubauen ist. Ich glaube, wenn wir unsere **Sozialisierung in Bausch und Bogen** durchführen **wollten**, es wäre manchem Kapitalisten heute recht, wenn man ihm die **Dornen aus dem Fuße** zöge. Wir würden das Proletariat schädigen, wir würden uns selbst schädigen. Für uns, die wir heute leben, kann es nur eine Übergangszeit zu einem wirklichen, wahren Sozialismus geben. Wir alle sind berufen, mitzuarbeiten, damit der kommenden Generation der wahre Sozialismus beschieden wird. Auch müssen wir bedenken, daß wir **auf dem Gebiet des Bildungswesens noch viel zu tun** haben, daß der Egoismus der Menschen infolge der langjährigen Schultätigkeit der bürgerlichen Klasse, die ja lediglich auf den Kapitalismus zugeschnitten war, sehr tief eingepflanzt ist. Dies alles muß erst beseitigt werden, wenn wir eine wahre sozialistische Kultur haben wollen. (Bravo!)

Gerber (Berlin):

Als Vertreter des Groß-Berliner Soldatenrats möchte ich zu dem Bericht des Vollzugsrats einige Bemerkungen machen. Ich möchte zunächst kurz auf die

Entstehung des Berliner Vollzugsrats,

insbesondere auf die Bildung des Teiles des Vollzugsrates der Groß-Berliner Soldaten, eingehen.

Die erste Zusammensetzung erfolgte im Zirkus Busch. Man machte zunächst einen Vorschlag, nach welchem der Vollzugsrat für Groß-Berlin aus 9 Vertretern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zusammengesetzt werden sollte. Nach Diskussion wurde dann ein Vertretungsverhältnis von 7:2 der Mehrheitspartei vorgeschlagen.

Dagegen wandten sich die Soldaten.

Sie traten zusammen und sagten: wir haben gemeinsam mit den Arbeitern die Revolution gemacht; es kann hier auch nicht die politische Anschauung in Frage kommen, ob Unabhängiger oder Mehrheitssozialist, jetzt gilt es, gemeinsam weiter zu bauen über allen Zwist hinweg. Deswegen schlugen die Soldaten zunächst **Parität zwischen Arbeitern und Soldaten** und zweitens **Parität zwischen den beiden sozialistischen Gruppen der Arbeiter** vor. Nun kam der Vollzugsrat zustande auf der Grundlage von 6 zu 6 auf Seiten der Arbeiter der beiden Parteien und von 12 Vertretern auf Seiten der Soldaten, also allgemein das Verhältnis 12:12. Man wollte, wie ich schon hervorhob, dadurch ein ersprießliches Zusammenarbeiten unter allen Umständen sicher stellen und **jeden Parteizwist von vornherein beseitigen.** Diesen Grundsatz haben die Soldaten bis heute bewahrt.

Noch bevor dieser Zusammenschluß erfolgte, hatte sich aus der Not der Stunde heraus bereits für die Soldaten Groß-Berlins ein **Aktionsausschuß** gebildet, der es sofort in die Hand genommen hatte, für die Disziplin unter den Soldaten, die Ernährung, Bekleidung, und was alles im Augenblick notwendig war, zu sorgen. Es konnte natürlich nicht so bleiben, daß zwei Instanzen nebeneinander bestanden, und deswegen wurde sofort der Versuch gemacht, den Aktionsausschuß mit dem Vollzugsrat, der die Weiterführung der Geschäfte ja natürlich allein in die Hand nehmen mußte, zu vereinigen. **Einzelne Mitglieder dieses Aktionsausschusses** wurden nunmehr **in den Vollzugsrat aufgenommen**, aber nicht so, daß die Soldatenräte Groß-Berlins in einer ordnungsmäßigen Versammlung diese Aufnahme bestätigen konnten; vielmehr wurde den Soldatenräten in einer Versammlung auf einem Kasernenhof von der vollzogenen Tatsache Mitteilung gemacht und die Bestätigung durch Akklamation herbeigeführt. Die Soldaten kannten sich natürlich nicht so, wie sich die Arbeiter kennen, und sie kannten auch ihre Führer nicht so, wie die Arbeiter ihre Führer kennen; deshalb mangelte es ihnen zunächst an geeigneten Persönlichkeiten, die sie in diesen Vollzugsrat hätten hineinschicken können. Man begnügte sich mit dem Resultat, das nun einmal zustande gekommen war. Aber im Laufe der Zeit wurden nun doch so starke Fehler von dem soldatischen Teile des Vollzugsrates bekannt, daß die Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte sich nach und nach genötigt sah, gegen einzelne soldatische Mitglieder des Berliner Vollzugsrates Stellung zu nehmen.

Von den Fehlern, die da gemacht worden sind, möchte ich einzelne hier anführen.

Zunächst hatten die Soldaten das Gefühl, daß der Berliner Vollzugsrat nicht genügend für die doch nun einmal vorhandenen dringenden **Interessen der Soldaten**

eintrat. Als Beispiel möchte ich folgendes erwähnen. Es wurde ein **Löhnungserlaß** von dem Vollzugsrat herausgegeben, der sich in der Praxis als unausführbar erwies, und der sofort die Bildung einer **Siebenerkommission** aus den Soldatenräten zur Folge hatte, die nunmehr im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat und mit der Reichsregierung einen **Ergänzungserlaß** zustande brachte. Ferner wurde eine Äußerung des soldatischen Vorstandsmitgliedes des Vollzugsrats **Molkenbuhr** bekannt — ich führe dies auch nur hier als Beispiel an —, aus der hervorging, daß der Genosse Molkenbuhr jedenfalls mit der **Heeresorganisation** nicht genug vertraut ist. Aus dieser Äußerung wurde entnommen, daß es nötig sei, Personen in den Vollzugsrat zu entsenden, die insbesondere mit der Heeresverwaltung und der Heeresorganisation genau vertraut sind.

Ferner hatte man Kenntnis davon erhalten, daß durchaus **ungeeignete Persönlichkeiten** vom Vollzugsrat einzelnen Behörden und Truppenteilen als **Kontrollinstanzen** beigegeben worden waren. Ich nenne hier zunächst nur eins. Dem Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums hat man noch vor ganz kurzer Zeit einen Studenten der Medizin — er hatte vor dem Kriege 3 oder 4 Semester studiert und hatte als Hilfsarzt im Felde gestanden — als Kontrollorgan zur Seite gestellt. Das ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Ferner wurde dem Soldatenrat in Groß-Berlin bekannt, daß das Mitglied des Vollzugsrats Bergmann, ebenfalls ein Student in den ersten Semestern, als Vertreter des Ausschusses des Vollzugsrats beauftragt worden war, der die Aufgabe hat, die gesamte **Neuorganisation Preußens** in die Hand zu nehmen. (Große Heiterkeit.) Ferner hat dasselbe Mitglied des Vollzugsrats auch für die Organisation von Bauernräten zu sorgen. Auch da sagten sich die Soldatenräte Groß-Berlins, das sei nicht der rechte Mann für diese Aufgabe.

Endlich ein anderer Fall, der auch den Soldatenräten Groß-Berlins nicht gefiel, war folgender. In einer Versammlung, die hier abgehalten wurde, erschienen einige Kameraden beim Vollzugsrat und erklärten, daß sie die **Vertreter der Frontsoldaten** seien, und erbaten vom Vollzugsrat ihre Ausweise. Der Vollzugsrat hat diesen Kameraden auch tatsächlich **Ausweise ausgestellt**. Hinterher stellte sich aber heraus, daß diese Kameraden ganz zufällig hier in Berlin zusammengekommene Deserteure sind, (lebhaftes Hört! hört!) die mit Frontsoldaten nichts zu tun haben. Diese Kameraden baten um ihre Aufnahme in die Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte. Die Vollversammlung hat **ihre Aufnahme abgelehnt**, denn sie steht auf dem Standpunkt, daß nur Vertreter ordnungsmäßig bestehender Formationen das Recht haben, an den Vollversammlungen hier in Berlin teilzunehmen. (Sehr richtig!)

Wir konnten aber nicht die Deserteure

als Vertreter ordnungsmäßig bestehender Formationen anerkennen. Aber was geschah nun mit diesen beiden, mit Vollmachten versehenen ehemaligen Kameraden? Sie gingen nach **Neukölln** und schalteten dort den ordnungsmäßig gewählten Soldatenrat der dort bodenständigen Formationen einfach aus. Trotz des Protestes der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte wurden diese Vollmachten vom Vollzugsrat nicht eingezogen, und dadurch wurde weiter ermöglicht, daß nunmehr in Neukölln eine vollständig neue **Vertretung der Soldatenräte** gewählt wurde, die nunmehr **ganz in der Hand dieser sogenannten Frontsoldaten** waren. Was dann in Neukölln erfolgt ist, wissen Sie alle aus den Zeitungen. Auch diese Neuwahl ist dann von dem Vollzugsrat ausdrücklich bestätigt worden. Nochmals hat die Vollversammlung des

Groß-Berliner Soldatenrats schärfste Verwahrung dagegen eingelegt, und selbstverständlich der zuständige, bodenständige Soldatenrat ebenfalls. Bis heute ist aber dort noch keine Abhilfe geschaffen.

Ganz allgemein aber haben wir uns in den Groß-Berliner Soldatenräten dagegen gewandt, daß **leichtsinnigerweise** — ich muß diesen Ausspruch gebrauchen — **Vollmachten ausgestellt** worden sind, und wir haben es nicht als genügende Entschuldigung angesehen, daß dagegen gesagt wurde: ja, wir haben so viel zu tun, daß wir die Vollmachten nicht durchsehen können. Ich glaube, wer jemals in seinem Leben eine Vollmacht ausgestellt hat, wer weiß, wie unendlich die Tragweite sein kann, wenn man einen andern bevollmächtigt und in seinem Namen dann zu handeln beauftragt, der wird mir zugeben: es kann keine Entschuldigung sein, wenn ich eine Vollmacht, die wenige Zeilen umfaßt, nicht durchlese. Auf eine dementsprechende Anregung in der Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte wurde aber dann von dem soldatischen Mitglied des Vollzugsrats Molkenbuhr erwidert: ja, wenn der Genosse Müller die Vollmacht gelesen und unterschrieben hat, dann brauche **ich** sie nicht zu lesen, wenn ich sie unterschreibe. Auch das konnten wir nicht als eine genügende Entschuldigung ansehen. Denn wozu brauchen wir sonst **zwei** Unterschriften?

Ich komme zum Schluß. Aus all diesen Vorkommnissen heraus sahen wir uns veranlaßt, in wiederholten Fällen energisch gegen die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats Stellung zu nehmen, weil ja der Vollzugsrat allmählich die Geschäfte nicht nur für Berlin, sondern für das ganze Reich in Anspruch genommen hatte, wir aber den Vollzugsrat und die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats gewählt hatten und deswegen nach unserer Meinung nicht nur vor Berlin, sondern vor dem ganzen Reich uns verantwortlich dafür fühlten, daß nur wirkliche Köpfe in dem Vollzugsrat drin sitzen, die auch wirklich die Aufgaben leisten können, die der Vollzugsrat übernommen hatte. (Sehr richtig! und vereinzeltes Händeklatschen.)

Antrag Ziegler (Aufnahme der Beziehungen zum revolutionären Rußland.)

Vorsitzender Leinert:

Es ist ein Antrag eingegangen:

Der Rätekongreß verurteilt die Zurückweisung der Delegierten der russischen Räterepublik durch den Rat der Volksbeauftragten aufs schärfste. Er beschließt die sofortige Aufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zu dem revolutionären Rußland, begrüßt die russische Räterepublik mit brüderlicher Herzlichkeit und ladet sie ein, zu seinen Verhandlungen Delegierte zu entsenden.

Ziegler-Heilbronn:

Der Antrag bedarf noch der Unterstützung. Ich bitte diejenigen, welche den Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung reicht aus. Der Antrag steht bei diesem Gegenstande **mit zur Beratung.**

Das Wort hat Genosse Limbertz (Essen). Ihm folgt Göpfert (Rosenheim).

Heinrich Limbertz-Essen:

Genossen und Kameraden! Ich will anknüpfen an die Worte des Vorredners und auch mit einer Kritik des Berliner Vollzugsrats beginnen. Dieser Berliner Vollzugsrat steht den Sozialdemokraten in der Provinz **bis zum Halse.** (Sehr richtig!) Wer etwas von Organisation versteht, hat schon bei der Veranstaltung dieses Kongresses gesehen, daß dieser Berliner Vollzugsrat **nichts** organisieren kann. (Sehr richtig!) Jeder einzelne Genosse aus der Provinz ist dermaßen vor den Kopf geschlagen, daß wir dafür gar keine Worte haben. Es ist nicht damit getan, daß man in das Programm des Kon-

gresses Quittungen hineinheftet bis zum 25. Dezember. Was glauben denn die Genossen? Wir hätten so lange Zeit, hier zu reden und zu tagen? Nein, **uns brennt der Boden unter den Füßen**, um wieder zurückzukommen in unsere Heimat, (Stürmisches Sehr richtig!) um dort zu verhüten, daß **wild gewordene rote Spießbürger** uns die ganze Produktion über den Haufen werfen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist notwendig, und deshalb müssen wir hier in zwei oder drei Tagen fertig sein. Wir haben viel Wichtigeres zu Hause zu tun; und wenn man uns da als Pflästerchen anbietet, 50 Mk. Diäten für den Tag zu nehmen, Genossen, dann gibt es dafür in der Provinz nur einen Ruf der Entrüstung über eine solche Zumutung. (Bravo!)

Wir haben das bei den Kämpfen mit unseren Gegnern auszubaden,

bei den Kämpfen mit dem Zentrum. Es ist eine solche Anmaßung, eine solche Verständnislosigkeit, daß man hier derartige Summen nennt, die geradezu unbeschreiblich ist. Ich weiß, Berlin zahlt sehr viel für Essen und Unterhalt; aber diese Summe kann kein Mensch verantworten, und ich hoffe, daß der Kongreß mit großer Mehrheit beschließt, daß von solchen Sätzen gar keine Rede sein kann. Wir haben uns Tag für Tag in unserer Presse gegen die Anwürfe wegen der Berliner Mißwirtschaft wehren müssen, und eine **Mißwirtschaft** war es. Es ist **ein Skandal**, daß der Vollzugsausschuß Boten beschäftigt mit 10 und 12 Mk., daß er 300 Stenotypistinnen beschäftigt, die 18, 24 und 25 Mk. bekommen, und daß er dann 45 Mitglieder hat, die pro Tag 50 Mk. bekommen. (Hört, hört!) Dafür können wir **kein Wort der Entschuldigung** in der sozialdemokratischen Presse schreiben, das müssen wir rücksichtslos fallen lassen, darüber gibt es gar keine Uneinigkeit bei uns. Und wenn man dann sieht, was der Vollzugsrat sich sonst geleistet hat: sie haben Kuriere in die Welt geschickt, — aber **was für Kuriere** haben sie da geschickt! (Sehr richtig!) Haben sie Sozialisten geschickt? Ist ihnen gar nicht eingefallen. Wir hatten einen solchen Herrn da, Lücke oder wie er heißt, mit der Vollmacht von Molkenbuhr und Müller: der Mann ersuchte uns, wir **sollten ihm auseinandersetzen, was Sozialismus** ist. (Große Heiterkeit.) Den Mann schicken sie uns nach Essen; der geht mit uns in eine Sitzung der Stadtverwaltung und **blamiert uns** dort; er geht mit in eine Versammlung der christlichen Gewerkschaftsführer und erzählt dort, die Arbeiter- und Soldatenräte seien selbstverständlich **keine parteipolitische Einrichtung**, sie hätten gar keine Politik zu treiben, sie seien nur wirtschaftliche Organe. Ja, Genossen, dem gegenüber **muß man sich doch schämen**, wenn man immer den Grundsatz vertreten hat: **die Arbeiter- und Soldatenräte sind selbstverständlich politische Kampforganisationen**, in die nur Sozialisten hineingehören. Dieser Mann hatte den Auftrag, sich über die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet zu informieren, und da macht er uns den Vorschlag, **30 000 Arbeiter aus den Metallfabriken in Düsseldorf ins Kohlenrevier zu verpflanzen.** (Große Heiterkeit!) Haben Sie schon jemals so etwas Unverständiges gehört! Und solch einen Mann schickt uns der Vollzugsrat! Solche Funktionen hat der Vollzugsrat nicht zu erfüllen, ohne sich mit der Regierung, dem Reichswirtschaftsamt usw. ins Einvernehmen zu setzen. Von solchen Dingen verstehen die Leute im Vollzugsrat nichts, dazu haben wir die Regierung.

Dann hat uns der Vollzugsrat auch noch einen Mann mit einer Kiste voll Flugblätter geschickt. (Zuruf: Die hat nicht der Vollzugsrat, sondern das Demobilmachungsamt geschickt!) Nein, er hatte eine **Vollmacht von Molkenbuhr und Müller** und hat sich uns **als Abgesandter des Vollzugsrates vorgestellt.** Auch der Mann mit den Flugblättern hatte einen Ausweis von Molkenbuhr und Müller, und kommt zu uns mit einer Kiste voller Flugblätter mit **Aufrufen an die Landarbeiter** — ausgerechnet nach Essen! (Heiterkeit!) Nun, ich hoffe ja, daß die Stunde dieses Vollzugsausschusses geschlagen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierung braucht einen Beirat aus den verschiedensten Teilen des Vaterlandes, und dann, bin ich überzeugt, wird die Geschichte besser klappen, als bisher.

Ich habe mich gefreut, daß Genosse Dittmann in so vorzüglicher Weise die Stellung der Regierung präzisiert und ihre Aufgaben für die Zukunft vorgezeichnet hat. Er wird dafür Schläge von seinen bergischen Freunden bekommen, das ist sicher; die sind damit nicht einverstanden, denn die halten die ganze Regierung für gegenrevolutionär; aber das mögen sie mit ihm abmachen.

Besonders hat es mich gefreut, daß Genosse Dittmann

die Gefahren von Streiks

so eindringlich geschildert hat. Das bewegt uns im Ruhrrevier am allermeisten. Es ist nicht so leicht, die Ordnung bei uns aufrecht zu erhalten; denn wir haben den Zustand, daß die Bergleute auf den Zechen bis zu 15 Mk. im Durchschnitt verdienen wollen, daß sie aber nur bis auf 10 oder 12 Mk. kommen, und das genügt nicht für die heutige Zeit, die Übereinkommen mit den Zechenbesitzern tragen den jetzigen Verhältnissen keine Rechnung. Weil es so ist, deshalb haben Leute, die kein Verantwortungsgefühl besitzen, es **leicht, die Leute aufzuputschen**, und so ist es im Ruhrgebiet zu Streiks gekommen, die für uns sehr leicht sehr verhängnisvoll werden konnten. Die Lohnbewegung ging von Hamborn aus und griff auf Mathias Stinnes über, die Führer der Spartakusgruppe bemächtigten sich der Sache und versuchten, die Gewerkschaften beiseite zu schieben und die Verhandlungen zu führen. Wir haben diese Leute zu einer Sitzung geladen und von ihnen das Zugeständnis bekommen, daß bei wirtschaftlichen Streitigkeiten **keine Partei einseitig eingreifen** darf, ohne den örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat in Gemeinschaft mit den wirtschaftlichen Organisationen, daß aber ohne die letzteren überhaupt nichts geschehen kann. Das gefährliche an diesem Streik war, daß diese Zeche **Licht und Kraft für das besetzte Gebiet von Neuß** lieferte, daß die Krafterzeugung vor dem Versagen stand und in einem oder zwei Tagen kein Licht und keine Kraft mehr vorhanden gewesen wäre; darauf erklärte der belgische Kommandant diesen Fall für eine **Verletzung des § 31 der Waffenstillstandsbedingungen**, woraus die Konsequenzen gezogen werden würden. Wenn also der Streik noch einige Tage angedauert hätte, wäre infolge dieses Streiks die **Besetzung von Essen** zur Tatsache geworden.

Das zeigt schon, wie gefährlich solche Streiks sind. Sie sind aber auch gefährlich, weil wir eine wirtschaftliche Zerrüttung jetzt nicht gebrauchen können, weil sich jetzt jeder Streik letzten Endes gegen die Arbeiter selbst wenden muß. Deshalb bin ich sehr froh, daß Genosse Dittmann diesen Standpunkt so in den Vordergrund gestellt hat.

Wir wissen nicht, ob wir zu eingehenden Verhandlungen über die kommende Sozialisierung noch kommen werden. Die Regierung tut alles, um diese Sozialisierung vorzubereiten und durchzuführen. Aber, was wir noch von ihr zu verlangen haben, hat sie bis jetzt nicht getan: daß sie nämlich

Staatskommissare in die großen Betriebe und Industrien

hineinschickt. In die Bergwerksvereine, in die Zechenverwaltungen, in die Roheisen- und Stahleisenverbände gehören tüchtige Volkswirtschaftler hinein, die diese Betriebe kontrollieren und für die künftige Sozialisierung Material schaffen. Der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat kann das nicht, es fehlt ihm an Zeit und Kräften, und deshalb bitte ich die Regierung, sich zu überlegen, ob es nicht möglich ist, diese Forderung zu erfüllen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Antrag Braß (Entwaffnung der Gegenrevolution). Es ist ein **Antrag** eingegangen:

Der Rätekongreß wolle beschließen, sofort alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Konterrevolution zu ergreifen. Braß, Heckert, Lewiné, Geyer.

Der Antrag ist noch nicht genügend unterstützt. Ich bitte diejenigen, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich deshalb von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Die **Unterstützung** reicht aus.

Nochmaliger Antrag auf Zulassung von Liebknecht und Luxemburg.

Dann ist der weitere Antrag eingegangen:

Da der Antrag, die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zur Räteversammlung zuzulassen, nicht ordnungsgemäß erledigt ist, beantragen wir wiederholt: die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit nur beratender Stimme zur Räteversammlung zuzulassen.

Der Antrag war vorhin **ordnungsgemäß erledigt** worden. (Widerspruch.) Der Antrag ist **abgelehnt** worden. (Erneuter Widerspruch.) Wenn wir Anträge, die abgelehnt worden sind, wiederholt zur Beratung stellen wollen, dann können wir mit der Geschäftsordnung nicht weiter kommen. Ich möchte aber, da ich sehe, daß die Geschäftsordnungsdebatte vielleicht mehr Zeit in Anspruch nimmt, als die Begründung dieses Antrages, nicht, daß eine große Geschäftsordnungsdebatte vorher stattfindet und will den Antrag jetzt noch einmal zur Beratung stellen. Ich erkläre aber, daß daraus keinerlei Präjudiz geschlossen werden darf, sondern daß es ausnahmsweise geschieht, um eine Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden. Das Wort zur Begründung hat Unfried (Württemberg).

Unfried (Württemberg):

Genossen, der Antrag ist aus dem Unwillen über die Art entstanden, wie die **Wahlen der Delegationen in Berlin** zu dem Rätekongreß stattgefunden haben. Es ist hier in Berlin den Wahlen ein Reglement zugrunde gelegt worden, nach dem **nur der** zum Rätekongreß zugelassen werden kann, der **in irgend einem Betriebe beschäftigt ist.** Im übrigen Lande ist ein derartiger Grundsatz nicht aufgestellt worden, sondern wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß vor allen Dingen die Vertreter des Sozialismus, die **Vertreter** der **Revolution**, hier auf dem Rätekongreß vertreten sein sollen. Wir haben deshalb nicht nach einer beruflichen Stellung gefragt. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann wäre es sicher den Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ein leichtes gewesen, ein **Mandat zum heutigen Rätekongreß** zu erhalten. So aber ist es diesen Genossen leider unmöglich gemacht worden. Für uns ist es aber außerordentlich wichtig, jene Genossen, die eine so **bedeutende Rolle in der Revolution gespielt** haben, die den Stoßtrupp in der Revolution gebildet haben, die lange vor der Revolution schon mit voller Begeisterung für die Ziele des Sozialismus eingetreten sind (Lebhafte Zurufe), unter uns zu haben. Sie können nun über die Stellung der beiden Genossen denken, was Sie wollen, so steht es doch fest: wenn wir heute zusammen gekommen sind, um über das Schicksal der Revolution zu entscheiden, so ist es auch notwendig, daß jene führenden Genossen an diesem Rätekongreß teilnehmen können. (Unruhe.) Deshalb haben wir beantragt, sie hier mit beratender Stimme zuzulassen. Sie sollen also nicht abstimmen dürfen, sondern nur uns mit beratender Stimme dienen. Genossen, das Gegenteil wird draußen im Lande nicht verstanden werden. (Lachen und lebhafte Oho!-Rufe.) — Sie lachen darüber, daß jene Genossen, deren Namen heute in aller Munde geführt werden, wegen eines unrichtigen Wahlsystemes an unseren Arbeiten nicht teilnehmen können.

Ich möchte Sie bitten, im Interesse der Fortführung der Revolution jene konsequenten Verfechter des Sozialismus hier an diesem Rätekongreß teilnehmen zu lassen. Tun Sie das nicht, dann haben Sie selbst **sich das Siegel aufgedrückt.** (Große Unruhe und Zurufe.) Es kommt hier darauf an, daß Arbeit geleistet werden soll, (Unruhe) und dazu können Sie diese Genossen heranziehen, **sie werden Ihnen Wege zeigen,** (Große Heiterkeit und Widerspruch.) die Sie gehen sollten, gehen müssen. Genossen, es ist notwendig, daß Sie jene Genossen mit heranziehen, und aus diesem Grunde haben wir, die Württemberger Genossen, diesen Antrag gestellt; ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Vorsitzender Leinert:

Dieser Antrag ist ein Geschäftsordnungsantrag. Ich nehme an, daß der Kongreß meine Meinung teilt, daß der Vorredner in seiner Begründung **für** diesen Antrag gesprochen hat. **Gegen** diesen Antrag hat das Wort der Genosse Lüdemann.

Lüdemann-Berlin:

Parteigenossen! Ich glaube, mein Vorredner hat nicht klug daran getan, sich in dem letzten Teil seiner Ausführungen so sehr mit der Person des Genossen Liebknecht und der Genossin Luxemburg zu beschäftigen. (Hört, hört!) Wir wissen, wenigstens in Berlin, ich glaube auch im Reiche, ganz genau, **was wir von diesen Genossen jetzt zu erwarten haben.** (Hört, hört! Zuruf: **Keine Ahnung habt ihr!**) Wir glauben durchaus — — **(Stürmische lärmende Entrüstungsrufe bei einigen kleineren Gruppen.)**

Genossen! Wir haben das Vertrauen zu der Zusammensetzung dieses Kongresses, daß er eine fruchtbare Arbeit leisten wird, auch wenn die beiden Genossen nicht in der Lage sind, uns hier die Wege zu weisen. (Zustimmung und Widerspruch.) Aber ich hatte gar nicht die Absicht, mich überhaupt mit den Personen zu beschäftigen; denn es handelt sich hier gar nicht um die Personen, sondern um

eine rein geschäftsordnungsmäßige Frage,

um die Frage der Behandlung der Delegation zu diesem Kongreß. (Rufe: **Sie haben Angst vor Liebknecht! Große Unruhe.** — Glocke des Vorsitzenden.)

Genossen! Mein Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß in Berlin die Delegierten zu diesem Kongreß nach einer Wahlordnung gewählt werden mußten, die vorschrieb, daß alle Delegierten sich im **Arbeitsverhältnis** befinden mußten. (Zuruf: Ist denn Cohen auch im Arbeitsverhältnis?) — Lassen Sie doch das Schreien! Sie können ja später reden. Diese Bestimmung ist in die Wahlordnung hineingekommen auf **dringendes Verlangen** derjenigen, die den Genossen Liebknecht und Luxemburg am nächsten stehen. (Hört, hört!)

Gegen den ausdrücklichen Protest der Mehrheitssozialisten im Vollzugsrat ist diese Bestimmung in die Wahlordnung hineingesetzt worden. (Hört, hört!)

Durch diese Vorschrift sind auch wir daran gehindert worden, eine große Reihe von Partei- und Gewerkschaftsführern, die wir gern in diesen Kongreß delegiert haben würden, zu wählen. Nachdem uns das nicht möglich gewesen ist, ebenso wenig wie Ihnen, liegt kein Anlaß vor, jetzt zugunsten einzelner Personen eine Ausnahmebestimmung zu beschließen. (Sehr richtig! — Widerspruch.) Die Konsequenz würde sein, daß dann auch von unserer Seite und selbständig — — **(Andauernder lärmender Widerspruch und vielfache Rufe: Ruhe!)** und zwar im Verhältnis der Zahl **unserer** Delegierten zur Zahl **Ihrer** Delegierten würde beantragt werden müssen, daß auch **eine Reihe von Führern von unserer Seite** mit gleichem Rechte hier zugezogen werden müßte. (Lärmende Zwischenrufe.) Die Annahme dieses Antrages würde also eine Durchbrechung der Ordnung bedeuten, die den Delegationen zu diesem Kongreß zugrunde gelegt worden ist. (Zustimmung und Widerspruch.) Wir bitten daher, ohne Ansehen der Person, ganz rein sachlich, zu beschließen:

die Möglichkeit, die Genossen Luxemburg und Liebknecht zuzuziehen, besteht nicht, infolgedessen muß dieser Antrag abgelehnt werden.

(Beifall und Widerspruch. Große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden.)

Sturmszenen bei der Abstimmung.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur **Abstimmung.**

Ich bitte alle diejenigen, welche dafür stimmen wollen, daß die Genossen Rosa Luxemburg und Liebknecht zu diesem Kongreß zugelassen werden, sich zu erheben.

(Geschieht. Ruf des Delegierten **Neuländer:**

Steht auf für einen Mann, der im Zuchthaus gesessen hat! — **Großer Lärm. Rufe: Pfui!)**

Das ist die Minderheit.

Der Antrag ist abgelehnt.

(Das Ergebnis erregt **minutenlangen Lärm** bei der Minderheit. Stürmische Rufe: Gegenprobe! — **Andauernde große Unruhe. Der Vorsitzende läutet unaufhörlich mit der Glocke.**)

Ich bitte um einen Augenblick Ruhe.

(Fortgesetzte Unruhe. **Es bilden sich erregte Gruppen im Saal, die unaufhörlich aufeinander einreden.**)

Beruhigen Sie sich doch einen Augenblick. Setzen Sie sich bitte. Mir ist eben mitgeteilt worden — — (**Andauernde lebhafte Unruhe. Zurufe.**)

Wenn Sie nicht ruhig sind, kann ich es Ihnen nicht sagen: ich bitte mal um Ruhe. Mir ist soeben mitgeteilt worden, daß ein Mitglied des Kongresses gesagt habe — — (**Fortdauernde große Unruhe.**) Ja, ich bitte aber um Ruhe, ich kann Ihnen ja gar keine Mitteilung machen. Es hat ja gar keinen Zweck, daß Sie sich so aufregen, ehe Sie die Mitteilung bekommen. Mir wurde eben mitgeteilt, daß von einem Mitgliede des Kongresses gesagt worden wäre: **Die** stehen auf **für einen**, der im **Zuchthaus** gesessen hat.

(**Diese Mitteilung erregt wieder starken Lärm.** Man hört Rufe: Wir werden hier **mit den Fäusten bedroht.** Pfuirufe — **Große Unruhe** — Zuruf: Namen nennen!)

Lassen Sie mich doch wenigstens, bitte, ausreden. Ich weiß nicht, ob das richtig ist.

(**Lärmende Unruhe. Endlich dringt der Vorsitzende mit seiner Stimme durch.**)

Ich bitte um Ruhe. Lassen Sie mich erst einmal ausreden. Ich glaube, als **Vorsitzender** des Kongresses habe ich doch wenigstens **Anspruch darauf**, daß Sie **mich ausreden lassen**, um einen solchen Fall auch zur Erledigung zu bringen. Ich darf also jetzt bitten, daß Sie mich ruhig anhören.

Mir wurde gesagt, es sei gerufen worden: **die stehen auf** für **einen Mann**, der im **Zuchthaus** gesessen hat. Wenn das richtig wäre — (Ruf: Nein!) ich kann mir gar **nicht denken**, daß ein **Mitglied** des Kongresses etwas **derartiges** sagen könnte — **wenn es** aber richtig wäre — — (Lärmende Zurufe.) aber lassen Sie mich doch, bitte, ausreden. Wenn das richtig wäre, dann muß ich sagen,

daß das eine der größten Beleidigungen wäre,

die einem Mitglied der Arbeitervertretung überhaupt zugefügt werden könnte. (Allgemeine Zustimmung.)

Ich sage, ich kann mir nicht denken, daß jemand etwas derartiges sagt. Aber da wir hier ehrenhafte Männer sind, **fordere ich denjenigen, der die Bemerkung gemacht hat, auf, zu dieser Bemerkung zu stehen und sich zu melden.**

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung; es ist ein Mißverständnis!)

Ich kann das Wort zur Geschäftsordnung zunächst nicht erteilen. (Zuruf: Nur zur Richtigstellung! **Der Kamerad ist hinausgegangen, er hat es anders gemeint!**) Ich stelle also fest, daß niemand im Kongreß eine solche Bemerkung gemacht hat, sondern im Gegenteil, es ist gerufen worden: **Steht auf für einen, der im Zuchthaus gesessen hat.**

(Große Unruhe. **Der Delegierte Neuländer betritt die Tribüne.**)

Jetzt kann ich dem Kongreß weiter mitteilen, daß sich der Genosse Neuländer gemeldet und erklärt hat, er habe gerufen: **Steht auf für einen, der für die Freiheit im Zuchthaus gesessen hat.** (**Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.**) Ich stelle also fest, daß zu der Erregung kein Anlaß gewesen ist.

Im übrigen ist **der Antrag abgelehnt** worden.

Wir fahren in der Besprechung fort. Das Wort hat der Genosse Göpfert-Rosenheim.

(Zuruf Kohl: Gegenprobe! **Ich zweifle die Abstimmung** an und bestehe darauf, daß die **Gegenprobe** gemacht wird!)

Es wird angezweifelt, daß vorhin die Minderheit gestanden hat. Das Büro ist sich einig, daß es die Minderheit war. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit.) Aber, meine Herren, regen Sie sich nur nicht auf. Ich komme Ihnen gern nach und lasse die **Gegenprobe** machen.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß Liebknecht und Luxemburg nicht zugelassen werden, sich von den Plätzen zu erheben.

(Geschieht — **Stürmische Pfuirufe bei der Minderheit**, große Unruhe.)

Der Antrag ist **abgelehnt.**

Wir fahren in der Debatte fort; das Wort hat der Genosse **Göpfert-Rosenheim** (Bayern).

(Der Lärm legt sich schließlich.) Die **Besprechung der Berichte** wird fortgesetzt.

Göpfert-Rosenheim:

Ich möchte Sie doch gebeten haben, mir auch Aufmerksamkeit zu schenken. Ich komme von der südlichsten Grenze Bayerns. Die **Legende von den 800 Millionen** Mark ist auch zu uns heruntergekommen und hat uns großen Schaden verursacht. Die Bauern, Geschäftsleute,

Bürger und auch die Arbeiter waren der Meinung, daß diese Summe tatsächlich verausgabt worden ist. Es ist mir angenehm, heute feststellen zu können, daß der Kassenbericht anders lautet. Ich bitte Sie, ebenfalls draußen auf dem Lande in den Versammlungen eingehend auf diese Legende aufmerksam zu machen, weil unsere Gegner zweifellos wieder versuchen werden, die Sache zu verdrehen, und auch die Presse ersuche ich, nachdem sie zuerst die 800 Millionen Mark gebracht hat, jetzt die Richtigstellung zu bringen, damit reine Bahn geschaffen wird.

Parteigenossen,

unsere Bürger und Bauern blicken oft mit Sorge nach Berlin,

weil sie befürchten, es könnte so, wie in Rußland, zu einem Durcheinander kommen. Ich möchte daher dringend bitten, es möchte jeder Parteigenosse, ganz gleich von welcher Seite, ob er etwas schärfer oder weniger scharf veranlagt ist, für unsere Geschlossenheit eintreten. Es ist ja schon zum Ausdruck gebracht worden, daß wir die **Geschlossenheit** unbedingt brauchen. Ich kann Ihnen erklären: **Unsere Bauern stellen die Ablieferung ein**, wenn nicht bald Ruhe und Ordnung wieder einkehren können! Die Bauern verlangen **baldigen Abschluß des Friedens.** Ruhe und Ordnung. Sie lehnen die Lieferung von Lebensmitteln sonst ab. (Hört, hört!) Ja, das ist so. Weiter sagen unsere Bauern uns: Ihr streitet euch über kleinliche Dinge und laßt die Kriegsgewinnler aus dem Lande. In Lindau sind 1½ Millionen von der Bank abgehoben, weil die **Kriegsgewinnler nach der Schweiz** gingen, und die Reichsregierung läßt sie hinaus, weil sie nicht fertig wird mit kleinlichen Dingen. **Die Kriegsgewinnler werden aus dem Lande gelassen**, und unser Volk bleibt in Not und Elend. Da sollte die Regierung ganz entschieden eingreifen, daß diesen Kriegsgewinnlern das Handwerk gelegt wird, daß sie zurückgeholt werden und ihr Geld in die Staatskasse zurückkommt. Weiter wird gesagt: **Ludendorff und Tirpitz**, diese Gauner und Verbrecher, die den Krieg gemacht haben, sind davongelaufen. Ihr laßt sie laufen. Hier muß sobald wie möglich ein **Staatsgerichtshof** in Aktion treten und sie zur Verantwortung ziehen. Schnellstens müssen sie eingesperrt bezw. bestraft werden. Die Bauern sagen weiter, diese ganzen Verbrecher sollen nicht erschossen und nicht erhängt werden, sondern **4 Jahre in einen Zwinger gesperrt werden und mit Heringen und Dörrgemüse gefüttert**, genau wie das Volk 4 Jahre hat leiden müssen. Diese Gauner, die den Krieg verursachten, sollen auch dafür verantwortlich gemacht werden. Daher sagen unsere Bauern und Arbeiter in Bayern, Württemberg — selbst am Rhein gehen die Gedanken der Parteigenossen dahin —, daß man schließlich **los muß von Preußen.** Wenn nicht Ruhe und Ordnung ins Land kommen, wird dieser **Lostrennungsgedanke** zweifellos weitergeführt, und wir wollen es nicht haben. Wir sind dagegen: wir wollen die deutsche Einheit zweifellos behaupten. Es muß aber auch eine Ordnung im Lande herrschen, damit sich das Volk darauf verlassen kann; sonst erleben Sie, daß die Zersplitterung des ganzen Landes zweifellos vor sich geht. Wir befürchten nach wie vor, daß es sonst wie in Rußland geht, daß unser Volk in Not und Elend dasitzt.

Und die Bauern sagen weiter: **wenn es so weitergeht, wird zweifellos das ganze Land von fremden Truppen besetzt.** Italiener stehen bereits an der österreichischen Grenze, stehen in Innsbruck und kommen nach Kufstein. Wenn wir nicht zum Frieden kommen, dann besetzen sie Süddeutschland, also Bayern. Wie es Ihnen oben geht, wissen Sie selbst am besten. Ich möchte bemerken, daß wir auf dem Gebiet doch vernünftiger sein müssen. Die Frage der Lebensmittelversorgung ist bedeutend wichtiger

als die kleinlichen Dinge, z. B. die Frage der Gradbezeichnung beim Militär. Parteigenossen, hier handelt es sich darum, Lebensmittel herbeizubringen, sonst stehen wir am Ende. Die Kohlen gehen zu Ende. Unsere Betriebe können nicht mehr 8 Stunden arbeiten, weil wir keine Kohlen haben; die Lebensmittel sind zu Ende usw. Wo soll das hinführen? Wir kommen zur Zersplitterung und zur Verzweiflung. Das muß uns doch zu denken geben, daß wir heute hier an der zuständigen Stelle beschließen, die Nationalversammlung so bald wie möglich zu berufen, damit wir eine Regierung haben, die auch unbedingt imstande ist, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten. Sonst kommen die Süddeutschen und sagen: gut, dann soll die Regierung zeitweise von Berlin weg in eine andere Stadt, ganz gleich wohin, weil man befürchtet, in Berlin könne die Regierung nicht genügend aktionsfähig sein. Sie wird behindert durch Unruhen, die dauernd ausbrechen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen, damit wir unsern Wählern, unserm ganzen Volke sagen können: wenn wir doch einmal Revolution gemacht haben, sind wir auch dafür verantwortlich und wollen das Volk nicht in Not und Elend lassen wegen kleinlicher Streitigkeiten! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Ich schlage jetzt dem Kongreß vor, sich zu **vertagen.** Widerspruch erhebt sich nicht; der Kongreß ist damit **einverstanden.** (Zurufe.)

Einen Augenblick. Ich habe Ihnen noch mehr zu sagen. Zunächst will ich mitteilen, daß **Mandate** nur noch heute abend im Zimmer 7 nach Schluß des Kongresses angenommen werden. Wer später kommt, kann damit rechnen, daß die Mandatsprüfungskommission seine Berechtigung zur Teilnahme am Kongreß zurückweist.

Volksbeauftragter Barth (persönliche Bemerkung):

Werte Genossen, ich möchte persönlich, weil mich Genosse Müller in seinem Bericht im Zusammenhang mit dem

Hauptmann Lorenz

genannt hat, nur ganz kurz erklären, daß ich diesen angeklingelt habe. Als Rat der Volksbeauftragten haben wir, nach dem Bericht des Genossen Eichhorn, des Polizeipräsidenten von Berlin, worin er erklärt, daß **etwas Positives nicht vorliegt,** es aber in diesem Fall geboten sei, zu der politischen Schutzhaft Stellung zu nehmen, als unsere Auffassung erklärt: Eine **politische Schutzhaft kennen wir nicht.** Infolgedessen muß er, wenn nichts Positives vorliegt, entlassen werden. Außerdem hat sich **der Kriegsminister** für ihn **verbürgt** daß nichts passiert. Weiter habe ich erklärt: Ihr habt eine **Untersuchungskommission,** überweist ihr doch die Sache! Ich wurde dann hinübergeschickt, und in der gleichen Zeit war die Untersuchungskommission bei uns vorstellig geworden. Dann wurde die Sache nach einstimmigem Beschluß des Vollzugsrates zur endgültigen Regelung dieser Kommission, bestehend aus drei Juristen, überwiesen, und die hat nach Prüfung des Falles den Hauptmann Lorenz entlassen.

Volksbeauftragter Dittmann (persönlich):

Auch ich muß ein kurzes Wort über den Fall Lorenz sagen. Ein Mitglied der Untersuchungskommission hat mich ersucht, meine Angaben in einem Punkt zu berichtigen, und zwar dahin, daß nicht alle drei Mitglieder der Kommission für die Haftentlassung des Hauptmann Lorenz gestimmt hätten, sondern daß zwei für Haftentlassung und einer dagegen gestimmt hätten. Ich komme hiermit dem Wunsch, die Angaben von vorhin zu berichtigen, sofort nach.

Lüdemann (persönlich):

Ich bin eben, nachdem ich gesprochen hatte, von einem Parteigenossen angeschrien worden, daß er sich wegen meiner Worte schämen müsse, daß ich in dieser unruhigen politischen Zeit alles vermeiden müßte, was zur Steigerung der Erregung und der Gegensätze zwischen einzelnen Genossen beitragen könnte. Daher möchte ich noch einmal feststellen, daß ich überhaupt kein einziges Wort gegen die Personen der Genossen

Liebknecht und Luxemburg

gesprochen habe, sondern lediglich gebeten habe, **ohne Ansehen der Person und aus rein geschäftsordnungsmäßigen Gründen den Antrag abzulehnen.**

Berichterstatter Richard Müller:

Genossen, ich hatte vorhin darauf hingewiesen, daß wir den Beschluß gefaßt hatten, den Staatssekretär Solf zu entlassen, ebenso den Herrn Erzberger bei den Friedensverhandlungen nicht zuzulassen. Im Anschluß daran verlas ich ein Schreiben, in dem auch der Unterstaatssekretär **Dr. David** erwähnt wurde. Ich muß das richtigstellen; ich habe mich geirrt. Wir hatten Dr. David gestrichen, also er war **nicht davon betroffen.** Ich bitte das zu berücksichtigen.

Vorsitzender Leinert:

Ich habe noch eine **Mitteilung** zu machen.

Infolge der ungenügenden Vorbereitung des Kongresses bin ich leider nicht in der Lage gewesen, Ihnen die **Einladungen zu den Fraktionssitzungen** auf den Tisch zu legen. Ich muß sie deshalb bekannt machen. Nach Schluß dieser Versammlung findet für die **sozialdemokratische Mehrheitsfraktion** eine Sitzung im Festsaale statt, für die **unabhängige sozialdemokratische Fraktion** um 8 Uhr eine Sitzung im Zimmer 5, und für die Delegierten der **Soldatenräte** eine Besprechung abends um 8 Uhr im Festsaal. Ebensowenig ist es möglich gewesen, Ihnen die bis jetzt eingegangenen Anträge vorzulegen. Ich werde mich aber morgen früh bemühen, eine Druckerei zu finden, mit deren Hilfe wir Ihnen die eingegangenen Anträge in kurzer Zeit schriftlich zur Verfügung stellen können.

Dann macht mir die **Wahlprüfungskommission** folgende Mitteilung:

> Da eine Reihe von Mandaten für ungültig erklärt wird, soll die **Auszahlung von Diäten vorerst nicht erfolgen.**

Ich bitte also die Delegierten, die Auszahlung von Diäten morgen nicht zu beantragen, ehe nicht die Mandatsprüfungskommission die Gültigkeit der Mandate festgestellt hat.

Ich schlage vor, die **nächste Sitzung** abzuhalten: morgen früh 9 Uhr. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Die Sitzung ist **geschlossen.**

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 10 Minuten.)

3. Sitzung,

Dienstag, den 17. Dezember 1918, vormittags.

Beginn der Sitzung 9 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender Seger:

Die Sitzung ist **eröffnet.**

Ich habe zunächst folgende **Mitteilungen** zu machen:

Es hat sich eine **demokratische Fraktion** auf diesem Kongreß gebildet. Mitglieder der demokratischen Fraktion werden gebeten, sich eine Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung im Zimmer 17 einzufinden. (Zuruf.) Herr Auer, ich bitte Sie, lassen Sie doch einem jeden Gesinnungsfreiheit. (Sehr richtig! und Bravo!)

Es ist dann dafür gesorgt worden, daß die **Drucklegung der Anträge** besser funktioniert als gestern. Gestern ist es nicht einmal möglich gewesen, Anträge, die am Vormittag in den Raum, in dem vervielfältigt wird, hineingekommen sind, vervielfältigt und verteilt wurden. Heute ist mir nun versprochen worden, daß eingehende Anträge innerhalb einer Stunde vervielfältigt werden, sodaß sie verteilt werden können.

Es ist auch ein **stenographischer Bericht** über die Verhandlungen des Kongresses hergestellt worden, der auch nach dem Beschlusse des Kongresses gedruckt werden kann. Vielleicht können wir diese Frage gleich zur Abstimmung bringen. Widerspruch wird sich wohl nicht dagegen erheben, daß ein stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses hergestellt wird; dann kann der Bericht jetzt schon **in Druck gehen.** — Ich stelle fest, daß der Kongreß so beschlossen hat.

Dann haben wir von dem Vollzugsrat das kleine Heft bekommen mit dem Programm und einer Anzahl **Quittungen,** die vom 16. bis zum 25. Dezember reichen. Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß bei einer geordneten Kassenführung auf diese Quittungen hin Geld ausgezahlt werden kann. (Sehr richtig!) Es ist auch insofern mit den Quittungen nichts anzufangen, als

sie vom 16. Dezember ab lauten, während für den größten Teil der Delegierten ja auch noch ein, mitunter auch zwei Reisetage, in Frage kommen, für die dann überhaupt keine Quittung vorhanden ist. Deshalb werden wir **Forderungsnachweise für die Diäten** herstellen; diese Forderungsnachweise werden nachher den Delegierten vorgelegt werden. Ich bitte nun, dabei folgendes zu beachten. Sie müssen auf diesen Nachweisen Ihren Namen und Ihren Wohnort einschreiben und dann das Formular wieder abgeben. Dann prüft die Mandatsprüfungskommission, ob das Mandat für gültig erklärt worden ist oder nicht. Jeder Forderungsnachweis hat eine Nummer, und Sie merken sich Ihre Nummer. Wenn der Kongreß zu Ende ist, oder schon vorher, soll die Auszahlung der Diäten erfolgen. Dann ist nur notwendig, daß Sie den Forderungsnachweis zurückverlangen und Ihre Nummer angeben und ausfüllen, wieviel Geld Sie zu bekommen haben. Dann unterschreiben Sie den Nachweis, und dann wird das Geld Ihnen sofort ausgezahlt. (Zuruf: Von wem?) — über die **Auszahlung** selbst gehen Ihnen dann noch Mitteilungen zu.

Ich will noch bemerken, daß natürlich die Feststellung, ob das Mandat gültig ist oder nicht, erst erfolgen kann, nachdem der Kongreß über die Gültigkeit des Mandates entschieden hat. Wir müssen aber wissen, wer hier ist, und deshalb gehen Ihnen nachher die Formulare zu, die Sie unterschreiben sollen, und wenn sie rechtzeitig fertiggestellt werden, wenn das Büro für Vervielfältigung wirklich so arbeitet, wie es mir versprochen worden ist, dann könnten Sie diese Forderungsnachweise für die Diäten schon heute mittag abgeben. Es wird darüber noch Mitteilung gemacht.

Dann ist ein **Antrag Laufenberg** eingegangen, der zum zweiten Punkt der Tagesordnung gestellt ist. Er ist in Druck gegeben und wird nachher verteilt werden.

Die Vertreter aus Sachsen-Altenburg werden gebeten, nach dem Zimmer 56 zu kommen zur Mandatsprüfungskommission.

Es sind eine große Anzahl **Telegramme** eingegangen von A.- und S.-Räten aus dem Reiche, die uns Glück und Erfolg zu unserer Tagung wünschen. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß alle Telegramme im einzelnen hier vorgelesen werden. Ich kann nur, glaube ich, im Namen des Kongresses sagen, daß wir allen A.- und S.-Räten und Arbeiterorganisationen, die uns zu unserer Tagung Erfolg gewünscht haben, den Dank des Kongresses aussprechen in der Hoffnung, daß alle im Interesse der Beschlüsse des Kongresses weiter arbeiten werden.

Wir treten in die **Tagesordnung** ein.

Nach der Rednerliste hat das Wort der Genosse Hermann Müller vom Vollzugsrat.

Hermann Müller (Vollzugsrat):

Genossen und Kameraden! Der Genosse Richard Müller hat Ihnen gestern mitgeteilt, daß er sich vom Vollzugsrat die Ermächtigung geben ließ, nicht nur einen objektiven Bericht zu geben, sondern seine persönliche Auffassung zu sagen. Ich war damit einverstanden, und das ermöglicht es auch mir, meinen Ausführungen eine mehr persönliche Färbung zu geben, als ich es sonst getan hätte, wenn ich als Vollzugsrat gesprochen hätte.

Da ich bei Persönlichem bin, gestatten Sie mir noch eine Bemerkung. Der Genosse Richard Müller hat sich gestern bitter darüber beschwert, daß in der bürgerlichen Presse Anwürfe gegen ihn gekommen sind, in denen behauptet worden ist, daß er sich und seine Familie um 80 000 Mark bereichert hätte. Ich habe mit Genossen Müller oft politische Kontroversen gehabt, ich kenne ihn von früher her, wir haben in demselben Vorort sehr viel miteinander diskutiert, und ich möchte meinerseits feststellen, daß ich Genossen Müller stets als einen durchaus selbstlosen, opferbereiten Parteigenossen kennen gelernt habe.

Es sind Vorwürfe gegen Müller und auch gegen Molkenbuhr erhoben worden, insbesondere in der Sache der Vollmachten. Ich kann auch hier im einzelnen in den 10 Minuten nicht darauf eingehen. Aber, Parteigenossen, hier mußten Fehler gemacht werden angesichts der Anforderungen, die an die Vorsitzenden gestellt wurden. Bei 16stündiger Arbeitszeit sind sie in diesen vier Wochen kaum in der Lage gewesen, all dem zu genügen, was von ihnen verlangt worden ist. Täglich kamen ganze Berge von Telegrammen, alle natürlich dringend, aus dem ganzen Reiche, und verlangten alles Mögliche und Unmögliche vom Vollzugsrat. Man hätte manchmal glauben können, daß man draußen meinte, wir wären allweise und allmächtig. Parteigenossen, wir sind nicht allweise gewesen, und wir sind auch nicht allmächtig gewesen in der Zeit. Wir haben viel zu viel geredet über dieses und jenes und über noch einiges und sind dabei zu den wichtigen politischen Fragen überhaupt nicht gekommen. (Zustimmung.) Ich erinnere daran, **daß wir nicht einmal einen klaren Beschluß über die Frage der Nationalversammlung gefaßt haben.**

Damit komme ich auf die Frage der Animosität gegen Berlin. Genosse Richard Müller hat sich das leicht gemacht: er hat auf die Hetze der Presse hingewiesen. Parteigenossen! Es entspricht nicht meinem Geschmack, auf Preßhetze solche Mißstimmungen zurückzuführen. Das erinnert mich an die Tage des alten Regimes, wo die Kreuzzeitung, die Post und die Deutsche Tageszeitung uns vorgeworfen haben, daß wir hetzten. Wir sollten doch solche Scherze lieber unterlassen und sollten der Überzeugung sein, daß dort, wo Hetzer einen fruchtbaren Boden finden, entweder Taten oder Unterlassungen vorhanden sein werden, die der Hetze Boden verschaffen.

Damit komme ich zu dem sachlichen Grund der Mißstimmung gegen Berlin. Parteigenossen! Wenn Kameraden von der Front und Genossen aus dem Lande kamen, dann merkte man immer, daß man draußen der Überzeugung ist: hier sitzen die Volksbeauftragten, die wollen die Nationalversammlung haben, und dort sitzt der Vollzugsrat, der schmeißt den Volksbeauftragten Knüppel zwischen die Beine und will die Nationalversammlung nicht haben. Das ist der wahre Grund der Mißstimmung gegen den Vollzugsrat.

Und wer am meisten dazu beigetragen hat, **das ist niemand anders als Richard Müller selber**, der in der Versammlung im Zirkus Busch gesagt hat, daß der Weg zur Nationalversammlung nur über seine Leiche ginge. Deshalb hat Richard Müller wahrlich keine Ursache, sich über die Diskreditierung des Vollzugsrates zu beschweren, denn er hat mit diesen Ausführungen den Vollzugsrat am meisten diskreditiert. (Sehr richtig!)

Weiter hat zu der Hetze gegen Berlin beigetragen, daß sich in der Umgegend von Berlin, in Neukölln, Mariendorf usw. allerlei Vorgänge abgespielt haben, gegen die der Vollzugsrat hätte einschreiten müssen. Aber der Vollzugsrat hat nicht eingegriffen, und das hat die Mißstimmung im Lande erhöht.

Dann kam auch die Frage der wilden Streiks, die unser Wirtschaftsleben desorganisierten, und von denen die Genossen draußen mit Recht fürchteten, daß sie auf die Betriebe im Lande übergreifen und die Organisation schwer schädigen könnten. Auch dagegen hat der Vollzugsrat niemals etwas getan.

Den vierten Punkt hat gestern schon Genosse Limbertz berührt; er hat darauf hingewiesen, was für Leute der Vollzugsrat für die Agitation aufs Land hinausgeschickt hat, und welche Folgen das draußen gehabt hat. Ich habe mich gefreut, daß Limbertz sich dagegen gewehrt hat. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß der Vollzugsausschuß keine Landagitation treiben und keine Berliner auf das Land loslassen soll. (Sehr richtig!)

Und wie war es mit den Geldern? Wir haben gestern gehört, daß der Vollzugsrat Geldmittel von der Regierung haben will. Wenn das richtig ist, dann muß daran festgehalten werden, daß der Vollzugsrat dann keine politische Propagandapolitik treiben darf. Politische Propaganda zu treiben, ist Sache der beiden politischen Parteien; diese sind dazu da, und wenn sie das Zeug dazu nicht

haben, dann können sie abdanken. Aber Gelder aus öffentlichen Mitteln dürfen nicht zu Propagandazwecken der Parteien verwandt werden. Diese Wirtschaft haben wir den Junkern immer vorgeworfen (Sehr richtig!), und wir dürfen diese Schand- und Luderwirtschaft nicht bei uns einführen, wenn wir die Macht haben. (Sehr richtig!) Deshalb muß hier eine klare Scheidung vorgenommen werden; mit der Propaganda darf der Vollzugsrat nichts zu tun haben, und wenn er von der Regierung öffentliche Mittel fordert, dann muß auch dafür gesorgt werden, daß diese Mittel nur im Interesse der gesamten Bevölkerung verwandt werden, und wir müssen verlangen, daß nachher mit eisernem Besen alle Dinge ausgekehrt werden, die mit der Arbeit des Vollzugsrats von Rechts wegen nichts zu tun haben.

Dann ein paar Bemerkungen über die Büros. Es sind da Vorwürfe erhoben worden, die zum Teil ungerechtfertigt sind. In den ersten Revolutionstagen sind Büros gegründet worden, deren Mitarbeit sich auch die Regierung bisher hat gefallen lassen. Es muß nur dafür gesorgt werden, daß diese Büros nicht mehr im Etat des Vollzugsrats fungieren, sondern daß sie der Regierung oder den Ämtern angegliedert werden, die sich einen Nutzen davon versprechen. So kann auch diese Frage zweckmäßig gelöst werden.

Dann ist die Frage aufgeworfen worden, ob die revolutionären Errungenschaften in Gefahr wären. Parteigenossen, ich sehe zurzeit eine derartige Gefahr nicht. Ich bin der Überzeugung: wenn wir dafür sorgen, daß keine Mißwirtschaft einreißt, die den bürgerlichen Parteien die Leute förmlich in die Küchen hineintreibt, wenn wir dafür sorgen, daß jeder Streit aus den Reihen der Arbeiter fernbleibt (Sehr richtig!), wenn das klassenbewußte Proletariat beider Parteien geschlossen hinter der Regierung steht, von der Dittmann mit Recht gesagt hat, daß das deutsche Volk noch niemals eine Regierung gehabt hat, die so im Vertrauen des Volkes wurzelt, wie diese, dann können wir sicher sein, daß es ein leichtes sein wird, jeden gegenrevolutionären Versuch mit eiserner Faust niederzuschlagen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Schiller (zur Geschäftsordnung):

Ich möchte einige Beanstandungen gegen die **Rednerliste** und gegen die Art der Reihenfolge der Redner sagen. Ich habe vorhin und gestern schon gehört, daß einige vierzig (Zuruf) — jetzt sogar schon fünfzig — Redner für die Debatte eingezeichnet seien. Ich habe gestern den Unfug bemerkt, daß die Einzeichnungen schon erfolgten, während der Genosse Müller sein Referat erstattete — das ist ein parlamentarischer Unfug — (Sehr richtig!) und wer sich nachher meldete, hatte überhaupt keine Aussicht mehr zum Worte zu kommen. Ich halte den Bericht des Vollzugsrats für so wichtig, daß das ganze Reich in seinen

Landsmannschaften zu Worte kommen

muß, und deshalb möchte ich den Vorsitzenden und den Kongreß bitten, bei der Verteilung der **Diskussionsredner** danach zu verfahren. Dann wird das ganze Reich in seinen Landsmannschaften zu Worte kommen. (Sehr richtig!) Ich möchte bitten, über meinen Antrag abzustimmen.

Vorsitzender Seger:

Dem Wunsche wird nicht Rechnung getragen werden können. (Widerspruch.) Sind Sie der Meinung, daß wir nach diesem Antrage verfahren können? (Zuruf: Nein!) Dann ist das erledigt, wir fahren fort. (Lebhafter Widerspruch.) Wenn Sie der Meinung sind, daß darüber abgestimmt werden muß, dann bitte ich diejenigen, die für den Antrag sind, **daß nach Landsmannschaften gesprochen werden soll**, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke; die Gegenprobe. (Geschieht.)

Die Mehrheit ist **für den Antrag.**

Zur Geschäftsordnung hat das Wort **Schmidt** (Düsseldorf).

Schmidt (Düsseldorf):

Genossen, nachdem Sie nun beschlossen haben, diesen Antrag anzunehmen, bitte ich, daß Sie nun auch der Geschäftsleitung sagen, wie sie das durchführen soll. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Seger:

Ich nehme an, daß solche Vorschläge aus der Mitte der Versammlung kommen und daß die Landsmannschaften sich verständigen, wen sie sprechen lassen wollen. Dabei wäre dann zu berücksichtigen, daß auch nach der politischen Richtung gesprochen wird. Vielleicht legen Sie solche Vorschläge vor.

Zunächst hat nun Rickisch (Augsburg) das Wort.

Rickisch (Augsburg):

Angesichts der großen Menschenmenge,

die **Liebknecht** z. B. gestern auf die Beine zu bringen verstanden hat, finde ich es sehr begreiflich, daß in ihm zeitweise ein gewisses **Gefühl der Macht und Stärke** aufkommen mag. Aber wenn **neben** der großen Menschenmenge, die sich gestern vor dem preußischen Abgeordnetenhause versammelt hatte, **das ganze berlinische Proletariat** aufgestellt werden könnte, so würde dagegen, davon bin ich überzeugt, die Liebknechtsche Anhängerschaft ganz verschwinden, und gar erst, wenn **das gesamte deutsche Proletariat** neben diese Liebknechtsche Anhängerschaft gestellt werden sollte. Dann würden **diese gar nicht mehr** in die Augen fallen. (Zuruf.) Meine Herren, **Berlin ist nicht Deutschland** und die Spartakusse und die ihnen nahe Stehenden haben draußen im Reiche recht wenig Stütze. Wenn auch hier und da in einzelnen deutschen Städten es den Anschein haben könnte, als ob Spartakus und ähnliche Leute dort Boden hätten, so ist das eine Täuschung. Die paar Städte beweisen gar nichts, (Widerspruch.) und München beweist auch nichts. Das Auftreten der **50 Münchener Revolutionäre** beweist durchaus nicht, daß die Massen, daß Bayern z. B. hinter ihnen steht. Der bayerische Landesarbeiterrat hat diesen 50 Revolutionären bereits Antwort erteilt. (Zurufe.)

Die Leute behaupten immer, sie wollten durch den Skandal die Revolution vor gegenrevolutionären Bestrebungen sichern. Das Gegenteil wird aber eintreten, sie **verpfuschen die Revolution**, wenn Sie in dieser Weise fortfahren. (Sehr richtig!) Die sozialistische deutsche Republik kann nur bestehen, wenn sie sich **auf breite Volksmassen stützen** kann. Die breiten Volksmassen aber laufen davon, wenn man fortfährt, weiterhin solche Dummheiten ins Werk zu setzen. Der Boden ist überall im Reiche, vor allen Dingen auch in Bayern, unter den bisherigen bayerischen Zentrumsbauern, außerordentlich günstig. Aber man muß sehr vorsichtig sein, daß man nichts verdirbt, daß man den gegnerischen Parteien nicht Agitationsmaterial in die Hände spielt. Dieses Auftreten der radikalen Richtung fördert ungemein

die separatistischen und partikularistischen Neigungen

im Reiche, und es ist ganz richtig, wenn behauptet wird, daß Berlin vor der Gefahr steht, seinen **Rang als Reichshauptstadt** zu verlieren. (Sehr richtig!) Diese Strömung, Berlin unter Umständen als Reichshauptstadt zu diskreditieren, stützt sich schon gewissermaßen auf die Vergangenheit. Auch im Jahre 1848 glaubten eine Reihe der in Frankfurt am Main versammelten Parlamentarier, die deutsche Reichshauptstadt solle Frankfurt am Main sein.

Richard Müller vom Vollzugsrat klagte darüber, daß sich die Volksbeauftragten nicht recht dem Vollzugsrat fügen wollen. Aber wir haben doch wohl ein Recht, zu fragen: Was berechtigt denn den Berliner Vollzugsrat, sich als Kontrolle der Reichsorgane aufzuspielen! Auch in Bayern gab es bereits Konflikte in Bezug auf die Räte.

Der bayerische **Ministerpräsident Kurt Eisner** hatte ursprünglich eine sehr weitgehende Auffassung von den Rechten der Räte; aber allmählich hat er unter dem Druck der öffentlichen Meinung **zurückgehuft**. (Widerspruch.) Jetzt steht er wohl auf dem Standpunkt, daß die Räte gewissermaßen als **politische Erziehungsorgane**

für das unpolitische deutsche Volk bestehen bleiben sollen. Bemerkenswert aber ist, daß Kurt Eisner eine exekutive Gewalt den Räten unter keinen Umständen eingeräumt wissen will. Seine Richtlinien, die vor einiger Zeit herausgekommen sind, räumen den Räten ein: **Beschwerdeentgegennahme**, Sorge für **Ruhe und Ordnung** und **einigermaßen Kontrolle**. Interessant ist es in München, daß Landauer, den vielleicht viele von den Herren kennen werden, ein Radikalster unter den Radikalen, die Richtlinien verteidigt hat; er scheint empfunden zu haben, daß es ganz unerträglich ist, den Räten eine Exekutive zuzubilligen.

Die Volksbeauftragten sollen Männer des Vertrauens des ganzen deutschen Volkes sein. Wenn sie das sind, muß ihnen auch große Bewegungsfreiheit eingeräumt werden, sollen sie ihr verantwortungsvolles Amt richtig ausüben. Die Kontrolle, die provisorisch noch dem Vollzugsrat zugestanden sein mag, muß aber dann, sobald die Nationalwahlen vorüber sind, in die Hände der Nationalversammlung gelegt werden.

Es ist auch ausgesprochen worden, daß hinter den Volksbeauftragten die **bürgerliche Presse** steht. Ich kann nicht sagen, daß ich den Eindruck gehabt habe, die bürgerliche Presse stehe hinter ihnen. Ich habe im Gegenteil die Beobachtung gemacht, daß sie **von der bürgerlichen Presse auf das heftigste befehdet** werden. Wenn man sich vorhält, daß der ehemalige Reichstagspräsident Fehrenbach den Reichstag hat zusammenrufen wollen, so muß man sich sagen, daß dieses Verhalten des Präsidenten einen Knüppel zwischen die Beine der Volksbeauftragten werfen heißt. Die gesamten bürgerlichen Parteien scheinen — das liegt meines Erachtens auf der Hand — zu empfinden, daß auch die Volksbeauftragten voll und ganz Sozialisten sind, und daß sie darauf hindrängen, die sozialistische Republik durchzuführen.

Wir Bayern stimmen wohl alle dem Rufe Dittmanns zu, **alles Trennende zu vergessen** und sich zu einigen zu einer Einheitsfront. Die Volksbeauftragten, zu denen auch Unabhängige Sozialisten gehören, sind Gegner aller bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Strömungen. Darum dürfen sie wohl auch alles Vertrauen der sozialistischen Parteien entgegennehmen. (Bravo!)

Vorsitzender Seger:

Ich möchte zunächst, ehe ich dem nächsten Redner das Wort gebe, fragen, woher Rabe ist. (Zuruf: Provinz Brandenburg!)

Der nächste Redner ist Rabe-Brandenburg.

Karl Rabe (Brandenburg):

Nach dem Beifall, mit dem gestern der **Bericht der Volksbeauftragten entgegengenommen ist**, erfaßt man es nicht, daß der ganze Tätigkeitsbericht des Vollzugsrats darin bestand, einen Heeresbericht über seine Kämpfe mit dem Rate der Volksbeauftragten hier abzulegen. Wir wollen hier nicht in die kleinliche und auch geschmacklose Art verfallen, mit der manchmal das Soldatenparlament den Vollzugsrat angegriffen hat. Wir wollen gern anerkennen, daß mancher Mann in den Reihen des Vollzugsrats gestanden hat, der in den Tagen der Revolution sein Leben für die Freiheit aufs Spiel gesetzt hat.

Aber einige seiner **Fehler** müssen hervorgehoben werden, nicht um kleinliche Abrechnung zu halten, sondern damit wir Erfahrungen daraus für den Neuaufbau des Vollzugsrats sammeln.

Zunächst hat er einen schweren **Organisationsfehler** gemacht. Es hätte ihm niemand im Reich verübelt, wenn er sich zur Reichsinstanz erklärte. Denn es hat sich oft in diesen Tagen darum gehandelt, **eine Kompetenz einfach an sich zu reißen**. Aber dann fand er auch keine Zeit

für kleine lokale Aufgaben. Die Lebensmittelversorgung von Berlin — kein Mensch von uns wird ihre Bedeutung unterschätzen — mußte er jedoch einer untergeordneten Kommission, einer Zwischeninstanz zwischen den A.- und S.-Räten Berlins und sich als Reichsstelle, überlassen. Wenn dadurch die Gefahr aufkam, daß er **nicht Zeit fand, den Anschluß an das Reich zu suchen**, so ist das der schwerste Vorwurf, den wir ihm machen, daß nämlich der Reichswille, der so fest in uns verankert ist, manchmal durch den Vollzugsrat in Gefahr gekommen ist. Dann wäre der Vollzugsrat auch eher dazu gekommen, diese Konferenz einzuberufen. (Sehr gut!)

Wir wollen ihm auch das glauben, daß er aus sich selbst daran gedacht und den Entschluß gefaßt hat, diese Konferenz einzuberufen. Aber alle die Telegramme und Entschließungen, die von draußen nach Berlin kamen und um Einberufung dieses Reichstags flehten, haben ihm sicher diesen Entschluß nicht schwer gemacht. — Zu der **Geldwirtschaft** ist nur das eine noch zu sagen, daß auch hier ein Fehler vorlag, der schwerer ist als ein Verbrechen. Warum hat man aus den vielen **wilden Büros**, die hier im Hause gewesen sein sollen, **nicht eins gemacht, welches die Mittel** an der Hand hatte, **dieses Gerücht zu bekämpfen?** Denn kein Mensch kann ermessen, welch unermeßlichen Schaden uns dieses Gerücht getan hat. (Sehr richtig!)

Warum hat man auch nicht einmal darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn auch Geld ausgegeben worden ist für den Arbeiter- und Soldatenrat, **während der Demobilmachung dem Volke unerhörte Werte gerettet** worden sind? (Sehr richtig!)

Wir verstehen auch nicht — ich kann dabei nur von den soldatischen Mitgliedern des Vollzugsrats sprechen —: Wir alle lieben Cohen, wir schätzen Gottschling, und auch Brutus war „ein ehrenwerter Mann" (Beifall); aber wir verstehen nicht: Warum haben diese guten Kräfte den Vollzugsrat nicht selbst auf die **Erneuerung des Vollzugsrats** gedrängt? Warum haben sie nicht den Geist in ihren Reihen hochgehalten, den wir alle zeigen, daß derjenige, der das Vertrauen seiner Wähler nicht mehr hat, ohne weiteres sein Mandat seinen Wählern zurückgibt und nicht darauf wartet, bis man ihn hinauskegelt?

Und hier muß ich ein paar Worte sagen; es werden Zwischenrufe kommen, aber ich kann nur mit Themistokles sagen: **schlagen Sie mich tot, aber hören Sie mich an.** Es ist klar, daß zur Besetzung hervorragender Posten nur Leute genommen werden können, deren Gesinnung absolut sicher ist. Aber das muß ich sagen, mit Rücksicht auf die kleinen Organisationen, daß derjenige Sozialismus, der **von der stillen Überlegung im Schützengraben** ab datiert, wo man nachts im Drahtverhau auf Posten stand und sich fragte: was hat dir der Mann, der drüben steht, getan? richtig ist, daß also der Sozialismus nicht schlechter ist als der, der beweisen kann, daß er drei Jahre auf der Liste gestanden hat und den Vorwärts hielt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Es muß klar werden, daß zum Sozialismus noch etwas anderes gehört, **daß ein Kopf dazu gehört**, um die Not des Volkes zu erkennen (Sehr richtig!), daß man weiß, worum es sich handelt: dem Volke Frieden, Brot, Arbeit zu schaffen, daß es sich darum handelt, das Vertrauen in unsere Geldmittel wieder zu fördern, daß es sich darum handelt, dem Volke den Glauben an seine Zukunft wiederzuschaffen, den es oft genug im Begriff war, aufzugeben. (Beifall.) Wenn wieder Männer hier stehen und arbeiten werden, werden sie noch manche Waffe hereinbekommen, die nicht zu antirevolutionären Zwecken draußen ist, sondern die mancher festgehalten hat als seinen letzten Freund. (Händeklatschen.)

65

Begründung des Antrags auf Entwaffnung der Gegenrevolution.

Vorsitzender Seger:

Ehe ich dem nächsten Redner das Wort gebe, mache ich darauf aufmerksam, daß gestern ein Antrag unterstützt worden ist, von dem die Antragsteller verlangen, daß er jetzt begründet werde. Ich hole deshalb Ihre Zustimmung dazu ein. Der Antrag lautet:

Der Rätekongreß wolle beschließen, sofort alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Konterrevolution zu ergreifen.

Leinert (zur Geschäftsordnung):

Ich habe vorhin dem Büro erklärt, daß das nach der Geschäftsordnung kein selbständiger Antrag ist, und gestern hat der Kongreß meine Deklaration zur

Stellung von selbständigen Anträgen

angenommen.

Ich möchte deshalb feststellen, daß es nach dieser Methode jedem Delegierten möglich wäre, 20 Minuten lang zu sprechen, wenn er nur irgendeinen Antrag einbringt und ihn begründen will. Das geht nicht. Die Rednerliste war festgestellt; der Antrag ist eingebracht und wird so behandelt, wie jeder andere Antrag, der zum Gegenstande der Tagesordnung gehört. Es kann zu einem Punkte der Tagesordnung niemand einen selbständigen Antrag stellen, sondern das sind alles Anträge, die zur Tagesordnung gehören. Selbständige Anträge sind solche, die gesondert außerhalb der festgestellten Tagesordnung verhandelt werden können. (Sehr richtig!) So hat der Kongreß gestern entschieden. Deshalb muß ich sagen, daß ich mich damit nicht einverstanden erklären kann, daß jetzt, wo ein Antrag vorlag, hier, weil nun gerade der Antragsteller sachlich zu Worte kommt, die Entscheidung gefällt wird, ob hier eine Begründung vorliegt oder nicht. Das hat das Büro zu entscheiden, und jeder Delegierte hat sich dem zu fügen. (Sehr richtig!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Braß.

Otto Braß-Remscheid:

Wir sind der Ansicht, daß das vorliegende Material, welches zum Teil noch geheim ist, wegen seiner Wichtigkeit unbedingt gerade dem Rätekongreß zur Kenntnis zu bringen ist, um die Notwendigkeit nachzuweisen, sofort Mittel und Wege zu suchen, um die konterrevolutionären Herde zu beseitigen. (Sehr richtig!) Ich glaube, diese paar Worte werden Ihnen genügen, damit Sie demjenigen, der diesen wichtigen selbständigen Antrag begründen will, 20 Minuten zuerkennen.

Vorsitzender Seger:

Da Meinungsverschiedenheiten im Büro selbst entstanden sind, will ich so verfahren, daß ich Ihnen die Entscheidung in die Hand lege.

Wer dafür ist, daß dieser gestern schon unterstützte Antrag mit zur Debatte steht, in dem Sinne, daß der Redner die 20 Minuten zur Begründung erhält, den bitte ich, sich von seinem Platze zu erheben. — (Geschieht.)

Ich danke und bitte um die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt.)

Es ist also **abgelehnt.**

Das Wort hat Braß-Remscheid.

Enthüllungen über gegenrevolutionäre Umtriebe.

Otto Braß (Remscheid):

Parteigenossen! Ich werde nunmehr versuchen, nur das Wichtigste von dem, was Sie wissen müssen, vorzutragen. Selbst diejenigen, die gegen die 20 Minuten Redezeit gestimmt haben, werden nachher erkennen, daß sie einen Fehler begangen haben.

Ich will zu dem Berichte der Volksbeauftragten und des Vollzugsausschusses nur wenige Worte sagen und mich darauf beschränken, die konterrevolutionären Bestrebungen und die Stellung der Volksbeauftragten und des Vollzugsrates dazu, soweit sie aus dem Bericht hervorging, zu beleuchten.

Parteigenossen, wir müssen ganz besonders an diejenigen, die über die Revolution zu wachen haben, die Frage stellen, was sie getan haben, um den konterrevolutionären Bestrebungen das Licht auszublasen. Genosse Dittmann hat gestern, im Gegensatz zu dem Genossen Müller, erklärt, daß solche bestehen und daß die

66

Arbeiter- und Soldatenräte **wachsam** sein sollten, aber **nicht allzu ängstlich**; und er hat weiter gesagt, daß die Oberste Heeresleitung und das Kriegsministerium ihre Tätigkeit deswegen weiter fortgeführt hätten, um die Truppen ordnungsgemäß in die Heimat zurückzuführen. Aber es ist nachgewiesen, daß diese Stellen neben ihrer offiziellen **Tätigkeit eine inoffizielle ausgeübt haben**, die etwas ganz anderes war, als eine ordnungsmäßige Zurückführung der Truppen in die Heimat. (Sehr richtig!) Die Vertreter, mögen sie sich einer Partei zuzählen, welcher sie wollen, die aus dem Westen hier sind und die es in den letzten Wochen in den Durchmarschtagen miterlebt haben, werden es mir bestätigen, daß die genannten Stellen ihren Aufgaben im Interesse der Revolution nicht nachgekommen sind, sondern daß es an unzähligen Orten **zu Konflikten gekommen** ist, daß die A.- und S.-Räte mit Gewalt aufgelöst, ihre Fahnen verbrannt, die Flugblätter verbrannt, die Flugblattverteiler, die Aufklärung schaffen sollten über die unsinnigen Gerüchte, welche die Offiziere und die Heeresleitung unter den Truppen verbreiteten, verprügelt worden sind. (Zurufe: Wo denn?) Ja, Sie wollen mich ja nicht 20 Minuten reden lassen, liebe Genossen, da kann ich auch nicht daran denken, Ihnen das genau darzulegen. (Lachen.) Meine Herren Parteigenossen! Sind Sie eigentlich hier, um festzustellen, wo die konterrevolutionären Bestrebungen sind und mit uns gemeinsam sie zu beseitigen, oder sind Sie hier, um mir die paar Minuten, die mir zur Verfügung stehen, abzutreiben, damit das ganze Material nicht in die Öffentlichkeit kommen soll? (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Genosse Dittmann sagt weiter, daß wohl **im Offizierskorps reaktionäre Bestrebungen** sind, daß es aber auch außerhalb solche gibt. Gerade wir im Westen haben feststellen müssen, daß ein inniger Zusammenhalt des Offizierkorps mit der **Reaktion, die im Bürgerrock steckt**, unter allen Umständen besteht. Diese gemeinsamen Bestrebungen haben die Zustände in den letzten Wochen geschaffen. **Man ist bewaffnet**, wie ich schon sagte, **noch abends um ½10 in die Wohnungen eingedrungen**, wo der Mann nicht zu Hause war, und hat die Frau gezwungen, **die roten Fahnen**, die sie zur Begrüßung der Truppen herausgehängt hatte, **herunterzuholen**. (Zurufe: Wo?)

Verehrte Anwesende, man hat unter dem **Schlagwort Bolschewismus** in der bürgerlichen Presse und leider auch in einem Teil der regierungssozialistischen Presse die Völker aufgeputscht, und auch unseren Frontsoldaten hat man eine Meinung dadurch beigebracht, daß sie im Westen nicht von denen empfangen wurden, die ihnen Dank schuldig sind und ihnen den Dank entgegengebracht haben, sondern von Leuten mit Munition empfangen wurden. (Zurufe: Namen nennen!) Wenn Sie sagen, daß Namen genannt werden sollen, so will ich Ihnen nur einige Orte nennen: Schiebusch, Landwehr, Lennep, Wermelskirchen, Rittershausen, Hahn, Solingen, Düsseldorf. Nehmen Sie die Orte im Westen, wie Sie wollen, **Sie werden wenige finden, wo nicht diese Zustände** geherrscht haben. (Sehr richtig!) Und warum haben sie geherrscht? Weil von den Divisionskommandeuren und Generälen die **Befehle ausgegeben waren, die Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen und die Fahnen und Embleme der Revolution zu beseitigen.** (Rufe: Pfui!) Weil das so liegt, muß es offen ausgesprochen werden, und wir müssen unter allen Umständen fragen: **was haben unsere Volksbeauftragten dagegen getan?** Es sind ja keine Einzelfälle; darüber könnten wir uns schon beruhigen, sondern es liegt auch **System in der ganzen Sache.** Die Befehle, die die 16. Infanteriedivision herausgibt, die beordert war, als erste das bergische Gebiet

und Düsseldorf zu durchziehen, lauteten, die Fahnen zu beseitigen, die Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen. Diese Befehle liegen vor. Und wenn ich sage, daß ich selbst persönlich mit dem Führer der 16. Infanteriedivision darüber verhandelt habe und er in meiner Gegenwart den Befehl abgegeben und dann die vormarschierenden Truppen zurückgezogen hat, dann werden Sie gestehen, daß das die Wahrheit ist.

Dieses Treiben geht aber weiter. Am 4. Dezember hat für die Besatzungstruppe, die im Orte Hahn lag, die 234. Infanteriedivision, der Leutnant und Kompagnieführer Leutnant der Reserve Rom von der 453. M.G.-Kompagnie der 6. Armee folgenden Befehl bekanntgegeben:

> Da die 234. Infanteriedivision zur Besetzung der Grenze vorgesehen ist und sie wahrscheinlich noch zirka ein halbes Jahr hierbleiben muß, hoffe ich, daß der Zusammenhalt, der bisher in den Fronttruppen war, auch für die Zukunft bleiben wird. Wir kommen nun in ein Gebiet, in welchem die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt in der Hand haben. Die große Mehrheit des Volkes ist aber **mit der gegenwärtigen Regierung nicht einverstanden.** Die Arbeiter- und Soldatenräte **hausen in einer schlimmen Weise**, zahlen Tagelöhne von 40 Mark an Bürogehilfen und Boten, und verschleudern so das Volksgut. Die Unternehmer zwingt man, so hohe Löhne zu zahlen, daß die Industrie zugrunde gehen muß. Das Bürgertum wird in der allernächsten Zeit gegen diese Regierung vorgehen, die beseitigt werden muß. In dem Bezirk, den wir zu besetzen haben, **werden die Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst werden**, und dabei rechnen wir auf Eure Unterstützung. (Hört, hört!) Es werden heute schon 25 **scharfe Patronen** verteilt und, **falls es soweit ist**, werdet Ihr weitere 25 Stück erhalten. (Hört, hört!) Ihr habt stets **Eure Pflicht** getan. Tut sie auch in diesem Falle! (Rufe: Pfui!)

Das war am 4. Dezember. Einige Tage später ist von dieser selben Division in Landwehr und Solingen eine Feldwache – ich mache darauf aufmerksam: das ist besetztes Gebiet – aufgestellt worden mit 2 Maschinengewehren und dem Auftrag, die **Engländer**, wenn sie sich zeigen, **mit Maschinengewehrfeuer zu empfangen.** (Hört, hört!) Das richtete sich ja nicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, aber es liegt System darin. Man will **Unordnung** in die ganzen Verhältnisse bringen, um aus dieser Unordnung heraus den Feind ins Land zu rufen. Denn diesen Leuten ist es lieber, daß die Entente hier im Lande ist, als daß sie unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte stehen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Genosse Dittmann hat erklärt, man hätte einen General entlassen. Ich frage: **warum hat man nicht alle Generäle entlassen**, die in dieser Art und Weise gegen die Revolution für die Konterrevolution gearbeitet haben? Verehrte Anwesende, aus dieser Besatzungstruppe der 234. Infanteriedivision ist in der vorvorigen Woche die **Bahnhofswache im Wuppertale entwaffnet** und verhaftet worden. Nur auf das Eingreifen der Schutztruppe des A.- und S.-Rates war es möglich, die Maschinengewehre, die auf das Wachtlokal von dieser Truppe gerichtet waren, zu beseitigen und Ruhe und Ordnung zu stiften.

Bei der 16. Infanteriedivision, die im Bergischen Bezirk in allen Orten so gehaust hat, konnte man nie, wenn man mit den Regimentskommandeuren verhandelte, die Offiziere fassen, die waren zu feige, unter ihrem wirklichen Namen zu arbeiten, sie gaben sich **fingierte Namen.** Wenn die oberste Stelle eingreifen wollte, dann hatte man nicht einen Offizier derartigen Namens.

Ich bitte Sie, mir zu gestatten, einen **Geheimbefehl** mitzuteilen und Ihnen nachzuweisen, wie schlimm es steht. Es drängt sich die Frage auf: Was tun unsere Volksbeauftragten gegen diese Machenschaften? Es hat mir ein Sergeant aus Wermelskirchen in den letzten Tagen einen Geheimbefehl zugeteilt: Ich frage hier das Kriegsministerium, ich frage unsere Volksbeauftragten, ob er ihnen nicht bekannt ist. Dem Kriegsministerium ist er bekannt, und er wird Ihnen schlagend nachweisen, daß es falsch war, das Material der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Dem Kriegsministerium ist folgendes zugegangen:

> Das Oberkommando der 11. Armee hat unter J.-Nr. 1941 **streng geheim**, am 16. November 1918 auf Weisung der Heeresgruppe B verfügt, daß von jedem Generalkommando der Armee eine möglichst **starke aktive Division** ausgeschieden werden soll mit dem Zweck, sie über die Demobilmachung hinaus bestehen zu lassen. In dem Befehl heißt es wörtlich:
>
> > Die Divisionen sind mit möglichst vielen aktiven Offizieren zu besetzen, (Bewegung) reichlich mit Munition aller Art und mit Nahkampfmitteln, Kolonnen auszustatten. (Hört, hört!) Die Maschinengewehrkompagnien mit Mannschaften und Gerät aufzufüllen, so daß sie jederzeit den an sie gestellten Aufgaben gewachsen sind. **Unzuverlässige Elemente sollen möglichst unauffällig entfernt werden**, (Hört, hört!) ein etwa notwendig werdender Austausch an den Ruhetagen auf dem Marsche ausgeführt werden. Bei aktiven Divisionen soll diese Maßnahme den Mannschaften begründet werden mit dem Hinweis, daß die aktive Division bestehen bliebe, im übrigen damit, daß ein fester Zusammenhalt **wegen der Plünderer** auf den Rückmarschstraßen sowie wegen der politischen Lage in der Heimat erforderlich sei. (Hört, hört!)

Das Generalkommando 51. A.-K. hat zu diesem Zweck **die erste Garde-Reservedivision** namhaft gemacht. Die Meldung des Generalkommandos spricht davon, daß den Mannschaften auf die Dauer nicht verheimlicht werden könne, daß sie über die Demobilmachung hinaus unter den Waffen gehalten werden sollten. Deshalb müsse man **mit verdoppelter Löhnung und reichlicher Verpflegung sie willig machen.** (Hört, hört!) Ich frage nochmals den Kriegsminister, ich frage unsere Volksbeauftragten: was haben Sie getan, um diese Herde der Konterrevolution zu beseitigen? (Sehr richtig!)

Was haben Sie getan, um die Revolution zu schützen? (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.)

Heinrich Malzahn-Berlin:

Parteigenossen und Kameraden! Ich möchte zur **Geschäftsordnung** den Antrag stellen, dem Genossen Braß noch eine Redezeit von 10 Minuten zu gewähren. Es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Frage. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Seger:

Sie können den Antrag begründen, wenn die Zustimmung dazu vorliegt. Ich frage zunächst, wer diesen Geschäftsordnungsantrag **unterstützen** will. — Die Unterstützung reicht aus. Will jemand für den Antrag sprechen?

Malzahn:

Parteigenossen, es handelt sich gerade in der Frage der Konterrevolution **um das Sein und Nichtsein der sozialistischen Republik.** Der Genosse Braß hat hier **ungeheuer wichtiges Material mitgeteilt**, das zur Kenntnis der Arbeiterräte und der Volksbeauftragten gebracht werden muß, damit die Volksbeauftragten zu dieser Frage Stellung nehmen. Ich möchte Sie bitten, diesem loyalen Antrage stattzugeben. (Beifall.)

Vorsitzender Seger:

Will jemand gegen den Antrag sprechen? — Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß

Genosse Braß noch weitere 10 Minuten redet, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Die Gegenprobe. (Es erheben sich einzelne Delegierte. Pfuirufe.)

Das erste war die **Mehrheit**.

Otto Braß (Remscheid):

Parteigenossen, Sie werden mir zugeben, daß hier der Ort ist, diese Dinge zu besprechen, **daß es notwendig ist, das an den Tag zu bringen.** (Sehr richtig!) Ich wiederhole die Frage: was haben die Volksbeauftragten, was hat das Kriegsministerium, denen die Sache bekannt ist, mit diesem Befehl gemacht, um nachzuweisen, wie die Fäden der Konterrevolutionären im Bürgerrock mit den Fäden derjenigen zusammenlaufen, die sich im Offiziersrock befinden? Ich habe schon darauf hingewiesen, daß diese Befehle der 16. J. D. und der 234. J. D. im Westen von Truppen ausgehen, die die Besetzung **vornehmen sollten**, und ich kann Ihnen sagen, daß bei Verhandlungen, die ich am Niederrhein mit den **Bürgerräten** hatte, die darauf hinausgingen, daß sie Sitz und Stimme im Arbeiter- und Soldatenrat haben wollten, mir schon 8 Tage, bevor diese Sache herauskam, erklärt wurde, sie würden nach einigen Wochen gern mit uns zusammenarbeiten. Sie spielten darauf an, und wir haben es später durch Telephongespräche, die unsere Kontrolleure auf dem Telegraphenamt abgelauscht haben, festgestellt, daß diese einzelnen Industriebarone sich schon vorher darüber unterhielten, **an welchem Tage der Arbeiter- und Soldatenrat dieses oder jenes Ortes aufgelöst werden würde.** Die Verhältnisse haben sich dann weiter entwickelt. Man hat ja auch Freunde aus dem Rat der Volksbeauftragten, und als ich sie danach gefragt habe, haben sie mir erklärt, **sie wüßten nichts davon.** Im Westen an der Grenze sind die sogenannten Stadthauptleute eingesetzt worden. Nach Rückfrage bei der Obersten Heeresleitung ist mir erklärt worden, sie sollten nur rein militärische Angelegenheiten erledigen. Aber, wo die Stadthauptleute mit ihren Truppen eingezogen sind, **haben sie nicht militärische Angelegenheiten**, sondern die Angelegenheiten der Arbeiter- und Soldatenräte zu erledigen versucht, was Ihnen von Hagen bestätigt werden wird. Die Wachen der Arbeiter- und Soldatenräte wurden eingezogen, und die Wachen von der Truppe wurden eingesetzt. Der **Grenzschutz**, den überall die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte ausüben, soll nunmehr **im Westen** von dem bisher stehenden Heere wahrgenommen werden. Stellen Sie sich das in Verbindung mit diesem Geheimbefehl zusammen, dann werden Sie sehen, wie die Fäden herüber und hinüber gesponnen werden, wie unser **Auswärtiges Amt**, unser **Kriegsministerium** und auch unsere **Waffenstillstandskommission darüber orientiert** sind und wissen, **was sie im konterrevolutionären Sinne wollen.**

Von dem 7. Armeekorps wurde am Freitag voriger Woche eine **Bekanntmachung** folgenden Inhalts herausgegeben:

> Das Generalkommando gibt bekannt: Durch die Vereinbarungen mit der Entente dürfen in der neutralen Zone gelegene Friedensstandorte mit Infanterie, Jägern, Kavallerie und Pionieren besetzt werden; Artillerie und Sonderformationen sind ausgenommen. Es ist beabsichtigt, die in Frage kommenden Regimenter nach ihrer Demobilisierung dorthin in Marsch zu setzen. Die Entente hat sich das **Kontrollrecht in der neutralen Zone** vorbehalten. **Arbeiter- und Soldatenräte werden von ihr nicht geduldet.** Sie sind daher **in der neutralen Zone aufzulösen.** Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, die in der neutralen Zone getroffen werden,

> müssen gewärtig sein, von der Entente verhaftet zu werden.

Verehrte Anwesende, das ist eine Vereinbarung, die angeblich mit der Waffenstillstandskommission getroffen worden ist. Verehrte Anwesende, **auch darüber wissen heute unsere Volksbeauftragten noch nichts.** (Hört, hört!) Trotzdem ich am Samstag bereits unseren Volksbeauftragten das Material übergab und ich bestimmt weiß, daß am Samstag abend bereits telegraphisch von hier **Aufschluß verlangt** worden ist, haben sie bis heute morgen den Volksbeauftragten **bei der Obersten Heeresleitung** gegen **noch keine Nachricht** bekommen. (Lebhaftes hört, hört!) Verehrte Anwesende, das ist das Verhältnis zwischen Volksbeauftragten und Oberster Heeresleitung, und da frage ich Sie:

Wer regiert hier eigentlich in der sozialistischen Republik? Die Volksbeauftragten oder die Oberste Heeresleitung?

Aber, verehrte Anwesende, es ist auch nicht so, wie es hier geschildert worden ist. Man sagt hier in der Kundgebung, es sollten nur die früheren Truppenstandorte, deren wir im Westen einige am Niederrhein haben, belegt werden. Aber auch das ist falsch. Eine Verfügung, die mir der Regierungspräsident Krnse durch einen Beauftragten, den wir dort haben, übergab, geht dahin, daß jeder kleinste Ort 2 bis 3 Bataillone Infanterie bzw. Kavallerie bekommen werde. Verehrte Anwesende, ich behaupte – und wir werden den Nachweis dafür liefern – daß das Vereinbarungen sind, **die im Einverständnis mit den rheinisch-westfälischen Gegenrevolutionären im Bürgerrock** getroffen worden sind. Alle Andeutungen, die man uns in den letzten Wochen gemacht hat, haben sich genau verwirklicht. Diese Leute waren unterrichtet; sie wußten, was geschehen sollte. Verehrte Anwesende, auch das Kriegsministerium weiß, was geschehen soll. Das **Kriegsministerium** hat auf eine Anfrage, die der Düsseldorfer Arbeiter- und Soldatenrat im Anschluß an diese Bekanntmachung gestellt hatte,

folgende Antwort

erteilt:

> Auf die telephonische Anfrage betreffend **Polizeitruppen in der neutralen Zone** wird Ihnen mitgeteilt, daß der Feindbund seine anfängliche Zustimmung zur Belegung der neutralen Zone mit den Friedensgarnisonen der Infanterie und Kavallerie wieder zurückgezogen und für die gesamte Besetzung der neutralen Zone die Stärke von **10 Infanteriebataillonen und 10 Eskadronen als Polizeitruppe** festgesetzt hat. Die Verteilung dieser Truppen auf die einzelnen Gebiete der neutralen Zone erfolgt durch die Oberste Heeresleitung und ist hier noch nicht bekannt.

Daraus geht hervor, daß der Antrag zur Besetzung mit Truppen von unserer Seite ausgegangen ist; (sehr richtig!) das ist durch die Auskunft des Kriegsministeriums klar bewiesen. **Die Entente hat diese Forderung nicht gestellt**; das geht daraus hervor, daß sie schreibt: Die Entente hat Ihre Forderungen nicht voll bewilligt, sondern nur einen Teil der Forderungen. – Nun frage ich Sie: Warum soll denn im Westen wieder diese starke Heeresmacht aufgestellt werden? Wir sind doch darüber einig, daß wir einen Krieg gegen die Entente im Westen nicht mehr führen können, aber auch nicht mehr führen wollen. (Sehr richtig!) **Was sollen denn nun diese Verhältnisse dort?** Ich weiß nicht, ob den Volksbeauftragten auch von dieser Sache Kenntnis geworden ist.

Verehrte Anwesende, ich stelle also fest: Wissende von dieser ganzen Angelegenheit sind das Kriegsministerium, das Auswärtige Amt und auch die Waffenstillstandskommission. Und, verehrte Anwesende, **wir im Westen können den Grenzschutz durch unsere eigenen Truppen aufrecht erhalten.** wir haben genügend Polizeitruppen zur Verfügung, die dort Ruhe und Ordnung halten können. Aber darauf kommt es den Herrschaften nicht

an; das sieht man, wenn man sich diesen Geheimbefehl und diese Maßnahmen, die ergriffen worden sind, vor Augen hält; dann sehen wir, daß **mit vollkommenem Bewußtsein und mit der klarsten Organisation die Gegenrevolution im Westen festgefügt werden soll**, und es sich nur noch darum handelt, den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten, in dem eingegriffen werden kann.

Verehrte Anwesende, so liegen die Verhältnisse und sie liegen nicht nur im Westen so; ich könnte Ihnen bekannte Fälle aus ein paar Orten nennen. **Wie ist es denn hier in Berlin gegangen?** Glauben Sie denn, daß der Putsch vom 6. Dezember nicht im Zusammenhang mit allen diesen Fällen steht? Glauben Sie, **daß dieser Putsch nicht ein Ausfluß dieser Befehle ist von der** Heeresgruppe B.? Das haben wir in Hamburg gesehen, und am letzten Sonntag, dem 8. Dezember, haben wir in Chemnitz wieder dieselbe Geschichte gesehen, wo 5 Genossen 2 Stunden lang von einem Soldatentrupp, von den Kaiserulanen, **durch die Straßen geschleift** worden sind, die ebenfalls wieder aufgeputscht waren gegen die Revolutionäre. Zwei Stunden sind sie durch die Straßen geschleppt worden, an jeder Straßenecke hat man sie hingestellt und schon die einzelnen Personen bezeichnet, die zu erschießen sind. (Pfuirufe.) Freilich sind unter diesen Herrschaften ja auch noch viele Feiglinge. Wenn es zum Erschießen kommt, dann sind **diejenigen**, die **erschossen** werden sollen, **gewöhnlich nicht so feige wie diejenigen, die sie erschießen sollen.**

So liegen die Dinge. Deshalb ist unser Antrag berechtigt, und deswegen sind die **Forderungen**, die wir heute an die Volksbeauftragten zu richten haben: **die unverzügliche Festsetzung der Generale**, die **Auflösung des stehenden Heeres**, die **Entwaffnung der Offiziere, Errichtung einer Roten Garde zum Schutze der Revolution.** (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Seger:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Richter (Neumünster).

Max Richter (Neumünster):

Parteigenossen und Kameraden! Wir sind hierher gekommen, um nützliche, fruchtbringende Arbeit zu leisten im Interesse der Erhaltung der Errungenschaften der Revolution. Diese Arbeit, diese unbedingt notwendige Arbeit würde aber meines Erachtens in Frage gestellt werden — — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Seger (den Redner unterbrechend):

Genosse, das ist keine Geschäftsordnungsdebatte. Ich denke, Sie wollen zur Geschäftsordnung etwas ausführen.

Richter (Neumünster) fortfahrend:

Das kommt darauf an. Ich wollte darauf hinweisen, daß **von einer kleinen Minderheit die überwiegende Mehrheit im Saale fortwährend provoziert wird.** (Lebhafte Zurufe und große Unruhe.)

Vorsitzender Seger:

Auch das können Sie nicht zur Geschäftsordnung ausführen. Das Wort hat Wegmann.

Mitglied des Vollzugsrats Wegmann:

Genossen! Es wurde von einem Diskussionsredner gestern darauf hingewiesen, daß der Vollzugsrat **Kuriere** ins Reich geschickt hätte, **die von Politik überhaupt keine Ahnung hätten.** Ich gebe das als Vollzugsratsmitglied zu, muß aber betonen, daß diese Leute von soldatischen Vollzugsratsmitgliedern, denen die Abteilung Presse und Propaganda unterstellt war, uns als Vertrauensleute empfohlen wurden, die sich nachher bei dem Putsch in Berlin als die Anführer dieses Putsches herausdestillierten. Sie werden daraus ersehen, daß es wirklich nicht die Schuld des jetzigen Vollzugsrates ist, daß solche Kuriere ins Land geschickt wurden. Ich möchte sogar behaupten, daß diese Kuriere planmäßig im Sinne der Gegenrevolution gearbeitet haben. (Sehr richtig!) Das

geht aus einem Brief hervor, den wir, aus Leipzig kommend, abgefangen haben, der an eins dieser inzwischen verhafteten Vollzugsratsmitglieder gerichtet war. Diese Vollzugsratsmitglieder von den Soldaten **gehörten einer gegenrevolutionären Organisation an**, die mit Kriegsministerium, Generalstab, Kommandantur, ja mit der Regierung in Verbindung stand und **den Putsch großzügig vorbereitet hatte.** Ich will Ihnen das kurz beweisen. Als die Herausgeber schmutziger anonymer **Flugblätter gegen die Juden und Spartakusleute** so weit gingen, daß sie in einem großen Plakat an den Anschlagsäulen die **Tötung Liebknechts** forderten, **da kamen die Spartakusleute zu uns** und erklärten, daß sie nicht mehr weiter mitmachen, daß sie, wenn der Vollzugsrat sich hier nicht ins Zeug legen würde, dazu übergehen würden, die ihnen bekannte Druckerei in Klump zu schießen. **Man kann die Empörung der Spartakusleute verstehen**; denn wenn es so weit kommt, wenn die Preßfreiheit so weit gehen soll, daß **zur Tötung gewisser Personen aufgefordert werden kann**, so ist es unsere Pflicht, in dieser Beziehung doch die Freiheit etwas zu beschneiden. Was daraus geworden wäre, wenn der Vollzugsrat hier nicht eingegriffen hätte, das können Sie sich selbst denken. Es wäre jedenfalls zu einem größeren Blutvergießen gekommen, was natürlich wieder den Spartakusleuten in die Schuhe geschoben worden wäre. Bei einem gewissen **Marten in der Potsdamer Straße 48** wurde daraufhin Haussuchung vorgenommen, er wurde verhaftet, und es fanden sich dort alle jene Flugblätter, auch die, welche gegen den Vollzugsrat die gemeinsten Anwürfe und Lügen enthielten, worin u. a. stand, daß **im Vollzugsrat Achtgroschenjungen** usw. seien. Daraus zog ich den Schluß, daß die Verhaftung dieses Herrn gerechtfertigt sei. Nachdem ich mir Vollmachten und ein Auto zur Beschlagnahme der Drucksachen im Vollzugsrat geholt hatte, erklärte mir eine inzwischen eingetroffene Wache der republikanischen Soldatenwehr, daß man vorhin **den Falschen verhaftet** habe, **ich hätte verhaftet werden sollen** (Hört, hört!), der Marten sei inzwischen **von der Kommandantur wieder freigelassen** worden. Das traf zu; er war eine Stunde später wieder auf freiem Fuße, obwohl ich den Beamten gesagt hatte, daß sie ihn unbedingt festhalten müßten, weil ich inzwischen telephonisch den Bescheid erhalten hatte, **daß das Abgeordnetenhaus von den Flammenwerfern usw. besetzt** und der Vollzugsausschuß verhaftet sei, was mich sofort zu dem Schlusse führte, daß der Marten damit in Verbindung stand. Marten hatte Ausweise, die vorschriftsmäßig von der Kommandantur unterschrieben waren, man fand bei ihm alle möglichen, von der Kommandantur ausgestellten Vollmachten, unter anderm eine Vollmacht zur Gründung eines „**Truppenempfang. Vereinigung deutscher Frauen**". Aus verschiedenen Schreiben, die gefunden wurden, geht hervor, **daß der Kommandantur von diesem Marten 2435 Mark überwiesen worden sind** als „Ergebnis einer Propagandafahrt". Es wird zum Schluß darauf hingewiesen, daß dieser „Truppenempfang" zur Verteilung von Liebesgaben jederzeit Frauen und Mädchen zur Verfügung hat, Ausweis: **abgestempelte rote Herzbinde.**

Diese rote Herzbinde spielte bei dem Freitagputsch eine große Rolle. Unter dem Titel „Truppenempfang. Vereinigung deutscher Frauen" waren auf allen größeren Stationen im ganzen deutschen Reiche von dieser Organisation Niederlagen errichtet worden. Wie und in welcher Weise dieser Truppenempfang gearbeitet hat, darüber kann man sich wohl ungefähr ein Bild machen, wenn man bedenkt, daß alle diese schmutzigen Flugblätter aus dieser Zentrale herauskamen, und man kann es auch verstehen,

daß deshalb **die Soldaten**, die hier ankommen, so **wenig aufgeklärt im Sinne der Sozialdemokratie sind.** An den Fenstern dieser Flugblattzentrale war ein großes rotes Herz angebracht, und ich erklärte schon, daß der

Putsch unter dem Stichwort „Rotherz"

stattfand, und daß alle Führer dieses Putsches schwarze Binden mit einem roten Herz trugen.

Diese Organisation ging sehr weit; sie griff sogar in die **Studentenkreise** hinüber, zu deren Verhaftung wir in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag schreiten mußten. Ich will aber noch bemerken, daß ich trotz meiner vollgültigen Ausweise der Druckschriften dort auf Anweisung eines Majors Mayen aus der Kommandantur nicht vor dem nächsten Tag 9 Uhr beschlagnahmen dürfte. Da weder Kommandant Wels, noch sonst jemand anzutreffen war, wandte sich der Truppenführer der Wache an den Major Mayen; und obwohl ich meine Mitgliedskarte vom Vollzugsrat und andere vollgültige Ausweise vorlegte, erklärte der **Major Mayen**, daß ich kein Recht zur Beschlagnahme hätte. Major Mayen ist, soviel ich weiß, heute noch auf der Kommandantur.

Bei der Gelegenheit kam ein **Student Heckenroth**, der erklärte, er sei von der Kommandantur mit einem abgestempelten Ausweis geschickt; als sich herausstellte, daß das Schwindel sei, berief er sich auf einen **Oberleutnant Schwab**, der ihn geschickt habe und der tatsächlich auf der Kommandantur tätig ist. Bei der Verhaftung der Studenten, die im Hotel Bristol in der Nacht zwischen 12 und 3 Uhr stattfand, wurde eine Notiz gefunden: „Haus Potsdamerstraße 43 von republikanischer Soldatenwehr besetzt. Heckenroth". Man sieht daraus, daß in Verbindung mit dieser Studentengruppe **eine reguläre Spitzelei betrieben wurde**, die über ganz Berlin verbreitet war. Das geht auch daraus hervor, daß diese **Studentengruppe bei den Spartakusleuten Vertrauensmänner** untergebracht hatte, um sich stets zu informieren, und daß auch an der Versammlung in den Germaniasälen Spitzel von dieser Studentenwehr, die alle mit Pistolen bewaffnet waren, teilgenommen haben. Wenn nun erklärt wird, daß der erste Schuß von seiten der Spartakusleute gefallen sei, so stelle ich Ihnen anheim, zu erwägen, von wem eventuell der erste Schuß gefallen sein könnte. (Vereinzeltes Sehr gut! Glocke des Vorsitzenden.)

Ich möchte bloß noch darauf hinweisen, daß dieser Heckenroth beauftragt war, nach Köln zu fahren, um **die Amerikaner zu holen**, weil in Berlin Unruhen ausgebrochen seien. Das ist in dem Bericht vom Polizeipräsidium ausdrücklich vermerkt, so daß Sie daraus sehen **können, wie weit verzweigt die ganze Organisation war.** Gleichzeitig fand man bei den Leuten einen Ausweis vom Kriegsministerium über 600 Gewehre, unterzeichnet Lorenz. Man fand bei einem Dr. Sack 10000 Mark, die er nach eignem Bekenntnis von Freiherrn v. Stumm aus dem Auswärtigen Amt erhalten hatte. Sie sehen daraus, daß mit allen Instanzen Verbindungen bestanden haben.

Ich möchte Sie zum Schluß darauf aufmerksam machen, daß diese Leute alle wieder freigelassen worden sind, weil man **keine direkten Beweise** vorgefunden hat, und ich wollte Sie bitten, dafür zu sorgen, **daß hier ein Gesetz geschaffen wird**, das so etwas unmöglich macht. Gestern ist in einem Restaurant ein Gespräch der Mitglieder dieser Versammlung belauscht worden, wobei sie erklärten: **„Wir müssen vorläufig mit den Mehrheitssozialisten mitmachen. Wenn wir die Sache aber genügend unterhöhlt haben, dann kommt unsere Zeit."** Also wir haben

die Gegenrevolutionäre unter uns.

Ich möchte Ihnen zurufen: Seien Sie auf der Wacht! (Lebhafte Zurufe: Namen nennen!)

Volksbeauftragter Landsberg:

Werte Genossen, der Vorredner hat uns ersucht, ein Gesetz zu schaffen, das

gegenrevolutionäre Machenschaften

unmöglich macht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Erlaß eines solchen Gesetzes möglich ist, denn sowohl Revolutionäre wie Gegenrevolutionäre pflegen, wenn sie einen Putsch vorhaben, nicht vorher die zuständigen Behörden um die Erlaubnis hierzu zu bitten. (Sehr gut!) Aber ich gebe Ihnen die Versicherung, daß wir uns **über die Pläne der Gegenrevolution keineswegs täuschen lassen.** Es wäre das erstemal in der Geschichte, daß eine gestürzte Klasse nicht den Versuch macht, wieder zur Herrschaft zu kommen. (Sehr richtig!) Man darf aber **nicht nervös werden**, auch dann nicht, wenn man die Aufforderung liest, Liebknecht totzuschlagen. Wenn derartige Aufforderungen geeignet sein sollten, denjenigen, dem sie gelten, um jede Besinnung zu bringen, so müßten meine Parteifreunde Ebert und Scheidemann längst ihres Verstandes beraubt sein. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Wir werden das Material des Genossen Braß selbstverständlich **sehr gründlich prüfen.** Nicht immer sind ja solche mitgeteilten Tatsachen richtig. So ist beispielsweise vom General Sixt von Arnim behauptet worden, daß er beim Einzug in die Rheinprovinz einen konterrevolutionären Erlaß in die Welt geschickt habe. An dieser Nachricht ist kein wahres Wort gewesen. (Sehr richtig!) Dagegen war es richtig, daß der **General Eberhardt** sich in törichter und unverantwortlicher Weise geäußert hat, und die Antwort des Rates der Volksbeauftragten war, daß er den General Eberhardt sofort von seinem Posten entfernt hat. Mehr können wir doch wohl nicht tun. (Zuruf.) Ach Gott, Festsetzen! Wir rufen nicht immer gleich nach der Polizei und dem Strafrichter.

Der Genosse Braß hat gefragt, was der Rat der Volksbeauftragten gegen gegenrevolutionäre Machenschaften tue. Ich gebe ihm darauf die Antwort: der Rat der Volksbeauftragten tut zweierlei. Erstens **demobilisiert** er das stehende Heer und zweitens schafft er **ein demokratisches Volksheer**, und, Genossen, was der Rat der Volksbeauftragten eigentlich sonst noch tun sollte, um eine Gegenrevolution unmöglich zu machen, das weiß ich nicht. Das hat uns der Genosse Braß auch nicht gesagt. (Zurufe: Im Westen wird nicht demobilisiert.) Natürlich demobilisieren wir. Sie sitzen hier und sagen: im Westen wird nicht demobilisiert!

Was **den Geheimerlaß**, von dem Braß gesprochen hat, anlangt, so haben wir, als er uns bekannt wurde, sofort den Kriegsminister um Auskunft über ihn ersucht. Die Antwort des Kriegsministers hat uns nicht genügt, und wir stehen wegen dieses Erlasses noch in Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung. (Zuruf.) Ich weiß nicht, was wir sonst hätten tun sollen. (Zuruf.) Aber erst muß man doch einen Tatbestand aufklären, ehe man einschreiten kann. Ich habe die Genossen nicht unterbrochen, nun lassen Sie mich doch, bitte, auch ausreden, und verkürzen Sie mir meine Redezeit nicht.

Sobald wir irgendwann und irgendwo einen Tatbestand feststellen, der auf gegenrevolutionäre Machenschaften schließen läßt, greifen wir schonungslos und rücksichtslos ein. Diese Versicherung kann ich Ihnen geben, und Sie können es wohl glauben; denn wir würden sonst den Ast absägen, auf dem wir sitzen, und dazu haben wir nicht die geringste Neigung.

Übrigens kann ich Ihnen die Mitteilung machen, daß

der Kriegsminister gestern seinen Abschied eingereicht hat.

(Beifall.)

Und nun, Genossen, wende ich mich dem Punkt:

Bericht des Vollzugsrats

zu, der ja eigentlich zur Verhandlung steht. Als der Berichterstatter Müller seinen Bericht mit einer Bitte um Entschuldigung dafür begann, daß er nicht ganz objektiv sein könnte, da habe ich mich auf einiges gefaßt gemacht. Aber ich muß gestehen, daß Müller es verstanden hat, meine Erwartungen außerordentlich zu übertreffen; denn was er uns gegeben hat, ist kein Bericht gewesen, sondern es war eine **Anklagerede gegen den Rat der Volksbeauftragten.** (Sehr richtig! — Bewegung.) Weil der Bericht das war, muß ich Sie bitten, mir als einen der Angeklagten zu gestatten, **mehr als zehn Minuten zu reden.** Diese Bitte rechtfertigt sich aus der Anklage. Sie werden mir zugeben, daß ich mich in zehn Minuten nicht auf eine Anklage von dreiviertel oder anderthalb Stunden verteidigen und auf sie eingehen kann, zumal da ich die Redezeit von zehn Minuten zum Teil für meine Antwort an die Adresse von Braß verwenden mußte. (Zuruf: Dittmann!) — Dittmann hat den Bericht nur für den Rat der Volksbeauftragten erstattet, er hat sich aber nicht gegen Müller verteidigt oder gegen ihn polemisiert.

Genossen, wenn jemand so wenig objektiv sein kann kann wie Müller, so sollte er die Erstattung eines Berichtes nicht übernehmen. (Sehr richtig!) Denn ein Bericht muß objektiv sein. Zum mindesten muß man doch von einem Bericht verlangen, daß er die Tatsachen richtig wiedergibt. In wichtigen Punkten hat der Bericht Müllers dieser Anforderung nicht genügt.

In einem Punkte hinsichtlich meines Genossen **David** hat Müller sich selbst gestern berichtigen müssen. Auch in einem anderen Punkte ist das, was er über David gesagt hat, falsch. Dittmann hat ihn schon berichtigt. Der Rat der Volksbeauftragten hat David nicht mit der Durchsicht der Archive betraut. Aber eins hat Dittmann vergessen zu sagen, daß **David selbst vorher darum gebeten** hatte, ihn damit nicht zu betrauen. Korrekter, als David, konnte sich keiner benehmen. Der Tadel Müllers war also ganz und gar nicht am Platz.

Ferner hat Müller gesagt, der **Hauptmann Lorenz** sei von uns auf Verlangen des Kriegsministers entlassen worden. Ich sage Ihnen, Genossen, das ist **einfach nicht wahr.** Ich verstehe nicht, wie Müller, der über unsere wahren Gründe doch von meinem Kollegen Barth informiert war, etwas derartiges behaupten konnte. Wir haben um die Entlassung des Hauptmanns Lorenz ersucht, weil für seine Festnahme nicht die geringste Veranlassung vorlag. Er war nämlich nicht in gerichtliche Haft genommen, sondern in **Schutzhaft**; nachdem wir dasjenige Gesetz, auf Grund dessen die Schutzhaft allein verfügt werden konnte, das Belagerungszustandsgesetz, mit großer Geste aufgehoben hatten (Hört, hört!), hat sich dagegen allerdings unser Gerechtigkeitssinn aufgebäumt, und wir habe uns gesagt: Das ist etwas unverantwortliches, das können wir nicht dulden, wir verlangen die Entlassung des Hauptmanns Lorenz. Der Vollzugsrat hat gleichwohl diesem so gut begründeten Ersuchen zunächst nicht stattgegeben, sondern hat Tage verstreichen lassen, ehe er den Hauptmann entließ.

Vorsitzender Seger (unterbrechend):

Ist der Kongreß damit einverstanden, daß der Redner noch 10 Minuten Redezeit bekommt?

(Zustimmung und Widerspruch. — Glocke des Vorsitzenden.) Wer dafür ist, erhebe sich von seinem Platze. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Redner fährt fort.

Volksbeauftragter Landsberg (fortfahrend):

Müller hat es dann getadelt, daß in Berlin einziehende Truppen auf **die Republik und den Rat der**

Volksbeauftragten verpflichtet worden seien. Ich bitte Sie, Genossen, auf wen hätten sie sonst verpflichtet werden können! Es ist doch selbstverständlich, daß die Truppen der Exekutive zur Verfügung stehen müssen. (Zuruf Ledebours: **Auf die Verfassung!**) — Der einzige Verfassungsbestandteil, den wir haben, ist die Republik, und auf die haben wir die Truppen verpflichtet; außerdem auf die Exekutive, und das ist der Rat der Volksbeauftragten.

Müller hat versichert, daß der Berliner Vollzugsrat die **Diktatur** niemals angestrebt habe. Ich habe es gern gehört. Aber fühlt er sich so ganz unschuldig daran, daß im ganzen Reich der Eindruck entstanden ist. daß das Gegenteil der Fall ist? (Sehr gut!) Wenn man sich, wie Müller, vor die Öffentlichkeit hinstellt und in einer Versammlung sagt: Wir haben den Rat der Volksbeauftragten eingesetzt, und **wenn er uns nicht paßt, jagen wir ihn davon**, — dann kann er sich nicht darüber wundern, wenn alle Welt den Eindruck hat, hier habe sich eine Diktatur etabliert.

Diese Drohung ist sogar im Vollzugsrat in die Tat übersetzt worden. In den letzten Tagen vor dem Zusammentritt des Rätekongresses haben wir uns im Rat der Volksbeauftragten, wenn uns die Post des Morgens oder irgend ein Bericht den üblichen Konfliktfall mit dem Vollzugsrat brachte, gesagt: jetzt in den letzten Tagen nur keinen Zusammenstoß mehr, wir wollen über die Sache hinweggehen. Der Vollzugsrat, oder wenigstens ein Teil seiner Mitglieder, stand auf einem anderen Standpunkt. Als der Rätekongreß längst einberufen war, ist von diesem Vollzugsrat noch der Antrag gestellt worden, **Ebert von seinem Posten zu entfernen.** (Hört, hört!) und es ist nicht Müllers Verdienst gewesen, wenn dieser Antrag abgelehnt worden ist.

Wenn der Berliner Vollzugsrat sich gegen den Verdacht, daß er nach der Diktatur strebte, schützen wollte, so mußte er **am ersten Tage nach der Revolution den Allgemeinen Rätekongreß einberufen.** (Bravo! Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Wir im Rate der Volksbeauftragten haben fortgesetzt darauf gedrängt, schon in den ersten Tagen nach der Revolution; (Hört, hört!) tatsächlich ist die Einberufung erst am 23. November erfolgt und zu einem viel zu späten Zeitpunkt. (Sehr richtig!) Es wäre durchaus möglich gewesen — niemand wird mir da widersprechen —, daß der am 23. November einberufene Rat 8 oder 10 Tage später hier zusammentrat. (Sehr richtig!)

Dann die **Festnahme der Industriellen.** In Dortmund kommt eine Reihe von Industriellen in den Verdacht, Landesverrat begangen zu haben, ein Verdacht, der sich hinterher als gänzlich ungerechtfertigt herausgestellt hat. (Zurufe.) — Gut, dann warte ich. Ich will nur hoffen, Genosse Braß, daß Ihr Material von vorhin zuverlässiger ist als das auf diesen Fall bezügliche. Denn in diesem Falle steht fest, daß erstens die Zusammenkunft im Hotel Fürstenhof in Dortmund, wo die hochverräterischen Pläne geschmiedet worden sein sollen, überhaupt nicht stattgefunden hat, zweitens, daß der Denunziant, der behauptet hatte, er sei Kellner in diesem Hotel gewesen und habe als Kellner Kenntnis von diesen Plänen erhalten, niemals Kellner in dem Hotel war, und drittens, daß dieser angebliche Kellner das Geständnis abgelegt hat, daß er sich die Verdächtigung der Industriellen **aus seinen schmutzigen Fingern gesogen** hat. Ich meine, kräftiger kann ein Verdacht nicht widerlegt werden. Aber der Verdacht bestand, und es muß zugegeben werden, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Mülheim durchaus berechtigt war, die im Verdacht des Hochverrats stehenden Personen festzunehmen. Aber **wie kommt der Berliner Vollzugsrat dazu**, diese Sache zu untersuchen? Das frage

ich mich. Der erste Grundsatz des Rechtsstaates ist, daß ein Eingriff in die Rechte eines Staatsbürgers nur auf Grund eines scharf umrissenen Tatbestandes seitens der sachlich und örtlich zuständigen Behörde vorgenommen werden darf. Wenn dieser Grundsatz ins Wanken kommt, dann wankt alles, **dann hat kein Mensch mehr das Gefühl der Sicherheit.** (Händeklatschen.)

Wir vom Rat der Volksbeauftragten sind von allen Seiten bestürmt worden, wir sollten uns mit der **Einsetzung von Standgerichten** zur Aburteilung gewisser schwerer Verbrechen einverstanden erklären. Wir haben stets mit Entschiedenheit erklärt: das tun wir nicht. Wir verlangen selbstverständlich, daß Verbrechen möglichst rasch und streng abgeurteilt werden, aber auch sie sollen Anspruch auf die allgemeinen Wohltaten des Gesetzes haben, auch sie sollen ihrem zuständigen Richter, ihrem gesetzlichen Richter nicht entzogen werden. (Sehr richtig.) Auf diesen Standpunkt haben wir uns gestellt. Ich wünschte, der Vollzugsrat hätte das auch getan, dann würde er nicht zu diesem Eingriff in die Dortmunder Verhältnisse und dadurch wieder in den Verdacht gekommen sein, die Herrschaft im ganzen Deutschen Reich an sich reißen zu wollen.

Nun wieder zu Müller. Er hat die rechtssozialistische Presse der Hetze gegen den Vollzugsrat geziehen, sich über den Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit, den man den Arbeiter- und Soldatenräten gemacht hat, beklagt und in diesem Zusammenhange auch dem **Staatssekretär Schiffer** den Vorwurf der Beteiligung an dieser Hetze gemacht. Meine Herren, ich bin es dem Staatssekretär Schiffer schuldig zu erklären, daß Müller ihm Unrecht getan hat. In der Rede Schiffers, die mir im Stenogramm vorliegt, ist von den Arbeiter- und Soldatenräten nicht ein Wort enthalten. (Hört, hört!) Schiffer hat lediglich gesagt, daß von verantwortlichen und unverantwortlichen Stellen **sehr viel Geld ausgegeben** worden sei. (Zurufe: Na also!) Aber ich bitte Sie, ist Ihnen denn nicht bekannt, daß wilde Soldatenräte sich selbst Erhöhungen ihrer Bezüge ins Ungemessene zugebilligt haben? (Erneute Zurufe.) Mit den unverantwortlichen Stellen sind eben diese wilden Stellen gemeint. (Zuruf: Und die Verantwortlichen?) Was die **verausgabte Milliarde** anlangt, so will ich Ihnen sofort antworten. Die Stelle, an der von der einen Milliarde und 200 Millionen Mark die Rede ist, lautet:

> Die Summen, die durch erhöhte Löhnungen oder neu eingeführte Bezüge aller Art, durch Aufwendungen, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen verbunden waren, aus dem Staatssäckel genommen worden sind, gehen weit über 1 Milliarde.

(Zuruf: Da haben wir es!) Aber hören Sie doch: Schiffer sagt ausdrücklich, daß diese Milliarde sich zusammensetzt aus Ausgaben für:

> Heraufsetzung der immobilen Grundlöhnung, Arbeitszuschüssen, Zulagen für die Grenzschutztruppen, Entlassungsgeldern, erhöhten Marschgebühren, Besoldung entlassener Mannschaften.

Sie werden doch dem Schatzsekretär nicht verargen können, daß er sagt, durch Erhöhung der Löhnung und der Gebührnisse sei die Reichskasse um weit über 1 Milliarde Mark belastet worden, wenn diese Angabe den Tatsachen entspricht. (Sehr richtig. — Zuruf: Sie haben ja selbst zugestimmt!) — Ja, natürlich! (Anhaltende Unruhe.) Aber ich will mir damit meine Redezeit nicht kürzen lassen.

Nun also zu der sogenannten **Hetze gegen die A.- und S.-Räte!** Wer behauptet, daß Sie im allgemeinen unwirtschaftlich verfahren sind, tut Ihnen bitteres Unrecht. (Sehr richtig!) Sie haben den besten Willen mitgebracht und teilweise auch ein ganz erhebliches Geschick. Ich kann

beispielsweise vom Magdeburger Arbeiter- und Soldatenrat zu meiner Freude sagen, daß er in den ersten 3 Wochen seines Bestehens ganze 6000 Mk. gebraucht und dem Reiche **Werte von ungefähr einer Million Mark gerettet** hat. (Bravo! — Zuruf: Das ist überall so!) — Wenn es überall so ist, so ist das schön.

Ich kann den A.- und S.-Räten nur raten und würde mich freuen, wenn aus dieser Versammlung heraus ein entsprechender Antrag gestellt würde, genaueste Rechnung zu legen, und zwar dem neuen Vollzugsrate der Republik, über alle ihre Einnahmen und Ausgaben. (Sehr richtig!) Nichts wäre so geeignet, die Behauptung, daß sie unwirtschaftlich gehandelt haben, zu widerlegen wie die **genaue Rechnungslegung.** Sie brauchen dabei natürlich nicht ängstlich zu sein. Daß im Drange dieser Tage nicht jede Ausgabe belegt werden kann, daß einmal eine Quittung über 100 oder 150 Mk. fehlen wird und fehlen muß, wird jeder einsehen. Aber die Rechnung muß übersichtlich, klar, korrekt sein, und ich kann deshalb den Arbeiter- und Soldatenräten nur dringend diese Anregung ans Herz legen. Wir müssen die Geschäfte in der Art des sorgsamsten Hausvaters führen; denn wir sind vor der Geschichte, vor unserem Volke verantwortlich. (Sehr richtig!) In Zeiten wie den heutigen muß die Finanzverwaltung **jeden Pfennig dreimal umdrehen,** ehe sie ihn ausgibt, darf sie nur wirklich notwendige Ausgaben machen, und die Gehälter der Angestellten müssen zwar anständig, dürfen aber nicht übertrieben sein.

Nun wollte ich darauf eingehen, inwieweit der Berliner Vollzugsrat nach diesen Grundsätzen handelt, aber die Redezeit scheint wieder abgelaufen zu sein. (Zurufe: Weiter reden!)

Vorsitzender Seger:

Ich werde die Entscheidung in Ihre Hand legen. Wer dafür ist, daß noch eine weitere Redezeit gewährt wird, mag sich von seinem Platze erheben.

(Geschieht. — Rufe: Unbeschränkt! — Große Unruhe und Widerspruch.)

Volksbeauftragter Landsberg (fortfahrend):

Genossen, ich danke Ihnen für die Verlängerung der Redezeit. Seien Sie gewiß, daß ich die Vergünstigung, die Sie mir gewährt haben, nicht mißbrauchen werde. Die Genossen, die Widerspruch erhoben haben, mache ich darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten das Recht zusteht, **jederzeit außerhalb der Rednerliste das Wort zu nehmen.** Also wenn ich jetzt abträte, würde ich nach dem nächsten Redner das Wort zur Fortsetzung meiner Rede erbitten können. Ich tue Ihnen also wirklich kein Unrecht.

Genosse Müller hat sich darüber beklagt, daß wir **dem Vollzugsrat bisher noch keinen Pfennig gezahlt** hätten. Woran liegt das? Der Vollzugsrat hat uns einen ganz **unbrauchbaren Etat** vorgelegt, auf den wir einfach keine Zahlungen leisten konnten. Selbstverständlich können wir Zahlungen nur leisten, wenn uns deren Notwendigkeit nachgewiesen ist. Wir haben dem Vollzugsrat seinen Etat mit sehr ernsten Hinweisen darauf zurückgegeben, wie ein Etat aussehen muß. Darauf kam ein anderer Etat.

Nun habe ich gestern gehört, daß der Vollzugsrat im ganzen nicht mehr als 500 000 Mk. ausgegeben hat. Ich freue mich darüber. Das ist uns am 16. Dezember gesagt worden, am 11. Dezember aber wurde uns ein Etat vorgelegt, der **975 000 Mk.** forderte. (Hört, hört! — Zurufe: Bis zum 30. Dezember! — Die anderen Ausgaben sind nur bis zum 15. Dezember!) — Immerhin ist dann nicht ein Unterschied von 475 000 Mk. erklärlich. Daraufhin haben wir vom Rat der Volksbeauftragten einmütig — bemerken Sie: einmütig! — be-

schlossen, am Schlusse eines Briefes, der den Vollzugsrat auf die Unkorrektheit seiner Rechnung hinwies, zu sagen:

„daß eine Rechnung wie die vom 11. 12. 18, die allen Anforderungen einer reellen Finanzverwaltung Hohn spricht, uns eingereicht werden konnte, ist geeignet, den Gerüchten über Mißwirtschaft in den Arbeiter- und Soldatenräten neue Nahrung und den Schein der Berechtigung zu geben." (Sehr gut!)

Was stand in diesem Etat? Ich will Ihnen einige Positionen vorlegen, und Sie werden dann prüfen und beurteilen können, ob wir auf diesen Etat eine Zahlung leisten konnten. Diäten für 45 Mitglieder des Vollzugsrat zu 50 Mk. pro Tag = 119 250 Mk. (Hört, hört!) 2 **Vertrauensleute** zu 50 Mk., 48 Vertrauensleute zu 40 Mk., macht insgesamt 107 030 Mk. (Hört, hört!) Was diese Vertrauensleute für Funktionen haben, weiß ich nicht, aber es müssen wohl wichtige sein, denn zwei von ihnen bekommen dieselben Bezüge wie die Mitglieder des Vollzugsrates und die 48 nur 10 Mk. weniger. Dann kommen 32 Kuriere zu 40 Mk. und 98 Kuriere zu 30 Mk. Dann 10 Büroleiter, 24 Stenotypistinnen zu 25 Mk., 186 Stenotypistinnen zu 15 Mk. täglich. Also **210 Stenotypistinnen** hat der Vollzugsrat, 4 für jedes Mitglied. Und wir sollten die Notwendigkeit dieser Zahlen für dargetan erachten, ohne daß dem Etat irgendeine Bemerkung beigefügt war. Nun wird uns gesagt: ja, das sind Colin-Roß und Walz und andere gewesen, die verschwenderisch zu Werke gegangen sind. Aber wenn man am 14. Dezember aufräumen und herausschmeißen konnte, konnte man das auch früher tun. (Sehr richtig!) Dieser Tage wird uns eine Rechnung vorgelegt über 30 000 Mk. für Telegramme des Vollzugsrats vom Wolffschen Telegraphenbüro. Da hatte der Vollzugsrat die verschiedensten Telegramme veröffentlicht, wahrscheinlich in der Meinung, daß das kostenlos sei, und eines schönen Tages kam dann die Rechnung, und wir sollen sie jetzt bezahlen. So hat sich der Vollzugsrat das Verhältnis zwischen ihm und uns vorgestellt. **Er bewilligt** und schließt Verträge, ohne daß er uns fragt, und **hinterher haben wir zu bezahlen**, bzw. die Zahlungsanweisungen zu geben. Soviel zu diesem Punkt.

Und nun noch einiges über das **Verhältnis zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten.** Müller nannte es **unerträglich.** Für wen es das gewesen ist, hat er nicht gesagt. Er glaubt beweisen zu können, daß der Rat der Volksbeauftragten den Vollzugsrat beiseite schieben will. Es ist uns nicht eingefallen, das anzustreben. Wir haben auch sein Kontrollrecht niemals bestritten. Aber wie liegt denn die Sache? Der Rat der Volksbeauftragten ist als Regierung eingesetzt. Das bedeutet, daß er allein die Geschäfte zu leiten hat; (Sehr richtig!) sonst kommt man zu einer Nebenregierung. Entweder hat man Vertrauen zu einer Regierung, dann läßt man sie die Geschäfte führen, oder man hat kein Vertrauen, und dann setzt man sie nicht ein. (Sehr richtig!) Das bedeutet natürlich nicht, daß der Regierung Lebenslänglichkeit garantiert ist. Kein Mensch von uns Sechsen nimmt das in Anspruch. Wenn dieses Parlament von uns verlangt, daß wir unsern Abschied nehmen, dann reichen wir ihn selbstverständlich auf der Stelle ein. Aber solange wir hier an der Stelle stehen, auf die wir gestellt sind, müssen wir die **Exekutive haben**, und **wir allein.** (Sehr richtig!) Ich wiederhole, das **Kontrollrecht haben wir dem Vollzugsrat nie streitig gemacht**, aber diese Kontrolle dürfen Sie nur uns gegenüber ausüben, nicht aber gegenüber den einzelnen Reichsämtern. (Sehr richtig!) Diese sind uns unterstellt, und was sie tun, haben wir

zu verantworten. Wir allein müssen deshalb kontrolliert werden. Und auch aus einem andern Grunde durfte der Vollzugsrat die einzelnen Reichsämter nicht kontrollieren, weil sich nämlich die beiden sozialdemokratischen Parteien dahin geeinigt haben, in jedes Reichsamt je einen Kontrolleur von jeder Partei hineinzusenden, und es können doch nicht zwei voneinander unabhängige Kontrollorgane nebeneinander arbeiten. Dann wird überhaupt nicht kontrolliert und nicht gearbeitet. An diese Grundsätze, die der Vollzugsrat **in der Theorie anerkannt** hat, hat er sich **in der Praxis nicht gehalten.** Da erscheint eines Tages **Oberleutnant Walz im Kriegsministerium** (Richard Müller ruft: Das ist ja Schwindel!) und stellt sich vor als Kontrolleur, der vom Vollzugsrat hingeschickt sei, und beansprucht zunächst 6 Zimmer für sich auf Grund einer Vollmacht von Müller und Molkenbuhr. (Zurufe vom Vollzugsrat.) Ich weiß nicht, wie das zustande gekommen ist. (Zuruf Ledebours: Wir haben ihn beseitigt!) Sie haben ihn beseitigt. Zunächst ist er aber erschienen. Weiter: Im **Reichswirtschaftsamt** erscheint eines Tages ein Mann mit einer Vollmacht von Müller und Molkenbuhr, behauptet, er sei in das Reichswirtschaftsamt als Kontrolleur des Vollzugsrat delegiert, und **hält dem Staatssekretär Müller einen Vortrag** darüber, die Kriegsgesellschaften müßten sofort aufgehoben und der **freie Handel wiederhergestellt** werden. Der Mann hatte seine Sachkunde auf das schlagendste bewiesen. Als man nachher dem Vollzugsrat sagte: wie kommt ihr dazu, einen solchen Mann zu schicken? — stellte sich heraus, daß kein Mensch eine Ahnung von der Entsendung hatte. Aber die Vollmacht des Mannes war echt. Wenn Müller sagt, im Drange der Geschäfte kann man nicht alle Vollmachten lesen, die einem zur Unterzeichnung vorgelegt werden, dann sind allerdings solche Vorkommnisse erklärt. Mir erscheint diese Erklärung nicht plausibel.

In das Reichsmarineamt hat die sozialdemokratische Partei Noske, die unabhängige Sozialdemokratie Vogtherr hineingeschickt. Ich sollte meinen, daß diese Kontrolle vollständig genügt. Trotzdem hat sich noch ein **Rat von Matrosen**, der aus nicht weniger als **53 Mann** besteht, im Reichsmarineamt als **Kontrollbehörde** etabliert. Dieser Matrosenrat macht die Arbeit im Reichsmarineamt unmöglich. Denn er kontrolliert einfach alles. Die Waffenstillstandsverhandlungen werden z. B. durch befristete Telegramme geführt. Bei der Art der Mitarbeit des 53er Rates ist es fast unmöglich, die Fristen innezuhalten. Was dabei auf dem Spiele steht, können Sie sich denken.

Ein anderer Fall: im **Zuchthaus zu Celle** sitzt ein Schuft, der aus Gewinnsucht während des Krieges Deutschland verraten hat. Wir werden uns alle darin einig sein, daß es keine größere Niedertracht gibt, als wenn jemand aus schnöder Sucht nach dem Mammon sein eigenes Land dem Feind verrät. Was macht der 53er Rat? Er verfügt die Entlassung des Mannes, weil nach sozialistischem Rechtsempfinden bei ihm keine strafbare Handlung vorliege. (Lebhaftes Hört, hört!) Genossen, was ich Ihnen vorgetragen habe, sind keine Anzeichen bösen Willens. Es liegt mir fern, derartiges zu behaupten — es sind **Anzeichen der Unerfahrenheit**, aber einer Unerfahrenheit, die vernichtend wirken kann. Deshalb müssen wir dagegen einschreiten. Wir dürfen nichts vertuschen, wir müssen alles zur Sprache bringen, um bessernd zu wirken. Wir wollen uns kontrollieren lassen, wir wollen uns abberufen lassen, wir wollen uns aber an der Arbeit nicht hindern und nicht um unsere Reputation bringen lassen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

81

Das Sprechrecht der Regierungsvertreter.

Volksbeauftragter Ledebour:

Der Volksbeauftragte Landsberg hat eben die Bemerkung gemacht, laut der Geschäftsordnung hätten die **Volksbeauftragten** das Recht, jederzeit **ohne vorherige Wortmeldung in die Debatte einzugreifen**, wie das im Getriebe des früheren Reichstags die Reichsbeauftragten gehabt haben. In der Geschäftsordnung steht nichts derartiges. Die beschlossene Geschäftsordnung enthält keinen Paragraphen, der den Volksbeauftragten dieses Recht gäbe. Ich fragte nun den Vorsitzenden Seger, auf Grund welcher Tatsache der Volksbeauftragte Landsberg dies behaupten könnte. Da sagte er, wenn ich ihn recht verstanden habe, daß das Büro eine solche Erklärung abgegeben hätte. Wenn das richtig ist, so stelle ich fest, daß das Büro dazu absolut nicht berechtigt ist. (Sehr richtig!) Änderungen, Ergänzungen, Erweiterungen der Geschäftsordnung können nur durch das Plenum beschlossen werden, nicht aber durch Dekret einer Delegiertenbehörde, wie es das Büro ist. Also der Anspruch, den Landsberg erhoben und auch durchgeführt hat, war vollkommen ungerechtfertigt.

Ich komme nun zu der Frage, ob sich ein solches Verfahren **sachlich rechtfertigen** läßt. Parteigenossen, es war einer der Krebsschäden des Reichsbetriebes, daß die Regierungsvertreter jederzeit das Wort nehmen konnten, selbst außerhalb der Tagesordnung. Jeder, der lange dem Parlament angehört hat, weiß, wie schädigend das auf die parlamentarischen Verhandlungen einwirkt, weil es diesen Leuten einen ganz ungerechtfertigten Einfluß gegeben hat, wie er in keinem wirklich parlamentarischen Lande üblich ist. (Zuruf: Hier war es wirklich notwendig!) — Ich komme gleich darauf, mein Lieber. Die Sache ist des Präjudizes wegen gemacht worden, das der Reichsbetrieb zeigte, und dieses Präjudiz war absolut ungerechtfertigt. In jedem wirklich parlamentarischen Lande ist das absolut unzulässig, z. B. in England. Jetzt wird nun gesagt, hier wäre es notwendig gewesen. Wenn es notwendig ist, dann müßte es ordnungsgemäß beschlossen werden. (Zuruf.) — Nein, das ist nicht beschlossen worden, Sie haben nicht aufgepaßt. Ich habe festgestellt: der Vorsitzende hat mitgeteilt, daß das Büro eine Erklärung abgegeben hat; eine Erklärung des Büros ist aber kein Beschluß des Plenums. Wenn es notwendig ist, muß das nachgeholt werden.

Wenn nun aber den Volksbeauftragten dieses Recht gegeben werden soll, dann müssen **wir als Vertreter des Vollzugsrats dasselbe Recht** beanspruchen. (Sehr richtig!) Denn der Volksbeauftragte Landsberg hat dieses ihm widerrechtlich zugestandene Recht ausgenutzt, um fortgesetzt **Angriffe gegen uns** zu richten. (Sehr richtig! — Widerspruch und große Unruhe.) Ja, Parteigenossen, da sehen Sie, daß **das Untertänigkeitsbedürfnis diesen Leuten heute noch im Blute** sitzt. (Lebhafter Widerspruch und stürmischer Beifall.) Die Regierung! — Ihr schämt Euch gar nicht, daß Ihr noch hinter dem bürgerlichen Parlamentarismus in England zurücksteht, (Große Unruhe und stürmischer Beifall.) wo das gar nicht nötig wäre; denn da würden Leute, die solchen Anspruch erheben, einfach ausgelacht werden, wenn sie der Regierung einen Vorzug gegenüber den Abgeordneten des Parlaments geben wollten. Aber wenn wir es für notwendig halten, müssen wir selbstverständlich dasselbe Recht haben, sonst können diese Leute, wie Landsberg, die Redefreiheit zu beständigen Angriffen gegen uns ausnutzen, und da wir hier vor Euch und dem Lande Rechenschaft abzulegen haben, müssen wir auch die Möglichkeit haben, sofort auf die unerhörten Angriffe zu antworten.

Ich beantrage nunmehr, daß sowohl den Volksbeauftragten, wie den Mitgliedern des Vollzugsrats jederzeit das Recht gegeben wird, das Wort zu ergreifen. Wenn Ihr das nicht bewilligt, so zeigt Ihr dadurch, daß Euch auch nicht ein Funken Gerechtigkeitsgefühl innewohnt. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Seger:

Es liegt eine Anzahl von **Wortmeldungen zur Geschäftsordnung** vor. Ich bemerke zu den Ausführungen des Genossen Ledebour folgendes. In der Geschäftsordnung befindet sich leider **keine Bestimmung**, die diese Frage regelt. Es ist gestern also versehen worden, darüber eine Bestimmung zu treffen. Das Büro hat gemeint, daß die früheren Gepflogenheiten auch jetzt Geltung haben sollen. Es war aber für das Büro selbverständlich, daß es, wenn den Volksbeauftragten jederzeit die Möglichkeit gegeben ist, das Wort zu nehmen, dies Recht auch den Mitgliedern des Vollzugsrats zugestehen muß. Wir werden nunmehr dazu kommen, die fehlende Bestimmung nachzuholen. In dieser Richtung liegt ein Antrag vor, der lautet:

Die Beschränkung der Redezeit von 10 Minuten soll für die Volksbeauftragten nicht gelten.

Da nun schon gesprochen worden ist, wird es zweckmäßig sein, uns mit dem Antrage zu beschäftigen, damit Klarheit geschaffen wird.

82

Zur Begründung des Antrages hat Buhrmann (Greifswald) das Wort.

Buhrmann (Greifswald):

Parteigenossen und Kameraden! Es ist gestern gesagt worden, daß **in England** eine andere Form herrsche. Das müßte erst ausführlich dargelegt und begründet werden. Ich kenne die englische Geschäftsordnung nicht. Da gibt es vielleicht andere Mittel, damit die Beauftragten des Reiches jederzeit und in beliebig langer Zeit Stellung nehmen können. Uns, die wir aus dem Reiche kommen, interessiert in erster Linie, was uns von diesem Tische aus mitgeteilt wird. (Sehr richtig!) **Das sind unsere Vertrauensmänner.** (Zustimmung — Stürmische Unruhe.)

Lassen Sie mich doch ausreden! (Wiederholte stürmische Unruhe.)

Ich habe gar nichts dagegen, daß dieselben Bestimmungen — (Erneute Unruhe und Zurufe.)

Schweigen Sie doch 5 Minuten lang, wenn Sie das fertig bekommen! Potz Kuckuck! Ich habe garnichts dagegen, daß dieselben Bestimmungen auf die Herren des Vollzugsrates, gegen den ich ja nichts einzuwenden habe, angewendet werden. Aber schweigen Sie doch nur eine Minute lang! — Es ist eine selbstverständliche Forderung des Anstandes, dafür zu sorgen, daß unsere Volksbeauftragten uns jederzeit Auskunft geben können, und es entspricht nicht der Würde dieses Hauses, auch nicht Ihrer Würde, wenn Ihre eigenen Volksbeauftragten, die sich aus allen Parteien zusammensetzen, bitten müssen, daß sie länger als 10 Minuten sprechen dürfen. Das ist eine Forderung des Anstandes, und ich bitte Sie, diese Bestimmung auch auf die Herren des Vollzugsausschusses auszudehnen. (Zurufe.)

Vorsitzender Seger:

Es geht der Reihe nach. Zunächst hat das Wort der Genosse Rickelt.

Gustav Rickelt-Halensee:

Genossen, das Mitglied des Vollzugsrats Ledebour hat in der sachlichen Begründung in Bezug auf die Geschäftsordnung zweifellos recht. Irgendein Vermerk in der Geschäftsordnung, daß den Volksbeauftragten das Recht zusteht, außerhalb der Reihe das Wort zu ergreifen, ist nicht vorhanden. Aber er hat in seinen weiteren Ausführungen ganz und gar unrecht. Denn der Volksbeauftragte Landsberg hat von diesem ihm nicht zustehenden Recht absolut keinen Gebrauch gemacht; (sehr richtig!) er hat als vorschriftsmäßiger Redner hier das Wort ergriffen, und als vom Vorsitzenden das Ende der Redezeit angekündigt wurde, ist an die Versammlung die Frage gerichtet worden, ob er weiter reden solle oder nicht. (Sehr richtig!) Daraufhin haben wir dieses Recht ausgenutzt. Der Genosse Ledebour hat also ganz und gar unrecht, und seine moralische Entrüstung, mit der er uns vorwarf, daß wir uns schämen müßten, ist vollständig unangebracht. Er muß sich schämen! (Große Unruhe — Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Seger:

Ich bitte um Ruhe. — Ich mache darauf aufmerksam, daß der Redner sich irrt. Der Volksbeauftragte Landsberg hatte sich in die Rednerliste nicht eintragen lassen, sondern, wie das Büro erklärt hat, sollte er reden, wann er wollte.

Zu einer Erklärung hat das Wort der Genosse Ebert.

Volksbeauftragter Ebert:

Genossen, ich glaube, wir können diesen Streit sehr leicht beilegen. Wir beanspruchen kein **Vorzugsrecht.** Nachdem unser Kollege Landsberg gezwungen worden war, eine Reihe sachlicher Dinge zu erörtern, die von anderer Seite in die Debatte hineingeworfen waren, konnte er mit der festgelegten Zeit nicht auskommen. Ich schlage deshalb vor, daß auch einem Redner des Vollzugsausschusses eine unbeschränkte Zeit oder eine so reichlich bemessene Zeit, wie sie Landsberg hatte, zur Verfügung gestellt wird, und daß es im übrigen sowohl für uns wie für den Vollzugsrat bei den Bestimmungen der Geschäftsordnung bleibt.

Vorsitzender Seger:

Zu einer Erklärung hat das Wort der Volksbeauftragte Barth.

Volksbeauftragter Barth:

Genossen, ich bin leider in der unangenehmen Lage, erklären zu müssen, daß ich mit dem, was Genosse Landsberg hier ausgeführt hat, zum Teil **absolut nicht** einverstanden bin.

(Vorsitzender Seger: Das gehört aber nicht zur Geschäftsordnung!)

— O ja! — Ich bin deshalb der Meinung, daß, wenn Angriffe auf den Rat der Volksbeauftragten erfolgen, wenn weiter der Rat der Volksbeauftragten von Ihnen dann bestätigt werden soll, **Klarheit** geschaffen werden muß über die **Richtlinien für die zukünftige Arbeit des Vollzugsrates.** Das erachte ich als zwingend notwendig, und wenn von einer Seite in dieser Weise unbeschränkt in die Debatte eingegriffen wird, dann muß das Gerechtigkeitsgefühl das auch anderen zugestehen.

Vorsitzender Seger:

Zu einer Erklärung hat das Wort Ledebour.

Vollzugsratsmitglied Ledebour:

Parteigenossen! Der Redner — ich kenne seinen Namen nicht — (Rufe: Rickelt!) — Genosse Rickelt oder Herr Rickelt, ich weiß es nicht — (Heiterkeit) hat mir zunächst sachlich recht gegeben, dann aber eine **große moralische Entrüstung erzielt,** weil er behauptete, Landsberg habe nur in der Reihenfolge der Redner das Wort genommen. Ich habe durch Einsicht in die Rednerliste, was von Genossen Seger noch bestätigt wurde, festgestellt, daß Ihre Auffassung unrichtig ist. (Hört, hört! und Lachen.) Landsberg hat außerhalb der Redner das Wort bekommen, vorher waren noch Heckert und ein paar andere. (Zurufe.) Landsberg war erst **als Vierzehnter** in die Rednerliste eingetragen; er wäre vor ungefähr einer Stunde nicht herangekommen. Also Ihre ganze Entrüstung, die hier eine stürmische Zustimmung gefunden hat, war vollständig ungerechtfertigt. (Lachen.)

Im übrigen will ich kein Wort darüber verlieren. Wir haben dieses Recht unsererseits ursprünglich nicht beansprucht. Wir haben uns in die Rednerliste eingetragen, so unangenehm das war, jetzt aber verlangen wir dasselbe Recht, und ich bitte Sie nunmehr, das einstimmig anzunehmen. (Zurufe: Alle?) — Ach Gott, wir machen doch nicht den Gebrauch davon. (Zurufe: Nachher aber!) — Bitte, dann warten Sie es ab, dann können Sie einschreiten, und machen Sie nicht solche albernen Bemerkungen.

Vorsitzender Seger:

Es ist vom Volksbeauftragten Ebert vorgeschlagen worden, daß nur noch einem Vertreter des Vollzugsrates das Wort gegeben werden solle, und dann sollen beide Teile, Volksbeauftragte und die Mitglieder des Vollzugsrates, nur dann das Wort bekommen wie die übrigen Redner auch. Wird diesem Vorschlage zugestimmt? Wer dafür ist, mag sich von den Plätzen erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit. Damit ist die Geschäftsordnungsangelegenheit erledigt, und ich frage, welches Mitglied vom Vollzugsausschuß nunmehr das Wort haben will. Genosse Ledebour!

Vollzugsratsmitglied Ledebour:

Parteigenossen und verehrte Anwesende! Auf einige der Angriffe, die der Genosse Landsberg gegen uns gerichtet hat, wird nachher mein Freund Müller in seinem Schlußwort eingehen, da es Interna der Verwaltung anbetrifft, mit denen ich persönlich nicht befaßt gewesen bin und über die ich deshalb bei der Schnelligkeit, mit der ich jetzt das Wort ergreifen mußte, mir nicht das nötige sachliche Tatsachenmaterial beschaffen konnte. (Zuruf.) — Das ist auch das einzig Richtige, Parteigenossen, daß wir uns die Arbeit teilen.

Ich werde aber auf einige der Punkte eingehen, die Landsberg hier vorgebracht hat.

Vor allen Dingen weise ich darauf hin, daß diese Mißgriffe, die vielfach vorgekommen sind, von uns selbst auf das peinlichste empfunden wurden. Sowie wir davon Kenntnis hatten, sind wir dagegen **eingeschritten,** und gerade der Fall des früheren Vollzugsratsmitgliedes **Walz,** den Landsberg hier anführte, ist ein schlagender Beweis dafür, daß wir nicht einen Augenblick gezögert haben, einzugreifen, um unsererseits Remedur zu schaffen. Dieser Übergriff des Walz, den Landsberg angeführt hat, daß er ins Kriegsministerium gegangen ist und da unglaubliche Ansprüche gestellt hat, kam gerade zu meiner persönlichen Kenntnis, als ich in einer andern Angelegenheit mit einigen Vertretern der Ostfront im Kriegsministerium über die Regulierung des sogenannten Grenzschutzes in Polen verhandelte, wobei wir es durchsetzen konnten, daß alle Forderungen der Soldaten vom Kriegsminister zugestanden wurden. Bei dieser Gelegenheit teilte uns der Kriegsminister und der Unterstaatssekretär Göhre mit, daß Walz solche Ansprüche erhoben habe und sich überhaupt, wie mir nachher mitgeteilt wurde, so benommen habe, daß der Kriegsminister alle Lust verloren hätte, weiter zu arbeiten. Da habe ich sofort zunächst für meine Person die Erklärung abgegeben, daß wir das **auf das schärfste mißbilligten** und daß jedenfalls der Vollzugsrat als solcher in keiner Weise dieses Vorgehen des Walz decken würde, daß wir auch gegen den Kriegsminister in seiner Tätigkeit nichts einzuwenden hätten, sondern er dafür sorge, daß im Kriegsministerium keinerlei konterrevolutionäre Anschläge gehegt und gefördert würden; und daraufhin hat mir Göhre selber die Erklärung abgegeben, daß mein Auftreten den Kriegsminister damals bewogen habe, seine damals schon beschlossene Amtsniederlegung nicht auszuführen. Sie sehen also, daß gerade mein Auftreten gegen Walz mich in die für mich wirklich sonderbare Lage gebracht hat, daß ich einen an sich **konservativen Kriegsminister erhalten** habe.

Wir haben späterhin den Walz auf Grund anderer Tatsachen, die uns mittlerweile erst aus der Vorgeschichte der Revolution bekannt geworden sind, nämlich wegen Verrates, den er begangen hat, aus dem Vollzugsrat beseitigt. Alle diese Tatsachen müssen dem Volksbeauftragten Landsberg bekannt gewesen sein; wenn er trotzdem den Fall Walz hier angeführt hat, so ist das nur ein Beweis dafür, daß ihm mehr daran gelegen ist, den Versuch zu machen, den Vollzugsrat zu diskreditieren, als daß er wirklich für Klarheit und für zusammenarbeiten zwischen den beiden Körperschaften hat sorgen wollen.

Was die **Geldfrage** anbetrifft, so beschränke ich mich auf folgende Mitteilungen:

Wir haben, sobald wir von der Aufstellung, die Landsberg hier kritisierte, Kenntnis erhielten, unsererseits sofort eine, wirklich **budgetären Ansprüchen entsprechende Rechnungslegung** veranlaßt. Das sind auch alles interne Verwaltungsangelegenheiten, mit denen selbstverständlich die Mitglieder des Vollzugsrates selber nicht haben befaßt werden können, besonders nicht diejenigen, die vorzugsweise politisch tätig gewesen sind; wir haben sie deshalb einer besonderen Kommission überwiesen, die vorwiegend, ich glaube sogar ausschließlich, aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei sich zusammengesetzt hat. Ich sage das nicht deshalb, weil ich irgendeinen Vorwurf gegen diese Genossen erheben will; aber ich halte es für notwendig, das festzustellen gegenüber einem unerhörten Angriff, den heute der Vorwärts auf den Vollzugsrat macht, indem er sagt, seine tüchtigen Parteimitglieder hätten einen unangenehmen Stand gehabt, weil sie ihre Tätigkeit nicht in der Weise hätten ausüben können, wie sie wollten. Tatsächlich sind wir aber mit diesen Fragen sachlich gar nicht befaßt sind wesen, sondern haben sie, wie alle andern, die vorgelegt worden sind, erfahren. Im übrigen sind — das hat Müller schon angeführt — alle diese auch unserer Überzeugung nach unerhörten Mehrausgaben durch eine Anzahl Soldatenräte veranlaßt worden, die **im ersten Trubel der Revolution** von der Soldatenversammlung gewählt worden sind, Leute, die den Soldaten selber ganz unbekannt waren, **meistens Offiziere,** die den Soldaten durch ihre Formgewandtheit imponiert hatten, und die dann eine unglaubliche Mißwirtschaft mit der Einrichtung einer Anzahl sinnloser Büros und der Anstellung von allen möglichen Leuten getrieben haben. Aus diesen Büros sind auch die ungeschickten oder törichten Anordnungen hervorgegangen, die z. B. Limbertz gestern kritisiert hat: auch diese sind in keiner Weise den Mitgliedern

der beiden Parteien, die in den Vollzugsrat hineingeschickt sind, aufs Konto zu schreiben.

Bei der Gelegenheit will ich noch auf die Vorwürfe eingehen, die, wie mir mitgeteilt wurde — ich habe es nicht selbst gehört — auch Genosse Limbertz gegen den Vollzugsrat erhoben hat, weil er für seine Mitglieder **Diäten von 50 Mark** ausgesetzt hat. Wir haben auch früher schon darüber debattiert, und ich will Ihnen nochmal die Gründe für diesen Satz angeben.

Zunächst scheint mir, daß Limbertz und seine Freunde vergessen haben, daß wir in einer Zeit der verringerten deutschen Valuta leben, daß wir heute mit 50 Mark nur ungefähr soviel kaufen können, wie vor dem Kriege mit 20 Mark. Wenn Sie jetzt hier in Berlin von Ihren Diäten leben müssen und Ihr Mittagessen usw. bezahlen müssen, so werden Sie wissen, daß Sie für Essen etwa viermal soviel ausgeben müssen wie vor dem Kriege (Zuruf: Sechsmal!), für Bekleidungsgegenstände, deren Ankauf ja eigentlich nicht zugelassen ist, ungefähr zehnmal soviel. Im großen und ganzen richten sich diese Ausgaben nach dem wirklichen Wert des Geldes, und der wirkliche **Wert des deutschen Geldes** ist doch auf mindestens die Hälfte heruntergegangen. (Zustimmung.)

Aber wir sind auch noch aus anderen Erwägungen auf den Satz von 50 Mark gekommen. Wir haben uns gesagt: Der Arbeiter- und Soldatenrat und insbesondere der Vollzugsrat sind gewissermaßen **Vertreter der parlamentarischen Körperschaften**, die im Reiche und in Preußen in früheren Zeiten das Volk vertreten haben. Wir sind natürlich nur eine provisorische Körperschaft, solange wir Berliner sind. Die Macht geht jetzt auf eine zentrale Körperschaft über. Wir haben uns gesagt: Die Stellung, die ein Vollzugsratsmitglied haben muß, wird gestützt dadurch, wenn er dieselbe Stellung hat und dieselben Diäten bezieht, die ein Reichstagsabgeordneter hat. Reichstagsabgeordnete bekommen nach der Diätenerhöhung während des Krieges 5000 Mark, früher 3000 Mark. Diese 5000 Mark bekommen sie für eine Arbeitszeit — nun hören Sie mal zu —, die in den vier Kriegsjahren vom 1. August 1914 bis zum 3. August 1918 sich auf ungefähr 192 Sitzungen erstreckt. Das macht durchschnittlich im Jahre 48 Sitzungen, und wenn Sie das letzte Geschäftsjahr vom 4. August 1917 bis 3. August 1918 in Betracht ziehen, so macht das ungefähr 75 Sitzungen aus. Es kann sich um ein paar Tage mehr oder weniger handeln, das werden Sie verzeihen, ich habe keine genauen Unterlagen zur Hand. (Zuruf.) Ja, dazu kommen noch allenfalls andere Sitzungen, sodaß wir noch 25 Tage — das ist außerordentlich hoch gegriffen — hinzuzählen können; dann haben wir 100 Sitzungen. Für diese 100 Sitzungen bekommt also der Reichstagsabgeordnete 5000 Mark. Das macht 50 Mark für die Sitzung. (Zuruf des früheren Reichstagsabgeordneten Thone.) Das ist nicht wahr? Der Mann ist Abgeordneter, er hat die Diäten in die Tasche gesteckt und sagt: das ist nicht wahr! (Große Heiterkeit.) Wenn ich die Rechnung auf den Durchschnitt der vier Jahre beziehen würde, so würde der Satz noch viel höher sein. Ja, wollen Sie denn, daß Ihre Vertreter eine mindere Stellung haben sollen als die der früheren Reichstagsabgeordneten, wollen Sie sich selber für die Zeit, daß Sie hier tagen, einen geringen Wert beimessen? Das wäre doch vollkommen sinnlos, ganz abgesehen davon, daß der Satz, was den Geldwert anbetrifft, vollkommen gerechtfertigt gewesen ist. (Zuruf Richard Müller: Was bekommen denn die Volksbeauftragten?) Die Volksbeauftragten? Wie viel Gehalt diese beziehen? Ich habe sie nicht gefragt und auch nicht kritisiert, weil ich das für unwürdig halten würde, bei ihnen so **herumzuschnüf-**

feln, wie man in unsere Geldverhältnisse hineingeschnüffelt hat. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Wir haben das sehr gewissenhaft geprüft, wir haben uns stundenlang darüber unterhalten. Die Volksbeauftragten können ja nachher ruhig sagen, wieviel sie haben.

Ich hoffe nun, daß diese **Stänkerei wegen angeblich zu hoher Diäten** erledigt ist. (Sehr gut!)

Ich komme nun zu wichtigeren Fragen, und da knüpfe ich an Ausführungen an, die Landsberg eben gemacht hat, indem er gegen mich und einige andere — es sind vier Genossen von uns — den Vorwurf erhob, daß wir den

Antrag auf Amtsentsetzung Eberts

gestellt hätten. Das ist richtig. Dieser Antrag war von meinem Fraktionsgenossen Obuch im Einverständnis mit uns gestellt. Obuch ist leider schwer erkrankt und kann deshalb an dieser Versammlung nicht teilnehmen. Parteigenossen, wie ist dieser Antrag zustandegekommen? Er wuchs heraus aus den Verhandlungen, die wir aus dem Verhalten Eberts an dem blutigen Freitag mit dem Vollzugsrat geführt haben. Die Tatsachen, um die es sich handelt, sind folgende: am Morgen des Freitags waren **zwei Genossen von der Landfliegerabteilung der Marine** im Reichskanzleramt erschienen, um die Mitteilung zu machen, daß ihre Landfliegerabteilung, wie andere Truppenkörper, von reaktionären Offizieren aufgefordert seien, sich an einer Demonstration zu beteiligen, die darauf hinausgehen sollten, den Volksbeauftragten **Ebert zum Präsidenten der Republik zu proklamieren** (Hört, hört!) und den **Vollzugsrat zu verhaften.** (Erneutes Hört, hört!) Die beiden Genossen, die das schriftlich zu Protokoll gegeben und es persönlich Müller unterbreitet haben, sind im Reichskanzlerpalais von zwei Beamten empfangen worden, da Ebert nicht zu sprechen war, was durchaus begreiflich ist. Diesen Kanzleibeamten — der eine war ein Regierungsrat Brecht, der andere ein Herr Moser, auch ein höherer Beamter, über dessen Funktionen ich nicht unterrichtet bin — haben diese Leute eindringlich die Gefahr vor Augen gestellt, die daraus erwächst, wenn ein derartiger **Soldatenputsch** versucht würde. Die Leute haben auch versprochen, dies Ebert und den übrigen Volksbeauftragten zu unterbreiten. In der Beruhigung, daß das ausgeführt würde, sind die Leute dann weggegangen, sind leider nicht zum Vollzugsrat gekommen, und das ist charakteristisch. Weshalb sind sie nicht gekommen? Weil durch die Hetze, die von der offiziösen Presse unter Begünstigung der Volksbeauftragten gegen den Vollzugsrat systematisch verbreitet wurde, sie gegen uns mißtrauisch gewesen sind. Nachher haben sie ihr Unrecht eingesehen. Aber das war der Grund, weshalb wir nicht an dem Morgen unterrichtet worden sind. Wären wir unterrichtet gewesen, dann wäre der ganze **Ebert-Putsch**, die Verhaftung des Vollzugsrats,

das Blutgemetzel in der Chausseestraße

nicht passiert. (Zustimmung und Widerspruch.)

Als die Geschichte passiert war, haben wir Ebert am Abend im Vollzugsrat zur Rede gestellt, ob er von den beiden Beamten informiert sei, und ich habe die Alternative gestellt: ist Ebert informiert und hat er nicht vorgebeugt, dann gehört er **vor ein Kriegsgericht**, — und wenn die beiden Beamten das unterschlagen haben oder wer sonst, dann gehören diese vor ein Kriegsgericht. Wir haben die Beamten vernehmen lassen; sie haben behauptet, sie hätten **die Sache nicht ernst genommen.** Die beiden Landflieger, die leider damals nicht zugezogen wurden, die wir erst abends gesprochen haben, waren auf das höchste empört darüber und sagten: Das ist unwahr, sie haben uns ausdrücklich **für die Mit-**

teilung gedankt. Die Beamten behaupten, sie hätten die Zettel in eine Mappe hineingelegt, die durch die Hände des Unterstaatssekretärs Baake, des Chefs der Reichskanzlei, geht und Ebert und den anderen Volksbeauftragten zu unterbreiten ist. Die Volksbeauftragten undd Ebert erklären, sie haben diesen Zettel niemals zu Gesicht bekommen, sie haben **davon nichts erfahren.** Ich nehme an, daß sie die Wahrheit gesprochen haben. Es ist immer noch nicht aufgeklärt, wer die Sache unterschlagen hat.

Wie hat sich nun, als die demonstrierenden Soldaten in Wirklichkeit in das Reichskanzlerpalais hineinzogen, die Sache weiter abgespielt? Sie haben die Verhandlungen jedenfalls gelesen. Sie haben Ansprachen gehalten. Ebert ist durch Zurufe und durch eine Erklärung des Wortführers zum Präsidenten der Republik proklamiert worden. (Hört, hört! und Bravo!) **Und was hat Ebert darauf getan?** Ich habe ihm gesagt: Wenn Sie sich Ihrer Stellung bewußt gewesen wären, hätten Sie diese demonstrierenden Soldaten auf das entschiedenste sofort in ihre Schranken zurückweisen müssen; Sie hätten erklären müssen: Ihr habt kein Recht, eine solche Änderung unserer staatsrechtlichen Einrichtungen und Verfassung — ich gebrauche das Wort — durch einen Soldatenputsch herbeizuführen. (Zuruf: Das hat er gesagt!) — Das hat er eben nicht gesagt. (Widerspruch.) Er hat zunächst überhaupt nichts geantwortet. Auf eine abermalige und nunzweideutige Aufforderung des Führers dieser Soldaten, der sagte: Ich stelle hiermit die Frage an Sie, wollen Sie das Amt eines Präsidenten der Republik annehmen: ja oder nein? — da hat er geantwortet. Ich bedaure, ich habe leider den Text nicht hier, und der Text der Antwort ist sehr notwendig. Mehrere Journalisten, die dabei gewesen sind, haben die Sache wörtlich aufgenommen. Ich muß also aus der Erinnerung zitieren. Er sagte etwa: Das ist eine so wichtige Sache, die muß ich erst **mit meinen Freunden besprechen**; im übrigen hat darüber — die Frage nämlich, ob ein Präsident kreiert werden soll oder nicht — **der Rat der Volksbeauftragten zu entscheiden.** (Lebhafte Zurufe: Na also! Was willst du noch!) Das war der Sinn der Worte. Ich kann natürlich nicht aus der Erinnerung den Wortlaut zitieren. Der Sinn wird nicht bestritten.

Als wir Ebert wegen dieser Antwort zur Rede stellten, sagte er: ja, in einer solchen Situation kann man **seine Worte nicht so auf die Wagschale legen**; so habe ich mich nicht ausgedrückt; genau weiß ich es nicht mehr, aber das habe ich jedenfalls nicht so gesagt. Aber daß er schließlich gesagt hat: der Rat der Volksbeauftragten oder das Kabinett hat darüber **zu entscheiden**, das hat er zugegeben, das ist nachträglich auch in einer offiziösen Notiz im „Vorwärts" ausdrücklich festgestellt worden. Ich darf noch einschalten: ich sagte: aber ich bitte Sie, Ebert, die Journalisten haben das doch sofort stenographiert. Ach, sagte er, es war ja dunkel, **sie konnten ja gar nicht stenographieren.** Es handelt sich um drei oder vier Zeilen, Parteigenossen! — Wir haben uns demgegenüber auf folgenden Standpunkt gestellt: Wenn in einer solchen Situation, wo doch Ebert längere Zeit gehabt hatte, sich das zu überlegen — er hat die erste Frage ja gar nicht beantwortet — er sich da so unfähig zeigt, die richtige Antwort meuternden Soldaten zu geben, dann gehört er **wegen dieser Unfähigkeit schon nicht in sein Amt.** (Zustimmung und Widerspruch. Zuruf: Aber Ledebour!) — Ach, Ledebour! Reden Sie doch nicht! Ich habe es abgelehnt, in dieses Kabinett einzutreten; wenn ich hätte eintreten wollen, hätte ich es ja tun können. (Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.)

Parteigenossen, ich bitte Sie, nun einmal ruhig zuzuhören, damit Sie begreifen, um was es sich handelt. Wir haben weiter gesagt — und darauf gründet sich der Antrag, der von Obuch formuliert und von uns unterstützt worden ist —: In seiner Erklärung hat zugestandenermaßen Ebert erklärt: darüber hat das Kabinett oder der Rat der Volksbeauftragten zu entscheiden; **damit schiebt er dem Rate der Volksbeauftragten ein Recht zu, daß ihm in keiner Weise gebührt.** (Sehr richtig!) Der Rat der Volksbeauftragten hat allerdings die Exekutive, was wir gar nicht bestreiten, aber er hat nicht das Recht der Gesetzgebung, **er hat nicht das Recht der Verfassungsänderung.** (Sehr gut!) Denn die Proklamierung des Präsidenten der Republik ist eine Verfassungsänderung schwerwiegendster Art, die die Deutsche Republik auf das **Niveau der kapitalistischen Republik Frankreichs**, der kapitalistischen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika herunterdrücken würde. (Sehr richtig!) Abgesehen davon, daß jemand, dem das persönlich angetragen wird, aus Empörung über diese Zumutung in der entschiedendsten Weise **jede solche Putscherei zurückweisen** müßte. (Sehr richtig!) Und was sollen wir denn von einem Manne erwarten, der jederzeit Konterrevolutionären gegenüber in eine ähnliche Lage kommen kann, wenn er nicht im Prinzip das Recht bestreitet, sondern nur die Sache vertagt oder an eine andere Instanz verweist? Ich sage, ein solcher Mann ist nicht fähig und nicht würdig, ein solches Amt zu bekleiden. (Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.) **Er begünstigt die Konterrevolution** und bereitet einen Verfassungsbruch vor (Zustimmung und Widerspruch), wenn er in solcher Weise meuternden Soldaten entgegenkommt. (Rufe: Unerhört! Sehr richtig!)

Parteigenossen! Und wie hat das auf die Soldaten gewirkt, etwa abschreckend, besänftigend? Nein! Das Reichskanzlerpalais liegt 10 Minuten von diesem Hause entfernt; sie sind dann hergekommen. Auf den Straßen ist gebrüllt worden: **Wir ziehen nach dem Abgeordnetenhause!** Dann sind sie hierher gegangen, sind hier im Abgeordnetenhause

in den Sitzungssaal des Vollzugsrates eingedrungen,

haben, als ihnen der Eintritt verweigert wurde, die Türklinken abgerissen, haben die Türen erbrochen, haben

mit vorgehaltenem Revolver die Vollzugsratsmitglieder verhaftet

und haben verlangt, sie sollten **bei sechs Mann peletonweise herausgeführt** werden. (Hört, hört!) Ich war zu der Zeit wegen einer Sitzung der Parteileitung abwesend, war nicht anwesend. Unsere Freunde haben sich das nicht gefallen lassen. Der Genosse **Barth** ist — das muß ich anerkennen —, als er davon hörte, hierhergekommen und hat mit unseren Freunden zusammen **auf die Soldaten eingeredet.** Da hat sich herausgestellt:

die Leute haben 5 Mark gekriegt

und haben gesagt:

Die Regierung hat befohlen, den Vollzugsrat zu verhaften.

Sie haben sich betören lassen; das wurde ihnen klar, und unsere Freunde haben **ihre Offiziere verhaftet.** Meiner Ansicht nach hätten die sämtlichen Volksbeauftragten, als sie von dem Putsch hörten, im Vollzugsrat erscheinen müssen, wie Barth. Haase und Dittmann waren mit mir zusammen in der Sitzung der Parteileitung, wo wir telephonisch von der Sache erfuhren. **Ich versuchte die Marine zu alarmieren, um das Abgeordnetenhaus zu entsetzen.** Es war aber schon entsetzt. Ich bin selber hingeeilt, und auch Haase und Dittmann braucht kein Vorwurf gemacht zu werden.

Also, Parteigenossen! Wenn Sie sich diese Geschichte, wie sie jetzt bekannt ist, vor Augen halten, dann sage ich noch einmal: ein Mann, wie Ebert, dem diese Zumutung gekommen ist, und der nichts weiter getan hat, als die Sache hinauszuschieben, nicht ein rundes, glattes: Nein, unter keinen Umständen! erwidert hat, und der auf diese Weise die Leute **indirekt zu weiteren Putschen ermutigt hat**, gehört nicht an seinen Platz. (Sturm. Lebhaftes Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Ebert ist ein Schandmal

für diese — — - - (**Stürmische Pfuirufe** — Demonstrations-Bravo! und Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung. — **Große Unruhe.** — Glocke des Vorsitzenden. Delegierte erheben sich erregt von ihren Plätzen. Der Vorsitzende versucht vergeblich, Ruhe zu schaffen. Als Ledebour seine Rede fortsetzen will und beginnt: Parteigenossen! ertönen wiederholte **stürmische Pfuirufe.** Bravo und Händeklatschen bei der Minderheit. **Schlußrufe. Der Lärm im Saale wird immer stärker. Erregte Gruppen sprechen heftig aufeinander ein. Der Vorsitzende läutet andauernd vergeblich mit der Glocke.** Ledebour versucht aufs Neue, wieder zu beginnen. Wieder ertönen **Schlußrufe. Die Erklärung des Vorsitzenden Seger, die Sitzung sei auf fünf Minuten unterbrochen, geht in den Lärm unter. Ledebour tritt von der Rednertribüne** ab. Endlich tritt einigermaßen Ruhe ein.)

Vorsitzender Seger:

Daß Genosse Ebert ein Schandmal der Regierung sei, erkläre ich für unzulässig. (Lebhaftes Bravo! — Erneuter Lärm.) Ich bitte aber, daß Sie nicht noch einmal anfangen und daß Sie mit Ihrem Verhalten zeigen, daß Sie sich dem parlamentarischen Leben eingewöhnen wollen. (Bravo!) Wenn Sie einmal ein Büro wählen, so müssen Sie ihm auch vertrauen, daß es die Geschäfte führen kann. Es geht so nicht weiter, wie Sie verhandeln. Ich bitte doch um **Ruhe und um Selbstzucht**, und gerade die, die in Feldgrau sind, möchte ich bitten, daß sie etwas mehr Disziplin üben. Wenn es notwendig ist, wird die Geschäftsleitung schon einschreiten.

Ich bitte also Herrn Ledebour, fortzufahren.

Vollzugsratsmitglied Ledebour fortfahrend:

Ich komme nunmehr zu einem andern Teil, der sich unmittelbar daran anschließt. Am Sonntag wurde uns durch ein Mitglied des Soldatenrats aus Potsdam mitgeteilt, daß die **Organisation Lequis**, d. h. die vier in der Umgegend von Berlin zusammengezogenen Gardedivisionen, zu konterrevolutionären Zwecken in Berlin einmarschieren sollten, um hier eventuell gegen die Linke der revolutionären Bewegung Gewaltmaßregeln zu ergreifen, weil die hier ansässigen Berliner Truppen der **Konterrevolution, die im Hintergrunde ihr Wesen treibt**, nicht zuverlässig genug erschienen. Darauf verlangten wir sofort eine Sitzung mit dem Kriegsminister Scheüch und dem Kabinett. Nach längeren Schwierigkeiten wurde sie ja auch im Reichskanzlerpalais herbeigeführt. Die Auffassung, die da vertreten war, daß diese Organisation Lequis, das A. O. K. Lequis, wie es genannt wurde, ganz harmlos sei, konnte uns nicht überzeugen. Wir verlangten, daß die Truppen, ehe sie in Berlin einzogen, **entwaffnet** werden und **sofort nach dem Einzug demobilisiert** werden sollten, daß aber zunächst überhaupt nicht eingezogen werden sollte, also **keine feierlichen Einzüge**, und zwar war uns mitgeteilt, daß bereits am folgenden Tage ein Kürassierregiment einziehen sollte. Demgegenüber erklärte der Kriegsminister — und er wurde dabei vom Kabinett unterstützt —, das läßt sich jetzt nicht alles machen, suchte aber beruhigende Versicherungen abzugeben. Vor allen Dingen wurde uns versichert — nun passen Sie einmal auf! —, daß am Montag der Truppeneinzug nicht beginnen würde, sondern erst am Dienstag. Wir gingen schließlich gewissermaßen resultatlos auseinander. Es herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß sowohl die Volksbeauftragten wie wir möglichst einträchtig zusammenarbeiten wollten. Wir gingen also wegen der eigentlichen Militärsache **ziemlich resultatlos auseinander.** Wir hatten aber die Zusicherung des Kriegsministers, daß am Montag keine Truppen einmarschieren sollten.

Am Montag abend lasen wir in einer Zeitung, daß in Steglitz, einem Vorort von Berlin, auf dem Wege nach Potsdam Truppen eingezogen und dort **von dem Volksbeauftragten Ebert vereidigt** worden seien auf die Republik, auf die Regierung, oder wie der Ausdruck gelautet hat. Zunächst war schon die Zusicherung, daß am Montag keine Truppen einmarschieren sollten, fiktiv gewesen. Man konnte zwar sagen, sie sind **nicht in Berlin einmarschiert, nur in Steglitz.** Die Hauptsache ist aber, am Sonntag waren wir in mehrstündigen Verhandlungen mit den Genossen zusammen. Ebert hat dabei gesessen, hat sich allerdings **gedrückt und wenig geredet**, und weder Ebert noch irgendeiner seiner Kollegen - - ich weiß nicht, ob sie alle darüber unterrichtet waren —, haben uns mitgeteilt, daß sie am folgenden Tage die Truppen in Steglitz vereidigen wollen, vor allem haben sie nicht mitgeteilt, auf welche **Eidesformel.** Das ist dem Sinne nach ein Bruch der Verabredungen; denn es ist doch nur ein Advokatenwinkelzug: sie sind nur in Steglitz eingezogen. Das Wichtigste ist, daß das Kabinett auf eigene Faust eine Eidesformel festgesetzt hat, ohne sich mit dem Vollzugsrat in Verbindung zu setzen. Wenn wir auch die Exekutive dem Rate der Volksbeauftragten zugestehen, so gehört doch die Einführung eines Eidesformel zu den wichtigen verfassunggebenden Neuerungen. Ich erinnere Sie an die Zeit vor der Revolution, daß einer der Hauptstreitpunkte zwischen dem Reichstage und der monarchischen Regierung der war, ob die Truppen **nur auf den Kaiser oder auf die Verfassung vereidigt** werden sollten. Selbst die bürgerlichen Parteien waren sich über die Wichtigkeit der Sache klar. Wenn ein solcher Eid eingeführt werden sollte, war es eine notwendige Vorbedingung, daß der Rat der Volksbeauftragten sich mit uns zu verständigen suchte. Er hat das nicht getan, trotzdem wir am Sonntag abend bis 11 Uhr über den Einzug verhandelt haben. Das ist eine **böswillige Verschweigung ihrer Absichten** gewesen, die Vereidigung am Montag vorzunehmen.

Von einer Vereidigung auf die deutsche Republik oder die Regierung ist keine Rede, sondern nur **auf das Sechsmännerkollegium.** Demnach setzt sich das Sechsmännerkollegium an die Stelle des früheren Monarchen, also Vereidigung auf Personen und nicht auf die Verfassung. Darauf bezog sich mein Zwischenruf, als ich Landsberg zurief: Die Verfassung! Landsberg sagte, es gibt keine Verfassung. Selbstverständlich gibt es **keine geschriebene Verfassung**, es gibt aber einen **revolutionären Rechtszustand**, und das ist unsere Verfassung. Das Geschriebene ist natürlich nur die Etikette, die auf die Weinflasche geklebt wird. Es kommt darauf an, was für Wein darin ist. Wenn Sie die Soldaten auf die revolutionäre Verfassung vereidigen wollten, mußten sie die Leute auf die **Erhaltung der A.- und S.-Räte** vereidigen; darin liegt die Macht der deutschen sozialistischen Republik begründet. Die Volksbeauftragten haben das unterlassen, indem sie sich auf die Formel Republik konzentriert haben, die bekanntlich alles Mögliche decken kann. Sie sollten mal fragen, was jetzt unter Republik verstanden wird, wo von den Konservativen bis zum Zentrum alle Republikaner geworden sind, Republikaner natürlich in dem Sinne, wie die Novembersozialisten, die nach der Revolution wie Pilze nach einem warmen Sommerregen aus der Erde geschossen sind. Ich erhebe also

die Anklage gegen die Regierung, daß sie durch Unterlassung der Verständigung mit dem Vollzugsrat die tatsächlich bestehende revolutionäre Verfassung ignoriert und durchkreuzt und die Soldaten vor allen Dingen darauf nicht vereidigt hat. Sie haben sie nur auf ihre Person vereidigt. Und nun komme ich auf den Putsch vom Freitag zurück. Als unsere Freunde und der Volksbeauftragte Barth auf die Soldaten einredeten, wie sie so schamlos, so frech sein könnten, die Vollzugsratsmitglieder verhaften zu wollen, die im Namen des Volkes die Kontrolle auszuüben haben, ja, da sagten sie: **die Regierung hätte es befohlen**; wenn die Regierung es nicht befohlen hat, dann sind wir im Irrtum. Hätte es aber die Regierung befohlen, hätten die 6 Volksbeauftragten wirklich den Auftrag gegeben, **dann hätten die Soldaten sich für berechtigt gehalten**, den Vollzugsrat zu verhaften, besonders nach dem Eid, den ihnen nachträglich die Volksbeauftragten durch den sattsam gekennzeichneten Ebert haben abnehmen lassen.

Parteigenossen! Das ist die **Begünstigung der Konterrevolution.** Nehmen Sie einmal an, es gelänge jetzt den Elementen, die auch hier schon auftreten, den bürgerlichen Demokraten, irgendwie ein Kabinett der Volksbeauftragten einzusetzen und diese neuen Volksbeauftragten würden den konterrevolutionären Auftrag ausführen lassen, und sie würden sich dabei auf die Soldaten stützen wollen, dann würden die Soldaten auf Grund des Eides verpflichtet sein, d. h. nach der Auffassung, die in Soldatenkreisen über den Soldateneid besteht, **sich verpflichtet halten können, jeden konterrevolutionären Auftrag auszuführen.** (Unruhe und Zurufe.) — Ja, Parteigenossen, sie suchen natürlich alles zu verpfuschen. (Lachen.) Das Grinsen nutzt Ihnen dabei nichts. Indem Sie diese Machenschaften der Volksbeauftragten auch noch beschönigen — wie es schon vorher die Vorgänge am Freitag zeigten, wo es sich bekanntlich zu einer Niedermetzelung friedlicher Demonstranten durch Soldaten gekommen ist, die eben so gesinnt waren, wie die, die Ebert zum Präsidenten der Republik ausriefen — machen Sie sich zu Begünstigern der konterrevolutionären Umtriebe. Das ist ja das Charakteristische. Die Kontrerevolutionäre erklären jetzt öffentlich durch die Bank: wir treten ein **für die Regierung Ebert-Haase**, und die Regierung Ebert-Haase tut leider nichts, um den Glauben, daß sie den Beharrungszustand, d. h. den gegenwärtigen Rechtszustand ohne weitere revolutionäre Entwicklung herbeiführen will, zu entkräften. Durch ihr ganzes Auftreten, durch Ihr Verhalten gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, durch Ihr Auftreten gegen den Vollzugsrat bestärken Sie die konterrevolutionären Machenschaften. Unter den Konterrevolutionären gibt es keine Leute, die etwa Kaiser Wilhelm II. wieder einsetzen wollen oder seinen hoffnungsvollen Sohn; solche Idioten gibt es außerhalb der Irrenhäuser in Deutschland nicht mehr. Aber sie wollen **die bürgerliche Gesellschaft in ihrem bisherigen Bestande erhalten.** (Zuruf.) — Wie können Sie denn sagen: nein! sind Sie konterrevolutionär? (Große Heiterkeit.) — Nein, na also, dann sind Sie **nicht berechtigt, für die Konterrevolutionäre den Kopf zu schütteln**, wenn ich sage, die Konterrevolutionäre wollen die bürgerliche Gesellschaft in ihrem Bestande aufrecht erhalten. Wissen Sie denn nicht, was die bürgerliche Gesellschaft will? Die ganze bürgerliche Gesellschaft betrachtet Ebert und seine Freunde als eine **Schutztruppe der Konterrevolution** gegen weitere revolutionäre Errungenschaften. (Sehr richtig!)

Zu meinem großen Bedauern muß ich mich zum Schluß noch mit einigen Worten **auch gegen meinen Freund Dittmann** wenden. Ich muß gestehen, daß das

auch eine der Sachen ist, die mir sehr nahe gehen. Aber im Interesse unserer Sache bin ich verpflichtet, gegen die Rede Stellung zu nehmen, die er gestern hier gehalten hat. (Hört, hört! und Sehr richtig!) Ja, Parteigenossen, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube. (Lebhafter Beifall.) Der Genosse Dittmann hat alles getan, um sich auf die Seite derjenigen Parteien zu stellen, die er bis zum Kriege mit uns auf das entschiedenste bekämpft hat. (Sehr gut!) Es ist tatsächlich in der Allgemeinheit so aufgefaßt worden, im „Vorwärts" **wird er bejubelt**, und die Hoffnung besteht, daß eine Verschmelzung der beiden Parteien zustande kommen würde. (Sehr richtig!) Selbstverständlich ist es sein gutes Recht, das zu fordern, wie es unser Recht ist, es zu bekämpfen. Aber ich möchte auf die Mittel eingehen, mit denen er seine Politik zu stützen gesucht hat.

Er hat im Eingange seiner Ausführungen über die Entstehung der Revolution bei uns Ausführungen gemacht, die den Tatsachen schroff ins Gesicht schlagen. (Sehr richtig!) Eine Revolution kann selbstverständlich nicht von einzelnen Personen, auch **nicht von einer Partei gemacht** werden; eine Revolution kann nur dann entstehen, wenn durch die Umstände, die ich ja nicht weiter zu erläutern brauche — sie sind bei uns reichlich vorhanden —, **das Volk tief aufgerüttelt** ist, und wenn das Volk, wenn die Arbeitermasse — es handelt sich um eine Arbeiterrevolution — in ihrer großen Mehrheit sagt: So geht das nicht weiter. — Aber mit der bloßen Entwicklung der Notverhältnisse, mit der Erregung der Massen ist es nicht getan. Es muß, wie jede Revolutionsgeschichte gelehrt hat, auch der **entschlossene Wille, die vorwärtstreibende Organisation** dazukommen, um zur rechten Zeit mit entschiedenem Nachdruck die bestehende Macht zu stürzen. Und das hat Dittmann vollkommen ignoriert. Er hat mit keiner Silbe darauf hingewiesen, daß eine solche revolutionäre Organisation hier in Deutschland gearbeitet hat, und er hat den Glauben zu erwecken gesucht, als ob sie gar nicht in Betracht gekommen wäre, trotzdem er selbst zu den letzten Sitzungen zugezogen war. (Sehr gut!)

Parteigenossen! Genosse Müller hat in seinen einleitenden Worten schon ausführlich mitgeteilt, daß **mindestens seit dem Jahre 1916** bei einer Anzahl von Vorkämpfern der U. S. P., besonders in Arbeiterkreisen, der Entschluß und die Hoffnung bestand, durch eine **gewaltsame Revolution** diese nichtswürdige verbrecherische Gesellschaft, die Deutschland zugrunde gerichtet hat, zu stürzen. Und wir alle, die wir zu diesen Vorkämpfern gehört haben, haben, jeder an seinem Platze, unser Bestes getan, um Aufklärung zu schaffen, um Forderungen zu erheben, um **die Revolution vorwärts zu treiben**. Und wie sind wir verhöhnt worden für jedes revolutionäre Wort, für jede revolutionäre Ankündigung! Wie bin ich von meinen eigenen Parteigenossen verhöhnt worden, und auch von denen, die jetzt die Früchte der Revolution geerntet haben! Nun, Parteigenossen, dieser Entschluß verdichtete sich zu ganz bestimmten Maßregeln. Nach dem **Januarstreik 1918** — ich will auf die internationalen Beschlüsse nicht weiter eingehen — reifte in allen Teilnehmern dieser Bewegung die Überzeugung: Wenn es jetzt wieder los geht, bleibt es nicht beim Streik; dann gehen wir **zum Kampfe mit der Waffe über!** — Seit jener Zeit wurden die Vorbereitungen dafür getroffen, und besonders Leute, die jetzt im Vollzugsrat sitzen — ich nenne meine Freunde **Barth, Däumig, Eckert, Wegmann, Neuendorf** — sind die hauptsächlichsten Treiber für die revolutionäre Vorbereitung gewesen. Sie haben die Waffen geschaffen, sie haben Leute geworben, und wir anderen, die wir gewissermaßen antreibend mitwirkten, haben in einer Jahre langen

intensiven Arbeit im Parlamente, in der Presse usw. auf unsere Arbeiter eingewirkt. Parteigenossen! Es handelte sich für uns also nur um die Frage: **Wann ist die Zeit gekommen**, um losschlagen zu können. **Wir saßen gewissermaßen am Ufer und beobachteten, wie das Wasser stieg.** Monat für Monat haben wir diese Beratungen gepflogen, als der Zusammenbruch an der Westfront erfolgt war, sagten wir uns: Jetzt ist die allerhöchste Zeit, jetzt müssen die letzten Vorbereitungen getroffen werden. — Wir hatten übrigens nicht nur in Berlin vorgearbeitet, sondern wir hatten mit allen Provinzen angeknüpft. Im Rheinland saß der Genosse Braß, der hier gesprochen hat, in Sachsen Seger usw. (Zuruf: **Die Front nicht vergessen!**) - Ich komme darauf! — Und Parteigenossen, wir haben die Front bearbeitet, d. h. nicht wir, die wir hier saßen, aber unsere Freunde. Da war die Regierung so gütig, **ausgezeichnete Agitatoren für die Revolutionierung der Front** hinauszuschicken, indem sie nach dem Januarstreik alles wegklaute, was ihr denunziert war als Treiber des Streiks, und jeder Mann, der da in den Schützengraben geschickt, der in Schutzhaft geschickt wurde, der irgendwie wegen einer Arbeitsverweigerung bestraft wurde, war ein Agitator für die revolutionäre unabhängige Sozialdemokratie, das war ein Mann, der die Soldaten auf ihre Pflicht als Menschen, als Söhne ihres Volkes und als Soldaten aufklärte. Und genau so ist es natürlich hier. Wir wußten, daß eine ganze Anzahl Regimenter sofort übertreten würden.

Nun komme ich zu dem letzten Tage, und da habe ich mit meinem Freunde **Dittmann** eben leider abzurechnen. Am Sonnabend, den 2. November war eine Sitzung des, ich will es einmal nennen: **Revolutionskomitees** zusammenberufen worden. Zu diesem Revolutionskomitee war **außer mir** aus dem Parlament noch der Genosse **Haase** zugezogen, dann der damals aus dem Zuchthaus befreite Genosse **Liebknecht** und noch einige seiner Freunde. Im übrigen waren es unabhängige Sozialdemokraten, die Genossen **Dännig**, usw. — ich habe sie schon genannt —, ungefähr ein Dutzend Leute. Wir berieten die Situation und kamen bis auf Haase und einem andern zu dem Beschluß, daß am **Montag, den 4. November**, losgeschlagen werden solle, da die Waffen vorhanden waren — wie mir gesagt worden ist, sollen ungefähr für 10000 Arbeiter Waffen vorhanden gewesen sein —, da wir auf die Truppen rechnen könnten und mit einiger Zuversicht hoffen dürften, wenn nicht sofort, so doch **nach kurzem Kampfe mit der Polizei** die Herrschaft in Berlin in unsere Hände zu bringen. Am Abend sollte nur noch eine Zusammenkunft der leitenden Genossen aus den Betrieben, die mit uns arbeiteten, stattfinden, um über die Stimmung in der Arbeiterschaft in den Munitionsbetrieben Auskunft zu geben. Hauptsächlich kam es auf die **Munitionsbetriebe** an; es waren außerdem noch andere Betriebe, aber in geringem Maße. An dieser Sitzung hat auch die Parteileitung der U. S. P. teilgenommen, auch der Genosse Dittmann, und es wurden zunächst die Genossen aus den Betrieben — den Vorsitz führte Bach — aufgefordert, über die Stimmung zu berichten. Nun wollte es ein unglücklicher Zufall, daß zunächst das Wort erhielten eine Anzahl — (Unruhe. — So genau brauchen Sie das nicht auszuführen!) — das ist eben sehr wichtig, sonst erklärt das ja die Sache garnicht — daß eine Anzahl aus den kleineren Betrieben das Wort erhielten. (Wiederholte Zurufe und Unruhe.) Zunächst wurden **von einer Anzahl kleinerer Betriebe Stimmungsbilder** gegeben, die nicht auf günstige Stimmung schließen ließen. Die größeren Betriebe waren dafür. Ich will nur erwähnen, daß die überwiegende Mehrheit der Genossen, also ungefähr 70000, erklärten,

daß sie zum Losschlagen bereit seien. Da sind nacheinander die Genossen **Haase und Dittmann** mit der allergrößten Entschiedenheit

gegen das Losschlagen

aufgetreten. (Hört, hört!) Der Genosse Dittmann sagte: Die Sache ist nicht reif dazu, und wir kriegen die Leute nicht raus. Es war dieselbe **pessimistische Stimmung**, mit der wir seit Jahren zu kämpfen gehabt hatten. Wir andern, Barth, Dännig, Heckert usw. und ich haben mit der allergrößten Entschiedenheit verlangt, daß am Montag oder, da es mittlerweile zu spät wurde — wir haben bis nachts 4 Uhr getagt — am Dienstag, dem 5. November, losgeschlagen würde. **Liebknecht** brachte einen Vermittlungsvorschlag ein. (Hört, hört!) Er trat auch nicht für das sofortige Losschlagen ein, sondern wollte eine **Putschistentaktik** einschlagen, daß auf die Straße gegangen werden sollte. Wir haben das mit Entschiedenheit bekämpft. Aber dadurch, daß Haase, Dittmann und Liebknecht dies bekämpften, kam es nun zu folgendem Resultat. Es wurde abgestimmt, und zur Abstimmung wurden nur zugelassen die Vertreter der größeren Betriebe von mehr als 500 Arbeitern. (Unruhe. Zuruf: Was sollen wir denn mit dieser Erzählung!) — Das werden Sie gleich hören. (Andauernde Unruhe. Zuruf: Hat doch gar keinen Wert mehr!) — Jawohl, Parteigenossen! — Da entschieden wir **mit 22 gegen 19 Stimmen, daß nicht losgeschlagen werden sollte**, und wir gaben dann für die Provinz leider auch die Parole aus, daß auch dort nicht losgeschlagen werden sollte. Wir waren der festen Überzeugung — und die Ereignisse haben nachher die Richtigkeit unserer Auffassung erwiesen — daß, wenn am 5. November losgeschlagen worden wäre, — — und zwar auf einen **Aufruf**, der **mit unseren Namen unterzeichnet** war — darum dreht es sich auch, **ich war bereit, diesen Aufruf unter allen Umständen zu unterzeichnen**; da erklärte mir aber besonders Dittmann: Ich hätte kein Recht dazu, dazu müßte ich erst mein Amt als Vorsitzender der Partei und der Reichstagsfraktion niederlegen, weil ich **die Partei kompromittiere**, wenn ich einen solchen Aufruf zum bewaffneten Aufstand unterzeichne.

So ist es leider dazu gekommen, daß die Sache vereitelt worden ist. Ich mache daraus an sich keinen Vorwurf; es ist nur ein Beweis dafür, daß Ihr, wie bei früheren Gelegenheiten, die Situation absolut nicht richtig erkannt habt, daß Ihr nicht das richtige Zutrauen zu der revolutionären Energie unserer Arbeiterschaft gehabt habt. Das ist das Unglück, daß wir immer bis zum letzten Augenblicke auf **Schritt und Tritt durch die Flaumacher gehindert** worden sind.

Wie recht wir gehabt haben, das hat sich dann weiter erwiesen. Es sollte am 11. losgeschlagen werden; am 8. wurde dann auf Grund der **Denunziation des Leutnants Walz**, der verhaftet worden war und dann seine Mitkämpfer verraten hat, um sich selber den Hals zu retten, Dännig verhaftet, und wir hatten geglaubt, auch Liebknecht wäre verhaftet worden, und da hatten wir beschlossen, am 9. des Morgens loszuschlagen; auch Barth hatte das beschlossen, weil er geglaubt hatte, wir seien verhaftet worden. So ist es zum Losschlagen **am 9. November** gekommen.

Aber was war der Unterschied in der Situation zwischen dem 5. und dem 9. November? — Der Unterschied war der, daß mittlerweile die Leute von der Sozialdemokratie, die Herren Minister, die Herren Staatssekretäre und der neugebackene Reichskanzler Ebert sich auf die Situation einrichten konnten. Die Behörden wußten bereits am 7. November, daß die Sache nicht

mehr zu halten war, sie waren besser unterrichtet. — Ja gewiß, Sie waren auch fertig, das weiß ich; ich rede jetzt von den Behörden in Berlin und von dem Verhalten der bisherigen Regierung. Diese Leute, der „Vorwärts", haben bis zum letzten Augenblick die Revolution bekämpft. (Zustimmung und Zurufe.) Die Revolution hat schließlich ohne sie siegen müssen. Am 9. ist

Scheidemann noch als Minister Wilhelms II. aus dem Bett geklettert,

und als die Revolution ausgebrochen war, läuft er zum Reichstag und **proklamiert die Republik.** Sie sind Minister gewesen bis zum letzten Augenblick der Revolution, wollen Sie das bestreiten? (Scheidemann: Warum nicht?!) — Gewiß, das ist die charakteristische Zeit!

Dann haben Sie an unsere Leute die Zumutung gestellt, mit Ihnen in das Kabinett einzutreten. Ich habe das abgelehnt, weil ich mit politisch kompromittierten Persönlichkeiten, die sich durch Begünstigung der bisherigen Kriegspolitik im Inlande und Auslande als Politiker vollkommen diskreditiert haben, nicht auf einer Ministerbank sitzen will, mit Scheidemann, Ebert und Landsberg. Andere Fremde haben geglaubt, auf die Sache eingehen zu müssen; das ist natürlich ihr gutes Recht. Aber dadurch ist es gekommen, daß sie selber jetzt schließlich allmählich von ihrer ursprünglichen Kampfstellung zurückweichen. **Die Rede Dittmanns war das letzte Siegel auf das Zurückgleiten in den Urbrei** mit den ehemaligen Kriegssozialisten. (Vereinzelte Zustimmung.) Was ich Dittmann vorwerfe, das ist nicht, daß er eine falsche Politik getrieben hat, das ist ein **Mangel an Erkenntnisvermögen.** Daß er aber, um diese falsche Politik zu rechtfertigen, diese ganze falsche Darstellung der Entstehung der Revolution gegeben hat, obwohl er wußte, wie die Vorgänge waren, das mache ich ihm zum Vorwurf; den ich ihm nicht verzeihen kann. (**Volksbeauftragter Dittmann: Darüber habe ich gar nicht geredet!**) — Jawohl, Du hast die ganz allgemeine Bemerkung gemacht — ich muß das aus der Erinnerung zitieren, aber der Wortlaut wird sich ja aus dem Stenogramm feststellen lassen —, daß **die Revolution durch die Massen gekommen** sei, daß keine Führung vorhanden gewesen sei. Er sieht es ganz klar; aber er schafft sich eine solche Darstellung der Revolution, nur um seine jetzige unglaubliche und unverantwortliche Haltung zu rechtfertigen. Parteigenossen, die Situation ist für uns vollkommen klar: dadurch: daß es leider vereitelt worden ist, daß hier in Berlin rechtzeitig losgeschlagen wurde, dadurch kam es, daß eher in Kiel usw. durch die Matrosen losgeschlagen wurde. Die Matrosen haben das Verdienst gehabt. (Zurufe und Schlußrufe.) Dadurch ist es möglich gewesen, **die große Masse der Arbeiter für die unabhängige Sozialdemokratie zu ködern,** sonst wäre das nicht eingetreten, sonst würde die Masse der Arbeiter niemals einer kompromittierten Partei sich angeschlossen haben, Sie sind **betört worden durch den Scheinrevolutionismus,** den die Leute nach dem Siege der Revolution angenommen haben.

Parteigenossen, ich fasse mein **Urteil** über die Scheidemanngruppe in folgende Worte zusammen: Bis zum Ausbruch der Revolution waren sie die **Nutznießer des Belagerungszustandes,** (sehr richtig!) nach dem Erfolg der Revolution wurden sie die **Nutznießer der Revolution,** (erneute Zustimmung) und nach dem 6. Dezember sind sie die **Nutznießer der Konterrevolution** geworden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.)

Vorsitzender Seger:

Ich habe zunächst einige **Mitteilungen** zu machen.

Der Gefreite Menste (Vereinslazarett Wittstock), Leutnant Ohlenhardt von der achten Armee, Offizierstellvertreter Nowakowski, Unteroffizier Meyer, Landsturmmann Kolch möchten sich zur **Mandatsprüfungskommission** nach Zimmer 56 begeben und zwar möglichst gleich.

Ferner liegen eine Anzahl **Geschäftsordnungsmeldungen** vor und einige **Anträge auf Schluß der Debatte.** (Bravo!)

Der erste Schlußantrag lautet:

Ich beantrage den Schluß der Debatte.

Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich frage, wer diesen Antrag unterstützen will, er mag sich erheben. (Geschieht.) Er ist genügend **unterstützt.**

Für den Antrag hat zunächst das Wort Garbe.

G. Garbe-Kiel:

Genossen, wir haben die Ausführungen der verschiedenen Redner ja gehört. **Aber wir müssen jetzt zum Schluß kommen,** denn wenn die Diskussion so weiter geht, nimmt die Besprechung über all die Streitpunkte zwischen dem Vollzugsrat und dem Rat der Volksbeauftragten niemals ein Ende. Die ausführliche Besprechung mag ja bisher zweckmäßig gewesen sein. Sind wir aber in dieser Woche dazu hier, um darüber zu beschließen, was war, oder sollen wir darüber beschließen, was sein und werden soll? (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bin der Meinung, die Frage, **ob Nationalversammlung, ob Diktatur,** ist viel wichtiger, als der ganze **Berliner Quatsch und Streit.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

O. Braß:

Parteigenossen, verehrte Anwesende, ich glaube, daß Sie mit mir der Meinung sind, daß es in dem jetzigen Stadium der Verhandlung nicht mehr möglich ist, den Schluß der Debatte herbeizuführen. (Sehr richtig!) Wenn der Vorredner sagt, daß wir nicht zusammengekommen sind, um uns die Berliner Verhältnisse vortragen zu lassen, so stimme ich ihm bei, aber durch diese Besprechung wird soviel klar gelegt, was im Interesse der Revolution und des Vorstadiums der Revolution gelegen hat, daß man diese Frage eingehend besprechen muß. Es sind noch viel Redner eingetragen, und es liegt noch so **viel Material für unser Urteil** darüber vor, was wir in Zukunft zu machen gedenken, daß man auf dieses Material nicht verzichten kann, es muß zur Kenntnis gebracht werden. Schneiden Sie deshalb den nachstehenden Rednern, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht die Möglichkeit ab, sich darüber klarzuwerden, in welcher Art hier die Beschlüsse gefaßt werden müssen. Ich bitte Sie, den Antrag auf Schluß der Debatte **abzulehnen.** (Bravo!)

Vorsitzender Seger:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte denjenigen, der für den Schluß der Debatte ist, sich von seinem Platze zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke; die Gegenprobe. (Geschieht.)

Das erstere war die Minderheit; der Antrag ist **abgelehnt.**

Zur Geschäftsordnung Laufenberg.

Heinrich Laufenberg-Altrahlstadt:

Kameraden und Genossen, wir haben vorhin beschlossen, daß die **Rednerliste nach Landsmannschaften geführt werden soll,** daß nach Landsmannschaften gesprochen werden soll. Ich habe vorhin festgestellt, daß das Büro diesem Beschlusse nicht nachkommt, angeblich, weil sich dieser Beschluß nicht durchführen läßt. Ich möchte aber bemerken, es scheint mir unzulässig, daß **Wortmeldungen** schon erfolgen können, ehe **die Referenten mit ihrem Referat zu Ende** sind. Tatsache ist, daß beim ersten Punkt der Tagesordnung die größte Anzahl der Redner sich gemeldet hat, als die Referenten noch sprachen. Wie aber soll in Anträgen, zumal zu den Ausführungen der Referenten, Stellung genommen werden können, wenn Wortmeldungen schon erfolgen können, während die Referenten noch sprechen. Das ist absolut unmöglich, wenn mit den Wortmeldungen so verfahren wird. Ich habe vorher durch eine Anfrage beim Büro festgestellt, daß schon jetzt eine Wortmeldung zum vierten Tagesordnungspunkt vorliegt. Genossen, es scheint mir unzulässig, überhaupt Wortmeldungen entgegenzunehmen, solange der Tagesordnungspunkt nicht zur Debatte steht. Wohin sollen wir mit unserer ganzen Geschäftsordnung kommen, wenn in dieser Weise verfahren wird. Die Geschäftsordnung muß geändert werden.

Wohin die Dinge führen, möchte ich Ihnen an einem Beispiel erläutern. Ich habe Ihnen einen Antrag unterbreitet. Genosse Leinert hat bekanntgegeben, daß dieser **Antrag** zum zweiten Punkt gestellt sei. Meine Auffassung ist im Gegenteil, daß er zum ersten Punkt gehört, und daß es **ein sehr wesentlicher Punkt** ist, mit

dem sich der Kongreß sofort hätte beschäftigen sollen und müssen. Der Antrag lautet:

Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, — — — —

(Vorsitzender Seger: Eine Geschäftsordnungsdebatte geht nicht! — Zurufe.)

Ich wünsche nicht zum Antrag zu sprechen, ich denke nicht daran.

Genosse Leinert hat den Antrag zurückgewiesen mit dem Bemerken, er wolle ein Rätesystem, eine **Räteregierung.** Davon steht in dem Antrag kein Wort; er enthält lediglich eine Konstatierung einer politischen Tatsache, nämlich die, daß der Kongreß — —

(Vorsitzender Seger: Sie dürfen nicht materiell zum Antrag sprechen!)

Das tue ich nicht. Ich führe lediglich aus, zu welchen Konsequenzen die Handhabung der Geschäftsordnung führt. Soweit muß ich zu dem Antrag sprechen dürfen. (Widerspruch.)

Dann steht die Sache so, daß eine Delegation im wichtigsten Punkt, der zur Debatte steht, überhaupt keine Anträge stellen kann und nicht einmal sagen kann, wie sie zu den Dingen steht, und was sie darüber denkt. Jedenfalls aber ergibt sich, daß die jetzige Handhabung nicht weiter währen kann.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, zu beschließen,

daß Wortmeldungen und Anträge erst nach Beendigung der Referate eingebracht werden können.

Ferner möchte ich zum Ausdruck bringen, daß das Büro beauftragt wird, den vorhin gefaßten Beschluß, den Rednern nach Landsmannschaften das Wort zu erteilen, nun auch durchzuführen.

Vorsitzender Seger:

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag vom Redner gestellt worden, daß Wortmeldungen und Anträge erst nach dem Referat anzubringen sind. Wird dieser Antrag unterstützt? (Zustimmung.)

Alfred Gottschalk-Königsberg.

Ich stelle zu diesem Antrag das Amendement, die Worte „und Anträge" zu streichen, so daß durch den Antrag nur gesagt wäre, daß die Rednerliste erst nach Schluß der Referate aufgestellt werden kann. Ich sehe keinen Grund ein, warum man Anträge nicht auch vorher einbringen und sogar auch veröffentlichen lassen soll. Ich erblicke darin sogar eine Förderung unserer Geschäfte.

Robert Leinert-Hannover:

Ich möchte nicht, daß eine lange Geschäftsordnungsdebatte entsteht, die nicht einmal notwendig ist. Was Genosse Lansenberg gesagt hat, stimmt zum Teil nicht. Er hatte seinen Antrag eingereicht und wollte ihn als Punkt der Tagesordnung **besonders behandelt** wissen. Da habe ich ihm erklärt: die Tagesordnung ist vom Kongreß festgesetzt, das kann nur bei einem Punkte der Tagesordnung gemacht werden, und zwar bei dem zweiten. Darauf hat sich der Genosse Lansenberg meiner Ansicht nach damit zufrieden gegeben; denn beim ersten Punkte kann der Antrag ja auch verhandelt werden, ich hielt es aber für richtiger, ihn beim zweiten Punkte der Tagesordnung zu behandeln.

Weiter hätte ich dem Kongreß ohne weiteres vorgeschlagen, die Anmeldungen zur Rednerliste erst erfolgen zu lassen, wenn die Referate erledigt sind. Das würde ich Ihnen vorgeschlagen haben. Ich würde auch eine Aufstellung nach Landsmannschaften versucht haben, wenn der ganze Gang der Debatte nicht ein anderer geworden wäre, und zwar in der Weise, daß einer von den Unabhängigen, einer von der Mehrheitspartei und ein Soldat hintereinander spricht, damit in die Debatte eine Regel hineinkommt, und ich glaube auch, ich hätte, wenn der zweite Punkt der Tagesordnung begonnen hätte, Ihnen diese Vorschläge gemacht. Ich glaube, Sie hätten sich darauf auch unter allen Umständen einlassen können. (Bravo!)

H. Lansenberg (zur Geschäftsordnung):

Kameraden und Genossen! Ich möchte den Ausführungen des Genossen Leinert gegenüber nur betonen, daß ich der Meinung gewesen bin und auch der Meinung noch bin, den Antrag zum ersten Punkte der Tagesordnung eingebracht zu haben. Genosse Leinert hat mir darauf erklärt, daß das nicht gehe; er gehöre zum zweiten Punkt der Tagesordnung, und er würde ihn beim zweiten Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung bringen.

Vollzugsratsmitglied Trippe (zur Geschäftsordnung):

Genossen! Gestern hat im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden des Vollzugsrats, Müller, der Kassierer einen kurzen Kassenbericht gegeben. Durch den Volksbeauftragten Landsberg ist heute morgen auch über die Finanzwirtschaft des Vollzugsrats gesprochen worden, und dadurch ist in diesem Hause ein

falsches Bild entstanden. (Zuruf.) Das ist zur Geschäftsordnung! Ich möchte deshalb bitten, daß mir gestattet werde, zur Finanzwirtschaft im Anschluß an den Genossen Ledebour ein paar kurze sachliche Bemerkungen zu machen. (Widerspruch.)

Vorsitzender Seger:

Nein, das kann ich unter keinen Umständen gestatten. Ich bitte nun aber dringend, sich an die Geschäftsordnung zu halten und die Geschäfte nicht so zu erschweren.

Zunächst hat Genosse Huber zur Geschäftsordnung das Wort. Ist er da? (Rufe: Nein!) Wenn das nicht der Fall ist, hat zur Geschäftsordnung Genosse Schmidt das Wort.

Schmidt (zur Geschäftsordnung):

Genossen! Nach den zweiten Geschäftsordnungserklärungen des Genossen Dr. Lansenberg, nach der dazugefügten Erklärung des Genossen Leinert und durch meinen Zwischenruf „Das paßt ja nicht in die Regie" ist eigentlich zu diesem Punkte meine Geschäftsordnungsbemerkung auch erledigt; ich will kurz sein. Danach habe ich nur noch einen Wunsch: In Zukunft die Abstimmung und Unterstützung nicht durch Aufstehen von den Plätzen, sondern durch Handaufheben geschehen zu lassen, weil ersteres, namentlich bei der Unterstützung von Anträgen, immer ein falsches Bild gibt, da schon sowieso immer mindestens 20 Personen im Saale stehen.

Vorsitzender Seger:

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag Lansenberg. Dazu hat Gottschalk einen Unterantrag gestellt, die Wendung „Anträge" zu streichen, so daß der Antrag dann nur lautet, daß Wortmeldungen erst nach den Referaten geschehen können. Wer nun für Streichung der Wendung ist, daß sich der Antrag nicht auf „Anträge" bezieht, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben. (Geschieht.) Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. (Diese erfolgt durch Aufstehen.) Er ist **angenommen.**

Nunmehr kommen wir zur **Abstimmung** über den Antrag selber. Wer dafür ist, daß **Wortmeldungen erst, nachdem die Referate gehalten sind, angebracht werden können,** den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. (Geschieht.) Ich danke. Das ist **angenommen.**

Dann liegt ein weiterer Geschäftsordnungsantrag vor von den Badensern, die darauf aufmerksam machen, daß sie jetzt zum Wort kommen möchten. Ich würde Sie bitten, dem Vorschlage des Genossen Leinert zuzustimmen, daß bei den Landschaftsmeldungen immer einer von dieser und einer von der anderen Richtung zum Worte kommen kann. Sind Sie damit einverstanden. (Zustimmung.)

Ich will aber auf die Ausführungen des Genossen Lansenberg, daß bereits so verfahren sei, als ob **aus den verschiedenen** Landesteilen mehrere Redner gesprochen hätten, erwidern, daß das nicht der Fall ist. Bis jetzt hat erst einer gesprochen aus Brandenburg, aus Remscheid, aus Berlin, und nun käme ein Münchener daran. Ich mache darauf aufmerksam, daß heute schon einer aus Bayern gesprochen hat, und zwar ein Augsburger Delegierter. Wollen Sie, daß nunmehr der Genosse Sauber drankommt, der die andere Richtung vertritt, die der erste Redner aus Augsburg nicht vertreten hat? (Zustimmung.)

Dann hat Genosse Sauber das Wort.

Über die Verhältnisse in Bayern im Vergleich zu Berlin.

Sauber-München:

Parteigenossen! Verehrte Freunde! Es ist hier ein Redner aus Augsburg aufgestanden, angeblich ein Delegierter, und hat die Angelegenheit der Verordnungen der Soldatenräte für Bayern geschildert. Ich muß Ihnen sagen, daß er sie nicht richtig geschildert hat. Diese Verordnungen sind Maßnahmen des Landessoldatenrates für Bayern und sind sehr geordnet und äußerst demokratisch; sie sind nicht bleibend, sondern können täglich, wenn es notwendig erscheint, abgeändert werden. Zu gleicher Zeit erkläre ich Ihnen, daß einige Tage, bevor wir abreisten, ein Beschluß gefaßt worden ist dahin, daß die unbedingte **Befehlsgewalt der Offiziere,** die in Verordnungen festgelegt ist, unter allen Umständen aufzuhören hat und **an deren Stelle die Rätegewalt** tritt. Das ist von dem Landessoldatenrat, der vorher getagt hat, festgestellt worden.

Nun zu den anderen Angelegenheiten, speziell zu unserer Regierung! **Wir mußten bedauerlicherweise feststellen**, wie uns unser Ministerpräsident Eisner mitgeteilt hat, daß hier **in Berlin die Konterrevolution noch am Werke** ist und daß sie **im Auswärtigen Amte** trotz der Volksbeauftragten — ich kann auch dem Vollzugsausschuß hier einen Vorwurf nicht ersparen — bis heute diese **kompromittierten Männer**, die den Frieden nicht herbeiführen können, nicht beseitigt haben. Es ist gesagt worden, daß Solf gehen soll. Er ist aber noch im Amte. Wir müssen entschieden dagegen protestieren, **daß heute so etwas in Berlin möglich ist. Es wäre notwendig, hier einmal auszuräuchern.** Wir haben in München in unserem Kriegsministerium andere Verhältnisse geschaffen. Dort geschieht nichts, was wir nicht unterzeichnen, was wir nicht gesehen haben, und wenn der Landesrat getagt hat, dann waren die Minister da und haben sich verantworten müssen; sie haben das, was wir gemacht haben, und wir das, was sie gemacht haben, für richtig befunden. Da gibt es keinen Zwiespalt, wenn auch zwei Richtungen in der Regierung vertreten sind. **Geschlossen wird aufgetreten und Politik** gemacht. Das ist für uns die Hauptsache, und daß es hier nicht geschehen ist, ist bedauerlich. Wir können als Bayern mit gutem Beispiel vorangehen und Ihnen sagen, wie Sie es jetzt zu machen haben, um ebensogut die Exekutivgewalt in die Hand zu bekommen und das oberste Kontrollrecht, wenn Sie es nur ausführen können. Es kommt darauf an, wie man es macht; es kommt nicht darauf an, daß man Sitzungen abhält, sondern darauf, daß und wie man handelt. **Wir in Bayern haben gehandelt**, und wir sind mit dem Träger der Revolution, mit Eisner, jeden Tag bereit, wenn eine Gegenrevolution kommen sollte, zu marschieren und sie niederzuhalten, mit der Regierung oder ohne sie.

Es ist uns weiter großes Material darüber gegeben worden — ich will nur einzelne Beispiele anführen —, **daß die Gegenrevolution tatsächlich im Marsche begriffen** ist. Das 8. Infanterie-Regiment, das als Ersatz-Bataillon in **Bad Kissingen** liegt, bekam vor einigen Tagen Mitteilung davon, daß die Maschinengewehrabteilung einrücke. Bei dieser Gelegenheit wurden die Leute, die dort Räte sind, nicht informiert. Als die Leute dann auf dem Bahnhof ankamen, wurden ihnen die **roten Binden genommen und die roten Fahnen heruntergerissen**, und als man darauf aufmerksam machte, daß es auf Generalkommandobefehl beruhe, haben die Offiziere erklärt, daß sie das nicht dulden, und daß sie, wenn die Leute nicht sofort weitergingen, **mit Maschinengewehren auf ihre eigenen Kameraden schießen** lassen würden.

Weiter haben wir die Leute zur Aufklärung ins 1. Infanterieregiment geschickt, das noch oberhalb Frankfurt war. Dort wurde der **Leutnant**, der als Aufklärer geschickt worden war, von dem General **verhaftet** mit der Begründung, daß **ganz München voll Maschinengewehren stehe** und die Proviantämter geplündert würden. So wird es gemacht, um draußen an der Front die heimkehrenden Truppen zu konterrevolutionären Elementen zu machen. (Sehr richtig!) Ich habe hier einen Befehl, der auch schon gestern hier geschildert worden ist, vom 17. Oberkommando, wo Hindenburg befiehlt, wie die Soldatenräte zusammengesetzt werden sollen. Kameraden, vergessen Sie nicht, daß die Räte, die draußen gebildet worden sind, konterrevolutionärer Art sind, und daß wir es mit Leuten zu tun haben, die gegen uns Stellung nehmen. (Zuruf: Unsinn!) Kameraden, vergessen Sie nicht: die sind nicht schuld; **es sind die Offiziere, die sie dazu verhetzen.** Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Truppen genau wissen, wie sie sich zu verhalten

haben; wenn sie aber **verhetzt werden** im letzten Moment, nachdem sie 4 Jahre gedemütigt und unterdrückt worden sind, verhetzt werden, sich gegen ihre eigenen Kameraden herzugeben, ist das ganz erklärlich. Damit hängt auch die Geschichte mit dem Front- und Heimatheer zusammen. Das sind die Krüppel, die zusammengeschossen worden sind und jene **Kameraden, die in den letzten 4 Wochen einmal ins Feld gekommen** sind; die nennen sich heute Fronttruppen. (Widerspruch und Zustimmung. — Zuruf: Namen nennen!) Kameraden, wenn Sie heute glauben, daß es notwendig erscheint, über die Frage ihrer politischen Gewalt entsprechende Beschlüsse zu fassen, daß Sie sich heute darüber klar werden, dann lassen Sie sich **als Soldatenräte das Heft aus der Hand nehmen**, und das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die bürgerliche Gesellschaft heute wieder an die Stelle tritt, an der sie war. Sie können glauben, was Sie wollen, ich bin der Meinung, und sie wird überall bei uns geteilt, weil wir sehr große Erfahrungen darin gemacht haben: wenn Sie in den Kriegsministerien, in diese Gebäude, wo die Leute sitzen, sofort Ihre Vertrauensmänner entsenden und diese Leute beobachten lassen, wie wir es gemacht haben, dann werden Sie sehr **bald die Fäden haben. Die werden nicht mit Maschinengewehren gemacht**; sie machen sich **ganz von selbst**. Diese werden Sie mit der Zeit ausschalten, und das Empfinden habe ich und muß es aussprechen, daß der Vollzugsrat und die Volksbeauftragten **die Mitschuld an der konterrevolutionären Bewegung in Berlin haben.** Ich glaube, daß jene, die im Vollzugsausschuß gewesen sind, nicht genau beobachtet haben, was hier vorgegangen ist. Aus den Reden des Genossen Ledebour geht ja hervor — wir haben es nicht untersuchen können oder sind nicht klar darüber — inwieweit sich **die Volksbeauftragten tatsächlich auf die bürgerliche Gesellschaft stützen.** Ich habe das Empfinden, daß dies der Fall ist.

Kameraden, es ist eben ein Antrag von Laufenberg nach dieser Richtung hin gestellt worden. Unterstützen Sie den Antrag, und wir werden weiterkommen; geben Sie uns das Kontrollrecht, und verlangen Sie die Exekutivgewalt, und verlangen Sie von den gewählten Volksbeauftragten, **daß sie sich für alle Durchführungsarbeiten zur Verfügung zu stellen haben** und nichts anderes! In diesem Sinne muß gearbeitet werden; dann kommen wir zum Ziel. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Seger:

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich Ihnen einige **Mitteilungen** zu machen.

Zunächst möchte ich die **Redner**, die sich gemeldet haben, bitten, sich hier am Büro noch einmal einzufinden und anzugeben, welcher Fraktion sie angehören, und den Landesteil.

Weiter ist mitzuteilen: für die **sozialdemokratische Fraktion** findet jetzt sofort eine Obmännersitzung, dann eine Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung eine Fraktionssitzung statt, und zwar im Festsaal.

Dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sich bis jetzt der Schriftführer Lübbring aus Königsberg noch nicht gemeldet hat; er mag sich also melden. Weiter soll Gottschalk aus Königsberg in das Mandatsprüfungsbüro, Zimmer 56, kommen.

Dann habe ich Ihnen ein

Wahlresultat aus Braunschweig mitzuteilen.

Danach, beträgt die Stimmenzahl für die Alldeutschen 13 823, für die Demokraten 17 695, für die Sozialdemokraten 16 316, für die Unabhängigen 22 678. (Bravo! und Händeklatschen.) Die Stimmen verteilen sich also wie folgt: 31 518 auf die bürgerlichen Parteien und 38 994 auf die sozialdemokratischen Parteien. (Bravo!)

Es tritt nunmehr die Mittagspause ein, und zwar bis 3 Uhr.

(Schluß 1 Uhr.)

4. Sitzung,

Dienstag, den 17. Dezember 1918, nachmittags.

101

Vorsitzender Seger

eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 10 Minuten.

Vor der Tagesordnung hat das Wort Genosse Leinert.

Genosse Robert Leinert:

Ich möchte die **Fraktionsvorstände**, den Vorstand der Unabhängigen Partei, der sozialdemokratischen Partei, den Fraktionsvorstand der Soldaten und, wenn er vorhanden ist, der Demokratischen Partei bitten, um 3½ Uhr mit mir zusammenzutreten, um über **die geschäftliche Handhabung der Meldungen zum Wort** und überhaupt die geschäftliche Handhabung auf diesem Kongreß zu beraten. Wir kommen so, wie es gehandhabt wird, nicht weiter, und ich fürchte, daß bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung die Wortmeldungen sich ebenso wie beim ersten Punkt vollziehen. Das können wir aber ausschalten.

Besprechung der Berichte.

(Fortsetzung.)

Vorsitzender Seger:

Wir fahren nunmehr in unserer Tagesordnung fort. Das Wort hat zunächst Heckert.

Fritz Heckert-Chemnitz:

Parteigenossen, als heute früh mein Parteifreund Braß seine Enthüllungen gemacht hatte, da staunte der Kongreß, daß die **Konterrevolutionäre** so stark an der Arbeit sind. Der Volksbeauftragte Landsberg erwiderte meinem Parteifreunde Braß, daß die Dinge nicht so schlimm stünden, wie er sie dargestellt habe. In demselben Moment, wo der Volksbeauftragte Landsberg dies sagte, erhielt mein Parteifreund Braß folgendes **Telegramm:**

Elberfeld, den 16. Dezember 1918.

Einer Verfügung des 7. A. K. in Münster gemäß sollen Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone aufgelöst werden. Vohwinkel durch Bürgermeister schon aufgelöst. Bitte sofort Antwort, ob Verfügung zu Recht besteht bei der Regierung.

Der Arbeiterrat Vohwinkel.
Fuchs, Herderstr. 61.

Sie können aus diesem Telegramm ersehen, daß sich die Generäle einen Teufel darum scheren, was die Volksbeauftragten erklären. Es besteht genau so, wie früher neben der Regierung eines Bethmann-Hollweg oder eines Hertling eine Regierung Ludendorff bestanden hat, jetzt neben der Regierung der Volksbeauftragten

eine Regierung Hindenburg,

die sich einen Pfifferling um das schert, was unsere gegenwärtige Regierung will. (Sehr richtig!) Manche sind der Auffassung, die Regierung wolle dasselbe. Ich weiß nicht, ob das zutreffend ist. Dasselbe Generalkommando des 7. A. K. hat angeordnet, daß die Oberbürgermeister, Landräte und Polizeipräsidenten **Geheimberichte über die Arbeiter- und Soldatenräte** einliefern. (Lebhaftes Hört! Hört!) Aus dieser Mitteilung können Sie erkennen, daß man tatsächlich gegen die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte konspiriert. Auch in **Sachsen** sind von den oberen Verwaltungsbehörden solche Geheimberichte eingefordert worden. Wir fordern von der Regierung, daß sie unverzüglich versucht, Klarheit zu schaffen und diesem Kongreß zu erklären, was sie mit dieser konterrevolutionären Militärkamarilla, die das deutsche Volk noch niederdrückt, machen will.

Der Volksbeauftragte **Landsberg** hat sich in einer Anzahl Anklagen gegen den Vollzugsausschuß ergangen und hat dann ebenso Anklagen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte erhoben. Er hat gesagt, daß die Unerfahrenheit der Leute zum Teil im Vollzugsrat und zum Teil bei den Arbeiter- und Soldatenräten direkt vernichtend wirke. Ich glaube, viel vernichtender wirkt diese **Untätigkeit** unserer Regierung gegen diejenigen Leute, die solche Verfügungen erlassen, wie das im Bereiche des 7. A. K. geschehen ist. Wir haben bislang hier von einer Abrechnung mit den bürgerlichen und junkerlichen Kreisen gehört, die Deutschland in das Elend gestürzt haben. Ich frage: warum werden nicht diejenigen von dieser Tribüne aus zur **Rechenschaft** gezogen, die daran schuld sind, daß das deutsche Bürgertum uns in das Elend hinterstürzen konnte?

102

Der Volksbeauftragte **Dittmann** hat gestern eine Rede gehalten, die nicht von seinen Parteifreunden, sondern von der Gegenseite applaudiert wurde. Wir können nun im heutigen Vorwärts folgendes lesen:

> Dittmanns Rede hatte Beifall verdient, und die meisten, die ihn spendeten, waren die „Abhängigen", die „Regierungssozialisten" von gestern, die nicht danach fragten, wie sich Dittmann bei den **Abstimmungen über die Kriegskredite** verhalten hat, sondern nur danach, wie er sich jetzt verhält.

Das heißt wohl mit anderen Worten, daß die **Politik des 4. August** noch als die richtige Politik bezeichnet werden solle. (Sehr richtig!) Wenn das der Fall ist, dann muß ich allerdings erklären, daß wir für eine solche revolutionäre Regierung keinen Sinn haben, und daß wir Volksbeauftragten **kein Vertrauen** entgegenbringen können, die es gegenwärtig noch für nützlich halten, daß man die Kriegspolitik der herrschenden Klassen mitmacht, und das hat man getan. Ich muß erklären: Ich glaube nicht, daß unter den 110 sozialistischen Reichstagsabgeordneten lauter Leute waren, die, um mit den Worten des Volksbeauftragten Landsberg zu sprechen, sich nur durch Unerfahrenheit auszeichneten. Sie mußten wissen, wie der materielle Zustand des Landes ist, sie hätten ihre Stimme erheben müssen zu einem Zeitpunkt, wo wir noch nicht so tief im Elend standen. Ich klage die Leute an, und dieser Kongreß hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nicht nur zu fordern, daß

Ludendorff vor ein Staatsgericht

gestellt wird, sondern alle diejenigen, die diese Politik bis zum 8. November unterstützt haben. (Sehr richtig!)

Der Volksbeauftragte Dittmann hat erklärt, wäre die Revolution im November 1914 gekommen, dann wäre die **Sozialisierung ein Kinderspiel** gewesen. Ich frage: Warum hat man sich gegen die Revolutionierung unseres Volkes aufgelehnt bis zum 8. November? Darüber möchte ich Auskunft haben. (Zuruf: Sie haben geschlafen!) — Ich habe nicht geschlafen. (Heiterkeit.) Ich weiß, was Scheidemann immer und immer wieder erklärt hat, und ich hoffe, daß Ihr das nicht alles vergessen habt! (Sehr gut!)

Es ist hier von dieser Tribüne gestern gesagt worden, daß es notwendig sei, bei den Nationalratswahlen eine **Einheitsfront gegen die Reaktion** zu schaffen. Ich frage: Warum hat man im Kriege nicht eine Einheitsfront des gesamten Proletariats gegen die Reaktion beliebt, warum hat man 4½ Jahre lang **mit den Westarp und Konsorten an einem Strick** gezogen? Ich frage: wie soll eine Einheitsfront möglich sein, wenn, wie das in Chemnitz im Wahlkampf geschehen ist, dort die Rechtssozialisten erklären, sie müßten sich wieder **mit den**

Bourgeois gegen die Linkssozialisten verbinden. (Hört, hört!) Wo bleibt die revolutionäre Treue, die uns gelobt werden soll? Ohne revolutionäre Treue für die Ziele der Revolution ist es gänzlich unmöglich, von solch einer Einheit zu sprechen.

Der Volksbeauftragte Dittmann hat uns erzählt, daß ein Aufruf zur **Bildung einer Volkswehr** ergangen sei, bestehend aus 11 000 Mann. Diese 11 000 Mann langen nicht zu, um die Revolution zu stützen. Ich frage die Regierung: was soll von der gegenwärtig freiwilligen Volkswehr nach Libau hinüber gesucht werden? Es geht das Gerücht — in vielen bürgerlichen Zeitungen hat es wenigstens gestanden, daß diese Freiwilligen aus den Säckeln der baltischen Barone bezahlt werden. Wollen wir vielleicht unter der revolutionären Regierung **ein neues** Finnland machen? Ich erkläre: es hat kein Freiwilliger nach Kurland, Livland und Estland zu gehen, um dort mit unsern Kameraden der **Lettischen Republik** in Differenzen zu kommen. (Sehr richtig!)

Ich frage die Regierung weiter: was hat sie getan, um die **Opfer des alten Systems** zu entschädigen? Sie reden hier von einer Amnestie, als ob das alles wäre. Amnestie hat die Revolution geschaffen, nicht der Rat der Volksbeauftragten. (Sehr richtig!) Wir haben uns die Kameraden allein aus den Zuchthäusern herausgeholt. Dazu haben wir die sechs Volksbeauftragten nicht gebraucht, und wir sind Manns genug, ihre Freiheit zu verteidigen. Ich frage die Regierung: wie sollen diese Leute **entschädigt** werden?

Den **Antrag** des Genossen **Laufenberg** unterstützen wir vollständig und bitten um Ihre ungeteilte Zustimmung. Es sind hier die heftigsten Anklagen gegen den Spartakusbund erhoben worden. Ich habe zu erklären, daß es eine Lüge ist, wenn man sagt, der **Spartakusbund** wolle die **Diktatur einer Minderheit** aufrichten. Dieser Rätekongreß hier besteht nicht aus Spartakusleuten; es sind nur verhältnismäßig wenige anwesend. Die Spartakusleute beantragen aber, daß sich dieser **Rätekongreß zur obersten gesetzgebenden und ausübenden Gewalt erklärt**, und wenn Sie das tun, dürften Sie mit einem Schlage diesen sogenannten Diktaturgelüsten des Spartakusbundes den Boden entziehen. Lassen Sie sich doch nicht mit solchen albernen Mätzchen, wie sie in den Zeitungen vorgetragen werden, verblüffen. Ich habe die Bange: wenn wir nicht in allerkürzester Zeit dazu kommen, die Revolution durch die Kraft des revolutionären Proletariats sicherzustellen, dann werden wir auch noch die Konterrevolution bekommen; und soll das erst geschehen — ich sage, es ist nicht notwendig — sollen wir vielleicht erst wieder auf den Knien liegen und rufen: Kehre wieder über die Berge, **Mutter der Freiheit, Revolution?** Ich glaube, es ist nicht notwendig, wenn sich jedes Ratsmitglied seiner Pflicht bewußt ist. Wir haben hier eine ungeheure Menge **Material, um die Konterrevolution zu entlarven.** Wir werden dieses Material zur Verfügung stellen. Ich bitte Sie aber, wachsam zu sein und sich nicht einer Bestie auszuliefern, die schon auf dem Sprunge sitzt. Die Volksbeauftragten haben die Verpflichtung, gegen die Konterrevolution mit rücksichtsloser Kraft aufzutreten, und, wenn sie das nicht können, von ihrem Platz zu verschwinden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Seger:

Das Wort hat Reese-Saarbrücken.

Gottlieb Reese-Saarbrücken:

Es ist ganz klar, daß eine Regierung nicht aus eigener Machtvollkommenheit regieren kann, sondern sie muß ohne weiteres ein Kontrollorgan haben, damit sie in ihrer ganzen Tätigkeit im Interesse des Volkes kontrolliert wird; und diese Tätigkeit hat hier zunächst, weil keine andere Instanz da war, der Vollzugsausschuß der Berliner A.- und S.-Räte ausgeübt. Man muß also eigentlich ihm dafür dankbar sein, daß er diese Tätigkeit übernommen hat. Aber es ist ohne weiteres klar, daß jeder, der am Wege baut, sich auch gefallen lassen muß, daß er kritisiert wird. Die Kritik, die hier an dem Berliner Vollzugsrat geübt worden ist, hat ja nun zum großen Teil ihre Berechtigung. Aber andererseits wollen wir auch diesen Leuten den guten Glauben gönnen. Jetzt muß natürlich ein Vollzugsrat aus dem ganzen Reich gewählt werden; dann wird eine ganze Reihe von diesen Fragen erledigt sein.

Aber man darf auch **nicht so überängstlich und empfindlich sein**, wie der Vollzugsrat gewesen ist. Denn diese Kritik ist überall im Reiche gegen jeden Vollzugsausschuß oder Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte aufgetreten; auch in dem Gebiete, wo wir tätig sind, ist eine ganz **wüste Hetze unter dem Schutze der besetzenden Macht** gegen uns aufgetreten.

Wenn hier jetzt gesagt wird, daß die Vollzugsräte 1800 Millionen ausgegeben haben sollen, so treffen diese Summen auch bei uns zu, denn wir haben auch viel Geld ausgeben müssen und **nicht so billig wirtschaften können**, wie Genosse Landsberg es von dem Arbeiterrat in Magdeburg mitteilte. Denn als bei uns die Revolution ausbrach, sind bei einer ganzen Reihe von Formationen zuerst die Offiziere und dann die Soldaten weggelaufen; wir mußten eine Sicherheitswehr aufstellen und brauchten dazu viel Geld. Da wir im großen Umfange Heeresgerät zu retten hatten, ist uns dieses Geld von der Militärverwaltung — nicht von der Intendantur, sondern vom Kriegsministerium in Berlin, zur Verfügung gestellt worden. In den Telegrammen war davon die Rede, daß wir bei der Zahl der Mannschaften, die wir nötig hatten, in der Woche 180 000 Mark brauchen können, wenn wir die Ausgaben genau nachweisen. Wir haben dieses Geld nicht gebraucht; bis die Besetzung kam, haben wir ungefähr 100 000 Mark ausgegeben. Aber wir haben der Militärverwaltung **ungeheure Summen gerettet**, in den letzten beiden Tagen allein für **eine Million Flugzeuge.** Sie können also sehen, daß das Geld nicht vergeudet war. Aber wenn man an unsere Ausgaben Nullen hängt, kommt man natürlich auch zu solchen Summen, wie sie für Berlin genannt worden sind.

Wenn **Mißstimmung gegen Berlin** herrscht, so kommt das wegen der Stellung, die Berlin einnimmt. Die Berliner glauben immer, sie können alles allein gut machen, und wir anderen verstehen nichts von den Sachen. (Lebhafte Zustimmung!) Das ist hier auch in Zwischenrufen wiederholt laut geworden. Wie kann man uns solche Dinge sagen! Wir stehen auch zum großen Teil seit langer Zeit in der Bewegung und wissen wohl, was wir zu tun und zu lassen haben. Aber man muß sich selbst auch Kritik gefallen lassen, und das tun wir auch.

Dann möchte ich noch auf eins hinweisen, auf die **Gegenmaßnahmen gegen die Gegenrevolution.** Was Genosse Braß hier vorgetragen hat, war nichts Neues; das haben wir auch erlebt. Wir haben aber feststellen können, daß, wenn wir uns an die Regierung nach Berlin wandten, dagegen eingeschritten worden ist. Als die Regierung in Trier sich uns nicht gleich unterstellen wollte, haben wir nach Berlin telegraphiert, am Tage darauf kam die Regierung und ordnete sich uns unter. So haben wir in einer ganzen Reihe von Fällen feststellen können, daß, wo Übergriffe vorgekommen sind, sie sofort auf Anordnung von Berlin ohne weiteres beseitigt worden sind. Auch die Dinge, die jetzt in der neutralen Zone

vorgekommen sein sollen, werden nach meiner Überzeugung vom Rate der Volksbeauftragten beseitigt werden. Es kommt mir manchmal so vor, als ob diejenigen, die so ungeheure Angst vor der Gegenrevolution haben, Leute sind (Zuruf: Die selber Angst haben!) — ich wollte sagen: Leute sind,

die im Dunkeln gehen;

wenn man im Dunkeln geht, kann man vor jedem Busch, der im Wege steht, bange sein, daß dort ein Räuber ist. So fürchtet man auch hier Gespenster. Denn die anderen Leute haben die Macht nicht mehr; sie ordnen sich ohne weiteres den Arbeiter- und Soldatenräten und dem Volke unter, das ihnen vertraut. Ich muß sagen, daß die Arbeiterschaft des deutschen Reiches **dem Rate der Volksbeauftragten unbedingtes Vertrauen** entgegenbringt, daß er die Revolution sicherstellen wird. (Zustimmung.) Und die festeste Sicherstellung der Revolution liegt darin, daß wir die Überzeugung haben — und das dürfen wir auf Grund der Wahlen, die bereits stattgefunden haben —, daß die Wahlen zu der Nationalversammlung eine überwältigende Mehrheit für die Parteien, die die Revolution gemacht haben, ergeben werden. Wenn das der Fall ist, hat die Revolution eine Sicherheit zu ihrem Bestande, zur Durchführung ihrer Arbeit, wie es sonst nicht der Fall sein kann. Wir wollen bis zur Wahl eines solchen Parlaments volles Vertrauen zu dem Rat der Volksbeauftragten haben und wir hoffen, daß er nach bestem Wissen seine Pflicht tun wird, um uns das Vertrauen zu erhalten, daß ein Rückschlag nicht eintreten kann. Nur Vertrauen gegen Vertrauen kann uns sicher stellen, und dieses Vertrauen müssen wir haben, und dann werden wir auch die Erfolge sehen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Seger:

Es ist ein

Antrag auf Schluß der Debatte

eingegangen. Er ist noch nicht genügend unterstützt. Wer ihn unterstützen will, mag sich erheben. (Geschieht.) Ich danke; er ist **genügend unterstützt.**

Zur Begründung hat das Wort Voigt (Breslau).

Fritz Voigt-Breslau:

Genossen, ich glaube, es ist jetzt in so sachgemäßer Weise über die Berichte des Vollzugsausschusses sowohl als über den Bericht der Volksbeauftragten diskutiert worden, daß wesentliche neue Gesichtspunkte jetzt wohl nicht mehr herausgekehrt werden können. Der Kongreß kann auch kein Interesse daran haben, die Vorgänge in den einzelnen Orten hier näher vorgetragen zu erhalten. Da wir uns nur von **großen Gesichtspunkten leiten lassen** wollen, rate ich, von einer weiteren Besprechung abzusehen. Wir haben noch viel wichtigere und brennendere Fragen zu erledigen, so daß wir unmöglich auf diese Einzelfragen so viel Zeit verwenden können. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrags.

O. Brennecke-Wiesbaden:

Genossen und Kameraden, ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wir haben heute morgen sehen müssen, wie besonders uns die Berliner Angelegenheiten stundenlang beschäftigt haben. Es ist einfach nicht wahr, daß schon alles gesagt ist. Bis jetzt sind meistens Redner zu Worte gekommen, die sich scharf gegen die Tätigkeit des Vollzugsrats und der Regierung gewandt haben. Es muß deshalb auch die Gegenseite gehört werden. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Volksbeauftragter Barth:

Ich möchte Sie dringend bitten, daß Sie mir Gelegenheit geben, das, was ich zu dem Bericht der Volksbeauftragten zu sagen habe, ebenfalls zu sagen. Gerade Sie, die Sie die **Gewerkschaftsführer** sind, haben sich über meine Ausführungen im Laufe der letzten 5 Wochen am meisten gefreut. Aber wenn ich mit dem, was ich da der Arbeiterschaft aus innerer Überzeugung gesagt habe, bewirkt habe, **daß die Massen nicht auf der Straße lagen**, dann muß ich Sie auch dringend ersuchen, daß Sie mir Gelegenheit geben, das zu sagen, was ich zu sagen für notwendig erachte und Beschlüsse herbeizuführen, wonach ich auch in Zukunft mit derselben inneren Überzeugung vor meine Kollegenschaft draußen hintreten kann und sie auffordern kann, das zu tun, was ich für notwendig erachte. Wenn mir das nicht möglich ist und wenn **die klare politische Situation**, die unbedingt notwendig ist, nicht gegeben wird, dann muß ich erklären, daß ich es ablehne, noch einmal meine Kollegen zu bitten, in die Betriebe zu gehen, sondern Ihnen zu sagen, daß, wo der Sozialismus in Gefahr ist, — und er ist in Gefahr, — wir das tun, was wir im Interesse des Sozialismus für notwendig erachten. Um das tun zu können, bitte ich Sie, mir zu gestatten, daß auch in meinen Standpunkt klarlegen kann. (Unruhe.)

Vorsitzender Seger:

Wir kommen zur **Abstimmung.** Ich bitte den, der für den Antrag auf Schluß der Debatte ist, sich von seinem Platze zu erheben. (Geschieht.) Ich danke; die Gegenprobe. (Geschieht.) Das ist sehr **zweifelhaft.** Wir werden abstimmen lassen durch

Hammelsprung.

(Die Abstimmung erfolgt.)

Die Zählung beginnt. (Zuruf: Ich bitte anzuordnen, daß die Ausweise bei der Auszählung vorgezeigt werden, weil sonst jeder mitstimmen kann!) — Das ist überflüssig. (Die Zählung erfolgt, und das Ergebnis wird festgestellt.) Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis gezeitigt: für den Antrag auf Schluß der Debatte haben 273 gestimmt, dagegen 191.

Damit ist

Schluß der Debatte

beschlossen.

Volksbeauftragter Barth (zur Geschäftsordnung):

Genossen, ich möchte Sie **noch einmal dringend ersuchen**, mir das Wort zu geben, trotzdem Sie Schluß der Debatte beschlossen haben.

Vorsitzender Seger:

Ich werde dem Verlangen nachkommen, wenn Sie damit einverstanden sind, daß ich darüber abstimmen lasse. (Zustimmung.) Wer dafür ist, daß das Mitglied des Rates der Volksbeauftragten Barth **das Wort zu einer Erklärung** bekommt, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht. Die Mehrheit hat sich erhoben.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt. — Bravo und Händeklatschen.)

Volksbeauftragter Barth:

Werte Genossen! Sie werden es eigenartig finden, daß ich als Mitglied des Rates der Volksbeauftragten darauf dränge, das Wort zu erhalten. Ich habe Ihnen vorhin schon erklärt, daß ich im Laufe der letzten fünf Wochen überall in der Öffentlichkeit, trotz meiner großen Tätigkeit für die Revolution, bei den Streiks, die in der letzten Zeit ausgebrochen sind, dauernd auf meine Kollegenschaft draußen eingewirkt habe, daß die Kollegen draußen Vernunft annehmen, in die Betriebe zurückzukehren. Ich tat das aus Gründen, die unbedingt anerkannt werden müssen, und sagte den Kollegen draußen: wenn ihr heute in einen Kampf eintretet, so ist das nicht ein Kampf gegen das Unternehmertum, sondern zu 90 % ein Kampf gegen die sozialistische Republik. (Sehr richtig! und Bravo!)

Ich habe den Kollegen draußen alle die Nöte, in denen wir stehen, eingehend klargelegt, und es war meine innerste Überzeugung, daß es die Pflicht und Aufgabe der Kollegenschaft sei, **Solidarität** zu üben, und daß diese Solidarität nicht darin bestehe, zu kämpfen, sondern nur darin, daß man im Interesse des Sozialismus **verzichte** — das ist die schwierigste Solidarität, die man überhaupt fordern kann —, daß das Individium mit seiner Familie im Interesse der Allgemeinheit verzichtet. Ich habe es in der Überzeugung getan: wir haben den Sozialismus, wir bauen ihn auf und aus, wir sorgen dafür, daß es in kurzer Zeit weder Ausbeuter, noch Ausgebeutete in Deutschland gibt. Und wenn ich Bedenken gehabt habe, wie so oft im Laufe der letzten fünf Wochen, **ob ich im Rate der Volksbeauftragten bleiben solle**, habe ich mir immer gesagt: es ist deine Pflicht, **im Interesse des großen Ganzen zu bleiben.** Aber Genossen! heute ist die Stunde, **heute muß entschieden werden**, ob mir das weiterhin möglich ist. Heute muß das klar ausgesprochen werden.

107

Vorhin wurde mir ein **Telegramm aus dem Osten** vorgelegt, in welchem die Genossen, die Kameraden, die drüben stehen, flehende Hülferufe ausstoßen, daß sie **durch den Eingriff der lettischen und russischen Truppen am Rückzug verhindert** würden, und daß ihnen eventuell der Zusammenbruch drohe, wie vor 100 Jahren Napoleon. (Hört, hört!) Genossen! ich habe in den letzten 5 Wochen immer und immer wieder im Kabinett erklärt, es ist unsere dringendste Pflicht, sofort eine nur aus Genossen bestehende Kommission nach Moskau und eine Kommission nach Warschau hinauszuschicken, die dafür sorgen, daß **mit den Polen und den Russen eine Verständigung** dahin erzielt wird, daß unsere Brüder und Klassengenossen drüben, um die ihre Familien doppelt schwer bangen, gesund und restlos heimgeführt werden. Fünf Wochen lang habe ich immer wieder diese Forderung gestellt und immer hieß es: nein, das geht nicht! (Hört, hört!) Immer wieder wurde erklärt, das brauche nicht zu sein. Genossen, ich frage Sie: können wir es verantworten, wenn da draußen auch nur 10 000 Mann dadurch, daß wir die Verständigung nicht herbeigeführt haben, zum Teufel gehen? Können wir es verantworten, wenn da draußen **Hunderttausende dem russischen Winter überliefert** sind, wenn vielleicht tausend Familien des Ernährers, zehntausend Kinder des Vaters beraubt werden? Da sage ich: Nein; alles was möglich ist, was getan werden kann, um zur Verständigung zu kommen, muß getan werden (sehr richtig!), und dabei dürfen wir uns von nichts, aber auch von gar nichts irritieren und von der geraden und notwendigen Bahn abbringen lassen.

Genossen! Genau so, wie in dieser Frage, liegt es in der

Frage des Grenzschutzes.

Wochenlang habe ich erklärt: **keinen Mann mehr** im Ostgebiet, als wir **zur Besetzung der Bahnen** und zur schnellen Verständigung mit den Polen brauchen, damit sie möglichst noch Truppen, zur Hälfte, zu dem Bahnschutz hinzugeben, damit unsere Leute zurückkönnen. Die Antwort war: Nein, das geht nicht! Und gerade Genosse Landsberg erklärte immer und immer wieder: Wir müssen doch vor allen Dingen auch **unsere nationale Ehre** wahren. (Hört, hört!)

Ich frage Sie, Genossen, hat da die nationale Ehre etwas mitzuspielen? oder ich frage Sie: haben wir nicht alles zu tun, was es verhütet, daß Menschenblut fließt? Genossen, und da sage ich: dieser Grenzschutz, den ich 5 Wochen lang für das Gräßlichste angesehen habe, hat jetzt seine Frucht gezeitigt. Ob es lediglich durch den Grenzschutz geschehen ist, oder ob die Polen schließlich nur einen Grund gesucht haben, um das zu tun, was sie wollen, das will ich nicht untersuchen. (Zuruf: Aha!) Aber jedenfalls ist dieser Grenzschutz der Grund, den sie angeben. (Lebhafte Zurufe.) Dann hätten sie einen anderen Grund angegeben? Jedenfalls steht das eine fest: die Polen erklären, durch diesen Grenzschutz sind sie bedroht, und wochenlang wurde wegen dieses Grenzschutzes immer wieder und wieder verhandelt, und immer und immer wieder wurde die Erregung in den polnischen Gebieten wegen dieses verfluchten Grenzschutzes hervorgerufen. Ich frage Sie: Sind wir denn **überhaupt in der Lage, Grenzen zu schützen?** (Zuruf: Nein!) Ich frage Sie alle, die Sie vom Osten kommen: Sind Sie in der Lage, Ihre Truppen zusammenzuhalten, um Grenzschutz zu üben? Nein! Wir müssen froh sein, wenn wir nur in der Lage sind, die Truppen soweit zusammenzuhalten, daß die Bahnen instand bleiben (Sehr richtig!), daß sie überwacht werden, daß wir unsere Truppen nach Hause bekommen. Unsere Leute draußen im Osten wissen ganz genau und jeder vernünftige Mensch weiß

108

das —: wir haben die 14 Punkte Wilsons anerkannt und können, wenn die Entente bestimmt: das gehört zu Polen — und ein großes Stück nehmen, nichts daran ändern. (Sehr richtig!) Was brauchen wir denn Vogelstraußpolitik zu treiben! Ist es unmöglich, etwas allgemein zu ändern, und wenn ich weiß, ich kann nichts ändern und kann daran gar nichts tun, sondern ich muß mich nachher dem Diktum fügen, dann frage ich Sie: darf man bloß, **um das Prestige hochzuhalten**, etwas tun, was einem sicherlich auf die Bahn des Blutes führt? Da sage ich: nein und nein und tausendmal nein; ich sage ferner: unsere Aufgabe ist, alles zu tun, um das Blutvergießen zu verhüten. (Sehr richtig!)

Und, Genossen, dazu kommt folgendes: Erfolgt die Verständigung mit den Polen jetzt gleich, schnell, wäre sie schon lange erfolgt, dann wäre die Sorge um unsere Nahrungsmittel und ganz besonders die **Sorge wegen der schwarzen Diamanten** und des Eisens und Zinks, das wir aus Oberschlesien erhalten, viel weniger schwer und drückend, als sie heute ist. (Sehr richtig!) Und das eine steht doch fest: wenn morgen zwischen Polen und Deutschen der Kampf entbrennen sollte — das erste, was wir los sind, ist die schlesische Kohle (Sehr richtig!), d. h. der Osten Deutschlands ist völlig lahmgelegt und hat weder Licht, noch Gas, noch Elektrizität, noch Wasser, noch irgendeinen Brennstoff zur Produktion, d. h. Hunderttausende, **Millionen sind im Osten Deutschlands brotlos, arbeitslos, erwerbslos.** Bei diesem grenzenlosen Chaos, in dem wir uns heute befinden, ist es unsere dringendste und zwingendste Pflicht, alles zu tun, um zu verhüten, daß dieses Chaos, dieser Zusammenbruch noch größer wird, als durch die **Führung der schurkischen und verbrecherischen Banditen**, die das Reich so geführt haben, daß sie selbst erklären mußten: wir haben **Bankerottpolitik** getrieben. Das Chaos darf nicht noch größer werden, Genossen, die Frage ist zu schwer und brennend, als daß man sie auf die lange Bank schiebt! Muß man da nicht hier den Rätekongreß zwingen, klipp und klar Stellung zu nehmen? Genossen, ich sage Ihnen: der Grenzschutz im Osten ist eine Kleinigkeit gegenüber dem verbrecherischen Treiben, das jetzt von der gegenwärtigen **Militärkamarilla im Westen** getrieben wird. (Sehr richtig!) Wir als Rat der Volksbeauftragten haben klipp und klar beschlossen: die **Demobilisation hat so schnell wie möglich** zu erfolgen. Und was ist geschehen? Am Sonnabend erhalten wir, Haase, Dittmann und meine Wenigkeit, auf einmal ein Telegramm — wir waren aus den Wolken gefallen — von der O. H., worin sie um unsere Zustimmung ersucht, **daß 10 Kilometer hinter der neutralen Zone, da, wo die Truppen des Grenzschutzes im Westen stehen, die Bewachungsmannschaften der Soldatenräte aufgehoben werden.** (Hört, hört!) Wir waren einfach sprachlos. Das war ein Verstoß gegenüber unserm klaren Beschluß. Und wissen Sie, was sich am Sonnabend in dieser Kabinettsitzung abgespielt hat? Da erklärte Ebert sowohl wie Landsberg: ja, wir können doch **unsere Grenze nicht schutzlos lassen.** (Hört, hört! Großer Lärm. Zuruf: Verräter!) Genossen, ich erkläre Ihnen, wer von einem **Grenzschutz im Westen** spricht, begeht ein **Verbrechen am deutschen Volke.** (Sehr richtig!) Denn der Grenzschutz im Westen bedeutet heute nicht mehr und nicht minder, als eine **rücksichtslose Provokation der Entente.** (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung bei einem Teil der Versammlung.) Wer heute im Westen einen Grenzschutz hinstellt, der bringt den ganzen Frieden rücksichtslos in Gefahr. (Sehr richtig!) Wenn das unsere Militärkamarilla tut, dann sage ich: die Herrschaften gehen von der Voraussetzung aus, daß es für sie tausendmal besser ist, wenn sie einen Feind im Lande, als wenn sie den Sozialismus im Lande

haben. (Erneuter Beifall.) Aber ich glaube, wir als Volksbeauftragte haben die Verpflichtung, das, was wir anerkannt haben, durchzusetzen, dafür zu sorgen, daß **ohne Wenn und Aber** und ohne Einerseits und Andererseits, das, was wir bestimmen, von den Militärautokraten geschieht. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Wenn das nicht geschieht, dann haben wir sofort diese ganze Gesellschaft nicht bloß zum Teufel zu jagen, sondern ins Kittchen zu stecken (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen), wenn diese Militärkamarilla das Bestehen des Reiches gefährdet. Wissen Sie, was es heißt, abgesehen von den Toten, die eventuell fallen, abgesehen von der Zerstörung und Verwüstung? Nur die Besetzung **des linken Rheingebietes** kostet uns jährlich 3, 4—6 Milliarden, und nun malen Sie sich aus, was es kosten wird, wenn das ganze Reich okkupiert wird? Das kostet **hunderte von Milliarden im Jahr.** Ich frage Sie: können wir uns bei unserem heutigen Dalles, wo wir vollständig nackt und bloß an Lebensmitteln, Rohstoffen und Geld dastehen, einen solchen Luxus erlauben? Können wir auch nur einen Tag ruhig hingehen lassen, ohne daß mit äußerster Strenge dazwischengefahren wird?

Was sagen Sie weiter dazu, wenn am Sonnabend sofort das Telegramm an die Oberste Heeresleitung hinausging und bis zur Stunde **noch keine Antwort** da ist? (Hört, hört!) Das hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Der deutsche Michel muß seine **Zipfelmütze von den Ohren** ziehen und muß sagen: bis hierher und nicht weiter! Ich meine, daß selbst Sie, die Sie als alte Gewerkschaftsvertreter hier sitzen, die Sie durch die Stürme der letzten Tage **wenig an Elan gewonnen** haben, sondern, wo Sie sonst in allen übrigen Fragen genau den alten Trott ziehen, wie bisher, die Empörung erfaßt und Sie sagen: da muß Remedur geschaffen werden. (Sehr richtig!)

Ich frage Sie: welchen Vorwurf hätten wir vor der Weltgeschichte, wenn wir diese bitter ernste Frage hier vor der Weltgeschichte nicht offen aussprächen; wie ständen wir vor der Weltgeschichte und dem eigenen Gewissen da, wenn wir mit tödlicher Sicherheit das Volk in das grenzenloseste Elend, welches man sich nur denken kann, hineinführen würden?

Das ist eine Frage. Aber, Genossen, werden Sie sich klar darüber, die Entente braucht ja schließlich nicht das ganze Land besetzen, werden Sie sich klar darüber: das Saarrevier ist besetzt, und wenn die Entente etwas tut, ist morgen das oberschlesische Revier besetzt und das Ruhrrevier besetzt, d. h. das ganze Reich ist einfach fix und fertig, **nicht ein Mensch hat in Deutschland noch die Möglichkeit zur produktiven Arbeit,** kein Mensch hat weder einen Funken Licht, noch einen Tropfen Wasser zur Verfügung, weil wir eben im ganzen Reich nicht einen Fummel Kohle zur Verfügung haben. Da ist es aus politischen und wirtschaftlichen Gründen heraus zwingende Pflicht, rückhaltlos zu erklären: wir verlangen, daß **mit der Militärkamarilla Schluß** gemacht wird, und zwar ganz entschieden. Genossen, ich sage, daß dabei die Herrschaften da unten im Westen und da, wo sie einziehen, in der rücksichtslosesten Weise gegen die Arbeiter- und Soldatenräte auftreten — das Telegramm, das Heckert vorhin hier vorgetragen hat, bestätigt nämlich, daß trotz unseres Telegramms von Sonnabend die Oberste Heeresleitung uns nicht etwa eine Antwort schickte, was eigentlich ist, sondern daß sie einfach hinging und das, wozu wir die Zustimmung geben sollten, einfach tat, indem sie die **Arbeiter- und Soldatenräte aufhob.**

Da frage ich Sie: muß da die Geduld nicht ein Ende finden? Genau so liegt's in allen Orten. Gestatten Sie mir, daß ich nur einiges hier von Berlin vortrage. **Wie sieht's denn hier in Berlin aus?** Ich bin der letzte,

der in der Öffentlichkeit darüber etwas gesagt hat, ich habe immer auf meine Kollegen und Genossen eingewirkt und gesagt: **ihr seht Gespenster**; seid mißtrauisch, paßt auf, aber macht nicht gleich so großes Tamtam. Aber, Genossen, fest steht, daß hier in Berlin **die rücksichtsloseste Militärautokratie am Werke ist, sich zu stabilieren, daß die** rücksichtsloseste Militärautokratie ihren Einzug gehalten und ihre Organisation fundiert und zusammengeschlossen hat. In allen Regimentern sind, als die Fronttruppen zurückkamen, die Soldatenräte mit dem Bemerken glatt aufgehoben worden: jetzt gibt es nur **noch Vertrauensräte der Fronttruppen,** und ihr als seitherige Soldatenräte habt überhaupt nichts zu bestellen. Die Herren Offiziere haben in ihren einzelnen Regimentern Verordnungen erlassen, die sich von den Verordnungen vor 5 und 2 Jahren um kein Jota unterscheiden. (Hört, hört! und sehr richtig!) Ich frage Sie: haben wir da nicht die gottverdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu erklären, daß wir die Söhne des Volkes nicht rücksichtslosen und brutalen Führern ausliefern dürfen, die sie in der Stunde, wo sie es tun zu können glauben, gegen ihre eigenen Brüder und Schwestern, **gegen Vater und Mutter führen** wollen? Wollen wir es zulassen, daß uns in der Weltgeschichte gesagt wird: Wilhelm II. war es nicht vergönnt, Vater und Mutter, Brüder und Schwestern von den Söhnen des Volkes im grauen Rocke ermorden zu lassen, aber die sozialistische Republik hat das durch ihre Leichtfertigkeit und ihre Unterlassungssünden verschuldet. Es ist unsere zwingende Pflicht, dafür zu sorgen, daß damit tabula rasa gemacht wird. Wir müssen dafür sorgen, wir müssen noch heute konsequent erklären: in allen Truppenformationen ist das, was wir für unsere neu zu bildende Volkswehr als Gesetz aufgestellt haben, von heute ab durchzuführen. (Stürmischer Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Das heißt: alle Formationen wählen sich von heute ab ihre Führer selber. (Erneuter stürmischer Beifall.) Das heißt allerdings nicht, daß wir die Offiziere einfach nehmen und hinausschmeißen. Die Leute haben ihr ganzes Leben lang nach ihrer Auffassung für das Volk das Beste getan; da haben wir natürlich auch die Verpflichtung, daß wir alle **die jungen Offiziere,** je nach ihrem Geschmack, **in einen Ausbildungskursus schicken,** um sie möglichst schnell in das bürgerliche Leben überzuführen. (Sehr richtig!) Und den Alten und Kranken geben wir eine Pension, nicht etwa in der Höhe, wie sie ihnen gesetzlich zusteht, aber so, daß sie damit auskommen können. (Sehr gut!) Dann wird niemand uns sagen können, wir verführen rücksichtslos, grausam und brutal. Aber im Interesse der Revolution, im Interesse des Sozialismus haben wir die gottverdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß alle konterrevolutionären Elemente ausgemerzt werden. Das ist aber nur möglich, wenn wir **rücksichtslos gegen die Soldateska vorgehen.**

Genossen, ich habe im Laufe der letzten 14 Tage wegen des Einzugs verschiedentlich Auseinandersetzungen mit Offizieren gehabt. Von diesen Auseinandersetzungen will ich Ihnen nur diejenige erzählen, die am vorigen Freitag stattgefunden hat. Da werden Sie alle finden, daß man überhaupt nicht so schwarz schildern kann, wie die Tatsachen wirklich waren.

Ich werde in der Nacht um ½12 Uhr mit einem Auto aus dem Reichskanzlerpalais weggeholt. Man kommt und sagt einfach zu mir: Du mußt mit nach dem Schloß; wenn Du nicht mitkommst, gibt es heute nacht ein grenzenloses Blutvergießen, dann gibt es heute nacht Tausende von Toten. Wenn Du verhüten willst, daß der Bürgerkrieg in ganz Deutschland mit aller Rücksichtslosigkeit ausbricht, dann komm mit. — Ich sage: Nann!

Was ist denn kaputt? — Komm mit ins Schloß, da wirst Du sehen. — Ich fahre nach dem Schloß. Als ich ins Schloß komme, finde ich dort eine Deputation des 4. Garde-Grenadier-Regiments, der Maikäfer, vor, die am Abend dort eingezogen waren. Es war am Freitag. Die waren dort eingezogen, um am anderen Tage den **Einzug durch das Brandenburger Tor** zu machen. **Eine idyllische Sache:** man zieht ins Schloß ein, dann von hinten wieder raus und dann durchs Brandenburger Tor. (Heiterkeit.) Die Leute frappierte das selbst, zwar nicht die Mannschaften, sondern die Offiziere und den Hauptmann. Dieser schickte eine Deputation zu den Matrosen nach dem Schloß mit der Aufgabe, darüber zu verhandeln, ob es möglich sei, mit ihnen zu einer Verständigung zu kommen. Ich sage: Ja, was heißt denn das, „zu einer Verständigung kommen"? Ja, sagen die, unser Hauptmann erklärt, die Matrosen wären 1800 Mann stark, und das wäre eine **Garde von Liebknecht**; die wollten morgen früh **verhindern, daß der Reichstag zusammentritt** (Lachen), und deshalb seien sie heute hier hereingeführt und in der Kgl. Bibliothek einquartiert worden, um diese Matrosen im Zaum zu halten. Und mit dieser Mission, wie gesagt, beauftragt der Hauptmann einen Unteroffizier und zwei Mann. Wenn nun diese Marinedivision im Schloß ebenso tollpatschig gewesen wäre, wie dieser Hauptmann, dann hätten sie schleunigst alarmiert, wären mit Kanonen und Maschinengewehren vor die Bibliothek gefahren und hätten geschossen, und die Chose wäre fertig gewesen. Was daraus entstanden wäre, brauche ich Ihnen wohl nicht auseinanderzusetzen. Ich sage also: Schön, da wollen wir schnell nach der Bibliothek hinübergehen; das muß ich mir mal ansehen und gleich dafür sorgen, daß die Alarmbereitschaft aufgehoben wird. — Der Vorsitzende des 53er Ausschusses und der Kommandant von der Marine gingen mit mir. Wir kommen zu dem Hauptmann. Ich stelle mich vor und sage: Ich komme, um zu fragen, wer Ihnen den **Befehl zur Alarmbereitschaft** gegeben hat. — Ja, sagte er, das Generalkommando. (Lebhaftes Hört, Hört!) Ich sage: Wollen Sie mir einmal diesen Befehl zur Einsicht geben. — Er sagt: Diesen Befehl habe ich nicht schriftlich, sondern **nur mündlich.** —

Nun frage ich Sie: In einer derartig erregten Zeit, wo **die ganze Luft mit Elektrizität geladen** ist, gibt man einem Hauptmann, der nicht für einen Pfennig politisches Verständnis hat, einen mündlichen Befehl und sagt ihm, daß im Schlosse 800 Bolschewisten ständen, die zu einem Putsch bereit seien, und er solle alle Vorkehrungen treffen, um das zu verhüten. Welche **Generalvollmacht für jedweden Blödsinn** stellt ein solcher mündlicher Befehl dar, zu welchem grausamen Blutbade hätte diese Generalvollmacht den Anlaß abgeben können!

Ich sagte dann: Haben Sie Telephon hier? — Nein, hier nicht, aber unten. — Ich sagte: Bitte schön, dann wollen wir heruntergehen. — Er erzählte eine **Räubergeschichte**, die gar nicht stimmte. Er erklärte, einen solchen Befehl hätten sie nicht gegeben, sondern sie hätten nur gesagt: „Sie sollen die Leute so marschbereit halten, daß sie morgen bei Zeiten wieder rausmarschieren können." (Heiterkeit.) Kontrollieren Sie nun einmal einen mündlichen Befehl nach! Das ist nämlich eine feine Sache, dabei hat man immer den Buckel frei. — Da erklärte mir nun der Hauptmann, ihm sei gesagt worden, er solle die Truppen alarmbereit halten, um dafür zu sorgen, daß der Zusammentritt des Reichstags morgen früh nicht gehindert werde. Da erklärte ich ihm: Was, der Reichstag? Ja, wissen Sie denn nicht, daß das Hochverrat ist, wenn der Reichstag zusammentritt, und daß, wenn Sie das unterstützen, Sie sich des **Verbrechens des Hochverrats mit**

schuldig machen? — Nein, davon weiß ich nichts; der Reichstag ist doch eine Institution des Reiches. — Einem solchen Mann gibt man eine solche Generalvollmacht! Also die Alarmbereitschaft wurde aufgehoben, die Sache war für mich erledigt.

Jetzt hat nun im Anschluß daran und an einige andere Sachen **der Kriegsminister demissioniert.** Genossen! Wenn es irgendeinen Menschen gibt, dem ich, wenn man einen Menschen rein nach Worten und nach seinem Sichgeben beurteilen kann, Vertrauen entgegenbringe, dann ist es der Kriegsminister Scheüch, und ich habe persönlich gegen den Mann nicht den geringsten Verdacht. Aber gerade, daß er jetzt demissioniert hat, ist für mich der Beweis, daß er der Kräfte, die am Werke sind, nicht mehr glaubt Herr werden zu können; daß der Mann demissioniert hat, ist für mich der Beweis, daß die konterrevolutionären Kräfte stärker sind als er. Da mögen Sie mit dem Kopfe schütteln, — ich spreche nichts, wovon ich nicht innerlich überzeugt bin. Aber, Genossen, wenn ich glaube, daß das der Fall ist, dann sage ich mir: es ist das dringendste Gebot der Stunde, dafür zu sorgen, und zwar nicht nur in Berlin, sondern an allen Orten, daß **solchen Machenschaften einfach der Boden entzogen** wird. Das kann nur geschehen, indem wir so verfahren, wie ich erkläre, daß auch der Rat der Volksbeauftragten eine ganz klare Stellung von Ihnen aus hat; und wer vom Rat der Volksbeauftragten glaubt, aus **Bedenken wegen der nationalen Ehre** das nicht tun zu können, der mag dann eben aus dem Rat der Volksbeauftragten ausscheiden. (Lebhafter Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Ich schlage Ihnen also vor,

Antrag.

Der Rätekongreß möge beschließen:

Jedweder Grenzschutz, soweit er zur Demobilisation nicht notwendig ist,

— d. h. lediglich die Bewachung der Bahnen —

ist sofort im Osten und Westen aufzuheben. Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren. Alle Offiziere sind bei Ankunft in der Garnison zu entlassen, wobei die Kosten zur Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu übernehmen und bei älteren oder kranken Offizieren eine Pension zu zahlen ist. Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen.

Genossen! Wenn wir diesen für die Revolution ganz selbstverständlichen Antrag annehmen, dann kann kein Mensch aus der bürgerlichen Gesellschaft einen Stein auf uns werfen. Wir sprechen aus: im Interesse der Revolution und um sie zu sichern, treffen wir diese notwendigen Maßnahmen. Wir sind gewillt und fühlen uns verpflichtet, dafür zu sorgen, daß diejenigen, die darunter leiden, in den bürgerlichen Beruf hinübergeführt werden, und wir fühlen uns verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die übrigen, die das nicht mehr können, nicht an ihrem Lebensabend verhungern. Daß das gemacht wird, Genossen, erachte ich für dringend notwendig.

Zu einer ganzen Menge anderer Fragen, die ich sonst noch hier zu berühren hätte, will ich heute schweigen. Wenn das gemacht ist, wenn diese Sicherung gegeben ist, dann glaube ich mit gutem Gewissen, aus innerer Überzeugung, immer und überall — wo es auch sei, und bei wem es auch sei, — dafür eintreten zu können, daß alle Arbeiter, alle Genossen und alle Kollegen, den bitteren Ernst der Stunde erkennen und immer das tun, was immer im Interesse der sozialistischen Republik notwendig ist: die **Solidarität zur Entsagung**, die Solidarität im Interesse des Sozialismus, im Interesse der Freiheit, im Interesse der Allgemeinheit. Darum, Ge-

nossen, beschließen Sie so; dann können Sie sagen, Sie haben das getan, was diese ernste Stunde von Ihnen im Interesse der Revolution verlangt und fordert. (Allgemeiner stürmischer Beifall!)

Antrag auf Wiedereröffnung der Aussprache.

Vorsitzender Seger:

Es liegt ein Antrag vor, die **Eröffnung der Debatte** vorzunehmen. Es liegt weiter das Verlangen des **Volksbeauftragten Ebert** zu einer **Erklärung** vor. Außerdem liegen drei Meldungen zur Geschäftsordnung vor.

Nachdem ohne Zweifel durch den letzten Redner die Debatte wieder eröffnet worden ist, würde ich vorschlagen, zunächst eine Pause eintreten und die Fraktionsvorsitzenden mit dem Büro bestimmen zu lassen, wieviele Redner ausschließlich zu der Frage: **der Fall Barth und die Volksbeauftragten**, Auslandspolitik, zum Wort gelassen werden sollen, wobei selbstverständlich die Volksbeauftragten, die anderer Meinung sind, zum Worte kommen sollen. Auf diese Weise würden wir eine sachgemäße Erledigung dieser Debatte herbeiführen können. Sind Sie meiner Meinung? (Widerspruch und Rufe: **Erst soll Ebert sprechen!**) Da Sie widersprechen, ist mein Vorschlag erledigt. **Wir kommen jetzt also zur Geschäftsordnungsdebatte.**

Lansenberg (zur Geschäftsordnung):

Ich wollte an das Präsidium lediglich die Anfrage richten, wie es den **von mir eingereichten Antrag** zu behandeln gedenkt. Der Antrag trägt nur eine Unterschrift, er ist zum vorliegenden Punkt der Tagesordnung gestellt, die Unterstützungsfrage ist nicht gestellt worden. Der Antrag hat nicht begründet werden können; vorhin erklärte mir aber Genosse Seger, daß über den Antrag abgestimmt werden solle. Ich bitte also um eine Äußerung darüber, wie die Sache gehandhabt werden soll.

Vorsitzender Seger:

Ich kann nur mitteilen, daß über den Antrag des Genossen Lansenberg **einfache Abstimmung** stattfindet. Daß dieser Antrag so behandelt werden muß, ist nicht Schuld des Büros, sondern Ihrer Beschlüsse.

Krüger (Teltow) zur Geschäftsordnung:

Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir nach dieser Rede des Genossen Barth und nach den Anträgen, die er gestellt hat, den Schluß der Debatte aufrecht erhalten. Ich möchte vorschlagen, daß wir jetzt zunächst dem Genossen Ebert das Wort geben, und daß dann, entsprechend dem Vorschlage des Genossen Seger, die **Fraktionsvorsitzenden** sich darüber verständigen, in welchem Umfange die Debatte neu aufgenommen werden soll, über die Vorschläge, die das Präsidium zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden macht, würde dann die Vollversammlung zu entscheiden haben. Aber erst nach der Erwiderung des Genossen Ebert können sich die Parteigenossen ein Bild davon machen, in welchem Umfange eine neue Debatte notwendig ist. (Zustimmung.)

Adolf Buhl-Potsdam (zur Geschäftsordnung):

Die Rede des Volksbeauftragten Barth war tiefernster und aufregender Natur und läßt uns noch allerlei vermuten, da er erklärte, über alles andere wolle er vorläufig noch schweigen. Wir haben aber alle Ursache, nicht zu schweigen, sondern uns darüber auseinanderzusetzen, was hinter der Geschichte noch steckt. Da gegen den Genossen Ebert, wie auch Landsberg gegenüber, gewisse Vorwürfe erhoben worden sind, so muß Genosse Ebert zweifelsohne dazu das Wort nehmen. Ich möchte außerdem aber bitten, daß aus dem Rate der Volksbeauftragten und den Kameraden **eine Kommission** gewählt wird, die das der Anklagerede zugrunde liegende Material zu sichten und am Schluß der Tagung hier zu berichten hat, wie weit sie auf Wahrheit beruht.

Paul Löbe-Breslau:

Die Angriffe auf die Genossen Ebert und Landsberg sind öffentlich erfolgt, wir haben deshalb öffentlich Antwort entgegenzunehmen. Ich schließe mich dem Antrag an, daß wir **zunächst Ebert reden lassen**, und wenn schließlich zwischen dem Büro und den Fraktionsvorsitzenden eine Einigung über den weiteren Verlauf der Debatte erfolgt, so werden wir das begrüßen.

Schmidt:

Genossen, der Genosse Lansenberg hat Ihnen vorgetragen, wie die Behandlung seines Antrags zur Sache erfolgen soll. Der Vorsitzende hat demgegenüber erklärt, daß die Behandlung des Antrags nicht Schuld des Büros, sondern unsere Schuld ist. Darin gebe ich dem Vorsitzenden vollständig recht. Aber, Genossen, wir müssen doch nun versuchen, die Sache abzuändern, denn einen derart wichtigen Antrag, wie ihn Lansenberg gestellt hat, können wir doch nicht etwa annehmen oder ablehnen, ohne ein Wort dazu

gesprochen zu haben und ohne daß dem Genossen Lansenberg selbst einmal die Möglichkeit gegeben worden wäre, ihn zu begründen. (Zuruf.) Er ist beim ersten Punkt der Tagesordnung zur Debatte gestellt worden. (Erneuter Zuruf.) Er ist beim ersten Punkt durch Verständigung mit dem Büro zur Debatte gestellt worden, und es kommt noch hinzu, daß von Herrn Leinert nachträglich erklärt worden ist, daß er auch seiner Meinung nach zum ersten Punkt erledigt werden kann.

Ich stelle deshalb den Geschäftsordnungsantrag, dem Genossen **Lansenberg zur Begründung** seines Antrags das Wort zu geben und auch, wenn nur in beschränktem Maße, einer Anzahl von Rednern die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem Antrage zu äußern. Wenn wir diesen Antrag — mögen wir ihn nun annehmen oder ablehnen — ohne Besprechung und ohne Begründung erledigen wollten, so würden wir uns nicht nur vor Deutschland, sondern vor der ganzen Welt lächerlich machen.

Karl Heuse-Hamburg:

Genossen, Kameraden! Soviel ich von der Geschäftsordnung kenne, muß ich hier feststellen, daß der Vorsitzende nicht die Geschäfte in einer Weise führt, wie das parlamentarisch richtig ist. (Zustimmung.) Wenn ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt wird, dann hat nach parlamentarischer Sitte einer für und einer gegen den Antrag zu reden und dann hat der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung zu bringen, aber nicht wahllos einfach jedem das Wort zur Geschäftsordnung zu geben. Dann könnte die Geschäftsordnungsdebatte ins Uferlose gehen, und wir kommen nicht zum Ziel. Genossen, es ist angenommen worden, daß der Antrag des Genossen Lansenberg bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung seine Erledigung finden soll. (Zuruf.) Das hat der Vorsitzende Genosse Leinert ausgesprochen. (Erneuter Zuruf.) Das hat er doch gesagt, und darauf muß die Versammlung bestehen. Wir können nicht einen Antrag zur Abstimmung bringen, ohne daß die Versammlung Gelegenheit gehabt hat, den Antrag begründen zu lassen. Darum halte ich es für selbstverständlich, daß er beim zweiten Punkt der Tagesordnung besprochen wird und der Antragsteller dabei das Wort erhält.

Vorsitzender Seger:

Die Rede hätte sich der Herr Hense schenken können. Zunächst liegt kein Geschäftsordnungsantrag vor, sondern nur Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen vor. (Widerspruch.) Der Antrag, daß die Debatte weiter gehen soll, ist noch nicht einmal zur Unterstützung gestellt. Wir haben noch Geschäftsordnungsdebatte. Ich bitte Sie, die Geschäftsordnung, die Sie alle vor sich haben, richtig anzusehen. (Zurufe.)

Nunmehr hat, da Sie meinen Antrag abgelehnt haben, der Volksbeauftragte Ebert zur Erklärung das Wort, und dann werden wir über den Antrag, die Debatte wieder zu eröffnen, beschließen. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.)

Dann hat Ebert das Wort.

Volksbeauftragter Ebert:

Genossen! Es ist etwas schwierig, sich nach den Ausführungen des Kollegen Barth auf eine ruhige, sachliche Erklärung in dieser Angelegenheit zu beschränken. Denn es war an sich schon ein höchst **merkwürdiges Verfahren**, daß Barth nach Schluß der Debatte für sich noch besonders beanspruchte, reden zu dürfen. Wenn eine solche Vergünstigung ihm eingeräumt wurde, mußte er sich sagen, daß andere auch den gleichen Anspruch erheben können. Er hätte schon deshalb die ganz selbstverständliche Pflicht gehabt, sich **zurückzuhalten**. (Widerspruch und Zustimmung. — Zurufe.) Genossen, ich bitte, mich ruhig aussprechen zu lassen! Es handelt sich hier um eine Frage, die für mich von allergrößter Bedeutung ist. (Erneute Zurufe.) Ich glaube, nachdem Sie Barths längere Rede angehört haben, dürfen wir auch beanspruchen, uns dazu zu erklären. Wenn Barth glaubte, den Rat der Volksbeauftragten hier zum Gegenstand besonderer Angriffe machen zu müssen, hatte er als Kollege **vor allem** die Pflicht gehabt, sich vorher mit seinen Kollegen ins Benehmen zu setzen. (Lebhafte Zustimmung.) Er hat das nicht getan. Er hat auch nicht gesagt, was für Angriffe er gegen uns zu führen gedenkt, so daß er uns **ganz unvorbereitet vor diese Situation** gestellt hat. (Rufe: **Aha! — Lebhafte Unruhe.** — Glocke des Vorsitzenden.)

Was er vorgetragen hat, sind Fragen, die teils einmütig, übereinstimmend im Kabinett erledigt worden

sind, (Hört, hört!) teils Fragen, die noch nicht abgeschlossen sind, die dort noch der Erwägung unterliegen. (Hört, hört!)

Da will ich gleich auf die Fragen im einzelnen eingehen. Das ist zunächst die Frage der **Rückführung unserer Truppen im Osten**. Ich stelle fest, Genossen, und ich glaube, außer Barth werden alle übrigen Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten mir zustimmen, daß nach der Übernahme der Regierung wir sofort beschlossen haben, das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt zu veranlassen, daß unsere Truppen im Osten schnellstens in die Heimat zurückgeführt werden. (Sehr richtig!) Dabei haben wir folgende Bedingungen gestellt. Wir haben gesagt: Es muß natürlich die Möglichkeit gegeben werden, daß wir einen **genügenden Bahnschutz** schaffen, damit die weit im Osten stehenden Truppen wirklich mit der Bahn zurückkehren können. (Sehr richtig!) Wir haben zweitens zur Bedingung gemacht, daß die **Bestände unserer Proviantlager**, die notwendig zur Verpflegung unserer Truppen gehören, geschützt und gesichert werden. So ist verfahren worden. So ist einstimmig beschlossen worden. Die Genossen aus dem Osten, insbesondere die Mitglieder der Soldatenräte an der Ostfront, wissen aus dem vielfachen und schriftlichen Verkehr mit uns, daß von uns jederzeit alles und restlos geschehen ist, um in diesem Sinne den Rücktransport unserer Truppen aus dem Osten durchzuführen. In den letzten Tagen, erst heute, habe ich wieder mit den Genossen aus dem Osten verhandelt. So einfach liegen die Dinge nicht, wie Barth es hinstellt. Es sind hier Genossen aus dem Osten im Saale, die in tiefer Sorge sind, wie es möglich sein wird, alle die Schwierigkeiten zu überwinden, was nicht einmal in unserer Hand liegt, um die Truppen aus dem Osten so schnell wie möglich heimzuführen. Was in dieser Richtung geschehen ist, ist von der Reichsleitung im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Behörden geschehen.

Dann die Frage unseres Grenzschutzes! Auch diese Frage ist bald an uns herangetreten, und auch hier herrschte volle Übereinstimmung im Kabinett.

Es gab eine Zeit, in der unsere Ostgrenze, insbesondere die Grenze von Posen, lebhaft durch Angriffe regelloser Truppen, von Soldaten, Banden, Marodeuren und anderen **gefährdet** war. (Zuruf: 20 Mann! — Widerspruch und Zustimmung!) — Lassen Sie mich nur auf die Sache zurückkommen! Diese Nachrichten, die, wie ich noch einmal sage, zahlreich an uns herangekommen sind, sind von uns in jedem einzelnen Falle sorgfältig geprüft worden. Dabei hat sich ergeben, daß diese Mitteilungen zum erheblichen Teil **übertrieben** waren. Dies haben wir festgestellt mit den A.- und S.-Räten aus Posen, das haben wir festgestellt in Verhandlungen mit den preußischen Behörden, den Behörden dort in Posen. Alles ist in ernstester und sorgfältigster Weise geprüft worden.

Dann aber haben wir gesagt: selbstverständlich müssen wir unsere Grenze in irgendeiner Weise schützen. (Bravo!) Das ist auch von unseren Genossen im Osten verlangt worden, und zwar mit großem Nachdruck, und wir sind uns einig geworden — alle in Betracht kommenden Körperschaften übereinstimmend — dahin, daß ein Grenzschutz aus Truppen geschaffen wird, die bodenständig sind, die mit den Verhältnissen im Osten, die **mit der Bevölkerung Polens** vertraut sind und die gemeinsam mit den Polen den Grenzschutz führen sollen. So ist verfahren worden. Und selbst die Polen, mit deren Vertretung wir eingehend und wiederholt verhandelt haben, haben sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. (Hört, hört!) Das Kabinett war einig in der Frage, daß unter

diesen Voraussetzungen und unter diesen Modalitäten ein **Grenzschutz im Osten absolut notwendig** ist. (Lebhafte Zurufe.) — Lassen Sie mich ausreden, ich habe Sie auch nicht unterbrochen. — Sollten wir denn schließlich im Osten unsere Bestände an Nahrungsmitteln, an Heeresgut, alles, was dort ist, willenlos, widerstandslos jedem preisgeben, der dort an uns herantritt? Wissen Sie nicht, daß die **Kartoffelversorgung**, daß die **Getreideversorgung** Preußens und Deutschlands zum großen Teil auf den Beständen beruht, die wir in Westpreußen und in der Provinz Posen hatten? (Sehr richtig!) Wir waren im Interesse unseres darbenden Volkes gezwungen, verpflichtet, alles zu tun, was nötig ist, um den Osten nach dieser Richtung hin zu schützen. Und ich sage noch einmal: das Kabinett befand sich dabei in völliger Übereinstimmung. (Hört, hört!) Wir haben auch wiederholt — das habe ich schon gesagt — selbst mit den Vertretern des polnischen Volkes, mit dem Volksrat, verhandelt, und wir waren auch mit ihm in allen diesen Fragen in Übereinstimmung.

Nun die Frage im **Westen**. Es ist am Sonnabend von der Obersten Heeresleitung ein Vorschlag bei uns eingelaufen, der im Kabinett noch nicht erledigt ist, der darauf hinauslief, daß man im Westen, und zwar hinter der uns aufgelegten neutralen Zone, einen Schutz schaffen müsse, daß dafür bestimmte Truppen aufgestellt werden sollten, und nun wurden Vorschläge gemacht, wie diese neu aufgestellten Truppen mit den dort bestehenden Sicherheitstruppen der A.- und S.-Räte in Verbindung gebracht werden sollten. (Zuruf: Sie sind in das neutrale Gebiet schon eingerückt!) Darüber bestand nicht volle Klarheit im Kabinett, und wir haben beschlossen, und zwar übereinstimmend, zunächst bei der Obersten Heeresleitung über diese Fragen **bestimmte Auskünfte** einzufordern. Das ist am Sonnabend beschlossen, und das Erforderliche ist sofort in die Wege geleitet worden. Heute ist Dienstag; ich weiß nicht, ob mittlerweile schon eine Antwort eingetroffen ist; jedenfalls war sie gestern abend, als wir im Kabinett die Sitzung hatten, noch nicht da.

Nun noch ein Wort, Genossen, über den Schutz — sagen wir einmal: unserer Grenze im Westen hinter der neutralen Zone. Es ist mir — das ist nur meine persönliche Auffassung, die ich jetzt vertrete — von einer ganzen Reihe von Behörden, Soldaten, Genossen aus dem Westen mitgeteilt worden, daß allerdings es auch notwendig sei, **hinter der neutralen Zone eine gewisse Sicherung** zu schaffen, um Leben, Eigentum, Ordnung nicht jedem, der von drüben herüberströmt, preiszugeben. (Sehr richtig! Unruhe. Lachen bei einem Teil der Versammlung.) Und eben sind Soldaten bei mir gewesen, Genossen, die beiden Parteigruppen angehören, die ebenfalls auch eine gewisse Sicherung in der Richtung, die ich eben andeutete, dringend für geboten erachteten. Aber das war eine Frage, Genossen, die völlig offen ist, das war nur **eine gelegentliche Äußerung**, zu der ich stehe. Die Frage selbst ist vertagt und sollte im Kabinett erst entschieden werden, nachdem die Rückäußerung der Obersten Heeresleitung hier ist.

Das ist der Sachverhalt in ruhiger, objektiver Darstellung. Und nun frage ich Sie: ist es gerechtfertigt, wenn ein Kollege, der selbst am besten weiß, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, der selbst am besten weiß, wie jeder einzelne von uns aufs redlichste und fleißigste bemüht ist, die Schwierigkeiten zu überwinden und dieses Zusammenwirken der Kräfte herbeizuführen, wie es die Situation gebietet, — ist es gerechtfertigt, wenn ein Kollege in dieser Situation solche Angriffe gegen seine alten Kollegen richtet? (Stürmische

Zurufe: Nein! Volksbeauftragter **Barth** ruft: **Das ist einfach toll!** Barth wendet sich gegen Scheidemann und ruft immer wieder: **Geht mir nur mit Eurer nationalen Ehre!**)

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung dazu zu machen. Barth hat auch, obgleich die Debatte geschlossen ist, einen Antrag eingebracht, der die Materie der künftigen Heeresorganisation, das **Verhältnis von Mannschaften zu Offizieren** und andere Fragen anschneidet. Sie erinnern sich, daß wir gestern, als ein solcher Antrag von den Soldaten gestellt worden war, uns verständigt haben, ihn zurückzustellen, mit der Maßgabe, daß er sofort mit dem neuen Zentralrat und der Reichsleitung beraten und erledigt werden soll. (Sehr richtig!) Es ist eine Frage — und die Soldaten sowohl draußen, wie aus der Heimat haben es mir in den letzten Tagen wiederholt gesagt —, die einmal in ruhiger gründlicher Erörterung geprüft werden muß, eine Prüfung, die man am besten im engeren Kreis vornimmt. Nur dann wird man zu einem Ergebnis kommen können, das einmal die Gewähr der Dauer bietet und die Gewähr, daß etwas geschaffen wird, mit dem alle Beteiligten zufrieden sein können.

Dazu haben wir uns bereit erklärt; diese Erklärung gab ich gestern namens und im Namen meiner Kollegen ab. — Und heute stellt Barth einen Antrag, die Sache ohne diese Beratung hier im Kongreß zu verabschieden. So, glaube ich, kann man schwierige Dinge nicht regeln; (Sehr richtig!) so kann man auch nicht zusammenarbeiten; (Lebhafte Zustimmung.) so wird das Zusammenwirken unter schwierigen Verhältnissen nicht gefördert, sondern aufs höchste gefährdet, und ich muß es mir und meinen engeren Parteifreunden in der Regierung **vorbehalten**, ob wir überhaupt unser Amt weiterführen können, wenn nach dieser Richtung hin nicht Sicherungsvorkehrungen getroffen werden. **(Minutenlanger stürmischer Beifall und Händeklatschen im Haus und auf den Tribünen.)**

Neue Geschäftsordnungsaussprache.

Albert Grzesinski-Cassel:

Genossen! Es erscheint mir infolge verschiedener Vorkommnisse während der letzten beiden Tage angebracht, daß das Präsidium sich darüber klar wird, **wer hier im Parlament etwas zu sagen** hat und wer nicht. Wir erleben es hier auf dieser Seite, daß Mitglieder der Exekutive bzw. des Vollzugsrates sich in Dinge einmischen, die sie nichts angehen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Parlament ist die Delegation der Arbeiter- und Soldatenräte, und Sie vom Berliner Vollzugsrat, ebenso wie die Mitglieder der Regierung, sind hier diejenigen, die uns Rechenschaft zu geben haben (Sehr richtig!), im übrigen sich der größten Zurückhaltung und Vorsicht zu befleißigen haben. Wir müssen es mit aller Entschiedenheit ablehnen, uns hier **durch Zwischenrufe von Leuten provozieren zu lassen**, denen wir die Legitimation zu ihrem Amte jedenfalls noch nicht so ohne weiteres zuerkennen können. (Sehr richtig!) Ich bitte das Präsidium, in jeder Beziehung hier parlamentarisch zu verfahren. Was sich vorhin hier abgespielt hat, daß nämlich ein Mitglied der Regierung, Barth, sich zur Geschäftsordnung meldet, ist ein Bild, das zum Himmel schreit, das nicht platzgreifen darf.

Es ist weiterhin in keiner Weise zulässig, daß hier zum Parlamente auch die Tribüne gehört. Ich erwarte, daß das Präsidium etwas mehr Energie an den Tag legt, als das bisher der Fall gewesen ist. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen — Verschiedene Rufe: Leinert!)

Vorsitzender Seger:

Ich bitte, mit den Anklagen über die Unordnung bei sich anzufangen. Denn in welcher Weise sich die einzelnen Mitglieder hier betragen, das ist wirklich unglaublich. Wenn Sie wirklich nicht auf das Büro hören wollen, dann ist es viel besser, Sie erklären, daß dieses Büro aufhört, zu amtieren, und Sie setzen ein anderes hin. Solange Sie uns aber hierher gesetzt

haben, bitte ich dringend darum, daß auch die Räte sich dessen bewußt sind, daß sie sich **an die parlamentarische Ordnung zu halten** haben. Das gilt natürlich nicht nur für die Räte; ich möchte **auch die Mitglieder des Vollzugsausschusses und die Volksbeauftragten** bitten, uns die Geschäfte nicht über Gebühr zu erschweren.

Ich habe bereits vorhin **die Zuhörer** gebeten, von ihren Beifallsbezeugungen Abstand zu nehmen. Sie sind hier nicht als Mitwirkende, sondern als Zuhörer. Wenn aber ein solcher Lärm, wie er vorhin war, wieder besteht, dann können solche Warnungen auf den Tribünen auch nicht verstanden werden.

Volksbeauftragter Haase (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen, ich bin der Überzeugung, wenn wir unsere Tagesordnung geregelt erledigen wollen, dann müssen wir uns alle miteinander ein klein wenig mehr der Ruhe befleißigen. (Sehr richtig!) und weil ich der festen Überzeugung bin, daß das nach dem, was wir jetzt in der kürzesten Zeit erlebt haben, nicht mehr möglich ist, und weil wir heute nur noch eine einzige Stunde Tagungszeit haben, sollte ich annehmen, es würde am zweckentsprechendsten sein, wenn wir heute mit der Tagungszeit Schluß machten. (Widerspruch.) Parteigenossen, ich möchte sagen: nach dem, was vorgefallen ist, ist es notwendig, daß einerseits das Kabinett unter sich einmal tagt und über das redet, was hier von den beiden Kabinettsmitgliedern ausgeführt worden ist; anderseits ist es notwendig, daß das Präsidium Verbindung sucht mit den Fraktionsvorständen, um darüber in aller Ruhe und Sachlichkeit sich zu verständigen, wie die Weiterverhandlung möglich ist. Da, meine ich, kommt es nicht mehr auf eine einzige Stunde der **Hitze eines solchen Gefechts** an, sondern darauf, daß wir **ruhiges Blut und klare Köpfe** behalten. Aus diesem Grunde stelle ich den Antrag, die Sitzung für heute bis morgen früh um 9 Uhr **zu vertagen.** (Sehr richtig!)

Vollzugsratsmitglied Cohen-Reuß (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen, Kameraden! Ich glaube, wir verfahren am besten so, wenn wir jetzt nicht in eine Debatte über das eintreten, was wir von Barth und Ebert gehört haben, sondern wenn wir es bei den Ausführungen dieser beiden in diesem Augenblick bewenden lassen. (Widerspruch.) Wir haben Barth gehört, und wir haben Ebert gehört, und es wird sich vielleicht ein Weg finden lassen, auf dem man sich verständigen kann, wie man die Dinge morgen weiter behandelt. In diesem Augenblicke aber möchte ich bitten, nicht zu schließen, sondern den beiden Referenten noch das **Schlußwort** zu geben. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß sich im Laufe des Abends und auch morgen früh die Möglichkeit einer Verständigung über die Dinge findet, die von Barth und Ebert hier vorgetragen worden sind. Ich habe speziell eine Menge Material über die wichtige Frage, die Barth zuletzt in einem Antrag formuliert hat, und möchte das auch bei der Gelegenheit der Verständigung unterbreiten. Ich glaube, Parteigenossen, wenn wir danach verfahren, kommen wir heute um 6 oder ½7 in aller Ruhe zum Schluß des ersten Punktes unserer Tagesordnung.

Dr. Nathan Moses-Hamburg (zur Geschäftsordnung):

Kameraden, dieselben Gegensätze, die sich seit gestern mittag hier zeigen, haben wir in Ems erlebt. Auf unserem Delegiertentag der Frontsoldaten treten hier drei Gegensätze in den Vordergrund. Ich meine, daß wir diese Gegensätze am besten lösen, wenn wir die Sache einer **Kommission** übertragen, die sie zu schlichten hat.

Vorsitzender Seger:

Wir kommen nunmehr zu dem Antrag, die Sitzung auf morgen früh zu **vertagen.**

Ich bitte, daß diejenigen sich erheben, die den Antrag unterstützen wollen. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dafür ist, daß die Sitzung auf morgen früh vertagt wird, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist **abgelehnt.**

Dann kommen wir zu einem weiteren Geschäftsordnungsvorschlag, dem Genossen Laufenberg zur Begründung seines Antrages das Wort zu erteilen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. (Zurufe von links und rechts: Wie lautet der Antrag?)

Der Antrag lautet:

Dem Genossen Laufenberg zur Begründung seines Antrags zum 1. Punkt der Tagesordnung das Wort zu erteilen, Drucksache Nr. 6.

Wer dafür ist, daß Genosse Laufenberg das Wort zur Begründung seines Antrages erhalten soll, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist **abgelehnt.**

119

Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag lautet:

In Anbetracht der soeben vorgebrachten Beschuldigungen beantrage ich, eine Kommission zur Prüfung und Berichterstattung an den Rätekongreß zu ernennen.

Der Antrag ist nur von drei Personen unterschrieben. Ich bitte diejenigen, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Die **Unterstützung reicht nicht aus.** Der Antrag ist **abgelehnt.**

Waldemar Funk-Köln:

Ich möchte feststellen, daß bei der Abstimmung Unklarheiten vorkommen können. Ich möchte konstatieren, daß der **Antrag Laufenberg** dem größten Teile der Versammlung nicht bekannt ist. Die **Verteilung der Anträge** erfolgt in leichtfertiger Weise. Die Genossen, die die Anträge verteilen, legen auf eine Bank, wo 4 Mann sitzen, einen Antrag. Es muß dafür gesorgt werden, daß jedes Mitglied alle Anträge bekommt. Das war bisher nicht der Fall. Daher kommen solche Abstimmungen zustande. Ich möchte bitten, daß in Zukunft anders verfahren wird. Ich habe nur Antrag 8 bekommen; Anträge 1 bis 7 habe ich nicht bekommen.

G. Garbe-Kiel:

Ganz gleichbedeutend, ob ein Antrag verbreitet ist oder nicht, so bin ich doch der Meinung, daß ein Vorsitzender, der einen solchen Kongreß leiten und Ordnung hineinbringen will, unbedingt verpflichtet ist, die Anträge, die er zur Abstimmung bringt, auch vordem zu verlesen. Ich muß feststellen, daß der jetzige Vorsitzende einfach nicht imstande ist, die Versammlung zu leiten. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Seger:

Darf ich jetzt um ein klein bißchen Ruhe bitten! Ich habe folgendes zu erklären: die fortgesetzten Angriffe beweisen wohl, daß man von der rechten Seite

absichtlich den ganzen Kongreß sabotiert.

Ich stelle das fest. Ich habe den Antrag bereits zweimal verlesen, und zwar laut.

Ein Delegierter:

Genossen und Kameraden! Ich muß feststellen, daß auf der linken Seite des Hauses der Vorsitzende absolut nicht zu verstehen ist, und zwar auch nicht zu verstehen ist, wenn kein Lärm herrscht. Es war sehr bedauerlich, daß der Antrag Laufenberg dort absolut nicht zu verstehen war. Ich glaube, eine ganze Anzahl von Kameraden und Genossen hatte keine Ahnung, worüber gerade abgestimmt wurde; erst nachträglich bekamen wir den Antrag zu Gesicht. Ich möchte die Versammlung bitten, an den Vorsitzenden das Ersuchen zu richten, eine **nochmalige Abstimmung über den Antrag Laufenberg** vorzunehmen, weil die Hälfte — das kann ich unbedingt mit Recht behaupten — nicht wußte, worüber abgestimmt wurde. (Sehr richtig! und Widerspruch.)

Hermann Kamann-Dresden-Potschapel:

Der Herr Vorsitzende hat einen sehr weitgehenden Vorwurf gegen die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei erhoben, indem er mit Nachdruck betonte, daß von diesen Mitgliedern des Rätekongresses mit großer Entschiedenheit die Geschäftsführung des Vorsitzenden Seger sabotiert wird. Ich sehe mich daher genötigt, mit aller Entschiedenheit gegen diesen Vorwurf **Verwahrung einzulegen,** und betone ausdrücklich, daß in dem Augenblick, als er einen Antrag hier verlas, von seinen entschiedensten Freunden mit großer Kraft hierher gerufen wurde, daß sie nichts verstanden hätten. Also aus dem Grunde bricht der erhobene Vorwurf vollständig in sich zusammen.

Wilhelm Könen-Halle:

Genossen, da der Antrag Laufenberg nicht verteilt, aber von außerordentlich weittragender Bedeutung ist, und da ich meine, daß dieser Antrag zum zweiten Punkt der Tagesordnung eingebracht ist, so möchte ich bitten, daß bei diesem Punkt dem Genossen Laufenberg dann das Wort dazu erteilt wird.

Alfred Gottschalk-Königsberg:

Der Genosse Seger, unser Vorsitzender, hat gegen einen Teil der Versammlung den Vorwurf erhoben, daß er gegen seine Geschäftsführung, insbesondere gegen sein zu leises Verlesen der Anträge aus irgendwelcher Abneigung protestiert hätte. Ich möchte sagen, daß das meiner Meinung nach durchaus nicht zutrifft und überhaupt nicht zutreffen kann, weil Angehörige beider Parteirichtungen unter demselben Mißstand zu leiden haben (Sehr richtig!), und infolgedessen denselben Einspruch erhoben haben. (Sehr richtig!) Es liegt mir selbstverständlich ganz fern, unserem Vorsitzenden Seger die Befähigung, unsere **Geschäfte sachkundig und objektiv** zu leiten, irgendwie abzusprechen. Aber ebenso ist es Tatsache, daß die Verlesung der

120

Anträge, die vor jeder Abstimmung unbedingt erfolgen muß, nicht laut und deutlich genug geschieht. Es ist auch sonst in parlamentarischen Versammlungen üblich, soweit meine Sachkenntnis reicht, daß nicht der Vorsitzende selbst, sondern **einer der Schriftführer die Anträge verliest.** Ich möchte die dringende Bitte an unser Büro stellen, ebenfalls nach dieser Gepflogenheit anderer Parlamente zu handeln, also, sobald Abstimmungen über Anträge bevorstehen, einen unserer Schriftführer, und zwar möglichst einen solchen, der **mit lauter Stimme begabt** ist, mit der Verlesung der Anträge zu beauftragen. Ich möchte mir weiterhin den Vorschlag erlauben, daß diese Verlesung vielleicht von dieser Stelle (dem Rednerpult) aus erfolgt, da ich den Eindruck gewonnen habe, daß die Redner von dieser Stelle aus besser im Saale zu verstehen sind als vom Vorstandstische aus.

Weiterhin möchte ich mir zur geschäftlichen Erledigung des Antrages Laufenberg — das folgt aus dem, was ich Ihnen auseinandergesetzt habe — hinzuzufügen erlauben, daß die Abstimmung, die vorhin vorgenommen worden ist, und die sich übrigens nicht auf den materiellen Inhalt des Antrages bezog, soweit ich die Geschäftsführung verfolgen konnte, eigentlich noch gar nicht erfolgt ist, sondern es ist nur die Frage erfolgt, ob der Genosse Laufenberg als Antragsteller zur Begründung das Wort haben solle. Ich möchte bitten, daß diese Abstimmung unter allen Umständen wiederholt wird (Sehr richtig), und zwar, weil sie unter dem Übelstande litt, den die verschiedensten Redner und ich selbst bei dieser Abstimmung gekennzeichnet haben. (Zuruf!) — Ja, ich habe das Gefühl dafür; deswegen spreche ich eben. — Bei dieser Abstimmung hat ein großer Teil der Versammlung nicht gewußt, worüber abgestimmt werden sollte.

Ich ersuche also **noch einmal, darüber abstimmen zu lassen,** ob dem Genossen Laufenberg zur Begründung des Antrags das Wort erteilt werden soll, und dafür zu sorgen, daß in Zukunft einer der Schriftführer hier von dieser Stelle aus alle Anträge verliest.

Vorsitzender Seger:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Ziegler.

Hans Ziegler-Heilbronn:

Genossen, ich glaube, wir kommen am besten über diese Geschäftsordnungsstreitigkeiten hinweg, wenn wir einfach beschließen, daß Anträge, **welche genügend unterstützt sind, von dem Antragsteller begründet werden können;** denn wenn Anträge genügend unterstützt sind, dann sind sie doch meistens von der Tragweite, daß sie auch wert sind, begründet zu werden. Es ist auch auf anderen Kongressen üblich, daß solche genügend unterstützten Anträge begründet werden können. Nach der Geschäftsordnung geht es auch anderen Antragstellern so, daß sie zur Begründung ihrer Anträge nicht das Wort erhalten können. Wir würden deshalb beschließen, daß ein Antragsteller, der einen genügend unterstützten Antrag gestellt hat, zur Begründung seines Antrages **10 Minuten Redezeit** erhält. Dann kommen wir über diese ganze Misere hinweg. Ich stelle deshalb einen solchen Antrag.

Vorsitzender Seger:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Plottke.

Paul Plottke-Leipzig:

Kameraden und Genossen! Nur etliche Worte! Sie werden die Wahrnehmung gemacht haben, daß jeder, der am Rednerpult steht, seine Stimme in einer Weise anstrengen muß, wie es sonst im Parlament nicht üblich ist. Es herrscht in dem Saale, in dem die feudalen Herren immer nur einige Sitze hatten, darum ein verhältnismäßig lautes Gemurmel, weil alle, die hier sind, in Zwischenunterhaltungen versuchen, sich über diese und jene Frage aufzuklären. Ich bin fest überzeugt, daß der Vorwurf gegen den Vorsitzenden nicht erhoben worden wäre, wenn die Versammlung auch Disziplin genug hätte, auf das Klingelzeichen mit Privatunterhaltungen zu verstummen. Es ist festzustellen, daß trotz der Klingel des Vorsitzenden — nicht bei erregenden, sondern bei einfachen Anlässen — nicht Ruhe im Saal eintritt. Also man kann sehr wohl vom Vorsitzendentisch aus der Ansicht sein, daß **von einer bestimmten Richtung aus der Präsident sabotiert wird.**

Vorsitzender Seger:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Leinert.

Die Fraktionen und die Geschäftsordnung.

Robert Leinert:

Parteigenossen! Ich bin von einem Vorsitzenden der Unabhängigen Fraktion gebeten worden, Ihnen bei dieser Gelegenheit, damit die Geschäftsordnungsdebatten endlich einmal ein Ende nehmen, mitzuteilen, welche **Vereinbarungen von den Fraktionsvorsitzenden** getroffen worden sind, um den Kongreß arbeits-

121

fähig zu machen. So, wie es gestern und heute gegangen ist, daß jeder Einzelne herkommen und Anträge stellen und zur Geschäftsordnung sprechen kann, daß jeder glaubt, er sei benachteiligt, geht es einfach nicht. Dieser Kongreß ist keine Versammlung, die ein Wahlverein mit wenigen Mitgliedern irgendwo abhält, oder eine kleine Gewerkschaftsversammlung, dieser Kongreß **ist ein Parlament, auf das die ganze Welt blickt** und das aus diesem Grunde auch in der Durchführung seiner Geschäfte so geleitet werden muß, daß jedem die Arbeitsfähigkeit garantiert wird. Aus diesem Grunde habe ich heute Nachmittag die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen gebeten, mit mir zusammenzutreten, um eine Lebensfähigkeit des Kongresses zu garantieren; und da sind wir dahin gekommen, daß es nicht mehr zulässig sein soll, daß jedes einzelne Mitglied des Kongresses sich zum Wort melden kann, wann es will, sondern daß, da der Kongreß bereits in Fraktionen geteilt ist, **die geschäftliche Behandlung aller Fragen durch die Fraktionen** erfolgen soll. Die Mitglieder der Fraktionen sollen sich wegen **Erteilung des Wortes** an ihren Fraktionsvorstand wenden, und die Frattionsvorstände melden die Redner beim Büro an.

Es kommt in Frage die sozialdemokratische Fraktion, die Partei der **Mehrheit**, die Unabhängige Fraktion, dann die Fraktion der **Soldaten** und die Fraktion der **Demokraten**. Die Fraktion der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen liegt vollkommen klar. Nicht ganz klar könnte die Fraktion der Soldaten liegen, und darum will ich mitteilen, wie sie sich zusammensetzt. Zu ihr gehören diejenigen, die schon als Soldatenfraktion zusammengehörten, nämlich die 84 Vertreter der Ost-, West- und Südostfront, und nun können diejenigen Soldaten der Heimarmee, die hier vertreten sind, und keiner Fraktion weiter angehören, sich an diese Soldatenfraktion anschließen, sie werden dort als Mitglieder aufgenommen.

Die **demokratische Fraktion** hat sich konstituiert, sie zählt 21 Mitglieder. Es bleiben nun noch einige Mitglieder übrig, die sich bisher wohl noch keiner Fraktion angeschlossen haben. An diese richten wir das Ersuchen, sich derjenigen Fraktion anzuschließen, die ihr am nächsten steht, und wenn sie das Wort erhalten wollen, sich an den Vorstand der Fraktion zu wenden, der sie am nächsten stehen. — Das wäre über die Fraktionen zu sagen.

Nun soll also die **Wortmeldung** durch die Fraktionen auf dem Büro geschehen. Die Erteilung des Wortes erfolgt nach der Größe der Parteien. Es erhält zuerst das Wort der Vertreter der Mehrheitspartei, dann der Vertreter der Unabhängigen, dann der Vertreter der Soldatenfraktion, und dann der Vertreter der Demokraten, wenn sie sprechen wollen. Dann kommt die zweite Rednerserie, dann die dritte, und jeder Redner hat eine Redezeit von 10 Minuten, wie dies bereits festgelegt worden ist. Die Volksbeauftragten sollen das Recht haben, nach den Vorträgen, die die Referenten halten, das Wort zu ergreifen, um ihre Stellung darzulegen, und es soll den Volksbeauftragten freistehen, nach jeder Rednerserie ihrerseits reden zu können. Ergeben sich unter den Volksbeauftragten Differenzen, so soll ihnen auch freigestellt sein, daß zwei Redner, die die verschiedenen Ansichten vertreten, auftreten können. So werden wir in bezug auf die Rednerliste zu einer Regelung kommen. (Rufe: Vollzugsrat!) — Der **Vollzugsrat** zählt nicht mehr mit, wenn seine Sache erledigt ist. Die Gegenstände von 2 bis 5 der Tagesordnung haben mit dem Berliner Vollzugsausschuß nichts mehr zu tun. (Sehr

122

richtig!) Der Vollzugsausschuß kann sich seinen Fraktionen anschließen; er ist dann nicht mehr, als jeder Vertreter von Arbeiter- und Soldaten-Räten in der Provinz.

Nun kommen die **Anträge**. Da handelt es sich zunächst um **Geschäftsordnungsanträge**. Wir sind der Meinung, daß es nicht jedem Mitgliede des Kongresses gestattet sein kann, zur Geschäftsordnung zu reden. Dadurch, daß er glaubt, die Leitung der Geschäfte besser zu verstehen und darum unbedingt zur Geschäftsordnung reden zu müssen, nimmt er den übrigen die Möglichkeit, die Angelegenheiten des Kongresses sachlich zu erledigen. Deshalb sollen Geschäftsordnungsanträge und Debatten zur Geschäftsordnung nur von den **Vorständen** der Fraktionen oder im **Auftrage der Fraktionen** erfolgen. Die Anmeldungen zur Geschäftsordnung müssen deshalb mindestens den Namen eines Frattionsvorsitzenden tragen.

Dann handelt es sich um die **Erledigung sachlicher Anträge.** Auch da können die einzelnen Mitglieder des Kongresses, die Anträge stellen wollen, das nicht beim Büro tun, sondern müssen **die Anträge in ihrer Fraktion stellen**; und wenn die Fraktion sich damit einverstanden erklärt, bringt sie den Antrag als ihren Antrag ein.

Das sind die Punkte der geschäftlichen Behandlung, die wir mit den Fraktionsvorsitzenden in voller Übereinstimmung ohne jeden irgendwie gearteten Widerspruch einmütig festgestellt haben. (Bravo!) Dabei ist vorausgesetzt, daß, wenn sich Differenzen über die geschäftliche Behandlung irgendwelcher Gegenstände ergeben, dann nicht hier im Kongreß durch Mehrheitsabstimmung entschieden werden soll, sondern daß diese Fragen dann den Vorständen der Fraktionen wieder vorgelegt werden sollen. Ich habe den Vorständen die Zusage gemacht, sie zusammen zu berufen, sobald ich finde, daß eine Frage durch sie erledigt werden soll.

Um Ihnen bei dieser Gelegenheit über sämtliche Dinge, die wir besprochen haben, Bericht zu geben, will ich nun noch auf den Bericht der **Mandatsprüfungskommission** zu sprechen kommen. Diese wird Bericht erstatten, und sie hat entschieden, daß über alle diejenigen Mandate, über die sie bereits Beschluß gefaßt hier im Plenum nicht gesprochen werden soll; sondern die Anträge der Mandatsprüfungskommission sollen debattelos angenommen werden. Über Mandate, über die sie zu keinem Beschluß gekommen ist, soll hier im Plenum verhandelt werden. Da es sich hierbei nicht um Mandate der einzelnen Fraktionen, sondern um Mandate in den einzelnen Bezirken handelt, soll ein Redner für und ein Redner gegen das umstrittene Mandat aus jedem Bezirk, in dem das angefochtene Mandat liegt, zugestanden dazu soll eine Redezeit von 5 Minuten zur Verfügung gestellt werden.

Diese Anträge wollte ich am Schluß der Sitzung Ihnen mitteilen mit der Anheimgabe, daß die Fraktionen über diese Anträge sprechen. Ich kann mir aber vorstellen, daß der Kongreß diese **Abänderungen der Geschäftsordnung**, wie sie von den Fraktionsvorsitzenden einmütig beschlossen sind, **sofort** erledigen möchte und vielleicht ohne Diskussion annehmen will, damit wir sogleich in dieser Weise verfahren können. (Lebhafte Zustimmung.) Ich stelle Ihnen das anheim.

Vorsitzender Seger:

Sind Sie damit einverstanden, daß diese Angelegenheit sofort erledigt wird? (Allgemeine Zustimmung.)

Die Forderungen der Berliner Truppen.

Als der Vorsitzende sich anschickt, über diese Vorschläge für die Geschäftsordnung abstimmen zu lassen, **erscheinen plötzlich** aus den Türen hinter dem Präsidium **Abordnungen von 17 Berliner Regimentern und Formationen** auf der Präsidiumstrade. Auf hochgehaltenen Schildern, die sie mitführen, liest man die Regimentsbezeichnungen und Aufschriften, wie: „**Die Befehlsgewalt liegt in den Händen der Soldaten!**" — „**Nur die von uns gewählten Kameraden sollen uns führen!**" — „**Sofortige Entwaffnung aller Offiziere!**"

Vorsitzender Seger:

Die Berliner Truppenteile werden Ihnen ihre Wünsche vortragen.

Der Führer der Abordnung tritt an das Rednerpult heran. Rechts und links von ihm gruppieren sich die Schildträger.

Führer der Volksmarinedivision Dorenbach verliest folgende

Erklärung:

Die am 17. 12. im Schlosse in Berlin tagende Versammlung folgender Regimenter und militärischer Formationen:

Garde-Grenadier-Regiment „Franz",
Eisenbahnregiment 4,
Eisenbahnregiment 1,
3. Garde-Feldartillerie-Regiment,
1. Garde-Feldartillerie-Regiment,
2. Garde-Ulanen-Regiment,
2. Garde-Dragoner-Regiment,
1. Garde-Dragoner-Regiment,
Garde-Kürassier-Regiment,
Garde-Grenadier-Regiment „Augusta",
4. Garde-Regiment zu Fuß,

Garde-Grenadier-Regiment „Alexander",
Republikanische Soldatenwehr,
Flugzeugmeisterei Adlershof,
Volksmarinedivision,
Polizeipräsidium der Stadt Berlin,

erheben einstimmig folgende Forderungen zum Beschluß:

Wir stehen nach wie vor der jetzigen Regierung, also der Regierung, die auf ihrem Programm als endgültiges Ziel die Schaffung einer sozialistischen Republik stehen hat, zur Verfügung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammelten.)

Gegen die von reaktionärer Seite geplante Entfernung der Volksmarinedivision protestieren wir auf das Energischste. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammelten.)

Die Kameraden der Marine sind die ersten Träger und Stützen der Revolution gewesen. Ihre Anwesenheit in Berlin ist deshalb unbedingt erforderlich. Die Soldatenräte beantragen bei der im Abgeordnetenhaus tagenden, gesetzgebenden Körperschaft, folgende Dringlichkeitsanträge sofort zum Beschluß zu erheben:

1. **Ein oberster Soldatenrat, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus, analog der Marine.** (Bravo! bei einem Teil der Versammelten.)
2. **Die Rangabzeichen aller Dienstgrade sind verboten.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammelten.)
   Sämtliche Offiziere sind zu entwaffnen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei einem Teil der Versammelten.)
   Das Verbot der Rangabzeichen aller Dienstgrade tritt für die heimkehrenden Truppen in Kraft, nachdem die Niederlegung der Waffen in den Kasernen erfolgt ist.
3. **Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.**

Wir beantragen, gemäß unserer Resolution, darüber sofort als **Dringlichkeitsantrag** Beschluß zu fassen. (Vereinzelter lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Seger**:

Es ist selbstverständlich, daß wir den Antrag **nicht in diesem Augenblick erledigen** können. Wir werden ihn entgegennehmen und dann darüber **beraten**, wann er zur Diskussion und Beschlußfassung gestellt wird. (**Heftige** Rufe: Sofort!)

Herm. **Koym**-Hamburg, **Vertreter der 4. Armee**:

Parteigenossen, Kameraden! Als Vertreter der Soldatenräte der Front begrüßen wir unsere Kameraden der Berliner Heimattruppen. Wir haben Ihre Forderung gehört, und Sie dürfen überzeugt sein, daß wir 84 Delegierten der Ost-, West- und Südostfront, die wir hier versammelt sind, die Schmerzen und die Forderungen, die Sie uns hier vorgetragen haben, in weitestem Maße würdigen. Wir können aber jetzt im Augenblick, wo sich unsere Verhandlungen schon lange erstrecken und wir schon alle angestrengt und überanstrengt sind, natürlich **nicht sofort** (Unruhe) **in die Erledigung dieses Antrages eintreten.** (Erneute Unruhe und Zurufe.) Ich habe Zeit!

Zu uns, die wir von der West-, Ost- und Südostfront hierher geschickt worden sind, werden Sie das Vertrauen

haben können, daß wir Ihre **Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen** werden. Die weitaus größte Mehrzahl von uns steht seit vielen Jahren im Dienste der Partei und Gewerkschaften. Wir werden Ihre Wünsche berücksichtigen. (**Lebhafter anhaltender Widerspruch.** — Glocke des Vorsitzenden.) Aber daß wir sofort in die Debatte eintreten, können und dürfen Sie von uns nicht verlangen. Es sind das Forderungen, die **eingehend beraten werden** müssen. (Lärm und Schlußrufe.) Dazu gebrauchen wir Zeit. Wir danken Ihnen deshalb dafür, daß Sie uns Ihre Forderungen unterbreitet haben; wir werden selbstverständlich unsere Stimmen im Parlament dafür einlegen, daß Ihre Wünsche berücksichtigt werden. (Rufe: Schluß!) — Meine Herren, es entspricht nicht der Würde des Hauses, daß Sie einen Genossen, der von der vierten Armee hierher geschickt worden ist, nicht anhören wollen. (Lebhafte Unruhe und Zurufe.) Seit 13 Jahren stehe ich im Dienste der Partei und der Gewerkschaften. Ich habe dafür gelitten. Wenn Sie mich nicht anhören wollen, so ist das ein Unrecht. Den Kameraden, die hier von der Armee sind, möchte ich sagen, daß es **ein Ende haben muß mit der Verhetzung der Heimatarmee gegen die Frontarmee.** (Anhaltendes Händeklatschen.) Wir können uns verstehen, und wir werden uns verstehen. (Bravo!) Wir sind nicht hierher gekommen, um Uneinigkeit zu säen, sondern wir sind gerade als Soldaten hierher gekommen, um **das Einigende hervorzuheben**, um unserem deutschen Vaterlande die Ruhe und Ordnung zu bringen. (Zustimmung und Widerspruch. — Große Unruhe.) Wir wollen unserem Vaterland, der sozialistischen Republik, einen gesicherten Frieden bringen. Deshalb müssen wir es ablehnen, wenn immer wieder Mißtrauen gesät wird.

Ich bitte Sie deshalb, Kameraden von Berlin, sicher zu sein, daß wir alles aufbieten werden, um alle Forderungen, die einigermaßen erreichbar sind, zu berücksichtigen. (Große Unruhe. — Lebhafte Zurufe.)

Hermann **Reich**-Hamburg (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen, Kameraden! Ich bin der Überzeugung, daß der Antrag der Berliner Kameraden der Situation und der Würde dieses Parlaments, das sich als sozialistisch-republikanisches bezeichnet, würdig ist. Diese Bedingungen sind auch von uns in Hamburg von den A.- und S.-Räten angenommen worden. (Bravo!) Deswegen glaube ich, brauchen wir nicht lange zu beraten. Wir wollen **keinen Zank mit den Frontruppen**, sondern wir wollen die **Sicherung der Revolution**. (Bravo!) Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht darauf berechnet, Streitigkeiten heraufzubeschwören; sie sollen im Gegenteil die Einigkeit herbeiführen. Deswegen glaube ich, ohne weitere Diskussion dieser Sache zustimmen zu können, die von den Berliner Kameraden im **Interesse der sozialistischen Republik** gegen jede Konterrevolution beantragt ist, wie sie durch Offizierputsche usw. heraufbeschworen wird. Dann wird die Sache der Würde unserer Tagung entsprechend sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Heckert (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen, Soldaten, Kameraden! Ich bin der Ansicht, daß diese Anträge der Berliner Garnison, die jetzt zur Verhandlung stehen, der **Würde der Revolution** entsprechen. Der Vorwurf, daß die Kameraden nicht der Front angehören, ist hinfällig, denn die Garde ist doch erst drei, vier Tage von der Front eingerückt, und da kann kein Unterschied zwischen den Frontruppen und den anderen Soldaten gemacht werden. Die Forderungen sind billig, und wer etwas gegen die Forderungen zu sagen hat, der kann das **heute noch** tun. Die Soldaten, die von der Berliner Garnison hierher geschickt sind, die nicht nur aus 20, 30 Personen besteht, sollen Antwort von uns haben, und wir können **die Antwort heute noch geben.** (Zuruf: **Sofort sogar, ohne Diskussion!** — Lebhafter Beifall.)

Ledebour (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen, ich möchte Sie dringend bitten, den **Wünschen unserer Genossen im Soldatenrock Rechnung zu tragen.** (Bravo!) Die Einwendungen, die hier ein anderer Vertreter der Frontsoldaten gemacht hat, daß das nicht mit den parlamentarischen Gepflogenheiten in Einklang zu bringen sei, und daß wir übermüdet seien, sind vollkommen hinfällig. (Lebhafte Zustimmung.) Wir, die wir hier seit vier Wochen intensiv arbeiten, sind auch

vollkommen ermüdet, und wir stehen doch unseren Mann. Soviel könnt Ihr junge Kerls auch aushalten, wie ich). (Lebhaftes Bravo!) Und, Parteigenossen, was die parlamentarischen Gebräuche anbetrifft, so glaube ich, ich bin der älteste Parlamentarier hier in diesem Hause: **mit den revolutionären Zuständen sind derartige parlamentarische Gebräuche vollkommen im Einklang.** (Lebhafte Zustimmung.) Denn hier sind wir nicht in einem Friedensparlament, wo man Maßregeln wochenlang beschließen kann, hier sind wir

im Brennpunkte der Revolution,

wo es sich um Stunden handelt, ob eine Entscheidung richtig gefällt werden soll oder nicht. Und da heute erst hier von dem Tisch der Volksbeauftragten aus durch den Volksbeauftragten Landsberg die **Hetze gegen die Dreiundfünfzigerkommission** eröffnet worden ist (Pfuirufe und Widerspruch), indem er darauf hingewiesen hat, die hätten sich gegenüber dem Marineministerium Rechte angemaßt, die ihnen nicht zuständen **(Andauernde große Unruhe)** — ach bitte, lassen Sie doch die lauten Unterhaltungen, das ist unerträglich — Parteigenossen — **(Stürmische Rufe: Zur Geschäftsordnung! Großer Lärm, in dem die Worte des Redners untergehen** und nur gerade noch für die Stenographen zu verstehen sind.) die Marinevertreter haben sich ein Verdienst erworben, daß sie vorgegangen sind. Und, Parteigenossen, es ist die höchste Zeit! Die anderen Truppen verlangen dasselbe, und mit Recht, — darum handelt es sich —, daß wir **sofort beschließen.**

Ich stelle den Antrag, daß **sofort in die Abstimmung eingetreten und Beschluß gefaßt wird,** damit die Gefahr der Zusammenstöße auf der Straße aufgehoben wird. Wir müssen **die konterrevolutionären Machenschaften der Landsberg und Genossen niedertrampeln und niederreißen.** (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.)

Die Gefahr der Sprengung des Kongresses.
(Turbulente Szenen.)

Ein Delegierter:

Kameraden und Genossen! Ich beschwöre Sie — — **(Andauernde große Unruhe.)**

Genossen, hört uns an! **(Großer Lärm. Erregte, schreiende Zwischenrufe von allen Seiten, auch aus der nächsten Umgebung des Redners von der Tribüne des Hauses aus. — Alles ist von den Plätzen aufgestanden.**

Ein Teil der Mehrheitssozialisten schickt sich an, den Saal zu verlassen. In erregten Rufen bringen sie zum Ausdruck, daß sie sich bedroht und vergewaltigt fühlen. Es ertönen erregte Rufe der Minderheit: Hierbleiben! Das Haus befindet sich minutenlang in völliger Auflösung. Unruhe und Lärm wogen hin und her. Mit höchster Spannung sieht man auf den Tribünen dem Ausgang der Szene zu. Fast hat es den Anschein, als sei der Kongreß gesprengt und nicht mehr verhandlungsfähig. Schließlich gelingt es dem Volksbeauftragten Haase, sich Gehör zu verschaffen.

(Andauernde große Unruhe. — Glocke des Vorsitzenden.)

Volksbeauftragter Haase:

Parteigenossen! Ich hoffe, daß wir in aller Ruhe zu einer Klärung der Situation gelangen werden. Ich begreife die Erregung, und ich glaube, daß gerade die Soldaten, die jahrelang draußen die schwersten Strapazen ausgehalten haben, **volles Verständnis für die Erregung** haben, die sich einzelner der hier anwesenden Delegierten bemächtigt hat.

Nun werden aber auch die Mitglieder der Delegation darüber mit uns allen einig sein, daß man über einen Antrag nicht ohne Debatte abstimmen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Der Antrag ist wichtig genug, um gründlich geprüft und schleunigst zur Entscheidung gebracht zu werden.

Genossen! Ich bin der Auffassung, daß die Erledigung dieses Antrages nicht hinausgeschoben werden soll, aber er muß einer Debatte unterworfen werden. (Sehr richtig.) In der Zwischenzeit wird nichts geschehen, was Ihre Rechte (zu den Soldaten) kürzen kann. Genosse Dorenbach, wir haben uns im Laufe der letzten Wochen manchmal gesprochen. Sie haben Mißtrauen, das ich für meine Person zu einem großen Teile als begründet ansehe, wie Sie wissen. Aber Sie werden mir zugeben, daß sich **die Ereignisse vielfach nicht so vollzogen haben, wie Sie es annahmen,** und ich glaube Ihnen deswegen auch jetzt sagen zu können, daß Sie **in aller Ruhe den nächsten Tag abwarten** können. Es wird nichts passieren, was Ihnen Anlaß geben wird, zu erklären, daß Sie verraten, im Stich gelassen worden sind. (Sehr gut!) Parteigenossen, es handelt sich lediglich darum, daß wir uns in einer ruhigen Debatte darüber einigen, ob es möglich ist, noch jetzt heute den Antrag zur Debatte zu stellen, oder ob es mit Rücksicht auf die **Erhitzung der Gemüter** verständig ist, jetzt zu vertagen und morgen bei Beginn der Sitzung zunächst diesen Antrag im Plenum zu debattieren. (Bravo!) Ich schlage Ihnen auf Grund meiner alten parlamentarischen Erfahrung vor, daß wir heute vertagen und morgen gleich bei Beginn der Sitzung diesen Antrag in Angriff nehmen. (Lebhafte Zustimmung. **Widerspruch bei der Soldatenabordnung.**) Dann kommen Sie zu einem guten Ziel, während wir heute weiter nichts tun werden, als daß einer sich an dem andern erhitzt, und am letzten Ende gehen wir hinaus, ohne daß überhaupt etwas aus der Debatte herauskommt. (Zuruf.) Es wird die Frage aufgeworfen, ob eine Debatte nötig ist. Darüber kann kein einzelner bestimmen; das ist Sache des Plenums, und wenn sich mehrere zum Worte melden, können Sie ihnen das Wort nicht abschneiden.

Also ich schlage Ihnen vor: heute **Vertagung** der Sitzung, morgen: Tagesordnung an erster Stelle der uns vorgelegte Antrag. (Widerspruch bei der Abordnung. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen der Versammlung. — Andauernde stürmische Zurufe und großer Lärm. — **Dorenbach** ruft erregt: **Was machen die Soldatenräte bis morgen? Die Offiziere in den Kasernen setzen die Soldatenräte ab!** — Lang anhaltende **stürmische Zurufe und Lärmen.** — Glocke des Vorsitzenden. — Die große Unruhe hält weiter an.)

Der Vorsitzende läßt abstimmen: Ich bitte um Ruhe. Wer damit einverstanden ist, daß der Antrag **morgen früh auf die Tagesordnung** gesetzt wird, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (**Ledebour: Ich bitte dagegen ums Wort! Der Antrag wird mit überwältigender Mehrheit angenommen.**) **Ledebour** ruft unter großem Lärm, zum Vorsitzenden gewendet: Ich habe Sie ums Wort gebeten, Sie haben es mir **verweigert!** Wiederholte stürmische Zurufe **und andauernder Lärm.**

Der Delegation der Soldaten bemächtigt sich große **Erregung,** sie **drohen mit geballten Fäusten** gegen die Versammlung. Man hört Rufe, wie:

„Heute abend könnt ihr noch was erleben!"

Vorsitzender Seger:

Die nächste Sitzung ist morgen um 9 Uhr.

Im allgemeinen Tumult wird die Sitzung geschlossen.

Die einzelnen Fraktionen werden sofort aufgefordert, zu Fraktionssitzungen zusammenzutreten. Der Saal leert sich erst langsam.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

5. Sitzung,

Mittwoch, den 18. Dezember 1918, vormittags.

127

Beginn der Sitzung 9 Uhr 25 Minuten.

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Ich möchte zunächst darauf aufmerksam machen, daß mir mitgeteilt worden ist, daß sich im Sitzungssaal und auf den Bänken, die früher die Regierungsbänke gewesen sind, **Personen befinden, die nicht berechtigt sind, im Sitzungssaal anwesend zu sein.** Besonders bin ich darauf hingewiesen, daß im Sitzungssaal die Kuriere des Vollzugsrats seien. Ich bemerke, daß die Kuriere des Vollzugsrats hier nichts zu tun haben. Alles, was im Sitzungssaal geschehen soll, geschieht nur durch das Präsidium. Außer ihm hat niemand jemand Eintritt zu verschaffen.

Ich bitte deshalb alle diejenigen, die nicht Delegierte sind und sich als solche nicht ausweisen können, den Saal unter allen Umständen zu verlassen. Ich bitte dringend darum, daß an den Türen die Kontrolle streng geführt wird, damit niemand hereinkommt, der nicht herein gehört.

Außerdem bitte ich die **Tribünenbesucher**, sich jeder Mitwirkung bei den Verhandlungen zu enthalten. Es ist undenkbar, daß Beifallsbezeugungen und Zurufe von den Tribünen erfolgen können; diese stören lediglich unsere Verhandlungen.

Soviel Disziplin muß jeder üben.

Ferner richte ich an die Delegierten die dringende Aufforderung, sich Mühe zu geben, die **Verhandlungen in großer Ruhe** zu erledigen. Wir kommen immer dann vorwärts, wenn jeder Selbstdisziplin übt; der größte Teil der Anwesenden ist so geschult, daß Sie wirklich Ihr Gefühl meistern können.

Richard Müller:

Der Herr Vorsitzende hat die im Saale anwesenden Kuriere ersucht, den Saal zu verlassen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir einige Leute bestimmt hatten, die an die Delegierten die **Drucksachen verteilen** sollten. Wenn das nicht mehr geschehen soll, dann mag es unterbleiben. Aber lediglich zu diesem Zweck waren diese Leute bestimmt.

Vorsitzender:

Ich muß sagen, daß mir das jetzt zum ersten Mal mitgeteilt wird, daß ich vom Beginn des Kongresses ab vom Vollzugsrat nicht die geringste Mitteilung über diejenigen Personen bekommen habe, die dem Präsidium zur Verfügung gestellt waren. Wer die Drucksachen verteilte, wo sie hergestellt werden sollten, alles das habe ich nur unter der Hand erfahren können. Die Personen, die zur Verteilung der Drucksachen bestimmt sind, stehen dem Präsidium zur Verfügung; wo sie sich aufzuhalten haben, und was sie zu tun haben, kann allein das Präsidium bestimmen. Diese sollen damit nicht gemeint sein; aber sie müssen uns auch zur Verfügung stehen. Ich habe, um wenigstens einigermaßen die Tätigkeit des Präsidiums zu erfüllen, gebeten, mir die Diener des Abgeordnetenhauses zur Verfügung zu stellen, weil der Vollzugsrat in dieser Beziehung überhaupt nicht vorgesorgt und uns keine Mitteilung gemacht hat.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich, da gestern eine Abstimmung über die

Abänderung der Geschäftsordnung

nicht mehr erfolgen konnte, die von mir verlesenen Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung, die, wie ich noch einmal bemerke, einstimmig angenommen worden ist, unter voller Berücksichtigung der Absicht, die Arbeiten des Kongresses zu fördern, zur Abstimmung bringen. Ich brauche sie nicht im einzelnen mehr vorzutragen, Sie sind unterrichtet.

Sickert-Hamburg (zur Geschäftsordnung):

Genossen und Kameraden! Es war mir gestern durch das Dazwischentreten der Delegierten der Berliner Garnisonen nicht möglich, meine Bedenken gegen diesen Antrag, den Genosse Leinert gestern begründet hat, auszusprechen. Ich sehe ohne weiteres

128

ein, daß der Antrag zweckmäßig ist zur besseren Führung der Geschäfte. Aber wenn diese Geschäftsordnung, die der Genosse Leinert vorgeschlagen hat, eingeführt wird, machen Sie es einer Reihe von Delegationen unmöglich, hier zu Worte zu kommen. (Sehr richtig!) Ich betone, daß wir vor allen Dingen als Hamburger Delegation nicht nach Parteifraktionen gewählt sind, sondern daß wir lediglich als Vertreter der Hamburger Arbeiter und Soldaten gewählt worden sind, daß wir die Parteiunterschiede bei dieser Wahl nicht gemacht haben. Kommen Sie nun aber zu der Annahme dieser von dem Genossen Leinert gemachten Vorschläge, dann ist es uns als Hamburger Delegation unmöglich, überhaupt hier Anträge zu stellen und zu Wort zu kommen. Wir mußten uns dann schon der einen oder der anderen Fraktion anschließen, und wir hätten das, was wir in den letzten Wochen in Hamburg geschaffen haben, um möglichst einig und geschlossen zu sein, mit einem Schlage wieder vernichtet, und unsere Mandatgeber würden es nicht verstehen, daß wir eine derartige Stellung hier einnehmen würden. Ich möchte Sie deshalb ersuchen, diesen Antrag wenigstens in seinem ersten Teile, der dahin geht, „Anträge können nur besprochen werden, wenn sie von Fraktionen eingereicht sind," abzulehnen, und zwar aus den Gründen, die ich soeben ganz kurz angeführt habe.

Vorsitzender Leinert:

Ich entnehme aus dem Widerspruch, den der Genosse soeben erhoben hat, daß er gegen die Bestimmungen über die Rednerliste und über die Anmeldung der Redner nichts einzuwenden hat; er meint lediglich, daß Anträge von den Hamburgern nicht gestellt werden könnten. Das ist ein Irrtum. Ich habe gestern schon erwähnt, daß Anträge durch die Fraktionsvorsitzenden hier eingereicht werden sollen, und daß jede Fraktion gern bereit sein wird, Ihren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, solche Anträge einzureichen.

Ich will aber, damit auch diesem Bedenken Rechnung getragen wird, über den Punkt bezüglich der Anträge gesondert abstimmen lassen, und stelle zunächst einmal die Bestimmungen über die Rednerliste und über die Anmeldungen zum Wort, die Ihnen bekannt sind, zur Abstimmung.

Ich bitte also diejenigen, welche die Geschäftsordnung dahin ändern wollen, wie ich gestern vorgeschlagen habe, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß das einstimmig geschehen ist. (Zuruf: Nein, nein!)

Ich will nun bezüglich der Anträge die Bestimmung nochmals vorlesen:

Anträge der einzelnen Mitglieder sind an die Fraktionsvorstände zu richten und gelangen nur zur Beratung, wenn sie von den Fraktionsvorständen eingebracht werden.

Wer dafür stimmen will, den ersuche ich, aufzustehen. (Geschieht.) Das ist gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Die Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft.

Die Forderungen der Berliner Truppen.

Wir haben nun als ersten Gegenstand nach der gestrigen Beschlußfassung zu erledigen

die von der Deputation verschiedener Garderegimenter hier vorgetragenen Forderungen.

Diese Forderungen habe ich in Druck gegeben, sie sind noch nicht fertiggestellt worden. (Zuruf.) Sie haben sie gelesen, sie stehen auch im „Vorwärts" abgedruckt, ich kann mir also infolgedessen die Verlesung ersparen.

Wir treten in die Beratung ein.

Lampl-Hamburg:

Kameraden und Genossen! Wir Soldaten protestieren zunächst dagegen, daß die Regelung unserer militärischen

Angelegenheiten dazu ausgenützt wird, die deutschen sozialistischen Parteien gegeneinander zu hetzen. (Bravo!) Wir Soldaten sind in der Mehrheit der Ansicht, daß wir die Regelung der Forderungen der Berliner Kameraden durchführen können. In Hamburg hat die große Masse der Soldaten dieselben Forderungen erhoben wie unsere Berliner Kameraden. Es ist jedoch unmöglich, diese Sache in Bausch und Bogen zu erledigen.

Nemlich hatten wir in Hamburg eine Versammlung des IX. Armeekorps einberufen. Aus dieser Versammlung heraus wurde gefordert: Alle Offiziere des Generalkommandos sind abzusetzen. Als Referent in dieser Versammlung stellte ich an die Kameraden des IX. Korps folgende Frage: Ihr verlangt, der „Ia" des Generalkommandos, der Generalstabsoffizier, der die Verantwortung für die Demobilisierung des IX. Armeekorps trägt, soll abgesetzt werden; gut, derjenige unter Euch, der imstande ist, diesen Generalstabsoffizier zu ersetzen, der von heute ab die Verantwortung für die Demobilisation des IX. Armeekorps übernehmen will und kann, möge hervortreten. (Sehr gut!) Es ist ein Unterschied zwischen dem **18jährigen Schnöselleutnant**, der auf dem Kasernenhofe einer kleinen Garnison die Rekruten drangsaliert, und dem **wissenschaftlichen Militär**, der sich in 20jähriger Arbeit hier beim Generalstabe darauf vorbereitet hat, die Verantwortung für die Demobilisation zu übernehmen. (Sehr richtig!) Da sich in dieser Delegiertenversammlung des IX. Armeekorps kein Kamerad bereit erklärte, die Verantwortung zu übernehmen, so hatte die Delegiertenversammlung schon entschieden, daß der Offizier in seinem Amte zu verbleiben hat.

Die Forderungen, die gestern abend von unseren Berliner Kollegen vorgelegt worden sind, sind in wörtlicher Übereinstimmung dieselben, die wir in Hamburg durchgeführt haben, mit dem einzigen Unterschiede, daß die einschränkenden Bestimmungen, die wir aus Sachkenntnis mit voller Majorität der Vollversammlung aller Soldatenräte, in Hamburg durchgesetzt haben, in den Berliner Forderungen nicht enthalten sind. Ich bin der Ansicht, daß wir heute vormittag bereits hier im Rätekongreß zur Regelung dieser Angelegenheit einen Beschluß fassen können; nach unserem Hamburger Vorbilde — und wir in Hamburg haben uns wochenlang mit dieser Materie zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrate und mit der Vollversammlung aller Soldatenräte beschäftigt — können wir die Angelegenheit hier im Kongreß regeln.

Allerdings habe ich als **Punkt** 8 dieses Antrages folgendes aufgenommen:

> **Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt.** (Sehr gut!)

Wir Soldatenräte sind ja gewiß die Vertreter der Truppen von Front und Heimat. Aber über die vielen Einzelfälle hat ein Teil von uns sich mit den hinter uns stehenden Truppen noch gar nicht auseinandergesetzt. In Hamburg haben wir es getan, und wir Hamburger Vertreter haben in diesem Punkte unsere Kameraden hinter uns. Ehe wir eine definitive Regelung dieser Angelegenheit herbeiführen, müssen auch die Vertreter der Ost- und Westfront und der übrigen deutschen Armeekorps zunächst einmal mit ihren Kameraden Rücksprache nehmen.

Außerdem halte ich es für erforderlich, daß wir zu einer definitiven Regelung erst dann kommen, wenn vorher dieser Zentralsoldatenrat, sobald er gegründet ist, mit den Volksbeauftragten, dem Vollzugsrat und dem Kriegsministerium Fühlung genommen hat; denn zur definitiven Regelung mit allen Ausführungsbestimmungen bis auf den letzten i-Punkt bedürfen wir der Mitarbeit sachverständiger Leute aus dem Kriegsministerium.

Ich komme jetzt zu den einzelnen Punkten dieses Antrages, den wir Hamburger dem Kongreß vorlegen wollen:

Punkt 1: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates aus.

Es sind viele **Vorwürfe gegen das Kriegsministerium** erhoben worden. Zum Teil sind die Vorwürfe zweifellos berechtigt. Die Mitglieder des Kriegsministeriums haben noch **den alten Militarismus in den Knochen** und werden ihn noch nicht los. Neulich in Hamburg beim Generalkommando erhielten wir Kenntnis von einer Verfügung des Kriegsministeriums — es war vielleicht vor zwei bis drei Wochen —, worin stand, daß die kommandierenden Generale der stellvertretenden Generalkommandos sich im Kriegsministerium zu melden hätten. Wir Hamburger konnten uns mit dieser Verfügung des Kriegsministeriums, die von Göhre gegengezeichnet war, nicht einverstanden erklären. In Hamburg haben wir den **kommandierenden General abgesetzt** und an dessen Stelle einen Soldatenrat des IX. A.-K. gesetzt. Im übrigen haben wir aber den größten Teil der Offiziere und Beamten des Generalkommandos als Verwaltungsorgane bestehen lassen.

Punkt 2: Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und Abschaffung des Kadavergehorsams werden die Entfernung aller Rangabzeichen und das Verbot des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.

Ich glaube, es werden sich auch Fronttruppen auf unsern Hamburger Standpunkt stellen. (Zuruf.) Da meine Zeit abgelaufen ist, werde ich mich beeilen. (Heiterkeit.)

Kameraden und Genossen, dann werde ich mich darauf beschränken, den Antrag zu verlesen und auf die Ausführungen zu verzichten.

Punkt 3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongreß der A.- und S.-Räte ist der Überzeugung, daß die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.

Punkt 4. Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffiziertressen usw., Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.

Punkt 5. Die Soldatenräte wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, können wiedergewählt werden.

Punkt 6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte in Offiziersrang sind im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.

Punkt 7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

Punkt 8. Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden

von den sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt. (Beifall.)

Toft-Berlin:

Kameraden! Genossen! Die gestrige Demonstration der Soldaten Berlins hat ihre Ursache zweifellos in den **irreführenden Maßnahmen der Stadtkommandantur.** Es ist einwandfrei festgestellt, daß gerade der Stadtkommandant die Ursache dazu gegeben hat, daß diese Kameraden sich endlich dazu aufraffen mußten, um ihre Forderungen an dieser Stelle vorzutragen. (Sehr richtig!) Kameraden! Nachdem sie wochenlang gewissermaßen von einer Stelle zur andern geschoben worden sind, ist es erst dazu gekommen, daß sie uns hier im Parlament mit ihren Forderungen aufwarten mußten. Im großen und ganzen wird wohl hier kein Kamerad sein, der diese Forderungen nicht unterschreiben könnte. (Sehr richtig!) Das einzige, weswegen hier gestern diese stürmischen Auseinandersetzungen waren, war wohl das, daß gerade die **Plötzlichkeit und die sofortigen Forderungen** der Anträge hier durchgesetzt werden sollten. Aber vergessen Sie nicht, daß doch die Dinge so liegen, daß man von den verantwortlichen Stellen alles getan hat, um unsere Kameraden dazu zu treiben, hier zu erscheinen.

Kameraden! Es wurde auch gestern von dem Volksbeauftragten Landsberg hier hereingeworfen,

der 53er Ausschuß

hätte sich mir nichts dir nichts ins Reichsmarineamt hineingesetzt und die Kommandogewalt gewissermaßen an sich gerissen. Es ist nicht so. Ich möchte feststellen, daß der 53er Ausschuß von der gesamten Marine gewählt worden ist (Zuruf: Ist nicht wahr!), um die Demobilisation der Marine im Einvernehmen mit dem Reichsmarineamt durchzuführen, und im Einverständnis mit beiden Staatssekretären ist auch anerkannt worden, daß es notwendig war, daß dieser Ausschuß endlich nach Berlin kam. Von keiner Seite ist irgendwie etwas dagegen eingewandt worden. Wir haben oben an der See vergeblich auf Maßnahmen von seiten der Regierung gewartet. Erst nachdem wir hierhergekommen sind und von dem 53er Ausschuß die Vorschläge gemacht worden sind, ist die Demobilisierung bei der Marine in einer Form vor sich gegangen, an der kein Anstand, weder vom Staatssekretär des Reichsmarineamts, noch den Volksbeauftragten genommen wurde. Das kennzeichnet, wie demagogisch man hier vorgeht, indem man hier nun erklärt, diese Körperschaft sei auch mit dem Vollzugsrat in Verbindung zu bringen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß der Vollzugsrat nichts damit gemein hat. Aber man versucht, weil der Vollzugsrat einen anrüchigen Charakter bekommen hat, nun auch dem 53er Ausschuß damit gewissermaßen eins auszuwischen. Man sollte sich hier überlegen, wozu es führen könnte, wenn selbst die Verantwortlichen in der gegenwärtigen Zeit so auftreten und versuchen, gewissermaßen unter den Truppen Unruhe zu stiften. Wenn irgend etwas geschehen soll, um unsere Truppen an der Front das Herz frei zu machen, dann ist es das, daß wir hier diesen Anträgen zustimmen.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Mein Herr Vorredner sagt, wir müßten erst **mit den Frontruppen Rücksprache** nehmen. Ich möchte hier die Vertreter der Frontruppen fragen, ob sich, wenn Sie hier mit uns beschließen würden, diese Forderungen der Gardetruppen, der Marinedivision anzunehmen, unter den Soldaten auch nur der geringste Widerspruch dagegen erheben würde. Ich bin fest überzeugt, daß unsere Kameraden, die in den unteren Chargen stehen, niemals etwas dagegen einwenden werden, daß **die Achselstücke der Offiziere** (Händeklatschen), daß die Kommandogewalt der bisher autoritativen Stellen beseitigt wird. Wer kann etwas dagegen haben, wenn endlich durch Beseitigung der Abzeichen der autoritative Charakter dieser Offiziere, die doch gewissermaßen an den unliebsamen Vorkommnissen der letzten Tage schuld sind, verschwindet. Keiner von Ihnen wird, glaube ich, etwas dagegen haben, daß man unter allen Umständen diejenigen als Führer hinsetzt, die das Vertrauen der Truppe haben. Das Vertrauen der Truppe besagt nicht, daß jeder Offizier unter allen Umständen verschwinden muß, aber diejenigen Offiziere, die das Vertrauen der Truppen nicht genießen, müssen fort, es sind diejenigen, die Unruhe in die Kameradschaften hineintragen. Kameraden und werte Genossen, wenn sich einzelne dagegen auflehnen, so bezeugt das am allerdeutlichsten, daß sie nicht eine Freiheit unter den Kameraden wollen, sondern sie möchten gern, daß die bisherigen Führer, auch wenn sie ganz anders, als sozial, denken, in ihren Reihen bleiben sollen. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen: wenn erst einmal diese Fronttruppen genügend über die inneren Zustände Deutschlands aufgeklärt sind, von denen sie jetzt zum größten Teil nichts wissen, dann werden auch Vertreter solcher Anschauungen vor allen Dingen von diesen Kameraden selbst sehr bald beseitigt werden. (Sehr richtig!) Kameraden, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, die Sache weit hinauszuschieben, und die endgültige Regelung den Volksbeauftragten und dem neu zu wählenden Vollzugsrat überlassen, dann — das möchte ich hier feststellen — werden Sie hier als verantwortliche Körperschaft dazu beitragen, daß die Unruhe unter der Armee und Marine nicht beseitigt wird, sondern daß unsere Kameraden an den verschiedensten Orten in Ost und West schließlich

zur Selbsthilfe greifen,

daß sie selbst dazu übergehen werden, die ihnen aufgezwungenen und unliebsamen Führer zu beseitigen. (Sehr gut!) Und, Kameraden und Genossen, was bedeutet denn das? Das bedeutet nicht nur Anarchie, das bedeutet unter Umständen Blutvergießen. Kameraden, ich bin davon überzeugt, wenn tatsächlich diese Offiziere, die nicht so denken wie ein großer Teil hier, sich in ihrer Autorität bedroht sehen, daß sie auch vor den verwegensten Mitteln nicht zurückschrecken werden. (Sehr richtig!)

Deshalb ist es unsere Pflicht, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Räteversammlung hier auch gleich etwas Positives beschließt, was den Fronttruppen und auch den Truppen in der Garnison bekannt gegeben werden muß. (Sehr richtig!) Kameraden, es geht nicht, daß die Zustände, wie wir sie leider während der kurzen Zeit der Revolution beobachtet haben, weitergreifen, es muß Ihnen doch klar geworden sein, daß gerade die letzten Mitteilungen, die uns hier bekannt geworden sind, etwas anderes besagen, als das, daß die Offiziere und auch die Oberste Heeresleitung nicht bestrebt sind, das auszuführen, was im Interesse der Revolution liegt. Kameraden, wenn Sie irgend etwas tun wollen, dann ist es das, daß so schnell wie möglich hier aus unserer Mitte dazu sind wir dem ganzen deutschen Volke gegenüber verpflichtet — etwas geschieht, was den Anträgen, die gestern die Truppen an uns gestellt haben, in seiner vollen Form entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Fr. Saar (Etappe Bug):

Genossen! Kameraden! Ich spreche hier als Vertreter der Ostfront. Zunächst will ich bemerken: den Kameraden, die gestern abend hier erschienen sind, ist wahrscheinlich gesagt worden — das ist meine Auffassung —, daß, wenn sie alle hier im Sitzungssaal erscheinen, sie ihren Forderungen mehr Nachdruck verschaffen würden. Ich habe

aber gestern abend den Eindruck gewonnen — und ich glaube, auch ein großer Teil von Ihnen —, daß es nicht die Wichtigkeit der Forderungen war, die hier vertreten werden sollten, sondern wir hatten den Eindruck, als wenn es sich um eine

politische Demonstration

handelte, und um weiter gar nichts. (Zustimmung und Widerspruch.) Kameraden, dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Einerseits ist uns gesagt worden: alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, andererseits kommt man hierher, setzt uns **ein Maschinengewehr vor die Nase** und will uns zwingen — — (Große Unruhe. Rufe: wo ist das Maschinengewehr?), wenn es auch noch nicht so weit gekommen ist, daß wir Maschinengewehre hier gehabt haben; wenn wir aber so weiter fortfahren, dann bekommen wir sicher Maschinengewehre hierher. (Widerspruch.) — Warten wir ab! Wir haben in Berlin Dinge erlebt, die genug sagen, und wir wissen nicht, was noch kommen wird.

Kameraden, nun die **Forderungen der Berliner Soldaten** selbst! Das, was die Berliner Kameraden hier wollen, haben wir **an der Front schon längst.** (Lebhafter Widerspruch.) — Jawohl, Kameraden! (Erneuter Widerspruch.) Allerdings machen wir es anders, als die Berliner. Wir haben uns nicht an den Rat der Volksbeauftragten gewendet. Wenn wir uns an den gewendet hätten, wären wir heute noch nicht so weit, wie wir es tatsächlich sind. Ich möchte Ihnen einmal ein Beispiel anführen. Wir haben einen Etappentagesbefehl für eine ganze Heeresformation, der von den Offizieren und uns gezeichnet ist, und worin es heißt:

> Alle Anordnungen, Verfügungen und Befehle militärischer Behörden, Dienststellen und Formationen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der **Gegenzeichnung der Soldatenräte.**

Damit ist gesagt, daß nicht einmal ein dreckiger Leutnant einen Kompagniedienst ansetzen kann, ohne daß die betreffenden Leute die Gegenzeichnung vornehmen. Es ist für jeden Soldaten klipp und klar: es kann kein Befehl herauskommen, der nicht von den Soldatenräten geprüft worden ist. (Unruhe.)

Dann heißt es weiter:

> **Vorgesetzte**, die vorstehenden Grundsätzen zuwider handeln oder ihnen fortgesetzt Schwierigkeiten in den Weg legen, können auf Antrag des Soldatenrats der betreffenden Formation **ihres Postens enthoben** werden.

Das ist das, was Sie im Grunde genommen auch wollen. Es handelt sich doch nicht allein um die Rangabzeichen, sondern auch darum, den Soldaten ein Mittel in die Hand zu geben, diejenigen, die gegen sie sind, auszuschalten.

Nun haben wir eine Erfahrung gemacht. Wir haben Offiziere kennen gelernt, die sich das Vertrauen der Kameraden dadurch erworben haben, daß sie die Kameraden aufgehetzt haben, Waggons und Lokomotiven zu requirieren, sich einfach auf die Bahn zu setzen, um nach Hause zu kommen, und auf diese Weise den ganzen Eisenbahnbetrieb zu stören; denn mit unserer Zustimmung wären diese Herren Offiziere nicht nach Hause gekommen. Daraus geht hervor, Kameraden, wie gefährlich es ist, Offiziere ohne weiteres zur Wahl zu stellen. Wir haben geglaubt, das nicht verantworten zu können, weil wir wissen, daß es Demagogen genug gibt, die uns gerade in der schwierigen **Frage des Abtransports im Osten** ungeheuer in die Parade fahren und verhindern können, daß unsere Kameraden von der Ostfront überhaupt zurückgebracht werden. Wir sind überzeugt: Wenn wir nicht so scharf aufgepaßt hätten, wie wir es getan

haben, so wären unsere Kameraden in der Ukraine, 230 000 Mann, ohne jeden Offizier über ein Gebiet verteilt, das noch größer ist als Deutschland; die Führer wären uns einfach auf und davon gelaufen, und wir wären gezwungen gewesen, selbst die höchsten militärischen Kommandostellen mit Grenadieren oder Musketieren zu besetzen. Ich bitte Sie, sich zu überlegen, was daraus hervorgegangen wäre; dann werden Sie mir Recht geben und sagen: Die Berliner stellen sich einfach ein Armutszeugnis aus, wenn sie das, was sie durchsetzen wollen, nicht mit anderen Mitteln ausführen können.

Zur Sache kann ich erklären, daß die Anträge, die gestern hier eingereicht worden sind, bis auf den ersten **Punkt nicht gerade weltbewegend** sind. Dem Absatz 2, der die Rangabzeichen, die Entwaffnung der Offiziere usw. behandelt, könnte ich selbst ohne weiteres zustimmen. Ich möchte Ihnen aber empfehlen, hier ausdrücklich zu betonen, daß das für die Kameraden, die bei der Armee Mackensen stehen, und für die, die in Feindesland stehen, nicht einzuführen ist.

Punkt 3 kann ich vollständig unterschreiben.

Nicht unterschreiben kann ich die erste Forderung, weil ich mir über deren Tragweite nicht klar bin; diese Forderung besagt:

> Ein **oberster Soldatenrat**, zusammengesetzt aus gewählten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, übt die Kommandogewalt über alle Truppen des Heeres aus.

Wenn das so zu verstehen ist, daß die

Oberste Heeresleitung beiseite gesetzt

wird und ein Soldatenrat die Kommandogewalt ausübt, dann können wir dieser Bestimmung **keineswegs zustimmen.** Die Einwendungen, die erhoben worden sind, sind berechtigt genug, und ich bitte Sie, sich reiflich zu überlegen, das zu tun, nicht aber das zu tun, was gestern abend ein Teil dieser Versammlung zu tun entschlossen war, nämlich in Bausch und Bogen das anzunehmen, was gestern abend verlangt wurde. (Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Es ist ein **Antrag** eingegangen von der Unabhängigen Fraktion: es soll den Anträgen der Soldaten hinzugesetzt werden:

> **Die Kommandogewalt in den Garnisonen liegt in der Hand der örtlichen A.- und S.-Räte.**

Das Wort hat Genosse Voigt (Breslau).

Voigt (Breslau):

Genossen und Kameraden! Ich glaube, daß man die Frage, die hier zur Debatte steht, in aller Ruhe und ohne irgendwelche Überreizung erledigen kann. Die **Forderungen**, die hier von seiten der Berliner Kameraden aufgestellt, sind, abgesehen von einer anderen Kommentierung, mehr oder weniger **im ganzen Reiche**, vielleicht ausgenommen in Berlin, **durchgeführt.** (Zustimmung und Widerspruch.) Ich meine, man hat anderorts gehandelt und dabei sehr viel erreicht, während es bei mir den Eindruck erweckt, nicht nur in dieser, sondern auch in einigen andern Fragen, daß man in Berlin sehr viel redet und über dem vielen Reden das Handeln vergißt. (Sehr gut!) Das ist natürlich ein Verfahren, mit dem man praktisch nicht vorankommen kann. Wir haben es in der Provinz doch wohl überall, zum mindesten aber in dem sonst so berüchtigten Schlesien, ganz glatt durchgesetzt, daß kein Offizier, er mag so hoch gestellt sein wie er will, irgendwelche Kommandogewalt ausüben kann, ohne von dem Vertrauen seiner Kameraden und der ihm unterstellten Körperschaften getragen zu werden. Das gilt von dem kommandierenden General bis zum letzten Offizier.

Die Differenzen, die bei dem Einmarsch der Truppen, die für den Grenzschutz bestimmt waren, entstanden, die aus der auch schon hier von einigen Rednern berührten Unkenntnis der Dinge von seiten der Fronttruppen herrührten, sind nicht dadurch beseitigt worden, daß wir große Resolutionen stellten und an den Rat der Volksbeauftragten mit allen möglichen und unmöglichen Wünschen herantraten, sondern wir haben uns einen Offizier vom Generalkommando beim Schlafittchen genommen und einen von uns, und dann sind wir beide gemeinsam, der Offizier vom Generalkommando und ich bzw. ein anderer meiner Kameraden, zu den Truppen gefahren, haben zunächst einmal **den Offizieren den Standpunkt klargemacht**, dann haben wir mit unseren Kameraden geredet, haben die Sache in Ordnung gebracht und haben sofort die Offiziere, die das Vertrauen der Kameraden nicht besaßen, mitgenommen; und dann war die Sache erledigt. Daß sich hier nebenbei Unebenheiten zugetragen haben, daß es hier und da zu Auftritten gekommen ist, die man hier in Berlin durchweg als Konterrevolution bezeichnet, das ist selbstverständlich. Daß sich einige Regimentskommandeure und noch höhere Kommandostellen nicht ohne Widerstand diesem Diktum fügten, werden Sie begreifen. Aber wir haben verstanden, ohne Hilfe des Rates der Volksbeauftragten, ohne Hilfe des Kriegsministeriums und ohne Hilfe des Vollzugsrats unsern Willen in allen Fragen durchzusetzen, haben das freilich auf einigen Stellen mit Gewalt tun müssen. Aber wir haben es gemacht, Kameraden.

Ich meine, wenn man überall so handelt, dann hätte man dem Kongreß sehr viel Zeit erspart, dann hätten wir vor allen Dingen diese unliebsamen Auftritte vermieden, die uns nach außen unbedingt schädigen werden. Ich glaube, Genossen, darüber sind wir alle einer Meinung, daß das **Bild von gestern abend** nicht etwa geeignet war, uns in den Augen der Arbeiter und Soldaten sowohl wie auch in den Augen der übrigen Welt irgendwie Respekt zu verschaffen. (Sehr richtig.) Das Gegenteil war der Fall, Kameraden, und ich war der Ansicht, daß wir es der Bedeutung der deutschen Arbeiterbewegung und dem Ansehen der republikanischen Bewegung schuldig sind, unsere Angelegenheiten in Würde zu erledigen. (Zuruf.) — Ich denke dabei wohl an die Revolution, Kameraden, und sage deswegen gerade, daß sich nicht alles in Butter erledigen läßt. Aber deswegen muß in solchen Fällen gehandelt werden, und man darf nicht Sachen arrangieren, die denn doch gar zu sehr

nach etwas Gemachtem aussehen.

(Lebhafte Zustimmung.) Das wollen wir doch einmal feststellen, Kameraden und Genossen, und offen aussprechen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine solche Demonstration, wie wir sie gestern hier gesehen haben, impulsiv aus der Masse der Berliner Soldaten heraus erwachsen ist. Das glaube ich nicht, das lasse ich mir nicht vormachen, Kameraden. Impulsiv aus der Masse der Berliner Kameraden arrangiert, hätte sich so etwas nicht ergeben. Dazu halte ich die Berliner Kameraden in ihrer Mehrheit für zu vernünftig und vor allen Dingen für viel zu kouragiert, um solch Theater zu machen, sondern ich bin der Meinung, daß auch die Berliner Kameraden in ihrer Mehrheit so handeln, wie man allgemein in der Provinz zu handeln für notwendig erachtet. (Zuruf: Sie haben sie ja heute morgen bei sich gehabt, hätten Sie sie doch einmal gefragt!) — Wir haben auch darüber geredet, Herr Kamerad, und gerade deswegen habe ich die Überzeugung, die ich eben ausgesprochen habe. Das kann ich und muß ich bestätigen, daß das auch mein persönlicher Eindruck von den Kameraden war, mit denen ich bisher zu sprechen Gelegenheit hatte.

Ich sage also: über die Forderungen an sich läßt sich nicht nur reden, sondern sie sind in der Provinz schon durchweg durchgeführt worden. Und wenn ich die erste der uns vorgelegten Forderungen, welche die **Einsetzung eines obersten Soldatenrates**, der die Kommandogewalt zu übernehmen hat, enthält, etwas kommentieren und dazu sagen darf, daß der Obersten Heeresleitung ebenso wie jedem andern Generalkommando ein Soldatenrat zur Seite gestellt werden soll, so kann man darüber wohl debattieren. Aber die Oberste Heeresleitung und die höchsten Offiziersstellen mit ihren Erfahrungen glatt zu beseitigen und uns an deren Stelle zu setzen, das würde für das ganze Volk eine Gefahr in sich bergen, die niemand von uns verantworten kann. (Sehr richtig!) Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Waffenstillstandsvertrag von der Obersten Heeresleitung abgeschlossen ist; ich fürchte, daß uns in dem Augenblick, wo wir die Oberste Heeresleitung durch einen Obersten Soldatenrat ersetzen, von der Entente Schwierigkeiten in punkto Waffenstillstand gemacht werden würden (Zuruf: Sehr richtig!), und wir unter Umständen gar wieder den Krieg im Lande haben würden. (Sehr richtig!) Ob das so ist, weiß ich nicht; aber ich fürchte, daß das sehr leicht eintreten könnte. Und da frage ich Sie, Kameraden: Wenn das so ist, kann man dann, weil hier 50 Mann mit Plakaten in theatralisch aufgemachter Situation aufmarschieren, so schwerwiegende Fragen aus dem Handgelenk heraus entscheiden? Ich sage: das können wir nicht. Deswegen schlage ich vor, daß die **Anträge der Delegation der Berliner Soldatenräte sofort nach Beendigung dieses Kongresses** von dem neuzuwählenden Vollzugsausschuß **beraten** werden unter Hinzuziehung der Volksbeauftragten und — darauf lege ich besonderen Wert, es handelt sich nicht nur um Berliner — unter Hinzuziehung von Vertretern der Fronttruppen. Denn die haben, wenn diese Fragen fürs Reich generell geregelt werden sollen, außer den Berlinern doch auch noch eine Kleinigkeit mitzureden. Wir in der Provinz haben jedenfalls mehr oder weniger alle sehr häufig und lebhaft bedauert, daß Verfügungen des Vollzugsausschusses, auch Verfügungen des Rates der Volksbeauftragten, nicht immer die nötige Klarheit besaßen, um sie nach jeder Richtung ohne Kommentar durchführen zu können. Zum Teil waren ja diese Verfügungen durch unsere Maßnahmen längst überholt; wo das aber nicht der Fall war, mußten wir die Verfügungen oft erst erläutern oder trotz der Verfügungen nach eigenem Geschick handeln.

Wenn wir also beschließen, daß diese Anträge sofort nach Beendigung des Kongresses von dem neuen Vollzugsausschuß, dem Rate der Volksbeauftragten und Vertretern aller Armeekorps und der Front zur Beratung gestellt werden, und daß das Resultat schnellstens zu unterbreiten ist, dann ist, glaube ich, allen Wünschen, auch der Berliner Kameraden, Rechnung getragen. Aber es kann nicht gehen, daß hier ohne weiteres eine Delegation irgendwelcher Formation auftritt und uns bestimmte Forderungen unterbreitet. Mit demselben Recht, wie gestern eine Delegation der Berliner Soldaten hier war, könnte heute eine Delegation der Berliner Dienstmänner herkommen und genau dasselbe Theater machen. (Zustimmung und Unruhe.) Das mag etwas grob klingen, aber praktisch liegt es doch so; wenn man der einen Delegation das Recht einräumt, hier in die Geschäfte hineinzupfuschen, dann müssen wir es jeder anderen Delegation auch zugestehen. Das können wir nicht, das dürfen wir nicht; deswegen möchte ich Sie bitten, dieser Anregung zuzustimmen und unsern ganzen Einfluß auf die Berliner Delegation dahin geltend zu machen, daß sie sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt.

Es ist von dem Kameraden Tost gesagt worden, daß die Schuld an dieser Demonstration auf Seiten der Kommandantur liegt. Das kann ich nicht prüfen. Ich weiß nur, daß an andern Orten die Kommandanturen sind und daß kein Befehl irgendwelcher Art ohne Gegenzeichnung der Soldatenräte herausgehen darf, und wenn Ihr das in Berlin noch nicht erreicht habt, Kameraden, dann tut Ihr mir leid. (Bravo!) Aber dann müßt Ihr Euch schon selber helfen. (Zurufe.) Was man in der ganzen Provinz erreicht hat, muß auch hier möglich sein. Da soll man nicht Theater machen und den Kongreß zu Hilfe rufen, da muß man selbst handeln durch die Tat, nicht durch Reden. (Bravo!)

Vorsitzender Leinert:

Es ist weiter folgender Antrag eingegangen:

Die oberste Kommandogewalt liegt in den Händen der Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats. In den Garnisonen liegt die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen A.- und S.-Räte.

Geyer und Genossen.

Dänmig-Berlin:

Genossen, Kameraden, meine Herren! Eine der vielen Illusionen, die der erste leichte deutsche Sieg der Revolution hervorgerufen hat, ist auch die, daß der **Militarismus** beseitigt, zerschmettert sei. Ach nein, soweit sind wir noch nicht. Seine Spitze ist davon gefegt und sein Bau ist erschüttert, aber sein Geist und ein Teil seiner Organisation ist noch sehr lebendig. Man spürt das Wehen dieses Geistes auch in diesem ersten Revolutionsparlament Deutschlands. (Sehr richtig!) Darum halte ich alles das, was hier von dieser Stelle aus verlangt worden ist, anzuknüpfen gegen diese Plage des deutschen Volkes, für durchaus notwendig und höchst dringend. Ich kann daher nicht finden, daß die Forderungen, die gestern von der Deputation der Berliner Regimenter aufgestellt worden sind, ungerechtfertigt oder nicht zeitgemäß oder dieser Stelle nicht würdig wären. Ich faßte mich vorhin an den Kopf, als ich einen Revolutionsvertreter hier von dieser Stelle aus sich darüber beklagen hörte, daß man hier die Soldaten mit politischen Ideen erfüllt gesehen habe. (Zurufe.) Ja, glauben Sie denn, eine Revolution ist zu machen, auch im Heere, ohne politische Ideen? (Sehr richtig! — Zurufe.) — Ja, das ist hier gesagt worden von meinem Vorredner.

Vor allen Dingen ist aber auch eins zu beachten. Das, was jetzt von Ihnen verlangt wird, das nach meinem Dafürhalten unbedingt geschehen muß im weiteren Kampfe gegen den Militarismus, das ist doch nur für eine Zeit des Übergangs geschehen. Dieser ganze gewaltige Riesenbau muß jedoch durch die Demobilisation nach und nach abgetragen werden, und wir müssen an die Schaffung eines neuen deutschen Staatswesens, und damit auch an die Schaffung einer neuen, und ich hoffe, sozialistischen Heeresorganisation gehen. Aber dazu ist natürlich notwendig, daß jetzt zunächst so schnell wie möglich zugepackt wird, um das, was an Überresten des alten Systems noch vorhanden ist, hinwegzufegen.

Genossen, Kameraden, wir haben hier die Anklage gegen Berlin gehört. Man hat gesagt: ja, wenn Ihr in Berlin noch nicht soweit seid, dann ist es schlimm. Ja, wissen Sie denn, warum wir in Berlin noch nicht soweit sind? Weil wir stets bei diesen Fragen auf den **Widerstand des Rates der Volksbeauftragten** gestoßen sind. (Sehr richtig!) Als wir seinerzeit jene aufgeregten Tage durchlebten, als das Korps Lequis vor unsern Toren stand und wir in stundenlangen Verhandlungen mit dem Rate der Volksbeauftragten und dem Kriegsminister

scheuch die Forderung stellten, dieses Generalkommando nebst seinen Divisionsstäben aufzulösen und die Soldatenräte darin zur Geltung zu bringen, da wurde uns erklärt, das sei eine Forderung, die unannehmbar sei. (Hört, hört!) Ähnliche Widerstände und Gegenströmungen sind uns immer wieder gemacht worden. Also, so leicht, wie Sie es vielleicht draußen in Ihren einzelnen Garnisonen gehabt haben, so leicht haben wir es in Berlin nicht gehabt. Ich möchte Sie dringend bitten, den Forderungen der Soldaten, denen wir im großen und ganzen zustimmen, so schnell als möglich zuzustimmen. (Sehr richtig!)

Es bereitet sich nämlich in der Stille wieder etwas ganz Neues vor. Unsere Herren Volksbeauftragten haben uns hier ja erzählt, daß man drauf und dran sei, eine sogenannte **Volkswehr** zu gründen. Man hat darauf hingewiesen, wie demokratisch die organisatorische Grundlage dieser militärischen Körperschaft sein werde: Wahlen und dergl. mehr. So weit, so gut! Aber den Herren Volksbeauftragten dürfte doch nicht unbekannt sein, daß von der Regierung ein Entwurf vorbereitet wird, der sich etwas stark von dieser Volkswehr unterscheidet, ein Entwurf, der ungefähr folgende Grundzüge enthält und uns zeigt, daß man so manches von dem alten militaristischen Systems in die neue Zeit hineinnehmen will.

In bezug auf die **Demobilmachung** soll nämlich bestimmt werden:

> Es bleiben zurück alle Angehörigen der Jahrgänge 1898 und 1899, (Hört, hört!) auch die zum Einjährig-Freiwilligendienst Berechtigten und unterschiedslos die kv.-, gv.- und av.-Leute, die noch gar nicht oder kürzer als 21 Monate gedient haben.
>
> Die Jahrgänge 1898 und 1897 sind vom 1. 1. 1919 ab mit den Längstgedienten beginnend bis zum 31. 3. 1919 zu entlassen, soweit es die Aufgaben des Sicherheits- und Arbeitsdienstes, der Gefangenenbewachung, des Grenzschutzes, sowie die Durchführung und Abwicklung des Demobilisierungsgeschäftes verlangen. Die für diese Aufgaben unentbehrlichen Heeresangehörigen bleiben zurück, bis sie ersetzt oder ihre Aufgaben erledigt sind, ohne Rücksicht auf Jahrgänge und Dienstzeit.

Ich meine, das klingt etwas anders als die rein republikanische Volkswehr. Man will damit etwas schaffen, das stark auf dem alten System basiert.

Die Kameraden von der Marine wird übrigens interessieren, daß man da noch weiter gehen will. Es ist beabsichtigt:

> In der Marine dürfen die Jahrgänge 1897, 1898 und 1899 bis auf weiteres nicht entlassen werden; die bereits entlassenen sind wieder einzuziehen; (Hört, hört!) soweit sie zur Demobilmachung erforderlich, dürfen Angehörige der Jahrgänge 1885 bis 1896 im Dienst behalten werden; ihre Entlassung regelt das Reichsmarineamt.
>
> Der Landsturm wird aufgelöst und entlassen, soweit die eben bezeichneten Aufgaben es zulassen.

Sie sehen daraus, daß neben der schönen **Parade-volkswehr** (Zuruf: Abgebaut, Übergangszeit!) auch noch **ein stehendes Heer** beabsichtigt wird, nach altem Muster. Wenn Sie nicht rechtzeitig die nötigen Normen und Richtlinien geben, wird noch unendlich viel von dem alten System hinübergenommen. Ach, Genossen, der Geist ist noch sehr lebendig.

Das berühmte Korps Lequis, das noch in Berlin durch seine Divisionen die Kommandogewalt ausübt, hat am 14. Dezember — und zwar habe ich das über den Umweg der dritten Gardedivision erfahren — einen Korpsbefehl erlassen, in dem es heißt:

Die Anfrage einer Division gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die alte Disziplinarstrafordnung nach wie vor Gültigkeit hat. (Hört, hört!) Und weiter heißt es darin:

Alle Formationen legen nach Einrücken in die Demobilisierungskasernen der Division baldmöglichst kurze Berichte über Stimmung und Stellungnahme der Ersatztruppenteile ab.

Wer einigermaßen mit militärischen Dingen vertraut ist, weiß, was das heißt.

Darum bin ich der Ansicht — es sind nur kleine Kostproben, die ich hier vorsetzen kann —, daß alles von Ihnen geschehen muß, wenn Sie sich Ihrer Aufgabe als Revolutionsparlament bewußt sind, um diesem alten militaristischen Geist und Wesen entgegenzutreten.

Genossen, Kameraden! Über die Einzelheiten der Anträge, die die Berliner Deputation Ihnen gestern vorgetragen hat, will ich nicht viel reden. Allerdings muß ich sagen, daß die erste Forderung, die sich auf die Kommandogewalt im ganzen Reich bezieht, auch mir bedenklich ist. (Bewegung. Aha-Rufe.) Vielleicht aber aus anderen Gründen, als aus denen heraus Sie die Sache bedenklich finden. Ich bin der Meinung, daß, solange wir diese Übergangsperiode haben, solange wir uns im Stadium des Provisoriums befinden, die **oberste Kommandogewalt** gelegt werden muß in die Hände der Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats oder Zentralrats. (Sehr richtig!) Das halte ich auch für richtig und notwendig. Aber für ebenso notwendig halte ich die Aufnahme der Bestimmung in diese Forderungen, daß in den einzelnen Garnisonen die Kommandogewalt zu liegen hat in den Händen der **örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.** (Sehr richtig!) Natürlich halte ich es ebenso für selbstverständlich, daß jetzt, nachdem der alte Kriegsminister der alten Schule gegangen ist, nun der Rat der Volksbeauftragten einen Kriegsminister einsetzt, der nicht allein sein Vertrauen hat, sondern auch das Vertrauen der revolutionären Kräfte, der Arbeiter und Soldaten, (Sehr richtig!) und der dementsprechend in seine Departements und Unterabteilungen auch Leute einsetzt, die vom neuen Geiste getragen sind, und damit dem Kriegsministerium den Charakter gibt, den es in einem republikanischen, in einem demokratischen, in einem sozialistischen Staatswesen haben muß. (Sehr richtig!) Das ist unbedingt zu fordern und unbedingt durchzuführen.

Im übrigen glaube ich, daß, solange diese Übergangszeit dauert, die Arbeiter- und die Soldatenräte in erster Linie mehr darauf zu sehen haben, tatsächlich auch die **Überwachungs-** und Kommandogewalt in ihre Hände zu bekommen. (Sehr richtig!) und sich auch die Leute anzusehen, die jetzt in sehr vielen Zentralräten usw. das Übergewicht haben. Es ist ja ein interessanter Anblick; wir haben einen Antrag Reinartz-Cassel bekommen, auf den ich hier nicht näher eingehen will; aber sehen Sie sich bitte einmal in diesem Antrag diese Last von Ämtern an, die dieser **Herr Hauptmann Reinartz** auf seine Schultern geladen hat. (Zurufe: Hauptmann!) — Hauptmann ist der Herr, ja. (Heiterkeit.)

Ich kann mich auch nicht damit einverstanden erklären, daß Offiziere in die Soldatenräte aufgenommen werden bloß auf die Bestimmung hin, daß sie das Vertrauen ihrer Mannschaften genießen. Nein! Wir als revolutionäre Instanz, als revolutionäres Parlament haben zu verlangen, daß die Offiziere auch die Gewähr geben müssen einer klaren, ehrlichen, **revolutionären und republikanischen Überzeugung.** (Sehr richtig!) Das ist das Wichtigste mit. (Händeklatschen.) Das alte Regime war nicht so zimperlich: es hat sich seine aktiven und Reserveoffiziere sehr genau angesehen, und wehe dem,

der nicht die staatlich abgestempelte Gesinnung hatte. Wir sind es aber im Selbsterhaltungsinteresse uns schuldig, daß wir da auch sehr genau auf die Gesinnung achtgeben.

Vorsitzender:

Ihre Zeit ist abgelaufen.

Däumig-Berlin:

Ich bedauere, auf diesen Punkt nicht näher eingehen zu können. Ich möchte aber dringend bitten, die Forderungen der Berliner Soldaten mit den Änderungen, die ich Ihnen vorgeschlagen habe, so schnell und so einmütig wie möglich anzunehmen. (Bravo! Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.)

Vorsitzender Leinert:

Ich habe Ihnen noch folgende Anträge vorzulegen. Es ist ein

Antrag Lüdemann (S. P. D.)

eingegangen:

1. **Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus.**
2. **Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.**
3. **Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongreß der A.- und S.-Räte ist der Überzeugung, daß die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.**
4. **Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffizierstressen usw., Kolarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.**

   Der Kongreß verlangt Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels.
5. **Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, dürfen wiedergewählt werden.**
6. **Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.**
7. **Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.**
8. **Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den 6 Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt.**

Dann ist ein

Antrag Geyer

und Genossen eingegangen, als Zusatzantrag zu dem Antrage der Soldaten:

1. **Der militärische Grenzschutz im Westen wird sofort aufgehoben.**
2. **Den Grenzschutz übernimmt ein von den Arbeiter- und Soldatenräten gebildeter Sicherheitsdienst.**

Der Antrag steht gar nicht im Zusammenhang mit den Anträgen der Soldaten (Sehr richtig!), und ich kann nicht zulassen, daß er als Zusatz zu diesen gelten kann. Er muß als besonderer Antrag gelten, über den beim ersten Punkte der Tagesordnung abgestimmt werden kann. — Der Kongreß ist mit meiner Deklaration einverstanden.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß immer noch Herren hier im Saale sind, die nicht hineingehören. Der Vollzugsrat hat mir mitgeteilt, daß Dr. Brohse aufgefordert worden ist, den Saal zu verlassen, und sich geweigert hat. Ich bitte dringend, sich nicht zu weigern. Wer die Genehmigung haben will, hier entweder für den Vollzugsrat oder für die Herren von der Regierung tätig zu sein, der möge hier zum Büro eine von ihm unterschriebene Bescheinigung heraufschicken. Sonst kann ich niemandem den Eintritt in den Saal gestatten.

Wir fahren in der Rednerliste fort. Das Wort hat Genosse Lewinsohn von der Westfront.

Ludwig Lewinsohn-Berlin (Westfront, IV. Armee):

Kameraden und Genossen, ich spreche im Namen der Kameraden von der Westfront. Wir sind ja viel gelästerte Soldatenräte, weil Sie alle nicht wissen, was wir getan haben, weil Sie nur Gerüchte gehört und Flugblätter bekommen haben, die Sie nicht verstanden haben. Wir wollen einmal in aller Ruhe und Sachlichkeit erläutern, **wie die Revolution an der Front war.**

In der Nacht vom 9. zum 10. November haben wir und mit uns die andern Armeen, soweit eben in diesen Armeen revolutionäre Elemente waren, sich an die Spitze ihrer Kameraden gestellt und noch in derselben Nacht sind wir zu den Oberbefehlshabern der Armeen gegangen und haben ihnen erklärt, daß wir einen Soldatenrat bilden, der gemeinsam mit den Kommandobehörden die Rückführung der Armee übernehmen wird.

Wer war denn an der Front? An der Front waren plündernde Massen, die die Fahne der Revolution beschmutzten. Da traten wir ein und suchten den Ehrenschild der Revolution reinzuhalten, indem wir den Kameraden sagten: nicht Mord und Raub ist Revolution, sondern das Emporkommen der Masse, der Sieg der Masse über die, die uns bisher geführt haben.

Wir setzten in derselben Nacht in allen Behörden Kontrollinstanzen ein; denn wir maßten uns nicht an, einen Obergnartiermeister oder irgend jemand, der taktisch und praktisch jahrelange Generalstabsschulung hatte, zu ersetzen. Wer von Ihnen sich fähig fühlt, die Demobilisation einer Division oder eines Korps vorzunehmen, der möge nachher zu mir kommen und mir seine Adresse geben, ich werde ihn morgen an die Spitze eines Korps stellen. (Zuruf: Hast Du solche Gewalt?) — Jawohl, wir an der Front haben diese Macht. (Zuruf: Du aber nicht!) Daran, daß Sie mir widersprechen, erkenne ich deutlich, daß Sie uns nicht verstehen wollen; sonst lassen Sie uns ruhig und sachlich referieren, wie wir auch Sie ruhig und sachlich anhören werden. Ich möchte Ihnen erklären, daß Sie eine große Gefahr vergessen, wenn Sie die **Kommandogewalt der Offiziere** vollkommen an die Massen übergeben, nämlich wir haben noch keinen Frieden; wir haben Waffenstillstand, und über den Frieden, über die militärischen Angelegenheiten, den Waffenstillstand verhandelt die Oberste Heeresleitung mit der Obersten Heeresleitung der Entente. Wenn Sie nun die Oberste Heeresleitung bei uns beseitigen, so haben Sie niemand, mit dem die Oberste Heeresleitung der Entente verhandeln kann. (Zuruf: Dann haben wir doch noch Sie! — Heiterkeit.) Wenn Sie das tun, so begehen Sie einmal ein Verbrechen an Ihren linksrheinischen Kameraden, die in dieser Stunde Kriegsgefangene sind. (Zuruf: Die Sie aufgeputscht haben!) Wir erklären hiermit, daß wir uns im Namen unserer Kameraden verbitten müssen, wenn uns fortwährend vorgeworfen wird, daß wir putschen. Wir können da nur erklären, daß andere Seiten versuchen, gegen uns zu putschen, und wir werden uns, wie wir im Schützengraben uns mutig gezeigt haben, auch weiterhin unsere Handlungen nicht durch Worte wie Putsch und Maschinengewehre beängstigen lassen. (Bravo! — Zuruf: In welchem Sinne wollen Sie die Armee!) — Wir haben die Armee in dem Sinne der sozialistischen Republik aufgeklärt, worüber Ihnen Flugblätter zur Verfügung stehen. (Zuruf: Das haben wir an Ihren Flugblättern gesehen, was Sie für ein Kerl sind!) Wir wollen aber hier in Ruhe und Sachlichkeit die vorgelegten Anträge erledigen. Ich glaube nicht, daß es von Vorteil wäre, wenn debattelos oder ohne reifliche Überlegung am heutigen Tage die Forderung der Berliner Kameraden ohne weiteres angenommen würde. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Berliner Kameraden über diese

Fragen zu verhandeln. Denn Sie müssen nicht vergessen: Berlin ist nicht allein die Welt. Die Fronttruppen und die jetzt noch demobilisiert werdenden Truppenteile denken nicht genau so wie Sie, weil sie genau wissen, daß für Sie eine Gefahr darin besteht, wenn plötzlich Ihre Führer vollkommen abgesägt werden, und diese Gefahr ist, daß die Demobilisation nicht glatt vonstatten geht.

Wir sind in den meisten Punkten mit unsern Berliner Kameraden ja vollkommen einverstanden, und wir haben ja an der Front — das hat der Kamerad von der Ostfront und der Kamerad aus der Provinz auch schon gesagt — die meisten von diesen Forderungen schon angenommen. Aber ich glaube, Sie sehen alle zu schwarz. Seit vier Wochen rufen sie uns entgegen: Gegenrevolution. Sie sagen immer: die Gegenrevolution. Wo ist sie denn? (Zuruf: Da steht sie! — Große Heiterkeit.) Wenn eine Gegenrevolution möglich gewesen wäre, so wäre sie längst eingetreten. (Widerspruch.) Also narren Sie uns bitte nicht mit Gespenstern, die nicht da sind. Die Stimmung, die wir unsern Berliner Kameraden entgegenbringen, ist eine durchaus friedsame. Wir wollen mit unsern Kameraden gemeinsam arbeiten. Die Soldatenräte von Groß-Berlin werden ja heute nachmittag zu einer Versammlung zusammentreten und uns dann ihre Beschlüsse, die aber von allen Soldatenräten Groß-Berlins und nicht nur von den gestrigen Delegierten festgelegt sind, vorlegen, und ich bitte Sie, bis Nachmittag, bis wir diesen Beschluß, der wirklich die Stimmung der Groß-Berliner Soldaten zeigt, vorliegen haben, **diese Angelegenheit aus der Debatte auszuscheiden**; denn sie wird unfruchtbar. Wir werden ja auch auf die Debatte zurückkommen müssen, wenn uns die Beschlüsse vorliegen. Ich persönlich halte es für richtiger, wenn wir jetzt erst mal zu Ende demobilisieren lassen und dann oder in 2 bis 3 Tagen, wenn dieser Kongreß zu Ende und der Zentralrat hier geschaffen ist, gemeinsam mit den gewählten Soldatenräten und mit den Volksbeauftragten diese Fragen regeln. Ich glaube, daß dann auch mehr Ruhe und Sachlichkeit in all diesen Fragen zum Vorschein kommen wird, als es im aufgeregten Kampf der Gemüter möglich ist, die in uns ja immer noch irgend was sehen, was wir nicht sind. Wenn das aufgehört hat, werden wir viel mehr erreichen, als wenn wir durch Zwischenrufe und Gegenrufe die Debatte stören. Wir bitten Sie, auch daran zu denken, daß die Stimmung der Offiziere, die hier immer so schwarz gemalt wird, nicht durchweg so ist. Wir haben mit vielen Offizieren Tag und Nacht zusammen arbeiten müssen, weil wir diese Arbeiten nicht erledigen konnten. (Zurufe.) Nein, wir haben im Schützengraben gelegen. Die Oberste Heeresleitung hat heute durch ihren Verbindungsoffizier mit dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung, der der Zentralrat aller Soldatenräte der Front ist, erklären lassen, daß auch nicht ein einziger Offizier an gegenrevolutionäre Dinge denkt, (Lachen) weil er weiß, daß es keine Truppe gibt, die in diesem Sinne arbeiten würde.

Vorsitzender Leinert:

Es ist, wenn ich den letzten Redner recht verstanden habe, von ihm beantragt worden, die Beratungen auszusetzen, bis ein Antrag der gesamten Soldatenräte von Berlin vorliegt. Die Berliner Soldatenräte sollen nach diesen Ausführungen Gelegenheit haben, sich über diese Anträge auszusprechen.

Zur **Geschäftsordnung** hat das Wort Genosse Geyer (Leipzig).

Geyer-Leipzig:

Wenn wir jetzt die Verhandlung über diese Anträge aussetzen, dann beweist das aufs deutlichste die Absicht, die **Entscheidung hierüber zu verschleppen.** Diese Sache darf nicht verschleppt werden. Im Kampfe gegen die

Gegenrevolution darf es keine Verzögerung geben. Wer jetzt dafür eintritt, daß diese Anträge verschleppt werden sollen, würde nur beweisen, daß er die Sache der Gegenrevolution zu fördern unternimmt. (Unruhe.)

Vorsitzender Leinert:

Ich möchte zunächst einmal folgendes mitteilen. Es ist mir eben gesagt worden, daß

wieder eine Deputation der Berliner Soldaten

draußen steht. Diese Deputation — welche es ist, weiß ich nicht, es soll die von gestern sein — wünscht jetzt, daß mit einem Vertreter jeder Fraktion verhandelt wird. Sie wollen — ich kann nur sagen, was mir mitgeteilt worden ist — den ersten Punkt ihrer Forderungen nicht mehr aufrecht erhalten. (Bravo!) Er soll abgeändert werden, und über diese Abänderung soll mit den Vertretern der Fraktionen verhandelt werden. Wenn der Kongreß darauf eingeht, dann würden wir unsere Verhandlungen ohne weiteres abbrechen müssen, bis diese Besprechungen vor sich gegangen sind. Dann würde es aber auch zweckmäßig und richtig sein, diese **Verhandlungen so lange zu vertagen**, bis uns die Beschlüsse der Berliner Soldaten vorliegen.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß von jeder Fraktion — das können die Fraktionen unter sich machen — jemand beauftragt wird, mit der Deputation, die erschienen ist, zu verhandeln, und daß die Verhandlungen ausgesetzt werden, bis diese Verhandlungen erledigt sind und uns die Anträge der Berliner Soldaten vorliegen, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist also beschlossen. Ich bitte nun die Fraktionen, die Mitglieder zu bestimmen, die die Verhandlungen mit der Deputation aufnehmen können.

Besprechung der Berichte.

Wir fahren nun in der Beratung unserer

Tagesordnung von gestern

fort. Es ist zunächst darüber abzustimmen, ob Schluß der Debatte eintreten oder die Debatte nochmals eröffnet werden soll. Es war gestern der Antrag gestellt worden: nachdem die Volksbeauftragten Barth und Ebert gesprochen haben, soll die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung wiedereröffnet werden. Ich bitte diejenigen, die für Wiedereröffnung der Debatte sind, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun, nachdem die Debatte geschlossen ist, zum

Schlußwort der Referenten.

Das Schlußwort für den Vollzugsrat hat der Genosse Müller. (Pause.) Die Referenten sind nicht anwesend, wie ich eben feststellen kann; wie mir scheint, sind sie draußen, um mit den Soldaten zu verhandeln. Da sie wahrscheinlich nicht erwartet haben, daß die vorige Debatte so schnell abgebrochen wird, möchte ich den Vorschlag machen, daß wir die Verhandlungen auf 10 Minuten aussetzen, bis die Referenten hereingeholt sind. — Der Kongreß ist damit einverstanden, die Verhandlungen **sind um 10 Minuten vertagt.** (Pause.)

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß **wieder einige Deputationen** erschienen sind.

Empfang von Abordnungen.

Zunächst einmal ist eine

Deputation der Berliner Arbeiter

erschienen, die von der Wache des Abgeordnetenhauses zunächst nicht eingelassen worden ist. (Pfui!) Es ist mir aber durch den mir bekannten Genossen Pieck gesagt worden, die Deputation müßte herein. Würde sie draußen bleiben, so würden morgen als **Protest hiergegen 250 000 Arbeiter die Arbeit niederlegen.** Von einem anderen anscheinend daran Beteiligten ist mir gesagt worden: Das ist eine schöne Sache; hier in einem sozialistischen Kongreß läßt man die sozialistischen Arbeiter draußen stehen!

Genossen, ich will Ihnen über diese Dinge mal folgendes sagen: Der Berliner Arbeiterschaft ist bekannt, daß dieser Kongreß hier als Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands tagt. Das Recht, das die Berliner Soldaten und die Berliner Arbeiter haben, das Recht haben auch kraft ihrer Delegation in diesem Kongreß die Arbeiter ganz Deutschlands. (Sehr richtig!) Es könnte ihnen ebenso die Berechtigung zuerteilt werden, wenn man diese Berechtigung überhaupt anerkennen will, aus München, Hannover, Dresden, Hamburg usw. Deputationen herzuschicken, die mit derselben Gewalt auftreten wie die Deputation der Berliner Genossen, hier

fortgesetzt in unsere Verhandlungen einzudringen.

Mit den Arbeiten des Kongresses und den gerade für die Arbeiter und Soldaten erforderlich werdenden Beschlüssen ist eine solche fortgesetzte Unterbrechung unserer Verhandlungen nicht vereinbar. (Sehr richtig!)

Ich habe der Deputation den Eintritt in das Haus erlaubt, da ich nicht allein die Verantwortung dafür tragen will, daß schließlich von den Genossen, die mit der Drohung der Arbeitsniederlegung von 250 000 Arbeitern herangetreten sind, größere Unliebsamkeiten in der Versorgung der Bevölkerung entstehen können.

Aber, Genossen, auch **ein Wort zu diesen Arbeitsniederlegungen**, die die Folge vom Nichtempfang von Delegierten sein sollen, glaube ich, nicht nur in diesen Kongreß hinein, sondern in ganz Deutschland an alle sozialistisch gesinnten Arbeiter richten zu müssen. Wenn in demselben Maße bei jeder vermeintlichen Benachteiligung ihrer Rechte, die durch diesen Kongreß gar nicht stattgefunden hat oder beabsichtigt ist, alle Arbeiter so handeln und die Arbeit niederlegen würden, und es würde einmal das Pflichtgefühl der Eisenbahnarbeiter (sehr gut!) mit demselben Maße gemessen und die Eisenbahnarbeiter zu Tausenden hier erscheinen — ich meine nicht nur die Werkstättenarbeiter, sondern auch diejenigen, die für den Verkehr erforderlich sind, würden genau so handeln, würden statt ihrer Werkzeuge in den Fabriken die Maschinen und die Züge stehen lassen und hier erscheinen — ich möchte einmal sehen, Genossen, zu welchen Konsequenzen das führen würde. (Sehr richtig!)

Ich will nur darauf hinweisen, daß heute derselbe Genosse anwesend ist, der die Deputation scheinbar führt, der vorgestern die Deputation der Soldaten geführt hat. (Hört, hört!) Wir können uns nicht darein finden, daß dieselben Genossen immer und immer wieder große Gruppen von Arbeitern und große Gruppen von Soldaten in diesen Kongreß hineinführen. Wir können das nicht im Interesse der Tätigkeit des Kongresses, der nicht nur für die Berliner, sondern **für die Arbeiter ganz Deutschlands zu arbeiten** hat. (Bravo! und Händeklatschen.)

Genossen, ich habe mich für verpflichtet gehalten, das hier zu sagen, und ich möchte nun, daß die Arbeiter, die erscheinen, aus meinen Worten und durch die Zustimmung, die mir soeben zuteil geworden ist, auch erkennen, daß der Kongreß im Namen der gesamten Ar-

beiter Deutschlands handeln will. Nun möchte ich aber doch, wenn solche Deputationen erscheinen, daß die Deputationen nicht abgewiesen werden sollen, sondern daß genau so wie vorhin **die Fraktionen Personen bestimmen, die mit diesen Deputationen außerhalb des Tagungslokals verhandeln.** (Sehr richtig!) Der Kongreß scheint mir zuzustimmen; ich möchte aber doch, daß darüber abgestimmt wird, und darum bitte ich diejenigen, die dafür sind, daß mit den Deputationen, die erscheinen, in der Weise verfahren wird, wie ich soeben erklärt habe, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht. Zuruf: Zur Geschäftsordnung!) Das ist **nahezu einstimmig gegen eine kleine Minderheit beschlossen.** (Rufe: Gegenprobe!) Aber Genossen, wir stimmen doch mit Mehrheit ab. (Erneute Zurufe.) Gewiß, dann bitte ich diejenigen, die dagegen sind, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Heiterkeit.) Das ist eine geringe Minderheit. Wir werden also mit den Deputationen derart verfahren.

Ich bitte nunmehr die Fraktionen, ihre Vertreter zu bestimmen, und bitte ferner, daß zum Empfange dieser Deputationen ein für allemal ein Raum bestellt wird, in dem die Deputationen auf jeden Fall empfangen werden können. (Zuruf.) Also die Deputationen können im **Ministersitzungssaale**, der sich am Verbindungsgange befindet, empfangen werden, dieser Saal steht für derartige Empfänge zur Verfügung.

Ich bitte die Fraktionen, nun ihre Mitglieder zu ernennen, die die Deputation empfangen.

Nun haben wir weiter eine andere Angelegenheit zunächst zu erledigen. Es steht in unserem Programm über Veranstaltungen für die Teilnehmer des Kongresses, daß am Donnerstag, den 19. Dezember, also morgen früh 9 Uhr, eine große **Demonstrationsversammlung auf der Spielwiese im Treptower Park** stattfinden soll. Wir haben uns darüber klarzuwerden, wie sich der Kongreß dazu verhält, wenn diese Demonstration überhaupt stattfindet. Wie mir vom Genossen Müller vom Vollzugsrat gesagt worden ist, ist dieser Beschluß in einer Sitzung gefaßt worden, wo er nicht anwesend gewesen ist; danach ist es also im Vollzugsrat beschlossen worden. Wie die Sache gedacht ist, weiß ich nicht; es handelt sich nur darum, ob die Mitglieder des Kongresses an dieser Demonstration teilnehmen können. (Zurufe.) Warten Sie doch erst mal. Wir haben gestern in der Sitzung der Fraktionsvorstände beschlossen, daß wir auf eine möglichste Beschleunigung der Arbeiten des Kongresses hindrängen müssen (Sehr richtig!) und die Arbeiten des Kongresses möglichst morgen mittag abschließen könnten. Wenn wir an der Demonstration teilnehmen, dann würde das nicht möglich sein.

Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob der Kongreß an dieser Demonstration teilnehmen will, und bitte diejenigen, welche dafür sind, daß der Kongreß teilnimmt und während der Dauer der Demonstration die Sitzungen ausfallen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist abgelehnt worden. Ich bemerke aber zugleich, um keine Mißdeutung aufkommen zu lassen, daß diese Ablehnung nicht erfolgt ist, um etwa den Berliner Arbeitern in irgendeiner Weise unangenehm zu werden, sondern im Gegenteil, weil der Kongreß der Auffassung ist, daß es notwendig ist, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft zu wirken, begrüßt er wohl die Demonstration der Berliner Arbeiter, bedauert aber, daran nicht teilnehmen zu können im Interesse der Tätigkeit für die Gesamtheit der Arbeiter. (Lebhaftes Sehr richtig! und Bravo!)

Nun wären die geschäftlichen Angelegenheiten so weit erledigt, daß wir zu den Schlußworten der Referenten kommen können. Gestern hatte vor Schluß der Sitzung der Genosse Barth das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erbeten. Weil die Sitzung so stürmisch schloß, konnte es ihm nicht mehr erteilt werden. Ich glaube deshalb, daß es eine Pflicht des Entgegenkommens ist, nunmehr dem Genossen Barth vor Beginn der Schlußworte das Wort zu einer persönlichen Bemerkung zu geben. Ich erteile es ihm. (Bravo! und Händeklatschen.)

Eine Abordnung von Arbeitern Groß-Berlins erscheint im Saal.

(Große Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. Zunächst einmal ersuche ich die Tribünenbesucher, sich ruhig zu verhalten und soviel Anstand zu besitzen, das Rauchen einzustellen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Ich darf den Genossen, die hier erschienen sind, zunächst einmal folgendes mitteilen, was der Kongreß soeben bezüglich der Deputationen beschlossen hat. Sie konnten das wahrscheinlich in der Kürze der Zeit noch nicht erfahren.

(Der Führer der Deputation Pieck: Wir kennen den Beschluß!)

Wir haben im Interesse der Arbeiter ganz Deutschlands beschlossen, die Verhandlungen des Kongresses durch das Erscheinen solcher Deputationen nicht stören und aufhalten zu lassen; denn wir arbeiten nicht nur im Interesse der Berliner Arbeiter, sondern der Arbeiter ganz Deutschlands. Das vermeintliche Recht, das einzelne Berliner Delegationen von Arbeitern und Soldaten ausüben wollen, um hier durch Deputationen Forderungen vorzutragen, müßten wir den Arbeitern ganz Deutschlands zugestehen, und das können wir im Interesse der Förderung unserer Arbeiten nicht. Deswegen sollen die Deputationen alle empfangen werden durch die von den Fraktionen dazu bestimmten Personen, und dieser Empfang soll im Ministersitzungssaale im Verbindungsgang dieses Gebäudes stattfinden.

Ich bitte nun die Deputation, Rücksicht zu nehmen auf die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte, die aus ganz Deutschland hier erschienen sind und genau dieselben Forderungen vorzutragen haben, wie Sie sie vortragen zu müssen glauben, und die genau unterrichtet sind von alledem, was die Arbeiter dieser oder jener politischen Richtung beseelt und was ihnen am Herzen liegt. Ich bitte Sie deshalb, sich damit zu begnügen, dem Beschluß des Kongresses nachzukommen und sich in den Ministersitzungssaal zu verfügen, um dort den Fraktionsvertretern ihre Wünsche vorzutragen, die dann schließlich auch zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommen. Sie tun das im Interesse der Gesamtheit der deutschen Arbeiter. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen. — **Die Deputation bleibt.**) Erlauben Sie mal! Wollen Sie sich diesem einmütigen Beschlusse des Kongresses, der gegen ganz wenige Stimmen gefaßt worden ist, fügen, einmal im Interesse der Autorität dieses Kongresses und dann im Interesse des Ansehens unserer Bewegung! **(Erneuter stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Großer Lärm.)** Ich bitte um Ruhe.

Ich möchte zunächst die Delegierten bitten, ruhig zu sein. Dann möchte ich die Herren, die hier erschienen sind, doch darauf aufmerksam machen, daß sie sich bewußt sein sollen, wie sie mit uns auch im Herzen und überall übereinstimmen, daß sie doch, was die Versammlung anlangt, in gewisser Beziehung **Gäste** sind. (Zuruf aus der Deputation:

Die Revolution hat besondere Gesetze!

— Stürmische Zurufe. — Glocke des Vorsitzenden.)

Ich will der etwas

peinlichen Situation

ein Ende machen, da es dem ganzen Ziel der Arbeiter entspricht. Ich will, da wir diesen Beschluß soeben erst, vor Eintritt dieser Deputation, gefaßt haben, jetzt die Verlesung dieser Forderungen gestatten und erkläre, daß der Kongreß dann auf seinem Beschluß besteht, daß jede weitere Deputation nicht hier im Saale empfangen werden kann. Es ist das die letzte. Es wurde mir gesagt: was den Soldaten gestattet ist, muß den Arbeitern auch gestattet werden. (Sehr richtig!) Ich bitte aber, meine

Herren, Sie sind nicht die Kongreßteilnehmer. Bitte, wollen wir uns doch in dieser Beziehung verständigen.

Ich bitte also nun den Führer der Deputation, die Forderungen zu begründen, zugleich mit der Bitte, daß es den Arbeitern auch gesagt wird, daß es das letzte Mal ist, daß eine Deputation im Saale erscheinen kann.

Halluppe, Führer der Abordnung:

Genossen und Kameraden! Was Ihr Vorsitzender sagt, daß die Tribünen nicht immer mitspielen bei dem Parlament — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte Sie! Sie wollten nur die Forderungen hier vertreten. Eine Kritik des Vorsitzenden steht Ihnen nicht zu. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Halluppe, Führer der Abordnung:

Jedenfalls hat die Zuschauertribüne in der großen französischen Revolution genau so mitgespielt. (Glocke des Vorsitzenden.) Also ich komme zur Sache. Im Namen von 250 000 Arbeitern — — (Zurufe.) Wir werden Ihnen nachweisen: wir sind keine Lügner! (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte um Ruhe. Hören Sie das doch ruhig an! Ich bitte, verlesen Sie die Forderungen.

Die Forderungen der Arbeiter-Abordnung.

Halluppe, Führer der Abordnung:

Im Namen von 250 000 Arbeitern, die in den Großbetrieben der Metallindustrie Groß-Berlins und der Spandauer Staatsbetriebe beschäftigt sind, überreichen wir als deren Beauftragte dem Zentralrat erneut die Forderungen, für die die Arbeiter schon am Montag durch einen eintägigen Massenstreik demonstriert haben, und fordern vom Zentralrat eine sofortige Entscheidung über diese Forderungen und deren schnellste Durchführung. Diese Forderungen lauten:

Das, Genossen und Kameraden, bedeutet natürlich: Nieder mit der Nationalversammlung! Man kann nicht sagen: Alle Macht den A.- und S.-Räten. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Sie müssen sich daran gewöhnen, wenn die Glocke des Vorsitzenden ertönt, daß Sie zunächst zu schweigen haben.

Halluppe, Führer der Abordnung (fortfahrend):

Das war bei Kröcher Mode, jetzt ist die Sache anders. Genossen! Kameraden! Es liegen

noch 14 Leichen in Berlin,

wie Sie alle wissen. Noch sind sie unbeerdigt. Wir wissen nicht, wo und wann sie beerdigt werden. Wir begeben uns jetzt zum Magistrat, um Ort und Stunden der Beerdigung zu erfahren. Sollte das rechtzeitig geschehen, so laden wir den Kongreß ein, sich an der Beerdigung zu beteiligen. Das ist es, was wir Ihnen zu sagen haben.

Vorsitzender Leinert:

Ich kann Ihnen nur namens des Kongresses sagen, daß wir diese **Forderungen zur Kenntnis** nehmen. Es sind dieselben Forderungen, die uns am ersten Tage überreicht worden sind. Der Kongreß wird in seinen Beratungen darüber entscheiden. Damit ist wohl diese Angelegenheit erledigt.

(Zu den Demonstranten): Ich bitte Sie nunmehr, dem Kongreß die Arbeitsmöglichkeit wieder zu geben. (Sehr gut!)

Zuruf bei den Demonstranten: **Die deutschen Arbeiter sind der Meinung, daß ihre Interessen hier nicht vertreten werden. Die Demonstranten verlassen darauf den Saal.**

Wir fahren in der **Tagesordnung** fort.

Zu einer **persönlichen Bemerkung** hat das Wort der Volksbeauftragte Barth.

Volksbeauftragter Barth:

Ebert erklärte gestern, daß er sehr erstaunt gewesen sei über mein **unkollegiales Verhalten.** Ich muß erklären, daß es mir absolut nicht zum Bewußtsein gekommen ist, unkollegial verfahren zu sein, da ich alles, was ich wollte, schon wochenlang vorher in den Kabinettssitzungen gesagt hatte, gegen das, wozu ein Beschluß nicht vorlag, demonstrierte, indem ich anderes verlangte, als was die Kabinettsmitglieder dauernd beschossen haben.

Ebert erklärte weiter, daß der **Grenzschutz im Osten** durch einstimmigen Beschluß des Kabinetts bestimmt worden sei, daß meine Ausführungen nicht der Wahrheit entsprächen. Ich muß erklären, daß ich zu dem, was unser gemeinsamer Beschluß war, nichts gesagt habe, sondern daß dieser Grenzschutz mindestens um das Zehnfache über das hinausginge, was wir beschlossen hätten. Wir hatten beschlossen — das habe ich gestern ausgeführt —, und dagegen hat er nicht Einspruch erhoben —, daß die bodenständige Bevölkerung, bestehend aus Deutschen und Polen, das macht. Verfahren wurde aber anders. Sachlich kann ich das nicht ausführen.

Ich habe weiter erklärt, daß ich wochenlang darauf gedrungen habe, daß eine **Deputation nach Moskau und Warschau**, bestehend nur aus Sozialisten, geschickt werden sollte, um eine Einigung herbeizuführen und die glatte Rückführung der Truppen zu ermöglichen. Über diese Frage ging er mit einer Handbewegung hinweg.

Betreffs des Westens haben wir im Kabinett beschlossen, daß die Demobilisation sofort zu erfolgen habe, und daß wir drei, Haase, Dittmann und meine Wenigkeit, am Sonnabend sehr erstaunt waren über das Verlangen der Generalkommandos und daß bei dieser Besprechung der Angelegenheit Ebert sowohl wie seine beiden Freunde erklärt hätten, die nationale Sicherheit und die nationale Ehre gebiete dort einen Grenzschutz.

Ich erkläre weiter, daß auf meine verschiedentlich erhobene Forderung, daß die **Waffenstillstandskommission anders gestaltet**, daß ganz besonders eine Deputation nach Versailles geschickt werden soll, nichts gesagt worden ist. Ich konstatiere, daß ich gegen alles das, was er mir als unwahr unterstellt und wovon er erklärt hat, daß es ein einmütiger Beschluß sei, kein Wort gesagt, sondern mich nur dagegen gewendet habe, daß die dringendsten Notwendigkeiten nicht erfüllt worden sind. (Bravo!)

Schlußworte zum Bericht des Vollzugsrats.

Richard Müller (Berlin) (Schlußwort):

Genossen, der erste Punkt unserer Tagesordnung ist bald erschöpft. Ich habe dazu ja auch nicht mehr viel zu sagen. Es ist doch anders gekommen, als es sich mancher gedacht und nicht wenige vorher festgelegt hatten. Auch in diesen drei Tagen hat sich offenbart, was sich vor Beginn des Krieges, was sich während des Krieges bis zum Ausbruch der Revolution wiederholt offenbart hat, daß die Führer des Volkes, diejenigen, die an der Spitze des Volkes stehen, die Stimme des Volkes oft nicht hören wollen. Nicht wenige waren es, die da glaubten, auch heute noch könne man ein Volk vom grünen Tisch aus regieren, ohne auf die Stimmung der Massen Rücksicht nehmen zu müssen.

149

Genossen, wir haben in diesen drei Tagen wiederholt in diesem Hause den **Pulsschlag der Revolution** hören müssen. Am ersten Tage waren es die Arbeiter, gestern waren es die Soldaten, und heute waren es wieder die Arbeiter, die den Zentralkongreß daran erinnerten, daß wir in einer revolutionären Zeit leben. Das revolutionäre Drängen der Arbeiter und Soldaten, welches sich offenbart, ist das Menetekel der Revolution, welches heute jedem Parlament den Untergang verkündet, das der Revolution, den Trägern der Revolution nicht gibt, was unserer revolutionären Zeit entspricht. Meine Freunde vom Vollzugsrat und ich, wir waren uns jederzeit bewußt, was wir der Revolution schuldig sind, wir waren bestrebt, dieser unserer Pflicht nachzukommen. Dieses Streben hat uns in den Konflikt gebracht, der sich Ihnen hier offenbart hat. — Wir haben getan, was wir tun konnten, wir brauchen uns keinen Vorwurf zu machen. Doch darauf will ich jetzt nicht näher eingehen.

Gestern morgen erklärte ein Redner, ihn interessiere nur das, was die Volksbeauftragten sagen. Das ist ein Beweis dafür, daß mancher mit vorgefaßter Meinung nach Berlin gekommen ist. (Sehr richtig!) Nach den **wochenlangen Verleumdungen**, denen wir in der Presse ausgesetzt waren, ist das ja auch gar nicht anders zu verstehen. Aber wenn wir hier diese Verleumdungen richtigstellen, wenn wir nachweisen, was an diesen Verleumdungen ist, und besonders nachgewiesen haben, was an dem 800-Millionenschwindel wahr ist, wenn wir Ihnen unsere ganze Geschäftsführung mit aller nur möglichen Offenheit dargelegt und weiter die angebliche Mißwirtschaft im Vollzugsrat auf das tatsächlich Wahre zurückgeführt haben, dann verstehe ich nicht, daß hier noch Ausführungen gemacht werden können, wie sie z. B. Limbertz (Essen) gemacht hat. Herr Limbertz sprach von dem Mangel jeder Organisation, der im Vollzugsrat bestanden habe. Ich gebe ja zu, daß Herr Limbertz eine große Kapazität ist und wenn wieder mal eine Revolution ausbrechen, wenn wieder einmal das ganze Staatsgebäude über Nacht auf den Kopf gestellt werden sollte, dann wissen wir ja, wer der rechte Mann ist. Der Herr Limbertz aus Essen wird aus dem Rockärmel einen ganzen Apparat herausschütteln, der den gestellten Anforderungen genügt. Genossen, es sollte doch wohl letzten Endes jeder einfachste Mensch diese **ungeheuren Schwierigkeiten** berücksichtigen, mit denen wir zu kämpfen hatten. In solchen Zeiten kann nicht alles wie am Schnürchen gehen. Ich gebe Ihnen zu bedenken: Als der Krieg ausbrach und die Feldpost eingerichtet wurde, das Rote Kreuz eingerichtet wurde — wissen Sie nicht, welche geradezu grauenhaften Zustände damals eingerissen sind? Diese Leute hatten einen vollständigen Apparat zur Verfügung — wir hatten keinen Apparat. Damals wurde alles mögliche erklärt und zu verstehen versucht: man sollte mit den Verhältnissen rechnen; aber es wurde nichts über diese ungeheuerlichen Zustände gesagt. Und uns, dem Vollzugsrat, der noch weit größere Schwierigkeiten zu überwinden hatte, dem macht man Vorwürfe, bei dem sollte alles von vornherein klappen. Wer das tut, beweist, daß er uns unter allen Umständen etwas anhängen will. (Sehr gut!)

Genosse Limbertz, der uns ja am meisten angegriffen hat, hat auch einzelne Fälle vorgetragen, mit denen er die „unverantwortliche Mißwirtschaft" im Vollzugsrat beweisen wollte. Er erklärte: Denken Sie sich, der Vollzugsrat hat einen Mann nach Essen geschickt, der noch nicht einmal wußte, was Sozialismus ist. — Ja, wie verhält es sich denn damit? Der Mann ist gar nicht vom Vollzugsrat geschickt worden; (hört, hört!) der Mann wurde vom Demobilisierungsamt geschickt, das dem

150

Kriegsministerium untersteht. (Hört, hört!) Aber wir mußten **unsere Unterschrift** geben, weil die Arbeiter- und Soldatenräte ihn sonst anderwärts nicht durchgelassen hätten. Wir werden natürlich für diesen Mann verantwortlich gemacht.

Ich will Ihnen noch einen Fall erzählen. Auf Veranlassung des Kriegsministeriums wurden 39 Mann hinausgeschickt. Ich habe es verhüten wollen; — ich will Ihnen den Fall nicht im einzelnen vortragen, es sind auch viel Beschwerden darüber gekommen. — Selbstverständlich hatten auch diese Leute eine Unterschrift von Müller und Molkenbuhr. Auch dafür wird der Vollzugsrat verantwortlich gemacht. Genossen, wenn das Auswärtige Amt Leute mit diplomatischen Missionen ins Ausland schickte, Leute, deren Namen allein schon Mißtrauen erweckt, dann sind auch diese Leute von Müller und Molkenbuhr geschickt worden, denn sie haben auch Vollmachten von uns haben müssen, trotzdem wir mit der Sache gar nichts zu tun hatten und uns oftmals hartnäckig weigerten, diesen Leuten die Vollmachten auszustellen, aber schließlich durch das Auswärtige Amt dazu gezwungen wurden. Es erweist sich eben, daß die meisten gar keine Ahnung von dem haben, was in den ersten Tagen der Revolution an uns herangetreten ist. Die Sache stand nämlich so: Wenn irgend in einem Neste eine Person festgehalten wurde oder es geschah sonst etwas, dann telegrahierte man nach Berlin an den Vollzugsrat und verlangte die Unterschrift von Müller und Molkenbuhr, damit er wieder freigelassen werden konnte.

Genossen, ich bin ja zufrieden, daß nicht noch mehr Klagen gekommen sind, als es schon der Fall ist. Tatsache ist es, daß wir Unterschriften leisten mußten, ohne uns vergewissern zu können, ob wir das auch zu verantworten vermochten. Aber umsomehr ist es zurückzuweisen, daß **auch der Volksbeauftragte Landsberg derartige Vorwürfe** gegen uns erhebt, daß er auch behauptet, wir hätten Vollmachten ausgestellt und Unterschriften gegeben für Personen, die dessen nicht würdig gewesen seien. Landsberg muß doch die Dinge kennen. Er erwähnte den **Fall Watz**. Genosse Ledebour hat diesen Fall gestern schon gestreift. Ich will darauf nicht näher eingehen. Wir sind im Falle Walz sofort eingeschritten. Ich meine, mehr können wir nicht tun, als ein Mitglied des Vollzugsrats verhaften zu lassen. Das war dem Volksbeauftragten Landsberg alles bekannt, und trotzdem benutzte er diesen Fall, um hier den Vollzugsrat herunterzureißen.

Genossen, es ist auch längst festgestellt, wie es sich mit dem Manne verhält, der nach dem Reichswirtschaftsamt geschickt wurde. Auch das muß Landsberg wissen. Er hatte gar keine Veranlassung, diesen Fall hier vorzutragen. Gerade die Fälle, die Landsberg vorgetragen hat, geben am allerwenigsten Veranlassung, Kritik an dem Verhalten des Vollzugsrats zu üben. Wenn ich nun den Spieß umdrehen wollte, wenn ich nun darlegen wollte, daß auch die Volksbeauftragten Ebert-Haase Personen Vollmachten gegeben haben, die sie gar nicht verantworten können! Ich habe Vollmachten abgenommen, die ganz ungeheuerlich waren, Vollmachten für einen, der entmündigt war, mit ungeheuren Machtbefugnissen ausgerüstet, mit der Unterschrift Ebert-Haase. (Hört, hört!) Aber ich mache diesen Genossen keinen Vorwurf, weil ich weiß, daß es gar nicht anders möglich ist in einer solchen revolutionären Zeit. Dann soll man aber von seiten der Volksbeauftragten auch den Mitgliedern des Vollzugsrats keine solchen Vorwürfe machen.

Genossen! Nun hat sich ja Limbertz auch furchtbar aufgeregt über die **hohen Diäten**, die sich der Vollzugsrat bewilligt hat und die Anmaßung zurückgewiesen,

den auswärtigen Delegierten dieselben Diäten zu zahlen. Ich bin wirklich nicht unterrichtet, wieviel Diäten Sie bekommen, darum habe ich mich gar nicht bekümmert, es läßt mich auch vollständig gleichgültig. Aber wenn Sie hier wochenlang tagen würden, getrennt von Ihrer Familie, wenn Sie also hier in Berlin mehrere Tage für sich den Lebensunterhalt beschaffen müßten und dann nochmals für Ihre Familie, ich glaube, dann urteilen Sie ganz anders über diese 50 Mark Diäten. (Sehr richtig!) Was Sie hier im Hause zu essen bekommen, das ist eine Vergünstigung, die aber sonst wegfällt. Und wie war es mit den meisten Mitgliedern des Vollzugsrats? Sie sind frühmorgens aus dem Hause gegangen und um Mitternacht nach Hause gekommen, sie haben sich außerhalb ihrer Wohnung beköstigen müssen, für ihre Familien mußte der Unterhalt sichergestellt werden, und sie waren gezwungen, in Berlin ihren Unterhalt zu fristen. Was da von 50 Mark übrig bleibt, das können die ermessen, die Berliner Verhältnisse kennen.

Genossen! Darüber will ich kein Wort weiter sagen. Man könnte ja auch auf das zurückkommen, was andere, die in ähnlicher Stellung sich befinden, für Gehälter beziehen; doch das entspricht nicht meinem Geschmack.

Genossen! Der Volksbeauftragte Landsberg hat ja dann auch geglaubt, die **Finanzmißwirtschaft des Vollzugsrats** dokumentarisch belegen zu müssen. Das ist ihm allerdings nicht gelungen. Die Haushaltsvoranschläge, die er zum Beweis dafür heranzog, waren zusammengestellt, da wir ja überhaupt nicht wissen konnten, welche Ausdehnung der Vollzugsrat nehmen würde. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß sich der Vollzugsrat, demnächst der Zentralrat, entwickeln muß, wie die Verhältnisse das bedingen. Das läßt sich doch heute nicht feststellen. Es kommt ganz darauf an, welche Arbeiten zu erledigen sind. Die notwendigsten Arbeiten müssen doch erledigt werden, und dazu müssen natürlich auch die Kräfte bereitgestellt werden, die wir aber jetzt noch gar nicht abschätzen können. Es weiß doch kein Mensch im voraus, welche Aufgaben eine kraft revolutionärer Gewalt geschaffene Behörde zu erledigen hat. Wenn Landsberg in die Zukunft sehen kann, wenn er das so genau weiß, wie weit der Vollzugsrat sich auszudehnen hat, dann soll er es uns sagen, dann sind wir ihm sehr dankbar dafür.

Landsberg hat dann auch die **Zahl der Personen** bemängelt, die wir beschäftigen, und er glaubte damit einen besonderen Eindruck zu erwecken. Dazu stelle ich fest, daß diese Zahlen, die Landsberg hier angegeben hat, das Personal mit enthalten, das unberechtigterweise eingestellt wurde, was wir selbst auf das schärfste verurteilt haben, und für dessen Beseitigung wir sofort gesorgt haben. Aber außerdem ist in diesen Zahlen Personal enthalten, das wir auf Verlangen anderer Reichsämter einstellen mußten. So sind z. B. Leute mit einbezogen, die wir auf Veranlassung des Kriegsministeriums eingestellt haben, die auf Wunsch Göhres eingestellt wurden, und diese Leute verrichten sehr wertvolle Arbeit. Wir haben an den verschiedensten Stellen Personen sitzen. Es werden täglich Millionen von Werten von diesen Leuten geschützt. Wenn Sie das näher kennen würden, würden Sie uns keinen Vorwurf machen. Wir müssen all diese wertvolle Arbeit liegen lassen, wir müssen diese eingearbeiteten Personen entlassen, wenn uns die Mittel nicht bald zur Verfügung gestellt werden. Ich weiß nicht, ob es bereits geschehen ist, aber auch gestern hatten wir noch kein Geld von den Volksbeauftragten zugewiesen erhalten. Die Verhandlungen, die mit den Volksbeauftragten geführt worden sind, waren derart, daß die Genossen, die sie geführt haben, sich weigerten, nochmals mit den Volksbeauftragten

zu verhandeln. Ich persönlich hatte den Eindruck, daß man dieses Mittel benutzen wollte, um den Vollzugsrat beiseite zu drücken. (Ledebour: Sehr richtig!) Landsberg bestreitet es zwar, aber die Tatsachen reden eine andere Sprache.

Landsberg hat dann auch den Fall **der rheinisch-westfälischen Großindustriellen** herbeigezogen und versucht, den Vollzugsrat dafür verantwortlich zu machen. Der Volksbeauftragte Landsberg muß aber wissen, daß der Vollzugsrat mit diesem Falle nicht das geringste zu tun hat. Wir haben weder die Verhaftung, noch die Enthaftung veranlaßt; die Leute sind nach Berlin gebracht worden und saßen bereits in Moabit, als wir davon benachrichtigt wurden. Das einzige, was wir getan haben, war, daß wir den Genossen, die den Transport hierher geleitet haben, eine kleine Unterstützung gegeben haben, weil sie mittellos waren. Das war unsere ganze Tätigkeit in dem Falle der rheinisch-westfälischen Großindustriellen. Wenn Landsberg trotzdem diesen Fall zur Bekämpfung des Vollzugsrates heranzieht, so beweist das, daß er eben jedes Mittel anwendet, um den Vollzugsrat herabzusetzen. Das beweist aber auch, welchen Wert seine Ausführungen im übrigen haben.

Wir haben eine Untersuchungskommission vorgeschlagen, die die Schuldigen des konterrevolutionären Putsches vom 6. Dezember ermitteln sollte, diese Kommission ist von den Volksbeauftragten bestätigt worden. Ich glaube, daß diese Untersuchungskommission die Großindustriellen vernommen hat. Das ging aber den Vollzugsrat nichts an, er hat mit der Sache gar nichts zu tun gehabt.

Dann hat Landsberg einen großen Teil seiner Rede verwendet, um den Nachweis zu erbringen, der Vollzugsrat habe die **Diktatur über das Reich** ausüben wollen. Genossen, ich habe Ihnen in meinem Bericht dokumentarisch nachgewiesen, daß auch nicht der geringste Beweis für diese Behauptung erbracht werden kann, daß wir im Gegenteil bestrebt waren, mit den Arbeiter- und Soldatenräten im Reiche, an der Ost- und an der Westfront Fühlung zu nehmen, daß wir den Vollzugsrat durch Mitglieder aus dem Reiche ergänzt haben, daß der Vollzugsrat zuletzt aus 48 Personen bestand. Wenn Landsberg, der das alles weiß, trotzdem erklärt, wir wollten Diktatur über das Reich ausüben, dann fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck, um dieses Verhalten zu kennzeichnen. Wenn Landsberg dann verlangt, wir hätten sofort einen Zentralkongreß einberufen müssen, um uns vor dem Vorwurf der Diktatur zu schützen, so zeugt das davon, daß Landsberg entweder in den ersten 14 Tagen nach der Revolution geschlafen hat, oder er glaubt, daß hier Leute im Saale sind, die sich durch jeden Bluff irreführen lassen. Genossen, Sie alle wissen, daß, bevor ein Zentralkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte fürs Reich einberufen werden konnte, die Revolution auch überall das alte Regime beseitigt und überall Arbeiter- und Soldatenräte gewählt sein mußten. Darüber vergingen Wochen, die Revolution ist in Deutschland doch nicht an einem Tage ausgebrochen, es war nicht an einem Tage alles erledigt, es waren mehrere Wochen erforderlich, um überall im Reiche das alte Regime zu stürzen und Arbeiter- und Soldatenräte zu gründen. Man kann uns doch keinen Vorwurf machen, weil wir solange warteten. Sobald im ganzen Reiche Arbeiter- und Soldatenräte gegründet waren, haben wir diesen Zentralkongreß so schnell als möglich einberufen. Man hat uns ja Vorwürfe gemacht, daß es zu schnell gegangen sei, daß wir die Frist zu kurz bemessen hätten, so daß die Wahlen nicht ordnungsgemäß vorgenommen werden könnten. Also mit diesem Argument sollte Landsberg wirklich nicht kommen.

Landsberg hat dann auch die Arbeiter- und Soldatenräte in Schutz genommen gegen die Vorwürfe, sie hätten **Gelder verschwendet**. Er erklärt, wer das sage, der tue den Arbeiter- und Soldatenräten unrecht, denn gerade diese haben es verstanden, in der Revolution das Vorhandene zu sichern. Landsberg nimmt dann auch den Unterstaatssekretär Schiffer in Schutz, er habe mit keiner Silbe die Arbeiter- und Soldatenräte genannt. Genossen, diese Ausführungen Landsbergs waren für mich wohl das Stärkste, was er sich leisten konnte, nicht etwa, daß das, was er sagte, unwahr ist, nein, was er sagte, ist wahr. Aber daß Landsberg heute derartige Ausführungen macht, das ist ein starkes Stück. Woher stammen denn diese ungeheuren Nachrichten, diese Anschuldigungen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, daß sie Mißwirtschaft getrieben hätten, daß sie Millionen und Abermillionen vergeudet hätten? Sie stammen aus demselben Hause, in dem Landsberg sitzt. (Hört, hört!) Das habe ich Ihnen gestern schon nachgewiesen. Diese Schwindelnachrichten stammen aus der Korrespondenz Hofrichter, die früher Baake geleitet hat, der jetzt Chef der Reichskanzlei ist. Vor wenigen Tagen brachte der „Vorwärts" einen Artikel: Die Finanzen der Arbeiter- und Soldatenräte. Er wiederholte dieselben Anschuldigungen das zweite Mal. (Zurufe.) In diesem **Vorwärtsartikel** wird dieser ganze nochmals aufgewärmt und dann wird zum Beweise dafür die Rede Schiffers angeführt. (Lebhaftes Hört, hört!) Schiffer wird in Verbindung gebracht mit der Finanzmißwirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte; z. B. heißt es da:

> Die Arbeiter- und Soldatenräte müssen vor jeder neuen Maßnahme, die sie treffen, über die finanziellen Folgen klar sehen und Klarheit geben. Sie müssen sich die guten Gewohnheiten des alten Regimes zu eigen machen, die das erste Erfordernis jeder gesunden Finanzpolitik überall ist. Jeder neuen Forderung, die das Reich belastet, ist ein Kostenanschlag beizulegen.

Das ist nur ein Satz aus diesem Artikel, der doch beweist, daß die Arbeiter- und Soldatenräte angeschuldigt werden, eine ungeheuerliche Mißwirtschaft getrieben zu haben, für nutzlose Zwecke — das steht darin — Millionen vergeudet zu haben. Das führt auch Schiffer aus, und in Verbindung mit dieser Ausführung wird der Welt gesagt: so und so haben die Arbeiter- und Soldatenräte gewirtschaftet. Und was wird dann verlangt? Es wird in diesem Artikel des „Vorwärts" verlangt, daß die **Oberrechnungskammer in Potsdam** die Belege der Arbeiter- und Soldatenräte nachprüfen soll. (Lebhaftes Hört, hört!) Das ist wohl das Stärkste, was sich der „Vorwärts" leisten konnte. Das ist aber nicht die einzige Nachricht, die verbreitet wird, um die Arbeiter- und Soldatenräte zu diskreditieren. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß auch andere **Schwindelnachrichten** verbreitet wurden, deren Ursprung auf die Wilhelmstraße deutet. Vorgestern ist ein Flugblatt verbreitet worden in Berlin, in dem der bürgerlichen Presse vorgeworfen wird, daß sie den Vollzugsrat verleumdet und beschimpft. Das „Berliner Tageblatt" antwortet darauf, daß die Vorwürfe, die die bürgerlichen Blätter gebracht haben, ja von sozialistischer Seite stammen (Hört, hört!), ferner auch aus dem Wolffschen Telegraphenbüro, das nach einer falschen Behauptung unter der Leitung der Unabhängigen stehen soll. Das ist gleichfalls falsch. Herr Scheidemann hat es sich ernstlich verbeten, daß wir jemanden ins Wolffbüro setzen, um die Kontrolle auszuüben. (Hört, hört!)

Herr Landsberg hat Ihnen gestern mitgeteilt, daß wir, ich glaube, **29 000 Mark für Wolfftelegramme** zu

zahlen haben. Ja, wir mußten doch unsere Kundgebungen, die täglich von den Arbeiter- und Soldatenräten verlangt wurden, durch Wolffs Büro verbreiten lassen. Uns wurde ja in Telegrammen und Briefen der Vorwurf gemacht, daß wir nicht genügend Aufklärung gäben, daß wir den einzelnen Arbeiter- und Soldatenräten nicht genug Material zugehen lassen, und jetzt macht man uns von seiten der Volksbeauftragten den Vorwurf, daß wir zu viel telegraphiert haben. Nun, Genossen, ich überlasse es Ihrem Urteil, ich werde nichts mehr dazu sagen.

Diese ganzen Nachrichten wurden in die Welt gesetzt, um die Arbeiter- und Soldatenräte zu diskreditieren. Gestern wurde ein Flugblatt in Berlin verbreitet: **Was ist das Bleibende: Regierung oder Vollzugsrat!** Da wird der Beweis zu führen gesucht, daß die Regierung bleibt, der Vollzugsrat nur eine vorübergehende Erscheinung sei, die bald verschwindet. Dasselbe trifft auch auf den Zentralrat zu, den Sie wählen, wenn Sie nicht Ihre Augen offen halten, und Ihre Beschlüsse danach fassen.

Wenn der Volksbeauftragte Landsberg erklärt, die Vorwürfe, die ich in den rechtssozialistischen Blättern gemacht habe, nämlich die Hetze gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, sei unwahr, nein, verehrte Freunde, es läßt sich dokumentarisch belegen, daß diese rechtssozialistischen Blätter und der „Vorwärts" in erster Linie

seit Wochen die Arbeiter und Soldaten verhetzen

(Sehr richtig!), daß sie Öffentlichkeit durch unwahre Berichte irreführen. (Widerspruch.)

Ich will Ihnen nur eines zeigen. Da erscheint eine Notiz im **„Vorwärts"**: Unerhörte Grausamkeiten; was geht in den besetzten Gebieten vor? Dieser Bericht ist dem **„Berner Tagblatt"** entnommen und wird als eine Mitteilung vorgetragen, der wir Glauben entgegenbringen sollen. Wie verhält es sich mit dem „Berner Tagblatt"? Dieses Blatt ist von der alten Regierung gekauft worden und befindet sich heute noch in diesen schmutzigen Händen. In dieses „Berner Tagblatt" werden heute noch Nachrichten von deutschen Agenten hineinlanciert. Und das tischt man uns als Berichte ausländischer Blätter auf.

Genau so verhält es sich mit Hollandsch Nieuwsbureau. Das ist das einzige Büro, das telephonische Verbindung mit dem **Auswärtigen Amt** unterhält und fortgesetzt solche elende Schwindelnachrichten bringt, die geeignet sind, die Verhetzung der Völker noch weiter zu schüren.

Genossen, ein weiteres Beispiel: Im Reichsmarineamt geht es genau so. Dort sitzt ein Herr, der in die Presse die Lüge lanciert hatte, daß Deutschland den Krieg 1919 gewonnen hätte, weil England nicht mehr genug Kohlen hätte. (Heiterkeit.) Überlegen Sie sich einmal: Eine solche Nachricht kommt aus dem Reichsmarineamt! Wir haben ihre Verbreitung durch Wolffs Telegraphenbüro verhindern wollen. Darauf hat dieser selbe Herr die Nachricht an die **„Tägliche Rundschau"** geschickt, die sie verbreitet hat. (Zuruf: Namen nennen!) Die Volksbeauftragten werden sehr bald erfahren können, welcher Herr das gewesen ist; er sitzt noch in Amt und Würden. (Erneute Zurufe.) Kopinski heißt dieser Herr.

Genossen! Als wir die **Zentralfunkleitung** schufen, als wir die 40 über Deutschland verstreuten Funkstationen zusammenfaßten, war es ähnlich so. Es ist das ein wichtiger, vielleicht der wichtigste Nachrichtenapparat, der einem Volk zur Verfügung steht. (Sehr richtig!) Denn was da oben gesprochen wird, hört die ganze Welt. Da war es ein Verdienst, daß wir diese 40 Funkstationen zusammenfassen halfen; das Verdienst trifft nicht uns, es trifft die Funker. Wir haben sie in jeder Beziehung unterstützt. Und wer hat uns Schwierigkeiten gemacht?

Das waren die Volksbeauftragten. Allerdings, ich will nicht sagen, alle Volksbeauftragten, aber eine Person sitzt darin, die hat ein ganz gefährliches Spiel getrieben. Zuruf: Namen nennen!) Die Volksbeauftragten werden am besten wissen, wer dieses Dezernat zu bearbeiten hat. Zuruf: Nennen Sie doch den Namen!) Das sind Sie, Herr Scheidemann. (Scheidemann: Sie sind ja nicht recht gescheit! — Heiterkeit.) Herr Scheidemann hat ja das Nachrichtenwesen in der Reichskanzlei in seiner Hand.

Man hat damals, um diese so mühsam zusammengefaßten 40 Funkstationen wieder zu zerschlagen, erstens kein Geld gegeben. Da kam man schnell darüber hinweg: wir haben den Leuten 3000 Mark Vorschuß gegeben, damit sie ihre Leute auszahlen konnten. Dann hat man die Lüge in die Presse lanciert und einen Artikel geschrieben, daß diese Zentralfunkleitung von Ledebour und den Spartakussen beherrscht würde. (Hört, hört.) Genossen, kein Wort war daran wahr. Wir haben lediglich, als die Sache zusamengefaßt war, einen Vertrauensmann der Volksbeauftragten verlangt, der dieses wichtige Nachrichteninstrument überwachen sollte. Die Funker, die sich zusammengefaßt hatten, erklärten uns: wir haben mit der politischen Seite nichts zu tun, wir haben lediglich die technischen Fragen zu erledigen. (Sehr richtig!) So haben wir also einen Vertrauensmann ernannt und von den Volksbeauftragten verlangt, daß sie gleichfalls einen Vertrauensmann ernennen sollten, damit diese gemeinsam überwachen, was hinausgefunkt wird, aber auch überwachen, was hereingefunkt wird. Das schien ja an einer Stelle sehr unangenehm empfunden zu werden. Man brachte also diese Schwindelnachricht in die Presse, daß die Funkstationen in den Händen der Spartakusse seien, und hätte beinahe erreicht, daß die so mühsam zusammengefaßten Funker, weil sie sich zu diesem Zwecke nicht mißbrauchen lassen wollten, wieder auseinandergegangen wären; es wäre diese Zentralisation nicht zustande gekommen.

Genossen, hier können Sie mal sehen, **wie vom Ausland derartige Nachrichten aufgenommen werden.** Die Nachricht, daß sich die Zentralfunkleitung in den Händen der Spartakusse befände, hatte einen offiziösen Charakter. Und da wurde von England folgender Funkspruch geschickt:

> Die deutsche Regierung gibt durch eine Note bekannt, daß sich alle deutschen Funkstationen in den Händen der unabhängigen Sozialisten, die entweder mit der Spartakusgruppe in Verbindung stehen oder doch derselben günstig gesinnt sind, befinden. Die Regierung lehnt jede Verantwortung für die drahtlos gesandten Telegramme ab.
>
> Diese Nachricht muß Verwunderung hervorrufen, da die Telegramme aus Nauen viele Texte enthalten, welche die Haltung Deutschlands während des Krieges verteidigen. Sogar gestern noch wurde eine **Erklärung Schridemanns durchgegeben, in welcher er alle Lügen über den Ursprung des Krieges von neuem wiederholte.** (Hört, hört!)

Genossen, das war ein Funkspruch, der uns von England zuging. Es mag ja sein, daß es verschiedenen Personen unangenehm ist, wenn eine derartige Einrichtung auch vom Vollzugsrat überwacht wird.

Genossen, daß wir uns keiner besonderen Freundlichkeit von Seiten dieser Stelle zu erfreuen hatten, das war uns ja klar. Der „Vorwärts", der ja als das offiziöse Sprachrohr dieser Regierungsstelle anzusehen ist, hat ja auch sein möglichstes geleistet, und seine stärkste Hetze richtet sich ja gegen mich. Sie haben ja heute im „Vorwärts" das treffende Beispiel. Dort wird auch wieder unter „Groß-Berlin" berichtet:

„Richard I. — Wilhelm-Ersatz."

(Heiterkeit.) Genossen, ich habe ja nichts dagegen; wenn es dem „Vorwärts" Freude macht, dann kann er ja immer mehr auf mich herumhauen, denn dadurch bringt er mich nicht in Mißkredit, sondern dadurch steigert er die Achtung, die mir die Berliner Metallarbeiter und anderen Arbeiter entgegenbringen. (Händeklatschen.) Aber der „Vorwärts" weiß auch gar nicht, wie er sich selbst dabei ohrfeigt. Da heißt es nämlich:

> . . . Richard I. dem bekannten Humor der Weltgeschichte, die sich in ernster Zeit einen Witz leisten wollte, und den Naivsten der Naiven an die verantwortungsvollste Stelle berief.

Genossen, wer war es denn, der mich gedrängt hat, diesen Posten anzunehmen? Das waren die Leute vom „Vorwärts". (Hört, hört!) Und jetzt ohrfeigen sie sich selbst damit! Nun, laßt die guten Leute, laßt den „Vorwärts" schimpfen, soviel er will, die Berliner Arbeiter sind wirklich nicht so dumm, um auf dieses Schimpfen hereinzufallen.

Genossen, wenn wir **mit dem Rate der Volksbeauftragten in Konflikt gekommen** sind, so werden Sie begreifen, daß das durchaus berechtigt war. Wir haben nicht umsonst ein scharfes Erfassen verlangt: nicht umsonst haben wir verlangt, daß im Auswärtigen Amt, daß im Kriegsministerium Remedur geschaffen wird. Gerade die Nachrichtenstelle des Auswärtigen Amts, die Nachrichtenstelle des Kriegsministeriums, die vor und während des Krieges das deutsche Volk verhetzt haben, befinden sich heute noch in den Händen derselben Personen wie vor und während des Krieges, (Hört, hört!) die Tausende von Nachrichtenstellen, die das Kriegsministerium hat, werden von Offizieren geleitet, auf die wir noch keinen Einfluß haben. Darum ist es notwendig, daß sofort mit aller Entschiedenheit durchgegriffen wird.

Was uns heute oft als die Stimmung der Entente vorgesetzt wird, stammt aus jenen Quellen. So wird das deutsche Volk irregeführt. Die Nachricht, daß die Entente die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkennen wollte, ist ja von der Frankfurter Zeitung als Schwindel entlarvt worden; der „Vorwärts" hat hier offiziös geschwindelt, und so verhält es sich auch mit anderen Nachrichten, die offiziös in die Welt gesetzt wurden.

Genossen, meine Freunde im Vollzugsrate und ich waren uns darüber klar, daß wir dagegen einschreiten müßten, und wenn wir dabei mit den Volksbeauftragten in Konflikt gekommen sind, nun, so war das eben nicht zu vermeiden. Wir haben geglaubt, die Errungenschaften der Revolution sichern zu müssen, und in diesem Sinne haben wir gearbeitet; ob wir nun in Zukunft an irgend einer Stelle stehen, das soll uns gleichgültig sein. Wir werden nach wie vor diese Arbeit weiter leisten.

Nun hat mir ja gestern mein Kollege vom Vollzugsrate, Hermann Müller, den Vorwurf gemacht, daß ich durch meine Reden im Zirkus Busch: „Über meine Leiche geht der Weg zur Nationalversammlung", den Vollzugsrat in Mißkredit gebracht habe. Genossen, über die Nationalversammlung werden wir ja heute nachmittag oder morgen sprechen, und Sie werden mir gestatten, auch dazu meine Meinung zu sagen. Aber dazu und zu den Verleumdungen, die der „Vorwärts" mir anhängt, möchte ich etwas sagen.

Als ich mit wenigen anderen im Juni 1916 die Arbeit begann, deren Früchte heute den Rechtssozialisten in den Schoß gefallen sind, wurde ich und die mit mir Tätigen als Landesverräter verschrien und verleumdet, (Sehr richtig!) und ein Teil auf Grund des Materials, das ihnen diese Herrschaften lieferten, ins Zuchthaus gesperrt. Wer recht hatte, das hat sich mittlerweile her-

ausgestellt. Hätte man uns damals unterstützt, so wäre 1916 das alte Regime beseitigt worden und, verehrte Freunde, es sähe nicht so trostlos in Deutschland aus wie heute. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Es wäre uns ein leichtes gewesen, den Sozialismus in Deutschland einzuführen.

Genossen, wir waren es, die den richtigen Weg gezeigt haben, und die Zukunft wird lehren, wer weiter auf dem richtigen Wege schreitet. (Lebhafter Beifall.)

Volksbeauftragter Dittmann:

Kameraden und Genossen! In unseren Verhandlungen hat die Frage der **konterrevolutionären Umtriebe** eine sehr große Rolle gespielt. Besonders in der gestrigen Vormittagssitzung sind dem Kongreß Mitteilungen gemacht worden über Tatsachen, die allgemein den tiefsten Eindruck machen mußten und auch tatsächlich gemacht haben. Es ist in dieser Debatte gefragt worden: was hat der Rat der Volksbeauftragten gegen alle diese konterrevolutionären Versuche getan? Es scheint mir angebracht, zunächst daran zu erinnern, was ich in meinem Berichte über die Tätigkeit der Volksbeauftragten zu diesem Punkte gesagt habe. Ich habe gesagt:

> Verschiedene Generale und andere Offiziere haben sich im Westen und auch anderwärts im Reich, besonders aber beim Rückmarsch, gegen rote Fahnen und Abzeichen gewendet, haben heimische Arbeiter- und Soldatenräte aufgelöst und verhaftet.

Ich habe dann hinzugefügt:

> Wir sind sofort dagegen eingeschritten und haben in einem besonderen Falle die Absetzung eines dieser Generale verfügt. (Zuruf: Und Mudra ist geblieben!) — Bitte, ich wiederhole ja nur, was ich vorgestern gesagt habe, und kann in diese Wiederholung nicht andere Bemerkungen einflechten, sonst würde ich den Kongreß verwirren. Also unterbrechen Sie mich, bitte, nicht mit solchen Zwischenrufen.

Ich habe weiter gesagt:

Trotzdem kommen solche Dinge noch tagtäglich vor. Diesen Satz habe ich mit ganz besonderem Nachdruck vorgestern ausgesprochen. Ich habe dann noch hinzugefügt:

> Zweifellos herrscht noch in einem großen Teil des Offizierskorps der alte reaktionäre Geist. Mancher Offizier hat konterrevolutionäre Gelüste, und manche Truppenteile sind noch so unaufgeklärt, daß sie sich zu konterrevolutionären Zwecken mißbrauchen lassen.
>
> Aber
>
> — so habe ich dann weiter gesagt —
>
> es hat sich bisher noch in allen solchen Fällen gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der Soldaten keine Konterrevolution will, und daß, sobald die Soldaten in Fühlung gekommen sind mit dem Volk, sie sich dem Volk angeschlossen haben.

Ich habe dann gegen den Schluß über dieses Kapitel gesagt:

> Aber trotzdem gilt es, vor solchen Putschen auf der Hut zu sein. Es kann durch sie namenloses Unglück angerichtet werden.

Und geendet habe ich schließlich:

> Auch außerhalb des Militärs gibt es gewisse Kreise, die durch die Revolution um ihre Macht gekommen sind und nur auf einen günstigen Augenblick warten, sich wieder in die Macht hineinzusetzen. Deswegen kann nicht eindringlich genug gewarnt werden. Anderseits aber darf nicht jeder lokale Vorfall als Beginn der allgemeinen Konterrevolution betrachtet werden. Man sei wachsam, aber nicht überängstlich.

Das ist von mir in meinem Referat gesagt worden. Ich habe es für angezeigt gehalten, diese Stellen hier

zu wiederholen, um Ihnen zu zeigen, daß die Reichsleitung **nicht in blindem Vertrauen** allen diesen Dingen gegenübergestanden hat. Der Genosse Braß aus Remscheid, der mit seinen Mitteilungen über konterrevolutionäre Umtriebe im Westen hier einen so großen Eindruck gemacht hat, ist ja persönlich der beste Beweis für das Eingreifen der Reichsleitung in solchen Fällen. Uns war telegraphisch aus Lennep mitgeteilt worden, daß in Remscheid der Genosse Braß und andere Genossen verhaftet worden seien von Offizieren zurückkehrender Truppen. Wir haben sofort die Oberste Heeresleitung in Cassel angewiesen, einzugreifen. Das ist geschehen. Sofort sind der Genosse Braß und die übrigen verhafteten Genossen **aus der Haft entlassen** worden. Wir haben dann auch gefordert, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um derartige Eingriffe zu verhindern. Wir haben mit dem Kriegsminister Rücksprache über diese Dinge genommen, und der Kriegsminister hat uns von den Anweisungen Mitteilung gemacht, die er selbst für solche Fälle herausgegeben hat. Danach ist vom Kriegsministerium an alle Truppenteile die Anweisung gegeben worden, das **Einschreiten gegen die roten Fahnen und roten Abzeichen** unter allen Umständen zu unterlassen und ebenso das **Einschreiten gegen die Arbeiter- und Soldatenräte.** In den Fällen, in denen Offiziere dolos, mit böser Absicht, gehandelt haben, ist, wie uns der Kriegsminister versichert hat, die Absetzung der betreffenden Offiziere verfügt worden. In den Fällen, wo die Leute gutgläubig gehandelt haben, selbst unaufgeklärt aus dem Felde zurückgekehrt, ohne zu wissen, was inzwischen in der Heimat geschehen ist, seien die betreffenden Offiziere versetzt worden. Nun ist uns ohne weiteres klar, daß gemäß diesen Verfügungen des Kriegsministeriums nicht in allen Fällen gehandelt worden ist, und wir können Ihnen nur dankbar sein, wenn Sie uns solche Fälle zur Kenntnis bringen. Sie können sich darauf verlassen, daß wir bereit sind, alles zu tun, um diese Dinge ein für allemal zu beseitigen. Als gestern Genosse Braß die Mitteilung vor dem Kongreß machte, habe ich mich mit meinem Platznachbar Landsberg darüber verständigt, daß es jedenfalls notwendig sei, sobald der Rat der Volksbeauftragten die Möglichkeit habe, zusammenzutreten, was ihm ja anläßlich des Kongresses etwas erschwert ist, man sich sofort darüber schlüssig machen müsse, im Westen unter allen Umständen nach dem Rechten zu sehen, und daß es notwendig sein würde, einige Mitglieder des Kabinetts selbst hinzuschicken, um an Ort und Stelle selbst festzustellen, wie die Dinge sind, und ein Eingreifen veranlassen zu können. Ich glaube recht gehört zu haben, daß auch Landsberg erklärt hat, daß die Mitteilungen des Genossen Braß jedenfalls dem Kabinett Anlaß geben würden, die Dinge im Westen zu prüfen und ernstlich darauf zu sinnen, wie den Dingen gesteuert werden könne. Ich glaube, darin sind wir uns hier alle einig, daß eingegriffen werden muß. Es zeigt sich wirklich, daß jetzt eine reaktionäre Welle wiederum neu durch das Offizierkorps hindurchgegangen ist, daß der unblutige Verlauf der Revolution in Deutschland in reaktionären Kreisen die Anschauung gezeitigt hat, man könne ruhig wieder dreist werden, das Proletariat habe nicht die Macht und den Willen, die Gewalt, die es an sich gerissen hat, dauernd und unter allen Umständen zu behaupten. Da scheint es auch mir notwendig, den Leuten zu zeigen, daß sie sich darin gründlich geirrt haben.

Noch einige Bemerkungen zu den Vorwürfen, die gestern Ledebour erhoben hat wegen des **mangelnden Eingreifens des Rats der Volksbeauftragten gegen konterrevolutionäre Versuche in Ber in.** Er hat erklärt, daß hier das Generalkommando Lequis eingerichtet worden

sei, angeblich um den Truppenempfang vorzubereiten, daß aber dahinter zweifellos konterrevolutionäre Absichten gesteckt hätten, und daß der Vollzugsrat erst den Rat der Volksbeauftragten davon hätte informieren müssen, um einzugreifen. Ich will Ledebour den guten Glauben bei diesen Vorwürfen in keiner Weise absprechen; aber ich will betonen, daß zwei Dinge nebeneinander hergegangen sind. Der Rat der Volksbeauftragten hat Kenntnis von diesen Dingen bekommen und gleichzeitig der Vollzugsrat. Beide Teile haben das Bestreben gehabt, sich miteinander zu verständigen, wie den Dingen zu begegnen sei. Darauf hat dann die gemeinsame Sitzung stattgefunden an einem Sonntag abend bis in die Nacht hinein, von der Ledebour gesprochen hat. Nun hat Ledebour den Rat der Volksbeauftragten, der Reichsregierung, vorgeworfen, daß am anderen Tage Maßnahmen von der Regierung getroffen seien, ohne daß am Abend vorher in der Sitzung dem Vollzugsrate davon Mitteilung gemacht worden wäre. Die Tatsache ist richtig, aber das beweist nichts gegen den Rat der Volksbeauftragten. Gerade auf Grund der Aussprache, die wir am Sonntag abend hatten, hat die Reichsregierung am Montag den General Lequis mit seinen Offizieren ins Reichskanzlerpalais geladen und hat dort mit ihm die ganze Sache gründlich durchgesprochen. Daraufhin hat General Lequis für die ganzen Truppen, um deren Einzug es sich handelte, die Versicherung abgegeben, daß niemand an konterrevolutionäre Umtriebe denke, daß aber die Truppen noch vielfach im Unklaren seien über den grundstürzenden Wechsel, der sich in der Heimat vollzogen habe. Wir haben dann gemeinsam mit den Militärs darüber beraten, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um zu verhindern, daß beim Einzug der Truppen in Berlin es zu irgendwelchen Zusammenstößen mit der Bevölkerung, zu irgendwelchen konterrevolutionären Putschen kommen könnte. Und da sind erst im Laufe der Verhandlungen an dem betreffenden Tage die Beschlüsse gefaßt worden, die am Abend ausgeführt worden sind, und deren Nichtmitteilung am Abend vorher der Genosse Ledebour uns zum Vorwurf gemacht hat. Wir konnten natürlich Beschlüsse, die erst am späten Nachmittag des Montages gefaßt wurden, und am Montagabend ausgeführt wurden, nicht schon am Sonntagabend mitteilen. Wir sind jederzeit bereit, dem Vollzugsrat Rechenschaft abzulegen über das, was wir getan haben, aber die Kontrolle darf nicht so aufgefaßt werden, daß wir keinen Schritt tun können, ohne ihn vorher dem Vollzugsrat mitzuteilen.

Darauf komme ich gerade jetzt. Einer derjenigen Beschlüsse, die am späten Nachmittag gefaßt wurden, war der, daß man eine **Vereinigung der Truppen** vornehmen wollte. Nun liegen aber die Dinge nicht so, wie Genosse Ledebour sie aufgefaßt hat, daß etwa die Truppen auf Berlin bis Steglitz anmarschiert und in Steglitz vereidigt worden wären. Ach nein, die Truppen sind weit draußen von Berlin in ihren alten Standquartieren geblieben, nur ganz kleine Abordnungen dieser Truppen sind in das Steglitzer Rathaus gekommen, und im Steglitzer Rathaus, vor diesen kleinen Abordnungen der Truppen, die am andern Tage einziehen sollten, hat sich der Akt der Vereidigung vollzogen. Der Eid, der dort abgenommen worden ist, wurde auf die einige deutsche Republik und die gegenwärtige Regierung geleistet. Es hat sich nicht darum gehandelt, irgendeinen großen Akt vorzunehmen, der vielleicht für alle Zukunft die Frage der Truppenvereidigung regelt. Es hat sich lediglich darum gehandelt, alle Vorkehrungen zu treffen, um jeden Versuch eines gegenrevolutionären Putsches zu unterdrücken. Es hat sich um die Frage gehandelt, auf

diese Truppen, die unaufgeklärt zurückgenommen waren, einzuwirken, und welche Form dafür am wirkungsvollsten sein würde. Es ist allgemein berichtet worden, es wird von jedermann zugegeben, daß der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte — ob mit Recht oder Unrecht, scheide ich hier aus — bei den Truppen in Mißkredit gebracht worden ist. (Zuruf.) — Ich sage, Ledebour, ich scheide aus, ob mit Recht oder Unrecht. Die Tatsache kann doch niemand bestreiten, daß der Vollzugsrat bei den Truppen jedenfalls keine Autorität hatte und eine Vereidigung auf den Vollzugsrat bei den Truppen nicht die Wirkung hätte hervorrufen können, die mit dem Eid erzielt werden sollte. Die beabsichtigte Wirkung war doch die, die Truppen zu veranlassen, von jedem gegenrevolutionären Versuche unter allen Umständen Abstand zu nehmen. (Sehr richtig!) Wir waren in einer **Zwangslage**. Alle Vorbereitungen für den Truppeneinzug waren getroffen. Die Leute brannten darauf, endlich aus den alten Quartieren vor Berlin, in denen sie unzulänglich untergebracht waren, herauszukommen, und darauf, daß schließlich die ganze Demobilisierung, ihr Rücktransport in die Heimat möglichst schnell vor sich gehen konnte. Nach den ganzen Eindrücken, die wir bei den Verhandlungen mit den Militärs gewonnen hatten, waren wir auch alle sechs nicht zu der Auffassung gekommen, daß dort planmäßig etwa mit Unterstützung der obersten Militärs ein konterrevolutionärer Versuch unternommen werden sollte.

In dieser Situation konnten wir uns lediglich darauf beschränken, Notbehelfe, wie sie die Situation erforderlich machte, zu treffen, nicht aber etwa staatsrechtliche Fragen lösen zu wollen. (Ledebour: Wann ist die Vereidigung beschlossen worden?) — Ledebour, ich habe bereits gesagt: sie ist am späten Nachmittag des Montag beschlossen worden; am Abend um 7 Uhr war es, glaube ich, als die Vereidigung vorgenommen wurde. Es war gerade noch so viel Zeit, daß wir aus einer Kabinettssitzung im Automobil ins Rathaus kommen konnten, denn mit einer andern Fahrgelegenheit hätten wir überhaupt nicht hinkommen können. Die Eidesformel wurde einstimmig beschlossen. Die beiden Juristen im Kabinett, Landsberg und Haase, haben sich die Sache überlegt, und wir übrigen Mitglieder, die wir nicht Juristen sind, haben ebenfalls zugestimmt. Jedenfalls hat niemand von uns daran gedacht, irgend etwas gegen den Vollzugsrat oder den sozialistischen Charakter der Republik damit zum Ausdruck bringen zu wollen, was man jetzt in diese Formel hineinlegen will. Keinem Menschen ist es eingefallen, die Dinge in diesem Sinne auszudeuten.

Nun hat Ledebour hier über die **Vorgänge vom 6. Dezember** Ausführungen gemacht und besonders gegen das Kabinettsmitglied Ebert Vorwürfe erhoben. Ich will alle diese Vorwürfe hier im einzelnen nicht wiederholen, will auch im einzelnen auf sie nicht eingehen. Aber ich will das eine sagen: dieselben Vorwürfe in derselben Form und Schärfe hat Genosse Ledebour in einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrats und des Rats der Volksbeauftragten erhoben. Er hat dort den Antrag gestellt, daß Ebert aus dem Rat der Volksbeauftragten auszuscheiden hätte. Der Vollzugsrat, der damals meines Wissens aus vielleicht 35 Mitgliedern bestand, hatte über diesen Antrag abzustimmen, und von den 35 Mitgliedern des Vollzugsrats haben 5 für den Antrag gestimmt. (Lebhaftes Hört, hört und Zurufe!) — Nach langer Beratung natürlich. Die anderen Mitglieder haben dagegen gestimmt. Genossen, ich glaube, ich kann es mir ersparen, auf diese Dinge weiter einzugehen. (Ledebour: Das mißkreditiert mich doch nicht, sondern die 30 anderen!) Kameraden, Genossen! Ich verstehe durchaus, daß bei

unseren Genossen vom Vollzugsrat eine so gereizte und mißtrauische Stimmung hat entstehen können; denn Tatsache ist, daß hier in Berlin, wo wir mit viel größeren Truppenmassen zu rechnen haben, als an anderen Orten des Reiches, sich allerhand Vorgänge abgespielt haben, die demokratisches Mißtrauen gegen Militärs als durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen. Ich verstehe es durchaus, daß aus dieser Sachlage heraus eine **gewisse gereizte Stimmung** und ein **gewisses Mißtrauen beim Vollzugsrate** entstanden ist. Ich verstehe es auch, daß bei der Überlastung mit Geschäften, unter der wir alle zu leiden haben, sowohl wir in der Reichsleitung, wie auch die Genossen im Vollzugsrat, manche falsche Vorstellung aufkommen konnte. Deshalb bin ich auch der Meinung, daß für uns hier, nachdem wir uns darüber ausgesprochen und die Mißverständnisse aufgeklärt haben, weiter keine Veranlassung vorliegt, alle diese Auseinandersetzungen besonders tragisch zu nehmen. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, daß durch die Verhandlungen, die hier stattgefunden haben, besonders durch die Verhandlungen über die Wünsche der Berliner Truppen, über die wir heute früh verhandelt haben, sich ganz allgemein die Auffassung befestigt hat: jawohl, es ist notwendig, daß jetzt der Zentralrat dieses Kongresses, der eingesetzt wird, und die Arbeiter- und Soldatenräte im Lande gemeinsam den Militärs auf die Finger sehen, (Sehr richtig!) und daß alle Vorkehrungen getroffen werden, damit alle konterrevolutionären Versuche oder Putsche unter allen Umständen im Keime erstickt werden. (Sehr richtig!)

Es handelt sich jetzt auch um die **Neubesetzung des Kriegsministeriums**, bei der ebenfalls auf diese Situation Rücksicht genommen werden muß. Und wenn wir es erleben sollten, was uns jetzt — ob mit Recht oder mit Unrecht, das lasse ich dahingestellt — gewissermaßen angedroht ist, daß nämlich ein Teil der Offiziere die weitere Mitarbeit verweigert — nun, Genossen, soweit es sich um Offiziere handelt, die wirklich Fachkenntnisse besitzen und brauchbar sind und an ihrem Platze waren, so würde ich das bedauern; aber wenn es sich nicht ändern läßt: angesichts der Notwendigkeit, die Errungenschaften der Revolution zu sichern, so würden wir dies in Kauf nehmen müssen. So notwendig brauchen wir die Offiziere in der jetzigen Situation nicht mehr, wie in den ersten Tagen der Revolution. In den ersten Tagen der Revolution, als die jetzige Reichsleitung die Regierungsgeschäfte übernahm, handelte es sich vornehmlich darum, unsere Truppen aus dem besetzten Gebiet in Frankreich und Belgien und aus dem deutschen Gebiete links des Rheins in der kurzen Frist zurückzuführen, die uns von der Entente im Waffenstillstandsvertrage gestellt worden war. Da war es für uns eine große Verantwortung, alle die eingearbeiteten Offiziere aus dem militärischen Apparat herauszunehmen, und wir haben da manches geschehen lassen müssen, was uns selber wider den Strich ging. Es handelte sich aber für uns darum, die **Millionen unserer deutschen Volksgenossen unversehrt über den Rhein** zu bringen. Nachdem diese Angelegenheit erledigt ist, steht aber die Sache für uns anders. Wenn die Offiziere mit passiver Resistenz oder mit Schlimmerem drohen, dann werden wir vielleicht eine kurze Zeit der Verwirrung bekommen, aber dieser Verwirrung werden wir Herr werden. Ich meine das nicht als eine Drohung gegen die Offiziere — das liegt mir fern —, sondern ich will lediglich die tatsächlichen Verhältnisse feststellen.

Nun wende ich mich zu den **politischen Fragen**, die vornehmlich zu erörtern sind. Da muß ich mich zunächst mit meinem Freunde Ledebour beschäftigen. Ledebour hat in seinen gestrigen Ausführungen auch gegen mich polemisiert. Er hat gesagt, er nähme mir die Stellung,

die ich jetzt einnehme, nicht übel, aber das müsse er mir verübeln, daß ich mit Mitteln arbeitete, die er nicht für richtig halten könne; ich hätte nicht gesagt, wie die Revolution entstanden ist, ich hätte eine ganz schiefe Darstellung davon gegeben. Daß muß ich mit aller Bescheidenheit dem Genossen Ledebour sagen: meine Aufgabe als Berichterstatter des Rates der Volksbeauftragten hier war nicht, eine Geschichte oder eine Vorgeschichte der Revolution zu geben; (Sehr richtig!) ich hatte vielmehr Bericht zu erstatten über das, was der Rat der Volksbeauftragten, seitdem er am Ruder ist, getan oder nicht getan hat. (Sehr richtig!) Ich konnte lediglich mit ein paar einleitenden Sätzen die Situation skizzieren, aus der heraus überhaupt die Bildung des Rates der Volksbeauftragten erfolgt ist. Mehr zu tun, lag nicht im Rahmen meiner Aufgabe und ich glaube nicht, daß unter den wenigen Sätzen, die ich darüber überhaupt gesprochen habe, ein einziger ist, von dem behauptet werden kann, daß er mit den Tatsachen nicht in Einklang stände. Ich habe gesagt:

> Matrosen, Soldaten und Arbeiter haben das Werk vollbracht, sie haben das Alte gestürzt, sie sind die Träger des Neuen, des Kommenden und Werdenden. In ihren Händen liegt jetzt die politische Macht.

Willst Du daran Anstoß nehmen, lieber Ledebour? Nein! — Ich habe weiter gesagt:

> Sie haben im Reich und in den Einzelstaaten neue Regierungen eingesetzt, die ihrer Kontrolle unterstehen.

Auch daran, glaube ich, wird Ledebour keinen Anstoß nehmen. — Ich habe dann fortgefahren:

> Die Führung der Revolution lag überall in sozialistischen Händen, Sozialisten haben ihr Richtung und Ziel gegeben.

(Sehr richtig!) Will man daran Anstoß nehmen? — Ich habe hinzugefügt:

> Der friedliche und ruhige Verlauf der Bewegung ist eine Frucht der sozialistischen Schulung der Massen und beruht auf dem Willen der Massen zu zielbewußter politischer Aktion.

Auch das ist meines Erachtens unanfechtbar. Ich wüßte nicht, von welchem politischen Standpunkt, man mag einem Parteiflügel angehören, welchem man will, man dagegen Einspruch erheben könnte, und ich war verpflichtet, als Berichterstatter des **gesamten** Rates der Volksbeauftragten hier in meinen Ausführungen mich **neutral** zu verhalten. (Sehr richtig! — Zuruf des Gen. Ledebour: Das ist keine Neutralität! — Große Heiterkeit.) Es ist von mir weiter gesagt:

> Spontan und elementar, ohne Kommando und ohne Direktiven von irgendwelchen Leitungen haben die Massen allerorts zu dieser einheitlichen politischen Aktion gedrängt.

Ich habe weiter gesagt:

> Die beiden sozialistischen Parteien wurden durch den Massenwillen gezwungen, **gemeinsam** die A.- und S.-Räte, **gemeinsam** die Regierung zu bilden

und habe dann den Satz ausgesprochen: auf dessen Begründung alle die vorhergehenden Sätze hinausliefen:

> Auch die gegenwärtige Reichsregierung, in deren Namen ich spreche, ist eine Koalitionsregierung aus beiden sozialistischen Parteien.

Alle Sätze, die ich vorher sprach, hatten nur den Zweck und den Sinn, auseinanderzusetzen, wie es denn zur **Bildung dieser neuen Regierung**, in deren Namen ich sprechen sollte, gekommen ist. Aber darüber hinauszugehen, mich mit Einzelheiten zu beschäftigen, wie die Vorbereitungen zur Revolution getroffen worden sind, das lag nicht im Rahmen meiner Aufgabe, und deshalb,

glaube ich, habe ich es auch nicht nötig, auf die Detailausführungen einzugehen, die Ledebour hier gemacht hat über diese Vorbereitungen, über diese Sitzungen und über das Verhalten einzelner Parteigenossen in diesen Sitzungen. Er hat mein Verhalten kritisiert, das Verhalten Haases, auch Liebknechts, wenn ich ihn recht verstanden habe. Um darauf mit einem Satze einzugehen, Genossen: bei der Haltung, die Haase und ich einnahmen, hat es sich um eine **taktische** Frage gehandelt, um die Frage, ob man in einem gegebenen Zeitpunkt der Meinung war, daß alle Vorbereitungen und alle Vorbedingungen erfüllt seien, um dem Volke ein Gelingen der Revolution zu garantieren. Über diese Dinge lediglich war man geteilter Meinung, und auch Ledebour hat zugeben müssen, genau so wie Haase und ich war auch Karl Liebknecht der Meinung, daß der fragliche Zeitpunkt nicht der geeignete sei. (Hört, hört!) Aber ich persönlich meine, alle solche Auseinandersetzungen gehören wirklich in diese Öffentlichkeit hier gar nicht hinein. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Nun, Genossen, Ledebour hat meine **Stellungnahme zur Nationalversammlung** angegriffen und meine Stellungnahme, in der ich mich ausgesprochen habe für ein einheitliches, geschlossenes Vorgehen des gesamten sozialistisch denkenden deutschen Proletariats bei der Nationalratswahl. (Sehr richtig! und Bravo!) Genossen, ich will hier selbstverständlich der Erörterung des Themas „Nationalversammlung und Räteversammlung" nicht vorgreifen, aber es liegt doch im Rahmen meines Berichtes und meines Schlußwortes, zu sagen: vielfach ist man sich gar nicht im klaren über die Nationalversammlung. Man bedenkt vielfach garnicht, daß es sich um ein Parlament handelt, das nur zu einem einzigen bestimmten Zwecke für eine kurze Frist gewählt ist, lediglich zu dem Zwecke, das künftige Grundgesetz für das deutsche Reich festzulegen. (Stürmischer Beifall.) Und da bin ich allerdings der Meinung: über alle Parteidifferenzen hinweg hat das ganze deutsche Proletariat das dringendste Interesse, alle Kraft geschlossen zusammenzufassen, um in diesem Grundgesetz die Errungenschaften der Revolution zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Ich für meine Person denke nicht daran, den politischen Standpunkt zu verleugnen, den ich während des Krieges eingenommen habe. Ich bin auch heute noch der Auffassung, daß die Kriegspolitik, die von den Genossen der Rechten in der Sozialdemokratie getrieben worden ist, falsch war, und daß die Politik, die von meinen Freunden und mir betrieben worden ist, richtig war. Ich darf wohl aussprechen: es ist kaum einer hier im Saale, der mehr in diesen inneren Partei- und Fraktionskämpfen gestanden hat als ich. Aber, Genossen, wenn ich auch mindestens so stark wie jeder Andere ein Recht hätte, Haß, Verbitterung und Verärgerung bei meinen Entscheidungen mitsprechen zu lassen — ich stehe auf dem Standpunkt: wer in großen politischen Situationen entscheidend mitreden will, der muß solche Dinge ausschalten und ausscheiden. (Lebhafter Beifall.) Es ist eine ganz falsche Stellungnahme, wenn gesagt wird: ich soll mit **dem** zusammensitzen? — niemals! — Wer fordert denn das? Wenn zwei getrennte **Gruppen** des deutschen Proletariats da sind, wie es der Fall ist, dann handelt es sich darum, daß die **Gruppen** zusammenkommen, nicht, daß die Führer zusammenkommen. (Sehr richtig und Bravo! Zurufe und Unruhe.) Wenn die Gruppen zusammen **wollen**, dann **werden** sie zusammenkommen, ob es die **Führer** wollen oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn die Masse sich nicht selbst aufgeben will, dann muß sie hinweggehen über die Köpfe der Führer, die sich widersetzen.

Die Auffassung, die Genosse Ledebour vertreten hat, halte ich für absolut falsch. Er und andere Freunde gehen von der Auffassung aus: wir haben als unabhängige Sozialdemokraten die Überzeugung, daß die Politik, die wir im Kriege getrieben haben, richtig war; und wir haben jetzt die Aufgabe, das gesamte Volk von der Richtigkeit dieser Politik zu überzeugen und dann mit dem Volke das neue Staatswesen einzurichten. (Sehr richtig! bei den unabhängigen Sozialdemokraten.) Ja, ist das denn aber möglich in der kurzen Zeit, die uns bis zu den Wahlen zur Verfügung steht, mögen sie nun im Januar, Februar, März, April oder gar im Sommer stattfinden? Es ist **nicht** möglich, in dieser kurzen Zeit diese Aufklärung vorzunehmen, und wenn wir tausende und zehntausende von Versammlungen abhalten. Von diesem realen Standpunkt aus muß ich mit der Masse des Volkes rechnen — nicht, wie ich sie **haben** möchte, sondern wie sie **ist** (Sehr richtig!), und ich muß mir bewußt sein, daß es jetzt darauf ankommt, das Maß von sozialistischer Einsicht, das **vorhanden** ist und sich bis zu den Wahlen noch schaffen läßt, zusammenzufassen, um den Willen des ganzen Proletariats zu konzentrieren und auf ein bestimmtes Ziel hinzulenken. Nur **das** kann die Aufgabe sein, die in einer so gewaltigen Volksbewegung, wie der gegenwärtigen, eine sozialistische Partei erfüllen kann, die wirklich tatsächlich die Interessen des Proletariats vertritt.

Da befinde ich mich in voller Übereinstimmung mit einem Manne, dessen Urteil unter Ihnen Allen anerkannt werden muß. Ich will Sie einmal daran erinnern, wie August Bebel über solche Situationen geurteilt hat. (Zuruf von Ledebour.) — Jawohl, über solche Situationen, Genosse Ledebour. — Bebel hat einmal über die Rolle der Massen und Führer in der großen französischen Revolution gesprochen, und das ist wohl eine Frage, die mit der gegenwärtigen Situation in Parallele gestellt werden kann. In dem Vorwort zu seinem Buch über Charles Fourier sagt Bebel:

> Mag die Masse sich über den Weg wie über die Mittel, durch die ihr geholfen werden könnte, noch so unklar sein, — der Moment kommt, wo sie mit elementarer Macht instinktiv stets richtig, nach dem bestimmten Ziele drängt und die bewußten und wissenden Geister zwingt, sich zu ihrem Organ, zu ihrem Mundstück und zu ihren Werkzeugen aufzuwerfen, um die Bewegung zum richtigen und auch nach Lage der Verhältnisse möglichen Ziele zu führen.

Das sagt Bebel. Es kommt nicht darauf an, mit einer vorgefaßten Meinung an die gegenwärtige politische Situation heranzutreten und zu sagen: so, nun füge dich ein, nein, es kommt darauf an, zu erkennen, wie die tatsächliche Lage **ist** und daraus seine Maßnahmen herzuleiten, um dem Proletariat die Macht, die es sich jetzt durch die Revolution errungen hat, unter allen Umständen zu versichern und zu verankern.

Bebel sagt weiter an der Stelle, die ich eben verlesen habe:

> Die Führer sind unter solchen Umständen stets Werkzeuge, nicht Macher und werden bei Seite geworfen, sobald sie sich zu Machern aufwerfen (Sehr richtig), die Bewegung für sich und nach eigenem Gutdünken, statt im Interesse der Beteiligten zu benutzen suchen.

Also auch Bebel sagt: nicht nach eigenem Gutdünken, nicht danach, welches Bild ich mir gemacht habe, wie die Dinge werden können, sondern nach dem Interesse der Beteiligten, nach dem, was die Masse der Beteiligten instinktiv verlangt, danach sollen sie ihre politischen Maßnahmen einrichten.

Bebel sagt dann weiter:

Die rasche Abwirtschaftung der Führer in akut gewordenen Volksbewegungen hat in diesem Geheimnis ihren Grund, sie wollen Alles machen, wo sie nur Werkzeuge sein sollen und können. Da man sich hüben wie drüben dieses Verhältnisses bewußt ist, schreien die Einen über Verrat, die Andern über Undankbarkeit der Masse; das Erstere —

der Verrat —

ist selten wahr, das Letztere —

die Undankbarkeit der Massen —

zu behaupten, stets eine Narrheit, ein Verlangen, das nur diejenigen stellen können, die sich über die Natur ihrer Stellung nie klar waren, Schieber zu sein glaubten, wo sie nur Geschobene sein konnten.

(Sehr gut!) In dieser Situation befinden wir uns auch jetzt. Wir wollen den Anspruch erheben, die **Führer der beiden Flügel des Proletariats in Deutschland zu sein**, wir dürfen nicht vergessen, daß wir nicht die Schieber, sondern die Geschobenen der Massen sind. Das schließt nicht aus, daß wir unsere Einsicht auf die Massen wirken lassen, daß wir mittels unserer Einsicht die Massen zu beeinflussen suchen nach der Richtung hin, die wir für richtig halten. Aber wir können nicht warten, bis die Masse vollkommen zu der Einsicht bekehrt ist, die wir für richtig halten. Wir müssen handeln mit der Masse, wie sie gegenwärtig ist, und deswegen betone ich nochmals mit allem Nachdruck, was ich in meinem Referat betont habe, was ich auch jetzt am Schluß wieder hervorkehren möchte: wir sind in einer geschichtlichen Situation, in der die Unterschiede der Parteien nicht das Primäre, sondern das Sekundäre sein müssen. (Sehr richtig!) Erst kommt der Gegensatz: **Klasse gegen Klasse! Hie Kapitalismus, hie Sozialismus!** Um diesen Gegensatz handelt es sich jetzt, und da kann es meines Erachtens keinem Zweifel unterliegen, welche Konsequenzen sich daraus für ein Proletariat ergeben, das sich seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt ist. Die proletarischen Massen müssen, wenn sie ihre Interessen wirklich wahrnehmen wollen, unter allen Umständen zu den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zusammenstehen, um gemeinsam den Kampf zu führen gegen den Kapitalismus, dann brauchen wir nicht besorgt zu sein über den Ausgang der Wahl, (Zustimmung) dann werden wir, wenn die Wahlen vorüber sind, ausrufen können: mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Ich möchte die Debatte vor der Pause noch zum Abschluß bringen, damit wir nachher die Abstimmung vornehmen können.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Scheidemann.

Persönliche Bemerkungen.

Volksbeauftragter Scheidemann:

Ich bedaure sehr, daß ich in der Sitzung vom Montag nach der Rede des Genossen Richard Müller hier nicht zu Worte gekommen bin. Ich meldete mich, nachdem der Redner 20 Minuten gesprochen hatte und war zu meiner großen Überraschung der 21. Redner, der nicht mehr zu Worte kam. Ich hätte darauf verzichtet, das hier festzustellen, wenn das **Schlußwort**, das heute Genosse Müller meines Erachtens **in geradezu sträflicher Weise mißbraucht** hat, um neue Anklagen zu erheben, zu denen im Laufe der Debatte ihm nicht der geringste Anlaß gegeben war, nicht gezwungen hätte, einiges zu sagen. Ich bedaure das um so mehr, als ich gewünscht hätte, daß wir nach der ausgezeichneten Rede des Genossen Dittmann aufgehört hätten.

In seinem Schlußwort hat Genosse Müller gesagt, ich hätte **in der Sache der Zentralnachrichtenleitung** als Vertreter des Nachrichten- und Pressewesens eine Haltung eingenommen, die den Zweck hätte haben sollen oder müssen, die nur notdürftig zusammengeschweißte Organisation wieder zu zerschlagen. Ich stelle fest, daß genau das Gegenteil die Wahrheit ist. (Hört, hört!) Jedes Wort, das Müller darüber gesagt hat, ist die objektive Unwahrheit. (Hört, hört!) Diese Funkenstationsangestellten, die Techniker, die bei uns gewesen sind, in denen ich durchaus

intelligente Leute kennen lernte, über deren Bekanntschaft ich mich freute, habe ich vom ersten Augenblick bearbeitet, um diese Organisation zustande zu bringen, um die Funkerei wieder in Aktion zu setzen. Das ist nicht das Verdienst des Vollzugsrats, sondern der Funker, der Techniker, mit denen wir sofort gearbeitet haben, als diese Herren am ersten Abend bei mir gewesen sind, um mir zu sagen — —

Vorsitzender Leinert (unterbrechend):

Das gehört nicht zur persönlichen Bemerkung.

Volksbeauftragter Scheidemann (fortfahrend):

Jawohl, das ist persönlich. Ich bin angegriffen und stelle fest, was die Wahrheit ist. Ich bin übrigens sehr schnell fertig.

Als die Herren am ersten Abend bei mir waren, haben sie mir gesagt, daß der Militarismus bei ihrer Funkerei total zusammengebrochen ist; die Funker gingen nach Hause und verließen ihre Stationen. Darauf habe ich einen Funkspruch formuliert und im Einverständnis mit den Herren an alle Stationen gesandt, mit dem alle einverstanden sein würden: Arbeitet weiter, die Volksbeauftragten sind dabei, die ganze Sache in einer Weise zu regeln, von der wir überzeugt sind, daß ihr alle damit einverstanden seid.

Das ist der erste Vorwurf, den mir Müller gemacht hat.

Dann hat er von Dingen gesprochen, daß **falsche Nachrichten in die Presse gekommen** seien, die Funkenstationen seien in der Hand der Spartakusgruppe usw. Das ist richtig. Diese Berichte konnten aber niemand unangenehmer sein als uns, die wir die Verantwortung hatten. Was bedeutet es im Auslande, wenn es heißt, die Funkenstationen sind in der Hand derjenigen, von denen das Ausland erklärt hat, unter keinen Umständen mit uns Frieden schließen zu wollen, wenn sie eine erhebliche Rolle spielten. Es konnte also für niemand unbequemer sein als für uns. Ein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, konnte sich klar sein — —

Vorsitzender Leinert (unterbrechend):

Genosse Scheidemann, ich möchte bitten, die Äußerungen auf persönliche Bemerkungen zu beschränken.

Volksbeauftragter Scheidemann (fortfahrend):

Ich danke für diesen Hinweis und werde mich streng danach richten.

Im übrigen muß ich gegenüber den Anklagen des Genossen Richard Müller feststellen, daß ich gar nicht in der Lage bin, persönlich zu verfügen, daß ich an die Entscheidungen der Volksbeauftragten gebunden bin. Das bezieht sich auch auf seine Anklage, die das **Wolffsche Telegraphenbüro** betrifft. Wir wurden eines schönen Tages durch ein Schriftstück des Vollzugsrats überrascht, wonach mitgeteilt wird, daß der Vollzugsrat in das WTB. einen Genossen gesetzt hat, der beauftragt ist, auch unsere amtlichen Telegramme zu kontrollieren. (Zuruf: Warum nicht!) Darauf haben die Volksbeauftragten beschlossen, gegen dieses einseitige Verfahren Einspruch zu erheben, insbesondere, daß wir ein Recht haben, darauf zu sehen, daß nicht überall in dieser eigenmächtigen Weise verfahren würde. Die Notwendigkeit hierzu hatte uns eine Masse von Erfahrungen gelehrt und zur Pflicht gemacht, hiergegen Einspruch zu erheben. Nachdem vier Wochen lang das WTB. von einem Beauftragten des Vollzugsrats bearbeitet ist, kommt jetzt das dicke Ende nach in Gestalt einer Rechnung von 30 000 Mark, die die Herren vertelegraphiert haben. (Zuruf.)

Das gehört nicht zur persönlichen Bemerkung, ich füge es aber hinzu, weil ich es durch einen Zuruf schon eingeworfen hatte. Wir hätten sträflich gehandelt, wenn wir nicht Einspruch erhoben hätten. Wir wollen die Verantwortung gern tragen, aber wir wollen sie mit gutem Gewissen tragen können. (Händeklatschen.)

Volksbeauftragter Landsberg:

Genossen, der Rahmen einer persönlichen Bemerkung gestattet mir nicht, mich auf eine Diskussion mit Richard Müller einzulassen, die ich übrigens in anderer Weise führen würde, als er getan hat, nämlich in einem Schlußworte, das dem Gegner nicht die Erwiderung gestattet. Ich hätte mir lieber noch Dittmann als Richard Müller zum Muster genommen. (Heiterkeit.) Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen. Als das stärkste Stück, das ich mir geleistet hätte, hat Müller bezeichnet, daß ich Arbeiter- und Soldatenräte gegen den **Vorwurf der Geldverpulverung** verteidigt hätte. Weshalb ist das ein besonders starkes Stück gewesen? Weil die Achthundertmillionengeschichte — ich dachte, es würde jetzt kommen: von mir herrührte; nein — weil sie von Hofrichter herrührte; deshalb durfte ich die Arbeiter- und Soldatenräte nicht verteidigen. — Gegen diese Bemerkung kann ich nichts sagen, denn ich verstehe sie nicht.

Müller hat weiter meinen Tadel, daß der Vollzugsrat **Vollmachten** an Personen ausgestellt habe, die sie nicht verdient

hätten, als ungerechtfertigt bezeichnet. Ich stelle fest, daß er selbst zugestanden hat, Vollmachten unterschrieben zu haben, ohne sie gelesen zu haben. Er hat also viel mehr gesagt als ich, er hat sich selbst viel schärfer kritisiert als ich ihn. Denn wie ein Mann in leitender Stellung eine Vollmacht unterzeichnen kann, ohne sich über ihren Inhalt auf das Genaueste vergewissert zu haben, das ist etwas, was ich nicht begreife.

Vorsitzender Leinert:

Das gehört nicht zu einer persönlichen Bemerkung.

Volksbeauftragter Landsberg:

Zweitens: ich habe gesagt, daß Walz vom Kriegsministerium mit einer Vollmacht des Vollzugsrats als Kontrolleur erschienen ist. Die Tatsache ist wahr. Was erwidert Müller darauf? Der Vollzugsrat habe Walz verhaften lassen. Hat der Vollzugsrat Walz etwa verhaften lassen, weil er als Kontrolleur mit richtiger Vollmacht im Kriegsministerium erschienen ist? Nein, aus ganz anderen Gründen. Es hat also die Verhaftung mit dem mit Recht von mir ausgesprochenen Tadel nichts zu tun. (Zuruf.) Wenn Walz vorher schon verhaftet worden wäre, hätte er nicht als Kontrolleur im Kriegsministerium erscheinen können.

Müller sagt, es sei mir nicht gelungen, dem Vollzugsrat nachzuweisen, daß er nicht mit der gebotenen Sorgfalt seine Finanzen verwaltet habe. Ich stelle demgegenüber fest, daß Ledebour zugegeben hat, es seien im Vollzugsrat — wie er sich ausdrückte — sinnlose und unerhört hohe Ausgaben vorgekommen. (Sehr richtig!)

So scharf habe ich den Vollzugsrat nicht kritisiert, wie es sein Mitglied Ledebour getan hat.

Viertens: Müller hat gesagt, der Vollzugsrat habe überflüssige Arbeitskräfte sofort entlassen.

Vorsitzender Leinert:

Das gehört nicht zu einer persönlichen Bemerkung.

Volksbeauftragter Landsberg:

Aber natürlich, ich berichtige doch.

Vorsitzender Leinert:

Aber das haben Sie jetzt bemerkt, ohne es mit Ihrer Person in Verbindung zu bringen.

Volksbeauftragter Landsberg:

Also ich stelle fest, daß das, was ich gesagt habe, richtig ist. (Heiterkeit.) Ich habe nämlich gesagt, daß von uns Gehälter für 210 Stenotypistinnen und 140 Kuriere für die ganze Zeit vom 9. November bis 31. Dezember gefordert worden sind. Das ist richtig, das kann Müller nicht bestreiten. Wie kann er dann behaupten, daß Arbeitskräfte, die ohne Not eingestellt waren, sofort entlassen worden seien? Wie kann er das behaupten?

Vorsitzender Leinert:

Das gehört nicht zu einer persönlichen Bemerkung.

Volksbeauftragter Landsberg:

Aber doch. Das ist doch etwas Persönliches. (Große Heiterkeit.) Wenn er selbst zugeben muß, daß die Entlassung erst — — (Zurufe, große Unruhe.)

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte aber um Ruhe.

Volksbeauftragter Landsberg:

Von einer sofortigen Entlassung ist hier gar nicht die Rede.

Ich sage zum Schluß: Wer eine Kritik, die so begründet ist wie die meinige, abweist, noch dazu in einem Tone, wie Müller ihn angeschlagen hat, beweist, daß er Kritik überhaupt nicht verträgt. (Sehr richtig!)

Ledebour (persönliche Bemerkung):

Parteigenossen! Ich habe mich mit einigen Worten gegen den Genossen Dittmann zu wenden, soweit es eben im Rahmen einer persönlichen Bemerkung möglich ist.

Der Genosse Dittmann hat meine Anfechtung der Vereidigung durch die Volksbeauftragten zu entkräften gesucht, indem er erstens behauptete, diese Vereidigung sei erst beschlossen worden am Montag abend oder nachts —

Dittmann:

Da ist die Formel festgestellt; Montag nachmittag!

Ledebour (fortfahrend):

Nach meinem Wissen war die Vereidigung bereits am Montag vorgenommen.

Dittmann:

Montag um 7 Uhr abends.

Ledebour (fortfahrend):

Dann würde also der Beschluß gefaßt worden sein, als Sie uns nicht mehr benachrichtigen konnten; insofern ist das also gerechtfertigt.

Aber nun die Rechtfertigung des sachlichen Inhalts der Eidesformel. Ja, die Auskunft, die Dittmann jetzt gegeben hat, macht die Sache ja viel schlimmer, als ich sie aufgefaßt habe.

Vorsitzender Leinert:

Das ist nicht mehr persönlich.

Ledebour:

Denn ich hatte ihm nur vorgeworfen — das ist eben das Persönliche — (große Heiterkeit) daß sie die Eidesformel auf die Regierung und auf die Republik allgemein genannt vorgenommen hätten.

Über die Motive, die die 6 Volksbeauftragten hierbei geleitet haben, habe ich kein Wort des Tadels gesagt, weil ich sie ja gar nicht kannte. Genosse Dittmann hat aber jetzt die Einschränkung der Eidesformel auf die 6 Volksbeauftragten motiviert, die Motive angegeben dahin, daß wir ja in den Augen der Soldaten so diskreditiert gewesen wären, daß man den Vollzugsrat nicht in die Eidesformel hätte hineinziehen können. (Glocke des Vorsitzenden. — Vorsitzender: Das ist keine persönliche Bemerkung!) — Ja, Parteigenossen, das ist eine persönliche Bemerkung (Lachen), weil es klarstellt, daß meine Angriffe auf Dittmann noch viel zu wenig scharf gewesen sind (Heiterkeit und Sehr richtig!); denn diese Diskreditierung des Vollzugsrates, die zweifellos in weiten Kreisen der Soldaten besteht, die hier auch in der Korona von Soldatenräten bei jeder Gelegenheit (Unruhe und Widerspruch) zutage tritt, ist die Hauptschuld der Volksbeauftragten (Widerspruch — Glocke des Vorsitzenden), die systematisch darauf hingearbeitet haben, den Vollzugsrat zu widerlegen.

Vorsitzender Leinert:

Ich muß Sie bitten, wenn geklingelt wird, einen Augenblick innezuhalten. Das wissen Sie doch als Abgeordneter. Das Letzte war keine persönliche Bemerkung, und ich bitte Sie, halten Sie sich an den Rahmen der persönlichen Bemerkung (Zurufe); Sie kennen die Einschränkungen sehr wohl.

Ich nehme nicht einen Augenblick an, daß Genosse Ledebour mit dem Ausdruck „Korona" eine herabsetzende Bemerkung hat machen wollen. Das ist keine Beleidigung, und deshalb bitte ich, sich darüber nicht aufzuregen.

Zur Fortsetzung seiner persönlichen Bemerkung hat das Wort Genosse Ledebour.

Ledebour (fortfahrend):

Parteigenossen! Ich hätte nur gewünscht, daß der Vorsitzende mir wenigstens den Spielraum geben würde, den er jedem anderen Redner, welcher hier eine persönliche Bemerkung gemacht hat, gestattet hat. Ich werde aber diese Sache noch in anderer Weise klarstellen können. Ich glaube, gerade der Widerspruch, der sich bei Ihnen erhoben hat, ist der volle Beweis dafür, wie selbst in Ihren Augen Genosse Dittmann sich und seine Kollegen diskreditiert hat. (Glocke des Vorsitzenden — Vorsitzender: Ich bitte doch, nur persönliche Bemerkungen zu machen!) Dann hat der Genosse Dittmann seine Darstellung über die Vorgeschichte der Revolution, die ich bemängelt hatte, zu rechtfertigen gesucht. Er hat, glaube ich, wörtlich so ziemlich alles wieder verlesen, was er gesagt hatte, und nach jedem Satze hinzugefügt: Ist es denn nicht richtig? — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Genosse Ledebour, Sie können nur sagen, was er gegen Sie gesagt hat. Sie können aber in einer persönlichen Bemerkung nicht Darstellungen des Genossen Dittmann richtigstellen, die zu Ihren Ausführungen nicht in Beziehung stehen.

Ledebour:

Die ganzen Ausführungen sind von mir angegriffen worden als ein Beweis dafür, daß der Genosse Dittmann einen falschen Eindruck über die Entstehung der Revolution zu erzielen gesucht hat, um seine jetzige Stellung zu rechtfertigen.

Vorsitzender Leinert:

Das ist ganz richtig, Genosse Ledebour. Nun erlauben Sie mal — (Ledebour: Unerhört!) — Nein, das ist nicht unerhört. Erlauben Sie einen Augenblick! Sie dürfen aus den Äußerungen des Genossen Dittmann nicht dasjenige richtigstellen und sich dagegen verteidigen, was mit Ihren Äußerungen im Widerspruch steht, sondern was der Genosse Dittmann aus Ihren Äußerungen falsch dargestellt hat. (Sehr richtig!)

Ledebour:

Das ist eine Einschränkung der persönlichen Bemerkung, die in keinem Parlamente üblich ist: ich muß das richtigstellen können, was Dittmann mir gegenüber fälschlich behauptet hat!

Vorsitzender Leinert:

Dazu haben Sie ja das Wort.

Ledebour (fortfahrend):

Dann unterbrechen Sie mich doch nicht fortwährend in so sinnloser Weise! (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Genosse Ledebour, ich muß mir verbitten, daß Sie es hier unternehmen, zu sagen, ich unterbreche Sie in sinnloser Weise. (Sehr richtig!) Ebenso wie Sie es sich verbitten würden, wenn ich sagte, daß Sie in sinnloser Weise versuchten, die persönliche Bemerkung zu sachlicher Debatte zu verdrehen. Das mache ich nicht, ich muß mir aber auch verbitten, daß Sie solche Bemerkungen machen. (Lebhaftes Sehr richtig.)

Ledebour (fortfahrend):

Genosse Dittmann hat mit seinem Versuche, meine Ausführungen zu entkräften, indem er alle Sätze einzeln vorlas und jedesmal fragte: Ist denn das nicht richtig? — Nur den Beweis für die alte Wahrheit geliefert, daß man eine ganze Anzahl an sich richtiger Behauptungen zusammenreimen kann und doch in toto, im ganzen zusammengefaßt, eine schreiende Unwahrheit damit sagt. Das einzige wirklich unwahre Wort, was er in seinen Ausführungen gesagt hat, war: der Aufstand sei ohne Direktiven entstanden. (Widerspruch.) Du hast den Ausdruck gebraucht: ohne Direktiven. Das ist das einzig Unwahre. Der ganze Zusammenhang leitete daraufhin, daß der Glaube erweckt werden mußte bei Leuten, die von der Geschichte nichts wissen, als ob ganz brutal, ohne Einfluß auf irgend eine politische Partei, ohne jede Vorbereitungen aus der Situation heraus, plötzlich die Arbeiter und Soldaten die Geschichte gestürzt haben. Das ist absolut unwahr. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Das ist keine persönliche Bemerkung. (Sehr richtig!) Persönlich wäre es, wenn Sie zurückweisen würden, daß Dittmann gesagt habe, ohne Ihre Mitbeteiligung wäre die Revolution nicht gekommen. So aber haben Sie sachliche Ausführungen gemacht, und das kann ich nicht zulassen. (Sehr richtig!)

Ledebour (fortfahrend):

Diese Ausführungen sind in Bezug auf meine Ausführungen gemacht. Wenn er meinen Namen nicht damit verknüpft hat — (Rufe: Schluß!) — Ich verbitte mir das. Wie können Sie sich erlauben, Schluß zu rufen! (Erneute Rufe: Schluß! — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Ich bin hier nicht nur, um den Redner auf den Gegenstand der Verhandlungen zurückzuweisen, sondern ich habe hier auch die Pflicht, dem Redner Gehör zu verschaffen. Ich bitte Sie, überlassen Sie es mir, den Rahmen der persönlichen Bemerkung zu beschränken.

Ledebour (fortfahrend):

Schlimmer als der Vorsitzende verfährt, habe ich es noch niemals von einem Reichstagspräsidenten erlebt, in der Beschränkung der persönlichen Bemerkungen. Niemals! Dittmann hat mich angegriffen wegen meiner Ausführungen; er hat ungefähr eine halbe Stunde gesprochen; er hat fortwährend meine Behauptungen bemängelt und Beweise dagegen auszuführen versucht. Es entspricht dem parlamentarischen Gebrauch, daß man diese falschen Behauptungen, die gegen mich gerichtet sind, richtig stellt, und ich verbitte mir nun ein für allemal, daß, wenn ich mich im Rahmen dieser persönlichen Bemerkung halte, ich fortgesetzt vom Vorsitzenden unterbrochen werde, und daß Sie diesen Vergewaltigungsversuchen Ihre Zustimmung geben. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Genosse Ledebour, beschränken Sie sich doch darauf, parlamentarische Ausdrücke zu gebrauchen. Von Vergewaltigungsversuchen ist gar keine Rede, aber vergewaltigen Sie auch nicht die Geschäftsordnung; ich bitte, fahren Sie fort.

Ledebour (fortfahrend):

Parteigenossen, der Genosse Dittmann hat sodann durch Ausführungen, die er aus einem Buch von Bebel verlas, den Beweis zu führen versucht, daß ich und meine Freunde eine ganz falsche Auffassung solcher revolutionären Situationen hier vertreten will. Die Ausführungen aus Bebel kann man ohne

weiteres an sich für richtig halten; sie beweisen für diese Situation eben absolut garnichts (Sehr richtig!), und ich will nur, indem ich mir weiteres für eine andere Gelegenheit vorbehalte, sagen, daß die gesamten Ausführungen Dittmanns nur vollauf meine Diagnose seines Verhaltens bekräftigt haben, daß er nämlich, um seine gegenwärtige Fusionspolitik, diese Verschmelzungspolitik, die darauf hinausführt, die notwendigen prinzipiellen Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie zur Fortführung einer wirklichen revolutionären Bewegung zu durchkreuzen, — ich sage, daß er diese Ausführungen gemacht hat, um seine gegenwärtige Haltung zu rechtfertigen und deshalb ganz falsche Darstellungen der vorhergehenden Vorgänge gegeben hat. Daß er Ihren Beifall erzielen würde, das war ja selbstverständlich. In unsern Augen ist er damit aber gerichtet. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Limbertz-Essen:

Genossen! Genosse Müller glaubte, sich gegen die Kritik wenden zu müssen, die ich eingangs der Diskussion an dem Verhalten des Vollzugsrats übte, und hat dabei festgestellt, daß einer der **Kuriere**, der zu uns **nach Essen** kam, sich als dummer Kerl erwies, so daß wir im Begriff standen, ihn verhaften zu lassen — inzwischen war er verschwunden — ein Abgesandter des Demobilmachungsamtes gewesen sei. Ich stelle fest, daß dieser Kurier sich vorstellte als Beauftragter des Berliner Vollzugsrates, daß auch aus seiner Legitimation gar nichts anderes hervorging. Es hätte aus seiner Legitimation hervorgehen müssen, daß er als Beauftragter des Demobilmachungsamtes kam. So hat er uns bei der Stadtverwaltung und vor den christlichen Gewerkschaften als Beauftragter des Berliner Vollzugsrats gründlich blamiert. Deshalb unsere Empörung über die von mir schon hervorgehobene Geldverschwendung und mangelhafte Organisationsarbeit des Vollzugsrats. Ich habe kein Wort zurückzunehmen.

Richard Müller:

Genossen! Der Genosse Scheidemann wirft mir vor, ich hätte neue Anklagen erhoben und mein Schlußwort mißbraucht. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich nur, nachdem Landsberg versucht hat, meine vorherigen Ausführungen zu widerlegen, diese durch neue Tatsachen erhärtet habe.

Limbertz hält seine Behauptung aufrecht, daß der **Kurier** im Auftrag des Vollzugsrats gekommen sei. Das ist nicht wahr. Wenn der Mann sich als im Auftrag des Vollzugsrats erscheinend bezeichnet hat, so hat er unrecht: er hat dem Vollzugsrat etwas unterstellt, was nicht der Wahrheit entspricht. Wir können unmöglich für alles verantwortlich gemacht werden, was dem Vollzugsrat unberechtigterweise an die Rockschöße gehängt wird.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat den Vorwurf erhoben und will beweisen, daß wir 30 000 Mark für **Depeschen des Wolffschen Büros** ausgegeben haben. Da muß ich erklären, daß diese Depeschen und Bekanntmachungen von uns amtlich verschickt worden sind. Ich habe auch nicht gefragt, wieviel Depeschen die Regierung hinausgeschickt hat und wieviel sie dafür zahlen muß. (Sehr richtig!)

Der Volksbeauftragte Scheidemann hält weiter die Behauptung aufrecht, daß sich das Wolffsche Büro unter unserer Kontrolle befindet, daß wir einen Genossen dorthin geschickt haben. Ich stelle fest, daß wir, als wir dazu berechtigt waren, diese Instanz zu kontrollieren, einen Mann aus dem „Vorwärts" und einen Mann aus der „Freiheit" ins Wolff-Büro zur Kontrolle des Betriebs schickten. Also ein Vorwurf kann uns nicht gemacht werden.

Genosse Landsberg versucht nochmals zu behaupten, Walz sei von uns verhaftet worden — ich habe in meinem Schlußwort behauptet, Walz ist sofort von uns verhaftet worden; mehr konnten wir nicht tun — nicht auf Grund seiner Tätigkeit im Kriegsministerium, sondern weil er noch andere Dinge gemacht habe. Die Verhaftung Walz' erfolgte, nachdem wir, auf seine Tätigkeit im Kriegsministerium aufmerksam gemacht, eine Untersuchung einleiteten, in Verbindung mit den Fällen im Kriegsministerium und auf Grund anderer ermittelter Fälle erfolgte seine Verhaftung.

Landsberg macht mir weiter den Vorwurf, ich hätte **Unterschriften** gegeben, ohne die Schriftstücke zu lesen. Ich stelle fest, daß dasselbe nicht nur ich, sondern auch die Volksbeauftragten Ebert und **Haase getan** haben. Also soll er seine Vorwürfe dorthin richten, die stehen ihm näher.

Genosse Scheidemann bestreitet dann meine Ausführungen über die **Hauptfunkleitung**. Er habe im Gegenteil alles versucht, dieses Institut lebensfähig zu erhalten. Demgegenüber stelle ich fest: am 29. November erschien die erste Lüge über die Hauptfunkleitung, und zwar, daß sich diese Hauptfunkleitung in den Händen der Spartakusse befände. Wir haben uns sofort mit der Regierung in Verbindung gesetzt, wir haben täglich vom Morgen bis zum Abend die Regierung zu veranlassen gesucht, ein Dementi herauszugeben. Es bestand die größte Gefahr, daß dieses wichtigste

Instrument des Nachrichtendienstes wieder zerschlagen würde. Ich frage Herrn Scheidemann: warum hat es 5 Tage gedauert, bis sich die Regierung entschlossen hat, ein Dementi herauszugeben, trotzdem wir täglich vom Morgen bis zum Abend darauf gedrängt haben? (Hört, hört!)

Erst am 3. Dezember hat sich die Regierung bequemt, ein Dementi zu erlassen, das von Ebert und Haase unterschrieben ist.

(Volksbeauftragter Barth: Nach einer stürmischen Sitzung! — Hört, hört!)

— Bitte, das ist auch bezeichnend. Das Berliner Tageblatt, das dieses Dementi brachte, erklärte im Anschluß daran folgendes —

(Vorsitzender Leinert: Aber Sie können doch nicht sachliche Ausführungen machen!)

Ich muß das hier erklären, damit ich beweisen kann, daß Herr Scheidemann nicht ganz unschuldig an dieser Sache ist.

(Vorsitzender Leinert: Nein, das können Sie nicht beweisen, Sie dürfen nur beweisen, daß das, was Sie gesagt haben, richtig ist; aber Sie können nicht beweisen, daß das, was der andere gesagt hat, falsch ist.)

Der Vorsitzende hat zweifellos recht. Ich habe vorhin erklärt, Herr Scheidemann sei der Schuldige. Herr Scheidemann hat das in seiner persönlichen Bemerkung bestritten, also habe ich das Recht, nachzuweisen, daß er tatsächlich der Schuldige ist. (Heiterkeit.) Nachdem also dieses Dementi erlassen war, schrieb das Berliner Tageblatt folgendes:

> Zu dieser Erklärung möchten wir bemerken, daß die amtlichen Stellen gut täten, ihre Meinungen über diese Angelegenheit in Einklang zu bringen; denn sie sind in der Frage, in wessen Händen sich die Funkleitung befindet, verschiedener Meinung gewesen.

Also Sie sehen, daß die Sache doch nicht ganz so ist, wie es Herr Scheidemann darstellt. (Lebhafter Beifall.)

Volksbeauftragter Dittmann (persönliche Bemerkung):

Ich bedaure, daß mich der Genosse Ledebour zu einer persönlichen Bemerkung ihm gegenüber zwingt. Genosse Ledebour hat mir wiederum vorgeworfen, ich hätte über die **Entstehung der Revolution** eine falsche Darstellung gegeben. Er sagte: Ich hätte ausdrücklich erklärt, daß die Revolution ohne Direktiven von irgend einer Stelle vor sich gegangen sei. Ich bedaure, daß mich der Genosse Ledebour permanent mißverstanden hat. (Heiterkeit.) Diese Bemerkung von den nicht vorhanden gewesenen Direktiven habe ich nicht in bezug auf den Ausbruch der Revolution gemacht, sondern in bezug auf das Zusammenschließen der beiden sozialistischen Parteien in den Arbeiter- und Soldaten-Räten und in den Regierungen. In dieser Beziehung habe ich gesagt, Genosse Ledebour, der friedliche und ruhige Verlauf der Bewegung, **nachdem sie schon da war**, ist eine Frucht der sozialistischen Schulung der Massen und beruht auf dem Willen der Massen zu zielbewußter politischer Aktion. Dann habe ich gesagt: spontan und elementar ohne Kommando und ohne Direktiven von irgend welchen Leitungen haben die Massen allerart dazu gedrängt, nämlich zu der zielbewußten politischen Aktion. Ich habe hinzugesetzt: die beiden sozialistischen Parteien wurden durch den Massenwillen gezwungen, gemeinsam die Arbeiter- und Soldatenräte, gemeinsam die Regierung zu bilden. (Zuruf.) Ich will hier nicht polemisieren, ich halte mich im Rahmen einer persönlichen Bemerkung, sonst könnte ich auch auf die zahlreichen Beispiele für das Zusammengehen hinweisen, ehe die gemeinsame Reichsregierung gebildet war. (Sehr richtig!) Nun weiter, Genossen! Ledebour hat in bezug auf die Truppenvereidigung gesagt, ich hätte erklärt, als Motiv für die Eidesformel sei auch in Betracht gekommen, daß der Vollzugsrat ja so sehr diskreditiert sei. Nein, Genosse Ledebour, ich habe nicht gesagt, das sei ein Motiv bei der Beschlußfassung gewesen, sondern diese Bemerkung habe ich als eine persönliche Auffassung geäußert, die ich hier bekommen habe, wonach eine Vereidigung auf den Vollzugsrat nicht die beabsichtigte Wirkung gehabt hätte. Ich habe ausdrücklich erklärt, es handle sich darum, die Truppen **gegen eine Konterrevolution zu binden**, und am sichersten sei dieser gewollte Zweck meines Erachtens zu erreichen gewesen dadurch, daß man sich lediglich darauf beschränkt hätte, zu sagen: Auf die einige deutsche Republik und die gegenwärtige Regierung. Ich habe hinzugefügt, es handle sich nicht darum, den Truppen eine rechtliche Auseinandersetzung ihres Eides zu geben und ihnen auseinanderzusetzen, wie jetzt die Kompetenzverhältnisse im Reiche gestaltet sind. Das habe ich vorher gesagt, nichts anderes, und das möchte ich lediglich wiederholt haben. Ich beschränke mich auch hier auf den Rahmen der persönlichen Bemerkung, indem ich keine weiteren Ausführungen mache.

Dann hat Ledebour von **Verschmelzungspolitik** gesprochen. Auch den Ausdruck muß ich zurückweisen. Ich stelle fest, daß ich von Verschmelzungspolitik kein Wort gesprochen habe. Ich habe lediglich eine **einheitliche politische Aktion** gefordert, wobei es Sache der Parteien ist, diese Aktion zustande zu bringen. Ich habe nicht von Verschmelzung gesprochen, sondern gesagt, es komme darauf an, bei den Wahlen zur Nationalversammlung,

wo das Grundgesetz für die künftige Gestaltung des deutschen Reiches geschaffen werden soll, eine einheitliche geschlossene Aktion des ganzen Proletariats zustande zu bringen. Diesen Standpunkt habe ich hier vertreten, und auf diesem Standpunkt bleibe ich stehen. (Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Genosse Reinartz.

Reinartz-Cassel:

Das Mitglied des Vollzugsrat Däumig hat sich mit meiner Person beschäftigt. — — — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Genosse Reinartz, es ist nur möglich, in bezug auf das Schlußwort persönliche Bemerkungen zu machen. Im Schlußwort hat der Genosse Däumig nicht gesprochen. Ich kann Ihnen zu einer persönlichen Bemerkung nicht das Wort erteilen. (Widerspruch des Vorredners.) — Ja, das ist ganz gleichgültig, wann Sie die persönliche Bemerkung gemacht haben. Sie können die persönliche Bemerkung nur zu einem Gegenstande machen, der zur Beratung steht. Sie sind wahrscheinlich bei der Beratung über die Angelegenheit des Soldatenrates angegriffen worden. Diese steht jetzt nicht zur Besprechung. (Zurufe.) — Nein, sie steht jetzt nicht zur Besprechung. Wenn die Besprechung wieder aufgenommen und beendet sein wird, können Sie eine persönliche Bemerkung machen.

(Zuruf von Reinartz: Ich habe mich sofort gemeldet!)

— Ich habe Ihnen ja gesagt: Sie können die persönliche Bemerkung machen, wenn der Gegenstand wieder auf die Tagesordnung gesetzt und die Debatte geschlossen ist, aber Sie können die persönliche Bemerkung nicht zu einem anderen Gegenstande der Tagesordnung machen.

Zur persönlichen Bemerkung hat das Wort der Genosse Ledebour.

Ledebour:

Genossen, Dittmann hat sich bei seinen Bemühungen, das Verhalten seiner Kollegen bei Festsetzung der Eidesformel meinen Ausführungen gegenüber zu rechtfertigen, darauf zurückgezogen, das sei sein eigener Gedanke dabei gewesen (Genosse Dittmann: Hier im Saale, wie Du Deine Ausführungen machtest) schön, oder nachträglich, das kommt auf dasselbe hinaus. Wann Du die Erklärung für eine Handlung ausbrichst, ist ganz gleichgültig; es liegt darin für Dich die Motivierung für die Ausschließung, übrigens hatte ich nicht gesagt: des Vollzugsrats, sondern: des Systems der Arbeiter- und Soldatenräte (Sehr richtig!) einschließlich des Vollzugsrats, das habe ich bemängelt, und Deine Motivierung, die Du als Deinen eigenen Gedankengang vorträgst — ob die andern Deiner Kollegen denselben Gedankengang gehabt haben, kann ich natürlich nicht feststellen, ich kann mich nur an die Motivierung halten, die hier von einem der Leute vorgebracht ist — diese Motivierung beweist eben vollinhaltlich, daß meine Diagnose richtig war, daß wenigstens Dittmann diese Ausschließung für begründet hält, weil der Vollzugsrat in den Augen der Soldaten diskreditiert sei. Das ist der ganz klare Gedanke Dittmanns; und diese Diskreditierung — das ist eben das Skandalöse — ist systematisch von den Leuten herbeizuführen versucht worden.

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Das letzte war keine persönliche Bemerkung.

Ledebour (fortfahrend):

Ich komme dann auf die Versuche Dittmanns, seine Darstellung der Vorgeschichte der Revolution zu rechtfertigen.

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Genosse Ledebour, das können Sie nicht in einer persönlichen Bemerkung machen; Sie können nicht die Darlegungen des Genossen Dittmann über die Vorgeschichte der Revolution in einer persönlichen Bemerkung behandeln. Sie können nur das behandeln, was er Ihnen zum Vorwurf gemacht hat. (Zuruf: Ich denke, wir machen Mittag und lassen den allein hier reden! — Sehr richtig! — Zurufe.)

Ledebour (fortfahrend):

Laufen Sie doch raus, wir brauchen Sie nicht. (Zurufe.) Dittmann hat seine ganzen Ausführungen gemacht, um meine Darstellung zu entkräften. Er hat sie unrichtig dargestellt, und das muß ich berichtigen können, indem ich die Unrichtigkeit seiner Ausführungen nachweise. Aber ich enthalte mich jedes weiteren Eingehens. Ich appelliere einfach an die Leser des stenographischen Berichts seiner Rede. Nicht vorbeeinflußte Leute, sondern objektive Leser werden daraus den Schluß ziehen, den ich gezogen habe, daß Dittmann systematisch eine falsche Darstellung der Vor-

173

geschichte gegeben und seine eigene Partei diskreditiert hat, um seine Fusions- oder Verschmelzungs- oder Anbiederungsbestrebungen — auf den Ausdruck kommt es mir gar nicht an — zu rechtfertigen. Das war der Grund seiner falschen Darstellung, und die Geschichte und die Parteigenossen werden über Dich richten. (Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Ich habe Ihnen zunächst noch folgende **Mitteilungen** zu machen:

Die Abstimmung über die Anträge zu diesem Gegenstande wird nach Beendigung der Mittagspause, bei Beginn der nächsten Sitzung erfolgen.

Dann hat sich eine Fraktion der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten gebildet. Sie hält eine Sitzung eine Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung in Saal 5 ab.

Ferner ist eine Fraktionssitzung der Mehrheitssozialdemokraten auf heute nachmittag, eine Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung, festgesetzt.

174

Eine Sitzung der A.- und S.-Räte-Delegierten der Unabhängigen Fraktion findet heute abend 8 Uhr in Saal 14 statt.

Die Soldatenfraktion hat eine Besprechung eine Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung in Saal 6.

Die demokratische Fraktion hat heute eine Sitzung eine Stunde vor Beginn der Nachmittagssitzung in Saal 5.

Auf Zimmer 25 hat ein Delegierter aus Cöln seine Aktentasche aufbewahrt und noch nicht wieder abgeholt. Wahrscheinlich hat der Genosse die Zimmernummer vergessen.

Die Genossen und Kameraden vom A.- und S.-Rat Solingen werden zu einer Besprechung heute Abend nach Schluß des Plenums in den Ministersaal gebeten.

Dann mache ich die Fraktionen darauf aufmerksam, daß eine Deputation der Elisabether erschienen ist. Ich bitte die Fraktionsvorstände, sofort Delegierte zu entsenden, damit mit dieser Deputation verhandelt werden kann.

Die Nachmittagssitzung beginnt um 4½ Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.)

6. Sitzung.

Mittwoch, den 18. Dezember 1918, nachmittags.

Beginn der Sitzung 4 Uhr 30 Minuten.

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Vor der Abstimmung über die Anträge zu Punkt 1 habe ich noch zwei Erklärungen zu verlesen.

Der Genosse Vieß erklärt zu den **Mitteilungen Wegmanns** vom Vollzugsrat, daß die **Anschuldigung, die Kommandantur Berlin betreffend**, nicht richtig ist.

Ebenso wie der Vollzugsrat erklärt, daß er nicht für dieses und jenes verantwortlich gemacht werden könne, muß auch die Kommandantur dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Bei einem Personal von 600 Personen, die in 20 verschiedenen Abteilungen sind, läßt sich nicht verhüten, daß durch den Fehler eines Unverantwortlichen auch ein Mißgriff vorkommt, wie ihn der Fall Marten darstellt. Ich kann aus eigener Anschauung behaupten, daß Wels von der Tätigkeit des Marten in der Kommandantur bei einer ad hoc eingerichteten Abteilung, die sich nur mit Wohltätigkeit zu beschäftigen hatte (Truppenempfang), nicht informiert war. Die Tätigkeit Martens hat sich auch nur auf zwei bis drei Tage erstreckt. Marten ist nicht mit Wissen Wels' freigelassen worden, sondern von einem mit der Materie nicht bekannten Offizier, der auch wieder im besten Glauben handelte und die glaubwürdig klingenden Erklärungen Martens als ausreichend für seine Freilassung ansah. Diese Freilassung muß als **fahrlässig** bezeichnet werden. Ich bin Zeuge gewesen von dem Eindruck und Schreck, den Wels bekam, als er von der Unterredung im Vollzugsrat zurückkehrte und mit Genugtuung erklärte: Marten ist verhaftet, und nun auf der Kommandantur erfuhr, daß Marten vor wenigen Minuten verhaftet, vorgeführt und freigelassen worden sei. Wels hat sofort alles getan, daß Marten sofort wieder verhaftet wurde, und zu diesem Zweck nicht nur eine, sondern sogar mehrere Patrouillen ausgesandt. **Vieß.**

Die Erklärung geht zu Protokoll.

Dann eine Erklärung des **Soldatenrats des Stellvertretenden Generalstabes** Berlin, gezeichnet Heilbronn, Seuwen, **zum Finanzbericht** des Vollzugsratsmitgliedes Mayuz:

Als ersten Posten unter „Einnahmen" des Vollzugsrats vermerkte das Vollzugsratsmitglied Mayuz in der gestrigen Rätesitzung **450 000 Francs**, die ihm von einem gewissen **Ettisch** überwiesen seien.

Hierzu bemerken wir: 600 000 Francs wurden am 11. November widerrechtlich von einem Herrn Dette, der bevollmächtigt war von den Herren Barth und Ledebour, den Generalstab zu besetzen, beschlagnahmt. Das Mitglied des Soldatenrats Heilbronn begab sich sofort zum Herrn Ettisch, damals im Sicherheitsausschuß, und forderte Überweisung des Geldes an die Reichsbank auf Konto „Generalstab" oder „Auswärtiges Amt". Heilbronn gab auch Herrn Mayuz Nachricht, daß das Geld **widerrechtlich beschlagnahmt** und keinesfalls für Zwecke des Vollzugsrats zu verwenden sei. Wir sprechen dem Vollzugsrat das Recht ab, über unsere Köpfe hinweg und ohne sich auch mit dem Generalstab in Verbindung zu setzen, über jene Gelder zu verfügen, und verlangen **Rückerstattung** dieser Summe an den Generalstab.

Arbeiter- und Soldatenrat
gez. Heilbronn Seuwen

Auch diese Erklärung geht zu Protokoll.

Wir kommen nun zur

Abstimmung über die Anträge zu Punkt 1.

Dazu will ich folgendes bemerken: Es liegen zwei Anträge vor, und zwar der Antrag **Laufenberg**, Drucksache Nr. 6, und der Antrag **Lüdemann** und Genossen, der wohl noch nicht gedruckt vorliegt. Soweit ich sehe, ist die Drucksache noch nicht erschienen; es ist Antrag Nr. 14.

Über diese beiden Anträge werde ich zuletzt abstimmen lassen.

Diejenigen Anträge, die noch nicht verteilt sind, werde ich verlesen.

Zunächst werde ich abstimmen lassen über einen Antrag **Lewiné-Essen**, dann über den Antrag **Könen-Halle**, Drucksache Nr. 8, dann über den Antrag **Ziegler-Württemberg**, Drucksache Nr. 2. (Zurufe: Nr. 8 ist nicht verteilt! Vorlesen!)

Ich habe 250 Anträge nachdrucken lassen, die auch verteilt worden sind. Ich hoffe, daß Sie alle die Anträge haben. (Widerspruch.) — Genossen, ich werde die Anträge vor der Abstimmung verlesen.

Dann lasse ich abstimmen über den Antrag auf Drucksache Nr. 3, dann über einen Antrag **Gener** und Genossen, dann über einen Antrag **Barth** und dann über einen Antrag Löhle, Konstanz (Baden):

Die Volksbeauftragten haben dahin zu wirken, daß die Waffenstillstandskommission bis zum Vorfrieden in allererster Linie den Gefangenenaustausch festsetzt und mit allen Mitteln danach trachtet, unseren Genossen und Kameraden bald die Freiheit zu bringen.

Friedrich Löhle. Ludwig Hammerschlag. Reinh. Zumtobel. Dr. Wilhelm Seitz. R. Horter. Frasunkiwicz. Freudenberger. Thein. Kluge. Eder. Pfitsch. El. Becker. Schreck. Michel. Müller.

Darauf werde ich über den Antrag Lüdemann und Genossen abstimmen lassen und endlich, wenn dieser Antrag abgelehnt werden sollte, über den Antrag Laufenberg. **Durch die Abstimmung über den Antrag Lüdemann wird der Antrag Laufenberg erledigt sein.**

Der Kongreß ist mit dieser Art der Abstimmung einverstanden.

Wir kommen nun zur

Abstimmung

über den Ihnen nicht gedruckt vorliegenden Antrag.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands erklärt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf die systematische Vernichtung der Macht der A.- und S.-Räte hinausläuft und dadurch zur Verstärkung der Gegenrevolution dient.

Lewiné-Essen. Kretzen-Solingen. Ernst Seidel. E. Schütz. Heckert.

Wer für den Antrag stimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zu dem

Antrag Koenen-Halle.

Hierzu teilt mir Genosse Koenen mit, daß er beantrage, diesen Antrag dem Zentralrat zu überweisen. Der Antrag befindet sich auf Drucksache Nr. 8. Ich werde ihn verlesen:

Um für die Preßfreiheit allen Bevölkerungsschichten die ökonomischen Voraussetzungen gleichmäßig sicherzustellen, müssen den großkapitalistischen industriellen Meinungsfabriken Beschränkungen ihres ökonomischen Übergewichts auferlegt werden. Es soll mit Gesetzeskraft verkündet werden, daß Herausgeber von Tageszeitungen in ihrer Geschäftsführung unter Reichskontrolle stehen, und daß ihnen nur noch 4 Proz. Verzinsung ihres Anlagekapitals pro Jahr zusteht, und zwar mit Rückwirkung auf das laufende Geschäftsjahr. Jeder höhere Überschuß ist der Reichskasse verfallen.

Dann kommt die Begründung. (Siehe Anlage.) — Wer dafür ist, daß dieser Antrag dem Zentralrat überwiesen wird, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Der Antrag Ziegler-Württemberg. Drucksache Nr. 2, der sich mit den Delegierten der russischen Räterepublik beschäftigt, ist zurückgenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Braß und Gen., Drucksache Nr. 3:

Der Rätekongreß wolle beschließen, sofort alle Maßnahmen zur Entwaffnung der Gegenrevolution zu ergreifen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen. (Bravo!)

Wir kommen jetzt zu dem Antrag Geyer und Gen., der nicht in den Drucksachen enthalten ist, den ich jetzt verlese:

Der Kongreß wolle beschließen:

1. Der militärische Grenzschutz im Westen wird sofort aufgehoben.
2. Den Grenzschutz übernimmt ein von den A.- und S.-Räten gebildeter Sicherheitsdienst.

Wer für diesen Antrag stimmen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. (Geschieht.) Das ist zweifelhaft; ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Jetzt steht die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt. (Hört, hört!)

Wir kommen jetzt zu dem Antrage Barth:

Der Rätekongreß möge beschließen, jedweden Grenzschutz, soweit er nicht zur Demobilisation notwendig ist, sofort im Osten wie im Westen aufzuheben.

Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren.

Alle Offiziere sind bei der Ankunft in der Garnison sofort zu entlassen, wobei die Kosten zur Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu übernehmen und den älteren oder kranken Offizieren eine Pension zu zahlen ist.

Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen.

Wer von Ihnen für den Antrag stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über folgenden Antrag Löhle.

Die Konferenz möge beschließen: Die Volksbeauftragten haben dahin zu wirken, daß die Waffenstillstandskommission bis zum Vorfrieden in allererste Linie den Gefangenenaustausch setzt und mit allen Mitteln danach trachtet, unseren Genossen und Kameraden bald die Freiheit zu bringen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Er ist, soweit ich übersehe, einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die beiden Anträge Lüdemann und Laufenberg.

Der Antrag Lüdemann lautet:

1. Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.
2. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Volksbeauftragten des Reiches und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch der Volksbeauftragten Preußens.
3. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.

gez. Lüdemann. Kahmann. Severing.

Der Antrag Laufenberg lautet:

Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberste Macht den A.- u. S.-Räten zu.

Als Vertreter der A.- und S.-Räte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung.

Als Träger der Souveränität des Reichs hat er das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive.

Der Kongreß verlangt das sofortige Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Er wählt eine Kommission, die ihm über die Ersetzung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet.

Ich werde zuerst über den Antrag Lüdemann abstimmen lassen. Wird er angenommen, ist Antrag Laufenberg erledigt.

177

Wer dafür ist, daß **Antrag Lüdemann** angenommen wird, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist **angenommen.**

Damit ist der **Antrag Laufenberg erledigt** und ebenso der erste Punkt der Tagesordnung.

Es liegt noch ein **Antrag Weber-Halberstadt**, Nr. 9, vor:

Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches sind verpflichtet, über die von ihnen veraus gabten Gelder dem neu zu wählenden Vollzugsrat des Reiches Rechenschaft abzulegen.

Weber. Koch. Haupt-Brandenburg. Wernicke. Severing.

Es wird beantragt, diesen Antrag hier zur Abstimmung zu bringen. Ich hatte die Absicht, den Antrag Nr. 9 beim Punkt: Wahl des Vollzugsrates und Nationalversammlung, zur Abstimmung zu bringen. Die Antragsteller wünschen aber jetzt Abstimmung darüber. Ich habe nichts dagegen zu erinnern und der Kongreß auch nicht. Wir werden also darüber abstimmen.

Wer Antrag 9 annehmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag ist **angenommen.**

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Geyer.

Die Behandlung des abgelehnten Antrags Laufenberg.

Geyer-Leipzig:

Genossen, ich kann mich der Auffassung des Vorsitzenden, daß durch die Abstimmung über den Antrag Lüdemann der

Antrag Laufenberg

in allen seinen Teilen erledigt sei, nicht anschließen. (Sehr richtig!) Unserer Auffassung nach ist der Schlußabsatz des Antrages Laufenberg, der lautet:

> Der Kongreß verlangt das sofortige **Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.** Er wählt eine **Kommission**, die ihm über die Ersetzung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet

durch die Annahme des Antrages Lüdemann nicht erledigt. Ich bitte also, über diesen Schlußabsatz des Antrages Laufenberg abstimmen zu lassen.

H. Laufenberg-Hamburg:

Genossen, der Antrag, den ich eingereicht habe, ist durch den Antrag Lüdemann auch in seinen anderen Teilen nicht erledigt. Der zweite Absatz des Antrages, den ich eingebracht habe, lautet:

> Als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß **Besitz von der politischen Gewalt** und übernimmt ihre **Ausübung.**

Ich meine, daß der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte es **doch** namentlich nach dem, was wir hier erledigt haben in der Debatte — — —

(Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Wir können jetzt nicht in eine Debatte eintreten, Sie können höchstens nachweisen, daß durch den angenommenen Antrag Lüdemann der Absatz 2 nicht erledigt ist, aber auf die Materie dürfen Sie nicht eingehen.

H. Laufenberg-Hamburg:

Das war auch nicht meine Absicht. Ich wollte lediglich betonen, daß der Kongreß, der hier zusammengetreten ist, es doch unmöglich ablehnen kann, von der politischen Gewalt, die ihm durch die Revolution zugefallen ist, Besitz zu ergreifen. (Sehr richtig!) Das würde doch darin liegen, wenn Sie es ablehnen, überhaupt über den Antrag abzustimmen.

Vorsitzender Leinert:

Ich muß nochmals sagen, Sie befinden sich tatsächlich in der sachlichen Debatte. Das geht nicht, ich kann Sie nicht weiterreden lassen, wenn Sie nochmals auf die Materie eingehen wollen. Was Sie in der Geschäftsordnung sagen können, ist lediglich, daß der Wortlaut Ihres Antrages nicht durch den Wortlaut des andern gedeckt sei.

H. Laufenberg-Hamburg:

Ich meine auch, ich tue nichts anderes, als daß ich das sage **Der dritte Absatz lautet:**

178

> Als Träger der Souveränität des Reiches hat der Kongreß das **Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht** gegenüber der Exekutive.

Das ist etwas ganz anderes, als was in dem Antrage Lüdemann steht. Ich möchte nochmals darauf aufmerksam machen und nachträglich unterstreichen, daß der materielle Inhalt des Antrages, den ich gestellt habe, in seinen drei entscheidenden Teilen durch den Antrag Lüdemann **in keiner Weise berührt** wird und erledigt ist.

Vorsitzender Leinert:

Ich möchte dazu folgendes sagen: Ich habe vorhin, als ich den Abstimmungsmodus darlegte, erklärt: Durch den Antrag Lüdemann wird **der Antrag Laufenberg erledigt.** (Rufe: Da haben wir protestiert!) Es ist dagegen **kein Widerspruch** erhoben. (Rufe: Doch, doch! — Unruhe.) Aber, Genossen, ich habe tatsächlich keinen Widerspruch gehört — bitte, lassen Sie mich einen Augenblick ausreden, es soll jeder zu seinem Recht kommen; glauben Sie ja nicht, daß ich hier irgendwie ungerecht verfahren will —, ich habe gesagt: Der Kongreß ist **mit der Abstimmung einverstanden.** Dagegen ist nichts gesagt worden. (Widerspruch.) Jetzt wird gesagt, es sei Widerspruch erhoben worden. Wenn Widerspruch erhoben worden wäre, so daß er vernehmbar war, dann, glauben Sie sicher, hätte ich auf den Widerspruch geantwortet, daß nichts im Wege steht, auch über diesen Antrag abzustimmen.

Aber ich bin Ihnen eine kleine Erklärung schuldig, aus welchen Gründen ich zu dieser Auffassung gekommen bin. Der Antrag Lüdemann erklärt, daß der Kongreß die gesamte politische Gewalt repräsentiert und diese Gewalt bis zur anderweitigen Regelung auf den Rat der Volksbeauftragten **überträgt.** Infolgedessen entfällt der Absatz 2 des Antrages des Genossen Laufenberg, daß die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland, und zwar der Kongreß von dieser politischen Gewalt Besitz ergreift und ihre **Ausübung übernimmt**, nachdem beschlossen worden ist, diese Gewalt auf die Volksbeauftragten zu übertragen.

Dann der letzte Absatz:

> Der Kongreß verlangt das sofortige **Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder.**

Dieser Absatz ist dadurch erledigt, daß es in Absatz 3 des Antrages Lüdemann heißt:

> Zur Überwachung **der Geschäftsführung** in den Reichsämtern werden vom Rate der Volksbeauftragten **Beigeordnete** der Staatssekretäre bestimmt

und daß es in Absatz 2 heißt, daß diesem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte das **Recht der Berufung und Abberufung** der Volksbeauftragten übertragen ist. Demzufolge erledigt es sich, wenn der Kongreß den **Auftrag an den Rat erteilt**, hier darüber abzustimmen, ob bürgerliche Mitglieder sofort ausscheiden müssen. Ich glaube, geschäftsordnungsmäßig richtig verfahren zu haben. (Zustimmung.) — Ich kann also feststellen, daß der Kongreß mit meiner Auslegung einverstanden ist. (Widerspruch.) Die Abstimmung ist erledigt. (Rufe: Abstimmen lassen!) — Wünschen Sie wirklich, daß abgestimmt wird, so habe ich nichts dagegen. Sie sehen also, daß Ihnen keinerlei Gewalt angetan wird und daß diejenigen, die für den Antrag Laufenberg stimmen wollen, ihre Meinung zum Ausdruck bringen können.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Geyer.

Geyer-Leipzig:

Genossen, im Falle der Abstimmung über den Antrag Laufenberg beantrage ich, daß sie **namentlich** erfolgt.

Vorsitzender Leinert:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Kahmann.

Kahmann-Dresden:

Ich wünschte nur, daß eine Abstimmung darüber erfolgt, ob dieser Kongreß die Behandlung der Anträge, wie sie durch den Vorsitzenden erfolgt, anerkennt. Ich zweifle nicht daran, daß der Kongreß in seiner großen Mehrheit der Auslegung des Vorsitzenden sich durchaus anschließt. An und für sich liegen die Dinge so, daß der Vorsitzende gefragt hat, ob der Kongreß damit einverstanden ist, daß, wenn der Antrag Lüdemann angenommen ist, der Antrag Laufenberg als erledigt gilt. (Sehr richtig!) **Bei der ersten Anfrage ist kein Widerspruch erfolgt;** (Widerspruch) erst bei der zweiten Anfrage hat sich Widerspruch erhoben. Wäre Ihre Ansicht richtig, daß bei der ersten Anfrage ein Widerspruch erfolgt ist,

dann wäre zweifellos Laufenberg gekommen und hätte das Wort verlangt, um zu dieser Frage zu sprechen. Aus diesem Grunde ist das Recht durchaus auf Seiten des Vorsitzenden, und ich nehme an, daß der Kongreß sich vollständig auf dessen Seite stellt.

Vorsitzender Leinert:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Braß.

Otto Braß-Remscheid:

Nach den Ausführungen des Vorredners würde das **Recht der Minorität** überhaupt nicht zur Geltung kommen. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung: wenn von drüben zugerufen wird, daß dagegen protestiert worden ist, dann haben Sie das dadurch zu respektieren, indem dann die Abstimmung wiederholt wird. Wenn dazu namentliche Abstimmung beantragt wird, so ist das ein so elementares parlamentarisches Recht, daß Sie sich dem doch nicht widersetzen sollten.

Vorsitzender Leinert:

Ich lasse über den Antrag abstimmen. (**Ledebour:** Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!) — Ich kann dem Genossen Ledebour das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilen. Nach den Abmachungen und dem Beschluß des Kongresses können **zur Geschäftsordnung nur die Vorsitzenden der Fraktionen** reden. (Ledebour: Das bezieht sich auf die Delegierten, aber nicht auf uns!) — **Die Regierung und der Vollzugsausschuß haben sich in die Geschäfte des Kongresses überhaupt nicht einzumischen.** (Stürmischer Beifall.) Vom Genossen Kahmann ist beantragt worden (Zuruf Ledebour: Unglaublich!) — Genosse Ledebour, ich möchte Sie doch bitten, nicht solche Ausdrücke zu gebrauchen, wie, es sei unglaublich. Ich möchte einmal sehen, wenn im früheren Reichstage die Regierung sich in die Geschäfte des Reichstags eingemischt hätte, was Sie dann gesagt hätten. (Sehr richtig!)

Also wir kommen zur **Abstimmung.** Der Genosse Kahmann hat den Antrag gestellt, geschäftsordnungsmäßig darüber abzustimmen, ob der Kongreß mit meiner Erledigung der Anträge einverstanden ist. (Große Unruhe.) Aber nun lassen Sie mich ausreden! (Erneute Zurufe!) Sie wissen ja gar nicht, was ich sagen will. Lassen Sie mich doch erst ausreden, ich habe doch dasselbe Recht, zu reden, wie Sie. — Der Genosse Kahmann hat beantragt, daß darüber abgestimmt werden soll, ob der Kongreß mit meiner Erledigung der Anträge einverstanden ist. Das würde bedeuten, daß die Abstimmung wiederholt wird. Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären. Von dem Genossen Geyer ist namens der Unabhängigen Fraktion beantragt worden, daß namentliche Abstimmung stattfinden soll. Der Antrag bedarf der Unterstützung von mindestens 50 Teilnehmern. Ich bitte diejenigen, welche den **Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen** wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht. — Zuruf: Bisher sind doch zur Unterstützung dieser Anträge nur 20 Personen nötig gewesen!) — Lesen Sie bitte die Geschäftsordnung! — Die Unterstützung reicht aus; **die Abstimmung ist namentlich.**

Wir kommen zur Abstimmung. Es kann nur die Präsenzliste, die vorläufig ausliegt, zur Grundlage der Abstimmung genommen werden. (Unruhe.) Ich bitte aber um Ruhe. Lassen Sie mich doch erst einmal die Geschäfte abwickeln; jeder kann seinen Willen nicht bekommen — Die Abstimmung kann erfolgen nach der **vorläufig vorliegenden Präsenzliste.** Es können in dieser Präsenzliste einige Unrichtigkeiten sein; die lassen sich aber beim Aufruf des Namens richtigstellen. — (Pause.) Es wird beantragt, die **Abstimmung zu vertagen,** bis die Präsenzliste endgültig hergestellt ist. (Sehr gut!) Wortmeldungen dazu liegen nicht vor; ich lasse darüber abstimmen. Ich bitte diejenigen, welche die Abstimmung bis zur endgültigen Feststellung der Präsenzliste **vertagen** wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen worden.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Braß.

Feststellung zu den abgelehnten Anträgen über Grenzschutz.

Braß-Remscheid:

Ich möchte nur eine Feststellung machen.

Sie haben vorhin den Antrag abgelehnt, zu dem die Begründung nicht gegeben werden konnte, ob im Westen oder Osten der Grenzschutz durch unsere eigenen Truppen aufrecht erhalten werden oder den Sicherheitsmannschaften der A. und S.-Räte übertragen werden sollte. Ich möchte festgestellt sehen, ob Sie damit als Ihren Willen zum Ausdruck gebracht haben, daß die gestern von mir vorgetragene **Bestimmung des VII. A.-K.** aufrecht erhalten werden soll, wonach mit der Errichtung des Grenzschutzes durch die Truppen in diesen Gebieten die **Auflösung der A.-** und S.-Räte einbegriffen ist. (Allgemeine Rufe: Nein!) Sie sind also damit einverstanden, daß diese Verfügung zurückgezogen wird? (Allgemeine Zustimmung!)

Vorsitzender Leinert:

Genosse Braß, Feststellungen müssen vom Vorstand gemacht werden. Ich möchte bloß feststellen: es ist nur über die Anträge, aber nicht darüber abgestimmt worden, ob Ausführungen eines Redners von den Volksbeauftragten beachtet werden sollen. Das halte ich für ganz selbstverständlich.

Die Forderungen der Berliner Truppen.

Antrag Lamp'l („Die Hamburger Punkte").

Über die Anträge, die **militärische Angelegenheiten** betreffen, und die soeben im Buchdruck verteilt worden sind, habe ich zunächst folgendes zu sagen: Nach Abbruch unserer Verhandlungen ist **eine frei gewählte Kommission** des Kongresses zusammengetreten, die Ihnen den **neuen Antrag,** unterzeichnet „Lamp'l-Hamburg" vorgelegt hat. Es wird zweckmäßig sein, wenn wir ein Mitglied dieser Kommission hören, aus welchen Gründen sie zu diesem Antrage gekommen ist. Bericht darüber will der Genosse, Volksbeauftragter Haase erstatten.

Anträge der freigewählten Kommission.

Volksbeauftragter Haase:

Zu der Kommission, die sich aus Mitgliedern der Delegation, die gestern abend hier im Saale erschien, und aus Vertretern der Soldatenräte zusammensetzte, ist auch der Rat der Volksbeauftragten hinzugezogen worden; für ihn nahmen an den Beratungen der Kommission mein Kollege Ebert und ich teil. Die Kommission hat unter meinem Vorsitz getagt und hat die Ihnen gedruckt vorliegenden Anträge unter Ziffer 1 bis 7 (siehe Anlage) sowie die Ziffern 1 und 2 des Abänderungsantrages Nr. 2, Geyer und Gen. angenommen.

Sie sehen sofort, daß die Grundlage der Beratung der Antrag auf Drucks. Nr. 14 gebildet hat, der von Hamburg ausgeht und gestern bereits hier begründet worden ist.

Eine lebhaftere Erörterung hat sich in der Kommission darüber entwickelt, wem die

oberste Kommandogewalt

zustehen solle. Es war der Antrag gestellt worden, die oberste Kommandogewalt einem obersten Soldatenrat zu übertragen. Schließlich hat die gesamte Kommission sich der Erkenntnis nicht entziehen können, daß eine solche Regelung unmöglich sei; die oberste Kommandogewalt kann nur einer Regierungsbehörde übertragen werden, und es ist Einstimmigkeit darüber erzielt worden, daß Ihnen gemäß dem Vorschlage von Hamburg unterbreitet werden soll, daß die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine die

Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates

ausüben sollen.

Über alle anderen Punkte wurde ebenfalls Einstimmigkeit erzielt. In Ziffer 3 ist lediglich eine formale Änderung vorgenommen worden, indem anstelle von „Offiziere" das Wort „Führer" gesetzt worden ist. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht mehr die Offiziere im alten Sinne, sondern die nunmehr von den Mannschaften gewählten Personen als ihre Vorgesetzten, ihre Führer, zu gelten hätten.

Es war streitig geblieben, ob diese Anträge lediglich als Richtlinien zu gelten hätten, wie Hamburg es vorschlug, oder ob sie sofort in Kraft treten sollten. Die Kommission hat sich dahin entschieden, daß die unter Ziffer 1 bis 7 enthaltenen Bestimmungen **sofort in Kraft gesetzt** werden sollten und nicht nur als Leitsätze zu dienen hätten.

Die Abänderungsanträge Nr. 2, die firmiert sind Geyer und Genossen, wurden ebenfalls angenommen. Sie beziehen sich darauf, daß abgesehen von der obersten

Kommandogewalt noch die Frage zu prüfen sei, wem die **Kommandogewalt in den Garnisonen** zusteht, und die Kommission hat sich dahin schlüssig gemacht, daß sie in den Garnisonen den **örtlichen A.- und S.-Räten** zu übertragen sei.

Es wurde dann die Frage aufgeworfen, wie diejenigen Militärangelegenheiten zu behandeln seien, die **allen Garnisonen gemeinsam zustehen.** In dieser Beziehung wurde der Beschluß dahin gefaßt, daß solche Angelegenheiten von dem Rat der **Volksbeauftragten** als dem Träger der obersten Kommandogewalt **im Verein mit den delegierten Vertretern** der sämtlichen in Betracht kommenden Teile erledigt werden sollen.

Ich habe dem Kongreß lediglich namens der Kommission diese Mitteilungen zu machen und stelle dem Kongreß anheim, wie er sich zu dieser Frage stellt.

Vorsitzender **Leinert**:

Wir fahren in der Rednerliste fort, die heute morgen aufgestellt worden ist.

Zuvor will ich aber ein Telegramm verlesen:

Bei den

Gemeinderatswahlen in der Stadt Braunschweig

erhielt Liste 1 14 000 Stimmen (deutsche Volkspartei), Liste 2 17 500 (demokratische Partei), Liste 3 16 500 Stimmen (Mehrheitssozialisten), Liste 4 23 000 Stimmen (U. S. P.)

Das Wort hat Noske.

Beigeordneter zum Reichsmarineamt Noske:

Ich habe als Beigeordneter zum Reichsmarineamt lediglich ganz kurze Feststellungen zu treffen. Genosse Dänmig hat heute vormittag bemängelt, daß **bei der Marine** nicht in dem Maße **Entlassungen** vorgenommen wurden, wie es wünschenswert sei. Ich kann feststellen, daß in einer Aussprache, die heute im Marineamt zwischen den zwei Beigeordneten und dem Staatssekretär stattgefunden hat, zum Ausdruck gekommen ist, daß wir den Wunsch haben, mit den Entlassungen **so rasch als möglich** fortzufahren und daß lediglich vorläufig bis zu einer weiteren Regelung der Wachverhältnisse diejenigen Mannschaften zurückbehalten werden, die zur Bewachung des außerordentlich wertvollen, für uns unentbehrlichen Materials notwendig sind.

Ich habe dann weiter noch ganz kurz darauf hinzuweisen, daß die Behauptung des Genossen Tost, wir Beigeordnete zum Reichsmarineamt hätten uns mit der Etablierung des

53er Ausschusses

in Berlin einverstanden erklärt, nicht den Tatsachen entspricht. Notwendig war in den ersten Tagen der Revolution eine rasche Verständigung der Kameraden der großen Marinedivisionen über einheitliches Handeln. Dazu habe ich allerdings selbst beigetragen. Jetzt beschäftigt sich der 53er Ausschuß nach meinen Beobachtungen seit Wochen mit **politischen Problemen.** Bei den Kameraden der Ostseestationen wurde immer hervorgehoben, daß die **technische Arbeit** in Berlin **zu kurz** kommt. Dagegen hat, wie ich glaube einschalten zu dürfen, auch der Kieler oberste Soldatenrat scharf Protest erhoben. Die jetzige Handhabung des Geschäftsverkehrs des 53er Ausschusses führt zu einer geradezu

unerträglichen Verschleppung der wichtigsten Angelegenheiten.

Telegramme, die rasch beantwortet werden müssen, und ebenso, wie andere eilige Sachen, z. B. auch solche Dinge, die die **Waffenstillstandsverhandlungen zur See** betreffen, **tagelang unerledigt** geblieben. (Hört, hört!) Ich führe aus den letzten Tagen ein einziges Beispiel an. Im Marinekabinett ist derjenige Vertrauensmann, ohne dessen Unterschrift dort wichtige Angelegenheiten

nicht erledigt werden können, drei Tage, vom 14. bis zum 17., überhaupt nicht im Amt erschienen, und infolgedessen sind eine ganze Anzahl von wichtigen Sachen unerledigt geblieben. (Rufe: Unerhört!)

Der große Überwachungsapparat im Marineamt sollte übrigens dieser Tage noch durch eine elfköpfige Arbeiterkommission vermehrt werden, so daß ein **Parlament von 64 Köpfen im Marineamt** gesessen hätte. (Rufe: Unerhört!) Das muß nach meiner festen Überzeugung beträchtlich verkleinert werden, wenn nicht die Interessen des Reiches, der Marinemannschaften unersetzlichen Schaden leiden sollen. (Bravo! und Händeklatschen!)

Robert Pfaff-Kiel:

Genossen! Ich kann im allgemeinen, da zufälligerweise unser Gouverneur aus Kiel gesprochen hat, nur den Ausführungen über den 53er Ausschuß beipflichten. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Apparat von 53 Köpfen, wie er augenblicklich im Reichsmarineamt vertreten ist, viel zu groß ist. Es passierte uns aber auch, wie an vielen Stellen, daß, als die Sache an uns herantrat, der Ausschuß übereilt gewählt wurde. Es sind schon Auswechselungen vorgenommen worden, so daß schon gesiebt worden ist. Mit der Tätigkeit des 53er Ausschusses ist aber die Ostseestation nicht einverstanden. Wir haben bis jetzt etwas Wichtiges oder eine Direktive vom Reichsmarineamt durch den 53er Ausschuß überhaupt noch nicht bekommen. (Hört, hört!) Was wir gemacht haben, haben wir aus eigener Initiative getan.

Also, wie gesagt, ich möchte darauf hinweisen, daß nach dem Grundsatz verfahren werden muß:

weniger Köpfe, aber möglichst gute Köpfe

an die richtige Stelle. Dann werden wir ohne weiteres die Ziele erreichen, die wir erreichen wollen. Aber wenn wir nun auf den Haufen losgehen und in der Welt herumfunzeln, dann bleiben wir auf der Stelle, auf der wir waren, und kriegen nichts Wichtiges heraus. Ich bin also ein Gegner des 53er Ausschusses ebenso wie einer Besetzung des Vollzugsrats mit 60 oder 80 Personen. Wir sollten vernünftige Leute aussuchen, die Sachkenntnis haben, dann kriegen wir etwas heraus. Wenn wir uns nur blamieren und immer den nächsten Besten an eine Stelle setzen, kommen wir zu kurz und machen uns nur lächerlich gegenüber den bürgerlichen Parteien und der Reaktion.

Die andere Sache, die der Berliner Kamerad anführte, betreffend die **Berliner Kommandantur**, liegt, wie ich sagen muß, an den Berlinern selbst. Aber wir sind es schon allmählich gewöhnt, persönliche Anfechtungen und Streitigkeiten über die Berliner Organisation anzuhören. (Sehr richtig!) Wir müssen allgemein mehr Wert darauf legen, und ich hoffe, nachdem unser Vorsitzender die Geschichte soweit gemacht hat, daß die Leute aus der Provinz und dem Reich zu Wort kommen.

Wenn die Berliner die Organisation nicht durchführen können, müssen sie sich ein Beispiel nehmen und sich dies Beispiel aus der Provinz und dem Reich geben lassen. (Händeklatschen.) Dann kriegen sie das, was sie brauchen; so wie sie es machen, bekommen sie nichts. Sie wollen uns immer ihr Beispiel geben und sagen, so sollen wir es machen; sie sollten hingehen, wo die **Revolte begonnen hat**, wo sie längst in die richtige Bahn gelenkt ist; dort sollten sie **Erfahrungen** sammeln, wie die Revolution unter Kontrolle gestellt wird. Wenn in Berlin die Kontrolle über die Stadtkommandantur nicht in Ihrer Hand liegt, dann haben sie eben geschlafen. Wir in Kiel haben sie in der Hand, und der Stadtkommandant macht nichts, wo nicht unser Mitglied aus dem Soldaten-

rat dabei ist bezw. den Befehl unterzeichnet. Bezüglich der **Offiziere** standen wir in Kiel auf dem Standpunkt, daß auch wir im allgemeinen die Kommandogewalt in gewisser Beziehung bei uns aufrechterhielten. Wir wollten durch den Ausbruch der Revolte die Herzen der Soldaten mit den Herzen des Proletariats zusammenschlagen lassen. Aus dem Grunde müssen wir aber auch daran denken, daß wir uns in der Beziehung so verhalten, wie es sich gehört. Nachdem sich die Herzen der Kameraden und des Proletariats gefunden haben, wollen wir auch nach außen in jeder Beziehung einig sein. Denn das Proletariat wird anerkennen müssen, daß wir eine Revolte nicht hätten ansetzen können, wenn wir in Kiel nicht zur rechten Zeit angefangen hätten. Auf der anderen Seite müssen sie aber einsehen, daß zur Erhaltung der Revolte das Zusammengehen und das weitere Zusammenhalten des Proletariats nötig ist. Infolgedessen gehören im allgemeinen die Herzen beider zusammen.

Ich möchte deshalb meinen, daß wir manches, was wir erringen wollen, zurückstellen müssen, daß wir nach außen geschlossen dastehen müssen und nicht persönliche oder Parteiinteressen, Kleinlichkeiten hineinwerfen dürfen und nicht Kraftproben für diejenigen Sachen machen dürfen, die nachher in den Fraktionen ausgefochten werden können. Wir haben die Offiziere als Beiräte, als Beratende bei den Soldatenräten hinzugezogen. (Sehr gut!) Wir haben zum Beispiel den Genossen Noske als Gouverneur in Kiel; er hat den Apparat in der Hand und hat einen Admiral als Beirat: wir wollen ihm Vertrauen schenken und uns von ihm nicht über den Löffel barbieren lassen. Genau so wie es auch bei uns in der Partei geschieht: wir haben im Vorstande drei beratende Mitglieder. Wir lassen uns kein X für ein U machen. Bei jedem Offizier, der uns Vorschläge macht über die technische Ausbildung, müssen wir anerkennen, daß er, ebenso wie wir als Schlosser, sagen kann, er hat den Beruf erlernt, — natürlich haben die Offiziere ihren Beruf erlernt, wir müssen von ihnen lernen, müssen ihnen die Stellungnahme zugestehen, — aber wir geben dann die Befehle heraus.

Aber in bezug auf Kleinigkeiten, zum Beispiel **Rangabzeichen**, haben wir auch einen ganz anderen Standpunkt. Wir betrachten sie als lächerlich, in gewisser Beziehung aber sogar als ganz nett. Denn bis wir geregelte Verhältnisse haben, stehen wir auf dem Standpunkt, daß jeder, der eine große Ehre darauf legt, die Abzeichen zu tragen, viel besser erkenntlich ist als einer, der alle Abzeichen ablegt. (Heiterkeit.) Glauben Sie sicher: wenn einer noch seinen Stolz darein setzt, daß er Orden und Ehrenzeichen trägt, na, laßt ihm doch das Vergnügen, das hat mit der Sache nichts zu tun; wir wollen uns nur festigen. (Bravo!) Und wie ich sage: wenn Offiziere da sind, warum sollen und wollen wir uns blamieren? Wir können eventuell einen Menschen hinsetzen an eine Stelle, der erst zeigen soll, was er kann. Wir wollen uns einig sein und, wie wir es im Anfang der Revolte gemacht haben, gleich den Mann an die richtige Stelle stellen: freie Bahn jedem Tüchtigen. Aber laßt sie auch arbeiten. Warum sollen wir Geld für Gehalt, Pensionen und alles zahlen für Faulenzer. Laßt sie das tun; warum sollen wir uns hinsetzen und Bücherwürmer werden? Bürokraten haben wir genug. Laßt sie ihr Geld allein verdienen. Wir wollen sie kontrollieren, daß sie keine Dummheiten machen. Wir haben uns gesagt, daß wir die Leute haben müssen. Als die englische Kommission in Kiel ankam, waren, wie Sie wissen, zwei Mitglieder unseres Soldatenrates zum Empfang auf dem Bahnhof: wenn die Mitglieder der Kommission auch etwas schief auf die rote Kokarde blickten, so gewöhnten sie sich doch

an die Farbe. Beratungen haben nicht stattgefunden; es war nur eine Besichtigungskommission. Aber sie sind schön mit unseren Leuten durch die Straßen gegangen, an Bord gefahren und haben alles gesehen. Also die Sachen sind im allgemeinen nicht so gefährlich. Aber **wir mußten die Offiziere haben.** — Friedrichsort lehnte z. B. grundsätzlich jede Annahme eines Offiziers ab. Wir waren aber gezwungen, und es wurde in unsere Hände gelegt, daß man tatsächlich bei der Geschichte Offiziere aussuchen sollte, die das Vertrauen in Friedrichsort genossen. Die Soldaten von Friedrichsort legten nachher in die Hände von zwei unserer Mitglieder, Offiziere auszusuchen, und die Geschichte ging friedlich von statten. Also wie gesagt, ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir sachlich am weitesten kommen, jeden da arbeiten zu lassen, solange er seine Stelle ausfüllt. Wir stehen auch in Kiel auf dem Standpunkt. Und glauben Sie sicher — Sie werden es alle wissen — daß, bevor Sie in Berlin anfingen, wir beinah schon lange fertig waren; da hatten wir die Revolte schon beinahe vergessen gehabt. (Heiterkeit.) Aber wir haben tatsächlich bei der ganzen Geschichte die Offiziere ruhig an der Stelle gelassen, haben sie arbeiten lassen, ebenso wie die Beamten, so daß **wir lediglich als Kontrollmenschen** dastehen, nicht als Arbeitspferde. Wir sollen die Revolte sichern und nicht dastehen und durchlesen, wenn einer vier Wochen Urlaub beantragt; Schreiberseelen wollen wir nicht ausbilden, dazu sind wir nicht da, dazu haben wir Kräfte genug; wenn sie das gelernt haben, laßt sie! Aber, wie gesagt, laßt sie da sein und es durchführen, und laßt die Berliner das als Beispiel annehmen und die Organisation so zusammenstellen wie die Kieler, und ich hoffe, daß die Frankfurter auch schon weiter sind als die Berliner. Lassen Sie uns nicht immer persönliche Streitigkeiten von Berlin hören, sondern als Vertreter der Reichskonferenz sachlich für ein gutes Gedeihen und für ein gutes Ende in der sozialistischen Republik arbeiten; lassen Sie uns in dem Sinne zusammenstehen, dann kriegen wir auch Offiziere her und kriegen alles andere. Lassen Sie uns nicht bei Kleinigkeiten aufhalten, sondern ganzes Werk liefern, nachdem wir uns zum erstenmal hier als tonangebende Konferenz des Deutschen Reiches zusammengefunden haben. (Bravo!)

Vorsitzender Leinert:

Neben dem Antrage der freigebildeten Kommission werden hier die Anträge auf Drucksachen Nr. 7, 14 und 15 mitverhandelt, ebenso der **Antrag Lüdemann:**

Der Rat der Volksbeauftragten ist berechtigt, den örtlichen, die militärische Kommandogewalt ausübenden Soldatenräten einen oder mehrere Vertrauenspersonen beizugeben.

Das Wort hat der Genosse Braß.

Braß-Remscheid:

Parteigenossen! Es wird mir gerade mitgeteilt, daß das **Generalkommando in Münster** und gestern auch das in Düsseldorf angeordnet haben, sämtliche **Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen.** (Hört, hört!) Ich gebe Ihnen diese Mitteilung wieder, um dadurch meinen Ausführungen einen Hintergrund zu geben.

Zu den Anträgen, die der Genosse Leinert eben genannt hat, die bei diesem Punkte noch verhandelt werden sollen, kann ich leider nicht sprechen.

Der Antrag der freigebildeten Kommission ist heute morgen mit den Berliner Delegierten der Garnison verhandelt und zum Abschluß gebracht worden, und ich bitte Sie, ihn so einstimmig anzunehmen, wie er heute morgen angenommen worden ist. Dabei bitte ich Sie, einige Punkte zu beachten.

Es heißt hier unter Nr. 3, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in der Überzeugung, daß die unterstellten

Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und **Führern** im Dienste usw., — und in dem Antrage Lüdemann heißt es unter Absatz 3 wiederum „die Vorgesetzten". Alle Soldaten sträuben sich gegen dieses Wort, und ich bitte Sie, dieses Wort nicht zu nehmen. Es ist heute morgen von der Berliner Soldatenvertretung lebhaft gegen dieses Wort „Vorgesetzte" protestiert und gebeten worden, es durch das Wort „Führer" zu ersetzen, weil sie selbstgewählte Führer haben wollen.

Dann heißt es in Punkt 6 des gedruckt vorliegenden Antrages:

> **Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden** und Beamte in Offiziersrang k ö n n e n usw.

In dem Antrage Lüdemann und Genossen heißt es: „sind" zu übernehmen. Das Material, das uns heute die Berliner Vertreter vorlegten, kann ich nicht bearbeiten, ich kann aber versichern, daß es sehr umfangreich ist, so daß es notwendig ist, auch hier anstelle des Wortes „sind" „können" zu setzen.

Parteigenossen! Es ist doch allen bekannt, daß in den einzelnen Abteilungen nicht die Offiziere die Sachen allein machen, sondern meist machen die unteren Angestellten, die unteren Intendanturbeamten die wirkliche Arbeit, und die Offiziere — ich will nicht alle damit nennen — geben dann zum Schluß uns ihre Unterschrift. (Sehr richtig!) Deswegen muß den in Betracht kommenden Soldatenräten die Möglichkeit gegeben werden, anders zu handeln, man darf sie nicht zwingen, die Offiziere zu belassen, sondern man muß sagen, sie **können** belassen werden, soweit nicht andere befähigte Beamte dort sind.

Dann ist ein Antrag Lamp'l-Hamburg/Lüdemann als Abänderungsantrag zu Nr. 1 eingegangen. Ich vermisse, daß bei der Drucklegung der Abänderungsantrag Nr. 2 nicht an den ersten Punkt des Antrages der vom Kongreß frei gebildeten Kommission angefügt worden ist. Heute morgen ist das einstimmig beschlossen worden. Wahrscheinlich liegt ein Versehen des Büros vor. Als Absatz 1 kommt die Fassung in Frage:

> In den **Garnisonen** liegt die **Kommandogewalt** in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte,

und das ist nur natürlich: wenn wir eine Zentralgewalt haben, müssen wir in der örtlichen Organisation auch wissen, wer die Kommandogewalt dort hat, und können sie dort nicht in den Händen der Ortskommandanten und der Generalkommandos belassen, sondern müssen sie auch dort den Arbeiter- und Soldatenräten übertragen, sonst würde der Aufbau nicht richtig sein. Wir können doch nicht den Hut auf etwas setzen, worunter der Mann nicht steht.

Dann ist Absatz 2 angenommen worden:

> **Militärische Angelegenheiten**, die **allen Garnisonen gemeinsam** sind, werden von den Trägern der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnison erledigt.

Auch dieser Absatz ist zu Punkt 1 des Antrages der freigewählten Kommission einstimmig angenommen worden, und ich bitte dringend, dies bei der Abstimmung zu berücksichtigen und beide Absätze zu Punkt 1 hinzuzunehmen, weil sonst das ganze Gerippe nicht vollständig sein würde. Wir würden wohl den Kopf geschaffen haben, aber nicht das Fundament. Es ist notwendig, daß, wenn die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine den Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats ausgeliefert ist, hierzu auch die Vertreter der Soldaten hinzugezogen werden in wichtigen Angelegenheiten, die die Allgemeinheit des Reiches betreffen, soweit sie militärischer Natur sind, daß ein Delegiertenrat aus den einzelnen Garnisonen hinzugezogen wird, womit das gemeinsam beraten werden muß.

Parteigenossen! Ich bitte also, in diesem Sinne zu verfahren. Noch eins. Es ist ein Abänderungsantrag Nr. 1 eingegangen, daß die vorstehenden Beschlüsse lediglich als Richtlinien zu gelten haben. Die Delegierten, die sich Ihnen hier gestern vorgestellt haben, haben mit aller Macht heute morgen dagegen protestiert, daß das Richtlinien sind, und ihr Protest war um so wuchtiger, als sie vorher eine Unsumme von Material vorgetragen haben, daß alle ihre Anträge und Beschwerden, die bisher vorgebracht worden sind, nicht so erledigt worden sind, so daß sie zu dem Mittel, was sie gestern angewandt haben, gezwungen waren. (Sehr richtig!) Deshalb können und dürfen wir seitens des Kongresses den Wunsch, den nicht allein die Berliner Garnison hat, sondern den alle Soldaten haben, **nicht als Richtlinien, sondern** müssen ihn **als Beschluß** und Festsetzung der heutigen Reichskonferenz hinausgehen lassen. Dann können die Klagen nicht mehr vorgebracht werden, wie heute morgen die Berliner das an unzähligen Beispielen nachwiesen, daß die Offiziere — freilich mit Recht — sich darauf berufen: wo steht das geschrieben, daß wir so handeln müssen? wo haben Sie eine Anweisung dazu? — Die Soldatenräte geben sich Mühe, in diese Verwaltungsangelegenheiten hineinzukommen, mitzuarbeiten, ihr Mitbestimmungsrecht geltend zu machen, aber sie haben keine reale Grundlage, um sich auf irgend etwas berufen zu können. Das war der bisherige Fehler der Volksbeauftragten, daß sie nicht etwas Festes herausgaben, um den Soldatenräten ein Fundament zu geben, von wo aus sie ihre Tätigkeit ausüben konnten. Deswegen warne ich sie dringend davor, diesem Antrag stattzugeben, sonst tritt das ein, was die Berliner Delegierten heute — und ich meine mit Recht — erklärten, daß die Sache wieder auf den Sanktnimmerleinstag verschoben wird. Wir können uns sonst in den einzelnen Kasernen und Garnisonen wieder mit den Offizieren herumschlagen.

Parteigenossen, es wurde weiter gesagt, daß die Berliner Garnisonen in einzelnen Kasernen bei einzelnen Regimentern bereits dazu übergegangen sind, sich selbst Hilfe zu schaffen; sie haben diese Richtlinien bereits durchgeführt. (Bravo!) Sie sagen aber mit vollem Recht, daß sie für die Zukunft nicht Ungesetzlichkeiten begehen, sondern eine feste Grundlage haben wollen, um nach diesen Richtlinien verfahren zu können. Nehmen wir aber den Abänderungsantrag Nr. 1 an, so dokumentieren wir, daß das erst Richtlinien sind und erst in späterer Zeit — das kann vielleicht noch fernliegen — etwas Stabiles geschaffen wird. Wenn daher diese beiden Worte ausgemerzt werden, können wir die Richtlinien mit dem Abänderungsantrag annehmen, daß in den Garnisonen die Kommandogewalt in den Händen örtlicher Soldatenräte liegt, und zweitens, die militärischen Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von der Trägerin der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnison erledigt. Wenn wir das heute als Beschluß des Kongresses dokumentiert haben, dann kommen die Zusammenstöße, wie sie bisher gekommen sind, nicht mehr vor, dann haben die Soldaten, was wir ihnen zu geben verpflichtet sind. Dann erledigt sich auch die Angelegenheit, die ich eingangs betont habe, daß ein Generalkommando dazu übergehen kann, selbstherrlich die Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen. Deshalb bitte ich Sie dringend, den Abänderungsantrag Nr. 1 abzulehnen und die Anträge so anzunehmen, wie ich sie Ihnen dargelegt habe. (Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Ich möchte bekanntgeben, daß die Delegierten Trinkaus, Kuhn, Mattens gebeten werden, nach Schluß der Sitzung zu einer Besprechung mit den Delegierten der Ostfront im Zimmer 28 zu erscheinen.

Dann habe ich bei Beginn des Kongresses den Delegierten mitgeteilt, daß auf Zimmer 53 die Postsachen ausliegen. Es ist eine große Reihe von Briefen und Telegrammen da, die nicht abgeholt worden sind, wobei ich bemerke, daß Sie nun nicht alle nach Zimmer 53 weglaufen sollen.

Lamp'l-Hamburg:

Kameraden und Genossen! Mit den Ausführungen des Genossen Braß kann ich mich zum Teil einverstanden erklären, wenigstens bezüglich des Abänderungsantrages Nr. 1. In Hamburg haben wir schon die 7 Punkte durchgeführt. Vorläufig ist der Erfolg gewesen, daß die Offiziere des Generalkommandos die Arbeit niedergelegt haben. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn wir die Offiziere in Hamburg über den eigentlichen Sinn dieses Antrages aufklären, der von ihnen zum Teil mißverstanden ist, daß sie dann als Facharbeiter sozusagen beim Generalkommando weiter arbeiten. Ich meine, daß wir **diese 7 Punkte hier zum Beschluß erheben** können, wenngleich ich erklären muß, daß die Bedenken der Regierung, die gestern geäußert sind, nicht ungerechtfertigt sind. Andererseits aber legen die Truppen so großen Wert auf diese einzelnen Punkte, daß ich es für praktisch halte, diese 7 Sätze hier zum Beschluß zu erheben, also den Abänderungsantrag Nr. 1 nicht mitanzunehmen.

Nun zum Abänderungsantrag Nr. 2. Da kann ich mich den Ausführungen des Genossen Braß in keiner Weise anschließen: Wenn wir sagen: In den Garnisonen liegt die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen A.- und S.-Räte, dann wird nach meiner Ansicht die Kommandogewalt der Regierung aufgehoben und dem Separatismus in einzelnen deutschen Landen Vorschub geleistet. Ich vermisse im Abänderungsantrag Nr. 2 die Unterstellung der lokalen A.- und S.-Räte unter die Reichsleitung und unter den Vollzugsrat.

Weiter heißt es im Abänderungsantrag Nr. 2: Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind — ich vermisse die Berücksichtigung der Interessen der Fronttruppen — werden von der Trägerin in der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnisonen erledigt. Wir haben vorhin gehört, wie der 53er Ausschuß der Marine arbeitet. Aus demselben Grunde halte ich es für unpraktisch, einen Obersten deutschen Soldatenrat zu gründen und wieder eine neue Instanz in dem Delegiertenrat der Garnisonen zu schaffen. Wenn in den zu gründenden Vollzugsrat Delegierte der Soldatenräte hineingewählt werden, dann sind diese doch dafür zuständig, die Regelung dieser militärischen Angelegenheiten durch das Kriegsministerium zu kontrollieren. Ich befürchte auch nicht, daß nachher die A.- und S.-Räte aufgelöst werden. (Widerspruch.) Daher bitte ich, den Antrag Nr. 2 dem Vollzugsrat zu überweisen.

Mit dem Abänderungsantrag Nr. 3 bin ich einverstanden.

Reich-Hamburg:

Parteigenossen, Kameraden! Diese langen Verhandlungen, die wir heute vormittag und nachmittag über diese Anträge gepflogen haben, die uns einen großen Teil unserer kostbaren Zeit weggenommen haben, hätten wir uns ersparen können, wenn wir dem gefolgt wären, was ich gestern abend von dieser Stelle aus erklärte, daß wir diesen Forderungen der Berliner Delegation unsere Zustimmung geben. (Sehr richtig!) Man hat

es auf die lange Bank geschoben, man hat heute drei Stunden darüber debattiert, und alle, die dazu sprachen, erklärten sich in zustimmendem Sinne, sie wollten, daß alles das, was von der Berliner Delegation angeregt worden sei, ohne weiteres zum Beschluß erhoben wurde. Aber man wollte Halbheiten, man wollte nichts Ganzes, man wollte keine Klarheit, und deswegen hat man diese diplomatischen Kniffe angewendet, indem man ein Gesetz geschaffen hat, das

nichts Halbes und nichts Ganzes

ist. Wir hätten dann der Öffentlichkeit nicht das traurige Schauspiel zu bieten brauchen, daß einige Kameraden und Genossen flüchten, wenn hier die Stimme des Volkes einmal erschallt, wenn die Soldaten einmal hier ihre Stimme zur Geltung bringen. Es war geradezu beschämend für eine Versammlung, die sich als sozialrevolutionär bezeichnen will.

Ich möchte erklären, daß ich mich im Gegensatz zu meinem Vorredner damit einverstanden erkläre, daß der Abänderungsantrag Nr. 2 angenommen wird, daß die in den Garnisonen liegende Kommandogewalt in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte kommt. Nun ist schon oft auf die Truppen von der Front und die Truppen in der Heimat hingewiesen worden. Wenn man mich als Vertreter der Heimatstruppen bezeichnet, dann möchte ich einmal feststellen, daß ich vielleicht schon länger an der Front gewesen bin, als der größte Teil derjenigen, die sich hier **Frontvertreter** nennen. Es ist doch oft der Fall, daß zufällig einer gerade 8 Tage vor der Revolution zurückgekommen ist und von Anfang an an der Front gewesen ist. Im übrigen haben wir jetzt keine Truppen an der Front; unsere gesamten Truppen sind alle in der Heimat. Also für mich gibt es keine Front- und Heimatstruppen. Ich glaube, alle die Fälle, die hier vorgetragen worden sind, durch Telegramme dokumentarisch festgelegt, haben uns bewiesen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte keineswegs so fest stehen, wie mein Vorredner hier erklärt hat. (Sehr richtig!) Sie haben gesehen, wie selbst durch Machinationen unserer Regierung mit dazu beigetragen worden ist, daß diese Arbeiter- und Soldatenräte mit ihrer Unterstützung aufgehoben worden sind. Und wir können ja auch verstehen, warum. Sie haben ja schon aus dem Antrage ersehen, daß man die Kommandogewalt nicht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte lassen will, sondern man schiebt sie auf ein anderes Gleis herüber, damit sie auf ein totes Gleis kommen. Die ganze Sache ist weiter nichts als ein **diplomatischer Kunstgriff**, ein Herumdrücken um das, was die Berliner Delegation gewollt hat. Ich ersuche Sie, den Abänderungsantrag Nr. 2 ohne weiteres anzunehmen.

Vorsitzender Leinert:

Es ist mir ein Antrag auf Schluß der Diskussion vorgelegt worden. Beim Antrag auf Schluß der Diskussion erhält nach der Geschäftsordnung ein Redner für den Schluß das Wort. Der Schluß der Debatte ist von Kahmann beantragt. Er hat das Wort.

Kahmann-Dresden:

Ich glaube, wir haben genug über die Frage gesprochen. Die Zeit ist außerordentlich weit vorgeschritten, alle Parteien sind zu Worte gekommen, keine Partei kann deshalb sagen, daß sie nicht genügend zu ihrer Vorlage hat sprechen können. Aus diesem Grunde ersuche ich, einmütig für den Schluß der Debatte eintreten zu wollen.

Vorsitzender Leinert:

Gegen den Schluß der Debatte hat das Wort der Genosse Braß.

Braß-Remscheid:

Parteigenossen, es sind noch eine Reihe von Soldaten, die zu diesem Punkte zu sprechen wünschen. Der Vorredner hat

gemeint, daß die Generalkommandos die zusammengefaßten Instanzen sein sollen, die über den örtlichen Soldatenräten stehen sollen. Da kann doch eine Verbindung mit dem Absatz 1 unseres Antrages Nr. 2 geschaffen werden. Ich bitte Sie deshalb, das vortragen zu lassen und den Schluß der Debatte abzulehnen.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, daß diejenigen sich erheben, die den **Schluß der Debatte** annehmen wollen. — Geschieht. — Das ist die Mehrheit. — Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Lüdemann.

Lüdemann-Berlin:

Genossen, in unserer Fraktion herrscht Übereinstimmung darüber, daß den örtlichen A.- und S.-Räten ein weitgehender Einfluß auf die örtlichen Kommandogewalten eingeräumt werden muß. Es bestehen aber Bedenken dagegen, die hier vorgeschlagene Fassung des Antrages Nr. 2 zu beschließen. Die Zeit drängt. Wir haben leider nicht die Möglichkeit, diese Frage noch länger zu diskutieren und eine Fassung zu finden, die allen Teilen gerecht wird. Wir bitten Sie deshalb, die Abstimmung so vorzunehmen, daß beschlossen wird, den Abänderungsantrag Nr. 2 nebst unserm hierzu gestellten Zusatzantrage **der Regierung als Material zu überweisen.** (Lebhafter Widerspruch.)

Vorsitzender Leinert:

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Braß

Braß-Remscheid:

Parteigenossen, Sie haben eben gesehen, daß die **Debatte wieder eröffnet** worden ist, daß es also nicht richtig war, den Schlußantrag anzunehmen. (Vorsitzender Leinert: Nein!) — Ja, über was hat denn Genosse Lüdemann gesprochen? über das, was seine Fraktion für richtig hält, und er hat das an der Hand des Antrages begründet. Wenn das nicht eine Wiedereröffnung der Debatte ist, so verstehe ich es nicht.

Vorsitzender Leinert:

Der Genosse Lüdemann hat beantragt, daß beim Abänderungsantrag Nr. 2 der Antrag:

Der Rat der Volksbeauftragten ist berechtigt, den örtlichen, die militärische Kommandogewalt ausübenden Soldatenräten eine oder mehrere Vertrauenspersonen beizuordnen

hinzugefügt wird.

Wir kommen nun zu

persönlichen Bemerkungen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Genosse Tost.

Tost-Berlin:

Der Genosse Noske hat erklärt, es treffe nicht zu, daß von Seiten der Beigeordneten im Reichsmarineamt kein Widerspruch erhoben worden wäre in bezug auf den **53er Ausschuß** der Marine. Ich stelle folgendes fest. Der 53er Ausschuß hat im Einverständnis mit der Regierung mit den Staatssekretären zusammen 10 Tage lang die Geschäfte der Demobilisierung für die Marine geregelt. Dann erschien der Genosse Noske auf dem Plan und erklärte im Namen Eberts, daß er gegen die Tätigkeit des 53er Ausschusses Einspruch erhebe. (Hört, hört!) Ich überlasse es nun Ihrem Urteil, was es heißt, wenn im Auftrage dieses Volksbeauftragten diese Einwendungen von Noske erhoben werden.

Vorsitzender Leinert:

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Genosse Reinartz.

Reinartz-Cassel:

Heute morgen hat der Genosse Däumig erwähnt, daß ich den Titel eines **Kgl. Preußischen Hauptmanns** zu Recht führen darf und dieser Titel nicht unter dem von mir gestellten Antrage steht. Ich bin hier in den Saal hineingekommen mit Achselstücken und Sternen. Ich habe keine falsche Maske vorgebunden. Ich habe sie abgelegt, weil mir an diesen Äußerlichkeiten nichts liegt, und möchte nur feststellen, daß die Soldaten, die mich gewählt haben, sehr genau wissen, daß ich Hauptmann bin; und sie haben mich trotzdem gewählt. Warum sie mich gewählt haben, warum so viele mich gewählt haben, das kann der Berliner nicht beurteilen. (Widerspruch.) Das haben die Leute beurteilt, die mich gewählt haben. (Bravo!)

Vorsitzender Leinert:

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Genosse Kuhnt.

Kuhnt-Ostfriesland:

Werte Genossen! Die Kieler Genossen von der Marine der Ostseestation sind Sturm gelaufen gegen den 53er Ausschuß. (Glocke des Vorsitzenden.) — Einen Augenblick! — Es mußte infolgedessen den Anschein erwecken, als wenn der 53er Ausschuß ein Wort der Nordseestation sei.

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Genosse Kuhnt, Sie können nicht über den 53er Ausschuß sprechen, sondern nur über Ihre Person.

Kuhnt (fortfahrend):

Dann darf keine Körperschaft angegriffen werden, es muß ihr zum mindesten die Möglichkeit der Verteidigung gegeben werden; sonst schaffen Sie gewaltsam Mißstimmung in den Reihen des Kongresses. (Beifall.)

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen jetzt zur

Abstimmung.

Zur Abstimmung hat das Wort der Genosse Geyer.

Geyer-Leipzig:

Genossen! Der Genosse Lüdemann hat vorgeschlagen, den **Abänderungsantrag Nr. 2** nur so zur Diskussion zu bringen, daß er überwiesen wird. Wir sind der Ansicht, daß auch über diesen Antrag und besonders über diesen Abänderungsantrag abgestimmt werden soll, und wir beantragen, über diesen Antrag seiner Wichtigkeit wegen **namentliche Abstimmung.** (Bravo! — Zurufe.) — Genossen, das ist keinerlei Verschleppungstaktik. (Rufe: Ja, das ist's!) Wir beantragen also, über diesen unsern Abänderungsantrag Nr. 2 namentlich abzustimmen.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Abänderungsantrag Nr. 2 den Volksbeauftragten zu überweisen. Nun hat der Genosse Geyer beantragt, daß über den Abänderungsantrag selbst namentlich abgestimmt werden soll. Der kommt nun nicht zur Abstimmung, sondern es kommt zunächst der Antrag zur Abstimmung, diesen **Abänderungsantrag Nr. 2 den Volksbeauftragten zu überweisen.** (Widerspruch.) Der weitestgehende Antrag ist derjenige, daß hier nicht entschieden wird. (Widerspruch und Unruhe.) Aber Genossen, Sie müssen sich doch schließlich daran gewöhnen können, daß nicht der Wille eines einzelnen dem Kongreß aufgezwungen werden kann. (Lebhafte Unruhe — Zuruf: Der Wille der Masse ist, daß dieser Antrag sofort Gesetzeskraft haben soll!) Ich bitte, Genossen, seien Sie doch einmal etwas überlegend. Es wird mir eben zugerufen: Die Masse will, daß dieser Antrag sofort Gesetzeskraft erhält. Das kommt darauf an, ob die Masse, d. h. die Mehrheit der Delegierten hier diesen Antrag sofort annehmen wird. Wenn die Mehrheit ihn ablehnt, dann hat eben die Mehrheit der Delegierten anders entschieden, als Sie es als das Ziel der Masse hinstellen. (Unruhe und Zurufe.)

Zur Abstimmung hat das Wort der Genosse Geyer.

Geyer-Leipzig:

Genossen! Ich kann mich der Auffassung des Vorsitzenden nicht anschließen, daß der Antrag auf Überweisung weitergehend sei. Sachlich weitergehend ist auf jeden Fall der Antrag, dieser Bestimmung durch unsern Beschluß jetzt Gesetzeskraft zu geben. Ich bitte also, zunächst **namentlich über den materiellen Inhalt** dieses Antrages abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Leinert:

Wir können dann über den Abänderungsantrag Nr. 2 erst abstimmen, wenn die endgültige Delegiertenliste vorliegt. Wir können aber vorher den Antrag der freigebildeten Kommission des Kongresses zur Abstimmung bringen und dann, wenn die namentliche Abstimmung über den ausgesetzten Antrag vom vorigen Gegenstande über den Antrag Landsberg stattfindet, auch die namentliche Abstimmung über den Abänderungsantrag Nr. 2 stattfinden lassen. — Widerspruch hiergegen erhebt sich nicht.

Ich werde über die einzelnen Nummern getrennt abstimmen lassen, weil das vorhin von einem Delegierten gewünscht worden ist. Ich bitte, daß diejenigen sich von ihren Plätzen erheben, die von diesem Antrage die Nr. 1 annehmen wollen. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; Nr. 1 ist angenommen. — Ich bitte nun, daß diejenigen stehen bleiben oder sich erheben, die Nr. 2 annehmen wollen. (Geschieht.) Das ist ebenfalls die Mehrheit, Ziffer 2 ist angenommen.

Ziffer 3! — Ist angenommen. — Ziffer 4! — Ebenfalls angenommen. Ziffer 5! — Ebenfalls angenommen! — Ziffer 6! — Ich erkläre auch das für angenommen. — Ziffer 7! — Ist ebenfalls **angenommen.**

191

Dann habe ich noch die Abstimmung darüber nachzuholen, ob in Nr. 1 hinter den Worten „Heer und Marine" die Worte eingefügt werden sollen: „**und Schutztruppen!**". Wer für die Einfügung dieser Worte ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit **angenommen.**

Der Abänderungsantrag Nr. 1 ist zurückgezogen. Dann bleibt nur noch die Abstimmung über den **Abänderungsantrag Nr. 2** übrig. Es ist beantragt worden, daß diese Abstimmung **namentlich** sein soll. Außerdem liegt ein Antrag vor, diesen Antrag den Volksbeauftragten zu **überweisen.** Ich hatte diesen Antrag vorhin als den weitergehenden erklärt, weil er eine Abstimmung des Kongresses nicht erforderlich macht. Es ist im Parlament immer so entschieden worden. Da ich an meiner Auffassung festhalte und hiergegen Widerspruch erhoben worden ist, muß ich zunächst den Kongreß befragen, ob er meine Meinung teilt. Ich bitte diejenigen, sich zu erheben, die meiner Auffassung über die Abstimmung beitreten. (Geschieht.) Das ist die **Mehrheit.**

Dann bitte ich diejenigen, welche für **Überweisung** des Antrages an die Volksbeauftragten sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist **angenommen.** (Zurufe von Braß und Geyer: Wir haben namentliche Abstimmung beantragt!) — Die namentliche Abstimmung ist vom Genossen Geyer beantragt worden über den Antrag selbst; über den Überweisungsantrag ist keine namentliche Abstimmung beantragt worden. (Zuruf von Braß: Genosse Leinert, Sie **überhören das!** — Widerspruch und Unruhe.) Der Genosse Braß sagte eben: ich überhöre das. Ich bitte doch, mir nicht zu imputieren, daß ich absichtlich etwas überhöre.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Braß.

Braß-Remscheid:

Parteigenossen, ich konstatiere, daß das eine

absichtliche Abwürgung dieser Anträge

sein sollte. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch. Unruhe.) Ich sage weiter, daß ich mit diesem Vorwurf nicht den Vorsitzenden des Kongresses meine. Die Genossen Lüdemann und Cohen waren an mich herangetreten, es würde doch möglich sein, eine Verständigung zu finden, wir wären uns über das Prinzip einig; als ich dann fragte, ob wir es bis morgen erledigen könnten, sagte Genosse Lüdemann: Wahrscheinlich. Währenddessen hörte ich, daß Genosse Leinert sagte, es sei die Überweisung beantragt, und da habe ich sofort erklärt: Es ist namentliche Abstimmung darüber beantragt. Wenn Genosse Leinert das überhört hat, so ist das für ihn natürlich eine Entschuldigung; aber wir können das als Kongreß nicht billigen, und ich bitte den Vorsitzenden, namentliche Abstimmung über diesen Antrag erfolgen zu lassen. Denn gerade während der Minuten, während deren ich mit den Vorsitzenden der anderen Fraktionen verhandelte, kam der Antrag auf Überweisung zur Abstimmung und in diesem Augenblick hat der Vorsitzende meinen Antrag auf namentliche Abstimmung überhört. Parteigenossen, das geht doch nicht; wir wollen hier doch so verhandeln, wie es notwendig ist und nicht in **dieser hinterlistigen Weise** versuchen, die Sache **abzuwürgen.** (Große Unruhe und lebhafte Zurufe.)

Vorsitzender Leinert:

Ich möchte den Genossen Braß fragen, ob er mit der Bemerkung, der Antrag sei in hinterlistiger Weise abgewürgt worden, etwa **meine Geschäftsführung** gemeint hat. (Braß: Nein!) Er hat am Anfang zwar gesagt, daß er mich damit nicht meine; wenn er aber am Schlusse ausführte, ich hätte seinen Antrag überhört, so macht das doch fast den Eindruck, als ob das absichtlich von mir geschehen wäre und seine letzte Bemerkung sich auf mich bezöge. (Braß: Durchaus nicht!) Ich bitte den Genossen Braß sich zu erklären, ob er gemeint hat, daß ich irgendwie dazu beigetragen hätte, die namentliche Abstimmung über den Überweisungsantrag zu hintertreiben.

Braß-Remscheid:

Parteigenossen, wenn ich an den Anfang meiner Ausführungen gesetzt habe, daß der Vorsitzende des Hauses nicht gemeint ist, dann geht daraus hervor, daß ich ihn am Schluß auch nicht gemeint habe. Wenn in dem Augenblick, als ich mit den Genossen Lüdemann und Geyer, weil sie mich ansprachen, verhandelte, die Überweisung beschlossen worden ist, und ich dazwischenrufe: ich beantrage namentliche Abstimmung, dann hat sich das, was ich gesagt habe, auf die Leute bezogen, die hier versuchten, die Annahme dieses Antrages durch die Überweisung hinterlistig zu hintertreiben.

Vorsitzender Leinert:

Dann muß ich die Äußerung des Genossen Braß, daß Mitglieder des Kongresses versucht haben, die Annahme des Antrags hinterlistig zu hintertreiben, **als unzulässig zurückweisen.**

Zur Geschäftsordnung Lüdemann.

192

Lüdemann-Berlin:

Ich kann wohl zunächst **ebenfalls Einspruch** erheben gegen diesen Versuch, unser Vorgehen als hinterlistig zu bezeichnen. (Sehr richtig!) Die Dinge liegen folgendermaßen: Ich habe vorhin erklärt, daß wir Bedenken tragen, in dieser Form dem Antrage zuzustimmen, und ich habe geeoten, aus diesem Grunde und weil es nicht möglich erschien, eine beiden Parteien genehme Fassung zu finden, die hier vorliegenden Anträge der Regierung als Material zu überweisen. Ich habe sofort den Genossen Geyer und Braß dann erklärt: wir sind mit Ihnen sachlich absolut darin einig, auch wir möchten, daß die Kommandogewalt in den Garnisonen unter die Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt wird. Aber wir möchten nicht, daß dadurch **die zentrale Kommandogewalt der Regierung durchlöchert** und vernichtet wird. Darauf ist mir von den Genossen Geyer und Braß geantwortet worden: Wir stimmen ja überein, wir wollen ja auch nichts anderes. Daraufhin haben wir versucht, eine neue Fassung zu finden, und das ist bis jetzt noch nicht gelungen. Inzwischen sind die Abstimmungsarbeiten des Vorstandes weitergegangen, und dadurch ist es gekommen, daß wir bereits über diese Sache entschieden haben, ohne eine Lösung zu finden, die allen Teilen gerecht wird.

Ich schlage nun folgendes vor: die beiden großen Fraktionen sind sich darüber einig, was sie sachlich wollen, sie sind einig in dem Wunsch, eine neue Formulierung zu finden, die allen Wünschen gerecht wird. Nachdem wir aber beschlossen haben, die hier vorliegenden Anträge der Regierung als Material zu überweisen, können wir diese Beschlüsse bestehen lassen, wenn wir uns darin einig sind, daß die beiden Parteien inzwischen versuchen, die Sache wieder aufzunehmen durch einen Antrag, der in neuer Fassung das sagt, worin wir einig sind. Darüber kann dann am Schluß der Tagung oder morgen früh abgestimmt werden. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Geyer-Leipzig:

Genossen, da nun einmal die Überweisung beschlossen ist, beantrage ich zur Geschäftsordnung, daß der Rat der Volksbeauftragten dem Rätekongreß **bis morgen eine Vorlage über diesen Punkt** vorlegt.

Vorsitzender Leinert:

Es ist beantragt worden, daß der Rat der Volksbeauftragten dem Kongreß morgen über den überwiesenen Antrag eine Vorlage machen soll.

Ich möchte zunächst die Volksbeauftragten fragen, ob sie dazu in der Lage sein werden.

Ebert hat das Wort.

Volksbeauftragter Ebert:

Genossen, ich kann eine **bestimmte Zusicherung** darüber **nicht** geben. Wir haben zu heute Abend eine Kabinettssitzung angeordnet, die bereits mit überaus wichtigen Fragen voll besetzt ist. Wenn es möglich ist, wollen wir der Anregung folgen, aber eine bestimmte Zusicherung kann ich nicht geben.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur **Abstimmung** über diesen Antrag. Diejenigen, welche diesem Antrag, daß uns **von den Volksbeauftragten eine Vorlage** gemacht werden soll, zustimmen wollen, mögen sich von den Plätzen erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist **angenommen.**

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Nr. 7, der lautet:

Auflösung oder eventuell Reduzierung des 53er Ausschusses, des Zentralrats der Marine. Schöberle.

Der Antrag ist allerdings sehr wenig deutlich und ich werde demzufolge die Abstimmung so vornehmen müssen, daß ich abstimmen lasse, ob der 53er Ausschuß aufgelöst werden soll oder ob er reduziert werden soll. Ich werde erst einmal abstimmen lassen darüber, ob er reduziert werden soll.

Ich bitte also diejenigen Mitglieder des Kongresses, die dafür stimmen wollen, daß der 53er Ausschuß der Marine reduziert wird, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist nahezu einstimmig **beschlossen.**

Damit sind diese Gegenstände erledigt.

Nun fragt es sich, ob wir heute noch den Bericht der Mandatprüfungskommission entgegennehmen wollen. Ich halte das für sehr notwendig, damit die berichtigte Abstimmungsliste hergestellt und die Abstimmung über den Antrag Laufenberg morgen vorgenommen werden kann. Erhebt sich Widerspruch? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

193

Das Wort hat der Genosse Löbe-Breslau.

Berichterstatter Löbe-Breslau:

Werte Genossen und Kameraden! Die Eigenartigkeit unseres Kongresses und die außergewöhnlich schleunige Einberufung desselben hat die Arbeit der Mandatprüfungskommission sehr schwierig gemacht. Wir hatten für die Zusammensetzung dieser unserer Versammlung kein einheitliches Wahlsystem über ganz Deutschland, und auch die Wahlkreiseinteilung, die vom Vollzugsausschuß gegeben worden ist, blieb in weiten Kreisen der Wahlberechtigten unbekannt.

Aus diesem Grunde sind eine **Menge irrtümlicher Mandate** ausgestellt worden. Wir werden genötigt sein, eine ganze Reihe von Mandaten hier für ungültig zu erklären. Der größte Teil der Mandatsinhaber oder wenigstens ein erheblicher Prozentsatz derselben hat sich aber bereits durch persönliche Rücksprache von seiner irrtümlichen Delegation überzeugen lassen und ist zum Teil abgereist oder wohnt zum Teil als Zuhörer den Verhandlungen bei.

Soweit wir genötigt waren, eine Entscheidung zu treffen, ist dieselbe mit der **größten Weitherzigkeit** und der größten Loyalität erfolgt. Sie wissen, daß die Mandatsprüfungskomission zu gleichen Teilen von den drei hier vorhandenen Gruppen besetzt worden ist. Wir brauchten nicht ein einziges Mal nach Parteien abzustimmen. Alle unsere Entscheidungen sind entweder einstimmig erfolgt oder in persönlich sachlich getrennter Auffassung, aber nie nach Parteien gefällt worden, so daß darüber ein Streit niemals stattgefunden hat.

Wir hatten zunächst einige **prinzipielle Gesichtspunkte** aufzustellen. Genossen, wir mußten uns nach der Wahlkreiseinteilung richten, die vom Vollzugsausschuß gegeben war. Die Mandatsprüfungskommission hatte keine Berechtigung, sie willkürlich zu ändern. Viele der uns zugekommenen Wünsche, die Zahl der Vertreter für einzelne Bezirke zu vermehren oder neue Bezirke zu schaffen, mußten wir deshalb natürlich ablehnen. Wir haben als richtig gewählt diejenigen angenommen, die von den **vorgeschriebenen Bezirkskonferenzen** das Wahlrecht an einzelne Wahlkreise abgetreten hatten, mußte natürlich die Delegation der Wahlkreise als berechtigt anerkannt werden. Wo dagegen örtliche Arbeiter- und Soldatenräte in Widerspruch zu den Bezirksorganisationen stehen und die Zahl der gültigen Mandate unzulässig vermehrt hatten, da konnten wir die örtlichen Wahlen nicht anerkennen.

Wir bitten Sie, Ihre Zustimmung zu geben, daß den berechtigten **Ausweisen aus Elsaß-Lothringen** stattgegeben wird und die hier erschienenen Vertreter anerkannt werden. Elsaß-Lothringen war in der Vorlage des Vollzugsausschusses nicht aufgeführt, weil man wohl daran zweifelte, daß Vertreter von dort aus uns erreichen könnten. Nachdem aber einige uns erreicht haben, hat natürlich der Kongreß keinen Anlaß, einen Vertreter von Elsaß-Lothringen zurückzuweisen. Wir bitten, dieselben anzuerkennen.

Schließlich sind wir gebeten worden und bitten den Kongreß, das auch zu tun, den sehr erheblichen **Truppenkörpern**, die von **der Militäreisenbahndirektion** gestellt werden, und die im Verteilungsplan nicht vorgesehen waren, die gewählten drei Vertreter zuzugestehen, weil es sich tatsächlich um Truppen handelt, die bestimmten Formationen nicht angehören und Vertreter zu unserem Kongreß entsandt haben.

Ich möchte kurz die Mandate anführen, die wir für **ungültig** erklären mußten, und mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir aber zu gleicher Zeit den Kongreß bitten wollen, den Inhabern der nicht gültigen Mandate von morgen an **eine Tribüne einzuräumen**, damit sie dem Kongreß weiter als Zuhörer beiwohnen können, ferner angesichts der sehr verspäteten Feststellungen der Präsenzliste, die ohne unsere Schuld aus dem umfangreichen Material resultiert, den irrtümlich entsandten Vertretern für die vergangenen Tage die **Diäten auszuzahlen**, weil Irrtümer über die Delegationsberechtigung tatsächlich obwalten konnten, ferner eine große Anzahl der Vertreter noch niemals einen Kongreß besucht hatten, auch wenig an der Hand hatten, wo sie sich orientieren konnten, da sie von anderen weit abgesprengt waren.

Wir empfehlen Ihnen

1. im Regierungsbezirk **Gumbinnen** — ich muß Sie nun mit einigen Namen langweilen, Genossen — die Mandate des Gefreiten **Caro**, als Delegierter der Garnison Insterburg, des Landsturmmanns **Brendel** und des Gefreiten **Ucko** zu beanstanden, weil sie nicht von der Bezirkskonferenz, die stattgefunden hat, erteilt sind, sondern neben der Bezirkskonferenz.

2. Der Bezirk **Marienwerder** hatte 5 Delegierte zu entsenden, er hat aber 6 entsendet; hiervon soll das Mandat des **Schlichtholz** aus Flotow für ungültig erklärt werden, da die anderen 5 ordnungsmäßig von der Bezirkskonferenz gewählt sind.

194

3. Bei **Groß-Berlin** ist für ungültig zu erklären das Mandat des Professors Otto **Dammler**, weil es irrtümlich von dem Generaldirektor der staatlichen Museen ausgestellt ist; hier hat eine Verwechselung mit dem Berliner Arbeiterrat stattgefunden. Es wird vorgeschlagen, weiter für ungültig zu erklären die Mandate der Genossin Anna **Nemitz** und von Hugo **Klick** aus Charlottenburg, weil Charlottenburg mit Berlin und Teltow einen einheitlichen Wahlkreis bildet und dort seine Vertretung bereits hat.

Nachzutragen ist in der Präsenzliste von Berlin das Mandat des Genossen **Eichhorn**, dessen Mandat erst verspätet zu uns gelangt ist. Ferner ist abzuerkennen das Mandat des Genossen Hans **Gerber**, der vom Soldatenrat Groß-Berlin gewählt ist, dem ein besonderes Wahlrecht nicht zusteht.

Der Protest der Handelskammer Berlin und der Protest der Beamten und Angestellten des Reichstags sowie 7 ähnliche später eingegangene Proteste richten sich irrtümlich an dieses Forum. Sie sind gegen die Wahl von Arbeiterräten Groß-Berlins gerichtet und gehen uns hier nichts an.

Im Regierungsbezirk **Potsdam** soll das Mandat von **Latuske** aus Strasburg (Uckermark) beanstandet werden, weil er nur von dem örtlichen Rat gewählt worden ist; ferner das Mandat des Vizefeldwebels **Rabe**, weil den Garnisontruppen, die ihn gewählt haben, ein Wahlrecht nicht zusteht, und das Mandat des Kanoniers **Plettner** aus Perleberg, weil es von einer nichtzuständigen örtlichen Stelle abgesandt ist.

5. Der Regierungsbezirk **Frankfurt a. O.** hatte 8 Mandate zu entsenden, es sind aber 14 eingegangen. Es sind für ungültig zu erklären das Mandat des Vizefeldwebels Martin **Holz** aus Forst (Lausitz), weil dieses Mandat nur vom Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Sohrau-Forst ausgestellt ist, die Mandate von **Winkler** (Soldin) und **Specht** (Soldin), weil der Garnison Soldin besondere Vertreter nicht zustehen. Ferner die Mandate des Sergeanten **Meicker**, des Landsturmmanns **Bielski** und des Oberpostsetretärs **Fuchs** aus Crossen, die auch irrtümlich vom Kreise Crossen gewählt sind, während der ganze Bezirk Frankfurt a. O. ordnungsgemäß seine Mandate bestimmt hatte.

6. Der Bezirk **Posen** hatte ebenfalls seine 5 Mandate besetzt; außerdem waren aber Landsturmmann **Großmann** und Sergeant **Peukert** aus Koschmin sowie Gefreiter **Korez** aus Fraustadt — es kann auch ein anderer Ort sein — entsandt von örtlichen Stellen, die dazu keine Berechtigung haben.

7. Aus dem Bezirk **Breslau** sind 11 Mandate zu entsenden gewesen, es sind aber 12 entsandt worden. Die Mandatsprüfungskommission empfiehlt, das Mandat des **Fritzsche**-Brieg für ungültig zu erklären, weil er überzählig ist und mit der geringsten Stimmenzahl gewählt worden ist.

8. Aus dem Bezirk **Liegnitz** sind für ungültig zu erklären die Mandate von **Appen**-Bunzlau und **Dörner**-Weißwasser, weil sie nur von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten ausgestellt sind und der Bezirk die 7 vorgesehenen Vertreter entsandt hat.

9. Aus dem Bezirk **Merseburg** sollen für ungültig erklärt werden die Mandate der Delegierten **Rudenbrod** und Rudolf **Fritsche**, weil die Wahl nicht von der zuständigen Bezirkskonferenz erfolgte und im übrigen güttige Mandate für die zustehende Delegiertenwahl vorliegen.

10. Aus dem Bezirk **Hannover** sollen für ungültig erklärt werden die Mandate des Unteroffiziers Franz **Redsiegel**, des Delegierten **Joost** (für Stade) aus Cuxhaven und von **Wolf**-Osnabrück, weil die Wahl nicht auf der Bezirkskonferenz erfolgte.

11. Provinz **Schleswig-Holstein.** Für ungültig sollen erklärt werden die Mandate der Delegierten **Kaulfers** vom Kieler Soldatenrat, des Feuerwerkers **Hundsdorfer** vom Artillerie-Depot Altona und des Delegierten **Berendsohn** vom Arbeiter- und Soldatenrat in Sonderburg, weil den betreffenden Stellen kein Wahlrecht zusteht.

12. Im Bezirk **Wiesbaden** ist die Wahl von **Göbner** nicht ordnungsmäßig zustandegekommen. Das Mandat soll für ungültig erklärt werden.

13. Bezirk **Düsseldorf:** Die Mandate der Delegierten Ernst **Dröner**, Elberfeld, Kuno **Everts**, Wilhelm **Schluchtmann**, Anton **Pütz** werden für ungültig erklärt, da die Genannten außerhalb der Bezirkskonferenz gewählt sind. Die Mandatprüfungskommission empfiehlt jedoch, die Genossen **Gensel**-Rheydt, **Thabor**-Crefeld, Heinrich **Müller**-München-Gladbach, außer den dem Bezirke zustehenden Mandaten anzuerkennen, weil nicht widerlegt ist, daß die Betreffenden infolge der Besetzung der linksrheinischen Gebiete an der Bezirkskonferenz nicht teilnehmen konnten.

14. Bezirk **Coblenz.** Der Antrag des Soldaten **Lillich**-Wahn (Rhld.), als Delegierter zugelassen zu werden, soll abgelehnt werden, weil die Wahlen für das besetzte Gebiet der Rhein-

provinz ordnungsgemäß erfolgten und Lillich hierbei nicht gewählt wurde.

15. Bezirk **Trier.** Das Mandat des Beamtenstellvertreters **Gleisberg**-Saarbrücken wird für ungültig erklärt, weil es nicht ordnungsmäßig ausgestellt ist.

16. **Bayern.** Die Mandate werden für gültig erachtet, mit Ausnahme desjenigen von **Todtmann.** Die Delegierten geben an, daß die an das hiesige Büro gesandten Ausweise nicht angekommen seien; die Mandate wurden telegraphisch durch den bayerischen Ministerpräsidenten und den Vertreter Bayerns beim Vollzugsrat bestätigt. Todtmann war nur im Besitze eines Fahrtausweises nach Berlin.

17. **Württemberg.** Das Mandat **Ulbrich**-Ulm soll als überzählig und nicht ordnungsgemäß erteilt für ungültig erklärt werden.

18. **Baden.** Es sollen für ungültig erklärt werden die Mandate des Offizierstellvertreters **Selz** und des Friedrich **Blunck**, weil die Wahlen nicht durch die Bezirkskonferenz erfolgt sind.

19. **Sachsen-Weimar.** Das Mandat des Soldaten **Winters** soll als ungültig erklärt werden, weil der Soldatenrat allein nicht wahlberechtigt ist.

20. **Sachsen-Altenburg.** Das Mandat **Wambach** soll als ungültig erklärt werden, da von nicht berechtigter **örtlicher** Stelle betrührend.

21. **Braunschweig.** Für ungültig erklärt werden soll das Mandat **Hesse**, als überzählig und von nicht berechtigter **örtlicher** Stelle ausgefertigt.

22. **Anhalt.** Das durch den Arbeiter- und Soldatenrat Zerbst erteilte Mandat des Unteroffiziers **Weißenborn** soll für ungültig erklärt werden, weil der **örtliche** Soldatenrat kein Wahlrecht hat.

23. **Waldeck.** Die Mandate der Delegierten **Schlotte** und **Waszilewitz** sollen für ungültig erklärt werden, weil überzählig und weil die Ausweise nicht ordnungsgemäß ausgestellt sind.

24. **Lübeck.** Das Mandat des Soldaten **Jaster** soll für ungültig erachtet werden, da für Lübeck nur 1 Mandat zulässig und mit diesem bereits ein Arbeiter-Vertreter ordnungsgemäß betraut ist.

25. **Bremen.** Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate des Seesoldaten **Schaare**, des Sergeanten **Sturm**, des Sergeanten **Rietschel**, weil der **örtliche** Soldatenrat nicht berechtigt ist, besondere Delegationen vorzunehmen.

26. **Hamburg.** Das Mandat Karl **Storbeck**-Bergedorf soll als überzählig und weil es von einer örtlichen, nicht zuständigen Stelle ausgefertigt wurde, für ungültig erklärt werden.

27. **Elsaß-Lothringen.** Das Mandat des Kurt **Seelow** aus Diedenhofen wird **anerkannt**, da es formell in Ordnung ist und Bedenken gegen die Zulassung von Elsaß-Lothringen nicht bestehen. Für **ungültig** erklärt werden sollen die Mandate des Herrn **Picard**, da es der nötigen Form entbehrt, des Sergeanten **Neubecker**, da er nicht Vertreter einer Armee ist.

28. **Marine.** Das Mandat des Obermaaten **Schmitz** von Borkum soll für ungültig erklärt werden, da dem Soldatenrat der Festung Borkum kein Mandat zusteht.

29. **Westfront.** Der Protest gegen das Mandat des **Lt. Schreiber** wird zurückgewiesen. Leutnant Schreiber hatte einen ordentlichen Ausweis, wonach er von der Versammlung der Front-Delegierten in Bad Ems als Delegierter gewählt wurde. Zweifelhaft ist es, ob er ein Mandat hatte, der Tagung in Ems beizuwohnen. Diese letzte Frage war aber von Ems zu prüfen. Außerdem wurde in Ems beschlossen, daß für die Tagung in Berlin auch solche Kameraden delegiert werden könnten, die für Ems selbst kein Mandat hatten. Dasselbe gilt bezüglich des Gefreiten **Mies.** Für **ungültig** erklärt werden dagegen das Mandat des Landsturm. **Eisenreich** von der VI. Inf.-Div., da Eisenreich lediglich als Ersatzmann für **Mies** delegiert worden ist.

30. **8. Armee.** Für ungültig erklärt sollen werden die Mandate des Robert **Albert**-Mitau und des Dr. **Simon**-Mitau, weil der Soldatenrat Mitau kein Wahlrecht besitzt.

31. **Heeresgruppe Kiew.** Die Mandate von **Kulmey, Cinnecki, Kobs** und **Selle** sollen als ungültig erklärt werden, da die Genannten von unzuständigen Stellen gewählt sind.

32. **Etappe Bug.** Es sollen für ungültig erklärt werden die Mandate des Kameraden Ernst **Tschickert**, weil der Soldatenrat im Abschnitt Baranowitschi kein Wahlrecht hat; des Sergeanten Albert **Faust**, 20. Landw.-Div. bezw. Feldlazarett 183 und des Landsturm. **Kern** von der 48. Landw.-Div., letztere beiden, weil die Mandataussteller kein Wahlrecht haben.

Allgemein habe ich noch zu bemerken: Gesuche um Vertretungen durch nichtgewählte **Ersatzmänner** sind als unzulässig zurückgewiesen worden.

Obwohl bei Verteilung der Delegierten die **Truppen der Militär-Eisenbahn-Direktion** nicht berücksichtigt wurden, wird empfohlen, diesen großen Truppenkörpern je 1 Mandat zuzugestehen.

Ferner hat die Kommission beschlossen, daß den von ihren Armeeverbänden getrennten, **versprengten Armeekorps** kein Wahlrecht zuerkannt werden kann, da die einzelnen, einem Armeeverbande

zugeteilten A.K. bereits bei den Wahlen der Armeedelegierten ziffernmäßig berücksichtigt wurden. Es sollen deshalb für ungültig erklärt werden die Mandate des Lt. d. R. **Arnold**, Offiz.-Stellv. **Nowakowski**, beide vom Soldatenrat des VIII. A.-K. gewählt, des Unteroffiziers Joseph **Meurer** und des Landsturmmanns **Horch**, beide vom Soldatenrat des XVIII. A.-K. gewählt.

Das ist das Ergebnis, das ich Ihnen mitzuteilen habe. Ich möchte noch hinzufügen — Sie werden das auch aus dem Vortrag entnommen haben —, daß alle diese Mandate nicht in böser Absicht ausgestellt sind, sondern aus **Mißverständnissen der Wahlkreiseinteilung** heraus, und daß sich daraus unser Wunsch erklärt, erstens den sehr weit hergereisten Delegierten aus der Ukraine, vom Bug usw. die weitere Teilnahme als Zuhörer zu gestatten und dann ihnen für die irrtümliche Herreise bis zum heutigen Tage, wo sie erst erfuhren, daß ihr Mandat ungültig ist, die Diäten zu gewähren.

Die unabhängige Partei hat für die **Diäten** in Vorschlag gebracht 20 M. für Berliner und 30 M. für auswärtige Vertreter. Die Mandatsprüfungskommission hat sich diesem Vorschlage angeschlossen. Sie spricht nur den Wunsch aus, daß die Debatten, die hier noch über die Mandate gepflogen werden, erstens in derselben Harmonie verlaufen, wie sie in der Mandatsprüfungskommission verlaufen sind, und zweitens, daß sie die Zeit des Kongresses nicht allzu lange in Anspruch nehmen möchten. Denn, Parteigenossen, es liegt so viel Material vor, daß, wenn Sie sich mit derselben Intensität darein vertiefen wollen wie die Kommission, Sie 3 Tage dafür verwenden müssen, Sie werden das nicht tun können.

Ich kann vielleicht noch hinzufügen: die Auskünfte können nicht von einem von uns gegeben werden. Wir haben das reiche Material in Dezernate teilen müssen, und es wird jedes Mitglied der Mandatsprüfungskommission auf die entsprechenden Einwände antworten müssen. (Zuruf.) 442 sind vorläufig für gültig erklärt und 72 sind vorläufig für ungültig erklärt.

Vorsitzender Leinert:

Gemäß unserem Beschluß wird die Erledigung der Mandatsprüfungskommissionsanträge so vor sich gehen, daß jeder Bezirk aufgerufen werden wird, und wenn sich Wortmeldungen ergeben, können diese nur erfolgen von Delegierten des Bezirks; sie brauchen nicht durch den Fraktionsvorstand zu gehen. Die Redezeit beträgt 5 Minuten.

Ich rufe auf den

Regierungsbezirk Gumbinnen.

Gefr. Ucko:

Parteigenossen! Kameraden! Ein alter guter Rechtsgrundsatz heißt: Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie billig hören alle beede. Ich hätte gewünscht, daß die Mandatsprüfungskommission diesem Grundsatz gehuldigt hätte; vielleicht wäre sie dann zu einem anderen Ergebnis gekommen. Tatsächlich hat die Kommission es nicht für richtig gehalten, beide Teile zu hören. Ich muß Sie also bitten, mir einen Augenblick Gehör zu schenken.

Vom A.- und S.-Rat Königsberg war die Stadt Gumbinnen als einzige des Regierungsbezirks Gumbinnen beauftragt worden, die Wahlen vorzunehmen für die drei Mandate, die auf den Regierungsbezirk Gumbinnen entfallen. Darauf erkundigte sich der Vorsitzende, Gen. Drucker in Königsberg, wie die Wahl wohl gehandhabt werden solle. Man meinte, daß eine Konferenz sehr schwer durchzuführen sein würde wegen der unglücklichen jetzigen Bahnverhältnisse und wegen der Kürze der Zeit. Daraufhin haben wir an sämtliche in Frage kommenden 17 A.- und S.-Räte folgendes Schreiben gerichtet.

> Nach den erlassenen Bestimmungen haben die A.- und S.-Räte des Regierungsbezirks Gumbinnen 3 Delegierte in die am 16. Dezember in Berlin stattfindende Delegiertenversammlung zu entsenden. In Anbetracht der schlechten Verkehrsverhältnisse und der Arbeitsüberlastung der tätigen Kameraden und Genossen halten wir eine Zusammenkunft aller A.- und S.-Räte des Regierungsbezirks zur Wahl der Delegierten nicht für zweckmäßig. Im Einverständnis mit dem Königsberger A.- und S.-Rat und mehreren Räten des Regierungsbezirks schlagen wir vielmehr vor, daß der A.- und S.-Rat für Gumbinnen, Insterburg und Tilsit je 1 Delegierten bestimmt und die benachbarten Räte ihm besondere Wünsche und Aufträge mitteilen. Wir bitten um Einverständniserklärung bzw. um Namhaftmachung des Delegierten, dem wir dann einen Ausweis ausstellen werden.

Wir haben 17 solcher Schreiben weggeschickt. Es haben sich 12 entweder damit einverstanden oder durch Nichtbeantwortung indirekt einverstanden erklärt. 5 kleine Orte, noch dazu Orte, in denen es weder eine Arbeiterbewegung gibt, noch überhaupt eine nennenswerte militärische Organisation, haben Protest er-

hoben. Diese Protesttelegramme gelangten am 10., 11. und 12. Dezember an uns. Am 13. spätestens mußten wir abreisen Da von 17 Orten 12 mit der Regelung, wie wir sie vorgenommen hatten, einverstanden waren, daß nämlich die drei einflußreichsten und als große Garnison- und Industrieorte in Frage kommenden Städte Tilsit, Insterburg, Gumbinnen je einen Delegierten bekommen, glaubten wir auf die fünf kleinen Orte nicht Rücksicht nehmen zu müssen. Am 12. nachmittags wurden wir von Insterburg angeklingelt, daß einige kleine Orte um Insterburg gekommen wären, dort eine Konferenz einberufen hätten, wir sollten zu der Konferenz kommen. Wir erklärten, daß wir zwar die Gültigkeit dieser Konferenz nicht ohne weiteres anerkennen könnten, wir aber bereit wären, zu kommen. Wir schickten zu dem D-Zug, der nachmittags 1/25 Uhr kommen sollte, einen Delegierten, aber der D-Zug kam infolge von Schneeverwehungen erst abends um 11 Uhr, und der Delegierte traf erst am andern Morgen ein. Er konnte also an der Sitzung nicht teilnehmen. In Tilsit, dem größten Ort, waren die Teilnehmer überhaupt nicht eingeladen. Jetzt waren also fünf kleine Orte mit Insterburg versammelt, und die verteilten die Mandate, indem sie gegenseitig auslosten, an Insterburg; ebenso kam ein Mandat an den kleinen Ort Angerburg und den kleinen Ort Goldap. Parteigenossen, ich muß Sie also bitten, diesen Beschluß der Mandatsprüfungskommission umzustoßen. Tatsächlich sind mit Recht gewählt der Vertreter in Gumbinnen, ein Vertreter in Insterburg und ein Vertreter von Tilsit. Kommen Sie dem Beschluß der Mandatsprüfungskommission nach, dann sind Tilsit und Gumbinnen, die beiden größten Orte aus dem Bezirk Insterburg, die einzige Organisation, die militärisch und gewerkschaftlich in Frage kommt, ausgeschaltet, und zwei ganz kleine Orte sind vertreten.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung über den Regierungsbezirk Gumbinnen. Da sollen für ungültig erklärt werden die Mandate des Gefreiten Caro, des Landsturmmanns Brendel, des Gefreiten Ucko. Ich bitte diejenigen, die diese Mandate für **ungültig** erklären wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Regierungsbezirk **Marienwerder.** Dem Bezirk stehen 5 Delegierte zu, es sind aber 6 entsandt. Das Mandat des Delegierten Schlichtholz soll für ungültig erklärt werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Da sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß der Kongreß dem Antrage der Mandatsprüfungskommission beigetreten ist. Ich werde, wenn ich jetzt die folgenden Regierungs- und Wahlbezirke abrufe, dem Antrage der Prüfungskommission ohne nähere Bemerkungen für entsprochen erklären, wenn sich sonst kein Widerspruch erhebt

Wir kommen zu

Groß-Berlin.

In Groß-Berlin sollen für ungültig erklärt werden die Mandate des Professors Dammler, der Genossin Nemitz, des Genossen Hugo Klick und des Genossen Hans Gerber.

Pietz:

Bezüglich des Mandats des Kameraden Gerber liegt wohl ein Irrtum vor, er ist hier auch genannt. Wahrscheinlich hat die Mandatsprüfungskommission angenommen, daß zwei Gerber vertreten sind, und zwar deswegen, weil Gerber sein Mandat selber abgegeben hat und nicht geschlossen mit den anderen.

Vorsitzender Leinert:

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Es wird also beantragt, das Mandat des Professors Dammler, der Genossen Nemitz und Klick für ungültig zu erklären. Das Mandat von Hans Gerber soll nicht für ungültig erklärt werden. Da sich Widerspruch erhoben hat, bitte ich diejenigen, welche den Antrag der Mandatsprüfungskommission zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. Das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum

Regierungsbezirk Potsdam.

Da sollen nicht anerkannt werden die Mandate von Latuske aus Strasburg, des Vizefeldwebels Rabe und des Kanoniers Plettner aus Perleberg.

Erich Stockmann-Neuruppin:

Ich beantrage, die Wahlen des Regierungsbezirks Potsdam zur nochmaligen Prüfung an die Mandatsprüfungskommission zurückzuweisen. Hier ist das Mandat des Kanoniers Plettner angezweifelt worden, unter der Begründung, er sei von einer örtlichen Stelle delegiert worden. Das ist ein Irrtum der Mandatsprüfungskommission. Plettner ist in derselben Sitzung gewählt worden, wie alle andern. Plettner wäre aber auch sonst zuzulassen, denn die Delegiertenversammlung in Potsdam vollzog sich folgendermaßen: Es sollte Potsdam nach der amtlichen Bekanntmachung ursprünglich 11 Mandate bekommen. Der Regierungsbezirk Potsdam hat eine sehr starke Garnison. Es befanden sich am 11. Dezember, dem Stichtage, große Truppenmassen zur Demobilisierung dort, und da wurde vollauf anerkannt, daß den Soldaten 2 Mandate und den Arbeiterdelegierten 9 resp. 8 Mandate zustehen. Nun aber erklärten die Genossen in der Wahlversammlung: Ja, hört mal, diese 10 oder 11 Mandate beziehen sich auf die Arbeiter, und wir stellen Euch trotzdem noch das Mandat für die Soldaten aus, die rechtmäßig gewählt sind. Ihr waret schon so wie so zugelassen und nicht angezweifelt. Also, wenn vom Regierungsbezirk Potsdam Mandate gestrichen werden müssen, dann können sie nur von den Mandaten der Arbeiter gestrichen werden. Das eventuelle Mandat des Vizefeldwebels Rabe, der in der Bezirksversammlung überhaupt nicht zugegen war, ist ohne weiteres für ungültig zu erklären. Aber das Mandat von Plettner muß bestehen bleiben, und dafür muß ein Arbeiterdelegierter ausscheiden, weil die Arbeiterdelegierten von Potsdam unverantwortlich leichtsinnig gehandelt haben. Deswegen bitte ich den Kongreß, die Mandate für Potsdam an die Mandatsprüfungskommission zurückzuweisen. Dort ist die Sache morgen in 10 Minuten in persönlicher Rücksprache gemacht. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Vorsitzender Leinert:

Wünscht jemand für den Antrag der Mandatsprüfungskommission zu sprechen? — Das Wort für den Antrag wird nicht verlangt; wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, die Wahlen für den Bezirk Potsdam an die Wahlprüfungskommission **zurückzuweisen.** Wer dafür stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt.) Das erste war die Mehrheit; die Mandatsprüfungskommission wird sich wieder mit den Wahlen im Bezirk Potsdam beschäftigen.

Wir kommen zum

Regierungsbezirk Frankfurt a. O.

Dort sollen für ungültig erklärt werden die Mandate des Vizefeldwebels **Holz,** der Delegierten **Winkler, Specht,** des Sergeanten **Meicker,** des Landsturmmanns **Bielski** und des Oberpostsekretärs **Fuchs.** Wortmeldungen für den Regierungsbezirk liegen nicht vor; ich nehme daher an, daß der Kongreß dem Antrage der Mandatsprüfungskommission beigetreten ist.

Wir kommen zum

Bezirk Posen.

Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate des Landsturmmannes **Großmann,** des Sergeanten **Peukert** und des Gefreiten **Korez.** Wortmeldungen liegen nicht vor; der Kongreß ist dem Antrage der Mandatsprüfungskommission beigetreten.

Wir kommen zum

Bezirk Breslau.

Das Mandat **Fritzsche** soll als überzählig für ungültig erklärt werden.

Das Wort hierzu hat der Genosse Fiege-Breslau.

Fiege-Breslau:

Genossen und Kameraden, ich bitte Sie, dem Antrage der Mandatsprüfungskommission in diesem Falle nicht stattzugeben. Sie würden damit entschieden unrecht tun. Der Genosse Fritzsche ist auf der Provinzialkonferenz in Breslau mit 7 Stimmen gewählt worden. Hingegen ist ein gewisser Berger-Glatz hier, der überhaupt nicht auf der Provinziallonferenz vorgeschlagen wurde. Dieses Mandat Berger verdient, annulliert zu werden; dagegen besteht das Mandat Fritzsche zu Recht. Von 4 Genossen, die überhaupt vorgeschlagen waren, ist er mit 7 Stimmen gewählt worden. Wenn Sie das Mandat Fritzsche nicht anerkennen wollen, muß die Sache mindestens an die Mandatsprüfungskommission zurückverwiesen werden. Ich bitte Sie also, das Mandat Fritzsche anzuerkennen. Sie würden einem Vertreter der Provinzialkonferenz Breslau unrecht tun, wenn Sie hier einen Delegierten anerkennen, der gar nicht aufgestellt war. Es waren 14 Mann anwesend. Abgegeben sind für einen gewissen Priephorn 5, für Fritzsche 7 und für Fiege — das bin ich selbst — 12 Stimmen. Fritzsche hat also die zweitmeisten Stimmen erhalten. (Zuruf: Beantragen Sie Zurückverweisung!) — Ich beantrage die Zurückverweisung an die Mandatsprüfungskommission.

Vorsitzender Leinert:

Es ist Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission beantragt worden. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir kommen zum 8. Bezirk:

Liegnitz.

Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate von **Appen** und **Dörner.** Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Kongreß tritt dem Antrage der Wahlprüfungskommission bei.

199

Merseburg. Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate von **Ruckenbrod** und **Fritzsche.** Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag ist angenommen.

Hannover. Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate des Unteroffiziers **Reckfiegel** und des Delegierten **Joost** für Stade und **Wolf** für Osnabrück. Wortmeldungen liegen nicht vor, der Antrag der Mandatsprüfungskommission ist angenommen.

Wir kommen zu

Schleswig-Holstein.

Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate der Delegierten **Kaulfers, Hundsdorfer** und **Berendsohn.** Wortmeldungen liegen auch hier nicht vor; die Anträge sind angenommen.

Wir kommen zum

Bezirk Düsseldorf.

Die Mandate von **Dröner, Evertz, Schluchtmann** und **Pütz** sollten für ungültig erklärt werden. Das Wort hat der Genosse Dröner.

Dröner-Elberfeld:

Parteigenossen und Kameraden! Den Beschluß der Mandatsprüfungskommission, von den Mandaten des Regierungsbezirks Düsseldorf etliche für ungültig zu erklären, halte ich für ein Unrecht. Wenn ich Ihnen darlege, wie die Wahlen im Bezirk Düsseldorf zustande gekommen sind, bin ich überzeugt, daß Sie dem zustimmen, was ich Ihnen vortrage. Im Bezirk Düsseldorf hat am 6. Dezember eine Konferenz des Bezirks-A.- und S.-Rats stattgefunden. Von den 12 Wahlkreisen des Bezirks hatten zu dieser Konferenz nur 5 Vertreter entsandt. 6 Kreise des Bezirks Düsseldorfs konnten keine Vertreter schicken, weil diese **auf der linken Rheinseite** lagen und bis heute zum Teil noch nicht in den Besitz der Einladung zur Konferenz gelangt sind, weil dort **die Post versagte**, seitdem dort besetztes Gebiet ist. Der Kreis Duisburg hat erst wenige Stunden vor dem Stattfinden dieser Konferenz die Einladung bekommen und konnte dazu auch in corpore keine Stellung nehmen. Er hat lediglich einen Genossen beauftragt, an der Konferenz teilzunehmen. In dieser Konferenz ist der Antrag gestellt worden, daß es, da die linksrheinischen Kreise nicht vertreten sein könnten, den Wahlkreisen überlassen bleiben sollte, auf Grund ihrer Bevölkerungszahl Vertreter zu schicken. Aber man setzte sich darüber hinweg, beschloß vielmehr, daß eine Vollsitzung am 9. Dezember stattfinden sollte, 3 Tage später. Zu dieser Vollsitzung sollte jeder Kreis 20 stimmberechtigte Vertreter entsenden. In dieser Vollsitzung wurde aber beschlossen, daß nicht nur die anwesenden stimmberechtigten Vertreter an der Abstimmung teilnehmen könnten, sondern daß **alle** anwesenden A.- und S.-Mitglieder mitstimmen könnten. In dieser entscheidenden Konferenz waren aber wieder von der rechtsrheinischen Seite nur 4 Kreise vertreten, von denen ein paar Kreise mehr als 20 Vertreter entsandt hatten. Der Kreis Duisburg war nur durch 3 Vertreter dort vertreten, der Kreis Essen durch 9, und die 6 linksrheinischen Kreise waren samt und sonders nicht auf dieser Konferenz vertreten. Trotzdem wurden die Vertreter auch für diese Kreise gewählt. Es wäre zweifellos notwendig gewesen, wenn eine solche Konferenz die Vertreter wählen soll, daß man die Kreisleitungen oder die A.- und S.-Räte der einzelnen Kreise und Orte aufgefordert hätte, Vorschläge für diese Wahlen einzureichen. Das ist nicht geschehen, sondern es lag bereits in der Vorbesprechung eine vollständig fertige Vorschlagsliste vor, die dann auch angenommen worden ist. Unser Antrag, daß man auf Grund des Verhältniswahlsystems wählen lassen sollte, wurde abgelehnt, man entschied vielmehr mit großer Mehrheit, daß das Mehrheitsprinzip allein entscheiden sollte.

Genossen, es sind nun aus dem Bezirk Düsseldorf in dieser Konferenz auch etliche Vertreter zu diesem A.- und S.-Ratstag des Reiches gewählt worden, die nicht mehr Mitglied eines Arbeiterrats oder überhaupt kein Mitglied waren. Es sind das Genosse Völker aus Hamborn und der Genosse Levinè.

Dann kommt in Betracht, daß man auch in den einzelnen Kreisen seitens der Kreisleitungen den einzelnen Orten nicht rechtzeitig von dem Stattfinden der Konferenz Mitteilung machen konnte. Der Ort Velbert im Wahlkreise Lennep-Remscheid-Mettmann, so wurde mir vorhin von einem Genossen, der auch hier ist, erzählt, will keine Mitteilung gehabt haben und sagt, seine Vorschläge seien aber auch von der Kreisleitung nicht berücksichtigt worden.

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Genosse Dröner, die Zeit ist um.

Dröner (fortfahrend):

Einen Augenblick, ich bin gleich fertig.

Vorsitzender Leinert:

Genosse Dröner, das geht doch nicht Wir müssen die Redezeit einhalten.

200

Nunmehr erteile ich dem Genossen Bühler das Wort gegen den Antrag auf Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission.

Bühler:

Ich bitte dringend, den Antrag auf Rückverweisung an die Wahlprüfungskommission **abzulehnen.** Ich rufe die Mitglieder dieser Kommission als Zeugen dafür auf, daß wir gerade über den Bezirk Niederrhein eingehend gesprochen und sogar noch den Genossen Limbertz von der anderen Seite gehört haben. Ich bitte dringend um Ablehnung des Antrages, damit zum Ausdruck kommt, daß es sich in diesem Bezirk um ein rechtmäßiges Zustandekommen der Wahl gehandelt hat.

Vorsitzender Leinert:

Weitere Wortmeldungen zu der Sache kann ich nicht zulassen. Sie müssen sich den Beschlüssen des Kongresses fügen, wonach nur ein Redner für und einer gegen die Anträge das Wort bekommen kann.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß dieses Mandat an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen wird, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Das ist sehr zweifelhaft. Ich bitte nochmals diejenigen, die **für Zurückverweisung** stimmen wollen, aufzustehen. (Geschieht.) Das ist **jetzt die Mehrheit.** Das Mandat ist an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen.

Wir kommen zum 14. Bezirk,

Coblenz.

Da hat der Soldat **Lillich** beantragt, zum Kongreß zugelassen zu werden. Die Zulassung soll **abgelehnt** werden. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag ist angenommen.

Bezirk Trier.

Das Mandat des Beamtenstellvertreters **Gleisberg** soll für ungültig erklärt werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Kongreß ist auch hier dem Antrage der Wahlprüfungskommission beigetreten.

Wir kommen zu

Bayern.

Da soll das Mandat des Genossen **Todtmann** für ungültig erklärt werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Antrag der Wahlprüfungskommission ist angenommen.

Wir kommen zu

Württemberg.

Das Mandat Ulrich-Ulm soll als überzählig angesehen werden. Das Wort hat Genosse Zernicke.

Zernicke:

Genossen, ich beantrage, das Mandat des Genossen Ulrich für gültig zu erklären. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, das Mandat des Genossen Ulrich für ungültig zu erklären, weil es nicht ordnungsgemäß erteilt worden ist. Ich stelle hier fest, daß der Genosse Ulrich in einer ordnungsgemäß einberufenen Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs mit der höchsten Stimmenzahl gewählt worden ist, sodaß, wenn die Mandatsprüfungskommission eine Aussprache mit einem Vertreter der Delegation Württemberg gehabt hätte, sie unmöglich zu einem solchen Antrage gekommen wäre. Ich bitte deshalb, das Mandat des Genossen Ulrich für gültig zu erklären.

Vorsitzender Leinert:

Ich werde dem Antrage des Genossen Zernicke gerecht, wenn ich über den Antrag der Mandatsprüfungskommission abstimmen lasse.

Wer dafür ist, daß dem Antrag der Mandatsprüfungskommission gemäß das Mandat von Ulrich (Ulm) für ungültig erklärt werden soll, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; das Mandat ist für gültig erklärt.

Wir kommen zu

Baden.

Für ungültig sollen die Mandate **Seitz** und **Binnck** erklärt werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Kongreß ist dem Antrage der Mandatsprüfungskommission beigetreten.

Wir kommen zu

Sachsen-Weimar.

Das Mandat des Soldaten **Winters** soll für ungültig erklärt werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dem Antrag ist stattgegeben.

Wir kommen zu

Sachsen-Altenburg.

Das Mandat **Wambach** soll für ungültig erklärt werden. Das Wort hat Bauer.

Bauer:

Genossen, inwiefern Genosse Wambach als Delegierter der Arbeiter auftritt, ist mir unbekannt. Der Genosse ist Vertreter

201

des X. Armeekorps. Nun ersehe ich aber aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, daß von Sachsen-Altenburg zwei Vertreter entsandt worden sind, und daß ein Mandat für ungültig erklärt worden ist. Ich bitte daher, daß dem Regierungsbezirk Sachsen-Altenburg zwei Mandate zugesprochen werden. Altenburg hat soviel Einquartierung gehabt, daß das ganze Land von Soldaten bevölkert ist. Die Zahl der Einquartierten beträgt mindestens 90 000 bis 100 000 Mann, sodaß die Gesamtbevölkerung 318 000 bis 320 000 Menschen betragen wird.

Sollte der Antrag abgelehnt werden, so bitte ich, folgende Erklärung zu protokollieren:

> Nachdem die Mandatsprüfungskommission das von dem Soldatenrat in Altenburg dem Genossen Bauer übertragene Mandat angefochten hat, tritt der Unterzeichnete, dessen Mandat eine Anfechtung nicht erfahren kann, wegen anderer dringender Aufgaben — Teilnahme an einer Konferenz der Demobilmachungskommissare Deutschlands — von seinem Mandat zugunsten des Genossen Bauer zurück.
>
> August Frölich.

Wir legen Wert darauf, daß diese Erklärung protokolliert wird.

Berichterstatter Löbe:

Die Ausstellungen des Vollzugsrats, die in der Presse bekannt geworden sind und Ihnen wahrscheinlich auch zur Verfügung gestanden haben, haben ergeben, daß das frühere Herzogtum Sachsen-Altenburg nur einen Vertreter zu stellen hat. Es waren aber zwei Vertreter gewählt, und die Kommission konnte sich nur nach den Grundlinien richten, die vom Vollzugsrat veröffentlicht worden sind. Infolgedessen haben wir nur einen Vertreter für Altenburg anerkennen können.

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte diejenigen, die entsprechend dem Antrage der Mandatsprüfungskommission das Mandat des Genossen Wambach für ungültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu

Braunschweig,

wo das Mandat Hesse für ungültig erklärt werden soll, weil es überzählig und von einer nicht berechtigten Stelle ausgefertigt ist

Das Wort hierzu hat Genosse Hesse.

Hesse:

Parteigenossen! Ich muß hier ganz kurz skizzieren, aus welchem Grunde die Mandatsprüfungskommission dazu kommen konnte das Mandat für ungültig zu erklären. Die Einberufung des Landes-Arbeiter- und Soldatenrats für Braunschweig fand 36 Stunden vor der Sitzung des Landesparteitages statt. Es war infolge der Verkehrsschwierigkeiten, die im ganzen Harz bestehen, den örtlichen Organisationen unmöglich, nach Braunschweig zu kommen und Vertreter zu entsenden. Man empfing in Braunschweig den Eindruck, als ob es den auf dem äußersten linken Flügel stehenden Parteigenossen nur darauf ankäme, eine genügende Zahl von Genossen zusammenzubringen. Die Folge war, daß auf der Landeskonferenz in Braunschweig die Republik Braunschweig durch drei unabhängige Genossen und mein Mandat von der Mehrheit vertreten wird. Der Kreis, für den ich gewählt worden bin, steht aber in seiner überwiegenden Mehrheit hinter der alten Partei. Es würde dadurch folgendes eintreten: Es würde eine ganze Reihe von Orten — 37 Dörfer und 3 Städte — unvertreten bleiben, ebenso auch eine größere Garnison. Ich bitte Sie aus diesem Grunde, die Wahl für gültig zu erklären, und ferner noch aus dem anderen Grunde, weil das Mandat nicht von einer örtlichen Stelle, sondern von dem Landes-Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig, also von der zuständigen Behörde, die für uns in Frage kommt, ausgestellt worden ist.

Daß ich an die vierte Stelle gekommen bin, dafür kann ich nichts. Das Mandat hätte im Sinne der Parität ebenso an zweiter oder dritter Stelle kommen können. So haben aber die Parteigenossen in Braunschweig das Mandat an die vierte Stelle genommen. Deshalb ist ersichtlich, daß das hat kommen müssen. Ich bitte deshalb, das Mandat für gültig zu erklären.

Vorsitzender Leinert:

Wer dafür ist, daß das Mandat Hesse für ungültig erklärt werden soll, wie es die Mandatsprüfungskommission beantragt, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; das Mandat ist für **gültig** erklärt.

Wir kommen zum

Bezirk Anhalt.

Das durch den Arbeiter- und Soldatenrat Zerbst erteilte Mandat Weissenborn soll für ungültig erklärt werden, weil der örtliche Soldatenrat kein Wahlrecht hat. Wortmeldungen liegen nicht vor; dem Antrag der Wahlprüfungskommission tritt der Kongreß bei.

202

Wir kommen zu

Waldeck.

Die Mandate der Delegierten Schotte und Waszilewitz sollen für ungültig erklärt werden, weil sie überzählig und die Ausweise nicht ordnungsgemäß ausgestellt sind. Das Wort hat Waszilewitz.

Waszilewitz:

Werte Kameraden und Genossen! In Waldeck und Pyrmont befinden sich vier Arbeiter- und Soldatenräte. Vor zirka zehn Tagen fand auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Thöne eine Versammlung mit der Tagesordnung: Fürstenfrage statt. Zu dieser Tagung war von jedem Ort der Bürgermeister und von jedem Soldatenrat ein Mitglied entsandt. Am Ende dieser Versammlung wurde plötzlich vom Reichstagsabgeordneten Thöne die Frage aufgeworfen, wer nach Berlin gehen sollte. Ohne Zustimmung der anderen Arbeiter- und Soldatenräte wurde Glatte gewählt. Dieser legte sein Mandat ab und gab es dem Reichstagsabgeordneten Thöne. Dieser hat weder die Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte Pyrmont, Corbach und Wildungen. Wir sind hierher gekommen zu zweit: wir wußten nicht, daß nur einer kommen durfte. Wir haben vollständige Ausweise von drei Arbeiter- und Soldatenräten und bitten, zu entscheiden, ob das Mandat des Reichstagsabgeordneten Thöne gilt oder das der Vertreter, die von Waldeck und Pyrmont selbst kommen. Der Reichstagsabgeordnete Thöne gehört keinem Arbeiter- und Soldatenrat in Waldeck und Pyrmont an. (Hört, hört!)

Thöne:

Mein Vorredner hat die Sache doch nicht ganz richtig dargestellt. Es ist richtig, daß ich in Arolsen bei einer Vertretersitzung zugegen war, in der Richtlinien für Arbeiter- und Soldatenräte gegeben wurden. (Zuruf: Fürstenfrage!) Die hat damit nichts zu tun.

Bei dieser Gelegenheit ist nach Vorbesprechung mit den Arbeiter- und Soldatenräten in Waldeck und Pyrmont die Wahl zur Delegation nach Berlin vorgenommen worden. Vertreten waren alle in Waldeck vorhandenen Arbeiter- und Soldatenräte. Es ist kein anderer vorgeschlagen als ich. Die Wahl ist einstimmig erfolgt, und zwar durch sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte für den Bezirk Waldeck.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß das Mandat der Delegierten Schotte und Waszilewitz, weil sie überzählig und die Ausweise nicht ordnungsmäßig ausgestellt sind, für ungültig erklärt wird, bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Das erstere war die Mehrheit; die Mandate sind für ungültig erklärt.

Wir kommen zu

Lübeck.

Das Mandat des Soldaten Jaster soll für ungültig erachtet werden, da für Lübeck nur ein Mandat zulässig und ein Arbeitervertreter bereits ordnungsmäßig betraut ist.

Wir kommen zu

Hamburg.

Hier soll das Mandat Karl Storbeck-Bergedorf-Sande als überzählig und, weil sein Ausweis von einer örtlich nicht zuständigen Stelle ausgestellt worden ist, für ungültig erklärt werden.

Das Wort hat der Genosse Schädlich.

Schädlich:

Parteigenossen! Die ganze Mandatsangelegenheit des Kreises Hamburg bitte ich der Kommission zur Klärung zurückzuverweisen. Wir haben auf Grund unserer Einwohnerzahl von Hamburg aus 7 Delegierte entsandt: 6 sind uns nur zuerkannt, und 2 sind außerdem delegiert. Eine eingehende Aussprache hat nicht stattgefunden, so daß eine Klärung nicht erfolgt ist. Ich bitte daher, die Angelegenheit an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen.

Vorsitzender Leinert:

Wer dafür ist, daß die Sache an die Mandatsprüfungskommission **zurückverwiesen** wird, den bitte ich aufzustehen. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Diese erfolgt.) Das erstere war die **Mehrheit.**

Wir kommen zu

Bremen.

Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate des Seesoldaten Schaare, des Sergeanten Sturm und des Sergeanten Rietschel, weil der örtliche Soldatenrat nicht berechtigt ist, besondere Delegationen vorzunehmen. Das Wort wird hierzu nicht verlangt, dem Antrage der Mandatsprüfungskommission tritt der Kongreß bei.

203

Elsaß-Lothringen.

Hier soll das Mandat des Genossen Picard und des Sergeanten Neubecker für ungültig erklärt werden. Das Mandat von Picard, da es der nötigen Form entbehrt, und das Mandat von Neubecker, da er nicht Vertreter einer Armee ist.

Thomas:

Genossen! Die Frage Elsaß-Lothringens ist eine ganz besondere Frage. Daß dort eine dem Sinne entsprechende Wahl nicht vorgenommen werden kann, ist wohl ohne weiteres jedem klar. Ein Vertreter ist zunächst von der Wahlprüfungskommission überhaupt bestätigt worden. Aber auch er ist nicht in einer rechtmäßigen Wahl mit einem Mandat betraut hierhergekommen. Es sind vier Vertreter von Elsaß-Lothringen hier; zum Teil haben sie mehr oder weniger deutliche Hinweise auf ihre bisherige Tätigkeit. Zwei von den nicht anerkannten schlug die Mandatsprüfungskommission dem Kongreß zur Anerkennung vor. Der vierte Elsaß-Lothringer, der Genosse Picard, hat nur einen Ausweis, der von dem Arbeiter- und Soldatenrat Straßburg ausgeschrieben ist und folgendermaßen lautet:

> Kamerad Picard verläßt uns heute nach Auflösung des Soldatenrats. Er hat uns vom ersten Tage an mit seinen besten Kräften geholfen. Wir bitten Euch, ihn in Euere Reihen aufzunehmen; er kann Euch Berater sein in den Fragen des Elsaß, von wo nun unser Same der internationalen Brüderlichkeit aufgehen soll im Westen. Wir grüßen Euch durch den Kameraden Fritz Picard herzlich.
>
> Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat Straßburg.
> gez. Johannes Nebholz,
> Vorsitzender.

Das ist das, was man ihm mit auf den Weg gab, am 20. November, an den Soldatenrat in Berlin. Damals lag noch alles dunkel, und man wußte noch nichts von einem Kongreß der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte; infolgedessen konnten ihm ordnungsmäßige Papiere nicht mitgegeben werden.

Genosse Picard hat leider nicht die Gelegenheit, das selbst hier vorzutragen, weil ihm Zutritt zum Saale nicht gewährt wird. Ich habe mich deshalb erboten, weil ich auch Elsaß-Lothringer bin, ein Wort für ihn einzulegen, und ich bitte Sie, das Mandat des Genossen Picard zu bestätigen.

Hannach:

Als Vertreter von Trier habe ich mich einige Tage, bevor der Kongreß tagte, bereits mit der Sache beschäftigt. In den Verordnungen ist nämlich unter Nr. 36 Elsaß-Lothringen gar nicht genannt. Es war also ausgeschlossen, daß von dort irgendwelche Vertreter hierhergeschickt werden konnten. Mir wurde hier gesagt: es ist möglich, daß man es absichtlich nicht genannt hat, weil die Besetzung usw. und die Abtrennung in Betracht kommen. Es besteht aber eine besondere Verpflichtung, es hier vertreten sein zu lassen: vorläufig ist es noch deutsch und hat ein Anrecht darauf, hier gehört zu werden. Es haben sich hier eine Anzahl von Kameraden gemeldet, die an den ersten Tagen der Revolution in Elsaß-Lothringen gewirkt haben, was durch Unterlagen erwiesen ist, darunter zwei Kameraden aus Metz, die bereits mit dem Staatssekretär Erzberger wichtige Verhandlungen betreffs der Internierung unserer Soldatenräte gepflogen haben. Ich bitte deshalb den Kongreß, diese Gründe zu berücksichtigen und zu beschließen, daß diese Kameraden, die sich bereits in unserer Sache so verdient gemacht haben, mit Sitz und Stimme hinzugezogen werden

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, das Mandat von Kurt Seelow aus Diedenhofen anzuerkennen, dagegen das Mandat von Picard, da es der nötigen Form entbehrt, und das Mandat des Sergeanten Neubecker, da er nicht Vertreter einer Armee ist, für ungültig zu erklären.

Wer für den Antrag der Mandatsprüfungskommission ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; die Mandate sind für **ungültig** erklärt

Wir kommen zur

Marine.

Das Mandat des Obermaaten Schmitz von Borkum soll für ungültig erklärt werden, da dem Soldatenrat der Festung Borkum kein besonderes Mandat zusteht

Das Wort hat der Genosse Schmitz

Schmitz:

Nach unseren Wahlbestimmungen kommt auf je 50 000 Frontsoldaten 1 Delegierter. Nun sitzen auf den Nordseeinseln Norderney und Borkum usw. 14 000 Frontsoldaten, für die jede Fühlungnahme mit dem Binnenlande ausgeschlossen ist. Deren Soldatenräte haben mich beauftragt, als Delegierter zu erscheinen.

204

Ich bin zuerst nach Hannover gegangen, um auf der Delegiertenkonferenz in Hannover eine Stimme zu bekommen. Dort wurde mir gesagt, ich solle mich an die Front wenden. An welche Front soll ich mich wenden? Ich bitte in Anbetracht, daß die Marine nur durch 6 Delegierte vertreten ist, im Interesse der Marine und der 14 000 Kameraden auf den Nordseeinseln mein Mandat zu genehmigen.

Lau:

Genossen, es geht nicht an, daß wir das Mandat des hier eben aufgetretenen Kameraden und Genossen anerkennen. Der Marine sind nach Rücksprache mit dem 53er Ausschuß, da sie bei Aufstellung dieser Anordnungen insgesamt noch etwa 300 000 Köpfe mobil hatte, 6 Mandate zuerkannt worden. Das entspricht dem Modus von 50 000, der für die Front in Anwendung kam. Diese 6 Mandate sind von der Marine wieder auf die Ost- und Nordseestationen verteilt worden, und es sind der Ostsee sowohl wie Wilhelmshaven, das mit dem Inselgebiet immer in Verbindung steht, insgesamt 6 Delegierte gewährt worden, da können wir, um nicht anderseits Unstimmigkeit zu erwecken, das siebente Mandat nicht zuerkennen. Ich bitte Sie, nach dem Antrage der Mandatprüfungskommission zu entscheiden.

Schmitz:

Auf den Nordseeinseln ist kein Marinepersonal, sondern Armeepersonal.

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte diejenigen, die das Mandat des Genossen Schmitz aus Borkum für ungültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist zweifelhaft. Ich bitte um die Gegenprobe. (Die Gegenprobe erfolgt.) Das erstere war die Mehrheit: das Mandat ist für ungültig erklärt.

Jetzt kommt die

Westfront.

Es wird beantragt, das Mandat des Landsturmmannes Eisenreich von der 6. Infanteriedivision für ungültig zu erklären, da Eisenreich nur als Ersatzmann delegiert worden ist.

Das Wort hat Genosse Jäger.

Jäger:

Verehrte Anwesende, bei der 6. Armee ist ein Irrtum vorgekommen. Es wurden in Ems ordnungsgemäß 4 Kameraden gewählt, nicht auf der Tagung, sondern die Armee wählte für sich in Ems allein. Als 3 Tage nach der Tagung nochmals eine Sitzung beim Armeeoberkommando stattfand, eine Sitzung sämtlicher Delegierten, die in Ems waren — sie fuhren von Ems zum Oberkommando nach Iserlohn —, wurde von Mitgliedern des Soldatenrats, die nicht in Ems waren, der Einwand erhoben, daß der Kamerad Mies kein Mandat hatte, nach Ems zu fahren Daraufhin haben dieselben 25 Delegierten, die in Ems den Delegierten Mies gewählt haben, in Iserlohn den Ersatzmann Eisenreich gewählt, und es ist in meiner Gegenwart an Mies ein Telegramm abgesandt worden und auch ein eingeschriebener Brief, worin ihm mitgeteilt wurde, daß das Mandat für ungültig erklärt werden mußte.

Nun sagt er, daß er weder ein Telegramm noch einen Brief bekommen habe, und es ergibt sich das Schauspiel, daß beide hier sind. Die Mandatsprüfungskommission stellt sich auf den Standpunkt, daß Mies in Ems gewählt werden konnte, ohne daß er stimmberechtigter Delegierter war. Nun gut, andererseits haben wir aber jetzt den anderen Delegierten hier, und der ist mindestens noch rechtmäßiger hierhergekommen; denn dieselben 25 Delegierten haben ihren ersten Beschluß aufgehoben und ihn gewählt. Ich glaube der Versammlung vorschlagen zu dürfen — wir kommen am besten dabei fort, denn es wird auf 50 000 Soldaten 1 Vertreter gewählt, und die Armee hat 225 000 Mann —, dieses Mandat auch für gültig zu erklären, und ich beantrage, demgemäß zu beschließen

Lau:

Parteigenossen, ich bitte Sie, im Sinne der Mandatsprüfungskommission zu entscheiden. Wenn Sie dem Wunsche meines Vorredners folgen, dann kommen noch eine ganze Menge anderer Kameraden von der West- oder Ostfront, bei denen die Verhältnisse ähnlich liegen, wo auch über die 200 000 oder 250 000 noch einige 10 000 überschüssig sind und sagen: wir müssen auch noch einen Delegierten mehr haben, und es sind verschiedene Armeen hier, die tatsächlich noch Ersatz sofort stellen könnten. Das geht also nicht.

Sachlich möchte ich zu der Beanstandung des Vorredners noch sagen, daß in Ems ausdrücklich beschlossen worden ist, daß auch solche anwesenden Kameraden, die nicht stimmberechtigt waren, gewählt werden könnten. (Sehr richtig!) Daß ist in diesem Fall bei Mies der Fall, aber auch deswegen, nachdem das dort offiziell beschlossen worden ist und die 23 oder 25 an-

205

wesenden Kameraden Delegierten der betreffenden Armee ihn gewählt hatten, ist es ein Unsinn, wenn dieselben Vertreter drei Tage hinterher sagen: nein, der Beschluß von vorgestern war nicht richtig; wir schicken Euch jetzt einen anderen Vertreter hin. Das geht doch nicht.

Vorsitzender:

Nach dem Antrag der Mandatsprüfungskommission soll das Mandat von Schreiber und auch das Mandat von Mies als gültig erklärt werden. Ungültig erklärt werden soll aber das Mandat von Eisenreich. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag der Mandatsprüfungskommission beitreten wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur 8. Armee. Für ungültig erklärt werden sollen die Mandate des Robert Albert in Mitau und des Dr. Simon in Mitau, weil der Soldatenrat Mitau kein Wahlrecht besitzt. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Dem Antrag der Mandatsprüfungskommission ist beizutreten.

Jetzt kommt die

Heeresgruppe Kiew.

Die Mandate von Kuhlmey, Cinnecki, Kobs und Selle sollen als unaültig erklärt werden, da die Genannten von unzuständigen Stellen gewählt sind.

Faust:

Ich bitte der Heeresgruppe noch einen 5. Vertreter zu bewilligen. Wer die Verhältnisse in der Ukraine einigermaßen durchschaut, wird zugeben, daß nicht genügend Leute aus Deutschland nach der Ukraine zurückkehren können, um die Truppen dort zu beruhigen. Drei Stunden, bevor ich den Bahnhof in der Ukraine verließ, verhandelte ich mit einem wilden Trupp. Da war eine Batterie und ein Bataillon, die nicht auf den geregelten Abtransport warten wollten. Sie hatten sich, mit Handgranaten in der einen und Rubeln in der andern Hand, eines ukrainischen Zuges bemächtigt, den Lokomotivführer bestochen, saßen in dem Zug und wollten nach Deutschland fahren. Das waren Vertreter der Division, der ich auch angehöre, die zu allerletzt die Ukraine zu verlassen hat. Unser ganzer Einfluß, was überhaupt die Tätigkeit der Soldatenräte in der Ukraine fast ausschließlich ist, besteht darin, solche Leute zu beruhigen, alles daranzusetzen, daß sie gestatten, daß erst die Truppen von hinten, vom Schwarzen Meer, aus der Krim, Charkow usw. abtransportiert werden, ehe die Truppen, die die Bahnlinie zu sichern haben, die Ukraine verlassen. Solcher wilden Trupps sind schon einige — ich kenne persönlich drei —, durch Brest usw. durchgekommen. Das hat darin seine Erklärung: die Leute, meist alte Landwehrleute — man hat bekanntlich die jungen k. u. Truppen aus der Ukraine herausgezogen und nach dem Westen geschmissen; zurückgeblieben sind die alten Familienväter —, wollen umsomehr nach der Heimat, als das Weihnachtsfest, bei dem ja bekanntlich jedem Deutschen das Herz voll Sentimentalität überläuft, vor der Tür steht, und die Truppen sind kaum noch zu halten, vor allen Dingen die Truppen, die wissen, daß der Abtransport einige Monate auf sich warten lassen muß. Außerdem waren wir von Deutschland wochenlang abgeschnitten; die Ereignisse der Revolution haben wir erst nach Wochen erfahren. In Kiew fand nun ein Delegiertentag statt. Es war uns Vertretern der Nordfront, also der Front, die an das bolschewistische Rußland grenzt — ich will hinzufügen, daß wir sehr oft mit Bolschewiki verhandelten, und daß da Sachen zur Sprache kommen, die eine hochpolitische Bedeutung haben — unmöglich, nach Kiew zusammenzukommen, weil die Bahnlinie gesperrt war. Wir lagen zwei Tage in einem Ort, wo die Hetman-Truppen den Bahnhof und die Strecke besetzt und die Schienen aufgerissen hatten. Wir mußten unverrichteter Sache zurückkehren und somit waren wir auf dem Kongreß in Kiew nicht vertreten, der unsere Mandate prüfen und einen Vertreter für Berlin bestimmen konnte. Es wurden nun nur Delegierte der in Kiew vertretenen Truppen bestimmt, die in einer Zahl von 4 vorhanden sind. Ich möchte bitten, das Mandat des Genossen Faust, der fälschlich der Etappe Bug zugeschrieben ist und der zur 20. Landwehrdivision der Ukraine gehört, als fünftes Mitglied der Heeresgruppe Kiew zuzubilligen.

Vorsitzender Leinert:

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission soll bei der Etappe Bug das Mandat des Albert Faust von der 20. Landwehr-Division bezw Feld-Lazarett 183 für ungültig erklärt werden. Nun hat Faust gesprochen, der gar nicht zur Heeresgruppe Kiew gehört.

Methner:

Genossen! Im Interesse der Gleichartigkeit und des Prinzips bitte ich Sie, den Antrag der Mandatsprüfungskommission anzunehmen. Wir können unmöglich einer Armee, so sehr auch

206

die vorgetragenen Gründe stichhaltig sein mögen, mehr zugestehen, als von vornherein beabsichtigt war. Es würden nachher noch andere Armeen kommen, wo es ähnlich liegt. Ich bitte Sie den neugestellten Antrag abzulehnen

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte diejenigen, welche den Antrag der Mandatsprüfungskommission gemäß die Mandate von Kuhlmey, Cinnecki, Kobs und Selle für unaültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; die Mandate sind für ungültig erklärt.

Wir kommen zur

Etappe Bug.

Da soll das Mandat Tschickert für ungültig erklärt werden, weil der Soldatenrat im Abschnitt Baranowitschi kein Wahlrecht hat; ferner die Mandate von Sergeant Albert Faust und Landsturmmann Kern. Bei letzteren beiden, weil die Mandatsaussteller kein Wahlrecht gehabt haben.

Tschickert:

Parteigenossen! Ich muß ebenfalls bedauern, daß die Mandatsprüfungskommission es für angebracht gehalten hat, nicht die Inhaber der für ungültig erklärten Mandate selbst zu hören. Mein Mandat z. B. wird für unaültig erklärt für die Etappe Bug. Ich habe nie zur Etappe Bug gehört, sondern der Abschnitt Baranowitschi gehört zur 10. Armee. In der 10. Armee vertritt der Abschnitt Baranowitschi 50 Soldatenräte, die wieder 50 000 Soldaten vertreten. Von diesen Soldatenräten bin ich gewählt als Vertreter der Armee, während die anderen Vertreter nicht auf dem Bezirkstag gewählt sind, sondern von einem Arbeiterausschuß der 10. Armee ernannt sind. Wenn die Mandatsprüfungskommission die Inhaber der Mandate gehört hätte, dann hätte sie nicht zu solchem Urteil kommen können. Ich beantrage deshalb, das Mandat Tschickert nochmals an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen und diese zu beauftragen, den Inhaber des Mandats selber anzuhören.

Vorsitzender Leinert:

Es ist beantragt worden, die Sache an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen mit dem Auftrage, daß der Inhaber des Mandats Tschickert gehört werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen. Dann sollen für unaültig erklärt werden die Mandate des Genossen Faust und des Genossen Kern. Für diese beiden ist die Zurückverweisung nicht beantragt. Ich bitte diejenigen, die die Mandate für ungültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist beschlossen worden.

Dann kommen wir zum

Bezirk Wiesbaden.

Da soll das Mandat des Franz Göbner für unaültig erklärt werden weil die Wahl nicht ordnungsmäßig zustande gekommen ist.

Haese:

Parteigenossen, die Wahl des Genossen Göbner ist insofern unaültig — und ich unterstütze den Antrag der Mandatsprüfungskommission —, weil in Wiesbaden die Wahl bereits getätigt war, aber nach einigen Tagen die Genossen im Arbeiterrat einfach erklärten, sie wählen noch einen Delegierten: sie wollten eigentlich meine Wahl für unaültig erklären, was aber meines Erachtens natürlich unstatthaft war. Die Wahl des Genossen Scheffler ist aus dem einfachen Grunde für gültig zu erklären, weil in Wiesbaden getrennt gewählt wurde. Wir haben für Wiesbaden-Stadt einen Delegierten und einen anderen Delegierten für Wiesbaden-Land zu entsenden. Der Frankfurter Bezirk hat uns diese Mitteilung gemacht, und wir haben dementsprechend verfahren. Die Wahl des Genossen Scheffler ist richtig getätigt, ebenso meine Wahl. Der Genosse Göbner ist nachträglich mit 8 Stimmen vom Arbeiterrat als dritter Delegierter hinzugewählt worden. Ich bitte, dem Beschluß der Mandatsprüfungskommission entsprechend das Mandat des Genossen Göbner für ungültig zu erklären.

Göbner:

Die Ausführungen des Genossen Haese über mein beanstandetes Mandat entsprechen nicht den Tatsachen. Ich bin nicht als dritter Kandidat im Bezirk Wiesbaden (Umgebung) gewählt worden, sondern es handelt sich darum, daß die Wahl des Genossen Haese von dem Wiesbadener Arbeiter- und Soldatenrat kassiert wurde, nachdem bekannt war, daß in Biebrich der Genosse Scheffler gewählt sei. Ich habe hier ein diesbezügliches Schreiben, das dies bestätigt. Ich kann nicht zugeben, daß hier so einseitig gearbeitet wird. Ich habe auch keine Veranlassung genommen, dagegen zu protestieren, weil ich mich heute morgen davon überzeugte, daß mein Name in der Liste stand. Aber ich

sehe mich veranlaßt, den Antrag zu stellen, zur Aufklärung über die Sache diese Mandatsprüfung an die Kommission zurückzuverweisen.

Vorsitzender Leinert:

Die Mandatsprüfungskommission beantragt die Ungültigkeit des Mandats Göbner. Nun beantragt Göbner, daß die Sache an die Mandatsprüfungskommission zurückgewiesen werden solle. Wer dafür ist, daß die Sache zurückgewiesen wird, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Wir kommen nun zu dem

versprengten Armeekorps.

Es ist in der Mandatsprüfungskommission beschlossen worden, daß den von ihren Armeeverbänden versprengten Armeekorps kein Wahlrecht zuerkannt werden kann, da die einzelnen, einem Armeeverbande zugeteilten Armeekorps bereits bei den Wahlen der Armeedelegierten ziffernmäßig berücksichtigt worden sind. Es sollen deshalb für ungültig erklärt werden die Mandate von Arnhold und Nowakowski, beide vom Soldatenrat des VIII. Armeekorps, dann das Mandat des Unteroffiziers Josef Meurer und endlich des Landsturmmannes Horch. Die beiden letzteren sind vom Soldatenrate des XVIII. Armeekorps gewählt. Wir wollen zunächst einmal über die Beiden, Arnhold und Nowakowski, vom VIII. Armeekorps reden.

Das Wort hat der Genosse Nowakowski.

Nowakowski:

Kameraden und Genossen! Die Wahl der beiden Vertreter vom VIII. Armeekorps soll einzig und allein deshalb für ungültig erklärt werden, weil die beiden Delegierten nicht auf der Emser Tagung gewählt worden sind. Zunächst kann ich es nicht als richtig anerkennen, daß von einer einzigen Seite aus eine besondere Wahlordnung herausgegeben wird. Ich kann mich nicht entsinnen, daß für die Wahlen zum Rätekongreß nur diejenigen Vertreter maßgebend sein sollen, die auf der Emser Tagung gewählt worden sind. Aber auf der anderen Seite müßte man auch untersuchen, wen die Schuld daran trifft, daß die betreffenden Divisionen und Armeekorps an der Emser Tagung nicht haben teilnehmen können. Von unseren 10 Divisionen war im ganzen eine einzige Division mit 7 Soldaten an der Emser Tagung vertreten. Das Korps zählt im ganzen 117 000 Soldaten, so daß 110 000 Soldaten überhaupt vollständig unberücksichtigt blieben. Auf der Delegiertentagung der Frontvertreter ist genau festgestellt worden, daß nur diese einzige Division an der Emser Tagung teilgenommen hat. Folglich können die anderen Divisionen durch Vertreter der Armee hier nicht vertreten sein.

Aber dann bitte ich, noch eins zu berücksichtigen. Wir gehören dem Soldatenrat des VIII. Armeekorps an. Sie werden selbst zugeben, daß die Beratungen hier von so außerordentlicher Wichtigkeit sind, daß es ungeheuren Wert hat, daß auch diejenigen Soldatenvertreter, die noch weiterhin mit ihrer Truppe arbeiten müssen, in demselben Geiste arbeiten müssen, in demselben Geiste arbeiten, wie es hier in der Tagung zum Ausdruck gekommen ist. Da ist es notwendig, daß wir neuen Mut und neue Kraft zum weiteren Arbeiten im Sinne der Revolution schöpfen.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, die Wahl der Vertreter des VIII. Armeekorps, die sonst nicht vertreten sind, gutzuheißen.

Lau:

Genossen, ich bitte, aus prinzipiellen Gründen dem Antrage meines Vorredners nicht zu entsprechen, sondern den Antrag der Wahlprüfungskommission anzunehmen. Es könnten mit demselben Recht all die Armeekorps, deren Truppen inzwischen in die Heimat zurückgekehrt sind und sich in Deutschland befinden, hierherkommen und verlangen, durch 1 oder 2 Mann vertreten zu sein. (Nowakowski: Wir wollen Recht und kein Unrecht!) — Ich habe ja auch nicht geschrien, als Sie sprachen. Lassen Sie mich auch reden! — Diese Leute könnten genau so gut verlangen, Vertreter entsenden zu dürfen. Tatsächlich liegt die Sache doch so, daß die Division Osten im Felde war, zum Teil im Westen, zum Teil im Osten, dann können die Divisionen, wenn sie im Osten gelegen haben, allerdings nicht auf der Emser Tagung gewesen sein. Darauf kommt es aber auch nicht an. Es haben dort die einzelnen Armeen, entsprechend der Zahl der bei ihnen befindlichen Truppen, gewählt, haben ihre Vertreter hierher entsandt, und irgendwo sind dann die Divisionen doch mitgezählt worden.

Was das anbetrifft, was mein Vorredner sagte, daß es gut sei, wenn auch er oder irgend einer von denen, die nun doch mit den Soldaten arbeiten wollen, hier wären, so sind wir dem schon entgegengekommen, indem wir beantragt haben, den

Genossen, deren Wahl für ungültig erklärt worden ist, noch für 3 Tage die Gebühren zu zahlen und ihnen morgen einen Platz auf der Tribüne zuzuweisen. Dort können die betreffenden Kameraden den weiteren Verhandlungen beiwohnen.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung über die Wahl der Genossen vom VIII. Armeekorps, und zwar Arnhold und Nowakowski. Ich bitte diejenigen, welche dem Antrag der Mandatsprüfungskommission beitreten und die Mandate von Arnhold und Nowakowski für ungültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Wir kommen dann zu den Mandaten des XVIII. Armeekorps. Und zwar sollen für ungültig erklärt werden die Mandate von Josef Meurer und Horch. Das Wort hat Josef Meurer.

Meurer:

Kameraden und Genossen! In einer Versammlung der Soldatenräte des XVIII. Armeekorps am vorigen Donnerstag wurde bestimmt, daß mein Freund und Kamerad Horch und ich als Vertreter des XVIII. Armeekorps an der Rätevers ammlung in Berlin teilnehmen sollten. Es war uns nicht bekannt, daß und welche Delegierte in Ems oder aber auch in Darmstadt oder in Wiesbaden als Soldatenvertreter aufgestellt wurden, und es wurde da einmütig beschlossen, daß die Soldatenräte im Bereich des XVIII. Armeekorps, die heute Front- und Heimatsoldaten umschließen, 2 Vertreter bestimmen, die zwei Delegierte, die in Ems oder aber Darmstadt oder aber Frankfurt gewählt sind, zum Ausfall bringen sollen. Es wurde gesagt, daß man von der Tagung in Ems eigentlich nichts gewußt hat, daß tatsächlich die Soldatenräte in Frankfurt a. M. und anderen Orten, die die Arbeit geleistet haben, nichts von dem gewußt haben, was in Ems, Darmstadt oder Frankfurt vor sich gegangen ist; und darum, glaube ich, ist es billig und recht, nachdem der einmütige Wille gegen die Art der zufällig erschienenen Wahl in Frankfurt, Wiesbaden und Ems protestiert hat, und auch der Protest zum Durchbruch kommt, daß auf einmütigen Wunsch der Delegierten von Front- und Heimattruppen des XVIII. Armeekorps wir beide, mein Freund und ich, als ordnungsgemäß gewählte Vertreter heute hier von Ihnen anerkannt werden. Ich bitte also, Kameraden und Genossen, in Prüfung dieser Sachlage unsere Wahl anzuerkennen.

Lau:

Genossen, es liegt hier genau so, wie ich eben schon gesagt habe. Erkennen Sie diese beiden Mandate an, dann bewirken Sie damit eine doppelte Vertretung bestimmter Truppenkörper, und das kann doch nicht angehen aus den Gründen, die Sie ja vorhin schon durch Ihren Beschluß anerkannt haben. (Zuruf.) — Das ist doch wahr, der weitaus größte Teil dieser Truppen — das ist festgestellt — ist bei irgendeiner Armee mitgezählt worden und dadurch hier durch andere Kameraden schon vertreten. Ich bitte Sie, nach dem Antrage der Mandatsprüfungskommission zu entscheiden.

Vorsitzender Leinert:

Es ist von der Mandatsprüfungskommission beantragt, die Mandate von Josef Meurer und Horch für ungültig zu erklären. Ich bitte diejenigen, welche dem Antrage der Mandatsprüfungskommission beitreten wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit, die Mandate sind für ungültig erklärt.

Damit ist der Bericht der Mandatsprüfungskommission erledigt.

Ich schlage Ihnen nun vor, sich zu **vertagen** und die nächste Sitzung abzuhalten morgen früh 9 Uhr.

Ich habe aber noch folgende **Mitteilungen** zu machen.

Heute Abend um 8 Uhr findet in dem kleinen Sitzungssaale des Herrenhauses eine Sitzung der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion statt. Morgen früh ½9 Uhr eine Sitzung der demokratischen Fraktion in Saal 5 und morgen früh 8 Uhr im Festsaale eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion. Ferner: die Mandatsprüfungskommission tritt jetzt in Zimmer 56 zusammen. Die Vorsitzenden der Fraktionen bitte ich, sofort nach Schluß der Sitzung im Ministerzimmer zu erscheinen.

Dann ist vom Vollzugsrat des A.- und S.-Rats von Groß-Berlin, Presse- und Propagandadienst, mitgeteilt: Im Aufklärungsbüro, Herrenhaus, Zimmer 28, liegen folgende Flugblätter aus. 1. Gegen die bürgerliche Presse. 2. Kameraden, warnt vor dem Einfluß der Offiziere! 3. An die heimgekehrten Soldaten: Werbt für den Sozialismus! 4. An die Landarbeiter und Bauern. Zur Beruhigung der Landbevölkerung. Zur Beunruhigung liegt kein Grund vor! 5. Richtlinien für die Landbevölkerung. Fordert zur Bildung von Bauernräten auf! 6. Ein Plakat über Demobilisation, das fordert zur Wahrung der Disziplin auf.

Von diesen Flugblättern stehen mehrere tausend Exemplare zur Verfügung. Delegierte, die das eine oder andere mitzunehmen wünschen — seien es Probeexemplare für den Nachdruck, sei es in größerer Anzahl zur Verteilung — werden gebeten, in den Zimmern 25 und 28 des Herrenhauses ihre Wünsche vorzulegen.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß Soldaten kein Geld mehr haben. Ich habe mich mit dem Genossen Maynz in Verbindung

gesetzt; er hat sich bereit erklärt, auszuzahlen. Diejenigen Delegierten, die kein Geld haben und die Berechtigung ihres Mandates dadurch aufzeigen können, daß sie in der Präsenzliste stehen, können Vorschüsse auf die Diäten in Zimmer 58 b erhalten. Über die Höhe der Diäten wird morgen entschieden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 15 Minuten.)

7. Sitzung,

Donnerstag, den 19. Dezember 1918, vormittags.

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 30 Minuten.

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Wort der Genosse Wegmann.

Wegmann-Berlin:

Genossen! Meine vorgestrigen Ausführungen sind in der Presse in ihrem Sinne ganz entstellt wiedergegeben. So stand z. B. im „Vorwärts“: Er schloß mit den Worten: Wir müssen mit den Mehrheitssozialisten mitmachen, und wenn ihre Macht erhöhlt ist, werden wir an ihre Stelle treten. Ich habe dem „Vorwärts“ eine Berichtigung zugesandt, die er abgedruckt hat. Jetzt steht derselbe Bericht mit demselben Wortlaut in anderen Zeitungen. Ich stelle nochmals fest, daß ich zum Schlusse erklärt habe: Es sei von Offizieren hier im Restaurant folgendes Gespräch geführt worden: Wir müssen uns den Mehrheitssozialisten anschließen, und wenn die Sache unterhöhlt ist, treten wir an ihre Stelle. Das ist natürlich dem Sinn nach etwas anderes. Ich lege Wert darauf, das hier festzustellen.

Fraktion der geeinten Arbeiter und Soldaten.

Vorsitzender Leinert:

Die **Fraktion der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten**, deren Vorsitzender Lausenberg ist, hat mich gebeten, folgende Erklärung zur Kenntnis des Kongresses zu bringen:

Erklärung.

„Die Bestrebungen der Konterrevolutionäre finden in einflußreichen militärischen und kapitalistischen Kreisen ihren Rückhalt, ihr Zentrum. Diesen Anstrengungen gegenüber bedeutet die Schroffheit der Gegensätze von rechts und links, die selbst den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte dem Scheitern nahe brachte, eine Gefährdung der Revolution.

In einer Reihe von Orten hat der revolutionäre Wille der Arbeiter und Soldaten eine einheitliche Politik der örtlichen Fraktionen in den Arbeiter- und Soldatenräten erzwungen. Unter Zurückstellung des Fraktionsstreites sind die Arbeiter und Soldaten dieser Orte willens, die gesamte geeinte Macht der Arbeiter und Soldaten hinter die sozialistische Republik zu stellen, die Revolution nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite vorwärts zu treiben und die Errungenschaften der Revolution gegen die Mächte der Konterrevolution zu verteidigen.

Die Fraktion der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten hat sich gebildet, um im Sinne dieser Politik auch auf dem Kongreß zu wirken.

Fraktion der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten:
Vorsitzender **Lausenberg**-Hamburg.
Schriftführer **Zimmermann**-Oldenburg.

Ich bin gebeten worden, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, zuerst über die **Aufwands- und Reiseentschädigung für die Delegierten** verhandeln zu lassen. Die Mandatsprüfungskommission hat ebenfalls einen Antrag gestellt. Wie ich aber sehe, ist sie noch nicht im Saale; sie verhandelt noch über die Gültigkeit der ihr überwiesenen Mandate. Nun haben aber gestern die Fraktionsvorsitzenden über die Diäten gesprochen und werden darüber Bericht erstatten. Berichterstatter ist der Genosse Severing. Ich erteile ihm das Wort.

Die Aufwands- und Reiseentschädigung für die Delegierten.

Severing-Bielefeld:

Die Vorstände der Fraktionen sind übereingekommen, Ihnen zu empfehlen, 30 Mark für den Aufenthaltstag in Berlin denjenigen Delegierten zu zahlen, die von auswärts zugereist sind, und den Berliner Delegierten 20 Mark Diäten zu zahlen. Eine Differenz zwischen Reisetagen und Aufenthaltstagen in Berlin soll nicht vorgenommen werden. Von der Loyalität der Delegierten wird erwartet, daß sie nicht mehr Reisetage in Anrechnung bringen, als wirklich Reisetage vorhanden sind.

Es ist beabsichtigt, die Heimreise nach dem Aufenthaltsort der Delegierten durch die Ausstellung von Freifahrtscheinen zu ermöglichen. Das Büro wird Sorge tragen, daß die Freifahrtscheine im Laufe des Tages hergestellt werden, so daß eine Verzögerung in der Heimreise selbst nicht eintreten kann. (Zuruf.) — Genosse Barth fragt, ob es heute schon zu Ende geht. Das kann niemand wissen. Es besteht jedenfalls in den Leitungen aller Fraktionen der Wunsch, die Arbeiten des Kongresses so früh wie möglich zu beendigen, damit die Delegierten alle die Arbeit in der Heimat erledigen können, die angesichts der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dringend geboten sind. Jedenfalls wird das Büro Sorge tragen, daß alle die geschäftlichen Maßnahmen erledigt werden, die für eine eventuelle Heimreise heute Abend noch getroffen werden müssen.

Ich habe dann weiter vorgeschlagen, daß denjenigen Delegierten, die einen Verlust infolge der Aufgabe ihrer Arbeit haben, der Ausfall aus Mitteln des Kongresses erstattet wird. Es soll nur eine Grenze nach oben gezogen werden, und zwar soll die Vergütung nicht mehr als 20 Mark betragen.

Das wären die Vorschläge, die Ihnen, wie gesagt, im Auftrage sämtlicher Fraktionen zu unterbreiten sind. Ich bitte um deren Annahme.

Vorsitzender Leinert:

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Dann bitte ich diejenigen, die den Antrag der Fraktionsführer annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Danke. Die Diäten sind also in diesem Sinne **beschlossen**.

Ich mache nun darauf aufmerksam, daß den Delegierten die **Formulare** für ihre Nachweise zugestellt worden sind; sie liegen auf den Plätzen. Sie müssen nun diese Formulare ausfüllen, und die Auszahlung wird dann in Gegenwart eines Beauftragten der Mandatsprüfungskommission, der die Quittungen unterschreibt, erfolgen. (Zuruf: Wann?) In der Zeit von 1 Uhr heute Mittag ab, und zwar im Zimmer 58 b. Das bezieht sich zunächst einmal auf diejenigen, die Vorschüsse haben müssen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Der nächste Gegenstand ist die Beratung der Frage:

Nationalversammlung oder Rätesystem.

Das Wort hierzu hat der Genosse Max Cohen.

Vollzugsratsmitglied Max Cohen-Berlin, Berichterstatter:

Parteigenossen, Kameraden! Die revolutionäre Umwälzung hat das deutsche Volk vor Aufgaben von geradezu gigantischer Größe gestellt. Und das in einem Augenblick, da das Land von Lebensmitteln und von Rohstoffen entblößt, unser Verkehrswesen zerrüttet, die Finanzwirtschaft auf das schwerste gefährdet ist. Handel und Produktion stocken, und die Voraussetzung allen modernen

Lebens, unsere Kohlenförderung, ist in größter Gefahr. Die Volkskraft ist aufs schwerste getroffen durch die Verluste auf den Schlachtfeldern und durch die jahrelange Unterernährung, die die Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes außerordentlich herabgemindert hat. Wichtige Landesteile sind vom Feinde besetzt, andere sind vollkommen verloren, und wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nicht nur ungeheure eigene Kriegskosten abzutragen, sondern auch den Siegern große Kriegsentschädigung zu zahlen haben werden. Wir brauchen, um uns wieder aufzurichten, für Milliarden und Abermilliarden Rohstoffe und Lebensmittel, und dabei ist die deutsche Valuta, der Wert der deutschen Mark, sehr gesunken, etwa so, daß, wenn wir für 10 000 Millionen Rohstoffe und Lebensmittel bedürfen, wir 20 000 bis 25 000 Millionen in Wirklichkeit dafür zu zahlen haben werden, und wenn es uns nicht gelingt, unsere Wirtschaft in Ordnung zu bringen, so kann sich das Bild noch sehr viel ungünstiger für uns gestalten.

Wenn wir uns diese Schwierigkeiten vor Augen halten — und es sind bei Leibe nicht alle Schwierigkeiten, die ich hier aufgezählt habe —, dann muß es für jeden Einsichtigen klar sein, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur dann gelingen kann, wenn es uns gelingt, alle, aber auch alle schaffenden Kräfte des deutschen Volkes zusammenzufassen, die im Lande vorhandenen Rohstoffe und Waren rationell auszunützen, so schnell wie möglich die **Produktion wieder in Gang zu bringen** und die **Ordnung im Innern** herzustellen. Wir alle sind der Überzeugung, daß unsere Lage außerordentlich schwer ist, aber ich glaube, man kann dennoch sagen, objektiv verzweifelt oder hoffnungslos ist sie nicht. Daß wir militärisch vollkommen wehrlos sind, wissen wir, und das weiß die ganze Welt. Trotzdem hat, glaube ich, die Entente ein großes eigenes Interesse — und das ist wichtig —, daß unsere Leistungsfähigkeit nicht allzu sehr herabgedrückt wird. Man darf sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß die offiziellen Reden der englischen Minister, die wir alle kennen, in denen eine ungeheure Kriegsentschädigung und sonstige Ersatzansprüche angemeldet werden, durchaus ernst gemeint sind, und daß diese Ansprüche an uns lediglich die Konsequenz und die Fortsetzung der englischen Kriegszielpolitik sind, jener Kriegszielpolitik, die in diesem Kriege die deutsche Gefahr für den Weltmarkt, die wirtschaftliche und politische deutsche Gefahr beseitigen wollte, und wir wissen, daß diese Kriegszielpolitik Englands dank der Politik Deutschlands vor dem Kriege und im Kriege selbst den Engländern in einer Weise gelungen ist, wie es sich auch die größten Optimisten in England selbst nicht haben träumen lassen. Nachdem aber dieser deutsch-britische Gegensatz nun einmal zugunsten Groß-Britanniens entschieden ist, stehen die Dinge so, wie ich es im Anfang sagte, daß Großbritannien und die übrigen Alliierten ein Interesse an unserer Arbeitsfähigkeit haben, einmal, damit wir überhaupt in der Lage sind, die Entschädigungen zu bezahlen, und ein andermal auch aus der Einsicht heraus, die wohl in Amerika am stärksten vertreten wird, daß die Welt die Arbeitskraft von 70 Millionen Menschen — ich rechne Deutsch-Österreich hinzu — gar nicht entbehren kann ohne selbst den allergrößten Schaden zu erleiden, besonders aber, Parteigenossen, wenn es sich dabei um ein Volk von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes handelt.

Aber darüber dürfen wir uns ebenfalls keiner Täuschung hingeben: die Versprechungen, Rohstoffe und Lebensmittel zu liefern, werden nur dann innegehalten werden, wenn es uns aus eigener Kraft gelingt, die

Ordnung wieder herzustellen und produktionsfähig zu werden. Gelingt uns das nicht, dann stehen die Dinge sehr schlimm.

Dabei muß man aussprechen, daß wir in Deutschland in den nächsten Monaten — selbstverständlich unter den Beschränkungen, die wir ja nun leider gewöhnt sind — keinen absoluten Mangel an den notwendigsten Dingen haben; wir haben für die nächsten Monate Rohstoffe und Waren im Lande; wir haben Kohlen — — Sie müssen allerdings gefördert werden, was ja mit der Wiederherstellung der Ordnung zusammenhängt —; und wir müssen die vielen Arbeitsmöglichkeiten, die in Deutschland bestehen — das ganze große Deutschland ist ja eine einzige Reparaturwerkstätte — ausnützen; wir haben auch unmittelbar nach der Ernte Lebensmittel für einige Zeit, und das weiß man draußen ganz genau. Wenn es uns nicht gelingt, das Vorhandene zu bewirtschaften und rationell zu verteilen, dann wird die Entente in diese Unordnung auch nicht einen Zentner Getreide hineinstecken, denn der würde bei der allgemeinen Unordnung ebensowenig seinen Zwecken zugeführt werden, wie das im Lande Vorhandene. Voraussetzung für jede Zufuhr von außen mit Hilfe der Entente erscheint mir also zu sein, daß wir in der Lage sind, die Ordnung herzustellen, das im Lande Vorhandene auszunützen und zu verteilen. Nach diesen selbstverständlichen Grundsätzen wird die Entente nach meiner festen Überzeugung handeln.

Es kommt also vor allem darauf an, der **Desorganisation**, die wir jetzt leider in Deutschland haben, schleunigst ein Ende zu machen. Nur dann, wenn wir aus eigener Kraft die Produktion wenigstens notdürftig wieder in Gang bringen, kommen die versprochenen Zufuhren ins Land.

Nun gibt es aber, wie die Dinge sich bisher entwickelt haben, eine Voraussetzung, damit wir wieder produktionsfähig werden. Das ist nur möglich, wenn unser staatlicher Mechanismus, der einigermaßen in Unordnung geraten ist, wieder richtig funktioniert, wenn wir eine **Zentralgewalt im Reiche** bekommen, die in der Lage ist, den inneren und äußeren Zerfall des Reiches aufzuhalten. Nur eine starke Zentralgewalt ist in der Lage, die auseinanderstrebenden Teile des Reichs wieder an das Reich zu fesseln; nur sie kann dafür sorgen, daß die Glieder im Innern wieder zu einem richtigen Zusammenarbeiten gelangen. Aber eine starke Zentralgewalt kann nur dann sicheren Halt und eine starke moralische Autorität haben, wenn sie auf dem festen und breiten Fundament des allgemeinen Volkswillens aufgebaut ist. Es kann keine Zentralgewalt mit starker Autorität, die sich die nötige Beachtung im Innern und im Auslande sichert, geben, wenn sie nicht von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen ist.

Parteigenossen, Kameraden, es gibt nach meiner festen Überzeugung nur ein einziges Organ, das diesen Volkswillen feststellen kann: das ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung, zu der jeder Deutsche, gleichviel ob Mann oder Frau, in allen den Gebieten, die zu Deutschland gehören wollen, wählen kann.

Wie man auch über die A.- und S.-Räte denken mag — ich denke ziemlich günstig über sie und werde darauf noch zurückkommen —, in jedem Falle drücken die **A.- und S.-Räte nur einen Teilwillen**, niemals aber den Willen des ganzen Volkes aus. Diesen festzustellen, darauf kommt es an.

Die Gefahr, in der wir schweben, ist, glaube ich, sehr viel größer, als die meisten es sich vorstellen.

Wenn es so weiter geht wie bisher, dann wird unser gesamtes Wirtschaftsleben, das doch die Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands ist, lahmgelegt, ohne daß wir in der Lage sind, etwas Neues an seine Stelle zu setzen. Ich möchte hier einmal offen und ehrlich aussprechen: der Zerfall muß kommen, wenn es uns nicht gelingt, der Disziplin — und Einsichtslosigkeit Herr zu werden, die leider auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft zeigt, nämlich der Teil der deutschen Arbeiterschaft, der, um ein Wort des Genossen Emil Barth zu gebrauchen, die ganze große glorreiche deutsche

Revolution zu einer bloßen Lohnbewegung

degradiert. Ich will Sie nicht mit vielen Beispielen aufhalten, aber eins — und es spricht für viele — möchte ich an dieser Stelle doch anführen. Die Direktion der Siemenswerke, in denen dauernd Streik herrscht, hat vor kurzem mitgeteilt, daß die in seinen Werken streikenden Arbeiter insgesamt Mehrlöhne von etwa 70 Millionen Mark verlangen, während der Gesamtjahresertrag des Unternehmens nur 13½ Millionen abwerfe. (Zurufe: Wer glaubt denn das? — Das ist ein Bluff!) — Kameraden und Parteigenossen! Es mag sein, daß es sich dabei auch um Übertreibungen handelt; dafür aber kann man wohl das Zeugnis auch der radikalst gerichteten Genossen, die Einblick in die Dinge haben, anführen, daß in der Tat die Unternehmer mehr an Löhnen zahlen sollen, als sie selbst auf Grund rationellen Betriebes, gemessen an den Kriegsgewinnen, zahlen können, (Widerspruch und Zurufe) und ich begreife sehr gut, Genosse Ryssel, wenn unter diesen Umständen die Unternehmer darauf verzichten, den Betrieb weiter zu führen. (Erneuter Zuruf.) — Genosse Ryssel, Sie irren sich sehr. Es gibt in Berlin Unternehmer, die den Arbeitern ihren Betrieb aus diesen Gründen zur Verfügung gestellt haben. Persönlich habe ich die Überzeugung, daß, wenn dieses Beispiel sich wiederholen sollte, für die Arbeiter dabei gar nichts Gutes herauskommt; denn nach vier Wochen werden nach meiner Überzeugung die Arbeiter den Betrieb **allein** nicht weiter führen können und zum Unternehmer zurückgehen und sagen: bitte, helft uns wieder. Das ist meine persönliche Überzeugung, falls das Beispiel sich vervielfachen sollte, — in einzelnen Betrieben werden die Arbeiter der Schwierigkeiten schon Herr werden. Wir werden ja wahrscheinlich die Dinge am eigenen Leibe erleben; ich wünsche das nur nicht so, wie Sie das anzunehmen scheinen.

Kameraden und Parteigenossen! Ich glaube, wenn es uns nicht gelingt, auch die lokalen Eingriffe zu verhindern, die vielerorten noch stattfinden nicht nur durch berufene A.- und S.-Räte, die immer im besten Glauben handeln, sondern durch viele unberufene, und wenn sich nicht alle besonnenen Elemente besonders der deutschen Arbeiterschaft — das will ich unumwunden aussprechen — dem Teil der Arbeiterschaft entgegenstellen, von dem ich vorhin gesprochen habe, dann kommen wir unvermeidbar in die **größte Katastrophe, die jemals über ein Volk in der Welt hereingebrochen ist.** (Lebhafte Zustimmung.)

Kameraden und Parteigenossen! Nun glaube ich, daß im Augenblick die Dinge sich so entwickelt haben, daß für die Wiederaufrichtung unseres wirtschaftlichen Lebens eine vorhergehende **Neuregelung unserer politischen Verhältnisse** notwendig ist. Es ist in dieser kritischen Zeit und im Augenblick umgekehrt, wie wir Sozialisten es meist angenommen haben. Für den Augenblick ist die Politik die Voraussetzung der Ökonomie geworden, und ich glaube, daß wir eine geregelte Verwaltung in Deutschland nur durch die Nationalversammlung herstellen können, die uns die demokratische Verfassung gibt und

das deutsche Reich wieder aufbaut und seine auseinanderstrebenden Teile zusammenhält.

Parteigenossen! Wir haben es mit **separatistischen Bestrebungen** zu tun, die wir gar nicht ernst genug nehmen können. Ich denke dabei nicht etwa an Elsaß-Lothringen, auch nicht an die rein polnischen Bezirke, die wir beide als verloren ansehen müssen und die wir als widerwillige Glieder des deutschen Reiches auch gar nicht in der Lage sind, beim Reich zu halten, obgleich wir — das will ich an dieser Stelle allerdings auch aussprechen — mit all der Kraft, die in uns ist, den weitgehenden Expansionsbestrebungen der Polen auf deutsche Gebiete entgegentreten müssen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zuruf: Unsinn!) Parteigenossen! Ich denke vielmehr an die Separationsbestrebungen im Süden und im Westen unseres Reiches. Es wird mir da „Unsinn" dazwischengerufen. Ich werde auf diesen Zuruf sofort die Antwort geben. Ich glaube, wenn ich Ihnen lediglich eine Notiz der „Kölnischen Volkszeitung" vorlese (ah, ah! — Unruhe und Zurufe) und zu dieser Notiz noch einiges hinzufüge, dann werden Sie mir nicht sagen können, daß es sich hier um Unsinn handelt, wenigstens nicht, soweit es sich um die Bestrebungen anderer, die ja nicht **unsere** Bestrebungen sind, dreht. In der „Kölnischen Volkszeitung" — ich will das sehr kurz machen — ist erst vor einiger Zeit eine

vollkommene Aufteilung Deutschlands

vorgeschlagen worden, man hat da folgende Aufteilungspläne zur Diskussion gestellt: eine rheinisch-westfälische Republik — dann werden die Provinzen aufgezählt, die dazu gehören sollen — (Zuruf.) — Hören Sie doch zu! Es steht in der „Kölnischen Volkszeitung", und daß hinter der „Kölnischen Volkszeitung" Kreise stehen, die in der Tat für diese Bestrebungen beachtenswert sind, das wird in der Tat niemand leugnen können, wenn er ernste Politik treibt.

Zweitens die Donauländer-Republik — es werden wieder die einzelnen Gebietsteile: Bayern, Deutschösterreich aufgezählt — drittens die Nordostsee-Republik, viertens die Mitteldeutsche Republik. Auf die einzelnen Länder kommt es nicht an. Wenn das geschieht — es gibt Leute, die das ernst nehmen, und es gibt Leute — und das sollte für uns Sozialdemokraten nicht im Handumdrehen abgeschüttelt werden —, die beachtenswerte wirtschaftliche Tatsachen für diese separatistischen Bestrebungen anführen können.

Kameraden und Parteigenossen! Ich bin in der Tat der Meinung, diese Loslösungsbestrebungen im Westen könnten unter einer Voraussetzung wahr werden, wenn nämlich die rheinisch-westfälische Wirtschaft, auf die es in erster Linie ankommt, zu der Auffassung käme, daß

Deutschland nicht mehr reorganisierbar

sei, und daß die Kräfte der rheinisch-westfälischen Industrie und Wirtschaft in einem solchen Deutschland nicht mehr gebraucht werden könnten. (Sehr richtig!) In dem Augenblick, in dem diese Tatsachen feststehen, haben Sie die rheinisch-westfälische Republik! Es wird an uns liegen, dafür zu sorgen, daß man in rheinisch-westfälischen Kreisen sieht, daß die ungeheuren wirtschaftlichen Hilfskräfte dieser Provinzen im Rahmen des Gesamtreichs wieder zur Geltung kommen können.

Gerade wir als Sozialdemokraten, die wir diese Separationsbestrebungen auf das schärfste verurteilen, wir sollten uns aber doch auf Grund des Standpunktes, den wir immer eingenommen haben, sagen, daß wir mit moralischen Entrüstungen über ökonomischen Tatsachen und Interessen nicht hinwegkommen, (Sehr richtig!) sondern daß diese sich durchsetzen werden. Bisher war

das Allgemeingut, allgemeine Auffassung in den sozialistischen Parteien. Ich bitte Sie, diese Dinge nicht leicht zu nehmen.

Wenn diese Separationsbestrebungen wahr werden, ist das übrige Deutschland einfach erledigt.

Ich glaube also, um dieses Kapitel zu schließen, daß wir diese wichtigsten Industriebezirke Deutschlands, ohne die wir nicht leistungsfähig sein können, nur dann beim Reiche halten, wenn wir der allgemein eingerissenen Desorganisation Herr werden und wieder zur Produktion kommen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht aussprechen, wie sehr die **Deutschen in Österreich** uns im Deutschen Reich willkommen sind, und daß wir uns das gesamte Deutsche Reich ohne die Volksgenossen in Österreich überhaupt nicht mehr vorstellen können. (Händeklatschen.)

Aber, Parteigenossen, nach meiner festen Überzeugung, die, wie ich weiß, von sehr vielen geteilt wird, wird nur eine deutsche Nationalversammlung die moralische Autorität haben, diese auseinanderstrebenden Teile zusammenzuhalten. Nur die Zentralgewalt, von der ich vorhin sprach, mit der nötigen Autorität, mit der Autorität, die im Inland und Ausland respektiert werden wird, hat die Kraft, dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht auseinanderfällt.

Parteigenossen! Es sollte eigentlich für jeden Sozialisten selbstverständlich sein, und das war es auch bisher, daß der Volkswille so schnell wie möglich zur Geltung kommt. Ich will darauf hinweisen, daß bis zur Mitte des Jahres 1917 die **freieste Feststellung des Volkswillens** auf Grund eines gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen das selbstverständliche Programm aller sozialistischen Parteien der ganzen Welt war. (Sehr richtig!)

Ich mache darauf aufmerksam, daß selbst in Rußland jahrzehntelang die Besten des russischen Volkes für dieses Ideal gekämpft, und ungeheure Opfer dafür ertragen haben.

Parteigenossen! In der glorreichen Revolution Rußlands vom Frühjahr 1917 wurde als erste Forderung aufgestellt: die allgemeine verfassunggebende Konstituante für das russische Reich! Erst den Bolschewisten war es vorbehalten, hierin eine Änderung eintreten zu lassen. Man kann es aber gar nicht scharf genug betonen, daß auch die Bolschewisten nicht von Anfang an gegen die Nationalversammlung waren. (Zuruf: Haben aber gelernt!) — Ich glaube, man wird noch einiges dort drüben hinzulernen. (Sehr richtig! — Widerspruch. — Händeklatschen.)

Parteigenossen! Ich mache auch ferner darauf aufmerksam — das ist wichtig aus geschichtlichen Gründen — daß einer der Hauptanziehungspunkte für den **Bolschewismus** neben seiner Friedensbereitschaft das Eintreten für die russische Konstituante gewesen ist. (Sehr richtig!) Und, Parteigenossen, erst in dem Augenblick, als sich zeigte, daß die Bolschewisten nicht in der Mehrheit des russischen Volkes wurzelten, daß der Bolschewismus abgelehnt wurde von der Mehrheit der russischen Industriearbeiter wie der russischen Bauern: erst dann kam man mit der Diktatur. (Sehr richtig.) Diese Diktaturbestrebungen passen allerdings sehr wenig zu der Bemerkung in der Broschüre „Was will der Spartakusbund?", die jetzt verteilt worden ist, es heißt dort:

> „Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt nach ihrem Ideal zu modeln."

In Rußland besteht dieser

verzweifelte Versuch einer Minderheit,

Rußland nach dem Ideal der Bolschewisten zu modeln

(Zuruf: Unsinn!), das kann doch von niemandem bestritten werden. — Parteigenossen, ich sagte: erst dann kam die Diktatur, jene Theorie, die bei vielen Köpfen deshalb soviel Verständnis gefunden hat, weil man sich dabei wieder einmal **auf Karl Marx beruft.** Du liebe Zeit, der arme Karl Marx! Ich glaube, es ist gar nicht schwer, aus seinen Schriften nachzuweisen, daß Karl Marx niemals an eine Diktatur dieser Art gedacht hat. Karl Marx hatte sich die Entwicklung so vorgestellt, daß die Produktivkräfte allmählich zu einer solchen Intensität anwüchsen, daß diese ins Ungeheure angewachsenen Produktivkräfte den kapitalistischen Rahmen sprengen würden, und daß infolge des riesigen Wachsens der Produktivkräfte die Mehrheit des Volkes aus Proletariern bestünde. In diesem Zusammenhange sagt Karl Marx: dann wäre die Stunde der Expropriation der Expropriateure gekommen, dann löse der Sozialismus den Kapitalismus ab, und dann werde das zur Mehrheit im Volke gewordene Proletariat in der Übergangszeit die Diktatur übernehmen.

Keine Silbe von Karl Marx können Sie dahin auslegen, daß er dabei an eine Diktatur irgendwelcher Minderheit gedacht hat. (Widerspruch.) So liegen die Dinge in Wirklichkeit für jeden, der sich mit den Schriften von Karl Marx im Ernst beschäftigt hat. (Zuruf.) Nein, die Mehrheitsherrschaft ist keine Diktatur, lieber Genosse; die Mehrheit hat das Recht, ihren Willen durchzusetzen. Aber von einer Mehrheit können Sie weder in Rußland, noch bei der Spartakusgruppe reden. (Zuruf.) Nein, es ist kein Paradoxon; wenn Sie mir richtig zugehört hätten, dann würden Sie begriffen haben, daß Karl Marx viel, viel logischer gewesen ist, als einer von Ihnen, wenn er sagt — ich will es wiederholen —, daß die Produktivkräfte allmählich zu einer solchen Intensität anwüchsen, daß sie den kapitalistischen Rahmen sprengen und daß das durch die Intensität des Anwachsens der Produktivkräfte inzwischen zur Mehrheit gewordene Proletariat die Diktatur so lange ausübt, bis die Dinge in Ordnung sind. In diesem Zusammenhang ist es klar, daß die Minderheit, die vom Proletariat überwunden wurde, die Macht im Staate nur dadurch hatte halten können, weil sie bisher im Besitz der Produktionsmittel war, die ihr endlich vom Proletariat entwunden wurden. Mir scheint: sehr klar! Und wer dem nicht folgen kann — — — ich unterdrücke das weitere. (Zuruf: Gegen den kämpfen Götter selbst vergebens!)

Ich weise außerdem noch, weil ja Karl Marx wirklich derjenige ist, auf den man sich nicht ohne Grund beruft, auf ein Zitat aus der neuen Vorrede des kommunistischen Manifestes hin, das ja in den ersten Zeiten etwas anders gelautet hat; aber in der neuen Fassung heißt es wörtlich:

> daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für die eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.

Also **Marx sagt das Gegenteil dessen, was der Bolschewismus** in der Praxis getan hat und jetzt noch **tut.**

Ich glaube also nachgewiesen zu haben, daß der Bolschewismus, dem ich natürlich nicht einen Augenblick die ehrliche Überzeugung und den guten Willen absprechen möchte — davon bin ich weit entfernt; ich will mich sachlich mit ihm auseinandersetzen —, daß der Bolschewismus, der auch in Deutschland eingeführt werden soll, die Marxsche Auffassung geradezu auf den Kopf stellt. Wer jetzt aus den bolschewistischen Zeitungen in Rußland gelesen hat, wie sehr die „außerordentliche Kommission" der Bolschewisten den Arbeitern aber auch jedes Recht der Selbstverwaltung so gut wie genommen hat, der wird mir zustimmen können, wenn ich sage, mit Marx,

marxistischer und sozialistischer Auffassung hat das dort in Rußland wirklich aber auch gar nichts mehr gemein. (Sehr richtig! und Bravo!)

Nun frage ich Sie, Parteigenossen, — wir wollen uns einmal ganz ruhig darüber unterhalten —: **was hat der Bolschewismus**, die Diktatur des Proletariats **in Rußland erreicht?** Nach meiner Überzeugung nichts, was zur Förderung des Sozialismus, sondern nur, was dazu dienen kann, den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus zu diskreditieren. (Lebhaftes Sehr richtig! und Händeklatschen.) Rußland friert und hungert. (Zuruf: Wer ist schuld daran? — Der vorangegangene Krieg!) — Ganz recht! Ich will auf diesen Zwischenruf eingehen. Der vorangegangene Krieg — das ist zweifellos, das wissen wir! Aber, Parteigenossen, vergeßt nicht, daß gerade in Rußland der Bolschewismus das nicht fertiggebracht hat, was bei geordneten Verhältnissen, wenn man die alten Formen nicht zerschlagen hätte, erreicht werden konnte. In Rußland hat man es nicht einmal fertiggebracht, die vorhandenen Rohstoffe, Flachs, Hanf usw., wirtschaftlich auszunutzen; man hat es nicht fertiggebracht, aus dem überreichen Wälderbesitz das nötige Holz in die Stadt zu schaffen, damit die Bürger in den Städten nicht frieren. Weshalb ist das geschehen? — Weil man im Handumdrehen die neue Wirtschaftsordnung wie ein fertiges Gebäude an die Stelle des alten setzen wollte, weil man die alten Produktions- und Handelsformen zerschlagen hat, bevor die neuen funktioniert haben. (Sehr richtig!) Davor wollen wir uns bewahren, und ich weiß, daß die Besonnenen auch unter den U S P-Sozialisten ganz der gleichen Meinung sind, daß sie dieselbe Angst vor der Zerschlagung der jetzigen Wirtschaftsformen haben, bevor die neuen funktionieren, wie meine Freunde und ich.

Um Ihnen ein unwiderlegbares Beispiel dafür anzuführen, wie die Zustände in Rußland sind, will ich Sie auf eine Rede aufmerksam machen, die der bolschewistische Generalgouverneur von Petersburg, Sinowiew, vor etwa 2 Monaten gehalten hat. Er hat den Arbeitern der nationalisierten Werkstätten in Petersburg gesagt: so kann unter keinen Umständen weitergewirtschaftet werden; denn das Produktionserträgnis in diesen nationalisierten Fabriken sei fast nur halb so groß wie die für die Arbeiter ausgegebenen Löhne. (Hört, hört!) Ja, wenn das von offiziell bolschewistischer Seite festgestellt wird, dann gehört wohl sehr viel dazu, die Methoden des russischen Bolschewismus zu verteidigen und zu wünschen, daß sie in Deutschland ihren Einzug halten.

Parteigenossen, man kann eben Sozialismus durch Gewalt und durch Dekrete nicht einführen; das hat uns das russische Beispiel gezeigt. **Sozialisierung** ist ein organischer Entwicklungs- und Umbildungsprozeß, bei dem neue Wirtschaftsformen neben werdenden und auch alten Formen zusammen existieren werden. Wenn man aber diesen Entwicklungsprozeß nicht in sorgsamster Weise fördert, kommt die Katastrophe. (Plottke: Sehr geistreich!) — Ich habe allerdings bisher von Ihnen noch nichts Geistreicheres gehört... (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich bin aber bereit, Genosse Plottke — ich glaube, von Ihnen kam der Zwischenruf —, mich auch hier vom Pult mit Ihnen zu unterhalten. (Bravo!)

Wenn man sagt, das sei geistreich — ich will auf die Sache eingehen —: hat man es nicht in Rußland umgekehrt gemacht? Hat man dort nicht das Pferd am Schwanze aufgezäumt, und ist es nicht Tatsache, daß man das, was hier „geistreich" genannt wird, niemals als selbstverständliche Tatsache erkannte und darnach handelte? (Sehr richtig!)

Dazu kommt noch: wenn die Produktion stockt, wie bei uns, wenn weder Rohstoffe, noch Betriebe vorhanden

sind: ja, was soll man denn da eigentlich sozialisieren? Da ist

das plötzliche Sozialisieren der helle Wahnsinn,

da gibt es gar nichts zu sozialisieren!

Dann, Parteigenossen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen: die Voraussetzung für die Sozialisierung ist intensivste Produktionstätigkeit oder, um mit Karl Marx zu reden, eine solche Fülle von Produktionstätigkeit, daß sie die alte Form sprengt. Dann kann man sozialisieren, nicht aber, wenn der Produktionsprozeß derartig zusammengebrochen ist wie bei uns. Ich glaube vielmehr und sagte es vorhin schon, daß man durch eine Diktatur, wie sie hier von einigen Seiten gewünscht wird — ich denke dabei nicht etwa an die Genossen von der U. S. P., die zu einem großen Teil mit uns zusammengehen, — alle sozialistischen Ansätze einfach vernichten würde und Jahrzehnte lang warten könnte, bis wir die Möglichkeit zur Sozialisierung wieder hätten. Ja, Parteigenossen, wenn wir in Deutschland volle Läger, wenn wir Lebensmittel hätten, gäbe es, glaube ich, niemand, der nicht bereit wäre, einige Experimente zu machen. Dann käme es gar nicht darauf an, auch wenn sie mißlängen; dann könnten wir Erfahrungen machen. Aber wenn wir damit rechnen müssen, daß das Sammeln solcher Erfahrungen zugleich den Zusammenbruch überhaupt bedeutet, so wollen wir doch vorsichtig damit sein.

Um nun auf das zu kommen, was mich und meine Freunde von den Genossen der U. S. P. und wahrscheinlich auch von dem Korreferenten, dem Genossen Däumig, trennt, möchte ich folgendes hervorheben. Die Genossen sagen: wenn eine baldige Nationalversammlung zusammentritt, bekommen wir keine **sozialistische Mehrheit**, wir müssen deshalb die Sozialisierung vorher so schnell wie möglich beschließen. Parteigenossen, ich bin direkt der gegenteiligen Auffassung. (Sehr richtig!) Wenn wir eine sozialistische Mehrheit bekommen wollen, müssen wir die Nationalversammlung so schnell wie möglich einbernfen. (Sehr richtig! — Hört, hört!) Ich werde das auch zu begründen versuchen. Die bisherigen Wahlergebnisse aus dem Reiche sprechen auch für diese Auffassung. (Sehr richtig!) Die Gemeindewahlen in Braunschweig haben — unter dem allgemeinen Wahlrecht natürlich — ergeben: 20 Sozialdemokraten und 16 Bürgerliche, in Anhalt, einem typischen, kleinbürgerlichen, vorwiegend agrarischen Bezirk mit wenig Industriearbeiterschaft, 22 Sozialdemokraten und 14 Bürgerliche, und selbst in Mecklenburg-Strelitz haben wir es neben 20 Bürgerlichen auf 22 Sozialisten gebracht. Ja, Parteigenossen, da scheinen doch die Aussichten sehr gut für uns zu sein. Ich will indessen keinen Hehl daraus machen: im Augenblick liegen die Dinge so, daß der weitaus größte Teil des deutschen Volkes von einer Mutlosigkeit gegenüber dem alten System erfüllt ist, daß die Leute in Scharen zu uns laufen (sehr richtig!), und nur in dem Augenblick, wo es sich herausstellen sollte, daß wir der Desorganisation nicht Herr werden, werden sie wieder den Argumenten der andern zugänglich sein (sehr richtig! und sehr gut!), und sie werden, weil sie sehen, daß wir keine Ordnung schaffen können — und die Kornfelder wachsen uns ja leider auch nicht auf der flachen Hand — wieder für die andern stimmen. Wir sind bei der Wahl auch auf die angewiesen, die aus Gefühl oder sonstigen Sympathiegründen für uns stimmen und nicht Sozialisten sind, aber glauben, daß in den Sozialisten die einzigen zu sehen wären, die einigermaßen Ordnung schaffen können. Parteigenossen, ich glaube, wir haben sehr viel zu verlieren: unsern ganzen guten politischen Namen, wenn wir es so weit bringen, daß durch die Not der Zeit, für die wir nicht verantwortlich sind, die sich aber in den Köpfen

der Urteilslosen so malt, als ob wir dafür verantwortlich wären, die Sozialdemokratie um ihren guten politischen Ruf kommt — denn wir wollen und können nicht mit der Sozialisierung so lange warten, bis jeder ein überzeugter Sozialist ist, das wäre eine Vertagung auf Sanktnimmerleinstag. Ich möchte den Sozialismus eher haben. Es genügt, wenn sich die Mehrheit des deutschen Volkes für die Sozialisierung ausspricht, weil sie sie eben für das kleinere Übel hält, für die Form, bei der das deutsche Volk am besten leben kann. (Sehr richtig!)

Kameraden und Parteigenossen, ich verstehe auch nicht, wie man so wenig Zutrauen zu seiner eigenen Sache haben kann. (Sehr richtig!) Wir haben doch jahrzehntelang an die moralische und intellektuelle Überlegenheit unserer Ideen geglaubt, wir haben uns stolz als die Erben der klassischen Philosophie bezeichnet, und in diesem Augenblick diese Kleinmütigkeit? Das ist mir unverständlich. Und ich glaube, wenn die Genossen der U. S. P., die an eine solche Mehrheit nicht glauben, sich mit der alten Partei **für die Wahlen zusammentun**, was mein sehnlichster Wunsch wäre, dann wird hier eine feste Reihe entstehen, die alle bürgerlichen Parteien schlagen wird und schlagen muß. (Beifall bei der Mehrheit.) Ich habe die Überzeugung, daß, wenn die Führer diesem natürlichen Empfinden der Massen nicht nachgeben werden, da der Schrei aus den Massen millionenfach ertönt, dann werden die, die das verhindern wollen, gehen müssen. (Beifall.) Deshalb können die Differenzen nicht weniger gut ausgetragen werden; ebenso wie wir es früher innerhalb der großen sozialdemokratischen Partei, wo auch Differenzen waren, getan haben. Aber bei diesem wichtigen Akt, wo es sich wirklich darum handelt, den Sozialismus zum Sieg zu führen, müssen wir zusammenstehen. (Zuruf.) Ich habe mich ziemlich deutlich ausgedrückt und habe da nichts hinzuzufügen.

Wenn es aber innerhalb der Arbeiterschaft eine Gruppe geben sollte — und leider ist das die Spartakusgruppe — die dieses gemeinsame Vorgehen nicht will —, dann mag sie sich zur Wahl stellen, dann wollen wir sehen, wer hinter ihr steht.

Parteigenossen! Lassen Sie mich bei der Gelegenheit noch eines sagen! Es ist selbstverständlich, daß wir alle soviel Sozialismus wollen, wie durchführbar ist. Aber persönlich habe ich die Überzeugung, es **wird nicht mehr Sozialismus durchführbar sein, als die Mehrheit des Volkes will.** Denn ein Sozialismus, der vorher durchgeführt wäre, hätte sehr geringen Bestand, wenn die Mehrheit des Volkes anderer Meinung wäre. Was nützen, wie einige Genossen von der U. S. P. wollen, Beschlüsse? Beschlüsse kann eine Mehrheit des Volkes aufheben. Auf ewig will niemand von der U. S. P. die Nationalversammlung hinausschieben. Nur glaube ich, daß die Nationalversammlung im Augenblick günstiger für uns sein wird. Wenn wir uns nicht für unsere Ziele eine Mehrheit schaffen können, dann sind wir eben noch nicht so weit, dann müssen wir aufs neue an die Arbeit gehen. Vergessen Sie nicht, daß es sich hier im tiefsten um eine Frage der Gesinnung handelt, daß die Gesinnung natürlich beeinflußt wird durch die materiellen Verhältnisse, die so günstig wie nur möglich für uns liegen, und daß wir auf Grund dieser materiellen Verhältnisse diese sozialistische Gesinnung in allen Köpfen wecken müssen.

Ich darf also zusammenfassend sagen, daß man den Sozialismus fördern und organisch schaffen muß, daß man ihn aber nicht beschließen kann, und auch in der Nationalversammlung, die nur die Verfassungsgrundlagen zu legen hat, wird es sich um solche fördernden Maßnahmen, nicht um Beschlüsse, wie bei einer Diktatur, handeln, die in Rußland Schiffbruch erlitten hat.

Dazu kommt noch eines. Parteigenossen, schätzen Sie wirklich bei ganz ruhiger, nüchterner Überlegung den **Widerstand der bürgerlichen Kreise** und der Intelligenz so gering ein, daß wir, wenn wir sie politisch entrechten, gegen ihren Willen die Wirtschaft führen könnten? Ich verneine das und mache darauf aufmerksam, daß in Rußland im November 1917 durch den Streik der Intelligenz die ganze russische Produktion lahmgelegt worden ist. Die deutsche Bourgeoisie hat eine viel größere Widerstandskraft als die Bourgeoisie in Rußland, sie wird mit allen Mitteln Widerstand leisten, wenn sie politisch entrechtet wird, und sie wird ihre Kräfte, die für die Produktion unentbehrlich sind, nur dann zur Verfügung stellen, wenn der Mehrheitswille des Volkes hinter uns steht. Wenn wir aber diesen Streik der Bourgeoisie bekommen — und er wird kommen, ebensogut wie er in Rußland gekommen ist —, dann ist die Folge der **Einmarsch der Entente**, und, Parteigenossen, wenn ich auch nicht behaupten will, daß die Entente ein Interesse daran hätte, die alten Mächte wieder einzusetzen, so ist doch klar, daß sie nicht die Rätediktatur fördern wird. Wir werden, wenn die Entente einmarschiert, überhaupt keinen Sozialismus bekommen. Dann bekommen wir eine gemäßigte bürgerliche Demokratie und müssen wieder lange, lange aufs neue arbeiten, um zu wirklichem Sozialismus zu kommen. Also entweder die Summe von Sozialismus, die durch den gesamten Volkswillen möglich ist, oder vollständiger Zusammenbruch und überhaupt kein Sozialismus. Nur diese Wahl haben wir.

Dafür werde ich Ihnen noch einige Beispiele bringen. Es gibt für jeden, der die Sache bis zum Ende durchdenkt, keinen andern Weg als den über die Mehrheit des deutschen Volkes, und wir haben auch, wie ich vorhin schon auseinandergesetzt habe, bis zum russischen Bolschewismus niemals anders darüber gedacht. Nun aber müssen wir vor allen Dingen und zuerst — und das hängt natürlich mit dem Gesamtkomplex der Fragen, die ich hier zu entwickeln mir erlaubt habe, zusammen — Frieden haben, einen Vorfrieden und dann einen schnellen endgültigen Frieden. Glaubt jemand, der die Interessen der Entente kennt, daß diese Frieden schließen wird mit einem Deutschland, das nicht zu geordneten Zuständen und nicht zur Aufnahme seiner Produktion gekommen ist? Die Entente denkt gar nicht daran. Ich will mich bei dieser Behauptung und meinen weiteren Ausführungen nicht auf alle die hin- und hergehenden Zeitungsnachrichten stützen, sondern meine Schlüsse ziehen aus den eigenen Interessen der Entente, die man ja leicht erkennen kann.

Einige Mitteilungen allerdings, die mir nicht zu den üblichen Zeitungsnachrichten zu gehören scheinen, möchte ich hier aber doch machen und will Ihnen da zuerst Folgendes sagen. Der bekannte deutschfreundliche Dichter Björn Björnson hat dieser Tage — und ich bin autorisiert, seinen Namen zu nennen — von seinem Bruder in Christiania einen Brief erhalten, in dem — ich kann es nicht wörtlich zitieren, aber ich halte mich genau an den Sinn — das Folgende stand. Der französische Gesandte habe bei einer Zusammenkunft gesagt: Na, in Berlin stehen die Dinge ja ganz günstig für uns; wenn es so weiter geht, dann werden wir in 4 Wochen dort sein. (Hört, hört!) Das ist keine von den üblichen Zeitungsnachrichten, die man so mit einer Handbewegung abtun kann.

Ebensowenig, Parteigenossen, kann man die Darlegungen mit einer Handbewegung abtun, die heute morgen im Vorwärts standen, offiziell von der deutschen Waffenstillstandskommission — ich brauche den Gang der Verhandlungen nicht zu erwähnen, Sie kennen ihn —, wonach Generalfeldmarschall Foch und der englische

Admiral Wemyß in Übereinstimmung mit den Alliierten erklärt haben, sie erkennen die Arbeiter- und Soldatenräte nicht an. (Zuruf.) — In Übereinstimmung mit den Alliierten haben sie es erklärt, und Amerika gehört doch auch zu den Alliierten.

Nun aber noch eine weitere Mitteilung. Ich glaube, Sie werden die sehr ernsten Ausführungen eines Mannes, der in der Welt einen so guten Namen im antiimperialistischen Sinne hat wie der Professor Wilhelm Förster, nicht unterschätzen dürfen. Förster ist unter dem alten System einer der bestgehaßtesten Leute gewesen, und Förster ist der ausgesprochene Vertrauensmann unseres Genossen Kurt Eisner und hat als solcher Bayern in Bern vertreten. (Zuruf.) — Das mag ja sein; daß er es aber war, wird man nicht leugnen können, und ich glaube, auch keiner von Ihnen wird ihn mit einem Durchschnitt-Journalisten verwechseln; denn er ist ein Mann, dessen Vergangenheit gezeigt hat, wie er zu uns steht, und wie er zu den alten Mächten gestanden hat. Er schreibt — ich halte es für nötig, das hier zu sagen, damit es ins Protokoll kommt —, daß Hoffnung bei uns sei, daß eine Zentrale der Arbeiter- und Soldatenräte als verhandlungs- und vertragsfähige Vertretung beim deutschen Vorfrieden und bei der Friedensverhandlung anerkannt würde. Und es heißt dann wörtlich:

> Diese Hoffnung beruht auf einer völligen Verkennung des Geistes der westlichen Demokratie. Den Ententevölkern gilt allein die auf geordnetem parlamentarischem Wege entstandene Mehrheit als die gesetzliche Trägerin des Volkswillens. Die Diktatur einer bestimmten Klasse, komme sie von oben oder von unten, gilt im Westen als Sünde gegen den Geist der Demokratie, der keine Ausschaltung irgendeiner Gruppe von der Mitbestimmung der nationalen Geschicke duldet.

Und an anderer Stelle:

> Man mag diese Haltung für falsch erklären, aber man muß mit ihr als eine unumstößliche Wahrheit rechnen. *)

Ich glaube, Parteigenossen, das sind doch Beispiele, die selbst auf diejenigen Eindruck machen müssen, die grundsätzlich eine andere vorgefaßte Meinung haben. Ich will garnichts anderes von den Genossen verlangen, auch nicht von denjenigen, die auf der anderen Seite stehen, als daß sie die Dinge noch einmal gründlich überlegen und bis zum Letzten durchdenken, damit sie nicht zu voreiligen Handlungen kommen.

Parteigenossen, noch ein weiteres Wort über diese Dinge. Wir brauchen keine Zeitungsnachrichten, sondern können uns an die eigenen Interessen der Entente selbst halten: — Die Entente wird von imperialistisch gerichteten Schichten, von sozialistisch und sicher antibolschewistisch gerichteten Gruppen regiert. In Rußland geht die Entente der Diktatur der Räte mit Waffengewalt zu Leibe, und wenn es nicht Winter wäre, so wäre die Diktatur wahrscheinlich schnell erledigt. Glaubt da irgendein Mensch, der sich mit politischen Dingen auch nur eine zeitlang ernsthaft beschäftigt hat, daß die Entente der Diktatur der Räte in Petersburg und Moskau den Garaus machen würde, um sie hier in Deutschland, in Berlin, zu dulden, wo sie doch viel bequemer und einfacher einziehen und dem deutschen Volke ihren Willen aufzwingen kann?! Man müßte ja geradezu verblendet sein, wenn man nicht begriffe, daß die Entente ein politisches Interesse daran hat, daß sich nicht ein

Block des Rätesystems von Rußland bis an die französische Grenze

*) Siehe Erklärung Försters im Anhang.

erstreckt. Darüber kann es für denkende Menschen gar keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Nun ist die einzige Hoffnung der Parteigenossen, die das zugeben, die **Hoffnung auf die Völker der Entente**. Dazu muß ich einiges sagen; ich glaube, es ist Gewissenspflicht, in diesen Wein etwas Wasser hineinzugießen.

„Die Rote Fahne" gibt in einem Aufruf — ich glaube, er ist vom 18. November — selber zu, daß den Sozialismus nur die **Weltrevolution** bringen könne, und sie gesteht damit indirekt ein, daß das, was ich vorhin über die Sozialisierung in Deutschland sagte, richtig ist. Aber kann man denn wirklich, wenn man die Kräfte ernsthaft mißt und abschätzt, daran glauben, daß in den Ententeländern eine Revolution bevorsteht? Ist es wirklich so leicht, zu glauben, daß eine Revolution bei Völkern, die einen ungeheuren Sieg errungen haben — ich verkenne auch nicht die Not bei diesen Völkern — entstehen und uns zu Hilfe kommen wird, und damit als mit einer ernsthaften Tatsache zu rechnen? Ich glaube, wer gründlich darüber nachdenkt, kann das nicht tun und darf nicht auf diesem Papiergebäude, auf diesem Sandhaufen, seine Berechnungen aufbauen. (Sehr richtig!)

Lassen Sie mich noch einiges sagen. Wenn es wirklich dazu käme, daß in den beiden Ländern, die vielleicht zu optimistischen Auffassungen berechtigen und die allein für eine Revolution in Betracht kämen, — daß in Frankreich und in Italien eine Revolution ausbräche, so würden wir damit sicherlich mildernde Friedensbedingungen bekommen. Aber, Parteigenossen, das, was wir am nötigsten brauchen, das bekommen wir nicht von Frankreich und Italien, sondern das bekommen wir nur von England und Amerika, die die Rohstoffe und Lebensmittel der ganzen Welt beherrschen. Und ist in diesem Saale ein einziger, der glaubt, daß die antisozialistischsten Länder der Welt, daß England und Amerika eine Revolution machen werden? Dann möge er es sagen. Jetzt, bei den Wahlen, hat Lloyd George eine Mehrheit von über 100 Stimmen erhalten, und da hoffen Sie auf eine Revolution in England und Amerika, die uns retten könnte?! Denn Frankreich und Italien würden ohne Hilfe von England und Amerika ebenso zugrunde gehen wie wir. Ich bitte Sie also, an diese Dinge mit der Kühle und Besonnenheit heranzugehen, die erforderlich ist, und nicht ein solches Hoffnungsgebäude zu errichten, das der nächste Windstoß wie eine Papierschachtel zerstören wird.

Dazu kommt noch eins. Nehmen wir einmal an, wir hätten ein Rätesystem in Deutschland. Dieses Rätesystem würde auch nach den Äußerungen des Professors Förster, die ich verlesen habe, **auf der Friedenskonferenz auf die äußersten Schwierigkeiten** stoßen; denn man hat es auf der Friedenskonferenz mit Ländern zu tun, die seit Jahrhunderten die Demokratie im innersten in sich aufgenommen haben, und die nicht so leicht mit einem Rätesystem verhandeln würden und verhandeln könnten. Diese demokratische Auffassung der anderen Völker ist ein ungeheuer moralischer Faktor, und ich meine, wir sollten im Kriege gelernt haben, was moralische Imponderabilien bedeuten. Wir würden am Friedenstisch sicherlich nicht leicht mit diesen durch und durch demokratischen Ländern fertig werden. Und diese demokratische Auffassung anzuerkennen, uns ihr zu beugen und die nötigen Konsequenzen im eigenen Lande zu ziehen, das, meine ich, kann ja doch für die Sozialdemokraten gar nicht so schwer werden. Es war ja bis zu dieser Stunde die größte Selbstverständlichkeit in sozialistischen Kreisen.

Deshalb möchte ich aussprechen: wir Sozialdemokraten müssen uns endlich einmal auf das entschiedenste

und nachhaltigste wehren, daß unsere reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch

bolschewistische Verschrobenheiten

sabotiert und diskreditiert wird. (Lebhafter Beifall.) Das kann nicht so weiter gehen, wenn nicht unsere Sache den größten Schaden im Lande und in der ganzen Welt erleiden soll. Wenn wir nicht den ganzen guten Namen aufs Spiel setzen wollen, dann muß es endlich einmal heißen — und das wird hoffentlich der Beschluß dieser Versammlung beweisen —: Halt mit dieser bolschewistischen Sabotage gegen den großen Gedankeninhalt der sozialistischen, demokratischen Ideen. (Zuruf.) — Nein, nur in sachlichem Kampf. Ich will niemand einsperren; das werden Sie aus meinen Ausführungen wohl gemerkt haben, daß ich um sachliche Gründe nicht verlegen bin.

Nur noch ein paar Worte über die **A.- und S.-Räte** an sich und ihre gegenwärtige und zukünftige Stellung. Man spricht immer davon, daß die Machtposition der A.- und S.-Räte gestützt werden müsse. Ich will hier einmal zuerst, weil ich in der Diskussion gestern nicht zu Wort gekommen bin, das offene Bekenntnis ablegen, daß ein späterer Geschichtsschreiber über die A.- und S.-Räte viel günstiger urteilen wird, als es die Gegenwart tut, die mitten im Streite steht. Man wird zu der Erkenntnis kommen, daß ohne die A.- und S.-Räte in den ersten Tagen wahrscheinlich schon die Katastrophe hereingebrochen wäre. (Sehr richtig!) Nur die A.- und S.-Räte sind es gewesen, die die Ordnung aufrecht erhalten konnten und die so viel Autorität besaßen, daß nicht alles drunter und drüber ging; und ebenso, wie man zugeben muß, daß sie manche Geldmittel verschwendet haben — aber wie wäre das in so ungeordneten Zuständen auch anders möglich! —, so haben die A.- und S.-Räte auch Milliarden von deutschem Volksvermögen gerettet. (Sehr richtig!) Ich meine also, die A.- und S.-Räte hatten ihre Berechtigung und werden ihre Berechtigung auch weiter haben. Nur, glaube ich, müssen sie an der Zentralstelle, die die Verfassung des deutschen Reiches schaffen wird, **der Nationalversammlung Platz machen.** Aber daß sich Formen finden werden unter dem Gesichtswinkel der Produktionsentwicklung, wo Arbeiterräte — Soldatenräte wird es ja dann nicht geben — einen Platz einnehmen, auf dem sie ungeheuer viel Gutes stiften können, da die Bedeutung der Arbeiterklasse im zukünftigen Deutschland ja immer mehr wächst, immer stärker werden muß, darüber ist für mich gar kein Zweifel. Ich kann mich in diesem Referat nicht darüber verbreiten, in welcher Form das möglich wäre. Aber das will ich unumwunden aussprechen: die Arbeiterräte werden, wenn sie auf diese zentrale Stellung aus der Erkenntnis heraus verzichten, daß es nicht anders geht, an andern Plätzen eine Wirkungstätigkeit entfalten, die unserm Volke zum allergrößten Segen gereichen wird. (Bravo!) Dazu müssen sie natürlich eine gewisse Einsicht und Selbstdisziplin haben. Und wie steht es denn in Wirklichkeit mit der sogenannten Machtposition, die die Arbeiterräte im Augenblick ja doch nur auf die Gewalt, auf die Bajonette stützen können? Ja, Parteigenossen, mir scheint eine solche Position etwas sehr Unsicheres zu sein. Solange man die Bajonette in seiner Gewalt hat, — schön; aber nachher kommt ein stärkerer Demagoge und entreißt einem die Bajonette wieder, und dann kommt der andere und bringt sie auf seine Seite. Was kann da nur die Folge sein? Da es sich — und das ist das Wesentliche dabei — um einen Kampf innerhalb der deutschen Parteigruppen handelt, muß es zum Bürgerkrieg kommen, und daß der Terror dann ganz von selbst kommt, ohne daß man ihn will, ist einleuchtend. Die Dinge haben, wenn sie einmal begonnen sind, ihre eigenen Konsequenzen, und

wir kämen um diesen Terror nicht herum, wenn man seine Stellung nur auf die Gewalt stützen will, die in der Tat vorläufig die einzige Basis bildet. (Zuruf: Und die Arbeiterschaft?) — Ja, die Diktatur will ja doch nur eine kleine Gruppe der Arbeiterschaft; darüber dürfen Sie sich doch nicht im Zweifel sein. Es ist doch eine Tatsache, daß die große Menge der Arbeiterschaft sie ablehnt. — Ich glaube, in Rußland gibt es selbst unter den Bolschewisten sehr viele, die froh wären, wenn sie den Weg nicht beschritten hätten. In Rußland wird sich das zu 80 Prozent aus Bauern bestehende Volk, wenn es materiell auch noch so tief gesunken ist, wieder einigermaßen erholen können. Aber in Deutschland ist das wesentlich anders. Das deutsche Volk besteht nicht zu 80 Prozent aus Bauern, die aus dem Boden immer genügende Erträgnisse herausziehen können, sondern wir sind ein Industrieland erster Ordnung. Und, Parteigenossen, wenn einmal die deutsche Industrie vernichtet ist, dann steht sie nie wieder auf; damit können Sie sicher rechnen.

Deshalb sage ich: im Interesse unseres Landes, das jetzt unser Land geworden ist, das wir alle aus tiefster Seele lieben, dem wir in seiner höchsten und größten Not nur um so fester die Treue halten wollen, im Interesse des deutschen Volkes und besonders der Arbeiterschaft und im Interesse auch der neu aufzubauenden Menschheitsorganisation vom Standpunkt der Demokratie und des Sozialismus aus **brauchen wir die Nationalversammlung,** die den Willen des deutschen Volkes feststellt. Deshalb bitte ich Sie, weil die Gefahr so nahe und so groß ist, in Ihrer großen Mehrheit für meinen Antrag zu stimmen und zu verlangen, daß die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung **am 19. Januar** stattfinden. (Lebhafter Beifall.) Und ich bitte Sie, für diese Idee und für die Aufklärung der Massen im sozialistischen Sinne in den nächsten Wochen alle Ihre Kräfte einzusetzen. Es ist in der gegenwärtigen Lage nicht so schwer, den Sozialismus zum Siege zu führen.

Viele unter Ihnen werden gleich mir sicher öfters an das Wort eines Dichters gedacht haben, der uns sehr nahe gestanden hat, an das **Wort Heinrich Heines:**

Deutschland hat ewigen Bestand,
Es ist ein kerngesundes Land.

Es wird sich in der nächsten Zukunft erweisen, ob das richtig ist. Wir alle aber wollen bis zuletzt und bis ins kleinste unsere Pflicht tun, damit dieses Dichterwort wahr werde, und wir wollen dafür sorgen, daß die Sonne, die jetzt hinter schwarzen und undurchdringlichen Wolken zu stehen scheint, wenigstens unseren Kindern und Kindeskindern so hell und so neu erstrahlt, wie niemals zuvor. (Langanhaltender, lebhafter Beifall bei der großen Mehrheit.)

Vorsitzender Leinert:

Bevor ich dem Korreferenten das Wort erteile, muß ich mitteilen, daß zu diesem Punkte folgende Anträge verhandelt werden:

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung finden am Sonntag, den 19. Januar 1919, statt.

Max Cohen.

Der Kongreß wolle beschließen, die Waffenstillstandskommission zu beauftragen, sofort mit der Entente in Verhandlungen einzutreten über Gestattung unbeschränkter Wahlagitation zur Nationalversammlung im besetzten Gebiete.

Allen Parteien soll gestattet werden, durch freien Verkehr im besetzten Gebiet in Wort und Schrift an alle Wähler in Stadt und Land heranzutreten, sowie die ordnungsmäßige Vornahme der Wahlen zu kontrollieren.

F. Göbner. O. Benneck. Doinski. Staab. C. Geyer. Fr. Schäfer. Thomas (Marine). Muckenbrod (Torgau). Seelow (Lothringen). Meyer. Fuchs. Lindner. Horch Schmitz. Kobort. Wick. Evert (Velbert). Harris. Fort. F. Mehrlein. Zimmermann (Wilhelmshaven). Kekellohn. Clemens.

225

Der Reichskongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte wolle beschließen:

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung finden am 16. März 1919 statt.

Arbeiter- und Soldatenrat für den Regierungsbezirk Merseburg.

Dürck. Wegner. Soene. Ewert. Kuhben. Jost. Rmcl. Eggers. Rogg. Rudenbrod. Sc'ow. Dittmann. Oelsner. Blunck. Lutzenberg. Arendt. Normann. Geyer. Dennhardt. Hockel. Wilnoper.

1. Die Delegiertenversammlung erklärt, daß unter allen Umständen an dem Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten wird, und zwar derart, daß den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht.

2. Die Delegiertenversammlung beauftragt eine Kommission mit der schleunigen Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte Deutschlands.

3. Auf Grund dieses Wahlrechts werden Wahlen zu einem Nationalkongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vorgenommen, der die Entscheidung über die künftige Verfassung zu fällen hat.

4. Solange die endgültige Verfassung der sozialistischen Republik nicht beschlossen ist, bildet ein Zentralrat von 53 Mitgliedern, die allen Teilen Deutschlands zu entnehmen sind, die höchste Kontrollinstanz des Rates der Volksbeauftragten und der Reichsämter.

Ernst Däumig.

Ich möchte nun noch folgendes zur Kenntnis bringen. Gegen die **Erklärung** des Arbeiter- und Soldatenrats im **stellvertretenden Generalstab** Berlin, die gestern verlesen worden ist, ist von den Genossen Richard Müller, Molkenbuhr und Maynz folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

Die Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats im stellvertretenden Generalstab Berlin über den

Ursprung der 450 000 M.

resp. 600 000 Frs., die bisher zur Deckung der Unkosten des Vollzugsrats gedient haben, ist dem Vollzugsrat in jeder Beziehung willkommen. Die Mitteilungen des Genossen Maynz über die Finanzgebarung des Vollzugsrats enthielt schon die Angabe, daß der Mann, von dem der Vollzugsrat dieses im Schloß beschlagnahmte Geld erhalten hatte, in Untersuchungshaft sitzt. Die Erklärung des sogenannten Soldatenrats enthält Angaben, die dem Vollzugsrat vollständig neu sind. Weder er, noch Genosse Maynz wußten, daß das Geld dem Generalstab gehören soll. Eine Aufklärung liegt im eigenen Interesse des Vollzugsrats. Er ersucht daher den Soldatenrat des Generalstabs, seine Beschuldigungen dem zuständigen Untersuchungsrichter vorzutragen, damit das Verfahren entsprechend ausgedehnt werden kann. Die Untersuchung wird ergeben, wem das Geld gehört, ob und wieviel der verhaftete Ettisch unterschlagen hat. Es ist zu hoffen, daß die gerichtliche Untersuchung völlige Klarheit schaffen wird.

Berlin, 19. Dezember 1918.

Maynz, Richard Müller, Molkenbuhr.

Mir liegt der

Rechnungsbericht des Vollzugsrats

der Arbeiter- und Soldatenräte vor für die Zeit vom 9. November bis zum 15. Dezember. (Siehe im Anhang.) Er ist gedruckt und Sie werden ihn schon unter Ihren Papieren haben. Zu dem Bericht schreibt Genosse Maynz, daß dem Vollzugsrat von Großberlin eine **Entlastung für die Kassenführung** noch nicht erteilt worden ist. Er bittet darum, daß die Revisoren Struve und Albrecht über die Revision sich aussprechen.

Das Wort hat Albrecht.

Albrecht-Berlin:

Parteigenossen, Kameraden, wir haben sowohl die Bücher wie die Belege des Genossen Maynz geprüft, haben alle Eintragungen in Übereinstimmung gefunden, haben auch einige Unklarheiten im Bestande aufgeklärt und können Ihnen versichern, daß die Kasse so, wie sie jetzt vorgelegt ist, in bester Ordnung sich befunden hat. Wir bitten demzufolge, daß Sie dem Kassierer Maynz die Entlastung erteilen.

Vorsitzender Leinert:

Es wird mir eben gesagt, daß beabsichtigt werden soll, diese Kontrolle durch eine Kommission des Kongresses vorzunehmen. (Sehr richtig.) Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, das zu tun. Der Berliner Vollzugsrat hat ja seine Kassenführung selbst zu verantworten. Wir haben ihm die Kasse nicht übergeben, wir haben ihm die Vollmacht dazu nicht erteilt, es ist seine Sache, über seine Kassenführung Rechnung zu legen. Die Rechnung kann der Kongreß auch nicht abnehmen, sondern sie ist uns vorgelegt und die Revisoren erklären, daß alles in bester Ordnung ist, daß Unstimmigkeiten aufgeklärt wurden. Das ist eine **Mitteilung an den Kongreß**. Der Kongreß kann aber seinerseits in die Kassenführung sich nicht einmischen. Dann müßte er das in die Kassenführung aller Soldatenräte tun. Der Kongreß ist damit mit mir einverstanden.

Die Mandatsprüfungskommission bittet nun, daß die **Ausweise über die Diäten** nach Landsmannschaften gesammelt werden sollen und um 12 Uhr im Zimmer 56 zur Unterschrift vorgelegt werden. Ich bitte daher die Delegierten, sich mit dem Obmann ihrer Landsmannschaft in Verbindung zu setzen und diese Ausweise zu sammeln, damit die Unterschrift der Mandatsprüfungskommission erfolgen kann. Sie müssen Namen, Wohnort und Wahlbezirk aufschreiben. Bei der Erhebung des Geldes müssen Sie auch angeben, wieviel Reisetage in Frage kommen.

Nunmehr erteile ich dem Genossen Däumig das Wort.

226

Mitberichterstatter Ernst Däumig-Berlin:

Genossen, Kameraden, meine Herren! „Wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat, die wir von Gottes Zorne sind, bis jetzt das Proletariat!"

Mit diesen Worten schloß gestern der Herr Volksbeauftragte Dittmann seine Rede. Ich möchte heute auch diese Worte an die Spitze meiner Ausführungen stellen. Denn was vor 70 Jahren der Sänger der Revolution seherisch sagte, daß **das Proletariat berufen** sei, **die alte Welt zu zertrümmern und neu zu erbauen**, was seiner Zeit noch versagt blieb, das ist die Aufgabe und Forderung der Stunde von heute.

Freilich, das morsche Ding, der Staat, wird nicht zerschlagen allein von wohltemperierten Parlamentariern nach Art der Herren Landsberg und des Volksbeauftragten Dittmann. Er wird nicht zertrümmert durch listenreiche Parteisekretäre, deren Regie man hier in diesem Hause in diesen Tagen sehr gut merkte. (Heiterkeit.) Er wird nicht zertrümmert durch pflichteifrige Gewerkschaftsangestellte, die hinter ihren Mitgliederlisten und Kassenbüchern sitzen und Lohnbewegungen führen. — Sondern das Neue, das geschaffen werden muß, muß bewirkt werden durch die Aktivität, die politische, wirtschaftliche und kulturelle des ganzen deutschen Volkes, des ganzen deutschen Proletariats. Das ganze deutsche Volk, das arbeitende, werktätige Proletariat, sei es, daß es mit der Hand, sei es, daß es mit dem Kopf arbeitet, muß ergriffen und darauf aufmerksam gemacht werden, daß in diesen Tagen aus einem Meer von Blut und Tränen eine neue Welt entstehen muß.

Da war meine erste Hoffnung **dieses erste Revolutionsparlament** Deutschlands, das Parlament, das seit den Aprilltagen des Jahres 1848 zum ersten Male wieder die Stimme des Volkes unverfälscht zum Ausdruck bringen soll.

Freilich, es ist ein eigen Ding um diesen ersten Teil der deutschen Revolution und um sein Revolutionsparlament. Der Rausch der ersten Revolutionstage ist sehr schnell verflogen. Alle die Bedenklichkeit, alle die Rückständigkeit und zähe Anhänglichkeit an die alten Ideologien ist noch sehr stark vorhanden. Da gilt es, nicht allein nach nationalökonomischen Berechnungen, sondern aus Kulturgründen heraus diese Revolutionsbewegung so vorwärts zu treiben, daß aus ihr wirklich eine Volksbewegung wird, die die Tiefen des Volkes mit umfaßt. Das ist klar. Aber es ist nicht so klar, daß man es überall verstanden hätte. (Sehr richtig!) Denn, meine Herren, kein einziges Revolutionsparlament der Geschichte hat einen so nüchternen, hausbackenen, ja, ich sage, philiströsen Geist aufzuweisen, wie dieses erste Revolutionsparlament, das hier zusammengetreten ist. (Händeklatschen bei einer Minderheit.)

Wo ist der große seelische, ideale Schwung, der durch die Nationalkonvente Frankreichs durchging? Wo ist die jugendfrische Märzbegeisterung des Jahres 1848? Wo ist die Hymne, die aus der Freiheitsbegeisterung des deutschen Volkes entstanden ist? — Nichts davon zu spüren! Ein großes Symbol kann man ja sehen: auf den Staatsgebäuden flattern noch die Farben des alten Systems mit ihren Emblemen und darüber ein armseliges rotes Wimpelchen. Das charakterisiert die Revolution von heute! (Händeklatschen. — Zuruf: Berlin!) — Anderswo ist es genau so! (Zuruf: Äußerlichkeiten!) — Das sind Äußerlichkeiten; aber es sind tiefe Symbole der Wirklichkeit!

Aber in einem ähnelt dieses Revolutionsparlament den Revolutionsparlamenten aller Zeiten: in der **unglaublichen Vertrauensseligkeit und Selbstbespiegelung** darüber, wie herrlich weit man es doch gebracht habe, und in der Verkennung der ehernen Gesetze der Geschichte, wie gerade Revolutionen unerbittlich weiterschreiten. Und sie mögen gelacht und ihre Glossen gemacht haben, als unsere Arbeiter und Soldaten hier aufmarschierten. Es sind die Stimmen aus der Tiefe, die hier schon grollten (Sehr richtig!), und ich kann Ihnen sagen: glauben Sie nicht, daß diese Stimmen verstummen werden; viel lauter und deutlicher werden sie ertönen! (Händeklatschen.) Wenn die Geschichte dieser Revolutionswochen in Deutschland geschrieben werden wird, dann wird man sich lächelnd fragen: waren denn die Leute so blind, daß sie nicht sahen, daß sie sich selbst den Strick um den Hals legten?! Denn das muß doch jedem Klardenkenden einleuchten, daß die jubelnde Zustimmung zur Nationalversammlung gleichbedeutend ist mit einem **Todesurteil** für das System, dem sie jetzt angehören, für **das Rätesystem.** (Sehr richtig! und Unruhe.) Und wenn Sie die Leidenschaft haben, einen

politischen Selbstmörderklub

darzustellen, ich lasse Ihnen das Vergnügen, ich für meinen Teil danke dafür. (Lebhafter Beifall, Zurufe.)

Genossen, Kameraden! Ich trete wohl niemandem in diesem Raume zu nahe, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß nur ganz wenige unter Ihnen sind, die über das **Problem des Rätesystems** an sich schon einmal gründlich nachgedacht haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Wie sind Sie denn in die Soldaten-, in die Arbeiterräte hineingekommen? Geradezu durch ein Elementarereignis sind Sie hineingetragen worden, ohne irgendwie sich klar zu sein, welch tiefer politischer Grund, welch tiefer politischer Sinn in dieser Einrichtung liegt.

Wie ist denn überhaupt dieser Rätegedanke gekommen?

Er entstand zuerst im Jahre 1905, als das russische Proletariat seine ersten heldenhaften Kämpfe gegen das fluchwürdige zaristische System führte. Da kam ganz unwillkürlich, ganz ohne Vorbereitung, aus der Keimzelle der neuen Welt heraus, aus dem Großbetriebe, das System der Arbeiterdeputiertenräte, und diese Organisation war es, die in jenen Revolutionstagen des Jahres 1905 den Kampf geführt hat. Diese Arbeiterdeputiertenräte waren es, die dann im Jahre 1906 und 1907 ihren Heldenmut vor Standgerichten oder in den Eisfeldern Sibiriens büßen mußten. Der Gedanke des Rätesystems aber blieb lebendig und sprang natürlich wieder wie ein Funke hervor, als im März 1917 drüben in Rußland die große Revolution ihren Anfang nahm. Alle diese Dinge sind ja bekannt.

Aber wie kam es denn, daß in den Novembertagen des Jahres 1918 in Deutschland ebenfalls dieses Rätesystem so rein elementar Wurzel fassen konnte? Weil es eben die gegebene Organisationsform der modernen Re-

volution ist und sein muß. Freilich, ich weiß — und das trifft ja gerade auf die Genossen im Soldatenrock zu —, daß diesem System der

Ludergeruch des Bolschewismus

anhängt. (Sehr richtig!) Aber ich und jeder Einsichtige läßt sich durch diese Dinge nicht irre machen. Jede Revolution hat ihre Verleumdungen, und die Sansculotten, die Patrioten, die Demagogen, die Communards von 71, sie alle sind verleumdet, geschmäht und mit den giftigsten Beleidigungen belegt worden, und wir müssen uns eben auch gefallen lassen, daß wir „Bolschewisten" sind.

Ach, Genossen, so gefährlich ist die Geschichte auch nicht, denn was ist denn heutzutage nicht alles Bolschewismus? (Sehr gut!) Sie auch, die Sie hier sitzen, sind für eine ganze Reihe von Leuten Bolschewisten. Und dieser Popanz sitzt noch in den Köpfen der sogenannten Soldatenräte so fest, daß ich Ihnen eine kleine Episode hierüber mitteilen muß.

Als wir hier in Berlin saßen, daß die **zurückkehrenden Fronttruppen** infolge der mangelhaften und tendenziösen Instruktionen glaubten, hier sei Mord und Totschlag, und wir seien eine ganz verkommene revolutionäre Bande hier in Berlin, da hielten wir vom Vollzugsrat es für unsere Pflicht, sie aufzuklären. Ein Flugblatt wurde hergestellt, das Ihnen auch vorgelegen hat, mit der Überschrift: „Kameraden!" Der Text dieses Flugblattes fand auch die Billigung sämtlicher Genossen der sozialdemokratischen Partei und sämtlicher soldatischen Mitglieder des Vollzugsrates. Es wurde in großen Posten durch Kuriere an die Standorte im Osten und im Westen gebracht. Als es nach Wilna zum Soldatenrat der 10. Armee kam, wurde unserm Kurier erklärt, nachdem die Herren das Blatt gelesen hatten: eine solche bolschewistische Schandschrift würden sie auf keinen Fall unter die Soldaten verteilen lassen. (Hört, hört!) Das Flugblatt wurde in den Paketen, wie es war, einfach von dem Zentralrat der 10. Armee vernichtet. (Hört, hört!) Das ist charakteristisch. (Zurufe: Offiziere!) — Das ist es ja, was ich gestern sagte: bei den Offizieren darf es nicht bloß auf das Vertrauen der Mannschaften ankommen, sondern in der jetzigen Revolutionszeit kommt auch die Überzeugung des Offiziers in Betracht, wenn er in den Soldatenrat gewählt werden soll.

Wie sind in Deutschland die Arbeiterräte entstanden? — Sie entstanden in den großen Streikbewegungen der letzten Jahre, in denen wir, die wir von jeher die erbittertsten Gegner des Krieges gewesen sind und diese 4 Jahre lang schwere Seelenqualen bestanden haben unter dem Drucke und der Lüge, unter dem das deutsche Volk stand, — die politisch treibende Kraft gewesen sind. Wir haben in den Großbetrieben die Leute, die unserer Überzeugung waren, in jenen Zeiten unter großen Gefahren bestimmt, die Rolle des Arbeiterrates zu spielen; wir haben in den letzten Wochen vor Ausbruch der Revolution, als es uns durch eifrige, aber auch gefährliche Agitation in den Berliner Kasernen gelungen war, Kameraden, Genossen zu gewinnen, die gleich uns mitarbeiten wollten an dem Sturze dieses blutgefleckten Regimes, wir haben da wieder, natürlich illegal, einen provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und haben unsere Kundgebungen, unsere Flugblätter, die wir in den Kasernen verteilten, in denen die Soldaten aufgefordert wurden, nicht auf ihre Brüder und Mütter zu schießen, alle diese Vorbereitungen unterzeichnet: Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats.

Und was war unser Los? Nicht allein, daß die politische Polizei hinter uns herhetzte, nicht allein, daß das Oberkommando in den Marken, diese reaktionäre Institution von 1848, alle Machtmittel gegen uns an-

wandte —, nein, **die eigenen Klassengenossen** haben uns damals angegriffen und haben uns beschimpft und verleumdet. (Sehr richtig! Zuruf: Vorwärts!)

Am 6. November heißt es in einem Aufruf der sozialdemokratischen Partei, als wir gerade die letzten aufrüttelnden Flugblätter herausgegeben hatten:

> Hütet Euch vor Zersplitterungen, vor Arbeiterbruderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die Euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen! (Hört, hört!) Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. (Hört, hört!) Wenn die Arbeiter dahin und dorthin laufen oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur namenloses Unglück entstehen.

Das ist so eine kleine Probe dafür, wie damals von dieser Seite aus der Arbeiter- und Soldatenrat behandelt wurde. Als aber der 9. November kam und dank unserer Vorbereitungen in Betrieben und Kasernen die alte Welt hinweggefegt wurde, da strömten sie in Scharen herbei, um nur ja dieses Rätesystems teilhaftig zu werden. (Sehr richtig!) Ich führe das nur an dafür, daß, wenn die revolutionäre Situation reif ist, auch in der heutigen Zeit, wo nun einmal das Proletariat Träger der Revolution ist, weil keine andere Klasse revolutionär sein kann, ganz naturnotwendig das Rätesystem sich aufzwingt und aufdringt, und es wäre Verblendung, wenn man sich gegen die **historische Notwendigkeit dieses Rätesystems** wehren und sperren wollte. Es ist nun einmal so. Die alte bürgerliche Demokratie mit ihrem Stimmzettel und ihrem Parlamenteln ist keine Ewigkeitserscheinung; sie hat ihre historische Bedingtheit, und wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß dieser bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Rätesystem findet.

Genossen und Kameraden, Sie haben vorhin, als Genosse Cohen so warm für die Nationalversammlung plädierte und sogar für einen frühen Termin eintrat, zum Teil lebhaft applaudiert; Sie haben aber zweifellos damit

Ihr eigenes Todesurteil

gesprochen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Denn die Konzessionen, die vom Genossen Cohen und andern Leuten gemacht werden, daß ja, wenn die Nationalversammlung komme, das Rätesystem noch weiterbestehen könne, sind ja doch nur Schall und Rauch. (Sehr richtig!) Was soll denn dieses Rätesystem neben einem sich so breitspurig einnistenden parlamentarisch-demokratisch-bürgerlichen System, wie es die Nationalversammlung einmal im Gefolge hat! Eine leere Staffage, eine Marionette! Im Wirtschaftsleben werden mit Hilfe der Nationalversammlung und des Bürgertums die Gewerkschaften alten Stils natürlich die Arbeiterräte aus den Betrieben ganz schnell herausgedrängt haben. (Zuruf.) — Das machen sie heute schon und haben es schon gemacht. Ach nein, dieses beides läßt sich eben nicht miteinander vereinigen; man muß das eine oder das andere wollen. Aber das sage ich Ihnen: all Ihre Illusionen auf ein neues, freies, auch kulturelles und geistig freies Deutschland, auf ein deutsches Volk, das diesen alten Untertanengeist von sich geworfen hat, der ja heute noch knüppeltief drin sitzt im deutschen Volk, auf ein Deutschland, in dem das Volk auch wirklich aktiven Anteil an seinen Geschicken nimmt und nicht alle zwei, drei Jahre mit einem Stimmzettel in der Hand zur Wahlurne läuft, erreichen Sie nicht mit diesem alten System.

Es ist ganz charakteristisch, daß von den Wahlresultaten, die hier an dieser Stelle mitgeteilt worden sind, fast durchweg $^3/_5$ der Stimmen den Sozialisten und $^2/_5$ noch den bürgerlichen Parteien angefallen sind. Das beweist doch, daß das bürgerliche Denken, vor allen Dingen aber auch das bürgerliche ökonomische Verhältnis noch so stark im gegenwärtigen Deutschland verankert ist, daß all die **Illusionen über eine starke sozialistische Majorität in der kommenden Nationalversammlung** sicherlich, wenn es darauf ankommen wird, sehr stark herabgeschraubt werden müssen. Ein Herr, der sehr entschieden auf dem Boden der Nationalversammlung steht, Herr von Gerlach von der „Welt am Montag", der ein großer Gegner des Rätesystems ist, sieht recht nüchtern und klar in diesen Dingen und sagt von dieser mit so großer Sehnsucht und großen Erwartungen sich vorbereitenden Nationalversammlung und den Kandidaten:

> „Ich fürchte, in der Nationalversammlung wird man allzuviel Gesichter sehen, die einem schon vom Reichstag bekannt sind. (Sehr gut!) Man wird mit den alten Männern eine neue Politik machen wollen, und man wird erfahren, daß selbst eine Revolution nur für wenige Menschen eine Evolution zustande bringen kann. Ich wage schon heute die Voraussage, daß 4 Wochen nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung auch die Kritik einsetzen wird. Und wenn sie erst einen drückenden Frieden gutheißen und die finanzielle Liquidierung der grauenhaften Erbschaft des alten Regimes geben muß, wenn sie denen oben viel nehmen muß und denen unten nicht genug geben kann, dann werden von rechts wie von links die Angriffe nur so hageln. So wird es sein, es kann nicht anders sein."

Das sagt nicht ein Bolschewist, sondern ein gut bürgerlicher Demokrat, ein leidenschaftlicher Anhänger der bürgerlichen Demokratie und der Nationalversammlung.

Wenn man aber zu einem solchen Urteil kommen muß, dann sage ich: wenn schon das alte Deutschland begraben werden und ein neues aus der Gruft erstehen soll, dann gehe ich mit Mitteln neuer Art heran, die geeignet sind, das deutsche Volk zu einem ganz **neuen politischen und kulturellen Leben** zu erwecken. Ich lege ausdrücklich Wert auf das Wort kulturell und fasse darin alles zusammen, was nur einigermaßen unter dem Begriff höhere Menschheitsentwicklung verstanden werden kann, nicht bloß von der Magenfrage und von der rein politischen Freiheit aus, sondern die neue Kultur, die aus diesem Weltbrand entstehen muß, ist es, an die wir bei dieser Gelegenheit und in diesem Rahme mit zu denken haben. Wir haben unsere Augen nicht allein zu richten auf die engeren Grenzen Deutschlands, die wir heute noch nicht kennen, sondern der Blick muß hinausgehen auf die anderen Länder, die gleichfalls aus tausend Wunden bluten und denen nur Heil gebracht werden kann durch die Kräfte aus der Tiefe, durch die Volksmassen, durch die **internationalen Verbindungen**. Denn das wissen wir auch: von den Herren Clemenceau und Lloyd George und wie sie heißen mögen, haben wir kein Heil zu erwarten, aber ich teile da den Pessimismus des Genossen Cohen nicht. Auch da drüben regt es sich in der Tiefe, und es sollte doch dem Genossen Cohen bekannt sein, daß in den Munitionsarbeiterstreiks in den drei letzten Jahren in England die Trade Unions die Führung verloren und die Arbeiterräte in England die Führung übernommen hatten. Das sind beachtenswerte Zeichen der Zeit. Und ich weiß aus Frankreich, daß auch dort dieses System immer mehr Boden gewinnt. Der chauvinistische Rausch verfliegt da drüben genau so, wie er bei uns verflogen ist, und das soziale Klassenempfinden, die Lasten des

Krieges werden von dem Proletariat Frankreichs, Englands und Amerikas genau so bitter empfunden werden wie vom deutschen Proletariat. Und wenn man heute sagt, es wäre Torheit, auf dieses Papiergebäude der Revolution in jenen Ländern seine Hoffnung zu gründen, so habe ich Ihnen ja schon gesagt, wie selbst unsere erleuchteten Parteigenossen von der rechten Seite noch am 7. November von Drahtziehern sprachen, wie sie nicht glauben konnten, daß in Deutschland eine Revolution einsetzen könnte. Ich kann Ihnen sagen, daß ich gegen meine eigenen Freunde einen Kampf zu führen hatte, weil sie nicht daran glauben wollten, daß es möglich wäre. Und sie kam doch. Und so geht es auch da drüben. Es ist weltgeschichtlich nicht anders möglich:

ein Weltkrieg muß zur Weltrevolution führen,

hier früher, da später. Auch in den Negerdörfern am Senegal, in den Farmen Australiens und Indiens tönt die Totenklage, und die ganze Welt wird vor den Folgen des Weltkrieges erzittern. Da wäre es Torheit, wenn wir im zähen Kleben an dem alten Überkommenen jetzt, wo die erste große deutsche Revolution durchgebrochen ist, uns nicht zu einem neuen politischen System entschließen könnten, dem Rätesystem.

Ich glaube allerdings nicht daran, daß diese Körperschaft sich dazu entschließen wird. (Sehr gut!) Der Antrag Lüdemann gab schon den Auftakt für die **politische Selbstkastrierung dieses Nationalkongresses** und der Revolution. Wenn Sie ein revolutionäres Parlament mit Temperament und Feuer gewesen wären, dann hätten Sie diese Versammlung als Nationalversammlung konstituiert und gesagt: Wir sind die Körperschaft, hinter uns stehen die Massen, die Kraft der Soldaten und Arbeiter, wir wollen die deutschen Geschicke weiter leiten. Und glauben Sie nicht, daß der Friede um ein Deut schlechter geworden wäre. Die **Entente** wäre nicht wesentlich erbittert gewesen; denn wir wissen tatsächlich ja gar nicht, wie die Entente über unsere Arbeiter- und Soldatenräte denkt. Es kommen die widersprechendsten Nachrichten. Wenn die heutigen Nachrichten nach dieser Richtung hin auch wieder flau machen wollen, so sage ich für meinen Teil: wo der Erzberger seine Hand im Spiele hat, da bin ich sehr leicht mißtrauisch. (Sehr richtig! und bravo!)

Und wenn der Ausschuß der Volksbeauftragten es noch nicht fertig gebracht hat, Herrn Solf und alle Träger der Geheimdiplomatie, die noch in den Büros des Auswärtigen Amtes sitzen, zu beseitigen, so müssen wir es in den Kauf nehmen, daß sie die alten Kanäle der **öffentlichen internationalen Brunnenvergiftung** benutzen, die sie während des Krieges angelegt haben, und daß sie die Fäden weiter ziehen, die von der Berliner Wilhelmstraße weitergehen nach Bern, Christiania usw. (Zuruf: Es sitzen noch die 1200 Schufte des Romberg in Bern!) Es ist überaus charakteristisch, daß es noch nicht möglich gewesen ist, aus dem so umfangreichen Anklagematerial der Geheimdokumente, die im Auswärtigen Amte, im Generalstab, im Kriegsministerium und wo sonst noch überall vorhanden sind, auch nur einen Deut zu veröffentlichen, und jetzt sind wir schon in der siebenten Woche der Revolution. Was wäre das für ein Friedensmittel, wenn das revolutionäre Deutschland sagen könnte: wir, das Volk, sind unschuldig, wir sind belogen und betrogen worden, hier sind die Beweise dafür. Nichts von alledem geschieht aber. Die alte Diplomatie waltet noch immer ihres Amtes, und es geschieht nichts, um diesem Walten ein Ende zu bereiten. Hier wäre es für den ersten Revolutionskongreß die Pflicht gewesen, ein Machtwort zu sprechen; aber man trottet immer weiter in den alten Bahnen. Nur ja nicht quieta movere, nur nicht etwas

Neues, noch nicht Dagewesenes. Die Geschichte wird über dieses erste Revolutionsparlament ein sehr bitteres Urteil fällen. (Sehr gut!)

Man spricht in bezug auf das Rätesystem von der **Diktatur**, und jeder Spießer malt sich darunter etwas Gruseliges vor; er denkt an Browningpistolen, an Maschinengewehre und andere Dinge. Ja, gehen wir doch einmal etwas zurück in der Geschichte der letzten Jahre. Wir haben unter der schmählichsten und schwersten Diktatur gestanden, (Sehr richtig!) die die Weltgeschichte jemals gekannt hat; denn die zaristische Brutalität war ja noch gemildert durch die Korruption. Wer diese vier Jahre der Militärdiktatur, der leiblichen und geistigen Diktatur vom 4. August 1914 ab durchlebt hat, der wird einen so bitteren Groll im Herzen haben, daß dieser niemals getilgt werden kann. Man muß diesen Groll allerdings empfunden haben, und man darf nicht mit Panken und Trompeten in das Kriegslager hineinmarschiert sein, und man muß sein Menschentum am 1. August aufrecht erhalten haben. Ich sage: nein, das war nicht unsere Aufgabe. (Bravo! und Händeklatschen.)

Es gibt Leute in unserer Mitte, die noch in den Novembertagen sagten: wir halten fest an der Politik des 4. August. Ja, so betrachtet, bekommt die politische Situation in der Revolutionsepoche doch ein anderes Gesicht, und sie können uns entschieden überzeugte Revolutionäre nicht verstehen, wenn wir mißtrauisch und vorsichtig sind in bezug auf die Dinge, die sich jetzt vorbereiten. Die Diktatur ist zweifellos mit dem Rätesystem verbunden. Aber was sich in Rußland durch die historischen Gesetze aufzwang, braucht noch lange nicht in Deutschland der Fall zu sein. Ich gehöre nicht zu denen, die mechanisch und sklavisch **das russische Beispiel** nachzuahmen versuchen. Ich bin Deutscher und bin stolz darauf, Deutscher zu sein. Die 20 Jahre, die ich jetzt in der Partei bin, habe ich dazu verwandt, die deutsche Kultur, die deutsche Dichtung, die deutsche Literatur den Massen da unten zugänglich zu machen, weil die bürgerliche Gesellschaft nach dieser Richtung hin Millionen jahrein, jahraus geistig beraubt hat. Aber das, was sich aus der großen Geschichte der russischen Revolution ergibt, haben wir uns nutzbar zu machen, und ich habe stets zu denen gehört, die den Verzweiflungskampf der Bolschewisten gestützt haben und ihn noch heute zu stützen suchen. Man mag über diese Dinge denken, wie man will — ein ehrlicher Kampfesmut für den Sozialismus ist in ihnen lebendig. Sie waren die ersten, die es gewagt haben, das Wort vom Frieden zur Tat werden zu lassen. (Sehr richtig!) Ich verstehe, warum die bürgerliche Welt und so manche verbürgerlichten Sozialisten den **Bolschewik als einen Popanz** an die Wand malen; denn man hat ein gelindes Grauen, und es ist zu verstehen, daß das Bürgertum darüber jammert, daß so manches Liebgewordene, so manche Bequemlichkeit des eigenen Daseins verschwinden soll. Aber haben die Leute danach gefragt — das möchte ich den Kameraden von der Soldatenseite sagen —, daß Ihr 4 Jahre lang im Feuer der Granaten gelegen habt, daß Ihr 4 Jahre lang im polnisch-russischen Schnee einhergezogen seid, daß Ihr Euch Wunden geholt habt, daß Ihr Euch die Krankheiten geholt habt, die im Körper eines jeden, der die Sache mitgemacht hat, schlummern?! Danach haben sie nicht gefragt. Mit nationalen Phrasen hat man Euch gefüttert, und man hat Euch den Dank des Vaterlandes in Aussicht gestellt, aber in Wirklichkeit handelte es sich darum, daß die Herrschenden hübsch warm sitzen konnten in Macht und Besitz. Und da wollen wir auf einmal, nachdem endlich, endlich das deutsche Volk sich aufgerafft und einmal die Last von sich geworfen hat, uns irre

machen lassen durch das Wort Diktatur?! Wie steht es denn überhaupt mit der **Diktatur in Deutschland?** Ich habe hier das statistische Ergebnis der Gewerbezählung vom Jahre 1907, das letzte Zahlenmaterial, das darüber zur Verfügung steht. Da zeigt sich bei allen Berufen, bei Land- und Forstwirtschaft, bei Industrie, Bergbau und Baugewerbe, bei Handel und Verkehr, daß sich das arbeitende, werktätige Volk überall in der Mehrheit befindet, und daß es bis jetzt unter der Diktatur einer ökonomisch überlegenen Minderheit gestanden hat. Und das soll jetzt durch die Nationalversammlung verewigt werden! Sie mögen mit dem Kopfe schütteln, so viel, wie Sie wollen, — die Nationalversammlung, die jetzt zusammenkommt, hat weder den Willen, noch die Energie, den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen. Ach, sie wird Einrichtungen schaffen, aus denen die notwendigen Geldmittel herausgeholt werden können: Staatsmonopole und sonstige staatskapitalistischen Einrichtungen. Aber eine Wirtschaftsordnung, in der das Volk produktiv und als Konsument gleichberechtigt ist, davon wird keine Rede sein. Dazu muß schon eine Institution und eine ökonomische Einrichtung geschaffen werden, durch die tatsächlich die Besitzverhältnisse, aber auch die politischen Rechtsverhältnisse auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden, und das kann eben nur mit Hilfe des Rätesystems geschehen.

Und nun folgendes! Das Rätesystem ist so, wie es heute ist, — das will ich natürlich bemerken —, selbstverständlich unvollkommen und unsystematisch; denn in den ersten Stürmen der Revolutionstage lag kein fester Organisationsplan, lag kein Organisationssystem vor. Aber es ist eine Frage der Technik, das Rätesystem so zu vervollkommnen, daß wir für ganz Deutschland ein **einheitliches Wahlsystem** durchführen können, in erster Linie natürlich **für die Arbeiterschaft** und, soweit es notwendig, für die Soldatenräte, die ja mehr und mehr in den großen proletarischen Kreis aufgenommen werden, und auch für die Bauernräte, wo es erforderlich ist. Wenn ein solches einheitliches Wahlsystem durchgeführt wird, dann kann auch eine Nationalversammlung zusammentreten, und die ist, soweit die Reichseinheit in Betracht kommt, ein viel stärkerer Kitt als die Nationalversammlung, die aus den bürgerlichen Elementen heraus zusammenkommt. (Sehr wahr!) Es ist doch nicht das Proletariat, das diese reichsverräterische Separationsbewegung macht; es sind doch die kapitalistischen, die klerikalen Elemente, die im Rheinland und sonstwo diese Dinge tun. Nein, die proletarische Solidarität und das **Rätesystem** ist der **beste Kitt für das Reich.**

Auch das Verhältnis zu unserem polnischen Nachbarn wird ein ganz anderes Gesicht bekommen auf Grund dieser proletarischen Demokratie als auf Grund einer Demokratie und einer politischen Praxis, die hier heute noch beliebt wird. Vielleicht werden Genossen sprechen, die in polnischen Gebieten wohnen, und darum, daß die jetzt noch vorhandene hakatistische Politik gerade es ist, die die **polnischen Separations- und Annektionsgelüste** unterstützt, und daß eine proletarische Politik sich stützen kann auf das Rätesystem und daß eine Nationalversammlung, die auf Grund dieses Rätesystems aufgebaut ist, soweit die engere Nachbarschaft Deutschlands in Betracht kommt, sicherlich weit mehr Garantien gibt, in Frieden und Freundschaft mit unseren Nachbarn zu leben als dieses Wahlsystem.

Und die Diktatur, die sich darin aussprechen soll: ja, ist es denn ein so großes Unglück, wenn den Leuten, die jetzt Jahrzehnte lang, ganz besonders während des Krieges, diese großen Reichtümer aus dem Blut und Schweiß des Volkes gesammelt haben, jetzt gesagt wird:

Ihr habt genug genossen, jetzt kommen die an die Reihe, die von Euch gedrückt und ausgesogen worden sind! Das ist nur ein

Akt des Weltgerichts,

der nach meinem Dafürhalten durch keine wehleidigen Betrachtungen über die Ungleichheiten der Diktatur beseitigt zu werden braucht. (Sehr gut!)

Aber es kommen noch eine ganze Reihe anderer Dinge hinzu. Ich sagte schon vorhin: der **Untertanengeist** sitzt dem deutschen Michel noch tief in den Knochen, (Sehr wahr!) und auch in diesen Revolutionstagen noch. Man will eine Obrigkeit haben. Es ist ja unglaublich, wie wenig sich diese deutsche Revolution zutraut. Auch auf der Seite der Leute, die vier Jahre, vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet, zweifellos Großtaten vollbracht haben, die in West und Ost, auf dem Balkan und überall, rein militärisch, strategisch betrachtet, große Dinge geleistet haben, dieses geringe Zutrauen zu sich! Die **englische große Revolution**: sie schafft sich ihr Parlamentsheer, und da kommen Fuhrknechte, Kaufmannsgehilfen, Kärrner und werden Oberste und Brigadegenerale, Cromwell und seine „Eisenseiten" hauen die Kavaliere, die damalige Reaktion, zusammen. (Zuruf: Vor 200 Jahren!) — Vor 200 Jahren, ja allerdings; aber ich glaube, die Welt ist seitdem fortgeschritten. — Die **große französische Revolution** kommt, und aus ihrer Tiefe entstehen, als der Appell ergeht an das Volk, das Lever en masse, alle diese militärischen Kapazitäten, ein Maurergeselle Kléber und wie sie alle heißen mögen, sie stellen sich an die Spitze dieser militärischen revolutionären Bewegung. Der **Sezessionskrieg in Amerika**, der auf ähnlichem Boden steht als revolutionäre Erscheinung, er schafft auch im Handumdrehen seine Organisation. Nein: die deutschen Soldaten, die durch die Schule des Militarismus gegangen sind, sie schreien nach der Beibehaltung ihrer Kommandogewalt, weil sie sonst nicht aus Ost und West heimgehen können. Ja, ich meine, wenn das Rätesystem richtig erfaßt worden wäre und wenn die Soldaten in Ost und West sich ihre Führer richtig gewählt hätten, dann wäre, glaube ich, an vielen Stellen der Rückzug besser und geordneter vor sich gegangen, als er jetzt unter den Offizieren vor sich gegangen ist. (Zuruf: Keine Ahnung von den Verhältnissen! — Unruhe.) Ich will damit nur sagen, daß diese **deutsche Revolution sich selbst verflucht wenig zutraut**, daß dieser Untertanen- und Korporalsgeist als Erbschaft von Jahrzehnten natürlich noch tief in ihr sitzt (Sehr richtig!) und daß dieser Geist nicht beseitigt werden kann durch einen Wahlkampf und Wahlflugblätter, die alle zwei oder drei Jahre unter die Massen geworfen werden, sondern nur beseitigt werden kann durch einen herzhaften und kräftigen Versuch, das deutsche Volk ständig politisch aktiv zu erhalten, und das kann durch das Rätesystem allein geschehen. Wir müssen ja doch auch aufräumen mit dieser ganzen alten Verwaltungsmaschine, die wir haben in Reich und Bundesstaaten und Kommunen. Die **Selbstverwaltung** muß doch mehr und mehr die Aufgabe sein, die dem deutschen Volke erwachsen muß, anstatt des Regiertwerdens. Wie wollen Sie aber ein Volk in weitestgehendem Maße zur Selbstverwaltung erziehen, wenn Sie es politisch einfach so dahintrotten lassen und wenn sie Erwählte in irgendein Parlament schicken, die dann wieder die üblichen Redebächlein fließen lassen und den Parteihader erscheinen lassen, aber sonst an den Dingen draußen beim Volke nichts ändern!

Und dann das **Problem der Sozialisierung!** Wie will man sozialisieren über die Köpfe der Arbeiter hinweg, ohne aktive Beteiligung der Arbeiter! Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß jetzt in dieser unsäglich traurigen

Situation, in der sich unser Volk und Land befindet, man nicht drauflos experimentieren kann. (Zuruf: Na also!) — Ja, solche Narren sind wir auch nicht. Das Sozialisieren muß natürlich nach einem großen, einheitlich angelegten Plane vor sich gehen. Es kann auch nur erfolgreich, wirksam und durchgreifend vor sich gehen, wenn wir Frieden haben, wenn wir wissen, wieweit unsere Landesgrenzen gehen, wenn wir wissen, welche Mittel wir noch zur Verfügung haben und welche weltwirtschaftlichen Beziehungen wir noch haben. Aber lassen Sie die Arbeiter bis dahin schlafen und nach der alten Manier sich um die wirtschaftlichen Dinge nicht kümmern, so wird aus der Sozialisierung nichts werden oder höchstens ein Staatskapitalismus, eine Monopolisierung gegen den Willen und unter dem Widerstand der Arbeiter. Nein, in dieser Zeit brauchen wir das Rätesystem in den Betrieben, damit die Arbeiter durch die Räte, zu denen sie Vertrauen haben, die Betriebe überwachen. Das muß gerade jetzt geschehen; denn die Unternehmer werden natürlich die Zwischenzeit bis zur Sozialisierung zu ihrem Vorteil auszunutzen suchen, und deshalb ist es gerade jetzt sehr notwendig, daß die Arbeiter den Produktionsprozeß nicht bloß in der Teilarbeit, in der sie stehen, kennen lernen, sondern daß sie den ganzen Betrieb überschauen. Auch das ist nur möglich durch das Rätesystem.

Auf die Möglichkeiten des Wahlsystems bei der Räteverfassung will ich nicht eingehen; das ist eine Frage der Wahltechnik, die sehr bald und sehr leicht gelöst werden kann.

Lassen Sie sich nicht durch die **Mißgriffe und Fehler der ersten Wochen** irremachen. Überall sind die Arbeiterräte impulsiv auf einmal aus der Erde geschossen ohne gegenseitige Verständigung, so daß manche Reibungen und Mißverständnisse und auch manche Mißgriffe haben vorkommen müssen. Aber das sind Kinderkrankheiten, die überwunden werden können und müssen. Das ist aber nur möglich, wenn wir dieses System anerkennen. Dann werden viele Klagen, die im Laufe der ersten Zeit laut geworden sind, verstummen. Denn was jetzt ist, ist doch nur ein

Kompromiß zwischen Revolution und altem System,

(Sehr wahr!) aus dem natürlich nichts Gutes herauskommen konnte. Die alte Staatsmaschine mit all den Leuten, die bisher an ihren verschiedenen Stellen gearbeitet haben, ist ja noch beibehalten, und der Vollzugsrat, der hier in Berlin gewirkt hat, hatte ebenso wie die Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz nur ein Kontrollrecht. Daß ein solches zwiespältiges System Reibungen mit sich bringen muß, daß es auch kostspieliger ist als ein Apparat, der nach einem einheitlichen System funktioniert, ist ganz selbstverständlich.

Sie sind der Meinung und haben das gestern schon durch die Annahme des Antrages Lüdemann bewiesen, daß zwar die Diktatur der Millionen arbeitenden Hände und Köpfe in Deutschland etwas Verderbliches, aber die Diktatur von sechs Männern erträglich ist. (Sehr gut!) Das entspricht so ganz der Untertanenideologie der Deutschen. Wenn aber die Arbeiterräte allmählich im Fortgange ihrer **Entwicklung aus der Kontrollfunktion in die Verwaltungsfunktion** hineinwachsen, dann ist selbstverständlich all das beseitigt, was jetzt Anlaß zu Klagen gegeben hat. Auch die allgemeine Kulturfrage, auf die ich schon so oft Nachdruck gelegt habe, kann nach meinem Dafürhalten nur durch das Rätesystem gefördert werden, das tatsächlich alle Schichten des Volkes ergreift und vollständig interessiert und in Aktivität hält.

Seien wir uns auch darüber klar: die **moralischen Verwüstungen des Krieges** sind jetzt in der ersten Revolutionszeit noch riesengroß. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß sie weit in die Reihen der Arbeiterschaft um sich gefressen haben. Die korrumpierenden Wirkungen der Kriegslöhne und aller dieser Dinge können nur dadurch beseitigt werden, daß man den Arbeitern und Arbeiterinnen klar macht, wie notwendig jetzt eine intensive Produktion im Interesse der Allgemeinheit ist. (Allgemeine Zustimmung.) Wie wollen Sie das machen, wenn Sie den Arbeitern alle zwei Jahre einen Stimmzettel in die Hand geben? Wie sollen sie Interesse an einem Staatswesen haben, das, wenn es sozialistisch sein soll, mehr und mehr die Einheit zwischen Ökonomie und Politik darstellen muß? Sie können auch das nur auf der Grundlage des Rätesystems erreichen.

Ich weiß, daß das, was ich heute hier ausführe, unpopulär ist wie alles neue. Aber mich macht das nicht irre. Verschließen Sie sich dem Rätesystem, — kommen wird es trotzdem und alledem. (Zustimmung bei der Minderheit.) Denn Sie mögen noch so kluge Parlamentarier in die Nationalversammlung schicken und mögen eine noch so fein ausgeklügelte Reichsverfassung vorlegen lassen, — die sozialen Wirkungen von unten können Sie damit nicht aufhalten. (Sehr richtig!) Glauben Sie doch nicht, daß die **deutsche Revolution** mit den paar Tagen des Novembers 1918 abgeschlossen ist. Sie **geht ihren Gang weiter**, und es kommt vielleicht das, was in Rußland gekommen ist. Unsere russischen Freunde sagen: die Märzrevolution war die schöne Revolution, aber die Novemberrevolution, das war die häßliche Revolution, das war die soziale Revolution. Wundern Sie sich nicht, wenn in absehbarer Zeit die Revolution mit wehenden Haaren und ehernen Sandalen wieder vor Sie hintritt und sagen wird: warum habt ihr das Pfund verschleudert, was ich euch gegeben habe in jenen Novembertagen? Ich kann nicht Zeit und Stunde bestimmen, wann das eintreten wird, aber wer einigermaßen in der Weltgeschichte Bescheid weiß, der wird auch auf dem Standpunkt stehen, daß diese Zeit kommen wird. Überstimmen Sie uns, jubeln Sie nach der Nationalversammlung, berufen Sie sie zum 19. Januar ein: das Verhängnis halten Sie doch nicht auf!

Massengräber sind gehäuft in Ost und West, und die Heimgegangenen, sie gaben ihr Herzblut hin in dem guten Glauben, für ein neues, ein besseres Deutschland ihr Leben geopfert zu haben. Sie waren irre in jenen Jahren, unsere Aufgabe wäre es, ihren Glauben zur Wirklichkeit werden zu lassen. Und nicht weit von hier, in dem Friedrichshain, da liegen die Kämpfer des Jahres 1848, da liegen auch die Kämpfer vom November 1918, da liegt auch mein junger Freund Erich **Habersaat**, dessen Namen hier zu nennen ich für meine Pflicht halte (Bravo!), als ein Repräsentant der arbeitenden Jugend Deutschlands, die in jenen schweren Wochen mutig ihre Schuldigkeit getan hat — die viel verlästerte Berliner Jugend —, der in den Kursen zu meinen Füßen gesessen, mit heißer Begeisterung die Flugblätter verbreitet hat und der am Morgen des 9. November in jugendlichem Mut die Kaserne stürmte, bis eine Kugel sein Herz durchbohrte. Aus allen diesen Massengräbern des Friedrichshains, da höre ich eine Stimme, und sie soll auch an Ihr Ohr klingen, die die Worte Freiligraths widergibt:

O seid gerüstet, steht bereit, o schaffet, daß die Erde,
Darin wir liegen strack und starr, ganz eine freie werde.

(Bravo!)

Daß fürder der Gedanke uns nicht stören kann im Schlafen:
Sie waren frei, doch wieder jetzt und ewig sind sie Sklaven!

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen bei einem Teil der Versammlung.)

Vorsitzender Leinert:

Es steht noch der

Antrag Reinartz

mit zur Beratung, der Ihnen ja bekannt ist, er liegt Ihnen auf der Drucksache vor, und zwar der erste Antrag Reinartz. (Siehe Anlage.)

Besprechung.

Wir treten in die Besprechung ein.
Das Wort hat Haas.

Haas-Köln:

Parteigenossen, Kameraden! Wenn ich die Ausführungen des Genossen Dännig von alle dem Beiwerk entkleide, so muß ich offen sagen, ist meine Auffassung, daß er der Meinung ist, daß dasjenige, was von unserm Wirtschaftsleben nach dem vierjährigen unglücklichen Kriege noch übriggeblieben ist, erst vollkommen vernichtet werden muß, um auf den vollständigen Trümmern dann das aufbauen zu können, was er hier dargestellt hat. (Zurufe.) Verehrte Anwesende! Ich bin der Auffassung, der Genosse Dännig hat dargelegt, daß er mit alle dem, was bis jetzt aus der Revolution hervorgegangen ist, nicht einverstanden ist, auch nicht mit den Arbeiter- und Soldatenräten, die bis jetzt gebildet worden sind, aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie nach seiner Meinung nicht revolutionär sind. Er sagte weiter, daß vor allen Dingen auch dann, wenn wir zur Wahl der Nationalversammlung schreiten, und wenn da auch eine sozialistische Mehrheit vorhanden wäre, diese sozialistische Mehrheit nicht das durchführen würde, was notwendig wäre, um wirklich die Herrschaft des Proletariats in dem Sinne zu festigen, wie er es aussprach.

Ich bin der Auffassung, daß wir alle Ursache haben, **sobald als möglich zu den Wahlen zu der Nationalversammlung** zu kommen, um tatsächlich durch die Nationalversammlung auf geordnetem Wege das durchzuführen, was wir unter einem sozialistischen Staat verstehen.

Ich bin der Ansicht, Genossen, daß vor allen Dingen das deutsche Proletariat nicht mit dem russischen verglichen werden kann, und daß das deutsche Proletariat, das eine jahrzehntelange Erziehung in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation durchgemacht hat, unter keinen Umständen es dazu kommen lassen will, daß wir einem solchen Wirrwarr entgegenschreiten, wo uns nachher nur der nackte Hunger und das Elend entgegenstarren.

Verehrte Anwesende! Es ist nach meiner Meinung aus diesen Gründen notwendig, daß wir, wollen wir die Massen des Volkes, wollen wir die unteren Schichten des Volkes auf unserer Seite behalten, recht bald zu anderen Verhältnissen kommen. In einem Lande, das einen vierjährigen Krieg durchgemacht hat, wo keine Rohstoffe mehr sind, keine Arbeit, keine Aufträge mehr vorhanden sind, wo auf der anderen Seite die Produktion von Tag zu Tag immer mehr gefährdet wird, für die wir die Rohstoffe selbst im Lande haben, ist es dringend notwendig, daß man nicht das Unterste zu oberst kehrt, sondern versucht, mit ordnender Hand einzugreifen, um dadurch auf dem Wege der Ordnung **planmäßig und** sicher zu erreichen, was uns allen wünschenswert ist, nämlich die sozialistische Gesellschaftsordnung in weitestem Maße.

Genossen, wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir damit zu rechnen haben, daß tatsächlich die Wählermassen, die wir notwendig haben — ob Arbeiter- und Soldatenräte, ob Nationalversammlung —, nachher immer weniger werden anstatt mehr. (Sehr richtig!) Wir werden meiner Ansicht nach erleben, daß sich ein großer Teil der Arbeitermassen von uns abkehren und in das Lager unserer natürlichen Feinde übergehen wird. Aus diesen Gründen heraus glaube ich auch, haben wir alle Ursache,

für die Resolution Cohen zu stimmen, die besagt, am 19. Januar schon die Wahlen vorzunehmen.

Es kommt weiter in Betracht, daß Cohen schon darauf hingewiesen hat, daß wir Bestrebungen in Deutschland haben, die darauf hinauslaufen, Deutschland in möglichst viele Republiken zu zersplittern. Wir haben in Rheinland-Westfalen und besonders in Köln den Kopf der rheinisch-westfälischen Republik sitzen. Es sind dem Genossen Cohen Zwischenrufe gemacht worden, als er die „Kölnische Volkszeitung" zitierte. Wir wissen am besten, was wir von der „Kölnischen Volkszeitung" zu halten haben. Wir wissen auch, daß diese klerikale Gesellschaft eine sehr große Macht darstellt, daß wir damit zu rechnen haben. Ich habe eine Broschüre vor mir liegen, die in den letzten Tagen herausgegeben worden ist, gedruckt von der Paulinus-Druckerei in Trier. Diese Broschüre ist betitelt:

Los von Berlin,

ein freier Rheinstaat im Deutschen Reich. In dieser heißt es:

> Die Regierung, die gegenwärtig in Berlin besteht, die sich auf eine Minderheit im Volke stützt und beständig in Gefahr schwebt, von einer noch radikaleren Minderheit abgelöst zu werden, will unseren idealen Gütern keinen Schutz gewähren. Sie hat bewiesen, daß sie niederreißen kann. Aber sie kann nicht, wenn sie wollte, wieder aufbauen. Von außen ist niemand geneigt, Hilfe zu bringen, weil es ohne Bürgerkrieg und Straßenkämpfe nicht abgehen würde. Man ist eher geneigt, Berlin sich selbst zu überlassen, und das wäre am Ende die radikalste Kur für die radikalen Elemente. Aber auch die Konstituante, nach der aus allen Teilen des Reiches der Ruf ergeht, wird keine Rettung bringen, weil unsere ganze Politik viel zu weit nach links orientiert ist.

An einer anderen Stelle heißt es in dieser Broschüre:

> Aus diesem Dilemma führt nur ein Weg: die Bildung eines freien Staatswesens im Anschluß an das Deutsche Reich. Wird dieser Weg versperrt, und zwar durch Preußen-Deutschland versperrt, so leidet der deutsche Gedanke große Not, die Liebe zum Vaterlande verwandelt sich in Gleichgültigkeit, vielleicht in Abneigung oder schlimmeres. Darum darf der Rheinländer nicht vor die Wahl zwischen Preußen und Frankreich gestellt werden; es wäre ein Unglück für den deutschen Gedanken am Rhein.

Verehrte Anwesende, so geht es durch diese Broschüre hindurch. Es wird dann zahlenmäßig dargelegt, wieviel Steuern Berlin zum preußischen Staate gezahlt hat, wieviel die Rheinlande usw. usw.; das Ganze läuft, wie der Titel besagt, darauf hinaus: Los von Berlin!

Diese Bestrebungen sind auf mancher anderen Stelle ebenfalls im Gange, und ich bin der Meinung, wir als Sozialisten — dafür haben wir ja auch eine Resolution eingebracht — wehren uns auf das entschiedendste **gegen alle Abtrennungsbestrebungen.** Wir treten für einen Einheitsstaat ein, und wir haben auf der anderen Seite auf Grund dessen alle Ursache, möglichst bald zu einer Nationalversammlung zu kommen, die auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zustande kommt, für das wir jahrzehntelang gekämpft haben.

Genossen, wir haben, solange die Sozialdemokratie besteht, gekämpft **für das gleiche Wahlrecht,** für dieses Wahlrecht, das jetzt Gesetz ist. Wir haben immer und immer wieder gesagt, die Masse des Volkes steht auf unserer Seite. Und nunmehr sollten wir uns fürchten, daß wir diese Masse nicht hinter uns hätten? Genossen, kleinmütig zu sein haben wir keine Ursache, besonders nicht nach den Resultaten, die bis jetzt vorliegen. Wir müssen auf Grund dessen die Wahlen vornehmen, so bald als möglich, um dadurch zu geordneten, gesicherten Verhältnissen zu kommen, im Interesse des Landes, im Interesse des Friedens, im Interesse der besetzten Gebiete, für die wir recht baldigst wünschen, daß die Nationalversammlung tagen kann. (Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Heckert-Chemnitz:

Parteigenossen! Wir zweifeln gar nicht daran, daß die eventuell gewählte Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit haben wird. Das spielt aber in diesem großen Zeitalter, das wir jetzt durchleben, gar keine Rolle. (Hört, hört!) Die **Nationalversammlung** wird dennoch **eine reaktionäre Institution** sein (Sehr richtig! Hört, hört! bei der Mehrheit.), wenn sie auch eine sozialistische Mehrheit hat (Sehr richtig!), und zwar aus dem Grunde heraus, weil das deutsche Volk als ein völlig unpolitisches Volk, als ein Volk, das geführt werden will, bis jetzt noch nicht durch eine einzige Tat gezeigt hat, daß es seine Geschicke in eigene Hände nehmen will. (Sehr richtig!) Von den Führern wird bei uns in Deutschland die Befreiung erwartet, und nicht von unten herauf. Karl Marx ist hier manchmal zitiert worden, aber das große Wort von ihm, daß die **Befreiung des Proletariats nur sein eigenes Werk** sein kann und wird, ist bis jetzt hier auf der Tribüne noch nicht gesprochen worden.

Sie wählen eine Nationalversammlung, diese Nationalversammlung hat eine sozialistische Mehrheit, und die ungeheure Mehrheit des deutschen Proletariats schwelgt in der Illusion, daß diese Führer imstande sind, ihm die Freiheit, das Brot und den Frieden zu geben. Sie denken nicht daran, wie ungeheuer, wie unlösbar die Probleme sind, die uns in den nächsten Wochen von der Geschichte zur Lösung vorgelegt werden. Das Volk harrt, daß die Nationalversammlung sie lösen soll, und die Nationalversammlung hat keine Mittel dazu. Dann wird **das Volk die Führer verfluchen** und wird selbst nicht imstande sein, die Fehler, die gemacht werden — vielleicht nicht von den Herren, die in die Nationalversammlung gewählt werden, sondern die Fehler, die sich daraus ergeben, daß das Volk weiter passiv ist — zu beseitigen. Dann wird das Volk über diese Nationalversammlung und über die Führer hinweggehen, und das Elend wird noch größer sein.

Ich bitte Sie, verehrte Anwesende, und vornehmlich diejenigen, die so laut sind und preisende Reden für die Nationalversammlung halten: waren nicht **im alten Reichstage 110 Sozialisten** gesessen? haben nicht die Mehrzahl, die erdrückende Mehrzahl dieser Sozialisten dem deutschen Volke viereinhalb Jahre lang erzählt, daß nur dieser Reichstag es aus dem Elend erlösen wird? War es nicht der Referent von heute, der Genosse Cohen, der immer und immer wieder die schönsten Artikel geschrieben hat für den deutschen Sieg und dafür, daß wir die deutsche Revolution nicht machen müssen? Dieselben Leute, die 4½ Jahre im Verein mit dem Bürgertum das deutsche arbeitende Volk an der Nase herumführten (Sehr richtig! und Händeklatschen), die das deutsche Volk in Elend hinunterstürzten mit der Bourgeoisie zusammen, preisen sich erneut als Führer an.

Es wäre tausendmal besser gewesen, wir hätten die Kraft, die wir bislang verwendet haben, dazu verwendet, um den ganzen **Sündenzettel dieser Leute** mal aufzustellen, damit das deutsche Volk jetzt nachlesen könnte, was die Cohen usw. 4½ Jahre lang, bis zum 8. November geschrieben haben. Wenn das Volk das jetzt vor Augen hätte und wüßte, wie groß das Elend ist, dann wollten wir mal sehen, ob man dann dem Rate von Cohen noch Beifall klatschen würde.

Die Räteorganisation ist eine Organisation, die die unmittelbare Verantwortung **für den Aufbau der Gesellschaft** auf die breite Masse des Proletariats abstellt; die Nationalversammlung ist eine Organisation, die diese Verantwortung in die Hände der Führer legt. Bislang sind immer die Sünden der Führer auf dem Rücken der Masse ausgetragen worden. (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, daß, wenn wir die Räteorganisation schaffen

und dann tausend Sünden begangen werden, sie dann von der Masse begangen werden, und diese kann sie selbst korrigieren und niemand als sich selbst einen Vorwurf machen. Sie wird aus ihren Sünden lernen. Darum ist die Räteorganisation die Schule des Proletariats. Es gilt, die alte Bürokratie abzulösen. Wir können nicht warten, bis unsere Kinder und Kindeskinder herangewachsen sind, um alle Landrats- und Bürokratensessel einzunehmen, von denen aus wir jetzt noch geschuhriegelt werden. Wir müssen selbst heruntersteigen in die Verwaltung und die Arbeit machen. Das würden wir in der Räteorganisation lernen.

Sie werden natürlich eine Nationalversammlung wählen. Aber ich bin überzeugt, daß die Tatsachen der kommenden Tage über diese Nationalversammlung hinweggehen und das

Rätesystem auf feste Proletarierbeine

stellen werden, nicht weil vielleicht irgendein verrückt gewordener Haufe die Nationalversammlung sprengen wird, sondern weil diese Nationalversammlung die Versprechungen, die sie gibt, nicht einlösen kann, weil die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens ohne das Rätesystem undurchführbar ist.

Parteigenossen! Wir haben 4½ Jahre lang auf die Revolution gewartet, und Sie von der Mehrheit haben 4½ Jahre lang die Revolution verleugnet und die **Afterpolitik des 4. August** als sozialistische Politik bezeichnet. Wir werden ein weiteres halbes Jahr warten, und ich bin überzeugt, daß dann diese neue 4. August-Stimmung abgewirtschaftet hat. (Sehr richtig!)

Sie machen graulich vor dem **Bolschewismus**. Ich möchte aber einige Tatsachen erzählen, die vielleicht den meisten gar nicht bekannt sind. Von Rußland wurden durch den Frieden von Brest-Litowsk die Getreide produzierenden Teile abgerissen; man hat ihm die hochentwickelten Gebiete des Westens genommen, man hat ihm das Baltikum genommen, man hat ihm die Ölquellen von Baku genommen und die Eisenwerke von Mariampol und die großen Städte Jekaterinoslaw und Charkow, wo die russische Eisenindustrie sitzt; man hat ihm das Donezbassin genommen usw. So ist von unserer Seite aus dem russischen Staate in wirtschaftlicher Hinsicht der Lebensnerv abgeschnitten worden.

Dann sind die Engländer und die Franzosen gekommen und nach Archangelsk und nach Murmansk gegangen und haben Rußland vom Meere abgesperrt; dann haben die Amerikaner und die Japaner ihm Sibirien weggenommen, wo Rußlands Baumwolle und auch Getreide wächst und wo Rußlands Gold gegraben wurde. Rußlands Eisenbahnen konnten nicht mehr fahren, weil die Türken nach Baku gingen, und Rußland hatte keine Schiffe mehr, weil die Deutschen und die Engländer sie gestohlen hatten. Dann hat man in diesem Lande noch einen Bürgerkrieg entfesselt und 380 000 Tschecho-Slowaken auf das arme russische Volk gehetzt. Das Volk konnte seine Arbeitskraft nicht mehr an die Maschinen und auf die Äcker bringen, sondern mußte eine neue Armee aufbauen, und während ein Land, umlagert von tausend Feinden und beraubt von allen Hilfsmitteln, in seiner entsetzlichen Not den brutalsten Kampf ums Dasein führt, haben bei uns die Mehrheitssozialisten noch den Mut, die Bolschewisten als Räuber und Mörder hinzustellen (Pfui-Rufe), Leute, die sich nicht darüber aufgeregt haben, daß das bürgerliche Finnland in drei Monaten 50 000 Proletarier gehenkt und erschossen hat, darunter fast sämtliche Landtagsabgeordnete. (Hört, hört!)

In den 10 Minuten, die ich hier sprechen darf, kann ich natürlich nicht alles sagen, was notwendig ist, möchte aber noch einmal betonen: lassen Sie sich nicht graulich

machen mit dem Bolschewismus, prüfen Sie selber nach, was er ist, und denken Sie daran, daß ebenso, wie er jetzt von entsetzlichen Feinden umlagert ist, die Feinde uns dasselbe Los bescheren können, wie den Russen, und wenn Sie sich überlegen, daß wir im März keine Nahrungsmittel und keine Rohstoffe mehr haben werden, werden Sie vielleicht auch daran glauben, daß der Arbeiter dazu schreitet, auch dem Bourgeois die Nahrungsmittel wegzunehmen, die er vielleicht noch hat, um sein Leben zu fristen — so steht es drüben in Rußland —, bis schließlich die Rätegewalt eine Diktatur, aber die Diktatur der ungeheuren Mehrzahl des produktiven Volkes über das unproduktive Volk errichtet. Und wenn wir sagen: jeder, der arbeitet, soll Brot und Recht haben, jeder aber, der ein Parasit ist und der der Ausbeutung anderer lebt, hat kein Recht im neuen Staate, so ist das die wahre Demokratie und keine Diktatur, wie es hier dargestellt wird.

Ich möchte mit einem Worte des Apostels Paulus schließen. (Lachen.) Sie wissen ja gar nicht, was der Apostel Paulus gesagt hat; vielleicht wird Ihnen das Lachen noch vergehen. Hier ist ja eine

administrativ gedrillte Mehrheit

vorhanden, die alles niederlacht oder niederklatscht, aber nicht mit dem Verstand arbeitet. (Widerspruch.) Sie wählen die Nationalversammlung, Sie lösen aber die Probleme nicht; das deutsche Volk wird aber sagen, wie der Apostel Paulus sagte: Seht zu, daß ihr warm oder kalt sein werdet und nicht lau, auf daß ich euch nicht ausspeien müßte aus meinem Munde. (Lebhafter Beifall bei einer Minderheit und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Der Genosse Heckert sagte, hier wäre eine administrativ gedrillte Mehrheit vorhanden. Ich möchte dagegen Verwahrung einlegen, daß die Delegierten irgendeiner Fraktion mit einer solchen Bezeichnung belegt werden.

Es ist noch folgender

Antrag Laufenberg

eingelaufen:

Zur Herbeiführung einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung ist eine Einigung der sozialdemokratischen Massen notwendig. Voraussetzung dazu ist das Abtreten aller kompromittierten Führer (Sehr richtig!), **die sich gegen das arbeitende Volk, gegen die Verwirklichung der revolutionären sozialistischen Ideen durch ihre Kriegspolitik, durch ihre Kompromisse mit Militaristen und Kapitalisten, durch ihre Kämpfe gegen die revolutionäre Erhebung der Massen während des Krieges auf das schwerste versündigt haben.**

Der Antrag steht mit zur Beratung.

Henseling (II. Armee):

Ich spreche hier im Namen jener Truppen, die in diesem Augenblick noch im Rückmarsch oder in der Demobilisation begriffen sind. In dieser für die Vertrauensleute und die hierher Delegierten dieser Truppen in mancher Hinsicht besonders schwierigen Zeit haben wir das Menschenmögliche versucht, um über die Verhältnisse, wie sie wirklich sind, über die Probleme, wie sie in ihrem Kern beschaffen sind, und über die Möglichkeiten, die tatsächlich bestehen, die nötige Klarheit unter den jetzigen Umständen zu gewinnen. Ich bin tief davon überzeugt, daß alle anwesenden Kameraden mit tiefster Hochachtung gehört haben, wie hier der Korreferent Dännig gesagt hat: Wir sind nicht so blind, wie viele hier im Hause meinen. Aber ich erkläre, unsere Einsicht zwingt uns in diesem Augenblick, dem beizutreten, was der Referent Cohen hier ausgeführt hat, und mit ihm die Konsequenzen zu ziehen, die er gezogen hat. Auch wir glauben darüber hinaus: Es ist ein **tiefes geschichtliches Recht in den Arbeiterräten**, in dem Sinne, wie

es hier der Korreferent Dännig ausgeführt hat. Wir sind tief davon überzeugt, daß ein solches geschichtliches Recht nicht tot gemacht werden kann, auch nicht durch die Regie, wie hier immer wieder behauptet wird, und wir sind überzeugt, diejenigen, denen man diese Regie vorwirft, sind nicht so blind, das nicht zu wissen.

Wie sehen wir nun **die wirkliche Lage** an? Alle unsere Hilfsquellen sind erschöpft, der Zustand und die Aussichten unseres Geldwesens sind unübersehbar. Unser Kredit auf dem Geldmarkt sinkt mit jedem Tage, den der gegenwärtige verworrene Zustand andauert. Wenn nicht alle zur Ordnung im Lande aus allen Kräften helfen, so bricht unsere Ernährung, unsere Wirtschaft in sich zusammen. Elend, wie es die Welt noch kaum sah, steht auf der Schwelle, denn der Feind ist an den Toren, der mit Freuden den ersten Vorwand ergreifen wird, um einzurücken, ein Feind, der in den erpreßten Waffenstillstandsbedingungen ein furchtbares Instrument in der Hand hat, gegen dessen Eingriffe nur strengste Selbstzucht des ganzen Volkes uns sichern kann. Wenn der Feind kommt und das Land besetzt, dann ist alles, was jetzt erreicht ist, — denn dieser siegreiche Feind glaubt kein Interesse daran zu haben, daß der deutsche Freiheitsstaat seinen gesunden sozialistischen Ausbau vollendet —, die **Hoffnung auf die Weltrevolution ein Traum.** (Hört, hört!) Wer den großen Massen heute die Hoffnung als erstes vorspiegelt, ist ein Phantast oder ein Verbrecher.

Volksgenossen und Kameraden! Die Leidenschaftlichkeit unserer Verhandlungen macht es schwer, dem ungeheueren Ernst dieser Stunde sachlich gerecht zu werden. Nie wurde Großes ohne Leidenschaft geschaffen, und vielleicht wäre es besser gewesen, am Anfang dieser Tagung hätte nicht ein Bierabend bei Bötzow gestanden, sondern wir hätten statt dessen im Deutschen Theater eine der leidenschaftlichsten Dichtungen erlebt. Dort wurde Tolstois „Und das Licht scheint in der Finsternis" gegeben. **Der Geist Tolstois**, ein flammendes, überwältigendes Bekenntnis zur Wahrheit, Menschlichkeit und Verantwortlichkeit, wäre diesem Hause eine bessere Leitung gewesen als Ledebour und seine Freunde, die uns, zumal in diesen Tagen, so oft glaubten zur Ordnung rufen zu sollen. (Lebhaftes Bravo!)

Es ist hier im Hause eine **Flugschrift vom Spartakus-Bund** ausgeteilt worden; ich finde darin folgenden Absatz:

> Die Proletariermassen müssen lernen, aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionszweck stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern dieses Prozesses zu werden. Sie müssen das Verantwortungsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit erwerben, die allein Besitzerin alles gesellschaftlichen Reichtums ist. Sie müssen freilich höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber, Disziplin ohne Joch, Ordnung ohne Herrschaft entfalten. Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin, wahrer Bürgersinn der Massen sind für die sozialistische Gesellschaft die moralischen Grundlagen.

Ja, das glauben wir auch. Aber die **Kriegsjahre** haben uns in dieser entscheidenden Frage eine **fürchterliche Erbschaft** hinterlassen, die die neue Freiheit vergiftet wie nichts anderes. Das ist der Geist der allgemeinen Verlogenheit, des öffentlichen Betruges. Ich erinnere nur an die Zustände im Verpflegungswesen. Keiner hat sich dem entziehen können. Jeder dachte schließlich nur an sich, mochte es mit dem Ganzen gehen, wie es wollte. Ja, glaubt denn irgendein Mensch, daß dieser Geist von heute auf morgen verschwunden sei? Erleben wir nicht den demonstrativen Gegenbeweis hier im Hause alltäglich? Dazu kommt, daß Hunderttausende nicht mehr arbeiten können, physisch nicht oder weil sie es verlernt haben, und daß Hunderttausende nicht mehr arbeiten wollen.

Volksgenossen und Kameraden, dieses Heft des Spartakusbundes schließt mit der Wendung:

> In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust. (Bravo!)

Volksgenossen und Kameraden, wir sehen die größte Gefahr für die neue Freiheit nicht in gewaltsamen Versuchen von der einen oder von der andern Seite. Jeder im Lande und ich als Mitglied des Soldatenrats bei der Obersten Heeresleitung darf Ihnen versichern: von den Leuten, die im Offizierskorps überhaupt noch ihre fünf Sinne beisammen haben, weiß heute jeder, daß gegen den Willen der großen Volksmasse zur Sozialisierung nichts, gar nichts auszurichten ist, solange die Masse einig bleibt und die Ordnung zu sichern vermag. Wir sehen die größte Gefahr in **Blindheit und Stumpfsinn des Spießbürgers** und in blinder Leidenschaftlichkeit von Idealisten. Ohne die Nationalversammlung, die allein den Willen der Volksgesamtheit darstellt, ohne die schnellste Einberufung der Nationalversammlung ist überhaupt keine Rettung unseres selbständigen staatlichen Daseins mehr. Wahrheit und Freiheit können nur gesichert werden durch Ordnung, Arbeit, Selbstzucht, durch wahrhaft gleiche Teilnahme aller Volksgenossen am Ganzen in der Nationalversammlung. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Lansenberg-Hamburg:

Kameraden und Genossen! Als vorhin der Antrag, der meinen Namen trägt, verlesen wurde, fiel hier im Saale das Wort: Das sieht ihm ähnlich. Ich möchte nur bemerken, daß ich den Antrag unterschrieben habe als Vorsitzender einer Fraktion, um dem Antrag die Möglichkeit zu geben, hier beraten zu werden. Wie Sie wissen, müssen Anträge den Namen der Fraktionsvorsitzenden tragen; sonst kommen sie hier im Saale überhaupt nicht zur Beratung.

Ich möchte mich mit einigen Worten zunächst den Ausführungen des Genossen Cohen zuwenden. In den Ausführungen des Genossen Cohen haben die Bemerkungen über den **russischen Bolschewismus** einen breiten Raum eingenommen. Der Genosse Cohen meinte, daß der russische Bolschewismus mit Marx nichts zu tun habe. Man könnte dem Genossen Cohen die Bemerkung zurückgeben und ihm sagen, daß seine eigenen Ausführungen gleichfalls mit Marx nichts zu schaffen haben. (Sehr richtig!) Der Kollege Cohen meinte, der russische Bolschewismus habe den Sozialismus diskreditiert. Der russische Bolschewismus ist, wie immer man darüber denken mag, eine **große politische Erscheinung**, und solche Erscheinungen wollen erklärt und nicht verurteilt werden. Die Beweisführung, die der Genosse Cohen hier angewandt hat, kann gegen jede große politische Erscheinung ins Feld geführt werden, auch gegen diejenige politische Richtung, die der Genosse Cohen selber vertritt. Genossen, der russische Bolschewismus hat zweifelsohne Kampfmethoden, die in deutsche Verhältnisse nicht passen. Ich will hier auf den Unterschied zwischen den deutschen und den russischen Verhältnissen nicht eingehen; das würde zu weit führen. An und für sich steht die Tatsache ohne weiteres fest, daß die russischen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht die deutschen sind, und daß infolgedessen für Osteuropa ganz andere Kampfmethoden in Frage und auf dem Spiele stehen, als für Zentraleuropa. Wenn die Bemerkungen gegenüber dem russischen Bolschewismus nichts anderes bezwecken, als diese Verschiedenheit der Kampfbedingungen anzuzeigen und festzustellen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn aber die Bemerkungen über den Bolschewismus dazu dienen sollen und häufig dazu dienen, einen Popanz zu reaktionären innerpolitischen

Zwecken in Deutschland selbst abzugeben, dann ist gegen diese Methode aufs allerschärfste Einspruch zu erheben. (Sehr richtig!)

Ich wende mich nun dem Tagesordnungspunkt zu. Die Frage, ob Nationalversammlung oder Rätesystem, ist ja eigentlich schon durch den Antrag Severing erledigt, den Sie gestern angenommen haben, einen Antrag, in dem Sie sich klar und deutlich bereits für die Nationalversammlung ausgesprochen haben. An und für sich ist es ein Widerspruch, wenn dem Proletariat zugemutet wird, die **politische Macht** aus der Hand zu geben, ehe es sie überhaupt ausgeübt hat. Die Nationalversammlung wirft jedenfalls die Frage auf, ob die politische Macht, die die Arbeiterklasse durch die Revolution errungen hat, nun auch in den Händen der Arbeiterklasse bleibt, ob das Errungene der Arbeiterklasse erhalten bleiben soll. Tatsache ist jedenfalls, daß wir die politische Gewalt bis heute nicht haben. Wir haben hier in Berlin zwei Regierungen, zwei Regierungskörper gehabt, und wir haben in dem eigentlichen Regierungskörper eine große Anzahl bürgerlicher Mitglieder. Tatsache ist jedenfalls, daß das Proletariat die politische Gewalt in Deutschland nicht in vollem Umfange in Händen hat, und der Kongreß hat ja auch bis zum Augenblick noch nicht gezeigt, daß er überhaupt willens ist, die politische Gewalt in vollem Umfange zu ergreifen. (Zuruf: Doch!) — Nein, Genossen, das haben Sie bis heute nicht beschlossen; das hätten Sie allerdings beschließen müssen, sobald der Kongreß zusammengetreten war.

Nach der Auffassung des Genossen Cohen sollen die Arbeiter- und Soldatenräte an den Zentralstellen verschwinden. Genossen, ich frage: Was bleibt dann der Arbeiterklasse von der vollzogenen Revolution erhalten? Verschwinden der Arbeiter- und Soldatenräte an der Zentralstelle, dann entsteht zweifellos die Gefahr, daß auch **den Arbeiter- und Soldatenräten im Reiche**, mit Ausnahme vielleicht ganz weniger Orte, **das Rückgrat gebrochen** wird. Es rächen sich eben im jetzigen Augenblicke die Fehler, die die Berliner Genossen hier gemacht haben, als der Soldatenrat sich nicht gleich im ersten Augenblicke anschickte, die politische Gewalt zu ergreifen, als er nicht daran ging, sofort einen Rätekongreß zu berufen und das Rätesystem über ganz Deutschland auszubauen. Wenn der Vollzugsrat hier in Berlin diesen Schritt getan, wenn er eine konsolidierte Verfassung auf der Grundlage des Rätesystems im ersten Augenblicke geschaffen und damit eine zentrale, feste Regierungsgewalt eingeführt hätte, dann hätten wir die ganze Frage, über die wir jetzt debattieren, nicht; dann wäre die Frage der Verfassung in Deutschland vom ersten Augenblicke an durch die Revolution und im Sinne der Revolution entschieden gewesen. Wir würden dann auch nicht die Frage haben, inwieweit die Entente in die deutschen Verhältnisse eingreifen kann. Die Möglichkeit der Revolution in den Ententeländern würde anders sein, als im jetzigen Augenblick.

Genossen, es liegt in der Zukunft, ob wir auf dieses Rätesystem so, wie es der Antrag Dännig will, zurückgreifen können oder nicht. Jedenfalls sind die Dinge jetzt im Augenblick so, daß die Nationalversammlung kommt, und daß wir uns auf diese Tatsache einrichten müssen. Die Frage ist nur, **was die Nationalversammlung leisten kann**. Sie wird uns eine Sicherung der Demokratie bringen, die ein Rätekongreß am Anfange der Revolution in der gleichen Weise hätte bringen können. Sie wird ein gutes Stück Sozialismus bringen, weil das jetzige Chaos sich überhaupt nicht wieder auflösen läßt, wenn nicht ein gutes Stück Sozialismus geschaffen wird. Genossen, das hätte aber der Rätekongreß zweifellos

ebenso gut und vielleicht besser gekonnt als die Nationalversammlung. Dann aber, Genossen, werden die Leistungen, die die Nationalversammlung bringt, erschöpft sein.

Der Genosse Cohen sagte, es genüge, wenn das deutsche Volk sich für die **Sozialisierung** ausspreche. Der Genosse Cohen ist sehr optimistisch. Ich fürchte, daß das genügt. Denn wir werden zwar in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Sozialisierung bekommen, aber ob das eine sozialistische Mehrheit sein wird, das ist ja eine ganz andere Frage. Es gibt heute Dutzende von Gesellschaftsgruppen, die das Wort Sozialisierung gebrauchen und die darunter etwas ganz anderes verstehen, und wir werden in der Nationalversammlung einen wilden Kampf dieser Sozialisierungsgruppen untereinander und miteinander bekommen. Wie die Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung ausschauen werden, davon weiß heute niemand etwas.

Genossen, ich wollte nun mit einigen Worten auf die **Wahltaktik** zu sprechen kommen; ich kann es aber nicht mehr. Das eine allerdings möchte ich noch betonen, daß auch ich der Meinung bin, daß der Wahlkampf, der nun geführt werden muß, mit möglichster Geschlossenheit, mit möglichster Einigkeit geführt wird (Bravo!) um so mehr, als instinktiv aus der Masse heraus das Drängen hervorbricht, über die jetzigen Fraktionsdifferenzen und Fraktionsstreitigkeiten hinweg zu einer neuen, geschlossenen Kampffront, zu einer neuen Arbeitereinheit zu kommen. (Lebhafter Beifall.)

Flügel-Berlin:

Meine Herren, die **demokratische Fraktion** dieses Hauses hat mich beauftragt, Ihnen zu erklären, daß wir **geschlossen hinter den Errungenschaften der Revolution** stehen. Wir wollen diese Errungenschaften nicht bloß erhalten wissen, sondern wir sind bereit, an ihrer Weiterentwicklung mitzuarbeiten mit all unseren Kräften und all unsern Mitteln an einer Weiterentwicklung nicht in nervöser, übereilter Hast, sondern an einer zielsicheren stetigen, organischen Weiterentwicklung.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen auch wir ein freudiges Bekenntnis zur Nationalversammlung ablegen.

Warum brauchen wir die Nationalversammlung? Wir brauchen die Nationalversammlung, weil unser armes, aus tausend Wunden blutendes deutsches Volk den Frieden braucht. Wir alle oder doch die meisten sind der Meinung, daß uns dieser Frieden nicht gegeben wird, wenn unsere Feinde mit einer auf dem Rätesystem beruhenden Regierung verhandeln sollen. Blicken Sie hin in die Lande, die von den Franzosen besetzt sind. Was geschieht dort? Das erste ist: die A.- und S.-Räte werden aufgehoben. (Zuruf: Schwindel!) Blicken Sie hinein nach Rußland, wo die Entente gegenwärtig einen heftigen Kampf führt gegen die russische Regierung, die sich auf dem Rätesystem aufbaut. (Zuruf: Aus kapitalistischem Interesse!) — Aus welchem Interesse die Entente das tut, ist für den Endeffekt ihrer Handlungsweise gleichgültig. (Widerspruch.) Wir brauchen also, und mögen wir uns noch so sehr gegen die eherne Logik dieses Satzes wenden, die Nationalversammlung, weil unser deutsches Volk den Frieden braucht.

Wir brauchen die Nationalversammlung, weil wir **Brot** brauchen. Als die Waffenstillstandsverhandlungen abgeschlossen waren, da hörten wir, unser hungerndes Volk solle Brot bekommen. Die Botschaft hörten wir wohl, aber wir haben noch nicht gesehen, daß diese Botschaft uns nun auch das Brot schaffte, das wir brauchen. Wir brauchen die Nationalversammlung, weil wir den

Frieden brauchen, und wir brauchen den Frieden, weil wir Brot brauchen.

Wir brauchen aber auch die Nationalversammlung und damit den Frieden, weil wir **Arbeit** brauchen. Noch liegt der eherne Ring der Blockade vor unsern Toren, noch können wir weder Rohstoffe importieren, noch Fertigfabrikate als Ergebnis unserer Arbeit exportieren. Die Folge ist, daß unsere Industrien veröden, daß unsere Arbeiter zu Tausenden auf die Straße gehen müssen. Und der Einzelne? — Wer wollte in dieser Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit es wagen, sich eine Existenz zu begründen, wo er nicht weiß, ob sie ihm morgen oder übermorgen unter den Füßen entgleitet! Wir brauchen die Nationalversammlung, weil wir Arbeit brauchen für unser deutsches Volk, um unser Brot nicht von den Gnaden unserer Gegner zu empfangen, sondern um es selbst zu erwerben.

Wir brauchen die Nationalversammlung, denn wir brauchen die **Freiheit**. Sie werden mir sagen, die Freiheit hätten wir schon. Ja, meine Herren, aber steht sie nicht zu einem großen Teil auf dem Papier? Es ist hier viel geredet worden von konterrevolutionären Bestrebungen aus reaktionären Kreisen. Meine Herren, wir verurteilen diese reaktionären Bestrebungen, und auch wir werden alles tun, um ihnen zu begegnen. Wir stehen nicht bloß mit unserem Geist, wir stehen auch mit unserm Leib zur Verfügung, wenn es gilt, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten. Wie wir uns gegen die konterrevolutionären Bestrebungen von rechts wenden, wenden wir uns gegen die Anarchie von links. (Sehr richtig und Bravo!) In einem geordneten modernen Parlament ist es nicht möglich oder sollte wenigstens nicht möglich sein, daß von außen her versucht wird, den Willen derer, die gegenwärtig über die Geschicke des Volkes zu bestimmen haben, durch Machtmittel zu beeinträchtigen und zu gefährden. Meine Herren, wer wie ich, den Tod in seinen tausenderlei Gestalten gesehen hat, bei wem er wie bei mir hundertmal vorübergegangen ist, um mich letzten Endes doch noch sehr erheblich zu streifen, der fürchtet solche Dinge nicht; der läßt sich in seinen Entschlüssen und Beschlüssen **nicht durch außenstehende Gewalten** beeinflussen, sondern faßt seine Entschlüsse und Beschlüsse lediglich auf Grund dessen, was ihm sein Gewissen, sein Verantwortungsgefühl, seine Überzeugung und seine Einsicht vorschreiben. (Sehr richtig und Bravo!) Darum müssen wir aus demokratischer Überlegung solche Einwirkungen von außen abweisen.

Wir brauchen die Nationalversammlung, denn wir brauchen das **Recht**. Gewiß ist es so, daß jede Revolution neues Recht schafft; aber verkennen wir doch nicht, daß das Recht aus der Revolution ein Recht ist, das auf der Macht beruht. Dies ungeschriebene Recht hat gewiß seine Geltung in einer Übergangszeit; aber es muß möglichst bald verankert werden in dem Grundgesetz unseres Volkes. (Glocke des Vorsitzenden.) — Ich will nur noch einen Satz hinzufügen. — Wir brauchen die Nationalversammlung **so früh wie möglich** und keine Minute zu spät, denn jede Minute zu spät wäre eine Versündigung an unserem Volk. Darum bitte ich Sie, dem deutschen Volke als Weihnachtsgabe die Nationalversammlung zum 19. Januar auf den Tisch zu legen.

Vorsitzender Leinert:

Wir lassen jetzt die Mittagspause eintreten. Ich habe zunächst noch folgende Mitteilungen zu machen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat für den Regierungsbezirk Merseburg schreibt, daß er 500 Exemplare eines Antrages übersandt hat, den Wahltermin für die Nationalversammlung auf den 16. März 1919 festzusetzen. Ich bemerke dazu, daß dieser Antrag als Antrag Nr. 11 den Delegierten des Kongresses zugegangen ist.

Genosse **Molkenbuhr** hat mir folgende **Erklärung** übergeben:

247

Zur Aufklärung des hier wiederholt angeschnittenen Punktes, die „Gelder des Vollzugsrats", habe ich folgendes auszuführen:

Die dem Vollzugsrat durch Ettisch zugeführten

450 000 Schweizer Franken

sind bei einer Durchsuchung des Schlosses nach verdächtigen Personen am 11. November durch **mich selbst** einem Manne, der vorgab, Bücher in dem Paket zu haben und im Schlosse zu wohnen, abgenommen und dem Ettisch zwecks Abführung an den Vollzugsrat übergeben worden. Für diese Darstellung liegen genügend Beweise vor, so die Untersuchungsakten bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I in Sachen Ettisch.

Felix Siewert
Rodenbergstraße 37.

Ferner zu der Erklärung aus dem Generalstab und der Herren Heilbronn und Seuwen:

Es ist mir im Bewußtsein, daß ich einem Kameraden am 9. November des Abends, der bereits das Generalstabsgebäude besetzt und den gesamten technischen Apparat in Tätigkeit gehalten hatte, eine Vollmacht hierzu ausgestellt habe. Daß hierbei eine Summe beschlagnahmt wurde, war mir bis zu der Verlesung der Erklärung nicht bekannt.

Emil Barth.

Dann weiter eine Erklärung:

Indem ich mich der Erklärung des Genossen Barth anschließe, stelle ich fest: es war mir gleichfalls bisher nicht bekannt, daß die betreffende Summe bei jener Gelegenheit im Generalstabsgebäude beschlagnahmt worden war.

Ledebour.

Ferner ist ein Telegramm vom Soldatenrat des **Generalkommandos des VII. Armeekorps** eingegangen:

Der Soldatenrat des Generalkommandos VII. A. K. erhebt entschieden Protest gegen die Ausführungen von Heckert (Chemnitz) in der Dienstagssitzung. Der Soldatenrat hat vom ersten

248

Augenblick an im Sinne der Regierung Ebert-Haase gearbeitet. **Geheimberichte** existieren nicht. Der ganze Geschäftsbetrieb untersteht nach wie vor unserer Kontrolle.

Voltmann (Vorsitzender),
Bernoth, Brandtschmidt, Woermann.

Es findet eine Delegiertenbesprechung der Ostfront in Saal 6, des Heimatheeres und der Marine im Ministersaal, der Westfront in Zimmer 41 a statt, gleich nach Eintritt der Mittagspause. Dieses wird von der Soldatenfraktion bekanntgegeben.

Dann ist eine Erklärung zur Verlesung hier eingegangen:

Der Genosse Däumig hat behauptet, daß der **Soldatenrat der X. Armee ein Flugblatt**, betitelt „Kameraden", zurückgewiesen habe.

Die Delegierten der X. Armee legen Wert darauf, festzustellen, daß hier dem Genossen Däumig ein Irrtum unterlaufen ist. Dieses Flugblatt ist im Bereich der X. Armee verbreitet und agitatorisch benutzt worden. Es liegt also eine Verwechslung mit einer andern Armee vor.

Methner, Lambrecht, Kohl.

Die Sitzung der geeinten revolutionären Arbeiter und Soldaten im Saal 17 findet um 2½ Uhr statt. Ich möchte aber bemerken, daß ich jetzt vorschlagen will, daß wir die Nachmittagssitzung nicht um 3 Uhr, sondern um ½3 Uhr beginnen. Es besteht der Wunsch der Fraktionen, daß die Sitzungen heute beendet werden möchten. (Bravo.) Aus diesem Grunde schlage ich vor, die Mittagspause um eine halbe Stunde zu verkürzen. Dann würde die Sitzung der vereinten Arbeiter und Soldaten um 2 Uhr stattfinden.

Ich mache dann darauf aufmerksam, daß Fahrscheine zur Rückfahrt der Delegierten schon jetzt in Saal 7 ausgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen; um ½3 Uhr beginnt die Nachmittagssitzung.

---

8. Sitzung,

Donnerstag, den 19. Dezember 1918, nachmittags.

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Es ist ein

Telegramm aus Münster

in Westfalen eingegangen mit folgendem Wortlaut:

Nach Zeitungsnachrichten über die Reichskonferenz soll durch Verfügung des **VII. Armeekorps Auflösung der A.- und S.-Räte** befohlen sein. Fragliche Verfügung ist lediglich eine Weitergabe im Wortlaut der von der Obersten Heeresleitung übermittelten Bedingungen für Besetzung der neutralen Zone und auf diese beschränkt. Bekanntgabe erfolgte im Einvernehmen und gegengezeichnet vom Generalsoldatenrat, um die A.- und S.-Räte vor Verhaftung durch die Entente in neutraler Zone zu bewahren. Geheimberichte der Oberbürgermeister, Landräte und Polizeipräsidenten über A.- und S.-Räte sind im Korpsbezirk nicht angeordnet. Nur ist vom Stellvertretenden Generalkommando am 16. 11. im Benehmen mit dem Generalsoldatenrat ein einmaliger offener Bericht über Zusammenarbeit der Soldatenräte mit den Behörden eingefordert, um reibungslose Mitwirkung der Soldatenräte zu sichern.

Gez. v. Woyna, Generalleutnant,
für den Soldatenrat
gez. Ruckes, Blume, Voß.

Dann ist mir von der **Siebenerkommission der Groß-Berliner Soldatenräte** folgendes Schreiben überreicht worden:

An das Präsidium des Allgemeinen Kongresses der A.- und S.-Räte Deutschlands, zu Händen des Herrn Leinert

Hier
Abgeordnetenhaus.

Zu der in der heutigen Vormittagssitzung von den Gen. Richard Müller, Mollenbuhr und Maynz abgegebenen Erklärung, wonach „dem Vollzugsrat vollständig neu sei, daß die 450 000 bezw. 600 000 Frs. dem Generalstabe gehört haben sollen", haben wir folgendes zu erklären:

Die unterzeichnete Siebenerkommission ist am 28. November in einer Vollsitzung der Groß-Berliner Soldatenräte zur Untersuchung der gegen die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrates erhobenen Vorwürfe eingesetzt worden.

Dieser Kommission ist am 29. November nachmittags ein Schreiben des Soldatenrats des Stellvertretenden Generalstabs zugegangen, mit folgendem Inhalt:

„Am 9. 11. erschien ein Curt Delle, legitimiert durch die Abgg. Ledebour und Barth, mit einem Trupp Soldaten im Generalstab, besetzte diesen und beschlagnahmte u. a. einige Wertbriefe, die 600 000 Frs. enthielten. Diese Summe oder ein Teil davon wurde am nächsten Tage einem Herrn **Ettisch** übergeben, der sich damals im Sicherheitsausschuß befand. Der Delegierte des Soldatenrats Heilbronn versuchte, Herrn Ettisch zu bestimmen, die Summe bei der Reichsbank für Rechnung des Auswärtigen Amts zu deponieren, da dieser Behörde das Geld gehörte. Statt dessen gelangte das Geld in die Hände des Vollzugsausschusses."

Diese Mitteilung ist dem Vollzugsrat am 1. Dezember durch uns zugestellt worden, am 3. Dezember hat der Vollzugsrat den Empfang bestätigt und durch den unterzeichneten Richard Müller geantwortet, daß „die Erledigung" unseres Schreibens „dem Ausschuß für interne Angelegenheiten übertragen worden sei. Soweit er (Richard Müller) persönlich diese Sache zu überblicken vermöge, habe der Vollzugsrat mit den 600 000 Frs. nichts zu tun."

Am 4. Dezember 1918 ist auf einen durch den Genossen Maynz dem unterzeichneten Obmann gegenüber geäußerten Wunsch das Schreiben des oben angeführten A.- und S.-Rates des stellv. Generalstabes in der Angelegenheit vollinhaltlich mitgeteilt worden. Die erforderlichen Unterlagen sind dieser Erklärung in Abschrift beigefügt.

Siebener-Kommission der Groß-Berliner Soldatenräte,
J. A.: (gez.) Stoll, Obmann. (gez.) Dr. Corny.

Diesem Schreiben sind vier Anlagen beigefügt. Diese Anlagen will ich aber nicht verlesen, da sie sich in den Händen des Vollzugsrats oder des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats befinden. Dieses Schreiben mit den Anlagen, die nur Abschriften eines Schriftwechsels sind, gehen zu Protokoll.*)

Dann ist von der Mandatsprüfungskommission mitgeteilt worden, daß die **Diäten** bis zum heutigen Donnerstag, also für 4 Tage berechnet worden sind. Dazu kommen noch zwei Reisetage. Die Genossen vom Niederrhein, die ihre Diäten erhoben haben, werden ersucht, sich zur Aufklärung eines Irrtums beim Genossen Bühler in Zimmer 56 zu melden.

Sodann ist mir ein Schriftstück ohne Unterschrift zugegangen:

> Für die Mitglieder, die am Sonntag in Berlin anwesend waren, wird der Sonntag als Anwesenheitstag gezählt. Eine Begrenzung der Zahl der Reisetage nach oben findet nicht statt.

Es ist auch vom Kongreß nicht beschlossen, daß eine Begrenzung der Zahl der Reisetage stattfinden soll, da bekannt gegeben wurde, daß einige Mitglieder des Kongresses aus dem Rheinland insbesondere nicht allein durch Deutschland, sondern auch über Holland fahren mußten. Im übrigen glaube ich, daß die Diätenfrage damit vollständig geklärt ist.

Es ist mir soeben weiter erklärt worden, daß einige Delegierte im Irrtum darüber sind, wie das Reisegeld berechnet wird. Es ist im allgemeinen angenommen worden, daß die Delegierten auf Fahrscheine, die ihnen in der Heimat ausgestellt worden sind, gefahren sind. Das ist aber nicht überall der Fall. Diejenigen, die Fahrgeld zu berechnen haben, müssen natürlich auch das Fahrgeld ersetzt bekommen, aber nur von der Heimat nach hier. Außerdem haben die Vorstände der Fraktionen beschlossen, daß der Sonntag als der Anfangstag mit berechnet wird. Diejenigen, die am Sonnabend gefahren sind, haben also zwei Tage zu berechnen. Die Auszahlung muß also in der Weise erfolgen, daß auch der Sonntag mit als Sitzungstag berechnet wird. Wenn die Mandatsprüfungskommission anders verfahren ist, so würde sie nicht richtig verfahren sein.

Die Rückfahrscheine sollen nicht von jedem Einzelnen abgeholt werden, sondern sollen von dem Obmann der Landsmannschaft oder von bestimmten Gruppen abgeholt werden, damit sie den Delegierten ausgehändigt werden. Es soll also nicht jeder Einzelne sich seinen Fahrschein abholen.

Die Kassenverhältnisse des Vollzugsrats.

Mir ist dann weiter eine **Erklärung des Kassierers** und des Internen Ausschusses des **Vollzugsrats Berlin** übergeben worden, welche lautet:

> Für den Kongreß sind durch den Rat der Volksbeauftragten zur Verfügung gestellt worden 100 000 Mk. Hiervon sind im Einverständnis mit dem Kabinett als Höchstbetrag für Diäten reserviert für 500 Delegierte und 6 Tage zu 30 M.: 90 000 M., ferner für Theater 5000 M., das sind 95 000 M., sodaß für sämtliche sonstigen Ausgaben des Kongresses nur 5000 M. verbleiben. Diese Summe ist viel zu niedrig. Der Vollzugsrat hat auch bereits über 16 000 M. für den Kongreß aus seinem Kassenbestande vorgelegt. Dem Rate der Volksbeauftragten ist durch ein Schreiben vom 14. ds. Mts. mitgeteilt worden, daß der Vollzugsrat seine letzten Mittel verausgabt habe, da die laut Rechnung hiervon noch vorhandenen Mittel für rückständige Löhne usw. verfügbar bleiben mußten und inzwischen auch restlos verbraucht worden sind. Trotz dieses Notschreies und trotz der bisher eingereichten 4 Haushaltungsvorschläge hat der Rat der Volksbeauftragten es bisher nicht für notwendig gehalten, dem Vollzugsrat wenigstens einen Vorschuß zur Verfügung zu stellen. Da auch alle weiteren Bitten und Bemühungen, wenigstens die allernotwendigsten Mittel in die Hand zu bekommen, vom Rat der Volksbeauftragten ingnoriert oder mit immer neuen Ausflüchten beantwortet wurden, sieht sich der Kassierer und der Interne Ausschuß des Vollzugsrats gezwungen, hierdurch zu erklären, daß die Verantwortung für eine ordnungsmäßige Weiterführung sowohl der Geschäfte des Vollzugsrats als auch der des Kongresses abgelehnt werden muß.
>
> Wir erheben hierdurch ferner den **schärfsten Protest** gegen die **Verschleppung dieser Angelegenheit durch den Rat der Volksbeauftragten.**
>
> Der Kassierer und der Interne Ausschuß des Vollzugsrats
> Mayntz, Gierth, Lewin, Trippe.

Ich werde Veranlassung nehmen, diese Erklärung dem Rate der Volksbeauftragten mit dem Ersuchen, Geld zur Verfügung zu stellen, zu übermitteln.

Es ist mir eine Richtigstellung zugegangen über einen Bericht des „Vorwärts" über die Rede des Genossen Ebert. Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß wir hier auf dem Kongreß Richtigstellungen der Presse vornehmen können. Ich will aber diese Erklärung dem Protokoll beifügen, so daß sie diejenigen,

*) Die Anlagen befinden sich in Abschrift im Abschnitt: **Anlagen.**

die das Protokoll lesen, zur Kenntnis kommt. Aber vorlesen können wir Richtigstellungen für die Presse nicht. (Siehe Anlagen.)

Auf die Erklärung des Kassierers, die ich soeben verlesen habe, wird der Volksbeauftragte Landsberg antworten.

Es ist eine Anfrage eingegangen, ob gedruckte Protokolle herausgegeben werden, und ob sie versandt werden, oder ob sie abgeholt werden sollen. Darüber wird in den Zeitungen Mitteilung gemacht werden.

Dann ist angefragt worden, ob den Delegierten bekannt gegeben werden kann, wie die Züge von den Berliner Bahnhöfen abfahren. Ich bin dazu nicht in der Lage. Vielleicht kann aber jemand vom Vollzugsrat sich mit der Linienkommandantur in Verbindung setzen, damit hier ein Verzeichnis der abfahrenden Züge ausgelegt wird. (Zuruf.) — Es wird also hier ein Verzeichnis ausgelegt werden; die Sache ist bereits besorgt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gleich an die Delegierten die dringende Bitte richten, nicht **vor Schluß des Kongresses** abzureisen, (sehr richtig!) da es sicherlich keinen angenehmen Eindruck machen würde, wenn wir am Schlusse des Kongresses nicht mehr vollzählig versammelt sein würden.

Dann ist mir noch eine **Erklärung** zu dem Telegramm zugegangen.

> Zu dem heute mittag vom **Soldatenrat des VII. A. K.** eingetroffenen und vom Präsidenten verlesenen Telegramm gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:
>
> Im Korpsverordnungsblatt des VII. A. K. vom Dezember 1918 wird unter dem Datum vom 30. 11. 18 eine Verfügung des früheren, inzwischen aufgelösten Generalkommandos des VII. A. K. erneut zur Kenntnis und Befolgung veröffentlicht.
>
> Die Verfügung ist aus dem September 1918 (also vor der Revolution) und besagt, daß über alle Vorkommnisse, über **Arbeiterunruhen, Streiks** usw. durch die Landratsämter, Polizeibehörden sofort telephonisch oder telegraphisch **zu berichten** ist.
>
> Als Erklärung zu dieser erneuten Anordnung wurde angegeben, daß das Generalkommando des VII. A. K. täglich an die Regierung berichten müsse.
>
> Unterschrieben ist diese neue Verfügung durch den Generalsoldatenrat: i. A. Geselbracht,
> und das Generalkommando: v. Woyna.
>
> Danach ist die **Behauptung des Delegierten Heckert** durchaus richtig.
>
> Schliestedt, Remscheid.

Damit sind die Erklärungen beendet.

Genosse Landsberg bittet zunächst ums Wort über die

Kassenverhältnisse.

Volksbeauftragter Landsberg:

Genossen, ich möchte keine Zeit verstreichen lassen, ohne einige Bemerkungen zu dem Protest des Vollzugsrates von dieser Stelle aus zu machen. Ich halte es nicht für angebracht, in meine Erwiderung dieselbe Schärfe hineinzulegen, die der Protest des Vollzugsrates enthält. Ich will mich auf einige streng sachliche Bemerkungen beschränken.

Der Vollzugsrat macht uns den Vorwurf, daß er uns vier Haushaltsvoranschläge eingereicht habe und daß wir uns darauf einfach nicht rührten. Ich habe Ihnen gesagt, was es mit diesen Haushaltsvoranschlägen für eine Bewandtnis gehabt hat, daß sie vollkommen unbrauchbar gewesen sind und daß wir auf diese Voranschläge Zahlungen einfach nicht leisten konnten. Es ist aber nicht richtig, daß wir uns auf die Voranschläge nicht gerührt haben, sondern wir haben dem Vollzugsrat Fingerzeige dafür gegeben, wie er Voranschläge aufzustellen hat, wenn er von uns Zahlungen erhalten will.

Aber alle diese Dinge sind vollständig überholt durch folgendes: Heute, nachdem die Mittagspause eingetreten war, ist der Genosse Trippe als Vertreter des Vollzugsrats an mich herangetreten und hat gefragt, ob der Vollzugsrat auf eine größere Zahlung rechnen könnte; und darauf habe ich ihm im Namen des Rates der Volksbeauftragten erklärt: Verlassen Sie sich darauf, wir lassen Sie nicht im Stich, Sie bekommen das Geld, das Sie brauchen; **aber wir haben keinen Fonds**, wir müssen uns zunächst mit denjenigen Stellen, die die Finanzen des Reiches und des Staates verwalten, in Verbindung setzen;

ich stehe Ihnen aber dafür, daß wir Sie nicht im Stich lassen werden. — Das habe ich dem Genossen Trippe gesagt, als die Mittagspause eingetreten war, und unmittelbar nach Wiederaufnahme der Sitzung überfällt er uns mit dieser Erklärung, ohne daß er mit einen Ton von seiner Absicht gesagt hat, sie hier zur Sprache zu bringen. Ich überlasse es Ihrem Ermessen, zu beurteilen, ob bei dieser Sachlage im gegebenen Moment zu dem Protest des Vollzugsrates eine Veranlassung vorgelegen hat. Meiner Meinung nach ist diese Frage zu verneinen.

Vorsitzender Leinert:

Hierzu kann das Wort nicht mehr erteilt werden. (Widerspruch — Zurufe.) — Aber ich bitte, regen Sie sich doch nicht auf. Es ist eine schriftliche Erklärung abgegangen, und nun hat der Rat der Volksbeauftragten seine Erklärung abgegeben. Sollen wir denn nun über diese Sache debattieren, (Rufe: Nein!) die doch meiner Ansicht nach den Kongreß im allgemeinen sehr wenig berührt. (Zurufe und Unruhe.)

Zur Abgabe einer Erklärung hat das Wort der Gen. Trippe.

Vollzugsratsmitglied Trippe-Berlin:

Was der Volksbeauftragte Landsberg eben gesagt hat, stimmt, soweit es meine Person betrifft. Ich möchte aber dazu bemerken, daß ich ihn ausdrücklich gefragt hatte, ob er mir keine bestimmte Summe nennen könnte. Wir müssen doch wissen, wieviel Mittel wir zur Verfügung haben. Da wir nun aber seit vier Tagen immer unbestimmte Erklärungen bekommen, hat der Vollzugsrat bereits gestern abend den Beschluß gefaßt, diese Erklärung des Kassierers und des internen Ausschusses hier bekannt zu geben, weil der Vollzugsrat es einfach nicht mehr verantworten konnte, so weiter zu arbeiten. Ich habe also nichts weiter getan, als bei der Gelegenheit, die sich mir jetzt bot, den Auftrag auszuführen, den der Vollzugsrat mir erteilt hatte.

Vorsitzender Leinert:

Genosse Lipinski hat gebeten, namens der Fraktion der Unabhängigen eine geschäftsordnungsmäßige Erklärung abgeben zu dürfen. Ich weiß nicht, um was für eine geschäftliche Angelegenheit es sich handelt, will ihm aber das Wort erteilen, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, weil die Fraktion der Unabhängigen ihn dazu bestellt hat.

Parlamentarische Ueberwachung.

Auslegung des Antrags Lüdemann über die Befugnisse des Zentralrats.

Lipinski-Leipzig:

Arbeiter- und Soldatenräte! Sie haben gestern den

Antrag Lüdemann

und Gen. angenommen. Damit haben Sie eigentlich dem zweiten Punkt der Tagesordnung, über den wir augenblicklich noch beraten, vorgegriffen. Der von Ihnen angenommene Antrag gibt zu Mißdeutungen Anlaß. Er ist weder gedruckt, noch ist über ihn debattiert worden: es ist also gar nicht möglich, die Absicht des Antrages und seine Motive darzulegen.

In dem Antrage heißt es unter Nr. 1:

> Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweiten Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rate der Volksbeauftragten.

Hier wird also dem Rate der Volksbeauftragten die vollständige Exekutive und Gesetzgebung in die Hand gelegt. Dann heißt es aber in Nr. 2:

> Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts ausübt.

Die Frage ist nun, was unter **„parlamentarischer Überwachung"** zu verstehen ist. Die Klärung dieser Frage ist entscheidend für die Stellungnahme der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Man kann unter parlamentarischer Überwachung verstehen, daß der Vollzugsrat mit dem Rate der Volksbeauftragten Gesetze zu beschließen hat. Das ist unsere Auffassung. Oder soll der Wortlaut so aufgefaßt werden, daß der Vollzugsrat nur beratend dem Rate der Volksbeauftragten zur Seite steht? Parlamentarische Überwachung bedeutet nach dem Sprachgebrauch, der bis jetzt im parlamentarischen Leben üblich war, daß der Vollzugsrat gleichzustellen ist etwa einem Parlament, daß also der Rat der Volksbeauftragten diesem Parlament seine Gesetzesvorlagen zu unterbreiten hat, ebenso wie sein Finanzgebaren und seine Gesetzesvorlagen über die Finanzen. Es muß also klargestellt werden — und das ist entscheidend bei der Frage —, welche Stellung der Zentralrat einzunehmen hat, obgleich in dem Absatz 2 letzter Satz und Absatz 3 einige bestimmte Funktionen des Zentralrats festgelegt worden sind. Wir bitten also um eine Auskunft des Rates der Volksbeauftragten und des Kongresses, was unter parlamentarischer Überwachung zu verstehen ist.

Volksbeauftragter Haase:

Genossen! Der Rat der Volksbeauftragten versteht unter parlamentarischer Überwachung, daß alle Gesetzentwürfe dem Zentralrat vorgelegt und alle wichtigen Gesetzesvorlagen mit ihm beraten werden. Der Rat der Volksbeauftragten hält es für ganz ausgeschlossen, daß wegen dieser Regelung Zerwürfnisse zwischen ihm und dem Zentralrat entstehen könnten. Er ist davon durchdrungen, daß es in jedem Falle möglich sein wird, eine

Verständigung zwischen diesen beiden Körperschaften

herbeizuführen. Es muß in der revolutionären Periode auf gesetzgeberischem Gebiete rasch gearbeitet werden. Es ist nicht möglich, tagelang die einzelnen Vorlagen hinauszuschieben. Es besteht gar kein Interesse, auch bei den Antragstellern nicht, daß irgendwelche gleichgültigen Dinge, die aber nur in Form eines Gesetzes Geltung erlangen können, auch noch dem Zentralrat jedesmal vorgelegt werden. Der Zentralrat muß aber die Gesetzentwürfe erhalten, damit er, falls er eine Vorlage für wichtig hält, sofort Einspruch erheben und eine Änderung herbeiführen kann. Sollte in irgendeiner Sache, was wir nicht erwarten, es nicht zur Übereinstimmung kommen, so darf allerdings in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, ein Vakuum nicht entstehen, sondern es muß dann der von Ihnen eingesetzte Rat der Volksbeauftragten, solange er das Vertrauen des Zentralrats hat, der ihn ja jederzeit abberufen kann, wenn er ihm das Vertrauen nicht mehr schenken will, Gesetzesvorlagen mit Gesetzeskraft versehen können.

Geyer-Leipzig (zur Geschäftsordnung):

Genossen und Genossinnen! Meiner Fraktion liegt an dieser Erklärung sehr viel. Ich muß betonen, daß diese Erklärung uns nicht zufrieden stellen kann. (Sehr gut! bei den U.-Soz.-Dem.) Durch diese Erklärung wird die Grundlage für das Zusammenarbeiten hier und anderwärts vollständig verändert. Unter den Umständen muß meine Fraktion die Möglichkeit haben, sich über die veränderte Situation auszusprechen, und ich möchte Sie daher bitten, die Sitzung auszusetzen und meiner Fraktion Gelegenheit zur Besprechung zu geben. (Bewegung. Lebhafte Zurufe.)

Exodus der geeinten Revolutionäre.

Vorsitzender Leinert:

Es ist beantragt worden, die Sitzung auszusetzen, um Fraktionsberatungen herbeizuführen. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.

Ich bitte diejenigen, sich zu erheben, welche die Sitzung aussetzen wollen. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.
(Zuruf: Dann müssen wir uns zurückziehen, und der Kongreß muß ohne uns weiter tagen!)

Braß-Remscheid (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen! Nachdem es uns durch die Mehrheit unmöglich gemacht worden ist, unsere Stellung klarzulegen, die wir zu der Erklärung der Volksbeauftragten haben müssen, bitte ich Sie, den Kongreß zu verlassen (Bravo! b. d. U. Soz.-Dem.) und auch darüber schlüssig zu werden, ob wir weiter an den Tagungen teilnehmen können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Mitgliedern der Fraktion der geeinten Revolutionäre, **die unter großer Unruhe den Saal verlassen.)**

Vorsitzender Leinert:

Ich bin gebeten worden, Ihnen mitzuteilen, daß die Sitzung derjenigen, die den Kongreß verlassen wollen, im Herrenhaus stattfinden wird.

Wir fahren in der Besprechung über den Punkt unserer Tagesordnung

„Nationalversammlung oder Rätesystem"

fort. Das Wort hat der Volksbeauftragte Haase.

Volksbeauftragter Haase:

Parteigenossen! Im Rate der Volksbeauftragten ist eine Übereinstimmung dahin erzielt, daß die Einberufung der Nationalversammlung erfolgen muß. Die Nationalversammlung ist unumgänglich. Über den Zweck der Nationalversammlung besteht nicht in allen Kreisen eine völlige Klarheit. Sie hat nur die Aufgabe, die verfassungsrechtliche Gestaltung der deutschen Republik zu beschließen und den Frieden zu betätigen.

Die Nationalversammlung ist kein langlebiges Parlament. Infolgedessen können alle die Fragen, die die Parlamente sonst beschäftigen, nicht für die Beurteilung, ob Nationalversammlung oder Räteversammlung, ins Feld geführt werden. Nach meiner Auffassung ist die Frage überhaupt nicht so zu stellen: Nationalversammlung oder Räteversammlung —, sondern es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Räte ihre besondere Bedeutung noch behalten werden. (Sehr richtig!)

Meinungsverschiedenheiten bestehen allerdings im Kabinett über den **Zeitpunkt**, zu welchem die **Nationalversammlung** einberufen werden soll. Ich bitte Sie, Genossen, diese Frage ruhig unter Würdigung aller Gesichtspunkte nochmals zu prüfen. Vergessen Sie nicht, es waren die Reaktionäre, die zuerst und besonders stürmisch die frühe Einberufung der Nationalversammlung forderten. Schon das legt uns das Bedenken nahe, daß für die Reaktionären besondere Gründe maßgebend gewesen sind. Sie verschmähten kein Mittel, diesen ihren Plan durchzusetzen. Leider haben nicht nur die alten reaktionären konservativen Kreise, sondern weit darüber einen Teil dieser Gründe sich zu eigen gemacht. Wir haben gelesen, wie uns gruselig gemacht wurde, die Entente wolle keine Nahrungsmittel liefern, wenn wir nicht zum raschesten Termin die Nationalversammlung einberufen würden. Es ist bereits von autoritativer Seite, von der amerikanischen Regierung, diese Behauptung widerlegt worden. (Hört, hört!) Die Frage der Lebensmittellieferung hat mit dem Zeitpunkt der Einberufung der Nationalversammlung nichts zu tun.

Weiter ist die Behauptung aufgestellt worden, wie sie auch heute der Referent aufgestellt hat, daß wir der Desorganisation, die bei uns besteht, durch die Nationalversammlung ein rasches Ende machen müßten. Dabei hat der Referent vollständig übersehen, daß die Desorganisation der Finanzen und des Wirtschaftslebens nicht nur in Deutschland besteht, sondern auch in jenen

Staaten, die aus diesem Krieg als Sieger hervorgegangen sind. (Sehr richtig!) Die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedensproduktion ist überall ein schwieriger Prozeß, der nicht ohne Erschütterungen vor sich gehen kann. Es ist weiter behauptet worden, — und es hat sich der frühere Präsident des Reichstags in einem konterrevolutionären Akt auf diese Seite geschlagen —, daß wir nicht zur Verlängerung des Waffenstillstandes kommen würden, wenn nicht zum technisch frühesten Termin die Nationalversammlung zusammenträte. Auch diese Behauptung ist, nachdem kaum die Tinte des Schreibens des Herrn Fehrenbach trocken geworden war, als unwahr erwiesen. Der Waffenstillstand ist verlängert.

Die dritte ebenso unwahre Behauptung ist, daß mit dieser Regierung nicht über den Frieden beraten würde, wenn die Nationalversammlung nicht aufs rascheste einberufen würde. Die Regierung ist als verhandlungsfähig angesehen worden und wird als verhandlungsfähig angesehen werden.

Diese Schwindelnachrichten, die, soweit sie mit Bewußtsein in die Welt gesetzt sind, von wenig patriotischem Sinn zeugen, sind gefährlicher Natur. Denn sie können leicht der Entente den Gedanken suggerieren, sie brauche nur so vorzugehen, um sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen. Wir haben alle Ursache, uns dagegen zu wehren. (Sehr richtig! — Zuruf.) — Stammen die Nachrichten aus dem Ausland, so wollen wir nicht so leichtgläubig sein, auf solche Nachrichten hineinzufallen.

Es wird gesagt, wir müßten zur **Konsolidierung unserer inneren Zustände** kommen. Diese Konsolidierung geht vor sich, wenn auch nicht ganz glatt, da Erschütterungen untrennbar mit der Revolution verbunden sind. Glaubt jemand, daß, wenn die Nationalversammlung zustande kommt, sich alle aufgepeitschten Wellen beruhigen werden? Unmöglich! Eine Beruhigung ist eingetreten und wird noch mehr eintreten, wenn hier im Kongreß ein bestimmter Termin mit Gesetzeskraft für die Konstituante festgesetzt wird. Untergeordneter Natur ist die Frage, ob dieser Termin heraufgesetzt wird oder nicht. Wichtig ist, daß die Nationalversammlung für einen bestimmten Termin einberufen wird.

Welches sind die Gründe, die **gegen einen frühen Termin** sprechen. Sie wissen sehr gut, daß wir über die zukünftige Gestaltung Deutschlands in Unklarheit sind. Die Grenzen sind ungewiß. Im Osten haben wir das Selbstbestimmungsrecht der Polen, gerade meine Freunde und ich, anerkannt zu einer Zeit, als die polnischen Reichstagsabgeordneten mit ihrer Forderung noch nicht hervortraten. Aber wir wollen auch, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in den polnischen Gebieten unter keinen Umständen vergewaltigt wird. Wilsons Programm ist angenommen und soll ehrlich zur Durchführung gebracht werden. Aber wir erheben den schärfsten Protest dagegen, daß die Polen schon gegenwärtig die Einwohner der zum Deutschen Reiche gehörigen Gebiete auffordern, an den Wahlen für die neue **polnische Nationalversammlung** teilzunehmen. Der Umstand, daß die Grenzen so ungewisse sind, deutet bereits darauf hin, daß bei der Nationalversammlung eine Reihe von Personen an den Wahlen teilnehmen können, von denen gar nicht gewiß ist, ob sie nach kurzer Zeit noch zum Deutschen Reiche gehören.

Es kommt aber ein zweites hinzu: daß alle diejenigen von unseren Landsleuten, die in den besetzten Gebieten wohnen, kein freies Versammlungsrecht haben, daß ihnen die Freiheit der Presse unterbunden ist, so daß sie diejenige Agitation und Propaganda, die für eine so wichtige Wahl wie die der Nationalversammlung notwendig ist, nicht ausüben können.

Endlich aber, glaube ich, sollten wir darüber einig sein, daß, soweit es in unseren Kräften steht, wir allen Wahlberechtigten auch die Möglichkeit verschaffen müssen, an der Wahl teilzunehmen. (Sehr richtig!) Freunde, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß bei jeder Gelegenheit im früheren Deutschen Reichstag, in der Presse und in Versammlungen erklärt worden ist, daß man unseren Soldaten die großen Taten, die sie geleistet haben, die Entbehrungen, die sie ausgehalten haben, niemals vergessen werde, daß ihnen Dank für immer geschuldet sei. Und nun sollen wir den Kriegsgefangenen — das sind, wie Sie wissen, Hundert- und Hunderttausende, die ein hartes Los zu tragen haben — die Möglichkeit entziehen, jetzt, wo es sich um den wichtigsten Moment vielleicht für die Zukunft der Geschicke Deutschlands handelt, wieder an der Wahl teilzunehmen?

Es kommt dazu, daß Hunderttausende von Soldaten noch im Osten stehen, denen auf diese Weise die Möglichkeit, an der Wahl teilzunehmen, entzogen ist.

Und dann ist Ihnen ja allen bekannt, daß ein großer Teil der heimischen Bevölkerung und noch mehr der Soldaten, die von der Front zurückgekommen sind, über die wichtigsten politischen Vorgänge völlig im unklaren geblieben ist. Am 2. Oktober dieses Jahres ist erzählt worden, daß der Führer der Konservativen in den Ruf ausgebrochen ist: wir sind belogen und betrogen worden! Ein Mann, der an dieser prominenten Stelle im parlamentarischen Leben steht, mußte gestehen, daß er sich getäuscht habe, daß er in Täuschung gehalten worden sei über die Lage. Sie wissen, daß ein **Lügennetz über Deutschland** und die Front ausgebreitet war, und gerade die raffinierteste Lügenfabrikation war ja organisiert in dem sogenannten **vaterländischen Aufklärungsdienst**. So kam es, daß die wichtigsten politischen Tatsachen den breiten Massen, der Front nicht bekannt waren. Von den politischen Parteien, besonders von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei sind jahraus jahrein Zerrbilder geliefert worden; sie war nicht imstande, weil die freie Meinungsäußerung im Inlande unterdrückt war, hier im Inlande und noch weniger an der Front Aufklärungsarbeit zu leisten.

Nun frage ich Sie, sollen Unaufgeklärte, politisch Ununterrichtete in vollem Umfange an dieser Wahl teilnehmen und über das Schicksal der jungen Deutschen Republik mitbestimmen? oder haben wir nicht allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß, wenn die staatliche Wahlvorbereitung geleistet worden ist, dann noch ein angemessener Zeitraum besteht, damit man die Möglichkeit hat, in das Volk hineinzugehen und ihm klarzumachen, um welche großen Probleme es sich bei dieser Gelegenheit handelt.

Dazu kommt, daß nicht nur die Männer von 20 bis 25 Jahren, sondern auch etwa 21 000 000 Frauen zum ersten Mal zum Wahlgeschäft aufgerufen werden. Diese überwiegend große Zahl der Wähler muß noch darüber unterrichtet werden, wie sie zu wählen haben, welche Pflichten sie auszuüben haben, welche Rechte ihnen zustehen. Man spricht so viel von Demokratie. Da sage ich: Forderung der Demokratie bei dieser Wahl ist, daß nicht ein Bruchteil des Volkes, sondern das ganze Volk, soweit es wahlberechtigt ist, an die Wahlurne herantreten kann. (Sehr richtig!) Grundsatz der Demokratie ist, daß die Nationalversammlung ein Spiegelbild der freien und unverfälschten Volksmeinung bildet, daß der Volkswille zum Ausdruck kommt in allen seinen Teilen, und daß nicht einzelne Teile ausscheiden, andere völlig unaufgeklärt zur Wahl gehen.

Darum bitte ich Sie unter allen Umständen, allen Versuchen, die Wahl zurückzudrängen auf einen früheren Termin, entschiedensten Widerstand zu leisten. Wir wollen reife, aufgeklärte Wähler zur Wahl bringen. Der Termin kann noch aufgeschoben werden; das schadet gar nichts. Auch dann kommen wir zur Zeit. Mir ist nicht bange, daß die Massen dann mit denjenigen Vertrauensorganen, die sie geschaffen haben, auch der großen Schwierigkeiten der inneren und der auswärtigen Lage werden Herr werden, und daß es gelingen wird, die junge Republik mit demokratischem und vor allen Dingen auch mit sozialistischem Inhalt zu erfüllen. Setzen wir aber dieses Schifflein, das nunmehr seine Fahrt beginnen soll, nicht unnütz Gefahren aus! Sorgen Sie dafür, daß die Nationalversammlung zusammenkommt, und daß alle Welt sagen muß: das ist der Ausdruck des Volkswillens, des Willens der Masse des Volkes und insbesondere auch der Soldaten, auch derjenigen, die heute noch nicht wählen können, die es dann aber hoffentlich können, so daß die ganze Welt eingestehen muß: Deutschland ist eine demokratische Republik. Das Votum dieser demokratischen Republik wird dann im Inlande und im Auslande in die Wagschale fallen. (Bravo bei einem Teil der Versammlung.)

Zumtobel-Baden:

Parteigenossen! Es hat mich außerordentlich angenehm berührt, als der Genosse Haase im Eingang seiner Ausführungen hier erklärte, daß er voll und ganz mit der Einberufung der Nationalversammlung einverstanden ist und daß, wie auch bereits der Referent erklärt hat, ihre Einberufung die Aufhebung des Rätesystems nicht zur Folge haben muß, sondern daß dieses seine Bedeutung weiter behält. Damit könnte bei gutem Willen der Zankapfel aus der Debatte ausgeschieden werden.

Aber, Parteigenossen, nicht recht verstehen kann ich die Haltung des Volksbeauftragten Haase und seiner engeren Parteigenossen, die dahin geht, daß der Zeitpunkt für die Nationalversammlung möglichst weit hinausgeschoben werden muß. Ich komme aus Baden, aus dem Bezirk Freiburg. Dort haben wir noch sehr viel mit starken gegnerischen Strömungen zu kämpfen. Wir sind dort der Meinung, daß die **Nationalversammlung gar nicht rasch genug** einberufen werden kann. (Sehr richtig!)

Wenn von unabhängiger Seite gesagt wird, wir brauchten einen gewissen Zeitraum zur **Aufklärung des Volkes**, so möchte ich demgegenüber behaupten: wem diese 4 Kriegsjahre nicht die Erkenntnis eingepaukt haben, daß die Durchführung der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung das einzige Mittel ist, um aus dieser Trübsal herauszukommen, dem können wir auch mit unsern schönsten Agitationsreden das nicht beibringen, bei dem versagt unsere Aufklärungsarbeit auch noch in absehbarer Zeit.

Als der Volksbeauftragte Haase hier seine Erklärung abgegeben hatte, habe ich das Gefühl gehabt, als wenn ich fremd nach Berlin komme, den Genossen Haase treffe und ihn um die Bezeichnung des Weges bitte, den ich einschlagen muß, um am schnellsten an mein Ziel zu kommen. Er antwortet mir, daß er dasselbe Ziel habe, anstatt aber mit mir auf die Hochbahn zu gehen, sagt er, wir wollen uns in eine Pferdedroschke setzen, damit kommen wir am schnellsten ans Ziel.

Ich meine: möglichst bald die Nationalversammlung. Dann ist — ich gebe Ihnen das auch zu — die Revolutionierung der Geister noch nicht in dem Maße fortgeschritten, wie wir es wünschen. Aber es gibt doch Symptome, die beweisen, daß die Revolutionierung der Geister allmählich auch in Kreise eindringt, in denen wir bisher noch keinen Erfolg verzeichnen konnten. Ich will dafür ein Beispiel anführen: die unteren und mittleren Be-

amten eines Bezirksamtes in Baden haben an ihre oberen Beamten Forderungen gestellt, die durchaus revolutionären Geist atmen. Sie verlangen unter anderm:

> Der Grundsatz: Im Dienst muß gearbeitet werden, ist restlos auch auf die oberen Beamten anzuwenden. Den oberen Beamten kann z. B. nicht das Recht zugestanden werden, die Dienstzeit zum Lesen von Zeitungen oder Romanen zu benutzen. Wie bereits eingangs ausgeführt, ist weitab der größte Teil der Arbeitslast der inneren Verwaltung, insbesondere beim Bezirksamt, auf die Schultern der mittleren Beamten gelegt gewesen. Wir fordern kräftige Mitarbeit der oberen Beamten, die nicht in der Hauptsache nur im Unterschreiben der von uns entworfenen Beschlüsse bestehen darf. Das Anschärfen von Bleistiften lehnen wir, als nicht zu unsern Dienstobliegenheiten gehörend, unbedingt ab usw.

Das, Parteigenossen, ist meines Erachtens für uns wichtiger, als etwa zu wissen, daß neben jedem Verwaltungsorgan noch einer unserer Kontrollbeamten die Aufsicht führt. Ich will damit nicht etwa unsere Kontrolle als etwas Überflüssiges bezeichnen. Aber die Hauptsache ist doch die Durchdringung der Köpfe mit sozialistischem Geist; sie verbürgt uns für die Zukunft den Sieg.

Wenn ich aber die **Ereignisse in Berlin** hier auf mich einwirken lasse, so habe ich das Gefühl gehabt, als ob die Berliner Arbeiterschaft nicht etwa aus politischer Leidenschaft heraus und in der Erkenntnis, daß vielleicht ihre politischen Rechte gefährdet werden, demonstrieren, sondern daß die Triebkraft der Demonstrationen der Hunger und die Verzweiflung sowie das instinktive Gefühl sind, daß die Zukunft der proletarischen Schicht schwarz und dunkel ist, daß sie in diesem Gefühl der Verzweiflung zu dem Mittel der Demonstrationen greifen und die geschichtliche Entwicklung beeinflussen wollen.

Der Genosse Haase hat gemeint, es werde nicht so sein, daß, wenn die Nationalversammlung zusammentritt, gleichzeitig auch Beruhigung eintritt. Das wird allerdings nicht der Fall sein; aber es wird doch der ungeheure bleierne Druck der Unsicherheit, der heute auf allen Verhältnissen des Lebens, namentlich des volkswirtschaftlichen Lebens lastet, etwas gemildert werden. Ganz besonders aus wirtschaftlichen Gründen heraus müssen wir bestrebt sein, die Nationalversammlung möglichst bald zusammenzubekommen.

Zum Schluß möchte ich noch zusammenfassend sagen: wenn wir gute Aufklärungsarbeit für die Nationalversammlungswahlen verrichten wollen, dann sollte doch der heutige Kongreß in der einmütigen Willenskundgebung zur Nationalversammlung ausmünden; nur so können wir eine geschlossene Kampffront für die Nationalversammlungswahlen bilden. Das kann geschehen, wenn der gute Wille dazu vorhanden ist, und dann hat das erste Revolutionsparlament der jungen sozialistischen Republik Deutschland seine Aufgabe richtig erfaßt, denn damit haben wir die sicherste Grundlage geschaffen, die die Zukunft des Sozialismus verbürgt. (Lebhafter Beifall.)

Saar-Etappe Burg:

Genossen, Kameraden! Die Frage ist gestellt: Nationalversammlung oder Rätesystem? So, wie ich das Ganze auffasse, kann es sich dabei nur darum drehen: **Demokratie oder Diktatur des Proletariats!** Kameraden, Genossen, diejenigen, die heute das Rätesystem wollen, wollen also aus den bisherigen bürgerlichen Kapitalisten das machen, was man früher in diesem Hause aus uns gemacht hat: man will sie zu Heloten ohne jegliche politischen Rechte herabdrücken. Meiner Ansicht nach würde die praktische Folge dieser Handlung sein, den

Bürgerkrieg in Permanenz zu erklären und die Unmöglichkeit heraufzubeschwören, jemals an einen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu denken. Daraus ergibt sich für mich die Konsequenz: wenn man das Rätesystem einführen will, dann soll man soweit gehen, wie man bei uns in der **Ukraine** seit dem 10. November geht, daß man nämlich einfach, wie es der ukrainische Bauer tut, **jedem Großgrundbesitzer den Hals abschneidet**; dann hat man sie aus der Welt. Dann mag man auf diese Art und Weise eine sozialistische Republik oder ein sozialistisches Staatswesen einführen. Will man das aber nicht, dann schaffe man eine Demokratie und trete für eine möglichst breite Grundlage der sozialistischen Republik ein. Kameraden, in Rußland – und darauf wird immer hingewiesen — hat man das sozialistische Rätesystem, und wenn man untersucht, warum man dort dazu gekommen ist, wird man sich überzeugen, daß bei der ganzen Art der russischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation das Rätesystem als das gegebene anzusehen war, weil sowohl die politische als die gewerkschaftliche Organisation öffentlich dort nicht hervortreten konnte, weil sie auf eine Art Betriebsorganisation angewiesen war. Heute aber von uns etwa zu behaupten, daß das Rätesystem für uns das gegebene sei, davon kann gar keine Rede sein. Ich bin der Meinung, daß diese Art der Räteorganisation aus der parteipolitischen Arbeit eines Teils unserer Parteigenossen hervorgegangen ist, und zwar der Unabhängigen. Ich kann für mich erklären, daß ich mit der Kriegspolitik der ehemaligen Sozialisten Scheidemann und Genossen auf keinen Fall einverstanden bin, und ich muß auch anerkennen, daß die Unabhängigen am 9. November und schon vorher diejenigen waren, die als die Leute der Aktion zu bezeichnen sind. Aber ich kann nicht meine Hand dazu bieten, daß man aus diesen Verhältnissen heraus — und das will man mit Einführung des Rätesystems nach meiner Auffassung — das bisherige konservative Element in der früheren sozialistischen alten Partei — das ist hier auch öffentlich gesagt worden —, die **Gewerkschaftsführer**, an die Wand drücken will, und daß man glaubt, es so machen zu können, daß man die Organisation der deutschen Arbeiterbewegung **durch ein Rätesystem untergräbt**. Ich kann diesen Teil der politischen Organisation nur vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachten. Als Beweis braucht man nur darauf hinweisen, was für ein **wunderbares Wahlsystem** zu dem heutigen Kongreß man in **Berlin** beim Vollzugsrat **ausgeklügelt** hat. Man hat bestimmt, daß alle Arbeiterführer — und Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß man früher unter Arbeiterführern auch die Gewerkschaftsführer verstanden hat —, daß Leute, die in diesen Stellungen sich befinden, nicht zu diesem Kongreß delegiert werden könnten. (Zuruf: Hier sitzt einer!) — Nein, das konnte man nach dem Berliner Wahlreglement nicht. Es steht in den Berliner Bestimmungen; wahrscheinlich sind sie durchbrochen. Tatsache ist, daß dieses Wahlsystem so gedacht wurde, da man in Versammlungen von parteipolitischen Rücksichten sich hat leiten lassen. Auch hier im Kongreß haben wir genug Beispiele dafür, daß man leider auf der unabhängigen Seite glaubt, jede Gelegenheit benutzen zu müssen, um sein parteipolitisches Mütchen zu kühlen; man benutzt jede Gelegenheit, um den Keil, der in unsere Bewegung hineingetrieben ist, weiter hineinzutreiben. Das zeigt auch das Verhalten der Genossen von dieser Seite des Hauses, das sie vorhin an den Tag gelegt haben. Ich meine: wenn uns wirklich daran gelegen ist, in der Nationalversammlung und für die Zukunft, für unser Volk, für die arbeitende Klasse Deutschlands etwas zu erreichen, dann darf die Parole, wie Dittmann vorgestern sehr richtig gesagt hat, nicht

heißen: Hie Mehrheit! Hie Unabhängigen! sondern die Parole muß heißen: Hie Sozialismus! Hie Kapitalismus! Und ich bin überzeugt, das deutsche Volk wird daraus seine Konsequenzen zu ziehen wissen. Wir alle, ob Mehrheit oder Unabhängige, wollen die sozialistische Republik. Wir alle sind für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus, wir werden auch für die Erfolge der Revolution einstehen, und sollten wir für die Revolution auf die Barrikaden gehen. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.)

Loos-Darmstadt:

Ich freue mich, feststellen zu können, daß der Volksbeauftragte Haase das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen zur Nationalversammlung proklamiert hat. Wir von der **demokratischen Fraktion** haben folgenden **Antrag** eingebracht:

> **Der Kongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands erwartet von der Reichsleitung, daß sie unter allen Umständen dafür sorgt, daß allen deutschen Landesteilen das freie deutsche Wahlrecht zur Nationalversammlung gewährleistet wird, und daß sie sich mit großer Entschlossenheit dagegen wendet, daß fremde Staaten unter Vergewaltigung von Volksrecht und Selbstbestimmung durch Ausschreibung von Wahlen in rein deutschen Gebieten diese selbstverständlichen Forderungen des deutschen Volkes zu vereiteln suchen.**

Ich glaube, da brauchen wir nicht eine Parteiforderung aufzustellen; das ist die Forderung aller, die noch im Deutschen Reiche wohnen, und wir müssen verlangen, daß man uns so respektiert, wie wir alle anderen auch zu respektieren gewillt sind.

Ich möchte noch einiges dazu sagen, was wir von der Revolution erwarten und wie wir an ihr mitarbeiten wollen. Wir von Hessen haben gemeinschaftlich zusammengearbeitet, Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Demokraten, und wir haben keine Parteirichtung voraugestellt, um die Errungenschaften, wie sie die Revolution gebracht hat, zu sichern und auch zu sichern durch die Nationalversammlung. Von uns ertönt der Ruf nach der **Nationalversammlung: Sobald wie möglich!** Das alte System ist zusammengebrochen, kein Mensch kann es zurückholen.

Aber unter diesem Zusammenbruch und diesen Trümmern liegen die deutschen Menschen, und die wollen wir herausholen. Wir wollen sie zusammenfassen in diesem neuen Volksstaat, in dem jeder zu seinem Recht, zu seinem Naturrecht kommen soll, und diese Nationalversammlung, die dieses Naturrecht schaffen und dafür eintreten soll, daß wir ein freies Recht, ein freies Deutschland haben, soll kommen, sobald es technisch überhaupt möglich ist.

Die Revolution hat die Werbekraft der demokratischen Bewegung wieder in den Vordergrund gestellt, und wer von der Werbekraft der demokratischen Idee erfüllt ist wie wir, wer erfüllt ist von dem **Geist der 48er aus der Paulskirche**, der wird uns sagen: habt Vertrauen zum Volke, das Volk wird euch nicht enttäuschen, wenn ihr aus den Seelen der Menschen herausholt, was darin schlummert, was 4 Jahre von dem Militarismus zusammengetreten worden ist. Wenn ihr die Seelen dieser deutschen Männer anruft, dann braucht ihr keine Angst zu haben, daß es nach rechts geht, sondern dann geht es nach links. Wir müssen hier aussprechen, daß wir uns **nicht vor dem Volke fürchten**, und diejenigen, die von einer kleinen Gruppe auch dieses Volk nicht zu Worte kommen lassen wollen durch die Nationalversammlung, fürchten sich vor dem Volke. Wir fürchten uns vor dem Volke nicht, vor diesen Männern, die draußen im Schützengraben gestanden haben, oder diesen Frauen, die daheim

für das Leben ihrer Lieben gezittert haben. Wer sich vor dem Volke fürchtet, der ist nicht Volksmann, der stellt sich über sein Volk, der will eine neue Diktatur, eine Gewaltherrschaft einrichten. Dafür bedanken wir uns, wie wir uns für die Herrschaft der Junker bedankt haben, und wie wir uns bedanken für die Herrschaft der Straße, die wir durchlebt haben. Wir wollen zusammenkommen in ehrlicher Arbeit, wo jede Überzeugung geachtet wird, und wollen niemand zurückstoßen, der eine ehrliche Überzeugung zu Tage treten läßt. Aber gegen die wollen wir uns wenden, die die ehrliche Überzeugung nicht zu Worte kommen lassen, und zwar sowohl von rechts, wie auch von der äußersten Linken aus. Wir verlangen im deutschen Parlament, in einer deutschen Versammlung, daß alle Menschen, die in diesem wunderbaren Volke mitarbeiten wollen, die ihre Kräfte herankommen lassen wollen, ob im Süden oder im Norden, die sich zusammenfinden wollen in dem großen Becken der nationalen Kraft, auch zu ihrem Rechte kommen. Wer dieses Recht vorenthält, der treibt nicht ehrliche Politik, sondern der will vergewaltigen. Können wir es den Menschen übelnehmen, wenn sie eine andere Meinung haben und diese Meinung nun in der deutschen Nationalversammlung vertreten, daß sie auch dafür arbeiten? Haben wir so wenig Überzeugung von der Gewalt unserer Idee, von der Gewalt der demokratischen Idee, die die ganze Welt erfüllen muß, daß wir Angst haben vor einigen Junkern oder Schlotbaronen oder solchen Leuten, die sie uns aus der Hand nehmen möchten? Da sage ich: nein, tausendmal nein! Die Idee erfüllt uns, und wenn Dännig sagt, es sei kein Schwung in uns, dann erwidere ich ihm: die **ganze Jugend in Süddeutschland steht einmütig hinter uns.** (Bravo! und Händeklatschen.)

Wir reichen den Leuten, die drüben von uns zur Linken stehen, die Hand und sagen: Wir wollen ehrlich zusammenarbeiten, damit in Deutschland endlich das Ideal, die Sehnsucht erfüllt wird, die jahrhundertelang in den deutschen Herzen geschlummert hat, daß wir endlich einen Volksstaat schaffen, der so sicher in den deutschen Herzen verankert ist, daß weder von rechts noch von der äußersten Linken jemand diesen Standpunkt umstoßen kann. Diesen Volksstaat kann aber nur die deutsche Nationalversammlung schaffen. Haben Sie keine Angst, daß die Menschen dann, wenn die Nationalversammlung gewählt wird, anders entscheiden. Sehen Sie doch nach Mecklenburg, Anhalt und Braunschweig! Haben Sie keine Angst, die Probe auf das Exempel zu machen! Wollen Sie die Leute, die in den besetzten Gebieten schmachten — und wir kommen zum Teil aus besetzten Gebieten — noch länger dort sein lassen? Dort darf nicht agitiert, darf nicht geworben werden. Je länger wir die Nationalversammlung hinausschieben, um so länger müssen die Leute schmachten. Wir kommen nicht zum Frieden, wenn wir die Nationalversammlung nicht haben. Haben Sie denn die Entente gefragt, ob sie die jetzige Regierung anerkennt, um den Frieden abzuschließen? Solange wir diese Gewißheit nicht haben, so lange rufen wir nach der Nationalversammlung, daß sie sobald wie möglich zusammentreten muß. (Bravo!) Noch einen Satz. Wir wollen die Kräfte freigeben und uns vor diesen Kräften nicht fürchten. Zum Schluß möchte ich Ihnen noch zurufen: haben Sie Vertrauen zum Volk, dann hat das Volk auch Vertrauen zu Ihnen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Garbe-Kiel:

Genossen und Kameraden! Wenn wir uns heute oder morgen darüber schlüssig werden wollen, wann die Nationalversammlung stattfinden soll, dann kommt es vor

allen Dingen darauf an, zu fragen, wie die Verhältnisse in wirtschaftlicher Beziehung sind. Ich meine, es sind im Laufe des gestrigen Tages und dieser Woche ein ganz Teil Ausführungen über die Kriegspolitik gemacht worden, die man unter Umständen zum großen Teile mit unterschreiben kann. Ich meine aber, wir haben jetzt unsere Taktik nicht allein danach einzurichten, ob die Nationalversammlung kommen soll, sondern wir haben zu fragen, wie die Schwierigkeiten für die deutsche Arbeiterklasse zu überwinden sind.

Für jeden, der einigermaßen klar sieht, muß es feststehen, daß wir uns in Anbetracht der Produktion, von der es auch abhängt, ob die Arbeiterklasse Brot hat, in einer sehr schwierigen Lage befinden. Es ist nicht zu bestreiten, und es ist jedenfalls auch von denjenigen Unabhängigen, die links stehen, zugegeben worden, daß es uns in diesem Augenblick nicht möglich sein wird, auch wenn wir die verschiedenen Großbetriebe für uns in Anspruch nehmen, das zu leisten, was wir bei geordneten Verhältnissen leisten können. Wir kommen also zu dem Schluß, daß wir versuchen müssen, uns **unter Ausnutzung der Macht**, die wir erobert haben, **mit der kapitalistischen Produktion abzufinden.** Wenn dies zutrifft, dann heißt es aber auf der anderen Seite, alles zu tun, damit diese Produktion in volle Tätigkeit treten kann, und da kommt es wesentlich darauf an, wie weit diejenigen Kreise, die unter dem jetzigen Staatswesen und auch unter dem zukünftigen Staatswesen arbeiten, dafür Sorge tragen werden, daß genügend Arbeit geschaffen wird. Hier spricht eine große Frage mit, nämlich die Frage, ob Sie zu dem jetzigen Staatswesen das Vertrauen haben, daß es die Produktion zur Entwicklung kommen lassen wird. Da wird jeder, wenn er sich nicht selbst die Augen verbindet, zugeben müssen, daß die Sache nicht so einfach liegt, wie sich die verschiedenen Genossen sie vorstellen. Wenn der Genosse Däumig, der Korreferent, gesagt hat, die Gewerkschaftsführer seien schließlich nur geeignet, das Kassenwesen in Ordnung zu halten, Streiks zu führen und verschiedene andere kleine Fragen zu erledigen — ja, lieber Korreferent, wer bei uns an der Wasserkante, in Hamburg, in Kiel oder in Bremen nur ein halbes Jahr lang den Posten eines Bevollmächtigten innegehabt hat, und auch im Binnenlande tätig gewesen ist, der wird jedenfalls zu der Erkenntnis kommen, daß zu einem Gewerkschaftsführer, besonders während der Kriegszeit, noch etwas mehr gehört, wenn er die Interessen der Arbeiter wahren soll. (Sehr richtig!) Ich bin einer von denjenigen, die den Streik in Kiel im März 1917 nicht bloß **mitgemacht**, sondern **gemacht** haben. Ich bin einer von denjenigen, die im Januar 1918 in Kiel mitgeschoben haben, während die Berliner erst nachgehumpelt sind, und ich bin einer von denjenigen, die in Kiel im November die **Revolution** von der ersten Stunde ab gemeinschaftlich mit den Matrosen und Soldaten geführt haben. Ich werde also jedenfalls nicht in dem Verdacht stehen oder in den Verdacht kommen, daß ich unnötig bremse. Aber, Genossen, die Fragen, die hier zu beurteilen sind, sind ebenso ernster Natur, daß man sich nicht allein von dem Gefühl leiten lassen darf, sondern daß einigermaßen auch der Schädel mitzusprechen hat. Es ist nämlich eine Kleinigkeit für mich, mich auf die Straße zu stellen und die Masse in Aufregung zu bringen. Das können wir ebenso gut wie die verschiedenen Genossen, die augenblicklich in dieser Agitation ihre Aufgabe finden. Genossen, wenn wir alle diese Verhältnisse ruhig und objektiv beurteilen, dann müssen wir zu dem Schluß kommen: es ist notwendig, daß in den ganzen **wirtschaftlichen Produktionsprozeß** so bald wie möglich eine **geregelte Ordnung** hineinkommt, (Sehr richtig!) und diese geregelte Ordnung, Genossen und Kameraden, kann erst

dann kommen, wenn das zutrifft, was der Genosse Haase ausgeführt hat, wenn das Volk seinen Willen ausgesprochen hat.

Genossen, nun wird gesagt, es sind ein ganzes Teil Kriegsgefangene noch im Osten und in Frankreich, es sind diese oder jene Gebiete, die sich vorläufig nicht an der Wahl zur Nationalversammlung beteiligen können. Ja, wollen wir denn so lange warten oder ist der Genosse Haase oder sonst einer der linksstehenden imstande, uns heute zu sagen, wann diese Frage gelöst ist? Ich glaube, Sie können es nicht; und deshalb müssen wir die Frage so entscheiden: ist die große Masse des 70 Millionenvolkes so stark in Deutschland vertreten, daß, wenn sie ihr Votum am 19. Januar abgibt, dieses Votum von denjenigen, die uns dann leider fernstehen, die nicht mitwählen können, das Vertrauen zu der anwesenden deutschen Arbeiterklasse und den Sozialdemokraten haben werden. Wenn wir die Frage so beurteilen, dann können wir meiner Meinung nach wohl zu einem Entschlusse kommen.

Nun wird von **Aufklärung** gesprochen. Ja, Genossen, Aufklärung können wir im Laufe der 6 Wochen, wo die Revolution vor sich gegangen ist, schon ein ganzes Teil geben. Aber wie sieht denn diese Aufklärung in der Presse aus? Sowohl von rechts wie von links wird die Aufklärung in der Weise gemacht, daß unsere lieben Redakteure und Journalisten sich gegenseitig auf die Schnute hauen, auf Deutsch gesagt; das nennt man dann Aufklärung der Massen. Ja, Genossen, wenn wir die Nationalversammlung noch um 4 oder 6 Wochen weiter hinausschieben, dann leisten Sie für diejenigen, die aufgeklärt werden sollen, durch diese Art Aufklärung, wie sie bis jetzt getrieben worden ist, nicht mehr als heute. Aber ich bin überzeugt, wer heute noch nicht weiß, wie er am Tage der Wahl für die Nationalversammlung wählen soll, wem er seine Stimme geben soll, der weiß es nach einem Vierteljahr auch nicht. Wenn hier gesagt wird: was kommen wird, das werden wir nicht abwenden können, so mag das wahr sein. In der französischen Revolution 1870 hat Frankreich (Glocke des Präsidenten) — ich bin gleich fertig — (Heiterkeit) 5 Tage gebraucht, und wir werden mit der Nationalversammlung, die dem deutschen Volke erst eine souveräne Regierung geben soll, auch noch manchen Sturm erleben. Darum heißt es heute: zusammenstehen zur Fahne des Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Leinert:

Das Wort hat Genosse Mergel. (Pause.)

Der Genosse scheint nicht anwesend zu sein. Dann hat das Wort Genosse Jäger.

Jäger (VI. Armee):

Verehrte Anwesende! Da in den Tagen der Revolution die Arbeiter und Soldaten die Männer der Tat waren, so bildeten sich aus ihnen die Soldatenräte, d. h. die Tat hat sich legitimiert. Als diese Legitimierten sind wir doch auch hier, und ich verstehe es daher nicht, wie man hier von einer Seite so wegwerfend sagen kann: diese Korona, diese reaktionäre Bande. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß, obwohl wir den grauen Rock tragen, wir trotzdem seit langen Jahren der sozialistischen Überzeugung gehuldigt haben können.

Über diesem Streite wollen wir nicht vergessen, daß die Frage, mit der wir uns jetzt beschäftigen, sehr schwer und verantwortungsvoll ist. Millionen warten auf uns; Millionen sehen hierher, was in dieser Stunde geschehen wird, wie das Geschick unserer Zukunft entschieden werden soll. Kann es denn eine andere Entscheidung geben, als die der Nationalversammlung? Kann das überhaupt eine

Frage sein? Kann man das Selbstbestimmungsrecht, dieses Urgesetz aller Demokratie, verneinen wollen? Kann das ein Sozialist? Kann überhaupt jemand glauben, daß **A.- und S.-Räte allumfassende Demokratie** sein könnten? Gebet dem Volke altes, was des Volkes ist, und gebet schnell! Andere Entscheidung wäre ein Judassieg. Eine kurze Zeit nur wäret Ihr Diktatoren und hättet den Ast abgesägt, auf dem Ihr sitzet, hättet dem Sozialismus die ganze Zukunft verscherzt. Nicht nur Millionen der Sozialisten hättet Ihr enttäuscht, — auch all diejenigen Millionen, deren Vertrauen und Mitarbeit Ihr jetzt, nur jetzt haben könnt, da andere Gewalten sie nur enttäuscht haben. Und Ihr könnt nicht enttäuschen wollen. Ihr fürchtet, die sozialistische Zukunft sei nicht gesichert. Das Volk wird unweigerlich zur Tat rufen; bloß, schaffet dazu die Gelegenheit. Nur unter diesem fleckenlosen Banner kann der Sozialismus regieren wollen. Darum rufe ich: Seid der Stunde gewachsen! — und rufe weiter: Es lebe die Nationalversammlung und mit ihr das deutsche Volk! (Lebhafter Beifall.)

Rickelt-Berlin:

Genossen! Wie ein prophetischer Seher, den Blick in eine verheißungsvolle Zukunft gerichtet, unter ekstatischen Zuckungen, hat hier der Genosse Däumig das hohe Lied der Menschheit zu verkünden gesucht. Allen Respekt vor seinem Gefühl und seiner dichterischen Phantasie und dem Wollen seines auf das höchste Menschheitsziel gesteckten Herzens, allen Respekt! Aber seinem Verstande kann ich keine Reverenz erweisen. (Große Heiterkeit.)

Genossen, wenn wir die Geschehnisse dieser Tage und das Auftreten gewisser Parteimänner hier beobachtet haben, dann zwingt sich uns unwillkürlich der Vergleich mit einem ähnlichen Treiben von Leuten auf, das wir während des Krieges und vor dem Kriege haben beobachten können, der Leute, die man die Alldeutschen nannte. Diese Herren **Gener, Heckert, Braß** und Genossen **sind die Alldeutschen der Revolution** und des sozialistischen Gedankens (Heiterkeit), und wenn sie Herrn **Liebknecht** als **Generalstabschef** an ihre Spitze stellen würden, dann würde Herrn Liebknecht das Geschick des Herrn Ludendorff ereilen. Er würde der **Ludendorff der Revolution** und des sozialistischen Gedankens werden. (Sehr richtig! und Händeklatschen.)

Der Genosse Richard Müller hat am Montag gesagt, er sei der Überzeugung, daß ein jeder von uns hier ja das Beste wolle. Ich halte Müller für einen ehrlichen, überzeugungstreuen Menschen und glaube, er hat es mit diesem Ausspruch ehrlich gemeint, dann hat er aber auch unseren Willen, daß wir das Beste wollen, zu respektieren und zu achten, und auch die Herren, die so intolerant sich uns gegenüber immer bewiesen haben, haben sich dieser seiner Überzeugung anzuschließen, daß auch wir das Beste wollen. Und was wollen wir? Wir wollen die Republik, die sozialistische Republik, aber wir wollen sie schaffen und gründen und verankern und betonieren mit Vernunft und auf dem realen Boden der Wirklichkeit, wir wollen sie nicht bauen in ein Wolkenkuckucksheim hinein, das der Wind zerstören und vernichten muß, wenn er sich aufmacht, in Stärke dagegen anzuwüten.

Ich meine, werte Genossen, man kann doch nicht mit heißen Wünschen und flammenden Gedanken Wirklichkeit schaffen wollen. Sie können die motorische Kraft abgeben, aber, wenn man bauen und schaffen will, schaffen will für ein Volk, das heute mit das elendeste dieses Erdenballes ist, das am Boden liegt in Verzweiflung, gefesselt, dem Verhungern nahe, da darf man ihm nicht zumuten, daß man Experimente mit ihm machen soll. Das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter, Hand- und Kopfarbeiter, bedanken sich dafür, sie verbitten es sich, daß zum zweiten Male mit 70 Millionen ein Vabanquespiel getrieben wird. Man hat davon gesprochen, dem Kongreß das Motto auf die Stirne geschrieben: er soll hierherkommen, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Nun, Genossen, die beste **Sicherung der Errungenschaften der Revolution ist die schleunige Einberufung der Nationalversammlung.** (Sehr richtig!)

Da wird davon gesprochen, man muß aufklären. Sicher muß man das. Aber was man nicht in vier Wochen aufklären kann, dazu braucht man Jahre und Jahre. Also müßten wir Jahre warten, bis wir unser ganzes Volk über alles aufgeklärt hätten, was nötig ist, um es fähig zu machen, zu unterscheiden, was die Herren Däumig, Heckert, Braß, Geyer, Liebknecht und Genossen wollen, und was wir wollen.

Wenn wir den Kampf gegen andere dunkle Mächte — es brauchen nicht die Mächte der Konterrevolution zu sein — wenn wir den Kampf und die Aufklärung gegen die ungeheuren Volksmassen aufnehmen müßten, die unter dem Druck des Pfaffentums stehen, ja, Genossen, jahrelanger Arbeit bedürften wir, und wir hätten die Nationalversammlung noch immer nicht. Darum, sobald wie möglich die Nationalversammlung! Und haben wir die Nationalversammlung, dann kann auch die Frage der Arbeiterräte, die Frage der Sozialisierung innerhalb der gefesteten deutschen Körperschaften, der Nationalversammlung und aller weiter daraus entstehenden Einrichtungen, geklärt und in Ordnung gebracht werden. Und darum: nicht mit dem Gefühl, mit dem Temperament allein, sondern mit dem Eiskasten der Vernunft die Frage prüfen, ob die Nationalversammlung so schnell wie möglich einberufen werden soll. Dies ist nach den Vorschlägen unserer Partei am 19. Januar! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Das Wort hat der Genosse Düwell. — Der Genosse scheint nicht anwesend zu sein.

Dann hat das Wort der Genosse Lamp'l.

Lamp'l-Hamburg:

Kameraden, Genossen! Der weitaus größte Teil der deutschen Soldaten sowohl an der Front wie in der Heimat hat sich in den letzten Wochen auf den Boden der Nationalversammlung gestellt und verlangt, daß sie sobald als möglich zusammentritt. Der Beifall, den die Ausführungen des Volksbeauftragten Dittmann fanden, und der Widerspruch, den sie erweckten, haben die Mehrzahl von uns Soldaten in ihren Anschauungen nur bestärken können. Wir wollen Frieden, Brot und Arbeit! Die Mehrheit von uns ist der Überzeugung, daß das **Rätesystem nur den Separatismus** in Deutschland **begünstigt** und den Ausbau der sozialistischen Republik gefährdet. Wir wollen kein Parteigezänk, keinen Bruderkampf; denn wir haben davon doch den Schaden.

Man sagt häufig von den **Soldaten**, wir seien **politische Kinder.** Wir sind fünf Jahre dem politischen Kampf der Heimat entzogen worden. Ich glaube, man kann sagen: Gott sei Dank! Politische Kinder nennt man uns häufig, was der Verstand der Verständigen nicht sieht, das ahnet in Einfalt ein kindlich Gemüt.

Das eine haben wir Soldaten bei der Rückkehr in die Heimat jetzt gesehen, daß dieser **Bruderkampf**, der Kampf der sozialistischen Parteien gegeneinander unsere Sache nicht fördert. Aufgeräumt haben wir mit den kommandierenden Generalen, die mit ihren Kürassierstiefeln die Welt erobern wollten. Wir bedanken uns dafür, daß jetzt abermals eine Minderheit versucht, die Majorität des Volkes zu terrorisieren. Nicht auf Bajonetten können wir unsere Zukunft aufbauen, nicht auf den Ba-

jonetten dieser Minderheit, sondern Gehirne gehören in erster Linie zum Aufbau unserer sozialistischen Republik. Wir haben dieselben idealen Ziele, die wir gewiß nicht den Linksradikalen und einem Teil der Unabhängigen absprechen wollen. Aber die Mehrheit des Volkes ist der Überzeugung, daß auf diese Weise von links aus nur unser Untergang herbeigeführt wird. Wir wollen nicht in die Fehler der alten Machthaber zurückfallen und unsere sozialistischen Ideen mit dem Polizeiknüppel dem ganzen deutschen Volke eintreiben. Wir glauben, daß unsere sozialistischen Ideen stark genug sind, um wie eine Religion das ganze Volk zu ergreifen, wenn es auch noch lange dauern mag. Aber siegen wird unser Sozialismus!

Kameraden und Genossen! Genosse Dännig sagte vorhin: Im Osten und Westen liegen Tausende und aber Tausende, ja Millionen von Massengräbern. Unsere Kameraden da draußen sind gefallen in der Hoffnung, daß aus ihrem Blutopfer ein neues freies, größeres Deutschland entstehen würde. Genosse Dännig ist der Ansicht, daß heute noch die Soldaten und der größte Teil des Volkes den alten Untertanengehorsam in sich haben, daß wir Sklaven noch seien, wie er sich ausdrückte. Wir Soldaten sind nicht der Überzeugung. Ehe wir rufen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! — rufen wir: Proletarier Deutschlands, vereinigt euch zuerst einmal!

Die Mehrheit von uns Soldaten ist für die Nationalversammlung und für möglichst baldige Einberufung. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Das Wort hat der Genosse Zimmermann. — Dann hat das Wort der Genosse Röder. Er scheint nicht anwesend zu sein. — Dann hat das Wort der Genosse Richard Müller. — Dann hat das Wort der Genosse Lewinsohn.

Lewinsohn (IV. Armee):

Genossen und Kameraden! Es kann nicht eindringlich genug betont werden, daß der größte Teil der Soldaten die Nationalversammlung, und zwar die baldige Einberufung der Nationalversammlung verlangt. In diesem Sinne haben uns unsere Frontkameraden, als sie uns hierher dirigierten, beauftragt.

Wenn nun von dem Volksbeauftragten Haase gesagt wird, daß zur Nationalversammlung, wenn sie sofort eintreten würde, denjenigen **Soldaten**, die **noch** an der Front stehen, und denen, die **in Kriegsgefangenschaft** sind, nicht die Möglichkeit gegeben wird, zu **wählen**, so muß uns das verwundern. Denn in dem Wahlgesetz zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, das von dem Rate der Volksbeauftragten, gezeichnet Ebert und Haase, herausgegeben ist, findet sich ja folgender Satz:

> Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reiches befinden, bleibt der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgefangenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wählen.

Damit wird also dieser immer wieder vorgebrachte Einwand hinfällig, und unsere Kameraden waren sich wohl bewußt, daß nicht alle an dem Wahltage demobilisiert sein werden, aber trotzdem haben sie die baldige Einberufung der Nationalversammlung verlangt.

Auch wir erkennen den Idealismus des Genossen Dännig an. Auch wir haben uns mit den Problemen, die der Genosse Dännig vorgebracht hat, beschäftigt, nur sind die Resultate, zu denen wir gekommen sind, andere. Wir suchen in ruhiger Kühle und Vernunft den sozialisti-

schen Staat aufzubauen und nicht in Träumen der Phantasie ein Weltbild herzustellen, für das die Welt noch nicht reif ist. (Bravo!)

Kaul-Hessen:

Volksgenossen! **Der Deutsche ist immer ein Romantiker gewesen**, und auch jetzt in der Revolutionszeit zeigt es sich wieder, wie sehr der Deutsche Romantiker ist. Ganz unbewußt steckt die Romantik auch in dem Blute und in den Köpfen derer, die jetzt auf dem Standpunkt stehen, wir brauchten keine Nationalversammlung, sondern müßten unter allen Umständen eine Verewigung der A.- und S.-Räte haben. Der Genosse Heckert von Chemnitz führte heute morgen aus: die Diktatur des Proletariats sei keine Diktatur, sondern sie sei die wahre Demokratie. Wenn das richtig wäre, dann hätte es zur Voraussetzung, daß wir überhaupt keine Klassen, keine wirtschaftlichen Klassen mit wirtschaftlichen Gegensätzen und mit wirtschaftlichen Machtunterschieden mehr hätten. Aber selbst wenn dem so wäre, wenn die sozialistische Ordnung unserer Wirtschaft vorhanden, wenn das Proletariat keine Klasse mehr wäre, wenn überhaupt keine Klassen vorhanden wären, dann, werte Genossen, liegt die Sache doch noch so, daß wir sagen müssen: es ist einmal notwendig, die Grundlagen für die politische Gestaltung zu schaffen. Nun haben wir aber die Grundlagen der politischen Gestaltung noch nicht geschaffen.

Aus den Ausführungen Lansenbergs heute morgen ist ein Wort hervorgeklungen; er sagte: es ist der **Arbeiterschaft** bisher noch nicht gelungen, die **politische Macht** zu erringen, sondern wir wollen sie erst erringen; und er hat unserem Kongreß den Vorwurf gemacht, daß wir nicht in der Lage gewesen seien, das zu tun. Das stimmt an sich nicht; denn er hat übersehen, was durch die Annahme des Antrages 16 inzwischen erfolgt ist. Ob man den Antrag Lansenberg nimmt oder den inzwischen angenommenen Antrag Lüdemann, ob man erklärt: wir übernehmen die Macht, oder ob man erklärt: wir haben die Macht und übertragen sie an eine bestimmte Stelle, in diesem Falle die Regierung, d. h. an den Rat der Volksbeauftragten, das ist an sich ganz gleichgültig. Jedenfalls ist durch die Annahme des Antrages 16 von uns die autoritative Erklärung abgegeben worden, daß die Macht in unseren Händen liegt. Selbst wenn wir diese Erklärung nicht abgegeben hätten, liegt die Sache so: es kommt in Zeiten der Revolution wirklich nicht auf Resolutionen an, sondern auf die Tatsachen, und diese besagen, daß am 8. und 9. November die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernommen haben.

Aber zu welchem Zwecke haben sie denn die Macht übernommen? Haben sie sie übernommen, um sich als Diktatur zu verewigen? Es ist vorhin ganz mit Recht gesagt worden, daß die Frage: „Nationalversammlung oder Räteregierung" eigentlich auch so aufgefaßt werden könnte: „**Diktatur oder Demokratie**". Bei uns in Hessen haben nicht die Minderheitssozialdemokraten, sondern die Mehrheitssozialdemokraten im Brennpunkt der Bewegung am 8. und 9. November gestanden, auch nicht die Soldaten, abgesehen von Darmstadt, sondern vor allem die Arbeiter, die meist in der Mehrheitssozialdemokratie organisiert waren. Die haben in Hessen hauptsächlich die Revolution durchgeführt.

Nun frage ich mich, angesichts der Vorwürfe, die uns gemacht worden sind, welchen Zweck wir damals eigentlich verfolgt haben. War es unsere Absicht, die **Diktatur des Proletariats** zu verewigen? — Nun und nimmermehr kann das der Fall gewesen sein: denn wir sind nicht nur Sozialisten, sondern auch Sozial**demokraten**, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß jede politische Organisation der Gesellschaft ihre Grundlage

in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen finden muß. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: wenn es wirklich richtig wäre, daß die Übernahme der Diktatur durch das Proletariat eine wahre Demokratie wäre, dann müßte erst die Tatsache geschaffen werden, daß das Proletariat nicht mehr Klasse ist, sondern daß es nur eine Gesamtheit gibt, die Proletariat ist, und daß alle Klassen verschwunden sind. Solange wir aber noch die harte Tatsache haben — und wir haben sie auch trotz der Revolution jetzt noch —, daß das Proletariat eine wirtschaftliche Klasse ist, solange würde die Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat eine Diktatur bleiben.

Jede Diktatur ist, wie die Geschichte zeigt, **zu einer ganz kurzen Lebensdauer verurteilt.** Wir wollen aber vor allen Dingen durch unsere Tagung hier erreichen, daß die gewaltigen Errungenschaften der Revolution, die wir erreicht haben, für die Zukunft verankert werden. Wie können wir uns da auf den Standpunkt stellen, daß wir die Diktatur des Proletariats verewigen müssen. Weil wir aus den Tatsachen der Entwicklung gelernt haben, daß eine Diktatur jedesmal durch eine andere abgelöst wird, deswegen bleibt uns nichts anderes übrig, als jedes diktatorische Gelüst, mag es nun von Spartakus oder von der konterrevolutionären Seite herkommen, abzulehnen, unter allen Umständen abzulehnen.

Ablehnen und bekämpfen können wir es aber einzig und allein durch die Demokratie. Es ist ja sehr schwer, das, was zu sagen ist, jetzt zu sagen, weil diejenigen, an deren Adresse wir uns jetzt wenden müssen, im Saale nicht anwesend sind. Aber, werte Genossen, es muß nun einmal gesagt werden: alles, was gegen die frühere Einberufung der Nationalversammlung vorgebracht wird, ist im Grunde genommen nichts anderes, als das, was in früherer Zeit die Reaktionäre gegen die Demokratie vorgebracht haben. Früher ist uns immer gesagt worden, wir können uns auf die Volksmasse nicht stützen, weil sie nicht aufgeklärt ist, und es ist ein interessantes Gegenspiel, das wir beobachten können: dieselben Leute, die heute auf dem Standpunkt stehen: wir dürfen die Nationalversammlung nicht eher einberufen, als bis wir unsere Truppen aufgeklärt haben, dieselben Leute haben vier Wochen vor Ausbruch der Revolution noch darauf hingewiesen: wartet ihr erst ab, bis unsere Truppen aus dem Felde zurück sind, dann werdet ihr erst einmal sehen, wie es euch Mehrheitssozialdemokraten gehen wird. Jetzt sind unsere Truppen da, und nun auf einmal hat man nicht mehr das Vertrauen zum Volke. Ich bin der Meinung: von dieser Stelle und von diesem Parlamente aus muß es ausgesprochen werden: wir haben das Vertrauen zum Volke, zu unsern Soldaten, zu unsern Frauen und auch zu den jungen Leuten, die jetzt als Wähler zu uns stoßen müssen, daß sie, wenn die Nationalversammlung am 19. Januar tagt, im Sinne der Revolution entscheiden werden. (Lebhafter Beifall.)

Schauer-Pommern:

Nach meiner Ansicht wird die Stellung zur Nationalversammlung oder zum Rätesystem hier in Berlin und in manchen Industrieorten viel zu sehr durch eine Brille gesehen, die man nicht gewöhnt ist, auf Tatsachen zu richten. Man glaubt, wenn man in den Industrieorten recht viele gelegentlich scharfe Resolutionen annimmt oder wenn man in den Industrieorten gelegentlich auch die Macht an sich reißt, daß diese Macht auch schon dauernd befestigt wäre. Wir haben in Deutschland bisher erlebt, daß nicht die breite Menge in den Industrieorten Politik und Geschichte gemacht hat, sondern daß die kleine Menge, die in den weiten Gebieten des Ostens, auch wohl in einzelnen Bezirken des Westens festsitzt

und sich auf Mittel wie Landbesitz und andern Besitz stützt, die Politik in Deutschland gemacht hat. Je länger wir daher nach meiner Ansicht den Zeitpunkt hinausschieben, an dem wir uns auf die Massen durch die Wahlen stützen können, desto mehr werden diese Schichten an Macht und Einfluß wieder gewinnen. Für den Augenblick haben wir sie gestört und zurückgeschreckt; aber je länger wir den Zeitpunkt hinausschieben, desto mehr werden sie an Kraft und Rückhalt gewinnen, und dann eröffnen wir ihnen eben wieder die Möglichkeit, gegen die jetzt bestehenden Einrichtungen vorzugehen.

Aus den Ausführungen des Genossen Heckert war deutlich herauszuhören, daß er sich auf die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues freut, ja, daß ihm diese Schwierigkeiten noch gar nicht groß genug sind, daß er noch immer größere wünscht, weil er glaubt, nur so das eine zu erreichen, die Errungenschaften der Revolution immer mehr zu sichern. Meiner Ansicht nach kann die Revolution nur dann sichergestellt werden, wenn wir durch die **Nationalversammlung** den Rechtsboden bekommen, um, gestützt auf diese **Rechtsgrundlage**, die Macht der Regierung ausüben und all die widerstrebenden Elemente durch geschickte Gesetze zur Befolgung und Mitarbeit heranziehen zu können.

Wir müssen auch Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Hätten wir in den weiten Gebieten des Ostens die Bewegung nur als eine Lohnbewegung aufgefaßt, wie es in manchem Industriebezirk geschieht, dann hätte ich einmal sehen mögen, woher in manchem Industriebezirk die Nahrungsmittel gekommen wären. Wir haben uns — und dazu bekenne ich mich — dazu sogar hergegeben, die russisch-polnischen Schnitter zur Erfüllung ihrer Verträge anzuhalten, die noch bis zum 20. Dezember laufen, und haben Einrichtungen getroffen, daß der materielle Inhalt der Verträge über den 20. Dezember hinaus verbessert wird, daß sie aber sonst wenigstens noch so lange, bis sich Beförderungsmöglichkeiten ergeben, zur Arbeit angehalten werden. Wir werden auch noch **Arbeitsmöglichkeiten für die Industriebezirke** schaffen müssen. Stellen wir uns doch vor: Was wird, wenn uns die Gefangenen und die russisch-polnischen Schnitter fehlen? Dann können die weiten Gebiete des Ostens aus Mangel an Arbeitskräften nicht den Boden mit Hackfrüchten bestellen; denn den Großgrundbesitzern genügt es nicht, im Frühjahr zu wissen, wie sie die Frucht in die Erde hineinkriegen, sondern sie müssen auch im Frühjahr bei der Bestellung ganz bestimmt sicher sein, daß sie zum Herbst auch Leute haben, die die Früchte herausnehmen können. Sonst erleben wir denselben Zustand wie in diesem Herbst, daß noch bis in diese Tage hinein wichtige Hackfrüchte im Boden stecken. Diesmal war es verzögert durch Krankheit und andere Dinge. Will man diese Arbeitskräfte beschaffen, dann genügt nicht das Rätesystem, sondern dann brauchen wir eine starke Regierung, die soviel Macht hat, um überzählige Arbeiter nach solchen Gebieten zu bringen, um dort den Acker zu bestellen. Es muß dafür gesorgt werden, sonst sind wir von anderen abgeschnitten.

Und zu dem Aufbau gehört auch ganz strenge Selbstzucht. Es würde nun für die Wahl in Betracht kommen, daß wir imstande sind, die gemeinsamen Führer zu gewinnen. Aber da ist Einigkeit nötig. Ich habe große Hoffnung auf Einigkeit nicht. Nachdem ich vom Militär entlassen war, habe ich mich bemüht, wenigstens für Pommern einigend zu wirken — aber jedesmal glatt abgeblitzt, ungefähr so hingestellt: Ihr fühlt euch zu schwach, deshalb bittet ihr um Einigkeit. Darum war es uns nicht zu tun, sondern darum, daß die Arbeiterklasse in sich einig war und den Kampf gemeinsam gegen

diejenigen führte, die bisher die Arbeiterklasse unterdrückt haben.

Wir haben auf diesem Kongreß die Rede Dittmanns gehört. Jeder von den Anhängern der Mehrheit wird dieser Rede beipflichten. Aber wer den Antrag Laufenberg zur Hand nimmt und findet, daß man die **Einigung** versucht, indem man **Personen abhalftern** will, der muß zu dem Schluß kommen, daß, wenn uns Laufenberg nicht so genau bekannt wäre als alter Parteigenosse, der Antrag nur aus einer Jesuitenschule stammen könnte; denn wer die Einigung will, kann solchen Antrag nicht stellen. Wenn ich Einigung will, muß ich offen und ehrlich sein und ohne jede Bedingung. Dann heißt es: Wir stehen zusammen, und wir formen uns nicht die Menschen, wie wir sie haben möchten, sondern wir nehmen sie, wie sie sind, und arbeiten ehrlich mit ihnen zusammen. Wir müssen daran denken, daß wir auch für das ganze Volk die Mitarbeit vieler brauchen. Ich weiß wohl, daß manche Industriebezirke, gestützt auf große Scharen, sicher sein werden, daß sie die Mehrheit haben. Aber mit der Wahl zur Nationalversammlung ist es auch nicht gemacht. Die Nationalversammlung kann die Gesetze machen. Wie sie ausgeführt werden, wird in den einzelnen Verwaltungen bestimmt, und wenn wir in den Industriebezirken noch die Möglichkeit haben, durch Stimmenmehrheit auch in den Gemeinden die Mehrheit zu erhalten, so fehlt uns das in weiten Gebieten des Ostens, und da brauchen wir die Mitarbeit aller. Augenblicklich steht nach meiner Überzeugung das deutsche Volk in so bitterer Armut und vor so schweren Aufgaben, daß wir unbedingt alle Kräfte zusammenfassen müssen, daß wir nicht versuchen dürfen, zu teilen und zu herrschen, und daß wir dem Grundsatz huldigen müssen: Vereinen und leiten und dann zum Ziele kommen! (Lebhafter Beifall.)

Volksbeauftragter Scheidemann führt unter allgemeiner Aufmerksamkeit aus:

Genossen und Kameraden! Es ist heute verschiedentlich Bezug genommen auf Karl Marx. Ich will darauf verzichten, mich auf diese wissenschaftliche Auseinandersetzung einzulassen. Denn es scheint mir, daß, wenn auch unsere Hochachtung vor Karl Marx ganz unbegrenzt ist, doch in der jetzigen Lage uns Karl Marx nichts helfen kann, daß wir jetzt selbst die Politik betreiben müssen, die sich aus der gegebenen Situation uns mit Naturnotwendigkeit aufgedrängt hat.

Ich halte es für falsch, die A.- und S.-Räte in Grund und Boden hinein zu verurteilen. Zweifellos haben sie sehr viel Gutes geleistet. Sie waren eine Notwendigkeit, von der wir nur nicht einsehen können, daß sie eine dauernde Einrichtung bleiben müssen, sondern wir bleiben dabei, daß die

A.- und S.-Räte eine vorübergehende Notwendigkeit

gewesen sind. Man sagt uns: Alle Macht den A.- und S.-Räten! Nach dem, was wir hier erlebt haben, hätte man ebenso gut sagen können: Alle Ohnmacht den A.- und S.-Räten! Man rückt hier in den Saal hinein und hält uns Schilder vor die Nase, auf denen steht: Alle Macht den A.- und S.-Räten!, gab uns aber gleichzeitig zu verstehen: wenn ihr nicht so wollt, wie wir, die wir gerade von der Straße kommen, es verlangen, dann habt ihr überhaupt keine Macht, dann schmeißen wir unter Umständen euch hinaus. Eine solche Macht scheint mir sehr wenig realen Wert zu haben, und deshalb kann ich sie nicht zu einer dauernden Einrichtung machen wollen. Ich habe die feste Überzeugung, daß die dauernde Einrichtung der A.- und S.-Räte bedeuten würde — ich spreche das nach reiflicher Überlegung

aus — den absolut sicheren **Ruin unseres Handels und unserer Industrie.** (sehr richtig!) den absolut sicheren Untergang des Reiches, d. h. unabsehbares Elend für das ganze deutsche Volk. (Sehr richtig!) Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht etwa an und für sich eine schlechte Einrichtung, sondern es besteht nur das Bedenken, daß sie auf die Dauer keine Autorität haben können. Sie könnten nur dann eine Autorität, eine Macht, will ich einmal sagen, repräsentieren, wenn man es in Deutschland machen würde wie in Rußland, solange man die **Mehrzahl der Maschinengewehre** im Besitz hat, und ich glaube, es ist niemand im Saale, der wünscht, daß wir unsere Macht in einer solchen Weise sicherstellen, wie das in Rußland geschehen ist, daß man nämlich diejenigen, die einem nicht passen, einsperrt und dann diejenigen, die sich dabei renitent benehmen, überhaupt über den Haufen schießt, wie sich das in Rußland entwickelt hat. Was in Rußland Gegenwart war, würde für Deutschland sichere Zukunft sein, wenn wir dieses Rätesystem zu einer dauernden Einrichtung machen wollten.

Der Korreferent Däumig hat gesagt, die Diktatur hänge zweifellos mit dem Rätesystem eng zusammen; aber was in Rußland sich entwickelt hätte, brauche nicht naturnotwendig auch in Deutschland einzutreten. Gewiß nicht, Parteigenossen, es braucht es nicht; aber ich bin der Überzeugung, es würden in Deutschland dieselben Folgen sich einstellen, wie sie in Rußland eingetreten sind, und die Folgen würden für Deutschland zweifellos ganz andere und noch schlimmere als in Rußland werden; denn in Deutschland gibt es auf Grund der ganzen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung viel mehr zu zerstören, als in Rußland zu zerstören gewesen ist. **Wir sind keine Sozialdiktatoren**, sondern Sozialdemokraten, und deshalb dürfen wir nicht einen Augenblick vergessen, was für eine Pflicht und Schuldigkeit wir unserm Lande gegenüber zu erfüllen haben.

Ein einziges Wort über den **Bolschewismus.** Ich bin nicht der Meinung, daß der Bolschewismus eine bestimmte politische Doktrin ist, die man zielbewußt und zielklar herbeiführen will. Der Bolschewismus ist die Folge einer irrigen Politik. Wenn uns also hier fortgesetzt gesagt wird: wir wollen gar keinen Bolschewismus, so glaube ich das aufs Wort. Man will ihn nicht, aber er kommt totsicher, wenn man so weiter arbeitet, wie wir bisher in Deutschland haben arbeiten sehen. Das wollen wir aber nicht. Wer demokratisch denkt und fühlt und von seiner Demokratie nichts preisgeben will, der muß für die Volksversammlung eintreten, der muß nach Lage der Sache in Deutschland dafür eintreten, daß wir **sobald als möglich die Nationalversammlung** bekommen. Dafür treten die bekanntesten und besten Parteigenossen des Korreferenten Däumig selbst ein. Die Streitfrage ist keine Prinzipienfrage zwischen uns und ihm, sondern es handelt sich bei denen, die man in diesen Dingen besonders ernst nehmen kann, um eine **Terminfrage**, um die Frage, ob schneller oder weniger schnell gewählt werden soll. Darum dreht es sich für eine ganze Anzahl der bekanntesten Parteigenossen im andern Lager.

Ich bin der festen Überzeugung, daß das ganze Volk mitbestimmen muß, wenn wir dem ganzen Volke auch die Verantwortung übertragen wollen, und ich wünsche, daß in der verzweifelten Situation, in der wir uns befinden, nicht eine Klasse, sondern

das ganze Volk die Verantwortung

trägt. Wenn das ganze Volk aber die Verantwortung tragen soll, dann muß es auch zu bestimmen haben. Es scheint mir fast — so klingt es aus manchen Reden heraus —, als habe man **Angst vor der Nationalver-**

sammlung, d. h. Angst vor einer Abrechnung des deutschen Volkes. Diese Angst habe ich nicht, und meine Freunde haben sie auch nicht. Wir sind der festen Überzeugung, daß das deutsche Volk hinter uns steht, daß das deutsche Volk unsere Politik versteht und verstanden hat, und daß wir deshalb mit ruhigem Gewissen einer solchen Abrechnung entgegensehen können.

Parteigenossen, es kommt dann die Frage: sind denn die **technischen Schwierigkeiten**, die sich einer baldigen Wahl entgegenstellen, nicht so groß, daß wir sie nicht überwinden können? Ich gebe ohne weiteres zu, daß die technischen Schwierigkeiten groß sind; aber viel größer als diese technischen Schwierigkeiten ist doch das Elend, das vor unseren Augen steht, wenn wir die technischen Schwierigkeiten nicht überwinden können. (Sehr richtig!) Und nun frage ich jeden, der in der Praxis gestanden hat, der wie wir Älteren von der sozialdemokratischen Partei gewohnt ist, technische Schwierigkeiten und auch andere Schwierigkeiten zu überwinden: sind denn die Schwierigkeiten wirklich unüberwindbar? Nein, sie sind es nicht, es ist nicht wahr. Nach den genau und sorgfältig angestellten Berechnungen und nach all den Vorarbeiten, die getroffen worden sind, hat uns von denjenigen, die die Wahlen vorzubereiten haben, d. h. vom Reichsamt des Innern versichert werden können, daß es sehr gut möglich ist, alles zu überwinden, was an technischen Schwierigkeiten sich vor uns aufbaut, und die Wahl so vorzubereiten, daß sie am 19. Januar stattfinden könne. Die Wahllisten werden sehr mangelhaft sein. Ich weiß auch, daß nicht alle Soldaten werden wählen können. Die Soldaten, die noch draußen stehen, die gefangen sind usw., werden nicht mitwählen können zu einer Zeit, wo die Wahl stattfindet. Demgegenüber stelle ich aber fest, daß ja für diejenigen, die erst später ins Land kommen, eine Nachwahl stattfinden kann, so daß auch diese alle wählen können. (Bravo!)

Und weiter, Parteigenossen! Man frage doch einmal diejenigen unserer Kameraden, die noch im Feindeslande stehen, was ihnen lieber ist: Wahlen ohne sie oder das Hinausschieben der Wahl, d. h. die Vergrößerung des Elends für ihre Frauen und ihre Kinder, für ihre Mütter und ihre Väter, — und ich bin fest überzeugt, daß sie dann sagen werden: Wählt unserthalben ohne uns; wir wissen, daß das deutsche Volk so wählen wird, daß die Wahl zu unseren Gunsten ausfallen wird. (Lebhafter Beifall.)

Noch ein anderes! Es ist gesagt worden, das Volk draußen wisse noch gar nicht, wie es wählen solle; man müsse viel mehr Zeit haben zur **Aufklärung des Volkes**, man brauche Zeit zur Agitation. Das ist das Unberechtigste, was man überhaupt anführen kann. Niemals ist für eine Wahl besser und gründlicher vorgearbeitet worden, als für die, vor der wir jetzt stehen; seit 4½ Jahren sind wir in der wildesten Wahlagitation. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.) Ist denn nicht der ganze Krieg und die ganze Revolution, in der wir jetzt leben, das schlimmste und aufwühlendste an Wahlagitation, was man sich überhaupt denken kann?! Deshalb sage ich: alles das, was uns angeführt ist, ist kein stichhaltiger Grund.

Däumig hat geschildert, wie es **in dem Kopfe des deutschen Michels** vielfach noch aussehe. Ja, Parteigenossen, ich bin der Meinung: wenn wir noch lange Zeit so wirtschaften, wie es jetzt vielfach geschieht, wie namentlich in Berlin praktische Politik gemacht wird, dann wird es in dem Kopfe des deutschen Michels noch viel schlimmer aussehen — je länger, desto schlimmer! —, und dementsprechend werden auch die Wahlen ausfallen: nicht für uns, sondern gegen uns. Deshalb, Partei

genossen, glaube ich, daß wir nichts besseres tun können, als so schnell wie möglich die Wahl vorzubereiten.

Aber das eine möchte ich sagen, daß sehr viele, die in Berlin leben, sehr viele, die in Berlin arbeiten, sich total beeinflussen lassen, leider beeinflussen lassen durch das, was sich in Berlin abspielt. **Berlin ist glücklicherweise nicht Deutschland!** (Stürmisches Bravo! und Händeklatschen.) Berlin ist nicht das Reich! Im ganzen Reiche ist man dafür, daß wir eine Politik treiben, wie sie von uns und auch von mir soeben vorgeschlagen worden ist.

Aber auch das möchte ich feststellen: in Berlin sind diejenigen, die die Wahl entweder gar nicht wollen oder die sie hinausschieben wollen, in der verschwindenden Minderheit gegenüber all' denen, die diese Wahlen wollen. Nur machen diejenigen, die in der Minderheit sind und für das Rätesystem eintreten — — — (Zwischenrufe von den Tribünen.)

Vorsitzender Leinert:

Einen Augenblick, Genosse Scheidemann! — Ich bitte die Tribünenbesucher, nicht in die Debatte einzugreifen. Ich habe schon mehrmals bemerkt, daß sie Zwischenrufe machen. Das ist ungehörig.

Volksbeauftragter Scheidemann (fortfahrend):

In einem sind uns diejenigen überlegen, die hier in Berlin sind und die Minderheit bilden. (Zurufe.) Bitte, sehen Sie sich die Wahlresultate an, sehen Sie sich die Wahlresultate an, wie sie bei den Reichstagsnachwahlen gewesen sind, sehen Sie selbst die Wahlen zu diesem Rätekongreß an!

Dazu übrigens ein Wort! Wenn man uns sagt, es würden technische Mängel, Nachteile aller möglichen Art bei den Wahlen zur Nationalversammlung sich ergeben, — ja, sind denn die Wahlen zum Rätekongreß ideal gewesen? Da sind sicherlich sehr viel mehr Wähler ausgeschlossen gewesen als bei den Wahlen, die vielleicht auf Grund mangelhafter Wählerlisten für die Nationalversammlung vorgenommen werden müssen. **(In diesem Augenblick erscheint die Gruppe der geeinten Revolutionäre unter Vorantritt von Haase wieder im Saal.** Der Redner fährt fort:)

Parteigenossen, wir brauchen Brot, wir brauchen Frieden, wir brauchen Arbeit. Wir brauchen aber nicht Tag für Tag Demonstrationen auf der Straße, **wir brauchen keine Spazierfahrten mit Maschinengewehren.** Die Räte können uns meiner festen Überzeugung nach weder Brot noch Frieden schaffen, aber sie werden mit tödlicher Sicherheit, wenn diese Politik fortgesetzt wird, uns in Deutschland den Bürgerkrieg schaffen. (Sehr richtig!) Das ist meine feste Überzeugung. Nur eine Volksvertretung, gewählt auf Grund eines so demokratischen Wahlrechts, wie wir es vorgesehen haben, wird imstande sein, uns schnell und bald Frieden und Brot zu schaffen. Eine Volksvertretung, d. h. eine Nationalversammlung, nur sie kann die Errungenschaften der Revolution sichern, nur sie kann geordnete Verhältnisse im Lande sichern, nur sie kann uns Brot und Frieden geben; und deshalb komme ich am Schluß zu derselben Forderung an Sie: Sorgen Sie dafür, daß diese Wahlen so schnell als möglich, d. h. an dem Tage stattfinden, wo sie nach Überwindung aller technischen Schwierigkeiten möglich sind: am 19. Januar. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. **Pfeifen auf den Tribünen.** Heftige Rufe: Raus! Große Unruhe.)

Vorsitzender Leinert:

Ich bitte um Ruhe. Es ist mir eben mitgeteilt worden, daß **von der Tribüne gepfiffen** worden ist. Ich kann zu meinem Bedauern nicht feststellen, von welcher Tribüne gepfiffen worden ist. (Zurufe: Doch! Hier!) Wenn aber noch einmal eine Kundgebung von einer Tribüne gemacht wird, dann lasse ich **die**

Tribüne räumen. (Lebhafter Beifall. — Zurufe im Saal und von der Tribüne.) — **Sie haben dort oben nichts zu sagen.**

Ich habe folgende Erklärung auf die bisher in der Debatte vorgebrachten Bemerkungen über die Ostarmee mitzuteilen:

250 000 Kameraden in der Ukraine und der Krim haben uns mit dem Auftrage hierher gesandt, für früheste Einberufung der Nationalversammlung uns mit allen Kräften einzusetzen. Wiedenfeld und Witt.

(Bravo!)

Dann weiter:

Die internierten Kameraden der Mackensen-Armee haben uns beauftragt, für schleunige Einberufung der Nationalversammlung einzutreten. Rosner und Hoffmann.

Es liegt mir ein Antrag auf **Schluß der Besprechung** vor. Das Wort wird nicht verlangt. Ich bitte diejenigen, welche den Schluß der Besprechung herbeiführen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. **Die Debatte ist geschlossen.** Das Schlußwort hat der Genosse Cohen.

Schlußworte der Berichterstatter.

Berichterstatter Max Cohen (Schlußwort):

Parteigenossen! Ich bin selbstverständlich mit dem größten Vergnügen bereit, als Referent zuerst das Schlußwort zu nehmen, weil Dännig nicht hier im Saale war und die verschiedenen Reden nicht hat hören können; aber ich möchte prinzipiell feststellen, daß das kein Präzedenzfall sein darf, sondern daß der Referent das Schlußwort hat und der Korreferent vor ihm spricht. (Sehr richtig!)

Zuerst darf ich mit ein paar Worten auf die Reden der Debatteredner eingehen. Der Genosse Haase hat davon gesprochen, daß die Nationalversammlung hinausgeschoben werden könnte, weil die notwendige Aufklärung in so kurzer Zeit nicht durchzusetzen sei. Darauf hat der Genosse Scheidemann schon geantwortet. Er hat weiter gemeint, es sei ein großer Optimismus von mir, anzunehmen, daß man durch die Nationalversammlung der Desorganisation Herr werde, da doch in allen Ländern diese Desorganisation infolge des Krieges bestünde. Darin hat der Genosse Haase vollkommen recht. Er vergißt nur, daß hier ein Unterschied des Grades, aber ein sehr gewaltiger Gradunterschied ist, daß unsere Desorganisation ungeheuer groß ist und daß wir die **Nationalversammlung, um der Desorganisation Herr zu werden,** deshalb brauchen, weil wir all den Volksschichten — und ich denke dabei auch an die nichtsozialdemokratischen Volksschichten —, deren Mitarbeit zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens nötig ist, die Sicherheit geben müssen, daß sie ihr politisches Grundrecht ausüben können; deshalb brauchen wir die Nationalversammlung, deshalb wird die Nationalversammlung, wenn es überhaupt ein Mittel gibt, das Mittel sein, die Desorganisation zu verhüten und ihrer Herr zu werden.

Wenn man mit der Nationalversammlung so lange warten will, bis jeder Wähler wählen kann, jede Heeresgruppe nach Deutschland zurückgekehrt ist, — ich weiß nicht, wie lange dann der Genosse Haase mit der Nationalversammlung warten will. Will er sie einberufen, wenn noch 100 000 Soldaten draußen sind oder wenn noch 50 000 Soldaten draußen sind oder wenn vom Osten noch 25 000 zu erwarten sind? Ich meine, das kann man nicht, da die Wirkungen der Nationalversammlung zu wichtig sind, als daß man darauf Rücksicht nehmen könnte, daß noch einige Tausend Deutsche das Wahlrecht nicht ausüben. Im übrigen ist es wichtiger, wir verhüten den Zusammenbruch und einige Tausend Deutsche kommen nicht zu ihrem Wahlrecht, als daß sie später

nach Hause kommen, ihr Wahlrecht ausüben können und vor dem vollkommenen Ruin der deutschen Wirtschaft stehen.

Genosse Lansenberg hat gemeint, der Bolschewismus wolle erklärt und nicht verurteilt werden. Nun, ich habe in meinem Referat nicht daran gedacht, den **Bolschewismus als einen Popanz** hinzustellen, sondern habe lediglich klar und nüchtern auf die Forderungen des Bolschewismus hingewiesen. Wenn Genosse Lansenberg, Genosse Dännig und andere Redner meinten, bei uns in Deutschland würde es nicht so kommen, hier brauchte der Terror nicht Platz zu greifen, so kann ich nur sagen, daß in dem Augenblick, wo die bürgerliche Welt zur Obstruktion schreitet, weil ihr das politische Grundrecht vorenthalten wird, wir Gewalt anwenden müßten. Dagegen würde man sich wehren, und so käme der Terror ganz von selbst. Dazu kommt der große Unterschied, daß wir sehr viel weniger ertragen können und sehr viel schneller zugrunde gehen würden, als das große Rußland, weil wir, worauf ich schon in meinem Referat hinwies, keine so agrarische Grundlage haben wie Rußland.

Genosse Lansenberg erklärte weiter: er zweifle nicht daran, daß die **Nationalversammlung** uns ein Stück **Sozialismus** bringen würde, aber darauf käme es nicht an, weil die Mehrheit nicht aus Sozialisten bestehen würde. Da muß ich den Genossen Lansenberg doch fragen, ob er dann glaubt, daß unsere große Arbeiterschaft, die hinter der Nationalversammlung steht, auf einmal an Bedeutung verlieren würde? Ihre Bedeutung steigt doch von Monat zu Monat, die deutsche Arbeiterschaft würde nicht ruhig sein, der Druck würde nicht aufhören. Sie würde nach wie vor auch außerhalb der Nationalversammlung eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb ist es nicht so schlimm, wenn die Nationalversammlung uns, wie Genosse Lansenberg sich bescheidenermaßen ausdrückte, nur „ein Stück Sozialismus" bringt.

Genosse Heckert meinte, mir meine früheren Sünden vorhalten zu können. Ich will mit ihm in diesem Augenblick darüber nicht weiter reden, obgleich ich sehr guten Mutes dabei bin und keine Veranlassung habe, es nicht zu tun; es scheint mir nur, daß hier nicht der Ort dafür ist. Wenn er uns, wie er sich ausdrückte, unsere früheren Sünden vorhalten wollte, hätte man sich das vor der Versammlung im Zirkus Busch überlegen sollen. Es ist ja wohl bekannt, daß meine Parteifreunde den Genossen von der U. S. P. angeboten haben, allein die Regierung zu übernehmen; aber die Genossen haben geglaubt, man müsse endlich mal unter die Vergangenheit einen Strich ziehen, wenn man überhaupt in der Lage sein wolle, allen Gefahren zu begegnen, die wir vor uns haben. Deshalb will ich nicht darüber reden.

Wenn Genosse Heckert weiter meinte, den Russen seien so viele wirtschaftliche Werte fortgenommen worden, daß sie deshalb der Schwierigkeiten nicht hätten Herr werden können, so muß ich dabei beharren, zu erklären, daß sie auch da der Schwierigkeiten nicht Herr werden konnten, wo sie Dinge im Überfluß hatten, weil sie alle Fundamente für das wirtschaftliche Leben untergruben, bevor sie etwas Neues an seine Stelle gesetzt hatten. Wenn Heckert meinte, es sei keine Diktatur, weil die Mehrheit der Bevölkerung dahinter stände, es sei nur äußerlich eine Diktatur, so kann ich nur erwidern: wer so wenig die Tatsachen kennt und seinen Zuhörern eine so beleidigende Unkenntnis zumutet, daß er verlangt, sie sollen glauben, daß in Rußland wirklich die Mehrheit der Bevölkerung hinter der **bolschewistischen Diktatur** stünde, der sollte diese Tribüne nicht betreten. Es kann doch kein Zweifel sein, daß es sich nur um eine Minderheit handelt,

daß weder die Mehrheit der russischen Proletarier noch der Bauernschaft hinter der bolschewistischen Regierung steht.

(Heckert ruft: Ich habe nichts von Rußland gesagt, sondern von Deutschland; aber ich bin der Ansicht, daß es auf Rußland zutrifft!)

Dann kann ich Sie nur bitten, die bolschewistischen Zeitungen etwas besser zu verfolgen; dann könnten Sie darüber, meine ich, nicht in Zweifel sein. Und was Deutschland anbetrifft, so warten Sie doch die Probe der Wahlen zur Nationalversammlung ab; dann werden Sie sehen, wieviele hinter denen, die den russischen Bolschewisten am nächsten stehen, hinter der Spartakusgruppe stehen.

Dann zum Genossen Däumig! Eine Menge von dem, was er besonders über die gefühlsmäßige Seite der sozialistischen Dinge sagte, kann ich ebenfalls unterschreiben. Ich freue mich, daß er erklärt hat, man könne nicht im Handumdrehen sozialisieren, sondern müsse die Dinge sehr vorsichtig auffassen. Aber das habe ich nicht verstanden, daß er gar nicht auf das eingegangen ist, was für mich die ganze Grundlage meines Referats war, nämlich auf die Zwangssituation unserer politischen und wirtschaftlichen Lage, hervorgerufen durch die beispiellose Niederlage im Kriege. (Sehr richtig!) Aus dieser zwangsläufigen und wirtschaftlichen Situation erwachsen ja alle die Notwendigkeiten, für die ich mich erklärt habe. Darauf hätte Däumig auch eingehen müssen; denn wir müssen eine ganze Menge Dinge tun, die wir nicht tun würden, wenn wir nicht politisch und wirtschaftlich von der Gnade der Entente abhingen.

Der Genosse Däumig hat gemeint, die Genossen Landsberg und Dittmann haben geredet wie wohltemperierte Parlamentarier. Ich will die Genossen Landsberg und Dittmann nicht verteidigen, das können sie selbst tun. Aber ich habe bei Dittmann nicht den Eindruck, daß er wohltemperiert war, sondern daß er oft sehr, sehr heiß war. Aber, wenn er meinte, man könnte nicht durch wohltemperierte Methoden Deutschland wieder aufbauen, dann muß ich sagen: durch überhitzte Methoden erst recht nicht. (Sehr richtig!) Mit der überströmenden **Siedehitze**, mit der man **in Rußland** die Dinge wieder in Ordnung zu bringen versuchte, können wir erst recht nichts anfangen, sondern haben unter allen Umständen eine kühle Besonnenheit nötig, wie nur je in irgendeiner Situation.

Däumig hat ferner gesagt: er könne nicht verstehen, daß die Räte für die Nationalversammlung in meinem Sinne einträten, daß die Nationalversammlung die Zentralstelle sein solle, die die Räte zu ersetzen habe. Sähen denn die Räte nicht ein, daß sie sich damit den Strick um den Hals legten, wenn sie dazu selbst die Hand bieten würden? Da muß ich doch fragen: sind denn die Räte Selbstzweck, oder sollen sie nur dazu dienen, die Dinge in Ordnung zu bringen, werden sie nicht gern von ihrer Stelle zurücktreten, sobald sie sehen, daß Deutschland wieder marschiert, daß Deutschland gut marschiert? (Lebhafte Zustimmung.) Ist es nicht Tatsache, daß die Räte, wenn sie sich an die Stelle der Nationalversammlung setzten, nur einen Teil des Volkes darstellten? Ich glaube, wir wollen sehr gern von dieser Stelle zurücktreten, wenn die Nöte unseres Vaterlandes behoben sind. **Das Rätesystem ist kein Selbstzweck.** Allerdings, darin stimme ich mit dem Genossen Däumig überein und scheide mich dabei von Scheidemann: ich glaube, daß das Rätesystem in der deutschen Wirtschaft eine große Rolle spielen wird, aber nicht das Rätesystem der einzelnen Betriebe; denn wir werden vielmehr statt der wirtschaftlichen Regelung

nach Betrieben eine Zentralstelle brauchen, wie sie auch früher in Deutschland üblich war.

Genosse Däumig hat ferner gemeint, er sehe schon die alten Reichstagsabgeordneten wieder und sei überzeugt, daß sehr, sehr viele alte Gesichter wieder auftauchen werden. Es ist möglich, aber ich glaube es nicht. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß die Zeit der alten **Konjunktur zum Geschäftsführer** vorüber ist, das deutsche Volk wird dafür sorgen, daß sie nicht wieder vorkommen. Sollten sie aber doch in der Nationalversammlung sein, dann werden sie für ihre Neigungen keinen Boden mehr finden, solche Bestrebungen werden von der Nationalversammlung abgelehnt werden.

Genosse Däumig hat dann sehr viel Gewicht darauf gelegt, mich als etwas starken Pessimisten hinzustellen, der nicht an die **Weltrevolution** glauben wolle. Ja, ich kann sagen, da hat mich Genosse Däumig auch nicht belehrt, darin bin ich unbelehrbar. Ich glaube in der Tat nicht an die Weltrevolution, am wenigsten aber an die Revolution in den Ländern, auf die wir angewiesen sind, auf England und Amerika. Und wenn Genosse Däumig darauf hinwies, daß schon vor dem Kriege oder während des Krieges in England Streiks durch Räte geleitet worden sind, so weise ich ihn auf die einfache nüchterne Tatsache hin, die ich in meinem Referat schon erwähnte, daß bei dem erweiterten Wahlsystem, bei dem Millionen von Wählern neu wählen konnten, die Arbeiterpartei zwar Fortschritte gemacht hat, Lloyd George aber bei diesen Wahlen über eine Mehrheit von über 100 Stimmen verfügt. In Amerika steht es noch viel schlimmer. Diese Länder werden auch nach diesem furchtbaren Kriege, da sie über unerschöpfliche Quellen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen verfügen, gar nicht in unsere Situation kommen, und es wird eine Revolution dort nicht entstehen. Ich bitte Sie, sich doch einmal zu überlegen, daß England einen Sieg errungen hat, wie er in der Geschichte niemals dagewesen ist, daß es sich seine Herrschaftsstellung nicht nur wahrte, sondern sie in einer Weise ausgedehnt hat, wie die schärfsten Imperialisten in England es nicht gehofft hatten. Und in diesem Augenblick soll der englische Arbeiter sich so gewandelt haben, daß er eine Revolution in unserm Sinne macht? Ich muß sagen, diesen Optimismus verstehe ich nicht, er scheint mir nach wie vor ein Kartenhaus zu sein, ein gefährliches Kartenhaus, um so gefährlicher, wenn wir unseres Deutschlands Schicksal darauf aufbauen wollen. (Zurufe: **Sie sind für den U-Bootkrieg eingetreten!**) — Sie sagen da etwas, was Sie nicht wissen, sonst würden Sie es nicht behaupten. Es ist nicht der Fall. (Heiterkeit.)

Wenn der Genosse Däumig die große französische und englische Revolution als Beispiel angeführt hat, so hat er in manchem recht. Aber ich glaube nicht, daß man das vergleichen kann, wenn man nicht die andere Lage Deutschlands bedenkt, die anderen Grundlagen, auf denen wir stehen. In der französischen und in der früheren englischen Revolution handelte es sich um ein intaktes Volk, das nicht durch einen riesenhaften Krieg so beispiellos geschwächt war. Dieser Vergleich ist nach meiner Überzeugung nicht statthaft.

Ich müßte, wenn ich nun auf einzelne Dinge eingehen wollte, Teile meines Referats wiederholen. Darauf möchte ich verzichten.

Ich möchte nur noch einmal darauf aufmerksam machen, daß die Grundlage meiner Auffassung aus der Zwangslage erwächst, in die wir durch diesen Krieg geraten sind. Ich will Sie darauf hinweisen, daß in einer Besprechung der Waffenstillstandskommission von Deutschland die Materiallieferung per Monat von 315 000 t

Koks, 105 000 t Kohlen, 112 000 t Manganerze und 140 000 t Alteisenschrot verlangt worden ist. Diese Forderungen sind noch nicht endgültig. Aber man kann annehmen, daß ähnliche Forderungen nachher in Wirklichkeit aufgestellt werden. Ja, Parteigenossen, wie wollen wir diesen Dingen gerecht werden, wenn wir nicht endlich zu einer geregelten Wirtschaft, zu einer festen Ordnung und, was für mich die Hauptsache ist, zu einer mit Autorität ausgestatteten Zentralgewalt kommen! Wie anders als durch die Nationalversammlung!

Ich habe nach wie vor die Überzeugung, daß wir auf den Ruf nach der Nationalversammlung nicht verzichten, weil, das sagt auch Haase, die reaktionären Parteien danach schreien. Aber hat nicht Haase selbst oft erlebt, daß im Reichstag seine Partei und die Konservativen übereinstimmten, aber aus anderen Motiven heraus. Eine Sache ist nicht deshalb schlecht, weil auch andere sie wollen; sonst wären sehr viele Abstimmungen der U. S. P. falsch gewesen, sobald die Konservativen ebenso stimmten. Auch andere können aus anderen Motiven dieselbe Sache vertreten.

Deshalb, Parteigenossen, bitte ich Sie nochmals: Halten Sie fest an der Nationalversammlung, bleiben Sie bei dem Termin des 19. Januar! Wir dürfen nicht nur die anderen nach der Nationalversammlung rufen lassen; aus unseren eigenen Reihen muß der Ruf ertönen. Dann werden wir nicht nur bei der Nationalversammlung, sondern für alle Folge die Führer des deutschen Volkes sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Korreferent Däumig-Berlin (Schlußwort):

Genossen, Kameraden! Ich muß mich kurz fassen; denn ich bin bei meinem Schlußwort durch die „Loyalität" der Majorität dieser Körperschaft insofern benachteiligt, als ich nicht Gelegenheit haben konnte, die Diskussionsredner alle zu hören. Ich werde aber trotzdem versuchen, das noch zu sagen, was ich im Interesse der Idee, die ich vertrete, noch zu sagen für nötig halte.

Zunächst eine kleine sachliche Richtigstellung! Ich teilte in meinen Ausführungen heute morgen mit, daß der Zentralrat der 10. Armee die Flugblätter des Vollzugsrats beschlagnahmt habe. Mir ist mitgeteilt worden, das müsse ein Irrtum sein, dieser Vorgang habe sich bei der Etappe Bug abgespielt. Ich will mich also hiermit richtigstellen.

Genossen, Kameraden! Heute morgen ist in der Diskussion der Geist Tolstois zitiert worden. Meine Weltauffassung basiert nicht auf der entsagungsvollen Askese Tolstois. Aber einen Teil des **Tolstoischen Geistes** wünsche ich doch verschiedenen hier **in diesem Revolutionsparlament:** (Sehr richtig!) diese radikale, entschlossene Entschiedenheit, mit alten Ideen und Überlieferungen zu brechen und sich mit voller Inbrunst und Leidenschaft dem neuen Gedanken zu erschließen, der in ihm zum Bewußtsein, zum Durchbruch gekommen ist. Was wir hier in diesen Tagen erlebt haben, ist nichts weiter als ein Beweis dafür, wie fest und zäh alte Ideologien und Gedankengänge in den Ganglienzellen der menschlichen Hirne wurzeln, auch wenn diese Menschen sich Revolutionäre dünken. (Bravo!) Worauf es mir bei meinen Darlegungen ankam, das war, Ihnen darzutun, daß bei einer so furchtbaren Weltkatastrophe unerhörte neue Anforderungen an die gestellt werden, die das Geschick berufen hat, aus Blut und Trümmern etwas Neues aufzubauen, und wie da auch das, was hinweghelfen soll über all das, was eine verbrecherische Gesellschaft in ihrem Wahne aufgerichtet hat, auch neue Bahnen einschlagen muß. Und ich bleibe dabei: auf diesem Gebiete ist, soweit die politische Seite in Betracht kommt, nicht die sklavische

Nachahmung des alten bürgerlich-demokratischen Prinzips das Rettende, sondern das **neue demokratische System, das Rätesystem!**

Genossen, Kameraden, und vor allem Sie, meine Herren, es liegt nicht weit zurück, als viele von Ihnen vielleicht eingeschworen waren auf die Parole: Gott strafe England. (Sehr gut!) Und was konnte man da hören und lesen! Da war die deutsche Presse bis in die rechtssozialistische Partei hinein voll, uns nachzuweisen, was für eine korrupte Einrichtung die Demokratie der Westländer sei. (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen das an tausend Beispielen illustrieren. Das haben Sie getan, und was tun Sie heute? Heute sind Sie drauf und dran, diese Demokratie nun auch in dem neuen, angeblich vollständig verjüngten Deutschland einzuführen, sich auf den gleichen Boden zu stellen. Und wir werden dieselben Erfahrungen machen mit dieser rein bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die Frankreich, England und Amerika damit gemacht haben. Da sage ich aber: dazu ist das deutsche Proletariat zu schade, daß es eine Revolution gemacht hat, um solch eine Demokratie, solch eine Nationalversammlung, solch ein Staatswesen dafür einzutauschen. (Sehr richtig!) Wenn die Massen heute zum großen Teil mit einstimmen in den Ruf nach der Nationalversammlung, mich wundert das nicht. Viereinhalb Jahre hat das deutsche Volk unter dem **Gifthauch der Lüge und des Betruges** gestanden, (Sehr richtig!) und dieser Gifthauch ist noch nicht gewichen. (Sehr wahr!) Es gibt noch Stellen, von denen er auch heute noch ausgeht. Wie können in fünf Wochen die Köpfe der großen Masse so klar sein, daß sie erkennen, wo eigentlich auf politischem Gebiet ihr Heil liegt? Und wie kann man von der großen Masse, die vier Jahre lang überhaupt jeder politischen Schulung entbehrt hat, verlangen, daß sie vollständig erfaßt, was zu ihrem politischem Heile dient?

Genossen, Kameraden! Unsere deutschen demokratischen Einrichtungen, unser deutsches Parlament, unser Reichstag haben während der vier Jahre der Welt das kläglichste Schauspiel gegeben. (Sehr richtig!) Ein solches Parlament, das sich immer ausgeschaltet hat, das nie den Willen zur Macht hatte, das immer feig sich verkroch vor Entscheidungen, war selbstverständlich nicht dazu angetan, dem deutschen Volke einigermaßen politische Schulung beizubringen. Es kommen dieselben Leute zum Teil wieder in diese Nationalversammlung hinein, die jahrelang dahingetrottet haben in diesen alten parlamentarischen Gleisen; und von diesen wollen Sie Heil und Rettung erhoffen?! Bleiben Sie bei Ihrer Illusion; die Massen draußen werden schnell merken, was sie von der Nationalversammlung und dem, was daraus folgt, zu erwarten haben. (Händeklatschen, Zuruf.) — Berlin ist nicht das Reich? Ich bin jahrzehntelang in der Provinz mitten unter dem Volke gewesen. (Erneuter Zuruf.) — Das ist **nicht** lange her, denn ich bin erst sieben Jahre in Berlin. Ich kenne die Psyche der Provinz ganz genau. (Zuruf.) — Was wissen Sie von der Masse, was haben Sie für die Masse geleistet in den letzten Jahrzehnten? Mitten darin hat man gestanden, Tag und Nacht; da müssen **Sie** kommen und müssen sagen: was wissen **Sie** von der Masse! Da wären **Sie** der Erste dazu. Denn man weiß sehr wohl, wie draußen in Kopf und Herz die Stimmung des Volkes ist. Und weil man das weiß, deswegen sage ich mir: dieses deutsche Volk, mit seinem Knechtssinn geradezu, mit seiner Untertanendemut, dieses deutsche Volk, von dem Heinrich Heine mit Recht sagt:

> Deutschland, die deutsche Kinderstube,
> Ist keine römische Mördergrube

eignet sich nicht dazu, daß Sie ihm alle 2 oder 3 Jahre, meinetwegen auch alle Jahre einen Stimmzettel in die Hand drücken, und ihm dann sagen: Geh nach Hause, deine Parlamentarier werden die Sache schon deichseln. So wird das deutsche Volk nicht zur Aktivität erzogen, und so wird es auch nicht zum Verständnis für die wirtschaftlichen Aufgaben erzogen, die die Katastrophe unseres Volkes uns auferlegt. (Zuruf: Wie denn?) — Dadurch, daß man durch das Rätesystem die Arbeiter ständig auf die Pflichten aufmerksam macht, die sie in der Politik und im Produktionsprozeß haben.

Das heutige **Rätesystem** ist überhaupt **erst ein Embryo.** Wenn Scheidemann sagt: Ist das ein ideales Wahlsystem, auf Grund dessen diese Räteregierung zustande kommt? — so sage ich: Nein, es ist nicht ideal; es muß Aufgabe der in Betracht kommenden Instanzen sein, ein neues allgemeines, umfassendes Wahlsystem der Räte auszuarbeiten und diesem Rätesystem natürlich auch umfassende Funktionen zuzuschreiben. Dann wird sich auch darüber reden lassen; das geht auch schnell. Da braucht man nicht blind zu sein gegen die schlimmen Nöte, die jetzt dem Volke bevorstehen. Im Gegenteil, die Nöte, die uns belasten und in wenigen Wochen noch schwerer sein werden, werden viel leichter ertragen werden, wenn das Volk an der Gestaltung seiner Geschicke aktiv beteiligt ist, dadurch, daß man nicht bloß einen Teil zur Wahl schickt, sondern es ständig politisch und wirtschaftlich in Aktivität erhält. (Sehr gut!)

Aber ich weiß, ich predige dem größten Teil dieses erlauchten Revolutionsparlamentes tauben Ohren. Ich weiß auch, daß diese Erkenntnis sich doch noch durchsetzen wird. (Sehr gut!) Diese Gewißheit habe ich.

Nun noch einige Worte über den

bösen Bolschewismus.

Genosse Cohen hat in seinem Schlußwort wiederum den Bolschewismus herangezogen. Wissen Sie denn nicht, daß Sie zum größten Teile durch eine tendenziöse Berichterstattung der kapitalistischen Presse voreingenommen sind? (Sehr richtig!) Vor mir liegt der authentische Bericht eines englischen Journalisten, der 4 Jahre lang in Rußland gelebt hat, ein Korrespondent des „Manchester Guardian", der in ruhiger Objektivität die Entwicklung der Dinge in Rußland verfolgt hat. Ich will nur eine Stelle aus einem seiner Berichte anführen, um Ihnen darzutun, daß die Dinge, die sich in Rußland abspielen, auch von zwei Seiten beurteilt werden müssen.

In dem Bericht heißt es z. B.:

> Der Mangel an Verkehrsmitteln und rollendem Material in den Hauptzentren hatte sich lange vor dem Sturz des Zarismus, als man noch nichts vom Bolschewismus hörte, fühlbar gemacht. Die schlimmsten landwirtschaftlichen Mißstände kamen im Sommer des Jahres 1917 unter Kerenskis Regierung vor, und nur die Revolution der Bolschewiki machte den Pogromen ein Ende, indem sie den Bauern den Besitz ihres Landes sicherte. Die Sowjetregierung ist die einzige im Lande selbst bestehende Kraft, die die anarchistischen Tendenzen der russischen Bauern zu kontrollieren imstande ist.

Und weiter heißt es darin — darauf mache ich ganz besonders unsere Kameraden aufmerksam —:

> Im Winter 1917 entwarf die Sowjetregierung einen Plan, die nördlichen Staaten Groß-Rußlands von den überflüssigen Kornvorräten der Ukraine zu ernähren. Der Einfall der kaiserlich deutschen Armeen in die Ukraine schnitt Groß-Rußland von seinen Kornlagern ab und gab den deutschen Vertretern der bürgerlichen Presse eine ausgezeichnete Gelegenheit, die

> Sowjetregierung für die Unmöglichkeit, ihr Volk zu ernähren, verantwortlich zu machen.

Wie es der deutsche Imperialismus in bezug auf die Ernährung des russischen Volkes getan hat, hat es der Ententeimperialismus in bezug auf die Versorgung des russischen Volkes mit Rohstoffen, Metallen, Kohlen aus dem Ural usw. getan. Aber man schreibt rechts und links: die Bolschewiki sind unfähig, die können das nicht. Ach, es wird einmal historische Gerechtigkeit geben, und angesichts dieser halte ich es für meine Pflicht, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die deutschen Proletarier im Waffenrock, die sich dazu hergegeben haben, ihre Klassengenossen in Finnland, in der Ukraine und wo es sonst gewesen sein mag, im Interesse des deutschen Imperialismus niederzumetzeln, eine schwere Schuld vor der Geschichte auf sich geladen haben. (Sehr richtig! — Lebhafter Widerspruch. — Große Unruhe.) — Ich kenne sie nicht, nun gut. Ich will Ihnen aber hier einmal ein Beispiel sagen. Wir wollen annehmen, daß es bei den meisten nicht Bewußtsein und böse Absicht gewesen ist, dann soll man aber nicht so leidenschaftlich in diese Bolschewistenhetze einstimmen.

Genossen, Kameraden, Genosse Cohen hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich gegen die Zwangssituation, in der sich das deutsche Volk befinde, vollständig blind sei. Nein, ich bin gar nicht blind dagegen, und mir blutet genau so wie jedem andern von Ihnen, der auf uns „Bolschewisten" mit Steinen wirft, das Herz darüber. Aber das eine will ich Ihnen sagen: ich bin überzeugt, daß durch die Methoden, die ich hier vor Ihnen vertrete, das Los des deutschen Volkes viel eher erleichtert würde, als durch die Methoden der Männer, die jetzt noch nach altem Schema die Geschicke Deutschlands in Händen haben. Nehmen Sie französische, nehmen Sie englische Zeitungen zur Hand, und Sie werden finden, daß das größte Mißtrauen gegen eine Regierung vorhanden ist, die so viele Generäle in ihrem Dienst gelassen hat bis auf den letzten Tag, und die mit den imperialistischen Angriffstendenzen des alten Deutschlands verbunden waren. (Sehr richtig!) Sie werden Äußerungen des Mißtrauens finden gegen eine Regierung, die einem Solf, und wie sie alle heißen mögen, noch bis auf den heutigen Tag in ihren Diensten hat. (Sehr richtig!) Man hat uns zwar gesagt, Solf habe abgedankt. Ach nein, er fungiert heute noch weiter. Daß all diese Dinge nicht dazu angetan sind, das Schicksal Deutschlands in der Frage des Waffenstillstands und Friedens günstiger zu gestalten, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. Ich bin überzeugt, daß mit unsern Methoden viel eher eine Verständigung herbeizuführen wäre zwischen uns und den Ententevölkern, als das jetzt der Fall ist. Jetzt kann sich der „Matin" und die ganze Northcliffe-Presse hinstellen und sagen: ach, die **deutsche Revolution** ist ja **nur eine Komödie**, seht doch, da sitzen noch all die Leute in der Regierung, die die 4 Jahre Kriegspolitik gemacht haben! Nehmen Sie nur die Zeitungen in die Hand, da finden Sie diese Urteile, und es wird uns schwer, den Völkern, die nicht unsere Sprache sprechen und unser Los haben, klarzumachen, daß unsere deutsche Revolution eine ehrliche proletarische Revolution ist. (Sehr richtig!) Das könnte nur dadurch geschehen, daß Sie sich auf den Boden des Rätesystems stellen. Ach, lassen Sie sich doch nicht bange machen durch das, was Genosse Cohen die überhitzte Diktaturmethode genannt hat! Nein, ich weiß, daß der kulturelle Entwicklungsgang des deutschen Volkes nicht die brutale Diktaturmethode zum Ausdruck bringen würde. Ich habe Vertrauen zum deutschen Volk, (Bravo!) das sich auch dann durchsetzen würde, wenn es sich auf dem Boden des Rätesystems auf eigene

Füße stellt; andererseits ist aber auch die Mehrheit derer, die mit Kopf und Hand arbeiten, in Deutschland so stark, daß sie auf Panzerautos und Maschinengewehre verzichten kann. (Sehr richtig!) Mit der Macht des Geistes und Willens kann sie sich durchsetzen, vor allem dadurch, daß sie stets aktiv gehalten, daß sie aus der Stumpfheit, aus der Enge des Denkens aufgerüttelt wird, die so lange auf dem deutschen Volke gelastet hat.

Ich weiß, das Schicksal des Rätesystems ist für heute hier in diesem Revolutionsparlament entschieden. Aber dieses Rätesystem stimmen Sie nicht tot durch Ihre Abstimmung für die Nationalversammlung. (Sehr gut!) Der Ruf: **alle Macht den Arbeiterräten!** wird nicht verstummen, und es wird der Tag kommen, wo er so laut in Ihren Ohren dröhnen wird, daß Sie sich ihm nicht mehr werden verschließen können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Minderheit.)

Vorsitzender Leinert:

Mir ist folgende Erklärung abgegeben worden:

Das gesamte **Feldeisenbahnpersonal**, sowohl Soldaten als auch Beamte und Arbeiter im Osten, verlangt die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Die Mitglieder der Eisenbahndirektionen 5, 6, 8 und 11.

Kronen, Matteus, Trinkaus.

Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen zur

Abstimmung.

Es kommen bei diesem Gegenstand folgende Anträge zur Abstimmung. Der Antrag 4 vom Gen. Cohen, welcher besagt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden sollen.

Dann der Antrag Nr. 10, wonach der Kongreß die Waffenstillstandskommission beauftragt, mit der Entente in Verhandlungen einzutreten über Gestattung unbeschränkter Wahlagitation in den besetzten Gebieten.

Dann der Antrag Nr. 11, wonach die Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1919 stattfinden sollen.

Ferner der Antrag 13 des Gen. Däumig, wonach die Delegiertenversammlung erklären soll, daß unter allen Umständen am Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten werden soll, daß eine Kommission mit der Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die A.- und S.- und Bauernräte beauftragt werden soll. Unter Ziffer 2 ist das Wort „Bundesräte" gedruckt; es muß heißen „Bauernräte". Ferner verlangt der Antrag, daß die Wahlen auf einem nationalen Kongreß der A.- und S.-Räte vorgenommen werden sollen, und diese Versammlung der A.- und S.-Räte soll die Entscheidung über die künftige Verfassung Deutschlands fällen. Solange eine endgültige Entscheidung aber noch nicht herbeigeführt ist, soll ein Zentralrat von 53 Mitgliedern aus allen Teilen Deutschlands die höchste Kontrollinstanz bilden.

Ferner steht zur Abstimmung der Antrag Lausenberg Nr. 20, wonach der Kongreß der A.- und S.-Räte beschließen soll, daß zur Herbeiführung einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung eine Einigung der sozialistischen Massen notwendig sei, und ferner, daß hierzu Voraussetzung sei, daß alle kompromittierten Offiziere, die sich gegen das arbeitende Volk, gegen die Verwirklichung der revolutionären sozialistischen Ideen durch ihre Kriegspolitik und durch Kompromisse mit Militaristen und Kapitalisten und durch ihren Kampf gegen die revolutionäre Erhebung der Massen während des Krieges versündigt haben usw.

Weiter steht zur Abstimmung der Antrag Nr. 22, wonach der Kongreß erklärt, daß nur der große deutsche demokratisch-sozialistische Einheitsstaat Gewähr dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden kann.

Endlich steht noch zur Abstimmung Antrag 19 von der Demokratischen Partei, welcher lautet:

Der Kongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands erwartet von der Reichsleitung, daß sie unter allen Umständen dafür sorgt, daß allen deutschen Landesteilen das freie Wahlrecht zur Deutschen Nationalversammlung gewährleistet wird, und daß sie sich daher mit der größten Entschlossenheit dagegen wendet, daß fremde Staaten unter Vergewaltigung von Völkerrecht und Selbstbestimmung durch Ausschreibung von Wahlen in rein deutschen Gebieten diese selbstverständliche Forderung des deutschen Volkes zu vereiteln suchen.

Schmidthals.

Ich werde also zunächst über den Antrag 10 abstimmen lassen und dann über den Antrag 4. Wenn der Antrag 4 angenommen werden sollte, dann ist der Antrag 11, der die

Wahlen am 16. März herbeiführen will, erledigt. Würde der Antrag 4 abgelehnt, dann würde ich abstimmen lassen über den Antrag 11. Würde der Antrag 11 abgelehnt, dann würde ich darüber abstimmen lassen, ob der in der Vorlage enthaltene Wahltermin vom 16. Februar bestehen bleiben soll. Sodann werde ich über den Antrag des Genossen Lausenberg Nr. 20 abstimmen lassen, bei dem beantragt worden ist, über den ersten und den zweiten Abschnitt abzustimmen. Hierauf werde ich abstimmen lassen über den Antrag 22 und dann über den Antrag 19.

Zur Abstimmung hat das Wort der Genosse Geyer.

Geyer-Leipzig:

Es scheint mir, daß der Antrag, die Wahl zur Nationalversammlung auf den 16. März zu verlegen, der weitestgehende ist.

Vorsitzender Leinert:

Es ist ja einerlei, welcher Antrag als der weitestgehende anerkannt wird. Wenn gewünscht wird, daß zuerst über den Antrag, betreffend den 16. März, abgestimmt wird, so habe ich dagegen nichts einzuwenden. Ich werde also Ihrem Wunsche entsprechen.

Wenn diese Abstimmungen erledigt sind, dann kommt der Antrag des Genossen Däumig zur Abstimmung, über den namentlich abgestimmt werden soll. Die namentliche Abstimmung ist beantragt von Geyer und Genossen, also von der unabhängigen Fraktion, deren Unterstützung ausreicht.

Mit dieser Abstimmung ist der Kongreß einverstanden.

Wir beginnen nun mit der

Abstimmung

über den Antrag 10:

Die Waffenstillstandskommission zu beauftragen:

Sofort mit der Entente in Verhandlungen einzutreten über Gestattung unbeschränkter Wahlagitation zur Nationalversammlung im besetzten Gebiet.

Allen Parteien sollte gestattet werden, durch freien Verkehr im besetzten Gebiet, in Wort und Schrift an alle Wähler in Stadt und Land heranzutreten, sowie die ordnungsmäßige Vornahme der Wahlen zu kontrollieren.

Wer für den Antrag stimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß der Antrag **einstimmig angenommen** ist. (Ruf: Nein!)

Nun kommen wir zur

Abstimmung über den Termin der Nationalversammlung.

Auf Wunsch des Genossen Geyer lasse ich zunächst über den 16. März abstimmen. Wer dafür ist, daß die Wahlen zur Nationalversammlung am 16. März 1919 stattfinden sollen, den bitte ich, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist **abgelehnt.**

Nachdem der Antrag, betreffend den 16. März, als der weitestgehende bezeichnet worden ist, glaube ich, richtig zu verfahren, wenn ich jetzt über den 16. Februar abstimmen lasse. Ich bitte also diejenigen, welche dafür sind, daß der Wahltag der 16. Februar sein soll, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist **abgelehnt.**

Nunmehr bitte ich diejenigen, welche die

Wahlen auf den 19. Januar

festsetzen wollen, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen. (Nach der Abstimmung ertönen von der Minderheit Pfuirufe, die von der Mehrheit durch stürmischen Beifall und Händeklatschen beantwortet werden, woran sich auch die Tribüne beteiligt.) Ich habe soeben gehört, daß von einigen Delegierten „Pfui" gerufen worden ist (Sehr richtig), weil die Delegierten der Mehrheit dasselbe Recht ausüben, das den Delegierten der Minderheit zusteht, nämlich abzustimmen. Ich halte solche Pfuirufe für unwürdig dieser Versammlung. (Sehr richtig! — Andauernde Unruhe.) Man soll vor der Gesinnung und der Meinung eines jeden Delegierten Achtung haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 20. — **Der Antrag Lausenberg**, der besagt, daß zur **Herbeiführung einer sozialistischen Mehrheit der Nationalversammlung** die Einigung der sozialistischen Massen notwendig sei, daß hierzu aber Voraussetzung wäre, daß alle **kompromittierten Führer verschwänden, ist zurückgezogen.**

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 19. Der Antrag lautet:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands erwartet von der Reichsleitung, daß sie unter allen Umständen dafür sorgt, daß allen deutschen Landesteilen das freie Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gewährleistet wird, und daß sie sich daher mit der größten Entschlossenheit dagegen wendet, daß **fremde Staaten** unter Vergewaltigung von Völkerrecht und Selbstbestimmung durch Aus-

schreibung von **Wahlen in rein deutschen Gebieten** diese selbstverständliche Forderung des deutschen Volkes zu vereiteln suchen.

Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist **angenommen.** Fast einstimmig.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 22:

Der Rätekongreß protestiert gegen alle Absonderungsbestrebungen, ganz gleich, unter welchem Vorwande sie propagiert werden. Der Kongreß erklärt, daß nur der großdeutsche, demokratische, sozialistische Einheitsstaat Gewähr dafür bietet, daß das Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden kann.

Haas-Köln. Görles-Köln. Zwo[illegible]a-Nürnberg. **M. König-Dortmund.**

Ich bitte diejenigen, die hierfür stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; der Antrag ist **angenommen.** (Gegen eine kleine Minderheit. Ledebour: Er gehört nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung.) — Genosse Ledebour, der Antrag ist zu diesem Punkte gestellt worden, und ich bitte, daß der Antrag hierbei erledigt wird. — Die Sache ist erledigt.

Wir kommen jetzt zu dem Antrage Nr. 13 des Genossen **Däumig:**

1. **Die Delegiertenversammlung erklärt, daß unter allen Umständen an dem Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten wird, und zwar derart, daß den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht.**
2. **Die Delegiertenversammlung beauftragt eine Kommission mit der schleunigen Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte Deutschlands.**

— Ich habe schon vorhin gesagt, daß das Wort „Bundesräte" heißen muß „Bauernräte". —

3. **Auf Grund dieses Wahlrechts werden Wahlen auf einem Nationalkongreß der Arbeiter und Soldaten vorgenommen, der die Entscheidung über die künftige Verfassung Deutschlands zu fällen hat.**
4. **Solange die endgültige Verfassung der sozialistischen Republik nicht beschlossen ist, bildet ein Zentralrat von 53 Mitgliedern, die allen Teilen Deutschlands zu entnehmen sind, die höchste Kontrollinstanz des Rates der Volksbeauftragten und der Reichsämter.**

Der Antrag ist eigentlich durch die Abstimmung über die Festsetzung der Nationalversammlung erledigt. (Sehr richtig! und Widerspruch.) — Jawohl, es steht hier, daß unter allen Umständen an dem Rätesystem als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten wird. Der Kongreß hat sich für die Nationalversammlung erklärt. (Ledebour: Die Nationalversammlung kann ja das Rätesystem beschließen! Das können wir dann der Nationalversammlung überlassen.) — Jawohl, das kann die Nationalversammlung beschließen; aber dann können wir es der Nationalversammlung überlassen. Ich glaube also, daß eine Abstimmung über diesen Antrag jetzt nicht mehr vorgenommen werden kann. (Widerspruch und Unruhe.) — Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Seger. Ich bitte aber um Ruhe.

Seger-Leipzig:

Es ist hier von den Rednern mehrfach erklärt worden, daß das Rätesystem auch fernerhin bestehen soll. Schon aus diesem Grunde ist eine Bestätigung dringend notwendig, ganz abgesehen von dem richtigen Einwurf, der schon gemacht worden ist, daß ja durch die Nationalversammlung das Rätesystem sogar bestätigt werden kann und vielleicht auch wird. Ich würde also dringend darum bitten, um keine Mißdeutungen nach außen aufkommen zu lassen, als ob der erste Rätekongreß dem Rätesystem noch ausdrücklich das Todesurteil sprechen wolle, eine Abstimmung vorzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Leinert:

Sachlich kann ich ja hierzu nichts weiter sagen. Ich wollte gerade das letzte verhindern; aber ich komme gern dem Wunsche nach, nachdem er ja auch von einer größeren Fraktion geäußert worden ist. Wir werden also über den Antrag Nr. 13 abstimmen lassen. Die Abstimmung ist **namentlich.** Ich bitte die Mandatsprüfungskommission, das vollständige Verzeichnis der Delegierten in zwei Exemplaren zu übergeben, und ich bitte vier Schriftführer, heraufzukommen. (Pause.) Die

Mandatsprüfungskommission

erklärt soeben, daß noch die Bestätigung einiger Mandate, nämlich derjenigen, die gestern an die Mandatsprüfungskommission wieder zurückverwiesen worden sind, aussteht. Ich schlage deshalb vor, daß die Mandatsprüfungskommission zunächst einmal mitteilt, welche Beschlüsse sie darüber gefaßt hat; und wenn der Kongreß diesen Beschlüssen beitritt, können wir sofort die namentliche Abstimmung vornehmen. Genosse Löbe hat das Wort zur Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission.

Erledigung der zurückverwiesenen Mandatsprüfungsfälle.

Löbe-Breslau:

Genossen, ich fürchte allerdings, daß, da bei den Mandaten, die Sie gestern abend an die Mandatsprüfungskommission zurückverwiesen haben, doch eine Anzahl strittiger Fragen zu erledigen sind, Sie dadurch Ihre Abstimmung um eine geraume Zeit aufhalten werden. Denn es ist sehr leicht möglich, daß in den vier oder fünf Fällen, die uns noch zur Beschlußfassung unterliegen, über jeden einzelnen Fall noch eine Debatte stattfindet. Ich weiß also nicht, ob Sie diese Unterbrechung Ihrer Abstimmung jetzt vornehmen wollen, und möchte bitten, daß der Vorsitzende das feststellt.

Vorsitzender Leinert:

Tragen Sie doch die Fälle erst einmal kurz vor.

Löbe-Breslau:

Es wurde zurückverwiesen im Bezirk Breslau das Mandat Berger-Glatz. Die Kommission hat entschieden, daß das Mandat Fritzsche-Brieg zu recht besteht, weil es auf der ordentlichen Bezirkskonferenz festgelegt worden ist, und hat das Mandat Berger-Glatz für ungültig erklärt. Bei dem Mandat Tschickert von der X. Armee — —

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Einen Augenblick! Das hat die Mandatsprüfungskommission beschlossen. Wir haben in unserer Geschäftsordnung seinerzeit beschlossen, daß, wenn die Mandatsprüfungskommission entschieden hat, hier eine Debatte über solche Punkte nicht mehr stattfinden soll, sondern nur über diejenigen Punkte, wo die Mandatsprüfungskommission die Entscheidung offen gelassen hat. Die Sache mit Fritzsche ist damit erledigt. Bitte, weiter fortzufahren.

Löbe-Breslau:

Bei der X. Armee, Tschickert, ist die Mandatsprüfungskommission bei dem bisherigen Beschluß geblieben, nämlich das Mandat Tschickert nicht anzuerkennen, weil es nicht von einem berechtigten Truppenteil ausgestellt ist.

Vorsitzender Leinert:

Dazu wird mir soeben von **Tschickert** selbst eine **Erklärung** überreicht:

> Das Mandat Tschickert ist am 18. Dezember durch Beschluß des Kongresses an die Mandatsprüfungskommission zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen worden, und zwar mit der Bedingung, daß der Inhaber des Mandats zu hören ist. Das letztere ist nicht geschehen. Die Mandatsprüfungskommission hat sich über den Beschluß des Kongresses einfach hinweggesetzt und das Mandat wieder für ungültig erklärt. Ich protestiere gegen diese Art und Weise. Ich bin ordnungsmäßig gewählt, und zwar auf Grund der Richtlinien des Vollzugsrates vom 29. November bezw. 9. Dezember. Ich beantrage deshalb, das Mandat für gültig zu erklären.

Löbe-Breslau:

Wir müssen dem Kongreß überlassen, ob er das Mandat für ungültig erklären will. Der Referent für die Ostfront, Genosse Mehnert, hat gesagt, daß eine weitere Vernehmung nicht notwendig ist, da Gründe für eine Abänderung eines Beschlusses nicht vorlägen.

Vorsitzender Leinert:

Da die Entscheidung dem Kongreß überlassen bleiben soll, können wir abstimmen. Ich bitte, daß diejenigen, welche das Mandat des Genossen Tschickert für gültig erklären wollen, sich erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag der Wahlprüfungskommission auf **Ungültigkeitserklärung** des Mandates ist **angenommen.**

Löbe-Breslau:

Die Mandate im Bezirk **Wiesbaden** sind an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen worden. Wir bitten, den Streit zu beendigen, indem außer den bisherigen Mandaten auch die Mandate der Genossen **Scheffler** und **Irmer** nachträglich anerkannt werden.

Vorsitzender Leinert:

Widerspruch erhebt sich nicht; dem Antrage ist damit entsprochen.

285

Löbe-Breslau:

Bei **Potsdam** liegen zwei Mandate zu viel vor. Wir haben die Genossen des Bezirks Potsdam gebeten, sich untereinander zu verständigen und uns mitzuteilen, welche von den überzähligen Genossen auf ihr Mandat verzichten wollen. Der Vertreter des Bezirks hat uns mitgeteilt, daß an Stelle der bisherigen Mandatsinhaber Oskar Preuß und Otto Lück die Genossen **Gürgens** und **Plettner** gesetzt werden sollen. Wir empfehlen dem Kongreß, diesen Antrag anzunehmen.

Preuß-Potsdam:

Ich bin ordnungsmäßig als Delegierter auf der Kreiskonferenz des Regierungsbezirks Potsdam gewählt worden. Nun soll an meine Stelle jemand gesetzt werden, der gar nicht auf der Konferenz des Regierungsbezirks gewählt worden ist. Ich möchte doch bitten, diesen Vorschlag der Wahlprüfungskommission abzulehnen.

Latuske-Prenzlau:

Am 7. Dezember bin ich auf der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises Prenzlau in Prenzlau als Delegierter gewählt worden. Wir haben geglaubt, diese Wahl vornehmen zu müssen, in der Voraussicht, daß uns doch nicht rechtzeitig eine Nachricht über die Wahlkreiseinteilung zugehen würde. Tatsächlich ist uns in Prenzlau auch keine Nachricht davon zugegangen, daß die eigentlichen Wahlen der Delegierten am 14. Dezember in Potsdam vorgenommen werden sollen.

Vorsitzender Leinert:

Genosse Latuske, Ihr Mandat ist gestern bereits für ungültig erklärt worden, und Sie haben daher nicht mehr das Recht, an der Delegiertenversammlung teilzunehmen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über den Antrag der Wahlprüfungskommission abstimmen und bitte diejenigen, sich zu erheben, die dafür sind, daß anstelle der Genossen Preuß und Lück die Genossen Gürgens und Plettner treten sollen. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt. Die Genossen **Preuß** und **Lück** bleiben also **Delegierte.**

Löbe-Breslau:

Eigentümlich lagen die Verhältnisse bei **Hamburg.** Nach unserm Verzeichnis des Vollzugsausschusses hat Hamburg 6 Mandate und das anstoßende Schleswig-Holstein 9 Mandate zu besetzen. Es sind aber 7 ordnungsmäßig von Hamburg ausgestellte Mandate vorgewiesen. Das siebente Mandat wird damit gerechtfertigt, daß man sagt: Altona ist durch die neuen Verhältnisse an Hamburg angegliedert worden und Altona kann deshalb auch von Hamburg besetzt werden. Schleswig-Holstein hat aber auf sein Recht, 9 Mandate zu besetzen und Altona zu sich zu rechnen, nicht verzichtet, so daß das siebente Mandat von Hamburg überflüssig ist. Die beiden Landesteile haben sich darüber nicht einigen können. Der Kongreß wird beschließen müssen, ob das siebente Mandat von Hamburg anerkannt werden soll.

Dittmann-Hamburg:

Genossen, im Hamburger Städtegebiet existiert nur ein Arbeiter- und Soldatenrat, der zuständig ist für Hamburg, Altona und Wandsbeck. Da wir nun auch für das Altona-Wandsbecker Städtegebiet die Tätigkeit ausüben, haben wir uns für berechtigt angesehen, auch das siebente Mandat zu besetzen. Nun ist ja andererseits richtig, daß Altona und Wandsbeck und Umgebung zu Schleswig-Holstein gehören, und es wäre wohl richtig gewesen, wenn eine Verständigung zwischen dem Hamburg-Altonaer Arbeiter- und Soldatenrat und den Genossen in Schleswig-Holstein erfolgt wäre. Das ist nun nicht geschehen; durch wessen Schuld ist nicht festgestellt. Da nach unserer Auffassung mindestens eine Verständigung mit uns gesucht werden muß, sind wir der Meinung, daß derjenige zuständig sein soll, dessen Organisation auch die Vertretung dieses Gebietes sonst übernommen hätte. Wir bitten Sie, darüber zu beschließen.

Storbeck-Bergedorf:

Parteigenossen, Kameraden, es ist nicht ganz so, wie Genosse Dittmann sagt. Es besteht für Hamburg und Umgebung ein Arbeiter- und Soldatenrat, und zwar auf Bergedorfer Gebiet. Uns ist es nicht möglich gemacht worden, an der Arbeiter- und Soldatenratswahl teilzunehmen, weil nur die Delegierten der Hamburg-Altonaer und sonstigen Gebiete, die diese beiden Städte nicht betreffen, zugelassen worden sind. Das ganze Gebiet, das zwischen Wandsbeck und Bergedorf liegt, ist nicht einbezogen worden, und deshalb sind wir seinerzeit gezwungen worden, einen Arbeiter- und Soldatenrat zu bilden. Der Arbeiter- und Soldatenrat, von dem ich delegiert worden bin, bittet Sie, mein Mandat für gültig zu erklären. Ich bitte Sie besonders, zu berücksichtigen, daß bei der Tätigkeit, die wir ausüben, ein Land mit etwa 40 000 bis 50 000 Einwohnern in Frage

286

kommt. Es würde doch im Interesse der Bevölkerung liegen, daß wir das Mandat für Bergedorf-Stahnbeck für gültig erklären.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, daß Hamburg statt 6 7 Mandate erhält, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Geschieht.) Das erste war die Mehrheit; Hamburg hat also 7 Mandate.

Es tritt also als **siebenter Delegierter** für Hamburg der Genosse **Reich** hinzu.

Das Wort hat Löbe.

Löbe-Breslau:

Nun ist noch **Rheinland-Westfalen.** Im Bezirk Düsseldorf haben die Wahlen zu dem Delegiertenkongreß stark unter den Parteistreitigkeiten gelitten. Es sind deshalb Genossen beider Parteirichtungen hier erschienen, und die Mandatsprüfungskommission hat sich bemüht, einen Mittelweg zu suchen. Die Genossen, die erschienen und gestern zurückgewiesen worden sind — 19 Mann des Bezirks Düsseldorf —, sind auf einer Konferenz des Bezirks gewählt worden, auf der aber nach den Mitteilungen, die wir erhalten haben, von 12 Kreisen des Bezirks 7 nicht vertreten gewesen sind. Fünf waren nicht vertreten, weil sie im besetzten Gebiet liegen, ein Bezirk, weil er nach Nachrichten von seinen Genossen beider Richtungen nicht mehr rechtzeitig in den Besitz der Einladungen hat kommen können, und ein weiterer Kreis hat sich entfernt, Elberfeld, wegen des vorgenommenen Abstimmungsmodus. Es würde zu weit führen, hier Einzelheiten auseinanderzusetzen, es sind darüber weitgehende Untersuchungen in der Mandatsprüfungskommission vorgenommen worden.

Um uns nun das beschämende Bild zu ersparen, daß wir beide Mandate für ungültig erklären müßten, sowohl die der einen, wie der andern Richtung, empfehlen wir Ihnen, die Mandate von **Püß, Schluchtmann** und **Nogg** anzuerkennen, weil sie aus dem Kreis sind, der nach den Berichten von Genossen beider Richtungen nicht mehr rechtzeitig benachrichtigt werden konnte, nämlich dem Kreis Duisburg, und ferner das Mandat des Genossen **Dröner** für gültig, das des Genossen Evertz für ungültig zu erklären, weil es nur von einem örtlichen Soldatenrat ausgestellt ist.

Bühler-Düsseldorf:

Parteigenossen, ich bitte Sie dringend, sich nicht von dem Richtungsstreit leiten lassen zu wollen. Wir haben in der Mandatsprüfungskommission gestern einstimmig beschlossen, die Wahlen der 19 Delegierten, darunter auch eines von der rechtssozialistischen Seite, für gültig zu erklären. Auf Einspruch des Genossen Dröner, der die Sachlage hier wesentlich verschob und beantragte, die Sache zurückzuverweisen, ist erneut verhandelt worden. In dieser Verhandlung war die Richtungsfrage in den Vordergrund getreten. So ist es gekommen, daß eine Mehrheit für die Gültigkeit der zu Unrecht gewählten Delegierten eintritt.

Werte Anwesende! Ich bitte, folgendes zu beachten! Auch wir erklären, daß von den Kreisen, die auf der Konferenz nicht vertreten waren, die sechs linksrheinischen Kreise nicht vertreten sein konnten, weil sie durch die Besetzung abgeschlossen waren. Ich will bemerken, daß nicht 7, sondern diese 6 Kreise fehlten. Die anderen 6 großen Wahlkreise Düsseldorf, Mettmann, Elberfeld, Solingen, Duisburg und Essen waren alle auf der Konferenz vertreten. Weiter bitte ich zu beachten, daß die Wahlprüfungskommission vorschlägt, die Mandate aller für gültig zu erklären, ferner die Mandate derjenigen von Duisburg. Ich persönlich habe in der Mandatsprüfungskommission erklärt: Jawohl, wenn schon einmal die linksrheinischen Kreise mit Rücksicht auf das Fehlen auf der Konferenz für gültig erklärt werden sollen, dann hätte ich schließlich nichts dagegen, daß die Wahlprüfungskommission die Duisburger Mandate auch für gültig erklärt. Nun hat der Berichterstatter, Genosse Loebe, auseinandergesetzt, welche Gründe dazu führten, die Duisburger Mandate als gültig zu erklären, hat aber nicht erklärt, warum man das Mandat des Genossen Dröner für gültig erklären soll.

Da will ich bemerken, daß die Einladung zur Konferenz nach Elberfeld rechtzeitig und fristgemäß abgegangen, dort auch erhalten worden ist, daß die Elberfelder Genossen benachrichtigt gewesen sind. Das ist Obstruktion von den Elberfelder Genossen, die dazu beitragen, daß die Elberfelder Genossen für sich einen Delegierten wählten, als sie sahen, daß sie mit ihren Anträgen nicht durchdrangen. Ich bin der Meinung, daß sich der Kongreß nicht von Richtungsfragen beeinflussen lassen darf, sondern rein objektiv prüfen muß, ob das Mandat gültig ist oder nicht.

Zum Schluß will ich bemerken: Es kommt wesentlich in Betracht, zu beachten, daß wir gestern in der Mandatsprüfungskommission sowohl als im Plenum hier beschlossen haben: wenn auf der Konferenz die Wahlen rechtmäßig zustande gekommen sind und ein einzelner Ort einen Delegierten besonders wählt,

wird diese letztere Wahl für ungültig erklärt. Da es für Elberfeld ebenso zutrifft, bitte ich, mit Rücksicht hierauf und auch aus demokratischen Gründen die Wahl des Dröner für ungültig zu erklären. Sonst würden wir uns im ganzen Lande unsterblich lächerlich machen.

Dröner-Rheinland:

Ich bitte Euch, meine Wahl für gültig zu erklären. Denn die Umstände, wie sie in den Bedingungen des Waffenstillstandes liegen, erfordern absolut die Vertretung der abgeschnittenen Wahlkreise. Ich bitte also, diese Wahlkreise durch mich vertreten zu lassen.

Loebe-Breslau.

Nach der Erklärung des Genossen Bühler sind also jetzt nicht mehr strittig die Mandate von Duisburg: Pütz, Schluchtmann und Rogg. Es ist zunächst nur noch das Mandat des Genossen Dröner strittig. Da ist mir mit Recht vorgeworfen worden, daß ich nicht die Gründe auseinandergesetzt habe, weshalb die Mandatsprüfungskommission um die Genehmigung dieses Mandats bittet. Nun muß ich das nachholen; es wird sehr kurz sein. Auf der Einladung zu der von mir erwähnten Konferenz der zwölf Wahlkreise war nach den Berichten, die die Mandatsprüfungskommission bekam, bemerkt, daß jeder Wahlkreis 20 Stimmen haben sollte. (Widerspruch.) Das ist aber in der Mandatsprüfungskommission so berichtet worden; ich kann das nur mitteilen. (Zuruf: Ist gelogen!) was zur Abstimmung geführt hat. Nun sind sechs Kreise überhaupt nicht erschienen; von den Stimmen fielen also schon 120 weg. Von den ferneren Kreisen hatte einer nur zwei, einer neun Delegierte geschickt, und als die Konferenz zusammengetreten war, hat sie beschlossen, daß nur 20 berechtigt sein sollen, ihre Stimme abzugeben, und sie hat alle Anwesenden für stimmberechtigt erklärt, so daß schließlich in der Konferenz, auf der nur 71 Stimmberechtigte hätten anwesend sein dürfen, 191 gestimmt haben, weil nämlich der Ort, an dem die Konferenz zufällig tagte, mit viel mehr Mitgliedern vertreten war. Das ist das, was bei dem Mandat Dröner mit fünf gegen zwei Stimmen zu dem Vorschlag geführt hat, Ihnen das Mandat des Genossen Dröner als berechtigt zu empfehlen, weil wir sonst hätten empfehlen müssen, alle 19 anderen Mandate für ungültig zu erklären. (Zuruf: Böser Schwindel!) Genossen, es ist auch ein Genosse von den Unabhängigen mit da gewesen, der Genosse Rogg, der uns auseinandergesetzt hat, wie ungeheuer mangelhaft und uninformiert der ganze Bezirk über die Wahl gewesen ist. (Lebhafter Widerspruch.) Ich schlage Ihnen also vor, das Mandat des Genossen Dröner für gültig zu erklären; sonst bestehen auch die anderen Mandate von dort nicht zu Recht. Das ist mir nochmals von anderen Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission noch in diesem Augenblick versichert worden. (Zuruf.)

Vorsitzender Leinert:

Zur Geschäftsordnung kann das Wort nicht mehr erteilt werden. (Erneuter Zuruf.) — Aber Genossen, erschweren Sie doch die Geschäftsführung nicht. Was in der Geschäftsordnung beschlossen ist, das bleibt bestehen. Ich bin verpflichtet, das durchzuführen. Zur Geschäftsordnung können Sie jetzt nicht das Wort erhalten. Denn bei Wahlprüfungen kann nur einer für, einer gegen die Gültigkeit sprechen. Das ist in diesem Falle geschehen, und damit ist die Sache erledigt; wir kommen jetzt zur Abstimmung. (Zuruf: Dann erkläre ich vor dem Kongreß, daß seitens der drei Genossen, die vernommen worden sind, die Unwahrheit versichert worden ist; das bestätigen alle Beteiligten.) Es wird mir eben eine Erklärung für den Regierungsbezirk Potsdam überreicht; das ist erledigt, da ist nichts mehr zu sagen. (Zuruf.) Wenn Ihr Mandat für ungültig erklärt worden ist, dann können Sie nicht mehr im Saale bleiben, dann müssen Sie den Saal verlassen. (Erneuter Zuruf.) Wenn Sie nicht ein gültiges Mandat haben, können Sie keine Erklärung abgeben.

Es ist beantragt, das Mandat des Genossen Dröner für gültig zu erklären.

Ein **Mitglied** (zur Fragestellung):

Arbeiter- und Soldatenräte! Ich habe soeben festgestellt, daß ein Beauftragter von irgendeiner Stelle durch den Saal gegangen ist und erklärt hat, wie die Delegierten stimmen sollten. (Hört, hört!) Wir sind auf keinem Parteitage, sondern in einem Parlament, und ich halte ein derartiges Verfahren für unzulässig.

Vorsitzender Leinert:

Ich kann erklären, daß ich keinerlei Auftrag erteilt habe, und wenn ein Genosse schließlich jemanden herumschickt, so kann ich das nicht verhindern. Aber das ist eine Sache für sich.

Es ist beantragt worden, das Mandat des Genossen **Dröner** für gültig zu erklären. Ich bitte diejenigen, welche dieses Mandat für gültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Das Mandat ist für **gültig** erklärt.

Dann ist weiter beantragt worden, die Mandate von **Pütz, Schluchtmann** und **Rogg** für gültig zu erklären. Ich bitte diejenigen, welche die Gültigkeitserklärung dieser Mandate aussprechen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Die Mandate sind für **gültig** erklärt.

Dann ist zu beschließen über das Mandat des Genossen Evertz. Die Kommission beantragt die Ungültigkeitserklärung dieses Mandats. Ich bitte diejenigen, welche das Mandat für ungültig erklären wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Diese erfolgt.) Das erste war die Mehrheit. Das Mandat ist für **ungültig** erklärt.

Löbe-Breslau:

Nun ist zum Schluß noch ein Beschluß zu fassen über die Mandate der beiden Mitglieder des Vollzugsrats von **Elsaß-Lothringen**, Lempke und Oehmig. Diese sind mit demselben Mandat hier erschienen wie das gestern anerkannte elsaß-lothringische Mitglied Seelow. Wir empfehlen Ihnen, diese beiden Mitglieder als berechtigte Mitglieder des Kongresses zu erklären.

Vorsitzender Leinert:

Es wird beantragt, die Mitglieder **Lempke** und **Oehmig** als vollberechtigte Mitglieder des Kongresses zu erklären. Ich bitte diejenigen, die dafür stimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist demgemäß beschlossen.

Nunmehr bitte ich die Mandatsprüfungskommission, die so veränderte Präsenzliste festzustellen.

Wir beginnen mit der

Abstimmung über den Antrag Däumig Nr. 13.

Ich will den Antrag nicht mehr verlesen — Sie kennen ihn alle. Ich bitte diejenigen Delegierten, die den Antrag Nr. 13 des Genossen Däumig annehmen wollen, mit „Ja" zu antworten, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, mit „Nein" zu antworten.

Der Aufruf beginnt. Ich bitte die Namen aufzurufen. (Der Namensaufruf beginnt.)

Ich bitte nun diejenigen, welche bei der Abstimmung nicht anwesend gewesen sind, hier vorzutreten. Die Schriftführer werden jetzt die einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke aufrufen. Wer bei der Abstimmung gefehlt hat, muß sich dann melden. (Der Aufruf erfolgt.) Die Abstimmung ist geschlossen. Die Schriftführer werden das Resultat feststellen. Ich bitte einen der Schriftführer, der an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, hier heraufzukommen. (Das Ergebnis wird ermittelt.)

Genosse **Mucker** hat mitgeteilt, daß er aus zwingenden Gründen abreisen müsse, daß er aber, wenn er hätte abstimmen können, für den Antrag Däumig gestimmt haben würde.

Es ist mir mitgeteilt worden, daß bisher erst 210 Fragebogen eingegangen sind. Ich bitte dringend, die Fragebogen auszufüllen; es ist von besonderem Wert, wenn das Protokoll herausgegeben wird, dann auch etwas über die Delegierten zu erfahren.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Wahl des Vollzugsrates der Republik.

Hierzu ist von der Fraktion der Unabhängigen — Geyer und Genossen — beantragt worden:

Dem Antrag Lüdemann zur Erläuterung des Ausdrucks „parlamentarische Überwachung" durch Beschluß die authentische Auslegung zu geben:

Der Zentralrat hat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung.

Hierbei steht auch zur Beratung die **Erklärung**, die der **Volksbeauftragte Haase** vorhin abgegeben hat.

Es handelt sich also nun die Auslegung der Resolution Lüdemann. Die Feststellung der Auslegung ist abhängig von der Wahl des Rates, die zur Erörterung steht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ein Antrag vorliegt, daß der Zentralrat aus 27 Mitgliedern bestehen soll. Soweit mir bekannt ist, besteht bei sämtlichen Fraktionen Einstimmigkeit darüber, daß der Vollzugsrat oder **Zentralrat**, wie er hier genannt worden ist, **aus 27 Mitgliedern bestehen** soll. Insofern nicht etwa anderes beantragt wird, werde ich zunächst darüber abstimmen lassen, und zwar ohne weitere Debatte, ob der Rat aus 27 Mitgliedern bestehen soll, damit die

Wahlen während der Debatte vorbereitet werden können. — Der Kongreß ist damit einverstanden.

Ich bitte daher diejenigen, welche den Zentralrat aus 27 Mitgliedern bestehen lassen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist beschlossen.

Wir treten nun in die Beratung ein.

Das Wort hat der Volksbeauftragte Ebert.

Volksbeauftragter Ebert:

Genossen, es handelt sich hier um eine Frage, die von überaus großer Bedeutung ist und über die völlige Klarheit geschaffen werden muß. (Sehr richtig!) Ich persönlich bin der Meinung, daß **die Resolution Lüdemann**, so wie sie vom Kongreß angenommen worden ist, durchaus klar ist, Meinungsverschiedenheiten nicht aufkommen lassen kann. Aber sie sind entstanden und müssen meines Erachtens restlos geklärt werden. Dabei bitte ich auf das Dringlichste, unsere Beweggründe ernstlich zu prüfen. Bei unsern bisherigen Verhandlungen ist schon mehrfach zum Ausdruck gekommen, daß durch die grundstürzende Umwälzung unseres ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens unser Land vor die allergrößten Schwierigkeiten gestellt ist, vor Schwierigkeiten, wie sie in der Weltgeschichte noch kein wirtschaftlich hochentwickeltes Land vor sich gesehen hat. Wenn wir unsere revolutionären Erfolge sichern wollen, dann müssen wir alles tun, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, um den Zusammenbruch zu vermeiden, und wenn diese furchtbaren Schwierigkeiten überwunden werden sollen, so muß der **Regierung** des Landes ein gewisses Maß von **Bewegungsfreiheit** gegeben werden. (Sehr richtig!)

Es muß ein einheitlicher Wille durch das ganze Land gehen, um der Schwierigkeiten Herr werden zu können, es muß von der Zentralinstanz möglich sein, mit Initiative und Energie, mit entschlossener Tatkraft diesen Schwierigkeiten entgegentreten zu können. Vor allem aber gehört dazu die Möglichkeit schnellen Handelns, und diese Forderung, Genossen, tritt an die Regierung nicht nur täglich, sie tritt stündlich an sie heran. Stündlich werden uns Fragen vorgelegt, deren Erledigung für Sein oder Nichtsein entscheidend ist, deren Entscheidung maßgebend ist zur Vermeidung von unermeßlichem wirtschaftlichem Unglück, deren rasche Entscheidung notwendig ist, um unser wirtschaftliches Leben aufrecht zu erhalten.

Damit von der Regierung gegenüber den Revolutionsträgern keine Willkür getrieben werden kann, ist in unserer Resolution — der Resolution Lüdemann, die Sie angenommen haben und die damit unsere Resolution geworden ist — klar zum Ausdruck gebracht, daß der **Zentralrat das Recht hat**, die Mitglieder der Regierung, **die Volksbeauftragten abzuberufen**, wenn sie nicht mehr das Vertrauen des Zentralrats besitzen. Genossen, das ist eine so weitgehende Möglichkeit des Einflusses auf die Regierung, wie sie eigentlich weitgehender nicht geschaffen werden kann. (Sehr richtig!) Sie haben also die absolute Sicherung, daß alle Träger der Regierungsgewalt das Vertrauen Ihrer Beauftragten besitzen müssen. Damit, glaube ich, sollten Sie sich begnügen, nachdem das klar, einwandfrei ausgedrückt ist und wir von der Regierung uns rückhaltslos auf diesen Boden gestellt haben.

Denken Sie sich die Schwierigkeiten, die eintreten, wenn bei Gesetzen die Zustimmung des Zentralrats eingeholt werden soll; denn es handelt sich in diesen Fällen nicht um Gesetze in herkömmlicher Art. Es handelt sich auch nicht um eine Regierung in herkömmlicher Weise, die ernannt worden ist von einem Monarchen. Es handelt sich um eine Regierung, die auf Grund des Volkswillens auf ihrem Platze steht. Auf der anderen Seite

haben wir nicht die Möglichkeit, in der alten Form der Legislative zu verhandeln, weil der staatsrechtliche Boden unter uns fehlt, weil wirtschaftlich alles gestürzt ist, weil wir ein geschlagenes Land sind, das keine Rohstoffe mehr hat, das unter den größten Ernährungsschwierigkeiten leidet, ein Land, das sich nur halten kann, wenn schnell und restlos entschieden werden kann. (Sehr richtig!)

Nun soll bei jedem Gesetz, das wir erlassen, die Zustimmung eingeholt werden. Wir müssen heute jede Verordnung, die früher ein Reichsamt, die früher der Bundesrat aus eigenem Entschluß erlassen konnte, in Form von Gesetzen herausgeben. Deshalb ist es schon ganz unmöglich, in jedem Fall die Zustimmung einzuholen.

Denn sehen Sie sich den Beschluß an; er bezieht sich nicht allein auf die Tätigkeit der Reichsleitung, er greift auch auf die preußische Regierung Platz. Auch die preußische Regierung muß so entschlossen handeln können wie wir. Nun soll der Zentralrat nicht allein die Zustimmung zu unsern Maßnahmen, sondern auch zu denen geben, die die preußische Regierung täglich zu treffen hat. Ich will Sie nur ins Bild setzen. Die Dinge liegen staatsrechtlich heute so, daß kein Staatsamt in wichtigen Fragen mehr selbst entscheiden kann. Alle Entscheidung liegt in unserer Hand. Nehmen Sie die Waffenstillstandsverhandlungen! Es kommt während der Verhandlungen fortgesetzt vor, daß wichtige telephonische Mitteilungen kommen: ich muß die und die Frage vorlegen und verlange die Entscheidung der Regierung. Oder nehmen Sie wirtschaftspolitische Fragen! Es kommt der Staatssekretär des Wirtschaftsamts: zur Sicherung der Ernährung, zur Sicherung der Einfuhr dieser oder jener Produkte, die dort und dort lagern, sind schnellstens die und die Maßnahmen notwendig. Wir müssen sofort zusammentreten und sofort eine Verordnung beschließen, um die Bestände zu sichern, um den Forderungen des Wirtschaftsamts Rechnung zu tragen. So liegt es beim Demobilmachungsamt. Wir konnten die Demobilmachung, die durch den Zusammenbruch alle Vorbereitungen über den Haufen warf und nun je nach der Lage durch fortgesetzte Entscheidung geregelt werden muß, nicht planmäßig vorbereiten. Wir werden täglich, stündlich bei der Demobilisation vor Fragen gestellt. Hier muß schnell entschieden werden, dort muß schnell gehandelt werden: wir müssen schnell eingreifen können. Bei der Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft usw., wo Sie hinsehen, stündlich und täglich die Notwendigkeit, rasch zu handeln und rasch zu entscheiden! Fast alle diese Maßnahmen basieren auf Verordnungen, die im heutigen Sinne Gesetz sind.

Wenn wir zu allen diesen Maßnahmen erst die Zustimmung des aus dem ganzen Reich zusammengesetzten Ausschusses von 27 Mitgliedern einholen müßten, so wären wir lahmgelegt. Ich sage dies nicht als nur meine persönliche Auffassung. Es ist dies auch keine Auffassung, die uns von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei von den Freunden der U. S. P. unterscheidet. Ich habe Fühlung genommen mit den Vertretern der preußischen Regierung, mit Wurm vom Ernährungsamt und anderen, — und alle erklärten mir: Wenn die Deklaration und dieser Beschluß, wie es die Unabhängige Sozialdemokratie fordert, Gesetzeskraft erhalten, wenn der Kongreß dem zustimmen sollte, so können wir unmöglich die Verantwortung weiter tragen und unser Amt weiter führen. (Hört, hört!)

Es sind also lediglich sachliche Gründe, die uns zwingen, mit allem Nachdruck den Kongreß zu bitten, diesen Antrag abzulehnen. Was möglich ist auf dem Wege der Zusammenarbeit des Zentralrats und der Re-

gierung in der Gesetzgebung, soll geschehen. Das hat Ihnen der Kollege Haase in seiner Deklaration heute morgen mit Zustimmung der Regierung klar und deutlich dargelegt.

Was in dieser Deklaration gesagt wird, geht bis zum Äußersten. Aber auch wir sind bereit, uns auf den Standpunkt dessen zu stellen, was Kollege Haase erklärt hat.

Was sagte er? Alle Verordnungen, **alle Gesetze sind dem Zentralrat vorzulegen**, einmal um ihm die Kontrolle zu geben, andererseits auch um ihm eine Einwirkung zu ermöglichen. Alle großen Gesetze, die von langer Hand vorbereitet werden, wollen wir gemeinsam mit dem Zentralrat beraten und versuchen, zu einer Verständigung zu kommen.

Ich sage Ihnen, Genossen, wenn der gute Wille so wie bei uns beim Zentralrat ist — daran zweifle ich nicht —, wird man auch bei allen Schwierigkeiten die Möglichkeit der Verständigung finden. (Zuruf: Also!) Aber die Deklaration darf nicht so weit gehen — damit komme ich auf Ihren Zuruf „Also" —, daß das, was heute morgen mit großer Mehrheit ausgesprochen und festgesetzt ist, wieder umgekehrt und in sein Gegenteil verwandelt wird.

Der Grundsatz, der in diesem Antrag ausgesprochen ist, geht dahin: die **Exekutive** und **Legislative** liegt in den Händen des Rats der **Volksbeauftragten**. (Sehr richtig!) Es ist unmöglich und ganz unzulässig, nun auf dem Wege der Deklaration diesen Beschluß einfach in das Gegenteil umkehren zu wollen. Die Versammlung würde sich mit sich selbst in Widerspruch stellen.

Deshalb sage ich, Genossen, wollen Sie, daß es uns in der Reichsleitung möglich ist, die furchtbaren, ungeheuren Schwierigkeiten, die vor uns stehen, zu meistern, dann müssen Sie uns die dazu nötige Bewegungsfreiheit geben. Ohne diese Bewegungsfreiheit, das erkläre ich ebenfalls offen, sind wir außerstande, diese schwere Pflicht, die uns auferlegt ist, zu erfüllen, und wir sind auch nicht willens, dann die Verantwortung zu übernehmen. (Zuruf: Drohung!) Das ist keine Drohung, es ist lediglich aus offener Überzeugung heraus das gesagt, was uns die Erfahrung eingebracht, was uns die Erfahrung zur Überzeugung gemacht hat, nicht allein uns von der Mehrheitspartei, sondern auch die Vertrauensleute der U. S. P., die in diesen schweren Wochen an verantwortlichen Stellen gestanden haben. Deshalb bitte ich Sie: lehnen Sie den Antrag ab (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Obuch-Berlin:

Im Auftrage meiner Freunde von der U. S. P. will ich den Antrag begründen, daß der Ausdruck **„parlamentarische Überwachung"** allerdings eines Kommentars bedarf, weil er nämlich zwei Begriffe in sich schließt und ohne nähere Erläuterung in sich einbezieht. Wie Sie eben von meinem Vorredner, dem Volksbeauftragten Ebert, gehört haben, beansprucht der Rat der Volksbeauftragten für sich die Legislative und die Exekutive. Wenn nun die Stellung des Zentralrats zu diesem Rate der Volksbeauftragten diejenige einer parlamentarischen Überwachung sein soll, so kann ich mir bezüglich der Exekutive eine solche Überwachung sehr gut denken, indem nämlich die Handhabung des Geschäfts, falls sie nicht den Wünschen des Zentralrats entspricht, zum Gegenstand einer Verhandlung mit den Volksbeauftragten gemacht wird.

Bezüglich der Legislative aber ist der Ausdruck „parlamentarische Überwachung" durchaus unklar, und wir sind allerdings der Meinung, daß der Ausdruck „parlamentarische Überwachung" nicht ohne weiteres das Recht der Mitbestimmung bei der Legislative in sich schließt. (Sehr richtig!)

Ich meine, der Volksbeauftragte Ebert hat die parlamentarische Überwachung dahin erläutert, daß er sagt: nach Möglichkeit werden wir uns bei jedem Gesetz, das wir einbringen, mit dem Zentralrat in Verbindung setzen, wir werden dann sehen, ob wir eine Verständigung mit dem Zentralrat herbeiführen können. Gelingt das aber nicht, so müssen wir, weil wir in einer revolutionären Epoche leben, und weil die Verantwortung, die wir zu tragen haben, außerordentlich schwer ist und die Stunde drängt, die Gesetze herausgeben ohne die Zustimmung des Zentralrats. Ich frage Sie alle: der Zentralrat, dessen Mitgliederzahl jetzt bereits auf 27 festgesetzt ist, der hier am Orte in Berlin tagt, soll nicht in der Lage sein, innerhalb 24 Stunden mit dem Rat der Volksbeauftragten zusammenzutreten, in jedem Falle Fühlung zu nehmen und sich in jedem Falle zu verständigen? Ich frage Sie: weshalb dieser große Aufwand von Begründung, weshalb dieser Aufwand von Erklärungen des Rates der Volksbeauftragten dagegen, in jedem Falle, bei jedem Gesetze mit dem Zentralrat zusammenzuarbeiten?

Parteigenossen, damit berühren wir eine verfassungsrechtliche Frage, die die berühmte Frage der Volkssouveränität wieder aufwirft. Damit wird vor uns die Frage aufgeworfen, sollen wir sechs Beauftragte, die ein für allemal das Amt der Regierung ausüben, ohne jede Instanz sein lassen, die mit ihnen gemeinschaftlich die Gesetzgebung handhabt? (Zuruf: Provisorisches Abberufungsrecht!) — Gewiß, nur provisorisch.

Parteigenossen, als ich außerhalb dieses Saales gelegentlich einmal auf die Frage der **Legislative** zu sprechen kam, sagten mir Genossen aller Richtungen, in der Gesetzgebung müssen doch die Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland zusammengerufen werden, ähnlich wie in einem Parlament, und die Gesetzgebung muß sich doch in ordnungsmäßiger Form zwischen Regierung und Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte vollziehen, und ich sagte: Das ist nicht durchführbar; wenn ein Zentralrat eingesetzt ist und 27 Mitglieder, die Ihr Vertrauen haben, mit dem Rate der Volksbeauftragten zusammenarbeiten, dann ist eine so schnelle Arbeit gewährleistet und anderseits auch ein solches Vertrauen zwischen diesen beiden Körperschaften, daß wir die Gesetzgebung in dieser Form handhaben lassen können.

Der Volksbeauftragte Ebert sagt: wir werden stündlich vor Fragen gestellt, die über das ganze Sein und Nichtsein entscheiden, und er weist darauf hin, daß die Regierung ja auf Grund des Volkswillens berufen sei. Was er unter dieser Begründung beansprucht, das läuft darauf hinaus, diesen Rat der Volksbeauftragten, der Exekutive und Legislative in sich vereinigen soll, vollkommen selbstherrlich regieren zu lassen. (Sehr richtig! — Zurufe: Bis zum 19. Januar!)

Parteigenossen, es wird nun immer eingewendet, daß der Zentralrat das Recht hat, die sechs Volksbeauftragten abzuberufen, wenn sie sein Vertrauen nicht mehr besitzen. Wie konnte überhaupt der Volksbeauftragte Ebert das hier als einen ernsthaften Grund bei der Behandlung dieser Frage ins Feld führen? Der Vollzugsrat wäre ja in einer ständigen Zwangslage und müßte sich jeden Augenblick die Frage vorlegen: soll ich um dieses oder jenes Erlasses oder Gesetzes willen, das jetzt beraten wird, die Kabinettsfrage aufwerfen? Es hieße ja einen Rechtszustand schaffen, der die Konflikte geradezu in Permanenz erklärt, der den Konfliktsstoff ständig zwischen Zentralrat und Rat der Volksbeauftragten nährt, und es würde

dann der Zustand demjenigen ähnlich sein, in welchem bisher der Vollzugsrat war. Alle Mitglieder des Vollzugsrates, auf welcher Seite sie auch stehen mögen, werden mir zugeben, daß es zum mindesten ein sehr unangenehmes und schwieriges Arbeiten mit dem Rate der Volksbeauftragten war, weil die Grenzen der Kompetenz nicht klar gezogen waren. (Zuruf.) — Gewiß, auch um der Kontrolle willen.

Parteigenossen, selbstverständlich muß die Regierung bis zu einem gewissen Maße freie Hand haben. (Zuruf: Na, also!) Es werden allerdings viele Verordnungen — da komme ich auch auf das Ernährungswesen, das hier erwähnt wurde, zu sprechen — notwendig, die manchmal schnell und möglichst formlos ins Land gehen müssen. Daran denkt niemand, dieses **Verordnungsrecht der Regierung** irgendwie beseitigen zu wollen. Es wäre ganz verkehrt, wenn wir verlangen wollten, daß die Regierung jede gesetzliche Regelung, und möge sie sich auf eine noch so große Quisquilie beziehen, dem Zentralrat vorlegt; das können wir vernünftigerweise gar nicht wollen, und es wird niemand von meinen Freunden etwas dagegen haben, wenn der Rat der Volksbeauftragten, — ähnlich wie der Bundesrat im Frieden Verordnungen ergehen lassen konnte ohne Zustimmung des Reichstages, der eine viel größere Körperschaft war —, da immerhin in diesen Zeiten der Revolution schnelles Handeln erforderlich ist, selbständig handeln würde.

Aber wenn wir auch so weit noch mitgehen, so kommt nun eben die Frage, die für uns von verfassungsrechtlich durchschlagender und grundsätzlicher Natur ist, und bei der ich nicht begreife, daß es auch nur einen Demokraten geben kann, der es nicht für wünschenswert hält, dem Rat der Volksbeauftragten für die Ausübung der Legislative, für die Schaffung wichtiger Gesetze den Zentralrat an die Seite gestellt zu sehen und Regierung und Zentralrat als gemeinschaftliche Träger dieser legislativen Gewalt anzunehmen. (Sehr richtig!) Sie schaffen ja gewissermaßen einen

sechsköpfigen Absolutismus.

Das wird Ihnen von der Rechten vorgehalten werden, wird Ihnen auch im Auslande vorgehalten werden (Widerspruch), wenn Sie in diesen Dingen von den Grundsätzen der Revolution abgehen. Aber gewiß, Parteigenossen! Glauben Sie denn, daß unsere Bruderparteien in Frankreich und England es verstehen werden, daß in dieser politisch außerordentlich bewegten und wichtigen Zeit sechs Volksbeauftragte ohne jede Einschränkung das Recht haben sollen, wichtige Gesetze in einem Lande zu erlassen? (Zurufe: Jawohl!) Nein, Parteigenossen; da werden Sie immer wieder zu hören bekommen: das soll nicht durchführbar sein, daß hier in Berlin eine Körperschaft ansässig ist, die ihre Rechte allerdings aus einer andern Quelle ableitet als der Rat der Volksbeauftragten, nämlich von der höchsten Instanz des ganzen Reiches, und diese Körperschaft soll nicht in der Lage sein, zu 27 zusammen mit dem Rat der Volksbeauftragten die Gesetze zu beraten!? Parteigenossen, ich verstehe es nicht, wie es einen Demokraten geben kann, der sich gegen einen solchen Antrag wendet, ich verstehe vor allen Dingen aber nicht, warum der Volksbeauftragte Ebert uns gewissermaßen ein Ultimatum stellt und sagt: ja, eine solche Verantwortung können wir überhaupt nicht tragen. Parteigenossen, im allgemeinen muß eine Regierung mit einer Körperschaft zusammen arbeiten, die noch viel mehr Köpfe zählt als der Zentralrat, und wenn erst die Nationalversammlung zum Leben erstanden ist und die Volksbeauftragten mit dieser werden zusammenarbeiten müssen, werden die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse doch auch noch nicht grundsätzlich andere sein; aber sie werden

dann mit den Delegierten der Nationalversammlung arbeiten müssen. Wenn wir Ihnen heute die Möglichkeit geben, mit einem Zentralrat von 27 Köpfen zusammenzuarbeiten, und Sie werfen uns dann schon die Geschäfte vor die Füße, weil Sie die Verantwortung nicht glauben tragen zu können, dann, Parteigenossen, sage ich: hinter dieser Argumentation steckt etwas anderes (Sehr richtig!), und ich rufe darum: **Proletariat, sei auf der Hut**, heute ist noch keine Nationalversammlung zusammengetreten, heute bist du es allein, das du in der Gestalt des Zentralrats mit dem Rat der Volksbeauftragten zusammenarbeiten kannst, und da sollst du dein Recht wahrnehmen, es festhalten und es verteidigen. (Bravo! und Zurufe.)

Volksbeauftragter Barth:

Werte Genossen, ich möchte Sie dringend bitten, sich trotz der Ausführungen meines Kollegen Ebert, trotzdem er auch sehr erregt und eindringlich sprach, nicht irritieren zu lassen, und zwar aus folgendem Grunde: **es ist nicht halb so schlimm**, wie die Sache aussieht. Vor allen Dingen liegt es einmal so in der Praxis: in 5 bis 6 Wochen haben wir die Nationalversammlung, und ich bin der Auffassung, daß, wenn der Genosse Ebert in genau so leidenschaftlicher Weise hier vorhin hingetreten wäre und erklärt hätte, daß es dem Rat der Volksbeauftragten unmöglich sei, intensiv und schnell zu arbeiten, wie das in revolutionären Zeiten notwendig sei, er dann eigentlich Ihren Antrag, den Sie vorhin angenommen haben, zur Ablehnung gebracht haben würde. (Sehr richtig!) Denn, wenn es unmöglich ist, schnell, energisch, zielklar und unbeirrt Gesetze zu machen, wenn man irgendwie eine parlamentarische Instanz schafft, mit der man sich beraten muß, dann darf man natürlich keine Nationalversammlung wählen oder einberufen. (Sehr gut!) Dann geben Sie doch zu, daß es tausendmal leichter ist, in einer Körperschaft von 27 Köpfen einig zu werden, als in einer Körperschaft wie der Nationalversammlung mit 400 bis 500 Köpfen. Das ist nach meiner Auffassung so sonnenklar wie nur irgend etwas. Wenn man also jetzt erklärt: Wir können unmöglich auf diese Forderung eingehen, unmöglich dulden, daß dieser Zentralrat das Recht der Legislative erhält, dann frage ich Sie, wie es jemand erklären will, daß ein Rat mit einem Parlament zusammen die Geschäfte des Reiches soll erledigen können. (Sehr richtig!)

Auf der anderen Seite möchte ich Sie doch dringend bitten, Genossen, zu erwägen, was es heißt: gegen 6 Menschen sät man viel leichter Mißtrauen als hier zwischen 6 und 27. Und das eine steht fest, daß das Vertrauen und die Hoffnung der breiten Massen auf eine ganz andere Basis gestellt wird, wenn dem Vollzugsrat bei wichtigen Gesetzen das Beschlußrecht zur Nachkontrolle gegeben wird. Dann weiß draußen jeder einzelne, es wird nichts getan, was den Interessen der Arbeiterschaft entgegen wäre. In 6 Wochen wird das alles getan von einer Körperschaft, die man nicht kennt, während man hier eine Körperschaft hat, von deren Männern man weiß, daß sie auf unserem Boden stehen und gewillt sind, im Interesse der Erhaltung und des Ausbaues der Revolution tätig zu sein. Wenn man sagt, das geht nicht, dann sage ich, dann geht überhaupt nichts mehr. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu: mir wäre es in den letzten 5 Wochen sehr oft viel lieber gewesen, **ich hätte die Diktatur in Deutschland ganz allein gehabt.** (Aha! und Heiterkeit. — Zuruf von Ledebour: Das wäre etwas Schönes gewesen!) — Ob das eine schöne oder eine schlechte Sache gewesen wäre, das will ich dahin gestellt sein lassen. Aber in vielen Fragen wäre es mir lieb gewesen, und ich glaube, alle meine 5 Kollegen werden wohl für sich dasselbe Empfinden gehabt haben, und deshalb, lieber

Ledebour, frage ich Sie: hätten Sie diese **Diktaturgelüste** nicht auch gehabt? (Schallende Heiterkeit, lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) In einer revolutionären Zeit ist es selbstverständlich, daß Fragen an einen herantreten, die man mit kurzem Entschlusse erledigen muß, weil die Schnelligkeit und das schnelle Zupacken überhaupt entscheiden, ob die Frage, die man entscheidet, überhaupt etwas ist oder nicht. Aber, wenn schon einmal einer das nicht kann, sondern es 6 sein müssen, dann sage ich: wenn ich das Vertrauen der Massen da draußen erringen kann, weil es 33 sein müssen — nebenbei bemerkt, wenn ich in ihrer Mitte gesessen hätte, hätte ich mich gegen die 27er Kommission verwahrt, ich hätte gesagt, es sollen 21 sein. Es sind 27, schön! Wenn die nun zusammengeholt und 6 gestrichen werden, sind immer noch 21. Wenn Sie die zusammenberufen und den Rat der Volksbeauftragten, haben Sie dieselbe Körperschaft, die Sie so allein haben. (Zuruf.) — Das sind zwei Körperschaften, schön! Aber werden Sie sich klar: wenn eine Körperschaft, der Rat der Volksbeauftragten, über irgend etwas sich einig ist und nicht da Differenzen zwischen den zwei Parteien bestehen, dann muß das mit dem Teufel zugehen, wenn nicht in kurzer Zeit eine Entscheidung auch in der anderen Körperschaft in dieser gemeinsamen Sitzung zu erzielen wäre. Und sind sich diese beiden Gruppen nicht einig, dann kann nichts angenommen werden. Wenn es wie 3:3 steht, ist es eben vorbei. Wie gut wäre es in einem solchen Falle, wenn eine größere Körperschaft vorhanden wäre, wo totsicher der eine oder der andere sich von der einen oder anderen Seite durch die Vernunftgründe überzeugen ließe und dann wenigstens das Gesetz Gesetz werden läßt!

Dann möchte ich noch meinen Kollegen Ebert, Scheidemann und Landsberg sagen: wenn man hier einfach erklärt: dann geht es nicht, — Herr Gott, noch mal, wenn man sich auf den dicken Kopf stellt, dann wundern Sie sich nicht, wenn sich die Gegenseite genau so dickköpfig hinstellt und, ob mit Recht oder Unrecht, einfach erklärt: diese positive Weigerung bezeugt uns, daß damit andere Absichten verbunden sind. (Sehr richtig!) Genossen, frage ich Sie im Interesse des Ganzen: dürfen wir heute so etwas tun? **Wir stecken im Sumpf.** Tausend Meter weit rund herum ist kein Land, und von uns guckt nur die Nasenspitze heraus (Heiterkeit) — wenn Sie darüber lachen, dann tun Sie mir leid —, und bei der geringsten ungeschickten Bewegung sinken wir einfach als Volksganzes unter. So liegt die Situation — wir brauchen uns kein X für ein U zu machen —, so trostlos, wie es trostloser die schwärzeste Phantasie nicht ausmalen kann. Aber wenn man aus dieser trostlosen Situation herauskommen will, dann gilt es vor allen Dingen, daß man das Vertrauen der gesamten Bevölkerung hinter sich hat. (Sehr richtig!) Wenn man dieses Vertrauen der gesamten Bevölkerung hinter sich haben will, dann muß man sagen können: wir wollen alles das, was ihr für notwendig haltet, um uns zu kontrollieren und mit uns gemeinsam zu handeln. Von diesem Grunde aus betrachte ich diese Angelegenheit und sage: das Mißtrauen ist da. Die sechs — ach du mein Gott, wenn mir einer vor fünf Wochen gesagt hätte, in fünf Wochen wirst du als der größte Schurke und Verräter an der Revolution erklärt, dann hätte ich diesen einfach für verrückt erklärt. Heute ist es wahr. Ich mache mir nichts daraus. Ich weiß, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen das tue, was meine Überzeugung mir diktiert. Aber das eine steht fest: darauf, was ich von mir selbst denke, kommt es bei dieser ernsten Frage nicht an, und bei der Frage, die jetzt in Rede steht, kommt es nicht darauf an, was der einzelne von sich denkt, und was die sechs oder

jeder einzelne von ihnen über sich denkt, sondern es kommt darauf an, was die Masse draußen denkt, und da wollen wir uns doch kein X für ein U machen. Unsere Körperschaft ist, ohne daß ich irgendwelche Kritik an dem einen oder dem andern üben will, nun einmal so zusammengesetzt, daß große Volksmassen Mißtrauen haben, die einen von dieser und die andern von jener Seite. Dieses Mißtrauen zu beseitigen, dazu hilft dieser Antrag wesentlich mit. Weil es so ist, weil es das dringendste Gebot der Stunde ist, weil wir, wenn es uns nicht gelingt, das Mißtrauen des Volkes radikal zu beseitigen und uns das Vertrauen der breiten Masse des Proletariats restlos zu erwerben, dann einfach erschossen sind, weil wir einfach zusammenbrechen müssen, weil wir in ein Chaos hineinkommen, aus dem es dann kaum wieder ein Herauskommen gibt, aus diesem Grunde, Genossen, bitte ich Sie, setzen Sie alle andern Bedenken einfach beiseite, und sagen Sie sich: um des Vertrauens der Massen willen, um der Einigkeit und der Geschlossenheit willen stimmen wir dem Verlangen dieser Genossen zu. (Bravo! und Händeklatschen bei den Unabhängigen.)

Vorsitzender Leinert:

Von den Genossen **Lüdemann, Kahmann** und **Severing**, also Mitgliedern der Mehrheitspartei, ist ein **Antrag** eingegangen:

Wir beantragen, es bei der Erklärung der Volksbeauftragten durch Haase bewenden zu lassen.

Das Wort hat der Volksbeauftragte Landsberg:

Volksbeauftragter Landsberg:

Genossen, ich freue mich, daß die Verhandlung über diesen Gegenstand sich in der denkbar ruhigsten Weise abspielt, und ich freue mich darüber um so mehr, als das stürmische Vorspiel, das vorhin, als Haase seine Erklärung abgab, einsetzte, vorübergehend schlimme Besorgnisse aufkommen lassen mußte. Der Antrag Geyer und Genossen nennt sich schämig eine **authentische Auslegung.** In Wirklichkeit ist er das aber nicht, sondern er ist ein Antrag auf Aufhebung eines gestern gefaßten Beschlusses, und zwar eines Beschlusses, der so klar ist, daß ihm gegenüber ein Streit über seinen Sinn gar nicht möglich ist. (Widerspruch.) — Wer es bestreitet, daß der Beschluß von gestern vollkommen klar ist, den bitte ich, sich diesen Beschluß anzusehen. Was besagt der Beschluß? Obuch hat vorhin vorgetragen, der Rat der Volksbeauftragten beanspruche für sich die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt. Das beansprucht der Rat der Volksbeauftragten nicht für sich, sondern der Beschluß von gestern erkennt ihm diese beiden Gewalten restlos zu. Wenn der Beschluß sagt, daß der Rat der Volksbeauftragten die gesetzgebende Gewalt hat, wo ist da noch Raum für eine Mitwirkung des Zentralrates auf gesetzgeberischem Gebiete?

Der Beschluß von heute früh sagt weiter ebenso klar:

> Der Zentralrat hat das Recht, die Volksbeauftragten zu berufen und abzuberufen.

Soll da etwa auch eine authentische Auslegung möglich sein? Sollen wir vom Rat der Volksbeauftragten etwa auch die Befugnis haben, irgendwelche Würgebänder zu machen und in einer authentischen Auslegung das gerade Gegenteil von dem zu sagen, was der Beschluß bedeutet?!

Und schließlich sagt der Beschluß von gestern:

> Das Recht der parlamentarischen Überwachung hat der Zentralrat.

Was das Recht der **parlamentarischen Überwachung** bedeutet, ist vollständig klar, nachdem vorher gesagt worden ist, daß der Rat der Volksbeauftragten allein das Recht der Gesetzgebung und die vollziehende Gewalt hat. Die parlamentarische Überwachung kann dann eben nur in einer beratenden Tätigkeit bestehen. Und deshalb sage

ich: wenn gestern, als der Antrag Lüdemann beraten wurde, vor der Annahme dieses Antrages ein Konflikt entstanden wäre, hätte ich das begriffen. Jetzt begreife ich die Entstehung des Konflikts nicht; denn die Abgabe der Haaseschen Erklärung, die zu dem Konflikt geführt hat, ist nichts als eine völlig loyale Auslegung des gestrigen Beschlusses gewesen, ist die einzig mögliche Auslegung des gestrigen Beschlusses. Nun kommt Obuch in sehr geschickter Weise und sagt: Ja, wir begründen ja damit einen sechsköpfigen Absolutismus. (Sehr richtig!) Ebensogut könnte ich ihm sagen: Wenn die gesetzgebende Gewalt den sechs Volksbeauftragten und den 27 Mitgliedern des Zentralrates überlassen ist, dann ist ein 33köpfiger Absolutismus vorhanden. Damit können wir nicht weiterkommen. Ich kann nur sagen, ich wünschte, daß jeder absolute Monarch so leicht hätte entfernt werden können wie wir sechs Volksbeauftragten. Es braucht nur der Zentralrat mit 14 gegen 13 Stimmen den Beschluß zu fassen, daß wir von der Weltbühne abzutreten haben, so sind wir schon verschwunden. (Zuruf: Dazu hat er viel zu viel Verantwortungsgefühl!) — Schön, daß Sie ihm, der noch nicht besteht, soviel Vertrauen entgegenbringen. Darüber wollen wir uns nicht auseinandersetzen.

Nun sagt Obuch: Proletariat, sei auf der Hut! — Ich gestatte mir, darauf hinzuweisen, daß das Proletariat schon auf der Hut gewesen ist, denn es hat dafür gesorgt, daß die sechs Volksbeauftragten jeden Augenblick entfernt werden können. Merkwürdig ist auch folgendes: Am 10. November hat der Berliner Vollzugsrat nicht daran gedacht, unmittelbar nach dem Siege des Volks, die gesetzgebende Gewalt für sich in Anspruch zu nehmen. Es hat zwischen ihm und dem Rat der Volksbeauftragten manchen Streit gegeben; aber nicht einen Augenblick ist die Frage strittig gewesen, welcher Körperschaft die gesetzgebende Gewalt zusteht. Immer hat der Vollzugsrat anerkannt, daß das Recht der Legislative beim Rate der Volksbeauftragten ist. Und jetzt auf einmal soll es höchste demokratische Tugend und Pflicht sein, dem Zentralrat die Legislative zu übertragen.

Und wenn mein Kollege Barth gemeint hat, es gelte, das **Mißtrauen der Masse** zu beseitigen, so lasse ich mir das Mißtrauen gegen uns Sechs ganz ruhig gefallen. Ich will mir den Anspruch auf Vertrauen durch meine Leistungen erwerben. (Bravo!) Ich verlange nicht, daß man mir das Vertrauen in die Wiege legt. Ich möchte nur Barth darauf hinweisen, daß, wenn jetzt zu den 6 Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten noch 27 Mitglieder des Zentralrats hinzukommen, die an der Gesetzgebung mitwirken, an dem Mißtrauen der breiten Volksmasse nichts geändert wird, nur wird es sich, wenn es besteht, statt gegen 6 gegen 33 Objekte richten.

Nun aber will ich auf das kommen, was in Wirklichkeit den Streitpunkt ausmacht. Wir treten ausschließlich von praktischen Gesichtspunkten aus dem Antrage Geyer und Genossen entgegen. Wenn Zentralrat und Rat der Volksbeauftragten zusammen die Legislative haben, so haben wir eine Regierung, bestehend aus 33 Personen, d. h. wir haben überhaupt keine Regierung; denn in einer solchen Körperschaft können Debatten stattfinden, und zwar tagelange Debatten, es können aber **keine raschen Beschlüsse** gefaßt werden, wie sie unsere Zeit erheischt. Ein solcher Zustand ist auch nicht für sechs, ist nicht für vier Wochen, ist nicht eine einzige Woche lang zu ertragen. (Lärmende Zwischenrufe. Zuruf: Die raschen Entschlüsse können sehr viel schaden!) — Wenn der Zentralrat aufpaßt — — — (Wiederholter Zuruf.) — Gestatten Sie doch, daß ich Ihnen antworte. — Wenn der Zentralrat aufpaßt, kann der Rat der Volksbeauftragten keine schädlichen Entschlüsse fassen. (Zuruf: Dann kann es aber schon zu spät sein!) Sind Sie der Ansicht, daß der Zentralrat unfehlbar sein wird? Auch der kann Beschlüsse fassen, die verhängnisvoll sind; oder geben Sie das nicht zu? (Zuruf: Das kann er nicht begreifen! — Heiterkeit.) Durch die Erweiterung des Körpers der Regierung entstehen die unglaublichsten, unerhörtesten Schwierigkeiten. Und nun frage ich: müssen diese Schwierigkeiten in Kauf genommen werden? Und diese Frage ist zu verneinen. Denn was wird das praktische Ergebnis der Tatsache sein, daß der Rat der Volksbeauftragten jeden Augenblick entfernt werden kann? Einfach das, daß der Rat der Volksbeauftragten keinen wichtigen Beschluß fassen wird gegen die Stellungnahme des Zentralrats; das ist doch ganz klar. Er wird eben in allen wichtigen Sachen der Stimme des Zentralrats die größte Bedeutung beimessen, und er wird sich hüten, etwas zu tun, was, wie er weiß, den Zentralrat dazu veranlassen kann, ihn abzusetzen. Die **Volkssouveränität**, sagt Obuch, soll die Annahme des Antrages Geyer erheischen. Besteht etwa die Volkssouveränität darin, daß das Volk selbst überall regiert? Nein, sie besteht darin, daß das Volk die Quelle alles Rechtes ist und daß das Volk die Möglichkeit und die Befugnis hat, Regierungsmänner, deren Tätigkeit ihm nicht behagt, von ihrem Posten zu entfernen und durch andere zu ersetzen.

Dann aber weiter, Genossen: der Zentralrat soll die Legislative haben im Reiche und in Preußen. Warum denn nicht auch in Bayern, in Sachsen, in Württemberg und in den andern Bundesstaaten? (Sehr gut!) Seien Sie doch konsequent! Wenn das Proletariat auf der Hut sein soll, warum soll es denn dann in diesen Bundesstaaten nicht auch auf der Hut sein? Der Grund ist der: Sie wissen ganz gut, daß Sie dem Zentralrat etwas Unmögliches zumuten würden, wenn Sie ihm die Legislative auch in diesen Bundesstaaten übertragen würden. Und sehen Sie: Das ist eben der Gegensatz zwischen uns und Ihnen. Der Gegensatz heißt nicht: hie Demokratie, hie Autokratie, sondern der Gegensatz ist der: soll der **Rat der Volksbeauftragten arbeitsfähig** sein oder nicht? Wir sagen: ja; und deshalb ersuchen wir Sie, den Antrag Geyer und Genossen abzulehnen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Vorsitzender Leinert:

Es liegt mir ein **Antrag auf Schluß der Besprechung** vor, gestellt vom Genossen Rahmann im Auftrage der Mehrheitsparteien. Zur Geschäftsordnung gegen den Antrag hat das Wort Genosse Geyer.

Geyer-Leipzig:

Genossen! Es muß unserer Partei die Möglichkeit gegeben sein, auf die Ausführungen des zweiten Regierungsvertreters zu antworten. Es ist ein eigenartiges Verfahren, den Schluß der Debatte nach der Rede eines Regierungsvertreters zu beantragen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen.

Vorsitzender Leinert:

Um keine Mißdeutung aufkommen zu lassen, will ich nur bemerken, daß von dem Kongreß lediglich ein Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion gesprochen hat, von den übrigen Fraktionen niemand.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich bitte diejenigen, welche den Schluß der Debatte beschließen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Die Debatte ist **geschlossen**.

Wir kommen dann zur

Abstimmung.

Es liegt vor der Antrag der Unabhängigen Partei, dem Antrage Lüdemann zur Erläuterung des Ausdrucks „parlamentarische Überwachung" durch Beschluß folgende authentische Auslegung zu geben:

> Der Zentralrat hat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung.

Ferner liegt der Antrag der Mehrheitssozialdemokraten vor:

299

Wir beantragen, es bei der Erklärung der Volksbeauftragten durch Haase bewenden zu lassen.

Dann will ich bemerken, daß zu dem Antrage der Unabhängigen ein Antrag auf **namentliche** Abstimmung vorliegt. (Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe. Mir wurde mitgeteilt, daß in der Fraktion der Unabhängigen nur 26 Mitglieder für den Antrag auf namentliche Abstimmung gewesen seien. Aber er ist für die ganze Partei gestellt; deshalb ist anzunehmen, daß die ganze Partei dafür gestimmt hat. Ich möchte nun an Sie, Genossen, die dringende Bitte richten, doch den Antrag zurückzunehmen. Ich werde Ihnen gleich das Resultat der namentlichen Abstimmung, die stattgefunden hat, verkünden und bitte Sie, doch im Interesse der Verhandlungen, die wir vorzunehmen haben, darauf zu verzichten. Ich will aus diesem Grunde, um festzustellen, ob Sie auf dem Antrage auf namentliche Abstimmung beharren wollen, die **Unterstützungsfrage** stellen, und ich bitte deshalb diejenigen, welche trotzdem auf namentlicher Abstimmung bestehen, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Einen Augenblick! Wir müssen auszählen.

Ich habe 53 gezählt; der Antrag ist also genügend unterstützt.

Ich schlage vor, zuerst über den Antrag Lüdemann-Kahmann abzustimmen, der lautet:

Wir beantragen, es bei der **Erklärung der Volksbeauftragten** durch Haase bewenden zu lassen.

Wird dieser Antrag abgelehnt, dann würde der Antrag Geyer, der dem früher angenommenen Antrag Lüdemann eine bestimmte Auslegung geben will, in Frage kommen. Diese Abstimmung würde namentlich sein. (Unruhe und Zurufe.)

Geyer-Leipzig (zur Geschäftsordnung):

Ich muß feststellen, daß unserer Auffassung nach unser Antrag der weitergehende ist und demnach zuerst zur Abstimmung kommen muß.

Vorsitzender Leinert:

Man kann geteilter Meinung darüber sein, welches der weitestgehende Antrag ist; denn es gibt nur ein Entweder—Oder. (Zustimmung.)

Da gegen meinen Vorschlag Widerspruch erhoben worden ist, lasse ich den Kongreß abstimmen und bitte diejenigen, sich zu erheben, die dafür sind, daß so verfahren wird, wie ich vorgeschlagen habe. (Geschieht. — Große Unruhe, lärmender Widerspruch und Zurufe: Schiebung!)

Das ist die Mehrheit.

Es ist soeben beantragt worden, **über den Antrag Lüdemann namentlich abzustimmen.** (Widerspruch.)

— — Dieser Antrag ist zulässig. Ich bitte diejenigen, welche den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Lüdemann unterstützen wollen, sich zu erheben; den Antrag hat Genosse Braß namens seiner Fraktion gestellt. (Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus; die Abstimmung über den Antrag Lüdemann wird daher namentlich sein. (Andauernde Unruhe.)

Ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen, der die Abstimmung ganz wesentlich vereinfacht. Ich schlage vor, daß jeder Genosse einen **Zettel** nimmt, darauf seinen Namen und seinen Wahlbezirk und das Wort Ja oder Nein schreibt. Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung und Widerspruch.)

Braß-Remscheid:

Parteigenossen, ich glaube, daß der Vorschlag, den der Vorsitzende, Genosse Leinert, macht, daß wir Zettel beschreiben sollen mit Ja oder Nein, keine namentliche Abstimmung ist, (lebhaftes Sehr richtig! b. d. U. Soz.-Dem.) wie sie üblich ist. Wir müssen dagegen protestieren. Wer will die Kontrolle übernehmen? Wir vom Präsidium können dafür nicht garantieren, daß die Zettel nicht von irgend einem ausgestellt sind. Das ist unmöglich, das geht unter keinen Umständen. Wenn Sie sich ruhig verhalten, Parteigenossen, glaube ich, daß die namentliche Abstimmung ebenso schnell erledigt ist wie die vorhin. Es kommt jedesmal dazu, daß, wenn die eine Seite versucht, die andere zu vergewaltigen, dann der Gegenschachzug immer prompt erfolgt (Stürmische Zurufe.)

Ryssel-Leipzig:

Parteigenossen, soweit Sie nicht Parlamentarier sind, kennen Sie das System nicht. Das System ist kürzer und genau so durchschlagend wie das langsame Aufrufen der Namen. Im Reichstag ist stets durch Zettel abgestimmt worden, nur, daß die Zettel gedruckt waren. Die Bedenken, die geltend gemacht worden sind, sind hinfällig. Die Zettel werden von Beauftragten, seien es die Schriftführer oder sonstige Personen, in der Urne gesammelt, sie gehen die Reihen durch, sie legen die Zettel aufeinander und kontrollieren an Hand der Präsenzliste. Wo soll da eine Schiebung stattfinden können? Ich bitte Sie, nehmen Sie die Zettelabstimmung an, Sie haben in Ihren Mappen weiße Zettel zu liegen

300

Vorsitzender Leinert:

Genossen, ich lasse nun darüber abstimmen. Diejenigen, die dafür sind, daß die

namentliche Abstimmung durch Zettel

stattfindet, mögen sich erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; es ist so **beschlossen.**

Nun hören Sie! Ich bitte Sie, auf dem Zettel Folgendes zu schreiben: Zunächst einmal Ihren Namen und den Wahlbezirk und dann Ja oder Nein.

Ich bitte diejenigen, welche die Angelegenheit mit der Erklärung des Genossen Haase für erledigt ansehen, mit Ja zu antworten, diejenigen, welche mit der Erklärung nicht zufrieden sind, Nein auf den Zettel zu schreiben.

Ich werde die Schriftführer beauftragen, mit den Urnen die Gänge entlang zu gehen und von jedem Delegierten die Zettel einlegen zu lassen. Ich bitte, daß sämtliche Delegierte Platz nehmen und den Platz nicht vor Beendigung der Abstimmung verlassen. (Die Abstimmung erfolgt.)

Genossen, ich stelle die Frage, ob noch jemand im Saale ist, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat. (Pause.)

Ich stelle fest, daß sämtliche Genossen abgestimmt haben. Die Abstimmung ist damit geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das vorläufige Resultat zu ermitteln und die Stimmzettel zu verwahren, damit sie mit der Präsenzliste verglichen werden können, jetzt dagegen nur festzustellen, wer mit Ja, wer mit Nein gestimmt hat. (Das Ergebnis der Wahl wird ermittelt.)

Das

Ergebnis der Abstimmung über den Antrag des Genossen Däumig

ist folgendes: es haben mit „Ja" gestimmt 98, mit „Nein" 344. Der Antrag Däumig ist also **abgelehnt.**

Zu dieser Abstimmung habe ich noch folgende Erklärung zu verlesen:

> Wir erklären zu Protokoll, daß wir gegen den Antrag Däumig gestimmt haben, weil er das Rätesystem im Gegensatz zur Nationalversammlung als Grundlage der Verfassung erklärt. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß das Rätesystem neben der Nationalversammlung zur Förderung der Revolution bestehen bleiben soll.
>
> Gottschalk, Randel, Käthe Len, Dittmann, Heydemann, Reich, Stürmer, Plettner, Stockmann.

Die Erklärung geht zu Protokoll.

Dann habe ich hier noch Fragebogen für diejenigen Delegierten, die noch keine ausgefüllt haben, und für diejenigen, die vielleicht für Abwesende einen mitnehmen wollen, um ihn ausfüllen und wieder zurücksenden zu lassen.

Dann habe ich noch bekanntzugeben, daß Freitag früh 10 Uhr eine Sitzung der Fraktion der Unabhängigen im Saal 17 stattfindet.

Ferner habe ich mitzuteilen, daß der **Antrag Reinartz** zurückgezogen gewesen ist. Ich habe vorhin bei der Abstimmung vergessen, das zu sagen.

Wir kommen nun zur

Wahl des Vollzugsausschusses.

Es ist beschlossen worden, daß der Vollzugsausschuß aus 27 Mitgliedern bestehen soll.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort Genosse Braß

Nichtbeteiligung der U. S. P. D.

Braß-Remscheid:

Im Namen der Fraktion der U. S. P. habe ich die **Erklärung** abzugeben, daß wir **laut Fraktionsbeschluß nach der vorhergehenden Ablehnung der Anträge, die von uns gestellt waren, uns offiziell an der Wahl nicht beteiligen.** (Lebhaftes Bravo! bei den Unabhängigen.)

Vorsitzender Leinert:

Es ist mir hier eine **Liste der sozialdemokratischen Partei** überreicht worden, die 27 Namen enthält. Ich darf wohl die Namen mal vorlesen:

1. Robert Leinert-Hannover
2. Maier, Georg, Ostfront.
3. Wäger, Hermann, Ostfront.
4. Struve, Hugo, Westfront.
5. Pörschmann, Emil, Westfront
6. Cohen, Max, Heimat.
7. Pfaff, Max, Marine.
8. Herm. Müller, Berlin.
9. Zwosta, Heinrich, Nürnberg
10. Schäfer, Heinrich, Köln

11. Kahmann, Hermann, Dresden.
12. Herbert, Fritz, Stettin.
13. Lampl, Walter, Hamburg.
14. Stuber, Albert, Eßlingen.
15. Horter, Richard, Karlsruhe.
16. Knoblauch, Wilhelm, Darmstadt.
17. Heller, Gustav, Berlin.
18. Prolesch, Karl, München.
19. Zörgiebel, Karl, Köln.
20. Bethge, Karl, Freiburg.
21. Voigt, Fritz, Breslau.
22. Kürbis, Heinrich, Hamburg.
23. Sydow, Otto, Brandenburg.
24. Grzesinski, Albert, Kassel.
25. König, Max, Dortmund.
26. Faaß, Fritz, Westfront.
27. Kohl, Robert, Ostfront.

Eine andere Liste ist mir nicht überreicht worden.

Wir kommen zur **Abstimmung.**

Ich bitte alle diejenigen, welche dieser Liste ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; die **Wahl des Vollzugsausschusses ist nach dieser Liste beschlossen.**

(Die Verkündung der Annahme der Liste wird von den Unabhängigen mit **Gelächter**, von einigen **mit wilden Verwünschungen** aufgenommen. **Es herrscht minutenlanger Lärm.** Man hört einige Matrosen rufen: **Wir sprechen uns wieder! Wir gehen noch einmal auf die Straße!**)

Es liegt ein Antrag auf Vertagung vor.

Genossen, es ist heute eine

Delegation des 53er Ausschusses der Marine

hier gewesen und empfangen worden, und der Genosse Albers hat den Auftrag erhalten, über den Empfang und die Verhandlungen mit dieser Kommission zu berichten.

Ich erteile ihm das Wort.

Albers-Kiel:

Genossen und Kameraden! Gestern war der Gouverneur von Kiel hier und hat den 53er Ausschuß verschiedener Sünden bezichtigt. Ich bin vom 53er Ausschuß beauftragt worden, diese zurückzuweisen. Der Genosse Noske erlaubte sich zu sagen, daß der 53er Ausschuß aus zu vielen Köpfen bestehe, man müsse ihn reduzieren und dafür Vernünftigere hinstellen. Inwieweit das richtig ist, erlaube ich mir nicht festzustellen. Jedenfalls glaube ich aber sagen zu müssen, daß die Mitglieder des 53er Ausschusses, die nicht von Kiel kommen, ganz helle Köpfe sind und im Reichsmarineamt sehr gut zu gebrauchen sind.

Ich fühle mich veranlaßt, auf die **Zusammensetzung des 53er Ausschusses** hier zurückzukommen, weil Sie gestern einen Antrag auf Reduzierung des 53er Ausschusses angenommen haben, gestellt von einem Genossen Delegierten Schöberle aus München. Er beruft sich in seinem Antrag darauf, daß sich der 53er Ausschuß in den ersten Revolutionstagen konstituiert habe, und daß er aus zu vielen Köpfen bestehe. Demgegenüber habe ich zu erklären, daß der 53er Ausschuß von der Ost- und Nordseestation unter Hinzuziehung von Hamburg-Berlin sich konstituiert hat und in dem Sinne das Reichsmarineamt bearbeitet, wie Sie gestern den Berliner Delegationen empfohlen haben, sich im Kriegsministerium zu betätigen. Dieser Genosse Schöberle sagt, daß der 53er Ausschuß aus zu vielen Mitgliedern bestehe. Uns ist nun ein Schreiben vom Matrosenrat München zugegangen, dessen Vorsitzender bittet:

> Zur strafferen Vertretung der Wünsche und zur Beratung und Informierung über die hiesigen Verhältnisse stellen wir den Antrag, daß uns im Zentralrat der Marine beim Reichsmarineamt Sitz und Stimme eingeräumt werden. Schöberle.

(Hört, hört!) Derselbe Schöberle sagt also auf der einen Seite: der 53er Ausschuß hat zu viel Mitglieder, beantragt aber auf der andern Seite, daß er in diesem

großen 53er Ausschuß als 54ster Kopf fungieren will. (Hört, hört!)

Ich muß Sie auf die **Tätigkeit des 53er Ausschusses** aufmerksam machen und auf die Anwürfe des Volksbeauftragten Landsberg zurückkommen, der die Stirn gehabt hat, hier zu erklären, daß auf Veranlassung des 53er Ausschusses **ein Zuchthäusler entlassen** worden sei. Der 53er Ausschuß hat durch die Presse und durch den Mund der hier vertretenen Marinesoldaten erfahren, wie man ihn hier vergewaltigt hat. Wenn man mich beauftragt, ihn hier reinzuwaschen, muß ich alles das anführen können. Wenn aber das Plenum das nicht will, hat es das nur zu beschließen, und ich werde schweigen.

Zu dem Fall des Zuchthäuslers habe ich zu bemerken, es handelt sich um einen 18jährigen Menschen, der, weil er keinen Urlaub beim Tode seiner Mutter bekam, sich von seinem Truppenteil entfernt hat, nicht wieder zur Truppe zurückging, verhaftet wurde und in den Schützengraben geschleppt worden ist, dort wieder ausgerissen und über die Grenze nach Holland gegangen ist. In Holland ist er böswilligen Agenten in die Finger gefallen, man hat ihn in Holland der Spionage beschuldigt, nach Deutschland gebracht und zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Lebhafte Rufe: Pfui!) Der 53er Ausschuß hat die Justizverwaltung gebeten, diesen Mann frei zu lassen im Hinblick auf die inzwischen rechtskräftig gewordene Amnestie. Von einer Freilassung dieses Menschen kann durchaus keine Rede sein.

Ich habe Ihnen dann noch auszuführen, daß der Genosse Noske und der Genosse Landsberg und die Volksbeauftragten sich nicht darum gekümmert haben, wie die Marinesoldaten die **Desarmierung der Schiffe** vorgenommen haben, wie die Staatsminister sich darum nicht gequält, wie sie sich hinter den Türen versteckt und uns überlassen haben, diese Sache zu inszenieren. Als die Desarmierung fertig war — sie ist schwer — ich erinnere an das Minenräumen —, da kam ein Kapitänleutnant zu uns und forderte uns auf, 20000 bewaffnete Marinesoldaten zur Bewachung der schlesischen Zechen abzukommandieren. Da sagte der 53er Ausschuß, solche Hanswursteleien machen wir nicht mit. Was hätte das für ein Menschenabschlachten in Schlesien gegeben, wenn wir diese bewaffneten Marinesoldaten auf Wunsch des Kapitäns Vanselow hingeschickt hätten. Der 53er Ausschuß sah ganz genau, worauf das hinauslaufen sollte. Man wollte die Marine an der Ostsee und der Nordsee dadurch schwächen, weil man genau wußte, die Marine ist noch die intakteste Formation. Kein Landheer ist imstande, sich so zu rekrutieren wie die Marine. Das ist nicht nur von Außenstehenden, sondern auch vom Kriegsministerium und den Volksbeauftragten gesagt worden.

Dann habe ich weiter auszuführen, daß sich sogar Genosse Scheidemann, nachdem wir ihn gebeten haben, uns Ausführungen über seinen politischen Standpunkt zu machen, sich darüber gefreut hat und den 53er Ausschuß in Berlin begrüßt hat. Sie wissen alle, wenn wir aus allen Himmelsrichtungen nach Berlin, diesen politischen Hexenkessel, kommen, daß wir uns politisch festigen müssen, und deswegen haben wir — Sie wissen, daß die Divisionen um Berlin herumgelegt worden sind —, da nicht 53 Mann auf ihren Kopf hin Politik machen können, die Herren Scheidemann und Liebknecht gebeten, uns Referate zu halten, und auf Grund dieser Referate haben wir im **53er Ausschuß** uns **politische Richtlinien** gegeben, nach denen unsere einzelnen Leute in den Versammlungen sprechen können. Als diese politischen Richtlinien herauskamen, da war es mit dem 53er Ausschuß aus, da fing man an, ihn zu beschimpfen; denn in diesen Richtlinien heißt es unter anderem:

303

Im Prinzip sind wir für Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung. Vorher verlangen wir Verstaatlichung aller dafür reifen Betriebe (Bravo!), hinreichende Gelegenheit zur Aufklärung der Massen. Bis zur Nationalversammlung bleibt die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. (Bravo!)

Das hat Anstoß erregt und Veranlassung gegeben, den 53er Ausschuß nach allen Seiten hin zu bekämpfen. Im übrigen haben sie ja beschlossen, daß der 53er Ausschuß sich zu vermindern hat. Aber hier muß ich Ihnen wieder sagen: Sie haben gestern gesagt, an den anderen Fronten haben wir bereits die Rangzeichen abgeschafft. Sie glauben, daß die Berliner es allein können. Da möchte ich Ihnen doch sagen: ich glaube, daß Sie die Beaufsichtigung des Reichsmarineamts den Marinern überlassen müssen und sich damit abzufinden haben, ob der Ausschuß sich reduzieren lassen will oder nicht. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Ich kann über diese Erklärung eine weitere Debatte nicht zulassen.

Ich habe Ihnen noch folgende **Mitteilungen** zu machen.

Die Delegierten aus den besetzten Gebieten an der Westfront werden gebeten, morgen mittag um 12 Uhr im Reichskanzlerpalais zu erscheinen.

Ferner sollen die **Mitglieder des Vollzugsrats** und die **Mitglieder** des neugewählten Zentralrats morgen, Freitag, nachmittag 4 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung im Festsaal des Abgeordnetenhauses wegen **übergabe der Geschäfte** zusammentreten. Die Mitglieder des alten Berliner Vollzugsrats treffen sich bereits nachmittags 3 Uhr im Ministersitzungssaal.

Sodann, Genossen, liegen noch **folgende Anträge** zur Erledigung vor. Der Antrag 12:

Wir beantragen mit allem Nachdruck, einen Präliminarfrieden abzuschließen, die Friedensverhandlungen als solche unverzüglich einzuleiten und zum Abschluß zu bringen und zu denselben an maßgebender Stelle nationalökonomisch und politisch geschulte Männer aus dem deutschen Volke hinzuzuziehen.

Schöpper.

Ferner der Antrag:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erklärt einmütig, daß keine Zurückhaltung von Truppen in den im Osten besetzten Gebiet geschehen darf, und daß der Abtransport der Truppen so schnell wie möglich nach Maßgabe der Transportmittel zu erfolgen hat. Die geworbenen Freiwilligen dürfen ausschließlich zu militärischen Sicherheitsdiensten, nicht aber zu politischen Zwecken gebraucht werden.

Der Kongreß erwartet von den Truppen im Osten und Südosten den geordneten Rückzug.

Koenen, Plottke, Heckert, Däumig.

Sodann der Antrag:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt den Rat der Volksbeauftragten, schnellstens Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, zu verhindern, daß Beamte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden ihrer sozialistischen Gesinnung und Betätigung wegen diszipliniert oder in irgendeiner Art gemaßregelt werden. Der Rat der Volksbeauftragten wird um Auskunft ersucht, ob und welche Weisungen in dieser Richtung seinerseits oder durch die Fachminister bereits an die Behörden ergangen sind.

Matern, Rahmann.

Ich möchte Sie ersuchen, diese drei Anträge dem neuen **Zentralrat zur Berücksichtigung zu überweisen.** — Ein Widerspruch erhebt sich nicht. Der Kongreß hat demgemäß beschlossen.

über Vertagung.

Nun stehen noch auf der Tagesordnung „**Sozialisierung des Wirtschaftslebens**" und „**die Friedensregelung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik**". Der Seniorenkonvent, die Vorstände der Fraktionen sind gestern in ihrer Sitzung dahin übereingekommen, daß dann, wenn die Sitzung sich heute nicht zu lange ausdehnt, wenigstens noch der Vortrag über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens entgegen genommen werden sollte. Wenn sich aber die Sitzung zu lange hinziehen sollte, dann sollte darauf und auch auf den nächsten Punkt verzichtet werden. Es sollen also durch den Beschluß der Fraktionen die beiden Gegenstände Nr. 4 und 5 unserer Tagesordnung abgesetzt werden. Ein Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

304

(Widerspruch; Geyer ruft: Ein Vertagungsantrag von mir liegt schon lange vor!)

Genosse Braß hat das Wort.

Braß-Remscheid:

Es muß dem Genossen Leinert in seinen Ausführungen unbedingt ein Irrtum insofern unterlaufen sein, als er gesagt hat, die Fraktionsvorstände hätten gestern beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Davon ist mir freilich nichts bekannt. (Hört, hört! und Zuruf: Abwürgung!)

Lüdemann-Berlin:

Genossen, die Dinge scheinen mir so zu liegen: es ist in der Tat nicht gestern abend, sondern heute von der unabhängigen Fraktion die Meinung vertreten worden, daß wir heute die noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte „Sozialisierung und Friedensfrage" absetzen und heute den Kongreß schließen könnten. (Widerspruch und Zuruf: Von wem?) — Sie können ja nachher dagegen sprechen. (Zuruf: Namen nennen!) Es ist vom Genossen Geyer gesagt worden — — — (Zuruf). Genossen, es ist sehr wohl möglich, daß unser Vorsitzender, Genosse Leinert, das verwechselt und gemeint hat, es sei gestern abend gewesen. Das tut nichts. Tatsache ist, daß uns gegenüber diese Meinung offiziell erörtert worden ist. Und da wir den dringenden Wunsch haben, die Arbeiten des Kongresses heute noch zu Ende zu führen, weil bei uns das lebhafte Bedürfnis besteht, so früh wie möglich nach Hause zu fahren, um an die Wahlarbeit gehen zu können (Lachen), haben wir uns damit einverstanden erklärt und einen Antrag auf Absetzung der genannten Punkte der Tagesordnung vorbereitet. Wenn jetzt von den Unabhängigen beantragt wird, die Verhandlungen zu vertagen und morgen die Arbeiten des Kongresses fortzusetzen, so möchten wir Sie bitten, diesem Antrage nicht stattzugeben.

Ich will Ihnen etwas dazu sagen, Genossen. Wenn wir so beschließen, dann bedauern wir außerordentlich, daß damit die **Aussprache über die Sozialisierung** der Betriebe in Fortfall kommen würde. Wir hatten den dringenden Wunsch, daß diese Debatte stattfinden würde, damit von unserer Seite dokumentiert werden könnte — wie es unser Wille und unsere Auffassung ist —, daß wir uns in der Entschiedenheit der Durchführung der Sozialisierung von Ihnen durchaus nicht übertreffen lassen. (Lebhafter Widerspruch.) Wir bedauern es deshalb, daß durch verschiedene Zwischenfälle die Arbeiten des Kongresses so sehr verzögert worden sind. (Sehr richtig!) Das ist nicht unsere Schuld gewesen, sondern das ist die Schuld derjenigen gewesen, die diese Störungen und Hemmungen veranlaßt haben. (Lebhafter Widerspruch.) Jetzt liegen die Dinge leider so, daß wir möglichst bald zu Ende kommen müssen. Wir bitten Sie deshalb, unserem Antrage gemäß zu beschließen, daß diese beiden Punkte der Tagesordnung abgesetzt und die etwa noch vorhandenen Anträge dem Zentralrat zur Erledigung überwiesen werden. (Zurufe: **Das hätten Sie doch schon am Montag sagen können! — Schiebung!**)

Jeger-Leipzig:

Parteigenossen, es ist richtig, was gestern abend im Seniorenkonvent über das Zuendegehen des Kongresses gesprochen worden ist. (Große Unruhe.) Genosse Leinert hat vorgetragen, daß, wenn heute abend die Verhandlungen zu Ende gehen könnten, man die letzten beiden Tagesordnungspunkte absetzen könnte. Es erfordere das allerdings die Zustimmung der Fraktionen. Man war aber im allgemeinen auch der Meinung, daß ein längeres Tagen überflüssig ist. (Sehr richtig!) Gestatten Sie mir zu sagen — und da möchte ich meine Worte besonders an **meine** Parteigenossen richten —: ich sehe nicht ein, welchen Wert jetzt noch theoretische Diskussionen haben sollen. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich bitte Sie, dem zuzustimmen, daß wir heute abend Schluß machen.

Geyer-Leipzig:

Genossen, es ist allerdings richtig, daß heute nachmittag in unserm Fraktionsvorstande die Meinung auftam, daß die Debatten über die Sozialisierung in diesem Kongresse von keinem großen Zweck und Wert mehr sein würden. Wir wurden um so mehr in dieser Ansicht bestärkt, als wir uns, nachdem die Wahl des Vollzugsrats bereits vor den Tagesordnungspunkt „Sozialisierung" gestellt worden war, klar darüber waren, daß die Debatten über die Sozialisierung nicht von Einfluß sein sollten auf die Wahl des Vollzugsrats. Ich habe zu Beginn der Tagung, als diese Umstellung der Tagesordnung vorgenommen wurde, hervorgehoben, daß die Wahl des Vollzugsrats

das Ergebnis der abgeschlossenen Tagung des Kongresses sein müßte. Der Genosse Lüdemann hat hervorgehoben, daß wir die Schuld daran trügen, daß die Arbeiten des Kongresses sich in die Länge gezogen haben. Oh nein, Genossen, das, was wir während dieses Kongresses getan haben, war alles nötig; es ist hervorgerufen worden durch den Widerstand der rechten Seite gegen die Anträge, die wir im Interesse der Revolution hier eingebracht haben. (Zuruf: Die Deputationen?) — Die Deputationen haben nicht wir veranlaßt, sondern diese **Deputationen sind der Ausfluß des Volkswillens** gewesen. (Große Heiterkeit.) Ich stelle hiermit fest, daß diese Deputationen nicht von uns veranlaßt worden sind. (Lebhafte Zurufe.)

Der Genosse Lüdemann hat weiter gesagt, daß die Umstellung der Tagesordnung nicht von der Absicht getragen worden sei, die beiden Tagesordnungspunkte von vornherein auszuschalten. Er hat weiter gesagt, daß seine Freunde uns hätten beweisen wollen, daß sie in der Frage der Sozialisierung nicht minder entschieden seien als wir. Nun, wenn dies der Fall wäre, dann wäre es höchstens nötig gewesen, die Wahl des Vollzugsrats zurückzustellen bis hinter die Erledigung dieser Tagesordnungspunkte. Denn das wäre von der größten Wichtigkeit gewesen und hätte die Situation von Grund aus verändern müssen.

Nachdem die große Mehrheit unserer Fraktion der Ansicht ist, daß ein sozialistischer Kongreß nicht auseinandergehen kann, ohne die Frage der Sozialisierung erörtert zu haben, stelle ich aber weiter fest, daß unser Fraktionsvorstand der Ansicht ist, daß er die Vertagung der Sitzung bis auf morgen unter allen Umständen vertreten muß.

Ledebour (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen! Sie gestatten mir vielleicht, da ich der designierte Referent für die Frage des Friedenswerkes und des Aufbauen der sozialistischen deutschen Republik bin, einige Worte hierzu zu äußern. Ich stelle fest, daß mir unmittelbar nach Beginn dieser Tagung mitgeteilt wurde, daß es im Werke sei, das Referat, das mir übertragen sei, überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen (Hört, hört!), unmittelbar nach Zusammentreten des Kongresses, als alle die Gründe, die Herr Lüdemann hier angeführt hat, gar nicht in Betracht kommen konnten; und als dann Herr Lüdemann beantragte, daß die Wahl des Vollzugsrats unmittelbar nach Punkt 2 der Tagesordnung vorgenommen werden sollte, da war es mir sofort klar, daß das der Beginn der Ausführung dieser löblichen Absicht war, daß also Herr Lüdemann der Schieber gewesen ist (Sehr gut! und lebhafter Beifall), daß er die Schiebung bewerkstelligt hat, die es ermöglichen sollte, daß die beiden Schlußreferate abgesetzt wurden. Nun, Genossen, gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen.

Ich würde heute abend selbstverständlich nicht mehr ein Referat übernehmen können. Aber ich erkläre mich gern bereit, morgen mein Referat zu halten. Für meine Person lege ich darauf keinen Wert; denn um die Ansichten, die ich über das Friedenswerk oder den Aufbau des sozialistischen Gemeinwesens in Deutschland habe, an die Öffentlichkeit zu bringen, brauche ich das Piedestal dieses Kongresses nicht. (Sehr gut.) Aber für den Kongreß selber wäre es von Wert, daß er die Frage der Sozialisierung, des Friedenswerkes und des Aufbaus des deutschen Gemeinwesens sachlich erörterte, damit über die notwendigen, mehr formalistischen Erörterungen hinaus, die uns — abgesehen von der Frage der Nationalversammlung — bisher beschäftigt haben, ein positiver, sachlicher Inhalt diesem Kongreß gegeben werden kann. Ob Sie meinen Rat befolgen wollen, steht dahin; ich enthalte mich jedes weiteren Wortes. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen.)

Volksbeauftragter Barth:

Genossen, gestatten Sie auch mir hierzu einige Worte. Ich war am Montag vormittag, als die Tagung begann, im ersten Moment außerordentlich angenehm enttäuscht, als es nicht zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte kam, die uns am Sonnabend im Kabinett mit dem Bemerken angekündigt worden war: „Morgen haben wir unsere Parteisitzung, und wir werden uns mit aller Entschiedenheit gegen diese Besetzung der einzelnen Referate zur Wehr setzen." (Hört, hört!) Als dann am Montag früh nicht eine Debatte über die Frage der Referenten einsetzte, sondern einfach beantragt wurde, daß als Punkt 3 die Neuwahlen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollten, da war für mich klar, daß die Frage der Sozialisierung von all denen, die zum größten Teile als Delegierte der sozialdemokratischen Fraktion hier anwesend und in ihren Privatberuf Gewerkschaftsangestellte sind, schon entschieden war. (Große Unruhe und andauernde Zurufe.)

Ich erkläre deshalb nicht nur hier vor dem Kongreß, sondern erkläre für die breiteste Öffentlichkeit, daß die Delegierten, die als Gewerkschaftsführer hierhertamen, schon am Montag früh, ehe der Kongreß begonnen hatte, von dem festen Willen und Vorsatz beseelt waren, über die wichtigste Frage der Gegenwart, **über die Frage der Sozialisierung**, auf diesem ersten revolutionären Kongreß **nicht zu reden.** (Pfuirufe, große Unruhe

im Hause und auf den Tribünen.) Ich konstatiere das für die breiteste Öffentlichkeit und erkläre Ihnen, daß ich dafür sorgen werde, daß ihnen Allen dafür der Lohn zuteil werden wird. **(Lebhafter Beifall, Unruhe und Zurufe. Die Erregung der Versammlung steigert sich immer mehr. Besonders von der Tribüne werden drohende Zurufe laut, die den Vorsitzenden zwingen, die Tribünen zur Ruhe zu ermahnen.)**

Brau = Remscheid:

Parteigenossen, es ist notwendig, der Öffentlichkeit Klarheit zu geben, wie die von den Arbeiter- und Soldatenräten gewählten Delegierten die Tätigkeit hier ausüben. Die beiden wichtigsten Punkte mit, die Sozialisierungsfrage und die Friedensfrage, glaubt man von der Tagesordnung absetzen zu müssen. Zu dem, was bereits über dieses Vorhaben, sie abzusetzen, gesagt worden ist, will ich noch folgendes hinzufügen:

Es ist mir bereits vorgestern in der Sitzung der Fraktionsvorstände, nachdem wir uns über die Geschäftslage unterhalten hatten, klar geworden, daß man der Meinung war, daß bereits am Mittwoch mittag Schluß gemacht werden könne. Man hatte die Sache so eingeteilt, daß auf diese Referate einschließlich der Diskussion 2½ Stunden kamen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es unmöglich wäre, in dieser Zeit die Frage zu behandeln. Ich habe weiter erklärt, daß aber auch wir ein Interesse daran hätten, so früh wie möglich in unsere Bezirke zu dringendster Kleinarbeit zurückzukommen. Aber wenn der erste Rätekongreß diese so wichtige Frage, die unter allen Umständen hier als **Revolutionsfrage** bezeichnet werden muß, — denn die Errungenschaft der Revolution soll die Sozialisierung der Gesellschaft sein —, glaubt, diese Frage abwürgen zu können, so muß draußen bei der Arbeiterschaft das Mißtrauen auftauchen, daß man eine so brenzliche Frage, wie diese, nicht erörtern will. (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten!) Das ist der Grund, der Sie davon abhält, darüber zu reden und Beschlüsse zu fassen. Die Arbeiterschaft, die Sie hergeschickt hat, will von Ihnen hören, wie Sie sich zur Sozialisierung stellen. Wenn Sie dieser Stellungnahme ausweichen, so wird das für die Arbeiterschaft auch eine Antwort sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Volksbeauftragter Ebert:

Genossen, ich muß gegen die Darstellung, die Barth über einen Vorgang in der Kabinettssitzung hier gegeben hat, Verwahrung einlegen. Wir haben am Sonnabend abend in der Kabinettssitzung darüber gesprochen, wer hier das Referat für die Volksbeauftragten erstatten soll. Von den Kollegen der Regierung, die der unabhängigen Partei angehören, wurde vorgeschlagen, dieses Referat unserm Kollegen Dittmann zu übertragen. Da habe ich ausgeführt, daß ich an sich nichts einzuwenden habe, daß Dittmann das Referat für uns erstattet. Aber ich habe gesagt, die übrigen Referenten sind, abgesehen von unserm Genossen Cohen, sämtlich Mitglieder der unabhängigen Partei. Das ist eine etwas **einseitige Vorbereitung der Tagung.** Meine Partei ist bei der Verteilung der Referate nicht so berücksichtigt, wie es die Parität erfordert. Ich habe gesagt, ich bin zwar damit einverstanden, daß wir nun auch Dittmann zum Referenten bestimmen, aber ich übernehme keine Verantwortung dafür, daß meine Parteigenossen schließlich Einspruch erheben, daß von der Seite der Unabhängigen sechs Referenten bestellt sind, während von unserer Seite einer bestellt ist. Das ist der ganze Vorgang in der Kabinettssitzung. Meine Kollegen werden es mir bestätigen, und ich lege entschieden Verwahrung ein, daß unter Verdrehung dieses tatsächlichen Vorgangs mir hier Vorwürfe gemacht werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Haas:

Parteigenossen! Ich möchte Sie einen Augenblick um Ruhe bitten.

Es ist dringend notwendig, daß nach den Ausführungen des Volksbeauftragten Barth, ebenso des Genossen Ledebour als Mitglied des Vollzugsrats über die Absichten der Gewerkschaftsführer vom ersten Kongreßtage an das einmal richtig gestellt wird. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die Darstellung des Genossen Barth durchaus falsch ist. Genossen, die Sie alle der Mehrheitsfraktion angehören, werden sagen müssen, daß wir als Gewerkschaftsangestellte es waren, die

vom ersten Tage an immer und immer wieder betont haben, das Referat über Sozialisierung vom Genossen Hilferding müsse gehalten werden. (Sehr richtig!) Wir waren uns alle klar darüber, daß es noch heute möglich sein muß, das Referat entgegenzunehmen. (Sehr richtig!) Wir legten den größten Wert darauf, gerade über die Sozialisierung Klarheit zu schaffen, und haben uns, soweit meine Gewerkschaftsführerkollegen in Köln in Frage kommen, und ich glaube, auch die übrigen, während der Revolution schon oftmals über die Sozialisierung ausgesprochen.

Genossen, die Sache liegt so, daß ich auch jetzt noch annehme, es wäre möglich, das Referat entgegenzunehmen. Wir sollten uns tatsächlich darüber nicht so erhitzen. Sie haben schon gehört, daß die Delegierten aus den besetzten Gebieten für morgen 12 Uhr mittags eine Sitzung in der Reichskanzlei angesetzt haben. Das ist auf meine Veranlassung geschehen. Es wäre also meiner Ansicht nach möglich, morgen in den Vormittagsstunden bei einem geregelten Geschäftsgang, was ich betonen möchte, auch das Referat entgegenzunehmen. Ich lege aber ausdrücklich Wert darauf, (Barth: Nun auf einmal!) — Das war auch unsere Absicht, Genosse Barth —, aber wir müssen versuchen, einen geregelten Geschäftsgang aufrechtzuerhalten. Dann können wir viel mehr arbeiten, als wir bis dato geschafft haben. Das muß das Bestreben aller sein; denn so sieht es nicht aus, wie es jetzt ist.

Ich bitte Sie, zu beschließen, daß wir morgen früh um 8 Uhr schon anfangen und das Referat entgegennehmen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur

Abstimmung.

(Große Unruhe, andauernde Zwischenrufe.) Ich bitte, doch Platz zu nehmen.

Es ist der Antrag gestellt worden, morgen früh die Sitzung fortzusetzen, und zwar zu beginnen mit dem Tagesordnungspunkt: **Sozialisierung**, also das Referat des Genossen Hilferding noch zu hören und darüber zu beschließen.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, daß morgen früh die Sitzung weiter gehalten und dieses Thema erörtert wird, sich vom Platz zu erheben. (Geschieht.) Das ist einstimmig beschlossen. (Lebhafter Beifall. — **Andauernde Unruhe, fortgesetzte Zwischenrufe von der Tribüne.**)

Genossen, seien Sie doch einen Augenblick ruhig! Es ist doch nicht gehörig, daß Sie sich so laut unterhalten und ich nicht zu Worte komme. (Zuruf: **Den größten Krach macht die Tribüne!**) Ich bitte die Tribüne, ruhig zu sein. Sie können uns nicht zumuten, daß wir Ihretwegen mehr schreien, als es ohnehin schon nötig ist, um sich in diesem Hause verständlich zu machen. Es ist eine Rücksichtslosigkeit, daß von der Tribüne herab in die Verhandlung eingegriffen wird. (Erneute Zurufe.) Ich bitte auch die Delegierten um Ruhe.

Der Genosse Ledebour will festgestellt wissen, ob der Kongreß auch sein Referat noch unter allen Umständen erledigen will. Ich werde darüber abstimmen lassen, ob auch der letzte Punkt der Tagesordnung morgen noch erledigt werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit. Es ist beschlossen.

Erklärung der Offiziere.

Nun habe ich noch eine **Erklärung** abzugeben und Ihnen noch eine wichtige Mitteilung zu machen:

Der Delegierte Wegmann hat am 17. Dezember in seiner Rede folgenden Satz gebraucht, den er in seiner gestrigen Richtigstellung nochmals betont hat. Nämlich:

Es ist gehört worden, daß im Restaurant des Abgeordnetenhauses von Delegierten (Offizieren) folgendes Gespräch geführt worden ist:

„Wir müssen uns hinter die sozialdemokratische Mehrheitspartei stellen; wenn wir sie unterhöhlt haben, dann ist unsere Zeit gekommen."

Sämtliche als Delegierte an der Arbeiter- und Soldatenräteversammlung teilnehmenden früheren Offiziere bezw. Sanitätsoffiziere und Beamte im Offiziersrang erklären, daß sie kein Gespräch dieses oder ähnlichen Inhalts geführt haben.

Der Delegierte Braß, der das genannte Gespräch gehört haben will, ist gebeten worden, bei einer Gegenüberstellung mit sämtlichen Offizieren die Sprecher des genannten Gesprächs zu bezeichnen. Er ist dieser Bitte nicht nachgekommen. (Hört, hört!)

Dr. Douglas. Riedscher. List. Reinartz Müsselmann Lüdtke Hoppe Dr. Schadow. Danner. Hodenberg Bieger Schreiber Westphal

— Ich weiß nicht, ob ich die Namen richtig vorgelesen habe, man kann sie kaum lesen.

Braß (persönliche Bemerkung):

Genossen, in der Erklärung, die dort abgegeben ist, wird mir der Vorwurf gemacht, als wenn ich einer derartigen Gegenüberstellung ausgewichen sei. Hier muß doch festgestellt werden, daß ich dem Herrn, der hier gestern oder heute morgen am Präsidium erschien und mich bat, heute mittag dort zu sein, erklärt habe: „Ich werde nach Schluß der Sitzung da sein, soweit ich nicht eine Fraktionsvorstandssitzung habe, oder soweit ich nicht anderweitig beteiligt bin; da bitte ich, daß Sie sich darüber bei mir erkundigen." Der Herr ist freilich nicht gekommen, und ich stelle fest, — das wird mir der Genosse Haase, das wird mir mein Fraktionskollege Geyer, und das werden mir andere bestätigen — daß ich wirklich heute mittag fast noch nicht ein paar Minuten Zeit zum Essen gehabt habe, sondern fortgesetzt Verhandlungen gehabt habe. Also der Vorwurf, als ob ich dort nicht erschienen wäre, um zu sehen, ob die Herren dabei waren, ist hinfällig. Das hätte der Herr, wenn er ehrlich sein wollte, auch in seiner Erklärung darlegen können.

Vorsitzender

Es ist folgendes Telegramm eingegangen, das ich seiner Wichtigkeit wegen dem Kongreß noch zur Kenntnis geben will. Es ist ein

Telegramm von der Ostfront:

Wir drahteten an K. M. — das soll wohl Kriegsministerium heißen — der Zentralrat der Ostfront erhebt Protest dagegen, daß ihm von Seiten des Kriegsministeriums trotz aller durch die Delegation der **Ostfront** und die Rätevertreter erfolgten Schilderungen der Ostzustände noch immer keine **geschlossenen Verbände zur Verfügung gestellt** worden sind. Die Anforderungen des Oberost bei der Obersten Heeresleitung sowie des Zentralrates sind bisher erfolglos geblieben. Die für Riga zugesagten Bataillone sind bis heute an ihrem Bestimmungsort nicht eingetroffen, und es besteht noch nicht einmal Klarheit darüber, ob sie überhaupt bereits abtransportiert sind oder wann sie abtransportiert werden sollen.

Angesichts der gesamten Zustände im Baltikum, in Litauen und in der Ukraine muß eine derartige Hinausschiebung jeder Hilfeleistung dazu führen, daß die Truppen den Mut verlieren und, soweit sie überhaupt noch zuverlässig sind, sich in unhaltbarer Stellung befinden.

Wie dem Kriegsministerium genau bekannt ist, stehen im Osten fast ausschließlich Landsturmbataillone und alte Landwehrregimenter, die mit aller Energie nach Hause streben und auch zur eigenen Verteidigung nicht mehr von der Waffe Gebrauch machen. Mit den wenigen Herausgezogenen und den aus Deutschland gewonnenen Freiwilligen läßt sich die Lage nicht sichern. Wir ersuchen daher nochmals ganz dringend um sofortige Überweisung geschlossener Verbände zur Verfügung des Oberost und des Zentralrats Ostfront. Geschieht dies nicht, so lehnt der Zentralrat hiermit für die weiteren Folgen jede Verantwortung ab, die einzig und allein auf das Kriegsministerium als leitende militärische Kommandobehörde fällt. Gleiches Telegramm ging an die Reichsregierung, Delegation der Ostfront, an Reichskongreß der A.- und S.-Räte Berlin. Zentralrat der Ostfront.

(Volksbeauftragter Barth: Darf ich eine Erklärung hierzu abgeben?) — Genosse Barth, das kann ja morgen geschehen.

Es ist dann noch eine Erklärung mit einem **Protest gegen die Wahl des Zentralrats** zu Protokoll eingelaufen, von Schäfer-Saarbrücken, der zur Begründung um das Wort bittet. Das ist natürlich unmöglich.

Damit wäre für heute Abend die Arbeit des Kongresses beendet.

Die nächste Sitzung findet morgen Vormittag 9 Uhr statt.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 45 Minuten.

Anlage zur namentlichen Abstimmung über Antrag B (Däumig).

Ich bitte folgende Erklärung zu Protokoll zu nehmen:

Ich bin an der Teilnahme an der Abstimmung über den Antrag B (Däumig) verhindert gewesen. Ich würde mit „Nein" gestimmt haben. Krüger (Teltow-Beeskow.)

9. Sitzung,

Freitag, den 18. Dezember 1918, vormittags.

309

Vorsitzender Leinert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Die namentliche Abstimmung, die gestern darüber stattgefunden hat, ob es bei der Erklärung, die der Vollsbeauftragte Haase abgegeben hat, sein Bewenden haben soll, hat ergeben, daß dafür 290 und dagegen 115 Delegierte gestimmt haben. (Stimmzähler: Heckert, Antesberger.)

Der Delegierte P. Fliedener ersucht mich, folgende Erklärung abzugeben:

Ich habe irrtümlich für den Antrag Däumig gestimmt, da mir derselbe schriftlich nicht vorlag und ich der Auffassung war, daß er das Rätesystem neben der Nationalversammlung bestehen lassen wollte.

Es ist dann folgender Antrag eingegangen:

In Anbetracht des Umstandes, daß der Kongreß sich gegen jede separatistische Bestrebung ausgesprochen hat, und daß er infolgedessen die Wahlen zur Nationalversammlung schon zum 19. Januar angesetzt hat, halten wir es für unzweckmäßig, die Landtagswahlen überhaupt stattfinden zu lassen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im Interesse der deutschen Einheit die einzelstaatlichen Grenzen überhaupt verschwinden werden, und daß eine Republik Groß-Deutschland gegründet werden wird. Wir überlassen die endgültige Regelung der kleinstaatlichen Verhältnisse der Nationalversammlung, welche gleichzeitig auch dann Landesversammlung werden wird. Geyer und Genossen.

Wir wollen diesen Gegenstand vorher erledigen, da er im Zusammenhange mit dem zuletzt erörterten Punkte der Tagesordnung steht.

Das Wort zur Begründung hat der Genosse Schütz.

Schütz-Ludwigsburg:

Kameraden und Genossen, es ist gestern beschlossen worden, daß die Nationalversammlung am 19. Januar stattfinden soll. Es werden doch zweifellos Beschlüsse gefaßt werden, die für eine **Republik Groß-Deutschland** von großer Bedeutung sind. Höchstwahrscheinlich wird es dazu kommen, daß eine Einigung und eine Zurückweisung aller separatistischen Bestrebungen stattfinden wird. Deshalb wäre es überflüssig, daß in den einzelnen Kleinstaaten noch vor dem 19. Januar Wahlkämpfe stattfinden, da es unbedingt notwendig ist, daß alle Kräfte für die Wahlen zur Nationalversammlung zusammengenommen werden. Es ist unserer Ansicht nach deshalb erforderlich, daß wenigstens bis zum 19. Januar, wenn die Nationalversammlung nicht anders bestimmt, die **Wahlen zu den Einzellandtagen unterbleiben.**

Das ist das, was ich dazu zu sagen habe.

Kahmann-Dresden:

Einem derartigen Antrage kann schon aus formalen Gründen nicht zugestimmt werden. (Sehr richtig!) Es ist jedenfalls allen bekannt, daß in einer großen Zahl von Bundesstaaten die Wahlen bereits stattgefunden haben, daß darüber hinaus eine ganze Anzahl Bundesstaaten Neuwahlen bereits ausgeschrieben hat. Weiterhin werden die übrigen sich ebenfalls mit der Frage beschäftigen, wann die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften stattfinden sollen, weil es eine zwingende Notwendigkeit ist, daß auch dort die gesetzgebenden Körperschaften sehr bald einberufen werden, um praktische Arbeit zu leisten. Ich befürchte keineswegs, daß in den **Bundesstaaten separatistische Bestrebungen** vorhanden sind; ich nehme vielmehr an, daß überall der Gedanke eingewurzelt ist, im **Deutschen Reiche fest verankert** zu bleiben, und daß in diesen Bundesstaaten sicherlich auch in der Folgezeit die Auffassung vorherrschen wird, sich dem, was in der Nationalversammlung als richtunggebend festgesetzt worden ist, unter allen Umständen anzuschließen

310

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, einem derartigen Antrage, der von erheblicher Bedeutung ist, der die bereits gefaßten Beschlüsse inhibieren und unseren Genossen Schwierigkeiten machen könnte, Ihre Zustimmung nicht zu geben.

Seger-Leipzig:

Parteigenossen! Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir, wenn wir jetzt damit beginnen würden, das alte Bundesstaatensystem wieder aufzurichten, die **einheitliche sozialistische deutsche Republik gefährden.** Es ist nicht zuletzt das Bundesstaatensystem gewesen, das Deutschland in seiner Stärke so gehemmt hat. (Sehr richtig! — Zuruf: Solange Fürsten da waren!) Die **Reaktion** war in der Hauptsache **verankert in den Bundesstaaten,** das ist ganz ohne Zweifel; und die Bundesstaatenpolitik ist es nicht zuletzt gewesen, die mit dazu beigetragen hat, die verhängnisvolle Politik herbeizuführen, die zu dem Zusammenbruch geführt hat und vor allem dazu, daß die politische Entwicklung zur Freiheit aufgehalten worden ist. Es ist unbedingt notwendig, daß wir wenigstens den Schritt so weit tun, wie es 1848 schon versucht worden ist mit der **einigen Republik.** Ich möchte darauf hinweisen, daß Preußen, wenn etwa der alte Zustand fortbestehen sollte, ja dasselbe Übergewicht gegen die übrigen Bundesstaaten haben würde. Wir müssen unbedingt mit dem alten Zustande brechen. Es kann deshalb keine Rede davon sein, deshalb, weil schon in den einzelnen Bundesstaaten Wahlen angesetzt wurden oder vollzogen worden sind, von einer Beschlußfassung abzusehen. Wenn wir dazu kommen sollen, Deutschland wirtschaftlich und politisch wieder aufzubauen, dann müssen wir **mit dem alten Bundesstaatensystem** sowieso **brechen.** Nicht etwa die Bestrebungen, wie sie hier verdächtigt worden sind: die Linksradikalen führen zur Auflösung des Reiches, — sondern umgekehrt: das Bundesstaatensystem mit seinem Separatismus ist es, was zur Auflösung führt; und alle diese Bestrebungen müssen wir aufs allerenergischste bekämpfen. Wir können doch unmöglich jetzt nach 70 Jahren noch einmal zu dem Zustande zurückkehren, nachdem man schon 1848 versucht hat, ihn zu beseitigen. Ich bitte deshalb, daß Sie wenigstens einen Schritt in dieser Richtung tun und nicht hinter der bürgerlichen Revolution von 1848 zurückbleiben. Nehmen Sie deshalb den Antrag an! (Beifall.)

(Seger übernimmt den Vorsitz.)

Leinert-Hannover:

Genossen! Der Antrag will, daß die Wahlen zu den einzelnen Bundesstaaten nicht mehr stattfinden sollen, weil durch die notwendige Agitation für die Nationalversammlung die Einheitlichkeit der Agitation gefährdet werde. Er geht aber noch weiter und will die **Bundesstaaten** jetzt mit einem Male **vollständig beseitigen.** Ob es möglich ist, das mit diesem Antrage zu erzielen, lasse ich dahingestellt. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß bereits Wahlen stattgefunden haben, und daß die stattgefundenen Wahlen, die eine Mehrheit von Sozialdemokraten erzielt haben, nicht ohne weiteres durch einen Beschluß des Rätekongresses beseitigt werden können. Außerdem kommt aber hinzu, daß die Funktion der Gesetzgebung über viele Gegenstände, die durch die Nationalversammlung gar nicht erledigt werden können — denn die Nationalversammlung ist ja nur berufen, dem Volke eine Verfassung zu geben —, doch den Bundesstaaten

vorbehalten bleiben muß, und die **Nationalversammlung** allein kann darüber **entscheiden**, ob die Bundesstaaten bestehen bleiben sollen oder nicht. Infolgedessen halte ich es für unmöglich, daß wir heute diese Resolution annehmen können. Denn ich befürchte, wie die Dinge nun einmal im gegenwärtigen Augenblick liegen, etwas ganz anderes, als was die Antragsteller damit wollen: ich befürchte, daß die **Agitation für die Erhaltung der Bundesstaaten** bei den Bürgerlichen ganz gewaltig betrieben wird, und daß infolgedessen die Agitation bei den Wahlen zur Nationalversammlung wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der einzelnen Bundesstaaten stehen wird. (Sehr richtig!) Die Erhaltung der einzelnen Bundesstaaten ist nicht allein abhängig von den politischen Zielen der einzelnen Parteien, sondern da spielen noch eine Reihe andere Dinge mit, die jedenfalls bei den Wahlen von großer Bedeutung sein können. Ich erinnere nur an das katholische Bayern; ich erinnere an die Gegenden, in denen der Klerus vorherrschend ist. Wollen wir also die Agitation für die Nationalversammlung nicht zersplittern und gefährden, dann lassen wir doch die Frage der Bundesstaaten jetzt ganz aus dem Spiel. Das ist keine Frage, die die endgültige Regelung der großdeutschen Verhältnisse irgendwie beeinflussen könnte.

Genossen, ich bitte Sie deshalb, lehnen Sie den Antrag ab, nicht, weil man schließlich nicht auf diesen Boden treten könnte, sondern weil wir die Agitation für die Nationalversammlung, für die sozialistische Republik, nicht mit solchen Dingen belasten wollen. Das ist meiner Ansicht nach das richtigste: denn sonst geht die Agitation in ganz andere Bahnen, als wir sie für die Nationalversammlung wünschen. (Beifall.)

Kaul-Offenbach:

Genossen und Kameraden! Wenn Sie

Wasser auf die Mühlen des Separatismus

führen wollen, dann nehmen Sie den Antrag Geyer an. Ich kann Ihnen das eine sagen: wenn jetzt verhütet werden soll, daß die Wahlen stattfinden, die in den einzelnen früheren Bundesstaaten schon ausgeschrieben sind, dann wird tatsächlich das eintreten, was Genosse Leinert eben sagte: dann wird eine sehr starke Agitation unter den bürgerlichen Parteien einsetzen, es wird ihnen ein **besonderer Agitationsstoff gegen uns** gegeben.

Materiell darf auch gesagt werden, daß die Frage nicht so unbedingt spruchreif ist, ob wir denn unter allen Umständen eine absolut **zentralistische Republik** haben müßten, etwa in dem Sinne der Zentralisation, wie wir sie in Frankreich haben, oder ob es nicht vielleicht für die Vorwärtsentwicklung unserer Kultur und der sozialistischen Gesellschaft besser ist, auch in Zukunft die Eigentümlichkeiten der einzelnen Staaten, der einzelnen Gegenden, der einzelnen Gaue, wie wir sie nun einmal historisch und auch historisch-materialistisch übernommen haben, zu erhalten. Diese Frage ist jedenfalls von sehr großer Bedeutung: hie zentralistische Republik, dort bundesstaatliche Republik, etwa vereinigte Staaten, wie wir sie in Nord-Amerika haben. Es würde sehr gefährlich sein, diese Frage so aus dem Handgelenk heraus zu entscheiden; dadurch würde nach unserer Überzeugung in Südwestdeutschland nichts weiter erreicht werden als eine Stärkung der separatistischen Bestrebungen, die doch unzweifelhaft schon vorhanden sind.

Deshalb bitte auch ich Sie, den Antrag abzulehnen.

(Leinert übernimmt wieder den Vorsitz.)

Vorsitzender Leinert:

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Wir kommen zur **Abstimmung.**

Der Antrag lautet:

In Anbetracht des Umstandes, daß der Kongreß sich gegen jede separatistische Bestrebung ausgesprochen hat und daß er infolgedessen die Wahlen zur Nationalversammlung schon zum 19. Januar angesetzt hat, halten wir es für unzweckmäßig, die Landtagswahlen überhaupt stattfinden zu lassen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im Interesse der deutschen Einheit die einzelstaatlichen Grenzen überhaupt verschwinden werden und daß eine Republik Großdeutschland gebildet wird. Wir überlassen die endgültige Regelung der kleinstaatlichen Verhältnisse der Nationalversammlung, die gleichzeitig dann auch Landesversammlung wird. Geyer und Genossen.

Ich bitte diejenigen, die den Antrag annehmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit; der **Antrag ist abgelehnt.**

Nun möchte ich den Delegierten noch eine Mitteilung machen über die **Diäten.** Gestern sind die Diäten ausgezahlt worden in der Erwartung, daß die Versammlung gestern zu Ende gehen würde. Nun müssen aber für den heutigen Tag noch Diäten ausgezahlt werden, und da bitte ich die Delegierten, für die Auszahlung der heutigen Diäten die Quittung vom 20. Dezember, die in dem Heft ist, das uns übergeben worden ist, auszufüllen, und an derselben Stelle wie gestern, wenn es nachher bekannt gegeben wird, die Diäten abzuheben.

Wir treten nun in den vierten Punkt der Tagesordnung ein: Referent ist der Genosse Hilferding. Ich erteile ihm das Wort

Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Dr. Hilferding-Berlin:

Genossen und Kameraden, es sind jetzt 70 Jahre her, daß Karl Marx seinen Weckruf an das Proletariat richtete: „Proletarier, ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, ihr habt eine Welt zu gewinnen." Parteigenossen, jetzt ist die Stunde gekommen, wo wir diese Welt gewinnen können. Aber wir müssen auch sagen, daß die Welt nicht die ist, die wir erhofft und erwartet haben. Es ist ein tiefes und tragisches Verhängnis, daß wir zur Macht kommen in dem Augenblick, wo das Erbe, das wir anzutreten haben, verwüstet und ruiniert ist. Besitzlos wie das Proletariat während der ganzen kapitalistischen Ära gewesen ist, besitzlos tritt es auch in die neue Zeit ein, und dieser Umstand, Genossen, daß wir eine Wirtschaft übernehmen müssen, die ausgeblutet ist wie das deutsche Volk, die der Rohstoffe ermangelt, deren Produktion so gut wie ruiniert ist, deren Arbeiterschaft geschwächt ist durch Unterernährung und verkrüppelt durch den Krieg, dieser Umstand macht die Aufgabe der Sozialisierung zu einer so ungemein schwierigen. Das Problem der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist dann auch schwierig, wenn wir in einem Zeitpunkt zur Macht gekommen wären, wo die Wirtschaft in voller Blüte gewesen wäre. Diese Schwierigkeiten türmen sich aber ins Ungeheure zu einer Zeit, wo das wichtigste Problem das ist, daß wir diese Wirtschaft überhaupt wieder in Gang bringen. Das bedeutet natürlich nicht, daß unsere Aufgabe unlösbar geworden ist; aber es bedeutet sehr wohl, daß die Zeit, die wir brauchen, um sie auszuführen, dadurch verlängert wird.

Parteigenossen! Wenn wir uns klarmachen, daß wir es mit einer Wirtschaft zu tun haben, in der der Produktionsapparat ruiniert ist, die der Rohstoffe ermangelt, dann ist es sicher, daß unsere erste Aufgabe ist, diese Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.

Wir brauchen vor allen Dingen Rohstoffe. Wenn wir aber Rohstoffe brauchen, müssen wir sie bezahlen, und bezahlen können wir sie nur mit unseren Waren. Wir brauchen deshalb vor allen Dingen die Wiederaufnahme der Exportindustrie.

Wir brauchen ferner, um unsere Ernährungsverhältnisse nicht in Unordnung zu bringen, die stetige, möglichst intensive landwirtschaftliche Produktion.

Das bedeutet aber, daß wir zunächst auf zwei Gebieten dafür sorgen müssen, daß keine Störungen erfolgen, daß die bisherige Wirtschaftsorganisation, mit der wir es zu tun haben, sofort wieder in Gang gesetzt werden kann. Das bedeutet also, daß wir gewisse Gebiete der Wirtschaft im gegenwärtigen Augenblick von vornherein von der Sozialisierung ausnehmen müssen; dahin gehört die bäuerliche Produktion in der Landwirtschaft, jene Exportindustrien, die wir brauchen, um den auswärtigen Handel wiederaufnehmen und Rohstoffe vom Ausland hereinbringen zu können. Die Sozialisierung wird sich dagegen auf alle Gebiete erstrecken müssen, wo bereits durch die kapitalistische Konzentration, durch Kartelle und Trusts der organisierten sozialistischen Wirtschaft vorgearbeitet ist. Es sind die Gebiete, in denen sich zugleich kapitalistische Herrschaftsverhältnisse ausgebildet haben, die es zunächst zu brechen gilt.

Wenn wir von Sozialisierung sprechen, so müssen wir uns darüber klar sein, was wir darunter verstehen. Ich verstehe nicht darunter Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterschaft unmittelbar. Das würde zu einer Reihe von Betriebsassoziationen führen, daß also die Arbeiter eines Betriebes untereinander eine Genossenschaft bilden, aber an dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft nichts ändern.

Die Idee der Produktivassoziation ist ja in Deutschland alt, hat aber, in Deutschland wenigstens, vollständig abgewirtschaftet; sowohl theoretisch wie historisch ist nachgewiesen, daß die Produktivassoziationen kein Mittel sind, um die Verfügung der Gemeinschaft über ihre Produktionsmittel herbeizuführen. Nichtsdestoweniger taucht dieser Gedanke wiederum in einigen Köpfen auf. Er ist bei den Syndikalisten der einzelnen Nationen, namentlich bei den Franzosen, ja nie vollständig verschwunden. Wir sehen aber auch, daß er heute wieder bei uns auftaucht und sich vor allen Dingen dahin herausbildet, als ob es möglich wäre, daß nun sofort die einzelnen Betriebe der Arbeiterschaft übergeben werden können, daß dies also die Sozialisierung wäre.

Ein solches Vorgehen ist unmöglich, weil die Vorteile einer organisierten Wirtschaft auf diese Weise nicht zu erlangen wären. Wir würden vielmehr die ganze Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise fortbestehen lassen und damit die wesentlichen Vorteile der organisierten Sozialisierung nicht erreichen. So vorzugehen, ist aber auch deshalb ganz unmöglich, weil es gegenüber der Arbeiterschaft zu den größten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten führen würde. Es würde bedeuten, daß die Arbeiter eines blühenden Betriebes, der eine große Rentabilität hat, auch vielleicht in der gegenwärtigen Zeit voll beschäftigt ist, außerordentlich gegenüber einer Arbeiterschaft im Vorteil wäre, die etwa in einem Betrieb stände, dem die Rohstoffe mangeln, dessen Rentabilität gering ist oder ganz fehlt. Wir würden so dazu kommen, die Lage der Arbeiterschaft selbst sehr ungleichmäßig zu gestalten. Sozialisierung kann also nicht heißen Übergabe der Betriebe an die Arbeiterschaft, sondern Sozialisierung kann nur bedeuten, daß die gesamte Produktion allmählich in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft übergeführt wird.

Wenn wir Sozialisierung so auffassen, so sehen wir sofort, daß es einer gewissen Zeit bedarf, bis ganze Industriezweige so organisiert werden, daß nunmehr die Gemeinschaft selbst sie übernehmen kann. Und hier entsteht zunächst die Frage, um welche Industriezweige es sich hier zunächst handeln kann.

Diese Frage muß nach zwei Gesichtspunkten beantwortet werden. Einmal, ob diese Betriebszweige dafür reif sind. Und reif sind sie, wenn sie erstens Artikel des

Massenbedarfs herstellen, wenn die Produktion gleichmäßig ist und wenn der Absatz infolge des Massenbedarfs verhältnismäßig gesichert ist. Sie sind ferner reif für die Sozialisierung, wenn bereits die technische und ökonomische Konzentration in diesen Betriebszweigen so weit gediehen ist, daß es im ganzen und großen bloß darauf ankommt, daß an Stelle des Privatmonopols eben die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft gesetzt wird. Drittens müssen es Produktionszweige sein, in erster Linie, die von großer ökonomischer Bedeutung sind wegen der Art der Gebrauchswerte, wegen der Art der Güter, die in ihnen produziert werden. Alle diese Vorbedingungen sind in erster Linie bei der Produktion der industriellen Rohstoffe im Bergbau gegeben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Kohlenbergbau, der Eisenbergbau, die ersten Stufen der Eisenverarbeitung, sowie eine Reihe anderer Gebiete im Bergbau, wie des Kalis, bereits diesen Bedingungen entsprechen, daß es aber vor allem darauf ankommen wird, anzusetzen und den Anfang zu machen.

Wenn wir hier anfangen, so bedeutet das zweierlei. Es bedeutet einmal, daß die Gesellschaft in den Besitz der wichtigsten industriellen Rohstoffe kommt. Wer die Struktur des deutschen Kapitalismus kennt, weiß, daß gerade die Verfügung über Kohle und Eisen den konzentrierten Großkapitalismus in Deutschland so außerordentlich mächtig macht. Was für den amerikanischen Kapitalismus die Beherrschung des Eisenbahnwesens gewesen ist, das bedeutet für den deutschen Kapitalismus die Herrschaft über Kohle und Eisen. Wenn wir auf diesem Gebiete vorwärts gehen, wenn es gelingt, das Verfügungsrecht der Gesellschaft über Kohle und Eisen zu gewinnen, dann nehmen wir dem deutschen Kapitalismus seine bedeutendste ökonomische Machtposition und bekommen damit die Verfügungsgewalt über einen großen Teil der Industrie in die Hand.

Aber noch mehr. Auf der Beherrschung von Kohle und Eisen beruht ja nicht nur die Macht des industriellen Kapitalismus in Deutschland, sondern darauf beruht auch zum großen Teil die Macht unserer Großbanken. Die Verbindung zwischen industriellem Kapital und Bankkapital, die sich in Deutschland immer enger gestaltet hat, die erst bewirkt hat, daß in einer Anzahl von Großbanken alle Fäden der ökonomischen Herrschaft zusammenlaufen, diese Verbindung wird dadurch gelöst, die Macht der Großbanken über die Industrie wird auf diese Weise in einem hohen Grade erschüttert. Wir treffen mit der Übernahme von Kohle und Eisen und eines Teils der schweren Industrie nicht nur die Macht des industriellen Kapitalismus, sondern auch die Macht des Bankkapitalismus.

Wenn wir auf diese Weise die Verfügungsgewalt über die industriellen Rohstoffe haben, dann können wir naturgemäß weitergehen. Es wird sich dann darum handeln, die einzelnen Industriezweige nacheinander auf ihre Eignung für die Sozialisierung zu untersuchen. Es kommen hier für die einzelnen Industriezweige auch verschiedene Maßnahmen der Sozialisierung in Betracht. Während wir auf einzelnen Gebieten sofort die ganze Produktion und den ganzen Absatz übernehmen können, werden wir auf anderen Gebieten unterscheiden und verschiedene Mittel anwenden müssen, um den Zweck, die Verfügungsgewalt der Gesellschaft über ihre Produktion, zu erreichen.

Wir werden zunächst einmal unterscheiden müssen jene Industriezweige, die allein geeignet sind, zentralisiert vom Reich aus übernommen und geleitet zu werden. Bergbau, Eisenbahnwesen, Verkehrswesen sind Gebiete, die zweckmäßig nur von einer wirtschaftlichen Zentral-

stelle aus übernommen und verwaltet werden können. Bei einer Reihe anderer Gebiete können kleinere Gesellschaftskörper, die Länder, die Selbstverwaltungskreise, die Kommunen Träger der Sozialisierung sein. Ich denke hier an Industriezweige, die die Konsummittel liefern. Die Bäckerei kann ohne weiteres kommunalisiert, von den Kommunen übernommen werden, die Kraftverteilung kann ebenfalls, sei es von einer Reichszentrale aus, sei es von den Bundesstaaten, geleitet werden.

Das Gebiet, welches Träger der Sozialisierung sein kann, ist also verschieden. Ebenso verschieden können aber auch die Mittel der Sozialisierung sein. Wir können in einem Fall die Produktion vollständig übernehmen, im andern zunächst teilweise, soweit es sich um Artikel des Massenbedarfs handelt. Z. B. wird es möglich sein, in der Schuhindustrie die Artikel des Massenbedarfs für Rechnung der Gesellschaft herstellen zu lassen, während wir die Erzeugung von Luxusschuhen und die Erzeugung für den Export unter Umständen vorläufig noch nicht zu übernehmen brauchen.

In anderen Fällen wird es sich empfehlen, die ersten Stufen der Produktion zu übernehmen, während man die Weiterverarbeitung zunächst frei läßt.

Wieder in anderen Fällen kann es sich darum handeln, durch ein Handelsmonopol den Absatz vollständig in der Hand zu behalten und dadurch die Preisgestaltung und die Produktionsrichtung des Industriezweiges entscheidend zu gestalten, zunächst aber die technische Erzeugung in der bisherigen Organisationsform weiterbestehen zu lassen.

Es entsteht nun die Frage, welche anderen Gebiete außer denen der rein industriellen Produktion übernommen werden können. Die interessanteste Frage ist dabei die Frage der Banken. In Rußland hat man die Banken ohne weiteres übernommen und die Sozialisierung gerade mit den Banken begonnen. Dieses Experiment ist in der Vorstellung gemacht worden, daß die Macht der Banken gegenüber der Industrie sehr groß ist, und daß man die Verfügungsgewalt über die gesamte Industrie bis zu einem hohen Grade mit einem Schlage erhält, wenn man die Banken übernimmt.

Man hat sich auf die Ausführungen berufen, die ich gerade über diesen Punkt im „Finanzkapital" gemacht habe. Die Idee liegt ja sehr nahe, und wenn wir die Wirtschaft in blühendem Zustande übernommen hätten, dann wäre vielleicht dieser Weg auch der geeignete. Jetzt aber ist die Situation die, daß wir zur Wiederaufnahme der Industrie — und wir können nicht mit einem Schlage die ganze Industrie sozialistisch organisieren — den Kredit brauchen, den die Banken gewähren. Die Kreditfrage ist sehr schwerwiegend und dadurch sehr kompliziert, daß ein großer Teil des umlaufenden Kapitals der Industrie festgelegt und festgeritten ist in Kriegsanleihen. Infolgedessen ist die Tätigkeit der Banken hier unentbehrlich, und wir werden die Sozialisierung nicht beim Bankwesen beginnen können, sondern sie direkt bei der Produktion beginnen müssen. Das Endresultat bleibt das gleiche.

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir, wenn wir den Kohlenbergbau und die Eisenverarbeitung übernommen haben, damit die Herrschaft der Banken über die Industrie in hohem Maße erschüttert haben. Was dann von der Banktätigkeit übrig bleibt, ist im wesentlichen die Gewährung von Zirkulationskredit an die noch privat bleibende Industrie, und gerade für diese Funktion können wir sie in der Übergangszeit schwer entbehren.

Das besagt nicht, daß wir nicht auf andern Gebieten der Banktätigkeit anders verfahren können. Ich denke hier vor allem an zwei Zweige, an die Hypothekenbanken und an die Versicherungsbanken und Versicherungsgesellschaften. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Versicherung ein Zweig ist, der ohne weiteres vom Reich übernommen werden kann, daß wir hier ohne weiteres von einer Stelle aus die wichtigen Zweige der Versicherung, die Lebensversicherung, die Feuerversicherung werden leiten können. Das ist aus zwei Gründen wichtig, aus sozialen Gründen, weil wir damit eine ganze Reihe von schwachen Existenzen unterstützen können, und aus wirtschaftlichen Gründen, weil wir auf diese Weise einen großen Teil von Mitteln, die heute dem Kapitalismus zur Verfügung stehen, für die Zwecke der ganzen Gesellschaft gewinnen können. Hier liegt ein Problem vor, das verhältnismäßig außerordentlich einfach ist und das meiner Überzeugung nach in kürzester Zeit gelöst sein wird.

Ebenso wichtig ist es, die Hypothekenbanken zu übernehmen, weniger wegen der finanziellen Ergebnisse, um die es sich hier handelt, als wegen des Einflusses, den wir dadurch sowohl auf den städtischen, als auch bis zu einem gewissen Grade auf den ländlichen Grundstücksmarkt nehmen können.

Es ergibt sich dann die weitere Frage — und das ist ein Problem, das sowohl sehr wichtig ist, als auch gerade Ihr Interesse in Anspruch nehmen wird —, nämlich auf welche Weise sollen wir sozialisieren, sollen wir konfiszieren oder sollen wir entschädigen?

Parteigenossen, Sie alle kennen das berühmte Wort, der Expropriateur wird expropriiert. Der Gedanke der Konfiskation ist der naheliegendere. Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß der Gedanke der einfachen Konfiskation nicht der richtige wäre. Ich habe bereits ausgeführt, daß wir nicht in der Lage sind aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen und nach dem ganzen Stand der Wirtschaft, die gesamte Produktion mit einem Schlage sozialistisch zu organisieren. Wenn das aber nicht der Fall ist, so würde durch eine Konfiskation eine Menge Ungleichmäßigkeiten entstehen; die einen Kapitalisten würden expropriiert werden, die andern würden privat weiter arbeiten; ferner: so konzentriert der Besitz auch in den Händen einer verhältnismäßig geringen Anzahl ist, so ist doch mittlerer und kleinerer Besitz in sehr zahlreichen Händen zersplittert. Es ergeben sich bei einer einfachen Konfiskation daraus eine ungeheure Menge von Schwierigkeiten, ferner aber auch die Möglichkeit, daß der große Besitz auf irgendeine Weise seinen wirklichen Besitz verbirgt, ihn künstlich zersplittert, um so der Konfiskation zu entgehen.

Es ist deshalb notwendig, den Akt der Sozialisierung zu teilen, um ihn gleichmäßig zu gestalten und um Störungen in der Wirtschaft zu vermeiden.

Im ersten Akt wird durch die Sozialisierung selbst die ökonomische Position des Kapitals von der Gesellschaft übernommen. Die Gesellschaft erhält die Verfügung über die Produktionsmittel, der Kapitalist wird dafür entschädigt. Die Entschädigungsgrundsätze selbst werden individuell verschieden gestaltet sein nach den einzelnen Industriezweigen. Es ist aber ganz klar, daß wir die Entschädigungsfrage vom sozialistischen Standpunkte aus ganz anders ansehen, als sie etwa bei früheren Verstaatlichungsaktionen angesehen worden ist. Vor allem werden wir auch nicht vergessen, daß die Lage des Kapitalismus seit der Revolution ganz anders geworden ist, weil das Machtverhältnis zwischen der Arbeiterschaft und den Kapitalisten sich vollständig geändert hat und damit auch das Verhältnis, in dem das Ergebnis der Produktion verteilt wird. Die Profitrate ist gesunken, die Lohnrate ist gestiegen, und das ist natürlich eine Frage, die bei der Entschädigung in allererster Linie wird berücksichtigt werden müssen. Wir werden ebensowenig vergessen, daß wir Betriebe übernehmen, deren Produk-

tionsapparat durch äußerste Ausnutzung während der letzten Kriegszeit heruntergearbeitet ist, und wir werden selbstverständlich bei der Entschädigung nicht etwa die Friedensergebnisse zugrunde legen, sondern wir werden alle diese Momente berücksichtigen müssen. Aber wir wollen entschädigen, um gleichmäßig verfahren zu können, und ich stelle mir die Entschädigung so vor, daß sie in staatlicher Rente erfolgt. Also die Besitzer bekommen in Staatsrente den Wert ihres Besitzes. Das ist der eine Akt, damit ist die ökonomische Macht des Kapitals auf die Gesellschaft übertragen.

Dann gibt es einen zweiten Akt. Dieser zweite Akt wird eingeleitet durch die Steuergesetzgebung. Wir sind dann imstande, ganz gleichmäßig alle Besitzenden, ob jetzt ihr Betrieb sofort sozialisiert wird oder ob sie zunächst als Privatbetrieb weiter arbeiten, durch die Besteuerung für die Lasten der Allgemeinheit heranzuziehen. Wir können durch eine ausgiebige Besitzbesteuerung alles das erreichen, was wir durch eine Konfiskation nur unvollständig und ungleichmäßig erreichen würden. Es ist selbstverständlich, daß eine solche sozialistische Besitzbesteuerung sich von ganz anderen Gesichtspunkten leiten läßt, als etwa die bürgerliche Steuergesetzgebung. Für uns kommt nicht allein das fiskalische Interesse in Betracht, sondern daß wir auf diese Weise eine sozialistische Gesellschaft begründen wollen, in der die Vermögensunterschiede ausgeglichen werden müssen, in der der Unterschied von Arm und Reich, wie er in der gegenwärtigen Gesellschaft besteht, verschwinden muß. Infolgedessen ist die Grundlage einer sozialistischen Besteuerung, daß sie nicht nur von dem Gesichtspunkte ausgeht: Was bringt die Steuer ein? sondern: Wie wirkt die Steuer auf die Besitzverteilung? Wie wirkt sie in der Richtung, daß die Vermögensunterschiede allmählich verschwinden. Die Frage: Konfiskation oder Entschädigung ist daher keine Prinzipienfrage, sondern sie ist bloß eine taktische Frage, wie man besser fährt, um das Resultat der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Ausgleichung der Vermögensunterschiede zu erzielen. Wenn ich von Entschädigung spreche, so bedeutet das selbstverständlich nicht, daß nun alles und jedes entschädigt werden muß. Es gibt eine Reihe von Rechten, die ohne weiteres ohne Entschädigung auf die Gesellschaft übertragen werden können. Ich denke hier z. B. an die Bergbauregale, an das historische Recht gewisser Herren, Abgaben vom Kohleneigentum, von Eisenbergwerken usw. zu erheben, wie es etwa der Prinz von Arenberg und der Fürst Pleß besitzen. Diese Regalrechte können natürlich ohne weiteres annulliert werden, ohne jede Entschädigung. Noch größere Bedeutung hat es, daß das Bergbaurecht vom Staate Privatgesellschaften, Privateigentümern verliehen worden ist. Es bestehen eine Menge solcher Rechte, ohne daß der Bergbau wirklich betrieben worden ist. Dieses Recht ist nur dazu benutzt worden, um diesen Gesellschaften ein Monopol, das Verfügungsrecht über die Schätze, die der Nation zustehen, zu gewähren. Diese Rechte können nach meiner Meinung ebenfalls ohne weiteres, ohne jede Entschädigung annulliert werden.

So viel zunächst über das Gebiet der Industrie, über die Entschädigungsfrage und über die Mittel der Sozialisierung.

Ich möchte nur noch kurz streifen, daß wir uns auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung auf den Standpunkt stellen müssen, daß in die bäuerlichen Besitz- und Betriebsverhältnisse nicht eingegriffen werden muß. Der Einfluß, den wir gewinnen wollen, wird auf andere Weise zu erreichen sein. Wir werden ihn einmal erreichen, wenn wir den Absatz des Getreides durch ein Getreidehandelsmonopol, wie es heute tatsächlich bis zu

einem gewissen Grade besteht, in der Hand behalten, und wenn wir, im Besitz der Hypothekenbanken, auf die landwirtschaftliche Krediterteilung Einfluß ausüben können. Wir werden im übrigen die Landwirtschaft fördern durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die dazu dienen werden, die Intensität und die Produktivität gerade des bäuerlichen Betriebes zu steigern. Wir werden den landwirtschaftlichen Unterricht fördern. Wir werden, im Besitz der Kaliproduktion, der Landwirtschaft billige Düngemittel zur Verfügung stellen. Wir werden durch Förderung des Genossenschaftswesens den Sozialisierungsgedanken allmählich auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung nahebringen. Wir werden dadurch, daß wir der landwirtschaftlichen Bevölkerung die notwendigen Maschinen zur Verfügung stellen, die Intensität und die Schnelligkeit des Betriebes steigern können usw. So viel über die bäuerlichen Betriebe der Landwirtschaft.

Dagegen bin ich der Ansicht, daß wir den Großgrundbesitz durchaus von der Gesellschaft aus übernehmen müssen. Namentlich die großen Latifundien, die extensiv bewirtschaftet werden, sind ein geeignetes Objekt für die Sozialisierung, ebenso wie die großen Forsten und Wälder. Auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden wir eine Reihe von durchgreifenden Maßnahmen treffen können, Maßnahmen, die dazu dienen werden, das Nationaleigentum an Grund und Boden wenigstens zu einem großen Teile sicherzustellen. Es wird dann zweierlei in Betracht kommen. Wir brauchen die Verfügung über Grund und Boden einmal deshalb, weil wir den heimkehrenden Kriegern versprochen haben, ihnen Grund und Boden zur Siedelung zur Verfügung zu stellen, und dieses Versprechen muß erfüllt werden. Wir brauchen den Grund und Boden aber auch deshalb, um von gesellschaftswegen landwirtschaftliche Musterbetriebe einrichten zu können und um dann mit der Zeit zu einer möglichst gesteigerten Produktivität zu kommen. Es handelt sich hier dann weiter um die Frage, in welcher Art und Weise die Landwirtschaft in solchen Musterbetrieben fortgeführt werden soll. Ich bin da der Ansicht, daß wir durchaus nicht etwa den Großbetrieb vollständig auflösen können in Kleinbetriebe; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß für gewisse Produktionszweige der Großbetrieb der technisch überlegene ist, und ich meine, wenn erst der Großbetrieb in wirklich rationeller Weise mit einer intelligenten und gutentlohnten und infolgedessen auch arbeitsfreudigen Arbeiterschaft geführt wird, dann wird sich herausstellen, daß die technische Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb tatsächlich so bedeutend ist, daß die Zerschlagung des Großbetriebes eine indiskutable Idee wäre. Auch hier werden wir eine Reihe von außerordentlich wichtigen Problemen zu lösen haben.

Wenn wir uns die Summe der Probleme, die ich hier absichtlich nur ganz kurz angedeutet habe, und die verschieden sind je nach den einzelnen Industriezweigen und auch verschieden gelöst werden müssen nach den einzelnen Industriezweigen, vor Augen halten, so werden sie mir zustimmen müssen, wenn ich sage, daß für die Sozialisierung Zeit notwendig ist. Die politische Revolution ist ein verhältnismäßig kurze Zeit dauernder Akt.

Ganz anders ist es aber mit der Ersetzung einer Wirtschaftsform durch die andere. Die kapitalistische Form hat bis zu ihrem Ende, wovon wir jetzt wohl sprechen dürfen, Reste früherer Wirtschaftsformen in sich getragen: feudale Reste, kleinbürgerliche Reste bis zur letzten Stunde. Wirtschaftsformen verschwinden nicht an einem Tage oder in einem Monat, sondern die Verdrängung der einen Form durch die andere bedarf sehr langer Zeit. (Sehr richtig!) Für die sozialistische Wirtschaft kann man

vielleicht deswegen mit geringeren Zeiträumen rechnen, weil ja ihre Aufrichtung das gemeinsame, bewußte Werk der gesamten Gesellschaft ist — bewußtes Werk, das natürlich rascher vor sich gehen kann als etwa die Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaft, die der privaten Initiative dem bewußten Walten ökonomischer Gesetze überlassen werden wird. Trotzdem ist es ganz klar, daß die sozialistische Gesellschaft nur errichtet werden kann in einem organischen Aufbau, der verhältnismäßig geraumer Zeit bedarf. Es wäre eine ganz verkehrte Vorstellung — und vor der muß gewarnt werden —, daß das nun willkürlich beschleunigt werden kann, daß es etwa anginge, daß Betriebe einzelnen Arbeiterkategorien übergeben werden und dadurch etwas geleistet werden kann. Es handelt sich nicht um die Übergabe von Vermögen, sondern es handelt sich um die Neuorganisation ganzer Industriezweige. Es bedarf also der Zeit. Aber ich meine: das Proletariat kann auch diese Zeit gewähren.

Parteigenossen, wie hat sich denn die ökonomische Lage des Proletariats nach der Revolution gestaltet? Sie alle kennen die Auffassung, daß in der Übergangswirtschaft mit aller Energie wird gearbeitet werden müssen, daß möglichst viele Überstunden gemacht werden sollten, und daß ein Abbau der Löhne erfolgen solle. Es ist klar, daß diese kapitalistischen Pläne auf den stärksten Widerstand der Arbeiterklasse gestoßen wären. Aber diese Streiks hätten kolossale Opfer erfordert, und ihr Ergebnis wäre zweifelhaft gewesen, weil die alte Staatsmacht schützend hinter dem Kapital gestanden hat und weil die Übergangswirtschaft eine Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit ist, die unter den alten Verhältnissen die Widerstandskraft des Proletariats außerordentlich verringert hat. Die Revolution hat gerade an der ökonomischen Lage der Arbeiterschaft bedeutendes geändert. Sie kann keine Wunder wirken. Wir sind verarmt; die Herstellung der Güter ist verringert; was zur Verteilung kommen kann, ist sehr viel weniger als in der Friedenswirtschaft. Aber der Verteilungsmaßstab ist durch die Revolution, durch die Änderung der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit doch sehr verschoben worden. Wir haben keinen Abbau der Löhne, sondern eine Steigerung der Löhne, und wir haben keine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern den Achtstundentag. Ich meine, das ist eine Situation, in der das Proletariat sehr wohl die notwendige Wartezeit, ohne die nichts Gründliches geleistet werden kann, gewähren kann. Es muß sie gewähren, soll nicht das ganze Werk verpfuscht werden.

Parteigenossen! Hier ist wiederholt das Wort zitiert worden: die Revolution darf sich nicht auflösen in eine Lohnbewegung; und ich möchte diese Worte unterstreichen. Sie darf sich nicht auflösen in eine Lohnbewegung, und sie darf sich nicht auflösen in eine Anarchie, in eine ungeordnete und produktionsstörende Bewegung, weil dadurch jede Neuorganisation unmöglich würde. (Sehr richtig!) Parteigenossen, der Sozialismus ist nicht nur eine Messer- und Gabelfrage, und nicht nur das Streben, die Armut und das Elend aus der Welt zu schaffen. Es ist schon etwas ungeheuer Großes, wenn es gelingen wird, dem gesamten Volke die notwendige Existenz zu sichern, wenn es gelingen wird, daß unsere Jugend nicht mehr unterernährt und nicht mehr überarbeitet aufwächst, wenn es gelingt, eine Jugend heranwachsen zu lassen, die aller Geistesschätze, die die Kultur bieten kann, teilhaftig wird.

Aber Sozialismus will, glaube ich, noch etwas Höheres. Es handelt sich auch darum, daß das ganze materielle Denken, das bisher die Menschheit erfüllt hat, endlich in den Hintergrund tritt (Sehr gut!), daß die Millionen der Menschheit nicht mehr immer an Essen und Trinken denken, daß die Sorge um Essen und Trinken

nicht mehr in erster Linie steht, sondern zurückgedrängt wird und verschwindet; es handelt sich darum, daß ein neuer Geist die Menschheit erfaßt, wo man nicht mehr daran denkt: wie wohne, esse, trinke ich heute, und habe ich morgen noch die Möglichkeit zu wohnen, zu essen, zu trinken; sondern wo es sich darum handelt, daß die ganze Menschheit mit den großen Problemen sich beschäftigt, daß das Tierische, das uns allen noch aus der Periode der Klassenherrschaft und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen anhaftet, ersetzt wird durch das Geistige, durch das Ideale.

Parteigenossen, wenn Sie einen solchen Zustand vorbereiten wollen, dann müssen Sie sich schon heute von diesem Geiste erfüllen lassen. Dann dürfen Sie sich nicht fragen: was bringt die Revolution an Lohn. Dann dürfen Sie nicht sagen: heute habe ich besser gegessen als gestern und deswegen bin ich heute zufrieden; aber wenn ich morgen nicht wieder besser zu essen habe, dann bin ich morgen wieder unzufrieden. Sie müssen sich sagen: das Proletariat hat alles, was es erreicht hat, in schwerster Arbeit erreichen müssen. Aber, Parteigenossen, keine Arbeit wird schwerer sein als die Arbeit nach dem Siege der Revolution. (Sehr wahr!) Wir gehen besitzlos aus der kapitalistischen Gesellschaft hervor, wie wir besitzlos in sie eingetreten sind. Da gilt es nun zu arbeiten und die Zähne zusammenzubeißen — aber in dem Bewußtsein, daß diese Arbeit nicht mehr eine Arbeit für Fremde ist, keine Arbeit für die Ausbeuter, sondern daß es Arbeit für uns selbst ist. (Sehr richtig! und Bravo!)

Parteigenossen! Wenn Sie heute in den Betrieben stehen, dann müssen Sie sich immer vor Augen halten, daß Sie die Treuhänder, die Verwahrer dieser Betriebe für uns sind. Alle diese Betriebe gehören nicht Ihnen und noch viel weniger den Kapitalisten; sie gehören der neuen sozialistischen Gesellschaft, und Sie müssen dafür sorgen, daß diese Betriebe in so gutem Zustande als möglich in die sozialistische Gesellschaft übergeführt werden können. Denn wir können nur sozialisieren, wenn etwas zum Sozialisieren da ist, wenn gearbeitet wird, und wenn diese Arbeit Früchte trägt. Deswegen möchte ich Sie bitten, stets daran zu denken, daß wir die neue Gesellschaft nicht in einem Tage und nicht in einem Monat erringen können, sondern daß sie allmählich, aber in energischer, fortschreitender Arbeit aufgebaut werden muß. Wenn wir erst angefangen haben, dann schließt sich an den Anfang ganz von selbst immer Neues an. Wenn wir die Eisenbahnen haben, so werden wir die Lokomotiven für die Bahnen bauen und die Eisenschienen für die Bahnen herstellen; wenn wir Kohle und Eisen haben, werden wir eine Menge weiterverarbeitender Industrien angliedern können; wenn wir einen Industriezweig haben, gliedern sich von selbst andere Industriezweige wieder an ihn an; der Kreis der sozialistischen Produktion wächst beständig.

Infolgedessen hat das Proletariat die Pflicht, in der gegenwärtigen Zeit zwar mit aller Energie darauf zu bestehen, daß die sozialistische Arbeit in Angriff genommen und durchgeführt wird ohne jede Rücksicht auf irgendwelche Privatinteressen, ohne Ängstlichkeit, ohne Zaudern. Aber es muß diese Arbeit auch unterstützen, indem es in den Betrieben und indem es politisch mitarbeitet und unsere Arbeit sichert. Diese Arbeit wird gesichert, wenn es gelingt, uns in den Wahlen zur Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit zu verschaffen. Parteigenossen, das ist außerordentlich wichtig! Um ruhig fortarbeiten zu können, brauchen wir die Stetigkeit der sozialistischen Regierung, und diese ist nur zu haben, wenn die Mehrheit des Volkes hinter uns steht. (Sehr richtig!) Wir haben die feste Überzeugung, daß diese Mehrheit

zu gewinnen ist, und dann kann die Arbeit, die wir leisten, einen stetigen Fortgang nehmen und rascher zustande gebracht werden.

In diesem Sinne, Parteigenossen, möchte ich Sie bitten, auf die Genossen draußen einzuwirken. Alle Sozialisten müssen sich darin einig sein, daß die Sozialisierung, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel fortgeführt wird, alle Sozialisten müssen sich darin einig sein, daß die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen aufhören muß. Diese Arbeit ist aber nur zu leisten, wenn die Arbeiter selbst sich bewußt werden: es handelt sich nicht in erster Linie um materielle Forderungen, um ihre persönliche Besserstellung, sondern um die Durchführung des größten Ideals, das der Menschheit gestellt ist. Es handelt sich darum, daß alles Materielle in den Hintergrund treten muß und daß neuer Geist die Menschheit erfüllt, daß die Menschheit aufhört, die Reste des Tierischen mit sich herumzuschleppen, daß sie anfängt, ganz Mensch zu sein, das heißt, vor allem ganz Geist zu sein, zu leben nicht für die eigenen persönlichen Interessen, sondern zu leben für das Ganze, für die Allgemeinheit. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ledebour (zu einer Erklärung):

Parteigenossen, ich halte es für richtig, in diesem Stadium der Verhandlungen Ihnen die Mitteilung zu machen, daß ich wegen Verschlimmerung meines Katarrhs absolut außer Stande bin, Ihnen heute ein Referat zu halten, und bitte Sie deshalb, mein Referat heute von der Tagesordnung abzusetzen. Ich glaube, mit dieser Mitteilung auch Ihren eigenen Wünschen entgegenzukommen (Rufe: Nein!), insofern, als die knappe Zeit der Verhandlungen, die uns noch zu Gebote steht, jedenfalls besser auf die Frage der Sozialisierung verwendet werden kann, als wenn wir die Verhandlungszeit in zwei an sich sehr wichtige Gegenstände teilen. Ich behalte mir natürlich vor, in allernächster Zeit, allerdings nicht in Ihrer Mitte, da Sie zum Teil verreisen werden, jedenfalls vor einem Kreis von Parteigenossen, die Frage ausgiebig zu behandeln und sie dadurch für die Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. (Bravo!)

Vorsitzender Seger:

Ist der Kongreß damit einverstanden, daß das Referat des Genossen Ledebour abgesetzt wird? (Zustimmung.) Das ist der Fall.

Besprechung des Referats.

Wir treten nunmehr in die Debatte ein. Als erster Redner hat das Wort Mehlich.

Mehlich-Dortmund:

Parteigenossen! Der große Beifall, den die Ausführungen des Referenten gefunden haben, hat wohl am besten bewiesen, wie er dem größten Teil der Anwesenden mit seinen ganz vorzüglichen Ausführungen aus dem Herzen gesprochen hat, und ich glaube, es wäre eine große Debatte über alle die von ihm berührten Fragen kaum notwendig. (Widerspruch.) Soweit es die Einzelheiten angeht, müssen wir uns darüber klar werden, daß sie hier nicht gelöst werden können. Es wird notwendig sein, eingehende Untersuchung anzustellen, inwieweit die **Schwierigkeiten der Sozialisierung** im einzelnen überwunden werden können.

Nun hat ja gestern oder vorgestern schon der Genosse Limbertz von Essen den Vorschlag gemacht, **Kommissare in die einzelnen Betriebe** hineinzuschicken, um das notwendige Material zur Sozialisierung zu gewinnen. Der Vorschlag scheint zunächst praktisch zu sein, ich glaube aber, daß es viel notwendiger ist, daß man beizeiten jene Kreise, die uns bisher in ihrer Mehrheit fern standen, die Kreise der Angestellten und Unternehmer, dafür zu gewinnen sucht, daß sie auch in unserm Dienst weiterarbeiten. Auf die Intelligenz, die jene Kreise verkörpern, können wir kaum verzichten.

Doppelt unterstreichen möchte ich die Ausführungen des Genossen Hilferding über den **sozialistischen Geist**, den wir brauchen, wenn wir sozialisieren wollen. Ohne diesen

sozialistischen Geist werden wir zu einer fruchtbaren Sozialisierung kaum kommen. Denn, Genossen, was besonders notwendig ist, das ist eine Steigerung der Produktion, die Produktion wird aber unmöglich gesteigert durch eine Propaganda, wie wir sie in den letzten Wochen, besonders seit dem 9. Dezember, im Ruhrrevier gehabt haben, eine **Propaganda**, die darauf hinausläuft, die **Arbeiter zu übertriebenen Forderungen** zu veranlassen und so quasi die ganze Produktion stillzulegen. Wenn in dieser Weise von einer Minderheit fortgefahren werden sollte, dann können wir überzeugt sein, daß wir sehr bald **nichts zu sozialisieren** haben. Der sozialistische Geist ist notwendig, auch in den Massen der Arbeiter, um die Schwierigkeiten, die entstehen können, zu überwinden. Wir werden da nicht in schematischer Weise vorgehen können, und ich möchte, da die Frage auch kurz behandelt worden ist, bezüglich der Entschädigung sagen, daß sie heute bei weitem nicht die Bedeutung hat, wie bei unsern früheren Diskussionen. Wir werden doch zu einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer kommen, und da haben wir die Möglichkeit, selbst bedeutende Entschädigungen einfach wieder zu expropriieren, auf dem gesetzmäßigen Wege der Steuer. Wir können die Steuer jedenfalls so einrichten, daß wir **Vermögen über eine Million Mark überhaupt nicht mehr** haben.

Es hat mich besonders gefreut, daß der Referent die **Ablösung des Bergregals** erwähnt hat. Es ist Ihnen ja bekannt und oft genug in den Zeitungen behandelt worden, wie einer ganzen Reihe von Fürstlichkeiten jährlich Millionen dadurch zufließen, daß auf ihrem Grund und Boden Kohlen gegraben werden. Der Herzog von Arenberg und viele andere haben ungeheure Summen eingesteckt, ohne daß sie auch nur das Mindeste dafür geleistet hätten. Diese Millionen müssen jetzt schon für das Reich beansprucht werden. Da dürfen wir gar nicht länger warten. Es ist ungerechtfertigt, wenn jene Herrschaften sich noch weiter an derartigen Abgaben, die auf vorsintflutliche Rechte zurückgehen, bereichern.

Jedenfalls werden wir mit unsern Forderungen auf Sozialisierung im Volke stärkeren Anklang finden als je zuvor, und wenn wir in der Wahlagitation Erfolge haben wollen, dann müssen wir vor allen Dingen immer und immer wieder darauf hinweisen, daß die

Sozialisierung die einzige Rettung aus dem Kriegselend

ist. Bei den Versammlungen, die ich bisher abgehalten habe, habe ich gefunden, daß alle Kreise dieser Einsicht zugänglich sind. Alle die Märchen, die man früher über den Sozialismus erzählt hat, werden heute in der Bevölkerung nicht mehr geglaubt, alle Welt sieht, daß die Sozialisierung eine Notwendigkeit ist.

Werte Genossen, ich glaube, es wäre zweckmäßig, wenn die außerordentlich anregenden Ausführungen des Genossen Hilferding im Druck erscheinen würden, (Zustimmung) und ich möchte hier einen dementsprechenden Antrag stellen. (Zustimmung.) Es wird zweifellos auch über die Teilnehmer des Kongresses hinaus das größte Interesse erwecken, was er gesagt hat. Die Fragen werden noch viel besprochen werden, und deshalb beantrage ich, wie gesagt, den Druck des Vortrages.

Im übrigen will ich nur sagen: sorgen wir dafür, daß überall und in allen Schichten der Bevölkerung die Sozialisierung als der einzig mögliche und nötige Ausweg aus all dem Jammer und Elend des Krieges empfunden wird! Wir brauchen auch fernerhin gar keine Sorge wegen des Ausfalls der Wahlen zu haben. Wir können auch sicher sein, daß Deutschland durch den Sozialismus sich aus dem Sumpf herausarbeiten wird, in dem es jetzt steckt. (Beifall.)

Berten-Düsseldorf:

Genossen! Wir haben in den letzten Tagen durch verschiedene Ausführungen der Volksbeauftragten, zum Beispiel Dittmann und Landsberg, des öfteren gehört, daß die Volksbeauftragten, die die jetzige Regierung darstellen, ernstlich gewillt sind, die Sozialisiernng in Angriff zu nehmen. Genossen! Draußen ist ja etwas anderes gesagt worden.

Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, einen Vortrag des Genossen Hue anzuhören, der Mitglied der Sozialisierungskommission ist. Der Genosse Hue hat erklärt, daß vorläufig und in **absehbarer Zeit an eine Sozialisierung gar nicht zu denken** sei. Wir würden, so sagte Genosse Hue wörtlich — er hat das ja auch in einem Zeitungsartikel zum Ausdruck gebracht —, wenn wir jetzt Sozialisierungen vornehmen wollten, lediglich die **Konkursverwalter des Kapitalismus** sein. Genosse Hue fügte in seinem Vortrag hinzu: Derselben Meinung wie ich ist auch der Genosse Kautsky, der mit in der Sozialisierungskommission sitzt.

Nun, werte Genossen, der Genosse Hilferding hat ja heute in seinem Referat etwas Ähnliches gesagt, wenn auch nicht in einer so ausgeprägten Form. Genosse Hilferding erklärte ebenfalls, daß zunächst, um zur Sozialisierung schreiten zu können, ein Ingangkommen der bisherigen Produktion abgewartet werden müsse, d. h., daß zunächst einmal versucht werden müsse, die Produktion wieder in Gang zu setzen, und man dann erst ernstlich an die Sozialisierung denken könne. Genossen! Ich weiß nicht, ob die Kapitalisten, die heute die Betriebe in Händen haben, erst die **Misere der Übergangswirtschaft** auf sich nehmen, den Betrieb wieder fein säuberlich herstellen und dann zu den Volksbeauftragten sagen werden: Bitte schön, bedienen Sie sich. Ich glaube nicht, daß es so kommen wird.

Daß die Sozialisierung vorgenommen werden muß, darüber sind wir uns wohl alle einig. Es handelt sich lediglich um den Zeitpunkt, — ob man gegenwärtig schon dazu übergehen kann, oder ob man eine gewisse Zeit abwarten muß. In dieser Frage könnte man stehen, wie man will, es müßten aber doch die notwendigen Vorbereitungen für eine Sozialisierung getroffen werden, die demnächst in Angriff genommen und durchgeführt werden soll, Vorbereitungen dahingehend, daß man eine Betriebskontrolle einführt, und zwar besonders in der Rüstungsindustrie. Wenn es noch vorkommt, wie es tatsächlich der Fall ist, daß in **Rüstungsbetrieben** noch Granaten und andere **Mordwerkzeuge** hergestellt werden, diese selben Gegenstände an andere Stellen gefahren, dort entladen und **entzweigeschlagen** werden, so ist das eine Verschwendung von Rohmaterial, Kohle, Licht und Arbeitskraft, die nicht zu verantworten ist, die verhindert werden könnte, wenn eine Betriebskontrolle eingeführt wäre.

Nun hat der Genosse Hilferding gesagt, daß in der Landwirtschaft eine Sozialisierung auch noch nicht möglich sei, und hat sich dann in weiteren Ausführungen darüber verbreitet, daß als Objekt der **Sozialisierung** der Landwirtschaft der **Großgrundbesitz** in Betracht käme. Das letztere stimmt unzweifelhaft. Wir werden nicht mit der Sozialisierung bei den Kleinbauern von 10 bis 20 Morgen anfangen, sondern es wird selbstverständlich da angefangen, wo eine gewisse Grundlage vorhanden ist, beim Großbetrieb. Wenn man aber dazu übergehen will, in absehbarer Zeit die Landwirtschaft zu sozialisieren — und auch das ist notwendig —, dann müssen auch dafür bereits Vorbereitungen getroffen werden, insofern, als man bereits jetzt die Kräfte dafür heranzubilden sucht. Wir haben jetzt Winter. Ich meine, in diesem Winterhalbjahr bis zur Bestellung der neuen Ernte müsse es möglich sein, wenigstens einigermaßen Kräfte ausfindig zu machen, heranzubilden und ihnen das beizubringen, was ihnen noch fehlt, um sie in die Lage zu versetzen, in der Landwirtschaft im Auftrag der sozialistischen Republik und der Gesamtheit mit tätig zu sein. Ich meine, die Volksbeauftragten, oder wie die Regierung nach der Nationalversammlung sich zusammensetzen wird, werden es doch unter keinen Umständen zulassen können, daß in der Landwirtschaft wie bisher auch weiter noch Lebensmittelprodukte, zur Ernährung des Menschen geeignet, aus Profitinteresse in Spiritus und andere ungenießbare Dinge umgewandelt werden. (Sehr richtig!) Ich meine also, es muß unter allen Umständen dies verhindert werden, und sobald ein solcher Eingriff in den Betrieb der Landwirtschaft kommt, haben wir ja bereits den Anfang der Sozialisiernng, der Besitznahme der Güter durch die Allgemeinheit.

Damit hängt ja die Frage der **Sozialisierung der Lebensmittelindustrie** eng zusammen, die der Genosse Hilferding gestreift hat, und wo er dem Sozialisierungsgedanken etwas zugänglicher zu sein schien. Ich meine, das ist nicht von ungefähr, denn die Lebensmittelknappheit wird uns in sehr kurzer Zeit vielleicht dazu zwingen, in Bezug auf die Herstellung der Lebensmittel in weitgehendem Maße an die Sozialisiernng, an die Zusammenfassung durch die Allgemeinheit zu gehen.

Mit dem Gebiete der Landwirtschaft hängt ja überhaupt auch die **Sozialisierung des Grund und Bodens** eng zusammen. Auch da, wo namentlich für die Errichtung von Wohnstätten für die ungezählte Zahl von dem Proletariat angehörenden Familien, die heute kein würdiges Dach über dem Kopfe haben, gesorgt werden muß, auch da wird die Regierung unbedingt dazu übergehen müssen, in kürzester Zeit irgendwelche Schritte zu unternehmen, um auf diesem Gebiete für und durch die Allgemeinheit etwas zu schaffen.

Nun noch ein paar Worte zu den **Banken**. Genosse Hilferding meint, wenn die großen syndizierten Unternehmungen in der Eisen- und Kohlenindustrie sozialisiert würden, so würde dadurch ein großer Teil des Einflusses der Banken von selbst wegfallen. Ja, Genossen, die Banken würden selbstverständlich eines Teils ihrer Tätigkeit enthoben sein. Aber die Banken haben auch noch andere Gebiete. Eins davon hat ja der Genosse Hilferding Ihnen schon genannt: den Grundstücksmarkt. Ich möchte aber noch auf andere Gebiete hinweisen, zum Beispiel auf den **Anleihemarkt**. Wir haben gesehen, daß in den letzten Wochen und Monaten eine ungeheure Menge von Papiergeld von Kommunen, Provinzen, von einzelnen Kreisen, von den Staaten usw. herausgegeben worden ist. Ich meine, auf diesem Gebiete muß unbedingt eine sozialistische Regierung versuchen, irgendwie Wandel zu schaffen. Es handelt sich in erster Linie darum, eine Finanzkontrolle herzustellen, die auch verhüten kann, daß **Verschleppungen von Vermögen** stattfinden. Das Vermögen, das Kapital der Banken ist doch selbstverständlich ebenso gut Produktionsmittel wie die Maschinen in einer Fabrik, wie die Eisenbahnen, die draußen im Lande herumfahren. Ich meine also, dahingehend muß die sozialistische Regierung Vorbereitungen treffen, Schritte zu unternehmen, damit auch nach außen hin dem Proletariat gezeigt wird hier ist es der sozialistischen Regierung ernst mit der Sozialisierung, mit der Übernahme der Produktion durch die Allgemeinheit, ernst damit, daß nun Zustände geschaffen werden, wie Genosse Hilferding in seinem Schlußwort so schön sagte, daß der Arbeiter nicht mehr bloß zu arbeiten braucht für den Profit, sondern daß er das Bewußtsein hat, er arbeitet für sich selbst. (Lebhafter Beifall.)

325

Henseling (II. Armee):

Unsere Kameraden vom noch nicht demobilisierten Heer haben uns mit dem Auftrag hierhergesandt, ein

flammendes Bekenntnis zum Neuen

abzulegen. Wir begrüßen es aus tiefer Seele, daß endlich Wahrheit wird, daß endlich wahre menschliche Gleichberechtigung aller sein soll und sein kann, daß der Mensch nicht mehr Knecht der Dinge sein soll, sondern daß endlich mit allen überhaupt möglichen Mitteln ein Zustand herbeigeführt werden soll, in dem der Mensch frei das Haupt erheben kann als Herr der Dinge, denen er nicht mehr dient.

Selbstverständlich begrüßen wir aus voller überlegter Überzeugung die Forderungen der **Sozialisierung bis zu den äußersten, überhaupt in der gegenwärtigen Lage möglichen Grenzen**, in demselben Geiste, in dem sie der Referent heute dargelegt hat. Wir glauben nicht, daß es der Sache viel dienen kann, ja, daß es überhaupt möglich ist, über die so verwickelten Probleme, um die es sich dabei handelt, hier eingehend zu sprechen. Wir halten es aber für notwendig, das mit aller Entschiedenheit auszusprechen, was ich eben gesagt habe.

Im Laufe dieser Tage ist wiederholt angezweifelt worden, daß wir aus freier begründeter eigener Überzeugung hier sprechen. Wir haben es nicht nötig, uns gegen solche Unterstellungen einer obstruierenden Minderheit oder gar einiger **wild gewordenen Tribünenbesucher** oder -besucherinnen zu rechtfertigen (Unruhe und Zurufe aus dem Hause und von den Tribünen); denn wir sind gerechtfertigt durch das Vertrauen von vielen Millionen, die hinter uns stehen. (Wiederholte Zurufe und Lärm.) — Wenn Sie hier „Putscher" rufen, so antworte ich darauf nicht; es gehört nicht zum Thema, daß ich Ihnen sage, wer die Leute sind, die hier unsere Meinung vertreten haben. Wir würden nicht auf diese Dinge eingegangen sein, wenn es nicht im Interesse der Sache notwendig wäre, Ihnen zu sagen, wer wir sind. (Wiederholte erregte Zurufe und Gegenrufe.) Wenn Sie das, was ich hier gesagt habe und noch sagen werde, sachlich zu entkräften wissen, dann werden wir Sie ruhig anhören, wir werden Ihnen, wenn Sie mit sachlichen Gründen arbeiten, nicht „Rüpelei" entgegenrufen. (Rufe: Zur Sache!) — Diese tiefe Überzeugung zur Sozialisierung, zu der wir uns bekennen in dem Geiste jener die Bedingungen klar abwägenden Verantwortlichkeit, mit der die Vollsbeauftragten Ebert, Haase, Dittmann und Landsberg hier gesprochen haben — dazu bekennen sich nicht Leute, die sich **zu Putschversuchen mißbrauchen** lassen oder von der Regie des Haufens mißbrauchen lassen. (Große Unruhe.) Ich will Ihnen sagen, wer die Leute sind, die hier reden. (Erneute Rufe: Zur Sache!) Wenn Sie unsere Drucksachen — (Große Unruhe — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert:

Ich habe Ihnen sehr viel Spielraum in Ihren Ausführungen gelassen. Es steht aber jetzt die Sozialisierung zur Besprechung, und ich bitte Sie, darauf zurückzukommen.

Henseling (fortfahrend):

Dann muß ich darauf verzichten, Ihnen das zu sagen, was im Interesse der Sache gesagt werden müßte. Wir haben versucht, uns ein klares Bild von denen zu machen, die hier mit uns reden. Es scheint aber, daß Sie nicht einmal versucht haben, durch einen Blick in unsere Drucksachen sich zu überzeugen, wer wir sind. Wenn wir nicht einmal voneinander wissen, wer die sind, welche hier reden, dann ist ein sachliches Verhandeln nicht möglich. (Lachen und Zurufe.)

326

Schmidthals-Schlesien:

Als Vertreter der **Demokratischen Partei** habe ich folgendes zu erklären: wir stehen im allgemeinen auf dem Boden der Ausführungen des Referenten, halten es aber doch für notwendig, einige Punkte noch stärker zu unterstreichen. Ich spreche hier gleichzeitig als **landwirtschaftlicher Unternehmer** und halte es für gut, wenn Sie auch mal von einem solchen etwas über diese Dinge hören, aus einem Munde, aus dem Sie sonst vielleicht nicht häufig Gelegenheit haben, so etwas zu vernehmen. Leider Gottes ist bei uns in Deutschland dieses Unternehmertum wirtschaftlich und sozial so rückständig gewesen, daß es sich allein dadurch die größte **Abneigung beim ganzen Volke** erworben hat. Es war Träger des alten Systems, jener Kassenherrschaft, die sich nicht genug tun konnte in der Verfolgung aller Andersdenkenden, die gerade Ihre Klasse politisch geknechtet und entrechtet hat, es war die Kaste, die den **Standpunkt des Herrentums** vertreten hat, nicht nur in den großen industriellen Betrieben, in denen nicht die Rede davon war, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Mensch anzusehen sei, wo er sich unter den Willen des Arbeitgebers beugen mußte, sondern auch auf dem Lande. Da hat man bis zur Revolution noch so häufig den **Knecht vor dem Herren** mit dem Hute in der Hand und **mit den Händen an der Hosennaht** stehen und auf die Befehle des Herrn warten sehen. Das hat die Revolution grundsätzlich geändert. (Na, na!) — Ja, meine Herren, die politische Macht ist den Leuten vollkommen genommen worden, und ich kann Ihnen aus meinen Erfahrungen in den agrarischen und reaktionären Kreisen in Schlesien sagen, daß **die Leute ganz klein geworden sind** und nicht so leicht wieder hochkommen werden; es geht nicht mehr hinter ihnen die Masse der Bauernschaft, sie denkt gar nicht daran, ihnen Gefolgschaft zu leisten. (Rufe: Abwarten!) — Meine Herren, ich kann Ihnen das aus meiner Erfahrung mitteilen, die ich jetzt eben erst erlebt habe.

Was nun das soziale Moment anbetrifft, so glaube ich, daß sich in großindustriellen Betrieben ein vollkommen anderes Verhältnis herausgebildet hat, als es früher gewesen ist, und auch bei der Landwirtschaft ist zu bemerken, daß dort überall **ein neuer Geist** einzieht. Das sieht man, wenn man auf das Land hinauskommt. Es wird zwar langsam, aber nach und nach doch anders werden. Auch die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft, die ja leider Gottes der gedrückteste, sozial und geistig tiefste Stand der Arbeiterschaft gewesen ist, wird anders werden; der landwirtschaftliche Arbeiter wird anders denken lernen. Die Zeiten werden sich ändern, und deswegen können wir der Frage freier gegenübertreten und freier in der ganzen Sache sprechen.

Was nun diese Stellung, die ich persönlich aus meinen Lebenserfahrungen gewonnen habe, betrifft, so muß ich darauf hinweisen, daß in dem kleinen Unternehmertum **wirtschaftliche Werte** drin stecken, die zu vernichten ein unendlicher Fehler wäre. Das ist in dem Referat schon angedeutet worden: diese Werte sollen bestehen bleiben, und ich bin sehr froh darüber. Meine Herren, als ich als kleiner Landwirt, kleiner Kapitalist, anfing, war mein Kapital nur ein ganz geringes Häufchen. So kam ich bald in Schwierigkeiten, und da hat mich die Not arbeiten gelehrt, hat mich gelehrt, meinen Kopf anzustrengen, wie ich aus den furchtbaren wirtschaftlichen und materiellen Sorgen herauskommen könnte. Die Sorge um Essen und Trinken ist natürlich nicht sehr schön; sie entwickelt aber Kräfte im Menschen, die ohne sie entschieden der Wirtschaft verloren gehen würden. Deswegen glaube ich, darauf immer hinweisen zu müssen

Aber diese Arbeit als landwirtschaftlicher Unternehmer hat mir noch etwas anderes gebracht, nämlich die Freude am Schaffen. Wenn man sieht, wie sich nach und nach, von Jahr zu Jahr die Scholle, auf der man sitzt, besser gestaltet, wenn alles besser wächst, wenn die Erträge höher werden, dann zieht eine Freude in das Herz ein, die so schön ist, daß ich sie nicht missen möchte, und die mit zu den **schönsten Erlebnissen meines Lebens** gehört. Aus diesen Erlebnissen heraus bin ich zu der Erfahrung gekommen, daß in dem kleinen Unternehmertum wirtschaftliche Werte von großer Bedeutung stecken.

Meine Herren, wir stehen, wie ich schon eingangs sagte, auch auf dem Boden, daß alle die **großen Betriebe**, bei denen die persönliche Initiative des einzelnen Unternehmers vollkommen ausgeschaltet ist, **sozialisiert** werden sollen, die Bergwerke, also Kohle, Eisen und was dazu gehört, daß aber vor allen Dingen der Großgrundbesitz, die **großen Latifundienbesitze**, deren Unternehmer mit der eigentlichen Wirtschaft gar nichts mehr zu tun haben, deren Besitzer nur genießen und in leichter Weise alle Jahre die Revenuen einstreichen, ebenfalls sozialisiert werden müßten, da sie nicht mehr in die Zeit gehören, und daß an deren Stelle eine Anzahl kleinerer Unternehmungen treten, damit die Leute die Freude am Schaffen kennen lernen, die sie erst zu wirtschaftlich bedeutenden Leistungen erzieht. Meine Herren, deswegen steht für uns die Grenze der Sozialisierungen da, wo diese wirtschaftlich wertvollen Werte des Unternehmertums nicht davon berührt werden, wo also die Gefahr beginnt, daß diese Werte dem wirtschaftlichen Leben verloren gehen oder wenigstens zum Teil verloren gehen könnten.

Wenn wir auf dem Wege vorwärts gehen, daß wir den Großgrundbesitz aufteilen, daß wir eine große Menge **Kleingrundbesitz** schaffen **auf eigener Scholle**, der doch seinen Wert im wirtschaftlichen Leben darstellt, so folgen wir damit unserm größten Dichter, der nach vielen Irren und Wirren, die sein Faust durchgemacht hat, am Ende dahin kommt, daß er zum Augenblick sagt:

Verweile doch, du bist so schön!
Es wird die Spur von deinen Erdentagen nicht in [Äonen untergehn!

Das ist der Augenblick, wo er sagt: ein großer freier Stand, ein freies Volk auf freier Scholle! (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.)

Volksbeauftragter Barth:

Werte Genossen! Die Höhe und die

Tiefe des sozialistischen Niveaus des ersten revolutionären Kongresses

der deutschen Arbeiterschaft beweist, wie man sich gestern gegen die heutige Tagung und Tagesordnung gewehrt hat, und beweist noch besser die Aufmerksamkeit und die gähnende Leere, die hier herrschte, als Hilferding seinen Vortrag hielt und auch während der ganzen Debatte. (Rufe: Das Gegenteil ist wahr!) Sehen Sie sich doch um! Der Saal ist leer. Wenn Sie finden, daß er voll ist, dann bitte schön. Das zeigt uns so richtig, was man im Herzen und im Busen fühlt. Es war für mich vorhin, als Hilferding erklärte, nicht das Materielle, sondern das Ideelle müsse das Vorwärtstreibende, das Leitende und das Drängende sein, ein Faustschlag ins Gesicht, daß gerade die paar, die sonst seit Jahren den Massen nur das Materielle predigen und das Ideelle für etwas Blödsinniges halten, Bravo! brüllten. (Zuruf: Frechheit!) Wenn das Frechheit ist, dann ist es die Wahrheit, und wer die Wahrheit für Frechheit erklärt, der tut mir nicht leid.

Die Sozialisierung ist die Frage der Fragen der Gegenwart (Sehr richtig!), die darüber entscheidet,

ob wir aus dem **Chaos** herauskommen oder darin **ersaufen**. Die Frage der Sozialisierung ist die, ob unsere Arbeiterschaft alle Nöte des Lebens und Daseins im doppelten Maße auf sich nehmen will, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Da glaube ich, müssen wir der Arbeiterschaft die **Sozialisierung bringen**, nicht etwa in Monaten, sondern **in ganz kurzen Tagen**. Wenn sich irgend jemand diese Frage genau überlegt hat, dann habe ich es getan. (Zurufe: Demagogik!) Wer diese dummen Zwischenrufe macht, hat von der Tätigkeit keine Ahnung, die in den letzten Wochen notwendig war, um das Wirtschaftsleben nicht zu zertrümmern, wo ich mir zum großen Teile anmaße, in Berlin wenigstens dafür gesorgt zu haben, daß es nicht zusammengebrochen ist. (Unruhe und Zurufe!) — Jawohl, ich. — Wer hat dafür gesorgt, daß alle die Hunderttausende in die Betriebe hineingehen? Mein Werk war es. Ich habe mich vor die Massen hingestellt und habe es gewagt. Wer das bestreitet, weiß von dem, was hier vorgegangen ist, nicht ein Jota. (Sehr gut!) Ich sage, es ist unmöglich, die Arbeitermassen weiter in den Betrieben zu halten, ohne daß die Masse weiß, es wird sozialisiert. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Genossen, ich habe im Laufe der letzten 5 Wochen öfter Deputationen gesprochen, die aus dem Ruhrrevier hier zur Regierung kamen, und habe von dem Elend gehört, daß ihre Kinder nackt und bloß, ohne Hemd usw. herumlaufen, daß sie, in Lumpen gehüllt, einfach ein erbärmliches Dasein führen und das Leben fristen. Ich habe hierbei immer wieder gehört: die Bergarbeiter stehen so da, daß dann, wenn sie nicht wissen, daß die Sozialisierung kommt, der **Betrieb einfach zusammenbricht**. (Sehr richtig!) Ich frage Sie, Genossen: Können wir das ertragen, können wir es noch einige Wochen ertragen, daß im Ruhrrevier und in Oberschlesien **Streiks** ausbrechen? Nein, wir können es nicht ertragen; denn dann würden wir zusammenbrechen. Wenn wir das verhüten wollen, daß der Zusammenbruch nicht kommt, dann ist es unsere heilige Pflicht, zu erklären: der **Kohlenbergbau ist sozialisiert**. (Bravo und Händeklatschen!) Dann haben wir die Aufgabe, zu erklären: er ist sozialisiert, und über alles weitere kann dann noch immer geredet werden. Die Massen der Bergleute weiß dann, daß sie, was sie aus der Erde heraushohlen, diese **schwarzen Diamanten**, nicht zum Profit des Unternehmers, sondern im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste des Sozialismus herausholen. Wenn sie diese Überzeugung haben, und wenn dann die Proletariermassen im übrigen ebenfalls die Überzeugung haben, daß so schnell wie möglich die andern dazu reifen Industrien und Betriebe ebenfalls hinzukommen. — (Zurufe: Was ist reif?) — Ja, ist der Bergbau denn nicht reif? (Zurufe: Ja!) Schön! Ist der Stahlwerksverband nicht reif? (Zurufe: Jawohl!) Schön! Ist unsere Lokomotivindustrie nicht reif? Sind unsere Elektrizitätswerke nicht reif? Sind die Kaliwerke, die Stickstoffwerke usw. nicht reif? Wo ist ein einziger dieser reifen Betriebe in dieser revolutionären Zeit sozialisiert worden? Nicht einer! Darum **zweifelt auch die Masse daran**. Darum können wir alle den besten Willen haben und der Masse erklären: das kommt; die Masse wird doch einfach sagen: das sind die **Versprechungen**, die uns die frühere **korrupte, brutale Gesellschaft** auch gegeben hat, und ihr wollt uns auch mit diesen Versprechungen füttern.

Die Arbeiter wollen Taten sehen, und, Genossen, ich sage Ihnen: diese Frage ist die Frage der Fragen. Sind wir in kurzer Frist in der Lage, hier etwas zu tun, dann erkläre ich Ihnen, daß wir hindurchkommen. **Dann kommen wir über den Jordan hinüber** und ersaufen

nicht. Aber arbeiten wir hierbei nicht schnell, dann ersaufen wir in dem Chaos, in dem wir stecken. Wenn da irgend jemand der Auffassung ist, daß man durch schnelles Handeln etwas verderben könnte, dann möchte ich ihm die Frage vorlegen: was gehört denn dazu, daß morgen eine Verfügung hinausgeht, die einfach bestimmt: der Kohlenbergbau ist von heute ab weiterzuführen in der Weise, daß er jetzt Staatseigentum ist? (Bravo!) Alles geht dann weiter seinen Gang. Kein Direktor und überhaupt niemand hat das Recht, seinen Platz zu verlassen. Er würde sonst unter der Beschuldigung der Sabotage gezwungen werden müssen, daß er es macht, und wehe ihm, wenn er es nicht macht genau so gut wie vorher. Diese eine Verfügung gibt das Fundament und den Halt in der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands. Ich will mich dann verpflichten, jedweden Streik, der irgendwo ausbricht, sofort zu Ende zu bringen. (Na, na!) Wenn das aber nicht geschieht, dann können diejenigen, die in der gegenwärtigen Zeit hingehen und sprechen, die Knochen kaputt geschlagen kriegen; dann mögen es die Gewerkschaftsführer allein machen. (Bravo und Händeklatschen bei der Minderheit!)

Ich sage nur das, was tatsächlich der Fall ist. Der Genosse Cohen ist jetzt im Moment leider nicht hier. Sonst würde ich ihn fragen, ob das, was ich erkläre, sich bestätigt oder nicht. Für Berlin trifft es vollkommen zu, und in anderen Orten steht es nicht anders. Das Vertrauen der Arbeiter ist eben einfach weg. Wenn die Bergarbeiter kommen und ihre Nöte klagen und ich ihnen erkläre, ich würde sie mit Hue zusammenführen, und wir würden zusammen mit Hue sprechen, dann sagen sie: nein,

nur nicht Hue,

den wollen wir gar nicht sehen, mit dem haben wir nichts zu tun. Und so heißt es allgemein. Ja, Genossen, ich frage Sie: Was wäre denn da notwendig gewesen, um dieses Vertrauen der breiten Massen wieder zu bekommen? Daß man handelt, daß man positiv handelt!

Nun noch eine Bemerkung. Genosse Hilferding erklärt, daß auch bedeutende Erfolge errungen seien, daß der Achtstundentag eingeführt sei, und daß nicht Lohnreduzierungen, sondern zum Teil Lohnerhöhungen stattgefunden hätten. Ich gebe das ohne weiteres zu. Keiner hat sich mehr dagegen verwahrt als meine Wenigkeit, daß man die **Revolution zu einer großen Lohnbewegung** macht. Aber das, Genossen, erkläre ich Ihnen: Wenn die Arbeiterschaft sieht und empfindet, daß nicht der Wille da ist, den Sozialismus durchzuführen, die zur Sozialisierung reifen Betriebe so schnell wie möglich zu sozialisieren, daß dagegen monatelang beraten wird, dann hat die Arbeiterschaft nicht die Pflicht, im Interesse der Allgemeinheit zu verzichten, sondern dann hat sie das Recht, für ihre Interessen einzutreten. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen bei der Minderheit.)

Schreck-Bielefeld:

Wenn gestern die Absicht bestand, die Besprechung der heute zur Beratung stehenden Fragen zu verschieben, so war das darauf zurückzuführen, daß wir durch mancherlei Vorgänge verhindert worden sind, uns schon in den ersten Tagen dieses Kongresses diesen Aufgaben zuzuwenden, und weil uns durch die **destruktiven Tendenzen**, die sich hier gezeigt haben, ungeheuer kostbare Zeit genommen worden ist, die wir im Interesse der Demokratie und damit im Interesse der Sozialisierung besser und wertvoller hätten verwenden können. Der Volksbeauftragte Barth scheint aber eine besondere Neigung zu haben, sich immer in ein gewisses Licht zu setzen, um einem **schreienden Haufen** die Möglichkeit zu geben,

ihm zuzujubeln. (Lebhafter Beifall. — Lärm bei der Minderheit.) Wer diese Neigung hat, wird nicht Wert darauf legen, praktische Taten zu begehen, von denen Herr Volksbeauftragter Barth allerdings sprach. Wenn es davon abhinge, mit ein paar Faustschlägen auf ein Podium die Sozialisierung durchzuführen, dann, Herr Volksbeauftragter Barth, würden Sie freilich die Sozialisierung in einer Minute fertig bringen. (Erneuter Beifall bei der Mehrheit.) Soweit aber die Sozialisierung nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von intellektuellen Taten und Fähigkeiten abhängt, würden Sie der Letzte sein, der im Interesse der Sozialisierung das Geringste durchzuführen in der Lage ist. (Sehr gut! — Volksbeauftragter Barth: Ich glaube, Sie sind gescheit genug, um es allein zu machen!) — Herr Barth, in einen Disput darüber, wer von uns beiden intellektuell befähigter ist, wer mehr Erfahrung auf dem Gebiete der Demokratie und der Sozialisierung hat, lasse ich mich nicht ein; denn Sie haben bisher durch Ihr Auftreten in diesem Kongreß den Beweis erbracht, daß Sie keineswegs das Recht haben, dem Kongreß und insbesondere uns irgendwelche Vorschriften oder Vorwürfe zu machen. (Sehr gut!) Als vorhin hier ein Redner nur einige Bemerkungen zur Erklärung gemacht hat, die etwas von unserem Thema abwichen, da haben Sie dagegen demonstriert.

Aber die ganze Rede des Volksbeauftragten Barth hat sich nur zu einem ganz bescheidenen Teile der Sozialisierung zugewandt. (Unruhe bei der Minderheit.) Die **Sozialisierung** kann nur die **Folge organischer Entwicklung** sein, die durch die Demokratie, die durch die Novemberstürme zur Macht gekommen ist, wesentlich erleichtert wird. Voraussetzung ist: keine Politik der Zersetzung, sondern des Aufbauens. Und wenn darauf hingewiesen worden ist, daß die Masse ungeduldig und stürmisch nach der sofortigen Sozialisierung verlangt, so ist das nicht wahr. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit.) Wer praktisch mitten in der industriellen Arbeiterschaft lebt, (Zuruf: Wir alle!) der weiß, daß das, was sich im Kohlenrevier und in der Metallindustrie abspielt, nichts anderes ist als die Folge der Versuche, die Löhne derartig zu steigern, daß darin das Heil der Welt erblickt wird. Nicht die Sozialisierung, sondern die **Lohnforderung** ist es, die von bestimmten Leuten benutzt worden ist, um destruktive Tendenzen in die gesamte Bewegung hineinzutragen; (sehr richtig!) und wenn morgen ein **Demagoge** verspricht, dann wird man diesem Gefolgschaft leisten und die ganze Frage der **Sozialisierung zum Teufel wünschen.** Es ist charakteristisch, daß hier Wortführer auftreten für eine Tendenz, die sich namentlich jetzt in den Kreisen der **Gelben** gezeigt hat, die sich bisher um keine Organisation, um keinen Kampf für Demokratie und Sozialisierung gekümmert haben, wenn die jetzt doppelte Löhne verlangen und damit dazu beitragen, daß die Erfolge der Revolution, Demokratie und Sozialisierung, vernichtet werden. (Lärm und große Unruhe bei den U. S.) Vor allen Dingen wird es darauf ankommen, nicht nur die Sozialisierung im Interesse des eigenen Volkes vorzubereiten, sondern wir müssen, um das erreichen zu können, uns einen **Kredit in der Weltwirtschaft** erwirken; und je schneller wir das können, je mehr wir durch die Entwicklung unserer Arbeitskräfte darangehen, desto eher wird uns die Grundlage für die Sozialisierung geschaffen werden.

Deshalb muß ich noch einmal das unterstreichen, was Genosse Hilferding hier klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht hat, daß unsere Betätigung, die Betätigung der breiten Schichten ohne Unterschied in der Arbeit besteht. Wir dürfen und können es nicht zu

geben, wenn die Massen arbeitslos in vielen Städten vorhanden sind und in ungeheuren Mengen beim Kohlenbergbau und in der Landwirtschaft fehlen. Ganz selbstverständlich ist, daß die Volksbeauftragten bzw. der Zentralrat verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß in den bestimmten Berufsgruppen und auch in der Landwirtschaft Löhne gezahlt werden und **Wohnungsverhältnisse** vorhanden sind, die eine **menschenwürdige Existenz** sichern. Wenn wir aber nicht alle Kräfte, die brach liegen, der Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung stellen, dann laufen wir Gefahr, den Ast abzusägen, der ohnehin schon nur noch ganz schwach ist. Wir erreichen damit aber auch gleichzeitig eine weitere Sicherung in unserer Ernährung, und die ist geradezu eine Voraussetzung, wenn wir uns schnell der großen Lösung auf dem Gebiete der Sozialisierung zuwenden wollen. Das Praktischste im Augenblick ist, daß wir uns auch der Erschließung neuer Gebiete im eigenen Lande zuwenden und alles aufbieten, um auch hier eine Quelle des Reichtums, des Erwerbes für das gesamte Volk zu sichern; das Praktischste ist, wenn wir zunächst darauf unsere Kräfte konzentrieren, mittels der Steuern den Mehrwert zu beschneiden und damit der Sozialisierung geordnete Wege zu bereiten.

Wenn uns die Revolution die Demokratie gebracht hat, dann sind wir überzeugt, daß uns die Demokratie nun auch die Möglichkeit geben wird, schneller zum Sozialismus zu kommen; und das wird um so kraftvoller und zielsicherer geschehen, wenn wir nichts stören, sondern wenn wir alle Kräfte mobilisieren, die der Demokratie und dem Sozialismus zur Verfügung stehen. Denn nur dadurch sind wir in der Lage, das zu erreichen, was wir wollen: mit der Revolution die Demokratie und mit der Demokratie den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Schliestedt-Remscheid:

Parteigenossen und Kameraden! Mein Vorredner, der Genosse Schreck, sprach ein großes Wort, ich möchte auch bald sagen, gelassen aus: durch Demokratie zur Sozialisierung. Genosse Schreck, wenn diese Demokratie, die durch den gestrigen Beschluß eingeführt ist, die nächste Nationalversammlung, die Sozialisierung ablehnt, — was dann? Dann ist auch durch Demokratie zur Sozialisierung geschritten, nicht wahr? Man soll doch nicht mit Gemeinplätzen operieren; das hat keinen Zweck.

Und noch etwas! Der Genosse Cohen sprach in seinem Referat über die Nationalversammlung von einer wunderbaren Übernahme der Betriebe. Die habe auch ich als Gewerkschaftsführer bereits angetragen bekommen, indem Unternehmer erklärten: Nun gut, ich stelle Ihnen unsern Betrieb zur Verfügung. Das ist geradezu lächerlich, von derartiger Sozialisierung zu sprechen. Darauf kommt es nicht an. Wir wissen auch, daß wir uns den **Magen nicht an unreifen Früchten verderben** dürfen, und das wollen wir auch nicht. Es handelt sich ja gar nicht darum, irgendeinen Betrieb zu übernehmen, sondern **Industrien zu sozialisieren.** Das ist das wesentliche. Lassen wir das Kampffeld nicht verschieben.

Für die Beurteilung der Arbeiten dieses Kongresses draußen im Volke ist allein maßgebend die Stellung zur Sozialisierung unserer Industrie, und zwar insofern, ob sie sofort oder vielleicht nach Generationen durchgeführt werden soll. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.) Darin unterscheiden wir uns eben. Wir hegen nach den Vorgängen in diesem Kongreß das tiefe Mißtrauen, daß es der Mehrheit mit der sofortigen Sozialisierung nicht ernst ist.

Nun ist dem Volksbeauftragten Barth auf seine Frage, ob verschiedene Industrien nicht etwa reif seien, immer geantwortet worden: jawohl, die sind reif. Also

bitte, meine Herren, beschließen Sie, daß sozialisiert werden soll, und zwar sofort. Ich unterbreite Ihnen deshalb einen **Antrag**, der lautet:

> **Die Regierung wird beauftragt, mit der Vergesellschaftung des Bergbaues sofort zu beginnen.**

(Bravo!)

Nun sagt man, und Genosse Schreck hat es besonders bereits ausgeführt, daß diese Revolution eine Lohnbewegung im großen Stile sei. Ja, dagegen wehren wir uns von der Linken uns besonders heftig; (Sehr richtig!) gerade wir wollen die **Revolution nicht zu einer Lohnbewegung** machen; gerade wir wollen sie in dem idealen Sinne durchführen, an den Genosse Hilferding in seinen Schlußworten appellierte, allerdings unter Hinblick auf die Nationalversammlung. Aber, verehrte Anwesende, wenn gegenwärtig auf die Streiks hingewiesen wird, dann verkennen Sie nicht, daß eine tiefe **Ursache zu diesen Streiks** vorhanden ist, nein, vor einem Jahre mindestens bereits vorhanden war. Ich habe im Kohlenbergbau als Kommandoführer Einblick gehabt und habe gefunden, daß die Bergarbeiter, die gelernten Hauer, Löhne haben, wie wir sie in der Metallindustrie bereits seit 1916 nicht mehr kennen. Das ist es, was die Leute jetzt, nachdem ihnen die Fesseln genommen sind, endlich durchsetzen wollen, daß sie wenigstens soviel erhalten, um leben zu können. Wenn man sagt, daß dadurch die Revolution zu einer Lohnbewegung wird, dann ist das eine völlige Verkennung der wirtschaftlichen Lage gerade dieser Arbeiter. Man soll auch da nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir wissen sehr wohl, daß auch so Forderungen gestellt werden können, die die Industrie nicht leisten kann; es ist unsere Arbeit, daß die **Forderungen** immer **auf das nationalökonomisch nötige Maß** zurückgeführt werden, und ich möchte unbedingt betonen, daß wir diese Arbeit recht gern leisten. (Vereinzelter Widerspruch.) Wir betonen das dauernd, gerade weil wir wissen, daß der Erfolg der Revolution durch die **Sozialisierung** der Betriebe zu einer **Steigerung der Produktion** führen muß, ohne die Ausnutzung des Arbeiters selbst zu steigern. In welcher Weise das geschehen soll, kann ich hier bei der Kürze der Redezeit nicht ausführen.

Im übrigen möchte ich betonen: Genosse Hilferding hat in seinem Referat — ich will nicht sagen, daß er mir nichts Neues gebracht hat — immer auf die Schwierigkeiten der Sozialisierung hingewiesen, hat immer gesagt: das geht nicht so schnell, da sind Schwierigkeiten zu überwinden. Aber er hätte doch einmal die Frage beantworten sollen: wann soll eigentlich die Sozialisierung der vollständig reifen Betriebe vorgenommen werden? Das ist wesentlich, um zu zeigen, was geschehen soll.

Nun hat Genosse Schreck gesagt — ich weiß nicht, ob er damit auch die linke Seite dieses Kongresses gemeint hat —, daß wir den Beifall eines schreienden Haufens erzielen wollen. Diese Kennzeichnung der **Masse als schreienden Haufen** ist für mein Empfinden nicht besonders angenehm. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Weiter wurde davon gesprochen, daß auch die intellektuellen Fähigkeiten dazu gehören. Ach, wir wissen doch ebenfalls, daß wir nicht ohne weiteres jeden leitenden Betriebsbeamten entbehren können. Aber entbehren können wir die Aktienbesitzer, die am Jahresschluß ihre Dividende einstreichen. (Sehr richtig!) Das ist auch das Wesentliche dabei. Lassen wir doch die Streitfrage nicht verschieben. (Zuruf.) — Die Streitfrage besteht darin, daß Sie nicht erklären, daß die reifen Betriebe sofort sozialisiert werden sollen. Darauf kommt es an.

Wir wissen, daß wir gegenwärtig die **politische Macht** in Händen haben. Die wirtschaftliche Macht haben wir

notwendig und deshalb steht es so: wenn wir nicht beizeiten, und zwar so schnell wie möglich, dafür sorgen, die **wirtschaftliche Macht in die Hand zu bekommen**, dann kann uns die politische Macht wieder zum Teufel gehen, denn letzten Endes — das sollten wir als Sozialisten wissen — ist auch der ganze politische Überbau unmöglich, wenn die ökonomischen Grundlagen dafür nicht vorhanden sind. Aber zur Schaffung dieser mußten wir erst einmal die politische Macht an uns reißen. Ich bitte also, wenn Sie es ehrlich mit der Durchführung der Revolution meinen, wenn Sie wollen, daß auch das Volk vollständig in den Genuß aller der Errungenschaften kommen soll, wozu wir jetzt in der Lage sind, dann beschließen Sie aber auch in dem Sinne und **verschieben** Sie die Sache nicht bis **auf den Sankt Nimmerleinstag**.

Nun noch etwas: Es kommt darauf an, daß wir auch in den Betrieben ganz anders zu arbeiten haben wie bisher, und das ist es, was die Nationalversammlung nicht leisten kann. Es kommt nämlich auf die **Verwaltung der Betriebe** an. Das kann nicht mehr so gehen, daß die Unternehmer und ihre Beamten allein die Verwaltung haben, sondern wir müssen die **Arbeiter** daran **beteiligen** durch ihre Arbeiterausschüsse, ihre **Arbeiterräte**. Die Arbeitsleitung muß also in die Hände der überwachenden Arbeiterausschüsse oder Arbeiterräte gelegt werden.

Verehrte Anwesende, ich möchte Sie dringend bitten, den Antrag, daß die Regierung beauftragt wird, mit der Vergesellschaftung des Bergbaues sofort zu beginnen, anzunehmen. Das wäre der Beweis dafür, daß Sie es ehrlich mit der sofortigen Einführung der Vergesellschaftung aller leitenden Betriebe meinen. (Bravo! und Händeklatschen bei den U. S.)

Vorsitzender Leinert:

Es ist folgender Antrag eingegangen:

Die Regierung wird beauftragt, mit der Vergesellschaftung des Bergbaus sofort zu beginnen. Bis zu deren Ausführung wird für alle Bergleute ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt. Die Arbeitszeit soll von Beginn der Einfuhr bis zur Beendigung der Ausfuhr 8 Stunden täglich nicht überschreiten.

Dann ist ein weiterer Antrag eingegangen:

Der Kongreß wolle folgende Erklärung annehmen: Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin dankt sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen im ganzen Reiche, die in dieser Zeit zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens mithelfen, dankt namentlich allen im gesamten Verkehrswesen, im Post- und Telegraphenwesen unter besonders schweren Verhältnissen Tätigen für ihre Dienste im Interesse des Ganzen.

Henseling von der Soldatenfraktion.

Das Wort hat Marck.

Marck (Armeeabteilung A):

Kameraden und Genossen, ich möchte zunächst mit einer Frage an den Referenten beginnen. Ich habe in dem die ganze Fülle des Problems umfassenden Referat eine Mitteilung darüber vermißt, wie sich der Referent die ganze Fülle des Problems denkt, das im **Verhältnis** eines sozialisierten Deutschlands **zu einem kapitalistischen Ausland** liegt. Es ist das eine Frage, die in der Öffentlichkeit, wo man über Sozialisierung spricht, außerordentlich lebhaft diskutiert wird: wenn wir hier sozialisieren, wie stehen wir dem Ausland gegenüber, wie steht es mit unserer **Konkurrenzfähigkeit** gerade unter der Voraussetzung, daß das Ausland, daß England, Amerika, Frankreich, Italien kapitalistische Länder bleiben? Es wäre im Interesse der ganzen deutschen Öffentlichkeit sehr wünschenswert, wenn von dieser Stelle aus darüber noch etwas gesagt werden würde.

Bei dem Referat Hilferdings mußte ich die ganze Zeit an das berühmte Marxwort denken, das Ihnen

allen bekannt sein wird, nämlich an das Wort über die politische und soziale Revolution. Da sagt Marx: „Die **politischen Revolutionen** gehen vor sich im Stile großer Dramen, **großer Effekte** mit brillantem Feuerwerk. Nicht so die sozialen Revolutionen. Die sozialen Revolutionen arbeiten mit derartigen Mitteln nicht, sie korrigieren sich immer wieder selber, sie kehren immer zu ihrem Anfangspunkte zurück." Kurzum, eine **soziale Revolution** geht in der marxistischen Sprachdialektik, im marxistischen Sinne als **ein Ergebnis wissenschaftlichen Denkens** vor sich. An diesen Unterschied mußte ich bei Hilferdings Ausführungen lebhaft denken. Denn der Weg, in dem er die Durchführung der sozialen Revolution schilderte, war echt marxistisch, d. h. **nicht im Sinne überstürzter dramatischer Effekte**, sondern im Sinne der Selbstkritik, jener dauernden Selbstberichtigung, die die soziale Revolution kennzeichnet.

Es ist ja den Deutschen oft von den sozialistischen Kameraden des Auslandes dieser Mangel an Sinn für die sozialistische Revolution vorgeworfen worden. Sie werden sich erinnern, daß Jaurès nach dem Wahlsiege der Sozialdemokratie in Deutschland 1903 den Vorwurf erhoben hatte: Warum seid ihr nach diesem Siege nicht mal vors Schloß gezogen!

Es ist im wesentlichen mit dieser wissenschaftliche marxistische Geist gewesen, der bei uns die politische Revolution gehemmt hat. Das ist nun anders geworden Die politische Revolution ist gekommen durch die Tatsache dieses Krieges: der 9. November hat sie gebracht, die notwendig war. Aber noch stehen wir erst vor der Durchführung der sozialen Revolution. Diese kann nicht im Stile der politischen Revolution durchgeführt werden Der Zeitpunkt für die politische Revolution ist durch die ganze zufällige historische Gestaltung gekommen, durch die Niederlage des Kapitalismus. Da hieß es die Gelegenheit ergreifen, um die Macht an sich zu reißen.

In demselben Tempo, demselben Stil wie die politische kann die soziale Revolution nicht durchgeführt werden. Sie kann mit diesen Effekten nicht arbeiten, sie kann nicht auf einmal geschehen, sondern nur in aller wissenschaftlichen marxistischen Form, wie es stets **der Ruhm der deutschen Sozialdemokratie** gewesen ist.

Kameraden und Genossen! Es ist ja in diesen Tagen diesem Parlament von Ledebour vorgeworfen worden, daß es **nicht** denjenigen **revolutionären Geist** hätte, daß es an revolutionärer Romantik, eben jenem Brillantfeuerwerk der Revolution fehle. Kameraden und Genossen! Ich glaube, das ist auch wieder eine Folge des revolutionär-sozialistischen Geistes, der dieses revolutionäre Parlament, das vor den ungeheuren Aufgaben der Schaffung einer sozialistischen Republik steht, vor solchen Effekten, wie sie gerade bürgerlichen Revolutionen anhaften, gewarnt hat.

Es muß der Ruhm der deutschen Sozialdemokratie sein, **dem Geiste Karl Marx' treu zu bleiben**, der diese große Bewegung aufgefaßt hat als einen Bund der Leidenden und Denkenden, die die Besonnenheit, die wissenschaftliche Regulierung in diese Bewegung hineinbringen. Das ganze Ausland sieht in der **deutschen** marxistisch geschulten **Sozialdemokratie** seine **Lehrmeisterin**, weil sie auf wissenschaftlichem Fundament steht und infolgedessen keine überstürzten Experimente macht, sondern den Sinn der sozialistischen wissenschaftlichen Selbstkritik bei der Durchführung der sozialen Republik haben wird. Das ganze Ausland blickt in diesem Sinn auch in diesem Augenblick auf die deutsche Sozialdemokratie.

Kameraden und Genossen! Die **russischen Genossen** und Sozialdemokraten sind **nicht fähig**, das Problem des **Sozialismus** in der Welt zu lösen, weil Rußland einmal

objektiv nicht die vollkommene Reife des kapitalistischen Systems hat, zu der Deutschland gekommen ist, dann aber einfach deshalb, weil es der russischen Sozialdemokratie an jener marxistischen Schulung fehlt, die die deutsche Sozialdemokratie besitzt. Die deutsche Sozialdemokratie wird fähig sein, das Problem des Sozialismus in der Welt zu lösen, und es ist die Aufgabe und die Rolle der deutschen Sozialdemokratie, in der erst jetzt beginnenden sozialen Revolution, die von der politischen wesentlich unterschieden ist, der Welt einmal wirklich zu zeigen, **wie Marxismus durchgeführt wird**, wie der Sozialismus zur Herrschaft kommt.

Das kann nur geschehen, wenn es in wirklich marxistischem Geiste geschieht, d. h. im Unterschied zu dem dramatischen Feuerwerk, den Effekten und dem **Putschismus der politischen Revolution** in wissenschaftlicher Besonnenheit und Selbstkritik!

Selbstverständlich soll das durchaus nicht heißen, daß nicht bei den Betrieben, die für reif erklärt werden, jetzt auch sofort mit der Sozialisierung begonnen wird. Das ist eine Frage der Technik, eine Frage der Taktik und des Tempos. Aber es soll doch betont werden, gegenüber den dauernden Betonungen, ihr habt noch keine soziale Revolution, ihr müßt sie im Stile der politischen Revolution durchführen, durch dauernde Steigerung der politischen Revolution, daß das nicht der richtige Weg ist. Es ist notwendig, die Arbeit der Sozialisierungskommission in wissenschaftlicher Besonnenheit, in wissenschaftlichem Stile durchzuführen. Erklärt dann diese Sozialisierungskommission eine Kategorie von Betrieben für reif, dann kann auch die Sozialisierung sofort begonnen werden. Nicht aber können wir zum Sozialismus kommen durch dauernde Steigerung der politischen Revolution, die eine ganz zufällige Kriegskonstellation gewesen ist, die erst die Vorstufen der sozialen Revolution geschaffen hat, sondern sie muß im marxistischen Geist, im Geiste **wissenschaftlicher Besonnenheit** und Selbstkritik geschehen. (Bravo! Händeklatschen.)

Plant-Mainz:

Verehrte Anwesende! Ich habe mir bei der Frage der Sozialisierung drei Fragen vorzulegen: Warum sollen wir sozialisieren? Was können wir sozialisieren? und Wann können wir anfangen?

Deutschland ist durch den Krieg in eine riesige Notlage gekommen. Wir müssen unserem Staate helfen, wir müssen ihm Werte zur Verfügung stellen, und das können wir durch Erfassung von Betrieben, durch Sozialisierung von Betrieben. Wir leben nun in Deutschland von unserer Arbeit. Etwa ein Drittel — das ist schon viel geschätzt — des Erfolges unserer Arbeit, unserer Produkte, blieb im Inland, zwei Drittel der Erzeugnisse gingen ins Ausland. Im Auslande konnten wir für diese Erzeugnisse wieder Lebensmittel für uns kaufen. Soweit nun das Inland noch in Betracht kommt, können wir **unbeschränkt sozialisieren.**

Für unser Inland kommen in erster Linie die unmittelbaren Bodenschätze in Betracht, als da sind: Kohle, Erze, Salze, Kali, Erdöl u. dergl.; ich rechne dazu auch Schiefer und Steine. Alle diese Betriebe halte ich für reif, sozialisiert zu werden.

Mit dem größten Teil der verfeinerten Produkte müssen wir ins Ausland gehen. Die verkaufen wir an das Ausland, und da halte ich es für verkehrt, von Staats wegen an das Ausland zu verkaufen. Da ist der Kaufmann, der das bisher gemacht hat, viel schmiegsamer: er ist nicht an Verordnungen gebunden, er kann schon mal 5 gerade sein lassen; kurz und gut, ist der Kaufmann die gegebene Instanz, um mit dem Auslande zu verhandeln. Etwas anderes wäre es natürlich, wenn auch das Ausland

in diesen revolutionären Zustand käme, in dem wir uns zurzeit befinden. Wir können also unter heutigen Verhältnissen nicht ohne weiteres den Kaufmann, der unsere Erzeugnisse dem Auslande vermittelt, durch einen Staatsbeamten ersetzen.

Es wäre nun die Frage: **Wann können wir sozialisieren?** Ich möchte da vor einer **starken Übereilung warnen.** Wir wollen erst den Frieden haben, und dann sozialisieren. Denn würden wir jetzt sofort anfangen zu sozialisieren, so würden wir dem Feinde Werte an die Hand geben, die er mit bei den Friedensverhandlungen für sich erpressen könnte, und das wollen wir alle vermeiden. Die Sache ändert sich natürlich, wie ich vorhin schon sagte, mit einem Schlage, sobald auch das **Ausland** nicht mehr kapitalistisch ist, sondern ebenfalls **sozialistisch organisiert** wird. (Zuruf: Da können wir lange warten!) — Dann müssen wir mit anderen Betrieben so lange warten, bis das Ausland soweit ist, oder Sie können dazu helfen, daß es bald so weit kommen möge. Jedenfalls wird sofort, — das heißt unmittelbar nach dem Frieden, mit der Sozialisierung der dazu reifen Betriebe angefangen werden können. Das sind die Industrien, die unmittelbar Naturprodukte aus der Erde schaffen, also Kohlenbergwerke, Erzbergwerke, Kalibergwerke, Salinen, Erdölgewinnungsanstalten, abgesehen von einer Anzahl von Betrieben, die nur im Inland Betätigung haben, als da sind Versicherungen, Hypothekenbanken und dergleichen.

Zimmermann-Sachsen:

Genossen! Die Sozialisierung der Betriebe ist zweifellos eine der wichtigsten Fragen, mit der wir uns heute beschäftigen. Aber ob wir bei dem Geiste, der hier im Hause herrscht, etwas machen können, das wage ich wirklich zu bezweifeln. Man erklärte heute, daß die **Bergwerke** zur **Sozialisierung** nicht reif seien. Ich bin der Auffassung, daß sie unbedingt heute sozialisiert werden können, daß sie zweifellos dazu reif sind.

Weiter wurde erklärt, daß die Löhne hervorragend hoch sind. Auch wir sind grundsätzliche Gegner der hohen Löhne, aber wir wissen auch, wie die Lebensmittelpreise gestiegen sind, und daß in manchen Industrien die Löhne wirklich noch niedrig waren.

Wenn wir zu einer Sozialisierung der einzelnen Betriebe greifen, dann dürfen wir nicht glauben, daß sich die Produktivität der Arbeiter nicht erhöht. Zweifellos würden die Arbeiter ihr Bestes tun, um soviel, beispielsweise in den Bergwerken, zu fördern, wie unbedingt für das Volk notwendig ist.

Als ich am Montag dieses Haus betrat, glaubte ich, einen **wirklich revolutionären Geist** zu finden, der vielleicht in den Ruf ausbrechen würde: Das Alte ist gestürzt, und neues Leben blüht aus den Ruinen. Aber das ist nicht der Fall. Hier waren Leute, die sich tatsächlich gegen alles Neuzeitliche wandten und zum Teil auch gegen die Sozialisierung. Wenn wir arbeiten wollen, müssen wir praktisch arbeiten. Den **Popanz des Spartakus-Bundes** bändigen wir nicht, indem wir die wichtigen Beschlüsse ablehnen, sondern indem wir dem Volke zeigen, daß wir gewillt sind, tatkräftig zu arbeiten.

Heute stehen wir vor der Frage der Sozialisierung, und ich bitte Sie, den Antrag, der hier eingebracht worden ist, unter allen Umständen anzunehmen, damit Sie dem Volke zeigen, daß es uns ernst ist mit der sozialistischen Republik. Nehmen Sie diesen Antrag an im Interesse des Volkes, im Interesse unserer Bewegung; dann sind wir dem Ziele etwas näher, das unbedingt erreicht werden muß.

Es ist hier erklärt worden: Wie stellt sich das **Ausland** dazu! — Das Ausland wird sich zweifellos damit

abfinden. Wir haben auch bei Beginn der Revolution nicht gefragt, wie sich das Ausland dazu stellt. Solange wir hoffen, daß im Auslande dieselbe Bewegung entstehen wird wie bei uns, müssen wir auch das Vertrauen besitzen, daß die Revolution auch in jene Länder hinübergreift und daß auch dort die Sozialisierung beginnt. (Beifall bei den U. S.)

Nickelt-Halensee:

Genossen! Es ist eine Selbstverständlichkeit, und ich wundere mich, daß es hier erst noch mal in langen Debatten festgestellt werden soll, daß in einer sozialistischen Republik, wie wir sie planen, alles **sozialisiert** werden muß, was dazu reif ist. (Sehr richtig!) Das sind in erster Linie die Großbetriebe. Aber, Genossen, das kann doch nur in sachverständiger, **vernunftgemäßer Weise** geschehen. (Sehr richtig!) Wir sind ja bereit, dem Volke die Erklärung in einer Resolution zu geben, daß alle Großbetriebe sofort zu sozialisieren sind. (Bravo!) Aber, Genossen, es dürfen doch nicht Hoffnungen erweckt werden, daß das von heute auf morgen geschehen kann. Die wirtschaftlichen Entwickelungen sind genau so biologischen Gesetzen unterworfen wie alle anderen Werke der Natur.

Der Grund, weshalb ich das Wort genommen habe, ist aber ein anderer. Der Genosse Hilferding hat erklärt: das Endziel und der höhere Sinn des Sozialismus sei die **Vergeistigung der Menschheit.** Er hat damit gesagt, daß der Sozialismus der Erwecker aller Ideale ist, die im Menschenherzen lebendig werden können. (Sehr richtig!) Da möchte ich für meinen bescheidenen Teil hier ausgesprochen haben: wenn nun schon in der neuen sozialistischen Republik von Sozialisierung gesprochen wird, so will ich Ihre Aufmerksamkeit auf etwas lenken, das diesem Endziel des Sozialismus wesentliche Dienste leisten kann. Das ist die **Sozialisierung des Theaters.** (Sehr richtig und Bravo!) Genossen, Sie wissen alle, daß ich seit Jahrzehnten einen Kampf führe, daß

das Theater dem Volke gehören

soll, (bravo!) und infolgedessen müssen wir darauf bedacht sein, dieses Instrument der Volkskultur so in Bereitschaft zu setzen, daß auch tatsächlich neben dem Sozialismus dieser große Gehilfe des Erweckers alles Idealen auch in Tätigkeit kommen kann. (Bravo und sehr gut!) Genossen, was wir alle wollen — um ein kurzes Schlußwort zu sagen — ist doch, daß wir das Wort Nietzsches verwirklichen wollen, der da gesagt hat: Lernet mir lachen, ihr Menschen! **Das Lachen ist ja aus der Welt verschwunden.** Dürfen und können wir Deutsche denn noch lachen? Was wollte denn Nietzsche damit sagen: Lernet mir lachen, ihr Menschen? Daß der höhere, tiefere Sinn unseres Erdendaseins der ist, Lust und Freude und Fröhlichkeit zu empfinden. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu wollen wir alle beitragen, daß diese Lust und Fröhlichkeit in uns einzieht, daß wir alle, deutsche Volksgenossen, uns mit fröhlichem Herzen schlafen legen (große Heiterkeit) und mit noch fröhlicherem Herzen in den neuen Tag der Arbeit und der Freude schreiten können. (Lebhafter Beifall.)

Koenen-Halle:

Genossen, ich komme aus einem Bezirk, aus dem der Ruf nach **Sozialisierung** sehr laut geworden ist, und zwar von einer ganz besonderen Industrie, die hier noch nicht erwähnt worden ist, der **Stickstoffindustrie.** Die Stickstoffindustrie ist ganz neu, und nur auf zwei oder drei Betriebe konzentriert. Aber für unsere Landwirtschaft, für die Volkswirtschaft ist sie von einer so großen Bedeutung, daß wir daran nicht vorübergehen dürfen. Gestern war eine Deputation hier, die mit dem Reichswirtschaftsamt, dem preußischen Finanzminister und mit dem Demobilisierungsausschuß verhandelt hat, da die Arbeiter der großen Betriebe in unserm Bezirk sich nicht länger durch das Kapital ausbeuten lassen wollen. Weil sie klar erkennen, es sind nur drei große Betriebe, die für die Stickstoffproduktion aus Luft und Kalk in Frage kommen, liegt hier die Sozialisierung sehr nahe, und deswegen drängen sie mit aller Macht darauf hin. Das eine Riesenwerk, das in Frage kommt, holt bereits 200 000 Tonnen Stickstoff aus der Luft heraus. Es sind dazu keine andern Rohstoffe nötig als die Kohle zum Anheizen der Maschinen. Wir stellen durch dieses Werk Düngemittel in dem Maßstabe her, wie sie Deutschland in Friedenszeiten überhaupt gebraucht hat. Daneben ist ein anderes Werk im besetzten Gebiete, das nur die Hälfte produziert und das jetzt stillgelegt ist. Ein anderes Stickstoffwerk im Bezirk Halle produziert 100 000 Tonnen Stickstoff, wozu noch die 100 000 Tonnen kommen, die die Kokereien herstellen. Das sind die drei Großbetriebe, die hauptsächlich für die Stickstoffproduktion in Frage kommen. Auf alle drei Betriebe trifft zu, daß der Staat, gezwungen durch Ludendorff, der besonderen Befehl dazu gegeben hat, diese Werke während des Krieges aufzubauen, Millionen über Millionen dafür hergegeben hat. Der Schritt zur Sozialisierung dieser Betriebe ist also nur ein ganz kleiner. Ich möchte daher die maßgebenden Instanzen, die Kommission und die Regierung, auffordern, diesen kleinen Schritt zu tun, damit die Arbeiter auf den Werken wieder mit Freude arbeiten.

Ich habe selber mit ihnen gesprochen, und es ist mir immer wieder von ihnen entgegengehalten worden: es kommt **nicht auf die hohen Löhne** an, sondern darauf, daß wir die Überzeugung haben, daß **kein kapitalistischer Profit** aus den Betrieben mehr gezogen wird, dann sind wir sofort bereit, zu den Löhnen wieder zu arbeiten, die gewerkschaftlich für uns festgesetzt worden sind, und in dem Sinne ist es notwendig, daß diese Industrie, das Stickstoffgewerbe, sofort in Angriff genommen wird.

Es ist dabei noch ein äußerst wichtiges Moment zu beachten, daß, wenn man die Stickstoffindustrie hat, man die ganze deutsche Landwirtschaft am Bande hat. Die ganze **deutsche Landwirtschaft** ist **abhängig** von der Zuführung von **Stickstoffdünger.** Wenn man selber der Lieferant dieses Stickstoffdüngers ist, so hat die Reichsregierung sofort Einfluß auf die Landwirtschaft, und die Sozialisierung der großen Güter ist uns von vornherein gesichert. Das wollte ich in den Vordergrund stellen, weil es mir arg verübelt werden würde, da ich aus dem Bezirke bin, wenn ich nicht dazu spräche.

Es kommt weiter in Betracht, daß in unserm Bezirk eine große Kaliindustrie ist, ferner bitte ich, auch die **Braunkohlenindustrie** zu berücksichtigen, die ebenfalls in unserm Bezirk vertreten ist. Deshalb halten wir es für dringend notwendig, daß der hier gestellte Antrag, die sofortige **Vergesellschaftung des Bergbaues** in Angriff zu nehmen, durchgeführt wird. Es kommt bei diesem Beschluß darauf an, daß die Arbeiter sehen: soll in Zukunft das Interesse der Kapitalisten geweckt werden oder wollen wir das Interesse der Arbeiter wecken? Wer auf diesem Standpunkt steht, wie es der Herr Vorredner getan hat, daß es notwendig sei, die Kapitalisten für ihre Betriebe zu interessieren, befindet sich in einer Sackgasse. Denn wenn wir eine soziale Republik haben, können wir nicht den Unternehmern weißmachen, daß es unabwendbar zum Sozialismus geht, das ist nur eine Frage der Zeit und des Tempos, infolgedessen verlieren sie von selbst das Interesse an ihren Betrieben. Die Folge

kann nur sein: wollen wir die Produktion wieder haben, wollen wir dafür sorgen, daß wir durch Arbeit aus dem furchtbaren Chaos, aus der Not herauskommen, dann können wir nicht bei den Kapitalisten anfangen, die Kapitalisten zu interessieren, sondern **wir müssen die Arbeiter an der Arbeit interessieren.** Das ist der einzige Weg, der uns aus diesem Sumpf führen kann, und wollen wir die Arbeiter interessieren, so müssen wir beweisen, daß der Sozialismus beginnt, in die Praxis umgesetzt zu werden, und das können Sie einzig und allein, indem Sie unseren Antrag annehmen, die sofortige Vergesellschaftung des Bergbaues in Angriff zu nehmen.

Die Interessierung der Arbeiter an der Arbeit ist das A und O der ganzen Tätigkeit, die Sie in der nächsten Zeit zu entfalten haben. Interessieren wir die Arbeiter nicht an dem Betrieb, an ihrer Arbeit, so gehen wir grauenhaften Zuständen entgegen. Wollen wir vorbeugen, so heißt es diesem Antrag zustimmen, dafür sorgen, daß die Arbeiter Zutrauen zu uns, zur Sozialisierung bekommen.

Ein anderer, nicht minder wichtiger Punkt ist die Frage, ob wir die Zentrale alles Kapitals,

die Hochburg des Finanzkapitals,

noch weiter **in den Händen der Kapitalisten** lassen wollen, die Großbanken. Es ist sehr zweifelhaft, was Hilferding gesagt hat, ob wir durch die Großbanken allein unsern Kredit sichern können. Ich glaube, es ist viel wirksamer, unsern Kredit zu sichern, indem wir den Staat hinter diese Großbanken stellen oder die Großbanken hinter das Reich, und jedenfalls wird der ganze deutsche Finanzmarkt durch die 9 Berliner Großbanken kontrolliert. Diese haben die Macht des Kapitals in Händen. Es ist ein Umweg, wenn man über die Kohle und das Eisen an das Kapital herankommen will und den Einfluß des Kapitals brechen will. Der direkte Weg führt, wie Hilferding in seinem Buch über das Finanzkapital richtig ausgeführt hat, **direkt in die Stuben des Finanzkapitals** hinein. Wir müssen also dort den Zugriff wagen; denn die 9 Berliner Großbanken sind das Rückgrat des deutschen Kapitalismus und müssen an dieser Stelle ebenfalls gepackt werden.

Bezüglich der **Landwirtschaft** hat sich Hilferding zu Zugeständnissen bringen lassen, die wir nicht billigen dürfen. Wenn wir sozialisieren wollen, dürfen wir nicht dazu übergehen, Kolonisierung zu treiben, wie Hilferding angedeutet hat. Wenn die bürgerliche Gesellschaft, wenn der zusammenbrechende Staat glaubt, dadurch Proselyten machen zu können, daß er den **Kriegsbeschädigten Land** und Bauernstellen **verspricht**, so können wir in unserm sozialistischen Gemeinwesen nicht dazu übergehen, die Kriegsbeschädigten auf diesen Weg zu weisen, sondern sie müssen in unserm sozialistischen Gemeinwesen in vollem Umfange versorgt werden. Dies darf aber nicht dadurch geschehen, daß man sie in irgendeine Kossätenstelle auf dem Dorfe schickt. Das ist keine Versorgung. Sie sollen vielmehr — und ich schließe mich da dem an, was der Genosse Nickel gesagt hat — auch ihren Anteil an den Freuden in unserm Lande, an unsern großen Kulturgeschehen haben, und diesen Anteil können sie nur dann haben, wenn man sie um die großen Kulturzentren herumgruppiert und ihnen die Möglichkeit gibt, an der Kultur, die auf Grund dieses furchtbaren Krieges neu aufblühen soll, in den Kulturstätten Anteil zu nehmen. Ich verwahre mich energisch dagegen, daß die Kriegsbeschädigten für die Versorgung des Landes verwandt werden sollen.

Weiter ist aber, was wir immer schon gesagt haben, auch zu berücksichtigen, daß die **Großbetriebe leistungsfähiger als die Kleinbetriebe** sind, weil in ihnen Wissenschaft, Technik und Organisation besser vertreten sind,

und weil infolge dieser drei Fundamente bei ihnen eine Erhöhung der Produktion möglich ist. Eine solche können wir aber nicht erreichen, wenn wir eine Verzettelung in kleine Betriebe durchführen. Ich ersuche Sie, auch hier zum Ausdruck zu bringen, daß wir nicht daran denken, die Zersplitterung in die Wege zu leiten.

Es kommt aber hierbei auch darauf an, daß die Bauernschaft auf dem Lande merkt, daß wir nicht daran denken, morgen oder übermorgen aus Kleinbetrieben Großbetriebe zu machen. Für die Masse der Kleingrundbesitzer muß vorher schon etwas geschehen, und es muß dies schon jetzt klar und deutlich gesagt werden, damit bei den Wahlversammlungen zur Nationalversammlung die **Kleinbauern** uns nicht in den Weg laufen und sich nicht von den bürgerlichen und konservativen Parteien einfangen lassen. Wir wollen auch den Kleinbauern helfen, indem wir sie **genossenschaftlich zusammenfassen** und in dieser genossenschaftlichen Zusammenfassung ihnen technische Hilfsmittel, Düngemittel und die Wissenschaft zur Verfügung stellen. Wenn wir auf diese Weise organisatorisch vorarbeiten, dann werden wir auch die Kleinbauern dem Sozialismus zuführen. Ich bitte Sie zum Schluß: wenn Sie wahr machen wollen, daß der Arbeiter an den Betrieben interessiert werde, und daß wir uns auf diese Weise aus dem Sumpf herausziehen, dann nehmen Sie unsern Antrag an, der die sofortige Verstaatlichung des Bergbaues verlangt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender Leinert:

Es ist ein Antrag auf **Schluß der Debatte** eingereicht. Ich bitte diejenigen, welche die Debatte schließen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Mehrheit; die Besprechung ist **geschlossen.** (Löffler bittet ums Wort, um namens der **Bergarbeiter** eine **Erklärung** abzugeben.)

Genosse Löffler, ich kann Ihnen hierzu das Wort nicht mehr geben, sondern Sie könnten das Wort nur zur Geschäftsordnung erhalten, um dann zu erklären, daß Sie durch den Schluß der Debatte verhindert worden sind, die betreffende Erklärung abzugeben.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Genosse Löffler.

Löffler-Oppeln:

Parteigenossen, ich bedaure, daß Sie mir als Bergarbeiter hier, wo vom Bergbau so viel die Rede ist, das Wort abgeschnitten haben. Ich muß mich daher kurz darauf beschränken, folgendes zu sagen. Der Volksbeauftragte Barth hat hier gesagt, es sei eine Deputation — — — (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Leinert (den Redner unterbrechend):

Das ist nicht zur Geschäftsordnung. Sie müssen es anders machen und müssen sagen, Sie bedauerten, daß Sie nicht die und die Ausführungen hätten machen können. (Große Heiterkeit.)

Löffler (fortfahrend):

Parteigenossen, in zwei Minuten will ich fertig sein. Ich muß also bedauern, daß ich hier nicht sagen konnte, aus welchen Gründen heraus die Deputation, die heute mit dem Volksbeauftragten Barth verhandelt hat, erklärte, Hue dürfe zu diesen Verhandlungen nicht herangezogen werden. Diese Deputation hat diese Erklärung abgegeben, weil Hue den streikenden Bergarbeitern sagte, sie stritten jetzt nicht gegen die Kapitalisten, sondern ihr Streik sei jetzt ein **Streik gegen die sozialistische Republik.** (Rufe: Nann!) In dieser Hinsicht sollte Barth recht vorsichtig gewesen sein, denn auch er hat schon seine Erfahrungen machen müssen.

Volksbeauftragter Scheidemann:

Ich bedaure auch lebhaft, daß ich wegen des Schlusses der Debatte einige Ausführungen nicht habe machen können. Ich kann also nur feststellen, daß ich die Absicht hatte, hier ganz bestimmt zu erklären, daß wir in der Regierung keinen dringlicheren Wunsch haben, als daß Sie uns nach unseren Taten beurteilen können. Sie

werden in kurzer Zeit die beste Gelegenheit haben, festzustellen, daß wir auch auf diesem Gebiet entschlossen sind, unsere Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Ich bitte dringend, uns in allen Angelegenheiten nach dem zu beurteilen, was wir tun, und nicht nach dem, was uns aus dieser Ecke (zu den Linksradikalen) immer zugeschrieen wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Dr. **Hilferding** (Schlußwort):

Parteigenossen, gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung.

Mir ist vor ein paar Tagen mitgeteilt worden, daß dieses Referat voraussichtlich nicht stattfinden würde, und ich hatte mich deshalb nicht so vorbereitet, wie es dieses Thema erfordert. Ich kann deshalb nicht alle Punkte erörtern, die vielleicht noch hätten erörtert werden können. Ich habe absichtlich die rein sozialistischen Forderungen weggelassen, also die Forderungen, die sich auf Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. beziehen, weil sie mit dem Thema nicht unmittelbar zusammenhängen, und weil ich meine, daß über die bekannten sozialistischen Forderungen, die in unserem Programm aufgestellt waren, heute nicht mehr zu diskutieren ist, sondern daß da Dinge sind, die dekrediert werden müssen und zum großen Teile auch schon dekrediert worden sind.

Nun ist auch von dem Genossen Koenen, glaube ich, moniert worden, daß ich auf die Bankfrage nicht näher eingegangen bin. Parteigenossen, es ist schwer, in einem Referat diese Frage mit allen Einzelheiten auseinanderzusetzen. Ich habe selbst gesagt: die Erwägung lag nahe, ob man nicht bei der Sozialisierung mit den Großbanken anfangen solle. Aber ich meine doch, daß das Verfahren, wie ich es im Auge habe, wonach man bei den wichtigsten Produktionszweigen anfangen soll, das Praktischere ist. (Zuruf: Anfangen!) — Anfangen, selbstverständlich. Wenn wir damit anfangen, wenn wir in dieser Weise verfahren, dann berauben wir die Großbanken ihrer ökonomischen Herrschaftsstellung. Darauf kommt es an. Und diese ökonomische Herrschaftsstellung der Banken beruht viel mehr in der Verbindung mit der Schwerindustrie, mit der Schwerindustrie, mit der Rohstoffmonopolindustrie als auf dem Zirkulationsgebiet.

Nun ist gesagt worden: Aber der Anleihemarkt! Wenn wir das, was sozialisierungsreif ist, sozialisieren, dann fällt ein sehr großer Teil des Aktienkapitals, also dasjenige, worin der Anleihemarkt im wesentlichen besteht, heraus. Die Macht der Großbanken wird dann von selbst auf diesem Gebiete weiter reduziert, und es bleibt dann nichts anderes übrig, als ihre Rolle auf dem Kreditmarkt. Diese ihre Rolle auf dem Kreditmarkt ist in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich wichtig, und sie ist auch nicht gefährlich. Die Erteilung des Zirkulationskredits an die Fertigindustrie macht eine Beherrschung dieser Industrie nicht so nötig wie die Gewährung von Anleihekrediten. In der Schwerindustrie, in der wir so verfahren, wie ich es meine, unterhöhlen wir die beherrschende Macht der Großbanken mehr bedeutend, erhalten aber doch ihre Funktion, wo diese Funktion gegenwärtig für den ruhigen Fortgang des Wirtschaftslebens meiner Überzeugung nach erhalten werden muß.

Ich möchte nun noch auf das eine hinweisen, daß wir auch hier die Großbanken nicht etwa unkontrolliert lassen sollen. Die Frage der Kontrolle geht ja viel weiter als die Frage der Sozialisierung. In sehr wichtigen Zweigen auf sehr umfangreichen Wirtschaftsgebieten, wo wir nicht unmittelbar sozialisieren können, werden wir aber auf die eine oder die andere Weise unmittelbar kontrollieren können. Was namentlich den Kreditmarkt

anbelangt, so haben wir ein sehr wichtiges Instrument in der Hand, nämlich die Reichsbank. Es wird sich darum handeln, daß auch die Reichsbank in ihrer Kreditpolitik bis zu einem gewissen Grade in den Dienst der Sozialisierung gestellt wird, daß auch die Reichsbank sich nicht länger von kapitalistischen Interessen, sondern von Interessen der Gemeinwirtschaft wird leiten lassen.

Also verfahren wir so, beginnen wir bei der Industrie und gehen wir schrittweise vor, so unterhöhlen wir gleichzeitig die Macht der Banken, und was von der Macht den Banken übrig bleibt, das kontrollieren wir entweder direkt oder mit Hilfe der Reichsbank.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden: Wann sollen wir sozialisieren? Da sage ich, und ich habe das auch schon in meinem Referat gesagt: es gibt Zweige der Industrie, die wir sofort sozialisieren können. Es sind hier zwei Anträge eingebracht worden, der erste von Geyer und Genossen und der zweite von Lüdemann, Severing und Limbertz und Genossen. Der erste lautet:

> Die Regierung wird beauftragt, mit der Vergesellschaftlichung des Bergbaues sofort zu beginnen.
>
> Bis zu deren Durchführung wird für alle Bergleute ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt. Die Arbeitszeit soll vom Beginn der Einfuhr bis zur Beendigung der Ausfuhr 8 Stunden täglich nicht übersteigen.

Ich möchte Ihnen zunächst vorschlagen, diesen zweiten Absatz der Resolution der Regierung und der Sozialisierungskommission zu überweisen. Die Frage des Mindestlohns und der Arbeitszeit in den sozialisierten Produktionszweigen ist natürlich eine außerordentlich wichtige und muß selbstverständlich geregelt werden. Ich möchte also bitten, den zweiten Absatz zunächst der Regierung und der Sozialisierungskommission zu überweisen.

Den ersten Absatz, der die sofortige Vergesellschaftung des Bergbaus verlangt, bitte ich zu verschmelzen mit der zweiten Resolution, die lautet:

> Der Kongreß der A.- und S.-Räte beauftragt die Regierung, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien unverzüglich zu beginnen.

Ich schlage vor, daß wir die beiden in der Weise verschmelzen, daß wir sagen:

> die Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaues, unverzüglich zu beginnen.

(Zustimmung.) Ich hoffe, daß Sie diesen Antrag einstimmig annehmen. (Bravo!)

Genossen, aus meinen Ausführungen geht schon hervor — und das möchte ich besonders dem Redner der Demokraten sagen —: es ist uns mit der Sozialisierung außerordentlich ernst und eilig, und wir fürchten durchaus nicht, daß dadurch etwa der Unternehmergeist, die Privatinitiative usw. ausgeschaltet würde. Es ist die Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, um der privaten Betätigung den nötigen Spielraum innerhalb der sozialisierten Betriebe zu gewähren. Wir wollen keine bürokratische Leitung, die von den Technikern, von den Arbeitern und, soweit es notwendig ist, von den Kaufleuten besorgt wird in einer Art, die alle Hemmungen beseitigt, die alle unnötigen Kosten ausschaltet und so, daß die Produktivität nicht etwa vermindert, sondern gesteigert wird.

Damit komme ich auf einen andern Punkt. Ich habe vorhin gesagt, daß die Arbeiter auch eine gewisse Zeit gewähren müßten. Parteigenossen! Ich möchte ausdrücklich hier davor warnen, daß nun etwa die Vorstellung entsteht, daß mit der Sozialisierung der Betriebe sofort die materielle Lage außerordentlich gehoben werden kann.

Parteigenossen, um die materielle Lage des Volkes heben zu können, brauchen wir Vermehrung und Steigerung der Produktion, brauchen wir vermehrte Güterherstellung. Unser ganzer Produktionsapparat ist augenblicklich nicht auf eine vermehrte Güterherstellung, sondern auf eine sehr stark verminderte eingerichtet. Es bedarf einer gewissen Zeit, um diesen Produktionsapparat wieder so in Gang zu bringen, daß die verfügbare Gütermenge sich steigern kann. Erst wenn dieser Moment eingetreten ist, erfolgt die Hebung der arbeitenden Klasse, des Volkswohlstandes.

Nun, Parteigenossen, ich sage das deswegen, weil ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, daß Sozialisierung von der Arbeiterschaft unter Umständen auch Opfer verlangen kann. Zum Beispiel, wenn wir heute schlechte, heruntergewirtschaftete Betriebe übernehmen, so können wir selbstverständlich in diesen Betrieben nur Löhne zahlen, die eben diesem Zustande des Apparats entsprechen und es braucht eine gewisse Zeit, bis die Wirtschaft wieder verbessert wird. Ich möchte also sagen: Sozialisierung, z. B. Sozialisierung des Bergbaues, bedeutet nicht sofortige gewaltige Steigerung der Löhne, sie bedeutet aber, daß die Arbeiter die Sicherheit und das Bewußtsein haben, daß sie jetzt für sich selbst arbeiten und nicht mehr für den Kapitalisten; und da, glaube ich, hat Genosse Barth recht, wenn er meint, daß man von den Arbeitern, die im Betriebe der sozialisierten Gesellschaft arbeiten, natürlich viel eher verlangen kann, daß sie gewisse Rücksichten üben, als wenn sie sich bloß dem Kapitalisten gegenübersehen. Deshalb stimme ich dem durchaus zu, wenn ausgesprochen wird, daß mit der Sozialisierung vor allem im Bergbau sofort begonnen werden soll. (Bravo!)

Nun, Parteigenossen, auf alle einzelnen Fälle kann ich nicht eingehen, und es ist wohl auch nicht notwendig. Ich möchte nur nochmals betonen: wenn ich hier nur einzelne Zweige der Wirtschaft genannt habe, so soll das durchaus nicht bedeuten, daß dies ein vollständiger Katalog wäre. Es gibt selbstverständlich eine ganze Reihe von Dingen, die gemacht werden können. Es ist z. B. selbstverständlich, daß die Monopolbetriebe, die das Reich heute noch hat, Stickstoff z. B., nicht etwa wieder an Privatkapitalisten ausgeliefert werden. Es ist selbstverständlich, daß gewisse Einrichtungen der Kriegswirtschaft, z. B. die Konzentration auf die leistungsfähigsten Betriebe nicht wieder zerstört werden dürfen, sondern als Hebel zur Sozialisierung benutzt werden müssen. Es ist weiter klar, daß nicht nur die Rohstoffe in Betracht kommen, sondern daß auch die Kraftgewinnung, die Wasserkräfte, die Elektrizität usw. Objekte sind, die in sehr naher Zeit für die Sozialisierung in Berücksichtigung gezogen werden müssen. Es gibt also eine ganze Menge von Industriezweigen, die sozialisierungsreif im weitesten Sinne des Wortes sind, und es gibt eine ganze Menge von anderen Wirtschaftszweigen, wo Sozialisierung in Form von Kontrollen und Einflußnahmen der verschiedensten Art in Betracht kommen.

Dann möchte ich noch einige Worte zur Frage der ausländischen Konkurrenz sagen. Da sind zwei Momente zu berücksichtigen.

Erstens: Die Lohnhöhe, die hier wesentlich mit in Betracht kommt, ist nicht nur in Deutschland und hier nicht nur nach der Revolution, sondern so ziemlich in allen kriegführenden Ländern gestiegen. Die politische Situation ist in einer ganzen Reihe von Ländern auch so, daß kaum zu erwarten ist, daß die Arbeiterschaft sich lohndrückende Maßnahmen in größerem Umfange gefallen lassen wird. Wir können nur hoffen, daß es der französischen, englischen und amerikanischen Arbeiterschaft gelingen wird, ihre Löhne nicht nur zu erhalten, sondern noch zu steigern. Geschieht das, so ist natürlich unser Wettbewerb auf dem Weltmarkt sehr erleichtert. Es wird noch Aufgabe unserer sozialistischen Regierung beim Waffenstillstand sein, dann aber auch Aufgabe aller Arbeitervertreter, die auch von anderen Staaten an den Friedensverhandlungen mitwirken werden, Maßnahmen zu treffen, die eine Schutzkonkurrenz auf dem Weltmarkte, gedrückte Löhne, Ausbeutung der Heimarbeiter usw. unmöglich machen.

Das ist das eine. Das zweite aber ist das: Es ist ganz sicher, daß Sozialismus eine Schwierigkeit für ein einzelnes Land ist; und eine ganze Reihe von Zögerungen, die wir alle bedauern, die wir alle ungeduldig als solche empfinden, rührt eben daher, daß Deutschland, wenn ich von Rußland absehe, zunächst allein vor die Aufgabe gestellt ist. Aber Parteigenossen, gerade das macht diese Aufgabe zwar schwer, verspricht aber von ihrer Lösung außerordentlich reichen Lohn. Gehen wir vor, energisch und unerschrocken, aber auch besonnen (Sehr richtig!), dann wird von hier aus eine ungeheure geistige, propagandistische Kraft entstehen (Sehr richtig!), die sich im ganzen Westen auswirken wird und die Hoffnung nicht unbefriedigt erscheinen lassen wird, daß Deutschland eben auch nur ein Anfang ist, daß aber der Gedanken des Sozialismus sich auch nur auf die Staaten ausbreiten wird, die gestern noch unsere Gegner waren, und daß der Sozialismus schließlich das sein wird, was wir immer gehofft haben, wenn wir mit den Worten der Internationale unsere Versammlungen geschlossen haben: die Internationale wird die Menschheit sein. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Erklärung über die Stellung der Beamten.

Volksbeauftragter Barth:

Genossen! Ich möchte noch folgendes erklären: es wurde mir von einem Kongreßteilnehmer die positive Frage vorgelegt, wie der Rat der Volksbeauftragten zu den **Staats-, Reichs- und Kommunalbeamten** steht, die befürchten, daß sie entlassen werden. Dazu kann ich ganz positiv erklären, und ich glaube, das erklären zu können für alle diejenigen, die sich Sozialisten nennen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, daß es ganz selbstverständlich ist, daß alle diejenigen, die gewillt sind, tätig zu sein für den Aufbau, so notwendig gebraucht werden, daß kein Mensch daran denkt, ihnen irgendwie ihre Betätigung zu behindern oder zu beschneiden.

Vorsitzender Leinert:

Wir kommen zur

Abstimmung.

Ich werde in der Weise abstimmen lassen, daß ich zunächst über den **Antrag Lüdemann und Severing** abstimmen lasse, der lautet:

> Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt die Regierung, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen.

Wird der Antrag angenommen, dann ist der Antrag Geyer im ersten Teil erledigt.

Der zweite Teil und ein Antrag, eine Entschließung anzunehmen, die sich auf die Heimstätten bezieht, sollte dann der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Ich bitte diejenigen, die dem **Antrag Lüdemann und Severing**, den ich eben verlesen habe, zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit großer Mehrheit **angenommen.** (Rufe: Gegenprobe!) Wenn ich sehe, daß noch einige sitzen, genügt es doch vollkommen, zu sagen, daß der Antrag gegen einige Stimmen angenommen ist. (Zuruf: Uns interessiert zu wissen, wer dagegen gestimmt hat!) Ich bitte also diejenigen, sich zu erheben, die gegen den Antrag stimmen wollen. (Rufe: Einstimmig!) Sie können doch dadurch, daß diejenigen, die dagegen stimmen, sitzen geblieben sind, nicht erklären, daß der Antrag einstimmig angenommen wäre. Wenn die Herren dafür stimmen wollten, hätten sie aufstehen können.

345

Damit ist der erste Absatz der Resolution Geyer und Genossen erledigt.

Wir kommen zum zweiten Absatz dieses Antrags:

Bis zu deren Durchführung wird für alle Verglente ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt. Die Arbeitszeit darf von Beginn der Einfuhr bis zur Beendigung der Ausfuhr 8 Stunden täglich nicht überschreiten,

und zu dem Heimstättenantrag:

Der Kongreß wolle folgende Entschließung annehmen:

Der Kongreß der A.- und S.-Räte spricht die feste Erwartung aus, daß die kommende Nationalversammlung als eine ihrer ersten und dringendsten Aufgaben die Schaffung eines Heimstättengesetzes erkennen wird, wie es der letzte deutsche Reichstag für alle Kriegsteilnehmer bereits am 21. Mai 1916 einstimmig gefordert hat. Im alten Reiche war aber die Macht der Terrainspekulation und des Großgrundbesitzes so stark, daß sie die Verwirklichung dieses Gedankens vereitelt hat. Jetzt wird dieses Gesetz, erweitert zu einem allgemeinen Volksheimstättengesetz, eine der festesten Grundlagen des sozialen Neuaufbaues des deutschen Volksstaates werden. Bisher wurden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, alle schaffenden Stände, um die Erhöhung des Ertrages ihrer Arbeit durch Miets- und Pachtsteigerungen betrogen.

Billige und gesunde Heimstätten, dauernd geschützt vor jedem Mißbrauch, werden nach jeder Richtung zur Gesundung unseres Volkes beitragen.

Die Herstellung dieser Heimstätten, zu der alle Rohstoffe im eigenen Lande vorhanden sind, wird auch darau helfen, lohnende Arbeit in Fülle zu schaffen. Diese Aufgaben sind so groß und dringend, daß der Vertretertag, wie bisher schon mehr als 500 Arbeiter- und Soldatenräte, auch seinerseits den Rat der Volksbeauftragten ersucht, durch eine Notverordnung die vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gemachten Vorschläge schleunigst durchzuführen:

1. Das Enteignungsrecht zur Verbesserung des Wohn- und Siedlungswesens zu regeln, und zwar eventuell auf Grundlage des Preises, den der Grundbesitzer bei der letzten Einschätzung vor dem Kriege selbst angegeben hat. (Wehrbeitrag.)
2. Die Verleihung eines allgemeinen Vorkaufsrechts bei jedem Besitzwechsel von Boden an Kreise und Gemeinden.
3. Die dauernde Sicherung des ausgegebenen Bodens gegen jeden spekulativen Mißbrauch.

Durch diese Notverordnung wird auch schon vor der Nationalversammlung der große Grundsatz festgelegt, daß der vaterländische Boden, der durch diesen Krieg mit einer ungeheuren Blythypothek belastet ist, für alle Zukunft davor bewahrt bleibe, wie eine beliebige Ware behandelt, jedem Mißbrauch ausgesetzt, zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung erniedrigt zu werden.

Soldatenrat Groß-Berlin.

Gerber. Vietz. Vogt. Arndt. Chmilewski. Tost. Lamp'l.

Ich habe dann noch eine

Erklärung

vorzulesen:

Der Geschäftsordnungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, die beiden Punkte: **Sozialisierung und Friedensregelung von der Tagesordnung abzusetzen** und dadurch die Beendigung der Kongreßarbeiten zu beschleunigen, ist in der gestrigen Abendsitzung als eine **Überrumpelung** bezeichnet worden und als ein Beweis dafür, daß es der Sozialdemokratie mit der Sozialisierung nicht ernst sei. Ich muß demgegenüber hier erklären: In einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden wurde eine Übereinstimmung darüber erzielt, die Arbeiten des Kongresses, wenn irgend möglich, bis Donnerstag abend zum Abschluß zu bringen. Der Verlauf der Verhandlungen in den Morgen- und Nachmittagsitzung vom Donnerstag bewies jedoch, daß diese Absicht nicht durchzuführen war, wenn die beiden Punkte: Sozialisierung und Friedensregelung verhandelt würden. Ich habe deshalb an den Genossen Geyer, den Vorsitzenden der Fraktion der U. S. P., die Anfrage gerichtet, ob seine Fraktion damit einverstanden sei, die beiden genannten Punkte von der Tagesordnung abzusetzen. Genosse Geyer erklärte nicht nur seine Zustimmung, sondern fügte hinzu, daß nach seiner Kenntnis der Dinge auch der Berichterstatter zur Sozialisierung nicht gram darüber sein würde, wenn er auf

346

sein Referat verzichten müßte. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Nachdem durch eine längere Debatte und Abstimmungen es immer schwieriger geworden war, die noch zur Verhandlung stehenden Abstimmungen und Wahlen zu erledigen, habe ich beim Genossen Geyer die Frage der gemeinsamen Vertagung angeregt, die er dahin beantwortete, daß es doch noch möglich sein müsse, bis 10 Uhr fertig zu werden. Erst nach diesen Verhandlungen hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Absetzung der noch nicht verhandelten Tagesordnungspunkte gestellt und den Genossen Geyer ersucht, den Antrag durch seine Unterschrift mit zu unterstützen. Nunmehr erklärte Genosse Geyer aber, daß seine Fraktion mit der Absetzung nicht einverstanden sei, vielmehr Vertagung beantrage. Mit diesem Antrag wurde aber nur das aufgegriffen, was in einem eine Stunde vorher den Genossen unterbreiteten Vorschlag in Erwägung gezogen war.

Von einem Überrumpelungsversuch kann demgemäß ebensowenig die Rede sein wie von einer Abneigung, in eine Erörterung der Frage der Sozialisierung einzutreten.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion:
Severing.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nun zur Erledigung einer zurückgestellten Angelegenheit. Wir haben den Antrag einer freiwillig gebildeten Kommission über die

oberste Kommandogewalt

angenommen; dazu war ein Abänderungsantrag Nr. 2 gestellt, der lautete:

In den Garnisonen liegt die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Diese Sache ist zurückgestellt worden, um in der Besprechung der Fraktionen eine Fassung zu finden, die es ermöglicht, den Abänderungsantrag anzunehmen. Diese Fassung ist von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen in folgender Form vorgeschlagen:

1. In den Garnisonen wird die militärische Kommandogewalt im ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen A.- und S.-Räten ausgeübt.

2. Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von den Trägern der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnisonen erledigt.

Das Wort wird nicht verlangt. Ich bitte diejenigen, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. (Geschieht.) Das ist erfolgt.

Dann kommt folgender Antrag:

Der Kongreß wolle folgende Erklärung annehmen:

Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte Berlin dankt sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen im ganzen Reiche, die in dieser Zeit zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens mithelfen, dankt namentlich allen im gesamten Verkehrswesen, dem Post- und Telegraphenwesen unter besonders schweren Verhältnissen Tätigen für ihren Dienst im Interesse des Ganzen.

Der Antrag ist von der Soldatenfraktion gestellt.

Ich bitte, daß diejenigen, die dem Antrage zustimmen wollen, sich erheben. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß der Antrag angenommen ist.

Einigung aller Sozialisten.

Dann haben wir noch eine Resolution, die Ihnen vorgelegen hat, zu erledigen. Es wird folgende Resolution beantragt anzunehmen:

Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte erklärt es im Hinblick darauf, daß alles geschehen muß, um in der Nationalversammlung eine sichere sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, für die heilige Pflicht aller überzeugten Sozialisten, sich zu ein-

heitlicher Kampffront zusammenzuschließen gegen die bürgerlichen Parteien, die allesamt die Schildhalter kapitalistischer Interessen sind. Der Kongreß legt den beiden sozialdemokratischen Parteirichtungen ans Herz, ihre Kräfte nicht in gegenseitigem Bruderkampf zu lähmen, sondern zusammenzufassen gegen die gemeinsamen Feinde des Sozialismus und der Revolution. Der Kongreß erwartet daher von den beiden sozialdemokratischen Parteiorganisationen, daß sie alle Differenzen zurückstellen und den Wahlkampf gemeinsam mit einheitlichen Wahlvorschlägen führen.

Die Antragsteller glauben, daß hierzu keine Begründung notwendig sei, sondern daß die Resolution für sich selbst spreche.

Seger-Leipzig:

Ich möchte diesen Kongreß dringend ersuchen, hier keinen Beschluß darüber zu fassen. (Sehr richtig!) Der Kongreß ist unzuständig, über sozialdemokratische Parteien zu entscheiden, was sie zu tun haben und was nicht. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie dringend darum, denn das würde nach außen nur ein falsches Bild geben, weil die beiden sozialdemokratischen Parteien autonom sind, zu handeln, wie ihr Interesse und Verständnis es gebietet. Ich bitte Sie dringend, einen solchen Antrag weder zu diskutieren, noch ihn etwa anzunehmen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Severing-Bielefeld:

Ich schließe mich diesem Vorschlage des Genossen Seger und auch seiner Begründung vollinhaltlich an.

Vorsitzender Leinert:

Es ist also beantragt, über diesen Antrag nicht abzustimmen.

Sickert-Hamburg:

Genossen! Leider muß ich dem Wunsche des Genossen Seger widersprechen. Ich bin der Meinung, daß der Kongreß, wenn er eine solche Entschließung annimmt, noch lange nicht darüber beschließt, was die Parteien machen sollen. (Sehr richtig!) Es ist doch nur ein Wunsch, und wir alle können doch nur davon beseelt sein, durch einen möglichst geschlossenen, **einheitlich geführten Wahlkampf** unsere Macht derart zu erweitern, um in Zukunft gegen die bürgerlichen Parteien gesichert zu sein. (Zuruf: Das hätten Sie gestern machen sollen!) Aus diesem Grunde möchte ich Sie auch ersuchen, die Resolution doch anzunehmen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Heydemann-Königsberg:

Genossen, als Soldatenrat habe ich mich an die einzelnen Soldaten hier gewandt, die die Genossen hierhergeschickt haben, und ich habe bei fast allen Zustimmung dazu gefunden, diese Resolution einzubringen. Genossen, es sind Tausende von Kräften neu freigeworden durch die Agitation, die der Weltkrieg für den Sozialismus geführt hat. Genossen! Hunderttausende der besten Genossen liegen begraben; aber Hunderttausende und Millionen haben während des Krieges **kein Verständnis** dafür gehabt, daß hier in der Heimat in dieser schweren Weise **der Bruderkampf** geführt wird. (Sehr richtig!) Parteigenossen, ich bin selber langorganisierter Genosse: wir haben früher die größten Gegensätze durchgefochten mit geistigen Waffen. Es sind Gegensätze gewesen vor dem Kriege, die zwischen einigen Mitgliedern der Unabhängigen und anderen Mitgliedern der Mehrheitsparteien vorhanden sind. (Widerspruch.) Parteigenossen, es ist früher schon vor dem Kriege gesagt worden: eine restlose **Teilung in Revisionisten und Radikale** gibt es nicht, sie ist technisch einfach unmöglich. (Sehr richtig.) Genau so ist es heute unmöglich zu sagen: ich gehöre zu den Unabhängigen, oder ich gehöre zu den Mehrheitsparteien. (Widerspruch.) Parteigenossen, es sind unendlich viel Kräfte geradezu lahmgelegt. Wir kommen tagtäglich in den schwersten Konflikt mit unserem Gewissen: es sind seelische Kräfte, die lahmgelegt werden. Ich habe jeden Tag darüber nachgedacht, was ich als Mann von Ehre und Gewissen tun soll. So geht es auch Tausenden und aber Tausenden von Genossen. Wir haben die **Kriegspolitik** verurteilt, die die

Partei Scheidemann vertreten hat. Wir haben während des Krieges aus unserer Not heraus jedes Mittel für recht gehalten, um den Militarismus und die Träger des Militarismus beiseite zu führen. Jetzt aber, Genossen, haben wir doch hier durch die heute und die in den letzten Tagen hier geleistete Arbeit bewiesen, daß es trotzdem Aufgaben gibt im Kampf gegen den Kapitalismus, wo beide Parteien zusammenstehen müssen. (Beifall.) Und gerade diejenigen, die wollen, daß die Arbeiterschaft auf dem klassenbewußten Boden steht, die gerade in denjenigen, die in den Reihen der Mehrheitsparteien immer bremsen, in dieser doch nun einmal stärkeren Partei auch den alten sozialistischen Geist wachhalten oder wieder wachbringen wollen, gerade sie fühlen sich verpflichtet, hier für die **Einigkeit** einzutreten.

Es soll ja kein Beschluß sein, Genossen; wir wollen es ja nur den verantwortlichen Führern der verschiedenen Fraktionen ans Herz legen. Es sind Millionen von Soldaten, die alle auf dem Standpunkt stehen, die Wahlen, die jetzt in Chemnitz gewesen sind, die **Wahlen**, die in Dresden gewesen sind, haben so **ungeheure Mehrheiten für die Mehrheitspartei** ergeben, aber nur, weil Hunderttausende glaubten, daß diese Partei die große Masse der Arbeiter vertritt und vielleicht aus Gründen der Disziplin am meisten Aussicht hat, die Einheit zu vertreten.

Genossen, ich stehe auf dem Standpunkte der Unabhängigen in der Kriegspolitik, und solange Krieg war, habe ich gesagt: ich gehöre als Soldat zu den Unabhängigen. Jetzt aber, wo es gilt, Deutschland wieder aufzubauen, möchte ich wissen, ob alle, die bei den Unabhängigen sind, bei der Lösung dieser Probleme mit denen zusammengehen, die zur Spartakus-Gruppe gehören, und ich möchte fragen, ob nicht die Annäherung zwischen Dittmann, Hoch und anderen größer ist als die Gegensätze innerhalb der Partei selber. Ich glaube, **zwischen Liebknecht und Dittmann ist ein größerer Unterschied** als zwischen Dittmann und Pfannkuch usw. Warum sollen wir jetzt diejenigen, die durch den Militarismus aus dem Parteileben herausgerissen waren, lahmlegen? Ich bitte diejenigen Parteigenossen, die die hier zur Macht gekommene Rechte bekämpfen wollen, die gerade dem **Instinkt der Masse** gehorchen wollen und die die Stimme der Masse in dieser Zusammensetzung des Rätekongresses gehört haben, für die Resolution zu stimmen. Ich glaube, im Namen der meisten Soldatenräte sprechen zu können, wenn ich Sie herzlich bitte, gerade wegen der so ungeheuer wichtigen Aufgaben, die die Nationalversammlung hat, und damit wir die gemeinsamen Feinde nicht nur schlagen, sondern vernichten, daß wir unsere Kräfte nicht zerreiben, sondern damit gemeinsam die sozialistische Gesellschaft aufbauen.

Mich eint vieles mit Liebknecht und vieles mit Bernstein, der jetzt in vielen Fragen zur äußersten Rechten gehört. Ich möchte etwas von dem **Programm gerade der Liebknecht-Gruppe** bringen. Sie haben die großen Demonstrationen hier gesehen, die Tausende, diese imposanten Massen, aber auch was auf den Gesichtern dieser Leute stand, wie bleich die Wangen waren, wie hohl und traurig die Gesichter, den Jammer von Zehntausenden. Das ist das Programm. (Großer Lärm und Widerspruch.) Genossen und Genossinnen! Nachdem wir hier tagelang debattiert haben, theoretische Dinge, glauben die Massen, die uns hierhergebracht haben, daß wir ihnen das Brot vorenthalten, wenn wir keinen Beschluß fassen, der sie wieder hoffnungsfreudiger macht. Das Programm der Masse ist die Forderung, die Not und das Elend mit allen Mitteln so schnell wie möglich zu bekämpfen. Wir können uns **den Luxus** nicht mehr erlauben, **unsere Kräfte zu zersplittern**; wir müssen, ob wir

wollen oder nicht, mit Verbitterung im Herzen den Kapitalismus bekämpfen, so bekämpfen, daß dem Bourgeois wieder der Schrecken des 9. November in die Knochen fährt; wir müssen nicht mit 50 % dastehen, sondern mit drei Vierteln der Stimmen. Deswegen, Genossen, bitte ich Sie, nehmen Sie diese Resolution an, im Interesse der Arbeiter, und gerade im Interesse der ernsten Arbeiter. Wir müssen einig sein! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei einer Minderheit.)

Burmann-Pommern:

Kameraden, Genossen! Ich möchte die Worte des Vorredners aufs wärmste unterstützen. Ergreifen Sie den **historischen Augenblick**, wo die Gegensätze, die in der sozialistischen Bewegung vorhanden waren, sich im A.- und S.-Rat geeinigt haben. Der A.- und S.-Rat faßt alle zusammen. (Zurufe: Sie wollen ja gar nicht mehr!) Lassen Sie die Parteistreitigkeiten in dem Augenblick, wo wir in den Kampf gegen den Feind ziehen, und stärken Sie die Revolution! Was ist denn die Folge, wenn wir nicht einheitlich in den Wahlkampf ziehen? (Stürmische Zurufe, Lärm!) — Schweigen Sie doch 5 Minuten und dann reden Sie, so viel Sie wollen!

Die Folge ist, daß gegen den A.- und S.-Rat eine der beiden oder drei sozialistischen Parteien auftritt in den Wahlkreisen, und dann **vernichten wir uns selber.** (Zurufe: Wir sind ja schon vernichtet!) — Na, gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. (Anhaltender großer Lärm.)

Ledebour:

Parteigenossen! Die Empfindungen, die den vorletzten Redner, dessen Namen ich nicht kenne, beseelt haben, teile ich auch, und ich glaube im Namen aller meiner Parteigenossen von der Unabhängigen Partei sprechen zu dürfen, wenn ich erkläre, daß wir in Deutschland gegen alle andern Länder den sehnlichsten Wunsch haben, eine **große einheitliche revolutionär-sozialistische Bewegung zum Sturze des Kapitalismus zusammenzuballen** zum baldigen Endkampf. (Lebhafter Beifall.) Aber der Weg, den er eingeschlagen hat, ist grundverkehrt. Gegen das Zusammenarbeiten mit Mitgliedern der andern sozialdemokratischen Partei habe auch ich nichts, und ich habe das ja auch dadurch betätigt, daß ich in dem Vollzugsrat der A.- und S.-Räte von Groß-Berlin bis auf den heutigen Tag mitgearbeitet habe, und kann mich darauf berufen, daß ich bei einer früheren Gelegenheit im Vollzugsrat meine Auffassung von dem Zusammenarbeiten ausdrücklich dahin präzisiert habe, daß ich überzeugt bin, durch das Zusammenarbeiten auf verschiedenen Gebieten mit Arbeitern der andern Richtung, die bisher in der Bewegung tätig gewesen sind, setzen wir unsere Auffassung von den revolutionären Notwendigkeiten durch und gewinnen diese Männer für den gemeinsamen Kampf zu gemeinsamem Ziel. Aber, Parteigenossen, jetzt eine Verschmelzung der beiden Parteien vorzunehmen oder auch nur ein Zusammengehen bei dem Wahlkampf mit gemeinsamen Listen, was mein Freund Dittmann gleichfalls empfohlen hat, (Volksbeauftragter **Dittmann: Nein, ich habe über die Taktik nicht geredet, sondern nur den Grundsatz des einheitlichen Kampfes ausgesprochen, nichts mehr,** so wie Sie!) — Ja, dann verstehen wir uns nicht mehr, lieber Dittmann, dann hat Deine Ausführung, die übrigens am andern Orte darauf hingegangen ist, dieses Zusammengehen im Wahlkampfe zu empfehlen, ja keinen Sinn; denn wenn Du hier nicht davon gesprochen hast, hier nur allgemeine Prinzipien aufgestellt hast, so hat es überall den Eindruck machen müssen, daß Du für den gemeinsamen Wahlkampf gewesen bist. Du hast sogar davon gesprochen, über diejenigen Führer, die

dagegen wären, würde die Masse der Proletarier hinweggehen.

Was ich empfehle, ist ganz etwas anderes, als was Du empfohlen hast. Was ich empfohlen habe und noch empfehle, ist, daß wir die Leute durch den gemeinsamen Kampf, durch unser Auftreten davon überzeugen, daß nur durch die Fortsetzung der revolutionären Taktik, die wir bereits während des Krieges vertreten haben, die Arbeiterschaft ihren Endsieg erringen kann. Was Ihr uns aber zumutet, ist, daß wir mit den Führern der sozialdemokratischen Partei, die die Hauptschuldigen daran sind, (Stürmischer Beifall) daß die sozialdemokratische Partei in diese Lage geraten ist, zusammengehen, daß wir, um nur die Hauptschuldigen zu nennen, die in den Vordergrund traten, mit Scheidemann, mit Ebert und Landsberg, die während des ganzen Krieges und bis zum letzten Augenblick alles aufgeboten haben, um die bürgerlich-kapitalistische Kriegsregierung am Ruder zu halten, zusammengehen, (Wiederholter stürmischer Beifall bei der Minderheit) und da habe ich es abgelehnt, mich mit diesen Männern in ein Kabinett hineinzusetzen, weil ich mich selbst entwürdigen würde, und wie ich tief bedauert habe, daß meine Freunde diesen Akt begangen haben, so hoffe ich, daß die überwiegende Mehrzahl meiner Parteigenossen jetzt wenigstens erkannt hat, daß das einer der schwersten Fehler gewesen ist, daß unsere Parteigenossen mit diesen diskreditierten Männern in ein Kabinett eingetreten sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Es ist traurig, daß Sozialdemokraten in dieser Lage nicht das Beispiel der bürgerlichen Parteien sich vor Augen halten, daß, als es sich um die Bildung der neuen Demokratischen Partei handelte und was für Parteien und was für Personen dabei in Frage kommen konnten, in der liberalen Presse, in einem so antisozialistischen Blatt wie dem „Berliner Tageblatt" erklärt wurde: jawohl, Zusammenschluß der jetzt zur Demokratie gekommenen bürgerlichen Parteien; aber die kompromittierten Persönlichkeiten, die während des Krieges die Hauptschuld an all den Machenschaften der Regierung getragen haben, dürfen in diese Partei nicht hinein. Und Ihr laßt diese Persönlichkeiten heute noch an der Spitze der Partei stehen und mutet uns zu, mit diesen diskreditierten Kriegsförderern noch Geschäfte zu treiben. **(Lebhafter Widerspruch auf der einen Seite, lebhafter Beifall und Händeklatschen auf der anderen Seite.)** Da trennten sich unsere Wege, das machen die Parteigenossen, die meinen Standpunkt vertreten, unter keinen Umständen mit, und wenn noch irgendeine Lehre erforderlich gewesen sein sollte, um die Zögernden, die Unaufgeklärten, die Schwankenden dazu zu bringen, daß sie unter keinen Umständen so etwas mitmachen dürfen, dann hätten sie die Vorkommnisse des gestrigen Tages, die Aktion Lüdemann, die Überrumpelung mit diesem Antrage, die unglaubliche Vergewaltigung, die von Ihrer Torheit unterstützt worden ist, (Zurufe und Unruhe) überzeugen müssen, daß dieser Antrag nie und nimmer hätte angenommen werden dürfen. **(Lärm und Zurufe bei der Mehrheit und große Unruhe.)** — Jawohl, genau so angenommen, wie all die törichten Vergewaltigungen von diesen unaufgeklärten Leuten gestern unterstützt worden sind. **(Stürmischer Widerspruch bei den Soldaten. Rickelt ruft: Verbohrt und verrannt! Große Heiterkeit und Händeklatschen.)** Ich sage: die unaufgeklärten Leute, die bis zum letzten Augenblick unter der Verhetzungspsychose leiden.

Parteigenossen! Wir stehen zusammen zu dem revolutionären Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen die Männer auf dieser Bank, und gegen Euch, wenn es notwendig ist, und wir sind über-

zeugt, daß wir die Maſſen der Arbeiter in dieſem Kampf auf unſerer Seite haben werden. Dann iſt die Zeit der Einigung für das Proletariat. **(Stürmiſcher Beifall bei der Minderheit und auf den Tribünen. Anhaltender Lärm.)**

Volksbeauftragter **Scheidemann**, mit ſtürmiſchem, demonſtrativem Beifall und Händeklatſchen von der Mehrheit begrüßt. **Auf einer Tribüne ertönt ein Pfiff. Große, minutenlange anhaltende Unruhe. Der Verſammlung hat ſich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Es kommt faſt zum Handgemenge. Es dauert Minuten, bis ſich der Redner endlich Gehör verſchaffen kann:**

Parteigenoſſen! Die Anregung, die uns der Soldat gegeben hat, war zweifellos von dem beſten Willen diktiert. Es kann niemand daran zweifeln, daß dieſer unſer Genoſſe, der mit ſo viel Temperament für den **Zuſammenſchluß der deutſchen Arbeiterſchaft** geredet hat, das aus beſtem Herzen heraus vorgetragen hat. Aber zweifellos iſt es auch richtig — das müſſen Sie anerkennen, gleichviel, wie Sie ſtehen, gleichviel, wie der eine oder der andere beliebt, geiſtige Waffen hier zum Vortrag zu bringen, gleichviel, ob er ſeine Anſicht durch geiſtige Argumente oder durch Pfeifen von ſich gibt —, daß der jetzige Rätekongreß unmöglich in der Lage ſein kann, in eine rein politiſche Auseinanderſetzung einzutreten. Das geht nicht. Ich hätte an ſich gar nichts dagegen und würde gern bereit ſein, darüber zu ſprechen; aber es iſt — urteilen Sie objektiv — doch möglich. Wenn das aber feſtgeſtellt worden iſt, dann möchte ich auf eins aufmerkſam machen. Alle dieſe Bemühungen, die ſchon ſo oft gemacht worden ſind, in dieſer Weiſe zu wirken, wie unſer Kamerad es getan hat, haben immer das Gegenteil zur Folge gehabt, wenn ſie am unrechten Platze geſchehen ſind. (Zuruf: **Sie müſſen gehen!**) — Ich gehe ja weg; in einer halben Stunde gehe ich zum Mittageſſen. (Heiterkeit und Zuruf.) — Parteigenoſſen! Ich nehme das nicht ſo tragiſch. Ich kenne den Zwiſchenrufer und nehme ihn überhaupt nicht ernſt. Parteigenoſſen! Der Erfolg war ſchließlich die lebhafte Auseinanderſetzung und die letzte Rede Ledebours. Was iſt nun aus allen dieſen Auseinanderſetzungen für das, was der Antragſteller bezweckt hat, herausgekommen? Gar nichts! Höchſtens eine **neue Zuſpitzung der gegenſeitigen Abneigung.** Jedenfalls iſt dabei nichts für die Arbeiterbewegung gewonnen worden. Das iſt überhaupt das Beklagenswerte, daß bei den Bemühungen mancher Parteigenoſſen oder Sozialdemokraten — will ich ſagen —, für die Arbeiterſchaft etwas zu tun und ſie zuſammenzuſchweißen, dieſe Leute den Wald vor lauter Bäumen nicht ſehen und, anſtatt den Kapitalismus zu bekämpfen, die Arbeiterſchaft **auseinanderſprengen. (Bravo! und Händeklatſchen bei der Mehrheit. Andauernde Unterbrechung durch Lärm bei der Minderheit.)** Parteigenoſſen! Ich erfreue mich eines ganz leidlichen Organs, aber Sie werden zugeſtehen, daß 10 Mann oder 20 Mann mehr ſchreien können als einer.

Ich will Ihnen nur das eine ſagen: die **Antwort auf die Ausführungen Ledebours**, die Sie von mir nicht hören wollen, die wird **Ihnen am 19. Januar** die deutſche Arbeiterſchaft geben. **(Stürmiſcher, anhaltender Beifall bei der Mehrheit. Lärm und Lachen bei den Unabhängigen.)**

Koym (IV. Armee) (zur Geſchäftsordnung):

Kameraden, Parteigenoſſen! Nachdem der gutgemeinte Vorſchlag unſeres Kameraden von der Soldatenfraktion auf ſo unfruchtbaren Boden gefallen iſt, ziehen wir dieſe Reſolution zurück. (Beifall und Rufe: Sie hätten ſie nicht erſt machen ſollen!) — Ich bin daran

unſchuldig. Ich bitte aber meine Freunde von der Soldatenfraktion, hinauszugehen an die Weſt-, Oſt- und Südoſtfront und das, was ſie hier geſehen haben, bekanntzugeben und dafür zu ſorgen, daß am 19. Januar die richtige Antwort erteilt wird. **(Toſender, demonſtrativer Beifall bei den Soldaten und der Mehrheit. Die Unabhängigen, darunter auch einige Soldaten, dringen erregt auf den Redner ein. Es herrſcht wieder minutenlanger Tumult.)**

Vorſitzender Leinert:

Es iſt folgender

Antrag

eingegangen:

Der Kongreß erklärt es für die beſondere Aufgabe der Revolution, die bisher auf allen Lebensgebieten zurückgeſetzten Intereſſen der Frauen überall tatkräftig zu fördern.

Das Wort hat die Genoſſin Lew.

(In dem herrſchenden Lärm wird die verleſene Entſchließung von niemand verſtanden. Stille tritt erſt ein, als Käte Lew das Rednerpodium betritt.)

Käte Lew-Danzig:

Parteigenoſſen und Parteigenoſſin! Denn ſelbſtverſtändlich wende ich mich auch, was bisher kein Redner getan hat, an die Parteigenoſſin dieſes Hauſes. (Sehr gut!) Wir befinden uns hier in einem revolutionären Parlament. Daß ich hier von dieſer Tribüne aus ſprechen darf, das iſt wohl ein Beweis der neuen Zeit. Wir **Frauen waren politiſch entrechtet und mundtot** gemacht worden. Wir durften bisher in keinem Parlament die Stimme erheben, beſonders nicht für unſere Frauenintereſſen.

Parteigenoſſen und Parteigenoſſin! Wenn wir die Revolution ſichern wollen, ſo können wir ſie nicht nur ſichern mit den Männern allein, ſondern auch wir, die wir jahrelang im politiſchen Kampfe zuſammengeſtanden haben, werden mit den Männern zuſammen Schulter an Schulter für die Erhaltung der Revolution kämpfen. (Bravo!)

Die Sicherung der Revolution kann nur mit der Frau geſchehen.

Selbſtverſtändlich ſchlagen ſchon heute Tauſende von aufgeklärten Frauenherzen der Revolution entgegen; aber ebenſo ſicher iſt es, Parteigenoſſen und Parteigenoſſin, daß wir eine große, gewaltige indifferente Frauenmaſſe noch in Deutſchland haben, politiſch unaufgeklärt, und das werden die widerſtrebenden Elemente ſein, die uns auch unſere Revolution gefährden können. Deshalb iſt es — und deshalb habe ich auch den verleſenen Antrag eingebracht —, eine der größten Aufgaben, daß die **Frauen Deutſchlands mit dem Sozialismus vertraut** gemacht werden, eine der größten Aufgaben in dieſer kurzen Spanne Zeit, die uns bis zur Nationalverſammlung zur Verfügung ſteht. Leider ſind es ja nur 4 Wochen geworden. Aber dieſe 4 Wochen, Parteigenoſſen, müſſen wir zuſammenfaſſen, um nur das zu tun, was wir unbedingt haben müſſen zur Erhaltung der Revolution.

1912 haben wir zuletzt gewählt. Es kommen dazu 11 Jahrgänge des männlichen Geſchlechts, und dann kommen dazu alle die Frauenmaſſen, die bisher nicht wählen durften. Dieſe großen Maſſen müſſen wir in dieſen 4 Wochen erfaſſen, um zu verſuchen, ſie mit dem Sozialismus vertraut zu machen, daß ſie uns helfen, die neue ſozialiſtiſche Republik aufzurichten; und, Parteigenoſſen und -Genoſſin, deshalb iſt es notwendig, dieſe 4 Wochen nicht zu vergeuden mit Dingen, die nicht unbedingt notwendig ſind, ſondern dieſe ganzen 4 Wochen müſſen wir dazu benutzen, nur allein den Maſſen **den Sozialismus zu predigen**, den wir gebrauchen, um die Revolution hochzuhalten und ihr zum Siege zu verhelfen. Deshalb ſage ich von dieſer Stelle aus: Es

kann uns nichts helfen, wenn wir für die Zukunft nicht der gesamten Arbeiterklasse, der gesamten sozialistisch denkenden Welt in Deutschland zurufen: Ihr habt wohl die Macht in Händen, aber nur, wenn ihr euch einig seid. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Leinert:

Ich stelle fest, daß der Kongreß den Antrag der Genossin Leu **angenommen hat.**

Es ist von der geeinten Fraktion der revolutionären Arbeiter und Soldaten der Antrag gestellt worden:

Sie nimmt den eben zurückgezogenen Antrag wieder auf.

Ich frage jetzt den Kongreß, ob er die Debatte, die durch die Zurückziehung des Antrages abgeschlossen ist, dadurch, daß der Antrag wieder eingebracht wird, wieder aufnehmen will. (Rufe: Nein!) Alle diejenigen, welche dafür sind, daß diese Debatte als abgeschlossen gilt, bitte ich, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Die Debatte darüber ist **geschlossen.**

Ich habe folgendes mitzuteilen. Für die Delegierten, die morgen abend noch in Berlin anwesend sind, hat das ehemalige königliche Opernhaus eine Anzahl Karten zur Verfügung gestellt. Die Delegierten, die Anspruch darauf machen, werden gebeten, sich Sonnabend vormittag von 9—11 Uhr im Zimmer des Kassierers (53 b) hier im Hause die Karten abzuholen. Die Berliner Delegierten können ihre Karten im alten Zimmer nach Schluß der Sitzung ebenfalls abholen. Die Zahl der Karten ist begrenzt; es steht jedem Delegierten nur eine Karte zu.

Dann ist mir von einem Kameraden der 17. Armee, dem Genossen Zöllner, folgendes

Schreiben

überreicht worden:

Der Rätekongreß wolle beschließen, daß zu der am Sonnabend stattfindenden **Beerdigung der Opfer** des **6. Dezember** eine Blumenspende aus freiwilligen Mitteln der Delegierten an den Särgen niedergelegt werden soll,

des ferneren:

daß alle Delegierten, soweit sie es mit ihrer Zeit in Einklang bringen können, an der Trauerfeier teilnehmen. Das ist dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte eine elementare und heilige Pflicht.

(Bravo!) Ich glaube, daß wir über diesen Antrag nicht zu beraten brauchen, sondern ihn den Fraktionen überweisen können.

Braß-Remscheid:

Ich glaube, daß es ratsamer ist, neben der Kranzspende, die hier angeregt wird, den Hinterbliebenen dieser Opfer etwas durch die Versammlung zuzuwenden. (Zustimmung.) Ich bin fest davon überzeugt, daß die Fraktionen ihr möglichstes in dieser Beziehung tun werden.

Vorsitzender Leinert:

Der Anregung des Genossen Braß, die ich sehr gut und sympathisch finde, wird nicht widersprochen. Ich stelle fest, daß der Kongreß beschlossen hat, von einer Kranzspende abzusehen, aber seine Teilnahme dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß er den Familien einen Betrag aus freiwilligen Mitteln zur Verfügung stellt. Ich bitte die Fraktionen, die Sammlung zu übernehmen.

Die Beziehungen zur Sowjetregierung.

Dann habe ich mitzuteilen, daß von der Fraktion der Unabhängigen folgender

Antrag

eingegangen ist:

Wir beantragen, veranlaßt durch die gestern gemachten Mitteilungen über die Vorgänge im Osten, sofortige Beratung und Abstimmung über folgenden Antrag:

Die **diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung** sind unverzüglich wieder aufzunehmen.

Geyer und Genossen.

Das Wort zur Begründung hat Genosse Heckert.

Heckert-Chemnitz:

Parteigenossen! Zu der Begründung, die meine Parteigenossen diesem Antrage gegeben haben, will ich nur einige Worte hinzufügen.

Aus dem Telegramm von Oberost haben Sie gestern gehört, daß dringende Hilfe notwendig sei, und daß wieder geschlossene Formationen nach Rußland hinüber müßten, um den Abtransport unserer Truppen zu ermöglichen. Meine Parteifreunde sind der Meinung, daß, wenn wir geschlossene Formationen nach Rußland hinüber werfen, um zu ermöglichen, daß die dort stehenden Kameraden zurückkehren, wir nicht das Leben dieser Kameraden schützen, sondern einen **neuen Krieg gegen das Sowjetrußland** herbeiführen; das ist, wie die Dinge sich zugespitzt haben, unvermeidlich. Darum sind wir der Meinung, daß die **diplomatischen Beziehungen zum Sowjetrußland** unverzüglich wieder aufgenommen werden müssen, damit man in einer richtigen Verständigung dafür sorgen kann, daß der Abtransport unserer Truppen und Materialien erfolgen kann.

Es ist überdies notwendig, die diplomatischen Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen, weil, wie das deutsche Volk, so auch das russische Volk auf ein freundnachbarliches Verhältnis angewiesen ist. Es geht nicht an, daß wir die diplomatischen Beziehungen zu einem Staate, der mit uns in Frieden und Freundschaft leben will, zerstören lassen, wenn die dringende Notwendigkeit zum Schutze des Lebens unserer Kameraden und Kriegsgefangenen uns zwingt, sie wiederaufzubauen.

Es gehen **Gerüchte**, daß wir durch die **Entente** veranlaßt werden sollen, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung abzubrechen. Auf derartiges können wir uns nicht ohne weiteres einlassen. Das ist doch gänzlich unmöglich, ohne daß es der Arbeiterklasse Englands, Frankreichs und Amerikas klar wird, daß wir Deutschen die diplomatischen Beziehungen mit Rußland nur deshalb nicht aufrechterhalten, weil wir von den Regierungen dieser Staaten dazu gezwungen werden, daß wir unsere Truppen, die wir drüben haben, unsere Kriegsgefangenen und unsere wirtschaftlichen Interessen aufs Spiel setzen und aufopfern lediglich, weil eine rücksichtslose Militärkamarilla der andern Seite uns dazu zwingt. Wir brauchen die Beziehungen, um unsern Handel wieder treiben zu können, um unsere Industrie wieder aufbauen zu können. Wie lange soll denn eventuell dieser Zustand bestehen? Vielleicht so lange, bis die **Truppen der Entente** die gegenwärtige **Sowjetregierung hingemordet** haben, wie es in ihrer Absicht ist? Ich könnte das nicht unterstützen, und darum bitte ich Sie dringend, sofort der Regierung den Auftrag zu geben, die Beziehungen zur Sowjetregierung wieder aufzunehmen. Hat die Entente dagegen irgend etwas einzuwenden, dann soll sie es öffentlich tun, damit die Arbeiter Englands, Frankreichs und Amerikas Klarheit darüber haben, daß Deutschlands Arbeiter gezwungen sind, gegen das Lebensinteresse der deutschen Nation den Abbruch der diplomatischen Beziehungen weiterbestehen zu lassen (Bravo! bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Leinert:

Es ist der Antrag gestellt worden, diesen Antrag der Regierung zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte also diejenigen, die beschließen . . . . (Zuruf.) — Sie können doch nicht zur Geschäftsordnung sprechen, wir sind doch mitten in der Abstimmung. (Erneute lebhafte Zurufe.) Ich habe erklärt, daß Wortmeldungen nicht vorliegen und habe dann mit der Abstimmung begonnen. Wenn sich dann nachträglich jemand meldet, so kann er doch nicht berücksichtigt werden. Was Recht ist, muß doch Recht bleiben. Genosse Braß hat sich erst gemeldet, nachdem ich gesagt habe: Wortmeldungen liegen nicht vor, und nachdem ich gesagt habe: ich bitte diejenigen, die beschließen wollen . . . . .

Zur Geschäftsordnung Braß.

Braß-Remscheid (zur Geschäftsordnung):

Parteigenossen, es ist nicht so, wie es der Genosse Leinert darstellt. (Lebhafter Widerspruch.) Es handelt sich hier um zwei Anträge. Der letzte Antrag war noch keinem Menschen bekannt Der Genosse Leinert hat den Antrag, der hier eingebracht wurde, verlesen. Dann hat dazu der Genosse Heckert gesprochen, und dann hat der Genosse Leinert bekanntgegeben, daß ein Antrag auf Überweisung dieses Antrags an die Volksbeauftragten einge-

gangen sei, und dazu habe ich mich zur Geschäftsordnung gemeldet, nicht zu dem ersten Antrag.

Parteigenossen, ich möchte Sie dringend bitten, mit Rücksicht auf die Ausführungen des Genossen Heckert, die ich nicht wiederholen will, dem Antrag nicht zuzustimmen, der den ersten Antrag der Volksbeauftragten der Regierung überweisen will, sondern ich bitte Sie dringend, diesen Antrag hier zur Abstimmung zu bringen.

Vorsitzender Leinert:

Es ist der Antrag gestellt worden, diesen Antrag der **Regierung zu überweisen.**

Ich bitte diejenigen, die den Antrag der Regierung überweisen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Das ist die **Mehrheit.** (Lebhafte Pfuirufe bei den U. S.)

Zu einer anderen Sache hat das Wort der Genosse Lüdemann.

Lüdemann-Berlin:

Genossen und Kameraden, ich möchte hier eine kleine Bitte zum **Schutze unserer Volksernährung** aussprechen. Es ist nach Ausbruch der Revolution in den verschiedensten Teilen des deutschen Reiches vielfach vorgekommen, daß große

Lebensmittelsendungen von lokalen Arbeiter- und Soldatenräten angehalten

und beschlagnahmt worden sind. Dadurch sind erhebliche Störungen in der Versorgung wichtiger Gebiete eingetreten. Auf der anderen Seite haben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte versucht, in die zentrale Einfuhrorganisation einzugreifen und selbst im neutralen Auslande Lebensmittel zu kaufen. Es ist dabei vorgekommen, daß für derartige Lebensmittel von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten Preise angeboten und bewilligt worden sind, die das Doppelte und Dreifache von dem betragen haben, was durch die sonst damit beauftragten Einfuhrgesellschaften angelegt worden wäre. Beide Arten des Vorgehens bedeuten eine erhebliche Schädigung des deutschen Volkes.

Wie mir soeben mitgeteilt worden ist, wird nach einer Meldung aus Dänemark versucht, unter dem Namen der alten Einfuhrorganisationen wieder wesentliche Einkäufe zu machen. Ich spreche hiermit die Bitte aus, da Sie aus den verschiedensten Teilen des Reiches hier zusammengekommen sind, nach Ihrer Rückkehr überall darauf hinzuwirken, daß in die Organisation nicht eingegriffen wird und davon Abstand genommen wird, an einzelnen Orten Lebensmittel festzuhalten oder zu beschlagnahmen. Es bedeutet ein sehr geringes Maß von Solidarität, wenn Lebensmittel, die einem anderen Gebiet gehören, an einem anderen Ort zurückgehalten werden. (Unruhe und Zurufe von den U. S.)

Schmidt-Düsseldorf:

Wenn die vom Genossen Lüdemann ausgesprochene Bitte unwidersprochen ins Land gehen würde, würde sie wieder für die Konterrevolutionäre Veranlassung sein, zu beweisen, welche Unsumme von **Blödsinnigkeiten die Arbeiter- und Soldatenräte** im Lande angerichtet haben. (Lebhafte Zurufe.) Ich fordere den Genossen Lüdemann auf, wenn er solche Behauptungen hier aufstellt, dafür auch den Beweis zu bringen. (Zustimmung bei den U. S. — Lebhafte Zurufe von der Mehrheit.) Wir haben im Rheinland wiederholt festgestellt, daß solche Dinge den Arbeiter- und Soldatenräten in die Schuhe geschoben worden sind, daß bei Nachprüfungen **kein wahres Wort** daran gewesen ist. Wir haben wohl festgestellt, daß falsche Lebensmitteleinkäufer sich mit den alten Bescheinigungen von der Zeit vor dem Waffenstillstand Autos verschafften, damit im Lande herumsegelten und Manipulationen auf Kosten der Arbeiter- und Soldatenräte und der Stadtverwaltungen gemacht haben.

Die Behauptung des Genossen Lüdemann ist durch nichts erwiesen; sie paßt nur in die **Lüdemannsche Regie.** (Händeklatschen bei den U. S.)

Vorsitzender Leinert:

Das Wort wird nicht weiter verlangt, die Sache ist damit erledigt.

Ich habe noch zwei **Telegramme** zur Kenntnis des Kongresses zu bringen.

Das erste Telegramm kommt aus **Hanau:**

> Regierung Hirsch-Breitscheidt will uns mit Gewalt abgesetzten **Landrat,** die Seele der Reaktion, Urheber des Blutbades vom 7. November, wieder aufoktroyieren. (Hört, hört!) Wir fordern Rätekongreß auf, unseren Protest zu unterstützen.
>
> Arbeiterrat Hanau. (Siehe Anlage.)

Das zweite Telegramm stammt von der **Garnison Frankenstein:**

> Abgeordnete! Energischen Protest gegen die Angriffe, welche gegen Offiziere und Unteroffiziere erhoben werden. Wir verlangen **sofortiges Einschreiten gegen Liebknecht und Genossen.**
>
> (Gelächter bei den U. S.)
>
> Frankenstein-Garnisonkommando und Garnison-Soldatenrat.

(Erneutes Gelächter und große Unruhe.) (Siehe Anlage.)

Es ist mir dann ein **Protokoll** von den Abgesandten des **Vollzugsausschusses** der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins überreicht worden. Ich kann aber nicht finden, welchen Sinn es haben soll, dieses Protokoll dem Kongreß zur Kenntnis zu geben, da es nichts enthält, was den Kongreß angeht. (Ledebour: Aber sehr!)

— Das Protokoll?

(Ledebour: Jawohl! Protest gegen die Vergewaltigung von Soldatenräten! Ich habe das Protokoll überreicht! — Lebhafte Zurufe. — Andauernde große Unruhe.) (Siehe Anlage.)

Genossen, ich bitte doch um Ruhe, damit Sie hören, was ich sage. — Das Protokoll ist nicht vom Vollzugsausschuß eingereicht worden. Ich sehe keine Möglichkeit, ein Protokoll hier zu verlesen. Ich lehne das ab. (Beifall bei der Mehrheit.)

Ich habe noch etwas mitzuteilen. Die Delegierten der Ostfront treffen sich nach Schluß der Sitzung im Zimmer 28 im Abgeordnetenhause. Die Delegierten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei kommen um 3 Uhr im Herrenhaussaale zusammen. Die Soldatenfraktion hat eine kurze Besprechung im Saal 6 nach Schluß dieser Sitzung.

Schlußrede des Vorsitzenden.

Genossen, wir sind damit am Schlusse unserer Verhandlungen angelangt, da keinerlei Beratungsstoff mehr vorliegt.

Die Tage, die wir seit Montag hinter uns haben, werden nicht nur im Gedächtnis eines jeden Delegierten als Ereignisse in seinem Leben haften bleiben, die er wohl kaum wird erwartet haben, sondern sie werden auch **gewaltige Nachwirkung im Deutschen Volke,** bei der deutschen Arbeiterklasse haben (Sehr richtig!), und sie werden eine große Wirkung auch auf die Arbeiterklasse der ganzen Welt ausüben. (Sehr wahr!)

Genossen, die **Verhandlungen,** die hier geführt worden sind, sind **nicht immer in brüderlichem Geiste** geführt worden. Es waren harte und außerordentlich heftige Auseinandersetzungen, die meiner Ansicht nach bei einer Revolution, die ja auch keine Kleinigkeit ist und **nicht mit Sammethandschuhen** gemacht werden kann, gar keine besonderen Erscheinungen bilden. Dieses Parlament der Arbeiter- und Soldatenräte ist das erste revolutionäre Parlament, die erste Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands, auf das die Arbeiterklasse Deutschlands geblickt hat, damit es diejenigen Beschlüsse fassen soll, die die Arbeiter verlangen, um die Revolution zu sanieren, um sie zu festigen und zu sichern. Die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, und die dahin gehen, daß nicht nur zur Kontrolle der Volksbeauftragten, sondern auch für die Gesetzgebung, für die Bestellung und Abberufung der Volksbeauftragten ein **Zentralrat** gewählt werden soll, geben uns die Sicherheit und die Gewähr, daß die Volksbeauftragten nur im Sinne der deutschen Arbeiterklasse zur Fortführung und zur Sicherung der Revolution arbeiten können.

Den Beschluß, den wir über die **Nationalversammlung** gefaßt haben, daß der Termin der Wahl zur Nationalversammlung vier Wochen früher gelegt worden ist, ist ein Beschluß, der für das gesamte deutsche Volk von **ungeheuerster Tragweite** ist. Noch niemals hat das deutsche Volk vor einer so schwerwiegenden und gewaltigen Entscheidung gestanden, wie es die Wahl zur Nationalversammlung ist. Nicht deshalb, weil eine Wahl vor-

genommen werden soll — wir haben auch früher gewählt —, sondern deshalb ist diese Entscheidung von so ungeheurer Tragweite, weil zum ersten Male nach einem Wahlrechte gewählt werden soll, das, aus der Revolution heraus geboren, diejenigen Forderungen verwirklicht, die die deutsche Sozialdemokratie seit Jahrzehnten auf ihrem Programm stehen hatte. Und zum ersten Male sollen diejenigen, für die die Sozialdemokratie gekämpft hat, um ihnen das Recht, in die Gesetzgebung und in die Verwaltung des deutschen Volkes einzugreifen, zu verschaffen, die Berechtigung haben, die **Früchte sozialdemokratischer Forderungen** und sozialdemokratischer Ziele selber zu bestimmen. Bei dieser gewaltigen Aufgabe, die an Personen herantritt, die bisher um Politik sich weniger gekümmert haben, an die ungeheure Menge und Masse der deutschen Frauen, an die Leute, die bisher nicht wählen konnten, weil sie das 25. Lebensjahr nicht erreicht haben, ist an alle diese die dringende Aufforderung zu richten, ihrerseits bei der Zeit, die uns zur Agitation zur Verfügung steht, sich mit der Politik zu beschäftigen, um bei der Stimmabgabe dasjenige zu besiegeln, was die deutschen Arbeiter und Soldaten in der Zeit vom 7. November ab mit der Revolution für das deutsche Volk geleistet haben. (Bravo!)

Wir haben weiter über die **Sozialisierung** gesprochen. Was hier gesagt worden ist, hat Zeugnis abgelegt von dem großen Ernst der gewaltigen Aufgabe, die die Sozialisierung der Betriebe überhaupt darstellt. Die Debatte ist mit großer Sachkenntnis geführt worden, und wenn auch der eine oder andere glaubt, daß die Ergebnisse der Beratungen auf diesem Gebiete nicht schnell genug zu handgreiflichen Taten führen können, so beweist doch diese Debatte, daß wir im Ziel vollständig einig sind. So wird dieser Kongreß fruchtbringend für die Festigung der Revolution wirken.

Wir müssen uns aber auch vergegenwärtigen, daß die Erreichung der revolutionären Ziele gegenwärtig nicht allein von uns abhängt. Wir blicken auf das deutsche Volk, das in bewundernswerter Weise sich den Prinzipien

anschließt, die die Revolution von ihm gefordert hat. Wir dürfen aber den Blick auch nicht vom Westen abwenden. Wir müssen uns sagen, daß der **feindliche Imperialismus** über Deutschland gesiegt hat, und wir wollen als Vorkämpfer der Revolution uns zusammenstellen, um zu verhindern, daß der **imperialistische Kapitalismus Englands, Frankreichs oder Amerikas** über die Errungenschaften der Revolution triumphiert. Auch in dieser Beziehung gilt es, die Revolution zu sichern, das deutsche Volk freizumachen von allen Bedrückern, mögen sie in Deutschland oder mögen sie im Auslande glauben, daß das deutsche Volk in der gegenwärtigen schweren Not, in der es sich bezüglich der Lebensmittel und auch bezüglich der Beschäftigung befindet, sich zum Ausbeutungsobjekt ihrer kapitalistischen Interessen eignet. Das weist der Kongreß, das weist das revolutionäre Proletariat Deutschlands mit Entschiedenheit ab, und alle, die glauben, daß aus dieser großen Krise, in der sich das deutsche Volk befindet, sich die **Auflösung Deutschlands** ergeben würde, sind in einem schweren Irrtum. Nicht Auflösung, sondern **Wiedergeburt des deutschen Volkes**, Hinaufführung zu jener gewaltigen, der deutschen Arbeiterklasse immer und immer wieder gepredigten Stufe der Kultur, das wollen wir; wir wollen das Volk zur **Glückseligkeit**, zum Glück und zur Freude emporbringen, damit es auch Liebe zur Arbeit gewinnt, nicht für Kapitalisten, sondern fürs ganze Volk. Das soll das sein, was der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands den Arbeitern in ganz Deutschland zuruft.

Mit diesen Worten, glaube ich, können wir von dieser Tagung **Abschied nehmen**. Ich fordere Sie alle auf, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf das revolutionäre sozialistische Deutschland, auf die geeinte sozialistische Republik Deutschland: Sie lebe hoch! — nochmals hoch! — und nochmals hoch!

Der Kongreß ist **geschlossen**. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Schluß 2 Uhr 20 Minuten.

Zusammenstellung aller erledigten Anträge.

A. Angenommene Anträge.

1. Zur Nationalversammlung.

Antrag Max Cohen:

Die **Wahlen** zur deutschen Nationalversammlung finden am Sonntag, den 19. Januar 1919, statt.

Max Cohen.

Eingebracht 224, angenommen 282.

Antrag Schmidthals (Dem. Frakt.):

Der Kongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands erwartet von der Reichsleitung, daß sie unter allen Umständen dafür sorgt, daß allen deutschen Landesteilen **das freie deutsche Wahlrecht** zur Nationalversammlung gewährleistet wird, und daß sie sich mit großer Entschlossenheit dagegen wendet, daß **fremde Staaten** unter Vergewaltigung von Volksrecht und Selbstbestimmung durch Ausschreibung von Wahlen in rein deutschen Gebieten diese selbstverständlichen Forderungen des deutschen Volkes zu vereiteln suchen.

Eingebracht und begründet 259, angenommen 283.

Antrag Göbner:

Der Kongreß wolle beschließen, die Waffenstillstandskommission zu beauftragen, sofort mit der Entente in Verhandlungen einzutreten über **Gestattung unbeschränkter Wahlagitation** zur Nationalversammlung **im besetzten Gebiete.**

Allen Parteien soll gestattet werden, durch freien Verkehr im besetzten Gebiet in Wort und Schrift an alle Wähler in Stadt und Land heranzutreten, sowie die ordnungsmäßige Vornahme der Wahlen zu kontrollieren.

F. Göbner. O. Benneck. Doinski. Staab. E. Geyer. Fr. Schäfer. Thomas (Marine). Ruckenbrod (Torgau). Seelow (Lothringen). Meyer. Fuchs. Lindner. Horch. Schmitz. Kobort. Wick. Evert (Velbert). Harris. Joxt. F. Mehrlein. Zimmermann (Wilhelmshaven). Kekelsohn. Clemens.

Eingebracht 224, angenommen 282.

2. Zur Kommandogewalt.

Antrag Lüdemann:

1. Die **Kommandogewalt** über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus.

2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller **Rangabzeichen** und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongreß der A.- und S.-Räte ist der Überzeugung, daß die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.

4. Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffizierstressen usw., Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.

Der Kongreß verlangt Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels.

5. Die Soldaten wählen ihre **Führer** selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils genießen, dürfen wiedergewählt werden.

6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.

7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

8. Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den 6 Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrates und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt.

Eingebracht Spalte 140, Abstimmung 190. Angenommen in Ziffer 1 bis 7, Ziffer 8 zurückgezogen. In Ziffer 1 ist hinter „Marine" eingefügt „und Schutztruppen".

Antrag Geyer:

Die **Kommandogewalt in den Garnisonen** liegt in der Hand der örtlichen A.- und S.-Räte.

Eingebracht 134, ersetzt durch den

Antrag Geyer:

Die **oberste Kommandogewalt** liegt in den Händen der Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats. **In den Garnisonen liegt die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen A.- und S.-Räte.**

Eingebracht 13, an die Volksbeauftragten 191 überwiesen; erledigt durch gemeinsamen Antrag der Kommission:

1. In den **Garnisonen** wird die militärische Kommandogewalt im ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen A.- und S.-Räten ausgeübt.

2. **Militärische Angelegenheiten**, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von den Trägern der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnisonen erledigt.

Angenommen 346.

3. Zum Zentralrat.

Antrag Lüdemann:

1. Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die **gesetzgebende und vollziehende Gewalt** dem Rat der Volksbeauftragten.

2. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die **parlamentarische Überwachung** des deutschen und des preußischen Kabinetts

ausübt. Er hat das Recht der Volksbeauftragten des Reiches und — bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse — auch der Volksbeauftragten Preußens.

3. Zur **Überwachung der Geschäftsführung** in den Reichsämtern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.

gez. Lüdemann. Kahmann. Severing.

Angenommen Sp. 176/7.

Antrag Lüdemann:

Wir beantragen, es bei der Erklärung **der Volksbeauftragten** durch Haase bewenden zu lassen.

(Siehe Sp. 252.)

Eingebracht 296, namentliche Abstimmung 300, Ergebnis 309: angenommen.

4. Zur Sozialisierung.

Antrag Lüdemann:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt die Regierung mit der **Sozialisierung** aller hierzu reifen Industrien, insbesondere **des Bergbaues**, unverzüglich zu beginnen.

Angenommen Sp. 344.

5. Verschiedenes.

Antrag Weber-Halberstadt:

Sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches sind verpflichtet, über die von ihnen **verausgabten Gelder** dem neu zu wählenden Vollzugsrat des Reiches **Rechenschaft** abzulegen.

Weber. Koch. Haupt-Brandenburg. Wernicke. Severing.

Angenommen 177.

Antrag Schöberle:

Auflösung oder eventuelle Reduzierung des 53er **Ausschusses** des Zentralrats der Marine.

Angenommen 192.

Antrag Braß:

Der Rätekongreß wolle beschließen, sofort alle Maßnahmen zur **Entwaffnung der Konterrevolution** zu ergreifen.

Eingebracht Sp. 53, begründet 65, angenommen 176.

Antrag Henseling:

Der Kongreß wolle folgende Erklärung annehmen: Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin **dankt** sämtlichen **Arbeitern und Arbeiterinnen** im ganzen Reiche, die in dieser Zeit zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens mithelfen, dankt namentlich allen im gesamten Verkehrswesen, im Post- und Telegraphenwesen unter besonders schweren Verhältnissen Tätigen für ihre Dienste im Interesse des Ganzen.

Henseling von der Soldatenfraktion.

Eingebracht 333, angenommen 346.

Antrag Haas:

Der Rätekongreß protestiert gegen alle **Absonderbestrebungen**, ganz gleich, unter welchem Vorwande sie provoziert werden. Der Kongreß erklärt, daß nur der großdeutsche, demokratische, sozialistische Einheitsstaat Gewähr dafür bietet, daß das Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden kann.

Haas-Köln. Görkes-Köln. Zwosta-Nürnberg. M. König-Dortmund.

Angenommen ohne Erörterung 283.

Antrag Löhle-Konstanz:

Die Volksbeauftragten haben dahin zu wirken, daß die Waffenstillstandskommission bis zum Vorfrieden in allererster Linie den **Gefangenenaustausch** festsetzt und mit allen Mitteln danach trachtet, unseren Genossen und Kameraden bald die Freiheit zu bringen.

Friedrich Löhle. Ludwig Hammerschlag. Reinh. Zumtobel. Dr. Wilhelm Seitz. R. Horter. Frasunkiwicz. Freudenberger. Thein. Klinge. Eder. Pfitsch Cl. Becker. Schreck. Michel. Müller.

Ohne Erörterung angenommen Spalte 176.

Antrag Leu:

Der Kongreß erklärt es für die besondere Aufgabe der Revolution, die bisher auf allen Lebensgebieten zurückgesetzten **Interessen der Frauen** überall tatkräftig zu fördern.

Eingebracht und begründet 352, angenommen 353.

B. Den Volksbeauftragten bzw. dem Zentralrat überwiesene Anträge.

1. Zur Sozialisierung.

Antrag Geyer:

Die Regierung wird beauftragt, mit der **Vergesellschaftung des Bergbaus** sofort zu beginnen. Bis zu deren Ausführung wird für alle Bergleute ein **Mindestlohn** gesetzlich festgelegt. Die Arbeitszeit soll von Beginn der Einfuhr bis zur Beendigung der Ausfuhr 8 Stunden täglich nicht überschreiten.

Eingebracht und begründet Sp. 332 bezw. 333, Satz 1 mit Antrag Lüdemann verschmolzen, Satz 2 und 3 der Regierung auf Sp. 345 zur Berücksichtigung überwiesen.

2. Verschiedenes.

Antrag Schöpper:

Wir beantragen mit allem Nachdruck, einen **Präliminarfrieden** abzuschließen, die Friedensverhandlungen als solche unverzüglich einzuleiten und zum Abschluß zu bringen und zu denselben an maßgebender Stelle nationalökonomisch und politisch geschulte Männer aus dem deutschen Volke hinzuzuziehen. Schöpper.

Dem Zentralrat Sp. 303 überwiesen.

Antrag Koenen:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte erklärt einmütig, daß keine **Zurückhaltung von Truppen** in den im Osten besetzten Gebieten geschehen darf, und daß der Abtransport der Truppen so schnell als möglich nach Maßgabe der Transportmittel zu erfolgen hat. Die geworbenen Freiwilligen dürfen ausschließlich zu militärischen Sicherheitsdiensten, nicht aber zu politischen Zwecken gebraucht werden.

Der Kongreß erwartet von den Truppen im Osten und Südosten den geordneten Rückzug.

Koenen. Plettke. Heckert. Dämmig.

Dem Zentralrat Sp. 303 überwiesen.

Antrag Matern:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt den Rat der Volksbeauftragten, schnellstens Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, zu verhindern, daß **Beamte der** Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden ihrer **sozialistischen Gesinnung und Betätigung wegen disziplinier**t oder in irgendeiner Art gemaßregelt werden. Der Rat der Volksbeauftragten wird um Auskunft ersucht, ob und welche Weisungen in dieser Richtung seinerseits oder durch die Fachminister bereits an die Behörden ergangen sind.

Matern. Kahmann.

Dem Zentralrat Sp. 303 überwiesen

Antrag Gerber-Vietz:

Der Kongreß wolle folgende Entschließung annehmen:

Der Kongreß der A.- und S.-Räte spricht die feste Erwartung aus, daß die kommende Nationalversammlung als eine ihrer ersten und dringendsten Aufgaben die **Schaffung eines Heimstättengesetzes** erkennen wird, wie es der letzte deutsche Reichstag für alle Kriegsteilnehmer bereits am 24. Mai 1916 einstimmig gefordert hat. Im alten Reiche war aber die Macht der Terrainspekulation und des Großgrundbesitzes so stark, daß sie die Verwirklichung dieses Gedankens vereitelt hat. Jetzt wird dieses Gesetz, erweitert zu **einem** allgemeinen Volksheimstättengesetz, eine der festesten Grundlagen des sozialen Neuaufbaues des deutschen **Volk.staates** werden. Bisher wurden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, alle schaffenden Stände, um die Erhöhung des Ertrages ihrer Arbeit durch Miets- und Pachtsteigerungen betrogen.

Billige und gesunde Heimstätten, dauernd geschützt vor jedem Mißbrauch, werden nach jeder Richtung zur Gesundung unseres Volkes beitragen.

Die Herstellung dieser Heimstätten, zu der alle Rohstoffe im eigenen Lande vorhanden sind, wird auch daran helfen, lohnende Arbeit in Fülle zu schaffen. Diese Aufgaben sind so groß und dringend, daß der Vertretertag, wie bisher schon mehr als 500 Arbeiter- und Soldatenräte, auch seinerseits den Rat der Volksbeauftragten ersucht, durch eine Notverordnung die vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gemachten Vorschläge schleunigst durchzuführen:

1. Das Enteignungsrecht zur Verbesserung des Wohn- und Siedlungswesens zu regeln, und zwar eventuell auf Grundlage des Preises, den der Grundbesitzer bei der letzten Einschätzung vor dem Kriege selbst angegeben hat. (Wehrbeitrag.)

2. Die Verleihung eines allgemeinen Vorkaufsrechts bei jedem Besitzwechsel von Boden an Kreise und Gemeinden.

3. Die dauernde Sicherung des ausgegebenen Bodens gegen jeden spekulativen Mißbrauch.

Durch diese Notverordnung wird auch schon vor der Nationalversammlung der große Grundsatz festgelegt, daß der vaterländische Boden, der durch diesen Krieg mit einer ungeheuren Bluthypothek belastet ist, für alle Zukunft davor bewahrt bleibe wie eine beliebige Ware behandelt, jedem Mißbrauch ausgesetzt, zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung erniedrigt zu werden. Soldatenrat Groß-Berlin.

Der Regierung ohne Erörterung zur Berücksichtigung überwiesen Spalte 345.

Antrag Koenen:

Um für die Preßfreiheit allen Bevölkerungsschichten die ökonomischen Voraussetzungen gleichmäßig sicherzustellen, müssen den großkapitalistischen industriellen Meinungsfabriken Beschränkungen ihres ökonomischen Übergewichts aufgelegt werden. Es soll mit Gesetzeskraft verkündet werden, daß **Herausgeber von Tageszeitungen** in ihrer Geschäftsführung unter **Reichskontrolle** stehen, und daß ihnen nur noch 4 Proz. Verzinsung ihres Anlagekapitals pro Jahr zusteht, und zwar mit Rückwirkung auf das laufende Geschäftsjahr. Jeder höhere Überschuß ist der Reichskasse verfallen

Dem Zentralrat auf Sp. 175 überwiesen

Antrag Geyer:

Die **diplomatischen Beziehungen** zur Sowjetregierung sind unverzüglich wieder aufzunehmen.

Eingebracht und begründet 353, der Regierung überwiesen 355.

C. Zurückgezogene Anträge.

Antrag Lansenberg:

Zur Herbeiführung einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung ist eine **Einigung der sozialdemokratischen Massen** notwendig. Voraussetzung dazu ist das **Abtreten aller kompromittierten Führer**, die sich gegen das arbeitende Volk, gegen die Verwirklichung der revolutionären sozialistischen Ideen durch ihre Kriegspolitik, durch ihre Kompromisse mit Militaristen und Kapitalisten, durch ihre Kämpfe gegen die revolutionäre Erhebung der Massen während des Krieges auf das schwerste versündigt haben.

Eingebracht Spalte 241, zurückgezogen 282

Antrag Reinarb

über Wahl des Präsidenten der Republik (siehe Anlage).

Eingebracht 237, zurückgezogen 360

Antrag Ziegler:

Der Rätekongreß verurteilt die **Zurückweisung der Delegierten der russischen Räterepublik** durch den Rat der Volksbeauftragten aufs schärfste. Er beschließt die **sofortige Aufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zu dem revolutionären Rußland**, begrüßt die russische Räterepublik mit brüderlicher Herzlichkeit und lädt sie ein, zu seinen Verhandlungen Delegierte zu entsenden.

Eingebracht Sp. 50, zurückgezogen 175.

(Siehe auch Antrag Geyer unter IV. Verschiedenes.)

Resolution Heydemann:

Der Kongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte erklärt es im Hinblick darauf, daß alles geschehen muß, um in der Nationalversammlung eine sichere sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, für die heilige Pflicht aller überzeugten **Sozialisten, sich zu einheitlicher Kampffront** zusammenzuschließen gegen die bürgerlichen Parteien, die allesamt die Schildhalter kapitalistischer Interessen sind. Der Kongreß legt den beiden sozialdemokratischen Parteirichtungen ans Herz, ihre Kräfte nicht in gegenseitigem Bruderkampf zu lähmen, sondern zusammenzufassen gegen die gemeinsamen Feinde des Sozialismus und der Revolution. Der Kongreß erwartet daher von den beiden sozialdemokratischen Parteiorganisationen, daß sie alle Differenzen zurückstellen und den Wahlkampf gemeinsam mit einheitlichen Wahlvorschlägen führen.

Eingebracht 346, begründet 347, besprochen 349 ff., zurückgezogen 351.

D. Abgelehnte bzw. erledigte Anträge.

1. Zur Nationalversammlung.

Antrag Dürck:

Der Reichskongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte wolle beschließen:

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung findet am 16. März 1919 statt.

Arbeiter- und Soldatenrat für den Regierungsbezirk Merseburg.

Dürck. Wegner. Soene. Evert. Kuhben. Jost. Rynel. Eggers. Rogg. Ruckenbrod. Selow. Dittmann. Oelsner. Blunck. Lansenberg. Arendt. Normann. Geyer. Dennhardt. Hockel. Wilnoper.

Eingebracht 225, abgelehnt 28.

Antrag Dänmig:

1. Die Delegiertenversammlung erklärt, daß unter allen Umständen an dem **Rätesystem** als Grundlage der Verfassung der sozialistischen Republik festgehalten wird, und zwar derart, daß den Räten die höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt zusteht.

2. Die Delegiertenversammlung beauftragt eine Kommission mit der schleunigen Ausarbeitung eines allgemein gültigen Wahlsystems für die Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte Deutschlands.

3. Auf Grund dieses Wahlrechts werden Wahlen auf einem Nationalkongreß der Arbeiter und Soldaten vorgenommen, der die Entscheidung über die künftige Verfassung Deutschlands zu fällen hat.

4. Solange die endgültige Verfassung der sozialistischen Republik nicht beschlossen ist, bildet ein Zentralrat von 53 Mitgliedern, die allen Teilen Deutschlands zu entnehmen sind, die höchste Kontrollinstanz des Rates der Volksbeauftragten und der Reichsämter.

Eingebracht Sp. 225, namentliche Abstimmung 288, Ergebnis 300: abgelehnt.

2. Grenzschutz.

Antrag Geyer:

1. Der militärische **Grenzschutz** im Westen wird sofort aufgehoben.

2. Den Grenzschutz übernimmt ein von den Arbeiter- und Soldatenräten gebildeter Sicherheitsdienst.

Eingebracht Sp. 140, abgelehnt 175.

Antrag Barth:

Der Rätekongreß möge beschließen, jedweden **Grenzschutz**, soweit er nicht zur **Demobilisation** notwendig ist, sofort im Osten wie im Westen aufzuheben.

Alle Truppen sind sofort zu demobilisieren.

Alle Offiziere sind bei der Ankunft in der Garnison sofort zu entlassen, wobei die Kosten zur Ausbildung für einen bürgerlichen Beruf zu übernehmen und den älteren oder kranken Offizieren eine Pension zu zahlen ist.

Die Volkswehr ist schnellstens in ausreichender Weise zu schaffen.

Begründet Sp. 112, abgelehnt 176.

3. Zum Zentralrat.

Antrag Geyer:

Dem Antrag Lüdemann zur Erläuterung des Ausdrucks „**parlamentarische Überwachung**" durch Beschluß die authentische Auslegung zu geben:

Der Zentralrat hat das volle Recht der Zustimmung oder Ablehnung von Gesetzen vor ihrer Verkündung.

Eingebracht Sp. 288, besprochen 289 ff., durch Annahme des Gegenantrages Lüdemann erledigt Sp. 309.

4. Verschiedenes.

Antrag Lansenberg:

Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die **oberste Macht den A.- und S.-Räten** zu.

Als Vertreter der A.- und S.-Räte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung.

Als Träger der Souveränität des Reiches hat er das Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive.

Der Kongreß verlangt das sofortige Ausscheiden der bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Er wählt eine Kommission, die ihm über die Ersetzung der ausscheidenden Regierungsmitglieder Vorschläge unterbreitet.

Durch Antrag Lüdemann für erledigt erklärt Sp. 177, Geschäftsordnungsdebatte darüber Sp. 177 ff.

Antrag Lewiné:

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands erklärt, daß die **Tätigkeit der Volksbeauftragten** auf die systematische Vernichtung der Macht der A.- und S.-Räte hinausläuft und dadurch zur Verstärkung der Gegenrevolution dient.

Lewiné-Essen. Kretzen-Solingen. Ernst Seidel. E. Schütz. Heckert.

Abgelehnt Sp. 175.

Antrag Geyer und Genossen:

In Anbetracht des Umstandes, daß der Kongreß sich gegen jede separatistische Bestrebung ausgesprochen hat, und daß er infolgedessen die Wahlen zur Nationalversammlung schon zum 19. Februar angesetzt hat, halten wir es für unzweckmäßig, die **Landtagswahlen** überhaupt stattfinden zu lassen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß im Interesse der deutschen Einheit die einzelstaatlichen Grenzen überhaupt verschwinden werden, und daß eine Republik Groß-Deutschland gegründet werden wird. Wir überlassen die endgültige Regelung der kleinstaatlichen Verhältnisse der Nationalversammlung, welche gleichzeitig auch dann Landesversammlung werden wird.

Begründet 309, besprochen 310 f., abgelehnt 312.

Antrag Unfried:

Da der Antrag, die Genossen **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** als Gäste mit beratender Stimme zur Räteversammlung zuzulassen, nicht ordnungsgemäß erledigt ist, beantragen wir wiederholt: die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit nur beratender Stimme zur Räteversammlung zuzulassen.

Eingebracht Sp. 12 und Sp. 53, beidemal abgelehnt

Siehe Sp. 10/11.

Geschäftsordnung

für die Verhandlung des Allgemeinen Kongresses der A.- und S.-Räte Deutschlands.

§ 1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen. Die Redner erhalten nach der Reihenfolge das Wort.

§ 2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegierten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

§ 3. Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegierten. Bei Anträgen auf Beschluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.

§ 4. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen. Die Referenten erhalten das Schlußwort.

§ 5. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.

§ 6. Auf Antrag von mindestens 50 Mitgliedern der Delegiertenversammlung muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

Vor Schluß der Delegiertenversammlung abreisende Delegierte haben dies dem Büro anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Rechnungsbericht des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte

Siehe Sp. 36–38.

für die Zeit vom 9. November bis 15. Dezember 1918.

Einnahmen

	November	Dezember	Insgesamt
Von Gen. Ettisch erhalten	28 272,45	—	28 272,45
Von der Nationalbank aus beschlagnahmten Geldern abgehoben	360 000,00	250 000,00	610 000,00
Rückzahlung vorschußweise verauslagter Gelder	1 398,00	8 419,90	9 817,90
Vom Soldatenrate Cranz bei Königsberg	—	400,00	400,00
Bei Colin-Roß beschlagnahmt	—	1 800,00	1 800,00
	389 670,45	260 619,90	650 290,35

Ausgaben

	November	Dezember	Insgesamt
Diäten } für Vollzugsratsmitglieder	28 800,00	34 900,00	63 700,00
Spesen } für Vollzugsratsmitglieder	1 669,15	532,65	2 201,80
Gehälter } für Angestellte, Kuriere, Boten und Hilfskräfte	141 18[illegible],82	172 992,00	414 178,82
Spesen } für Angestellte, Kuriere, Boten und Hilfskräfte	631,25	1 164,00	1 795,25
Verpflegung und Spesen für auswärtige Delegationen	1 546,95	2 180,00	3 726,95
Agitation und Propaganda	16 536,75	38 532,50	55 069,25
Presse	358,70	1 451,67	1 810,37
Wachen und Sicherheitsdienst	2 982,15	—	2 982,15
Reisen und Fahrgelder	8 001,75	749,60	8 751,35
Flugzeugfahrten	380,00	—	380,00
Saalmieten	590,00	573,50	1 163,50
Büroartikel	6 042,33	7 293,58	13 335,91
Rote Garde	29 271,20	1 720,00	30 991,20
Sonstige Ausgaben	1 207,00	1 700,35	1 907,35
Auslagen für den Kongreß	—	10 969,55	10 969,45
	339 204,05	274 759,40	613 963,45
Kassenbestand			36 326,90
			650 290,35

Vermögensnachweis

Kassenbestand	36 326,90 M.
ferner sind vorhanden:	
Guthaben bei der Nationalbank	12 098,25 „
Beschlagnahmte Gelder	1 235,00 „
	49 660,15 M.
und	
Beschlagnahmte Gelder	27 935,01 Kr.

Rich. Müller Molkenbuhr Mannz

Die Revisoren:

Struwe Albrecht

Da in dem Bericht des Vollzugsrats Groß-Berlins für meine Kassenführung mir eine Entlastung noch nicht erteilt wurde, bitte ich, das noch nachholen zu lassen und den Revisoren Struwe und Albrecht dazu Gelegenheit zu geben.

Mayntz.

Abschriften.

Berlin, den 1. Dezember 1918

An den

Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte.

Hier.

Der Siebener-Kommission ist das abschriftlich beigefügte Schreiben vom 29. November d. J. zugegangen. Wir bitten um umgehende Äußerung hierzu.

Siebener-Kommission der Soldatenräte Groß-Berlins
gez. Stolt. gez. Goldschmidt.

An den

7er Untersuchungs-Ausschuß beim Vollzugsausschuß.

Berlin, den 29. November 1918

Am 9. 11. erschienen ein Curt Dette, legitimiert durch die Abgeordneten Ledebour und Barth, mit einem Trupp Soldaten im Generalstab, besetzte diesen und beschlagnahmte u. a. einige Wertbriefe, die **600 000 Frs.** enthielten. Diese Summe, oder ein Teil davon, wurde am nächsten Tage einem Herrn Ettisch übergeben, der sich damals im Sicherheitsausschuß befand. Der Delegierte des Soldatenrates Heilbrunn versuchte Herrn Ettisch zu bestimmen, die Summe bei der Reichsbank für Rechnung des Auswärtigen Amtes zu deponieren, da dieser Behörde das Geld gehörte. Statt dessen gelangte das Geld in die Hände des Vollzugsausschusses.

Wir fragen, mit welchem Recht hat der Vollzugsausschuß über das Geld verfügt?

Für welchen Zweck ist das Geld verwandt?

Wir verlangen unter allen Umständen die Zurückerstattung des gesamten Betrages für das Auswärtige Amt.

Vollzugsrat des Arbeiter
und Soldatenrats.

An die

Siebener-Kommission

Berlin, Abgeordnetenhaus.

Berlin, den 3. Dezember 1918

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates nahm in seiner heutigen Plenarsitzung Kenntnis von dem Schreiben der Siebener-Kommission.

Wir sind gern bereit, die Sitzungsprotokolle, soweit sie Soldatenangelegenheiten enthalten, einem Mitglied der Siebener-Kommission zur Einsicht vorzulegen. usw. usw.

gez. Rich. Müller.

2. Blatt.

Zum Schreiben vom 1. Dezember möchte ich nur bemerken, daß die Erledigung desselben dem Ausschuß für interne Angelegenheiten übertragen worden ist. Soweit ich persönlich diese Sache zu überblicken vermag, haben wir mit den 600 000 Frs. nichts zu tun.

gez. Rich. Müller.

Die Delegierten des Arbeiter- u. Soldaten
rates im Stellvertr. Generalstab
Tgb. Nr. ... .

An das

Büro des Reichsdeputierten-Kongresses
z. H. des Vorsitzenden Herrn Leinert

Abgeordnetenhaus.

Berlin NW 40, den 20 Dezember 1918

Abendausgabe des „Lokal-Anzeigers" vom 19. 12. 1918 bringt Erklärung von Molkenbuhr, wonach die Summe von 450 000.— Franken bei einer Durchsuchung im Schlosse gefunden und an Ettisch übergeben ist zwecks Weitergabe an den Vollzugsrat.

Diese Angaben sind äußerst unwahrscheinlich.

An Ettisch ist die im Generalstab widerrechtlich beschlagnahmte Summe von 600 000.— Franken gelangt, gegen deren Verwendung durch Ettisch sofort diesseits protestiert und deren Einzahlung bei der Reichsbank gefordert worden ist. Wir müssen mit Sicherheit annehmen, daß die 450 000.— Franken, von denen Molkenbuhr spricht, aus dieser Summe stammen.

Wir bitten unter allen Umständen eine weitere Aufklärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Delegierte des Arbeiter- u. Soldatenrates des Generalstabes der Armee.
Heilbrunn.

Erklärung von Colin-Roß zu Angriffen im Bericht Richard Müllers.

(Siehe Sp. 22/23.)

Richard Müller hat seine Stellung als Vorsitzender des Vollzugsrates dazu benutzt, um von der Rednertribüne dieses Hauses herab schwere **Anschuldigungen und Beleidigungen** gegen einen Abwesenden zu richten.

Wenn Richard Müller mich einen **entlarvten Gegenrevolutionär** nennt, der Geld genommen hat, um die Soldaten aufzuputschen und den Vollzugsrat zu verhaften, so ist ihm augenscheinlich entgangen, daß die von dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat eingesetzte Kommission nach eingehender Prüfung der gegen mich erhobenen Anschuldigungen meine Freilassung verfügte.

Ich habe meinen Austritt aus dem Vollzugsrat genommen, weil ich die Geschäftsführung Richard Müllers für verderblich hielt. Persönlichen Angriffen gegen Richard Müller stehe ich fern. Wenn Richard Müller behauptet, ich stünde hinter den gegen ihn erhobenen persönlichen Anschuldigungen, so ist diese Behauptung frei erfunden.

Colin-Roß.

Die Forderungen der Berliner Truppen.

(Siehe Sp. 121—126, 128—143, 180—192.)

Die Soldatenräte folgender Ersatzbataillone der Berliner Garnison wissen von den heute im Abgeordnetenhause durch angebliche Delegationen gestellten Forderungen nichts:

2. Garde-Regiment zu Fuß,
3. Garde-Regiment zu Fuß,
4. Garde-Regiment zu Fuß,
Garde-Dragoner-Regiment,
3. Garde-Feldartillerie-Regiment,
Polizeipräsidium,
Republikanische Volkswehr,
Augusta-Regiment 1,
Eisenbahn-Regiment 4,
Gardeschützen,
Gardekürassiere.

Berlin-Schöneberg, den 18. Dezember 1918.

Wir erklären hiermit, daß wir an dem Antrag an den Kongreß nicht beteiligt sind, da unsere beiden Vertreter vor Eröffnung der Sitzung das Lokal verlassen haben.

Wenn das Plakat des Eisenbahn-Regiments 1 mitgeführt worden ist, so ist es ohne unsere Einwilligung geschehen

Der Soldatenrat. 1. Ersatz-Bataillon Eisenbahn-Rgt. Nr. 1
Seeger.

An das
Büro des Rätekongresses
Abgeordnetenhaus Berlin.

Eisenbahnregiment 1 und 4 an der gestrigen Deputation nicht beteiligt. Antrag von uns nicht unterzeichnet Protestieren dagegen.

Berlin, den 18. Dezember 1918.

Die Vertrauensräte der Garde-Kavallerie-Schützen-Division haben von der Erklärung des Soldatenrates der Ersatzformationen der Berliner Regimenter in der gestrigen Sitzung des Zentralrates Kenntnis genommen. Im Gegensatz hierzu vertreten sie ihrerseits den folgenden Standpunkt:

1. Wie wir schon wiederholt versichert haben, stehen wir geschlossen hinter den Volksbeauftragten. Wir haben die volle Überzeugung, daß weder von der Truppe, noch von seiten der Offiziere reaktionäre Unternehmungen stattfinden werden. Wenn das Kommando an die Soldatenräte übergeht, so wird die Folge davon sein, daß alle Offiziere, auch die Oberste Heeresleitung, sofort zurücktreten. Daraus ergäbe sich weiter die Kündigung des Waffenstillstandes. Unsere Feinde erkennen die Soldatenräte nicht an und werden sicher hierin einen Vorwand erblicken, in das noch unbesetzte Deutschland einzumarschieren.
2. Der Forderung, alle Rangabzeichen abzulegen, kann nicht zugestimmt werden, da die Vorgesetzten auch bei einem Volksheer kenntlich sein müssen. Ob die Abzeichen der bisherigen Form oder in anderer Weise getragen werden, ist dabei gleichgültig.
3. Bezüglich des Waffentragens fordern wir gleiches Recht für alle Heeresangehörigen.
4. Die Verdienste der Volksmarinedivision für die Revolution werden anerkannt. Es geht aber nicht an, daß sie eine Sonderorganisation in der öffentlichen Sicherung Berlins bildet. Wir müssen fordern, daß sie sich in der gleichen Weise demobil macht und auflöst, wie die Feldtruppenteile. Wie im Heere, so soll auch jeder Mann der Marine an seine Arbeit gehen. In der weiteren Verwendung der Matrosen in Berlin erblicken die Berliner Truppen ein Mißtrauen.

Wir wollen die Macht der Volksbeauftragten stützen und wünschen nicht die Macht in die Hände der Soldatenräte gelegt zu sehen.

Wir erwarten und verlangen, daß auch unsere Stimme wie die der anderen Frontdivisionen ernste Berücksichtigung findet. Nicht darum haben wir 4¼ Jahr für das Vaterland gekämpft, geblutet und gelitten, daß Beschlüsse gefaßt und in die Tat umgesetzt werden, die das von uns beschützte Vaterland der Anarchie entgegentreiben müssen.

Wir wollen und müssen mitreden.

Der Ausschuß der Vertrauensleute der Garde Kavallerie-Schützen-Division.
Köhler. Westveter. Behrendt.

Schönfließ, 18. Dezember 1918.

In Erwiderung auf die am 17. dss.Mts. von den Soldatenräten der Ersatzformationen Berlins aufgestellten Forderungen erklärt der Vertrauensrat der 37. Inf.-Div.:

Die Truppen der 37. Inf.-Div. weisen diese Forderungen entschieden zurück.

1. Da die Regierung im Gegensatz zu diesen Forderungen steht, ist bei deren Annahme ein Wechsel der Regierung unausbleiblich, wodurch eine geordnete Führung der Reichsgeschäfte gänzlich in Frage gestellt ist.
2. Da die Offiziere der Division bei Annahme der Forderungen auf weitere Dienstleistung verzichten werden, ist die Demobilisation und der weitere Bestand der Division gefährdet, wodurch die Regierung ihrer sichersten Stütze beraubt würde.
3. Die Soldatenräte der Ersatzformationen Berlins sind zudem nicht einmal berechtigt, im Namen der Soldaten Berlins allein zu sprechen.

   Die 37. Inf.-Div. und mit ihr der größte Teil der Frontarmee sind nach wie vor fest entschlossen, die jetzige Regierung mit allen Mitteln zu unterstützen, weisen jede Einmischung in die Machtbefugnisse der Regierung zurück und verlangen, daß die Exekutive des Vollzugsrats beseitigt wird.

   Die Division wird sich jeder gegenrevolutionären Bestrebung von rechts oder links widersetzen.
4. Die Truppen der Division verlangen ferner die Entfernung der Marinedivision aus Berlin, da durch die Frontdivisionen die Unterstützung der Regierung gesichert ist und eine Anwesenheit von Marinetruppen in Berlin nicht gerechtfertigt erscheint.

   Um die Sicherheit der Regierung durch die anwesenden Frontdivisionen zu erhöhen, verlangen wir, daß diese bis auf weiteres nicht demobilisiert wird.
5. Wir erwarten, daß die Regierung von den durch uns zur Verfügung gestellten Machtmitteln zur Durchführung ihrer Absichten nunmehr Gebrauch macht.

Der Vertrauensrat der 37. Inf.-Div.
J. V.: Zibritzki. Fach.

Die Kundgebung der proletarischen Jugend.

Jugendsekretariat. Berlin, den 15. Dezember 1918
Schicklerstr. 5.

An den
Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte
Berlin, Abgeordnetenhaus.

Genossen, die proletarische Jugend, die Lehrlinge, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind hier, um ihr Recht zu fordern!

Jahrelang ausgebeutet von den Kapitalisten, von profithungrigen Arbeitgebern, von rücksichtslosen Lehrmeistern, entrechtet und unterdrückt mit den brutalsten Mitteln von Polizei und Gerichten, in die Gefängnisse und Zuchthäuser geschleppt, so mußte unsere Jugend den Kampf ums Dasein führen. In den besten Jahren wurde sie hinausgeschickt zum Massenmord, zum blutigen Gemetzel für die nacktesten Interessen ihrer kapitalistischen Ausbeuter. Die Ausbeutung, die Entrechtung und Unterdrückung der Jugend sind mit Worten nicht zu schildern. — Das Maß der Leiden ist voll.

Jetzt leuchten die ersten Strahlen und künden eine neue Zeit, die keine Ausbeutung und Entrechtung kennt. Mit Jubel begrüßt die Jugend den Sozialismus, er wird die Befreiung bringen. Fort mit dem Kapitalismus, fort mit der Lohnsklaverei, — das ist der Kampfruf der Jugend. Der Sozialismus ist unser, wenn wir ihn erkämpfen. Wir sind bereit zum Kampf.

Wir fordern unser Recht! Sofort muß es uns werden! Bis wir den Sozialismus haben, muß uns das Nachstehende mindestens werden.

Als Hauptforderungen:

1. Einführung des Sechsstunden-Maximal-Arbeitstages für alle Jugendlichen unter 16 Jahren.
2. Feststellung eines einheitlichen Mindest-Wochenlohnes, der zum Unterhalt völlig ausreicht. — Bis zur Regelung der Lohnfrage in diesem Sinne sollen erhalten: Die Lehrlinge im ersten Lehrjahre 30 Mark, im 2. Lehrjahre 45 Mark, im 3. Lehrjahre 60 Mark, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von 14—16 Jahren 48 Mark, von 16—18 Jahren 72 Mark als Mindestlohn für die Woche.
3. Festsetzung der Lehrzeit auf 2 Jahre (einschl. der Probezeit). Als Übergang ist für die jetzt bis zu zwei Jahre Lernenden (die auf 4 Jahre verpflichtet sind) im Höchstfalle die dreijährige Lehrzeit zulässig.

Des weiteren fordern wir:

4. Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften der sozialistischen Republik für die Jugend vom 18. Jahre an
5. Mitbestimmung der Jugend an der Verwaltung des Staates, besonders in allen Jugendfragen.
6. Wahlrecht für die erwerbstätige Jugend zu den Arbeiterräten in der Weise, daß die gesamte arbeitende Jugend einen gesonderten Wahlkörper bildet.
7. Wahlrecht der Jugend zu den Arbeiter-Ausschüssen. Wahl von Jugendvertretern in die Arbeiterausschüsse.
8. Volljährigkeitserklärung mit dem 18. Lebensjahre.
9. Abschaffung der Wehrpflicht.
10. Schaffung eines Jugendgesetzes unter Mitarbeit von Vertrauensleuten der Jugend.
11. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahre unter gleichzeitiger Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter.
12. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts (im Anschluß an die einzuführende Einheitsschule) für alle in Handel, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und in den sog. freien Berufen beschäftigten Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
13. Einführung des Unterrichts an den Werktags-Vormittagen für alle Fortbildungs-, Fach- und Gewerbeschulen, Bezahlung der Schulzeit.

14. Vertretung der Jugend in der Verwaltung der Fortbildungs-, Fach- und Gewerbeschulen.
15. Lern- und Lehrmittel-Freiheit.
16. Aufhebung der Lehrverträge, Regelung des Lehrverhältnisses durch ein Gesetz, an dem die Jugend mitbestimmt.
17. Zurückzahlung des zum Teil noch an die Lehrmeister gezahlten Lehrgeldes.
18. Entschädigung der über drei Jahre Lernenden, die sofort zu Gehilfen erklärt werden.
19. Verbot der Verwendung der Lehrlinge für häusliche und außergewerbliche Arbeiten.
20. Beseitigung aller Bestimmungen, die die Lösung des Lehrverhältnisses erschweren.
21. Abschaffung des Züchtigungsrechts.
22. Errichtung von Lehrwerkstätten.
23. Gewährung von **mindestens 4 Wochen Erholungsurlaub bei voller Bezahlung.**
24. Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für alle Jugendlichen unter 20 Jahren.
25. Abschaffung der Akkordarbeit.
26. **Verbot des Kost- und Logiszwanges für alle** Jugendlichen unter 20 Jahren.
27. Abschaffung des Arbeitsbuches.
28. Beseitigung des Strafgeld-Systems in den Fabriken.
29. Sofortige Auszahlung der Spargelder, die auf Grund des Sparzwanges der Jugend vorenthalten werden.
30. Schaffung von Heimen für die sozialistische Jugend.

J. A.: „Freie Jugend Groß-Berlin."

Kundgebungen.

Begrüßungen.

Berlin, 17. Dez. Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Georgiens, die in der deutschen Sozialdemokratie stets ihre Lehrmeisterin gesehen hat, begrüßt die versammelten Vertreter der A.- und S.-Räte und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten der Versammlung die **Lehren des Marxismus** zum Segen der ganzen Menschheit **ihrer Verwirklichung näherbringen** werden. Die deutsche Sozialdemokratie, die bewußte Vertreterin dieser Lehre, bedarf keines Vorbildes, sondern wird selbst der Welt den Weg zur Durchführung des Sozialismus weisen.

Bevollmächtigtes Mitglied des Zentralkomitees der Georgischen Sozialdemokratischen Partei. Dr. Achmeteli.

Im Namen des Zentralorgans der **italienischen sozialdemokratischen Partei** „Avanti" entbiete ich den aus allen Gauen Deutschlands zusammengetretenen A.- u. S.-Räten den herzlichsten Gruß brüderlicher Solidarität und wünsche ihrer Tagung den besten Erfolg zur Sicherung einer wirklichen sozialistischen Republik zur Anfeuerung für die Proletarier aller Länder.

Es lebe die deutsche sozialistische Republik!
Es lebe der internationale Sozialismus!

Unterschrift: Gustav Sacerdote, Vertreter des **Avanti.**

Allenstein, 18. Dez. Von einer Dienstreise senden herzliche Grüße. Mögen die Beschlüsse die **Errungenschaften der Revolution** sichern.

Hirsch. Ernst.

Wahlen.

Breslau, 14. Dez. 11 Delegierte für Mittelschlesien: Rittergutspächter Schmidthals, Riemberg, Kreis Wohlau, Eisenbahnarbeiter Horn in Ols, Studienassessor Sührig, Ohlau, Chefredakteur Loebe, Breslau, Neue Graupenstraße 5, Stadtrat Prescher, Sanitätssoldat Voigt, Soldatenrat Breslau, Soldat Schleih, Soldatenrat Breslau, Landsturm Karl Fiege, Brieg, Ring 30, Flieger Fritsche, Soldatenrat Brieg; 7 Delegierte für Niederschlesien, Landtagsabgeordneter Renke, Hirschberg, Kortmann, Sagan, Rechtsanwalt Schlüters, Neusalz, Gewerkschaftsbeamter Ruppert, Liegnitz, Reichstagsabgeordneter Tanbadel, Görlitz, Feldwebel Pfeffer, Glogau, Jäger Mielenz, Liegnitz; 13 Delegierte für Oberschlesien, Landwirt Wilhelm Lipinski, Kreuzburg (Oberschlesien), Chausseestr. 24, Dr. Reginek, Ratibor, Gewerkschaftsbeamter Löffler, Kattowitz, Bedestr. 37, Feldwebelleutnant Rötscher, Neisse, Kamerad Neuländer Coelpz, Kamerad Sanke, Benthen, Kamerad Sieber, Oppeln, Kamerad Engelhardt, Tarnowitz. Die übrigen fünf Namen sind noch unbekannt.

Volksrat Breslau: Dr. Menzel.

Königsberg (Preußen), 13. Dez. Nach Verständigung mit Arbeiterrat Regierungsbezirk Königsberg erhielten Soldatenräte Regierungsbezirk Königsberg zwei Stimmen, Arbeiterrat drei Stimmen, gewählt Vollzugsrat Königsberg als Vorsitzender: Schöpper, Soldatenrat: Heydemann, für den Arbeiterrat die Genossen: Gottschalk und Lübring. Ein fünftes Mandat für Memel Arbeiter- und Soldatenrat, Soldatenrat Randel. Die Wahl wurde ordnungsmäßig durch Stimmzettel vollzogen. Die fünf Vertreter für den Regierungsbezirk Königsberg sind also: Gottschalk, Lübring, Schöpper, Heydemann, Randel, für die Soldatenräte Regierungsbezirk Königsberg J. A.: Kroll, Vorsitzender des Vollzugsrats der Soldatenräte 1. Armeekorps.

Für die Arbeiterräte des Regierungsbezirks Königsberg: Mertins.

Aus dem Felde, 19. Dez. Sorget dafür, daß Musketier Arnold Lippmann, Breslauerstr. 21, sofort zurückkehrt, da er sich unerlaubt entfernt hat.

Soldatenrat der Armee Liban.

Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 18. Dez. Die unterzeichneten wirtschaftlichen Zentralverbände ersuchen die Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte dringend zur Errettung der deutschen Volkswirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch, die Wahlen zur **Nationalversammlung schleunigst**, spätestens aber in der ersten Hälfte des Januar stattfinden zu lassen. Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, mögliche und lohnende Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten ist nur bei sofortiger Herstellung geordneter Verhältnisse durchführbar. Zur Erhaltung unseres wirtschaftlichen und finanziellen Kredites im Auslande, zur Erhaltung unseres Außenhandels sowie zu dessen möglichster Hebung ist dringend die Schaffung geordneter, durch die Nationalversammlung zu regelnder staatlicher Verhältnisse erforderlich. Jeder Tag, der versäumt wird, um durch die Nationalversammlung innere Ruhe und Ordnung auf bestätigter Rechtslage dauernd zu sichern, bedeutet einen unwiederbringlichen wirtschaftlichen Verlust. Die unterzeichneten Zentralverbände ersuchen um eine Rückäußerung an den Hansabund, bis zu welchem frühesten Termin die Einberufung der Nationalversammlung durchgeführt werden könnte. Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Deutscher Industrierat deutscher Industrie. Handelstag deutscher Landwirtschaft. Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. Innungsausschuß der vereinigten Innungen, Kriegsausschuß der deutschen Reederei. Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes. Zentralverband des deutschen Großhandels, Zentralverband der Privatversicherung. Zentralstelle des Transportgewerbes.

Halberstadt, den 17. Dezember 1918

An den

Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte

Berlin.

Die vom „Bund zur Förderung staatsbürgerlicher Interessen der Frau" zu Halberstadt veranstaltete Versammlung von etwa 500 Frauen bittet den in Berlin tagenden Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, die **Einberufung der Nationalversammlung** möglichst zu beschleunigen. Wir brauchen eine von allen Kreisen der Bevölkerung auf rechtlicher Grundlage gewählte Regierung, die unser Land kräftig vertritt, die sorgt, daß unsere noch in Gefangenschaft schmachtenden Männer, Väter und Brüder, befreit; daß unsere Volksgenossen in Ost und West, die vom Feinde hart bedrängt werden, durch den Frieden wieder mit uns fest verbunden werden. Wir Frauen brauchen für uns und unsere Kinder nach den schweren Jahren des Krieges, wo wir so viel gelitten, ruhige, geordnete Verhältnisse, die uns nur durch eine vom ganzen Volke gewählte Nationalversammlung verbürgt werden.

Bund zur Förderung staatsbürgerlicher Interessen der Frau.
C. van Senden.

An die

Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte

Berlin.

„Die am 13. Dezember 1918 von der Deutschen demokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung zu Thorn richtet an die Reichsregierung und die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte das dringende Ersuchen, die Wahlen zur Nationalversammlung nicht über die erste Hälfte des Januar 1919 hinauszuschieben. Die Gefahren der inneren Zersetzung werden jeden Tag drohender, jeder Tag kann den feindlichen Mächten einen Vorwand für Besetzung weiteren deutschen Gebiets liefern. Die Bestrebungen einzelner Landesteile, sich vom Staate und Reich loszulösen, treten immer unverhüllter hervor. Diesem gefährlichen Zustand kann nur durch unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung ein Ziel gesetzt werden." Im Auftrage der zahlreich besuchten Versammlung überreichen wir vorstehende Kundgebung mit der Bitte, eine derselben entsprechende Entschließung zu fassen.

Aronsohn. Professor Semsan. Stanwart, Bürgermeister. Emil Dietrich, Kommerzienrat.

An die

Vereinigten Vertreter der deutschen Soldatenräte

Siehe Sp. 221 in Berlin.

Der Unterzeichnete glaubt auf Grund genauer Vertrautheit mit der internationalen Lage den zur Zeit in Berlin vereinigten Vertretern der deutschen Soldatenräte folgendes vorlegen zu sollen:

In manchen Kreisen der deutschen Soldatenräte ist die Auffassung verbreitet, die Entente werde zweifellos bereit sein, eine Zentrale der Soldaten- und Arbeiterräte als Verhandlungs- und vertragsmäßige Vertretung des deutschen Volkes zum Zwecke der Lebensmittelversorgung sowie der Vorfriedens- und Friedensverhandlungen anzuerkennen. Diese Hoffnung beruht auf einer völligen Verkennung des Geistes der westlichen Demokratien. **Den Entente-Völkern gilt allein die auf geordnetem parlamentarischem Wege entstandene Mehrheit als die gesetzliche Trägerin des Volkswillens.** Jede Diktatur einer bestimmten Klasse, komme sie von oben oder von unten, gilt dem Westen als Sünde gegen den Geist der Demokratie, der keine Ausschaltung irgendeiner Gruppe von der Mitbestimmung der nationalen Geschicke duldet. Die Entente würde sogar eine radikal-sozialistische Regierung anerkennen, wenn dieselbe der Ausdruck einer parlamentarischen Mehrheit wäre; mit einer autokratisch geschaffenen Volksregierung aber wird sie ebenso wenig verhandeln, wie sie mit der gestürzten deutschen Autokratie zu verhandeln wünschte. Sie betrachtet die Soldatenräte, auch wenn sie dieselben als Übergangserscheinung vom Alten zum Neuen begreiflich findet, doch nur als eine **andere Form des Militarismus.** Diesen Standpunkt nehmen auch die maßgebenden Schichten der westlichen Arbeiterschaft ein — schon deshalb, weil ja auch die obersten Entscheidungen in ihren eigenen Organisationen eine Nachbildung des parlamentarischen Mehrheitsprinzips sind. Daher sind auch die Arbeiterschaften des Westens entschlossen,

keine deutsche Regierung als legal anzuerkennen, die nach anderen Prinzipien gebildet wurde. Man mag diese Haltung für falsch erklären, man muß aber mit ihr als mit einer unumstößlichen Wirklichkeit rechnen. Mit dieser westlichen Auffassung von geordneter Volksvertretung muß man vor allem dann rechnen, wenn man in großem Stile Lebensmittel und Rohstoffe haben will. Denn nur auf Grund weitgehender Kreditgewährung werden solche Lieferungen möglich sein — ohne feste Bürgschaften gewährt Amerika keinen Kredit. Eine Regierung, die nicht auf einer zuverlässigen parlamentarischen Mehrheit, sondern auf irgendeiner Form von Diktatur beruht, ist in den Augen des amerikanischen Geschäftsmannes und Staatsmannes nicht kreditfähig. Möchten die Soldatenräte sich diese unbestreitbare Sachlage in deren ganzer Tragweite klar machen, möchten sie bedenken, daß keine Sozialisierung der Produktionsmittel oder des Konsums möglich ist, wenn überhaupt keine Produktionsmittel und keine Konsumartikel geliefert werden. Nur durch eine ganz freie Entscheidung des ganzen deutschen Volkes, ohne jede gewalttätige Kontrolle, kann eine deutsche Regierung geschaffen werden, die im Auslande den moralischen Kredit hat, ohne den es keinen politischen und wirtschaftlichen Kredit gibt. Es bleibt also gar nichts übrig, als spätestens für Mitte Januar, besser schon für Anfang Januar, die Wahlen zur Nationalversammlung anzusetzen und dem Wahlergebnis schon heute rückhaltlosen Gehorsam zu geloben. Nur von einer solchen Nationalversammlung kann diejenige deutsche Regierung ihre Vollmacht ableiten, welche dem Westen als verhandlungs- und friedensfähig gelten soll. Damit die Nationalversammlung diese ihre hohe Aufgabe erfüllt, muß sie frei und ohne den Einfluß irgendwelcher äußeren Gewalt ihre Beschlüsse fassen. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung ist in den Augen der westeuropäischen Demokratie der alte Reichstag die legitime Vertretung des deutschen Volkes, die nur auf dem Wege geordneter Neuwahlen zu beseitigen ist. Schon die unzweideutige Entscheidung der jetzt machthabenden Räte für eine solche Volksvertretung würde überall im Inlande und im Auslande das Vertrauen auf eine geordnete Entwicklung und auf berechenbare Verhältnisse beleben und damit das deutsche Wirtschaftsleben in letzter Stunde vor dem Abgrunde retten. Ohne eine solche Selbstüberwindung auf seiten der jetzt herrschenden Volksgruppen gewinnen wir kein klares politisches Verhältnis zu den westlichen Demokratien und treiben in eine beispiellose Katastrophe — die Volkswut wird sich dann gegen diejenigen richten, die es verschmäht haben, rechtzeitig den einzig möglichen Weg zu beschreiten, auf dem eine baldige ausländische Rettungsaktion gesichert werden kann.

Wenn man sich in obigem Sinne dazu entschließen würde, schleunigst eine parlamentarisch geordnete Mehrheitsregierung herzustellen, so wäre damit ja noch keineswegs gesagt, daß das parlamentarische System der Volksregierung nicht einer gründlichen Verbesserung und Ergänzung bedürftig sei. Aber alle solche Reformen und Ergänzungen können doch nur in der Richtung liegen, daß Rechte und Interessen, die bisher ungenügend vertreten waren, immer gerechter zur Aussprache und zur Geltung gebracht werden. Das aber kann nur geschehen, wenn im ganzen Volke die Achtung vor fremden Rechten und Interessen erhöht wird, nicht aber wenn irgendeine Klasse oder Gruppe das gefährliche Beispiel gibt, daß sie ihren eigenen Willen und ihr eigenes Ideal Vergewaltigung oder Ausschaltung anderer Volksgruppen durchzusetzen versucht. Das alles ist kurzsichtiger Imperialismus und Militarismus und hat keine wahrhaft befreiende und aufbauende Kraft. Das deutsche Volk ist durch seine Machtpolitiker in das Elend gekommen, möge man den rechten Schluß aus dieser furchtbaren Erfahrung ziehen, möge man beim sozialen Wiederaufbau auf jede Gewaltpolitik verzichten und sich allein auf die werbende Kraft moralischer und geistiger Überlegenheit verlassen! Nur durch eine solche ganz entschlossene Abkehr vom Gewaltgeiste kann das deutsche Volk wiedergutmachen, was es durch seinen Militarismus an Schuld auf sich geladen hat und nur auf solchem Wege wird es ihm gelingen, die besseren Elemente in den anderen Völkern dafür zu gewinnen, daß sie sein eigenes Lebensrecht vor Vergewaltigung sicherstellen und ihm ermöglichen, durch ehrliche und opferwillige Mitarbeit an der Wiederherstellung Europas das Vertrauen der Kulturwelt wieder zu gewinnen.

Die deutschen Soldatenräte haben sich zweifellos ein hohes Verdienst um das deutsche Volk erworben. In dem gefährlichen Augenblick, in dem die großen Massen sich schwer enttäuscht und erbittert von den Klassen abkehrten, deren verblendete Machtpolitik die Schuld an dem gegenwärtigen Zusammenbruch trägt, haben die Soldatenräte an den meisten Orten Deutschlands mit bestem Willen und auch mit unbestreitbarem Erfolg die Ordnung aufrecht zu erhalten gesucht. Diese Leistung in einer kritischen Zeit wird ihnen nicht nur unvergessen bleiben, sondern sie wird auch die Grundlage für neue Formen der politischen Mitarbeit des werktätigen Volkes bilden. Aber gerade weil die Soldatenräte ein Element der Ordnung waren, inmitten derer, die alles Vertrauen zu den bisherigen Vertretern der Ordnung verloren hatten, werden sie gewiß auch bereit sein, der politischen Ordnung im deutschen Vaterlande diejenige breite Grundlage zu sichern, ohne die es der Arbeiterschaft unmöglich sein wird, aus ihrer unhaltbaren Isolierung heranzukommen und das so dringende neue Zusammenwirken mit dem Auslande und mit den intellektuell und technisch geschulten Schichten des deutschen Volkes neu zu organisieren. Möge die jetzige Tagung der deutschen Soldatenräte ein Markstein auf dem Wege deutscher Einigung und Ordnung werden.

Professor Fr. W. Foerster,
provisorischer Gesandter des bayerischen Volksstaates in Bern

Borkum, 17. Dez. Wir treten mit allem Nachdruck für die schleunige Wahl zur Nationalversammlung ein, die allein die Wiederkehr ruhiger und gesunder Zustände verbürgt und den Wünschen der Mehrheit des deutschen Volkes Rechnung trägt. Gegen eine Einberufung des ehemaligen Reichstages, zu dem jedes Vertrauen des deutschen Volkes geschwunden ist, protestieren wir auf das entschiedenste. Wir sind dafür, daß die Einberufung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert wird. Arbeiter- und Soldatenrat Borkum: Saltzgeber.

Cassel, 14. Dez. Der Zentral-Soldatenrat für das 11. und 15. Armeekorps protestiert energisch gegen die **Einberufung des Reichstages** und kann nur eine durch die Revolution geschaffene Reichsregierung anerkennen.

Zentral-Soldatenrat für den Bereich des 11. A.-K.
Borchers. Engel.

Duisburg-Meidrich, 18. Dez. An die Regierung Ebert und Haase richten wir Unterzeichneten, die allen politischen Parteien angehören, das energische Ersuchen, die Wahlen zur Nationalversammlung in diesem Jahre ausführen zu lassen. Ebert und Haase, deren Bestätigung als Reichsverweser durch den Reichstag wir wünschen, danken wir, daß sie Deutschland vor russischen Zuständen bewahrt haben. Doch ist ihr Amt provisorisch, es könnte nur durch die Nationalversammlung Berechtigung für längere Dauer erhalten. Mit allen anderen Deutschen wollen wir durch die von uns gewählten Vertreter die Regierung bilden lassen, und wir verlangen, daß der Widerstand einer verschwindend geringen zugewählten Minderheit gebrochen wird. Wir haben nicht das Gängelband durchschnitten, um uns Handketten anlegen zu lassen. Der Berliner Vollzugsrat mag sich um Berliner Angelegenheiten bekümmern; wenn er weiterhin versuchen will, für das übrige Deutschland sein Tyrannentum aufzurichten, dann muß er beseitigt werden. Wir Rheinländer arbeiten nicht dafür, daß diese Berliner sich als Revolutionsgewinnler den Beutel mit Schlichtlöhnen von 50 Mk. füllen. Fort mit diesen Tyrannen. Wir wollen frei sein! Wir verlangen **sofortige Wahl zur Nationalversammlung** und lassen uns nicht mit der Redensart, die Wählerlisten müßten erst angefertigt werden, abspeisen. Wenn die hellen Berliner keinen anderen Weg wissen, dann wollen wir rheinischen Arbeiter und Bürger ihn zeigen. Als **Wahlausweis kann** das **Lebensmittelheft**, auf dem auch das **Alter** steht, benutzt werden. Bei Abgabe des Wahlzettels wird der **Name gelocht**, so daß eine doppelte Benutzung nicht möglich ist. Die noch nicht entlassenen **Soldaten** zeigen ihren **Paß** vor in den der Stempel „Hat gewählt" gedruckt wird. Diese Einrichtung ist genauer und zuverlässiger, als die Aufstellung von lückenhaften Listen. Unseren Gruß entbieten wir denjenigen, die rücksichtslos gegen jede Gewaltherrschaft vorgehen. Hoch Freiheit und Recht! Nieder mit der Tyrannei! Duisburg-Ruhrort, Dammstraße 2. Für zweitausend soziale Arbeiter Daans, Publiza, Brinkmann, Maas. Für 1500 Hirsch-Dunkersche Arbeiter Dusen, Moscheik. Für 800 Industriebeamte und Angestellte, der Ausschuß: Pilz, Schmidt, Denen, Schloemer, Martin, Zeißner, Schroer, Driesen, Luecke. Für weitere 3000 Privat- und Industriebeamte von Groß-Duisburg, der Arbeitsausschuß vereinigter Angestellten-Ausschüsse: Knehn.

Erfurt, 18. Dez. Im Einverständnis von Vertretern der größten Organisationen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Groß-Thüringen. Im Einverständnis der A.- u. S.-Räte im Regierungsbezirk Erfurt richten wir an die Reichskonferenz der A.- u. S.-Räte Deutschlands das dringende Ersuchen, zu beschließen, daß es heiligste Pflicht der beiden sozialistischen Parteien sein muß, den Wahlkampf zur **Aufstellung paritätischer Kandidatenlisten**. Höher als die Interessen beider Parteien steht das Interesse der Revolution. Der geschlossene Kampf der Kopf- und Handarbeiter im treuen Bündnis mit den Soldaten gegen die Reaktion ist das vornehme Gebot dieser ernsten Stunde. Hoch die Revolution! Hoch die sozialistische Republik Deutschland. Nieder mit der Reaktion.

gez. Mehrhof.

Eylau, 18. Dez. Der A.- u. S.- und Bauernrat des Kreises Preußisch-Eylau fordert schleunigste **Einberufung** der **Nationalversammlung**. J. A.: Kaiser, Vorsitzender.

Frankenstein (Schlesien), 18. Dez. Der A.- u. S.-Rat des Kreises Frankenstein wünscht baldige **Einberufung** der Nationalversammlung. A.- u. S.-Rat.

Hagen (Westf.), 17. Dez. Nahezu zweitausend **Frauen** Hagens fordern einstimmig die schnellste Einberufung der Nationalversammlung.

Heide (Holstein), 17. Dez. Zu Punkt 2 der Tagesordnung protestieren wir gegen jedes Rätesystem.

A.- und S.-Rat Heide.

Hannoversch-Münden, 16. Dez. Das deutsche Wirtschaftsleben steht vor dem unmittelbaren Zusammenbruch. Die Hungersnot steht vor der Tür. Gewissenlose Kräfte erstreben die Anarchie. Nur die schnellste Herbeiführung gesetzlicher Zustände kann noch Hilfe bringen. Das **deutsche Lokomotivpersonal** hat trotz unbegrenzter Überanstrengung die Regierung in der Aufrechterhaltung des Betriebes tatkräftig unterstützt. Es ist sich auch heute noch seiner Verantwortung vollkommen bewußt. Die in Hannoversch-Münden versammelten **Vertreter der Berufsverbände der deutschen Lokomotivführerschaft** fordern daher die schnellste Einberufung der Nationalversammlung, damit weitere Entschließungen unsererseits vermieden werden können.

Die Vereinigten Deutschen Lokomotivführerverbände.
J. A.: Sperlbaum, Vorsitzender des Reichsverbandes Düsseldorf.

Ilm, 16. Dez. Die heute versammelten **Wähler und Wählerinnen** von Stadt Ilm und Umgegend fordern, übereinstimmend mit den gleichzeitig anwesenden Arbeiter-, Soldaten-, Bürger- und Bauernräten von Stadt Ilm, dringend die sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

Lübeck, 18. Dez. A.- u. S.-Rat Lübeck erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen **Wahlrecht** wichtigste politische Errungenschaft der Revolution, mit dessen Anwendung die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in steter systematischer zur sozialistischen umgewandelt werden kann. Indem A.- und S.-Rat seine Entschlossenheit ausspricht, die Errungenschaften der Revolution gegen alle konterrevolutionären Bestrebungen bis aufs letzte zu verteidigen, wendet er sich zugleich mit Entschlossenheit gegen alle Elemente, die dem Volke das volle Selbstbestimmungsrecht vorenthalten wollen. Obwohl A.- u. S.-Rat Lübeck es für selbstverständlich hält, daß alle Kriegsteilnehmer zur Konstituante sich zu beteiligen Gelegenheit haben müßten, hält er es doch für gegeben, unter den drängenden Verhältnissen dem Beschluß der Volksbeauftragten, die Wahlen zur **Nationalversammlung** im Februar oder noch früher vorzunehmen, seine Zustimmung zu geben. Er erwartet von der Konferenz der A.- u. S.-Räte Deutschlands, die Politik der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen und ihrer Entschließung bezüglich der Wahlen zur Nationalversammlung beizutreten.

Marburg, a. d. Lahn, 16. Dez. 3552 unterschriebene Marburger **Wähler** fordern schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

Bürgerrat, Professor Rade.

Osterwieck, 18. Dez. Gestern hier versammelte 700 Wahlberechtigte beiderlei Geschlechts aller Parteien richten an Versammlung A.- u. S.-Räte dringende Forderung Beschleunigung Wahlen **Nationalversammlung** zwecks Beruhigung und Sicherung.

Unterschrift: Zickfeld. gez. Koch.

Plettenberg, 16. Dez. Die **Vertrauensleute des Reserve-Infanterie-Regt.** 23 bitten dringend, für eine Einberufung der Nationalversammlung bis spätestens Mitte Januar 1919 einzutreten. Sie stehen auf dem Boden der Regierung Ebert-Haase.

Vertrauensrat des R.-J.-R. 23.

Ratzeburg, 16. Dez. Soldatenrat Ratzeburg protestiert gegen den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Nationalversammlung **oder** Rätesystem", und verlangt, das Wort „**Rätesystem**" von der Tagesordnung zu streichen.

Soldatenrat Ratzeburg.

Schneidemühl, 18. Dez. Am 15. Dezember stattgefundene, von tausend Eisenbahnern besuchte Versammlung, welche auf dem Boden der Regierung Ebert-Haase steht, ersucht um schleunige Einberufung der **Nationalversammlung.**

Der Versammlungsleiter P. Niedergesäß.

Znin, 16. Dez. Wir bitten, den Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung unbedingt **früher als 16. Februar** zu legen zwecks baldiger Bildung einer zu Friedensverhandlungen fähigen Regierung.

Beamtenrat der Kreisstadt Znin: Schweigert, Rinck.

Aus dem Felde, 18. Dez. Der Soldatenrat der 10. Armee sendet der in Berlin stattfindenden Versammlung aller A.- u. S.-Räte Deutschlands die brüderlichsten Grüße. Er bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die in Berlin versammelten A.- u. S.-Räte der deutschen Revolution ein **festes Fundament** geben, das in der Lage sein wird, einen Bau zu tragen, der dem deutschen Proletariat, dem ganzen deutschen Volke eine bessere und schönere Zukunft verspricht.

gez. Soldatenrat der 10. Armee.

Innere Verwaltung.

Dresden, 19. Dez. Ich erbitte Verhaltungsmaßregeln für Mitglieder des aufgelösten vollziehenden Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates Straßburg, auch für die Reichskonferenz.

Probst, Mansfeld-Dresden, Gerichtsstr. 20 II.

Hanau, 19. Dez. Die Regierung Hirsch-Breitscheid will uns mit Gewalt den abgesetzten Landrat, die Seele der **Reaktion**, den Urheber des Blutbades vom 7. November, wieder aufoktroyieren. Wir fordern den Rätekongreß **auf, unseren Protest** zu unterstützen.

Arbeiterrat Hanau: Schnellbacher.

Soldatisches.

Frankenstein (Schlesien), 19. Dez. Abgeordneten! Energischer Protest gegen die **Angriffe**, welche **gegen Offiziere und Unteroffiziere** erhoben werden. Wir verlangen sofortige Einschreitung gegen Liebknecht und Genossen.

Die Garnison Frankenstein, Garnisonkammer und Garnison-Soldatenrat.

Altona (Elbe), 18. Dez. Die in Conventgarten versammelten über 2000 Unteroffiziere und Gefreiten der Garnison Hamburg-Altona-Wandsbek und Umgegend protestieren auf das schärfste gegen eine Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrates von Hamburg-Altona (Siebenerausschuß), wonach **Rangabzeichen** aller Dienstgrade abzulegen sind. Die Versammlung erklärt demgegenüber, daß die Regelung bezüglich der Heeresorganisation einschließlich **Festsetzung der Dienstgrade und Abzeichen** einzig und allein durch das **Reich nach** Zusammentritt der Nationalversammlung erfolgen kann. Die Versammlung bittet um Herbeiführung eines Beschlusses, daß derartige **Eingriffe** lokaler Arbeiter- und Soldatenräte **ungültig** sind. Die Versammlung bringt auch zum Ausdruck, daß sie unbedingt auf dem Boden der Republik und geschlossen hinter der Regierung Ebert-Haase steht.

J. A.: Breddin, Feldwebel.

Gevelsberg, 8. Dez. Ihr deutschen Männer, die Ihr heute über die Geschicke unseres Landes entscheidet, gedenkt unserer verlassenen Brüder, die unter der unerbittlichen Strenge unserer Gegner in die Verzweiflung getrieben werden, die in Sibirien, Ostasien und Afrika seit Jahr und Tag ohne Verbindung mit der Heimat leben, alle haben für uns gestritten und gelitten. Ist das der Dank des Vaterlandes, daß man sie vergißt? Daß man sich statt ihrer der gefangenen Feinde in Deutschland annimmt? Das kann und darf nicht sein! Im Namen der deutschen Kriegsgefangenen, im Auftrage der Angehörigen rufen wir Euch zu: Helft uns zur **Befreiung unserer Kriegs- und Zivilgefangenen.**

gez. Peddinghaus, Rittmeister d. R. Hus.-Rgt. 17, Gevelsberg.
gez. Goering, Rittmeister d. R., Landwehr-Kavallerie.
gez. Petersen, Leutnant Füs.-Regt. 86, Konstanz.

Breslau, 18. Dez. Von fast allen Obmännern und Soldatenräten des 6. A.-K. wurde eine Resolution angenommen, deren Inhalt im Auszuge lautet:

Da die Entlassung der Soldatenräte ebenfalls im Rahmen der allgemeinen Demobilmachung vor sich geht, droht die Revolution die zuverlässigen Stützen zu verlieren und die **reaktionären Offiziere** behalten die Oberhand. Deshalb müssen wenigstens Obmann und Obmann-Stellvertreter der einzelnen Soldatenräte solange beim Truppenteil verbleiben, bis die aus der Nationalversammlung hervorgegangene Regierung eine endgültige Regelung dieser Frage vorgenommen hat. Die Resolution und Begründung folgt durch Eilbrief.

Im Auftrage der schles. Obmänner u. Soldatenräte gez. Scheperjans, Obmann d. Soldatenrats beim Kriegsbekleidungsamt 6. A.-K.

Neisse, 18. Dez. Resolution: Um die großen Errungenschaften der Revolution zu sichern und felsenfest zu verankern, ersuchen unterzeichnete Obmänner der Garnison Neisse den Herrn Vorsitzenden der zurzeit in Berlin tagenden Delegiertenversammlung der A.- und S.-Räte des Reiches, sofort dahin wirken zu wollen, die bei den demobilisierten Truppen pp. freiwerdenden und dem betreffenden Zentralsoldatenrat geeignet erscheinenden **Obmänner** und Vertrauensleute, soweit sie zur Mitarbeit bei entsprechender Vergütung bereit sind, in die alsdann noch bestehenden **aktiven Truppenteile zu versetzen.** Gerade bei den erst jetzt aus dem Felde zurückgekehrten Fronttruppen, bei welchen sich die aktiven Offiziere zusammenfinden, herrscht vielfach Unklarheit, zum Teil aber auch direkter Widerstand gegen die Neuordnung. Hier sind **Aufklärer und Berater** zum Aufbau der Truppe nach der Neuordnung und den gegebenen Grundsätzen für das Wirken der Soldatenräte unbedingt erforderlich. Diese Maßnahme erscheint um so nötiger, weil in wenigen Wochen nur noch die aktiven Friedensformationen aus den Jahresklassen 1898/99 bestehen werden, und diese jungen Leute in den seltensten Fällen mit der nötigen Energie, gestützt auf Erfahrung und Lebensklugheit, den Widersachern bestimmt und energisch entgegentreten können.

Für die Obmänner sämtlicher Formationen der Garnison Neisse:
Schindler, 1. Vors.

Nitzenhausen, 18. Dez. Arbeiter- und Soldatenrat Nitzenhausen stellt Antrag, daß den in die Heimat marschierenden Truppen in Anbetracht der anstrengenden Märsche die **tägliche Zulage von 4 M.** wie den Wachdienstuern gezahlt wird.

Arbeiter- und Soldatenrat des Kreises Nitzenhausen
gez. Henkel.

Schüchtern (Bez. Cassel), 16. Dez. Der V. Armee wurden bis gestern täglich 12 Züge zum Abtransport der Truppen zur Verfügung gestellt. Von heute ab erhält die Armee aus eisenbahntechnischen Gründen **nur noch 7 Züge.** Regiment und Soldatenrat des Regiments bitten, die Eisenbahnbehörde zu veranlassen, daß im Interesse eines schnelleren Abtransportes wieder die alte Zahl der Züge gestellt werde.

Infanterie-Regiment 426.

Militärische Geheimberichte? — Auflösung von Arbeiterräten?

Münster (Westf.), 18. Dez. Der **Soldatenrat des Generalkommandos** 7. A.-K. erhebt entschieden Protest gegen die Ausführungen Heckerts-Chemnitz in der Dienstag-Sitzung. Der Soldatenrat hat vom ersten Augenblick an im Sinne der Regierung Ebert-Haase gearbeitet. **Geheimberichte existieren nicht.** Der ganze Geschäftsbetrieb untersteht nach wie vor unserer Kontrolle.

Holtmann, Vorsitzender, Bernoth, Brandschmidt, Woermann.

Münster (Westf.), 18. Dez. Nach Zeitungsnachrichten über Reichskonferenz soll durch Verfügung des 7. Armeekorps die **Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte** befohlen sein. Die fragliche Verfügung ist lediglich die Weitergabe im Wortlaut der von der Obersten Heeresleitung **übermittelten Bedingungen für die Besetzung der neutralen Zone** und auf diese beschränkt. Die Bekanntgabe erfolgte im Einvernehmen mit und gegengezeichnet vom Generalsoldatenrat, um **Arbeiter- und Soldatenräte vor Verhaftung** durch Entente in neutraler Zone **zu bewahren.** Geheimberichte der Oberbürgermeister, Landräte und Polizeipräsidenten über Arbeiter- und Soldatenräte sind im Korpsbereich nicht angeordnet worden. Nur ist vom Stellvertretenden Generalkommando am 16. 11. im Benehmen mit dem Generalsoldatenrat ein **einmaliger offener Bericht** über die Zusammenarbeit der Soldatenräte mit den Behörden eingefordert worden, um die reibungslose Mitwirkung der Soldatenräte zu sichern.

Gezeichnet: von Woyna, Generalleutnant.
Für den Generalsoldatenrat: gezeichnet: Ruckes, Blume, Voß.
Generalkommando 7. Armee-Korps 1. A. 8715. t.

Münster (Westf.), 18. Dez. Die Ausführungen Heckerts-Chemnitz in der Nachmittagssitzung vom 17. 12. 18 der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht zutreffend. Laut Verfügung der Obersten Heeresleitung, Chef des Generalstabs des Feldheeres 1. Abteilung Nr. 11757 Geheime Op. vom 6. 12. 18 Punkt 7 hat der Generalsoldatenrat die Auflösung der Soldatenräte in der neutralen Zone verlangt. Dieser Befehl ist durch Korps-Verordnungsblatt am 15. 12. wieder aufgehoben worden. Ein Geheimbericht von Oberpräsidenten, Landräten und Polizeipräsidenten über die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte ist nicht erfolgt. Die Kreisbehörden sind vom Generalkommando im Einverständnis mit dem Generalsoldatenrat aufgefordert worden, die **Zahl** der Arbeiter- und Soldatenräte anzugeben zwecks **Regelung der Löhnungsfrage**. Der gesamte Betrieb des Generalkommandos 7 steht unter der Kontrolle des aus Delegierten der Bezirke gebildeten Generalsoldatenrats. Wir legen ganz entschieden Protest gegen solche Entstellung der Tatsachen ein.

Generalsoldatenrat, 7. Armeekommando: Rücker, Voß.

Frankfurt a. M., 18. Dez. Aufforderung der Obersten Heeresleitung, hiesigen **Soldatenrat aufzulösen**, schuf größte Erregung. Feststeht, daß **der Feind die Auflösung der Arbeiterräte** in neutralem Gebiete **nicht gefordert** hat. In großer Vollversammlung beschloß der Frankfurter Arbeiterrat, die Reichsregierung zu ersuchen, gegen die Schwindelnachrichten über Aufforderungen des Feindes, die auch Wolff-Büro verbreitet, Verwahrung einzulegen und die Arbeiterräte Deutschlands gegen unzulässige Eingriffe der Obersten Heeresleitung öffentlich in Schutz zu nehmen. Die Arbeiterräte sind Organe der politischen Zivilverwaltung und unterstehen keinen militärischen Aufforderungen oder Einwirkungen. Die Vollversammlung des Arbeiterrates erblickt in der Verbreitung tendenziöser Darstellungen über angeblichen Bolschewismus in Deutschland eine Gefährdung der Revolution. Wir fordern Vorlage des Materials, aus dem sich die behaupteten Forderungen und Absichten des Feindes ergeben. Wir erbitten eine Änderung des offiziellen Pressesystems. Zuverlässige Genossen sollen in das neutrale Ausland entsandt werden, um über die wirkliche Haltung und Stimmung des Feindes zu berichten, damit nicht eine Vergiftung des öffentlichen Geistes eintritt. Ferner erbittet die Vollversammlung eine genaue Darstellung des Streites zwischen Eisner, Solf und Erzberger.

Arbeiterrat Frankfurt a. M. Heeresleitung.

Grenzschutz.

Posen, 17. Dez. Der Vollzugsausschuß Posen sendet der Reichskonferenz herzliche und brüderliche Grüße mit dem Wunsche einer gedeihlichen Arbeit für das gesamte Volk. Wir erbitten gleichzeitig die Hilfe der Reichskonferenz in folgender Sache: Der Vollzugsausschuß Posen hat sich mit allen Kräften bemüht, die Ruhe und Ordnung im Posener Lande aufrechtzuerhalten, was auch von der hiesigen Bevölkerung, der polnischen sowohl wie auch der deutschen, anerkannt wird. (Vergleiche hierzu den Leitartikel der „Posener Neuesten Nachrichten" Nr. 5957 vom 15. Dezember.) Trotzdem sind, gegen unseren Einspruch, **Heimatschutz- bezw. Grenzschutztruppen** im Auftrage der Berliner Reichsregierung, zum Teil mit Ausweisen des Berliner Vollzugsrats, nach der Provinz entsandt worden, die sich nachweislich **zahlreicher Übergriffe** schuldig gemacht haben. Eine neue Verfügung des Kriegsministeriums (Nr. 151: Demobilmachung) vom 27. November 1918 verlangt die Anwerbung Freiwilliger für das Ostheer. Vom Arbeitsnachweis werden **Arbeitslose an die Werbebüros verwiesen**. Grenzschutz und Ostheer bedeuten eine **schwere Gefährdung des Friedens**. Sofern diese Maßnahmen, mögen sie Heimatschutz, Grenzschutz oder Ostheer heißen, nicht unverzüglich rückgängig gemacht werden, lehnen wir die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ab und müssen wir für die entstehenden Folgen die Anstifter verantwortlich machen.

Vollzugsausschuß Posen.

Ragnit, 20. Dez. Wir protestieren energisch gegen den Antrag Barth und bitten, den Grenzschutz bis zur völligen Ruhe uns zu belassen, damit das Raubgesindel nicht die Gelegenheit bekommt, den Grenzbewohnern wiederum sämtliches Hab und Gut wegzunehmen.

Arbeiter- und Soldatenrat, sämtliche Bauernräte des Kreises Ragnit.
J. A.: Korsetz, Jakubeit, Metzik.

Aus dem Felde, 19. Dez. Wir drahteten an Kriegsministerium: „Der Zentralrat der Ostfront erhebt Protest dagegen, daß ihm von seiten des Kriegsministeriums trotz aller durch die Delegation der Ostfront und direkte Vertreter erfolgten Schilderungen der Ostzustände noch immer keine geschlossenen Verbände zur Verfügung gestellt worden sind. Die Anforderungen des Ob.-Ost bei der Obersten Heeresleitung, sowie des Zentralrates sind bisher erfolglos geblieben. Die für Riga zugesagten Bataillone sind bis heute an ihrem Bestimmungsorte nicht eingetroffen, und es besteht noch nicht einmal Klarheit darüber, ob sie überhaupt bereits von den Heimatsstandorten abtransportiert worden sind oder wann sie abtransportiert werden sollen. Angesichts der gesamten Zustände im Baltikum, Litauen und der Ukraine muß eine derartige Hinausschiebung jeder Hilfeleistung dazu führen, daß die Truppen den Mut verlieren und, soweit sie überhaupt noch zuverlässig sind, sich in unhaltbarer Stellung befinden. Wie dem Kriegsministerium genau bekannt ist, stehen im Osten fast ausschließlich Landsturmbataillone und alte Landwehrregimenter, die mit aller Energie nach Hause streben und auch zur eigenen Verteidigung nicht mehr von den Waffen Gebrauch machen. Mit den wenigen herausgezogenen und den aus Deutschland gewonnenen Freiwilligen läßt sich die Lage nicht sichern. Wir ersuchen daher nochmals ganz dringend um sofortige Überweisung geschlossener Verbände zur Verfügung des Ob.-Ost und des Zentralrates der Ostfront. Geschieht dies nicht, so lehnt der Zentralrat hiermit für die weiteren Folgen jede Verantwortung ab, die einzig und allein auf das Kriegsministerium als leitende militärische Kommandobehörde fällt. Das gleiche Telegramm ging an Reichsregierung, Delegation der Ostfront und Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Berlin.

Zentralrat der Ostfront.

Kriegsministerium.

Betr. Anwerbung Freiwilliger.
Nr. 1070. 12. 10. 18 A 1.

Berlin W. 65, den 15. Dezember 1918.
Leipzigerstraße 5.

1. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, für die Anwerbung von Freiwilligen zur Verwendung im Gebiet des Oberost, des Grenzschutzes Ost und des Grenzschutzes West, sämtliche (stellv.) Generalkommandos heranzuziehen. Die darauf bezüglichen Verfügungen des Kriegsministeriums vom 27. 11. 18 Nr. 151. 11, 18. Dezember und der Zentralstelle Grenzschutz Ost vom 28. 11. 18 O. Qu. I/d//IV a Nr. 31. 11. 18 Zogrost, wonach für das Ostheer nur Freiwillige aus dem Bereich des stellv. I., II., III., XVII. und XX. A. K., für den Grenzschutz Ost nur Freiwillige aus dem stellv. I., II., V., VI., XVII. und XX. A. K. geworben werden sollten, werden hiermit aufgehoben.

2. Zur Erleichterung von Werbungen von Freiwilligen sind in einzelnen größeren Städten durch die (stellv.) Generalkommandos Werbestellen einzurichten. Zu jedem (stellv.) Generalkommando sind von den Ostarmeen, der Zentralstelle Grenzschutz Ost und der O. H. L. (von letzterer für den Grenzschutz Ost) geeignete Organe zu entsenden, die die Verbindung mit ihrer Dienststelle aufrechterhalten, in dem dortigen Bereich für ihre Zwecke Angeworbene weiterleiten und in den Werbestellen über die Zustände bei ihren Truppenteilen den Freiwilligen Aufklärung geben. Die Werbestellen sind demgemäß in 3 Gruppen zu gliedern (Ostarmee, Grenzschutz Ost, Grenzschutz West).

Da es auf möglichste Beschleunigung der Werbung ankommt, ist diese schon jetzt vor Eintreffen der oben erwähnten Abordnungen von den (stellv.) Generalkommandos einzuteilen. Zeitraubende Organisationen haben zu unterbleiben. Mit den Freiwilligen ist bei der Anwerbung eine kurze Verhandlung aufzunehmen, in welcher der Angeworbene die Verpflichtung für ein Verbleiben im Heere mit einmonatiger Kündigungsfrist bei 14tägiger Probedienstzeit übernimmt und die Löhnungs- und Verpflegungssätze anerkennt. Für den Abtransport der Freiwilligen haben die Linienkommandanturen auf Anfordern das weitere zu veranlassen. Angeworbene Freiwillige sind, falls nicht eine größere Anzahl zusammengebracht wird, bereits in geringerer Stärke (von 30 Mann an aufwärts) abzubefördern. Als Marschziele sind die von den Werbern angegebenen Orte zu bestimmen.

3. Die Jahrgänge 1898—99, welche bestimmungsgemäß zunächst zum Dienst bei den Friedensformationen zurückzuhalten sind, dürfen für die Werbung von Freiwilligen nur zum Eintritt in die Oberost-Armeen herangezogen werden, und nur, wenn die Betreffenden bereits 2 Jahre gedient haben. Hauptsächlich werden für die Werbung solche Mannschaften in Frage kommen, welche bereits entlassen waren und auch infolge Mangel an Arbeitsgelegenheit sich zu einem weiteren Verbleiben im Heere gern bereit finden werden.

4. Einkleidung und Verpflegung hat bereits durch die zuständigen Generalkommandos, in deren Bereich die Werbestellen liegen, zu erfolgen; Bewaffnung durch die Stelle, denen die Freiwilligen zugeführt werden. Überweisung von Proviantdepots für die im Grenzschutz verwandten Truppen ist durch den Generalintendanten zu veranlassen.

An den
Herrn Chef des Generalstabes der Armee, sämtliche Oberkommandos der Heeresgruppen, Armeen und Armee-Abteilungen, stellvertretenden Generalkommandos.

Zogrost.
A. D. (Demob.) A. L.

Gleicher Erlaß erscheint im nächsten A. V. Bl.

Richtigstellung.

Der „Vorwärts" enthält in dem Berichte über die Rede des Volksbeauftragten Ebert vom 18. Dezember 1918 eine unrichtige Darstellung der Tatsachen.

Bei den Worten des Volksbeauftragten Ebert, wo es heißt: „Eine Zeitlang bestand für die Grenzbezirke **durch polnische Banden eine große Gefahr**" ist in Klammern der Zusatz hinzugefügt: (Lebhafte Zustimmung bei den Vertretern aus dem Osten.) Dieses entspricht durchaus nicht den Tatsachen, sondern das Gegenteil davon hatte statt gefunden. Die Posener Delegierten protestierten durch Zwischenrufe ganz entschieden gegen diese Behauptung, die sich als eine, aus reaktionärer Quelle entsprungene vollkommen grundlose Phantasieschreckensbotschaft herausgestellt hat; dagegen gaben die Posener Delegierten ihre Zustimmung kund, als der Volksbeauftragte Ebert von der Aufstellung eines bodenständigen aus beiden Nationalitäten — Deutschen und Polen — bestehenden **Grenzschutzes** sprach. Die Posener Delegierten legen Wert darauf, diese Richtigstellung festzulegen.

gez.: Twachtmann, M. Matuszewski, Pendowski, Dr. Bolewski, Schwendtke, Niederlich, Piotrowski.

Berlin, den 19. Dezember 1918.

Protokoll.

Es erscheinen die Abgesandten des Vollzugsausschusses der A.- und S.-Räte Berlins Otto Boßwinkel, Ernst Lützenkirchen und Theo Glindkamp im Auftrage Heimatschutz Ost.

Sie geben folgendes zu Protokoll:

Wir wurden nach Skalmirschütz gesandt mit dem Auftrage, dort zu agitieren und die Bevölkerung aufzuklären über die Zwecke des hier bestehenden Vollzugsausschusses, die dort herrschenden Mißstände aufzuklären, und zur eventuellen Gründung eines neuen S.-Rates.

Mißstände bestanden in Unterschlagungen verschiedener unrecht eingenommener Gelder seitens des dortigen bestehenden S. Rates. Der dortige und Ostrower S.-Rat erkennen die von hier ausgestellten Ausweise nicht an und setzten uns in Haft, und zwar in Militärgewahrsam. Bei der in Ostrowo und Skalmirschütz stattgefundenen Vernehmung erklärten sich die Vereinigten S.-Räte im Einvernehmen mit Posen für souverän und anerkennen den Berliner Vollzugsausschuß nicht und würden die hier gefaßten Beschlüsse und Anordnungen nicht ausführen und respektieren.

Wir erhielten den Auftrag, der hiesigen Regierung mitzuteilen, daß jeder Vertreter, der nach dort käme, mit welchen Aufträgen es auch sei, unnachsichtlich erschossen würde und seien es die Regierungsvertreter selbst. Unsere von hier empfangenen 15 000 wurden vom Ostrower S.-Rat beschlagnahmt, weil sie mit den Interessen des dortigen

S. Rates nicht übereinstimmen. Nach den Angaben des Ostrower S. Rates bildeten wir eine Gefahr der öffentlichen Sicherheit resp. Ordnung. Wir wurden am Sonnabend, den 14. Dezember 1918, in Haft genommen und erst am Montag, den 16. Dezember 1918, nach wiederholtem Protest unsererseits dem S. Rat vorgeführt und auf freien Fuß gesetzt mit der Weisung, die dortige Gegend zu verlassen, da wir sonst Gefahr liefen, ergriffen und erschossen zu werden. Bei dieser ganzen Begebenheit wurde uns eine Sicherheitswache von drei Mann beigegeben, welche uns bis zur Abfahrt des Berliner Zuges zu bewachen den Auftrag hatten. Uns wurde erklärt: Mäntel und sonstige gebrauchsfähige Ausrüstungsstücke würden uns abgenommen. Erst auf Fürsprache eines p. Fricke durften wir mit Mantel abfahren. Während des Aufenthaltes in Posen wurden uns die Mäntel von polnischen Legionären abgenommen, ebenso Stiefel und bares Geld. Wir wären in Strümpfen nach hier gekommen, wenn uns nicht von einem Eisenbahner Holzschuhe zur Verfügung gestellt wurden. In Jarotschin wurden den Mannschaften, die zum Ersatztruppenteil zurückkehrten, Mäntel und Ausrüstungsstücke abgenommen, ebenfalls von Legionären. Als obige sich weigerten, mit Waffen bedroht.

Diese Angaben sind Untenstehende bereit zu beschwören und stellen sich dem Vollzugsrat zur Verfügung und bitten um weitere Befehle.

Geschrieben von Ernst Lützenkirchen, Theo Glindkamp, Hadbarth, Otto Voßwinkel.

Sammlung von Revolutionsdrucksachen.

Königliche Bibliothek.

Berlin NW 7, den 16. Dezember 1918.
Unter den Linden 38.

An die
Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte
Berlin.

Die Staatsbibliothek beabsichtigt im Anschluß an ihre in großem Maßstabe angelegte Kriegssammlung nunmehr auch **die auf die deutsche Revolution Bezug nehmenden Drucksachen** in möglichster Vollständigkeit zusammenzubringen, um so auch durch ihre Revolutionssammlung ein getreues Bild der Weltereignisse zu bieten. Aber auch diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn sie wieder auf die Unterstützung aller derjenigen rechnen darf, die dazu in der Lage sind. Noch mehr als bei der **Kriegssammlung** ist sie hier auf die Hilfe weitester Kreise angewiesen, handelt es sich doch vor allem darum, all der vielen **Zeitungen, Flugblätter, Wahlaufrufe, Flugschriften** und **Plakate** habhaft zu werden, die erfahrungsgemäß nur ein kurzlebiges Dasein führen.

Sie richtet daher an alle Vertreter der heutigen Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte die herzliche Bitte, sie bei ihrer Sammelarbeit nach Kräften zu unterstützen. Sie bittet jeden, in der Heimat auf unsere Sammlung aufmerksam zu machen und in geeigneter Form für sie zu werben. Alle für sie bestimmten Drucksachen bittet sie mit der Aufschrift „**Staatsbibliothek, Revolutionssammlung**" an obige Adresse gelangen zu lassen. Indem sie Ihnen für Ihre Bemühungen im voraus den verbindlichsten Dank ausspricht, zeichnet

in vorzüglicher Hochachtung

Die Kriegs- und Revolutionssammlung der Staatsbibliothek.
J. A.: Krabbe.

Erster Antrag Reinartz, Cassel (zurückgezogen).

Siehe Sp. 237.

Ohne den Beschlüssen der Nationalversammlung vorzugreifen, wählt das deutsche Volk am Sonntag, den 29. Dezember 1918, durch Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit von zwei vorgeschlagenen Männern einen zum Präsidenten der deutschen Republik, um sofort dem Feinde gegenüber recht- und ordnungsmäßig vertreten zu sein.

Die Amtsdauer dieses Präsidenten endet ohne weiteres an dem Tage, an dem ein neu gewählter Präsident (Präsidialkollegium) sich zur Übernahme des Amtes bereit erklärt. Dieser zweite Präsident (Präsidialkollegium) muß auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung rechtmäßig gewählt sein.

Der erste Präsident der deutschen Republik hat sich feierlich gegenüber der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, als den derzeitigen Vertretern des deutschen Volkes, auf nachstehende Richtlinien zu verpflichten, an die sich die Reichskonferenz auch ihrerseits für gebunden erklärt:

„Ich werde mein Amt mit einem von mir ernannten Kabinett von 10 Mitgliedern führen, in welchem stets wenigstens sechs Führer der heutigen sozialistischen Revolution sind.

Ich erkenne die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die nach meinen Weisungen handeln, an, um die Errungenschaften der Revolution zu festigen und zu sichern.

Meine erste und vornehmste Aufgabe ist es, den Frieden (Vorfrieden) herzustellen.

Unter Achtung der bestehenden Gesetze und Verordnungen werde ich keine Maßnahmen treffen, welche der Nationalversammlung vorgreifen und für die Zukunft die innere Politik des Reiches festlegen. Gesetzesänderungen und neue Verordnungen werde ich nur mit Zustimmung meines Kabinetts erlassen.

Die Beschlüsse der zum 16. Dezember einberufenen Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte bezüglich der Nationalversammlung werde ich bedingungslos befolgen. Ich werde ihre Durchführung unparteiisch fördern und überwachen und jede Störung der öffentlichen Ordnung verhindern.

Ich verpflichte mich, an dem Tage, an dem der verfassungsmäßig neugewählte Präsident (Präsidialkollegium) sich zur Übernahme seines Amtes bereiterklärt hat, unter Auflösung meines Kabinetts zurückzutreten."

Teilnehmer-Verzeichnis.

Abkürzungen:

S. = Sozialdemokrat.
U. = Unabhängiger Sozialdemokrat.
Sold. = Soldat.
V. Rev. = Vereinigte revolutionäre Arbeiter und Soldaten.
D. = Demokrat.

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	**Adler**, A.	6. 4. 76	Halle a. S., Bernburgerstr. 28	Merseburg	Sozialdemokratische Partei seit 1897, Gewerkschaftler
S.	**Adler**, Otto	23. 1. 76	Harburg a. E., Schippsee 18	Lüneburg Hannover	Gewerkschaftssekretär des Fabritarbeiter-Verbandes, Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells Harburg a. E.
S.	**Albert**, Robert	28. 4. 77	Dresden 21, Berggießhüblerstr. 21	8. Armee	21 Jahre Redakteur von Parteiblättern, Vorsitzender des Soldatenrats Mitau
S.	**Albrecht**			Merseburg	
S.	**Alexander**, Hermann	14. 4. 89	Lüneburg, Töbingstr. 4	Lüneburg	
S.	**Angler**, Hans	31. 1. 67	Fürth i. B., Blumenstr. 53 I	Mittelfranken	Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes
Sold.	**Antesberger**, Hans	22. 1. 94	Schlitz (Hessen)	Kreis Lauterbach	1. Vorsitzender des Soldatenrats der Westfront
S.	**Arndt**, Ernst	18. 10. 77	Berlin-Lichtenberg, Skandinavische Str. 2	Berlin S. 4. Berliner Kreis	Politisch und gewerkschaftlich tätig
U.	**Arndt**, Ewald	15. 12. 79	Gevelsberg, Haßlinghauserstr. 4	Arnsberg	Obmann
Sold.	**Arnhold**, Robert	18. 12. 84	Osnabrück	Stab 8. Armee	Ingenieur-Gewerbelehrer, Jugendpflege, Schriftsteller
S.	**Arzt**, Arthur	9. 10. 80	Dresden, Rennoicherstr. 1	Dresden	
U.	**Bachhaus**, Wilh.	9. 6. 66	Barmen, Ziegelstr. 39	Barmen	Vorstand der U. S. P. Barmen
S.	**Bartel**, Joh.		Aachen, Großtölnstr. 86/88	Köln-Aachen	Vorstand der sozialdemokratischen Partei
Sold.	**Bartels**, H.	23. 1. 85	Hamburg 4, Balduinstr. 4	17. Armee	Früherer Delegierter des Holzarbeiterverbandes Hamburg
S.	**Bartels**, Ludw.	8. 11. 76	Cottbus, Wernerstr. 48	Frankfurt a. O.	Lithograph, Wahlvereins-Vorstand, Redakteur der „Märkischen Volksstimme"
Sold.	**Bartsch**, Wilh.	17. 1. 92	Berlin-Lichtenberg, Müggelstr. 25	18. Armee Westheer	Deutscher Monistenbund
S.	**Baudert**, F. A.	16. 6. 60	Weimar, Pabststr. 18	Sachsen-Weimar	Parteisekretär, Mitglied d. Reichstages, Staatskommissar für Sachsen-Weimar-Eisenach
S.	**Bauer**, Friedr.	13. 12. 92	Hamburg, Bartholomäusstr. 45	Altenburg	Politisch und gewerkschaftlich tätig
S.	**Baumeister**, Albert		Hessenwinkel b. Erkner	Niederbarnim	Sekretär des Internationalen Gewerkschafts-Verbandes, Redakteur der Internationalen Gewerkschaftskorrespondenz (8 Sprachen), Herausgeber der Internationalen Korrespondenz, Geschäftsführer des Verlags für Sozialwissenschaft, Vorsitzender der Zentrale der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Brandenburg
	Bärwinkel, Wilh.		Arnstadt, Feldstr. 2	Schwarzburg-Sondershausen	
	Benker, Ferd.		Elberfeld, Worringerstr. 71	Anhalt	
S.	**Becker**, Roman		Gleiwitz, Wilhelmstr. 43	Oppeln	In Partei und Gewerkschaft tätig
U.	**Beckmann**, Georg	29. 12. 68	Gießen, Rodheimerstr. 30	Hessen	Vorsitzender der U.-S.-P., Kreis Gießen
S.	**Behr**, Gottfr.	27. 5. 86	Würzburg, Ulrichstr. 8	Würzburg	Neun-Klassen-Gymnasium
Sold.	**Bell**, Wilh.	23. 6. 79	Hanau a. M., Hopfenstr. 1	Kassel	
	Berendsohn, Robert	24. 4 83	Hamburg, Martinistr. 25	Sonderburg	Gelegentlicher Mitarbeiter an sozialdemokratischen Zeitungen, Pazifismus, Frauenstimmrecht, Jugendbewegung

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	Berger, Siegfried	24. 11. 79	Breslau, Götzenstr. 4	Glatz	
S.	Berker, Clemens	15. 9. 69	Lemgo	Lippe	Geschäftsführer des Konsumvereins, Mitglied der Lipp. Regierung
U.	Berten, Peter	18. 2. 73	Düsseldorf, Neckarstr. 9 II	Düsseldorf	Redakteur d. „Volkszeitung", Düsseldorf
Sold.	Beselin, Julius	10. 7. 75	Szapten bei Eydtkuhnen	8. Armee	Redakteur, Rechtskonsulent
S.	Bethke, Karl		Freiberg i. S., Herzog Ernststr. 22	Dresden	Redakteur der „Volkszeitung", Freiberg, Parteisekretär für den 9. sächsischen Kreis
Sold.	Bieronsky, Ed.	14. 9. 87	Schoppinitz, O.-Schlesien	Armeeabteilung C	Soldatenrat Generalkommando Lequis
	Birinski, Robert		Berlin, Kamerunerstr. 110	Marine	
S.	Bittner, Herm.	23. 1. 80	Gladbeck	Münster	Gewerkschaftsbeamter
S.	Blumöhr, Phil.	1. 2. 83	Hanau a. M., Antoniterstr. 14	Feld-A.-R. 108 18. Armee 54. J.-D.	Autodidakt, seit 1906 Redner
U.	Blunck, Friedrich	12. 10. 86	Leipzig, Braustr. 7	Sachsen	4 Jahre Besuch der Hamburger Parteischule, tätiges Mitglied des Metallarbeiterverbandes, politische Vorträge
S.	Bock, Alfred	7. 9. 80	Limbach, Wasserstr. 4	Emden (Provinz Hannover)	Elektrotechniker, Jugendbewegung
	Böckmann, Hermann		Hamburg, Warnkeweg 15	II. Armee	
	Bohn, Jos.		Hundheim, Post Morbach	Kr. Bernkastel	Kaufmann
V. Rev.	Boinski, Robert	2. 2. 89	Minenräum-Halbflottillen Reval	Mob. Truppe Ostsee	In Partei und Gewerkschaft tätig
U.	Boldt, Mich.	9. 2. 76	Bremen, Steffensweg 110	Magdeburg	In Partei und Gewerkschaft als Redner und Schriftsteller tätig
S.	Boldt, Rich.		Verden, Zollstr. 2	Verden a. Aller	Soldatenrat, 2. Ers.-Abt., Feld-A.-Regiment 26
	Dr. Bolewski, Johannes		Krotoschin	Posen	
S.	Bonnie, Wilh.	30. 1. 85	Magdeburg, Froserstr. 7	Meiningen	Maschinentechniker, Soldatenrat, 15. A.-K., schriftstellerisch tätig
S.	Bräucker, Jul.	7. 3. 73	Iserlohn, Augustastr.	Altena-Iserlohn	Geschäftsführer und Lokalredakteur „Volksstimme", Iserlohn, Stadtverordneter, Parteivors. für Iserlohn
S.	Brandenburg, Ernst		Stendal, Breitestr. 17	Magdeburg	Parteisekretär in Stendal, Stadtverordneter seit 1917
U.	Braß, Otto	21. 12. 75	Remscheid, Langstr. 3	Düsseldorf	Früher Feilenhauer, dann Krankenkassenbeamter, Verleger der „Volksstimme"
U.	Brendel, Paul	4. 5. 83	Tilsit	Tilsit	Vorstand des Soldatenrats, Metallarbeiter, Agitator
	Brennecke, Otto			Wiesbaden	
Sold.	Brieger, Heinr.		Breslau, Allerheiligenhospital	17. Armee	
S.	Brolat, Fritz	14. 7. 83	Berlin N 65, Lüderitzstr. 4	Berlin	In Partei und Gewerkschaft tätig
S.	Brunzel, Reinhold	14. 7. 66	Lyck, Ostpreußen, Kaiser Wilhelmstr. 86	Lyck (Ostpr.)	In Partei und Gewerkschaft tätig
U.	Bühler, Rud.	22. 5. 70	Remscheid, Bismarkstr. 61	Düsseldorf	Schablonenschneider, Parteisekretär für Kreis Lennep-Remscheid-Mettmann
	Buhl, Adolf			Potsdam	
S.	Bürkmann, Friedr.	11. 9. 78	Heidelberg, Schröderstr. 33	Mannheim	Kartellvorsitzender, Stadtverordneter u. Mitglied des Arbeiter-Volksrat in Heidelberg
S.	Burmann, Ulrich	27. 9. 87	Greifswald, Nikolaistr. 3	Stralsund	Landrat, 1. Vorsitzender des A.- und S.-Rats Greifswald
S.	Caro, Alfred	30. 12. 80	Insterburg, Louisenstr. 23	Insterburg	
S.	Cassau, Theodor	10. 8. 84	Berlin, Teltowerstr. 11	Erfurt	Dr. der Staatswissenschaft, Redakteur Gewerkschafts-, Genossenschaftswesen
S.	Castan, Ernst	8. 11. 71	Chemnitz, Schönnerstr. 14	Chemnitz	Gewerkschafts-Mitglied des sächs. Landtages, Vorsitzender des Soldatenrats Chemnitz.

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	Castun, Herm.	4. 6. 78	Bielefeld, Kurzestr. 2	Minden	Vorsitzender des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Bielefeld
S.	Chajes, Benno		Frankfurt (Oder), Sophienstr. 4	Frankfurt a. O.	Dr. med., Stadtverordneter, Berlin, Vorsitzender der A.- und S.-Räte des Reg.-Bez. Frankfurt, Mitarbeiter sozialdemokratischer Zeitungen
U.	Chmilewski, Paul	18. 12. 78	Berlin NO, Kuglerstr. 86	Berlin 5	Als Vertrauensmann in Partei und Gewerkschaft tätig
V. Rev.	Clemens, Jos.	11. 8. 88	Minen-Such-Verband, Schiff Regina	Mob. Truppe Ostsee	Für Gewerkschaft tätig
S.	Cohen, Adolf	18. 7. 70	Berlin, Linienstr. 83/85	Berlin	Angestellter des Metallarbeiterverbandes, Reichstagskandidat, Verfasser von Flugblättern, Jahresberichten
S.	Cramer, Heinrich	10. 6. 81	Limburg a. d. Lahn	Wiesbaden-Diez-Limburg	Volkswirtschaftliche Studien, Frauenstimmrecht
S.	Czadezeck, Franz	27. 3. 83	Stolp (Pommern), Höhlenstr. 28	Köslin	Bauhilfsarbeiter
S.	Dähling, Rob.	8. 6. 86	Hannover, Gr. Barlinge 39 II	Hannover	Funktionär in der Jugendbewegung, Vorsitzender d. Soldatenrats X. A. K.
D.	Dahmke, Otto		Berlin-Britz, Rudowerstr. 24	2. Armee	Sekretär des deutsch-chinesischen Verbandes
S.	Danner, Lothar	22. 4. 91	Berlin-Schöneberg, Generalkommando VIII, Reserve-Korps	7. Armee	Aktiver Offizier, Gründer des Soldatenrats, 7. Armee
S.	Dantz, Otto	14. 2. 69	Cüstrin-Neustadt, Schiffbauerstr. 39	Frankfurt a. Oder	Vorsitzender des Arbeiterrats Cüstrin, Gewerbegerichtsbeisitzer
U.	Dennhardt, Artur	7. 11. 72	Großschocher, Wallwitzstr. 9	Leipzig	Angestellter des Bauarbeiter-Verbandes Leipzig
	Dickmann			19. Armee	
S.	Dittrich, Wilhelm	19. 8. 67	Rostock, Glockengießerhof 1	Mecklenburg-Schwerin	In Partei und Gewerkschaft tätig
S.	Dr. Douglas, Theobald	2. 7. 70	Berlin W 10, Drakestr. 1	Kriegslazarett 841 (Bialystock)	Praktischer Arzt, soziale Arbeit
U.	Dreffet		Köslin, Junkerstr. 22	Pommern	Tischler, Arbeiterbildungsschule Berlin
D.	Dröge, Carl	23. 3. 90	Bochum, Unter d. Linde 7	III. Armee	
S.	Dröner, Ernst		Elberfeld, Wiesenstr. 39	Düsseldorf	Bezirkssekretär, Vorsitzender des Handlungsgehilfen-Verbandes und Aufsichtsrat der Konsumgen.
S.	Dühme, Max	4. 12. 87	Münster, Industriestr. 54	Münster	
U.	Düwell, Bernhard	29. 4. 91	Zeitz i. S., Douliesstr. 12	Merseburg	Politischer Redakteur des „Volksboten", Zeitz. In Jugend- und Parteibewegung tätig
D.	Eberwien, Eberhard	28. 6. 84	Steglitz, Albrechtstr. 29		Vorsitzender des Bezirks Halle des Vereins für Handlungs-Commis v. 1858
S.	Eder, Emil	16. 2. 69	Baden-Baden	Karlsruhe	Technische Hochschule, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, Baden
U.	Eggers, Heinrich	17. 3. 78	Eisleben, Kreißfelderg. 31	Eisleben	Partei-, Gewerkschafts- und Kinderschutzkommissionsmitglied
S.	Ehrensperger, Ludwig		Regensburg, Weinmarkt 2	Oberpfalz	Vorsitzender des Soz. Vereins und des Arbeiter- und Soldatenrats, Regensburg
U.	Eichhorn, Emil	9. 10. 63	Berlin, Langenbeckstr. 9	Berlin	Redakteur. Polizeipräsident von Berlin. Landtagsabgeordneter von 1903 bis 1912. Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums Mannheim 1903. Leiter des sozialdemokratischen Pressebüros 1908—1917, beim spartakistischen Januarputsch 1919 nach Schweden geflüchtet
U.	Eisenreich, Christian	18. 6. 82	Bremen, Hemmstr. 137	Bremen	Politisch und gewerkschaftlich organisiert. Agitatorisch tätig gewesen
S.	Endres, Fritz	6. 1. 70	Fürth i. B., Poppenreuth 138	III. Bayr. A. K.	Arbeitersekretär, Mitglied des letzten bayrischen Landtags und provisorsch. Nationalrats

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
D.	**Engel**, Johannes	7. 2. 91	Hamburg 5, Lindenstr. 12	2. Armee	Kaufmann
S.	**Engelhardt**	3. 10. 78	Breslau, Steinstr. 112	Tarnowitz O. S.	
D.	**Engelsberger**	12. 4. 84	Inzell	Bayern	
U.	**Ernst**, Josef	30. 3. 82	Hagen, Eppenhauserstr. 49	7. Armee	Vorsitzender des Soldatenrats Crefeld, Volkskommissar für den Landkreis Hagen
U.	**Evertz**, Cuno	24. 6. 86	Velbert (Rhld.)	Soldatenrat Velbert	Vorsitzender des Bezirks-Soldatenrats Kreis Mettmann
S.	**Faaß**, Fritz	22. 11. 72	Neukölln, Weichselstr. 8	Teltow-Beskow	Arbeitersekretär, Redakteur verschiedener Parteizeitungen
S.	**Falkenberg**, Richard	31. 12. 75	Stettin, Falkenwalderstr. 27	Stettin	Gauvorsteher vom Holzarbeiterverband, Stadtverordneter
	Faß			Arm.-Abt. C	
V. Rev.	**Faust**, Alfred	15. 12. 83	Bremen, Gr. Johannisstr. 126	Ukraine	Propagandachef
S.	**Fechenbach**, Siegbert	6. 9. 92	Chemnitz, Cranachstr. 6 I	Chemnitz	Vorstand der Handlungsgehilfenbewegung, Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten
S.	**Feldmeyer**, Wilhelm		Brühl (Köln), Bonnstr. 67	Köln	Vertrauensmann der Parteien und Gewerkschaften
S.	**Feustel**, Paul	5. 1. 76	Gera, Lützowstr. 31	Reuß j. L.	Vorsitzender des Orts- und Bezirksverein Gera. Aufsichtsrat im Konsumverein.
S.	**Fiege**, Carl	26. 2. 89	Brieg (Breslau)	Breslau	
	Fiethaus		Arnsberg	Arnsberg	
S.	**Fietz**, Albert	26. 2. 89	Schöneberg, Geneststr. 2	Gumbinnen	Vertrauensmann, Obmann, Kassierer von der Volksfürsorge. Im Vorstand des Konsumvereins von Mix & Genest, 1918 durch Einziehung gemaßregelt
U.	**Filthaus**, Heinrich	11. 3. 81	Werdohl i. Westf.	Arnsberg	Hammerschmied. 2. Semester Parteischule
S.	**Fischer**, Gustav	9. 12. 66	Hannover, Werderstr. 13	Hannover	Mitglied der Regierung
U.	**Fliedner**, Paul	29. 3. 65	Ilmenau, Thüringen	Sachsen-Koburg-Gotha	Arbeiterjugendbewegung, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Gotha
D.	**Flügel**, Wilhelm	25. 11. 78	Berlin NO, Kniprodestr. 19	Berlin	Vorsitzender des Lehrervereins, Führer in der Beamtenbewegung (Deutscher Beamtenbund)
S.	**Frank**, Otto	23. 2. 74	Berlin N 39, Nordufer 14	Berlin	
S.	**Frank** Otto	22. 9. 88	Hannover, Lister Kirchweg 11 a	Hannover	Zentral-Arbeiter- u. Soldatenrat, Hannover, kunstschriftstellerisch tätig
U.	**Frasunkiwicz**, Adam	23. 12. 73	Hemelingen (Bremen), Karlstr. 73 I	Bremen	Parteischule 13/14 für Parteipresse, Bildungsausschuß
U.	**Frenzel**, Ernst	7. 12. 87	Leipzig	Heeresgruppe Kiew	Jugend- und Parteibewegung, Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung"
S.	**Freudenberger**, Felix		Würzburg, Augustinerstr. 4	Bayern	2. Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins, Bildungsausschuß
S.	**Frick**, Wilhelm	21. 2. 87	Stuttgart, Moltkestr. 96	Württemberg	Gewerkschaftlich und politisch tätig
S.	**Fritzsche**, Alfred		Berlin-Lichtenberg, Grünbergerstr. 22	Breslau	Politisch organisiert
S.	**Fritzsche**, Rudolf	15. 7. 86	Leubingen (Thüringen)	Merseburg	Lehrer, volksstaatliche Gesundheitspflege
S.	**Frölich**, August	31. 12. 77	Altenburg, Zwickauerstr. 4	Sachsen-Altenburg	Politiker u. Gewerkschaftler, Gemeinde- und Stadtverordneter, Staatsrat
D.	**Fuchs**, Wilhelm	11. 12. 62	Crossen a. Oder, Hospitalstr. 409	Crossen-Schwiebus	Oberpostsekretär, parteipolitisch im Sinne der Fortschrittspartei tätig, Beamtenangelegenheiten
S.	**Funk**, Waldemar		Köln, Bonnerstr. 54	Köln	Gewerkschaftlicher Beamter (Fabrikarbeiterverband für Rheinland und Westfalen)
S.	**Funke**, Carl	1. 9. 79	Charlottenburg, Goslarer Platz 5	17. Armee	Rednerisch tätig

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	**Gandlitz**, Emil		Bunzlau, Gnadenbergerstr. 43	Liegnitz (Schlesien)	Vorsitzender des Kreiswahlvereins Bunzlau-Lüben
S.	**Garbe**, G.	23. 9. 65	Kiel, Fährstr. 24	Schleswig-Holstein	Seit 34 Jahren politisch und gewerkschaftlich tätig
S.	**Geisler**, Gustav	23. 6. 63	Nürnberg, Breitegasse 25/27	Nürnberg	Redakteur der „Fränkischen Tagespost", Nürnberg
Sold. (S.)	**Geißler**, Richard	15. 8. 77	Döbritz-Dresden 26, Dorfplatz 13	Ems, VII. Armee	Bauführer, politisch und gewerkschaftlich tätig
Sold.	**Gemeinder**, Peter		Eugenhahn, Post Idenstein (Taunus)	4. Armee	Handwerker, Kapitulant im Pionier-Bataillon 21
U.	**Gensel**, Gustav	20. 9. 77	Rheydt, Watelerstr. 112	Bezirk Düsseldorf	Vertrauensmann
S.	**Gerber**	29. 9. 89	Charlottenburg, Rüsternallee 8	Berlin	
S.	**Gersdorf**, Bruno	26. 9. 82	Dortmund, Leopoldstr. 18	Arnsberg	Angestellter des Metallarbeiterverbandes und Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats, Dortmund
U.	Dr. **Geyer**		Leipzig	Sachsen	
S.	**Gleisberg**, Hugo	16. 3. 84	Saarbrücken, Neumarkt 7	Saarbrücken Land	18 Jahre aktiver Soldat
U.	**Göbner**, Franz	18. 2. 79	Wiesbaden, Datzheimerstr. 94	Wiesbaden	Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und des Holzarbeiterverbandes, Wiesbaden
S.	**Göhring**, Friedrich	19. 5. 76	Ulm a. D., Frauenstr. 32	Württemberg	Redakteur der Donau-Wacht, Gemeinderat in Ulm
S.	**Göpfert**, Karl		Rosenheim, Hammerweg 8	Bayern (Rosenheim)	Arbeitersekretär in Rosenheim
S.	**Göpner**, Hermann	14. 6. 84	Neumünster, Schwalberstr. 10	Schleswig-Holstein	Jugendleiter, Vorsitzender des Soldatenrats Rendsburg
S.	**Götz**, Julius	13. 6. 80	Ulm a. D., Nagelstr. 34	Württemberg	Parteimitglied seit 20 Jahren, Mitglied der bürgerlichen Kollegien
S.	**Gomolka**, Josef	8. 10. 79	München, Pestalozzistr. 40	Westheer	Angestellter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle München
U.	**Gottschalk**, Alfred	15. 1. 63	Königsberg, Brodbänkenstr. 4/5	Königsberg	
S.	Dr. **Gradnauer**, Georg	16. 11. 66	Dresden A. 21	Sachsen (Dresden)	Parteiredaktion, Reichstagsabgeordneter
U.	**Grosche**, Eugen	11. 3. 88	Berlin W 30, Luitpoldstr. 7	Niederbarnim	Gewerkschaftlicher Volkskommissär, Kreis Niederbarnim, Mitarbeiter an naturwissenschaftlichen Fachzeitungen
S.	**Groos**, Heinrich	1. 5. 76	Osnabrück, Rudolfstr. 21	Hannover	Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes
S.	**Grzesinski**, Albert	28. 7. 79	Cassel, Holländ. Str. 131	Cassel	Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Offenbach a. Main und Cassel, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, Cassel
	Günther			Allenstein	
S.	**Gürgens**, Fritz		Wittenberge, Viktoriastr. 2	Westprignitz	Zentralwahlvereinskassierer für Westprignitz
S.	**Gymer**, Hermann	14. 6. 84	Neumünster, Schwalbenstr.	Schleswig-Holstein	Vorsitzender des Soldatenrats
S.	**Haas**, August		Cöln, Bonnerstr. 87	Cöln-Aachen	Angestellter des Metallarbeiterverbandes, Stadtverordneter in Cöln seit 1918, Reichstagskandidat
S.	Haese, Otto	20. 9. 74	Wiesbaden, Blücherstr. 33	Wiesbaden	Angestellter des Bauarbeiterverbandes, Stadtverordneter Wiesbaden, Vorsitzender des Kreiswahlvereins Wiesbaden
Sold.	**Hammer**, Emil	20. 10. 92	Pillnitz a. Elbe	V. Armee	Lehrer
S.	**Hammerschlag**, Ludwig	2. 4. 87	Freiburg, Sternwaldstr. 27	Freiburg	Generalsekretär des internationalen Ordens für Ethik, Redakteur und Organisator
S.	**Hannach**, Ludwig		Breslau, Gartenstr. 91	Breslau	Soldatenrat
S.	**Hardt**, Michel	23. 7. 78	Amberg	Bayern	
S.	**Harris**, Leopold	20. 5. 74	Frankfurt a. M., Eschersheimerlandstr. 60	Wiesbaden	Kaufmann, veröffentlicht Artikel über agrar-politische und wirtschaftliche Fragen

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	**Hartig**	20. 5. 87	Chemnitz, Gartenstr. 8	Marinestation der Ostsee	Settionsleitung der Modelltischler, Chemnitz
S.	**Hasenzahl**, Ludwig	13. 6. 76	Michelstadt (Odenwald)	Hessen	Reichstagsabgeordneter, Elfenbeinschnitzer
S.	**Han**, Fritz		Trier, Dietrichstr. 48	Trier	Kaufmann, politisch tätig
S.	**Haupt**, Gustav		Ludwigshafen, Bismarckstr. 20	Bayern	Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes, Arbeitersetretär Ludwigshafen
S.	**Hanschildt**, Richard	12. 11. 76	Cassel, Schützenstr. 2	Cassel	Redakteur „Kasseler Volksblatt", Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Kassel
U.	**Hedel**, Paul	15. 12. 74	Crimmitschau, Leipzigerstr. 46	Zwickau	
U.	**Hedert**, Fritz	28. 3. 84	Chemnitz, Weststr. 30	III. Sachsen	Gewerkschaftssekretär, schriftstellerisch tätig
	Hehrlein			Bayern	
S.	**Heldt**, Max	4. 11. 72	Chemnitz, Gravelottestr. 22	Chemnitz	Seit 1909 Mitglied des Sächsischen Landtags, 1918 Sächsischer Staatsminister (Arbeitsminister), Beigeordneter der Bezirkshauptmannschaft Chemnitz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, Chemnitz
S.	**Hense**, Karl	8. 1. 71	Hamburg, Besenbinderhof 57	Hamburg	Gewerkschaftssekretär, Vorstandsmitglied der Landesorganisation Hamburg
U.	**Henseleit**, Hermann	16. 3. 86	Rostock, Mecklenburg-Schwerin	Mecklenburg-Schwerin	Politisch u. gewerkschaftlich organisiert
Sold.	**Henseling**, Robert	19. 10. 83	Stuttgart, Pfizerstr. 5	II. Armee	Lehrer, Schriftführer im Dürerbund, Abteilungsleiter bei Kosmos
U.	**Herberts**, Hermann	1. 12. 77	Cronenberg, Südberg (Rhld.)	Düsseldorf	Vorsitzender des Volksrats
S.	**Hesse**			Braunschweig	
	Heydemann, Max	3. 2. 84	Königsberg, Paradeplatz 7	Königsberg	Schriftsteller
S.	**Hillbrecht**, Peter	23. 4. 84	Kiel, Papenkamp 57	Schleswig-Holstein	Schlosser, Vorsitzender der Parteiorganisation Groß-Kiel, Vorstandsmitglied des Kieler Arbeiterrats
S.	**Hirschler**, Franz	7. 3. 81	Mannheim, Beethovenstr. 22	Mannheim	Dr. jur. Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats Mannheim, Rechtsanwalt, praktizierte mit dem gefallenen Dr. Ludwig Frank zusammen
Sold.	**Hodenberg**, C.	13. 4. 87	Celle i. Hannover, Berggartenstr. 22	8. Armee	Rechtsanwalt
	Hofbauer			Bayern	
S.	**Hoffmann**, Max	16. 10. 72	Guben (N. L.)	Frankfurt a. Oder	Gewerkschaftssekretär des deutschen Textilarbeiterverbandes
	Hofmann, Wolfgang	14. 3. 59	Englschalking b. München	Bauernrat Bayern	Bayrischer Bauernbund, rednerisch und agitatorisch tätig
S.	**Hofmann**, Arthur	19. 4. 63	Saalfeld (Thüringen)	Sachsen-Meiningen	Stadtverordneter u. Mitglied des Landtags, Gründer des Volksblatts, Mitglied der S. M. Regierung
S.	**Holl**, Peter		Passau	Niederbayern	Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Passau
S.	Dr. **Hollander**, Gottfr.	23. 4. 76	Kolberg	Köslin	Rechtsanwalt in Berlin, z. Zt. im Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrats Kolberg
S.	**Höllenreiner**, Hans	19. 1. 77	Fürth i. B., Schiedelgasse 16	Fürth	2. Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Fürth
S.	**Holtmann**, Carl	30. 1. 83	Rotenburg i. Hannover, Bergstr.	Armee Mackensen	Tischler, gewerkschaftlich und politisch organisiert
S.	**Holz**, Martin	11. 11. 89	Forst (Lausitz)	Sorau (Forst)	Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Sorau, Geschichte und Nationalökonomie studiert
S.	**Hoppe**, Fritz	15. 11. 88	Hameln, Stuvestr. 29	4. Armee	Soldatenrat beim 10. Reservekorps
	Horks			Cöln	
U.	**Horn**, August		Stettin, Kaiser Wilhelmstr. 73	Stettin	Parteisekretär

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	**Horn**, Hermann		Oels i. Schlesien, Ohlauerstr. 6	Mittelschlesien	Dreher
S.	**Horter**, B.	10. 4. 68	Karlsruhe, Marienstr. 67	Karlsruhe	Bezirksleiter im deutschen Bauarbeiterverband, Vorsitzender des Volksrats
S.	**Husemann**, Friedrich	19. 9. 73	Bochum, Wiemelhauserstr. 40	Arnsberg	Angestellter des Bergarbeiterverbandes Deutschland, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei des Kreises Bochum-Gelsenkirchen
S.	**Jäger**, Joh.	11. 4. 81	Grebenstein 98 b. Kassel	6. Armee	Politisch und gewerkschaftlich tätig
U.	**Jakobi**, Ernst	2. 7. 94	München, Schützenstr., Hotel Kaiserhof	München	5 Semester studiert, drahtlose Telegraphie, Arbeiterrat
S.	**Jaster**, Willi	27. 9. 89	Lübeck, Bremerstr. 12	Lübeck	Vorstand des Arbeiter- und Soldatenrats, Bühnenverband
U.	**Ibanetz**, Otto	18. 12. 58	Elberfeld, Exerzierplatz 44	Elberfeld-Barmen	Gewerkschaftlich und politisch tätig, Vorsitzender der U. S. P.
	Irmer			Wiesbaden	
S.	**Israelski**, Hugo	21. 11. 67	Hagen, Karlstr. 20	Arnsberg	Nervenarzt, Mitarbeiter der Parteipresse
S.	**Jünger**, Otto	2. 8. 77	Eckernförde, Gätjestr. 25	Schleswig-Holstein	Gewerkschaftlicher Beamter
U.	**Kaempfer**, Rich.	29. 8. 84	München, Dreimühlenstr. 20	München	Handlungsgehilfe
S.	**Kahmann, Herm.**	29. 11. 81	Potschappel	Dresden	Gewerkschafts- und Parteibeamter
U.	**Kaiser**, Paul	25. 5. 79	Solingen, Eintrachtstr. 23	Düsseldorf	Gewerkschaftlich und politisch tätig
S.	**Kaminski**, Max	1. 12. 77	4. Komp. E/49, Gnesen	Bromberg	Politisch organisiert
S.	**Kaul**, Georg	11. 8. 73	Offenbach a. Main, Sallgstr. 3 p.	Hessen	Redakteur a. „Offenbacher Abendblatt"
U.	**Kaulfers**, Kurt	13. 3. 90	Kiel-Gaarden	Schleswig-Holstein	Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes Kiel
S.	**Kayser**, Richard	2. 9. 68	Landsberg (Oder), Küstrinerstr. 112	Frankfurt (Oder)	Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins und des Holzarbeiterverbandes, Stadtverordneter
S.	**Keil**, Hermann	29. 12. 82	Mariendorf, Richterstr. 48 I	8. Armee Riga	Bezirksführer, Berlin 23, 23 a
	Kern, Jakob	1. 7. 76	Darmstadt, Pankratiusstr. 4	19. Armee	Krankenkassenbeamter, politisch und gewerkschaftlich organisiert
S.	**Kiel**	31. 5. 90	Bremen, Am Werdersee 53	III. Armee	Ingenieur
U.	**Kiß**, Paul	30. 10. 71	Pehlitz b. Greiz	Reuß ä. L.	Geschäftsleiter der „Reußischen Volkszeitung", Vorsitzender des Soz. Vereins Reuß ä. L. Mitglied der Landesregierung
V. V.-R.	**Klarhauser**	7. 2. 82	Hauersdorf	Bayern	Agitatorisch tätig
S.	**Kleinspehn**, Joh.	24. 4. 80	Nordhausen, Körnerstr. 14	Erfurt	Früher Eisendreher, Redakteur der „Nordh. Volkszeitung"
S.	**Kluge**, Eduard	8. 4. 72	Pforzheim, Schillerstr. 1	Baden	Gewerkschafts-Beamter, Arbeitersekretär, Stadtverordneter, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates
S.	**Klupsch**, Franz	22. 9. 74	Dortmund, Bernstr. 88 III	Arnsberg	Parteischule, 1907/08, Parteisekretär, Stadtverordneter
S.	**Knaus**, Hermann	27. 11. 82	Offenbach a. Main, Biebererstr. 101	Hessen	Vorsitzender des Gemeinde- u. Staatsarbeiterverbandes, rednerisch tätig
S.	**Knelsel**, Jos.	8. 8. 83	Neisse, Paterstr. 22	Oppeln	Vorsitzender des Wahlkreises
S.	**Knoblauch**, Wilh.	23. 1. 74	Darmstadt, Viktoriastr. 94	Hessen	Redakteur am „Hessischen Volksfreund", früher Schriftsetzer
S.	**Knoche**	24. 6. 69	Finsterwalde	Frankfurt (Oder)	Buchdruckereibesitzer
S.	**Kobert**, Karl	10. 11. 81	Berlin NO 18, Elbingerstr. 7	Berlin 4	Für Gewerkschaft und Partei tätig

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
Sold.	**Kobs**, Rudolf	19. 8. 95	Berlin, Simon Dachstr. 27	Berlin IV	Schlosser, Soldatenrat der 18. Division
S.	**Koch**, Julius		Magdeburg, Georgenplatz 10	Magdeburg	Maurer, Beamter des Bauarbeiterverbandes
S.	**Koch**, Wilhelm		Magdeburg, Dorotheenstr. 14	Magdeburg	gewerkschaftlich und politisch organisiert
U.	**Koenen**, Wilh.	7. 4. 86	Halle, Yorkstr. 78 III	Merseburg	Redakteur von Parteiblättern
S.	**König**, Max	3. 5. 68	Dortmund, Kielstr. 5	Arnsberg	Redakteur, Stadtverordneter, Reichstagsmitglied
U.	**König**, Franz	1. 7. 55	Gollnow, Marktstr. 7	Stettin	Politisch und gewerkschaftlich tätig
S.	**Kohl**, Robert	26. 6. 76	Wilmersdorf, Nassauischestr. 36	10. Armee	Politisch und gewerkschaftlich organisiert
S.	**Kollmann**, Dionys	30. 1. 89	Darmstadt, Heinheimerstr. 22	Hessen	Arbeitersekretär
U.	**Kortmann**, Paul		Sagan, Halbauerstr. 27	Liegnitz	Politisch organisiert
S.	**Kopm**, Herm.	30. 1. 81	Hamburg	4. Armee	Gewerkschaftsbeamter (Handlungsgehilfenbewegung)
U.	**Kretzen**, Joh.	5. 11. 89	Solingen, Fach 132	Düsseldorf	Mitarbeiter von Parteiblättern, volkswirtschaftlicher Schriftsteller
Sold.	**Kreutz**, Rich.	26. 10. 81	Hamburg 30, Wrangelstr. 113 I	7. Armee	Gewerkschaftlich und politisch tätig
	Kröner			Düsseldorf	
S.	**Kronen**	2. 7. 81	Cöln-Nippes, Hogenbergstr. 7	M. E. D. 6 Wilna Brest-Litowsk	Kaufmann, bis 1904 links-liberal, dann Demokrat und Republikaner
S.	**Krüger**, Franz	1. 1. 87	Cöpenick, Mahlsdorferstr. 101 II	Teltow-Beskow	Gewerkschaftsbeamter, Sekretär von Ebert
U.	**Künstler**, Franz	13. 5. 88	Neukölln, Treptowerstr. 28	6. Armee	Gewerkschaftlich und politisch agitorisch tätig, Vorstandsmitglied vom Wahlverein
U.	**Kuhlen**, Gust.	12. 12. 85	Mannheim, Seckenheimerstr. 13	Mannheim	Parteifunktionär
U.	**Kuhlmey**, Karl	12. 8. 90	Kötzschenbroda b. Dresden		Gewerkschaftlich u. schriftstellerisch tätig
S.	**Kuhnen**, Ludwig		Aachen, Gülicherstr. 208	Aachen	Gewerkschaftsbeamter (Textilarbeiterverband)
S.	**Kuhnert**, Ludw.		Bonn, Sandkaule 12	Cöln	Gewerkschaftsbeamter
V. Rev.	**Kuhnt**, Bernh.	24. 2. 76	Wilhelmshaven, Offizierskasino	Oldenburg	Präsident von Oldenburg, Geschäftsführer des M. A. V., Parteisekretär, Vorsitzender der Jugendausschüsse Chemnitz, 1906—1908 Stadtverordneter in Kiel
S.	**Lambrecht**, Friedr.	10. 11. 74	Berlin, Taborstr. 2	Osten, 10. Armee	Gewerkschaftssekretär des deutschen Transportarbeiterverbandes
S.	**Lamp'l**, Walther	10. 5. 91	Hamburg 15, Hammerbrookstr. 99	Hamburg	Volkswirtschaft studiert, Reserveoffizier, Kaufmann
S.	**Latusle**, Julius	20. 12. 68	Strasburg (Uckermark)	Prenzlau-Angermünde	Vorsitzender des Arbeiterrats Straßburg
S.	**Lau**, Johannes	20. 5. 74	Hannover, Gr. Moore 7	4. Armee, Westen	Parteisekretär der Provinz Hannover
V. Rev.	**Laufenberg**, Heinrich	19. 1. 72	Altrahlstedt	Hamburg	Schriftsteller 1904—1907, Redakteur der Düsseldorfer Volkszeitung, Leiter der Parteischule Hamburg
	Laulant, Gustav			Berlin	
S.	**Leinen**, Friedr.	12. 5. 78	Löbau i. Sa.	Bautzen	
S.	**Leinert**, Robert	16. 12. 73	Hannover, Mendelssohnstr. 5	Hannover	Volksschule, lernte das Malerhandwerk, wurde 1900 Arbeitersekretär in Hannover, 1903—1906 Redakteur des „Volkswille" und von 1906 ab Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Hannover. Am 15. November 1918 einstimmig zum Oberbürgermeister von Hannover gewählt. Von 1908 bis zur Revolution war er Landtagsabgeordneter für Preußen.

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
	Lempke			Elsaß-Lothringen	
U.	**Leppert**, Christof	18. 6. 86	Leipzig-R., Oswaldstr. 9	Leipzig	Gewerkschaftlich und politisch tätig
U.	**Levinè**, Eugen	9. 5. 83			Dr., Nationalökonomie, in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und Rußland seit 1903 tätig.
U.	**Leu**, Käthe	17. 8. 81	Danzig, Grenadierpl. 33	Danzig	Gewerkschaftlich und politisch tätig. Referentin der Partei. Seit Januar 1918 Mitglied der U. S. P. D.
Sold.	**Lewinsohn**, Ludwig	30. 3. 88	Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstr. 7	4. Armee	Politischer Korrespondent, Paris und London, Akademiker, Nationalökonom
S.	**Lichtenstein**		Hindenburg	Oppeln (Oberschl.)	Rechtsanwalt, seit 10 Jahren für Partei tätig
S.	**Liebke**, Karl Wilh.	1879	Perleberg, Hagenstr. 50	Ostprignitz	Stadtsekretär, früher linker Flügel der fortschrittlichen Volkspartei, im Ausland gewesen.
U.	**Lill**, Reinhold	31. 12. 84	Charlottenburg, Osnabrücker Str. 39	Stellv. Gen. Kmdo. 8. A. K. Coblenz	Gewerkschaftlich und parteipolitisch beschäftigt
S.	**Limbertz**, Heinrich		Essen-Ruhr, Einigkeitsstr. 33	Düsseldorf	Arbeitersekretär und Redakteur der „Arbeiterzeitung", Essen. Verfasser: Die Scharfmacher d. Industriegebiets
U.	**Lindner**, Hermann	12. 9. 82	Dietrichsdorf b. Kiel	Schleswig-Holstein	Politisch und gewerkschaftlich im Metallarbeiterverband tätig
U.	**Lipinski**, Rich.	6. 2. 67	Dresden-A., Bürgerwiesen 24 III	Leipzig	Redakteur, Buchhändler, Vorsitzender d. Bezirks Leipzig der sozialdemokratischen Partei, 1903—1906 M. d. R.
D.	**Lipinski**, Wilhelm		Kreuzburg, Chausseestr. 24	Oberschlesien	Landwirt
D.	**List**, Albert	13. 5. 92	Berlin, Fasanenstr. 68		
S.	**Löbe**, Paul		Breslau, Neue Graupenstr. 7	Breslau	Redakteur der Volkswacht, Stadtverordneter und Provinziallandtagsabgeordneter
S.	**Löffler**, Heinrich		Kattowitz, Grünstr. 4	Kattowitz und Königshütte	Vorstand des Bergarbeiterverbandes
S.	**Löhle**, Friedr.	4. 10. 73	Konstanz, Neugasse 12	Konstanz	Mitglied des Arbeiter- u. Soldatenrats Badens
U.	**Löwenstein**, Max	24. 10. 73	Barmen, Sedanstr. 2	Düsseldorf	Vorsitzender des Arbeiter und Soldatenrats, Barmen, Mitglied des Volksbildungsausschusses
S.	**Lohmann**, F.	4. 9. 72	Einbeck, Hullerserstr. 28	11. hann. Wahlkreis	
D.	**Loos**, Wilh.	20. 3. 85	Darmstadt, Dieburgerstr. 188	Hessen	Volksschullehrer, Kandidat der demokratischen Partei für Nationalversammlung und hessischen Landtag, Schriftsteller
S.	**Lorenz**, Heinrich	7. 11. 70	Stadthagen, Niedernstr. 41	Schaumburg-Lippe	Landtagsabgeordneter
S.	**Lübbring**, Joseph	26. 7. 76	Königsberg, Luisenallee 98	Königsberg	Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes, Vorsitzender des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Ostpreußens, Stadtverordneter Königsberg
	Lück, Otto			Potsdam	
S.	**Lüdemann**, Hermann	5. 8. 80	Wilmersdorf, Prager Str. 5	Berlin	Ingenieur, Vorstandsmitglied des Bundes technisch-industrieller Beamter, sozialdemokratischer Stadtverordneter von Wilmersdorf, 1. Volksbeauftragter des Arbeiter- und Soldatenrats Wilmersdorf
S.	**Lüdtke**, Willi	21. 11. 90	Schlawe i. Pom., Köslinerstr. 4	4. Armee	Bisher als Redner und Schriftsteller für Fortschrittspartei in Pommern tätig gewesen, Staatsbeamter
	Mache			Bayern	
S.	**Maier**, Georg	15. 3. 79	Berlin S 95, Urbanstr. 130	Kowno	seit 20 Jahren gewerkschaftlich und politisch tätig
U.	**Majewski**, Jul.	21. 1. 90	Strasburg, Westpr.	Graudenz	Kaufmann

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
	Malzahn			Berlin	
S.	**Mannheim**, Walter		Wilmersdorf, Südwest-Korso 20	Marienwerder	Freie Studentenschaft, Aufklärung vor der Revolution
U.	**Manthey**, Franz	1. 9. 84	Hemelingen (Bremen), Kl. Marschstr. 17	Bremen	Aktionsausschuß des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats
S.	**Marck**, Siegfried	9. 3. 87	Breslau, Kurfürstenstr. 29	Armee-Abt. A	Dr. phil. Privatdozent
S.	**Marcus**, Friedr.	6. 8. 890	Cassel, Maurerstr. 18	Oldenburg	Dr. phil. 1. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Aurich
D.	**Maron**, Oskar	2. 2. 85	Limburg, Walderdorffstr.	Wiesbaden	Syndikus bei Versicherungs-Gesellschaft fachwissenschaftlicher Schriftsteller
S.	**Matern**, Fritz	26. 7. 73	Zehlendorf, Machnowerstr. 15	Groß-Berlin	Stadtsekretär Schöneberg, für die Bildung eines sozialen Beamten-Bundes
Sold.	**Matthens**, Richard	29. 1. 94	Neustrelitz, Strelitzerstr. 52	M. E. D. 5	Jurist
S.	**Matuszewski**, Tadeusz	26. 7. 74	Posen, Friedrichstr. 4	Posen	Gewerkschaftsbeamter
S.	**May**, Hugo	9. 11. 81	Selm, Beisang 35	Münster	Gewerkschaftlich und politisch tätig
S.	**Mayer**, Arthur	16. 7. 84	München, Amalienstr. 47 II r.	Bayern	Nationalökonom, theoretischer Sozialist
	Mayer, Johann	6. 6. 79	Ganacker, Bayern	Straubing	Mitglied der sozial-revolutionären Regierung in Bayern, Bauernbund
S.	**Mehlich**, Ernst	14. 3. 82	Dortmund, Nordstr. 49	Arnsberg	Partei-Redakteur, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Dortmund
S.	**Mehrlein**, Fritz	16. 11. 74	Lübeck, Hansastr. 109	Lübeck	Arbeitersekretär
U.	**Meinberg**, Adolf		Dortmund, Münsterstr. 15 II	Arnsberg	Parteisekretär
S.	**Meisner**, Paul	16. 11. 90	Hamburg, Rückertstr. 50/2	18. Armee	Aufklärung in der Armee
U.	**Merkel**, Herm.	5. 2. 78	Solingen, Roonstr. 3	Düsseldorf	Parteiredakteur, Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Solingen, früher Former und Rechtsanwaltsgehilfe
Sold.	**Methner**, Hugo	22. 5. 72	Frankfurt (Oder)	10. Armee	Tischler, Gewerkschaftsbeamter
S.	**Meyer**, Wilh.	10. 8. 71	Münden	Hannover	Vorsitzender der Partei
	Michalke, Julius			Oppeln	
S.	**Michel**, Wilhelm	24. 10. 85	Minden i. W., Weingarten 48	Minden	Halbes Jahr Parteischule, 2. Vorsitzender der Partei
S.	**Michels**, Christian	22. 2. 88	Eickel (Gelsenkirchen), Verbindungsstr. 20	Arnsberg	Parteipolitischer Agitator, technischer Lehrer
S.	**Mielenz**, Willi		Berlin O 112, Gürtelstr. 28 r. II	Liegnitz	Jugendbewegung, Arbeiter-Volksschule in Schweden besucht, Arbeiter-Bildungsschule Berlin
S.	**Mies**, Hans	29. 12. 80	Weilheim	Bayern (überzählig)	Kaufmann
U.	**Mittwich**, Philipp	27. 5. 87	Cannstadt, Weimarstr. 33	Württemberg	Für Partei und Gewerkschaft, rednerisch und schriftstellerisch tätig
Sold. (S.)	**Moses**, Nathan	15. 12. 75	Hamburg, Werderstr. 8	Armee-Abt. B	Dr. der Chemie
U.	**Mucker**, Max	29. 3. 76	Wurzen, Wettinerstr. 2	Sachsen	Seit 25 Jahren organisatorisch und rednerisch tätig, Stadtverordneter
D.	**Müffelmann**, Leo	1. 5. 81	Halensee, Seesenerstr. 54	6. Armee	Dr. phil. General-Sekretär des Hansa-Bundes, stellvertretender Direktor der chemischen Fabrik Güstrow
S.	**Müllen**, Otto	21. 5. 81	Hamburg 13, Grindelhof 75	Hamburg	Organisatorische Tätigkeit im Transportarbeiterverband
S.	**Müller**, Ewald	22. 8. 76	Hannover-Döhren, Querstr. 26	7. Armee	Gauleiter des Landarbeiter-Verbandes
S.	**Müller**, Heinrich		München-Gladbach, Schillerstr. 29 II	Düsseldorf	Gewerkschaftsbeamter, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats
S.	**Müller**, Hermann	14. 3. 79	Aschersleben, Herrenbreitestr. 1	Magdeburg	Gewerkschafts- und Partei-Sekretär, Stadtverordneter
S.	**Müller**, Karl		Eberbach a. N.	Baden	Gewerkschaftlich und politisch organisiert Vorsitzender der Partei und des Arbeiter- und Soldatenrats Eberbach
S.	**Müller**, Wilhelm	4. 3. 83	Harburg, Karlstr. 36 I	Hannover	1. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, Vorsitzender des Verbandes der Büroangestellten Berlin

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
Sold.	**Neubecker**, Paul	22. 6. 78	Berlin, Soldiner Str. 33	Berlin VI	Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Niederbarnim
S.	**Neue**, Paul	7. 10. 76	Berlin O 34, Wilhelm Stolzestr. 6	Berlin	2. Vorsitzender des Verbandes der Tapezierer
S.	Neuländer, Berthold		Cosel (Oberschl.)	Cosel	Seit 23 Jahren Parteimitglied
U.	Neumann, Paul	6. 2. 88	Berlin N, Müllerstr. 11	Berlin	
S.	Neumann, Paul	6. 6. ?	Torgelow, Wilhelmstr. 13	Uckermünde-Usedom-Wollin	Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats
D.	Neviandt, Ernst	19. 7. 75	Berlin W 57, Zietenstr. 6 c II		Belletristischer Schriftsteller, verantwortlicher Redakteur
S.	Nieberl, Albert		München, Rottmannstr. 9 II	Bayern	Finanzassessor, Dr. jur.
S.	Niederlich, Max	10. 6. 78	Rawitsch	Rawitsch-Gostyn	Gewerkschaftsbeamter
S.	Nielisch, Ernst	23. 5. 89	Augsburg, Stettenstr. 34 III	Bayern	Soziale Bildungskurse geleitet, Mitarbeiter Partei-Presse
S.	Noack, Klara	12. 6. 73	Dresden, Hechtstr. 9	Dresden	Vertrauensperson des 4. Reichstagswahlkreises
U.	Normann, Karl	18. 5. 81	Weißenfels, Gutenbergstr. 6	Naumburg-Weißenfels-Zeitz	
Sold.	**Nowakowski**, Hans	11. 12. 87	Osnabrück	Osnabrück	
S.	**Nydahl**, Hans		Danzig, Pfefferstadt 42	Danzig	Akademiker, Vollzugsausschuß Westpreußen
	Oehmig			Elsaß-Lothringen	
U.	**Oelsner**, Alfred	30. 8. 79	Weißenfels, Lutherstr. 3	Merseburg	Arbeiter-Setretär, Stadtverordneter
U.	**Ohnsmann**, Gustav	16. 11. 81	Hanau, Philipsruher Allee 42	Kassel	Rednerisch tätig
S.	**Otto**, Ernst	20. 6. 74	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt	Arbeitersekretär, Landtagsabgeordneter, Mitglied der Regierung des Freistaats Schwarzburg-Rudolstadt
S.	**Panzer**, Joh.	1880	Kempten (Algäu)	Bayern	Agitator in Bauernkreisen
S.	**Paulick**, Richard	14. 4. 76	Dessau, Karlstr. 49	Anhalt	Mitglied des Landtags und der Regierung, Redakteur von Parteiblatt
D.	**Peltason**	6. 6. 87	Breslau XIII, Kaiser Wilhelmstr. 91	19. Armee	Akademischer Volkswirtschaftler
D.	**Pendowski**, S.	7. 1. 79	Posen, Bernhardinerplatz 2		Für die Demokratie tätig
S.	**Peters**, Walter	10. 1. 85	Hadersleben, Bogenstr. 9	Schleswig-Holstein	Vierer-Kommission des Soldatenrats
U.	**Petzold**, Paul	19. 4. 66	Erfurt, Baumerstr. 3	Erfurt	Gewerkschaftsbeamter in der Schweiz, Redakteur
S.	**Pfeifenbring**, Wilhelm	26. 11. 80	Gelsenkirchen, Bulmkerstr. 10	Arnsberg	Gewerkschaftsbeamter
	Pfeffer, Eduard	30. 10. 77	Glogau, Preußischestr. 6	Liegnitz	Bauunternehmer, Gewerkschaftsbeamter
	Pfitsch			Baden	
D.	**Pilke**, Walter	25. 3. 87	Iserlohn, Karnacksweg 39	Altena-Iserlohn	Jahre im Ausland, Gymnasialbildung
S.	**Pints**, Karl		Lichterfelde, Lortzingstr. 34	Teltow-Beeskow	Vorsitzender des Bezirkswahlvereins, Bevollmächtigter des Arbeiter und Soldatenrates, Kontrolle der Kommunalverwaltung
	Piotrowski			Posen	
S.	**Pfaff**, Robert	22. 2. 80	Kiel, Knorrstr. 14	Schleswig-Holstein	Parteiorganisatorisch tätig
D.	**Plant**, Alfred		Mainz, Hindenburgstr. 9	Hessen	Staatseisenbahnbeamter, Soldatenrat, im Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Mainz
U.	**Plettner**, Hans	9. 12. 87	Berlin NW, Elberfelderstr. 18	Potsdam	
U.	**Plottke**, Paul	23. 2. 79	Leipzig, Dorotheenplatz 3 b	Ostfront	
S.	**Portner**, W.	23. 8. 93	Berlin W 50, Ansbacherstr. 34	Berlin	Eisenbahn-Hilfsbeamter, Vollzugsrat Groß-Berlin
S.	**Porzberg**, Otto		Altenberg (Rhld.)	Cöln-Land	Ökonom des Gewerkschaftshauses Flensburg
	Prescher, Kurt		Breslau, Hohenzollernstr. 19	Breslau	Stadtrat in Breslau, 2. Vorsitzender des Volksrats Breslau

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
U.	**Preuß**, Oskar	22. 10. 91	Belzig, Mark-Niemegkerstr. 22	Bezirk Potsdam	Vorsitzender der Arbeiter- und Soldatenräte Belzig, Kontrolleur des Landratsamts Belzig
S.	**Prokesch**, Karl	5. 3. 79	München, Frauenstr. 21	München	Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Handlungsgehilfen München
S.	**Pütz**, Anton		Hamborn, Mittelstr. 86	Niederrhein	Bergmann
	Quercher, Thomas	17. 3. 57	Lindelsdorf	Bayern	Parteipolitisch und journalistisch tätig
D. (Hosp.)	**Radler**, Wilhelm		Striegau, Schlesien	Breslau	
S.	**Rahn**, Wilhelm		Danzig	Danzig	Mitbegründer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, 1913 gemaßregelt, Präsident der Soldatenräte XVII. A. K., sozialpolitischer Schriftsteller
S.	**Ramsbrock**, Wilhelm	25. 8. 80	Oberschöneweide, Westendstr. 14	Armee-Abteilung A	Gemeindevertreter, politischer und gewerkschaftlicher Agitator
S	**Randel**			Königsberg	
	Rang			Bayern	
U	**Rauke**, Arthur	30. 1. 88	Thorn, Culmerstr. 22	Thorn, Stadt und Land	Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Thorn
S.	**Reese**, Gottlieb	24. 5. 80	Saarbrücken 3, Futterstr. 1	Trier	Parteisekretär, früher Tapezierer
S	**Reginek**, Johann	24. 11. 79	Ratibor, Hohenzollernstr. 13	Ratibor, Rybnik, Pleß	Dr. phil., Lehramt, sozialpolitisch tätig
V. Rev.	**Reich**, Hermann	16. 1. 86	Hamburg, Borstelmannsweg 88	Hamburg	Geschäftsführer der Produktion
S.	**Reichle**, Ernst	23. 9. 79	Göppingen	Württemberg	Mechaniker, Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiter-Verbandes
S.	**Reinartz**, Erich	18. 9. 86	Cassel, Parkstr. 21	Cassel	Aktiver Offizier (Unterbrechung 1910 bis 1914)
U.	**Reuple**, Wilhelm	6. 7. 77	Bad Harzburg, Butterberg 5	Braunschweig	
S.	**Reinhardt**, Ruppert		Liegnitz, Klosterstr. 8	Liegnitz-Goldberg-Haynau	Bezirksarbeitersekretär, Liegnitz, Hilfsredakteur der Liegnitzer Volkszeitung, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats
D.	**Richter**, Georg	21. 9. 89	Freiburg, Schwarzwaldstr. 131	Armee-Abteilung B	Student, Vorsitzender des Soldatenrats Etappen-Inspektion 28
S.	**Richter**, Max	16. 9. 81	Neumünster, Fabrikstr. 32	Schleswig-Holstein	Gewerkschaftsangestellter
U.	**Richter**, Richard	14. 5. 82	Leipzig, An der alten Elster 8	Armee-Abteilung A	Vor dem Kriege Vorsitzender des Töpferverbandes
S.	**Rickelt**, Gustav	21. 6. 62	Halensee, Westfälischestr. 31	Berlin	1. Organisationsführer der deutschen Bühnenangehörigen
Sold.	**Rieckheer**	27. 10. 85	Cassel, Hotel Golze	XV. A. K.	Nationalökonom, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei
S	**Riedel**, Max Enno	18. 2. 88	Plauen i. V., Kaiserstr. 84	Zwickau	Gewerkschaftlich und politisch tätig
D.	**Riesenfeld**, Jakob	10. 2. 81	Breslau, Charlottenstr. 24	Heeresgruppe Kiew	Rechtsanwalt
U.	**Rielschel**, H.	5. 2. 82	Bremen, Elbstr. 84		Arbeiter und Soldatenrat
S.	**Rödel**, Curt	1. 5. 87	Darkehmen, Ostpr.	Gumbinnen	Mitglied der Sozialdemokratischen Partei
S.	**Röder**		Konitz, Bahnhofskommandantur	Marienwerder	Schriftsteller
S.	**Röhle**, Paul	29. 4. 85	Plauen i. V., Hunoldstr. 49	Zwickau	Arbeitersekretär, Parteiführer
S	**Rötscher**, Erich		Neiße, Kaserne 7	Neiße	1. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats
U.	**Rogg**, Ulrich	5. 7. 88	Duisburg, Felsenstr. 137	Düsseldorf	Kreisleiter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Duisburg-Mühlheim
Sold.	**Rogon**, Fritz	15. 1. 86	Neukölln, Stuttgarterstr. 42/43	Westfront der V. Armee	Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen
Sold.	**Rosenberg**, Otto	13. 4. 85	Berlin, Klopstockstr. 52	11. A. K. Cassel	

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	Ruckenbrod, Fritz	3. 2. 74	Neukölln, Jägerstr.	Neukölln	Parteipolitisch tätig, früher Bezirksführer
Sold.	Rosner, Max	19. 2. 76	Neukölln, Bergstr. 136	Neukölln	
S.	Ruthmann, Hermann	26. 3. 77	Leipzig, Kramerstr. 7	Zeithain-Plauen	Agitatorisch tätig
U.	Russel			Sachsen	Mitglied des Reichstags
S.	Saar, Fr.	21. 10. 87	Etappe Bug	Etappe Bug	Kellner, politisch und gewerkschaftlich organisiert, Angestellter des Verbandes der Gastwirtsgehilfen
Sold.	Sahlmann, Paul	16. 10. 93	Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 8	18. Armee	Für Auslandspropaganda gearbeitet
S.	Saller, Alex	29. 4. 65	Luckenwalde, Bahnhofstr. 20	Potsdam 9	Arbeitersekretär, Vorsitzender des sozialen Wahlvereins Luckenwalde, Berichterstatter der Brandenburger Zeitung.
	Salm			Württemberg	
S.	Salzbrunn, Theodor	7. 5. 81	Burgsteinfurt (Westfalen)	Steinfurt	
S.	Sauk, Hans		Hamburg, Stormsweg 12	Beuthen (Ob.-Schl.)	Polier
U.	Sauber, Fritz	20. 8. 84	München, Valleystr. 23	München II	
D.	Seehase, Ernst	14. 4. 77	Altona, Präsidentenweg 15	A. A. C.	Freier Schriftsteller
U.	Seelow, Kurt	30. 6. 91	Berlin, Rudolfplatz	Elsaß-Lothringen	Schauspieler
U.	Seger, F.	25. 2. 67	Leipzig, Waldstr. 51	Leipzig	Redakteur, im Stadt- und Landparlament Leipzigs tätig
U.	Seidel, Ernst	9. 3. 85	Düsseldorf	Niederrhein	Politisch und gewerkschaftlich und Jugendbewegung tätig
S.	Seitz, Wilhelm	8. 10. 70	Ueberlingen	Konstanz	Dr. med. Mitglied des Arbeiterrats Überlingen
S.	Seltenreich, Otto	30. 11. 74	Bautzen, Fischerpforte 8		Politisch und gewerkschaftlich tätig
	Severing, K.			Minden	
V. Rev.	Sickert, Friedrich	21. 1. 78	Hamburg, Telemannstr. 44	Hamburg	Bezirksführer Distrikt Hamburg III Eimsbüttel
S.	Sidow, Otto	1. 5. 57	Brandenburg	Potsdam	Geschäftsführer der Brandenburgischen Zeitung, Stadtverordneter in Brandenburg, Vorsitzender des Kreiswahlvereins Brandenburg
S.	Sieber, Ernst	30. 12. 76	Oppeln, Soldatenrat	Garnison Oppeln	
S.	Dr. Simon, Manfred	10. 6. 87	Berlin, Esmarchstr. 5	Kurland, 8 Armee	Rechtsanwalt in Berlin
S.	Simon, Paul	4. 6. 79	Nürnberg, Heroldstr. 14	Bayern, Landes-Sold.-Rat	2. Vorsitzender des Vollzugsausschusses des bayrischen Landes-Soldatenrats
S.	Sobottka, Adolf	24. 2. 73	Allenstein, Markt 19	Allenstein (Ostpr.)	Gewerkschaftlich organisiert
S.	Sommer, Moritz	12. 5. 54	Forst, Frankfurterstr. 11	Sorau (Forst i. L.)	Arbeiter- und Soldatenrat Forst, Wahlkreiskassierer
	Sürig, Hermann		Oblau, Grottkauerstr. 38	Breslau Land	Mathemathik, Naturwissenschaft, Nationalökonomie studiert
S.	Süß, Bruno	26. 8. 76	Dresden A., Trompeterstr. 4	Groß-Dresden	Bezirksleiter des Verbandes der Büroangestellten für Sachsen, Beigeordneter der Feldzeugmeisterei Sachsen
	Süßheim, Max	20. 7. 76	Nürnberg, Adlerstr. 35	Bayern	Dr. jur. Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Nürnberg, Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter
U.	Schaare, Friedrich	24. 1 81	Bremen, An der Weide 14	Bremen	Schriftstellerisch und organisatorisch für die Partei tätig
S.	Schacht, Wilhelm		Goslar, An d. Abzupt 5	Hannover Kreis	Kreisvorsitzender des 13 Hannoverschen Wahlkreises
S.	Schack, Wilhelm		Siegburg (Rheinl.), Bahnhofstr. 20	Cöln	Metallarbeiter, als Redner für Kunst- und Kulturgeschichte tätig
S.	Dr. Schadow, Walter	8. 12. 81	Lichterfelde, Jägerstr. 18 b	I. Armee	Oberlehrer, Delegierter der I. Armee
S.	Schädlich, Ernst	30. 6. 84	Celle, Zöllnerstr. 9	Hannover	Mitarbeiter am Volkswillen, Hannover, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Celle
S.	Schädlich, Franz	17. 11. 72	Hamburg-Stellingen, Kaiser Friedrichstr. 21	Hamburg	Gewerkschaftsbeamter, Parteischule besucht
S	Schäfer, Heinrich	30. 11. 80	Cöln, Eigelstein 89/91		Arbeiter- und Soldatenrat Cöln, Beigeordneter beim Oberbürgermeisteramt Cöln, Mitarbeiter der Parteipresse

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
U.	**Schäfer**, Friedrich	14. 8. 91	Frankfurt a. M., Eschenheimer Landstr. 47	Frankfurt a. M	Ortsverwaltung Frankfurt des deutschen Metallarbeiterverbandes
S.	**Schäfer**, Valentin	28. 5. 82	Saarbrücken, Fulterstr. 1	Saargebiet	Kreisvorsitzender Saarbrücken, Angestellter des Bauarbeiter-Verbandes
D.	**Schaffhauser**, Richard	29. 3. 93	Emmendingen (Baden)	5. Armee	Diplom-Ingenieur
S.	**Schallert**, Max	2. 5. 82	Hamburg, Seidenkampsweg 80	Bezirk Stade	Kapitän der Handelsmarine, gewerkschaftlich und politisch organisiert
S.	**Schauer**, Wilhelm	8. 1. 75	Stettin, Derfflingerstr. 12	Pommern	Bezirksleiter des Bauarbeiter-Verban des Provinz Pommern, Stadtverordneter von Stettin
S.	**Schreffler**, Georg	3. 1. 77	Biebrich, Diltheystr. 6	Wiesbaden	Fabritarbeiter, Vorsitzender der sozialen Organisation, politisch und gewerkschaftlich tätig
S.	Dr. **Schendell**, Werner	18. 6 91	Bromberg, Danzigerstr. 149	Bromberg	Schriftsteller
S.	**Scherber**, Emil		Coblenz, Kornpsoristr. 149	Coblenz	Arbeitersekretär
S.	**Schiller**, Richard		Waldenburg (Schlesien)	Bezirk Breslau	Seit 10 Jahren als Parteischriftsteller tätig
S.	**Schimmel**, Kurt		Stuttgart, Mühlrain 12	Stuttgart	Vorsitzender des Zentralvereins der Handlungsgehilfen, Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs, Mitglied der bürgerlichen Kollegien u. des Wahlkreisvorstandes, Buchhändler
S.	**Schley**, Georg	12. 2. 82	Breslau 1, Garvestr. 13	Breslau	Politisch und gewerkschaftlich organisiert, Mitglied des Zentralsoldatenrats für Provinz Schlesien, Rezitator
U.	**Schliestedt**, Heinrich		Remscheid, Heinrichstr. 1	Düsseldorf	Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes, Remscheid
U.	**Schlösser**, Karl	25. 2. 78	Wermelskirchen (Bezirk Düsseldorf), Eich 37	Bez. Düsseldorf	Expedient und Leiter der Buchhandlung der Bergischen Volksstimme, Remscheid
S.	**Schluchtmann**, Wilh.		Duisburg, Marienstr. 29	Düsseldorf	Parteisekretär
S.	**Schlüter**, Hans	26. 1. 81	Flensburg, Dernburgerstr. 23	Schleswig-Holstein	Vorstandsmitglied des Sozialdemotratischen Ortsvereins, Vorsitzender des Bildungs- und Jugendausschusses Flensburg
S.	**Schmidt**, Hans	16. 5. 85	Herten i W., Kaiserstr. 47	Münster	
U.	**Schmidt**, Johann	22. 10. 83	Neukölln, Weichselplatz 7	Merseburg	Täschner
S.	**Schmidt**, Otto	12. 3. 76	Traunstein, Hotel Wispauer	München 2	1. Soldatenratsvorsitzender bei Truppen Grenzschutz Süd
S.	**Schmidt**, Rich.		Meißen, Martinstr .6	Dresden	Arbeitersekretär, Redakteur, Reichstagsmitglied seit 1912
U.	**Schmidt**, Wilh.		Düsseldorf, Ronsdorferstr. 77	Düsseldorf	Geschäftsführer der Genossenschaft
U.	**Schmidtchen**, Fritz	27. 11. 93	Templin (Uckermark) Kreishaus	Ruppin-Templin	Politisch und gewerkschaftlich organisiert, Beamter
D.	**Schmidthals**		Riemberg	Breslau	Rittergutspächter, Ausschußmitglied des deutschen Bauernbundes
V. Rev.	**Schmitz**, Ewald	30. 5. 84	Varel i. Old., Osterstr. 43	Marine, Nordsee, Wilhelmshaven	Politisch und gewerkschaftlich tätig
S.	**Schmitz**, Hugo		Borkum, Strandvilla Behrends	Emden	Agitationsredner, Bauarbeiterverband
	Schöberle			Bayern	
S.	**Schönfelder**, P	9. 4.	Heeren, Bismarckstr. 6	Arnsberg	Lagerhalter im Konsumverein. Als Redner in politischen und wirtschaftlichen Fragen
S.	**Schotte**, Erich	1. 1. 94	Bad Wildungen	Waldeck	Kaufmann. Seit Wahl in den Arbeiter- und Soldatenrat politisch tätig
S.	**Schopper**, Alfred	16. 2. 91	Königsberg, Steindamm 20	Königsberg	Führer der Revolution 9. November 1918 in Königsberg, Vorsitzender aller Soldatenräte der 1. A. K., selbständiger Geschäftsmann
S.	**Schreck**, Carl	6. 9. 73	Bielefeldt, Arndtstr. 8	Minden	Bezirkssekretär für Westfalen

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	Schreiber, Dr.	10. 6. 84	Halle a. S.	Armee-Abt. B.	Rechtsanwalt — national, sozial, Fortsch.ittliche Volkspartei, deutsch-demokratische Partei
D.	Schubert, Oswald	16. 11. 73	Chemnitz, Kaiserstr. 34	Chemnitz	Vorstandsmitglied Fortschrittl. Volkspartei, Vorsitzender des Bundes der Festbesoldeten, Kreisvereinsleiter der Postbeamtenschaft
	Schubert			3. Armee	
U.	Schuler, Emil	23. 3. 88	Zussenhausen, Böhringer Str. 36	Württemberg	1 Semester Parteischule, Jugend-, Partei- und Gewerkschaftsbewegung tätig, Mitglied der Gemeindevertretung
S.	Schulz, Hermann	24. 8. 72	Elbing, Gr. Wunderberg 53	Danzig	Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes, Vorsitzender des Kreiswahlvereins für Elbing Marienburg, Stadtverordneter
S.	Schulz, Heinr.	11. 11. 65	Schwedt a. O., Auguststraße 14	Prenzlau-Angermünde	Schriftführer des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands
S.	Schulz, Oskar	12. 5. 63	Weener bei Ems	Hannover	Kaufmann, bei verschiedenen Kriegsgesellschaften tätig gewesen
D.	Schütz, Erwin	29. 11. 96	Langensalza, Langestr.	Langensalza	Schriftsetzer
S.	Schütz, Richard	14. 1. 75	Ludwigsburg, Stuttgarterstr. 85	Württemberg	Bezirksleiter des Zentralvereins der Maschinisten und Heizer
U.	Schütz, Emil	8. 12. 81	Braunschweig, Fallerslebenstr. 11	Braunschweig I	Redakteur und Journalist
Sold.	Schweer, Adolf	6. 6. 90	Elberfeld, Simonsstr. 49	5. Armee	Schriftsetzer
	Schwendke			Posen	
U.	Staab, Wilhelm	28. 12. 63	Potsdam, Hoditzstr. 16	Potsdam	Schuhmacher, Zigarrenhändler, Vorsitzender des A.- und S.-Rates
S.	Stahl, Emil	17. 11. 79	Spandau, Marschallstr. 10	Potsdam	Angestellter des Transportarbeiterverbandes, Kreisvorsitzender für Osthavelland, Mitglied des Reichstags, Stadtverordneter zu Spandau, Vorsitzender des Arbeiterrats, Spandau
S.	Stampe, August	17. 4. 78	Bremerhaven, Deichstr. 53	Stade	Angestellter des D. B. V., Kreisvorstandsmitglied des 19. hannoverschen Kreises
Sold.	Starz, Ludwig		Bamberg, Peuntstr. 8	Oberfranken	aktiver Vizewachtmeister
S.	Stein, Eugen	29. 11. 86	Schneidemühl, Rüsterallee 10	Bez. Bromberg	2. Vorsitzender der Zahlstelle Schneidemühl, Deutscher Metallarbeiterverband, Stadtverordneter
U.	Steinhauer, W.	28. 5. 69	Essen, Plantstr. 119	Düsseldorf	Gewerkschaftlicher Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Vorsitzender der U. S. P.
S.	Steinmann, Aug.	20. 11. 73	Frankfurt a. Main, Am Tiergarten 46	Frankfurt a. M.	Vorsitzender der Maschinensetzervereinigung, Beisitzer im Tarifschiedsgericht
	Steinmann			17. Armee	
S.	Stephan, Carl	16. 11. 63	Hildesheim, Braunschweigerstr. 26	Bez. Hannover	Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats, Hildesheim, Kreisvorsitzender des Wahlvereins Hildesheim
S.	Steuber, Dr. Fritz	18. 1. 88	Marburg, Kasernenstr. 21	Cassel	Dr. phil., Staatsexamen
S.	Stille, Wilh.	18. 10. 65	Hannover, Hennigestr. 4	8. hannov. Kreis	Angestellter des Fabritarbeiterverbandes, Mitglied des Provinzial-Arbeiter und Soldatenrats, Hannover
S.	Stockmann, Erich	27. 11. 82	Neuruppin	Garnison Potsdam	Politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich tätig
S.	Stoessel, Paul	14. 3. 71	Bromberg, Talstr. 2	Bromberg	Gewerkschaftssekretär, Stadtrat in Bromberg, Expedient und Berichterstatter der „Posener Volkszeitung"
S.	Stuber, Albert	24. 1. 80	Eßlingen, Obereßlingstr. 15	Württemberg	1. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes Eßlingen, Vorsitzender des Stadtverordnetenkollegiums Eßlingen
V. Rev.	Stürmer, Wilhelm	13. 8. 80	Hamburg, Schulterblatt 86	Hamburg	Gewerkschaftlich und politisch tätig
U.	Sturm	27. 11 77	Bremen, Westerdeich 133	Bremen	Vergolder

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
S.	**Taubadel**			Liegnitz	Reichstagsabgeordneter
S.	**Thabor**, Joh.		Crefeld, Ritterstr. 181	Düsseldorf	Gewerkschaftlicher Beamter
S.	**Thal** Richard	24. 1. 80	Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 66	5. Armee	Bauschule besucht
S.	**Therle**, Helmut	25. 12. 89	Berlin W 8, Mauerstr. 45/46	Schutztruppen	Kolonial-Politik aktiver Unteroffizier
S.	**Thein**, Nikolaus		Würzburg, Oberdürrbacherstr. 3 a	Bayern	Buchdrucker, für die Partei tätig
S.	**Theisen**, Math.		Trier, Paulinstr. 8	Trier	Für Partei und Gewerkschaft tätig
S.	**Thöne**, Georg	5. 1. 67	Cassel, Philosophenweg 31	Waldeck	Parteisekretär, Stadtverordneter
V. Rev.	**Thomas**	21. 6. 84	Wilhelmshaven, Offizierskasino	Marine	Für Partei und Gewerkschaft tätig
S.	**Tietz**, Albert	26. 2. 89	Goldap (Ostpr.)	Gumbinnen	Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes
Sold.	**Todtmann**, James	1. 5. 91	Guben, Neustadt 15	5. Armee	Nationalökonom, Betriebsleiter
U.	**Toller**, Ernst	1. 12. 93	München, Penf. Ludwigsheim, Ludwigsstr. 4	Bayern	Student, Volkswirtschaft, 3. Vorsitzen der des Vollzugsrats, München
S.	**Tost**, Otto			Berlin	
S.	**Trappe**, Ernst	14. 2. 68	Beuthen, Goyastr. 7 III	Oppeln	Vorsitzender der Partei in Beuthen
S.	**Trinkaus**, Hans	4. 7. 82	Berlin, Wörthstr. 48	M. E. D. 8	Magistratsangestellter, Berlin
U.	**Tschickert**, Ernst	29. 8. 89	Berlin, Admiralstr. 23	10. Armee	2. Vorsitzender des 3. Berliner Wahlkreises
S.	**Twachtmann**, Aug.	1. 5. 83	Posen, Marstall	Posen	Gewerkschaftsbeamter
S.	**Ulrich**, Fritz	12. 2. 88	Heilbronn, Friedhofstr. 24	Württemberg	Redakteur von Parteiblättern
S.	**Ulrich**, Hermann	8. 6. 80	Apolda, Karl-Friedrich-Straße 2	Sachsen-Weimar	Für Partei und Gewerkschaft tätig
	Unfried			Württemberg	1. Vorsitzender des Arbeiterrats
U.	**Vetterlein**, Emil	2. 2. 56	Gera, Alte Schloßgasse 11	Reuß j. L.	Für U. S. P. tätig
U.	**Vieweg**, Clemens	23. 11. 56	Döbeln	Sachsen	1. Vorsitzender der Partei und des Arbeiterrats
S.	**Vietz**, Reinhold	17. 1. 74	Berlin SW 47, Katzbachstr. 17	Berlin	Verlagsbuchhändler
U.	**Viß**, Paul	30. 10. 71	Greiz i. V.	Reuß ä. L.	Vorsitzender der Partei
U.	**Völker**, Karl	5. 4. 80	Hamborn, Bentherstr. 221	Düsseldorf	Maurer
S.	**Voigt**, Fritz		Breslau, Huberstr. 3 b	Breslau	Gewerkschaftsbeamter, Vorsitzender des Soldatenrats Schlesien
S.	**Vogt**, Alfred	15. 10. 77	Berlin O 34, Warschauerstr. 12	Berlin 4	Volksschullehrer
S.	**Wachendörfer**, Joseph	3. 4. 89	Schwanheim (Main)	Heeresgruppe Kiew	
S.	**Wäger**, Hermann	3. 5. 83	Coswig	Ostfront	„Dresdner Volkszeitung"
	Wagner			Sachsen	
U.	**Wassermann**, Heinrich	23. 6. 55	Schöningen	Braunschweig II	Zigarrenfabrikant. Seit 1875 parteipolitisch tätig.
Sold.	**Waszilewitz**	12. 12. 96	Bad Wildungen	Waldeck	Akademisch gebildeter Kaufmann. Studierte 3 Semester kommunale und soziale Verwaltung
S.	**Weber**, Paul		Halberstadt, Sedanstr. 47 III	Magdeburg	Redakteur der „Volksstimme" Magdeburg, Parteisekretär
U.	**Weckerle**, Eduard	9. 7. 90	Laurach (Baden), Grabenstr. 12	II. Armee	Kaufmann, mehrere Jahre im Ausland
S.	**Wegener**, Oskar	18. 11. 77	Frankfurt (Oder), Roßmarkt 23	Frankfurt (Oder)	Parteisekretär
	Weinberg			Arnsberg	
S.	**Weicker**, August	28. 1. 74	Crossen	Crossen	Vorstand des Schneider- und Schneiderinnenverbandes
S.	**Weiß**, K.		Aachen, Adalbertsteinweg 179	Aachen	Vorsitzender der Partei Aachen

Fraktion	Name	Geboren	Wohnort	Wahlbezirk	Vorbildung und bisherige Tätigkeit
D.	**Wenke**, Hugo	4. 12. 65	Hirschberg, Wilhelmstr. 68	Liegnitz	Landtagsabgeordneter a. D. Stadtverordneter
S.	**Wernicke**, Friedr.	2. 7. 70	Magdeburg, Rogätzerstr. 3	Magdeburg	Arbeitersekretär
Sold.	**Westphal**		Königsberg, Lawiker Allee 4	4. Armee	Dr. jur., Bankbeamter
U.	**Wick**, Richard	19. 4. 72	Oberursel (Taunus), Oppsteinerstr. 2 a	Wiesbaden	Vorstandsmitglied des Wahlvereins, Stadtverordneter
S.	**Wiedemann**, Martin	5. 11. 90	Freienwalde (Oder)	Potsdam	Gewerkschaftlich und politisch organisiert
Sold.	**Wiegand**, Aug.	7. 6. 90	Oranienburg, Gartenstr. 8	18. Armee	Umsturzarbeit in der Armee
S.	**Wiegand**, Otto		Burg bei Magdeburg, Mühlenstr. 23	Magdeburg	Schriftstellerisch und rednerisch tätig für Partei und Gewerkschaft
S.	**Wilde**, August	3. 9. 68	Glauchau i. Sa.	Chemnitz	Parteiangestellter
U.	**Will**, Theo	28. 7. 79	Mühlheim-Ruhr-Spieldorf, Ulmenallee 76	Düsseldorf	Gewerkschaftssekretär
	Witjulski			Bayern	
S.	**Winkel**, Ernst	23. 10. 80	Friedenau, Südwesttorso 60	Ems	Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes
U.	**Winters**, Lüder	26. 1.	Jena, Kirschgarten 3	Weimar	Metallerbeiterverband
S.	**Wirth**, Robert	3. 6. 66	Dresden, Helgolandstr. 18 I	Dresden	Vorsitzender des 6. sächsischen Reichstagswahlkreises, ehemaliges Mitglied des Landtages
S.	**Witt**, Karl	31. 8. 88		Heeresgruppe Kiew	
U.	**Woczek**, Aug.	18. 1. 67	Gelsenkirchen, Lazarettstr. 10	Arnsberg	Leiter der U. S. P. in Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen
Sold.	**Wolf**, Walter	18. 4. 90	Osnabrück, Kirchenkamp 15	Osnabrück	Im Handel und der Unfallversicherung tätig
S.	**Wolfram**, Edm.	8. 2. 80	Zschopau, Altmarkt 1 II	Sachsen	
S.	**Wolter**, Paul-Erich	26. 7. 91	Berlin, Elisabethufer 13	Aachen	Schauspieler
	Wurr, Heinrich		Marienwerder Berlin N, Ofenerstr. 41	Marienwerder	
	Wutzlhofer, Johann	17. 12. 71	Straubing, Münchnerhof	Bayern	Genossenschaftsdirektor Bauernbundpartei
S.	**Zabel**, Arthur	14. 9. 90	Heikendorf, Kieler Föhrde 26	Schleswig-Holstein	Politisch und gewerkschaftlich tätig
S.	**Zanter**, Wilhelm	12. 2. 92	Berlin-Friedenau	Lübben	Kaufmann
S.	**Zernicke**, Hermann	15. 2. 69	Stuttgart, Rötestr. 16 a	Württemberg	Setretär des deutschen Metallarbeiterverbandes
U.	**Ziegler**, Hans	9. 3. 77	Heilbronn, Uhlandstr. 68	Württemberg	Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Heilbronn, Vorsitzender des sozialdemokratischen Orts- und Kreisvereins, des Gewerkschaftskartells und Bildungsausschusses, Heilbronn
V. Rev.	**Zimmermann**, Emil	27. 2. 85	Rüstringen, Bismarckstr. 179	Oldenburg	1. Vorsitzender des Arbeiterrats, Wilhelmshaven, Oldenburg, Ostfriesland
S.	**Zimmermann**, Paul	11. 1. 79	Reichenbrand	Sachsen	Landagitation für die Partei
U.	**Zöllner**, Paul	8. 4. 84	Hamburg, Faßlerstr. 10	17. Armee	Zigarrenarbeiter
S.	**Zörgiebel**, Karl		Cöln, Severinstr. 197/99	Coblenz	Bezirksparteisekretär, 2. Vorsitzender des Provinzialarbeiterrats, Obere Rheinprovinz
S.	**Zumtobel**, Reinh.	24. 2. 78	Freiburg, Volkswachtdruckerei	Baden	Redakteur der „Volkswacht", Freiburg, gewerkschaftlich und politisch tätig
S.	**Zwosta**, Heinrich		Nürnberg, Pfälzerstr. 65	Bayern	Eisendreher, politisch und gewerkschaftlich tätig

Vertreter der Regierung und des Vollzugsrats.

A. Regierung.

Rat der Volksbeauftragten:
Ebert
Scheidemann
Landsberg
Haase
Dittmann
Barth.

Auswärtiges Amt:
Kautsky.

Preußische Regierung:
Hirsch
Eugen Ernst.

Von der Reichskanzlei:
Unterstaatssekretär Baake
Heinrich Schulz
Ullrich Rauscher
Walter Oehme.

Reichsamt des Innern:
Herzfeld.

Preuß. Ministerium des Innern:
Minister Dr. Breitscheid.

Reichsmarineamt:
Beigeordneter Noske
Kapitän von Selchow.

B. Vollzugsrat.

Groß-Berlin:
1. Albrecht
2. Büchel
3. Cohen, Max
4. Däumig
5. Denecke
6. Eckert
7. Gelberg
8. Gierth
9. Gottschling
10. Heller
11. Jülich
12. Lange
13. Ledebour
14. v. Lojewski
15. Mayntz
16. Molkenbuhr
17. Müller, Herm.
18. Müller, Richard
19. Neuendorf
20. Neviandt
21. Obuch
22. Paasche
23. Portner
24. Rusch
25. Trippe
26. Wegmann.

Bayern:
27. Hädrich.

Baden:
28. Baer, abgereist
29. Krayer, abgereist.

Sachsen:
30. Heckert, nicht erschienen
31. Held, nicht erschienen.

Lothringen:
32. König
33. Lemcke.

Ostfront:
34. Kohl
35. Maier, Georg
36. Wäger.

Westfront:
37. Levin
38. Pörschmann
39. Struve
40. Steinmann
41. Faaß.

Besetztes Gebiet:
24. Schäfer (Köln).

Matrosenrat:
43. Driesen
44. Albers
45. Baier.

Kongreßleitung.

Vorsitzende:
Leinert, Hannover
Seger, Leipzig
Gomolka, Frontheer.

Schriftführer:
Hauschild, Cassel
Geißler, Nürnberg
Lübbring, Königsberg
Braß, Remscheid
Heckert, Chemnitz
Kämpfer, München
Lambrecht, Ostheer
Bartsch, Westheer
Antesberger, Marine.

Mandatsprüfungskommission:
Löbe, Breslau
Dr. Hirschler, Mannheim
Zörgiebel, Köln
Bühler, Remscheid
Horn, Stettin
Ziegler, Heilbronn
Johannes Lan, Westheer
Arzt, Heimatheer
Methner, Ostfront.

Einsprüche gegen Mandatsungültigkeitserklärung.

Meine Wahl als Delegierter erfolgte auf einer Vertretersitzung der Soldatenräte des Bezirks Velbert (Velbert—Neviges—Heiligenhaus—Langenberg—Werden-Stadt und Werden-Land).

Infolge der Ausführungen der Waffenstillstandsbedingungen grenzt unser Bezirk direkt an die neutrale Zone. Eine Vertretung auf diesem Kongreß für diesen Bezirk ist sonst nicht vorhanden, ist aber unbedingt erforderlich, und zwar aus folgenden Gründen:

Der Bezirk ist ein sehr entlegener, eine aufklärende Presse kommt hier schwerlich oder gar nicht hin, die in dem Bezirk sich befindlichen bürgerlichen Pressen operieren mit allen Mitteln, auch sogar mit den größten Lügen gegen die Revolution und propagieren auch für die Zerstückelung der jungen deutschen Republik. Es wird dort sehr stark für die Ausrufung der rheinischen Republik unter französischem Protektorat agitiert.

Wenn mein Ausschluß bzw. mein Mandat als ungültig erklärt wird, so wird dieses von den Gegenrevolutionären, Lostrennungsagitatoren, Großkapitalisten und Zentrumsmenschen als bester Stoff benutzt werden, um die Gegenrevolution und die Lostrennung des Rheingebietes mit Nachdruck zu propagieren.

Ich beantrage, mein Mandat unter Berücksichtigung der dargelegten Umstände für gültig zu erklären.

Enno Evertz, Vorsitzender des Bezirks-Soldatenrats Velbert.

Unterzeichneter legt hiermit gegen den Beschluß der Mandatsprüfungskommission, sein Mandat für ungültig zu erklären, Protest ein.

Der Protest wird wie folgt begründet:

Unterzeichneter ist auf einer Delegiertenversammlung des 7. Armeekorps, auf der sämtliche Garnisonorte des 7. Armeekorps vertreten waren, ordnungsgemäß in geheimer Abstimmung zum Delegierten für das 7. Armeekorps gewählt worden. Er ist der einzigste Vertreter sämtlicher Garnisonen des 7. Armeekorps, in denen zur Zeit der Wahl weit über 100 000 Truppen vorhanden waren. Die Mandatsprüfungskommission stützt sich bei ihrer Ablehnung darauf, daß die Gesamtzahl der Mandate des Bezirks Rheinland-Westfalen, soweit sie zum 7. Armeekorps gehören, durch diese Delegation um ein Mandat überschritten ist und auf Grund dessen Ablehnung erfolgen müsse. Sollte dieser formale Standpunkt vom Kongreß anerkannt werden, so würde das bedeuten, daß der vom 7. Armeekorps gewählte Vertreter sein Mandat verlöre und die gesamte Heimatstruppe im 7. Armeekorps auf dem Kongreß ohne Vertretung bliebe. Ich bitte, auf Grund vorliegender Darstellung das Mandat für gültig zu erklären.

Josef Ernst.

18. Dezember 1918.

Nachdem die Mandatsprüfungskommission das von dem Soldatenrat in Altenburg dem Genossen Bauer übertragene Mandat angefochten hat, tritt der Unterzeichnete, dessen Mandat eine Anfechtung nicht erfahren kann, wegen anderer dringender Aufgaben — Teilnahme an einer Konferenz der Demobilmachungskommissare Deutschlands — von seinem Mandat zugunsten des Genossen Bauer zurück.

August Fröhlich.

Abgelehnte Mandate.

(Berichte und Abstimmungen Sp. 193—208, 284—288.)

Außer den im Teilnehmerverzeichnis aufgeführten, durch Umrahmung ☐ in der ersten Spalte kenntlich gemachten 36 Mandaten wurden noch die folgenden für ungültig erklärt.

37. Schlichtholz, Marienwerder
38. Professor Otto Dammler, Groß-Berlin
39. Anna Nemitz, Groß Berlin
40. Hugo Klick, Groß Berlin
41. Vize-Feldw. Rabe, Rg. Potsdam
42. Winkler, Soldin, Reg. Frankfurt a. O.
43. Specht, Soldin, Reg. Frankfurt a. O.
44. Sergt. Meicker, Reg. Frankfurt a. O.
45. Ldstm. Bielski, Reg. Frankfurt a. O.
46. Gefr. Manske, Wittstock, Reg. Frankfurt a. O.
47. Ldstm. Großmann, Posen
48. Sergt. Penkert, Posen.
49. Gefr. Korcz, Posen
50. Appen, Bunzlau (Liegnitz)
51. Dörner, Weißwasser (Liegnitz)
52. Vize-Feldw. W. Wolf, Merseburg
53. Franz Reckfiegel, Hannover
54. Foost, Cuxhaven, Hannover
55. Hundsdorfer, Altona (Holstein)
56. Wambach (Sachsen-Altenburg)
57. Weißenborn (Anhalt)
58. Storbeck, Bergedorf Sande (Hamburg)
59. Picard (Hamburg)
60. Cinnecki, Kiew
61. Sellec, Kiew
62. Jos. Meurer, Bug
63. Landstm. Horch, Bug

Die Zahl der abgelehnten Mandate beträgt also im ganzen 63.

THE LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
Santa Barbara

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW.

Series 9482

3 1205 00086 8198

25

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
D 000 819 343 5